

DIE SOWJETDEUTSCHEN

IM SPANNUNGSFELD VON INNEN- UND AUßENPOLITIK

DER UDSSR UND DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

ETAPPEN EINER GESCHEITERTEN NATIONALITÄTENPOLITIK

Dr. Rolf-Barnim Foth

überarbeitete Version der Dissertation von 1996

Inhaltsverzeichnis

I. Einführung	7
1. Hintergrund und Zielsetzung der Untersuchung	7
2. Hinweise zur Quellenlage und zur Methodik	10
3. Stand der Forschung	12
4. Vorbemerkungen zur sowjetischen Nationalitätenpolitik 1961-1986 und deren Auswirkungen auf die Lage der Sowjetdeutschen	14
5. Aussiedler – Begriffsbestimmungen	
- Reichsdeutsche	25
- Memeldeutsche	25
- Vertragsumsiedler	26
- Administrativumsiedler	26
- Nicht umgesiedelte Russlanddeutsche	27
6. Ausreisebedingungen für Sowjetdeutsche aus der UdSSR	28
II. 1955-1985: Von der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion bis zum Regierungsantritt von Gorbačev	30
1. Die deutsche Minderheit in der sowjetischen Innenpolitik	30
1.1 Vorgeschichte: Die Entrechtung der deutschen Minderheit bis zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen 1955	30
1.2 Phase I (1955-1968): Teilrehabilitierung und Scheitern der sowjet-deutschen Petitionsbewegung	35
1.3 Phase II (1969-1985): Emigrationsbewegung und sowjetische Eindämmungspolitik	44
2. Die deutsche Minderheit in den deutsch-sowjetischen Beziehungen	54
2.1 Phase I (1955-1968): Grenzen bundesdeutscher Möglichkeiten vor Beginn der neuen deutschen Ostpolitik	54
2.2 Phase II (1969-1978): Ansteigen der Ausreisen vor dem Hintergrund der neuen Ostpolitik und der KSZE-Konferenzen	64
2.3 Phase III (1979-1985): Drosselung der Emigration in Zeiten verschärfter Spannungen zwischen Ost und West	78
2.4 UdSSR: Interessen und Argumentation	102
2.5 Bundesrepublik Deutschland: Legitimation und Methode	108
3. Die deutsche Minderheit im multilateralen Kontext: Aktivitäten der Bundesregierung in internationalen Organisationen	119
3.1 KSZE-Prozess	121

3.1.1	Schlussakte von Helsinki	122
3.1.2	„Abschließendes Dokument“ von Madrid	123
3.2	Europarat	126
3.3	Europäisches Parlament	130
3.4	Nordatlantisches Bündnis	132
3.5	Vereinte Nationen	134
4.	Aspekte der Emigration von Deutschen und Juden aus der UdSSR	136
5.	Fazit 1955-1985	141
III.	Die Regierungszeit Gorbačevs	150
1.	1985-1987: Die Übergangszeit: Installation der <i>Perestrojka</i> und Implementierung der KSZE-Normen	150
1.1	Politisches Umfeld 1985-1987	150
1.2	Die Lage der deutschen Minderheit zu Beginn der <i>Perestrojka</i>	153
1.3	Die sowjetische Innen- und Außenpolitik: Anzeichen für Veränderungen der Lage und Ausreisemöglichkeiten der deutschen Minderheit	159
1.4	Die deutsche Minderheit im multilateralen Kontext: Einlenken der UdSSR zur humanitären Dimension	163
1.4.1	KSZE-Expertentreffen über Menschenrechte und Grundfreiheiten, Ottawa, 23.4.-17.6.1985	163
1.4.2	KSZE-Expertentreffen über menschliche Kontakte, Bern 2.4.-26.5.1986	164
1.4.3	Drittes KSZE-Folgetreffen, Wien, 4.11.1986-19.1.1989	166
1.5	Die deutsche Minderheit in den deutsch-sowjetischen Beziehungen	170
1.5.1	Ausklingen der sogenannten Stagnationszeit (1985 - Mitte 1986)	170
1.5.2	Entspannung der bilateralen Beziehungen (Sept. 1986 - Ende 1987)	178
1.5.3	Staatsbesuch von Bundespräsident von Weizsäcker und <i>follow-up</i>	181
1.6	Fazit 1985-1987	188
2.	1988-1990: Die Eröffnung des bilateralen Dialogs	190
2.1	Politisches Umfeld	190
2.2	Die deutsche Minderheit in der sowjetischen Innenpolitik	194
2.2.1	Umdenken in der sowjetischen Nationalitätenpolitik und internationale Zugeständnisse	194

2.2.2	Wiedererwachen des sowjetdeutschen Nationalbewusstseins und Fortsetzung der Delegationsbewegung	203
2.2.3	Phase der hoffnungsvollen Zusammenarbeit von Sowjetdeutschen und sowjetischer Führung	
2.2.3.1	Gründung der „Wiedergeburt“. Beginn des Widerstandes an der Wolga	218
2.2.3.2	Befassung des Kongresses der Volksdeputierten und des Obersten Sowjets	224
2.2.3.3	Einsetzung der Kiselev-Kommission	226
2.2.3.4	Wissenschaftliche Konferenzen zu den Deutschen	231
2.2.3.5	Empfang von Sowjetdeutschen beim Vorsitzenden des Nationalitätensowjets, Nišanov. ZK-Nationalitätenplenum	233
2.2.3.6	Schlussfolgerungen der Kiselev-Kommission und anti-deutscher Widerstand an der Wolga	245
2.2.3.7	Nationalitätenpolitische Beschlüsse des Obersten Sowjets und Behandlung des Abschlussberichts der Kiselev-Kommission	256
2.2.3.8	Reaktionen der Sowjetdeutschen und Einsetzung der Voronin-Kommission	272
2.2	Die deutsche Minderheit in den deutsch-sowjetischen Beziehungen	275
2.3.1	Erste Sitzungen der „Humanitären Arbeitsgruppe“ und Formulierung einer neuen deutschen Politik	275
2.3.2	Reisen von Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle und Bundeskanzler Kohl. Beginn praktischer Hilfsmaßnahmen	280
2.3.3	Erweiterte Reisemöglichkeiten: Besuch einer SPD-Delegation und von Botschaftsvertreter in Kasachstan	287
2.3.4	Diskussion um die Zuzugsbegrenzung von Aussiedlern	292
2.3.5	Stagnation der bilateralen Beziehungen auf dem Gebiet der Sowjetdeutschen durch Einschaltung der DDR	295
2.3.5.1	Das Wiener Treffen von Genscher und Ševardnadze	297
2.3.5.2	Die 3. Sitzung der „Humanitären Arbeitsgruppe“	299
2.3.5.3	Die Politik des ZK	301
2.3.5.4	Der enttäuschende Gorbačev-Besuch in Deutschland	303
2.3.6	Reise des Parlamentarischen Staatssekretärs Waffenschmidt in die UdSSR. Konkrete Schritte der Zusammenarbeit	309
2.3.7	4. Sitzung der „Humanitären Arbeitsgruppe“	315
2.4	Die deutsche Minderheit im multilateralen Kontext	318
2.5	Fazit 1988-1990	325
3.	1990-1991: Vom Beginn der Kooperation bis zum Ende der Sowjetunion	331

3.1 Politisches Umfeld	331
3.2 Die deutsche Minderheit in der sowjetischen Innenpolitik und in den deutsch-sowjetischen Beziehungen	334
3.2.1 2. Konferenz der „Wiedergeburt“: Radikalisierung der deutschen Bewegung	334
3.2.2 Einsetzung der Gusev-Kommission	339
3.2.3 Bonner Drängen auf den Beginn der Hilfe	344
3.2.4 Gründung einer „Assoziation“ statt Wiederherstellung der Wolga-republik	346
3.2.5 Reaktionen der „Wiedergeburt“ auf das Umschwenken der sowjetischen Führung	354
3.2.6 Empfang von Sowjetdeutschen beim Vorsitzenden des Obersten Sowjets, Luk“janov	359
3.2.7 Nationalitätenpolitisch relevante Entwicklungen in der Gesetzgebung	360
3.2.8 Alternative Ansiedlungsprojekte für Sowjetdeutsche innerhalb der UdSSR	363
3.2.9 Perspektiven deutscher Hilfsmaßnahmen. Zusammenarbeit mit der RSFSR	368
3.2.10 Treffen von Kohl und Gorbačev im Kaukasus	375
3.2.11 Einsetzung des Organisationskomitees zur Vorbereitung des Kongresses der Sowjetdeutschen	377
3.2.12 Vorlauf und 3. Konferenz der „Wiedergeburt“	379
3.2.13 Aufnahme der Sowjetdeutschen in ein bilaterales deutsch-sowjetisches Vertragswerk	388
3.2.14 5. Sitzung der „Humanitären Arbeitsgruppe“. Tagung der deutsch-sowjetischen Kulturkommission	389
3.2.15 Anlehnung der „Wiedergeburt“ an die RSFSR	393
3.2.16 Schwierige Fortsetzung der Arbeiten im Organisationskomitee	394
3.2.17 Empfang von Vertretern des Organisationskomitees durch die sowjetische Führung. Absage des Kongresses	402
3.2.18 Abhaltung eines alternativen Kongresses durch die Wiedergeburt“	410
3.2.19 Gespräche Genschers nach dem alternativen Kongress. Information der sowjetischen Seite über den Beginn wirtschaftlicher Hilfsmaßnahmen	417
3.2.20 Initiativen der RSFSR zugunsten der Sowjetdeutschen	420
3.2.21 Bilanz der Gusev-Kommission. Empfang des Organisationskomitees durch Gorbačev	425
3.2.22 4. Konferenz der „Wiedergeburt“: Spaltung der deutschen Bewegung	435
3.2.23 Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit einzelnen Unionsrepubliken	437
3.2.24 Besuch von Vertretern des Organisationskomitees in Bonn. Gründung weiterer sowjetdeutscher Organisationen	439
3.2.25 Gründung autonomer Rayons im Altaj und bei Omsk	445
3.2.26 Späte Anerkennung der Trudarmisten	448

3.2.27 Reise Waffenschmidts in die UdSSR. Treffen Kohl-Gorbačev bei Kiev	449
3.2.28 Hintertreibung der Weisung Gorbačevs durch den Apparat. Auswirkungen des Putsches	451
3.3 Fazit 1990-1991	455
IV. Die UdSSR und die DDR: Kollusion gegen die Sowjetdeutschen-Politik der Bundesrepublik	
V. Russland und Deutschland: Der Beginn einer gemeinsamen Politik zugunsten der deutschen Minderheit ab Mitte 1991	482
1. Einsetzung der Kommission des Ministerrates der RSFSR	482
2. Erklärungen El'cins und Begegnung mit Genscher	483
3. Vorgespräche des Vorsitzenden des Komitees der RSFSR für Nationalitätenangelegenheiten, Prokop'ev, in Moskau und Verhandlungen in Bonn	487
4. Haltung in Saratov nach dem Putsch	493
5. Auseinandersetzungen unter den Sowjetdeutschen im Vorfeld des Kongresses	495
6. Moskauer Gespräche Waffenschmidts. Kongress der Deutschen	500
7. Moskauer Gespräche Genschers nach dem Kongress	517
8. Vorbereitung des El'cin-Besuches. Deutsch-russische Verhandlungen über ein Protokoll zur Wiedererrichtung der Wolgarepublik	519
9. El'cin-Besuch	526
10. Fortsetzung der Verhandlungen zum Protokoll	532
11. Bilanz der Sowjetdeutschen und Perspektiven	537
VI. Fazit	541
1. Die Entwicklung der bilateralen Beziehungen auf dem Gebiet der Sowjetdeutschen 1955-1991	541
2. Die Bedeutung des multilateralen Bereichs für die Entwicklung der bilateralen Beziehungen auf dem Gebiet der Sowjetdeutschen	544
3. Der Umgang der UdSSR mit der Frage der Sowjetdeutschen	545
4. Weitere Problemfelder, die zum Scheitern der auf die Deutschen bezogenen Nationalitätenpolitik beitrugen	549
4.1 Verschlechterung der Rahmenbedingungen	549
4.2 Führungsschwäche des Zentrums	550
4.3 Mangel an <i>Glasnost'</i>	553
4.4 Fehlen eines nationalitätenpolitischen Instrumentariums in der UdSSR	555
4.5 Fehler der Sowjetdeutschen	556
5. Perspektiven	558

VII. Literaturverzeichnis

- | | |
|-----------------------------|-----|
| 1. Zeitungen, Zeitschriften | |
| 2. Dokumente | 565 |
| 3. Sekundärliteratur | 567 |

VIII. Abkürzungsverzeichnis

IX. Personenregister

X. Anhang

1. Ausreise von Deutschen 1957-1993: Graphik
2. Ausreise von Deutschen 1957-1993: Tabelle
3. Ausreise von Deutschen 1957-1993 in Abhängigkeit politischer Ereignisse
4. Aussiedler nach Kategorien: Tabelle
5. Ausreise Deutscher und Juden 1970-1988 im Vergleich: Graphik
6. Ausreise Deutscher und Juden 1970-1988 im Vergleich: Tabelle
7. Deutsch-ungarische Vereinbarung vom 7.10.87 zur Förderung der deutschen Nationalität in der Ungarischen Volksrepublik
8. Liste möglicher Maßnahmen des Auswärtigen Amtes zur Förderung der Identität der Sowjetbürger deutscher Nationalität
9. Konzeption der RSFSR zur Lösung des Problems der Sowjetdeutschen, 24.9.91
10. Eckpunkte der Bundesregierung für die Wiederherstellung einer deutschen Republik im Wolgagebiet, 27.9.91
11. Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation zur stufenweisen Wiederherstellung der Staatlichkeit der Russlanddeutschen, 10.7.92
12. Ausreise von Deutschen 1955-1985: Graphik des Europarats
13. Note der UdSSR vom 1.2.89
14. Beschluss des Ministerrats der DDR vom 10.3.89
15. Beschluss des Ministerrats der DDR vom 13.2.90 über die Konzeption für das Vorgehen der DDR zur Unterstützung der UdSSR bei der Arbeit mit den Sowjetbürgern deutscher Nationalität

I.Einführung

1. Hintergrund und Zielsetzung der Untersuchung

Derzeit kommen jedes Jahr mehr als 200.000 Aussiedler aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion in die Bundesrepublik Deutschland, seit 1955 insgesamt über 1,4 Millionen Personen. Diese Zahl entspricht bereits einem Anteil an der deutschen Bevölkerung von ca. 1,75%, und ein Ende des Zuzuges ist nicht in Sicht. Über die politischen und menschlichen Hintergründe für die massenhafte Übersiedlung ist der deutschen Öffentlichkeit nur sehr wenig bekannt. Diese Tatsache wird nicht zuletzt von der gegenwärtigen (März 1996), bedauerlicherweise wahlkampfgeprägten Diskussion um eine Zuzugsbegrenzung widergespiegelt.

Anfang der 90er Jahre war ich beruflich mit den Deutschen in der UdSSR bzw. in deren Nachfolgestaaten befasst und hätte mir zur Einarbeitung in die nicht gerade übersichtliche Materie gewünscht, auf eine diesbezügliche neuere "Bestandsaufnahme" der deutsch-sowjetischen Beziehungen zurückgreifen zu können, insbesondere zu den Ereignissen nach Regierungsantritt Gorbatschovs. Die intensive Beschäftigung mit der ebenso faszinierenden wie in ihrer Tragik bedrückenden Geschichte der Sowjetdeutschen hat mich im weiteren dazu motiviert, selbst eine bewertende Chronik dieses Aspektes der sowjetischen Nationalitätenpolitik sowie der Emanzipations- und Rehabilitierungsbewegung der Sowjetdeutschen zusammenzustellen. Neben den Anstrengungen der jeweiligen Bundesregierungen werden darin gleichzeitig die Auswirkungen des bilateralen politischen deutsch-sowjetischen Verhältnisses und der Einflüsse des globalen politischen Klimas auf die Nachkriegsgeschichte der Sowjetdeutschen dargestellt und Wechselwirkungen beleuchtet.

Im Zentrum der Betrachtung steht zwar der Zeitraum von der zweiten Hälfte der 70er Jahre bis zum Ende der UdSSR mit Ablauf des Jahres 1991. Gleichwohl setzt diese Arbeit bereits mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR ein: Die bilateralen Beziehungen im Bereich der Sowjetdeutschen und die nationalitätenpolitische Sonderbehandlung dieser Minderheit durch die sowjetische Führung sowie die Emanzipationsbewegung der Sowjetdeutschen bilden zwischen 1955 und 1985/1986 eine durch eine Vielzahl von Wechselwirkungen bestimmte Einheit. Ohne die Darstellung der Voraussetzungen für den in der *Perestrojka* einsetzenden Wandel wäre das Verständnis der weiteren, auf die Sowjetdeutschen bezogenen innen- und außenpolitischen

Ereignisse, der Motivation der handelnden Personen sowie der sowjetdeutschen "Befreiungsbewegung", wie sie von einem ihrer Führer einmal bezeichnet wurde, nicht möglich.

Die vorliegende Arbeit beschränkt sich in der Hauptsache auf den seitens der Sowjetdeutschen als "Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit" bezeichneten Prozess, d.h. auf den Aspekt der politischen und rechtlichen Rehabilitierung der Sowjetdeutschen durch die UdSSR und die diesbezügliche Rolle der Bundesrepublik Deutschland. Im Vordergrund stehen daher die Aufhebung von Rechtsakten, die gezielt die deutsche Minderheit diskriminierten, sowie die Ansätze zur Wiederherstellung der 1941 aufgelösten Autonomen Wolgarepublik und anderer ehemaliger autonomer Territorien. Darüber hinaus werden die Ausreisebewegung der Sowjetdeutschen als Reaktion auf die ausbleibende Rehabilitierung und die in diesem Zusammenhang verfolgte Politik der Bundesrepublik Deutschland beleuchtet. Die multilateralen Anstrengungen der Bundesrepublik Deutschland für die Sowjetdeutschen werden in die vorliegende Betrachtung unter menschen- bzw. minderheitenrechtlichem Blickwinkel einbezogen, wobei insbesondere der Aspekt der Ausreisefreiheit (Familienzusammenführung bzw. Freizügigkeit) Berücksichtigung findet. Die Untersuchung endet mit der Auflösung der Sowjetunion und dem gleichzeitigen Übergang der bilateralen Beziehungen auf Russland in den letzten Monaten des Jahres 1991. Der Vollständigkeit halber enthält die Arbeit einen Exkurs über die Politik der DDR zu diesem Aspekt der deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Die Untersuchung ist vornehmlich als *reference guide* für "Praktiker" bzw. als "Koordinatensystem" für Wissenschaftler gedacht, die ein Instrumentarium als Ausgangspunkt für die weitere Suche nach Materialien und Quellen in Archiven der ehemaligen UdSSR bzw. für eine vertiefte Analyse und Interpretation benötigen.

Um das Auffinden von bestimmten Einzelaspekten und den Umgang mit dieser Gesamtdarstellung zu erleichtern, habe ich der Untersuchung im wesentlichen eine chronologische Struktur gegeben. Dabei ist mir bewusst, dass durch den angestrebten "Nachschlagewerk-Charakter" Ereignisse unterschiedlicher historischer und politischer Bedeutung nebeneinandergestellt werden. Angesichts der zeitgeschichtlichen Thematik erhebt die Chronik keinen Anspruch auf Vollständigkeit und muss auch darauf verzichten,

unveröffentlichte deutsche Dokumente im Wortlaut wiederzugeben. Die vorliegende Arbeit berücksichtigt bis Mitte 1995 vorliegende Forschungsergebnisse.

Die Untersuchung verdankt ihre Entstehung einem Postgraduiertenkolleg des Osteuropa-Institutes der Freien Universität Berlin. Insbesondere Frau Prof. Dr. Hannelore Horn bin ich für ihre Hinweise und für die Betreuung der Arbeit zu großem Dank verpflichtet. Mein Dank gilt ebenfalls Frau Dr. Barbara Dietz vom Osteuropa-Institut München sowie Herrn Privatdozent Dr. Dittmar Dahlmann von der inzwischen (aus finanziellen Gründen) leider aufgelösten Forschungsstelle für Geschichte und Kultur der Russlanddeutschen für ihre kontinuierliche Unterstützung und Ermutigung.

2. Hinweise zur Quellenlage und zur Methodik

Traditionell wird Minderheiten- und Menschenrechtspolitik in den zwischenstaatlichen Beziehungen weitestgehend hinter verschlossenen Türen behandelt. Dies galt ebenfalls für den hier zu untersuchenden Aspekt der bilateralen deutsch-sowjetischen Beziehungen, jedoch auch für den innersowjetischen Umgang mit den Deutschen durch Partei und Staat. Die vorliegende Arbeit stützt sich auf öffentlich zugängliche Meldungen aus deutschen und sowjetischen Zeitungen und Agenturen, auf regierungsamtliche Verlautbarungen beider Staaten sowie auf Dokumentationen über die Behandlung dieser Thematik im Deutschen Bundestag bzw. anderen Institutionen. Darüber hinaus standen dem Verfasser u.a. aus dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium des Innern Unterlagen ab 1973 zur Verfügung. Angesichts der Diskussion der Sowjetdeutschen-Thematik unter Ausschluss der Öffentlichkeit sind diese Dokumente für eine zusammenhängende Darstellung dieses Aspektes der deutsch-sowjetischen Beziehungen unverzichtbar, allerdings musste in der Regel auf wörtliche Zitate verzichtet werden, da diese Dokumente zum größten Teil noch einer systematischen Veröffentlichung harren.

Im Zuge der späten *Perestrojka* wurden einige der die Deutschen betreffenden sowjetischen Beschlüsse - zumeist in den Zeitungen der Sowjetdeutschen - veröffentlicht, andere erst in nach-sowjetischer Zeit. Lediglich in einer Reihe von Fällen konnten bislang nicht veröffentlichte Unterlagen beschafft werden; dies ist in der jeweiligen Quellenangabe ausdrücklich vermerkt.

Hilfreiche Impulse erhielt der Verfasser aus der ersten und einzigen umfassenden Zusammenstellung amtlicher Dokumente u.a. der UdSSR zur Geschichte der Deutschen, die 1993 in Moskau veröffentlicht wurde¹. Herausgeber ist der seinerzeit für die Sowjetdeutschen zuständige Sektorleiter im ZK der KPdSU, Vladimir Andreevič Auman. Auman als einer der maßgebenden Experten der KPdSU in Fragen der Sowjetdeutschen hat sich nach seinen eigenen Angaben darum bemüht, eine möglichst vollständige Sammlung zusammenzustellen:

In das Buch ist alles aufgenommen worden, was uns zu sammeln und in den Archiven zu ergattern gelang. Besonders wertvoll sind nach unserer Ansicht die Dokumente aus den laufenden Archiven der KPdSU, die noch lange in den Labyrinthen verborgen sein werden, bevor sie ein gewöhnlicher Forscher und Leser zu sehen bekommt.²

¹ Auman, V.A., V.G. Čebotareva (Hrsg.) *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach (1763-1992 gg.)*. Moskva: Meždunarodnyj institut gumanitarnych programm 1993

² *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 430

Im wesentlichen handelt es sich dabei um Dokumente aus dem einschlägigen Archiv des ZK der KPdSU. In der Sammlung sind zwar nicht alle bekannten Dokumente enthalten, jedoch erlaubt die Zusammenstellung Rückschlüsse auf einige bislang unveröffentlichte Beschlüsse von Partei und Staat.

Ein Vergleich der bekannten Dokumente mit denen in Aumans Sammlung sowie deren Stimmigkeit mit dem u.a. im Auswärtigen Amt vorhandenen Wissen bzw. dem politischen Kontext lässt darauf schließen, dass die Zusammenstellung im wesentlichen verlässlich sein dürfte. Diese Einschätzung wird in mit der Materie befassten deutschen Forschungsinstitutionen geteilt³.

Zur Quellensammlung sei angemerkt, dass sie hinsichtlich der Dokumente aus den Jahren 1974-1987 relativ wenige Lücken aufweist und auf Kasachstan konzentriert ist. Die erklärt sich dadurch, dass Auman zunächst als Deutschen-Referent im ZK der KP Kasachstans in Alma Ata arbeitete und erst Anfang 1988 nach Moskau kam. Zu diesem Zeitraum enthält die Dokumenten-Zusammenstellung eine Reihe von Gesprächsprotokollen und Aufzeichnungen aus ZK und KGB, während dies für die letzten Jahre der UdSSR nicht mehr der Fall war. Es kann daher trotz der ZK-kritischen Haltung Aumans, die im Vorwort und in einigen Anmerkungen zum Ausdruck kommt, nicht ganz ausgeschlossen werden, dass z.B. Auman einzelne, für ihn schädliche Stellen gekürzt hat oder in diesem Sinne gewisse Dokumente nicht in der Sammlung enthalten sind⁴. Unter diesem Vorbehalt wird aus den Dokumenten zitiert.

In den Archiven der ehemaligen UdSSR sind - wie auch in der Bundesrepublik Deutschland - die hier besonders interessierenden Dokumente zur Problematik der Sowjetdeutschen aus den Jahren nach 1985 aus Gründen des Zeitablaufs grundsätzlich nicht zugänglich, was von den o.g. Instituten bestätigt wird. Ob und wann dies auch angesichts der derzeitigen Verhältnisse im Land der Fall sein wird, kann nicht beurteilt werden⁵.

"V knigu pomeščeno vse, čto nam udalos' sobrat' i zapolučit' v archivach. Osobuju cennost' na naš vzgljad predstavljajut dokumenty tekuščich archivov KPSS, kotorye dolgo ešče budut chodit' po labirintam, prežde, čem ich smožet uvidet' rjadovoj issledovatel' i čitatel'."

³ Gespräche u.a. im Osteuropa-Institut München und in der Forschungsstelle für Geschichte und Kultur der Deutschen in Russland der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

⁴ Vollständig ausgeklammert sind über den o.g. Bereich hinaus z.B. die die Beziehungen zur DDR betreffenden Unterlagen zu den Sowjetdeutschen; es fehlen einige Protokolle zu Sitzungen der Gusev-Kommission, diverse Dokumente aus der Zeit nach dem Putsch 1991 sowie Unterlagen zu den erneuten Überlegungen um 1986, ein autonomes Gebiet einzurichten.

⁵ Die in zwei Erfahrungsberichten geschilderten Probleme beim Zugriff auf Dokumente in Archiven der ehemaligen UdSSR bestehen fort; vgl. Kreuzberger, S., R. Veltmeijer "Forschungsarbeit in Moskauer Archiven: Ein Erfahrungsbericht". *Osteuropa* 43 (1993), S. 271-279; Bayerlein, B.H., A. Vatlin "Zur aktuellen Situation der ehemaligen Parteiarchive in Russland". *Osteuropa* 42 (1992), S. 966-977

Im ersten Teil der Arbeit wird im laufenden Text auf den bilateralen und multilateralen politischen Rahmen eingegangen, in dem sich die Anstrengungen der Bundesregierung zur Förderung der deutschen Minderheit in der UdSSR und die sowjetdeutsche Emanzipationsbewegung bewegten. Die Komplexität vor allem der innenpolitischen Entwicklungen in der UdSSR machte es erforderlich, den im zweiten Teil jeweils zu betrachtenden Zeitabschnitten kurze Kapitel zu den politischen Rahmenbedingungen voranzustellen. Diese Skizzen erheben aber keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit.

In technischer Hinsicht sei angemerkt, dass Namen von Russlanddeutschen bei der ersten Erwähnung transliteriert, dann aber in der deutschen Form verwandt wurden.

3. Stand der Forschung

Das Schicksal der Sowjetdeutschen hat bis zum Anfang der 80er Jahre in Publikationen mit wissenschaftlichem Anspruch kaum Resonanz gefunden. Dies änderte sich erst mit den 1987 sprunghaft ansteigenden Ausreisezahlen. Inzwischen gibt es eine umfangreiche, vielfältige, auch populärwissenschaftliche Literatur sowie demographische Untersuchungen zu den verschiedensten Aspekten historischer und aktueller russlanddeutscher Existenz in Russland bzw. der ehemaligen UdSSR, aber auch zu Integrationsproblemen in der Bundesrepublik.

Der von dieser Arbeit gewählte außen- und nationalitätenpolitische Ansatz findet sein Vorbild im Kapitel "Nationale Identität und nationale Bewegung" des Standardwerks zur Geschichte der Sowjetdeutschen im 20. Jahrhundert von Benjamin Pinkus und Ingeborg Fleischhauer⁶, das zwar 1987 erschien, dessen Manuskript jedoch schon 1980 abgeschlossen wurde. Dort werden hinsichtlich der Nachkriegsgeschichte auf breitem Raum sowohl die sowjetische Nationalitätenpolitik, die deutsche Bewegung sowie deren Unterdrückung als auch die Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion auf dem Gebiet der Sowjetdeutschen behandelt.

Der derzeit wohl beste Kenner der hier interessierenden Geschichte der deutschen Autonomiebewegung von den 60er Jahren bis in die Gegenwart ist Alfred Eisfeld. Als Berater des Bundesministeriums des Innern verfügt er über "Insiderkenntnisse" und nimmt regelmäßig an bilateralen Verhandlungen teil. Soweit nicht Primärquellen herangezogen wurden, stützt sich diese Untersuchung im wesentlichen auf seine Publikationen⁷, in denen,

⁶ Pinkus, B., I. Fleischhauer *Die Deutschen in der Sowjetunion: Geschichte einer nationalen Minderheit im 20. Jahrhundert*. Baden-Baden ¹1987

⁷ Eisfeld, A. "Zur jüngsten Entwicklung der Autonomiebewegung der Sowjetdeutschen". *Osteuropa* 1/1990, S. 11-32; Ders. "Zwischen Bleiben und Gehen: Die Deutschen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion". *Aus Politik und Zeitgeschehen. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*. B 48/93, 26.11.93; Ders. *Die Deutschen in Russland und der Sowjetunion*. Wien 1986; Ders. *Die Russlanddeutschen*. München 1992

wenn auch nicht in systematischer Form, auf die Wechselwirkungen zwischen Rehabilitierung, Ausreise und bilateralen politischen Beziehungen eingegangen wird.

Sidney Heitman publiziert seit 1987 kontinuierlich zu Fragen der "Dritten Emigration" aus der UdSSR. Er vergleicht insbesondere Modalitäten und Verlauf der Emigration von Deutschen, Juden, Armeniern, Griechen u.a. In seiner ersten Untersuchung geht er am Rande auf Zusammenhänge von Ausreisepolitik, Rehabilitierung und bilateralen Beziehungen ein⁸.

Von Avril Pittman⁹ stammt die bislang einzige, im Ansatz systematische Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Ausreisezahlen und politischen Ost-West-Beziehungen. In seiner Arbeit zur Gesamtheit der bilateralen deutsch-sowjetischen Beziehungen der Jahre 1974-1990 nimmt dieser Aspekt aber nur verhältnismäßig geringen Raum ein und konzentriert sich im wesentlichen und im Detail nur auf die Jahre 1974-1981.

Die bislang neueste Publikation, die vor allem Ergebnisse der verschiedenen Befragungsstudien des Osteuropa-Instituts München von sowjetdeutschen Aussiedlern zusammenführt, aber alle Aspekte der dieser Untersuchung zugrunde liegenden Thematik anschnidet, stammt von Barbara Dietz und Peter Hilkes¹⁰. Die Autoren stützen sich hinsichtlich der Details zur Autonomiebewegung im wesentlichen auf verschiedene Veröffentlichungen von Eisfeld. Dietz hatte schon 1986 in einer ersten Befragungsstudie dem Zusammenhang zwischen Ausreise und politischen Ereignissen ein separates Kapitel gewidmet¹¹.

Alle bisherigen Publikationen zur Thematik der Sowjetdeutschen sind vor Erscheinen der Dokumentensammlung Aumans abgeschlossen worden und mussten sich deshalb auf die wenigen zugänglichen Quellen beschränken. Eine systematische, die verschiedenen Aspekte - Autonomiebewegung, Ausreise und bilaterale bzw. multilaterale Beziehungen - zusammenfassende Darstellung von Entwicklungen und Zusammenhängen seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen war schon deshalb bislang nicht möglich.

Es sei darüber hinaus angemerkt, dass die einzige graphische Darstellung zum Zusammenhang von Ausreisezahlen und politischen Ereignissen in den Jahren 1955-1985 im Jahr

⁸ Heitman, S. *The Third Soviet Emigration: Jewish, German and Armenian Emigration from the USSR since World War II*. Köln: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 21, 1987; ders. *Soviet Emigration Since Gorbachev*. Köln: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 62, 1989; ders. *Soviet Emigration in 1990*. Köln: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 33, 1991

⁹ Pittman, A. *From Ostpolitik to Reunification: West German-Soviet Political Relations since 1974*. Cambridge 1992

¹⁰ Dietz, B., P. Hilkes *Russlanddeutsche: Unbekannte im Osten; Geschichte, Situation, Zukunftsperspektiven*. München 1992

¹¹ Dietz, B. *Deutsche in der Sowjetgesellschaft. Statistische Grundlagen einer Befragungsstudie mit deutschen Spätaussiedlern aus der Sowjetunion*. Forschungsprojekt "Deutsche in der Sowjetgesellschaft", Arbeitsbericht Nr. 1, München: Osteuropa-Institut, 1986, S. 14-17

1986 als Annex zu einem Dokument des Europarats erschien¹². Sie ist in den Anhang zu dieser Untersuchung aufgenommen worden und wurde im Lichte der vorliegenden Ergebnisse fortgeschrieben.

¹² ER-Dok. 5591 vom 18.6.86, S. 10

4. Vorbemerkungen zur sowjetischen Nationalitätenpolitik 1961-1986 und deren Auswirkung auf die Lage der Sowjetdeutschen

Die Politik der UdSSR gegenüber den Sowjetdeutschen und anderen Nationalitäten vollzog sich im Rahmen nationalitätentheoretischer Überlegungen und nationalitätenpolitischer Perspektiven sowie davon inspirierter politischer Initiativen insbesondere hinsichtlich der Stellung des Russischen in der sowjetischen Gesellschaft. Grundzüge der Nationalitätenpolitik sollen im weiteren skizziert werden, um die ideologische und politische Motivation für bestimmte, den sowjetdeutschen Bedürfnissen und Anliegen zuwiderlaufende Maßnahmen zu beleuchten und deren weitreichende negative Auswirkungen auf die Fortexistenz der sowjetdeutschen Minderheit verständlich zu machen. Darüber hinaus soll der Hintergrund skizziert werden, vor dem sich mit Einsetzen der *Perestrojka* der zur Sprengung der UdSSR führende Nationalismus entwickelte. Auf die Abkehr von der traditionellen sowjetischen Nationalitätenpolitik und die etappenweise Hinwendung zu einer realitätsbezogenen Politik und Programmatik nach 1987 wird im laufenden Text eingegangen.

Spätestens seit der wegweisenden Publikation von Hélène Carrère d'Encausse, *Risse im Roten Imperium*, ist auch im Westen eine fast nicht zu überschauende Anzahl von Arbeiten zur Nationalitätenfrage in der UdSSR entstanden. Für die mit dieser Untersuchung verbundene Zielsetzung kann auf jene Literatur im einzelnen nicht eingegangen werden. Wo jedoch erforderlich, stützt sich diese Arbeit auf das umfassende Werk von Gerhard Simon, *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion*, und auf die relevanten Kapitel in Ingeborg Fleischhauers *Die Deutschen in Russland und in der Sowjetunion*.¹³

Nach einer Phase der Nationenbildung ("Aufblühen der Nationen", "korenizacija") in den 20er Jahren bis zur Kollektivierung und darauf folgenden Jahren des Abbaus von nationalitätenpolitischen Zugeständnissen und Institutionen, der Liquidierung nationaler Kader sowie zunehmender Russifizierung leitete Chruščev im Rahmen der Entstalinisierung bei gleichzeitiger Stabilisierung seiner eigenen Machtposition umfangreiche Dezentralisierungsmaßnahmen ein, die das politische Gewicht aller nichtrussischen Nationen und Territorien wesentlich stärkten. Diese Konzessionen im Bereich der Verwaltung und Wirtschaft wurden allerdings nicht mehr durch Maßnahmen in der Sprachen- und Bildungspolitik flankiert, die ein Hauptanliegen der früheren *korenizacija*-Politik darstellten.

¹³ Carrère d'Encausse, H. *Risse im Roten Imperium. Das Nationalitätenproblem in der Sowjetunion*. München 1979, Simon, G. *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinischen Gesellschaft*, Baden-Baden ¹1986 und Pinkus/Fleischhauer, *Die Deutschen*

Simon macht darauf aufmerksam, dass die nunmehr fest etablierte Chruščev-Führung in der zweiten Jahreshälfte 1958 in der Nationalitätenpolitik deutliche "Halt-Signale" setzte und bemüht war, in der Sprachenfrage die Stellung des Russischen zu stärken¹⁴. Die Durchsetzung des Russischen als "zweite Muttersprache" stand hinter einer der Thesen zur beabsichtigten Schulreform, die *Pravda* am 16. November 1958 veröffentlichte. Da das Anliegen, die Sprachen der Unionsrepubliken aus den überall existierenden russischen Schulen zu drängen, seinerzeit nicht durchgesetzt werden konnte, wurden seit Ende der 50er Jahre zunächst nur in der RSFSR Schritte eingeleitet, den Übergang zum Russischen als Unterrichtssprache zu forcieren¹⁵. Zugleich warben die besser ausgestatteten russischen Schulen um nicht-russische Kinder, deren Eltern auch ihrerseits Interesse haben mussten, der russischen Sprache im Lebens- und Lernensalltag hohe Priorität einzuräumen, da die perfekte Beherrschung des Russischen Grundvoraussetzung für das Sich-Zurechtfinden in der UdSSR und damit nicht zuletzt für eine Karriere ihrer Kinder darstellte.

Der neue Kurs in der Sprachenpolitik, auch im öffentlichen Leben der RSFSR, insbesondere in Wirtschaft, Verwaltung und Justiz, Wissenschaft und Technik, generell zum Russischen überzugehen, wurde 1958-1960 unionsweit von einer Welle von Absetzungen führender Persönlichkeiten und Kader begleitet. Dass die Zeit nationalitätenpolitischer Konzessionen vorbei war, zeigte sich auch daran, dass Chruščev auf dem XXII. Parteitag im Oktober 1961 mit seiner Rede zum neuen Parteiprogramm eine Revision der sowjetischen Ideologie aus den zwanziger und dreißiger Jahren einleitete, die die sowjetische Nationalitätenpolitik bis in die Regierungszeit Gorbačevs hinein dominieren sollte. Dazu gehörte, dass er die bekannte Definition Stalins für die Nation¹⁶ auf das Sowjetvolk übertrug:

In der UdSSR ist eine neue historische Menschengemeinschaft aus verschiedenen Nationalitäten, die gemeinsame charakteristische Züge haben, entstanden - das Sowjetvolk. Diese Nationalitäten haben ein gemeinsames sozialistisches Vaterland - die UdSSR, eine gemeinsame Klassenstruktur, eine gemeinsame Weltanschauung - den Marxismus-Leninismus, ein gemeinsames Ziel - den Aufbau des Kommunismus und viele gemeinsame Züge in der geistigen Gestalt und der Psychologie.¹⁷

Lediglich das stalinsche Merkmal der gemeinsamen Sprache schrieb Chruščev dem Sowjetvolk nicht zu, aber er charakterisierte in seiner Rede das Russische als "die zweite

¹⁴ vgl. Simon, Nationalismus, S. 280

¹⁵ *ibid.* S. 285

¹⁶ Bei Stalin heisst es: "Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart." Stalin, J.V. "Marxismus und die nationale Frage". *Werke*. Berlin (Ost) 1950-55, Bd. 2, S. 272; vgl. Simon, Nationalismus, S. 293

¹⁷ *XXII S"ezd KPSS. 17-31 oktjabrja 1961 goda*. Stenografičeskij otčet. tom I, Moskva 1962, S. 153; zitiert nach: Simon, Nationalismus, S. 293

Muttersprache der Völker der UdSSR, das Medium der internationalen Verständigung und des Zugangs jeder Nation und Völkerschaft zu den kulturellen Errungenschaften aller Völker der UdSSR und zur Weltkultur"¹⁸.

In Abkehr von der bislang postulierten dialektischen Aufeinanderfolge von "Aufblühen"¹⁹ und "Annäherung"²⁰ der Nationen, einer auf Lenin zurückgehenden Konzeption der sowjetischen Nationalitätenpolitik, definierte Chruščev beide Entwicklungen zu im Sozialismus gleichzeitig verlaufenden Prozessen. Die Synthese im Sinne der dialektischen Nationalitätentheorie, die "Verschmelzung"²¹ der Nationen und Nationalitäten der UdSSR zu einer homogenen sowjetischen Nation, führte als politisches Ziel allerdings zu Beunruhigung bei den Nicht-Russen, die dahinter ein Russifizierungsprogramm vermuteten. Im Parteiprogramm von 1961 und in offiziellen Verlautbarungen der Folgezeit wurde daher als Richtung der sowjetischen Nationalitätenpolitik explizit nur "die Annäherung der Nationen"²² propagiert. Allerdings ging aus dem Text des Programms hervor, dass von einer Abkehr von einer zukünftigen "Verschmelzung" nicht die Rede sein konnte:

Der entfaltete kommunistische Aufbau bedeutet für die Entwicklung der nationalen Beziehungen in der UdSSR eine neue Etappe, die durch die weitere Annäherung der Nationen und die Erreichung ihrer völligen Einheit gekennzeichnet wird. Der Aufbau der materiell-technischen Basis des Kommunismus bringt eine noch engere Vereinigung der Sowjetvölker mit sich. (...) Das Verschwinden der Grenzen zwischen den Klassen und die Entwicklung kommunistischer gesellschaftlicher Beziehungen führen dazu, dass die Nationen in ihrem sozialen Aufbau immer homogener werden, und fördern die Herausbildung gemeinsamer kommunistischer Züge der Kultur, der Moral und der Lebensweise ... Mit dem Sieg des Kommunismus in der UdSSR werden die Nationen einander noch näherkommen, wird ihre wirtschaftliche und ideologische Einheit wachsen ...²³

Gleichzeitig unterstrich das Parteiprogramm jedoch den langfristigen Ansatz dieser Entwicklung: "Das Verschwinden der nationalen Unterschiede, besonders der Unterschiede in der Sprache, ist ... ein Prozess, der wesentlich längere Zeit in Anspruch nimmt als das Verschwinden der Klassenunterschiede."²⁴ Im kulturellen Bereich sah es die Partei daher als Aufgabe,

¹⁸ ibid.

¹⁹ rascvet: d.h. die umfassende Entwicklung der Nation

²⁰ sblizenie: d.h. im Verlauf des Aufbaus des Kommunismus bilden sich Gemeinsamkeiten heraus und entwickelt sich eine allen Sowjetnationen gemeinsame internationale Kultur, die durch die russische Sprache zu einer Einheit integriert wird.

²¹ slijanie

²² Parteiprogramm 1961, Kapitel IV. Die Aufgaben der Partei auf dem Gebiet der nationalen Beziehungen; zitiert nach: Meissner, B. *Das Parteiprogramm der KPdSU 1903 bis 1961*. Köln 1962, Dokumententeil S. 222

²³ ibid. S. 223

²⁴ ibid. S. 223

anzustreben, dass sich die sozialistische Kultur der Sowjetvölker auch weiter allseitig entfaltet. Der gewaltige Schwung des kommunistischen Aufbaus und die neuen Siege der kommunistischen Ideologie bereichern die ihrem Inhalt nach sozialistische, ihrer Form nach nationale Kultur der Völker der UdSSR. Es erstarkt die ideologische Einheit der Nationen und Völkerschaften, deren Kulturen einander immer näher kommen. (...) Da die Partei der Entwicklung des sozialistischen Inhalts der Kulturen der Völker der UdSSR entscheidende Bedeutung beimisst, wird sie ihre weitere gegenseitige Bereicherung und Annäherung, die Festigung der internationalen Grundlage dieser Kulturen fördern und dadurch zur Herausbildung der künftigen einheitlichen Menschheitskultur der kommunistischen Gesellschaft beitragen.²⁵

Wie in obigen Zitaten bereits deutlich wird, wurde die Rolle des Russischen im Parteiprogramm zurückhaltend formuliert und lediglich dessen Funktion als Verkehrssprache unterstrichen. Die Partei sah es als Aufgabe,

auch in Zukunft die freie Entwicklung der Sprachen aller Völker der UdSSR und die absolute Freiheit eines jeden Bürgers der UdSSR zu garantieren, eine beliebige Sprache zu sprechen und seine Kinder in dieser Sprache zu erziehen und unterrichten zu lassen ...

Der sich gegenwärtig vollziehende Prozess, außer der Muttersprache auch freiwillig Russisch zu lernen, hat positive Bedeutung, da das zum Erfahrungsaustausch wie auch dazu beiträgt, dass jede Nation und jede Völkerschaft der kulturellen Errungenschaften aller anderen Völker der UdSSR ... teilhaftig wird. Die russische Sprache ist praktisch zur gemeinsamen Verkehrssprache und zur Sprache der Zusammenarbeit aller Völker der UdSSR geworden".²⁶

Die Deutschen waren von einer solchen, auf Assimilation zielenden Politik als durch die Deportation verstreute und inzwischen primär in russischer Umgebung, d.h. nicht mehr in geschlossenen deutschen Siedlungsgebieten lebende Nation besonders betroffen. Verschärft wurde ihre Lage durch das Fehlen schulischer, kultureller und administrativer muttersprachlicher Einrichtungen: Schon 1938 waren alle deutschen Schulen außerhalb der Wolgarepublik geschlossen worden, als Folge der Deportationen im Jahre 1941 war bis 1961 eine ganze Generation von Sowjetdeutschen ohne deutsche Schulen, Kultur und Traditionen aufgewachsen, falls sie überhaupt eine Schule besucht hatten. In der Volkszählung von 1959 gaben nur noch 74% der Sowjetdeutschen Deutsch als ihre Muttersprache an - gegenüber 94,9% im Jahre 1926²⁷. Es hätte angesichts dieser Lage bereits intensiver Maßnahmen zur

²⁵ ibid. S. 224

²⁶ ibid. S. 224f

²⁷ 1970 waren es nur noch 66,8%, 1979 57% und 1989 48,7%, wobei die tatsächliche Sprachbeherrschung weit niedriger liegt: Von 1991 befragten Russlanddeutschen in Kasachstan und Westsibirien gaben zwar 60% an, Deutsch sei ihre Muttersprache, tatsächlich beherrschten nur 3,5% perfekt Deutsch und ein Fünftel konnte sich

Wiederbelebung der deutschen Kultur bedurft. Die ideologische Ausrichtung auf Assimilation ließ jedoch keinen Raum für eine besondere Förderung. Die im Parteiprogramm niedergelegte Garantie der freien Entwicklung der Sprache und des Unterrichts in der Muttersprache blieb im Falle der Deutschen bis zum Ende der UdSSR ohne praktische Folgen, so dass die Deutschen unaufhaltsam in einen totalen Kulturverlust drifteten. Gleichzeitig bestand die massive Diskriminierung Deutscher in der sowjetischen Gesellschaft aber fort, was diese aus Selbstschutz veranlasste, in beträchtlichem Umfang ihre Muttersprache verleugneten und letztlich ihre sowjetdeutsche Nationalität gegen die russische zu tauschen²⁸.

Die 70er Jahre brachten für die deutsche Minderheit weitere Verschlechterungen. Brežnev verhalf der wissenschaftlichen Diskussion²⁹ um das "Sowjetvolk" als einer im Verhältnis zu den einzelnen Nationen der Sowjetunion qualitativ höherwertigen Errungenschaft auf dem XXIV. Parteitag im März/April 1971 und in seiner Rede zum 50. Jahrestag der Gründung der UdSSR im Dezember 1972 endgültig zum Durchbruch. Das "Sowjetvolk" fand schließlich Eingang in die Präambel der Verfassung von 1977³⁰. Mit der Annahme der Doktrin vom Sowjetvolk wurde ideologisch gleichzeitig, wenn auch nicht explizit, die "Verschmelzung" der Nationen weiter in den Vordergrund gerückt³¹.

In seiner Rede zum 50. Jahrestag der Gründung der UdSSR wandte Brežnev sich zwar gegen eine künstliche Beschleunigung der weiteren Annäherung der Nationen und Völkerschaften in der UdSSR, machte aber deutlich, dass die Partei alle Versuche, diesen Prozess zu hemmen und "unter diesem oder jenem Vorwand zu stören" sowie die "nationale Absonderung künstlich zu fixieren", ablehnte³². Hinter diesen Äußerungen ist deutlich eine Warnung zu vernehmen. Dies sieht auch Simon so: "Nicht zufällig wurde die Ideologie vom Sowjetvolk in den Jahren der Chruščevschen Reaktion entwickelt, um die Autonomisierungswünsche und -erwartungen zu dämpfen und die Grenzen der Entstalinisierung zu markieren."³³

einigermaßen unterhalten; nach: Dietz, B. *Zwischen Anpassung und Autonomie: Russlanddeutsche in der vormaligen Sowjetunion und in der Bundesrepublik Deutschland*. Bremen (Diss.) 1994, S. 39.

²⁸ vgl. Simon, *Nationalismus*, S. 374, 376ff

²⁹ vgl. Pinkus/Fleischhauer, *Die Deutschen*, S. 372f

³⁰ *Pravda*, 31.3.71, 22.12.72

Die Präambel der Verfassung vom 7. Oktober 1977 definiert die sozialistische Gesellschaft als "eine Gesellschaft reifer sozialistischer gesellschaftlicher Beziehungen, in der auf der Grundlage der Annäherung aller Klassen und sozialen Schichten, der juristischen und tatsächlichen Gleichheit aller Nationen und Völkerschaften und deren brüderlicher Zusammenarbeit eine neue historische Gemeinschaft von Menschen - das Sowjetvolk - entstanden ist." *Verfassung (Grundgesetz) der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken*. Moskau: Progress 1977, S. 5

³¹ vgl. Simon, *Nationalismus*, S. 359 ff

³² *Pravda*, 22.12.72 u. Schneider, E. *Moskaus Leitlinie für das Jahr 2000: Die Neufassung von Programm und Statut der KPdSU*. München 1987, S. 68f

³³ Simon, *Nationalismus*, S. 368

Während es sich aus Meissners Sicht "bei der Theorie vom einheitlichen Sowjetvolk ... um die ideologische Begründung einer Assimilationspolitik handelt, die auf eine allmähliche Russifizierung der nichtrussischen Völker gerichtet ist"³⁴, zog die *Neue Züricher Zeitung* in einem Dossier zur sowjetischen Nationalitätenpolitik Anfang der 70er Jahre das vorsichtige Resümee: "Die Nationalitätenpolitik Brežnevs lässt keinen Raum für Selbständigkeit oder 'eigenen Weg' der Sowjetvölker."³⁵ Es kann daher nicht verwundern, dass Brežnev auf der VII. Sitzung des Obersten Sowjets im Oktober 1977, auf der die neue Verfassung angenommen wurde, das Resümee zog:

Dank der konsequenten Leninschen Nationalitätenpolitik haben wir mit dem Aufbau des Sozialismus - erstmalig in der Geschichte - die nationale Frage erfolgreich gelöst. Die Freundschaft der Sowjetvölker ist unverbrüchlich, im Laufe des kommunistischen Aufbaus vollzieht sich unentwegt ihre Annäherung ..."³⁶

Der Topos der erfolgreichen Lösung der nationalen Frage sollte bis Ende 1987 Bestand haben.

Die Russifizierung wurde von der sowjetischen Führung in den 70er und 80er Jahren durch die Sprachenpolitik weiter forciert. Mitte der 70er Jahre entschloss sich die sowjetische Führung, das Russische noch stärker als bisher im Bildungswesen und in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens durchzusetzen und die nationalen Sprachen tendenziell auf eine private Funktion zu reduzieren. Russisch sollte nunmehr definitiv zur zweiten Muttersprache der Völker der UdSSR werden. In der RSFSR waren die nichtrussischen Sprachen als Unterrichtssprachen schon im Laufe der 60er und 70er Jahre aus den Mittelschulen verdrängt worden. Nur in nationalen Grundschulen der RSFSR wurde der Unterricht noch bis zur dritten Klasse in der Muttersprache erteilt. Mit dem Übergang zum Russischen als Unterrichtssprache wurde die Muttersprache nur noch als Unterrichtsfach beibehalten.

Die Zielsetzung der Politik hinsichtlich der nichtrussischen Unionsrepubliken bestand in der Durchsetzung des Russischen als Unterrichtssprache in den Hochschulen und mittleren Fachschulen, dem Beginn des Russischunterrichts bereits im Kindergarten und der Einführung des Russischen als Unterrichtssprache auch in den Mittelschulen.

Verschiedene Allunionskonferenzen zum Russisch-Unterricht gipfelten am 13. Oktober 1978 in einer bislang nicht veröffentlichten Ministerratsverordnung über den Russisch-Unterricht³⁷.

³⁴ Meissner, B. "Der sowjetische Nationsbegriff und seine politische und rechtliche Bedeutung". *Die Nation in östlicher Sicht*. Berlin 1977, S. 22; zitiert nach: Pinkus/Fleischhauer, *Die Deutschen*, S. 373

³⁵ *Neue Züricher Zeitung*, 2.4.72, S. 5

³⁶ *Pravda*, 5.10.77

³⁷ vgl. Simon, *Nationalismus*, S. 384

Ein ebenfalls unpublizierter Ministerratsbeschluss machte Ende Juni 1979 Russischunterricht in allen nichtrussischen Kindergärten und Vorschuleinrichtungen obligatorisch³⁸.

Versuche, die jeweilige Staatssprache aus den Verfassungen der drei Kaukasusrepubliken zu eliminieren, führten dort aber 1978 zu starken Protesten und zu einem Einlenken der Moskauer Führung. Offenbar mit Rücksicht auf diese und andere Widerstände vor allem in Georgien, Litauen und Estland räumte Brežnev in seinem Referat auf dem XXVI. Parteitag 1981 Schwierigkeiten ein und formulierte zur Nationalitäten- und Sprachenpolitik einen ausgewogeneren Ansatz:

Die Einheit der sowjetischen Nationen ist heutzutage fester denn je. Dies soll aber natürlich nicht heißen, dass alle Fragen im Bereich der nationalen Beziehungen bereits gelöst worden sind. Die Entwicklungsdynamik eines so großen multinationalen Staates wie der unsrige bringt nicht wenige Probleme mit sich, auf die die Partei ihr besonderes Augenmerk zu richten hat. (...)

In den letzten Jahren erhöhte sich in einer Reihe der Republiken beträchtlich die Anzahl jener Bürger, die nicht der Stammnationalität angehören. Sie haben ihre spezifischen Bedürfnisse in Sprache, Kultur und Lebensweise. Die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken, die Regions- und Gebietspartei-Komitees müssen diesen Fragen tiefer auf den Grund gehen und rechtzeitig Wege für ihre Lösung vorschlagen.³⁹

Die Praxis blieb jedoch eine andere, und Moskau setzte seine Politik im Grundsatz fort. Auf eine Tagung zur Forcierung des Russischunterrichts am 20./21. Mai 1983 in Samarkand folgte am 26. Mai 1983 ein nicht veröffentlichter Beschluss von Politbüro und Ministerrat der UdSSR "Über zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung des Russischunterrichts in den allgemeinbildenden Schulen und anderen Bildungseinrichtungen der Unionsrepubliken". Aus der dazugehörigen *Pravda*-Meldung geht hervor, seitens des ZK sei festgestellt worden,

dass als Ergebnis der unbeirrbareren Verwirklichung der Leninschen Nationalitätenpolitik in unserem Lande eine Internationalisierung aller Aspekte des öffentlichen Lebens erfolgt, eine gegenseitige Bereicherung und ein Aufblühen der nationalen Kulturen. Muttersprache und Literatur aller Nationen und Nationalitäten der UdSSR haben breiten Raum für eine allseitige und gleichberechtigte Entwicklung eingeräumt bekommen. Allen Bürgern ist wirklich das Recht [real'no obespečeno] auf Unterricht in der Muttersprache und in anderen Sprachen der UdSSR gegeben. Gleichzeitig wächst unter den gegenwärtigen Bedingungen, wo die Wirtschaft des Landes sich zu einem einzigen volkswirtschaftlichen Komplex entwickelt hat, die Bedeutung der russischen Sprache, die von den Sowjetmenschen als Mittel der zwischennationalen

³⁸ vgl. Simon, Nationalismus, S. 386

³⁹ *Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und die nächsten Aufgaben in der Innen- und Außenpolitik. Bericht des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, L.I. Brežnev. 23. Februar 1981. Moskau: APN 1981*

Kommunikation gewählt wurde. Die gute Beherrschung der russischen Sprache gleichzeitig zur eigenen ... wird zur objektiven Notwendigkeit und zum Bedürfnis eines jeden Bürgers und dient der weiteren Annäherung aller Nationen und Nationalitäten, der Stärkung der Völkerfreundschaft ...⁴⁰

Anfang 1982 begann die Partei auf dem Hintergrund der Proteste, Aufrufe und Demonstrationen in Georgien, Armenien und im Baltikum besonders in Estland gegen russische Überfremdung und drohende Assimilierung im Vorfeld des 60. Jahrestages der Gründung der UdSSR eine Kampagne gegen nationalistisch inspirierte, zentrifugale Tendenzen in der UdSSR.

Ein umfangreicher Beschluss des ZK der KPdSU vom 20. Februar 1982 zum bevorstehenden 60. Jahrestag der UdSSR war zu mehr als zwei Dritteln der Innenpolitik gewidmet, wobei der Akzent überraschenderweise überwiegend auf die Nationalitätenpolitik gesetzt wurde. Neben einer emphatischen Erfolgsbilanz bei der Bewältigung des Nationalitätenproblems durch die Sowjetunion wurden in vorsichtiger Form auch Einschränkungen gemacht: "Zugleich sieht die Partei aber auch ungelöste Probleme, vorhandene Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten."⁴¹ Worin diese bestanden, wurde nur "chiffriert" gesagt, in den operativen Empfehlungen für die inhaltliche Vorbereitung des 60. Jahrestages erhob das ZK aber den Vorwurf, der Nationalismus sei "eines der wichtigsten Mittel in der subversiven Tätigkeit des Imperialismus gegen den realen Sozialismus"⁴². In diesem Sinne bemühte sich das ZK, wie im weiteren zu zeigen sein wird, um eine Eindämmung des Einflusses der Bundesrepublik auf die Sowjetdeutschen.

Im ZK-Beschluss wurde zu "sorgfältiger Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse jeder Nation und Nationalität und ihrer organischen Verbindung mit den Interessen des sowjetischen Volkes insgesamt" aufgerufen. Zu den Problemen bei der nicht ausgewogenen Verteilung des Lebensstandards in den verschiedenen Gebieten der UdSSR und bei der Nicht-Einhaltung des Nationalitätenproporz zugunsten der Russen hieß es, die Partei sei um "Überwindung der aus der Vergangenheit übernommenen Unterschiede zwischen sozialen Gruppen und Regionen" bemüht und um "konsequente Beachtung der gerechten sozialistischen Verteilungsprinzipien"⁴³. Zum Nationalitätenproporz wurde angemerkt:

Die Sowjetrepubliken verfügen über eine multinational zusammengesetzte Bevölkerung. Es ist wichtig, dass alle Nationen in gebührender Weise in den Organen

⁴⁰ *Pravda*, 27.5.83

⁴¹ *Pravda*, 21.2.82

⁴² *ibid.*

⁴³ *ibid.*

der Partei und des Staates repräsentiert sind - unter strenger Beachtung der sachlichen und der geistig-moralischen Eigenschaften des einzelnen Menschen.⁴⁴

Auf diesem Gebiet gab es, wie mehrere Dokumente aus der Sammlung Aumans beweisen, im Laufe der 70er und 80er Jahre vor allem in Kasachstan erfolgreiche Bemühungen, die weit unterrepräsentierten Deutschen durch die Übernahme von Verantwortung in Partei und Staat zu integrieren.

Zur Lage der Deutschen bedeutsam ist im ZK-Beschluss die Feststellung:

Da sich während der letzten Jahre in einer Reihe von Republiken die Zahl der Nicht-Autochthonen, die ihre spezifischen Forderungen auf dem Gebiet der Sprache, der Kultur und der Lebensweise stellen, beträchtlich erhöht hat, werden die Parteikomitees aufgerufen, sich eingehender mit diesen Problemen zu befassen und zu gegebener Zeit Wege für ihre Lösung vorzuschlagen.⁴⁵

Mit "Nicht-Autochthonen" waren die Nationalitäten gemeint, die nicht in einem für sie bestimmten autonomen Verwaltungsgebiet leben. Deren größte Gruppe stellten die Sowjetdeutschen. An dieser Aussage des ZK ist bemerkenswert, dass die spezifischen Bedürfnisse der Autochthonen nur mühsam als Problem konzediert werden, ohne aber Direktiven oder Empfehlungen für konkrete Lösungswege und Maßnahmen zu geben. So bleibt der Passus eine die Lösung der Problematik auf unbestimmte Zeit vertagende Leerformel. Im Rückblick muss festgestellt werden, dass damit eine Chance vertan wurde, die Deutschen kulturell in die Sowjetgesellschaft zu integrieren und sie damit im Lande zu halten.

Gleichzeitig strich der ZK-Beschluss zum 60. Jahrestag einmal mehr die führende Rolle des russischen Volkes und die Funktion der russischen Sprache als eine "von den Sowjetmenschen freiwillig angenommene" *lingua franca* heraus, so dass er den Argwohn gegen Russifizierungstendenzen eher verstärken musste. Der nationalitätenpolitisch grundsätzlich positive Aussagewert des Dokuments wurde mit dieser Passage wieder eingeschränkt.

Nach dem Tod Brežnevs im November 1982 war es Andropov, der in seiner Rede zum 60. Jahrestag der Gründung der UdSSR über die genau 10 Jahre zuvor von Brežnev in einer Rede vorgegebene nationalitätenpolitische Sprachregelung, aber auch über die chiffrierten Formulierungen des ZK-Beschlusses vom Februar 1982 im Vorfeld des 60. Jahrestages hinausging und erstmals in einer parteioffiziellen Verlautbarung das wachsende

⁴⁴ ibid.

⁴⁵ ibid.

Nationalbewusstsein der Völker der UdSSR offen zugeben und ideologisch rechtfertigen musste: "Das Leben zeigt, dass der wirtschaftliche und kulturelle Fortschritt aller Nationen und Völkerschaften vom Wachstum ihres nationalen Selbstbewusstseins begleitet wird. Das ist ein gesetzmäßiger, ein objektiver Prozess."⁴⁶ "Negative Erscheinungen" im Lande wie "nationalen Hochmut oder Überheblichkeit" sowie "Missachtung anderer Nationen und Völkerschaften" geißelte Andropov und räumte ein, "es wäre falsch, wollte man dies nur auf Überbleibsel der Vergangenheit zurückführen"⁴⁷.

Simon geht davon aus, dass Andropov zu Beginn seiner Regierungszeit mit der Rede um Vertrauen bei den nicht-russischen Nationalitäten der UdSSR werben wollte. Er weist darauf hin, dass Andropov am 12. Januar 1983 auf einer Sitzung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, in dem die Nationalitäten stärker als in den anderen Führungsgremien auf Unionsebene vertreten waren, einen Beschluss herbeiführte, der zum Ziel hatte, "die nationalen Besonderheiten konkreter und tiefgreifender zu berücksichtigen und mehr Bemühungen auf die allseitige Entwicklung aller Nationen und Völkerschaften, insbesondere der kleinen Völker, zu richten."⁴⁸

Andropov, der Defizite der Russifizierungspolitik Brežnevs erkannt haben musste, wie das Eingeständnis von Fehlentwicklungen in seiner Rede am 21. Dezember 1982 vermuten lässt, sah aber offenbar keinen Anlass zu einer substantiellen Kurskorrektur bzw. die generelle Linie der Annäherung der Nationen in Frage zu stellen. Simon weist darauf hin, dass die Andropov-Rede viele jener Klischees enthielt, "die in den Brežnev-Jahren zum festen Bestand aller parteilichen Äußerungen ... gehörten"⁴⁹, so den Schlüsselbegriff der Nationalitätenpolitik der Brežnev-Zeit, den Topos vom "Sowjetvolk". Darüber hinaus fand sich der Passus: "Reale, qualitative Veränderungen, die in 60 Jahren in den Nationalitätenbeziehungen eingetreten sind, zeugen davon, dass die nationale Frage ... erfolgreich gelöst ist, endgültig und unwiderruflich gelöst."⁵⁰ Erstmals finde sich, so Simon, in einer offiziellen Rede aber wieder relativ unverhüllt die

ideologische Zukunftsvision, nach der das Ziel nicht nur in der 'Annäherung der Nationen', sondern in ihrer 'Verschmelzung' besteht. Dieser von Lenin wiederholt gebrauchte Terminus wurde in den Jahrzehnten seit Stalins Tod in offiziellen Äußerungen der Partei nur sparsam benutzt; so fehlte er z.B. auch im noch immer gültigen Parteiprogramm von 1961. Andererseits ist er in der wissenschaftlichen Literatur zur Beschreibung des Endziels sowjetischer Nationalitätenpolitik stets

⁴⁶ *Pravda*, 22.12.82

⁴⁷ *ibid.*

⁴⁸ Simon, *Neue Signale*, S. 6; vgl. *Izvestija*, 14.1.83

⁴⁹ Simon, *Neue Signale*, S. 2

⁵⁰ *ibid.*

gegenwärtig gewesen. Andropov verwendete den Ausdruck in der Form eines Lenin-Zitats.⁵¹

Durch die breite Wiederholung und sogar Wiederbelebung des alten nationalitätenpolitischen Credo musste die Rede Andropovs ambivalent bleiben und sogar provokativ auf Angehörige nicht-russischer Nationalität wirken⁵².

Bis in die Gorbačev-Zeit hinein galt die nationale Frage als gelöst. Damit erübrigte sich jede ernsthafte Auseinandersetzung mit der ideologischen Programmatik und politischen Praxis. Selbst wenn eine Kurskorrektur beabsichtigt gewesen wäre, hätte sie sich angesichts der raschen Aufeinanderfolge von Generalsekretären - Andropov blieben ganze 16 Monate Amtszeit, Černenko lediglich 12 - ohnehin kaum realisieren lassen. Die sich weiter anstauenden Probleme entluden sich ab 1987 dafür um so heftiger.

Gorbačev äußerte sich am 25. Februar 1986 auf dem XXVII. Parteitag zur Nationalitätenpolitik. Auf diesem Gebiet war seine Rede noch vom alten Geist beseelt, "eine qualitativ neue soziale und internationale Gemeinschaft, die durch wirtschaftliche Interessen, ideologische und politische Ziele zu einer Einheit verschweißt" ist, sei entstanden:

Ein für allemal beseitigt ist die nationale Unterdrückung und die nationale Ungleichheit in allen Formen und Erscheinungen. In das Bewusstsein von Dutzenden von Millionen Menschen hat die unverbrüchliche Freundschaft der Völker Eingang gefunden und sich gefestigt, der Respekt vor der nationalen Kultur und Würde aller Völker. Das Sowjetvolk tritt als qualitativ neue soziale und internationale Gemeinschaft hervor, die von der Einheit der wirtschaftlichen Interessen, der Ideologie und der politischen Ziele verbunden wird.⁵³

Zwar räumte Gorbačev Probleme ein, die beseitigt werden müssten. Das vom Parteitag verabschiedete Programm stellte aber vornehmlich fest:

Die nationale Frage, wie sie uns die Vergangenheit hinterlassen hatte, wurde in der Sowjetunion erfolgreich gelöst. Charakteristisch für die nationalen Beziehungen in unserem Lande sind sowohl das weitere Aufblühen der Nationen und Völkerschaften

⁵¹ ibid. S. 2f

⁵² Andropov wiederholt den Begriff "Annäherung - sblizenie" 4x, den des "Sowjetvolks - sovetskij narod" 2x - es ist das auch letzte Wort des nationalitätenpolitischen Teils seiner Rede -, "Verschmelzung - slijanie" 1x

⁵³ "Raz i navsegda uničtoženy nacional'nyj gnet i nacional'noe neravnopravie vo vsech formach i projavlenijach. Utverdilis', vošli v soznanie desjatkov millionov ljudej nerušimaja družba narodov, uvaženie k nacional'noj kul'ture i nacional'nomu dostoinstvu vsech narodov. Sovetskij narod vystupaet kak kačestvenno novaja social'naja i internacional'naja obščnost', spajannaja edinstvom ekonomičeskich interesov, ideologii i političeskich celej." *XXVII S'ezd Kommunističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza. 25 fevralja - 6 marta 1986 goda. Stenografičeskij očet.* Moskva 1986, S. 75

als auch ihre ständige gegenseitige Annäherung auf der Grundlage der Freiwilligkeit, Gleichheit und brüderlichen Zusammenarbeit.⁵⁴

Dem entsprach, dass das neue Parteiprogramm der Nationalitätenpolitik nur noch einen Unterabschnitt im Kapitel zur Sozialpolitik widmete, während ihr im Programm von 1961 noch ein eigenes Kapitel gewidmet war.

Die Zusammenstellung zeigt, dass schon der theoretische Ansatz der sowjetischen Nationalitätenpolitik bis nach Beginn der *Perestrojka* nicht darauf angelegt war, einer nationalen Minderheit wie den Deutschen Spielräume zu eröffnen oder auch nur um Vertrauen in die Sowjetunion zu werben, in dem Sinne, dass seitens der Regierung Initiativen zur Bewahrung und Förderung der Identität und kulturellen Eigenständigkeit der Deutschen und ihrer Sprache hätten erwartet werden dürfen. Es kann daher nicht verwundern, dass in der Praxis auf deutsche Bedürfnisse kaum Rücksicht genommen wurde. Der Historiker Vladimir Capanov schrieb einige Jahre später in einem Aufsatz zur Nationalitätenpolitik im *Neuen Leben*: "Die Stagnationszeit war entweder durch Gleichgültigkeit (*prenebreženie*) gegenüber den Bedürfnissen der nicht-autochthonen Nationalitäten gekennzeichnet oder durch den krasen Widerspruch zwischen Worten und Taten der Brežnev-Partei- und Staatsführung und ihrem Apparat."⁵⁵

Von "Zugeständnissen" wie Zeitungen (die im übrigen nicht von Deutschen gemacht wurden), dem literarischen Almanach oder den verschwindend geringen Sendezeiten in Radio und Fernsehen konnten ernsthaft positive Auswirkungen auf die Stimmungslage der Deutschen nicht ausgehen - die damit verbundene Intention war ohnehin eine andere, wie noch zu zeigen sein wird. Andropovs offensichtliche Absage⁵⁶ an die Wiederherstellung der Wolgarepublik dürfte ein übriges bewirkt haben. Die verstreut und ohne eigene Schulen lebenden Deutschen, die der Russifizierungspolitik ohnehin besonders schutzlos ausgeliefert waren, konnten sich der hundertprozentigen Assimilation nur durch Emigration entziehen: Schon zu Beginn der *Perestrojka* stellte bei den Deutschen nicht mehr die Sprache und das durch sie vermittelte Deutschtum das primäre identitätsstiftende Moment dar, sondern die gemeinsame Leidensgeschichte der Vergangenheit und in der Gegenwart.

⁵⁴ " ... nacional'nyj vopros, ostavšijsja ot prošlogo, v Sovetskom Sojuze uspešno rešen. Dlja nacional'nych otnošenij v našej strane charakterny kak dal'nejšij rascvet nacij i narodnostej, tak i ich neuklonnoe sbliženie, kotoroe proischoдит na osnove dobrovol'nosti, ravenstva, bratskogo sotrudničestva." *ibid.* S. 590

⁵⁵ Capanov, V. "Nacional'naja avtonomija: territorial'nyj i kul'turnyj aspekty". *Neues Leben*, 8.2.89, S. 6f, S. 6

⁵⁶ Andropov war in die Aktivitäten um die deutsche Autonomie in Kasachstan involviert; Vladimir Gusev, stellvertretender Ministerpräsident und 1990-91 Vorsitzender der Regierungskommission zu den Sowjetdeutschen, stellte ihn später als einen Skeptiker bzw. Gegner dieser Idee dar; s.u.

5. Aussiedler - Begriffsbestimmung

In dieser Arbeit findet der politischen Praxis seit Anbeginn der Bundesrepublik und dem allgemeinen Sprachgebrauch entsprechend vereinfachend der Begriff "Aussiedler" Anwendung. Man muss sich aber vergegenwärtigen, dass rechtlich⁵⁷ zwischen verschiedenen Kategorien von ausreisewilligen Deutschen bzw. deutschen Volkszugehörigen zu unterscheiden ist, die aus einer Reihe von Gründen und zu unterschiedlichen Zeiten nach Russland oder in die UdSSR gelangten bzw. gewaltsam dorthin deportiert wurden:

- Reichsdeutsche

Personen, insbesondere Ostpreußen, die im Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 geboren wurden und am 21. Juni 1941, dem Tag des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion, die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen. Dieser Personenkreis, 1957 ca. 20.000 Menschen, lebte nach dem Einmarsch der Roten Armee noch in Ostpreußen oder war ins Innere der Sowjetunion deportiert worden.

- Memeldeutsche

Personen deutscher Volkszugehörigkeit, die nach Eingliederung des Memellandes in das Deutsche Reich am 23. März 1939 die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben und diese am 21. Juni 1941 noch besaßen, 1944/45 im Memelland verblieben oder ins Innere der UdSSR deportiert wurden.

- Vertragsumsiedler

Personen, die in den Jahren 1939-1941 aus ihren angestammten Siedlungsgebieten in den baltischen Staaten, Galizien, Bessarabien oder der nördliche Bukowina u.a. aufgrund von zwischenstaatlichen Verträgen in das damalige Reichsgebiet umgesiedelt wurden und die deutsche Staatsangehörigkeit am 21. Juni 1941 besaßen. Nach Kriegsende wurden Angehörige dieses Personenkreises gewaltsam in die Sowjetunion verbracht.

Hinsichtlich der Vertragsumsiedler wird nach jenen Reichs- und Volksdeutschen unterschieden,

- die aufgrund der nach dem deutsch-sowjetischen Pakt von 1939 abgeschlossenen Umsiedlungsverträge zwischen dem Deutschen Reich und den damals selbständigen

⁵⁷ Rechtsgrundlagen: Art. 116 (1) GG (deutsche Staatsangehörigkeit und deutsche Volkszugehörigkeit), § 1 (2) Ziff. 3 BVFG (Vertriebenenstatus), § 6 BVFG (deutsche Volkszugehörigkeit)

baltischen Staaten Estland (15.10.39) und Lettland (30.10.39) in das Deutsche Reich umgesiedelt und eingebürgert wurden und somit nie die sowjetische Staatsbürgerschaft besaßen.

- die nach der Annexion der drei baltischen Staaten durch die Sowjetunion (August 1940) zunächst sowjetische Staatsangehörige wurden und aufgrund der deutsch-sowjetischen Vereinbarung vom 10. Januar 1941 in das Deutsche Reich umgesiedelt wurden.
- die aufgrund des "Geheimen Zusatzprotokolls des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages" vom 23. August 1939 und des "Vertraulichen deutsch-sowjetischen Protokolls über die Übersiedlung von Personen aus den Interessengebieten der Vertragspartner" vom 28. September 1939 aus dem östlichen Teil Polens, aus Bessarabien und der Bukowina in das Deutsche Reich umgesiedelt und eingebürgert wurden.

- Administrativumsiedler

Abkömmlinge deutscher Einwanderer mit sowjetischer Staatsbürgerschaft, die aus von deutschen Truppen besetzten Gebieten aus der Sowjetunion in das Deutsche Reich umgesiedelt und durch "administrative" Maßnahmen, d.h. Einzeleinbürgerung, die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten. Von den ca. 350.000 Personen wurden ca. 250.000 nach Kriegsende durch die Rote Armee in die Sowjetunion deportiert, wo sie zumeist zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilt wurden. Der nach deutschen Gesetzen gültige Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit wurde von der UdSSR nie anerkannt.

- Nicht umgesiedelte Russlanddeutsche

Abkömmlinge deutscher Einwanderer nach Russland seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit sowjetischer Staatsbürgerschaft. Sie lebten während des Zweiten Weltkrieges in Gebieten der Sowjetunion, die nicht von deutschen Truppen erreicht wurden und hatten daher keine rechtlichen Beziehungen zum Deutschen Reich. Sie haben jedoch mehrheitlich durch Deportation in den sibirischen und mittelasiatischen Teil der Sowjetunion, Zwangsarbeit und Verweigerung fundamentaler Menschen- und Bürgerrechte ein hartes Kriegsfolgeschicksal erlitten bzw. erleiden es noch.⁵⁸

Wie die Aufstellung "Aussiedler nach Kategorien" im Anhang zu dieser Untersuchung zeigt, rekrutierten sich die Übersiedler in die Bundesrepublik bis 1964 im wesentlichen aus der

⁵⁸ übersichtliche Darstellung in: *CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages. Weissbuch über die menschenrechtliche Lage in Deutschland und der Deutschen in Osteuropa*. Bonn 1977, S. 55f; *Informationen zur Politischen Bildung*, Heft 222, Aussiedler, Bonn ³1991

Gruppe der Reichs- und Memeldeutschen sowie der Vertragsumsiedler. Danach stiegen insbesondere die Zahlen der Administrativumsiedler, die ab den 60er Jahren die Ausreisen quantitativ bestimmten. Ab 1971 konnten im Rahmen der Familienzusammenführung dann auch im größeren Umfang nicht umgesiedelte Sowjetdeutsche die UdSSR verlassen. Nach 1987 stieg deren Anteil rasch auf die gleiche Höhe wie der der Administrativumsiedler, um in den Folgejahren bestimmend zu werden.

In der vorliegenden Untersuchung findet i.d.R. nur der Begriff "Sowjetdeutsche" ("sovetskie nemcy") Anwendung, der in der UdSSR bis zur Auflösung der Union allgemein gebräuchlich, aber durchgehend von offizieller Seite in Partei und Staat benutzt wurde. Die Angehörigen der deutschen Minderheit bezeichneten sich in der Tradition der Kolonisten im vorsowjetischen Russland auch als "Russlanddeutsche" ("rossijskie nemcy"). Inzwischen wird diese Selbstbezeichnung wieder universell genutzt. Die zuvor eingeführten Kategorien von Sowjetdeutschen (Vertragsumsiedler, Administrativumsiedler und nicht umgesiedelte Sowjetdeutsche) treten dagegen in dieser Untersuchung - wie seinerzeit auch in der Realität - in den Hintergrund, da die Bundesregierung nach Rückführung der unstrittig deutschen Staatsbürger auf die Ausreise von Sowjetdeutschen im Rahmen der Familienzusammenführung drängte, wobei deren Kategorie-Zugehörigkeit unerheblich war. Umgekehrt hatte auch die UdSSR die Frage der Kategorie nie thematisiert, was angesichts ihrer im Rahmen der Repatriierungsvereinbarung zum Ausdruck gebrachten Haltung nicht verwundern kann.

Es wird unterstellt, dass die Ausreisepolitik der UdSSR, wie die Außenpolitik insgesamt, von Moskau zentral gesteuert wurde. Dem steht nicht entgegen, dass - zumindest in bestimmten Jahren - im Baltikum oder in der Moldau-Republik, wo keine autochthone deutschstämmige Bevölkerung mehr existierte, überdurchschnittlich viele Ausreisegenehmigungen erteilt wurden, so dass in diese Gebiete sogar eine Binnenwanderung sowjetdeutscher Ausreisewilliger entstand⁵⁹. Dagegen verhielt sich Kasachstan, in dem die Mehrheit der Sowjetdeutschen lebte, sehr restriktiv. Inwieweit Quoten vorgegeben wurden, ist derzeit noch nicht näher erforscht.

⁵⁹ vgl. Dietz, B. *Deutsche in der Sowjetgesellschaft. Statistische Grundlagen einer Befragungsstudie mit deutschen Spätaussiedlern aus der Sowjetunion*. Forschungsprojekt "Deutsche in der Sowjetgesellschaft", Arbeitsbericht Nr. 1, München: Osteuropa-Institut, 1986, S. 29ff

6. Ausreisebedingungen für Sowjetdeutsche aus der UdSSR

Zum besseren Verständnis seien im folgenden Probleme skizziert, mit denen die Sowjetdeutschen sich konfrontiert sahen, sobald sie eine Ausreisegenehmigung aus der UdSSR beantragten. Auf Einzelfragen wird im weiteren im laufenden Text eingegangen.

Die gesetzliche Grundlage des sowjetischen Aus- und Einreiseverfahrens stellten Verordnungen des Ministerrats vom 19. Juni 1959 sowie vom 22. September 1970 dar⁶⁰. Letztere wurde am 17. Juli 1986 mit Wirkung zum 1. Januar 1987 ergänzt. Mit einem Gesetz über Ein- und Ausreise aus der UdSSR, das Mitte 1991 verabschiedet wurde⁶¹, brachte die UdSSR ihre diesbezügliche Gesetzgebung weitgehend in Übereinstimmung mit den internationalen Normen und den seit langem übernommenen Verpflichtungen.

Bis 1987 blieb als Folge der grundsätzlichen Bedenken der UdSSR gegen eine systematische Ausreise ihrer Bürger die Anwendung der jeweils gültigen Ausreiseverordnung restriktiv, intransparent, willkürlich und bürokratisch. Danach wurde die Auswanderungsgenehmigung erst nach Vorliegen bestimmter Unterlagen erteilt (Einladung von Verwandten im Ausland, Lebenslauf, Erklärung des Arbeitgebers, dass keine Forderungen an den Antragsteller bestehen, Zustimmung der Eltern, Zustimmung des geschiedenen Ehegatten, Bescheinigung der örtlichen Behörde, Kopie von Personenstands- und Ausbildungszeugnissen, etc.). In der Praxis stieß oft schon die Beschaffung der Urkunden auf große Schwierigkeiten (u.a. Verlust der Personenstandsurkunden durch Krieg und Deportation).

Darüber hinaus machten die UdSSR-Behörden extensiven Gebrauch von internen, den Antragstellern nicht bekannten Verwaltungsanordnungen, die fast unbegrenzte Möglichkeiten zur Ablehnung von Ausreiseanträgen oder deren Verschleppung über Jahre einräumten. Die Ablehnung eines Antrags brauchte nicht näher begründet zu werden, Rechtsmittel gegen Entscheidungen waren nicht vorgesehen.

Für die Antragstellung verlangten die sowjetischen Behörden Gebühren in Höhe von mehreren Monatsgehältern, diese wurden allerdings nach Verabschiedung der Helsinki-Schlussakte gesenkt. Gemäß Erlass vom 3. August 1972 mussten Studienkosten im Falle der Aussiedlung an den Staat zurückerstattet werden. Dies war offenbar eine Reaktion auf die sprunghaft ansteigende jüdische Emigration und die sich intensivierenden deutsch-sowjetischen Gespräche zu diesem Themenkomplex. Nach Protesten gegen diese exorbitanten Ausreisegebühren vor allem in den USA⁶² wurde die Regelung aber schon seit

⁶⁰ *Sobranie postanovlenij pravitel'stva SSSR* Nr. 13/1959, S. 80; Nr. 18/1970, S. 139f; Nr. 31/1986, S. 563ff

⁶¹ *Vedomosti S"ezda narodnych deputatov SSSR i Verchovnogo Soveta SSSR* Nr. 24 vom 12.6.91, 687. "O porjadke vyezda iz SSSR i v"ezda v SSSR graždan SSSR.", S. 939-45

⁶² Diskussionen um Jackson-Vanick-Amendment auf dem Hintergrund der Verhandlungen über einen neuen amerikanisch-sowjetischen Handelsvertrag von Mitte 1974

1974 nicht mehr stringent angewandt⁶³. Gleichzeitig bestanden kaum Transfermöglichkeiten für Rubel und persönliche Habe aus der UdSSR. Bis zum Ende der UdSSR durften weder Sparguthaben noch Rentenansprüche transferiert werden.

Der Erklärung für solche staatlichen Schikanen, denen sich Antragsteller auch im beruflichen und privaten Umfeld⁶⁴ ausgesetzt sahen, ist darin zu suchen, dass die Aussiedler sich aus sowjetischer Sicht mit ihrem Schritt gegen das eigene System und damit für das feindliche kapitalistische Lager entschieden, also quasi zu Verrätern an der Sowjetunion und der Sache des Sozialismus wurden. Die antiwestliche Propaganda zu Zeiten des kalten Krieges tat ein übriges, um den ausreisewilligen Deutschen in der Öffentlichkeit eine Behandlung zuteil werden zu lassen, die Staat, Partei und Gesellschaft für angebliche Feinde der UdSSR angemessen schien.

⁶³ vgl. *Weissbuch*, S. 65f

⁶⁴ vgl. insbesondere Kapitel III 1.2: Die Lage der deutschen Minderheit zu Beginn der Perestrojka

II. 1955-1985: Von der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion bis zum Regierungsantritt von Gorbačev

1. Die deutsche Minderheit in der sowjetischen Innenpolitik

1.1 Vorgeschichte: Die Entrechtung der deutschen Minderheit bis zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen 1955

Nach der Volkszählung von 1959 lebten in der UdSSR 1.619.655 Sowjetbürger deutscher Nationalität⁶⁵, weit überwiegend Abkömmlinge der Deutschen, die auf Einladung der Zarin Katharina II. vom 22. Juli 1763 und des Zaren Alexander I. vom 20. Februar 1804 sowie aufgrund der sie privilegierenden und ihnen freie Religionsausübung zusichernden Manifeste nach Russland auswanderten und sich insbesondere im Schwarzmeer- und Wolgagebiet ansiedelten. Nach Beginn des Privilegienabbaus 1871 aus Anlass des deutsch-französischen Krieges und der Gründung des Deutschen Reiches sowie vor allem nach Einführung der Wehrpflicht 1874 kam es zu einer Migration nach Sibirien, aber auch bis 1912 zur Emigration von ca. 300.000 Russlanddeutschen, insbesondere der Mennoniten, nach Nord- und Südamerika, wo die Zahl der ehemaligen Russlanddeutschen 1940 auf über eine Million geschätzt wurde⁶⁶.

Im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg begann in Russland die Enteignung deutschen Grundbesitzes: Mit den "Liquidationsgesetzen" vom 2. Februar 1915 und 13. Dezember 1915 ließ die zaristische Regierung in einem Streifen von 100 bis 150 km Breite östlich der russischen Westgrenze das unbewegliche Vermögen aller Deutschen enteignen und deportierte sie aus dieser Zone. 1915 wurde der Gebrauch der deutschen Sprache per Gesetz verboten. 100.000 Deutsche aus Wolhynien und 40.000 aus den Gouvernements Kiev, Černigov, Podol'sk und dem nördlichen Bessarabien wurden nach Sibirien deportiert, wo bereits über 400.000 Deutsche lebten. Schon damals kamen bei dieser Aktion mehr als 50.000 Menschen ums Leben⁶⁷. Das Revolutionsjahr 1917 verhinderte weitere antideutsche Maßnahmen und die flächendeckende Implementierung der existierenden Bestimmungen.

In den Jahren bis zum Zweiten Weltkrieg entstanden zwar die Autonome Sozialistische Sowjet-Republik der Wolgadeutschen (1924) und andere Gebiete mit nationaler

⁶⁵ davon ca. 660.000 in der Kasachischen SSR, 820.000 in der RSFSR, 40.000 in der Kirgisischen SSR und 33.000 in der Tadschikischen SSR; Quelle: Naselenie SSSR 1987, Statističeskij sbornik. Moskva 1988, S. 98ff; zitiert nach: Dietz, Zwischen Anpassung und Autonomie, S. 29

⁶⁶ USA 350.000, Kanada 200.000, Brasilien 250.000, Argentinien 200.000

⁶⁷ Längin, B., *Die Russlanddeutschen unter Doppeladler und Sowjetstern. Städte, Landschaften und Menschen auf alten Photos*, Augsburg 1991; S. 45; vgl. auch: Bosch, A., "Nemzy - die Deutschen in der Sowjetunion", in: *Die Deutschen in der UdSSR - einst und jetzt*, Globus Spezial, Zeitschrift des VDA, Bonn 1989, S. 126-131, S. 127

Selbstverwaltung⁶⁸, die Deutschen zahlten jedoch durch Bürgerkrieg, Kollektivierung und politische Verfolgung einen immensen Blutzoll⁶⁹.

Im Zuge der deutsch-sowjetischen Gebietsabsprachen wurden 1939 bis 1941 ca. 403.000 Volksdeutsche aus dem späteren sowjetischen Machtbereich einschließlich des Baltikums umgesiedelt und in das Deutsche Reich eingebürgert (Vertragsumsiedler).

Mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges begann die eigentliche Tragödie der Deutschen, als per Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. August 1941 mit Unterschrift seines Vorsitzenden, M. Kalinin, die östlich des Dnepr lebenden Deutschen - 340.000 aus dem Gebiet der Autonomen Republik an der Wolga, 45.000 von der Krim und 160.000 andere Russlanddeutsche - nach Sibirien und Zentralasien verschleppt und zu Zwangsarbeit in "Arbeitsarmeen"⁷⁰ (Trudarmija) verpflichtet wurden. Die Wolgarepublik wurde aufgelöst. Hunderttausende kamen bei diesen Zwangsmaßnahmen ums Leben⁷¹. In der Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen stellen diese Deportationen das krassste Beispiel für die Verknüpfung des Schicksals der Sowjetdeutschen mit der Qualität des bilateralen Verhältnisses dar.

In einem der ersten Zeitungsartikel, die sich in der *Perestrojka* intensiv mit der Aufarbeitung des Schicksals der Deutschen befassen durften, hieß es seitens des Autors, Hugo Wormsbecher (Vormsbecher), einem der wenigen sowjetdeutschen Schriftsteller, die es nach der Vernichtung der sowjetdeutschen Intelligenz und im Zuge der kulturellen Assimilation nach dem Krieg noch gab, im auch 1988 weiterhin "angepassten" Stil:

Anfang 1942 wurden alle deutschen Männer an die Arbeitsfront einberufen - zur Arbeit in der Taiga, in Kohlengruben, auf Baustellen für künftige Werke im Ural. Später wurden auch deutsche Frauen und Mädchen im Alter ab 16 Jahren an die Arbeitsfront geschickt.

Im ersten Kriegsjahr bereits wurden durch einen entsprechenden Befehl die Soldaten und Offiziere deutscher Nationalität von der Front abgezogen. Auch sie kamen an die

⁶⁸ insgesamt 17 nationale Rayons, davon 6 in Russland - im Altaj, bei Saratov, Stalingrad und Orenburg, im nördlichen Kaukasus und auf der Krim; ein deutscher nationaler Bezirk lag in Georgien, einer in Azerbajdžan sowie 9 in der Ukraine; darüber hinaus existierten eine Vielzahl deutscher Dorfsowjets

⁶⁹ vgl. Bosch, A. "Nemzy - die Deutschen in der Sowjetunion". *Die Deutschen in der UdSSR - einst und jetzt*. Bonn: Globus Spezial, Zeitschrift des VDA, 1989, S. 126-131

⁷⁰ Das sowjetdeutsche Volk war das einzige, das in seiner Gesamtheit von dem Lagerwesen erfasst worden war; vgl. *Freundschaft*, 5.12.90, S. 2

⁷¹ nach Angaben von Heinz Nawratil, *Vertreibungsverbrechen an Deutschen*, München 1982, S. 75, 350.000; zitiert nach: Theisen, A. "Die Vertreibung der Deutschen - Ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte". *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*. B 7-8/95, 10.2.95, S. 20-33, S. 30

Arbeitsfront, wo sie erst davon erfuhren, dass die ASSRdWD liquidiert wurde und alle ihre Angehörigen ausgesiedelt worden sind ...

Es genügt zu sagen, dass die Sowjetdeutschen in der Arbeitsarmee in Lagern mit Stacheldrahtzäunen und Wachtürmen gehalten, und sie, die Kommunisten, Komsomolzen, Teilnehmer des Bürgerkrieges, die gestrigen Sowjetsoldaten und Offiziere mit Verwundungen und Kampfauszeichnungen für ihre Verdienste um die Heimat, unter Bewachung zur Arbeit geführt wurden. Die kärgliche Verpflegung und die schwere Arbeit führten zu rascher Auszehrung und hoher Sterblichkeit, besonders beim Holzfällen in der Taiga.

Doch nicht geringer als Hunger und schwere Arbeit war für die Menschen in der Arbeitsarmee die moralische Last, dass ihnen, sowjetischen Menschen, so misstraut wurde, dass man sie für Helfershelfer der Faschisten hielt und sogar mit ihnen identifizierte.⁷²

1944/45 folgten der Deutschen Wehrmacht auf dem Rückzug 350.000 Russlanddeutsche, überwiegend aus den Gebieten zwischen Dnepr und Dnestr. Das "Dritte Reich" siedelte sie im Rahmen der Germanisierung des westlichen Polen zumeist im "Warthegau" an (Administrativumsiedler). Nach dem Einmarsch der Roten Armee wurden trotz des mehrheitlich erfolgten Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit etwa 250.000 von ihnen in den asiatischen Teil der UdSSR deportiert und wegen Verrats an der sozialistischen Heimat zu lebenslänglicher Verbannung und Zwangsarbeit verurteilt. Den restlichen ca. 100.000 Administrativumsiedlern gelang die Flucht in die westlichen Besatzungszonen.

Ein Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 26. November 1948 schrieb die Deportation der Sowjetdeutschen und anderer Völker "für ewig" fest und bedrohte das Verlassen des damaligen Aufenthaltsortes ohne Sondergenehmigung mit 20 Jahren Zwangsarbeit⁷³. Wormsbecher schrieb dazu in seinem Artikel 1988:

Für die Menschen, die alle ihre Kraft und ihr Leben für den Sieg gegeben, die all die Jahre die Hoffnung gehegt hatten, nach dem Krieg in ihre Heimatorte, in ihre Kolchose und Sowchose, in ihre Autonome Republik heimkehren zu dürfen, war das ein schwerer Schlag. In diesen Jahren war es den Sowjetdeutschen praktisch nicht möglich, Mitglied der Partei zu werden, ein Studium aufzunehmen oder in der Sowjetarmee zu dienen.⁷⁴

⁷² "Die Sowjetdeutschen: Probleme und Hoffnungen", *Neues Leben*, 7.9.88, S. 8f, S. 8

⁷³ Text s. *Vedomosti Verchovnogo Soveta SSSR*, Nr. 51, 1948; erstmals wurde dieser Erlass den Sowjetdeutschen Ende der 80er Jahre im Rahmen der Diskussionen um die Aufhebung aller repressiven Gesetzesakte bekannt und in *Pravda*, 4.11.88 (vgl. Eisfeld, "jüngste Entwicklung", S. 22), und später im *Neuen Leben*, 22.5.91, S. 2 erwähnt. Im Wortlaut wurde das Dekret zum ersten Mal im *Neuen Leben*, 14.7.91, veröffentlicht.

⁷⁴ "Die Sowjetdeutschen: Probleme und Hoffnungen", *Neues Leben*, 7.9.88, S. 8f, S. 8

Es ist nicht auszuschließen, dass es nicht nur wirtschaftliche Gründe waren, die Moskau veranlassten, die Deutschen weiter an ihre Verbannungsorte zu fesseln: Außenpolitisch hatte der kalte Krieg begonnen, und das Jahr 1948 war von den Auseinandersetzungen der Alliierten um Deutschland geprägt. Mit Befehl vom 24. Juni 1948 begann die sowjetische Blockade von Berlin. Es ist möglich, dass es die sowjetische Führung im Zusammenhang mit der Krise und den gefährlichen Spannungen ganz im Sinne der Anschuldigungen von 1941 für sicherer erachtete, die Sowjetdeutschen als potentielle Kollaborateure im Hinterland zu belassen.

Nach Stalins Tod wurde die Zwangsansiedlung aller deportierten Völker ab Mitte 1954 jedoch schrittweise gelockert. Im Juli desselben Jahres fasste der Ministerrat der UdSSR den Beschluss "Über die Aufhebung bestimmter Beschränkungen des Rechtsstatus verbannter Personen"⁷⁵, der Berufstätigen gewisse Bewegungsfreiheit einräumte und Kinder unter 10 Jahren von den Deportiertenlisten strich. Der Beschluss wurde aber entsprechend dem Charakter des sowjetischen Systems wie auch Rechtsakte in anderen Bereichen nicht publiziert. Mit dieser Entscheidung begann die Sowjetunion eine fatale Politik der Scheinrehabilitierung, die wesentlich zum Scheitern der die Sowjetdeutschen betreffenden Nationalitätenpolitik beitrug: Bis zur Auflösung der UdSSR wurden die Rechtsakte, die die deutsche Minderheit teilweise rehabilitierten, i.d.R. nicht veröffentlicht, so dass die Sowjetdeutschen in den Augen der Öffentlichkeit weiterhin die 1941 "zu Recht deportierten Kollaborateure" blieben. Dazu trug auch bei, dass seit 1945 in sowjetischen Publikationen, Reden oder Radiosendungen bis zur Gorbačev-Zeit die deutsche Minderheit weitestgehend nicht erwähnt wurde.

Am 25. Januar 1955 verabschiedete der Oberste Sowjet der UdSSR im Zusammenhang mit der sowjetischen Erklärung zur deutschen Frage vom 15. Januar 1955 und der Diskussion um die Pariser Verträge einen Erlass, der den seit dem 22. Juni 1941 bestehenden Kriegszustand mit Deutschland aufhob, aber auch jene Klausel des Kriegsgesetzes ausdrücklich außer Kraft setzte, der zufolge die Sowjetdeutschen als feindliche Bürger galten⁷⁶.

Als Ausdruck der veränderten Realität nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen folgte der Generalamnestie vom 17. September 1955 für Kollaborateure mit den Deutschen am 13. Dezember 1955 der "Erlass über die Aufhebung der Beschränkungen in der Rechtsstellung der Deutschen und ihrer Familienangehörigen, die sich in Sondersiedlungen befinden". Das Dekret wurde nicht in dem amtlichen Anzeiger des Obersten Sowjets veröffentlicht, sondern

⁷⁵ vgl. Simon, G., *Nationalismus*, S. 274

⁷⁶ vgl. Pinkus, B., Fleischhauer, I. *Die Deutschen*, S. 354

in einem bis dahin im Westen unbekanntem Gesetzblatt⁷⁷. Darüber hinaus trug es den Vermerk "Nicht zur Veröffentlichung in der Presse"; die Betroffenen erfuhren von diesem Dekret erst 1964 durch einen Verweis in dem Text eines Erlasses des Präsidiums des Obersten Sowjets, mit dem ein weiterer Schritt zur Rehabilitierung der Deutschen verfügt wurde⁷⁸. Simon weist darauf hin, dass von den deportierten Völkern die Sowjetdeutschen als erste "begünstigt" wurden: "Dies war wahrscheinlich ein Zeichen des guten Willens gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, mit der soeben die diplomatischen Beziehungen aufgenommen worden waren."⁷⁹ Mit Blick auf den zeitlichen Zusammenhang liegt diese Vermutung nahe. Ähnliche Koinzidenzen treten wiederholt auf und scheinen diese These zu bekräftigen, die mangels Zugang zu den Archiven der ehemaligen Sowjetunion jedoch noch der Bestätigung harret.

Der Rechtsakt vom 13. Dezember 1955, der sofort in Kraft trat, ordnete zwar die Entlassung der Deutschen aus den Sondersiedlungen und der Kontrolle des MVD an, schloss jedoch explizit deren Rückkehr in die ursprünglichen Siedlungsgebiete und die Rückgabe des konfiszierten deutschen Vermögens aus. Darüber hinaus mussten die Deutschen bei Verlassen der Lager ihre Urkunden zur Einbürgerung in das Deutsche Reich abgeben. Dies betraf vor allem die Überlebenden der 250.000 Administrativumsiedler, deren deutsche Staatsangehörigkeit von der UdSSR nicht anerkannt wurde. Faktisch waren sie damit den übrigen Sowjetdeutschen gleichgestellt, die die deutsche Staatsbürgerschaft nie besessen hatten⁸⁰. Das Dekret brachte aber auch spürbare Verbesserungen hinsichtlich des Zugangs zu Bildungsinstitutionen ab der Oberschule, die freie Wahl des Berufs und des Arbeitsplatzes sowie die Aufhebung des Verbots von Briefkontakten mit Verwandten im Ausland. Gerade der nun beginnende Briefwechsel dürfte in den folgenden Jahrzehnten wesentlich dazu beigetragen haben, bei den in der UdSSR lebenden Sowjetdeutschen den Wunsch nach Familienzusammenführung mit Verwandten in der Bundesrepublik zu wecken bzw. wach zu halten.

⁷⁷ "Bulletin der laufenden Gesetzgebung der UdSSR für die Justiz- und Gerichtsorgane"; Text s. *Osteuropa-Recht* 4 (1958), S. 223

⁷⁸ vgl. Einfeld, A. *Die Deutschen in Russland und in der Sowjetunion*. Wien 1986, S. 97

⁷⁹ Simon, *Nationalismus*, S. 274

⁸⁰ *Weissbuch*, S. 58

1.2 Phase I (1955-1968): Teilrehabilitierung und Scheitern der sowjetdeutschen Petitionsbewegung

Eine neue Etappe der sowjetischen Nationalitätenpolitik begann mit der Rehabilitierung einiger "repressierter Völker" nach dem XX. Parteitag im Februar 1956, wie die deportierten Minderheiten im sowjetischen Sprachgebrauch letztlich euphemistisch bezeichnet wurden und in den Nachfolgestaaten auch noch werden. Während Chrusčev die Repression der Tschetschenen, Inguschen, Kalmücken, Balkaren und Karatschajer in der Stalin-Zeit in seiner Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU scharf verurteilte, erwähnte er weder die Deutschen noch die Krimtataren, obwohl die Sowjetdeutschen unter den deportierten Völkern zahlenmäßig die größte Gruppe ausmachten. Im ZK-Beschluss vom 24. November 1956, bestätigt durch den Obersten Sowjet am 11. Februar 1957⁸¹, mit dem die autonomen Gebiete weitgehend wiederhergestellt wurden⁸², blieben die Deutschen und die Krimtataren wiederum unberücksichtigt. Dieser ZK-Beschluss sah eine geordnete Rückführung der Deportierten vor, tatsächlich kam es jedoch zu einer Vielzahl von Konflikten und zu fortbestehenden Spannungen in der Kaukasusregion⁸³.

Vermutlich haben diese Erfahrungen die sowjetische Regierung zur restriktiven Behandlung der Rückkehrwünsche von Deutschen und Krimtataren veranlasst und zur Vertagung von deren politischer Rehabilitierung. Im Hinblick auf die Schwierigkeiten am Ende der 80er Jahre, die Wolgarepublik auf dem Hintergrund nicht zuletzt antideutscher Ressentiments wiederherzustellen, ist davon auszugehen, dass die Ungleichbehandlung der Deutschen nur wenige Jahre nach Kriegsende damit zu erklären ist, dass deren gleichzeitige Rehabilitierung angesichts der wachen Erinnerungen an den deutschen Kriegsgegner damals innenpolitisch nicht durchsetzbar gewesen wäre. So plausibel eine solche Überlegung ist, vermag sie jedoch keinen Aufschluss darüber zu geben, warum die Krimtataren ebenfalls - und sogar noch länger als die Deutschen, nämlich bis 1967, - auf ihre formelle Rehabilitierung warten mussten.

Die restriktive Behandlung der Deutschen erklärt sich auch durch die Überzeugung der sowjetischen Führung, der Verlust deutscher Arbeitskräfte in Sibirien durch die Rückwanderung nach Westen sei nicht zu kompensieren. Hierauf deuten spätere Äußerungen des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, Mikojan, und des Ersten Sekretärs

⁸¹ *Pravda*, 12.2.57

⁸² vgl. Simon, *Nationalismus*, S. 275 ff

⁸³ vgl. Simon, *Nationalismus*, S. 276 ff

der KP Kasachstans, Kunaev⁸⁴. Aber auch auf dem ZK-Plenum im April 1989 wiederholte der damalige Gebietspartei- und Provinzpartei-Generalsekretär von Wolgograd, Kalašnikov, derartige Thesen⁸⁵. Eine nicht zu unterschätzende Rolle dürfte auch der zivile Gehorsam der Deutschen, aber bis 1987 auch der Krimtataren, gespielt haben: Angehörige der anderen deportierten Nationalitäten strömten entgegen den Weisungen und dem Widerstand der Behörden schon seit 1954 in ihre alten Siedlungsgebiete zurück, während die Deutschen mit der Petitionsbewegung in den 60er Jahren einen "legalen" Weg beschritten.

So wurden Deutschen und Krimtataren 1957 lediglich kulturelle Zugeständnisse gemacht, den Deutschen die Gründung der Wochenzeitschrift *Neues Leben*⁸⁶ im Mai 1957 und im selben Jahr die zweimal wöchentlich in Slavgorod/Altaj erscheinende *Arbeit*, die (sporadische) Ausstrahlung von deutschen Radiosendungen der Stationen Moskau und Alma Ata⁸⁷. Lediglich auf dem Papier wurden die rechtliche Voraussetzungen für den Deutschunterricht von deutschen Kindern an russischen Schulen geschaffen⁸⁸. Hierbei darf

⁸⁴ Mikojan 1965 im Gespräch mit einer Russlanddeutschen Delegation, es sei "unmöglich, im Neuland ohne die Deutschen auszukommen"; Kunaev nach Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki: "Wenn ich alle Deutschen ziehen lassen soll, kann ich die Verantwortung für die Landwirtschaft in Kasachstan nicht mehr tragen." in: Oschlies, W. "Deutsche in der Sowjetunion - Versuch einer Bestandsaufnahme". *Sowjetunion 1982/83. Ereignisse, Probleme, Perspektiven*. München 1983 S. 102-112; S. 8; weitere Hypothesen s. Pinkus/Fleischhauer, *Die Deutschen*, S. 361f

⁸⁵ s.u.

⁸⁶ Das *Neue Leben* wurde Nachfolgeorgan der *Deutschen Zentralzeitung*, die 1926 gegründet worden war, aber nach 1941 nicht mehr erschien. Nach 1957 wurde der Chefredakteur stets vom ZK der KPdSU ernannt, die Zeitung im *Pravda*-Verlag gedruckt. Die drei Russen, die den Posten innehatten, bekamen u.a. die Aufgabe zugewiesen, zu verhindern, dass die Autonome Wolgarepublik erwähnt wurde. Erst Ende der 80er Jahre änderte sich die Zeitung inhaltlich, und 1990 konnte ein Sowjetdeutscher, Eduard Schmidt, Chefredakteur werden und die Vormundschaft des ZK abschütteln; vgl. *Neue Zeit* Nr. 41/1991, S. 32

Die deutschsprachigen Zeitungen, *Neues Leben* in Moskau, *Rote Fahne* im Altaj - sie entstand einen Monat nach Erscheinen des *Neuen Leben* -, *Freundschaft* - erstmalig erschienen am 1.1.66 als Zentralzeitung des ZK der KP Kasachstans, zunächst in Celinograd, ab Frühjahr 1987 in Alma Ata -, konnten die aussterbende Muttersprache nicht erhalten: Die Deutschen selbst zeigten kaum Interesse an den Zeitungen. Gründe lagen in Inhalt, politischer Linie und Aufmachung der Blätter. Die Bedingungen änderten sich erst am Ende der achtziger Jahre. Zur *Freundschaft* vgl. Greßler, S. "Eine Stimme aus Alma-Ata: die 'Deutsche Allgemeine - Zeitung der Russlanddeutschen'". *Osteuropa* 42 (1992), S. 708-12

⁸⁷ Alma Ata ab 28.5.57, vgl. Eisfeld, A. *Die Deutschen in Russland und in der Sowjetunion*, S. 104

⁸⁸ Die "Verordnung über die Organisation des Unterrichts in der Muttersprache der Kinder und erwachsenen Bevölkerung deutscher Nationalität" vom 9.4.57 sah grundsätzlich zwei Varianten vor:

1. In Schulen mit einer "beträchtlichen Anzahl" deutscher Kinder kann grundsätzlich "auf Wunsch der Eltern von der ersten Klasse an der Unterricht in der Muttersprache gehalten" werden.
2. In Klassen, in denen nicht weniger als 10 deutsche Kinder lernen, kann "auf Wunsch der Eltern Deutsch als Muttersprache als selbständiges Fach" gelehrt werden. Oder Deutsch kann von der 2. Klasse an als Fremdsprache belegt werden.

nicht vergessen werden, dass seit der Deportation ca. 16 Jahren zuvor ein normaler Unterricht für deutsche Kinder i.d.R. nicht mehr stattgefunden hatte. Die Frage, ob vor dem Hintergrund der Repatriierungsbemühungen der Bundesregierung sowjetische Überlegungen eine Rolle gespielt haben, durch die Maßnahmen von 1957 den Ausreisetenden entgegenzuwirken, ist bis heute offen.

Dass die UdSSR bei ihren Maßnahmen sehr wohl die bilateralen Beziehungen im Auge hatte, wurde wenige Jahre später deutlich. Im zeitlichen Zusammenhang⁸⁹ mit dem geplanten Bonn-Besuch Chruščevs erschien am 29. August 1964 ein "Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets über die Abänderung des Erlasses des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 28. August 1941, die Umsiedlung der Deutschen an der Wolga betreffend"⁹⁰. Anders als der Titel vermuten lässt, hob er die Kollektivschuld aller Deutschen der UdSSR auf:

Im Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. August 1941 "Über die Umsiedlung der im Wolgagebiet ansässigen Deutschen" wurden große Gruppen von deutschen Sowjetbürgern beschuldigt, den faschistischen deutschen Eindringlingen aktive Hilfe und Vorschub geleistet zu haben. Das Leben hat gezeigt, dass diese wahllos erhobenen Anschuldigungen unbegründet und ein Ausdruck der Willkür unter den Bedingungen des Personenkults um Stalin waren. In Wirklichkeit hat die überwältigende Mehrheit der sowjetdeutschen Bevölkerung in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges zusammen mit dem ganzen Sowjetvolk durch ihre Arbeit zum Sieg der Sowjetunion über das faschistische Deutschland beigetragen und sich in den Nachkriegsjahren aktiv am kommunistischen Aufbau beteiligt.⁹¹

Variante 1 ist bis 1990 nirgends umgesetzt worden. Variante 2 konnte nur in traditionellen Siedlungsgebieten mit ausreichender deutscher Kinderzahl realisiert werden. Wohl nur 5% der deutschen Kinder der UdSSR konnten von dieser Möglichkeit Gebrauch machen - eingeschränkt allerdings durch das Fehlen qualifizierter Deutschlehrer, Hintanstellung des muttersprachlichen Deutschunterrichts auf örtlicher Ebene und durch die bereits volle Belastung der Kinder durch ein System, das die nationale Sprache der Minderheit als unzeitgemäß verwarf. Die 1976 beim Volksbildungsministerium der UdSSR geschaffene Sonderkommission unter Leitung von A.A. Miroljubov zur Ausarbeitung eines Lehrprogramms für Deutsch als Muttersprache war dieser Situation nicht Herr geworden; vgl. Sachstand 213 vom 10.11.87 und Eisfeld, A. *Die Deutschen in Russland und in der Sowjetunion*, S. 105f; den umfassendsten Überblick zum muttersprachlichen Unterricht gibt Peter Hilkes in: "Unterricht in der Muttersprache bei den Deutschen in der Sowjetunion". *Osteuropa* 38 (1988), S. 931-949.

⁸⁹ Es ist zu vermuten, dass der Moskauer Erlass der Bundesregierung anlässlich des Chruščev-Besuches als bilaterale Geste präsentiert werden sollte. Chruščevs Schwiegersohn Adžubej war am 28.7.64, also einen Monat vor dem Erlass, zur Besuchsvorbereitung in Bonn. Die Reise von Chruščev kam wegen seines Sturzes am 16.10.64 nicht mehr zustande. Auf den "Silberstreif am Horizont", der möglichen Verbesserung der bilateralen Beziehungen durch den Adžubej-Besuch verweisen Pinkus/Fleischhauer, *Die Deutschen*, S. 523, ohne allerdings auf den Zusammenhang von Besuch und Dekret einzugehen.

⁹⁰ *Vedomosti Verchovnogo Soveta SSSR*, 1964, Nr. 52, 592. Ukaz Prezidiuma Verchovnogo Soveta SSSR "O vnesenii izmenenij v Ukaz Prezidiuma Verchovnogo Soveta SSSR ot 28 avgusta 1941 goda 'O pereselenii nemcev, proživajuščich v rajonach Povolž'ja"; in: *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 178f

⁹¹ *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 178f; dt. Übersetzung aus: Schippan, M., S. Striegnitz *Wolgadeutsche: Geschichte und Gegenwart*. Berlin 1992, S. 235

Der Erlass beließ jedoch den politisch-rechtlichen *Status quo* der Deutschen. Ihnen blieben daher die Rückkehr in ihre Heimat an der Wolga sowie die Wiederherstellung ihrer Autonomen Republik und der anderen Verwaltungsgebiete weiterhin verwehrt. Der Erlass setzte aber insofern Maßstäbe bis in die Gegenwart, als in ihm behauptet wurde, die Deutschen hätten sich in ihren Deportationsgebieten nunmehr eingelebt ("die deutsche Bevölkerung hat an ihren neuen Wohnorten Wurzeln geschlagen"), die früheren Siedlungsgebiete der Deutschen seien besetzt, und daher sei nur noch kulturelle und wirtschaftliche Hilfe erforderlich:

In Anbetracht dessen, dass die deutsche Bevölkerung an ihrem neuen Wohnort auf dem Territorium einer Reihe von Republiken, Regionen und Gebieten des Landes festen Fuß gefasst hat, während die Gegenden ihres früheren Wohnortes besiedelt sind, haben die Ministerräte der Unionsrepubliken zur weiteren Entwicklung der Rayons mit deutscher Bevölkerung, die auf dem Territorium der jeweiligen Republik lebt, auch künftig Hilfe und Beistand beim wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau unter Berücksichtigung ihrer nationalen Besonderheiten und Interessen zu leisten.⁹²

Auf dieser Linie argumentierten später noch Gorbačev und El'cin.

Darüber hinaus enthielt der Erlass eine Reihe von falschen Behauptungen, die vorspiegelten, mit den Sowjetdeutschen stehe alles zum besten:

Viele von ihnen [den Sowjetdeutschen] sind Deputierte der Obersten Sowjets ... bekleiden leitende Funktionen in Industrie und Landwirtschaft und im Partei- und Staatsapparat. Tausende deutsche Sowjetbürger sind für Erfolge in der Arbeit mit Orden und Medaillen der UdSSR und mit Ehrentiteln der Unionsrepubliken ausgezeichnet worden. In den Rayons einer Reihe von Gebieten, Regionen und Republiken mit deutscher Bevölkerung gibt es Mittel- und Grundschulen, in denen der Unterricht in deutscher Sprache erfolgt bzw. das Erlernen der deutschen Sprache für die Schulkinder organisiert ist. Dort finden regelmäßige Rundfunksendungen in deutscher Sprache statt, werden Zeitungen in deutscher Sprache herausgegeben und andere kulturelle Veranstaltungen für die deutsche Bevölkerung durchgeführt.⁹³

Die Befassung des ZK mit den sowjetdeutschen Problemen in den 70er und 80er Jahren enthüllte die tatsächlichen Defizite, z.B. hinsichtlich der Vertretung der Deutschen in Gremien von Partei und Staat⁹⁴.

⁹² *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 178f

"Učityvaja, čto nemckoe naselenie ukorenilos' po novomy mestu žitel'stva na territorii rjada respublik, kraev i oblastej strany, a rajony ego prežnego mesta žitel'stva zaseleny, v celjach dal'nejšego razvitija rajonov s nemeckim naseleniem poručit' Sovetam Ministrov sojuznych respublik i vpred' okazyvat' pomošč' i sodejstvie nemeckomy naseleniju, proživajuščemu na territorii respublik, v chozjajstvennom i kul'turnom stroitel'stve s učetom ego nacional'nych osobennostej i interesov."

⁹³ Schippan, M., S. Striegnitz *Wolgadeutsche: Geschichte und Gegenwart*, S. 235

⁹⁴ s.u.

Die moralische Wirkung des Dekrets blieb äußerst begrenzt, da es erst vier Monate später im Amtsblatt⁹⁵ - nicht jedoch in den allgemeinen Zeitungen - veröffentlicht wurde. Gleichzeitig blieben bis 1991 eine Vielzahl zumeist geheimer, die Sowjetdeutschen diskriminierenden Rechtsakte in Kraft. Die Deutschen erfuhren von dem Dekret von 1964 zunächst nur auf dem Dienstweg (Betriebsleiter, Inspektoren im Schuldienst) - und aus dem *Neuen Deutschland* der DDR⁹⁶. Von den Deutschen musste diese Behandlung als Signal verstanden werden, dass die sowjetische Regierung zu keinem klaren Bekenntnis oder gar zu Entscheidungen zu ihren Gunsten im Sinne ihrer Rückkehr in die angestammten Siedlungsgebiete und einer Wiederherstellung der Autonomie bereit war. Ein weiteres Mal wurde damit die Kluft zwischen den Deutschen und ihrem Staat vertieft. Umgekehrt musste in der Öffentlichkeit der Eindruck bestätigt werden: "Da die Sowjetdeutschen die Autonomie nicht zurückerhalten, sind sie also schuldig."⁹⁷

"Noch bis Mitte 1964 ... war bei den in der Sowjetunion lebenden Deutschen keinerlei organisierte Tätigkeit feststellbar. Die Traumata von Krieg und Verbannung hatten in der deutschen Bevölkerung, und selbst bei den kümmerlichen Überresten ihrer politischen und intellektuellen Elite, offenbar eine durch Passivität und Vorsicht geprägte Grundeinstellung hinterlassen."⁹⁸ Die herbe Enttäuschung⁹⁹ über das Dekret von 1964 führte jedoch dazu, dass sich deutsche Initiativgruppen bildeten, Petitionen verfassten und Unterschriften gesammelt wurden und sich eine Bewegung zur Bewahrung von Kultur, Sprache und nationalem Bewusstsein formierte.

Die Informationen über die ersten Delegationen, mit denen die Deutschen ihren politischen Protest in Moskau zum Ausdruck brachten, sind in Einzelheiten widersprüchlich.

Ende 1964, also schon bald nach dem Erlass vom 29. August 1964, reiste eine erste 13-köpfige Abordnung unter Leitung von Fridrich Georgievič Scheßler (Šessler) aus Abakan nach Moskau. Sie übergab eine an L.I. Brežnev und an A.I. Mikojan gerichtete Petition¹⁰⁰ mit der Bitte um Rehabilitierung, Wiederherstellung der Autonomie sowie um Veröffentlichung

⁹⁵ *Vedomosti Verchovnogo Soveta SSSR*, Nr. 52 vom 28.12.64, 592. Ukaz Prezidiuma Verchovnogo Soveta SSSR "O vnesenii izmenenij v Ukaz Prezidiuma Verchovnogo Soveta SSSR ot 28 avgusta 1941 goda 'O pereselenii nemcev, proživajuščich v rajonach Povolž'ja'", 29.8.64

⁹⁶ vgl. Eisfeld, "jüngste Entwicklung", S. 12

⁹⁷ "Die Sowjetdeutschen: Probleme und Hoffnungen", *Neues Leben*, 7.9.88, S. 8f, S. 9

⁹⁸ Pinkus/Fleischhauer, *Die Deutschen*, S. 501

⁹⁹ vgl. u.a. Auman, *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 437

¹⁰⁰ nach: Pinkus/Fleischhauer, *Die Deutschen*, S. 502

nach: *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 437 gehörten zur ersten Delegation "Borneman, Brug, Barkentin, Vormsbecher, Gertel', Gol'man, Del'va, Kajzer, Kel'n, Michel', Ol'fert, Fogel', Šnajder"; laut Groth gehörten zur ersten Delegation auch Adolf Jakovlevič Berš aus Pallasovka und Ivan Ivanovič Kronewal'd, ein Wissenschaftler aus Nižnij Tagil, vgl. *Neues Leben*, 26.7.89, S. 5

des Erlasses vom 29. August 1964. Der Petition waren eine Reihe von Dokumenten und eine Zusammenstellung zur Geschichte der Sowjetdeutschen beigelegt¹⁰¹. Neun Mitglieder dieser Delegation konnten am 2. Januar 1965¹⁰² mit Mikojan zusammentreffen. Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets anerkannte die Leistungen der Deutschen und versprach, sich für mehr Deutschunterricht in Schulen, deutsche Zeitungen und die Pflege der deutschen Kultur einzusetzen sowie die Aufhebung des Rückkehrverbotes in die traditionellen Siedlungsgebiete (Erlasse vom 26. November 1948 und 13. Dezember 1955) prüfen zu lassen¹⁰³. Die Forderung nach Wiederherstellung der Wolgarepublik nannte er "natürlich und berechtigt"¹⁰⁴, lehnte jedoch die Rücksiedlung an die Wolga mit dem Hinweis ab, dort wohnten jetzt andere Menschen¹⁰⁵. "Nicht alles, was in der Geschichte geschehen ist, lässt sich wiedergutmachen."¹⁰⁶ Die Delegierten konnten aber erreichen, dass der Erlass vom 29. August 1964 am 5. Januar 1965 im Anzeiger des Obersten Sowjets¹⁰⁷ und am 20. Januar 1965 im *Neuen Leben* in deutscher Sprache erscheinen durfte. Auch sollte er nunmehr in der sowjetischen Presse kommentiert werden. Bekannt wurde jedoch nur eine Erwähnung in Radio Alma Ata am 22. Januar 1965¹⁰⁸.

Bei Abreise aus Moskau sandten die Delegierten einen Brief an Mikojan, in dem sie ihm für den Empfang dankten, aber auch unterstrichen, dass sie mit seiner ablehnenden Haltung zu ihren nationalen Anliegen nicht einverstanden waren¹⁰⁹. Eisfeld unterstreicht, dass die Veröffentlichung des Dekrets und die Zurückweisung der Forderungen der Autonomiebewegung "eher noch Auftrieb" gab: "Die deutschsprachige Laienkunstabewegung erlebte einen Aufschwung, Unterschriften wurden gesammelt".¹¹⁰

¹⁰¹ Vortrag des Vorsitzenden der "Wiedergeburt", Heinrich Groth, anlässlich eines "Runden Tisches" im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, 4.-6.7.89, abgedruckt in: *Neues Leben*, 26.7.89, S. 5f

¹⁰² Eisfeld, "jüngste Entwicklung", S. 12;
Andere Quellen: am 12.1.65, was jedoch den Abdruck des Dekrets im Anzeiger des Obersten Sowjets am 5.1.65 nicht erklärt, vgl. Vortrag des Vorsitzenden der "Wiedergeburt", Heinrich Groth, anlässlich eines "Runden Tisches" im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, 4.-6.7.89, abgedruckt in: *Neues Leben*, 26.7.89, S. 5f; *Weissbuch*, S. 59

¹⁰³ Eisfeld, "jüngste Entwicklung", S. 12

¹⁰⁴ Vortrag des Vorsitzenden der "Wiedergeburt", Heinrich Groth, anlässlich eines "Runden Tisches" im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, 4.-6.7.89, abgedruckt in: *Neues Leben*, 26.7.89, S. 5f
¹⁰⁵ so auch Groth; Aleksej Grigor'ev berichtet in *Echo planety*, Nr. 8 (99), 17.-23.2.90, S. 25-33, in seinem Aufsatz "V poiskach utračennoj rodiny", A.I. Mikojan habe unter Hinweis auf die "ekonomičeskie trudnosti strany" das Anliegen der Deutschen abgelehnt (S. 28).

¹⁰⁶ zitiert nach: *Frankfurter Allgemeine*, 16.6.90

¹⁰⁷ Eisfeld, "jüngste Entwicklung", S. 12

¹⁰⁸ Eisfeld, A. *Die Deutschen in Russland und in der Sowjetunion*, S. 109

¹⁰⁹ Vortrag des Vorsitzenden der "Wiedergeburt", Heinrich Groth, anlässlich eines "Runden Tisches" im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, 4.-6.7.89, abgedruckt in: *Neues Leben*, 26.7.89, S. 5f

¹¹⁰ Eisfeld, "jüngste Entwicklung", S. 12

Im Sommer 1965 bemühten sich die Teilnehmer der ersten Delegation sowie andere Sowjetdeutsche, eine insgesamt 43-köpfige Delegation¹¹¹, etwa zwei Monate um Vorsprache bei der politischen Führung und um Übergabe einer Petition mit inzwischen 3498 Unterschriften¹¹². Die relativ geringe Anzahl von Unterschriften führte Heinrich Groth (Grout), Ende der 80er Jahre Vorsitzender der unionsweiten Organisation der Deutschen "Wiedergeburt", als Beweis dafür an, dass die Sowjetdeutschen nie zu Methoden der Druckausübung gegriffen hätten. Am 8. Juni 1965 übergaben sie die Unterlagen, am 15. Juni 1965 wurden sie von den ZK-Mitarbeitern Skvorcov, Egorov, Gračev und Polechin empfangen, auf deren Wunsch sie am 17. Juni 1965 zusätzlich ein vierseitiges Dokument mit der Position der Deutschen zu einzelnen Grundsatzfragen unterbreiteten¹¹³. Darin wurde der Erlass vom 29. August 1964 zwar grundsätzlich begrüßt, jedoch kritisiert, dass er in Teilen der "Wirklichkeit nicht entspricht" (položenie ne sootvestvujuščich deistvitel'nosti). Darüber hinaus protestierten die Deutschen dagegen, dass die Erlasse vom 28. August 1941, 26. November 1948 und 13. Dezember 1955 nicht aufgehoben worden waren und sie weiterhin "nicht gleichberechtigte Bürger der UdSSR" blieben¹¹⁴. Die Deutschen äußerten in dem Dokument ihre Besorgnis und ihren Protest gegen Tendenzen, das deutsche Problem allein auf die kulturelle Dimension zu reduzieren und es mit Einzelmaßnahmen wie der Erhöhung der Auflage deutscher Zeitungen, der Einrichtung einzelner deutscher Schulen etc. lösen zu wollen, "d.h. alles auf eine kulturell-nationale Autonomie zu reduzieren, gegen die sich aufrechte Marxisten immer gewandt hatten und deren Theorie schon von Lenin verworfen worden war."¹¹⁵ Es ist sicher eine Ironie der Geschichte, dass 25 Jahre später, nach dem Scheitern einer territorialen Lösung in Form der Wiederherstellung der Wolgarepublik,

¹¹¹ nach: Kulturrat der Deutschen aus Russland e.V. (Hrsg.) *Volk auf dem Weg: Deutsche in Russland und in der Sowjetunion 1763-1968*. Stuttgart ³1986, S. 9-35 Personen; nach: Pinkus/Fleischhauer, *Die Deutschen*, S. 503: 43 Mitglieder, ebenso nach: Eisfeld, "jüngste Entwicklung", S. 12; 43 Mitglieder ebenfalls nach Groth: Vortrag anlässlich eines "Runden Tisches" im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, 4.-6.7.89, abgedruckt in: *Neues Leben*, 26.7.89, S. 5f

Zur zweiten Delegation gehörte ebenfalls Ivan Kronewal'd (s.o.) und als jüngstes Mitglied der Schriftsteller Hugo Wormsbecher. Beide, insbesondere Wormsbecher, spielten gegen Ende der 80er Jahre eine führende Rolle im Kampf um die Rehabilitierung der Deutschen; vgl. *Neues Leben*, 22.5.91, S. 15; *Neues Leben*, 26.7.89, S. 5f

¹¹² nach Groth: Vortrag anlässlich eines "Runden Tisches" im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, 4.-6.7.89, abgedruckt in: *Neues Leben*, 26.7.89, S. 5f; allerdings seien während des Moskau-Aufenthaltes noch weitere mehr als 1.000 Unterschriften hinzugekommen; in: *Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten - Abteilung Sowjetunion. Informationsmaterial über die Sowjetbürger deutscher Nationalität*. Berlin, Juni 1990, S. 5, wird von 3500 Unterschriften gesprochen.

¹¹³ Central'nyj Komitet KPSS, tovariščam: Skvorcovu, Egorovu, Gračevu i Polechinu ot delegacii sovetskich nemcev, pribyvšej v Moskvu po voprosu o vosstanovlenii ASSR nemcev Povolž'ja; Text liegt dem Verfasser vor. Dem Original waren im Anhang eine weitere Liste von 608 Unterschriften beigelegt sowie ein Schriftwechsel von drei deutschen Sowjetbürgern mit der sowjetischen Verwaltung.

¹¹⁴ ibid. S. 1; "Dejstvie etich ukazov ostavljaet sovetskich nemcev neravnopravnymi graždanami SSSR ..."; der Ukas von 1948 war seinerzeit noch nicht bekannt.

¹¹⁵ ibid. S. 2; "... svesti vse k kul'turno-nacional'noj avtonomii, protiv kotoroj vseгда vystupali istinnye marksisty i teoriju kotoroj razbil ešče Lenin."

ausgerechnet an die Idee der kulturellen "Autonomie ohne Territorium" angeknüpft wurde. Die Autoren des Dokuments versäumten schon damals nicht, darauf hinzuweisen, dass angesichts der Zerstreung der Deutschen über die ganze Sowjetunion ein solches Lösungsmodell der Realität nicht standhalten würde.

In dem Papier führten die Deutschen eine Reihe von Eckdaten zur aktuellen Bevölkerungsdichte auf dem Gebiet der ehemaligen Wolgarepublik auf sowie zu den wirtschaftlichen Perspektiven der Wiederherstellung der Wolgarepublik weit über deren Territorium hinaus. Sie beendeten ihr Papier mit der Feststellung: "Wir sind der Ansicht, dass unsere innere Frage der Wiederherstellung der ASSRdW in keiner Weise mit der DDR oder gar der BRD verbunden werden darf", und bestanden auf ihrer Bitte um einen Empfang der Delegation durch Brežnev¹¹⁶. Eine weitere Ironie bestand darin, dass die Sowjetdeutschen sich selbst gegen eine "Einmischung" von dritten Staaten in diese innenpolitische Angelegenheit aussprachen, die UdSSR jedoch, die sich zwar nach außen immer gegen eine Einmischung der Bundesrepublik verwahrte, die Behandlung der Minderheit sehr wohl und zuvörderst im Kontext ihrer bilateralen Beziehungen zur Bundesrepublik sah¹¹⁷.

Am 7. Juli 1965¹¹⁸ wurde die deutsche Delegation schließlich nach 35 Tagen des Wartens in Moskau¹¹⁹ erneut zu Mikojan vorgelassen. In einem zweistündigen Gespräch, in dem neun Mitglieder der Delegation zu Wort kamen und anhand von Dokumenten die Behauptung Mikojans vom Januar, das Gebiet der ehemaligen Wolgarepublik sei besiedelt¹²⁰, widerlegten, wies dieser die Forderung nach Rücksiedlung und Wiederherstellung der Wolgarepublik jedoch erneut von sich und argumentierte nun, eine Republik werde zu einem Exodus von einer halben Million Deutscher aus den Neulandgebieten Kasachstans führen. Ohne diese Menschen sei aber eine Aufrechterhaltung der Landwirtschaft nicht möglich¹²¹. Die Deutschen sahen dies als Eingeständnis der Rechtmäßigkeit ihrer Forderungen, protestierten gegen diese Behandlung - auch in einem Brief an Mikojan vom 9. Juli 1965 - und bestanden weiterhin auf einem Gespräch mit Brežnev. Kopien des Briefes sandten sie an führende Persönlichkeiten der UdSSR, M.I. Suzlov, A.N. Kosygin, A.I. Šelepín und Ja.V. Pejve. Nach insgesamt 45 Tagen in Moskau wurde die Delegation lediglich von "verantwortlichen

¹¹⁶ ibid. S. 3

¹¹⁷ 1989 sollte die UdSSR die DDR ausdrücklich um eine diesbezügliche "Einmischung" bitten; s.u.

¹¹⁸ Eisfeld, "jüngste Entwicklung", S. 12f; nach: Kulturrat der Deutschen aus Russland e.V. (Hrsg.) *Volk auf dem Weg: Deutsche in Russland und in der Sowjetunion 1763-1968*. Stuttgart ³1986, S. 9 am 7. Juni 1965; nach: *Weissbuch*, S. 59: im Juli.

¹¹⁹ Vortrag des Vorsitzenden der "Wiedergeburt", Heinrich Groth, anlässlich eines "Runden Tisches" im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, 4.-6.7.89, abgedruckt in: *Neues Leben*, 26.7.89, S. 5f

¹²⁰ Diese Behauptung wiederholten später auch Gorbačev und El'cin.

¹²¹ Vortrag des Vorsitzenden der "Wiedergeburt", Heinrich Groth, anlässlich eines "Runden Tisches" im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, 4.-6.7.89, abgedruckt in: *Neues Leben*, 26.7.89, S. 5f

Mitarbeitern des ZK der KPdSU" empfangen, die eine Reihe von Verbesserungen im Bereich der kulturellen Entwicklung versprochen¹²².

Nach Protesten gegen die Ablehnung ihrer Forderungen setzten repressive Maßnahmen gegen die Delegationsmitglieder ein. Der Leiter der beiden Delegationen, Scheßler, wurde unter Hausarrest gestellt, andere Aktivisten waren gezwungen, sich den Verfolgungen durch Ausreise zu entziehen¹²³. Zugleich wurden jedoch auch erste Schritte zur Entwicklung der Sprache und des Kulturlebens eingeleitet (Druck von mehr deutschen Büchern, Herausgabe einer weiteren deutschen Zeitung, der *Freundschaft*) und deutsche Sektionen bei einigen regionalen Schriftstellerverbänden gebildet. Zudem gelangten mehr Deutsche in Positionen, die ihnen im begrenzten Rahmen eine Interessenvertretung erlaubten¹²⁴. Diese Fortschritte konnten die Deutschen aber nicht zufrieden stellen, denn ihre Hauptforderungen blieben unerfüllt.

Im Sommer 1967 begab sich eine dritte Delegation mit einer von 8.123 Personen unterzeichneten Petition nach Moskau. Ihr gelang es lediglich, einen Mitarbeiter des Präsidiums des Obersten Sowjets zu sprechen. Brežnev konnte oder wollte sie wegen angeblicher "Arbeitsüberlastung" nicht empfangen, und Mikojan ließ ihnen ausrichten, er könne ihnen nichts Neues mitteilen, sie sollten wieder heimkehren. Teile der Delegation waren bereits von der Miliz an der Reise nach Moskau gehindert worden¹²⁵. Mit diesem erneuten Fehlschlag brach die zentrale, mit politischen Forderungen verbundene Petitionsbewegung zusammen. Eine rasch anschwellende Aussiedlungsbewegung war die Folge¹²⁶.

¹²² ibid.

¹²³ ibid.

¹²⁴ Zwar nahm die Anzahl von Angehörigen deutscher Nationalität in den Sowjets der verschiedenen Ebenen rasch zu, jedoch waren diese Vertreter gemischtnationaler "Wahlkreise", nicht jedoch Abgeordnete der deutschen Minderheit. vgl. Eisfeld, A., "Deutsche in der Sowjetunion - zwei Jahrzehnte nach der Rehabilitierung", in : *Osteuropa* 35 (1985), S. 653-669, S. 657

¹²⁵ nach: *Weissbuch*, S. 59, dort heisst es: "Eine dritte Delegation im Juli 1967 wurde nicht mehr vorgelassen, sondern innerhalb von 24 Stunden aus Moskau ausgewiesen." Der Zeitpunkt dieser Delegation findet Unterstützung in: Kulturrat der Deutschen aus Russland e.V. (Hrsg.) *Volk auf dem Weg: Deutsche in Russland und in der Sowjetunion 1763-1968*. Stuttgart ³1986, S. 9, allerdings heisst es dort: "Man hatte sie angehört ..."; Eisfeld, "jüngste Entwicklung", S. 13, bestätigt diesen Termin.

In bewusster Anknüpfung an die 60er Jahre lebte 1988 das "Delegationswesen" wieder auf. Am 14.4.88 wurde eine "dritte Delegation im ZK der KPdSU empfangen, wobei die "eigentliche" dritte Delegation vom Juli 1967 in die Zählung nicht aufgenommen wurde. Der Grund liegt möglicherweise darin, dass die Delegation von 1967 nicht ordnungsgemäß zustande kam und ihr Ziel nicht erreichen konnte.

¹²⁶ Auch in der Folgezeit kam es zu Petitionen, vgl. *Weissbuch*, S. 59f. Diese wurden jedoch von Einzelpersonen oder Gruppen verfasst, die für sich nicht in Anspruch nahmen, die Deutschen der UdSSR zu vertreten. Inhaltlich stand in diesen Petitionen der Wunsch nach Ausreise im Vordergrund.

1.3 Phase II (1968-1985): Emigrationsbewegung und sowjetische Eindämmungspolitik

Der Deutsch-sowjetische Vertrag vom 12. August 1970 und die fortschreitende Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten weckten neue Hoffnungen bei den Sowjetdeutschen, die sich für die Masse der Ausreisewilligen aber nicht erfüllten. Die Schere zwischen der Zahl Aussiedlungswilligen und derer, die tatsächlich das Land verlassen durften, öffnete sich immer weiter. In verschiedenen Gebieten der Sowjetunion, insbesondere im Baltikum und in Kasachstan, bildeten sich Gruppen, die versuchten, durch öffentliche Aktionen Aufmerksamkeit auf ihr Ausreiseanliegen zu lenken. Ganz wie die sowjetische Führung, die ihre Maßnahmen zu den Sowjetdeutschen nicht zuletzt auf die Resonanz im Ausland anlegte, hatten nunmehr auch die Sowjetdeutschen bei ihren Protesten die bundesdeutsche bzw. Weltöffentlichkeit im Blick. Damit unterschied sich die neue deutsche Auswanderungsbewegung von dem Ansatz der Delegationen der 60er Jahre. Pittman bezeichnete die Aktivitäten der Deutschen ab 1972 zu Recht als "mass movement"¹²⁷. Im selben Jahr gründete sich eine "Vereinigung auswanderungswilliger Deutschen", die unter Leitung eines Komitees aus 45 Mitgliedern in Alma Ata, Karaganda, Aktjubinsk, Frunze, Du?anbe, Taškent, Tallinn und Riga¹²⁸ Listen der Ausreisewilligen erstellte und Petitionen verfasste.

Aber erst am 3. November 1972 erfolgte ein weiterer Schritt zur Gleichstellung der Sowjetdeutschen. Ein Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets hob "Beschränkungen in der Wahl des Wohnorts, die in der Vergangenheit hinsichtlich einzelner Kategorien von Bürgern vorgesehen waren" auf¹²⁹. Eine Veröffentlichung des Dekrets war auf Weisung des Generalstaatsanwalts der UdSSR vom 9. November 1972 jedoch verboten worden¹³⁰. Das Dekret wurde im Monat der Wahlen zum 7. Deutschen Bundestag verabschiedet, in dem auch sowjetische Zugeständnisse in Form einer signifikant erhöhten Zahl von Ausreisen gemacht wurden. Der Zeitpunkt der Annahme des Dekrets gleichzeitig mit dem eindeutig außenpolitisch motivierten Entgegenkommen lässt darauf schließen, dass die sowjetische Führung sich mit Blick auf die bilateralen Beziehungen zu dieser Maßnahme entschlossen

¹²⁷ Pittman, S. 24

¹²⁸ Pinkus, B. "Die Auswanderungsbewegung der Deutschen und Juden seit 1970: Ein Vergleich". *Die Deutschen im Russischen Reich und im Sowjetstaat*. Köln 1987, S. 151-166, S. 159

¹²⁹ Ukaz Prezidiuma Verchovnogo Soveta SSSR "O snjatii ograničenij v vybore mesta žitel'stva, predusmotrenogo v prošlom dlja otdel'nych kategorij graždan" vom 3.11.72

Text erstmals in: *Chronika zaščity prav v SSSR*. Vyp. 12, Nov.-Dez. 1974, New York 1975, S. 50f, darauf weist Eisfeld, "Deutsche in der Sowjetunion", S. 656, hin; im Wortlaut veröffentlicht wurde der Ukaz in der ehemaligen UdSSR erstmals in: *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 179.

In einer Aufzählung der repressiven Akte im Jahre 1991 fehlt dieser noch immer; vgl. *Neues Leben*, 22.5.91, S. 2. Erst in einer späteren Liste im *Neuen Leben* vom 14.8.91, S. 8 ist der Ukaz selbst (zwar unter dem falschen Datum vom 27.12.72) aufgeführt.

¹³⁰ Eisfeld, "Deutsche in der Sowjetunion", S. 656. In den o.g. Aufzählungen der repressiven Akte fehlt der Erlass des Generalstaatsanwalts.

hatte. Dabei dürfte vor allem die Überlegung im Vordergrund gestanden haben, dem steigenden sowjetdeutschen Ausreisedruck dadurch zu begegnen, dass eine größere Freizügigkeit ermöglicht wurde, die Deportationsgebiete zu verlassen. Die Verbannungsgebiete waren von den Deutschen immer und ohne Zweifel auch bis in die Gegenwart als solche empfunden worden, wie sie gesprächsweise zu erkennen geben, und wurden nie als neue Heimat oder Alternative betrachtet. Trotz des - unveröffentlichten - Dekretes blieb die administrative Praxis aber zumindest für das Territorium der ehemaligen Wolgarepublik restriktiv: Luchterhandt weist darauf hin, dass sich "Zuzugsverbote über geheime Instruktionen zu den Meldebestimmungen im Gebiet Saratov erreichen [ließen], ohne dass die nationale Diskriminierung unvorteilhaft nach außen in Erscheinung zu treten brauchte"¹³¹. Erst mehr als ein Jahr später ging die sowjetische Führung noch einen Schritt weiter.

In den Jahren 1973-1979 wurden individuelle oder kollektive Petitionen nicht nur an sowjetische Führer, sondern auch an die deutsche Botschaft, den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler, den Bundesminister des Äußeren, den Bundestag, den Oppositionsführer, Repräsentanten dritter westlicher Staaten sowie an die Vereinten Nationen und das Rote Kreuz gesandt. Den Höhepunkt der Kampagne stellte die Petition einer zwölköpfigen Abordnung dar, die insgesamt 7.000 Familienoberhäupter mit 35.000 Familienmitgliedern vertrat und am 18. Mai 1973, dem ersten Tag des Deutschland-Besuches von Generalsekretär Brežnev, beim Obersten Sowjet der UdSSR überreicht wurde¹³². Im Jahr 1972 begann auch die Zusammenarbeit der Deutschen mit Dissidenten wie Kosterin, Grigorenko oder Sacharov.¹³³

Auf das steigende Maß öffentlichen Protests, Demonstrationen auf dem Roten Platz¹³⁴, vor dem Gebäude des ZK der KPdSU, auf anderen Moskauer Plätzen und vor der deutschen Botschaft, sowie öffentliche, demonstrative Austritte von Einzelpersonen und größeren Gruppen aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft¹³⁵, reagierte die Sowjetmacht mit stärkeren Repressionen. Zwischen 1974 und 1977 wurden mehr als 40 Protestierer verhaftet und zu ein bis drei Jahren Lager verurteilt¹³⁶. Die Bemühungen der Sowjetdeutschen um Ausreise

¹³¹ Luchterhandt, O. *UN-Menschenrechtskonventionen: Sowjetrecht - Sowjetwirklichkeit. Ein kritischer Vergleich*. Baden-Baden 1980, S. 267

¹³² vgl. u.a. *Weissbuch*, S. 59

¹³³ vgl. Pinkus, B. "Die Auswanderungsbewegung der Deutschen und Juden seit 1970: Ein Vergleich". *Die Deutschen im Russischen Reich und im Sowjetstaat*. Köln 1987, S. 151-166, S. 159

¹³⁴ vgl. Einfeld, A. "Deutsche in der Sowjetunion", S. 655

¹³⁵ vgl. u.a. Mdl. Anfrage MdB Jäger, *PIPr.* 08/52, 27.10.77, S. 4028f

¹³⁶ vgl. CDU/CSU, *Weissbuch*, S. 66ff

verstärkten sich jedoch weiter - vermutlich gerade auch als Folge des zunehmenden polizeistaatlichen Drucks.

Gleichzeitig bemühte sich die sowjetische Führung um gewisse Verbesserungen der Lage der Deutschen, wobei die getroffenen Maßnahmen im Zusammenhang mit der dahinter stehenden propagandistischen Absicht und dem Wunsch nach Abgrenzung von der Bundesrepublik und deren Magnetwirkung auf die Sowjetdeutschen zu sehen sind. So verabschiedete das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR am 9. Januar 1974 einen noch über die Bestimmungen des Dekretes von 1972 hinausgehenden Erlass, der alle bestehenden Beschränkungen hinsichtlich der Wahl des Wohnsitzes aufhob und damit insbesondere die Rückkehr der Deutschen in ihre Vorkriegssiedlungsgebiete ermöglichte bzw. die Legalisierung des Status derjenigen, die bereits illegal zurückgesiedelt waren¹³⁷. Dieser Rechtsakt blieb aber wiederum unveröffentlicht, so dass anders als im Fall der übrigen deportierten Völker eine Rückwanderung der Sowjetdeutschen in größerem Umfang ausblieb. Im Laufe der Jahre konnten dennoch mehrere Tausend Sowjetdeutsche zurück an die Wolga siedeln, jedoch bei weitem nicht in einem für eine Wiederherstellung der Autonomen Wolgarepublik ausreichenden Maße, was den sowjetdeutschen Ansprüchen und Forderungen zum Ende der 80er Jahre erfolgreich entgegengehalten werden sollte.

Am 26. Juni 1974 beschloss das Sekretariat des ZK der KPdSU konkrete Maßnahmen zur "Verbesserung der Arbeit unter den UdSSR-Bürgern deutscher Nationalität". Darin war u.a. "die Gründung eines deutschen Dramentheaters in einer der Hauptstädte der Unionsrepubliken oder in einem Gebietszentrum" vorgesehen¹³⁸. Das Theater wurde dann tatsächlich vom Kulturministerium der UdSSR gemeinsam mit den zuständigen kasachischen Stellen in Temirtau, Gebiet Karaganda, gegründet und 1989 aus propagandistischen Gründen nach Alma Ata verlegt. Dem Theater galten die ersten Projekte bundesdeutscher Hilfe ab Ende Oktober 1988.

Am 12. Juli 1974 zog das Kollegium des Ministeriums für Volksbildung nach und fasste einen Beschluss zur "Verbesserung der Arbeit im Bereich der Aufklärung unter den

¹³⁷ Ukaz Prezidiuma Verchovnogo Soveta SSSR ot 9 janvarja 1974 goda "O priznanii utrativšimi silu zakonodatel'nych aktov SSSR v svjazi s Ukazom Prezidiuma Verchovnogo Soveta SSSR "O snjatii ograničenij v vybore mesta žitel'stva, predusmotrennogo v prošlom dlja otdel'nych kategorij graždan"; erwähnt in: *Neues Leben*, 14.8.91, S. 6; das Dekret hat in der Literatur noch keinen Widerhall gefunden.

¹³⁸ Postanovlenie Sekretariata CK KPSS ot 26 ijunja 1974 goda Nr. ST-129/4c-OP "O merach po ulučšeniju raboty sredi graždan SSSR nemeckoj nacional'nosti"; *Neues Leben*, 14.8.91, S. 6; der Beschluss ist bislang nicht veröffentlicht, Hinweise auf dessen Inhalt sind jedoch einer späteren Aufzeichnung des ZK zu entnehmen: Iz zapiski Otdela organizacionno-partijnoj raboty i Otdela propagandy CK KPSS "O chode vypolnenija partijnymi organizacijami Kazachskoj SSR postanovlenija CK KPSS 'O merach po protivodejstviju kampanii na Zapade vokrug voprosa o položenii graždan nemeckoj nacional'nosti v SSSR'", 17.9.85; *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 200-211, S. 209

Sowjetdeutschen"¹³⁹. Ein ähnlicher Beschluss fiel im ZK der KP Kasachstans¹⁴⁰ am 16. April 1974 angesichts schwerwiegender Mängel ("ser"eznye nedostatki i upuščenija"¹⁴¹) in der undifferenzierten aufklärerischen Arbeit in einer Reihe von Gebieten, die u.a. die "tiefe Religiosität"¹⁴² der Sowjetdeutschen, deren feindliche ideologische Beeinflussung ("vraždebnaja ideologičeskaja obrabotka"¹⁴³) und den umfangreichen Briefwechsel mit Verwandten im Westen nicht berücksichtige. Unter dem Einfluss westlicher Propaganda sei es zu Erscheinungen mit Emigrationscharakter ("imeli mesto projavlenija emigracionnogo charaktera"¹⁴⁴) und zur Verbreitung von verleumderischen Dokumenten gekommen. Das ZK verordnete daher eine Reihe von Maßnahmen im Bereich der atheistischen Propaganda, der Aufklärung über die bourgeoise Ideologie ("razoblačenje buržuaznoj ideologii"¹⁴⁵), der Kultur, insbesondere der Verbesserung des auf Sowjetdeutsche zugeschnittenen (agitatorischen) Angebots in Radio, Zeitung, Film, Literatur und Unterricht.

Drei Jahre später musste das Büro des ZK der KP Kasachstans trotz umfangreichster Aktivitäten eine enttäuschende Bilanz der Arbeit ziehen. Die "verlogene imperialistische Propaganda, die die Sowjetdeutschen zur Ausreise in die BRD aufhetzt", habe zum Fortbestand der Emigrationsneigungen und zu einer "feindlichen Tätigkeit deutscher Extremisten" geführt¹⁴⁶. Das ZK sah sich daher zu einer Erneuerung und Verschärfung des Beschlusses von 1974 genötigt¹⁴⁷. Darin waren nunmehr auch Aktivitäten gegen deutsche Sekten (gemeint waren wohl vor allem die Baptisten) vorgesehen sowie eine stärkere Heranziehung von Kindern und Jugendlichen zur Aufklärungsarbeit und zu "gesellschaftlich-nützlicher Tätigkeit"¹⁴⁸. Darüber hinaus wurde neben einer Reihe von kulturellen Maßnahmen bis zum 15. Juli 1978 eine Sammlung deutscher Volkslieder in Auftrag gegeben¹⁴⁹. Den Medien wurde zur Abschreckung gegen die Ausreise aufgetragen, die "rechtlose Lage der Werktätigen in Westdeutschland und anderen kapitalistischen Ländern überzeugend

¹³⁹ Rešenje Kollegii Ministerstva prosveščeniija SSSR ot 12 ijulja 1974 goda "Ob ulučšenii raboty v oblasti prosveščeniija sredi sovetskich nemcev"; *Neues Leben*, 14.8.91, S. 6; der Beschluss ist bislang nicht veröffentlicht

¹⁴⁰ Postanovlenie Bjuro CK Kazachstana ot 16 aprelja 1974 goda "Ob usilenii idejno-vospitatel'noj raboty sredi graždan nemeckoj nacional'nosti", *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 180-3

¹⁴¹ ibid. S. 180

¹⁴² ibid. S. 180

¹⁴³ ibid. S. 180

¹⁴⁴ ibid. S. 180

¹⁴⁵ ibid. S. 181

¹⁴⁶ Zapiska v Bjuro CK Kompartii Kazachstana "O dal'nejšem usilenii politiko-vospitatel'noj raboty sredi graždan nemeckoj nacional'nosti", 20.6.77, *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 183-5, S. 184f

¹⁴⁷ Postanovlenie Bjuro CK Kompartii Kazachstana ot 28 ijunija 1977 g. No. B32-2 "O dal'nejšem usilenii politiko-vospitatel'noj raboty sredi graždan nemeckoj nacional'nosti", *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 185-190

¹⁴⁸ ibid. S. 188

¹⁴⁹ ibid. S. 188

darzustellen"¹⁵⁰ und dieser die Situation in der UdSSR, insbesondere in Kasachstan, gegenüberzustellen.

Moskau muss die Probleme mit den Sowjetdeutschen - ihre Proteste und ihren Wunsch nach Emigration - als eine große Belastung empfunden haben. Das Politbüro setzte daher mit einem bislang nicht veröffentlichten Beschluss vom 6. August 1976¹⁵¹, dessen Existenz auch der Bundesregierung nicht bekannt war, eine Kommission ein und beauftragte sie, Vorschläge zur Wiederherstellung der deutschen Autonomie vorzulegen. Der konkrete Inhalt des Beschlusses ist derzeit nur indirekt aus der seinerzeit angeforderten, von leitenden ZK-Mitarbeitern im Jahre 1978 vorgelegten Aufzeichnung bekannt, die Auman in seiner Dokumentensammlung veröffentlichen konnte¹⁵².

Mit dieser Entscheidung des Politbüros könnte der Beweis dafür erbracht worden sein, dass die öffentlichkeitswirksamen Proteste der Sowjetdeutschen in der ersten Hälfte der 70er Jahre vor dem Hintergrund der Verhandlungen über die KSZE-Schlussakte Früchte getragen hatten: Die Ausreisewelle nach 1975 war unübersehbar KSZE-induziert, d.h. eine Öffnung, zu der sich die UdSSR gezwungen sah. Diese Demonstration von Wohlverhalten war erforderlich, um die westlichen Staaten ihrerseits zu Zugeständnissen in anderen, für die UdSSR interessanten Bereichen der KSZE-Schlussakte zu veranlassen, quasi also eine Gegenleistung. Die KPdSU hatte aber offensichtlich richtig erkannt, dass der Ausreisestrom von Deutschen so bald nicht versiegen und eine Rückkehr der staatlichen Stellen zu den früheren repressiven Maßnahmen zur Begrenzung der Ausreisen das eben in Helsinki gewonnene Kapital verspielen würde. Aus Moskauer Sicht war deshalb die Lösung des Problems einer effektiven und dauerhaften Eindämmung der Ausreisetendenzen in einer Wiederherstellung der sowjetdeutschen Autonomie zu suchen.

Welche Bedeutung die UdSSR diesem neuen, sehr kurzfristig angelegten Ansatz - der konkrete Beschluss über die Bildung einer Autonomie in Kasachstan fiel 1979 - beimaß, ist daran abzulesen, dass mit der Maßnahme von 1976 der Wendepunkt in der sowjetischen Emigrationspolitik eingeläutet wurde: Die Anzahl der Ausreisen zwischen Aufnahme der diplomatischen Beziehungen und dem Greifen der neuen sowjetischen Ausreisevorschriften 1987 erreichte 1976/77 ihren Höhepunkt und sank im weiteren. Diese Tendenz verstärkte sich dramatisch, als sich das noch Mitte der 70er Jahre verhältnismäßig positive deutsch-sowjetische Klima und die entsprechende internationale Situation nach Helsinki

¹⁵⁰ "Ubeditel'no pokazyvat' bespravnoe položenie trudjaščichsja v Zapadnoj Germanii i v drugich kapitalističeskich stranach", ibid. S. 189

¹⁵¹ Postanovlenie Politbjuro CK KPSS ot 6 avgusta 1976 goda Nr. P 21/2 "O vosstanovlenii avtonomii sovetskich nemcev"; erwähnt in: *Neues Leben*, 14.8.91, S. 6

¹⁵² Zapiska grupy otvetstvennyh rabotnikov CK KPSS "Ob obrazovanii Nemeckoj avtonomnoj oblasti CK KPSS", *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 190-192

insbesondere im Laufe des Jahres 1979 rapide verschlechterten. In den 80er Jahren wurden Ausreiseanträge sogar nicht selten unverblümt mit dem Hinweis auf die globale Situation abgelehnt.

Die schon erwähnte Aufzeichnung¹⁵³ wurde von den hochrangigen ZK-Mitarbeitern Ju. Andropov, I. Kapitonov, M. Zimjanin, Z. Nuriev, N. Ščelokov, R. Rudenko, M. Georgadze und V. Čebrikov im August 1978 vorgelegt. Sie bezieht sich direkt auf den Beschluss von 1976 und bestätigt damit dessen Existenz, die zuvor nur aus dem *Neuen Leben* bekannt war. Schon im Titel wird deutlich, dass 1976 seitens des Politbüros an ein autonomes Gebiet, nicht aber an die Wiederherstellung der autonomen Republik gedacht wurde. Die Kommission kam nach intensivem Studium und vielen Gesprächen zu der Auffassung, dass eine national-territoriale Autonomie positiv zu bewerten sei¹⁵⁴. Zur Begründung hob die Kommission die erwartete konstruktive Wirkung auf den Kulturerhalt und damit auf die Ausreisetendenzen hervor. Da die meisten Deutschen in Kasachstan lebten und dort gute Erfahrungen mit ihnen bestünden, werde vorgeschlagen, dort ein autonomes Gebiet mit Zentrum in Ermentau zu gründen. Insgesamt fünf bestehende Rayons mit 46.000 km² und 202.000 Einwohnern, davon ca. 30.000 Deutschen, sollten aus vier bestehenden Gebieten zusammengefasst werden¹⁵⁵. Das ZK der KP Kasachstans, insbesondere D.A. Kunaev, sei einverstanden, hieß es. Dagegen hielt die Kommission es nicht für opportun, eine deutsche Autonomie an der Wolga einzurichten, da dort praktisch keine deutsche Bevölkerung existiere und sie in dem Gebiet auch keine historischen Wurzeln besitze (!)¹⁵⁶.

Im weiteren bereitete das ZK der KPdSU die einzelnen Schritte zur Gründung des Gebiets vor - von dem Beschluss des Präsidiums des Obersten Sowjets Kasachstans über dessen Bestätigung durch den Obersten Sowjet der UdSSR und die Änderung von Art. 87 der Verfassung der UdSSR bis zu Wahlen und einer Parteikonferenz in dem neuen Gebiet¹⁵⁷. Das Politbüro der KPdSU fasste seinen entsprechenden Beschluss am 31. Mai 1979¹⁵⁸.

¹⁵³ Zapiska grupy otvetstvennyh rabotnikov CK KPSS "Ob obrazovanii Nemeckoj avtonomnoj oblasti CK KPSS", *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 190-192

¹⁵⁴ "Pomnieniu Komissii, v nastojaščee vremja k voprosu o predostavlenii nemeckomu naseleniju nacional'no-territorial'noj avtonomii možno bylo by otnestis' položitel'no." *ibid.* S. 190f

¹⁵⁵ Die frühere Wolgarepublik hatte ca. 28.000 km² und von etwa 650.000 Einwohnern knapp 400.000 Deutsche. In den Diskussionen Ende 1991 um die Wiederherstellung einer Autonomie an der Wolga standen insgesamt 6.000 km² zur Debatte.

¹⁵⁶ Das Argument, an der Wolga lebten kaum mehr Deutsche, war auch 1991 ausschlaggebend gegen die Wiederherstellung der Autonomie an der Wolga. Die Frage der historischen Wurzeln wurde von der Kommission 1978 aber gründlich unterschätzt.

¹⁵⁷ vgl. *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 192-195

¹⁵⁸ Postanovlenie Politbjuro CK KPSS ot 31 maja 1979 goda Nr. 153/XI "Ob obrazovanii nemeckoj avtonomnoj oblasti v sostave Kazachskoj SSR"; erwähnt erstmals in: *Neues Leben*, 14.8.91, S. 6; erstmals veröffentlicht in: *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 195

Nach einer Aufzeichnung¹⁵⁹ von N. Petrovičev, M. Georgadze und V. Čebrikov für das ZK der KPdSU kam es am 16., 19. und 22. Juni 1979 jedoch zu massiven Protesten der lokalen Bevölkerung und zu erschreckenden antideutschen Parolen¹⁶⁰, die die antideutsche Kampagne an der Wolga ab 1989 vorwegnahmen. Dabei sollen vier Deutschstämmige verletzt und zu Tod gekommen sein¹⁶¹. Den kasachischen Funktionären wurde von den Verfassern vorgeworfen, sie hätten vorab keine Überzeugungsarbeit geleistet und sich meist passiv verhalten, so dass die angeordneten Maßnahmen nicht umgesetzt werden konnten. Die Deutschen, die in der überwältigenden Mehrheit aus dem europäischen Teil der UdSSR nach Kasachstan deportiert worden waren, begrüßten eine Autonomie zwar grundsätzlich, fürchteten aber nunmehr, dass diese Idee selbst Schaden nehmen könne, und sprachen sich z.T. für eine Wiederherstellung ihrer Republik an der Wolga aus¹⁶².

Mit einer fünfzeiligen Notiz an das ZK der KPdSU zog das ZK der KP Kasachstans am 19. Februar 1980 ohne Aufhebens seinen dem Beschluss des Obersten Sowjets Kasachstans zu Grunde liegenden Vorschlag zur Errichtung des autonomen Gebiets zurück¹⁶³. Anstalten, die Autonomie und damit den Willen der Partei doch noch durchzusetzen, wurden offenbar nicht unternommen - vermutlich, weil die zunehmenden internationalen Spannungen ausreichend Vorwand boten, um die Zahl der erteilten Ausreisegenehmigungen plausibel und auf repressivem Wege zu reduzieren.

In der Folgezeit fiel diese Episode dem Vergessen anheim¹⁶⁴, aber auch die Deutschen zogen es vor, darüber nicht zu sprechen¹⁶⁵. Erst auf dem Nationalitätenplenum in Moskau im September 1989 wurde öffentlich vom Ersten Sekretär der KP Kasachstans, Nursultan A. Nazarbaev, eingeräumt, dass 1979 der "im geheimen gefällte Beschluss"¹⁶⁶ angesichts massiver Proteste umgehend zurückgenommen werden musste.

¹⁵⁹ "Zapiska o negativnych projavlenijach, imevšich mesto v Celinogradskoj oblasti", 28.6.79, *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 196f

¹⁶⁰ "Ne otdadim zemlju otcov fašistam", "Vyslat' vsech nemcev v Sibir", "Otorbrat' u nich doma i mašiny", "Vosstanovit' speckomendanturu"; zitiert nach: "Zapiska o negativnych projavlenijach, imevšich mesto v Celinogradskoj oblasti", 28.6.79, *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 196f, S. 196

¹⁶¹ Aus einem deutschen Flugblatt, das dazu aufrief, nur eine Autonomie im Wolgagebiet zu akzeptieren. Anhang zu einer Notiz des stellvertretenden KGB-Chefs der UdSSR, S. Cvingun: "Zapiska S. Cvinguna v CK KPSS o rasprostranenii sredi sovetskich nemcev avtonomistskich materialov"; *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 198f

¹⁶² vgl. "Zapiska o negativnych projavlenijach, imevšich mesto v Celinogradskoj oblasti", 28.6.79, *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 196f

¹⁶³ Zapiska A. Peruna v CK KPSS, 30-A/3, 19.2.80; in: *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 199

¹⁶⁴ Weiterführende Artikel s. *Deutsche Allgemeine*, 20.6.91, *Nemeckaja Gazeta* (bis Ende 1991 Samstagsausgabe der *Deutschen Allgemeinen*, der ehemaligen *Freundschaft*), 10.8.91, S. 1f

¹⁶⁵ Iz zapiski Otdela organizacionno-partijnoj raboty i Otdela propagandy CK KPSS "O chode vypolnenija partijnymi organizacijami Kazachskoj SSR postanovlenija CK KPSS 'O merach po protivodejstviju kampanii na Zapade vokrug voprosa o položenii graždan nemeckoj nacional'nosti v SSSR'", 17.9.85; *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 201

¹⁶⁶ *Pravda*, 21.9.89, S.2; Nazarbaev sah die Ereignisse 1979 in unmittelbarem Zusammenhang mit den Protesten in Alma Ata im Dezember 1986.

Nach Aussage des damaligen Ersten Sekretärs der KP Kasachstans, Dinmuchamed Achmedovič Kunaev, 1991 gegenüber einem Journalisten ging die Initiative zur Gründung des autonomen Gebiets in Kasachstan seinerzeit von Andropov aus, sie hätte jedoch auch bei den Deutschen keine Unterstützung gefunden¹⁶⁷. Während letzteres angesichts der Orientierung der Deutschen auf die Wolgarepublik - 85% der Deutschen Kasachstans gehörten zu den aus dem Westen der UdSSR Deportierten und deren Nachkommen¹⁶⁸ - nicht unwahrscheinlich ist, dürfte eine einseitige Schuldzuweisung für das Scheitern des Vorhabens an Andropov nicht gerechtfertigt sein: Es gibt eine Äußerung von Vladimir Gusev, stellvertretender Ministerpräsident der UdSSR und 1990-1991 Leiter der sog. "Gusev-Kommission" für die Deutschen, die Andropov mehr Weitsicht bescheinigt. In einem Interview in *Izvestija* erinnerte sich Gusev, dass er mit Jurij Andropov schon Ende der 70er Jahre im Auftrag des ZK an Lösungsvarianten zur sowjetdeutschen Problematik gearbeitet hätte. Schon damals habe Andropov sich äußerst zurückhaltend gegeben und auf mögliche Proteste der Einheimischen verwiesen, während Gusev die Idee einer deutschen Autonomie "verlockend" (*zamančivoj*) fand¹⁶⁹. Zwar ist auch die Glaubwürdigkeit von Gusev, der gegen die deutsche Autonomie an der Wolga arbeitete, durchaus fraglich. Aber die KP Kasachstans hatte sich ausweislich der hier zitierten Dokumente um die Deutschen der Unionsrepublik bemüht, so dass es als wenig wahrscheinlich einzuschätzen ist, dass ausgerechnet und nur aus Moskau eine einseitige Initiative zur Begründung eines autonomen Gebiets in Kasachstan ergriffen wurde. Es ist daher zu vermuten, dass Kunaev sich in dem Interview von dem in wesentlichen Teilen von der kasachischen Nomenklatura zu verantwortenden Misserfolg bei der praktischen Umsetzung der Maßnahme freizeichnen wollte.

Nach dem gescheiterten KSZE-Nachfolgetreffen von Belgrad und vor allem ab 1979 im Zusammenhang mit den zunehmenden internationalen Spannungen senkte die UdSSR die Ausreisezahlen unübersehbar¹⁷⁰ - bei gleichzeitiger Repression und "Zugeständnispolitik". Der wachsende Druck führte zu einem erneuten Versuch der Deutschen, eine Abordnung nach Moskau zu entsenden, was 1980 offenbar am KGB scheiterte. Der Leiter der

¹⁶⁷ *Nemeckaja Gazeta*, 10.8.91, S. 2

¹⁶⁸ Iz zapiski Otdela organizacionno-partijnoj raboty i Otdela propagandy CK KPSS "O chode vypolnenija partijnyimi organizacijami Kazachskoj SSR postanovlenija CK KPSS 'O merach po protivodejstviju kampanii na Zapade vokrug voprosa o položenii graždan nemeckoj nacional'nosti v SSSR'", 17.9.85; *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 200

¹⁶⁹ *Izvestija*, 1.5.91

¹⁷⁰ 1978: 8.455 Aussiedler, 1979: 7.226, 1980: 6.954, 1981: 3.773, 1982: 2.071 etc.

Delegation, V. Hinz, wurde in eine psychiatrische Klinik eingewiesen¹⁷¹. Noch 1982 wurden in Frunze zwei Deutsche wegen ihres Ausreisebegehrens verurteilt, wobei das Gericht feststellte, dass "den Deutschen in der UdSSR keine nationalen Minderheitenrechte eingeräumt werden können, weil sie den Merkmalen einer solchen nicht entsprechen", und dass "die Deportation der Deutschen nach Sibirien, Ural und Kasachstan eine historische Notwendigkeit gewesen sei; und die Behauptung der Angeklagten, dass während dieser Deportationen Tausende von Deutschen ums Leben kamen, sei eine Verleumdung"¹⁷². Im selben Jahr machten Deutsche durch eine spektakuläre Flugzeugentführung auf die Ausreisebeschränkungen aufmerksam.

Reaktionen von und Begegnungen mit seinen Lesern veranlassten das *Neue Leben*, am 19. August 1982 einen zwölfseitigen Brief mit fünf Seiten Anhang zur vergleichsweise viel besseren Lage nationaler deutscher Minderheiten in Ungarn, Rumänien, der Tschechoslowakei und der Sorben in der DDR an Brežnev zu senden. Das Schreiben, das vom Chefredakteur unterzeichnet worden war, enthielt den eigenen Angaben zufolge eine "objektive" Analyse zur Situation der Sowjetdeutschen, kritisierte die Nicht-Umsetzung einer Reihe von Beschlüssen der sowjetischen Führung und bot eine Auswahl von alternativen Lösungsmodellen an, darunter auch die Idee eines "Zentralrats" bzw. einer "Assoziation", d.h. einer nicht-territorialen Interessenvertretung der Deutschen, die Ende der 80er Jahre diskutiert werden sollte¹⁷³. Nachdem die Redaktion auch nach mehrfachem Nachfragen keine Antwort erhalten hatte, sandte sie in der ersten Jahreshälfte 1984 eine Reihe weiterer Briefe an das ZK der KPdSU, in denen u.a. auf die schwierige Lage des deutschen Theaters hingewiesen wurde, sowie eine Aufzeichnung zur "feindseligen [bundesdeutschen] Propaganda um die Frage der Lage der Sowjetdeutschen und Kampfmaßnahmen dagegen"¹⁷⁴. Während die Partei der Redaktion eine Antwort wiederum schuldig blieb, trugen die Hinweise auf die angebliche Propaganda Früchte: Das Politbüro begegnete dieser am 28. Dezember 1984 mit einem Beschluss über Gegenmaßnahmen, der

¹⁷¹ vgl. Kulturrat der Deutschen aus Russland e.V. (Hrsg.) *Volk auf dem Weg: Deutsche in Russland und in der Sowjetunion 1763-1968*. Stuttgart ³1986, S. 9; bestätigt auch in: *Freundschaft*, 2.11.89, S. 2

¹⁷² Oschlies, W. "Deutsche in der Sowjetunion - Versuch einer Bestandsaufnahme". *Sowjetunion 1982/83*. Ereignisse, Probleme, Perspektiven. (Manuskript) München 1983, S. 102-112; S. 5; Ganz auf dieser Linie argumentierte ZK-Sekretär Zimjanin auf einer ZK-Sitzung zu den Sowjetdeutschen am 2.12.85 in Moskau, vgl. *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 211ff

¹⁷³ vgl. Vladimir Capanov in: *Neues Leben*, 13.6.90, S. 5; dort werden auch einige Passagen aus dem Schreiben an Brežnev wiedergegeben.

¹⁷⁴ Vladimir Capanov in: *Neues Leben*, 13.6.90, S. 5

allerdings im Wortlaut und hinsichtlich seiner Auswirkungen bislang nicht bekannt ist¹⁷⁵. Damit lieferte die sowjetische Führung selbst einen weiteren Beweis für die direkten Auswirkungen des bilateralen Verhältnisses auf die Sowjetdeutschen. Schon im Mai 1984 hatte die UdSSR im Zusammenhang mit der nach dem Regierungswechsel in Bonn veränderten deutschen Akzentsetzung in der Ostpolitik eine generelle "Revanchismus-Kampagne" gegen die Bundesrepublik begonnen, die ihren Höhepunkt ein Jahr später erreichte, zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation¹⁷⁶.

Seitens der kasachischen KP wurden die Berichte zur Lage der Deutschen fortgeschrieben und weitere Maßnahmen ergriffen, um den angeblichen feindlichen Handlungen der Bundesrepublik, insbesondere der Tätigkeit der *Deutschen Welle*, entgegenzuwirken und den eigenen, z.T. vom Apparat verschuldeten Problemen mit der deutschen Nationalität abzuwehren¹⁷⁷. Unterstellt man, dass die Meldungen der einzelnen Gebietspartei Komitees an das ZK in Alma Ata ohnehin geschönt waren, um den Misserfolg der angeordneten Maßnahmen bzw. deren Nicht-Befolgung zu tarnen, muss die Lage desolat gewesen sein: Aus den Berichten geht direkt hervor und wird statistisch untermauert, dass die Situation der Deutschen sich sogar verschlechterte.

Gegenüber den Sowjetdeutschen wurde in Veröffentlichungen propagandistisch ihre angebliche Gleichbehandlung mit anderen Nationalitäten hervorgehoben und ihre angeblich selbstverständliche Vertretung in politischen und anderen Bereichen¹⁷⁸. Ein Artikel in der *Freundschaft* vom 23. März 1984 zitierte aus der Andropov-Rede vom 21. Dezember 1982 zum 60. Gründungstag der UdSSR dessen Äußerungen über die angeblich vollzogene Integration der Deutschen in die Sowjetgesellschaft:

¹⁷⁵ Postanovlenie Politbjuro CK KPSS ot 28 dekabnja 1984 goda Nr. P 189/31 "O merach po protivodestviju propagandistskoj kampanii na Zapade vokrug voprosa o položenii graždan nemeckoj nacional'nosti v SSR"; erstmals erwähnt in: *Neues Leben*, 14.8.91, S. 6; *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 199f, enthält lediglich den kurzen Beschluss, nicht aber die Anlage, eine Vorlage des KGB, der zugestimmt wurde.

¹⁷⁶ vgl. Pittman, S. 156f

¹⁷⁷ Iz zapiski Otdela organizacionno-partijnoj raboty i Otdela propagandy CK KPSS "O chode vypolnenija partijnyimi organizacijami Kazachskoj SSR postanovlenija CK KPSS 'O merach po protivodejstviju kampanii na Zapade vokrug voprosa o položenii graždan nemeckoj nacional'nosti v SSSR'", 17.9.85; *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 200-211

Postanovlenie Bjuro CK Kompartii Kazachstana ot 18 marta 1986 goda "O dal'nejšem usilenii politiko-vospitatel'noj raboty sredi graždan nemeckoj nacional'nosti, proživajuščich v Kazachstane"; *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 216-219

Zapiska A. Ustinova v CK Kompartii Kazachstana "O vypolnenii postanovlenija Bjuro CK Kompartii Kazachstana No B2-8c ot 18 marta 1986 goda 'O dal'nejšem usilenii politiko-vospitatel'noj raboty sredi graždan nemeckoj nacional'nosti, proživajuščich v Kazachstane'", 15.4.87; *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 220-222

¹⁷⁸ u.a. Kunz, Joachim "Fremde unter Fremden". *Freundschaft*, 23.3.84; ähnlicher Tenor in: Komsomol'skaja *Pravda*, 14.7.82; der Artikel von Kunz reiht sich ein in eine lange Liste von Artikeln der deutschsprachigen Presse der Sowjetunion, die sich dem Thema widmen; vgl. Pinkus/Fleischhauer, *Die Deutschen*, S. 548ff

In seinem Referat auf der gemeinsamen Festsitzung des ZK der KPdSU, des Obersten Sowjets der UdSSR und des Obersten Sowjets der RSFSR am 21. Dezember 1982 sagte Ju.V. Andropov: 'Vollberechtigte Sowjetbürger sind auch Millionen Deutsche, Polen, Koreaner, Kurden und Vertreter anderer Nationalitäten, für die die Sowjetunion schon längst ihr Heimatland ist.'

Diesen Völkern war gemein, dass sie kein eigenes autonomes Verwaltungsgebiet besaßen. Die Passage konnte im Lichte der sowjetdeutschen Forderungen nach Rehabilitierung und den Vorgängen um die Einrichtung eines deutschen autonomen Gebiets bei Ermentau in Kasachstan 1979 aber so verstanden werden, dass mit territorialer Selbstverwaltung der Deutschen nicht mehr gerechnet werden durfte, weil diese nicht mehr erforderlich war. Dennoch handelte es sich bei der Erwähnung der Deutschen in einer zentralen Rede zur Nationalitätenpolitik um ein Novum seit dem Zweiten Weltkrieg¹⁷⁹.

¹⁷⁹

Simon erinnert in einer Analyse dieser Andropov-Rede an die Bemühungen der sowjetischen Zensur, die Erwähnung der Sowjetdeutschen in zentralen Publikationen zu unterbinden. Die Deutschen "erschiene(n) beispielsweise nicht in den Daten zur nationalen Zusammensetzung der Unionsrepubliken in einer Broschüre mit den Ergebnissen der Volkszählung von 1979, obwohl sie in Kasachstan nach den Russen und Kasachen die drittgrößte nationale Gruppe sind. Dagegen erfuhr der Leser, dass in Kasachstan 22.000 Dunganen leben." Simon, G. "Neue Signale in der sowjetischen Nationalitätenpolitik". *Aktuelle Analysen*. BIOSt Nr. 5/1983, S. 4

2. Die deutsche Minderheit in den deutsch-sowjetischen Beziehungen

2.1 Phase I (1955-1968): Grenzen bundesdeutscher Möglichkeiten vor Beginn der neuen deutschen Ostpolitik

Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland am 13. September 1955 begann die Bundesregierung bewusst ihre Tätigkeit als Anwalt der deutschen Volksgruppe gegenüber der sowjetischen Führung. Die Delegation von Bundeskanzler Adenauer forderte während der historischen Verhandlungen in Moskau vom 9.-13. September 1955 die Freilassung aller "zurückgehaltenen Personen", d.h. von Kriegsgefangenen und Zivilpersonen. Vor allem die Erklärung von Außenminister von Brentano am 10. September 1955 gegenüber Ministerpräsident Bulganin kann als Ausgangspunkt der Familienzusammenführung bezeichnet werden:

Ich bitte Sie, zu verstehen, dass es Millionen Menschen in Deutschland gibt, Mütter und Väter und Kinder und Frauen, die heute noch über das Schicksal ihrer nächsten Angehörigen im Ungewissen sind, und ich bitte Sie, zu verstehen, dass ihre nächsten Angehörigen noch hier in Russland zurückgehalten werden. ... der Herr Bundeskanzler hat es gestern gesagt und heute wiederholt, und ich möchte auch noch einmal mit allem Ernst, mit aller Leidenschaft betonen, dass es hier um ein menschliches Problem geht, um dessen Lösung wir Sie bitten. ... eine echte Normalisierung der Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern [erscheint] uns schwer möglich, wenn diese menschlichen Fragen nicht gelöst werden ...¹⁸⁰

Bulganin und Chruščev erklärten sich nach längerem Drängen zu einem Entgegenkommen in der Frage der Familienzusammenführung bereit, lehnten eine schriftliche Vereinbarung jedoch ab und forderten ihrerseits am letzten Tag der Verhandlungen die Rückführung von mehr als 100.000 ehemaligen Sowjetbürgern aus der Bundesrepublik¹⁸¹. Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen meldeten sich brieflich 200.000 zumeist aus Deutschland "repatriierte" Russlanddeutsche mit der Bitte um Ausreise bei der zunächst im Hotel "Metropol" untergebrachten Deutschen Botschaft Moskau.

Zunächst gelang am 21. Mai 1957 eine Repatriierungsvereinbarung zwischen dem Deutschen und dem Sowjetischen Roten Kreuz. Das Übereinkommen anerkannte die Berechtigung einer Rückführung aller Deutschen, die aus der Sowjetunion nach Deutschland zurückzukehren

¹⁸⁰ *BPA-Bulletin*. Sonderausgabe vom 20.9.55 über die "Moskauer Konferenz vom 9. bis 13. September 1955", S. 12

¹⁸¹ vgl. Pinkus/Fleischhauer, *Die Deutschen*, S. 356, sowie Sonderausgabe des *BPA-Bulletin* vom 20.9.55 über die "Moskauer Konferenz vom 9. bis 13. September 1955", S. 16 ("Bulganin zur Frage der in Deutschland zurückgehaltenen Sowjetbürger")

wünschten, aus Gründen der Menschlichkeit, ohne Rücksicht auf deren staatsrechtlichen Status. Die Rückführungsvereinbarung ermöglichte die Übersendung von Anträgen, mit denen das Sowjetische Rote Kreuz gebeten wurde, die Ausreisebemühungen zurückgehaltener Deutscher bei den zuständigen sowjetischen Behörden aus humanitären Gründen zu unterstützen. Das DRK zog ein Jahr später eine positive Bilanz der Vereinbarung:

Bis zum 31. März 1958 wurden dem Sowjetischen Roten Kreuz 4.416 Einzelanträge für 11.631 Personen übersandt. Aus den Antworten des Sowjetischen Roten Kreuzes und noch sinnfälliger aus der Heimkehr einer ganzen Anzahl der Personen, für die Gesuche gestellt waren, ist zu ersehen, dass die Anträge wohlwollend behandelt wurden.¹⁸²

Nach schwierigen und langwierigen Verhandlungen kam am 8. April 1958 eine bilaterale deutsch-sowjetische Repatriierungsvereinbarung zustande¹⁸³. Wie steinig der Weg zur Repatriierungsvereinbarung war, lässt sich aus einer Äußerung des neuen sowjetischen Außenministers Gromyko schließen, der die Existenz eines Repatriierungsproblems zunächst abstritt. Dieser Verhandlungston war seit 1955 und in der Folgezeit charakteristisch und Gromyko sollte die Thematik bis zu seiner Entmachtung mit der Ernennung zum Staatsoberhaupt am 2. Juli 1985 in ähnlich intransigentem Weise behandeln:

Während der Verhandlungen zwischen den Regierungsdelegationen der beiden Länder trat zutage, dass die Delegation der Bundesrepublik das erdachte Problem der sogenannten Repatriierung von Deutschen aus der Sowjetunion künstlich in den Vordergrund rückt und es zum zentralen Thema der Verhandlungen machen will. Bekanntlich hat die Sowjetunion schon während des Notenaustauschs, der den Verhandlungen vorausging, mit aller Bestimmtheit ihren Standpunkt in der Frage der Repatriierung dargelegt. Sie hat erklärt, dass die Repatriierung der deutschen Bürger aus der UdSSR nach Deutschland restlos abgeschlossen wurde. (...) Ich möchte ... betonen, dass es in der Sowjetunion keine deutschen Bürger gibt und dass die diesbezüglichen Spekulationen jeder Grundlage entbehren.¹⁸⁴

Angesichts der sowjetischen Hartnäckigkeit sah sich die Bundesregierung gezwungen, den Abschluss des gleichzeitig verhandelten Handels- und Schifffahrtsabkommens sowie des Konsularvertrags an die Repatriierungsvereinbarung zu koppeln. Die sowjetische Regierung

¹⁸² *Deutsches Rotes Kreuz. Jahresbericht 1957*. Bonn, 1958, S. 28

¹⁸³ Botschafter Lahr verhandelte insgesamt 9 Monate, vom 23.7.57-10.4.58, an der Vereinbarung. Der das Handelsabkommen betreffende Teil nahm dagegen nur 3 Tage in Anspruch, so der Abgeordnete Czaja in einer Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages am 11.11.81.

¹⁸⁴ *Izvestija*, 1.8.57

war auch dann nur zu einem mündlichen Vertrag bereit. Sie verpflichtete sich am 8. April 1958 in Moskau gegenüber der Bundesrepublik Deutschland in einem Kommuniké zum Abschluss des Verhandlungspakets in der vorher ausgehandelten, mündlichen, sogenannten "Repatriierungserklärung", die das Kommuniké erläuterte und ergänzte, den Personenkreis, der am 21. Juni 1941 die deutsche Staatsangehörigkeit besaß, sowie deren Ehegatten und Kinder ausreisen zu lassen¹⁸⁵. Bei Mischehen sollte die Frage der Ausreise je nach den konkreten Umständen unter Berücksichtigung der Interessen der Familie wie auch der einzelnen Familienmitglieder entschieden werden. Die Ausreiseaktion war von vornherein zeitlich begrenzt angelegt: "Die sowjetische Seite geht davon aus, dass die mit der getroffenen Vereinbarung zusammenhängenden Maßnahmen bis Ende 1959 durchgeführt sein werden."¹⁸⁶

Für die Gruppe der "Administrativumsiedler" ließ sich seinerzeit keine befriedigende Vereinbarung erreichen. Die sowjetische Regierung lehnte es entschieden ab, die während des Krieges vollzogene Einbürgerung sowjetischer Staatsangehöriger deutscher Volkszugehörigkeit anzuerkennen und sah darüber hinaus in der nach ihrer Auffassung eigenmächtigen Übersiedlung eine strafbare Handlung. Die deutsche Seite hat dem damals ihre entgegengesetzte Rechtsauffassung und die menschliche Dimension ohne Erfolg entgegengehalten. Die "Repatriierungserklärung" enthält unter Vorbehalt der eigenen Rechtsordnung eine Teilregelung dieser Problematik: Beide Regierungen bekannnten sich zum Grundsatz der Zusammenführung infolge des Krieges getrennter Familien - und damit auch derjenigen von Administrativumsiedlern - und gaben ihr Einverständnis zur Fortsetzung der Zusammenarbeit der jeweiligen nationalen Rotkreuz-Gesellschaften auf diesem Gebiet:

Beide Seiten haben im Verlaufe der Verhandlungen erklärt, dass sie sich zum Prinzip der Zusammenführung von infolge des letzten Krieges getrennten Familien bekennen, wobei sie übereingekommen sind, dass jede der beiden Seiten auf der Grundlage ihrer Gesetzgebung verfahren wird.¹⁸⁷

¹⁸⁵ vgl. *BPA-Bulletin* Nr. 65 vom 9.4.58, S. 629f

Ausgenommen waren demnach Memelländer nichtdeutscher Volkszugehörigkeit, die erst nach 1918 in das Memelgebiet zugewandert waren, und Vertragsumsiedler der Jahre 1939-41, die Staatsangehörige der UdSSR waren. Zu Einzelheiten s. *Denkschrift zum Abkommen über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt und zu dem Konsularvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR*. Auswärtiges Amt, 1958

¹⁸⁶ *BPA-Bulletin* Nr. 65 vom 9.4.58, S. 630

¹⁸⁷ *ibid.* S. 630

Nach deutscher Lesart erklärte die UdSSR hinsichtlich der Vertragsumsiedler ihre Bereitschaft, Ausreiseanträge im individuellen Verfahren wohlwollend zu prüfen, sofern die Antragsteller ihre Familie oder nahe Angehörige in der Bundesrepublik haben oder wenn ihre Familien aus Deutschen bestehen. Das Bekenntnis der UdSSR - verfahrensmäßig auf der Grundlage ihrer Gesetzgebung - zum Prinzip der Familienzusammenführung schließt auch den Kreis der Administrativumsiedler der Jahre 1944/45 ein sowie der

In der Denkschrift der Bundesregierung zu den Verträgen hieß es: "Die Bundesregierung hofft, dass die sowjetische Regierung bei der Anwendung des Prinzips dem Gesichtspunkt der Menschlichkeit angemessene Berücksichtigung zuteil werden lässt."¹⁸⁸ Tatsächlich sollte die UdSSR im Rahmen der Familienzusammenführung neben den nach ihrer Interpretation Berechtigten immer auch Administrativumsiedler, nicht umgesiedelte Volksdeutsche und sogar Nichtdeutsche ausreisen lassen. Wie die Aufstellung im Anhang, "Aussiedler nach Kategorien", beweist, setzten sich die Aussiedler schon ab 1965 mehrheitlich aus diesen Kategorien zusammen. Aussiedler der Kategorien Reichdeutsche, Memeldeutsche und Vertragsumsiedler sollten die UdSSR aber noch bis 1988 in erwähnenswertem Umfang verlassen, obwohl sie längst hätten ausgereist sein müssen.

Die "Repatriierungserklärung", die anders als das Kommuniqué lediglich in der Bundesrepublik veröffentlicht wurde, stellte bis in die Ära Gorbachev; die eigentliche Rechtsgrundlage für das bundesdeutsche Drängen nach Erhöhung der Ausreisegenehmigungen aus humanitären Gründen dar. Die sowjetische Praxis war von Anfang an nicht sehr restriktiv hinsichtlich des Verwandtschaftsgrades, und so legte auch die deutsche Seite gerade in den Anfangsjahren den Begriff weit aus¹⁸⁹.

Die Aussiedlerzahlen¹⁹⁰ spiegeln den Aufschwung der deutsch-sowjetischen Beziehungen bis zum Ende der fünfziger Jahre wider: Sie schnellten von 608 im Jahre 1955 auf 4.681 1958 und auf 5.960 im Folgejahr empor. Die positive Entwicklung des bilateralen Verhältnisses, insbesondere der Handelsbeziehungen, blieb bis zum Ende der 50er Jahre trotz Berlin-Ultimatum der UdSSR und anderer Differenzen ungetrübt. Die Verträge vom April 1958 wurden in Bonn ordnungsgemäß ratifiziert, und am 30. Mai 1959 folgten Vereinbarungen über den kulturellen und technisch-wirtschaftlichen Austausch.

Im Frühjahr 1960 erklärte die UdSSR die Repatriierungserklärung überraschend einseitig für "erfüllt" und die Frist für abgelaufen, obwohl nach deutscher Auffassung nur ein Teil der in der Sowjetunion lebenden, unstrittig deutschen Staatsangehörigen zurückgekehrt waren. Nach deutschen Berechnungen waren selbst Mitte 1963 erst 60%, d.h. ca. 14.800 Personen,

(deutscherseits) nicht umgesiedelten Russlanddeutschen; vgl. Sachstand 513 vom 4.3.81 für Besuch von Genscher in Moskau, 2.-4.4.81

¹⁸⁸ Denkschrift zum Abkommen über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt und zu dem Konsularvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR. Auswärtiges Amt, 1958, S. 4

¹⁸⁹ vgl. u.a. Gesprächsunterlagen für Staatsbesuch Nov. 1975, Az. 321.10 SOW, S. 2

¹⁹⁰ vgl. Graphik und Tabelle, Anhang 1 und 2

nach Deutschland zurückgekehrt¹⁹¹. Wie die Aufstellung "Aussiedler nach Kategorien" zeigt, setzten sich die Rückkehrer bis 1960 im wesentlichen aus Reichs- und Memeldeutschen bzw. Vertragsumsiedlern zusammen.

Zeitgleich mit der gescheiterten amerikanisch-sowjetischen Gipfelkonferenz in Paris im Mai 1960 und der damit verbundenen Abkühlung des Ost-West-Verhältnisses sowie der Fortsetzung der sowjetischen Politik der Nadelstiche gegen Berlin sanken die Ausreisezahlen dramatisch. Im Mai 1960 kamen noch 850 Aussiedler, im Juni nur noch 381, im Juli 170, im August 17 und im September lediglich 10. Bundeskanzler Adenauer schrieb deshalb am 15. Oktober 1960 Ministerpräsident Chruščev, dass er

die Ansicht der Sowjetregierung nicht teilen könne, nach der die am 8. April 1958 getroffene deutsch-sowjetische Repatriierungsvereinbarung bis zum 31. Dezember 1959 befristet gewesen und erfüllt sei. Bei den seinerzeit geführten Verhandlungen hat der Stellvertretende sowjetische Außenminister, Herr Semenov, dem Sonderbotschafter der Bundesregierung, Herrn Lahr, gegenüber wiederholt und ausdrücklich betont, dass das in der Repatriierungsvereinbarung vom 8. April 1958 erwähnte Datum des 31. Dezember 1959 nicht im Sinne einer Ausschlussfrist zu verstehen sei und dass die sowjetische Regierung auch nach diesem Zeitpunkt die Ausreise aller Deutschen genehmigen werde, die am 21. Juni 1941 im Besitze der deutschen Staatsangehörigkeit waren.¹⁹²

Chruščev bestätigte Adenauer in seinem erst vier Monate späteren Antwortschreiben vom 17. Februar 1961, dass die Sowjetunion nicht die Absicht habe, solche Deutsche zurückzuhalten¹⁹³. Möglicherweise ist darauf zurückzuführen, dass die sehr niedrigen Ausreisezahlen im November und Dezember 1961 wieder signifikant anstiegen: Gegenüber dem Durchschnitt der zehn Vormonate von 26 verdoppelte sich die Ausreisezahl auf 53 bzw. 55. Im *Jahresbericht der Bundesregierung* 1961 hieß es zu der Entwicklung lediglich, dass die Bemühungen der Bundesregierung "nicht den erhofften Erfolg"¹⁹⁴ brachten. 1962 war die Gesamtzahl der Ausreisen aber sogar mehr als zweimal so hoch wie in jedem einzelnen Jahr von 1961 bis 1965, sie lag allerdings weit niedriger als Ende der 50er Jahre. Wie die Tabelle "Aussiedler nach Kategorien" veranschaulicht, konnten 1961 und 1962 noch mehr als 1.000 deutsche Staatsangehörige die UdSSR verlassen, während der Anteil der Administrativumsiedler und der nicht umgesiedelten Sowjetdeutschen an den Ausreisenden in etwa dem der Jahre 1959 und 1960 entsprach.

¹⁹¹ *BPA-Bulletin* Nr. 90 vom 22.5.63, S. 789; diese Berechnungen werden durch den Verlauf der Ausreisen bis 1988 jedoch nicht gestützt: Offenbar war zu jenem Zeitpunkt der größte Teil der unstrittig deutschen Staatsbürger doch ausgereist.

¹⁹² *ibid.* S. 790

¹⁹³ *ibid.* S. 790

¹⁹⁴ *Jahresbericht der Bundesregierung 1961*. Bonn 1962, S. 429

Der optimistisch stimmende Beginn der deutsch-sowjetischen Beziehungen auf humanitärem Gebiet war nicht von langer Dauer. Die sechziger Jahre blieben vom "Kalten Krieg" bestimmt: Berlin-Krise, Mauerbau, Kuba-Krise, Propagandafeldzüge und Einmarsch in die Tschechoslowakei. Die Aussiedlerzahlen fielen weit unter das Niveau von 1955. Das Memorandum der Bundesregierung vom 21. Februar 1962 zur schrittweisen Verbesserung der bilateralen Beziehungen sowie weitergehende Vorschläge von Bundeskanzler Erhard in seiner Regierungserklärung am 18. Oktober 1963 blieben auf der sowjetischen Seite zunächst ohne Resonanz. Erst 1964 erklärte Chruščev seine Bereitschaft zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland.

Dass dieser Besuch für die Sowjetdeutschen Verbesserungen gebracht hätte, kann daraus abgeleitet werden, dass das Präsidium des Obersten Sowjets am 29. August 1964, unmittelbar vor der geplanten Visite, die Teilrehabilitierung der Deutschen beschloss. Die Veröffentlichung dieses Erlasses nur in der DDR, im *Neuen Deutschland*, dem Zentralorgan der SED, lässt darauf schließen, dass die sowjetische Führung bei seiner Verabschiedung auch die Bundesrepublik im Auge hatte.

Anfang 1963 waren die Ausreisezahlen auf den bisherigen Tiefpunkt gefallen. Im weiteren setzte die Bundesrepublik ihre Politik fort, die Repatriierung bei der Sowjetunion mit Noten, Briefen und Demarchen sowie später in direkten Gesprächen auf politischer Ebene anzumahnen. Der Wechselspiel der enttäuschten Erwartungen und Versprechen sollte bis zum Beginn der Perestrojka anhalten. Wenn auch die "modernen" Verbalnoten weniger episch ausfielen, so ist doch in der Note der Bundesregierung vom 20. Mai 1963 zum Stand der Repatriierung deutscher Staatsangehöriger der Tonfall typisch für die 60er Jahre:

Die Bundesregierung wünscht die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zunächst grundsätzlich darauf aufmerksam zu machen, dass die Bemühungen um die Repatriierung von Deutschen, die heute noch in der Sowjetunion leben, wie auch um die Zusammenführung auseinandergerissener Familien in den letzten Jahren ein zunehmend unbefriedigendes Ergebnis gehabt haben. Ungefähr 10.000 deutsche Staatsangehörige, die noch in der Sowjetunion leben, sind bisher nicht repatriiert worden. Dieses Ergebnis steht in Widerspruch zu den wiederholten Zusagen verantwortlicher Vertreter der sowjetischen Regierung, durch die bei vielen Menschen, die in die Bundesrepublik Deutschland auszureisen wünschen, Hoffnungen erweckt, aber bisher nicht erfüllt wurden.

Die Bundesregierung hat der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in den letzten Jahren mehrfach die Aufnahme erneuter Besprechungen angeboten, um bestehende Missverständnisse und technische Hindernisse zu beseitigen. Die Bundesregierung bedauert die ablehnende Haltung der Regierung der

Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in dieser Angelegenheit um so mehr, als sie darum bemüht ist, diesen Menschen zu helfen und ihr Schicksal zu erleichtern.¹⁹⁵

In den beiden Jahrzehnten bis zum Regierungsantritt Gorbačevs wurde seitens der Bundesregierung "bedauert", auf mögliche "Missverständnisse" verwiesen bzw. darauf, dass die UdSSR dem humanitären Anliegen nicht die erforderliche "Bedeutung" beimesse, und an das "Wohlwollen" der UdSSR erinnert bzw. appelliert. Über den planmäßigen, kalt-berechnenden Charakter der sowjetischen Ausreisepolitik gab sich die Bundesregierung jedoch Illusionen hin, die von den kurzfristigen Erfolgen vor und nach Helsinki genährt wurden. Tabelle 4 im Anhang, "Aussiedler nach Kategorien", zeigt, dass selbst bis 1988 noch Reichs- bzw. Memeldeutsche sowie Vertragsumsiedler zurückgehalten wurden.

1966/67¹⁹⁶ wurde dann wieder einer größeren Anzahl von Deutschen die Ausreise gestattet: Ihre Zahl erhöhte sich, beginnend im Dezember 1965, signifikant von insgesamt 365 Personen im Jahre 1965 auf 1.245 1966 bzw. 1.092 1967 - damit jedoch auf nur ca. ein Drittel der Zahlen von 1960 oder ein Fünftel der von 1959.

Unter den drei Kategorien, Reichsdeutsche und Vertragsumsiedler, Administrativumsiedler sowie nicht umgesiedelte Volksdeutsche, ist besonders unter den Administrativumsiedlern eine massive Steigerungsrate von über 500% zu beobachten - gegenüber ca. 90% und ca. 300% bei der ersten bzw. letzten Kategorie. Auch wenn es sich bei den Ausreisen um Familienzusammenführung handelte, muss der eindeutige Schwerpunkt im Bereich der Administrativumsiedler als ein Zugeständnis der UdSSR gewertet werden, da nach ihrer Interpretation der Repatriierungsvereinbarung von 1958 dieser Personenkreis nicht ausreiserechtigt war.

Obwohl in dieser Zeit eine leichte Besserung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses zu verzeichnen war, bietet sich eine andere Erklärung für die quantitativ auffällige Veränderung an¹⁹⁷. Vom 2.-9. Oktober 1965 fand in Wien die XX. Internationale Rotkreuz-Konferenz statt¹⁹⁸. Schon 1952 hatte auf dem Hintergrund der unbewältigten Folgen des Zweiten Weltkrieges die Frage der Familienzusammenführung die Internationale Rotkreuz-Konferenz von Toronto beschäftigt. 1957 wurde auf der Konferenz von Neu-Delhi der Begriff "Familienzusammenführung" erstmals verwendet, und es wurden die konkreten Ursachen der Trennung dargelegt. Zum Ergebnis der bisherigen Bemühungen zur Familienzusammenführung konnte in Wien allerdings keine vorbehaltlos positive Bilanz

¹⁹⁵ BPA-Bulletin Nr. 90 vom 22.5.63, S. 789

¹⁹⁶ vgl. Allardt, H. *Politik vor und hinter den Kulissen*. Düsseldorf 1979, S. 325ff

¹⁹⁷ vgl. Anhang 1, 2 und 3

¹⁹⁸ Auf die Bedeutung der Resolution für die Emigration von Deutschen ist 1986 in der Graphik des Europarats hingewiesen worden; vgl. Anhang 13

gezogen werden. Ohne bestimmte Staaten zu benennen, verabschiedete die Konferenz eine Resolution, die Regierungen und humanitäre Institutionen zu verstärkten Anstrengungen im Rahmen der Familienzusammenführung aufforderte:

Die XX. Internationale Rotkreuz-Konferenz hat durch den Bericht des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz Kenntnis von den humanitären Ergebnissen genommen, die auf der Grundlage der Resolutionen Nr. 20 der Internationalen Konferenzen von Toronto und Neu Delhi erzielt worden sind,

dankt den Regierungen ... für ihre tatkräftige Mitwirkung,

stellt fest, dass die getrennten Familien, denen durch die vorgenannten Resolutionen geholfen werden sollte, noch nicht alle wieder vereinigt werden konnten,

drückt den Wunsch aus, dass alle zuständigen Organe des Roten Kreuzes und alle Regierungen ihre Anstrengungen fortsetzen und verstärken, um diese humanitäre Maßnahme zum Abschluss zu bringen, die der Verständigung und dem Frieden dient,

empfiehlt, dass bis zur Verwirklichung einer Wiedervereinigung die menschlichen Kontakte zwischen den Mitgliedern getrennter Familien erleichtert werden,

empfiehlt außerdem, den Nationalen Rotkreuz-Gesellschaften in diesem Bereich als natürliche Vermittler bei ihren Regierungen tätig zu werden, um eine Lösung dieses humanitären Problems herbeizuführen, und Beratungen unter sich wie mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz abzuhalten.¹⁹⁹

Dieser Resolution, die auch vom staatsnahen Sowjetischen Roten Kreuz getragen wurde, nicht zumindest für eine Übergangszeit Folge zu leisten, hätte für die UdSSR eine Einbuße an internationaler Glaubwürdigkeit zur Folge gehabt. Allerdings könnte am Rande der Konferenz eine weitergehende Vereinbarung geschlossen worden sein, wie Sidney Heitman in seiner Studie zur "dritten Emigration" aus der UdSSR behauptet:

At the urging of the Adenauer government, representatives of the Soviet and West German Red Cross organizations met in Vienna in 1965 to consider specific hardship cases of separated families, and it was agreed that 40.000 selected Soviet Germans would be allowed to emigrate from the USSR to the Federal Republic. In fact, only a few thousand were eventually permitted to leave ... In 1968, when relations with the West cooled over the Soviet invasion of Czechoslovakia, the USSR declared the

¹⁹⁹

Resolution Nr. XIX, in: Schlögel, A. *XX. Internationale Rotkreuzkonferenz in Wien 2.-9.10.1965*. Bonn: DRK-Schriftenreihe 12/1965, S. 17; vgl. zur Vorgeschichte S. 13

family reunification program arranged in Vienna "completed", preemtorily ended the agreement, and reduced the flow of emigrants to a trickle.²⁰⁰

Es gibt derzeit keine Bestätigung für eine solche Übereinkunft. Die Zahl 40.000 erscheint sehr hoch gegriffen, zumal auch die Qualität des deutsch-sowjetischen Verhältnisses zu einem solchen Entgegenkommen keinen Anlas bot. Zwar könnte es sich rein quantitativ nur um Administrativumsiedler gehandelt haben, jedoch gab es weder vor 1965 noch danach Anzeichen, dass die UdSSR diesem Personenkreis in großem Stil die Ausreise genehmigen würde. In den beiden Jahren nach der Konferenz konnten lediglich etwa 2.200 Deutsche ausreisen, obwohl es zu einer deutsch-sowjetischen politischen Annäherung kam. Es spricht insofern einiges dafür, dass, sollte es eine konkrete Vereinbarung gegeben haben, nur ein begrenzter Kreis von "Härtefällen" in Betracht gezogen worden war.

Tatsächlich entwickelten sich die deutsch-sowjetischen Beziehungen bereits mit der "Friedensnote" der Regierung Erhard vom 25. März 1966 günstig für weiter steigende Ausreisezahlen. Mit der Note bot die Bundesrepublik ihren östlichen Nachbarn Gewaltverzichtsabkommen an. Zwar reagierte die Sowjetunion auf die "Friedensnote" öffentlich mit Polemik, hinter den Kulissen zeigte sie jedoch Interesse, und am 7. Februar 1967 begann ein Austausch schriftlich fixierter Positionen in Form von Noten und *Aide Mémoires* sowie die Übergabe deutscher Entwürfe von Gewaltverzichtserklärungen. Dieser Austausch fand im Juni 1968 ein vorläufiges Ende, als die sowjetische Regierung überraschend einen Teil der Dokumente zum Gewaltverzicht veröffentlichte und damit diese Verhandlungsphase abbrach.

Obwohl die besondere sowjetische Bereitschaft zu humanitären Zugeständnissen im Jahre 1966 von einer Äußerung von Ministerpräsident Kosygin in Paris im Dezember 1966 reflektiert wurde, "was die Frage der Familienzusammenführung betrifft, so gibt es, falls es Familien gibt, die vereint sein und die UdSSR verlassen wollen, keinerlei Schwierigkeit"²⁰¹, drängt sich allerdings auch der Verdacht auf, die Sowjetunion habe sich nach den sowjetdeutschen Delegationen und Protesten in Moskau eines Teils der Aktivisten der sich formierenden deutschen Bewegung entledigen wollen. Dazu bot das Wiener Konferenzergebnis eine Handhabe. Es kann darüber derzeit aber nur spekuliert werden, ob die Resolution u.a. deshalb mitgetragen wurde.

Dietz und Hilkes sehen als Ursache der neuen Konzilianz der sowjetischen Ausreisepolitik den politischen Wechsel in der Bundesrepublik: "Dieser Wandel dürfte auf innenpolitische Veränderungen in der Bundesrepublik zurückzuführen sein, das heißt auf die Bildung der

²⁰⁰ Heitman, S. *The Third Soviet Emigration: Jewish, German and Armenian Emigration from the USSR since World War II*. Köln: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 21, 1987, S. 52f; weniger detailliert weist auch Pittman, S. 22 auf den Zusammenhang hin.

²⁰¹ *Pravda*, 5.12.66, zitiert nach: Pinkus/Fleischhauer, *Die Deutschen*, S. 535

Großen Koalition, die erste Schritte hin zu einer neuen Ostpolitik einleitete."²⁰² Diesem Erklärungsmodell kann jedoch nur insoweit gefolgt werden, als es zur Begründung dafür dient, dass die erhöhte Zahl von Ausreisen noch bis Ende 1967 anhielt. Die Große Koalition entstand nämlich erst am 1. Dezember 1966, ein Jahr nachdem die Anzahl der Ausreisen für damalige Verhältnisse kräftig angewachsen war.

Wesentlich für die Rechte der deutschen Minderheit insgesamt, insbesondere aber für die Ausreisemöglichkeiten derjenigen Sowjetdeutschen, die von der Repatriierungsvereinbarung nicht erfasst wurden und deshalb ohne bundesdeutsche Unterstützung blieben, war der Beitritt der UdSSR zum UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 und zum Internationalen Übereinkommen über die Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung vom 7. März 1966, mit dem auch innerstaatlich eine Berufungsgrundlage gegenüber der eigenen Regierung geschaffen wurde²⁰³. Der Bürgerrechtspakt gibt in Art. 12 (1) das Recht auf Freizügigkeit, Art. 2 (1) den Schutz vor Diskriminierung aus ethnischen oder nationalen Gründen, Art. 12 (2) enthält Bestimmungen zur Ausreisefreiheit, Art. 18 zur Religionsfreiheit, Art. 19 (2) zur Informationsfreiheit sowie Art. 27 gibt ethnischen und sprachlichen Minderheiten das Recht, ihre eigene Religion, Kultur und Sprache zu bestimmen. Das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung enthält in Art. 5 das Recht auf Ausreisefreiheit.

²⁰² Dietz, B., P. Hilkes *Russlanddeutsche: Unbekannte im Osten; Geschichte, Situation, Zukunftsperspektiven*. München 1992, S. 110

²⁰³ Der Bürgerrechtspakt ist für die UdSSR seit dem 23.3.76 in Kraft, das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung seit dem 15.6.69.

2.2 Phase II (1969-1978): Ansteigen der Ausreisen vor dem Hintergrund der neuen Ostpolitik und der KSZE-Konferenzen

Nach dem Einmarsch in die ČSSR im August 1968 und der damit verbundenen Abkühlung des internationalen Klimas zwischen beiden Blöcken fiel die Ausreisezahl deutlich und stieg erst Anfang der 70er Jahre mit den sich verbessernden bilateralen Beziehungen. Darauf haben Heitman²⁰⁴ hingewiesen, ebenso Dietz und Hilkes²⁰⁵ sowie Pinkus und Fleischhauer²⁰⁶.

Am 3. Juli 1969 wurde der schriftliche Meinungs austausch von deutscher Seite mit der Übergabe neuer Entwürfe von Gewaltverzichtserklärungen wiederaufgenommen. Dieser Dialog mündete nach der Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt am 28. Oktober 1969, in der er auf die deutsche Bereitschaft hinwies, mit den Völkern der Sowjetunion sowie des europäischen Ostens ehrlich und illusionslos die Verständigung zu suchen, in konkrete Verhandlungen ab dem 8. Dezember 1969. Währenddessen verebte die antideutsche Kampagne in den sowjetischen Medien, und das sowjetische Interesse an offiziellen Kontakten mit der Bundesrepublik nahm zu.

Im Rande der deutsch-sowjetischen Verhandlungen über den bilateralen Vertrag vom 12. August 1970 wurde auch die Frage der Familienzusammenführung erörtert, ohne die Thematik jedoch in das Abkommen aufzunehmen. Die Anzahl der Ausreisen stieg aber von insgesamt 340 im Jahre 1970 auf fast das Vierfache, 1.145, im Jahre 1971. Die graphische Darstellung dokumentiert, dass im Bereich der Ausreisegenehmigungen die sowjetische Reaktion auf die neue deutsche Ostpolitik bis Ende 1970 zunächst völlig ausblieb und dann schlagartig ab Januar 1971 einsetzte. Ab Oktober 1971 verhandelte das Deutsche Rote Kreuz mit den zuständigen sowjetischen Behörden über die technischen Einzelheiten der Familienzusammenführung²⁰⁷.

Der deutsch-sowjetische Vertrag trat am 3. Juni 1972 gleichzeitig mit dem Viermächte-Abkommen über Berlin in Kraft. Zwischen beiden Staaten wurde damit eine Periode der Normalisierung und verstärkter sachlicher Zusammenarbeit und des intensiveren Meinungs austausches beider Regierungen eingeleitet. Außenminister Gromyko erwiderte am 3./4. Juni 1972 den Besuch von Bundesaußenminister Scheel in Moskau vom November 1971. Im Juli 1972 wurde ein langfristiges Handels- und Wirtschaftsabkommen unterzeichnet und am 1. November 1972 wurden Generalkonsulate in Hamburg und Leningrad eröffnet. Seit Februar des Jahres 1972 bestand eine regelmäßige Flugverbindung zwischen Frankfurt/Main und Moskau, im Juni 1972 begann der deutsch-sowjetische Parlamentarier-

²⁰⁴ Heitman, S. *The Third Soviet Emigration*, S. 53

²⁰⁵ Dietz, B., P. Hilkes *Russlanddeutsche: Unbekannte im Osten*, S. 110f

²⁰⁶ vgl. Pinkus/Fleischhauer, *Die Deutschen*, S. 525ff

²⁰⁷ vgl. Pinkus/Fleischhauer, *Die Deutschen*, S. 526

austausch. Auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet wurden hochkarätige Austauschvorhaben und Verhandlungen über vertragliche Grundlagen durchgeführt.

Die UdSSR honorierte diese erfreuliche Entwicklung mit einer nochmaligen Verdreifachung der Ausreisenzahlen auf 3.426 im Jahre 1972. Die Ausreisen waren über das Jahr 1972 jedoch nicht gleichmäßig verteilt. Ein erster sprunghafter Anstieg ist ab April 1972 zu verzeichnen. Heitman hat darauf aufmerksam gemacht, dass dieser Zeitpunkt mit der Ratifikation der Ostverträge einschließlich des Moskauer Vertrages durch den Deutschen Bundestag am 17. Mai 1972 zusammenfiel:

When the pact came up for ratification in the Bundestag, where it faced opposition by anti-Soviet conservatives, Moscow tried to strengthen Brandt's hand by opening the gates of emigration. Thousands of Soviet Germans, most of them Volga Germans with no claim to family reunification were permitted to leave for West Germany ...²⁰⁸

Auffallend ist darüber hinaus das Wahlgeschenk²⁰⁹ an die sozialliberale Koalition: Allein im Monat der Bundestagswahlen, November 1972 (Wahltag 19.11.), durften 1.545 Deutsche die UdSSR verlassen - im Oktober waren es lediglich für 1972 durchschnittliche 175, im Dezember 356. Erst im Juli 1987 stieg eine Monatszahl erneut auf eine solche Höhe. Damit ist die außenpolitische Dimension und Motivation der sowjetischen Ausreisepolitik erstmals eindeutig nachweisbar. Die im November 1972 ausgereisten Sowjetdeutschen gehörten zu einer Gruppe von 255 Familien, insgesamt ca. 900 Personen, deren Namen auf einer Liste standen, die Bundesaußenminister Scheel im November des Vorjahres seinem Amtskollegen Gromyko übergeben hatte. Valentin Falin, seinerzeit sowjetischer Botschafter in Bonn, teilte Bundesaußenminister Scheel, der sich auf einer Wahlkampfreise befand, am 5. November 1972 mit, dieser Personenkreis würde neben anderen Sowjetdeutschen eine Ausreisegenehmigung erhalten, was Scheel der deutschen Öffentlichkeit noch am selben Tag bekannt gab:

Nach Angaben von Bundesaußenminister Scheel hat die sowjetische Regierung noch in mehr als 1500 Fällen Ausreiseanträge in die Bundesrepublik genehmigt. Scheel teilte in Konstanz mit, er habe von sowjetischer Seite die Mitteilung erhalten, dass die sowjetischen Behörden in allen Fällen die Ausreisegenehmigung erteilt hätten, die in einer von Scheel im November 1971 in Moskau überreichten Liste aufgeführt waren.²¹⁰

²⁰⁸ Heitman, S. *The Third Soviet Emigration*, S. 54

²⁰⁹ Pittman, S. 23 weist auf das außerordentliche sowjetische Entgegenkommen hin: "in 1972 ... almost 2,000 ethnic Germans were granted exit visas before the West German national elections"

²¹⁰ *Süddeutsche Zeitung*, 6.11.72, S. 2; zu den Hintergründen vgl. auch: Mdl. Anfrage Dr. Hupka vom 26.1.73, Drs. 7/77 und Antwort StM Moersch vom 1.2.73, *PIPr* 7/12, S. 443

Wie die Sowjetunion ihre 1.545 Bürger umsiedelte, beleuchtet ein Artikel der *Welt* vom 6. November 1972:

Anders als früher handelte es sich diesmal um eine offensichtlich zentral angeordnete Aktion, die Rücksiedler aus allen Teilen der Sowjetunion erfasste. Im vorigen Jahr hatte Außenminister Scheel eine Dringlichkeitsliste mit 255 Namen überreicht, und Gromyko hatte wohlwollende Prüfung zugesagt. (...) Am 10. Oktober dieses Jahres überreichte Staatssekretär Bahr dem Parteichef Brežnev eine Liste mit 481 Familien, die dem Brief Brandts an Brežnev angefügt war. Am 24. Oktober erhielten [diese] ... die Anweisung der örtlichen Miliz, binnen drei Tagen ihre Wohnstätten in Richtung Moskau zu verlassen.²¹¹

Erst viel später zeigte sich, dass die sowjetische Seite nicht daran dachte, ihre Zusage in bezug auf die Liste einzuhalten, jedoch wiederholte sie dieses Versprechen ständig, sobald dessen Einlösung angemahnt wurde. Im Nachhinein und in Kenntnis der Entwicklungen nach 1979 erscheint die Taktik bezüglich dieser Härtefallliste geradezu als sowjetischer Versuch, die deutsche Langmütigkeit zu testen. Die nächste Zusicherung erfolgte seitens Außenminister Gromyko gegenüber dem deutschen Botschafter in Moskau, Sahm, im Februar 1973. Noch zum Staatsbesuch Ende 1975 waren 90 Fälle, die über 300 Personen betrafen, offen.

Ebenfalls im Wahlmonat, am 3. November 1972, wurde das Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets zu "Beschränkungen in der Wahl des Wohnorts, die in der Vergangenheit hinsichtlich einzelner Kategorien von Bürgern vorgesehen waren", aufgehoben. Da die Veröffentlichung des Dekrets untersagt blieb, konnte auf die bilateralen Beziehungen zwar nicht unmittelbar Einfluss genommen werden, dieser Akt verdeutlicht in Verbindung mit dem Wahldatum und dem Ausreise-Zugeständnis allerdings, dass sich die sowjetische Führung mit Blick auf die bilateralen Beziehungen zu einem Entgegenkommen gegenüber den Deutschen durchgerungen hatte, das geeignet schien, dem Drang nach Ausreise entgegenzuwirken.

Die Beziehungen zur Sowjetunion standen auch im Jahre 1973 im Zeichen breiterer Zusammenarbeit und intensiveren Austausches auf allen Gebieten. Die vertraglichen Voraussetzungen für die weitere Entwicklung wurden anlässlich des ersten Brežnev-Besuches in Deutschland vom 18.-22. Mai 1973 durch Abkommen im Bereich der Kultur und der langfristigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie über die Erweiterung des

²¹¹ *Die Welt*, 6.11.72, S. 2

Luftverkehrs (LH-Sibirienroute) geschaffen. Der Handel zwischen beiden Ländern konnte spektakulär gesteigert werden.

Am 1. Januar 1973 waren beim Deutschen Roten Kreuz noch ca. 40.000 Ausreisewillige registriert, darunter 31.000 mit Anspruch auf Familienzusammenführung und 4.800, die bei Kriegsbeginn die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen und sich daher auf die deutsch-sowjetische Repatriierungsvereinbarung berufen konnten. Die meisten Familien bemühten sich bereits seit Jahren erfolglos um eine Ausreise. Über den Personenkreis lagen dem DRK genaue Unterlagen vor. In vielen Fällen hatte es wiederholt beim Sowjetischen Roten Kreuz interveniert, so dass diesem und damit auch der sowjetischen Führung die Größenordnung der Ausreisewünsche genau bekannt war²¹². Wie die Aufstellung der "Aussiedler nach Kategorien" in Anhang zeigt, sollten von diesen 4.800 Reichsdeutschen und Vertragsumsiedlern bis Ende 1988 lediglich ein Viertel ausreisen können.

Nicht inbegriffen in der Zahl von 40.000 waren die Ausreisewünsche der zahlenmäßig nicht genau erfassbaren, jedoch auf mehrere 100.000 geschätzten "Administrativ-Umsiedler" sowie der nicht umgesiedelten deutschen Volkszugehörigen, die von der sowjetischen Seite als eigene Staatsangehörige betrachtet wurden. Die Bundesregierung sah sich zu jenem Zeitpunkt aus politischen Gründen noch nicht in der Lage, gegenüber der sowjetischen Seite zusätzlich die Ausreisewünsche dieses umfangreichen Personenkreises aufzugreifen. Sie beabsichtigte dies jedoch zu einem späteren Zeitpunkt insbesondere hinsichtlich der "Administrativumsiedler", die deutsche Unterstützung unter Hinweis auf ihre frühere Einbürgerung beanspruchen konnten. Auch gegenüber den nicht umgesiedelten deutschen Volkszugehörigen war sich die Bundesregierung der moralischen und humanitären Verpflichtung bewusst, für deren Recht auf Freizügigkeit einzutreten²¹³.

Hintergrund der zurückhaltenden Politik bildete neben dem Gebot, vorrangig eine Lösung für diejenigen Personen zu finden, deren deutsche Staatsangehörigkeit unstrittig war, die Befürchtung, die Bundesrepublik könne sich im Osten wie im Westen dem Verdacht aussetzen, sie betreibe als Interessenvertreter deutscher Minderheiten im Ausland eine Volkstumspolitik alten Stils. Darüber hinaus musste die Bundesregierung dem sowjetischen Vorwurf begegnen, sie mische sich in innere Angelegenheiten der UdSSR ein, indem sie deren Staatsangehörige für sich in Anspruch nehme und dazu beitrage, die sowjetischen Minoritätenprobleme noch zu verschärfen²¹⁴.

²¹² vgl. Sachstand für Brežnev-Besuch in Bonn, Mai 1973, 320.15 SOW, S. 1

²¹³ *ibid.* S. 2

²¹⁴ Sachstand für Besuch von Bundeskanzler und Bundesaußenminister in Moskau, 28.-31.10.74, 320.15 SOW, S. 5

Die restriktive sowjetische Behandlung der Aussiedlung unstrittig deutscher Staatsbürger noch 28 Jahre nach Kriegsende führte in Bonn jedoch zu Unmut und wachsender Beunruhigung in Deutschland, die ihren Niederschlag in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 1. Februar 1973 fand und drohte, den Brežnev-Besuch vom 18.-22. Mai 1973 zu überschatten. Die Thematik wurde gegenüber Brežnev insbesondere durch Bundespräsident Heinemann mit Nachdruck angesprochen. In einer Erklärung der Pressestelle des Bundespräsidialamtes zum Treffen am 19. Mai 1973 hieß es hierzu verklausuliert:

In Laufe der vertraulichen Unterredung wurden beide Seiten interessierende Probleme erörtert, insbesondere solche Fragen, die sich aus der Sicht des Bundespräsidenten ergeben und auch viele Bürger bewegen.²¹⁵

Zu einer Frage der ARD, wie dieser Hinweis darauf, dass beim Bundespräsidenten auch humanitäre Fragen besprochen wurden, zu interpretieren sei, nahm Bundeskanzler Brandt am 22. Mai 1973 wie folgt Stellung:

Diejenigen, die dieser Tage genau hingehört haben, wenn die Nachrichten kamen und auch kommentiert wurden, werden am Sonnabend vielfach begriffen haben, dass unser Bundespräsident Grund gehabt haben muss, so sorgfältig zu formulieren. Er ist nicht jemand, der eine verschwommene Sprache schätzt. Er hat bewusst vorsichtig formuliert, und daran möchte ich mich auch halten; denn jetzt kommt es mehr darauf an, zugunsten von Menschen, für Menschen etwas zu erreichen, als Prestigebedürfnissen übertrieben in Erinnerung zu tragen.²¹⁶

Obwohl die Thematik der Sowjetdeutschen, denn um diese ging es in erster Linie, hinter den politischen Kulissen besprochen und in der Öffentlichkeit weitgehend Stillschweigen bewahrt wurde, bleibt bemerkenswert, dass offenbar der Druck aus der Bevölkerung so groß wurde, dass die Bundesregierung sich gezwungen sah, ihre Zurückhaltung aufzugeben und sich zumindest in Andeutungen über diesen Teil der Gespräche zu ergehen. In der Gemeinsamen Erklärung vom 21. Mai 1973 fand der bilaterale Konfliktstoff einen auch für die Verlautbarungen späterer Begegnungen typischen, lakonischen Niederschlag: "Beide Seiten werden ... zur Regelung humanitärer Fragen beitragen."²¹⁷ Dagegen sollte die sowjetische Seite in ihren offiziellen Statements das Thema bis zum Ende der Sowjetunion ignorieren. Tatsächlich verdreifachte sich die monatliche Aussiedlerzahl nach dem Besuch auf 600. Die optimistischen Vorstellungen der Bundesregierung gingen damals allerdings dahin, dass die sowjetische Seite monatlich ca. 1000 Ausreisegenehmigungen erteilen müsse,

²¹⁵ *BPA-Bulletin* Nr. 59 vom 22.5.73, S. 572

²¹⁶ *BPA-Bulletin* Nr. 61 vom 24.5.73, S. 597

²¹⁷ *BPA-Bulletin* Nr. 59 vom 22.5.73, S. 575

um die Aussiedlerproblematik innerhalb von wenigen Jahren im wesentlichen zu bereinigen²¹⁸.

Bei den Außenministerkonsultationen vom 31.10.-3.11.73 wurde die Thematik erneut aufgegriffen. In der am 3. November 1973 in Moskau veröffentlichten Mitteilung heißt es: "Die Minister ... erörterten humanitäre Fragen im Geiste der Gemeinsamen Erklärung vom 21. Mai 1973"²¹⁹.

1974 entwickelten sich die deutsch-sowjetischen Beziehungen weiter positiv, und auch die Aussiedlerzahlen stiegen von 374 auf 545 im Monatsdurchschnitt 1973 an. Bundesminister Bahr nutzte Gespräche vom 27.2.-9.3.74 in Moskau, um die Frage der Familienzusammenführung anzusprechen. Außenminister Gromyko sicherte ihm zu, man werde "großzügig verfahren"²²⁰. Tatsächlich konnte im Folgemonat eine weit überdurchschnittliche Menge von Deutschen die Sowjetunion verlassen. Allerdings sank die Anzahl nach dieser Geste wieder auf das im Jahre 1974 durchschnittliche Niveau. Welche große Bedeutung die Bundesregierung dieser Thematik beimaß, unterstrich Karl Moersch, Staatsminister im Auswärtigen Amt, am 14. März 1974 in seiner Antwort auf die parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Rainer (CDU/CSU):

Wie beurteilt die Bundesregierung die wiederholten Demonstrationen von Deutschen in der UdSSR, denen die Ausreise verweigert wird, insbesondere im Hinblick auf die sowjetischen Zusagen, die Familienzusammenführung betreffend, und im Hinblick auf die gesamte Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, und was hat sie unternommen bzw. was wird sie noch unternehmen, um eine zügige, von Schikanen freie Bewältigung dieses Problems zu erreichen?

Die Bundesregierung betrachtet diese Aktionen als eine Reaktion von Menschen, die sich bisher vergeblich um ihre Ausreise aus der Sowjetunion bemüht haben, und als deren - eigenverantwortlichen - Versuch, die Aufmerksamkeit maßgebender sowjetischer Stellen sowie der Öffentlichkeit auf ihr Anliegen und ihre Probleme zu lenken.

Die sowjetische Regierung hat sich zum Prinzip der Familienzusammenführung bekannt. In der "Gemeinsamen Erklärung" vom 21. Mai 1973, die von Bundeskanzler Brandt und Generalsekretär Brežnev unterzeichnet wurde, erklären sich beide Seiten bereit, zur Regelung humanitärer Fragen beizutragen. Damit wurde in erster Linie das Problem der Familienzusammenführung angesprochen. Die Entscheidung - das heißt die Zusage zur Ausreise - liegt im Einzelfall, was ich wiederholt in diesem Hause

²¹⁸ Aufzeichnung 213: "Rückführung und Familienzusammenführung von Deutschen aus der UdSSR", April 1973
²¹⁹ *BPA-Bulletin* Nr. 142 vom 6.11.73, S. 1406
²²⁰ Sachstand 513 vom 16.10.79, S. 2

festgestellt habe, bei den zuständigen sowjetischen Behörden. Wie sich Demonstrationen dieser Art auf deren Haltung auswirken, vermag ich nicht zu sagen.

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren keine Möglichkeit außer acht gelassen, sich gegenüber der sowjetischen Regierung für eine baldige und umfassende Bereinigung des Problems der Familienzusammenführung einzusetzen. Um nur einige Beispiele zu erwähnen:

- Das Thema wurde bei dem Besuch von Generalsekretär Brežnev in Bonn behandelt. Die Ausreisezahlen, die seit Abschluss des Vertrages von Moskau ohnehin steigende Tendenz aufwiesen, sind seitdem - im Vergleich zu den Vorjahren - beträchtlich angestiegen.
- Der Bundesaußenminister hat das Problem dann bei seinen Gesprächen mit seinem sowjetischen Kollegen Gromyko im November vergangenen Jahres erneut aufgegriffen.
- Bundesminister Bahr hat vor wenigen Tagen die Zusicherung von Generalsekretär Brežnev erhalten, dass die Aussiedlung im Sinne der Familienzusammenführung kontinuierlich weitergehen werde.

Ich glaube, dass diese Hinweise genügen, um Ihnen zu zeigen, welche Bedeutung die Bundesregierung dieser Frage im Rahmen der Gesamtentwicklung unserer Beziehungen zur Sowjetunion beimisst, und dass ihre Bemühungen nicht ohne Erfolg waren.²²¹

Die Antwort macht deutlich, dass die Bundesregierung die bisherigen Ausreisezahlen als Erfolg ihrer Politik und insbesondere des Moskauer Vertrages wertete, obwohl sie sich dafür bereits über Jahre bei der UdSSR für eine Steigerung der Ausreisen verwandt hatte. Dabei wird die irrige Hoffnung erkennbar, das Problem sei überhaupt einer abschließenden Lösung zuführbar - und das sogar in einem absehbaren Zeitraum. Gleichzeitig scheint durch die Replik hindurch, dass die Bundesregierung öffentlichkeitswirksame Demonstrationen von Sowjetdeutschen nicht als ein probates Mittel empfand, die sowjetischen Behörden zu Ausreisegenehmigungen zu bewegen.

Am 15. und 16. September 1974 schnitten sowohl Bundespräsident Scheel als auch der Bundesaußenminister, damals bereits Hans-Dietrich Genscher, in Bonn gegenüber Gromyko die Aussiedlerproblematik an²²². Der Bundespräsident erinnerte insbesondere und einmal mehr an die Liste von 1971: Wie im Mai 1973 warteten unverändert mehr als 300 Personen auf die Genehmigung zum Verlassen der UdSSR.

Vom 28.-31. Oktober 1974 reisten Bundeskanzler Schmidt und Bundesaußenminister Genscher zu Konsultationen nach Moskau. Es war nach den Reisen Adenauers 1955 und Brandts

²²¹

PIPr. 7/5606 vom 14.3.74

²²²

vgl. *BPA-Bulletin* Nr. 106 vom 18.9.74, S. 1086

1970 erst der dritte Besuch eines Bundeskanzlers. Der Besuch fand vor dem Hintergrund weiterhin positiver Ausreisezahlen statt: Bis Ende September 1974 waren bereits über 5.000 Aussiedler eingetroffen, mehr als im gesamten Vorjahr (4.494). Diese erfreuliche Tendenz fand ihren Niederschlag in der "Gemeinsamen Erklärung" vom 30. Oktober 1974: "Beide Seiten stellten fest, dass die Lösung von Fragen humanitären Charakters sich günstig entwickelt hat, und sprachen sich dafür aus, dass sie auch in Zukunft positiv behandelt werden."²²³ Brežnev sicherte Schmidt die Fortführung der Familienzusammenführung auf der Basis der durchschnittlichen Ausreisezahlen der letzten Jahre zu²²⁴. Anders als noch zum Brežnev-Besuch 1973 in Bonn, konnte Helmut Schmidt am 6. November 1974 vor dem Deutschen Bundestag offen zu den diesbezüglichen Ergebnissen seiner Gespräche in Moskau Stellung nehmen:

Unter den bilateralen Fragen ... möchte ich hervorheben, dass das humanitäre Problem der Ausreise von Deutschen aus der Sowjetunion natürlich eine besondere Rolle gespielt hat. Wir können hier für die nächsten Jahre auf die Beibehaltung der zuletzt erfolgten durchschnittlichen jährlichen Ausreisezahlen rechnen.²²⁵

Diese Entwicklung konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Ausreise des Personenkreises der o.g. Liste weiterhin offen, erst recht eine umfassende Lösung nicht in Sicht war und die Stimmung bei den Deutschen sich radikalisierte. Zum Besuch des Bundeskanzlers wurden ein Hungerstreik und eine Demonstration vor der deutschen Botschaft in Moskau durchgeführt, und vor der sowjetischen Botschaft in Rolandseck bei Bonn fanden ebenfalls Protestaktionen statt.

Die in der UdSSR gegen Demonstranten verhängten Gerichtsurteile von bis zu drei Jahren Freiheitsentzug fanden auch in der deutschen Öffentlichkeit starke Beachtung, zeigten sie doch, dass die sowjetische Regierung zu einer Änderung ihrer repressiven Politik nicht gewillt war. Die Opposition brachte die Verurteilungen wiederholt im Bundestag auf die Tagesordnung und forderte die Bundesregierung zur Hilfe für die Betroffenen auf. Der sowjetische Wissenschaftler und Menschenrechtler Andrej Sacharow bat Bundeskanzler Schmidt und den SPD-Vorsitzenden Brandt in einem Appell, sich für die Verurteilten einzusetzen. Bereits im März 1972 hatte Andrej Sacharow in einer Vorlage an das Komitee für Menschenrechte zur Frage der Wiederherstellung der Rechte der deportierten Völker darauf aufmerksam gemacht, dass die Deutschen noch immer "Einschränkungen in bezug auf

²²³ *BPA-Bulletin* Nr. 129 vom 5.11.74, S. 1309

²²⁴ Mehnert, K. "Mit Bundeskanzler Schmidt in der UdSSR". *Osteuropa* 25 (1975), S. 5

²²⁵ *BPA-Bulletin* Nr. 131 vom 7.11.74, S. 1323

Aufenthaltsbestimmungen, Arbeitsplatzbeschaffung, Bildung, Eigentumserwerb usw." unterlagen²²⁶.

Allein die in den Jahren 1973-75 dem DRK zur Auswertung zugeleiteten Namenslisten umfassten einen Kreis von etwa 80.000 ausreisewilligen Personen, von denen der größte Teil nicht im Rahmen der Familienzusammenführung unterstützt werden konnte²²⁷. Die Bundesregierung sah sich deshalb unter wachsendem Druck aus der deutschen Öffentlichkeit, sich nicht nur aktiv für die Familienzusammenführung einzusetzen, sondern darüber hinaus auch für alle anderen Sowjetdeutschen in der UdSSR. Die moralische Verpflichtung der Bundesregierung, den gegen ihren Willen zurückgehaltenen Menschen außenpolitische Unterstützung zu gewähren, ergab sich bereits aus dem von Bundestag und Bundesregierung uneingeschränkt vertretenen Grundsatz, im Osten verbliebenen, ein "Kriegsfolgeschicksal" erleidenden deutschen Volkszugehörigen auf ihren erklärten Wunsch hin die Aufnahme ins Bundesgebiet zu ermöglichen (vereinfachtes Übernahmeverfahren) und ihre Eingliederung durch bestimmte Maßnahmen zu erleichtern. Dieser Ansatz beschränkte den Handlungsspielraum der Bundesregierung weitgehend. Es gab aber keine Alternative dazu, diese Thematik mit der UdSSR aufzunehmen: Wie bereits 1955 bei Aufnahme der diplomatischen Beziehungen, konnte sich die Bundesregierung eine echte Normalisierung des Verhältnisses zur UdSSR ohne eine befriedigende Gesamtlösung dieser humanitären Frage nicht denken. Die Ratifizierung der UN-Menschenrechtspakte durch die Bundesrepublik und die UdSSR, die auf der KSZE angestrebten menschlichen Erleichterungen in Korb III - "Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" - sowie die sowjetischen Konzessionen gegenüber ausreisewilligen Juden ließen mittelfristig eine Erweiterung des Personenkreises erwarten. Im Vorfeld des Kanzlerbesuches hatte das Sowjetische Rote Kreuz erstmals einer Zusammenkunft mit dem DRK zugestimmt, bei der auch Ausreisen außerhalb der Familienzusammenführung besprochen werden sollten. Tatsächlich konnten angesichts der - insoweit der Verwandtschaftsgrad betroffen war - "qualitativ" liberalen Ausreisepolitik der UdSSR fast ausschließlich Sowjetdeutsche das Land verlassen, die zu den Administrativumsiedlern bzw. zu den nicht umgesiedelten Sowjetdeutschen zählten, also zu Gruppen, die nach der sowjetischen Interpretation der Repatriierungsvereinbarung von 1958 nicht ausreiseberechtigt waren. Insoweit muss eingeräumt werden, dass sich die sowjetische Seite in dieser - quantitativ allerdings sehr eingeschränkten - Hinsicht in der Tat so "wohlwollend" verhielt, wie sie ständig betonte.

²²⁶ Sacharov, A.D. *Stellungnahme*. Wien 1974, S. 121

²²⁷ Gesprächsunterlagen Staatsbesuch November 1975, 321.10 SOW, S. 6

1975, dem Jahr, in dem in Helsinki die KSZE-Schlussakte unterzeichnet wurde, entwickelten sich die allgemeinen bilateralen Beziehungen weiter zufriedenstellend. Zu Jahresbeginn 1975 hatte das DRK 53.000 Ausreisewillige registriert, die unter die Familienzusammenführung fielen oder aber gemäß der Rotkreuz-Vereinbarungen aus anderen humanitären Gründen (Alter, Krankheit, Alleinstehende) Anrecht auf Unterstützung hatten. Zu diesem Personenkreis zählten auch ca. 4.000 Deutsche, die sich auf die Repatriierungserklärung berufen konnten. Von der im November 1971 übergebenen Härtefall-Liste warteten noch immer 300 Personen auf ihre Ausreise²²⁸. Trotz der von Bundeskanzler Schmidt in Moskau erzielten Übereinkunft sanken die Ausreisezahlen fast 10% unter das Niveau von 1974. Das Auswärtige Amt empfahl daher, "auch nicht der Regierung angehörende, hochrangige deutsche Besucher der Sowjetunion sollten bei geeigneter Gelegenheit versuchen, das Problem - unter rein humanitären Gesichtspunkten - anzuschneiden"²²⁹. Zum ersten Mal geschah dies durch den Vorsitzenden der CDU und damaligen Ministerpräsidenten Helmut Kohl gegenüber dem Ersten Stellvertretenden Außenminister Kuznecov in Moskau im September 1975. Kuznecov enthielt sich jedoch einer Stellungnahme²³⁰.

Als erstes deutsches Staatsoberhaupt besuchte Bundespräsident Scheel vom 10.-15. November 1975 die UdSSR und mahnte bei einer überwiegend positiven Bilanz der Zusammenführung getrennter Familien Fortschritte an. Erstmals wurde die Thematik von deutscher Seite am 11. November 1975 im Rahmen einer Tischrede und damit öffentlich vorgebracht - ein Hinweis darauf, dass sich das internationale Klima im Bereich der humanitären Dimension seit der Verabschiedung der Schlussakte von Helsinki veränderte:

Der Krieg hat Millionen von Familien auseinandergerissen. Millionen mussten ihre Heimat verlassen. Viele Menschen stehen noch heute diesseits und jenseits der Grenzen und hoffen darauf, mit ihren Angehörigen vereint zu werden. Die sowjetische Regierung hat vielen Tausenden, die mit ihren Familien in der Bundesrepublik Deutschland zusammenleben wollten, die Ausreise möglich gemacht. Auch solche Entscheidungen stärken den Frieden. Wir sind dafür dankbar. Und ich bin gewiss, dass Ihre Regierung der Stimme der Menschlichkeit, die auch in den Dokumenten von Helsinki zu Wort kam, weiter zugunsten der noch getrennten Familien Gehör schenken wird.²³¹

²²⁸ ibid. S. 2-5

²²⁹ ibid. S. 8

²³⁰ ibid. S. 8

²³¹ *BPA-Bulletin* Nr. 133 vom 20.11.75, S. 1324

Bei Besuchen auf politischer Ebene sollte von nun an einem solchen Passus ein fester Platz in den deutschen Tischreden eingeräumt werden, den die sowjetischen Zeitungen beim üblichen Abdruck der Reden ebenso regelmäßig ausließen. Die Behandlung der Thematik nahm mit diesem Appell im weiteren fast einen rituellen Charakter an, die sowjetischen Repliken - unter Ausschluss der Öffentlichkeit - fielen stereotyp und wohlwollend-nichtssagend aus. So sicherte der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, das sowjetische Staatsoberhaupt Nikolaj V. Podgornyj, Scheel zu, "man werde zu einer günstigen Entwicklung dieser Frage beitragen."²³² Die Gesetze der UdSSR stünden den Ausreisen von Deutschen aus der Sowjetunion nicht entgegen²³³. "Einschränkungen [gebe es lediglich] im Zusammenhang mit Verteidigungsproblemen"²³⁴. Erstmals enthielten die Gesprächsunterlagen den Hinweis auf die gebotene deutsche Zurückhaltung gegenüber der Aussiedlung Deutscher ohne rechtliche Anspruchsgrundlage wegen der "Problematik der Eingliederung"²³⁵.

1976 setzte sich die positive Entwicklung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses - vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet - fort. Davon, dass keine wirklich belastenden Probleme zwischen beiden Staaten existierten, zeugt die Tatsache, dass es lediglich zu Reisen von Fachministern in die UdSSR kam (Bundewirtschaftsminister Fridrichs, Bundesarbeitsminister Rohde, Bundesbauminister Ravens) und Bundesaußenminister Genscher den politischen Dialog mit seinem Amtskollegen Gromyko lediglich bei der traditionellen Begegnung am Rande der UN-Generalversammlung fortsetzte.

Hinsichtlich der Sowjetdeutschen konnte der Jahresbericht der Bundesregierung Erfreuliches notieren: "Die Rückführung und Familienzusammenführung von Deutschen aus der UdSSR hat mit der Ausreise von 9.704 Personen im Jahr 1976 einen neuen Höchststand erreicht."²³⁶ Im Vorjahr durften 5.985 Deutsche die UdSSR verlassen. Der Anstieg der Ausreisezahlen begann im September 1975, dem Monat nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki, deren einschlägige Bestimmungen die UdSSR sich offensichtlich zu implementieren bemühte. Betrachtet man die Graphik in Anhang 3, so fällt auf, dass der Helsinki-Effekt bis Mitte 1976 anhielt, dann jedoch ein rascher Abfall der Ausreisezahlen erfolgte - wenn auch auf ein Niveau, das sich an dem vom September 1975 orientierte. Pittman dagegen betrachtet die relativ hohe Anzahl von Ausreisen 1976 auch als Wahlgeschenk an die SPD:

²³² Sachstand 513 vom 16.10.79, S. 2

²³³ Sachstand 513 vom 4.3.81, S. 16

²³⁴ Gesprächsunterlagen vom 27.10.81 für den Arbeitsbesuch von Generalsekretär Brežnev, 22.-25.11.81, Az. 513, S. 7; gemeint war die gelegentliche Verweigerung von Ausreisen, während ein Sohn Militärdienst leistete

²³⁵ Gesprächsunterlagen vom November 1975, S. 3

²³⁶ *Jahresbericht der Bundesregierung 1976*. Bonn 1977, S. 42

The reason for this unprecedentedly high figure was not purely the result of CSCE, however, but the partial granting of concessions by the Soviet Union for political purposes in its bilateral relations with the FRG, i.e. it was also a gesture of support for the SPD. As in 1972, when almost 2,000 ethnic Germans were granted exit visas before the West German national elections, 1976 was also an election year.²³⁷

Dieser Darstellung ist aber insofern zu widersprechen, als die Wahlen erst am 3. Oktober 1976 stattfanden, zu einem Zeitpunkt, an dem die Ausreisezahlen längst weit gesunken waren. Anders als 1972 gab es kein signifikantes Ansteigen der Zahlen unmittelbar vor dem Wahltermin. Der Zusammenhang von KSZE und Ausreisezahlen wird auch daran deutlich, dass zum Belgrader KSZE-Nachfolgetreffen vom 4. Oktober 1977 bis zum 9. März 1978 die Zahlen nochmals rasch anstiegen, beginnend im Juli 1977. Es scheint, dass die Sowjetunion im Umfeld von Belgrad Wert darauf legte, international den Eindruck entstehen zu lassen, sie bekräftige mit den Ausreisezahlen ihr Bekenntnis zu Korb III von Helsinki. Diese Interpretation findet sich auch bei Pittman²³⁸.

Die Bundesregierung zog in ihrem Jahresbericht 1977 eine nur eingeschränkt positive Bilanz der gesamten bilateralen deutsch-sowjetischen Beziehungen: "Trotz mancher Differenzen [wurde] der politische Dialog und die fachliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten fortgesetzt."²³⁹ Anlässlich der Außenminister-Konsultationen vom 13.-15. Juni 1977 konnte das Auswärtige Amt die Bemühungen, das humanitäre Problem der Familienzusammenführung einer Lösung näher zu bringen, angesichts der fast 10.000 Aussiedler des Jahres 1976 als Erfolg bewerten. Dem verlieh Genscher in seiner Tischrede Ausdruck:

Bei der Lösung humanitärer Fragen, die uns besonders am Herzen liegen, hoffen wir auf eine weitere positive Entwicklung. Dabei denken wir insbesondere an die Familienzusammenführung. Ihre Entwicklung, die durch Fortschritte in den vergangenen Jahren gekennzeichnet war, gilt es, im Geist der Humanität weiterzuführen.²⁴⁰

Zwar versicherte Außenminister Gromyko Bundesaußenminister Genscher, "humanitäre Fragen würden ... wohlwollend und positiv geprüft"²⁴¹, diese Zusage blieb jedoch zwiespältig angesichts des nicht unerheblichen Rückgangs der Ausreisezahlen in den vorangegangenen

²³⁷ Pittman, S. 23

²³⁸ *ibid.*

²³⁹ *Jahresbericht der Bundesregierung 1977*. Bonn 1978, S. 42

²⁴⁰ *BPA-Bulletin* Nr. 64 vom 21.6.77, S. 603

²⁴¹ Sachstand 513 vom 16.10.79, S. 2

Monaten zum Ende des Jahres 1976 und in der ersten Hälfte 1977 sowie der großen Anzahl von unerledigten Ausreisearträgen, nach DRK-Angaben 62.000. Gleichzeitig verstärkten die sowjetischen Behörden restriktive Maßnahmen gegen Ausreisewillige in Kirgisien, Kasachstan und Tadschikistan und gingen Mitte 1977 im Widerspruch zu ihrer früheren Praxis zu einer engen Auslegung des Familienbegriffs über (nur noch Einbeziehung von Verwandten ersten Grades). Häufig und bei uneinheitlicher Praxis traten Verstöße auf gegen die prozeduralen Regeln nach Korb III Punkt b) - Diskriminierung bei Antragstellung, hohe und wiederholt zahlbare Antragsgebühren, Nichteinhaltung der Fristen, administrative Hindernisse bei Ausfuhr der persönlichen Habe. Schließlich musste die deutsche Seite sich eingestehen, dass die seit Jahren bestehende Übung, bei Härtefällen im sowjetischen Außenministerium vorstellig zu werden, bislang keinerlei messbaren Erfolg gezeitigt hatte. Weniger als zwei Jahre nach Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte vom 1. August 1975 waren die positiven Impulse der Konferenz bereits konsumiert.

Das zukünftige Hauptproblem, die Ausreisewünsche der Nichtberechtigten, war noch nicht einmal Gegenstand deutsch-sowjetischer Gespräche gewesen. Diese Thematik jedoch glaubte man weiterhin nicht ansprechen zu dürfen, um die vorrangige Lösung der Familienzusammenführung nicht "durch negative sowjetische Reaktionen auf zu weitgehende Forderungen"²⁴² zu gefährden. Natürlich war sich das Auswärtige Amt auch der relativ schlechteren deutschen Verhandlungsposition bewusst, da dieser Problembereich anders als der der Familienzusammenführung durch die KSZE-Schlussakte keine ausdrückliche Unterstützung erfuhr. Auch gab es keine explizite völkerrechtliche Handhabe für ein solches politisch-moralisches Anliegen der deutschen Seite. Einzig formaler Ansatzpunkt blieb die Ausreisefreiheit nach Art. 12 Abs. 2 IPbpR vom 19. Dezember 1966. Allerdings machte sich das Auswärtige Amt angesichts der sowjetischen Haltung keinerlei Illusionen und war sich darüber im klaren, dass diese Anspruchsgrundlage durch die Sowjetunion jederzeit unter Hinweis auf Art. 12 Abs. 3 (*ordre public*) ausgehebelt werden konnte²⁴³.

Darüber hinaus befürchtete die deutsche Seite, dass gerade die erfolgreiche Familienzusammenführung bei der gesamten deutschstämmigen Minderheit Erwartungen wecken könnte, "die das Schicksal dieser Gruppe und ihren Verbleib in der Sowjetunion in Frage"²⁴⁴ stellte. Latent nahm diese Annahme bereits die Entwicklung vorweg, die erst ein Jahrzehnt später eintreten sollte. Das Auswärtige Amt unterstellte aber ähnlich gelagerte Befürchtungen der Sowjetunion, das Problem werde sich verschärfen, sollte sie die

²⁴² Gesprächsunterlagen für die Außenministerkonsultationen am 13./14.6.77, Az. 213, S. 3

²⁴³ *ibid.* S. 4

²⁴⁴ *ibid.* S. 4

Familienzusammenführung flexibler handhaben und protestierenden Personen und Gruppen die Ausreise gewähren²⁴⁵.

Das deutsche Petition an die sowjetische Seite beschränkte sich aus diesen Gründen primär auf die Forderung nach einer möglichst hohen Ausreiseziffer im Bereich der Familienzusammenführung und nach Einhaltung der prozeduralen KSZE-Regeln gemäß Korb III, um nicht Differenzen aus dem bilateralen Bereich in den KSZE-Bereich und damit in die Öffentlichkeit zu verlagern. Darüber hinaus sollten in beiderseitigem Interesse konkrete Härtefälle einer Lösung zugeführt werden, "um die dadurch nicht auszuschließende Gefährdung bzw. Störung der bilateralen Beziehungen zu verhindern."²⁴⁶

Diese Haltung wurde auch zum zweiten Brežnev-Besuch vom 4.-7. Mai 1978 in Bonn eingenommen, dem ersten Besuch eines sowjetischen Staatsoberhauptes in der Bundesrepublik. Die Befriedigung der deutschen Seite über die positive Entwicklung der Beziehungen in den vergangenen Jahren, insbesondere 1976 und 1977 im Aussiedlerbereich, und die Anerkennung diesbezüglicher sowjetischer Bemühungen, fanden Ausdruck in dem Kommuniqué: "Beide Seiten hoben den Fortschritt hervor, der bei der Lösung von Fragen humanitären Charakters erzielt wurde. Sie äußerten ihre Bereitschaft, diese Fragen auch in Zukunft positiv zu behandeln."²⁴⁷ Bundespräsident Scheel sagte am 4. Mai 1978 in einer Tischrede anlässlich eines Abendessens zu Ehren von Generalsekretär Brežnev auf Schloss Augustsburg in Brühl:

Herr Vorsitzender, es ist noch immer der Wunsch vieler Menschen deutscher Volkszugehörigkeit in Ihrem Lande, mit ihren in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Familien zusammenzukommen. Mit Befriedigung habe ich die Schritte verfolgt, die die sowjetische Regierung in den vergangenen Jahren zur Lösung dieses schwierigen Problems getan hat. Was erreicht wurde, findet bei uns ein dankbares Echo. Wir hoffen, dass die Sowjetunion diese Politik fortsetzt.²⁴⁸

In der Gemeinsamen Deklaration über die Förderung der Entspannung und der guten Nachbarschaft und die Festigung des Friedens, die Helmut Schmidt und Leonid Brežnev am 6. Mai 1978 unterzeichneten, wird die Familienzusammenführung indirekt berührt, indem beide Seiten vereinbarten, sich dafür einzusetzen, "dass alle Prinzipien der in Helsinki unterzeichneten Schlussakte der KSZE im Verhältnis zwischen allen Teilnehmerstaaten und in

²⁴⁵ ibid. S. 4

²⁴⁶ ibid. S. 4

²⁴⁷ Kommuniqué über den Aufenthalt des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Brežnev, in der Bundesrepublik. *BPA-Bulletin* Nr. 44 vom 9.5.78, S. 435

²⁴⁸ *BPA-Bulletin* Nr. 44 vom 9.5.78, S. 422. Diese Passage wurde in sowjetischen Zeitungen nur gekürzt wiedergegeben, wie Pittman unterstrich. Er irrte aber hinsichtlich seiner Annahme, "family reunification was not taken up into the agreed Joint Declaration." (Pittman, S. 25)

ganz Europa volle Wirksamkeit erlangen - im Interesse der Zusammenarbeit der Staaten und zum Wohle der Menschen."²⁴⁹ Dass die Bundesregierung mit dieser Formulierung auch konkrete menschenrechtliche Anliegen angesprochen sah, unterstrich die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Dr. Hamm-Brücher, in der Antwort auf eine Anfrage des MdB Graf Huyn in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 12. Mai 1978 und brachte gleichzeitig die Zurückhaltung der Bundesregierung bei der Behandlung solcher Fragen zum Ausdruck:

Die Bundesregierung lässt sich bei der Lösung von konkreten Einzelfällen von dem Grundsatz leiten, dass nur diejenigen Maßnahmen ergriffen werden, die rechtlich zulässig sind und politisch vertretbar erscheinen. Die Erfahrung zeigt, dass ein intensiver Druck, insbesondere von offizieller Seite, zu Verhärtungen der sowjetischen Haltung gegenüber den Betroffenen führen kann.²⁵⁰

Bundeskanzler Schmidt bestätigte in seiner Regierungserklärung vom 11. Mai 1978, dass die Thematik auch in seinem Gespräch mit Brežnev berührt wurde: "Ich habe ... meine Erwartung ausgedrückt, übrigens auch unsere Dankbarkeit für die bisherige Leistung auf diesem Feld, dass sich die Familienzusammenführung positiv fortentwickeln wird."²⁵¹

²⁴⁹ Gemeinsame Erklärung. *BPA-Bulletin* Nr. 44 vom 9.5.78, S. 429; ähnlich auch im Kommuniqué S. 435
²⁵⁰ Staatsministerin Dr. Hamm-Brücher am 12.5.78, *PIPr.* 8/91, S. 7337f
²⁵¹ *BPA-Bulletin* Nr. 47 vom 12.5.78, S. 454

2.3 Phase III (1979-1985): Drosselung der Emigration in Zeiten verschärfter Spannungen zwischen Ost und West

Die Befriedigung der Bundesregierung über die Ergebnisse des Brežnev-Besuches von 1978 war nicht von langer Dauer. Das internationale Klima verschlechterte sich im Laufe des Jahres 1979 rapide und warf auf die bilateralen deutsch-sowjetischen Beziehungen ebenfalls einen tiefen Schatten. Die Kontroverse um die Mittelstreckenraketen begann das Ost-West-Verhältnis zu bestimmen: Die Sowjetunion hatte das vergangene Jahrzehnt der Entspannung dazu genutzt, moderne Mittelstreckenraketen (SS 20) in ihren westlichen Landesteilen aufzustellen, ohne dass die NATO dieser Bedrohung der Bundesrepublik und von Westeuropa etwas Gleichwertiges im Bereich der Mittelstreckenwaffen entgegenzusetzen hatte. Am 12. Dezember 1979 fassten die Regierungen der NATO-Mitgliedsstaaten auf Vorschlag von Bundeskanzler Schmidt daher den sogenannten "Doppelbeschluss" zur Nachrüstung (Pershing II, Cruise Missile), falls Verhandlungen mit der UdSSR bis Herbst 1983 erfolglos bleiben sollten, d.h. diese nicht bereit wäre, ihre einseitige Vorrüstung zurückzunehmen.

Der sich schon nach Abschluss des ergebnislosen Belgrader KSZE-Nachfolgetreffens abzeichnende Abwärtstrend der Aussiedlerzahlen setzte sich fort. 1978 kamen nur noch 8.455 (1977: 9.274) Aussiedler in die Bundesrepublik und von Januar bis Mai 1979 lediglich 3.111 gegenüber 4.131 im Vorjahreszeitraum. Auf den Rückgang war der sowjetische Justizminister Terebilov anlässlich seines Bonn-Besuches im Januar 1979 hingewiesen worden. Auch hatte Bundesinnenminister Baum die sowjetische Seite am 24. Mai 1979 in Moskau in umfangreichen Gesprächen auf die deutsche Enttäuschung aufmerksam gemacht. Aus seinem Gespräch mit dem sowjetischen Innenminister Ščelokov berichtete er am 26. Mai 1979 der Presse, "dass ... Fragen der Familienzusammenführung im Geiste der KSZE-Schlussakte sowie der früheren bilateralen Erörterungen behandelt worden seien. Die Fortführung dieser Politik sei bestätigt worden."²⁵²

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. von Dohnanyi, räumte am 11. Oktober 1979 vor dem Deutschen Bundestag eine "gewisse Sorge" angesichts der seit 1976 sinkenden Aussiedlerzahlen ein, nannte diese Tendenz "enttäuschend" und versprach:

Wir werden künftige Gespräche erneut nutzen, um diese Frage anzusprechen. Der Umfang der Gespräche, die Bundesminister Baum in Moskau hierzu geführt hat, beweist, wie sehr uns dieses Problem beschäftigt. Die Bundesregierung wird deshalb

²⁵²

vgl. Gesprächsunterlagen vom 11.9.79 für das Treffen Genscher-Gromyko in New York am 26.9.79, Az. 513

auch weiterhin dafür eintreten, dass diese humanitäre Frage großzügig behandelt wird.²⁵³

Über die Ursachen des Rückganges der Ausreisenzahlen war sich die Bundesregierung damals nicht im klaren. Auf eine entsprechende Frage des Abgeordneten Dr. Hupka antwortete Staatsminister von Dohnanyi: "Eine Erklärung hierzu kann ich im Augenblick nicht geben. ... Wir sind dabei, diese Gespräche fortzuführen, und können erst dann hierzu Auskunft geben. ... Es kann viele Ursachen dafür geben, auch solche, die den Zusammenhang voll erklären und auch für uns verständlich machen."²⁵⁴ Die sowjetische Seite führte als Begründung an, die Anzahl der Ausreisewilligen sinke. Dies wurde aber dadurch widerlegt, dass von 1973 bis 1978 über 54.000 neue Ausreisewillige registriert worden waren. Deren Gesamtzahl schätzte das Rote Kreuz 1979 auf mindestens 72.000, möglicherweise aber auf über 100.000²⁵⁵. Die repressive sowjetische Haltung äußerte sich auch darin, dass die der sowjetischen Seite übergebenen Listen von Härtefällen keine Beachtung fanden. Inzwischen und als Folge der harten Moskauer Haltung nahmen Demonstrationen verzweifelter Ausreisewilliger wieder zu, besonders in Moskau und in Frunze/Kirgisien.

Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesaußenminister Genscher wiesen Außenminister Gromyko, der sich vom 21.-24. November 1979 zu einem offiziellen Besuch in der Bundesrepublik aufhielt, eindringlich auf den Rückgang der Familienzusammenführung hin und äußerten den Wunsch nach Rückkehr zum Standard der Mitte der siebziger Jahre. Gromyko beschränkte sich auf die Feststellung, dass die sowjetische Politik unverändert bleibe²⁵⁶. Die Gemeinsame Mitteilung verdeckte kaum mehr den Dissens in der humanitären Frage:

Die Minister gaben ihrer Genugtuung über die positive Entwicklung des Kulturaustausches Ausdruck. Es fand auch ein Meinungs austausch über humanitäre Fragen statt.²⁵⁷

In seiner Tischrede anlässlich eines Abendessens für Gromyko am 22. November 1979 mahnte Genscher: "Wir vertrauen darauf, dass die sowjetische Regierung zur Zusam-

²⁵³ Antwort Staatsminister Dr. von Dohnanyi auf die Anfrage von MdB Dr. Hupka, *PIPr.* 8/177 vom 11.10.79, S. 13946

²⁵⁴ *ibid.* S. 13946f

²⁵⁵ zitiert nach: MdB Dr. Hupka, *PIPr.* 8/177 vom 11.10.79, S. 13946

²⁵⁶ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.10.79, zitiert nach MdB Dr. Hupka, *PIPr.* 8/177 vom 11.10.79, S. 13946

²⁵⁷ Gemeinsame Mitteilung über den Aufenthalt des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU und Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, A.A. Gromyko;, in der Bundesrepublik Deutschland. *BPA-Bulletin* Nr. 144 vom 27.11.79, S. 1322

menarbeit bereit ist bei der Zusammenführung von Familien und der Lösung anderer humanitärer Fragen."²⁵⁸

Verschärft wurde die internationale Krise durch den sowjetischen Einmarsch nach Afghanistan ab dem 27. Dezember 1979 - mit entsprechenden Auswirkungen auch das deutsch-sowjetische Verhältnis: Die bilaterale Zusammenarbeit und der Austausch reduzierten sich. Die Bundesregierung empfahl, angesichts der fortgesetzten sowjetischen Invasion keine deutschen Sportler zur Olympiade nach Moskau zu entsenden. Das Deutsche Nationale Olympische Komitee fasste am 15. Mai 1980 einen gleichlautenden Beschluss. Es kam jedoch nicht zu einem Stillstand der Beziehungen, vielmehr wurde der politische Meinungs austausch fortgesetzt. Bei einem Treffen am 16. Mai 1980 in Wien erörterten beide Außenminister auch die Deutschen-Thematik. Genscher wies auf den Rückgang der Aus-siedlerzahlen hin. Außenminister Gromyko versprach, er "werde sich um die Angelegenheit kümmern"²⁵⁹.

Die Reise von Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher vom 30.6.-1.7.80 nach Moskau stand zwar im Zeichen der Ost-West-Abkühlung, diente jedoch der Fortführung des Dialogs mit der sowjetischen Führung und trug dazu bei, amerikanisch-sowjetische Gespräche über die Mittelstreckenwaffen in Gang zu setzen. Die Ausreisezahlen sanken dennoch weiter und ließen erneut eine deutliche Unterschreitung des bereits enttäuschenden Vorjahresergebnisses von 7.266 Aussiedlern erwarten²⁶⁰. Beide Seiten zeigten sich bemüht, die bilateralen Beziehungen "auch in schweren Zeiten als stabil, tragfähig und entwicklungsfähig"²⁶¹ darzustellen. Dieser Haltung entsprach es auch, dass unmittelbar vor und nach dem Kanzlerbesuch in Moskau einige besonders schwierige sowjetdeutsche Fälle durch Genehmigung der Ausreise erledigt wurden²⁶².

Bundeskanzler Schmidt unterließ es trotz der im Vordergrund der Begegnung stehenden Belastungen des deutsch-sowjetischen Verhältnisses nicht, in seiner Rede das Problem der Sowjetdeutschen besonders hervorzuheben:

Es gibt zwischen unseren Staaten ein Problem, das immer noch zu großem menschlichen Leid führt: Ich spreche von dem Schicksal getrennter Familien. Ich appelliere an Sie, Herr Generalsekretär, bei der Familienzusammenführung eine

²⁵⁸ ibid. S. 1323

²⁵⁹ Sachstand 513 vom 12.9.80, S. 1

²⁶⁰ Jan-Mai 1979 3.111 gegenüber 2.783 1980

²⁶¹ ibid. S. 662

²⁶² Sachstand 513 vom 12.9.80, S. 2

günstige Entwicklung zu ermöglichen. Das ist eine Sache nicht so sehr des Verstandes, als vielmehr des Herzens.²⁶³

Im Gespräch mit Brežnev kritisierte er den Rückgang der Aussiedlerzahlen sowie die im Verhältnis zur Ausreise von Juden aus der UdSSR weitaus schlechtere Behandlung der Deutschen²⁶⁴ und bat um Rückkehr zu den Zahlen von 1976 bzw. 1977. Darüber hinaus warf er der sowjetischen Seite vor, die Deutschen seien die einzige Nationalität²⁶⁵, der kein muttersprachlicher Unterricht zuteil werde. AA-Staatssekretär van Well übergab nach einer entsprechenden Ankündigung des Bundeskanzlers am Ende der Gespräche eine Härtefall-Liste mit 250 Einzelfällen an den Ersten Stellvertretenden Außenminister Kornenko. Ihr war zusätzlich eine Liste von Oppositionsführer Kohl beigelegt. Im Gemeinsamen Kommuniqué findet sich als ein Besuchsergebnis der optimistisch klingende Satz: "Von beiden Seiten wurde die Absicht bekräftigt, im wohlwollenden Geiste die Fragen humanitären Charakters zu lösen."²⁶⁶

Offensichtlich wegen administrativer Zugangsbeschränkungen nach Moskau im Zusammenhang mit der Olympiade²⁶⁷ sanken die Ausreisezahlen im Juli 1980, dem Monat, in dem Bundeskanzler Schmidt Moskau besucht hatte, auf nur 237, stiegen im August allerdings wieder auf 605 Ausreisen, d.h. auf das vorherige Niveau an. Im September wurden sogar 1.156 Aussiedler registriert - wirft man einen Blick auf die graphische Darstellung der Ausreisezahlen, ein ins Auge fallend hoher Wert, der jedoch einmalig blieb und als Folge der Beschränkungen im Juli interpretiert werden könnte. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass diese Ausreisezahl als Ausdruck des *good will* zu Beginn des Vorbereitungstreffens am 9. September 1980 für das ab November stattfindende Madrider KSZE-Folgetreffen gedacht war und gleichzeitig als erneuter Versuch, die Wahlen zum Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980 zu beeinflussen.

Ab August 1980 begannen Unruhen in Polen mit einer landesweiten Streikbewegung und der Gründung der unabhängigen Gewerkschaft "Solidarität". Das internationale Klima blieb vereist. Die Bundesregierung bemühte sich, dazu beizutragen, das Gespräch zwischen beiden

²⁶³ Bundeskanzler Schmidt in seiner Ansprache anlässlich eines Abendessens im Kreml am 30.6.80, *BPA-Bulletin* Nr. 79 vom 3.7.80, S. 664

²⁶⁴ 1979 verließen 51.320 Juden die UdSSR gegenüber 7.226 Deutschen

²⁶⁵ Die Volkszählung von 1979 hatte die Anzahl von 1.936.000 Deutschen in der UdSSR ergeben

²⁶⁶ Gemeinsames Kommuniqué über den Besuch des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, und des Stellvertreters des Bundeskanzlers und Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, in der Sowjetunion. *BPA-Bulletin* Nr. 79 vom 3.7.80, S. 665

²⁶⁷ vgl. Antwort Staatsministerin Dr. Hamm-Brücher vom 6.10.80 auf eine Anfrage von MdB Dr. Hupka, *Drs.* 8/4509; alle Aussiedler mussten die UdSSR via Moskau verlassen.

Blöcken wieder in Gang zu bringen. Dass "die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR sich 1980 im ganzen befriedigend entwickelten"²⁶⁸, war vor allem auf die positiven Auswirkungen des auf 25 Jahre angelegten "Abkommens über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Industrie" zurückzuführen, das am 6. Mai 1978 anlässlich des Brežnev-Besuches unterzeichnet worden war.

Das verhärtete Klima machte sich auch in der Gesprächsvorbereitung für den Besuch von Bundesaußenminister Genscher in Moskau vom 2.-4. April 1981 bemerkbar: Nie zuvor gab es einen so umfangreichen Sachstand und Gesprächsführungsvorschlag. Auf 12 Seiten wurde aufgeführt, dass fast 23 Jahre nach der Repatriierungserklärung vom 8. April 1958 noch immer Deutsche in der UdSSR festgehalten wurden, die nach den Kriterien der Vereinbarung ausreiserechtigt waren, sowie eine Vielzahl von Deutschen, die sich auf das in der Erklärung niedergelegte Prinzip der Familienzusammenführung berufen konnten. Der Ausreisedruck war nach Feststellung der Botschaft Moskau, des Auswärtigen Amts und des Roten Kreuzes unverändert hoch. Den sowjetischen Einwand, die Zahl der Ausreisewilligen sinke, wies das Auswärtige Amt in seinen Unterlagen zurück.

Gleichzeitig nahmen die Schwierigkeiten zu, die die sowjetischen Behörden Ausreisewilligen in den Weg legten. Erst nach mehreren vergeblichen Anträgen erteilten sie die Ausreisegenehmigung. Vereinzelt weigerten sich die Behörden, Anträge überhaupt entgegenzunehmen. Ebenso wurden einzelne Ausreisewillige physisch durch die "empörte Bevölkerung" bedroht und erlitten Nachteile am Arbeitsplatz. Häufigster Ablehnungsgrund war die Feststellung, "entspricht nicht dem Grundsatz der Familienzusammenführung". Manchmal erschien der Zusatz, "zu weite Verwandtschaft" oder "überwiegender Teil der Familie lebt in der Sowjetunion"²⁶⁹. Gelegentlich wurde auch darauf hingewiesen, dass ein Sohn Militärdienst leiste. Nach sowjetischem Verständnis wurden die Familienmitglieder damit zu Geheimnisträgern, die nicht ausreisen durften. Später wurden Einberufungsbefehle gezielt ausgesprochen, um eine Emigration zu verhindern.

Seit Beginn der Entspannungspolitik hatte sich die sowjetische Führung in der Frage der Ausreisen und der Familienzusammenführung von Deutschen aus der Sowjetunion gleichbleibend wohlwollend geäußert. Dennoch waren die Ausreisepersonen seit 1978 kontinuierlich zurückgegangen. Die Proteste der Sowjetdeutschen gegen die Repressionen nahmen wieder zu, zwischen März und August 1981 fanden trotz scharfer KGB-Bewachung

²⁶⁸ *Jahrbuch der Bundesregierung 1981*. Bonn 1982, S. 40
²⁶⁹ Sachstand 513 vom 4.3.81, S. 4f

vier Demonstrationen von Deutschen auf dem Roten Platz statt. Der Gesprächsvorschlag für den Genscher-Besuch war dementsprechend scharf formuliert:

Die Bundesregierung kann mit einer Einschränkung der Ausreisen, welcher Art sie auch immer sein mögen, nicht einverstanden sein. Solche Einschränkungen widersprechen dem Wunsch der Betroffenen, sie stehen im Widerspruch zur KSZE-Schlussakte, zum Internationalen Pakt vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte und zu den elementaren Menschenrechten, wie sie in der sowjetischen Verfassung zum Ausdruck kommen. Die Bundesregierung glaubt, dass hier ein künstliches Hindernis für eine günstige Entwicklung der bilateralen Beziehungen aufrechterhalten und noch verstärkt wird. Diese Belastung der Beziehungen schadet der Glaubwürdigkeit der sowjetischen Politik sowohl in der bilateralen Zusammenarbeit als auch im gesamteuropäischen Rahmen. Ich wiederhole mit allem Nachdruck unseren seit Jahren vorgetragenen Appell, die Zahl von Ausreisegenehmigungen an Personen deutscher Nationalität entscheidend zu erhöhen.²⁷⁰

Darüber hinaus wurde auf das Warschauer Pakt *non-paper* zum Kapitel "Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" verwiesen, das wenige Tage zuvor auf der Madrider KSZE-Nachfolgekonzferenz zirkulierte. Dort hieß es: "The participating States will continue to deal with and settle questions of family reunification in a favorable spirit", wobei die Sowjetunion, wie bereits in Helsinki erklärt, von einem weiten Familienbegriff ausgehen wollte²⁷¹.

Bundesaußenminister Genscher wies bei seinem Besuch "den sowjetischen Außenminister Gromyko mit großem Ernst und Nachdruck auf die Bedeutung dieser humanitären Fragen für die deutsche Öffentlichkeit, für die bilateralen Beziehungen und für den Entspannungsprozess hin"²⁷² und unterstrich in seiner Tischrede nochmals: "Uns liegt daran, dass die Aussiedlung von Deutschen aus der Sowjetunion von sowjetischer Seite wieder in größerem Umfang ermöglicht wird."²⁷³ Er übergab eine weitere Liste mit Härtefällen, deren Annahme die UdSSR in Madrid verweigert hatte, und betonte den Zusammenhang von deren positiver Erledigung und dem sowjetischen Beitrag zur Förderung des KSZE-Prozesses²⁷⁴.

Gromyko antwortete, der Moment sei gekommen, von dem ab die Aussiedlerzahl zurückgehe. Die Zahl müsse sich in Theorie und Praxis senken. Moskau behauptete im

²⁷⁰ ibid. S. 18

²⁷¹ ibid. S. 18

²⁷² Das Abschließende Dokument des Madrider Folgetreffens vom 8.9.83 geht in seinem Kapitel "Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" über den östlichen Vorschlag hinaus. Staatsministerin Dr. Hamm-Brücher in Antwort auf eine Anfrage von MdB Klein (München) am 11.11.81, *PIPr.* 9/63, S. 3623

²⁷³ Tischrede bei einem Mittagessen, gegeben vom Außenminister der UdSSR, *BPA-Bulletin* Nr. 34 vom 8.4.81, S. 296

²⁷⁴ Von der Liste, die der Bundeskanzler anlässlich seines letzten Moskau-Besuches übergeben hatte, waren inzwischen 41% der Fälle positiv gelöst worden, darunter einige besonders schwierige.

weiteren, diejenigen Sowjetdeutschen, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten, hätten die UdSSR inzwischen weitgehend verlassen können, also sinke die Zahl der Ausreisewilligen. Gromyko sagte aber eine ernsthafte und sachliche Prüfung zu. Die sowjetische Seite werde keine künstlichen Hindernisse für die Ausreisen schaffen. Wenn Anträge abgelehnt würden, dann nur im Einklang mit den Gesetzen²⁷⁵.

Trotz des klaren Appells von Bundesaußenminister Genscher und seiner Bitte, die Problematik als eine zutiefst menschliche Frage zu verstehen, die geeignet sei, sowohl das politische Klima als auch die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik zu beeinflussen²⁷⁶, sanken die Aussiedlerzahlen entsprechend der Gromyko-Ankündigung in der Folgezeit weiter.

In einer Ministervorlage vom 14. September 1981 deckten die beiden zuständigen Referate 513 (rechtliche Aspekte der Aussiedlung) und 213 (politische Beziehungen zur Sowjetunion) die sowjetische Taktik auf:

Die kontinuierliche Drosselung der Zahl der Aussiedlungsgenehmigungen macht die Absicht der Sowjetregierung deutlich, die Aussiedlung unabhängig von der politischen Entwicklung allmählich und ohne dramatische Einbrüche, gleichsam auf schleichendem Wege, einschlafen zu lassen. Dabei steht zu erwarten, dass die sowjetische Führung diesen Prozess auch weiterhin mit scheinbar wohlwollenden Erklärungen begleiten wird, um zum einen unser Vorbringen bei Treffen auf höchster Ebene ins Leere laufen zu lassen, uns zum anderen aber gleichzeitig einen Anknüpfungspunkt für Hoffnungen erweckende Erklärungen gegenüber den deutschen Medien an die Hand zu geben.

Alles spricht dafür, dass die SU diese Politik fortsetzen wird, wenn wir ihr nicht auf dem Wege hochrangiger Demarchen noch intensiver als bisher vor Augen führen, dass die Fortführung der derzeitigen Entwicklung auf diesem Gebiet das deutsch-sowjetische Verhältnis in seinem Kern trifft und von uns nicht hingenommen werden kann.²⁷⁷

Die Analyse verkennt allerdings, dass das sowjetische Verhalten in der Ausreisefrage in keiner Weise unabhängig von der politischen Entwicklung war, sondern in seiner negativen Tendenz eine Antwort darauf. Die Emigrationspolitik nutzte Moskau als Instrument, und die Ausreisezahlen waren dementsprechend selbst in der ersten Hälfte der 80er Jahre Schwankungen unterworfen. Die Folgerung für das weitere deutsche Vorgehen zeugt von dem beschränkten Handlungsspielraum der Bundesregierung und vom Fehlen eines

²⁷⁵ vgl. Gesprächsunterlagen vom 27.10.81 für den Arbeitsbesuch von Generalsekretär Brežnev, 22.-25.11.81, Az. 513-2, S. 5

²⁷⁶ ibid. S 5

²⁷⁷ ibid. S. 5f

ernstzunehmenden Instrumentariums zur Durchsetzung deutscher Interessen. Die Hoffnung der Verfasser auf eine Trendwende infolge noch intensiverer Demarchen muss allerdings als übertrieben optimistisch bezeichnet werden. Dennoch nutzte das Auswärtige Amt auch im weiteren jede sich bietende Möglichkeit, um auf das deutsche Anliegen hinzuweisen.

Am 16. September 1981 räumte Staatsministerin Dr. Hamm-Brücher ein, der Rückgang der Aussiedlerzahlen "steht nicht im Einklang mit der sowjetischen Erklärung, auf die der Herr Bundeskanzler vor dem Deutschen Bundestag am 3. Juli 1980 hingewiesen hat." Und: "Gründe dafür können wir im Augenblick nicht angeben; aber wir bedauern die Tatsache."²⁷⁸

Am 24. September 1981, beim traditionellen Treffen am Rande der UN-Generalversammlung in New York, präsentierte Genscher seinem Amtskollegen Gromyko im Vorfeld des Deutschland-Besuches von Generalsekretär Brežnev die rückläufigen Zahlen und warf ihm vor, dass die Genehmigungen trotz anderslautender Bekundungen weiter gedrosselt würden. Der Sprechzettel vermerkte: "Offensichtlich ist aber trotz aller Bemühungen des Bundeskanzlers und trotz meiner [Genschers] Bemühungen die sowjetische Führung nicht bereit, das, was wir vortragen, in Rechnung zu stellen. Ich sage in allem Ernst, dass sich hier eine kritische Entwicklung in den deutsch-sowjetischen Beziehungen zusammenbraut, die niemand auf die leichte Schulter nehmen sollte."²⁷⁹

Am 6. Oktober 1981 sprach sich Referat 513 im Rahmen der Verhandlungen über ein Kommuniqué anlässlich des bevorstehenden Brežnev-Besuches gegen eine unglaubliche Wiederholung der Wohlwollenserklärung vom 1. Juli 1980 aus, sofern die UdSSR kein Zeichen des guten Willens setze. Weder bei den Moskauer Gesprächen Brežnevs im Oktober mit dem DGB-Vorsitzenden Heinz-Oskar Vetter, noch bei dem Zusammentreffen mit Ministerpräsident Johannes Rau gab es ein solches Signal²⁸⁰. Bei politischen Besuchen in der Sowjetunion hatten darüber hinaus der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, von Dohnanyi, der Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, der Fraktionsvorsitzende der FDP, Wolfgang Mischnick, sowie der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Walter Leisler Kiep, die Frage der Familienzusammenführung zur Sprache gebracht und auf die rückläufigen Zahlen hingewiesen²⁸¹. Am 30. Oktober 1981 erklärte auch Staatssekretär von Staden gegenüber dem Ersten Stellvertretenden Außenminister Kornenko

²⁷⁸ Staatsministerin Dr. Hamm-Brücher in Antwort auf eine Anfrage von MdB Dr. Hupka, *PIPr.* 9/51 vom 16.9.81, S. 2846f

²⁷⁹ *ibid.* Gesprächsunterlagen zum Treffen mit Außenminister Gromyko; am 24.9.81, 513-2, S. 14

²⁸⁰ Gesprächsunterlagen vom 27.10.81 für den Arbeitsbesuch von Generalsekretär Brežnev, 22.-25.11.81, Az. 513-2, S. 6

²⁸¹ "Brežnev in Bonn - Anlass zu neuer Hoffnung?" *Volk auf dem Weg*, 1/1982, S. 2

in Moskau "mit allem gebotenen Ernst, dass der so niedrig gewordene Stand der Ausreisen aus der Sowjetunion zu einer Belastung der Beziehungen werden könnte."²⁸²

Die Aussiedlerthematik genoss insbesondere im Vorfeld des Brežnev-Besuches öffentliche Aufmerksamkeit in Deutschland. Dies äußerte sich am 11. November 1981 in einer Fragestunde und in einer Aktuellen Stunde des Bundestages, in der die Bundesregierung und alle Parteien sich für eine erleichterte und zahlenmäßig erweiterte Aussiedlung sowie für die Durchsetzung von Menschen- und Minderheitenrechten für die in der Sowjetunion verbliebenen Deutschen einsetzten. Der Abgeordnete Dr. Czaja stellte die in der o.g. Ministervorlage angesprochene Frage nach der Diskrepanz öffentlicher Äußerungen deutscher Politiker nach Begegnungen mit sowjetischen Repräsentanten und den stark rückläufigen Aussiedlerzahlen²⁸³. Staatsministerin Dr. Hamm-Brücher antwortete darauf:

Die Diskrepanz zwischen dem von der Sowjetunion mehrfach erklärten Wohlwollen und der besorgniserregenden sowjetischen Ausreisepaxis kann ihren Grund nur darin haben, dass die sowjetische Regierung der Ausreisefrage bedauerlicherweise derzeit nicht die Bedeutung beimisst, die ihr nach unserer Überzeugung aus humanitären Gründen zukommt.²⁸⁴

In der Antwort auf eine Anfrage von MdB Dr. Hupka bestätigte Frau Hamm-Brücher, dass "die Gründe für den besorgniserregenden Rückgang der Zahl der sowjetischen Ausreisegenehmigungen ... im einzelnen nicht bekannt"²⁸⁵ seien, die Sowjetunion aber darauf hingewiesen wurde, dass ihre Praxis "im Widerspruch zur Schlussakte der KSZE steht."²⁸⁶

Frau Hamm-Brücher teilte in der Fragestunde weiter mit, beim Suchdienst des Roten Kreuzes seien am 31. Dezember 1980 über 88.000 ausreisewillige Personen registriert gewesen. Weitere etwa 91.000 Personen oder ihre in der Bundesrepublik lebenden Angehörigen hätten sich beim DRK bei früheren Gelegenheiten gemeldet, so dass realistischlicherweise von weit mehr als 100.000 ausreisewilligen Deutschstämmigen auszugehen sei²⁸⁷.

Am 14. November 1981 fand nach ausführlicher Berichterstattung in den Medien einschließlich des Fernsehens (u.a. Bericht von Dirk Sager aus Kasachstan) zum Problem der deutschen Volksgruppe in der UdSSR in Bonn eine Demonstration der Landsmannschaft der

²⁸² Staatsministerin Dr. Hamm-Brücher in Antwort auf eine Anfrage von MdB Klein (München) am 11.11.81, *PIPr.* 9/63, S. 3623

²⁸³ Staatsministerin Dr. Hamm-Brücher in Antwort auf eine Anfrage von MdB Dr. Czaja, *ibid.* S. 3619

²⁸⁴ *ibid.* S. 3619

²⁸⁵ *ibid.* S. 3620

²⁸⁶ *ibid.* S. 3620

²⁸⁷ *ibid.* S. 3624

Deutschen aus Russland mit ca. 1.500 Teilnehmern statt. Am Vortag war eine Abordnung der Landsmannschaft im Bundeskanzleramt von Staatssekretär Lahnstein empfangen worden²⁸⁸.

Im November 1981 erschien in *Sowjetunion heute*, der Zeitschrift der Sowjetunion in der Bundesrepublik, ein mit sieben Seiten bemerkenswert umfangreicher Artikel zur Lage der Deutschen am Beispiel eines Dorfes im Altaj²⁸⁹. Der auf dem Hintergrund der tatsächlichen Lage geradezu zynische Tenor des Artikels und die Botschaft zum bevorstehenden Brežnev-Besuch waren eindeutig: Den Deutschen gehe es sehr gut, die Sowjetunion sorge in jeder Weise für sie. Nicht einmal der Förderung der deutschen Sprache bedürfe es, dies würde nur die Integration gefährden: "Wie alle Deutschen der Altaj-Region sind auch die Sowjetdeutschen in Podsosnowo gegen eine Eindeutschung der Schule. Sie möchten nicht, dass die russische Sprache nur als Fremdsprache unterrichtet wird." Sie wollten in der Sowjetunion bleiben: "Die Wurzeln der Podsosnowoer reichen tief in dieses Land. Sie haben nicht die Absicht, es zu verlassen, sie verbinden mit diesem Land ihre Zukunft. (...) Es ist ihr Zuhause, ihre Heimat."²⁹⁰

Der Rückgang der Aussiedlerzahlen war im laufenden Jahr besonders drastisch, 3.300 in den ersten 10 Monaten gegenüber 5.697 im Vorjahr. Im November, dem Besuchsmonat Brežnevs, kamen gerade 80 Aussiedler, so wenig wie seit vielen Jahren vor Helsinki nicht mehr. Nach Berichten von Aussiedlern wurden in den letzten Monaten Ausreisen Deutscher unter Hinweis auf die allgemeine politische Lage abgelehnt²⁹¹.

Der Arbeitsbesuch von Generalsekretär Brežnev vom 22.-25. November 1981 in Bonn stand wiederum im Zeichen der Nachrüstung, der Einführung von Neutronenwaffen sowie der offenen deutschen Unterstützung der amerikanischen Haltung bzw. der der NATO in der Frage der Nachrüstung. Die Gespräche zum Thema "Sowjetdeutsche" waren von deutscher Seite mit "Härte, Intensität und Zähigkeit ... vorbereitet"²⁹² worden. Bundeskanzler Schmidt warnte erneut vor einer Belastung der bilateralen politischen Beziehungen und forderte Generalsekretär Brežnev auf, "seine persönliche Aufmerksamkeit diesem Problem zuzuwenden"²⁹³. Er wies angesichts sinkender Ausreisezahlen auf den Widerspruch zu den

²⁸⁸ "Brežnev in Bonn - Anlass zu neuer Hoffnung?" *Volk auf dem Weg*, 1/1982, S. 2

²⁸⁹ Martynov, S. "Die Sowjetdeutschen in Podsosnowo". *Sowjetunion heute*, 11/81, S. 24

²⁹⁰ *ibid.* S. 24

²⁹¹ Gesprächsunterlagen vom 27.10.81 für den Arbeitsbesuch von Generalsekretär Brežnev, 22.-25.11.81, Az. 513-2, S. 7

²⁹² Staatsministerin Dr. Hamm-Brücher in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages am 11.11.81, zitiert nach: *Volk auf dem Weg*, 3/1982, S. 17

²⁹³ Gesprächsunterlagen vom 27.10.81 für den Arbeitsbesuch von Generalsekretär Brežnev, 22.-25.11.81, Az 513-2, S. 39

jahrelangen Versicherungen der UdSSR hin, auch in Zukunft humanitäre Fragen wohlwollend zu lösen. Darüber hinaus betonte der Bundeskanzler die unbefriedigende Situation selbst im Bereich der Härtefälle, wo weiterhin mehr als die Hälfte seiner vor 1 1/2 Jahren übergebenen Liste unbearbeitet war. Die aus Sicht der Bundesregierung dringlichsten Fälle wurden erneut in Form einer Zusammenstellung von Staatssekretär von Staden an den stellvertretenden Außenminister Kovalev übergeben²⁹⁴.

Das Gemeinsame Kommuniqué zum Besuch des Generalsekretärs wiederholte ohne Hinweis auf Fortschritte in der Sache die alte Formel: "Beide Seiten führten einen Meinungs austausch über humanitäre Fragen und erklärten ihre Absicht, diese Fragen in wohlwollendem Geist zu lösen."²⁹⁵ Während sich Brežnev wie üblich zu der Thematik öffentlich nicht einließ, unterstrich Bundeskanzler Schmidt in seiner Ansprache anlässlich des Abendessens am 23. November 1981:

Lassen Sie mich, Herr Generalsekretär, in diesem Zusammenhang eine Frage erwähnen, die mich persönlich sehr berührt: Ich meine die Familienzusammenführung. Hier geht es um menschliche Schicksale und um den Wunsch loyaler Staatsbürger Ihres Landes, in ihre historische Heimat zurückzukehren. Was Heimat bedeutet, das haben Sie, Herr Brežnev, in den kürzlich veröffentlichten Ausschnitten Ihrer Memoiren aus eigener, persönlicher und nationaler Erfahrung in einer mich sehr bewegenden Weise beschrieben.²⁹⁶

Bundespräsident Karl Carstens, Bundesaußenminister Genscher sowie die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien und andere deutsche Politiker hatten in ihren Gesprächen mit Brežnev und Gromyko die Frage der Familienzusammenführung ebenfalls angesprochen²⁹⁷. Damit wurde, ganz im Sinne der Konzeption des Auswärtigen Amts vom 14. September 1981, eine nie zuvor da gewesene Intensität der Gespräche zu dieser Thematik erreicht. Die Unterrichtung für den am 25. November 1981 tagenden Auswärtigen Ausschuss des Bundestages sowie der westlichen Allianzpartner vermerkte als Ergebnis der Gespräche lediglich, dass Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesaußenminister sowohl Brežnev als auch Gromyko gebeten hatten, die Anträge der etwa 100.000 Ausreisewilligen zu genehmigen. Brežnev habe geantwortet, auch künftig würden Anträge von Personen mit berechtigten Anliegen genehmigt. Die Sowjetunion werde sich aber nicht auf Quoten

²⁹⁴ ibid. S. 40

²⁹⁵ Gemeinsames Kommuniqué über den Aufenthalt des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Brežnev, in der Bundesrepublik Deutschland. *BPA-Bulletin* Nr. 112 vom 26.11.81, S. 962

²⁹⁶ Ansprachen in der Redoute, ibid. S. 965

²⁹⁷ "Brežnev in Bonn - Anlass zu neuer Hoffnung?" in : *Volk auf dem Weg*, 1/1982, S. 3

festlegen lassen, und viel "Lärm" wirke sich ungünstig auf die Sache aus²⁹⁸. In dem "offenen und sachlichen Gespräch" mit dem Bundespräsidenten vertrat die sowjetische Seite weiterhin die Auffassung, dass die Entscheidung über Ausreisen allein in der Kompetenz der Sowjetunion liege. Die Anträge würden jedoch wohlwollend geprüft."²⁹⁹

Damit war die Sowjetunion nicht über ihre bisherigen, unverbindlichen Stellungnahmen hinausgegangen und hatte sogar noch vor dem Gang an die Öffentlichkeit gewarnt. Das im Hinblick auf die Sowjetdeutschen enttäuschende Ergebnis des Brežnev-Besuches fasste Staatsminister Dr. Corterier so zusammen: "Eine Vereinbarung über konkrete Verbesserungen des Ausreiseverfahrens konnte nicht erzielt werden. (...) Wir können nur das tun, was in unseren Möglichkeiten steht, um zu möglichst konkreten Abmachungen zu kommen. Wir können die Sowjetunion nicht zwingen, solche Abmachungen einzugehen."³⁰⁰

Im Dezember 1981, dem Monat unmittelbar nach dem Besuch, verfünffachte sich aber die Zahl der Aussiedler auf 409 gegenüber dem kläglichen Ergebnis des Vormonats, um danach sofort wieder massiv zurückzugehen, wobei zu bedenken ist, dass sich die Ausreisezahlen von 6.954 im Jahre 1980 bereits auf 1981 3.773 halbiert hatten.

In Nachbereitung des Brežnev-Besuches wurde der deutsche Botschafter in Moskau angewiesen, "die Angelegenheit unter Hinweis auf die sowjetische Wohlwollenserklärung vom November 1981 mit großem Ernst und Nachdruck auf hoher Ebene ... anzusprechen."³⁰¹ Eine Erklärung für die unveränderte Haltung der UdSSR sah das Auswärtige Amt weiterhin darin, "dass die sowjetische Regierung die Bedeutung der Frage für die bilateralen Beziehungen und den Entspannungsprozess trotz mehrseitiger und eindeutiger Ansprache auch im November 1981 immer noch nicht richtig einschätzt."³⁰²

1982 stellte sich die internationale Lage wie folgt dar: Die deutliche Ausweitung des Handels im Vorjahr schlug sich im bilateralen Verhältnis positiv zu Buche, am 13. Dezember 1981 war in Polen jedoch die Ausrufung des Kriegsrechts erfolgt, was zu einer zusätzlichen Belastung des Ost-West-Verhältnisses führte. Die Sowjetunion setzte ihre Aufrüstung und den Kampf in Afghanistan fort. Innenpolitisch war 1982 das Jahr des deutschen Regierungswechsels - am 1. Oktober 1982 übernahm eine aus dem Koalitionswechsel der FDP hervorgegangene neue Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP die Regierungsgeschäfte.

²⁹⁸ vgl. Vorlage vom 25.11.81, 213-321.10 SOW, S. 8

²⁹⁹ Pressesprecher von Carstens, dpa Nr. 1932 vom 24.11.81, zitiert nach *BPA-Ostinformationen*, 25.11.81, S. 13

³⁰⁰ Staatsminister Dr. Corterier in einer Antwort auf die Anfrage von MdB Jäger, *PIPr.* 9/88 vom 4.3.82, S. 5306

³⁰¹ Staatsminister Dr. Corterier in einer Antwort auf die Anfrage von MdB Hupka, *PIPr.* 9/97 vom 29.4.82, S. 5850

³⁰² *ibid.* S. 5850

Unmittelbar nach Abschluss der Regierungsbildung wurde der hochrangige Dialog mit der UdSSR in bezug auf die Sowjetdeutschen fortgesetzt. Schon bei den ersten Kontakten mit führenden Persönlichkeiten der Sowjetunion brachte die deutsche Seite ihre Enttäuschung über die negative Entwicklung der Aussiedlerzahlen zum Ausdruck, die sich gegenüber dem Vorjahr wiederum fast halbiert hatten, so zunächst Bundesaußenminister Genscher am 5. Oktober 1982 in New York am Rande der UN-Generalversammlung gegenüber seinem Amtskollegen Gromyko, dem er eine graphische Darstellung des rapiden Rückgangs übergab. Genscher bat, der Frage "im Geiste der Beziehungen zwischen beiden Ländern, der abgeschlossenen Verträge und der Schlussakte von Helsinki die ihr gebührende Aufmerksamkeit zu widmen und sich dafür einzusetzen, dass Ausreisen wieder im alten Umfang genehmigt werden."³⁰³ Dabei erinnerte er an die Wohlwollenserklärung von Generalsekretär Brežnev.

Am 7. Oktober 1982 sprach erstmals der neue Bundeskanzler Kohl gegenüber dem Ministerpräsidenten der RSFSR, Solomencev, die Thematik unter Hinweis auf die Wohlwollenserklärung Brežnevs mit der Bitte an, diese mit Nachdruck in die Tat umzusetzen³⁰⁴. Das BPA teilte nach dem Treffen mit, Kohl "appellierte an die sowjetische Führung, den Deutschen in der Sowjetunion, die dies wünschten, die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland zu gestatten"³⁰⁵.

Den Stellenwert der Aussiedlerthematik für die neue Bundesregierung unterstrich Bundeskanzler Kohl mit einem demonstrativen Besuch im Grenzdurchgangslager Friedland am 10. Dezember 1982 und seiner Teilnahme an einer Adventsfeier mit Aussiedlern, auf der er das Wort ergriff und die Neuankömmlinge in der Bundesrepublik willkommen hieß³⁰⁶. In seiner Haushaltsrede am 14. Dezember 1982 verließ Bundeskanzler Kohl der Hoffnung Ausdruck, dass der Trend sinkender Aussiedlerzahlen sich wende³⁰⁷.

Generalsekretär Brežnev starb am 10. November 1982 und wurde durch Jurij Andropov ersetzt. Am 15. November 1982 nutzte Bundespräsident Carstens am Rande der Begräbnisfeierlichkeiten für Brežnev in Moskau ein Gespräch mit dem neuen sowjetischen Parteichef Andropov zur Erörterung von Fragen der Familienzusammenführung. Dieser ließ wissen, die sowjetische Führung verstehe "die Wichtigkeit dieser Frage für die bilateralen Beziehungen"³⁰⁸. Am 16. November 1982 wurde das Problem in Madrid an die sowjetische

³⁰³ Antwort von Staatsminister Möllemann auf eine Anfrage von MdB Dr. Hupka, *PIPr.* 9/134, 3.12.82, S. 8325
³⁰⁴ *ibid.*

³⁰⁵ *BPA-Bulletin* Nr. 92 vom 12.10.82, S. 852

³⁰⁶ vgl. *BPA-Bulletin* Nr. 127 vom 14.12.82, S. 1144f

³⁰⁷ vgl. *BPA-Bulletin* Nr. 129 vom 16.12.82, S. 1166

³⁰⁸ Antwort von Staatsminister Möllemann auf eine Anfrage von MdB Dr. Hupka, *PIPr.* 9/134, 3.12.82, S. 8325

KSZE-Delegation herangetragen³⁰⁹ und am 1. Dezember 1982 vom Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Alois Mertes, an den sowjetischen Botschafter Semenov³¹⁰.

Waren 1982 noch 2.071 Deutsche aus der UdSSR in die Bundesrepublik eingereist, so reduzierte sich deren Zahl bis Ende 1983 auf 1.447, den niedrigsten Stand seit 1971. An diesem Trend konnte auch die neue Bundesregierung nichts ändern, obwohl gerade die CDU/CSU sich in der Opposition für eine härtere Gangart stark gemacht hatte und die Kohl-Regierung im weiteren eine deutlichere Sprache wählte.

Bundesaußenminister Genscher traf seinen sowjetischen Amtskollegen 1983 viermal. Am 17. Januar 1983 äußerte er sich gegenüber Gromyko während dessen Bonn-Besuch vom 16.-19. Januar 1983

sehr besorgt über den Stand der Angelegenheit. Er erwähnte mit großem Ernst und Nachdruck, dass die die öffentliche Meinung beeinflussenden humanitären Fragen der Rückführung und Familienzusammenführung auch die Gefühle der Menschen berührten und für die große Sowjetunion doch wohl kein existentielles Problem darstellen könnten. Deshalb erwarte die Bundesregierung, dass die Sowjetunion zu einer Praxis zurückkehre, die dem konstruktiven Inhalt der bilateralen Beziehungen in anderen Bereichen näher komme.³¹¹

85% der Brežnev im November 1981 vorgetragenen Härtefälle waren bisher ungelöst, und die sowjetische Praxis trug den wiederholten Wohlwollenserklärungen Brežnevs kaum Rechnung³¹². Die Tischrede von Bundesaußenminister Genscher am 17. Januar 1983 in der Redoute von Bonn-Bad Godesberg legte den Gegensatz von deklaratorischer Praxis und tatsächlichen Ausreisenzahlen für die Öffentlichkeit weitgehend ungeschminkt offen:

Das Bemühen sowjetischer Bürger deutscher Volkszugehörigkeit um Ausreise zu ihren Angehörigen hat eine in vielen Gemeinsamen Erklärungen anerkannte Bedeutung.

Die Bundesregierung appelliert an die sowjetische Führung, für dieses humanitäre Anliegen Verständnis zu zeigen. Es würde unseren Beziehungen einen positiven Impuls geben, wenn die Zahl der Ausreisegenehmigungen wieder größer würde.³¹³

Gromyko "erklärte den Rückgang der Ausreisenzahlen - wie schon früher - mit einem natürlichen Rückgang der Gesuche um Familienzusammenführung; einer Feststellung der sich

³⁰⁹ ibid.

³¹⁰ Antwort von Staatsminister Dr. Mertes auf eine Anfrage von MdB Jäger, *PIPr.* 10/15, 22.6.83, S. 980

³¹¹ ibid.

³¹² Gesprächsvorschlag für Bundesaußenminister Genscher vom 4.1.83, 513-2, S. 2

³¹³ *BPA-Bulletin* Nr. 6 vom 20.1.83, S. 47; die *Pravda* vom 18.1.83, die die Rede Genschers nachdruckte, ließ diesen Absatz aus.

die Bundesregierung auf Grund des Zahlenmaterials des DRK ... nicht anschließen konnte ... Herr Gromyko sagte aber auch eine Prüfung 'in wohlwollender Richtung und in wohlwollendem Rahmen' zu."³¹⁴ Gromyko wurde auch vom Bundeskanzler und vom Bundespräsidenten empfangen. Dem Bundespräsidenten, der wie der Bundeskanzler eine großzügigere Genehmigungspraxis erbat, antwortete Gromyko: "Unsere Antwort dürfte Sie nicht enttäuschen."³¹⁵ Angesichts des weiteren Rückganges des Ausreisezahlen stellte auch diese Äußerung eine reine Floskel dar.

Aus den Bundestagswahlen am 3. März 1983 ging die regierende CDU/CSU und FDP-Koalition mit einer breiten Mehrheit hervor, während die SPD gegenüber den drei vorangegangenen Wahlen zurückfiel. Die Sowjetunion hatte sich zuvor in beispielloser Weise in den deutschen Wahlkampf eingemischt, um die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen zu verhindern, wie Regierungssprecher Sudhoff unterstrich³¹⁶.

Die öffentlichen Erklärungen der neuen Bundesregierung unterschieden sich von früheren Äußerungen der SPD/FDP-Koalition durch eine größere verbale Härte gegenüber der UdSSR, die allerdings in der Bundesrepublik auch größere Erwartungen wecken mussten. In seiner Regierungserklärung am 4. Mai 1983 kündigte Bundeskanzler Kohl für Anfang Juli 1983 eine Reise in die Sowjetunion an und führte zum Thema der Deutschen aus:

Die befriedigende Regelung humanitärer Fragen hat - dies muss die Sowjetunion wissen - entscheidende Bedeutung für die Entwicklung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses. Wir werden darauf drängen, dass wieder mehr Deutsche aus der Sowjetunion ausreisen können.³¹⁷

An 10./11. Mai 1983 fanden in Moskau in Vorbereitung des Kanzler-Besuches deutsch-sowjetische Direktoren-Konsultationen mit Schwerpunkt auf der Frage der Familienzusammenführung statt, die der politische Direktor des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Dr. Pfeffer, und der Leiter der 3. Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums, Bondarenko³¹⁸, im Detail erörterten.

Pfeffer führte Klage über die trotz anderslautender Versicherungen weiter zurückgehenden Ausreisezahlen, die Behinderungen von Sowjetdeutschen beim Zugang zu der deutschen

³¹⁴ Antwort von Staatsminister Dr. Mertes auf eine Anfrage von MdB Jäger, *PIPr.* 10/15, 22.6.83, S. 980

³¹⁵ Protokoll vom 13.5.83 betr. Deutsch-sowjetische Direktorenkonsultationen in Moskau am 10./11.5.83, 213-542.40 SOW, S. 12

³¹⁶ vgl. Stv. Regierungssprecher Dr. Sudhoff in Bundespressekonferenz am 25.2.83; *Pressemitteilung des BPA* Nr. 143/83 vom 1.3.83; *Generalanzeiger*, 3.3.83

³¹⁷ Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 4.5.83, *PIPr.* 10/4, S. 69

³¹⁸ *Frankfurter Allgemeine*, 11.9.91: Bondarenko, "seit vielen Jahren als Vertreter einer harten Linie bekannter Abteilungsleiter", verlor mit dem Putsch im August 1991 seine Zuständigkeit für Deutschland.

Botschaft in Moskau und dem Generalkonsulat in Leningrad sowie über die Erschwerung der Antragstellung. Er erwähnte die angebliche Formularknappheit, die seltenen Sprechzeiten der Miliz, den Psychodruck auf die Ausreisewilligen durch Haus- und Betriebsversammlungen sowie die Exmatrikulation von sowjetdeutschen Studenten. Erste Anträge würden geradezu systematisch abgelehnt. Durchschnittlich seien drei bis vier Anträge mit jeweils erneut allen Bescheinigungen und Dokumenten erforderlich. Von der auf höchster Ebene übergebenen Liste von Härtefällen seien erst 4% erledigt. Die deutsche Seite kenne das sowjetische Argument, es dürfe kein Schneeball-Effekt entstehen und sehe dieses auf dem Hintergrund der Schlussakte von Helsinki, in der nicht stehe, dass Ausreisen auf die Zusammenführung von Eltern und Kindern zu beschränken seien. Die Bundesregierung sei nie für einen Massenexodus eingetreten, sondern für die Anhebung der Ausreisen auf den Stand von 1976. Es wäre gut, wenn angesichts des bevorstehenden Kanzlerbesuches eine Geste erfolgen könne.

Bondarenko warnte davor zu folgern, dass die sowjetische Außenpolitik leichtfertig mit der Frage umgehe und bat darum, ihm zu glauben, dass das Ministerium alle übergebenen Listen immer den zuständigen Institutionen mit einem Begleitschreiben übersandt habe, in dem um Lösung der Fälle gebeten wurde, sofern dies nicht der internen Gesetzgebung widerspreche. Bondarenko polemisierte dann über die vorgelegten Fälle *in extenso*. Die Zusammenfassung wird hier zur Illustrierung des Stils der damaligen frustrierend unergiebigem und unsachlichen Gespräche mit sowjetischen Stellen wiedergegeben:

So gäbe es einige [Fälle], in denen die zuständigen Organe von Jahr zu Jahr sagten, dass sie etwa aus Gründen der Staatssicherheit die Anträge nicht genehmigen könnten. Eine solche Kategorie existiere in allen Staaten. Selbst in den USA würden gewisse Leute nicht in westliche Staaten gelassen. Er könne nicht sagen, wie hoch der Prozentsatz dieser Kategorie sei, bei der etwa Leute in der Verteidigungsindustrie arbeiteten. Dies seien jedenfalls Fälle, bei denen aus Gründen der staatlichen Ordnung die Ausreise nicht genehmigt werden könne. Andererseits kämen in den Listen nicht selten Fälle vor, in denen Personen bereits ausgereist seien oder Anträge nicht gestellt hätten. Die meisten Fälle, in denen negativ geantwortet werde, seien solche, bei denen es sich nicht um Familienzusammenführung, sondern um sehr entfernte Verwandtschaftsbeziehungen handle. Da schickten z.B. eine Tante oder ein Onkel für ein Dutzend Personen ganz verschiedenen Alters Einladungen. Dann zum Argument [das weder von Pfeffer noch sonst von einem deutschen Politiker jemals gebracht worden war; Anm. d. Verf.] dass jedes Jahr Quoten eingehalten ja sogar erhöht werden sollen, pro Jahr bis zu 10.000 Personen. Bei den Verhandlungen mit Botschafter Lahr im Jahre 1957 sei von Quoten keine Rede gewesen. Die sowjetische Position habe sich nicht geändert.³¹⁹

³¹⁹ Protokoll vom 13.5.83 betr. Deutsch-sowjetische Direktorenkonsultationen in Moskau am 10./11.5.83, 213-542.40 SOW, S. 14f

In klarer Anspielung auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers warnte Bondarenko dann davor, die Frage der Ausreise zur entscheidenden Voraussetzung für die weitere Entwicklung der bilateralen Beziehungen zu machen. Es handle sich um Fragen delikater Natur. Wenn man sie lösen wolle, sei es besser, sich demonstrativer Gesten zu enthalten und auf Druckausübung zu verzichten.

Pfeffer bat in dem Gespräch auch darum, den Deutschen in der UdSSR die Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Kultur zu geben, u.a. durch die Förderung des Deutschunterrichts in den Schulen. Dies könne auch den Ausreisedruck mildern. Der deutschen Seite gehe es um gleiche Möglichkeiten für die deutsche Nationalität wie für alle anderen Nationalitäten in der Sowjetunion.

Seitens des Auswärtigen Amtes wurde hier über das bisherige reine Drängen auf Ausreise hinaus auch direkt auf den Missstand der Diskriminierung der Sowjetdeutschen innerhalb der UdSSR hingewiesen, unter dem nicht nur die "ausreiseberechtigte" Klientele der Bundesregierung litt. Dem Verfasser ist nicht bekannt, ob dies die erste Intervention dieser Art war. Da dieser Ansatz im weiteren auch öffentlich verfolgt wurde, ist anzunehmen, dass er Ergebnis des Bonner Regierungswechsels war. Es kann aber nicht verwundern, dass Bondarenko in seiner Entgegnung darauf verwies, dass diese Thematik zu den inneren Angelegenheiten der UdSSR zähle, und behauptete, die Deutschen hätten selbstverständlich dieselben Rechte wie alle, ihnen gehe es in der Sowjetunion besser als würden sie in die Bundesrepublik ausreisen, wo sie nur Arbeitslosigkeit erwarte. Ausreiseanträge stellten ohnehin nur diejenigen, die oft den Arbeitsplatz wechselten, keinen festen Beruf hätten, weniger arbeiteten und mehr bekommen wollten. Vertreter dieser Kategorie gebe es unter allen Nationalitäten.

Im Vorfeld des Kanzlerbesuches stellte Innenminister Zimmermann die Ausreisepolitik der Bundesregierung und insbesondere den Aspekt der Identitätswahrung der in der UdSSR Verbleibenden als Deutsche gegenüber *Die Welt* klar:

Er möchte nicht missverstanden werden, sagte Zimmermann: Die Bundesregierung fordere keinen Deutschen auf - in Oberschlesien oder Kasachstan, im Banat oder wo auch immer -, das Land, in dem er lebe, zu verlassen und in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Bonn fordere ebenso wenig jemanden auf, dort zu bleiben. In beiden Fällen sei die Entscheidung von höchstpersönlicher Art. Aber wer sich entschlossen habe, zu kommen, dem werde die Bundesregierung mit allen ihren Möglichkeiten helfen. Dies sei keine innere Angelegenheit des Ausreisestaates, sondern ein Menschenrecht. Und wer bleibe, der habe Anspruch 'auf Achtung und Wahrung seiner Identität, auf Sprache und Brauchtum, Schulen und Zeitungen,

Rundfunk- und Fernsehsendungen, auf Gottesdienste und Pflege eigenen Kulturlebens'.³²⁰

Nach den vorliegenden Unterlagen hatte sich bislang kein Mitglied der Bundesregierung in der Öffentlichkeit so deutlich zu den innersowjetischen Missständen in bezug auf die Sowjetdeutschen geäußert. Latent wies Bundesinnenminister Zimmermann damit auf den Zusammenhang zwischen kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten der Deutschen in der UdSSR einerseits und ihrem Ausreisewillen andererseits hin, den bereits Pfeffer in den Direktorenkonsultationen hervorgehoben hatte. Die Thematik war allerdings bereits in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages vom 11. November 1981 angesprochen worden. Damals hatte der Abgeordnete Czaja gesagt: "Durch Beseitigung der Diskriminierungen und durch Pflege des Kulturgutes kann man sich in der Sowjetunion wertvolle Bürger erhalten und den Ausreisedrang mildern."³²¹ Dieser Ansatz konnte aber - bedingt durch die politischen Umstände - erst am Ende der 80er Jahre für die bilaterale Politik der Bundesregierung bestimmend werden.

Hatte die durchschnittliche Aussiedlerzahl 1982 pro Monat noch 314 betragen, so sank sie 1983 auf 172, und im Monat Mai kamen trotz der vielen politischen Begegnungen und des bevorstehenden Kohl-Besuches nur 70 Aussiedler.

Im siebten Jahr sinkender Ausreisezahlen - trotz ständig wiederholter Wohlwollenserklärungen - stellte das Auswärtige Amt Mitte 1982 fest:

- a) Wir müssen davon ausgehen, dass die sowjetische Regierung die Bedeutung der humanitären Fragen der Rückführung und Familienzusammenführung für die bilateralen Beziehungen und den Entspannungsprozess trotz mehrseitiger und eindeutiger Ansprache insbesondere im November 1981 nicht richtig einschätzt.
- b) Es ist daher notwendig, die Sowjetunion weiterhin problembewusst zu machen und zu versuchen, die sowjetische Führung wegen der Tragweite dieser Frage für die politische Substanz der deutsch-sowjetischen Beziehungen für entsprechende politische Entscheidungen zu gewinnen.³²²

Aus heutiger Sicht wurden aus den evidenten Zusammenhängen von den politisch Verantwortlichen nicht die richtigen Schlussfolgerungen gezogen. Man verkannte offenbar den planmäßigen Charakter des sowjetischen Vorgehens und die systematische und vorsätzliche Täuschung der Bundesregierung. Gespräche, die mit der Sowjetunion unter solcher Prämisse

³²⁰ *Die Welt*, 21.6.83

³²¹ MdB Dr. Czaja in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages am 11.11.81, zitiert nach: *Volk auf dem Weg*, 3/1982, S. 1

³²² Antwort von Staatsminister Dr. Mertes auf eine Anfrage von MdB Jäger, *PIPr.* 10/15, 22.6.83, S. 980

geführt wurden, mussten notwendigerweise ins Leere laufen und zu einer rituellen Übung verkommen.

Welch herausragendes Gewicht die Bundesregierung der Deutschen-Thematik - trotz rüstungsbedingter Vereisung der west-östlichen Beziehungen im allgemeinen - bilateral beimaß, unterstrich Staatsminister Mertes einmal mehr in einer Rede vor der Berliner Sektion der Deutschen Atlantischen Gesellschaft am 30. Mai 1983. Im Rückgriff auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 4. Mai 1983 führte er aus:

Die befriedigende Regelung humanitärer Fragen hat entscheidende Bedeutung für die Entwicklung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses. Wir werden darauf drängen, dass wieder mehr Deutsche aus der Sowjetunion ausreisen können. (...) Unsere Hauptsorge in den bilateralen Beziehungen zur Sowjetunion gilt dem starken Rückgang der Aussiedlung Deutscher seit 1976, verstärkt seit 1981 (Monatsdurchschnitt 1976: 808; 1980: 597; 1981: 314; 1982: 172; Januar 1983 bis April 1983: 117 Aussiedler). Die administrative Drosselung der Ausreisen belastet unsere politischen Beziehungen mit der Sowjetunion. Die Bundesregierung ist unverändert der Auffassung, dass das Aussiedlungsproblem keine Dimension hat, die die Weltmacht Sowjetunion vor unüberwindliche Schwierigkeiten stellt. Für uns liegt die große Bedeutung des Problems darin, dass es um die Verwirklichung zumeist Jahrzehnte alter Anliegen geht, die aus menschlichen Gründen in jeder Hinsicht verständlich sind. Wir appellieren deshalb bei jeder geeigneten Gelegenheit an die sowjetische Führung, die Ausreisezahlen wieder spürbar anzuheben.³²³

Der Besuch des Bundeskanzlers und des Außenministers in der UdSSR vom 4.-6. Juli 1983 diente zunächst dem Kennenlernen der Führungspersönlichkeiten. Für Andropov war es die erste Begegnung mit einem westlichen Regierungschef. Dies unterstreicht die Bedeutung, die der "Achse" Bonn-Moskau trotz aller Spannungen beigemessen wurde. Während der Stand der bilateralen Beziehungen von deutscher Seite als insgesamt befriedigend bewertet wurde, stellte sich die Ausreisefrage als größtes ungelöstes Problem zwischen beiden Staaten dar. Bundeskanzler Kohl sprach die Ausreise von Deutschen (aber auch von Juden) und humanitäre Probleme mit Nachdruck an und appellierte, diese Angelegenheit nicht administrativ zu handhaben und eine politische Anstrengung zu ihrer Lösung zu unternehmen. Er unterstrich, dass die Deutschen historisch bedingt im Unterschied zu allen anderen Nationalitäten der UdSSR nicht als geschlossene Volksgruppe leben könnten und angesichts ihrer außerordentlich geringen kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten von totaler Assimilation bedroht seien. Dies sei einer der Gründe für die Aussiedlung. Ein anderer liege im

³²³

BPA-Bulletin Nr. 58 vom 8.6.83, S. 538, 543f

menschlich verständlichen Wunsch, zu Angehörigen und Freunden auszureisen. Die deutsche Seite sei von der Notwendigkeit überzeugt, dass man die Situation der Deutschen in den Griff bekommen müsse und könne durch eine ausgewogene Politik der Ausreise genehmigungen für alle, die dies wünschen, und andererseits durch Einräumung gleicher Entfaltungsmöglichkeiten in allen gesellschaftlichen Bereichen³²⁴.

Bundeskanzler Kohl sagte in seiner Tischrede am 4. Juli 1983:

Aus dieser langen Geschichte rührt auch die uns in diesen Tagen beschäftigende humanitäre Frage. Deutsche und Sowjetbürger deutscher Nationalität wollen zu ihren Familien und Verwandten in meinem Lande ausreisen. Diese Möglichkeit muss im Geiste der Menschlichkeit erhalten bleiben. Das ist für uns ein ganz wesentlicher Punkt der gegenseitigen Beziehungen.

Es gilt, die Tendenzen der letzten Jahre aufzuhalten und zu einer positiven Praxis zurückzukehren. Wir würden es sehr begrüßen, wenn baldige Fortschritte in der Ausreisefrage möglich würden.

Darüber hinaus bleiben wir an einer wesentlichen Verbesserung der Lebensbedingungen und der Möglichkeiten zur kulturellen Selbstverwirklichung der Deutschen in der Sowjetunion interessiert.³²⁵

Wie in den Direktorenkonsultationen vorgezeichnet, setzte der Kanzler bei seinem Besuch einen neuen Akzent auf die Verbesserung der Lage der Deutschen in ihren Siedlungsgebieten. Auch Bundesaußenminister Genscher sprach diesen Aspekt gegenüber seinem Amtskollegen Gromyko erstmals an³²⁶. Einen Monat später, am 6. September 1983, sollte in den Prinzipienkatalog des Abschließenden Dokumentes zum Madrider Nachfolgetreffen die Verpflichtung der Signatarstaaten Aufnahme finden, die Rechte und Interessen nationaler Minderheiten zu gewährleisten und zu schützen. Der qualitativ neue bilaterale Ansatz, ermöglicht durch den positiven Verhandlungsstand von Madrid, stellte einen ersten Schritt dar, den Boden für aktive Projektmaßnahmen der Bundesregierung zugunsten der Sowjetdeutschen zu bereiten.

Andropov und Gromyko wiederholten anlässlich des Kohl-Besuches das bekannte Argument, die überwiegende Zahl der Ausreisewilligen befinde sich bereits in der Bundesrepublik. Ministerpräsident Tichonov und Außenminister Gromyko beschränkten sich

³²⁴ Gesprächsunterlagen für den Besuch des Bundeskanzlers und von Bundesaußenminister Genscher in der Sowjetunion vom 4.-8.7.83, 213-321.10 SOW, S. 31f

³²⁵ *BPA-Bulletin* Nr. 76 vom 12.7.83, S. 709

Die *Pravda* vom 6.7.83 verkürzt die Wiedergabe dieses Passus der Tischrede zu "Kohl berührt schließlich Fragen der Ausreise sowjetischer Staatsbürger deutscher Nationalität ... Kohl hatte in diesem Zusammenhang auf die lange Geschichte deutscher Emigranten in Russland hingewiesen, die sich u.a. auf Einladung von Katharina II. an der Entwicklung des Landes beteiligt haben." zitiert nach: *Volk auf dem Weg*, 8/9 1983, S. 6

³²⁶ Zuschrift des Ref. 213 an Ref. 011 vom 9.4.84, 213-320.15 SOW

auf Hinweise wohlwollender Prüfung von Ausreiseanträgen³²⁷. Sie stellten damit diesbezüglich keinerlei Verbesserungen in Aussicht. Generalsekretär Andropov nahm vom Bundeskanzler aber eine Härtefall-Liste entgegen und avisierte die Ausreise von 500 Personen, die die entsprechende Genehmigung bereits erhalten hätten³²⁸. Tatsächlich erhöhte die Zahl der Aussiedler sich in den Folgemonaten auffällig, der Jahresdurchschnitt wurde um 50% übertroffen, um danach - wie üblich - wieder zum Abwärtstrend, zurückzukehren³²⁹.

Mitte Juli 1983 vertrat der stellvertretende Außenminister Stukalin gegenüber dem Präsidenten des DRK, Prinz zu Sayn-Wittgenstein, ebenfalls die Ansicht, die meisten Ausreisewilligen seien bereits in die Bundesrepublik ausgereist. Prinz zu Sayn-Wittgenstein bezifferte die beim DRK registrierten Ausreisewünsche auf 100.000 und bot an, diese durch eine sowjetische Expertenkommission überprüfen zu lassen, worauf aber Stukalin und der Präsident des Sowjetischen Roten Kreuzes, Baltiskij, nicht eingehen wollten. Die Annahme Baltiskijs, es gebe keine durch Kriegsereignisse auseinandergerissenen Familien mehr, wurde durch die vom DRK-Präsidenten überreichte Härtefall-Liste widerlegt: Von 54 Fällen der Familienzusammenführung waren 40 kriegsfolgenbedingt³³⁰.

Am 16. Oktober 1983 brachte Bundesaußenminister Genscher gegenüber seinem Amtskollegen Gromyko in Wien seine Besorgnis angesichts weiter sinkender Ausreisezahlen zum Ausdruck und bat erneut um eine großzügigere Behandlung der Ausreiseanträge.

Am 22. Juli 1983 hob die polnische Regierung das Kriegsrecht auf und ließ die meisten Verhafteten frei. Die Bundesregierung und ihre Partner verfolgten darauf "eine Linie vorsichtiger, schrittweiser Öffnung" gegenüber der UdSSR³³¹. Die positive Entwicklung konnte sich jedoch nicht fortsetzen: Am 22. November 1983 stimmte der Bundestag mit der Mehrheit der Regierungsparteien der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik zu, nachdem die sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen in Genf ergebnislos verlaufen waren. Am 9. Dezember 1983 verabschiedeten die NATO-Mitgliedsstaaten die "Brüsseler Erklärung", eine Bestätigung der

³²⁷ Vermerk vom 6.7.83, 213-321.10 SOW, S. 3

³²⁸ Unterlagen für Gespräch Bundesaußenminister Genscher - Außenminister Gromyko; am 18.1.84 in Stockholm am Rande der KVAE, S. 5

³²⁹ Möglicherweise besteht ein weiterer Zusammenhang in der Annahme des "Abschließenden Dokuments" des Madrider KSZE-Folgetreffens am 6. September 1983.

³³⁰ Unterlagen für Gespräch Bundesaußenminister Genscher - Außenminister Gromyko; am 18.1.84 in Stockholm am Rande der KVAE, S. 5

³³¹ *Jahrbuch der Bundesregierung 1983*. Bonn 1984, S. 37

Nachrüstung angesichts der von den SS-20-Raketen ausgehenden Bedrohung, aber auch ein Angebot an die Sowjetunion zur Zusammenarbeit³³².

Die Sowjetunion setzte nach dem Nachrüstungsbeschluss den Versuch fort, die öffentliche Meinung im Westen, insbesondere in Deutschland, in Sinne ihrer sicherheitspolitischen Ziele zu beeinflussen. Gegen die Bundesrepublik, der die sowjetische Seite vorwarf, die amerikanische Politik vorbehaltlos und bedingungslos zu unterstützen, lancierte die UdSSR eine intensive Propagandakampagne, die sich gegen die angebliche Wiederbelebung revanchistischer Tendenzen richtete. Dieser Konflikt bot der UdSSR zugleich eine willkommene Handhabe: 1983/84 wurden Ausreiseanträge von Deutschen überwiegend mit der Begründung "im Zusammenhang mit der zugespitzten internationalen Lage" abgelehnt. Am 9. Februar 1984 starb Generalsekretär Andropov nach langer Krankheit und nur 15 Monaten im Amt als Parteichef der KPdSU. Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher nahmen an den Begräbnisfeierlichkeiten in Moskau teil und trafen mit Andropovs Nachfolger Konstantin Černenko zusammen.

Die Eröffnung der Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) am 18. Januar 1984 in Stockholm nutzte Bundesaußenminister Genscher für ein erneutes eindringliches Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko über das Aussiedlerproblem. Der Gesprächsführungsvorschlag sah eine ungeschminkte, harte Sprache vor:

Die weiter rückläufige Entwicklung der Ausreisen versetzt den von der SU selbst mitgetragenen und verkündeten Grundsätzen einen Schlag. Wir benutzen diese Gelegenheit, um erneut eindringlich an die sowjetische Führung zu appellieren, den Ausreiseanliegen in maximaler Weise gerecht zu werden. In aller Offenheit wollen wir sagen, dass es unser Wunsch ist, dass die SU an das Problem in einer Weise herangeht, die von allen ideologischen Prinzipien und Prestigeüberlegungen abstrahiert und zur Kenntnis nimmt, dass hier Menschen den zutiefst verständlichen Wunsch haben, entweder zu ihren Angehörigen oder ganz einfach in ihre historische Heimat auszureisen. Diese Anliegen sind um so berechtigter, als die Betroffenen Opfer einer Nationalitätenpolitik sind, für die man nur in einer bestimmten historischen Phase Verständnis haben konnte.

Die derzeitige sowjetische Politik in der Ausreisefrage findet zudem in der deutschen Öffentlichkeit keinerlei Verständnis.³³³

Die Familienzusammenführung stellte wiederum einen vorrangigen Gesprächsgegenstand während des Besuches von Bundesaußenminister Genscher vom 20.-22. Mai 1984 in

³³² *BPA-Bulletin* Nr. 136 vom 13.12.83, S. 1229f

³³³ Unterlagen für Gespräch BM Genscher - AM Gromyko; am 18.1.84 in Stockholm am Rande der KVAE, o.Az., S. 22f

Moskau dar. Bundesaußenminister Genscher übergab eine Härtefall-Liste mit 426 Fällen, insgesamt 2.614 Personen. In seiner Tischrede anlässlich des Mittagessens, das Außenminister Gromyko am 21. Mai 1984 zu seinen Ehren gab, sagte er:

Herr Minister, in den Gemeinsamkeiten der deutschen und russischen Geschichte wurzelt der Wunsch von Deutschen und Sowjetbürgern deutscher Nationalität, zu ihren Familien und Verwandten in meinem Lande auszureisen.

Uns liegt daran, dass die Aussiedlung von Deutschen aus der Sowjetunion von sowjetischer Seite wieder in größerem Umfang ermöglicht wird. Dies ist für uns ein ganz wesentlicher Punkt der gegenseitigen Beziehungen.³³⁴

Gromyko zeigte sich in der Ausreisefrage völlig abweisend und weigerte sich, solche "Fragen innerer Ordnung der SU" zu erörtern³³⁵. Die *Pravda* berichtete zwar ausführlich über die Gespräche, ließ jedoch bei dem Abdruck der Tischrede Genschers u.a. die Passagen zur Thematik der Familienzusammenführung sowie zu den Menschenrechten erneut weg.

In das Gespräch mit dem neuen Generalsekretär Černenko, den Genscher bat, seine Aufmerksamkeit auf die Ausreise-Problematik zu richten und wohlwollend zu prüfen und zu entscheiden, schaltete Gromyko sich ein und sagte zu Černenko, diese Fragen seien bereits besprochen. Dementsprechend erklärte Černenko in seiner Antwort, er glaube, diese Frage sei eingehend in dem Meinungs-austausch mit Gromyko behandelt worden, der die "gemeinsame Haltung der sowjetischen Führung" zum Ausdruck gebracht habe. Es gelte also (hier fiel Gromyko wieder ein, "was gesagt worden ist", und Černenko übernahm:), was gesagt worden sei³³⁶.

Der Verlauf der Begegnung von Genscher mit Generalsekretär Černenko lässt darauf schließen, dass der Rückgang der Aussiedlerzahlen in erster Linie auf Außenminister Gromykos kompromisslose Haltung zurückzuführen sein musste sowie auf dessen gerade in der ersten Hälfte der 80er Jahre besonders dominante Position angesichts der letzten Lebensjahre Brežnevs und zweier Generalsekretäre, die innerhalb kürzester Zeit starben.

Am Rande der UN-Vollversammlung wurde Genscher am 25. September 1984 gegenüber Außenminister Gromyko wie schon in früheren Jahren in Sachen Aussiedlung vorstellig³³⁷.

Am 8. November 1984 fand im Deutschen Bundestag eine weitere Debatte zur Lage der Deutschen in der Sowjetunion statt. Hintergrund war eine Entschließung der

³³⁴ *BPA-Bulletin* Nr. 58 vom 23.5.84, S. 520

³³⁵ Unterrichtung der Auslandsvertretungen zum Besuch von Bundesaußenminister Genscher in Moskau vom 20.-22.5.84, Az. 012, S. 5f

³³⁶ Vermerk zum Gespräch Bundesaußenminister Genscher mit Generalsekretär Černenko in Moskau am 22.5.84, 213-321.10 SOW, S. 9

³³⁷ Staatsminister Möllemann auf eine Anfrage von MdB Dr. Hupka, *PIPr.* 10/94 vom 25.10.84, S. 6889

Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 29. September 1983, die vom Deutschen Bundestag unverändert übernommen wurde³³⁸. Wenn die Debatte auch Anlas für parteipolitische Polemik bot, so waren sich alle Fraktionen des Deutschen Bundestages dennoch grundsätzlich einig in der Analyse der Situation der Deutschen. MdB Jäger sprach von "einer wahrhaft trostlosen Lage"; von einer Achtung ihrer Menschenrechte sowie einer Respektierung der Volksgruppen- und Minderheitenrechte könne keine Rede sein:

Vielmehr werden die Menschenrechtsbestimmungen, die von der Sowjetunion in feierlichen Verträgen und Abmachungen auf der Ebene der Vereinten Nationen und der KSZE - zuletzt vor einem Jahr in Madrid - anerkannt worden sind, in erheblichem Maß verletzt. Die Pflege der kulturellen Eigenart der deutschen Volksgruppe, der Gebrauch der deutschen Sprache und Bekenntnis und Ausübung des christlichen Glaubens in unterschiedlichen Religionsgemeinschaften werden in solchem Ausmaß behindert und eingeschränkt, dass praktisch von einer Verweigerung dieser Rechte gesprochen werden muss. Die Kinder der Deutschen in der UdSSR werden in den Schulen diskriminiert und als Faschisten beschimpft, bloß weil sie einen deutschen Namen tragen.³³⁹

Die Sowjetunion zeigte sich sehr empfindlich: In einer Reaktion auf die Bundestagsdebatte sprach der sowjetische Botschafter Semenov gegenüber Bundespräsident von Weizsäcker am 23. November 1984 der deutschen Seite die Kompetenz ab, über sowjetische Staatsbürger deutscher Nationalität zu sprechen, und wies dies erneut als Einmischung in innersowjetische Angelegenheiten zurück. Es fällt auf, dass im Dezember 1984 dennoch die höchste Aussiedlerzahl des ganzen Jahres erreicht wurde, und zwar mit 135 ein Vielfaches des Vormonats (37) und weit über dem Monatsdurchschnitt (76). Dennoch sank 1984 die Zahl der Aussiedler mit 913 auf einen neuen Tiefststand seit 1971.

Erneute Gelegenheit, die humanitäre Thematik bilateral zu erörtern, ergab sich am 21. Januar 1985 bei einem Treffen der Gemischten deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission. Der deutsche Verhandlungsführer Pfeffer appellierte an den Leiter der sowjetischen Delegation, Bondarenko, "sich humanitär großzügig zu zeigen"³⁴⁰. Entsprechend intervenierte Bundesaußenminister Genscher wiederum bei Außenminister Gromyko am 4. März 1985 in Moskau³⁴¹, nur wenige Tage vor dem Tod von Generalsekretär Černenko am 10. März 1985. Am 11. März 1985 wurde Gorbačev neuer Generalsekretär der KPdSU.

³³⁸ *PIPr.* 10/98 vom 8.11.84, S. 7063-7073; Einzelheiten s. Kapitel zum Europarat

³³⁹ *ibid.* S. 7063

³⁴⁰ Sachstand vom 13.6.85, S. 5

³⁴¹ Sachstand vom 13.6.85, S. 5

2.4 UdSSR: Interessen und Argumentation

Wie gezeigt, differenzierte die sowjetische Seite ganz offensichtlich zwischen ihren Zusagen in der Ausreisefrage einerseits und deren Realisierung andererseits. Das Versprechen, den in der Repatriierungserklärung von 1958 aufgeführten Personenkreis bis Ende 1959 nach Deutschland ausreisen zu lassen, hielt sie nicht ein. Verschiedentlich wurde in dieser Untersuchung auf Härtefall-Listen hingewiesen, die der sowjetischen Regierung in den 70er und 80er Jahren übergeben wurden. Sie enthielten noch immer Angehörige dieses Personenkreises. Statistiken des Roten Kreuzes aus den Jahren 1979-1988 enthalten noch eine gewisse Anzahl von Aussiedlern, die nach der Vereinbarung von 1958 zur begünstigten Kategorie zählten und längst hätten ausgereist sein sollen³⁴².

Soweit sich sowjetische Gesprächspartner über den Verweis auf die angebliche Einmischung in innere Angelegenheiten oder ihre formelhaften Wohlwollenserklärung hinaus überhaupt auf eine Argumentation einließen, wurden den deutschen Bitten und Vorhaltungen seit 1977, mehr Sowjetdeutsche ausreisen zu lassen, zur Erklärung der niedrigen Aussiedlerzahlen stereotyp drei Gründe entgegengehalten, die hier der Vollständigkeit halber und zur Illustration eines solchen Gesprächs dokumentiert werden sollen:

1. Im Bereich der Ausreisen könne man keine Planwirtschaft einführen.

Dies fasste die deutsche Seite, der natürlich bewusst war, dass die Aussiedlung sehr wohl nach einem Plan - nämlich seit Jahren nach einem obstruktiven - durchgeführt wurde, so auf, dass die UdSSR nicht bereit war, sich auf eine günstige Ausreisezahl festzulegen - es sei denn, es erschien politisch opportun.

2. Bei den Ausreisen dürfe kein Schneeballeffekt entstehen.

Dieses Argument war für die deutsche Seite nie akzeptabel, da weder in der sowjetischen Verfassung, noch in der KSZE-Schlussakte oder dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 eine Handhabe für Ausreisebegrenzung aus einer solchen Überlegung heraus gegeben war. Auf die sowjetische Haltung wurde entgegnet, der Wunsch nach Rückkehr sei unter den Deutschen verbreitet, ein Schneeballeffekt werde sich aus verständlichen Gründen nicht ganz vermeiden lassen.

³⁴²

vgl. Anhang 5.

3. Die Befriedigung der Anträge führe objektiv zur Verringerung der Aussiedlungswilligen.

Dem konnten die faktischen Gegebenheiten entgegengehalten werden: Die hohe Zahl der beim DRK registrierten Ausreisewilligen.

Über die letztlich entscheidenden sowjetischen Überlegungen und die Motivation, mehr oder weniger Ausreisen zu genehmigen, können nur Hypothesen aufgestellt werden, solange das diesbezügliche sowjetische Archivmaterial nicht frei zugänglich ist. Man darf jedoch annehmen, dass die Gründe, die letztlich zu der Entscheidung führten, vielschichtiger Natur waren.

Das erste Argument der sowjetischen Seite, *im Bereich der Ausreisen könne man keine Planwirtschaft einführen*, muss anders als es gemeint war, nämlich die Verantwortung der sowjetischen Führung für den Rückgang der Aussiedlerzahlen zu verschleiern, als indirektes Eingeständnis aufgefasst werden, die Dinge im eigenen Land eben nicht unter Kontrolle zu haben. Daraus erklärt sich auch das zweite Argument, *bei den Ausreisen dürfe kein Schneeballeffekt entstehen*, das im Gegensatz zum ersten ernst zu nehmen ist, wie allein die Entwicklung der beim DRK registrierten Ausreisewünsche im Verhältnis zu den tatsächlichen Ausreisezahlen beweist. Wolf Oschlies vermutete in Analogie zur jüdischen Emigration eben diesen Hintergrund für die letzte Drosselung der Ausreisezahlen:

Die Sowjetunion war offenkundig in den frühen siebziger Jahren der Ansicht, die gesamte deutsche Volksgruppe dadurch 'befrieden' zu können, dass sie gewisse 'Rädelsführer' ausreisen ließ; entsprechend wurde das Tor zum Westen einen etwas breiteren Spalt weit geöffnet. Ein lawinenartiges Ansteigen der Ausreiseanträge ... ließ diese Kalkulation nicht aufgehen, und fortan setzten die sowjetischen Behörden auf Repression.³⁴³

Ein ähnliches Fazit zog die *Neue Züricher Zeitung* bereits 1972: "Die Aktivität der sowjetischen Juden scheint auch anderen Völkern in der Sowjetunion Eindruck gemacht zu haben, und dies mag vielleicht auch ein Grund sein, dass die Führung die Übersiedlung aktiver Juden nach Israel gestattet, um diese als Zündstoff zu entfernen."³⁴⁴

Innerstaatlich führte die Sowjetunion nach Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte und Gründung von Helsinki-Gruppen - die Moskauer Gruppe konstituierte sich am 12. Mai 1976 unter der Leitung von Prof. Jurij Orlov - eine Politik der Schadensbegrenzung und setzte Dissidenten, aber auch Ausreisewillige, weiterhin restriktiven Maßnahmen aus. Darüber

³⁴³ Oschlies, W., "Deutsche in der Sowjetunion - Versuch einer Bestandsaufnahme". *Sowjetunion 1982/83. Ereignisse, Probleme, Perspektiven*. München 1983, S. 102-112; S. 110

³⁴⁴ *Neue Züricher Zeitung*, 2.4.72

hinaus bot die von der sowjetischen Seite als zunehmende Bedrohung verstandene Entwicklung der internationalen Lage nach 1979 Anlas und Vorwand, die Repression Oppositioneller und unzufriedener Kreise zu verstärken. Nach den Erfahrungen vor allem mit jüdischen Dissidenten ist nicht auszuschließen, dass das Problem der Deutschen sehr früh auch in diesem Zusammenhang gesehen wurde.

In einem etwas anderen Sinne vermutet auch C.C. Aronsfeld vom Institute of Jewish Affairs in Anlehnung an Heitman Prävention als sowjetische Motivation:

The problem of the Germans in Soviet Russia may well have an impact far wider than on German-Russian relations alone. Sidney Heitman is encouraged to believe that 'as long as the Soviet Germans remain an unresolved problem for the USSR, they are a potential source of Soviet instability. ... If the Soviet Germans resist peaceful accomodation and continue to agitate for concessions and freer emigration, they will help to feed fires of dissidence and national unrest in the USSR'.³⁴⁵

Avril Pittman teilt diese Analyse und sieht als ein primäres Ziel sowjetischer Nationalitätenpolitik "maintaining its coalition of minorities":

Special treatment for the Germans over emigration would presumably have had to mean special treatment of the Jews. Privileges for these two groups of minorities would have meant demands for privileges (if of another kind) from other ethnic groups. At the least it could have undermined the credibility of the policy of the emergence of a homogenous single Soviet nation and at worst the risks could have been incalculable.³⁴⁶

Die Deutschen sind zwar nie militante Vorreiter nationalen Protestes gewesen wie Juden, Krimtataren, Balten, Georgier oder die Angehörigen der anderen von Stalin deportierten Nationalitäten, die entgegen den Anstrengungen der Behörden schon ab Sommer 1954 in Scharen aus der Deportation in ihre ehemaligen Siedlungsgebiete heimkehrten. Die Deutschen kämpften allerdings - ebenso wie die Krimtataren - zu einem Zeitpunkt für ihre Rehabilitierung und Autonomierechte als Volksgruppe als anderen diese Forderungen bereits erfüllt waren bzw. wieder andere Nationalitäten solche noch nicht erhoben hatten. Dadurch dürfte die weitere nationalitätenpolitische Entwicklung in der UdSSR nicht unbeträchtlich beeinflusst worden sein. So verfassten die Deutschen bereits in den Jahren 1964-1967 Petitionen, während seitens der sowjetischen Juden erst ab 1968 im Ausland die ersten

³⁴⁵ Aronsfeld, C.C. "German Emigration from the Soviet Union". *Research Report*. Institute of Jewish Affairs, No. 12, Sept. 1982, S. 8

³⁴⁶ Pittman, A. *From Ostpolitik to Reunification: West German - Soviet Political Relations Since 1974*. Cambridge 1992, S. 16

Petitionen veröffentlicht wurden³⁴⁷. Darüber hinaus ergaben sich Wechselwirkungen mit der Emigrationsbewegung der Juden und später der Armenier. Ende der 60er Jahre dominierten diese Minderheiten im Ausland das Bild von den sowjetischen Nationalitätenkonflikten. Heitman und Pittman wäre insofern zuzustimmen, dass die Sowjetunion ein Interesse daran haben musste, eine destabilisierend wirkende Vorbildfunktion der deutschen nationalen Bewegung einschließlich der massenhaften Emigration unter Kontrolle zu bringen, zumal die Deutschen Anfang der siebziger Jahre begannen, ihre Forderungen radikaler vorzubringen, "encouraged by the example of the Jews"³⁴⁸, wie Aronsfeld in seinem Aufsatz feststellte. Aufsehenerregende Demonstrationen auf dem Roten Platz oder spektakuläre Aktionen wie eine Flugzeugentführung blieben allerdings die Ausnahme³⁴⁹.

Das von Prestigeüberlegungen bestimmte Verhalten der UdSSR und ihr überentwickeltes Großmachtbewusstsein darf als Politik-Faktor gegenüber der als nicht ebenbürtig betrachteten Bundesrepublik nicht unterschätzt werden. Die Abstimmung hunderttausender Bürger mit den Füßen war dem Selbstverständnis und dem gewünschten internationalen Image der UdSSR unerträglich, das ergibt sich unzweideutig aus den hier zitierten Protokollen der Auman-Dokumentation zu Sitzungen im ZK in den 70er und 80er Jahren. Die Politik, diese Entwicklung durch Repressionen und Propaganda zu unterbinden, führte letztlich zu der bilateral ständig wiederholten Behauptung der UdSSR (Argument Nr. 3), alle Ausreisewilligen seien ausgereist, daher müssten auch die Ausreisenzahlen zurückgehen.

Volkswirtschaftliche Überlegungen haben die Ausreisepolitik der sowjetischen Führung ohne Zweifel wesentlich mitbestimmt, wobei sich die äußeren Umstände nach 1987 veränderten. Die Äußerungen Mikojans, Kunaevs und 1989 des Gebietschefs von Wolgograd, Kalašnikov, über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Deutschen müssen ernst genommen werden. Diese Führungspersönlichkeiten hatten damit gleichzeitig die materialistische Nützlichkeitsbeziehung des sowjetischen Staates zu den Sowjetdeutschen ungeschminkt eingeräumt. Aus dieser Sicht waren die berechtigten Anliegen der Sowjetdeutschen zweitrangig. Die Sowjetdeutschen nahmen das ihnen entgegengebrachte "Fürsorgeverhältnis" ihres Staates mit Bitterkeit zur Kenntnis. Eine der Leitfiguren der späteren Bewegung der Deutschen, Akademiemitglied Rauschenbach, sagte auf dem Kongress der Sowjetdeutschen im Oktober 1991:

³⁴⁷ vgl. Pinkus, B. "Die Auswanderungsbewegung der Deutschen und Juden seit 1970: Ein Vergleich". *Die Deutschen im Russischen Reich und im Sowjetstaat*. Köln 1987, S. 151-166, S. 161

³⁴⁸ *ibid.* S. 4

³⁴⁹ Jüdische Aktivisten hatten eine Flugzeugentführung bereits 1970 durchgeführt - deutsche erst im November 1982; vgl. Pinkus/Fleischhauer, *Die Deutschen*, S. 512

Seien wir offen: In dem vergangenen halben Jahrhundert war das Verhältnis zu den Sowjetdeutschen ein rein utilitaristisches. Und ihre Republik wurde nach dem Krieg gerade deshalb nicht wiederhergestellt, weil sie an den Orten der Zwangsansiedlung [specposelenie] unentbehrliche Arbeitskräfte geworden waren.³⁵⁰

Ein Bericht der Nordatlantischen Versammlung zur Lage der Deutschen registrierte 1981 trotz nur verhältnismäßig geringer Ausreisezahlen eine sowjetische Beunruhigung über die Ausreise der Deutschen angesichts "their importance to the Soviet economy in Western Siberia"³⁵¹.

Ende der 80er Jahre ist verschiedentlich versucht worden, den durch die Aussiedlung verursachten volkswirtschaftlichen Schaden zu beziffern. Danach habe die Ausreise der Deutschen den sowjetischen Staat bis Anfang 1990 bereits 80 Milliarden Rubel gekostet³⁵². Das materielle Argument ist für die Zeit vor Gorbatschow weniger stichhaltig als für die Gegenwart. Damals dürften Verluste dieser Art keine größere Rolle gespielt haben, zumal die Deutschen i.d.R. von teuren Ausbildungen ferngehalten wurden und nur eine volkswirtschaftlich irrelevante Anzahl von ihnen das Land verlassen konnte.

Um so absurder scheint es auf den ersten Blick, dass später, in Zeiten begrenzter finanzieller Ressourcen und mangelnder qualifizierter, zuverlässiger Arbeitskräfte gerade auf dem Lande, der mit der Aussiedlung verbundene Milliardenverlust hingenommen wurde, ohne Anstrengungen zu unternehmen und Anreize zu bieten, die Deutschen im Lande zu halten. Daher gingen die Sowjetdeutschen fälschlich davon aus, dass die UdSSR aus materiellen Gründen ein fundamentales Interesse an einer Eindämmung des 1987 einsetzenden Aussiedlerstromes haben musste:

Wenn man in Betracht zieht, was es kostet, einen Menschen in die Welt zu setzen und aufzuziehen, was es kostet, ihm eine Schulbildung und eine Berufsausbildung zu geben, wie viel überhaupt ein qualifizierter Spezialist kostet, ein Arbeiter, dann verwandelt sich die Ausreise der Sowjetdeutschen für unser Land in ein permanentes Černobyl!³⁵³

³⁵⁰ *Neues Leben*, 30.10.91, S. 5

³⁵¹ Dok. Y 179, CIC/FF (81) 10, S. 18

³⁵² Boris Rauschenbach in: *Sovetskaja Kul'tura*, 7.4.90; vgl. auch Untersuchung von Gosplan vom 20.9.89 auf Weisung des Ministerrats der UdSSR vom 5.8.89 zu den wirtschaftlichen Folgen der deutschen Emigration, s.u. und *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 244f, *Izvestija*, 14.11.90, *Freundschaft*, 5.12.90, Vermerk 213-321.39 vom 20.6.91, *Die Zeit* 18.10.91

³⁵³ Wormsbecher, *Neues Leben*, 23.8.89, S. 6

Diese Rechnung konnte die Sowjetunion aber nicht bewegen, integrative Maßnahmen zugunsten der zwar als Arbeitskräfte geschätzten Angehörigen der deutschen Minderheit zu ergreifen, weil sich an dem rein materiellen Verhältnis des sowjetischen Staates zu den Sowjetdeutschen trotz der enormen volkswirtschaftlichen Verluste durch deren Abwanderung, z.B. 1990 pro 100.000 Personen ca. 4 Milliarden Rubel³⁵⁴, nichts verändert hatte: Anders als Rauschenbach, der naiv einen gleichzeitigen volkswirtschaftlichen Gewinn der Bundesrepublik in mindestens ebensolcher Höhe³⁵⁵ errechnete, dürfte die Sowjetunion erkannt haben, dass die tatsächlichen Kosten für die "Befriedigung der nationalen Bedürfnisse" und den Kulturerhalt, wenn er denn überhaupt möglich wäre, vermutlich noch weit über den Milliarden-Aufwendungen gelegen hätten, die die Bundesregierung für Eingliederungs-, Überbrückungshilfen und Sprachförderung aufbringen musste: "Die Überzeugung, dass Aussiedler auch der zweiten und dritten Generation Deutsche sind, selbst wenn sie kein Wort deutsch sprechen, kostete Bund, Länder und Gemeinden im Jahre 1990 glatte 4,5 Milliarden Mark."³⁵⁶

Konkrete sowjetische Zahlen wurden im Rahmen des Tätigkeitsbericht zur Arbeit der Gusev-Kommission im ersten Halbjahr 1990 von Jurij Haar auf der 3. Konferenz der "Wiedergeburt" zu einem Teilaspekt vorgelegt: Der Umzug von 200-300.000 Deutschen an die Wolga "erfordert einige Milliarden Rubel" (7-8 Millionen Rubel der Umzug = 35.000 Rubel pro Person), neue Arbeitsplätze, Infrastruktur, ca. 3 Millionen m² Wohnfläche, Ausbildung etc., Entschädigung für zurückgelassene Häuser³⁵⁷.

Dazu trat für die UdSSR das unberechenbare politische Risiko, das mit der Erfüllung der sowjetdeutschen Forderungen nach Wiederherstellung der Wolgarepublik verbunden war, sowie zunehmende Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit in der UdSSR, die die Abwanderung von Hunderttausenden wünschenswert machten.

³⁵⁴ *Izvestija*, 14.11.90

³⁵⁵ *Freundschaft*, 5.12.90, S. 2

³⁵⁶ *taz*, 15.11.91

³⁵⁷ vgl. *Freundschaft*, 31.8.90, S. 2

2.5 Bundesrepublik Deutschland: Legitimation und Methode

Angesichts der sowjetischen Vorwürfe gegen ein deutsches Eintreten zugunsten der Sowjetdeutschen, das als Einmischung in innere Angelegenheiten gesehen wurde, stellt sich die Frage nach der sachlichen und rechtlichen Legitimation des deutschen Engagements.

Die sachliche Legitimation ergibt sich einerseits aus den historischen Bindungen Deutschlands zu den Deutschen in aller Welt, die aus ihrer Heimat ausgewandert sind. Die Bundesregierung tritt daher für die Verbesserung der Lage aller Deutschen ein, wo immer sie leben. Im Falle der Russlanddeutschen sprach MdB Hupka - soweit erkennbar erstmals - von einer "Obhutspflicht", ein Begriff, der in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl am 18. März 1987 wieder auftaucht³⁵⁸. Andererseits haben die Deutschen in der UdSSR infolge des deutschen Angriffs auf die UdSSR ein besonderes, unverschuldetes und außerordentlich hartes Kriegsfolgeschicksal erlitten, das ihre Existenz und ihr Selbstverständnis bis in die Gegenwart tief prägt: Als Folge des Krieges steht die deutsche Volksgruppe unter einem "Vertreibungsdruck", der viele zur Ausreise nötigte, die ansonsten in der Heimat verblieben wären. Der Begriff "Vertreibungsdruck" findet allerdings angesichts seiner eindeutigen Zuordnung zu einer bestimmten Epoche und nach der politischen Annäherung der Bundesrepublik an die betreffenden Staaten im Laufe der letzten Jahre inzwischen auch in Regierungskreisen keine Anwendung mehr.

Die Bundesregierung sieht sich daher aus historischen und humanitären Gründen zu einem Engagement und, anders als im Falle von Deutschen, die in Länder außerhalb des ehemaligen Ostblocks auswanderten, z.B. nach Südamerika, auch zu deren Aufnahme in der Bundesrepublik verpflichtet. In diesem Sinne existiert in der Bundesrepublik mit Art. 116 Grundgesetz in Verbindung mit dem Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) und einer Reihe von weiteren Gesetzen und Programmen der Bundesregierung zur konkreten Regelung der Aufnahme und sozialen Sicherung eine gesetzliche Grundlage für die Aufnahme von Aussiedlern u.a. aus der ehemaligen Sowjetunion.

Aussiedlerstatus erhält nach BVFG § 1 Abs. 2 Ziff. 3, wer entweder deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger³⁵⁹ und Vertriebener ist; darunter fällt auch jeder Deutsche, der "nach Abschluss der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen ... die Sowjetunion

³⁵⁸ Dr. Hupka, *PIPr.* 10/129 vom 28.3.85, S. 9568

³⁵⁹ Die deutsche Volkszugehörigkeit liegt nach § 6 BVFG dann vor, wenn jemand "sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird", ein Nachweis, der häufig dadurch erschwert wird, dass das Bekenntnis zum Deutschtum ebenso zu persönlichen Nachteilen und Verfolgung geführt hat wie der Gebrauch der deutschen Sprache und daher in vielen Fällen unterblieb.

... verlassen hat oder verlässt, es sei denn, dass er, ohne aus diesen Gebieten vertrieben und bis zum 31. März 1952 dorthin zurückgekehrt zu sein, nach dem 8. Mai 1945 einen Wohnsitz in diesen Gebieten begründet hat". Das geltende Recht ist 1990 durch das Aussiedleraufnahmegesetz und 1992 durch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz modifiziert worden.

Die bilateralen rechtlichen Grundlagen - die Repatriierungsvereinbarung vom 8. April 1958 hinsichtlich der Personen deutscher Staatsangehörigkeit sowie die Wohlwollenserklärung betreffend Administrativumsiedler sowie eine Vielzahl späterer sowjetischer Wohlwollenserklärungen - sind ausführlich behandelt worden. Sie erlaubten der Bundesregierung eine Intervention für Sowjetbürger deutscher Nationalität, z.B. die Unterstützung spezieller Ausreisanliegen mit Verbalnoten durch die Deutsche Botschaft³⁶⁰, ja verpflichten sie dazu, ohne sich dem Vorwurf der Einmischung aussetzen zu müssen. Darüber hinaus gaben die Entwicklungen im multilateralen Raum der Bundesregierung weitere Legitimation, sich für die Sowjetdeutschen einzusetzen. Den Wandel im Souveränitätsdenken - die Abkehr vom Interventionsverbot in Art. 2 Ziff. 7 der UN-Charta in Menschenrechtsangelegenheiten - brachte Staatsminister Mertes in einer Rede vor der Berliner Sektion der Deutschen Atlantischen Gesellschaft am 30. Mai 1983 eindrucksvoll auf den Punkt:

Als das Internationale Militärtribunal der Siegermächte 1946/46 in Nürnberg die Verantwortlichen des NS-Regimes mit seinen Verletzungen der Menschenrechte und seinen Verbrechen gegen die Menschenwürde konfrontierte, glaubte Hermann Göring folgendes einwenden zu sollen: 'Man scheint zu vergessen, dass Deutschland ein souveräner Staat war und seine Gesetzgebung innerhalb des deutschen Volkes nicht der Jurisdiktion des Auslandes unterworfen war.' Eine solche Einrede, die sich auf die Souveränität und die innere Gesetzgebung der Staaten beruft, um Verletzungen der Menschenrechte und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu rechtfertigen, muss der Vergangenheit angehören.

Deshalb sind in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg auf internationaler und regionaler Ebene wirksame Grundlagen für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte geschaffen worden. Dieses Thema darf deshalb aus den deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht ausgeklammert werden.

Dabei darf ich klarstellen: Menschliche Erleichterungen - so wichtig sie bleiben - sind nicht dasselbe wie Menschenrechte und deren Verwirklichung; ...³⁶¹

Im internationalen Bereich gemeint sind der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 sowie das Internationale Übereinkommen zur

³⁶⁰ vgl. Erklärung von Staatsminister Möllemann vor dem Deutschen Bundestag am 15.3.85, *PIPr.* 10/127, S. 9410
³⁶¹ *BPA-Bulletin* Nr. 58 vom 8.6.83, S. 539

Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 7. März 1966 sowie die KSZE-Schlussakte von Helsinki und spätere Dokumente in diesem Rahmen. Die Bundesregierung ist aufgrund dieser Verträge der Wahrung allgemeiner, international verbriefteter humanitärer Standards und der Verwirklichung von individuellen Menschenrechten verpflichtet.

Über diese Grundlagen deutscher Politik waren sich Regierung und Opposition bis zum Ende der Sowjetunion einig. Lediglich zur Methodik der deutschen Politik gab es Meinungsverschiedenheiten zwischen CDU/CSU einerseits und SPD sowie FDP andererseits. Dennoch bediente sich die deutsche Politik in all den Jahren der Methoden der klassischen, stillen Diplomatie weitgehend unter Ausschluss jeglicher Publizität. Öffentliche Verlautbarungen fielen in der Regel kurz aus und verblieben im Bereich des Unverbindlichen, wenig Konkreten und Formelhaften. Der SPD-MdB Schlaga definierte diese Zurückhaltung: "Wenn ich ... von jemandem etwas haben will, dann ist der Tritt vors Schienbein eine wenig erfolgreiche Methode."³⁶² Lediglich Staatsminister Dr. Mertes ließ am 20. September 1983 eine umfangreiche Presseerklärung verbreiten, die die Verstimmung der Bundesregierung über viele Jahre sowjetischer Hinhaltetaktik undiplomatisch deutlich zum Ausdruck brachte. Mit dieser Erklärung erreichte die öffentliche, regierungsamtliche Kritik an der UdSSR allerdings auch ihren Höhepunkt:

Friede heißt nicht nur Friedenserhaltung - gegen jedes Kriegsrisiko; Friede heißt auch Friedensgestaltung auf der Grundlage von Menschenrecht und Menschlichkeit. Das Schicksal der Deutschen in der Sowjetunion und der Rückgang der Zahl der deutschen Aussiedler aus der Sowjetunion beweisen, dass die Sowjetunion diese Maßstäbe des Friedens missachtet. (...) Ernsthaftige Vertrauensbildung und echte Entspannung sind nur möglich, wenn das gegebene Wort eingehalten und elementare Menschlichkeit verwirklicht wird.³⁶³

Die vermeintliche Zurückhaltung der Bundesregierung und die evidente Erfolglosigkeit der deutschen Politik in der Grundsatzfrage, der Anhebung der Ausreisenzahlen, veranlasste die seinerzeitige CDU/CSU-Opposition im Deutschen Bundestag bereits zu einem viel früheren Zeitpunkt, am 11. November 1981 in einer Aktuellen Stunde, der Bundesregierung eine zu "leisetreterische Politik" in Sachen Sowjetdeutsche vorzuwerfen und öffentlich im Vorfeld des Brežnev-Besuches auf die Lage der Deutschen aufmerksam zu machen. Die Frage des SPD-MdB Neumann: "Glauben Sie wirklich, dass eine Aktuelle Stunde die Sowjetunion dazu bringen kann, mehr Ausreisegenehmigungen zu erteilen? Ich frage mich und Sie:

³⁶² Schlaga, *PIPr.* 10/129 vom 28.3.85, S. 9567

³⁶³ Presseerklärung des Auswärtigen Amtes vom 20.9.83. zitiert nach: Antwort Staatsminister Dr. Mertes vom 26.10.83 auf die parlamentarische Anfrage von MdB Dr. Hupka, *Drs.* 10/457

Glauben Sie wirklich, dass wir den Menschen helfen, wenn wir hier im Rahmen einer Aktuellen Stunde vor dem Besuch des Generalsekretärs lautes Getöse produzieren?", wurde aus den Reihen der CDU/CSU mit "Ja, das glauben wir!"³⁶⁴ beantwortet.

Der Abgeordnete Dr. Hupka (CDU) erklärte:

Während ... die USA und die Juden ... für ihre Glaubensgefährten Partei ergreifen, schweigt sich die Bundesregierung über das Schicksal der Deutschen in der Sowjetunion nahezu aus. In Tischreden in Moskau wird vom Schicksal und menschlichem Leid getrennter Familien gesprochen, auf die Aussiedlung von Deutschen aus der Sowjetunion hingewiesen, aber im Anschluss daran ereignet sich nichts.

Die Sowjetunion lässt trotz der wiederholten Besuche herüber und hinüber immer weniger Deutsche ausreisen, ohne dass seitens der Bundesregierung offiziell und öffentlich protestiert wird. In der Fragestunde haben wir soeben von der Bundesregierung gehört, dass die Sowjetunion der Ausreise der Deutschen die rechte Bedeutung nicht beimesse. Blasser und unverbindlicher kann man es wohl nicht sagen. Man geht so miteinander um, als sei das Los der Deutschen in der Sowjetunion ohne Belang für die deutsch-sowjetischen Beziehungen. In Wirklichkeit sollte aber das Los der Deutschen in der Sowjetunion das zentrale Problem zwischen beiden Staaten und Regierungen sein.³⁶⁵

Gegen ein öffentliches, lautstarkes Vorgehen sprach sich der SPD-Abgeordnete Neumann aus:

Die Bundesregierung hat schon vor der KSZE-Konferenz, schon seit 1969 unter ... Bundeskanzler Willy Brandt... und später unter Helmut Schmidt immer wieder öffentlich und noch viel wirksamer in vielen Gesprächen mit politischen Führern der Sowjetunion die Bedeutung dieser Frage betont. (...) Mag es in einem Fall richtig sein, öffentlich zu demonstrieren, so kann in einem anderen Fall die öffentliche Demonstration genau der falsche Weg sein. Im Verhältnis zur Sowjetunion hat es nichts mit Leisetreterei zu tun, wenn wir aus der Erfahrung heraus den Weg über Kontakte, über Gespräche und vor allen Dingen über Beharrlichkeit für erfolgversprechender halten als öffentliche Demonstrationen. Der Erfolg hat uns recht gegeben. (...) Hier ist ein beharrliches, zähes Verhandeln gefragt, kein öffentlicher Lärm.³⁶⁶

Auch Frau Dr. Hamm-Brücher unterstrich in einer Reaktion auf Äußerungen aus den Reihen der CDU/CSU während der Bundestagsdebatte am 8. November 1984 zum gleichen Thema:

³⁶⁴ Neumann, MdB in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages am 11.11.81, *Volk auf dem Weg*, 2/1982, S. 14

³⁶⁵ Dr. Hupka, MdB, *ibid.* S. 12

³⁶⁶ Neumann, MdB, *ibid.* S. 13

Es ist die Ansicht der FDP, dass hier nicht die starken Worte helfen, sondern Augenmaß und sehr viel Geduld. Das möchte ich hier sehr nachdrücklich sagen. Wir haben ja im Zuge unserer Ost- und Entspannungspolitik immer wieder die Erfahrung gemacht, dass nicht derjenige Wirkungen erzielt, der lauthals Forderungen stellt, ... sondern derjenige, der sich wirklich, ich möchte sagen, tagaus, tagein bemüht, auf dem Gebiet der humanitären Anliegen ... Erfolge zu erzielen.³⁶⁷

Die Opposition ging so weit, eine Verbindung der Aussiedlerfrage mit Konzessionen an die Sowjetunion in anderen Bereichen zu fordern, z.B. "als Voraussetzung für die großen Kredithilfen"³⁶⁸. Die Zeitschrift *Volk auf dem Weg*, Sprachrohr der eher konservativen Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, schrieb:

Wenn die Sowjetregierung zu der angestrebten langfristigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit im großen Maßstab, wie angekündigt, kommen will, muss sie das Schicksal unserer deutschen Landsleute drüben früher oder später in Richtung einer freien Aussiedlung und Wiederherstellung einer administrativen und kulturellen Autonomie gesetzlich verankern. An dieser Kernfrage führt kein Weg vorbei.³⁶⁹

Kritik an der Abkoppelung der deutschen humanitären Anliegen von den wirtschaftlichen und finanziellen Interessen der UdSSR wurde auch von Experten zu Fragen der Sowjetdeutschen geübt:

Die spürbare Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten, deutlich ablesbar an der westdeutschen Exportsteigerung in die UdSSR von 1.582 Mio DM 1969 auf 3.114 Mio DM 1973, sowie ein zunehmender Kulturaustausch unterstreichen das europa- und weltpolitisch ohnehin vorhandene Interesse Moskaus an der Bundesrepublik. Gerade deshalb ist kritisch zu fragen, ob Bonn es wirklich intensiv genutzt hat für sein Bemühen, die Lage der Deutschen in der Sowjetunion positiv zu beeinflussen und dabei insbesondere die Zahl derjenigen, die in die Bundesrepublik ausreisen dürfen, zu erhöhen. Die tatsächlich erzielten Ergebnisse können zumindest dann kaum zufrieden stellen, wenn man sie mit den beharrlichen Anstrengungen und teilweise höchst erfolgreichen Aktionen vergleicht, die der Staat Israel und die Juden der westlichen Welt für die Juden in der Sowjetunion seit Ende der fünfziger Jahre unternommen haben.³⁷⁰

Soweit zu erkennen ist, hat es bis auf die Kopplung des Repatriierungsabkommens an den gleichzeitigen Abschluss des Handels- und Konsularabkommens 1958 im Auswärtigen Amt nie ernsthafte Überlegungen gegeben, ein direktes Junktim zwischen humanitären und

³⁶⁷ Dr. Hamm-Brücher, *PIPr.* 10/98 vom 8.11.84, S. 7068

³⁶⁸ Dr. Czaja, MdB in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages am 11.11.81, *Volk auf dem Weg*, 3/1982, S. 14

³⁶⁹ *Volk auf dem Weg*, 8/9 1983, S. 6

³⁷⁰ Pinkus/Fleischhauer, *Die Deutschen*, S. 527

wirtschaftlichen Fragen herzustellen³⁷¹, das vermutlich nur zum Nachteil der deutschen Wirtschaft und der Sowjetdeutschen gewesen wäre. Möglicherweise spielten dabei die Erfahrungen aus der Nixon-Ära mit dem gescheiterten Jackson-Vanick-Amendment eine Rolle. Das Großmachtbewusstsein hätte es der sowjetischen Regierung ohnehin *a priori* verboten auf offenen Druck eines Landes wie der Bundesrepublik einzulenkten.

Angesichts der hohen Bedeutung, die die UdSSR der Ausreisefrage einräumte, wie sich an der jeweils gezielten Dosierung der aus der Sowjetunion entlassenen Deutschen zeigt, versteht es sich umgekehrt aber von selbst, dass die UdSSR auf indirekte Weise so reichliche Kompensation für das Entgegenkommen erhielt oder zu erhalten hoffte, z.B. durch wirtschaftliche Vorteile oder durch einen Wahlerfolg der SPD, dass dem Entgegenkommen materiell weiter nichts hinzugefügt werden musste. Es ist davon auszugehen, dass die Sowjetunion sich sehr wohl bewusst war, welchen Stellenwert die Aussiedlerfrage in der deutschen Innenpolitik hatte und welche finanziellen oder politischen Möglichkeiten sich daraus hätten ableiten lassen. Trotz anderslautender Mutmaßungen³⁷² hat die UdSSR aber - vermutlich aus innenpolitischen Gründen - in allen Jahren nie versucht, die Handhabung der Ausreisefrage als Tauschobjekt anzubieten - ganz im Gegensatz zu Rumänien z.B. oder - etwas anders gelagert - zur DDR, die Deutsche nur gegen Lösegeld ziehen ließen. Andererseits hatte die Bundesregierung konkrete Gegenleistungen für die Ausreise der Deutschen aber auch nie in Aussicht gestellt - insofern ist Heitmans Auffassung nicht zutreffend, beide Seiten "openly used emigration as a bargaining chip"³⁷³. Darüber hinaus war der sowjetischen Führung die innen- und außenpolitische Tragweite der für sie mit der Ausreise verbundenen Problematik zu genau bewusst, um einen "Menschenhandel" mit der Bundesrepublik zu beginnen.

Auf dem Hintergrund der sinkenden Ausreisezahlen und der über Jahre unerledigten Härtefall-Listen muss allerdings festgestellt werden, dass die "stille Methode" im Ergebnis nicht erfolgreich war. Der deutsche Botschafter in Moskau, Kastl, kommt am 11. März 1986 in einem Bericht an das Auswärtige Amt im Rückblick auf den Zeitraum bis 1972 zu einem ähnlichen Fazit:

Nicht zuletzt die Ausreise von Ščaranskij, die damit verbundene Publizität ... gibt zu der Frage Anlass, welchen Erfolg die über die vielen Jahre geübte Diskretion von

³⁷¹ vgl. Antwort von Staatsminister Moersch auf die Anfrage von MdB Werner (*Drs. 7/2767*), in der bereits am 14.11.74 verneint wird, dass die Bundesregierung ein Junktim zwischen Ausreisen und wirtschaftlichen Zugeständnissen herstelle; *PIPr. 7/131 S. 8953*

³⁷² MdB Broll im Deutschen Bundestag am 16.9.81, *PIPr. 9/51, S. 2847*

³⁷³ Heitman, S. *The Third Soviet Emigration*, S. 65

unserer Seite gehabt hat. Bei einem Zahlenvergleich über den Zeitraum von 1972 bis heute zeigt sich, dass die Ausreisezahlen bis zum Rekordjahr 1976 (9.626) stark anstiegen, die Zahl dann aber bis 1980 (6.653) stetig, seit 1981 (3.595) drastisch auf 1984 (864) - bei einem Monatsdurchschnitt von 72 - und 1985 (417) - bei einem Monatsdurchschnitt von unter 35 - sank. (...) Diskretion zeigt also zumindest keine besseren Ergebnisse als ein politisch begründetes, maßvolles, nicht anklagendes, doch offensives Vorbringen unserer Anliegen. [Es] ist festzuhalten, dass die Politik diskreter Unterstützung die Beziehungen zwischen beiden Staaten unbelastet zu lassen nicht in der Lage war.³⁷⁴

Wenn auch die Belastung der bilateralen Beziehungen primär auf andere Faktoren zurückzuführen war, darf aus solcher Kritik jedoch nicht der Schluss gezogen werden, ein "offensives Vorbringen unserer Anliegen" oder gar ein An-den-Pranger-Stellen der Sowjetunion hätte zu besseren Ergebnissen geführt. In jedem Fall aber nützte es der UdSSR, dass nach dem Regierungswechsel 1982 auch die einstige CDU/CSU-Opposition bei der klassischen Diplomatie blieb, deren Regeln im stillen um so leichter zu verletzen waren. Brežnev warnte bei seinem Besuch 1981 daher im wohlverstandenen Eigeninteresse vor dem Gang an die Öffentlichkeit, desgleichen die sowjetische Botschaft in Bonn 1986, das Thema Familienzusammenführung auf die Tagesordnung des Berner KSZE-Expertentreffens zu setzen.

Die neue Bundesregierung behielt sich die Wahl der Methoden ihres Vorgehens genauso vor wie früher die SPD/FDP-Regierung. In einer Antwort auf die Anfrage von SPD-MdB Horst Sielaff zur Lage der Deutschen schrieb der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Alois Mertes:

Die Wahl der Mittel bestimmt sich für jede verantwortungsbewusste Regierung zunächst danach, ob diese den Betroffenen tatsächlich nützen, oder ihnen angesichts des Staats- und Gesellschaftssystems, in dem sie leben müssen, voraussichtlich eher schaden. Eine generelle Maxime dazu lässt sich nicht aufstellen. Jedes Einzelproblem erfordert vielmehr eine Einzelentscheidung unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände.³⁷⁵

Wenn auch die neue CDU/CSU/FDP-Koalition die Politik der früheren Bundesregierung weitgehend nahtlos fortführte - wie sich Frau Dr. Hamm-Brücher am 8. November 1984 ausdrückte: "Die jetzige Regierung ... hat das um keinen Deut anders gehalten"³⁷⁶ - und es war weder ein grundsätzlicher Unterschied zu dem Vorbringen der Thematik in Moskau,

³⁷⁴ Bericht der Botschaft Moskau Nr. 644 vom 11.3.86, RK 542.40/00

³⁷⁵ Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 12.11.82, Antwort von StM Mertes auf die Anfrage von MdB Sielaff, *PIPr.* 09/128, S. 7920)

³⁷⁶ Dr. Hamm-Brücher am 8.11.84, *PIPr.* 10/98, S. 7069

noch etwa ein anderes Resultat der vielen Gespräche erkennbar, so beurteilten konservative Vertriebenen-Kreise das Ergebnis des Kohl-Besuchs im Juli 1983 in Moskau trotz der üblichen sowjetischen Rhetorik positiv und waren zufrieden:

Die Reise des Bundeskanzlers stand unter sehr ungünstigen Zeichen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen. Wenn man bedenkt, dass die Wichtigkeit und Dringlichkeit der Lage der Deutschen in der UdSSR sowie Maßnahmen zur Verbesserung dieser Lage im Mittelpunkt der Gespräche standen neben solchen Themen wie Nachrüstung, Selbstbestimmungsrecht, Einheit der deutschen Nation, so ist es ein Zeichen, wie dringend und wichtig die deutsche Regierung dieses Thema einstuft. Auch die Art und Weise, wie es dort - in Moskau - vorgetragen wurde, ist einmalig.³⁷⁷

Die Einschätzung zum letzten Punkt wird dem Ablauf früherer Besuche auf politischer Ebene allerdings nicht gerecht.

Dem Betrachter musste die Vielzahl deutsch-sowjetischer Begegnungen auf höchster Ebene, bei denen die Problematik der Sowjetdeutschen zur Sprache kam, ja gleichsam zum Standardrepertoire gehörte, im parallelen Ablauf, in fast ritueller Erstarrung jedes Gesprächs und angesichts kaum deutlicher Verhandlungserfolge oder sichtbarer Fortschritte den Eindruck vergeblicher, hilfloser Rhetorik der Bundesregierung vermitteln. Diese Impressionen wurden noch verstärkt durch regierungsamtliche Einlassungen, die Sowjetunion schätze die Bedeutung der Problematik für die bilateralen Beziehungen "nicht richtig" ein. Von dieser Auffassung war die Bundesregierung selbst zu Beginn der Ära Gorbačev noch nicht abgekommen. So erklärte Staatsminister Dr. Mertes am 28. März 1985 im Deutschen Bundestag:

Es bleibt zu hoffen, ... dass der neue Generalsekretär Gorbačev die Bedeutung der humanitären Dimension für die von uns gewünschte konstruktive Gestaltung der beiderseitigen Beziehungen richtig einschätzt und den Wohlwollenserklärungen seiner Vorgänger wieder reale Taten folgen lässt ...³⁷⁸

Es ist daher nur zu verständlich, wenn sich Abgeordnete und mehr noch die Sprecher der Landsmannschaften zu Protesten und zu einer offenen Sprache herausgefordert sahen.

Bei sachgerechter Betrachtung ist allerdings ersichtlich, dass sich am Verhandlungstisch keine ebenbürtigen Partner gegenüber saßen. Für die Sowjetunion war die Bundesrepublik

³⁷⁷

Volk auf dem Weg, 8/9 1983, S. 6

³⁷⁸

StM Dr. Mertes am 28.3.85, *PIPr.* 10/129, S. 9572

kein gleichberechtigter Staat, sondern das besiegte, relativ machtlose Land, zwar ein interessanter Handelspartner, aber in vielerlei Hinsicht vom guten Willen der Großmacht Sowjetunion abhängig. Die Bundesrepublik musste in ihren Beziehungen Rücksichten nehmen und Prioritäten setzen, so z.B. hinsichtlich der Einbeziehung Berlins, der Beziehungen zur DDR oder bezüglich ihrer eigenen militärischen Sicherheit. Das alte Rollenverständnis wird erst richtig bewusst durch die Tatsache, dass der russische Erkenntnis- und Gewöhnungsprozess im Hinblick auf die neue Position der Bundesrepublik in der Welt einige Jahre nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten bei weitem noch nicht abgeschlossen ist.

In Bonn waren sich alle Parteien und die jeweiligen Bundesregierungen bewusst und darüber einig, dass angesichts einer weitgehenden Politisierung des gesamten humanitären Bereichs auf sowjetischer Seite und einer seit Jahrzehnten negativen Haltung Moskaus bezüglich der Menschenrechte, wenn überhaupt, kurzfristig nur marginale Erfolge zu erzielen sein würden. Fast jede Ausreise zu Beginn der Ära Gorbachev war das Ergebnis zähen, jahrelangen Ringens. Alle Bundesregierungen vertraten daher den Standpunkt, Fortschritte erforderten ein unbeirrtes Festhalten an der Absicht, allen Ausreisewilligen die Ausreise auch zu ermöglichen, ständig neue Impulse auf höchster politischer Ebene, beharrliches Erinnern und Intervenieren. Aus diesem Grunde wurde die Thematik bei jeder sich bietenden Gelegenheit zur Sprache gebracht und betont, welcher bedeutenden Beitrag die Förderung humanitärer Anliegen für die Weiterentwicklung der gegenseitigen Beziehungen sowie für die Intensivierung des Prozesses der Entspannung und der Zusammenarbeit in Europa leisten könnte. Entspannung dürfe nicht nur die Beziehungen zwischen den Regierungen betreffen, sondern müsse auch den Völkern und den einzelnen Menschen konkrete Erleichterungen bringen. Damit wurde das bilaterale Problem in den multilateralen Kontext in der Hoffnung eingebettet, mit Unterstützung der westlichen Partner auf dieser Schiene konkrete Verbesserungen zugunsten der Menschen zu erzielen. Dieses Vorgehen war angesichts der Beschränktheit der eigenen direkten Möglichkeiten nur konsequent und trug der Tatsache Rechnung, dass es in erster Linie dem KSZE-Prozess zu verdanken war, dass mit der Sowjetunion überhaupt Gespräche zu humanitären Themen geführt werden konnten. Staatsminister Dr. Corterier unterstrich die überragende Bedeutung der KSZE-Prinzipien einmal im Deutschen Bundestag, als er sagte, "sie sind ... die Berufungsmöglichkeit, die wir gegenüber der Sowjetunion haben. Welche Basis hätten wir denn, wenn wir nicht z.B. die Schlussakte von Helsinki hätten, auf die wir uns gegenüber der Sowjetunion im Zusammenhang mit diesen Fragen berufen können?"³⁷⁹ Insofern ist es als ein glücklicher

379

StM Dr. Corterier am 4.3.82, *PIPr.* 8/88, S. 5305

Umstand zu bewerten, dass die damalige SPD-Bundesregierung die Tragweite des KSZE-Prozesses rechtzeitig erkannte und sich maßgeblich an seinem Zustandekommen beteiligte. Die Sowjetdeutschen standen dabei schon vor 1975 auf der Tagesordnung.

Trotz im einzelnen sicher berechtigter Vorwürfe, die jeweiligen Bundesregierungen ließen sich von sowjetischer Hinhaltetaktik *ad infinitum* mit leeren Versprechungen abspeisen, blieb auf dem Hintergrund des existierenden KSZE-Instrumentariums der Optimismus, durch steten Tropfen den sowjetischen Stein höhlen zu können, bis zum Anbruch der Ära Gorbachev und im weiteren zu Recht ungebrochen und waren die Interventionen offensichtlich niemals eine Pflichtübung ohne Engagement und Überzeugung.

Diese Haltung kam auch am 25. Januar 1984 in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages zum Ausdruck. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes, der die Abgeordneten über die Lage der Sowjetdeutschen informierte, erklärte:

Wir haben keine Illusionen über die sowjetische Praxis, glauben jedoch, dass unsere Anstrengungen in die richtige Richtung gehen. Eine allmähliche Lageverbesserung für die Deutschstämmigen in der SU, die auf eine Einbeziehung in den Kulturaustausch, Erleichterung des religiösen Lebens, einfacheren Postverkehr und mehr Reisefreiheit hinauslaufen würde, brächte Vorteile für die innere Lage und würde auch zu einer Milderung des Ausreisedrucks führen.³⁸⁰

Bemerkenswert ist die sich seit Anfang der 80er Jahre³⁸¹ abzeichnende Akzentverschiebung in Richtung auf die Verbesserung der Lage der Sowjetdeutschen in ihren Siedlungsgebieten innerhalb der UdSSR³⁸². In diesen Äußerungen deutete sich bereits die Projekthilfe der Bundesregierung an, die erst viele Jahre später - ab Ende 1988 - möglich werden sollte. Zunächst aber beschränkten sich deutsche Stimmen auf die Forderung an die Adresse der Bundesregierung nach Einbeziehung der Sowjetdeutschen in den allgemeinen deutsch-sowjetischen Kulturaustausch, der gerade die Brückenfunktion der deutschen Minderheit voll zum Tragen bringen könnte:

... es kann doch auf Dauer nicht sein, dass wir deutsch-sowjetischen Kulturaustausch betreiben, von dem gerade diejenigen ausgeschlossen sind, die wegen ihrer deutschen Nationalität und ihrer sowjetischen Staatsangehörigkeit in besonderer Weise berufen sind, gegenseitiges Verständnis und wechselseitige Aufgeschlossenheit zu fördern.³⁸³

³⁸⁰ Gesprächsführungsvorschlag für Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 25.1.84, 213-320.15 SOW, S. 4

³⁸¹ vgl. Aktuelle Stunde des Bundestages vom 11. November 1981

³⁸² vgl. auch Gespräche Dr. Pfeffer-Bondarenko am 10./11.5.83 und Äußerungen von Bundesinnenminister Zimmermann in *Die Welt* vom 21.6.83

³⁸³ MdB Jäger vor dem Deutschen Bundestag am 8.11.84, *PIPr.* 10/98, S. 7063

Diese Einbeziehung, die bereits in einem Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP vom 10. Oktober 1984 gefordert wurde³⁸⁴, erfolgte zu Zeiten der UdSSR nicht mehr - allerdings auch aus Gründen, die die deutsche Seite zu verantworten hatte, wie z.B. die Weigerung des Goethe-Institutes, für den Sprach- und Kulturerhalt der Sowjetdeutschen tätig zu werden.

In demselben Antrag forderten die Parlamentarier, "darauf hinzuwirken, dass für Besuchsreisen aus der Bundesrepublik Deutschland in die UdSSR auch die Siedlungsgebiete der Deutschen in der Sowjetunion verstärkt zugänglich gemacht werden."³⁸⁵ MdB Jäger hatte am 8. November 1984 an die Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages appelliert, "bei Besuchen in der UdSSR die Deutschen dort nicht zu vergessen und wenn irgend möglich, ein Treffen mit diesen Deutschen in das Besuchsprogramm einbauen zu lassen. Nichts stärkt den Selbstbehauptungswillen dieser Menschen mehr als das Bewusstsein, von uns nicht vergessen zu sein."³⁸⁶ Ein Zusammentreffen mit Russlanddeutschen gelang jedoch erst Mitte 1987 auf der Reise von Bundespräsident von Weizsäcker, der auch in dieser Hinsicht neue Maßstäbe setzte.

³⁸⁴ Drs. 10/2100

³⁸⁵ *ibid.* S. 2

³⁸⁶ MdB Jäger vor dem Deutschen Bundestag am 8.11.84, *PIPr.* 10/98, S. 7063

3. Die deutsche Minderheit im multilateralen Kontext: Aktivitäten der Bundesregierung in internationalen Organisationen

Die Bundesregierung bemühte sich schon im Vorfeld von Helsinki, die Problematik der Sowjetdeutschen auch jenseits der komplizierten und historisch belasteten bilateralen deutsch-sowjetischen Beziehungen multilateral zu thematisieren. Zu diesem Ansatz deutscher Politik dürften die positiven Erfahrungen der Internationalen Rotkreuz-Konferenzen beigetragen haben. Das internationale Vorgehen bot gegenüber dem bilateralen eine Reihe von Vorteilen. Zum einen saß die Bundesrepublik der UdSSR am bilateralen Verhandlungstisch nie wirklich als gleichgewichtiger Gesprächspartner gegenüber. Diese Position relativer Schwäche wurde im internationalen Rahmen, wo auch kleinste Staaten wie z.B. Malta gleichberechtigt Sitz und Stimme haben, automatisch aufgewertet. Die Unterstützung westlicher Partner und dritter Staaten für deutsche oder gemeinsame Anliegen, d.h. konzertierter und z.T. öffentlicher Druck auf die Sowjetunion, verbunden mit der Möglichkeit periodischer Implementierungskontrolle hinsichtlich des gemeinsam vereinbarten politischen Verhaltens auf Überprüfungskonferenzen, bot größere Erfolgsaussichten, so z.B. das gemeinsame westliche Vorgehen zugunsten der Ausreise von Deutschen und Juden, und Auswege aus bilateralen Verhandlungssackgassen. Auch stellt sich in einem multilateralen Kontext die Frage konkreter Gegenleistungen völlig anders. "The Federal Republic thus gained leverage."³⁸⁷

Zu unterscheiden ist im multilateralen Rahmen das deutsche Engagement für die Familienzusammenführung einerseits sowie für den allgemeinen Minderheitenschutz andererseits.

Doch nicht nur regierungsamtliche Stellen setzten sich für die Sowjetdeutschen ein, sondern auch Mitglieder des Deutschen Bundestages, die gleichzeitig Aufgaben in internationalen parlamentarischen Gremien wahrnahmen, brachten die Thematik regelmäßig auf die Tagesordnung der jeweiligen Organisationen und trugen auf diese Weise dazu bei, internationale Unterstützung zu erzeugen. Eine Reihe dieser Abgeordneten wurden später zu Staatsministern im Auswärtigen Amt, so Dr. Alois Mertens und Dr. Peter Corterier. Andere Abgeordnete fanden sich nach der "Wende" in Bonn im Lager der Regierungspartei CDU wieder, von wo sie direkteren Einfluss auf die Politik der Bundesregierung nehmen konnten. Zu erwähnen sind insbesondere die Abgeordneten Dr. Hupka, Dr. Czaja und Jäger.

Das Auswärtige Amt begrüßte und unterstützte die nationalen und internationalen Aktivitäten der Abgeordneten grundsätzlich, weil es sich von der Thematisierung des

³⁸⁷

Pittman, S. 23

Problembereiches Minderheiten-Familienzusammenführung-Sowjetdeutsche Nutzen und Fortschritte im Interesse der Menschen versprach, und gleichzeitig eine schädliche direkte Konfrontation mit der UdSSR auf Regierungsebene vermieden werden konnte, die sich auch auf andere Bereiche hätte auswirken können. Darüber hinaus konnte es gegenüber der Sowjetunion jederzeit auf den Druck aus der deutschen Öffentlichkeit verweisen, der die Bundesregierung unter Handlungsdruck setzte. Von einigen Abgeordneten ist bekannt, dass sie ihrerseits engen Kontakt mit dem Auswärtigen Amt suchten und es zu besonderen Vorhaben um Stellungnahme baten.

Im Rahmen der engen Zusammenarbeit der westlichen Partner, insbesondere mit den USA und den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, fand ein umfassender Meinungs- und Informationsaustausch über die Beziehungen zur Sowjetunion statt. Darüber hinaus wurden gemeinsame Schritte erörtert und festgelegt, so auch zugunsten der Sowjetdeutschen. Dies dokumentiert die Antwort der Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Frau Dr. Hamm-Brücher, auf eine Anfrage im Deutschen Bundestag am 11. November 1981 nach einer international konzertierten Antwort auf die restriktive Ausreisepraxis der UdSSR für Sowjetdeutsche:

Klein (München) (CDU/CSU): Frau Staatsminister, sehen Sie eine Möglichkeit, dass unsere diplomatische Mission in Moskau gegebenenfalls gemeinsam mit diplomatischen Missionen befreundeter Staaten die sowjetischen Behörden auf die Wirkungen ihres Verhaltens hinweist, die sich in der öffentlichen Meinung des Westens dann niederschlagen?

Frau Dr. Hamm-Brücher, Staatsminister: Herr Kollege, ich ... habe wiederholt dargelegt, dass die Bundesregierung dies nicht nur zu tun gedenkt, sondern bereits tut.³⁸⁸

Im Rahmen der KSZE trugen Partner das deutsche Anliegen vor, die Lage der Deutschen in der Sowjetunion zu erleichtern und deren Bemühungen um Ausreise in die Bundesrepublik im Rahmen der Familienzusammenführung zu unterstützen, so z.B. der US-Delegierte bei dem Madrider KSZE-Folgetreffen, Max Kampelman³⁸⁹.

³⁸⁸ StM'in Dr. Hamm-Brücher in Antwort auf eine Anfrage von MdB Klein (München) am 11.11.81, *Volk auf dem Weg*, 1/1982, S. 17

³⁸⁹ "USA setzen sich für die Deutschen in der UdSSR ein", *Volk auf dem Weg*, 4/1982, S. 9

In Ihren Reden zur Eröffnung des Wiener Nachfolgetreffens gingen der amerikanische Außenminister Schultz sowie der britische Außenminister Howe explizit auf die Lage der Sowjetdeutschen ein³⁹⁰. Howe sprach dabei im Namen der zwölf EG-Mitgliedsstaaten.

Ein eindrucksvolles Beispiel der Vertretung deutscher Interessen durch die USA stellten Interventionen von Präsident Reagan dar, der sich auf den Gipfeltreffen im November 1985 in Genf und im Oktober 1986 in Reykjavik auf Bitten von Bundeskanzler Kohl gegenüber Generalsekretär Gorbačev für die Ausreise Deutscher verwandte³⁹¹.

Umgekehrt plädierte auch Deutschland bei der Sowjetunion selbstverständlich z.B. für die Ausreise von Juden.

3.1 KSZE-Prozess

Mit der Materie von Korb III - "Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" - betrat die Konferenz Neuland. Dieses Thema überhaupt als Tagesordnungspunkt zu etablieren, bedurfte langen Ringens.

In den von den Warschauer-Pakt-Staaten ausgehenden Initiativen zu der Konferenz, wie sie in den 60er Jahren konzipiert worden war, fehlte dieser Bereich völlig. Nach östlicher Auffassung betraf "Entspannung" lediglich die Beziehungen zwischen den Staaten, die Beziehungen zwischen den Menschen wurden als hierfür irrelevant betrachtet. Demgegenüber vertrat der Westen die Auffassung, dass mehr Bewegungsfreiheit, mehr Kontakte zwischen den Menschen und ein verstärkter Informationsfluss integraler Bestandteil der Entspannung sind und deshalb auch auf der KSZE ihren Niederschlag finden sollten.³⁹²

Bei den im Rahmen der KSZE angenommenen Dokumenten handelte es sich bekanntermaßen nicht um völkerrechtlich verbindliche Verträge, sondern um Akte moralisch-politischer Selbstverpflichtung der Teilnehmerstaaten zu bestimmten Verhaltensweisen, Verfahren und Maßnahmen. Dieser Charakter der Bestimmungen der Schlussakte von Helsinki und späterer Dokumente hat sich aber als völlig ausreichende Berufungs- und Anspruchsgrundlage für Staaten und Einzelpersonen erwiesen, die eine Einrede der Einmischung in innere Angelegenheiten letztlich unmöglich machte. Darüber hinaus verdichtete sich das Geflecht der Bindungen im Laufe des KSZE-Prozesses und verfestigte sich zu konkreteren Bestimmungen. Insgesamt wurde durch den KSZE-Prozess und seine

³⁹⁰ vgl. *Volk auf dem Weg*, 1/1987, S. 2f; vgl. Kapitel III.1.4.3

³⁹¹ erwähnt in der Rede des außenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans Klein, am 6.11.86; *Volk auf dem Weg* 1/1987, S. 7

³⁹² Auswärtiges Amt, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.) *Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Dokumentation zum KSZE-Prozess*. Bonn ⁶1984, S. 24

vielfältigen Gesprächsforen ein wegweisendes Instrumentarium internationaler "sozialer Kontrolle" von Staatenverhalten geschaffen. Die Bundesrepublik hat die KSZE von Anfang an für ihre Anliegen hinsichtlich der Verbesserung der Lage der Deutschen in der UdSSR und der Familienzusammenführung genutzt - und damit für diese Thematik erstmals einen multilateralen Ansatz gewählt. Dabei strebte die Bundesregierung zunächst nicht eine Verbesserung des kollektiven Gruppenstatus an, sondern eine Verwirklichung individueller Menschen- und Freiheitsrechte für Angehörige von Minderheiten, verbesserte Reise- und Kontaktmöglichkeiten sowie erweiterte kulturelle Entfaltungsmöglichkeiten. Wie zu zeigen sein wird, ist es ganz entscheidend dem KSZE-Prozess zu verdanken, dass den Sowjetdeutschen humanitäre Erleichterungen gewährt wurden.

3.1.1 Schlussakte von Helsinki

Bis Mai 1973, d.h. bis zum Brežnev-Besuch in der Bundesrepublik, hatte sich die Sowjetunion auf der Vorkonferenz in Helsinki nur bereit erklärt, auf der KSZE über eine "Erleichterung von Kontakten und persönlichen Treffen auf der Grundlage familiärer Bindungen" - und zwar "im Rahmen bestehender Gesetze" - zu sprechen. Die UdSSR bemühte sich, bei "Korb III" durch ausdrückliche Vorbehalte (Souveränität, bestehende Gesetze, nationale Gepflogenheiten) Schranken gegen einen verstärkten Austausch zu errichten, hatte aber Interessen hinsichtlich der Körbe I und II, insbesondere an der wirtschaftlichen und technologischen Kooperation. Dieses unausgesprochene Junktim führte zu Fortschritten im humanitären Bereich.

Deutschland hatte dagegen mit seinen Partnern Vorschläge zur Verbesserung der sowjetische Praxis bei der Familienzusammenführung eingebracht: Nichtdiskriminierung nach Ausreiseländern (sozialistisch/kapitalistisch), Gebührenerleichterungen, keine persönlichen Nachteile wie z.B. Verlust des Arbeitsplatzes bei Stellung eines Ausreiseantrages.

Das Konferenzergebnis sollte die Fortführung der Gespräche auf bilateraler Ebene erleichtern. Mit spektakulären sowjetischen Entgegenkommen, z.B. einem rapiden Anstieg der Ausreisenzahlen, rechnete niemand. Indes bestand die Hoffnung, dass die Implementierung der KSZE-Erklärungen Verbesserungen der sowjetischen Praxis nach sich ziehen würde, vor allem auf den Gebieten der Nichtdiskriminierung der Ausreisewilligen, der Verkürzung der Fristen für eine erneute Antragstellung nach einer Ablehnung, der Gebührenermäßigung und der stärkeren Berücksichtigung von Härtefällen.

Korb III, Punkt b der KSZE-Schlussakte führt prozedurale Fragen der Familienzusammenführung auf. Dazu gehören die Dauer der Prüfungsprozedur, die Höhe der Gebühren, die Fragen der erneuten Prüfung von Anträgen, der Mitnahme von Haushaltsgut und

persönlicher Habe, der Unterstützung von Bemühungen der Rotkreuz-Gesellschaften sowie das Verbot der Diskriminierung infolge Einreichung eines Antrages auf Familienzusammenführung³⁹³.

Im Rahmen der KSZE konnte die Bundesregierung sich unmittelbar aber nur für die Familienzusammenführung einsetzen - diese allein wurde in der Schlussakte von Helsinki geregelt - dennoch trat sie ebenfalls für eine Aussiedlung von Personen mit deutscher Volkszugehörigkeit oder deutscher Staatsangehörigkeit ein, die keine oder nur entfernte Verwandte in der Bundesrepublik hatten.

Die sowjetische Seite hatte im Frühjahr 1973, während der KSZE-Verhandlungen in Dipoli bei Helsinki, eine Erklärung abgegeben, wonach sie den bis dahin angewandten weiteren "russischen" Familienbegriff, der auch Verwandte zweiten Grades berücksichtigte, weiterhin zugrunde legen wollte³⁹⁴. Mitte 1977 war sie in der Praxis jedoch zu einer engen Auslegung übergegangen und berücksichtigte nur Angehörige ersten Grades. Darüber hinaus traten häufig und bei uneinheitlicher Praxis Verstöße gegen die prozeduralen Regeln nach Punkt b) Korb III auf (Diskriminierung bei Antragstellung, hohe und wiederholt zahlbare Antragsgebühren, Nichteinhaltung der Fristen, administrative Hindernisse bei Ausfuhr der persönlichen Habe).

3.1.2 "Abschließendes Dokument" von Madrid

Das "Abschließende Dokument" des II. KSZE-Folgetreffens von Madrid, das am 6. September 1983 angenommen wurde, geht über die Schlussakte von Helsinki hinaus und enthält in seinem Prinzipienkatalog Verpflichtungen der Signatarstaaten, "Fortschritte bei der Gewährleistung der Achtung und des tatsächlichen Genusses der Rechte von Personen, die nationalen Minderheiten angehören, sowie beim Schutz ihrer legitimen Interessen"³⁹⁵ anzustreben. Im Kapitel "Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" wird der Komplex "Kontakte zwischen den Menschen und die Lösung humanitärer Fragen" behandelt, d.h. Familienzusammenführung, Eheschließung, Familienbegegnungen. Die Teilnehmerstaaten erklärten ihre Entschlossenheit, "die Zusammenarbeit in diesen Bereichen fortzusetzen und zu erweitern und eine umfassendere Nutzung der durch die Schlussakte

³⁹³ vgl. *ibid.* S. 97f

³⁹⁴ Sachstand 513-2 vom 9.9.87, S. 4; Pittman weist darauf hin, dass hinsichtlich der Ausreisen von Juden aus der UdSSR im Rahmen der Familienzusammenführung im Gegensatz zu den Deutschen nur Eltern und Kinder Berücksichtigung fanden. Dagegen versuchte die UdSSR, Besuchsreisen von Sowjetdeutschen in die Bundesrepublik nach Möglichkeit zu erschweren; vgl. Pittman, S. 24

³⁹⁵ Prinzip Nr. 11, "Abschließendes Dokument" des II. KSZE-Folgetreffens in Madrid vom 6.9.83, Auswärtiges Amt, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.) *Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Dokumentation zum KSZE-Prozess*. Bonn ⁷1990, S. 161

gebotenen Möglichkeiten zu erreichen."³⁹⁶ Sie verpflichteten sich, Gesuche "wohlwollend [zu] behandeln und im gleichen Geiste über sie [zu] entscheiden"³⁹⁷. Die sowjetische Praxis, Ausreisen im Rahmen der Familienzusammenführung zu reduzieren, widersprach dieser Festlegung. Erstmals wurde eine Frist "im Normalfall von innerhalb sechs Monaten"³⁹⁸ vorgegeben, in der Anträge auf Familienzusammenführung zu bescheiden waren. Dies zielte auf eine Beschleunigung der Ausreiseverfahren. Darüber hinaus stellte die Erklärung insofern einen bedeutenden Fortschritt dar, als ein Gesuch auf Familienzusammenführung oder -begegnung "zu keiner Veränderung der Rechte und Pflichten der Gesuchsteller oder ihrer Familienmitglieder unter anderem hinsichtlich Beschäftigung, Wohnung, Aufenthaltsstatus, Familienunterstützung, Zugang zu Leistungen auf sozialem oder wirtschaftlichem Gebiet oder in der Bildung sowie jedweder anderer sich aus den Gesetzen und Vorschriften des betreffenden Teilnehmerstaats ergebenden Rechte und Pflichten führen wird."³⁹⁹

Den Antragstellern mussten die erforderlichen Informationen über das zu befolgende Verfahren und die einschlägigen Formulare zur Verfügung gestellt werden, auch das war nicht selbstverständlich für die ausreisewilligen Sowjetdeutschen. Gebühren sollten allmählich auf ein zum durchschnittlichen Monatseinkommen angemessenes Niveau verringert und Antragsteller "von der getroffenen Entscheidung so zügig wie möglich in Kenntnis gesetzt [werden]. Im Falle einer Ablehnung werden die Gesuchsteller auch von ihrem Recht auf erneute Einreichung von Gesuchen nach angemessen kurzen Zeitabständen in Kenntnis gesetzt."⁴⁰⁰ Wenn auch der Grad der Verpflichtung in diesen beiden Fällen zu wünschen übrig ließ und damit die Auseinandersetzungen auf der Konferenz widerspiegelte, ist dennoch die Begrenzung des Ermessensspielraums und im Vergleich mit der Schlussakte von Helsinki die Ausweitung des Katalogs einzuhaltender prozeduraler Regelungen positiv zu bewerten.

Die Verhandlungen, die zu diesem bemerkenswerten Ergebnis geführt hatten, waren erwartungsgemäß schwierig und nicht zuletzt überschattet von der Erinnerung an das Scheitern des Belgrader Nachfolgetreffens. Anfang 1981 waren die Unterhändler vorübergehend in eine Sackgasse geraten.

A compromise text prepared by the neutral countries and tabled on 31 March was the only attempt to get things moving again. It comprised, in addition to the usual statements of principle, ... an affirmation of religious freedom and of the rights of

³⁹⁶ Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen; *ibid.* S. 173
³⁹⁷ *ibid.*
³⁹⁸ *ibid.*
³⁹⁹ *ibid.*
⁴⁰⁰ *ibid.* S. 174

national minorities, a list of measures to promote the reunification of families ... On these points, the 31-page document is very close to the Western proposals. ... it was positively received by the United States and Soviet representatives ...⁴⁰¹

Nach einer Unterbrechung der Konferenz konnte am 28. Mai 1981 eine weitere Verbesserung der für die Sowjetdeutschen relevanten Bestimmungen erreicht werden: "A stronger language was agreed upon concerning 'human contacts' between members of the same family, family reunification and marriages across the Iron Curtain. ... It was also agreed that in the field of passports and visas, bureaucratic procedures would be simplified in order to allow a better free flow of people."⁴⁰²

Auf die parlamentarische Anfrage von MdB Dr. Hupka, "In welcher Weise hat die Bundesregierung während der zur Zeit stattfindenden KSZE-Nachfolgekonzferenz in Madrid die den Deutschen entgegen der KSZE-Schlussakte vorenthaltenen Menschenrechte vorgetragen?", antwortete Staatsminister Möllemann:

Die Bundesregierung betrachtet es als eine ihrer wesentlichen Aufgaben, für die Menschenrechte und Grundfreiheiten der Deutschen einzutreten. Dies gilt ... auch für die Deutschstämmigen in der Sowjetunion ...

Das Madrider KSZE-Folgetreffen ist derzeit das einzige Forum, wo Regeln für die Verbesserung des Loses dieser Menschen ausgehandelt werden können und wo diese Thematik auch auf der Tagesordnung steht. Einige wichtige Verbesserungen auf dem Gebiet der Familienzusammenführung konnten bereits provisorisch vereinbart werden, d.h. sie würden bei einer Einigung auf ein Gesamtschlussdokument darin enthalten sein. (...)

Die Bundesregierung beobachtet aufmerksam, wie die Schlussakte von Helsinki, insbesondere das Menschenrechtsprinzip und die Bestimmungen des Korbes III, in den KSZE-Teilnehmerstaaten in die Tat umgesetzt werden. Dabei hat es be-
dauerlicherweise Rückschläge gegeben, zuletzt insbesondere bei der Familien-
zusammenführung aus der SU ... Diese und andere Rückschläge hat die deutsche
Delegation seit Beginn des Madrider Haupttreffens im November 1980 und während
aller bisherigen Phasen nüchtern und klar kritisiert verbunden mit der Anmahnung
von Verbesserungen, und zwar sowohl auf den Plenarversammlungen als auch auf
den Sitzungen der verschiedenen Arbeitsorgane.

In zusätzlichen bilateralen Gesprächen hat die deutsche Delegation diese Thematik ebenfalls aufgegriffen.⁴⁰³

Wenn sich auch die Rechtsqualität des "Abschließenden Dokuments" gegenüber der Schlussakte nicht verändert hatte, gab es nunmehr eine weitere Berufungsgrundlage für die

⁴⁰¹ Dok. Y 179, CIC/FF (81) 10, S. 13 der Nordatlantischen Versammlung

⁴⁰² *ibid.* S. 13

⁴⁰³ StM Möllemann, *PIPr.* 9/134 vom 3.12.82, S. 8325

Deutschen innerhalb der UdSSR wie im Rahmen einer politischen Implementierungskontrolle auch für die internationale Gemeinschaft. Dem diene als nächster Schritt des KSZE-Prozesses die Vereinbarung der Delegierten des Madrider Folgetreffens, ein Expertentreffen zu Fragen der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 23.4.-17.6.85 in Ottawa und ein Expertentreffen über menschliche Kontakte vom 2.4.-26.5.86 in Bern abzuhalten.

3.2 Europarat

Der Europarat als klassische europäische Institution für menschenrechtliche und Minderheitenfragen war besonders geeignet, um in der ersten Hälfte der 80er Jahre vor den 21 Mitgliedstaaten auf die Situation der Deutschen in der UdSSR aufmerksam zu machen und um internationale Unterstützung zu werben.

Am 28. Januar 1982 legte der deutsche Abgeordnete Claus Jäger, MdB, gemeinsam mit anderen Abgeordneten der Parlamentarischen Versammlung einen Vorschlag für eine Empfehlung "on the protection of ethnic minorities and groups in the Soviet Union"⁴⁰⁴ vor. In dem Dokument wurde festgestellt, dass die Rechte von Minderheiten und ethnischen Gruppen in der UdSSR "ernsthaft verletzt" würden. Neben den Juden wurden nur die Deutschen explizit erwähnt; im Text hieß es:

3. ... the ethnic group "Germans in the Soviet Union" numbering, according to official Soviet statistics, over 1 800 000 people is one of the least privileged groups that have, in practice, been totally deprived of their rights;

4. Also regretting that, despite its undertakings, the Soviet Government's action on emigration applications submitted by the German ethnic group is quite inadequate;

5. Regretting in particular that members of that ethnic group who submit emigration applications to the competent authorities, and notably those who demonstrate in public to protest against the fact that their emigration applications are disregarded, face serious consequences which may include arrest and sentencing to long terms of imprisonment ...⁴⁰⁵

Die Abgeordneten formulierten daher in dem Entwurf die Empfehlung:

The Assembly ...

⁴⁰⁴ *ER Doc. 4853/82*

⁴⁰⁵ *ibid.*

7. Calls on member states to bring pressure to bear on the Government of the USSR, both in the framework of the CSCE process and in their bilateral contacts, to give full protection to ethnic and minority groups;

8. Recommends the Committee of Ministers:

a. to invite the governments of member states to enter into talks with the Government of the USSR in accordance with the provisions of paragraph 7 of this recommendation;

b. to give special attention to the question of the fate of the ethnic German group in the Soviet Union during the preparations for the next follow-up meeting to the CSCE.⁴⁰⁶

Am 7. Dezember 1982 folgte eine Expertenanhörung des Ausschusses für die Beziehungen mit den europäischen Nichtmitgliedsstaaten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zur Situation der deutschen Minderheit in der Sowjetunion⁴⁰⁷, zu der das Auswärtige Amt, der Bund der Vertriebenen, die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und das Deutsche Rote Kreuz befragt wurden. Berichterstatter war wiederum der Abgeordnete Jäger. Am 29. Juni 1983 wurde der Bericht im Ausschuss erörtert⁴⁰⁸ und der Parlamentarischen Versammlung für deren Herbstsitzung vorgelegt. Der Bericht⁴⁰⁹ und die vom Ausschuss am 29. Juni 1983 einstimmig formulierte Empfehlung⁴¹⁰ für die Versammlung seien nach Verlautbarung eines Sprechers des Europarates als "Unterstützung für Bundeskanzler Helmut Kohl' bei dessen am Montag beginnenden Besuch [4.-6.7.83] in der Sowjetunion"⁴¹¹ zu werten.

In der Empfehlung heißt es, das Ministerkomitee solle die Mitgliedsstaaten des Europarats bitten,

a. to give the Federal German Government effective and carefully co-ordinated strategic support in its efforts to improve the situation of the German minority in the USSR with respect to human rights, and to persuade the Soviet authorities to grant more exit visas and to speed up the handling of emigration applications;

b. to give special attention to the fate of the German ethnic minority in the USSR at future meetings of the CSCE member states and of the United Nations and to try to achieve concrete agreements.⁴¹²

Im "Explanatory Memorandum" zur Empfehlung heißt es:

⁴⁰⁶

ibid.

⁴⁰⁷

ER Doc. AS/NM (34) 13 vom 23.2.83

⁴⁰⁸

ER Doc. B (83) 17 vom 17.6.83

⁴⁰⁹

ER Doc. 4853/82 und Ref. Nr. 1401 vom 29.4.83

⁴¹⁰

ER Doc. 5098 vom 7.7.83

⁴¹¹

Die Welt, 2./3.7.83

⁴¹²

ER Doc. 5098 vom 7.7.83

The West German Government has not so far been able to persuade the Soviet Government to respect the human rights of the Germans in the USSR. Only if all the free countries of the West, sharing a common determination to help the German and other ethnic minorities and pursuing a co-ordinated political strategy, put joint pressure on the Soviet Union to observe the rights of these unfortunate individuals is there any real hope of progress being made.

Future CSCE conferences would play a part in this strategy, but it depends largely on the Council of Europe whether or not any such strategy is evolved. Here is a genuine opportunity for the Council of Europe, which bears especial responsibility for human rights, to get the governments of its member states to agree on a common formulation of objectives by concentrating its attention on the fate of the German ethnic minority in the Soviet Union.⁴¹³

Am 29. September 1983 befasste sich die Parlamentarische Versammlung mit dem Bericht der Kommission zur der Lage der Deutschen in der Sowjetunion⁴¹⁴. Die verabschiedete Empfehlung⁴¹⁵ entsprach weitestgehend dem Entwurf vom 29. Juni 1983.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Hupka im Deutschen Bundestag zur Einschätzung der Bundesregierung zu den Empfehlungen und Forderungen des Europarates sagte Staatsminister Mertes am 26. Oktober 1983: "Die Bundesregierung betrachtet dies als eine wertvolle Unterstützung ihrer entsprechenden eigenen Bemühungen."⁴¹⁶

Im weiteren machte sich der Deutsche Bundestag die Empfehlung des Europarates zu eigen und stellte entsprechende Forderungen an die Bundesregierung⁴¹⁷.

Das Komitee der Ministerbeauftragten befasste sich auf seiner Sitzung vom 8.-10. November 1983 mit der Empfehlung und beschloss auf deutschen Vorschlag, das Dokument den Regierungen der Mitgliedsstaaten zur Kenntnis zu bringen⁴¹⁸. Die Empfehlungen wurden am 20. Januar 1984 in die Konsultationen mit den Vereinten Nationen und am 5. April 1984 mit der KSZE eingebracht⁴¹⁹.

Der Ausschuss für die europäischen Nichtmitgliedsstaaten beauftragte den Abgeordneten Jäger drei Jahre später, der Parlamentarischen Versammlung einen erneuten Bericht vorzulegen, in dem allerdings festgestellt werden musste, dass sich die Lage der Deutschen

⁴¹³ *ER Doc.* 5098, Explanatory Memorandum, S. 16f

⁴¹⁴ dokumentiert in: *Bundestags-Drs.* 10/838 und *Drs.* 5098 vom 29.9.83

⁴¹⁵ *ER Recommendation* 972 (1983) on the situation of the German ethnic minority in the Soviet Union

⁴¹⁶ *Drs.* 10/457 Frage 30, Antwort vom 26.10.83, *PIPr.* 10/30

⁴¹⁷ *Drs.* 10/2100; *PIPr* 10/98 S. 7063-73; *Drs.* 10/2760

⁴¹⁸ *PIPr.* 10/64, S. 4583, Antwort auf eine Anfrage von Claus Jäger am 5.4.84

⁴¹⁹ *ER Doc.* CM (84) 87 vom 18.4.84

nicht zum Positiven verändert habe⁴²⁰. Die Versammlung nahm am 17. September 1986 eine weitere Empfehlung⁴²¹ einstimmig⁴²² an, in der die fortgesetzte Verletzung der Rechte der deutschen Minderheit bedauert und an die UdSSR appelliert wurde, auf der Grundlage der bestehenden KSZE-Verpflichtungen endlich Zugeständnisse zu machen. Sollten beim Wiener Folgetreffen keine Fortschritte erzielt werden, solle die Angelegenheit vor die Vereinten Nationen, insbesondere "before the Human Rights Commission and the Committee set up in accordance with Article 28 of the United Nations Covenant on Civil and Political Rights"⁴²³ gebracht werden.

Claus Jäger forderte in seinem Beitrag in der Diskussion des Berichtes des Europarats zur Lage der Deutschen in der Sowjetunion⁴²⁴ am 17. September 1986 konkrete Hilfen für die Sowjetdeutschen z.B. durch Deutschlehrer und Pastoren aus der Bundesrepublik - und notfalls Sanktionen gegen die UdSSR.

Auch in der Zeit, als die Sowjetunion die Deutschen bereits in Massen ziehen ließ, verfolgte der Europarat die Entwicklung und verabschiedete eine Empfehlung zur Aufnahme und Integration von Aussiedlern in der Bundesrepublik⁴²⁵, und brachte 1992 eine Resolution zur Lage der deutschen Minderheit in der ehemaligen UdSSR auf den Weg⁴²⁶.

Mit Beginn der 90er Jahre gab es im Rahmen des Europarats weitere minderheitenrelevante Entwicklungen. Eine Kommission "Demokratie durch Recht" wurde mit der Ausarbeitung eines Entwurfs einer eigenständigen Europäischen Konvention für den Minderheitenschutz beauftragt. Dieser wurde 1991 vorgelegt und enthielt erstmals eine Definition des Minderheitenbegriffes. Der Entwurf erfüllte des weiteren eine grundsätzliche Forderung aus den Reihen der Minderheiten, indem ihnen kollektive Rechte zugestanden und den Staaten Verpflichtungen zum Schutz gegen Assimilation auferlegt wurden. Neu war der Vorschlag eines speziellen Implementierungsmechanismus. Darüber hinaus wurde die positive Diskriminierung von Minderheiten erlaubt.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats beriet den Entwurf im Februar 1992; den Staatenvertretern gelang es jedoch nicht, Einigkeit über den Minderheitenbegriff zu erzielen.

⁴²⁰ *ER Doc.* 5591 vom 18.6.86

⁴²¹ *ER Recommendation* 1040 (1986)

⁴²² *Süddeutsche Zeitung*, 19.9.86

⁴²³ *ER Recommendation* 1040 (1986), S. 3

⁴²⁴ *BTagsDrs.* 10/6296, 17.9.86

⁴²⁵ *ER Doc.* 6039 vom 24.4.89, Empfehlung 1106 (1989) vom 9.5.89

⁴²⁶ *ER Doc.* 6644 vom 8.7.92

Auf dem Wiener Gipfel von 1993 konnte nur ein aufschiebender Kompromiss erzielt werden. Danach sollte sich der Europarat, so die Deklaration vom 9. Oktober 1993, mit Priorität der Erarbeitung einer Rahmenkonvention für den Minderheitenschutz in Europa zuwenden: "... nous décidons de charger le Comité des Ministres de rédiger à bref délai une convention-cadre précisant les principes que les Etats contractants s'engagent à respecter pour assurer la protection des minorités nationales. Cet instrument serait ouvert également à la signature des Etats non membres."⁴²⁷ Die Erklärung enthält darüber hinaus nur allgemeine Grundsätze über kulturelle, religiöse und sprachliche Rechte von Minderheiten. Es fehlt eine Definition von Minderheit, wie auch eine Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, die auf ihrem Territorium lebenden Minderheiten zu bestimmen.

Am 1. Februar 1993 verabschiedete der Europarat aber ein "Zusatzprotokoll über die Rechte nationaler Minderheiten im Rahmen der Europäischen Menschenrechtskonvention"⁴²⁸ und seit Ende 1992 liegt die "Europäische Charta der regionalen oder Minderheitensprachen" vom 22. Juni 1992 zur Zeichnung auf.

3.3 Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament wurde von der Bundesregierung und den deutschen EP-Mitgliedern wiederholt als Forum genutzt, um die anderen neun Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft auf die sich verschlechternde Lage der Deutschen in der Sowjetunion aufmerksam zu machen und im Namen der Zehn Schritte gegenüber der UdSSR vorzubereiten. Zu Beginn der kurzen Ära Andropov wurde eine separate EntschlieÙung "zur Lage der Deutschen in der UdSSR"⁴²⁹ verabschiedet. In dem Dokument drückte das Europäische Parlament seine tiefe Besorgnis über den Rückgang der Zahl der deutschen Aussiedler aus und erinnerte "an die gemeinsame Verantwortung aller Staaten der Gemeinschaft für die Einhaltung der Menschenrechte nicht zuletzt im Lichte der Schlussakte von Helsinki,

1. ersucht die Außenminister im Rahmen der EPZ die Frage der Deutschen in der UdSSR bei der kommenden Konferenz von Madrid zur Sprache zu bringen;
2. fordert die Regierungen der Gemeinschaft auf, ihren Einfluss in Moskau voll geltend zu machen, um eine Änderung der sowjetischen Haltung herbeizuführen ...⁴³⁰

⁴²⁷ *Sommet du Conseil de l'Europe. Déclaration de Vienne. Annexe II Les Minorités nationales. Sonderdruck des Europarates, 9.10.93, S. 7*

⁴²⁸ *ER Empfehlung 1201/1993*

⁴²⁹ *EP-Dok. 1-644/82*

⁴³⁰ *ibid.*

In einer "EntschlieÙung zu den Menschenrechten in der Sowjetunion"⁴³¹ wurde mit der expliziten Erwähnung der Deutschen ein weiteres Mal diese Thematik behandelt. Darin wurde in Übereinstimmung mit dem international verbrieften Recht auf Freizügigkeit die ungehinderte Ausreise von Sowjetdeutschen verlangt und der EP-Präsident beauftragt, diese "EntschlieÙung der Kommission, dem Rat, den im Rahmen der politischen Zusammenarbeit zusammentretenden Außenministern sowie der Regierung der Sowjetunion zu übermitteln."⁴³² Zuvor, am 17. Mai 1983, hatte im Politischen Ausschuss des EP, der über einen Bericht von Lord Bethell, dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Menschenrechte, zur Menschenrechtslage in der UdSSR beriet, der amtierende Ratspräsident und Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Alois Mertes, referiert. Mertes machte in diesem Zusammenhang auf die 88.000 unerledigten Ausreiseanträge von Sowjetdeutschen aufmerksam und auf den kontinuierlichen Rückgang der tatsächlich genehmigten Ausreisen, "was in merkwürdigem Widerspruch zum Vokabular der Entspannung steht."⁴³³ Lord Bethell hatte in seinem Bericht festgestellt, dass in der UdSSR "die Menschenrechte systematisch und grausam verletzt werden, und das wahrscheinlich in einem weit größeren Ausmaß als in irgendeinem anderen Land auf der Welt."⁴³⁴

⁴³¹ *EP-Dok. C 161* vom 20.6.83, S. 67-70; das Dokument wurde - aus anderen Gründen - letztlich aber nicht angenommen.

⁴³² *EP-Dok. C 161* vom 20.6.83, Ziff. 13, S. 70

⁴³³ *EP-Dok. 1-299* vom 17.5.83, S. 77

⁴³⁴ *ibid.* S. 75

3.4 Nordatlantisches Bündnis

Das parlamentarische Gremium der NATO, die Nordatlantische Versammlung, befasste sich auf ihrer 27. Jahrestagung vom 11.-16. Oktober 1981 in München auch mit der Lage der Deutschen in der UdSSR. Das *Committee on Education, Cultural Affairs & Information* nahm einen Bericht des *Sub-Committee on the Free Flow of Information and People* an⁴³⁵, dessen erster Teil sich mit der westlichen Zusammenarbeit im Rahmen des Madrider KSZE-Nachfolgetreffens befasste und im zweiter Teil mit "the Soviet policy of group oppression" am Beispiel der Juden und der Sowjetdeutschen. Auf der Grundlage dieses Berichts verabschiedete das Plenum der Nordatlantischen Versammlung eine EntschlieÙung zum Schutz ethnischer und kultureller Minderheiten in der UdSSR.

Die erste Sitzung des 1979 in Ottawa gegründeten *Sub-Committee*, dessen Aktivitäten auch Gegenstand des ersten Berichtsteils waren, fand am 24. März 1980 unter dem Vorsitz des deutschen SPD-MdB Dr. Peter Corterier statt⁴³⁶, der wenig später Staatsminister im Auswärtigen Amt wurde und als solcher die parlamentarischen Anfragen zu den Sowjetdeutschen beantworten sollte. Ein weiteres im Bereich der Anfragen aktives Mitglied des *Sub-Committee* war der CDU-Abgeordnete Hupka, der im Rahmen einer *factfinding mission* vom 2.-5. März 1981 zur Madrider Tagung auch mit dem US-Delegationsleiter Kampelman zusammentraf⁴³⁷. Dieser hatte bereits am 2. und 3. Juni 1980 an einer Sitzung des *Sub-Committee* in Washington teilgenommen⁴³⁸. Kampelman setzte sich in Madrid speziell für die Deutschen ein und bestätigte dies in einem Schreiben an Hupkas Vertriebenen-Kollegen und MdB Czaja .

Kapitel V. des Berichts zeichnete die Leidensgeschichte der Sowjetdeutschen nach, listet die Etappen der Rehabilitierung auf und befasste sich mit der aktuellen Lage der Deutschen. Dabei wurde festgestellt, dass die sowjetische Regierung offenbar auf die vollständige Assimilation der Sowjetdeutschen gesetzt hatte:

The intentional blurring of information related to the German minority reveals the refusal by the Soviet authorities to treat Soviet Germans in the same way as other ethnic groups. On the contrary, the Soviets seem to expect that in the long run they will be fully assimilated. Acculturation and assimilation have certainly changed the face of the German minority. The rise of new generations of Soviet Germans born since the war, educated in Soviet schools, reared without the traditional cultural influences of homogenous German communities, working alongside non-Germans

⁴³⁵ NAV-Dok. Y 179, CIC/FF (81) 10

⁴³⁶ ibid. S. 1

⁴³⁷ ibid. S. 12

⁴³⁸ ibid. S. 1

and exposed to ceaseless propaganda, threatens the eventual disappearance of German culture and identity, eventually to become no more than a mere historic curiosity.⁴³⁹

Der Bericht spiegelt die Position der damaligen Bonner CDU-Opposition wider, die der Auffassung war, die Bundesregierung setze sich nicht genügend für die Deutschen in der Sowjetunion ein: "The main public defenders of the Soviet Germans are in West Germany. Emigré groups, churches and conservative opponents of the policy of silence of their government call upon all Germans to support the claims of their brothers in the USSR."⁴⁴⁰

In der Entschließung zum Schutz ethnischer und kultureller Minderheiten in der UdSSR wurde mit Besorgnis "the intensification of the policy of discrimination and Russification practised by the USSR towards national and ethnic minorities in the name of integration" festgestellt sowie dass "equality of rights and the right to self-determination are denied to national groups and ethnic minorities". Darüber hinaus betonte die Nordatlantische Versammlung, "the right to emigrate, even temporarily, is being denied more and more frequently to the members of those minorities and their families" und rief die Regierungen der NATO-Mitgliedsstaaten zu einer gemeinsamen Aktion auf, u.a.:

2. to recall firmly to the USSR its international commitments and especially the terms of the Convention of Civil and Political Rights adopted by the United Nations ...
3. to defend the rights of the persecuted national and ethnic minorities ...
4. to promote the free flow of people and information under all circumstances.⁴⁴¹

Der Ausschuss der NATO-Ostexperten, eine Arbeitsgruppe auf Beamtenebene, beschäftigte sich auf Initiative der USA erstmals in seiner Frühjahrssitzung 1984 mit der Menschenrechtslage in der UdSSR. Die Bundesrepublik brachte in diesem Rahmen die Situation der Deutschen ein, die im weiteren regelmäßig Eingang in den halbjährlichen "KSZE-Implementierungsbericht" fand, mit dem die NATO-Mitgliedsstaaten Fortschritte bei der Umsetzung der KSZE-Verpflichtungen dokumentierten.

⁴³⁹ ibid. S. 20

⁴⁴⁰ ibid. S. 21; Hupka und Czaja äußerten sich in diesem Sinne in der Aktuellen Stunde am 11. November 1981, s.o.

⁴⁴¹ Resolution 113 on the protection of ethnic minorities and minority cultures in the USSR. North Atlantic Assembly. Texts adopted and Addresses. Twenty-Seventh Annual Session. Munic, 11th to 16th October, 1981 S. 52f auch in: *Bundestagsdr. 9/1127*

3.5 Vereinte Nationen

Die Vereinten Nationen bilden angesichts der dort präsenten Weltöffentlichkeit zwar ein attraktives Forum der Selbstdarstellung oder zur Anprangerung von Missständen, die Heterogenität der Mitgliedsstaaten ließ diese Organisation jedoch als Gremium zur Regelung von diffizilen Problemen wie der Minderheitenfrage kaum geeignet scheinen. Erst in jüngster Zeit konnten auf diesem Gebiet Fortschritte erzielt werden.

Traditionell bietet das Außenministertreffen in New York im September zu Beginn der Generalversammlung Gelegenheit, vor dem Plenum und in einer Vielzahl von bilateralen Begegnungen Anliegen zur Sprache zu bringen. Die Bundesregierung hat diese Möglichkeit regelmäßig genutzt, um auch von der Sowjetunion konkrete Schritte z.B. bei der Verwirklichung der Menschenrechte einzufordern. Bei den bilateralen Begegnungen der beiden Außenminister stand das Thema Sowjetdeutsche ständig auf der Tagesordnung.

Auch in Ausschüssen machte die Bundesregierung auf die Lage der Sowjetdeutschen aufmerksam, so anlässlich der 22. Tagung des Ausschusses zur Bekämpfung der Rassendiskriminierung der Vereinten Nationen vom 4.-22. August 1980 in New York. Der Vertreter der Bundesrepublik, Prof. Dr. Karl Josef Partsch, sprach die besondere Situation der Deutschen in der Sowjetunion im Erziehungswesen an und wies auf die fehlenden Möglichkeiten des Schulunterrichts in der deutschen Muttersprache hin.

Die UN-Menschenrechtskommission setzte auf ihrer 34. Sitzung 1978 eine Arbeitsgruppe ein (open-ended working group), um eine "Deklaration der Rechte von Personen, die nationalen, ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten angehören", zu entwerfen, deren Mandat im weiteren jährlich verlängert wurde. Die Erklärung sollte sich im Rahmen der Grundsätze des Art. 27 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte bewegen⁴⁴². Jugoslawien, das die Initiative ergriffen hatte, legte einen ersten Entwurf vor, der 1981 in einer revidierten Fassung als Arbeitsgrundlage angenommen wurde⁴⁴³. Interesse und Beteiligung der Mitgliedsstaaten blieben aber gering. Schon angesichts des Problems, den Begriff der "Minderheit"⁴⁴⁴ zu definieren, konnten in der Arbeitsgruppe bis in die späten achtziger Jahre kaum Fortschritte erzielt werden, so dass wenig Aussicht bestand, dieses Instrumentarium für die Deutschen in der ehemaligen Sowjetunion zu nutzen.

⁴⁴² Art. 27 IPbPR: "In Staaten mit ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten darf Angehörigen solcher Minderheiten nicht das Recht vorenthalten werden, gemeinsam mit anderen Angehörigen ihrer Gruppe ihr eigenes kulturelles Leben zu pflegen, ihre eigene Religion zu bekennen und auszuüben oder sich ihrer eigenen Sprache zu bedienen."

⁴⁴³ *UN-Dok. E/CN.4/L. 1367/Rev. 1 bzw. UN-Dok. E/CN.4/Sub 2/L. 734*

⁴⁴⁴ Weder die UN-Charta noch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte oder der Bürgerrechtspakt enthalten eine Definition.

Erst nach langjährigen internen Auseinandersetzungen und dem Manövrieren zwischen Individual- und Kollektivrechten gelang es der Arbeitsgruppe, im Dezember 1991 einen Entwurf einer "Resolution über die Rechte von Personen, die zu nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten gehören", vorzulegen, den die UN-Generalversammlung am 2. Dezember 1992 verabschiedete⁴⁴⁵.

Die UN-Minderheitendeklaration folgt dem individualrechtlichen Ansatz und unterstreicht gleichzeitig die Bedeutung des Minderheitenschutzes für die inner- und zwischenstaatliche Konfliktprävention. Sie verpflichtet die Staaten zu Maßnahmen zur Verhinderung von Diskriminierung, zur Schaffung von Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Kultur, Sprache, Religion und Traditionen und fordert die Staaten auf, den Angehörigen von Minderheiten das Erlernen und den Unterricht in ihrer Muttersprache zu ermöglichen. Darüber hinaus verweist Art. 3 der Deklaration auf die Möglichkeit, die darin vorgesehenen individuellen Rechte auch kollektiv ohne Diskriminierung zu nutzen.

⁴⁴⁵ UN-Resolution 42/135 vom 2.12.92; vgl. auch Dicke, K. "Die UN-Deklaration über Minderheitenschutz". *Europa-Archiv* (1993) 4, S. 107ff

4. Aspekte der Emigration von Deutschen und Juden aus der UdSSR

Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist zwar die Aussiedlung von Deutschen, der offensichtliche Zusammenhang mit der Emigration von Juden aus der UdSSR rechtfertigt jedoch einen kurzen Exkurs⁴⁴⁶.

Die Lage von Juden und Deutschen wies einiges an Gemeinsamkeiten auf. Bei beiden, etwa gleichstarken Minderheiten handelte es sich um Volksgruppen, die im Laufe der Geschichte nach Russland einwanderten, nicht in geschlossenen Siedlungsgebieten lebten, Diskriminierungen ausgesetzt waren⁴⁴⁷ und deshalb zum beträchtlichen Teil den Wunsch hatten, die UdSSR zu verlassen. Beide Minderheiten besaßen außerhalb der sowjetischen Grenzen einen staatlichen Förderer und Unterstützer ihrer Interessen und ein Ausreiseziel - hinsichtlich der Juden die USA (Israel erst zu Beginn der neunziger Jahre).

Beiden Minderheiten drohte die vollständige Assimilation. Die Ironie der Entwicklung liegt aber darin, dass gerade die beiden Nationalitäten, die die sowjetische Führung mit Recht am ehesten als "russifiziert" und deren nationale Frage tatsächlich als "gelöst" betrachten musste, am stärksten mobilisiert waren - mit dem einzigen Unterschied, dass sich ihr nationales Selbstbewusstsein nicht in Auflehnung, sondern in die Emigration entlud. Die Auswanderung beider Volksgruppen verlief teils parallel, nicht jedoch in quantitativer Hinsicht⁴⁴⁸. Während in der Chruščev-Zeit nur ca. 2.000 Juden emigrierten⁴⁴⁹, stiegen die Ausreisezahlen wie die der Deutschen 1966 sowie 1967 und sanken 1968 mit dem Einmarsch der Staaten des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei. Seit 1969 durften die Juden in großer Anzahl ausreisen, die Menge der Deutschen, die die UdSSR verlassen konnten, betrug davon immer nur einen Bruchteil und sank darüber hinaus seit 1976 ständig. Die Deutschen in der UdSSR nahmen diese unterschiedliche Behandlung mit Bitterkeit zur Kenntnis. Die restriktive Haltung der UdSSR ihnen gegenüber und ihre relative Konzilianz gegenüber den Juden - z.B. von 1970 bis Ende 1973 hatten 80.463 Juden gegenüber lediglich 9.405 Deutschen das Land verlassen dürfen - führte unter Berufung auf wiederholte öffentliche Versicherungen des stellvertretenden sowjetischen Innenministers Šumilin, alle

⁴⁴⁶ Detaillierte Gegenüberstellungen hat Sidney Heitman in seinen diversen Publikationen vorgenommen.

⁴⁴⁷ Im *NAV-Dok. Y 179, CIC/FF (81) 10, S. 16*, der Nordatlantischen Versammlung von 1981 heisst es:

"In 1932 there were 1.000 Jewish schools in the USSR. Today, none officially exists. ... Jewish history and Yiddish language and literature have been eliminated and are not taught; religious observance is forbidden. In 1941, there were 1.011 open synagogues, 150 in 1960 and less than 50 in 1970 ... There are probably no more than 35-40 active rabbis in the entire USSR. Advanced assimilation has raised a wall of linguistic and cultural alienation between the synagogue and Jews. The Jewish religion is depicted as 'the religion of the enemy from within'. ... The virulent anti-Zionism of the authorities, who denounce the 'fifth column' of Zionism, often takes the form of anti-Semitism, especially in higher education."

⁴⁴⁸ vgl. Graphik und Tabelle, Anhang 6 u. 7

⁴⁴⁹ *NAV-Dok. Y 179, CIC/FF (81) 10, S. 16*

Ausreisewilligen gleichbehandeln zu wollen⁴⁵⁰, und auf die international verbrieften Menschenrechte zu einer Radikalisierung der sowjetdeutschen Bewegung. Mit öffentlichen Aktionen und Petitionen versuchten die Sowjetdeutschen, die Aufmerksamkeit des In- und Auslands auf ihr Anliegen zu lenken.

Während die Kurve der deutschen Emigration bis 1976 aber eine steigende Tendenz aufwies, fiel die jüdische rapide nach 1974, im Helsinki-Jahr 1975 sogar auf den Tiefststand des gesamten Jahrzehnts. Nach erneutem Ansteigen der Ausreisezahlen mit Helsinki und Belgrad erreichte die jüdische Emigration 1979 vermutlich auf dem Hintergrund der amerikanisch-sowjetischen Einigung über SALT ihren Zenith, um dann im Zusammenhang mit der geschilderten Verschärfung des politischen Klimas schlagartig zurückzugehen. Der Bericht an die Nordatlantische Versammlung notierte:

Beginning in December 1979, the number of monthly exit visas granted has steadily declined. ... The motivation behind Moscow's present emigration policy is not clearly apparent. The international climate is not the only factor affecting it. The decline in the level of Jewish emigration began before the invasion of Afghanistan and the subsequent cooling of Soviet-American relations.⁴⁵¹

Dem ist insofern zuzustimmen, als das sowjetische Verhalten gewiss vielschichtig motiviert war, jedoch übersieht der Bericht, dass 1979 bereits die Nachrüstung debattiert und Anfang Dezember der Doppelbeschluss gefasst wurde. Gründe vermutet der Bericht einerseits im bilateralen amerikanisch-sowjetischen Verhältnis, "those attitudes ... depend on the degree of incentive to please on the part of the USSR or to attain trade concessions" und andererseits in innenpolitischen Erwägungen: "One point of concern for the Soviet authorities might be the economic consequences of massive Jewish emigration. Most emigrants to date have all been well-educated persons from urban areas. If all applicants were authorised to leave the USSR, the result might be a damaging 'brain drain'."⁴⁵²

Bereits 1982 fielen deutsche und jüdische Emigration quantitativ zusammen. Den 2.071 jüdischen Auswanderern stand eine geschätzte Zahl von 380.000 Ausreisewilligen gegenüber⁴⁵³. Die sowjetische Seite begründete den im Verhältnis zur deutschen Aussiedlung ungleich stärkeren Rückgang der Zahlen mit der gleichen Argumentation. Der amerikanische

⁴⁵⁰ Die *Süddeutsche Zeitung* schrieb am 29.3.72 zu den Ausreiseanträgen von sowjetischen Juden unter Berufung auf ein Šumilin-Interview: "Diese Anträge würden nach den gleichen Kriterien geprüft, denen auch die Auswanderungsgesuche anderer sowjetischer Bürger unterlägen." (S. 8) zu den Äußerungen Šumilins vgl. auch *Neue Züricher Zeitung*, 30.3.72; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.3.72

⁴⁵¹ *NAV-Dok.* Y 179, CIC/FF (81) 10, S. 17

⁴⁵² *ibid.* S. 17

⁴⁵³ *ibid.* S. 16

Außenminister Schultz erklärte am 22. Dezember 1984 in Washington auf der Nationalkonferenz für das Judentum in der Sowjetunion:

Die Auswanderung ist jetzt eigentlich zum Stillstand gekommen. Die sowjetischen Autoritäten möchten die Welt glauben machen, dass fast alle sowjetischen Juden, die gewünscht hatten auszuwandern, dies bereits getan hätten. Aber dies ist offenkundig nicht wahr. Tausende von Juden haben Ausreisevisa beantragt, nur wurden ihnen diese Ausreisevisa verweigert.⁴⁵⁴

Die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik war sich der unterschiedlichen Behandlung bewusst, kritisierte diese Entwicklung und lastete sie der Bundesregierung an. Trotz einer grundsätzlich positiven Ausreisetendenz hinsichtlich der Deutschen in der ersten Hälfte der siebziger Jahre konfrontierten Presse und Fernsehen die Bundesregierung mit dem Spannungsverhältnis, so z.B. Bundesaußenminister Genscher im Vorfeld seines ersten Moskau-Besuches in einem Interview der Sendung *Kontraste* des 1. Deutschen Fernsehens:

Frage:

Herr, Minister, werden Sie bei Ihrem Besuch in Moskau auch das Problem der Ausreisewilligen und Sowjetdeutschen ansprechen? Es gab ja in der Vergangenheit ein amerikanisches Beispiel für ein Tauschgeschäft: Ausreisegenehmigungen gegen Meistbegünstigungsklausel. Ist das vergleichbar?

Antwort:

Nun, wir sprechen nicht erst jetzt über diese Frage, und seit dem Besuch des Generalsekretärs Brežnev in Bonn zeigt sich eine ansteigende Tendenz der Ausreisen. Das ist eine erfreuliche Entwicklung, die wir gern auch bei unseren Gesprächen in Moskau weiter fördern möchten, so wie das auch schon bei dem Besuch des sowjetischen Außenministers hier in Bonn der Fall war.⁴⁵⁵

Expliziter wurde das Thema im Deutschen Bundestag behandelt. In einer Aktuellen Stunde erklärte der Abgeordnete Hupka am 11. November 1981:

Während die Welt zu Recht immer wieder etwas über das Schicksal der Juden in der Sowjetunion - ihre Zahl ist etwa mit derjenigen der Deutschen in der Sowjetunion vergleichbar - erfährt und vor allem die USA und die Juden überall für ihre Glaubensgefährten Partei ergreifen, schweigt sich die Bundesregierung über das Schicksal der Deutschen in der Sowjetunion nahezu aus.⁴⁵⁶

⁴⁵⁴ zitiert nach: MdB Dr. Hupka im Deutschen Bundestag, *PIPr.* 10/98, S. 7072

⁴⁵⁵ *BPA-Bulletin* Nr. 126 vom 29.10.74, S. 1273f

⁴⁵⁶ Dr. Hupka, MdB in der Aktuellen Stunde des Bundestages am 11.11.81, zitiert nach: *Volk auf dem Weg*, Heft 2/82, S. 12

Der Abgeordnete Klein (München) zitierte Andrej Sacharov mit der Aussage: "Die Deutschen in der Sowjetunion haben es noch viel schwerer als die Juden. Und, was alles könnte doch der Westen für sie erreichen."⁴⁵⁷

Wich Genscher dem öffentlichen direkten "Leistungsvergleich" zwischen Bundesrepublik und den USA in dem o.g. Interview 1974 noch aus, sah sich die Bundesregierung - wohl nicht zuletzt angesichts des öffentlichen Drucks - veranlasst, diese Thematik bilateral anzusprechen, denn auch nach ihrer Auffassung verfolgte die Sowjetunion in beiden Fällen eine entgegengesetzte Politik⁴⁵⁸. Die Bundesregierung machte gegenüber der UdSSR wiederholt auf die Ungleichbehandlung aufmerksam, so z.B. beim Gespräch von Bundeskanzler Schmidt mit Brežnev in Moskau im Sommer 1980. Gleichzeitig setzte sich die Bundesregierung gegenüber der sowjetischen Führung auch für die Ausreise von Juden ein.

Über die Ausreise hinaus bestand eine weitere, formelle Ungleichbehandlung von Deutschen und Juden. Während die Juden die sowjetische Staatsangehörigkeit mit Verlassen der UdSSR ablegten, verblieben die Deutschen in der sowjetischen Staatsangehörigkeit und jeder einzelne musste die Ausbürgerung von Deutschland aus in einem langwierigen und umständlichen Verfahren selbst beantragen und bezahlen⁴⁵⁹.

Über die Hintergründe - eine möglicherweise für Juden existierende Pauschalgenehmigung des Obersten Sowjets oder eine bilaterale Regelung zwischen der UdSSR und den USA im Zusammenhang mit Handelsvorteilen oder auch nur sowjetischen Erwartungen im Hinblick auf Entscheidungen der US-Politik - ist viel spekuliert worden. Der Grund dafür, dass keine deutsch-sowjetische Vereinbarung in diesem Sinne gesucht wurde, erklärt sich vor allem dadurch, dass diese den Geltungsbereich der deutschen Staatsbürgerschaft sowie die Einbeziehung Berlins hätte beinhalten müssen, was für die UdSSR nicht akzeptabel gewesen wäre. In der ersten Hälfte der 80er Jahre wäre eine deutsch-sowjetische Regelung aus Gründen des schlechten politischen Klimas ohnehin nicht vorstellbar gewesen.

⁴⁵⁷ Klein, MdB, *ibid.* S. 15

⁴⁵⁸ Gesprächsunterlagen für den Besuch von Bundesaußenminister Genscher vom 2.-4.4.81 in Moskau, S. 16

⁴⁵⁹ Die Kosten betragen zwischen 400 und 1200 DM, vgl. *Volk auf dem Weg* 11/84, S. 9

Zu den deutschen Bemühungen, bei der UdSSR eine Vereinfachung und Verkürzung der Ausbürgerungsverfahren zu erreichen, vgl. *Volk auf dem Weg* 11/1984, S. 9

Das Auswärtige Amt hatte von Initiativen gegenüber der Sowjetunion zur Entlassung Sowjetdeutscher aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft vor ihrer Ausreise Abstand genommen, weil laut einem Schreiben an das Staatsministerium Baden-Württemberg vom 19.4.85, 213-320.15, befürchtet wurde, "dass durch die Vorschaltung eines Entlassungsverfahrens vor das Ausreiseverfahren die Bereitschaft der sowjetischen Behörden, die Ausreise von Russlanddeutschen zu gestatten, weiter verringert wird. Ich weise insbesondere darauf hin, dass bei einer Verknüpfung des Ausreiseantrages mit dem Antrag auf Entlassung aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft in jedem Falle eine zeitliche Verzögerung der Ausreise erfolgen würde. Über die Ausreise entscheidet nämlich die örtliche Meldebehörde, über die Entlassung dagegen das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR."

Bundesaußenminister Genscher bestätigte dies gegenüber der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland:

Die Einschätzung der inneren Lage durch die sowjetische Führung, aber auch die härtere Linie lassen es nicht angeraten erscheinen, gegenwärtig in förmliche Verhandlungen mit der sowjetischen Seite einzutreten, zumal sie uns allenfalls eine beschränkte sachliche Zuständigkeit, für die Deutschen in der UdSSR zu sprechen, zubilligt, im übrigen aber auf der bekannten Position beharrt, es handele sich ausschließlich um sowjetische Staatsbürger, die allein der Kompetenz der Sowjetunion unterliegen. Gleichwohl wird die Bundesregierung weiterhin alle Anstrengungen darauf verwenden, eine Lösung dieses Problems zu erreichen. Neben dem entsprechenden Willen bedarf es hierfür jedoch auch großer Geduld und Ausdauer.⁴⁶⁰

Der Vergleich der Auswandererzahlen erlaubt aber Rückschlüsse auf das deutsch-sowjetische Verhältnis und legt den Schluss nahe, dass Deutschland anders als die USA nicht als gleichrangiger Partner betrachtet wurde, auf deren Wünsche größere Rücksicht zu nehmen war. Andererseits wies das deutsch-sowjetische Verhältnis Kontinuität auf niedrigerem Niveau auf, so dass die schwierigen Jahre ab 1979/80 zumindest auf wirtschaftlichem Gebiet ohne Schaden überstanden wurden. Dagegen muss von den starken Schwankungen in der jüdischen Emigration auf ein weniger stabiles sowjetisch-amerikanisches Verhältnis geschlossen werden, dessen Beeinträchtigung unmittelbar überdimensionale Auswirkungen auf die Ausreisezahlen zur Folge hatte.

⁴⁶⁰

Ständiges Sekretariat für die Koordinierung der bundesgeförderten Osteuropaforschung. *Deutsche in der Sowjetunion: Bericht über die 3. Arbeitskonferenz am 10. April 1984 in Köln*, S. 1

5. Fazit 1955-1985

Die Nationalitätenpolitik der UdSSR gegenüber den Sowjetdeutschen war bis zum Beginn der *Perestrojka* schon im Ansatz nicht darauf angelegt, einer nicht in geschlossenen Siedlungsgebieten lebenden nationalen Minderheit wie den Deutschen Spielräume zu eröffnen oder auch nur um Vertrauen für die Sowjetunion zu werben, in dem Sinne, dass seitens der Regierung Initiativen zur Bewahrung und Förderung der Identität und kulturellen Eigenständigkeit der Deutschen und ihrer Sprache hätten erwartet werden können.

Die durch die Deportation verstreut und primär in russischer Umgebung lebenden Deutschen, die seit 1938 bzw. 1941 ohne eigene Schulen, kulturelle und administrative muttersprachliche Einrichtungen waren, sahen sich der Russifizierungspolitik besonders schutzlos ausgeliefert. Der ideologische Ansatz der sowjetischen Politik ließ die Deutschen unaufhaltsam in einen totalen Kulturverlust driften. Darüber hinaus bestand die massive Diskriminierung Deutscher fort, so dass in beträchtlichem Umfang Deutsche aus Selbstschutz ihre Muttersprache und letztlich ihre Nationalität gegen die russische tauschten.

Die Bundesrepublik Deutschland setzte sich bei der Sowjetunion von Aufnahme der diplomatischen Beziehungen an intensiv für die Ausreise von Sowjetdeutschen im Rahmen der Familienzusammenführung ein und wuchs damit zunehmend in eine Anwaltsrolle für die deutsche Minderheit in der UdSSR insgesamt hinein. In den in dieser Untersuchung näher beleuchteten siebziger und achtziger Jahren stand die Thematik, die aus bundesdeutscher Sicht die Beziehungen zwischen beiden Staaten belastete, auf der Tagesordnung fast jeder bilateralen Begegnung auf politischer Ebene. Aus völkerrechtlichen Gründen hatte die Bundesregierung sich für nicht umgesiedelte sowjetische Staatsbürger deutscher Nationalität, die von der Repatriierungsvereinbarung von 1958 nicht erfasst wurden, zunächst nur indirekt und über die multilaterale Schiene einsetzen können, indem sie auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die gesamte deutsche Minderheit in der UdSSR drang. Erst ab 1983, nachdem im Rahmen des KSZE-Nachfolgetreffens in Madrid entsprechende Fortschritte erzielt worden waren, wurde es bilateral möglich, die Thematik direkt anzusprechen. Die UdSSR legte den Begriff der Familienzusammenführung aber so weit aus, dass auch nach der Repatriierungserklärung Nicht-Berechtigte ausreisen konnten.

Die Repatriierungsvereinbarung von 1958 hat sich aus deutscher Sicht bewährt: Die Übersiedler rekrutierten sich bis 1964 im wesentlichen aus der Gruppe der Reichs- und Memeldeutschen sowie der Vertragsumsiedler. Auch wenn in den folgenden Jahrzehnten noch immer Angehörige dieser Kategorien in die Bundesrepublik gelangten, so ist doch festzustellen, dass der von der Vereinbarung begünstigte Personenkreis die UdSSR in einem

vertretbaren Zeitrahmen überwiegend verlassen konnte. Danach stiegen insbesondere die Ausreisezahlen der Administrativumsiedler, die ab den 60er Jahren quantitativ die deutsche Emigration bestimmten. Auch wenn es sich bei diesem Personenkreis lediglich um Ausreisen im Rahmen der Familienzusammenführung handelte, war die UdSSR doch der deutschen Lesart der Repatriierungsvereinbarung weit entgegengekommen. Ab 1971 durften im Rahmen der Familienzusammenführung dann auch im größeren Umfang nicht umgesiedelte Sowjetdeutsche die UdSSR verlassen.

Auch wenn sich die sowjetische Seite erst in den letzten Jahren der UdSSR wirklich kooperativ zeigte, hat sie doch das Gespräch zur Familienzusammenführung im Grundsatz nie verweigert und trotz einzelner Proteste durch konkludentes Handeln zu verstehen gegeben, dass sie das deutsche Eintreten für diese sowjetischen Staatsangehörigen akzeptierte.

Das Los der Sowjetdeutschen verbesserte sich nach dem 13. September 1955 stufenweise. Die "Anwaltstätigkeit" der Bundesrepublik führte jedoch in gewisser Weise zu einer fortgesetzten Koppelung des Schicksals der Sowjetdeutschen an die bilateralen "politisch-klimatischen" Gegebenheiten und nunmehr auch an die "Großwetterlage" zwischen den beiden politischen Blöcken, da die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit ihrerseits und zuvörderst fest eingebettet in das Weltgeschehen und den Ost-West-Gegensatz war.

Betrachtet man die monatliche und jährliche Anzahl genehmigter Ausreisen von Sowjetdeutschen aus der UdSSR, fällt auf, dass die Sowjetunion diese im wesentlichen an multilateralen Konferenzen, auf der u.a. humanitäre Fragen behandelt wurden, orientierte⁴⁶¹: Internationale Rotkreuz-Konferenz Wien, KSZE-Konferenzen von Helsinki, Belgrad, Madrid. Die UdSSR bemühte sich in deren Umfeld sichtlich - auch bezüglich der jüdischen Emigration - darum, Wohlverhalten als Beweis eigener Glaubwürdigkeit und Kompromissbereitschaft zu demonstrieren, um möglichst wenig Angriffsfläche für westliche Kritik zu bieten und so das Erreichen wichtigerer Ziele, z.B. hinsichtlich der anderen Helsinki-Körbe, nicht zu gefährden.

Die sich ab 1979 verschärfenden Spannungen zwischen beiden Blöcken - die sowjetische Aufstellung von Mittelstreckenraketen, der darauf folgende Nato-Doppelbeschluss, der sowjetische Einmarsch in Afghanistan, der westliche Olympia-Boykott, das Kriegerrecht in Polen, das US-Programm *SDI* - boten der UdSSR einen willkommenen Anlass, die lästige Emigrationsbewegung im eigenen Land, die sich nunmehr auch auf die KSZE-Schlussakte berufen konnte, zu unterdrücken und unter Hinweis auf angebliche Auswüchse des

⁴⁶¹

vgl. Anhang 3: Tabelle der Ausreisezahlen in Abhängigkeit von politischen Ereignissen

Kapitalismus und der von diesem ausgehenden militärischen Bedrohung propagandistisch auf die Sowjetdeutschen einzuwirken. Die Ausreiseanträge wurden unverblümt vor allem in den Jahren 1983/84, d.h. nach dem Nachrüstungsbeschluss, "im Zusammenhang mit der zugespitzten internationalen Lage" abgelehnt. Wäre Gorbačev nicht an die Macht gekommen, hätte die Sowjetunion die Anzahl der Ausreisegenehmigungen bis Ende 1986 vermutlich auf Null reduziert.

Im bilateralen deutsch-sowjetischen Verhältnis - vor allem nach 1960, als die Sowjetunion ihre Verpflichtungen aus der Repatriierungsvereinbarung einseitig für erfüllt erklärt hatte - begriff die UdSSR die Ausreisenzahl von Sowjetdeutschen als politisches Instrument, das sie auf dem Hintergrund der international induzierten Schwankungen willkürlich nutzte, wie es opportun erschien, so ganz unverblümt als Wahlhilfe oder aber als "Gastgeschenk" anlässlich eines bilateralen Besuches. Außenpolitisch bot sich auf diese Weise Gelegenheit, die Bundesrepublik für Wohlverhalten zu belohnen oder aber in Form einer Repressalie durch sinkende Aussiedlerzahlen für ihre pro-amerikanische Haltung in der Nachrüstungsfrage zu strafen.

Die Zahl der jährlichen Ausreisen spiegelte damit zwar nicht direkt die Qualität der bilateralen Beziehungen wider, die insgesamt ohnehin von den Blockbeziehungen überschattet wurden, wohl aber einen für die Bundesrepublik besonders wichtigen Teilaspekt. Auf wirtschaftlichem Gebiet hingegen gestalteten sich die bilateralen Beziehungen in der Regel sehr viel enger als das Verhältnis der UdSSR zu anderen westlichen Staaten⁴⁶².

Wenn die Anzahl deutscher Aussiedler eine Funktion internationaler und deutsch-sowjetischer politisch-humanitärer Beziehungen ist, so kann die graphische Darstellung der Aussiedlung - über die Jahre betrachtet - auch als "Sympathie- bzw. Fieberkurve" dieses wichtigen Aspektes im internationalen Verhältnis und humanitären Klima gewertet werden. Wobei es aber zumindest bilateral keine Anzeichen dafür gibt, dass es sich im negativen Falle - um im Bilde zu bleiben - um eine "ansteckende Krankheit" handelte, d.h. mit Auswirkungen auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen insgesamt, wovon die Bundesregierungen über Jahre hinweg gewarnt hatten. Die Aussiedler aber waren durch die Anwaltstätigkeit der Bundesrepublik zu Betroffenen und, man muss es wohl so nennen, zu Abhängigen der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit und damit zu "Politik-Objekten" einer Seite geworden. Heinrich Groth, der Vorsitzende der 1989 gegründeten

⁴⁶²

Pittman weist darauf hin, dass die Bundesrepublik der führende westliche Handelspartner der UdSSR blieb; vgl. Pittman, S. 140

Allunionsgesellschaft der Sowjetdeutschen "Wiedergeburt" bezeichnete die Deutschen in dieser Situation einmal als "Geiselveolk"⁴⁶³ der bilateralen Beziehungen.

Lässt man die Ausreisezahlen Revue passieren, so fällt auf, dass Ende der fünfziger Jahre ein Maximum erreicht wurde, das Mitte 1960 schlagartig auf den Nullpunkt sank. In den sechziger Jahren konnten nur wenige Aussiedler die UdSSR verlassen, erst das nächste Jahrzehnt brachte eine zweite Welle von Aussiedlern. Ab 1978 sank deren Anzahl wieder rapide, um 1985/86 einen erneuten Tiefststand auf dem Niveau der sechziger Jahre zu erreichen⁴⁶⁴.

Die politischen Ereignisse, die hinter dieser Kurve zu suchen sind, wurden im einzelnen beleuchtet. Die erste Ausreisewelle Ende der fünfziger Jahre war auf die sich positiv entwickelnden bilateralen Beziehungen und die Repatriierungserklärung zurückzuführen. Sie endete zeitgleich mit der gescheiterten Gipfelkonferenz in Paris im Mai 1960 und der damit verbundenen Abkühlung des Ost-West-Verhältnisses.

Nach einem kurzen Zugeständnis 1962 im Hinblick auf unstrittig deutsche Staatsangehörige nahm die deutsche Emigration erst nach dem Sturz Chruščevs wieder langsam zu, um 1966 und 1967 einen für die sechziger Jahre überdurchschnittlichen Umfang zu erreichen.

1971, zwei Jahre nach dem jüdischen Exodus aus der UdSSR, stiegen die Ausreisezahlen der Sowjetdeutschen zur Unterstützung bzw. als Reaktion auf die neue Ostpolitik auf über 1000 Personen pro Jahr an - beginnend mit der Ratifikation des Moskauer Vertrages. Unübersehbar ist das Wahlgeschenk an die SPD/FDP-Bundesregierung zum 19. November 1972: Erst im Juli 1987 stieg eine Monatszahl erneut auf eine solche Höhe. Ein ähnliches Phänomen findet sich im September 1980.

Das Maximum der siebziger Jahre wurde in der Folge der KSZE-Schlussakte von Helsinki bzw. der Nachfolgekonferenz von Belgrad und der damit verbundenen Phase der Entspannung 1976 und 1977 erreicht. Danach kühlte sich das internationale politische Klima schnell ab und erreichte durch die Nachrüstung, den sowjetischen Einmarsch nach Afghanistan und dem daraus resultierenden Olympia-Boykott sowie *SDI* ein absolutes Tief. Diese Phase der Stagnation in der Entspannungspolitik ließ das Interesse der sowjetischen Führung an der Ausreise ihrer Bürger als Ausdruck internationaler Kooperationsbereitschaft

⁴⁶³ *Freundschaft*, 31.8.90, S. 2

⁴⁶⁴ Die Abweichung vom Trend im September 1980 ist oben erläutert worden. Der internationale Zusammenhang der Ausreisezahlen war der Bundesregierung bekannt, wie aus den Äußerungen von Staatsminister Möllemann auf eine Anfrage von MdB Hupka hervorgeht (*PIPr.* 10/94 vom 25.10.84, S. 6889): "Die sowjetische Haltung in dieser Frage ist immer von der internationalen Lage mitbestimmt worden. Die Bundesregierung bemüht sich um eine Verbesserung der internationalen Lage auch durch Dialog und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Das Gespräch des Bundesministers des Auswärtigen mit Außenminister Gromyko; in New York diente auch in diesem Sinne einer Verbesserung der Voraussetzungen für die Behandlung humanitärer Fragen."

rapide sinken. Zu einer Wiederbelebung der Ost-West-Beziehungen kam es erst gegen Ende 1986, als die Leitung der Regierungsgeschäfte unbestritten in den Händen Gorbačevs lag.

Gegenwärtig ist es noch nicht abschließend möglich, durch sowjetische Dokumente zweifelsfrei zu belegen, dass die sowjetische Führung ihre innenpolitischen Schritte zur Rehabilitierung der Deutschen bis zum Beginn der Gorbačev-Zeit gezielt mit Blick auf die bilateralen Beziehungen zur Bundesrepublik unternahm. Es spricht aber einiges dafür anzunehmen, dass - ganz wie auf dem Gebiet der Ausreisepolitik - auch in diesem, eigentlich innersowjetischen Bereich Maßnahmen von vornherein nicht frei von bilateralen Überlegungen getroffen wurden bzw. getroffen werden konnten: So fällt auf, dass der Oberste Sowjet der UdSSR im zeitlichen Zusammenhang mit der sowjetischen Erklärung zur deutschen Frage vom 15. Januar 1955 und der Diskussion um die Pariser Verträge am 25. Januar 1955 den Erlass veröffentlichte, der den Kriegszustand mit Deutschland aufhob, gleichzeitig aber auch die Klausel des Kriegsgesetzes ausdrücklich außer Kraft setzte, wonach die Sowjetdeutschen als feindliche Bürger galten. Nur zwei Monate nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen folgte am 13. Dezember 1955 der "Erlass über die Aufhebung der Beschränkungen in der Rechtsstellung der Deutschen und ihrer Familienangehörigen, die sich in Sondersiedlungen befinden", während die anderen deportierten Völker erst danach aus den Sondersiedlungen entlassen wurden.

Die Ausklammerung der Sowjetdeutschen aus den Rehabilitierungsbeschlüssen von 1956/1957 könnte u.a. damit erklärt werden, dass deren gleichzeitige und vollständige Rehabilitierung angesichts der wachen Erinnerungen an den deutschen Kriegsgegner innenpolitisch damals nicht durchsetzbar gewesen wäre. Wie 1941 die Deportationen, wäre damit die verschobene Rehabilitierung bilateral motiviert.

Der "Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets über die Abänderung des Erlasses des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 28. August 1941, die Umsiedlung der Deutschen an der Wolga betreffend" vom 29. August 1964 war im zeitlichen Zusammenhang mit dem geplanten Bonn-Besuch Chruščevs verabschiedet worden und wäre in Bonn sicherlich zur Sprache gebracht worden. Da auch das *Neue Deutschland*, das in Bonn aufmerksam gelesen wurde, davon berichtete, ist anzunehmen, dass ein positiver bilateraler Effekt beabsichtigt war.

Das Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 3. November 1972, das "Beschränkungen in der Wahl des Wohnorts, die in der Vergangenheit hinsichtlich einzelner Kategorien von Bürgern vorgesehen waren" aufhob, erschien im Monat der Wahlen zum Deutschen Bundestag, in dem auch sowjetische Zugeständnisse hinsichtlich einer signifikant erhöhten Zahl von Ausreisen gemacht wurden. Zwar unterblieb die Veröffentlichung des

Dekrets, der Zeitpunkt seiner Annahme gleichzeitig mit der eindeutig außenpolitisch motivierten Maßnahme lässt aber darauf schließen, dass die sowjetische Führung sich mit Blick auf die bilateralen Beziehungen zu Zugeständnissen gegenüber den Sowjetdeutschen durchgerungen hatte. Der weitere Schritt zur Aufhebung der Beschränkungen des Wohnorts vom 9. Januar 1974 war in diesem Sinne eine folgerichtige, der Eindämmung dienende Reaktion auf die sich auch im Aussiedlerbereich positiv entwickelnden bilateralen Beziehungen.

Die ab 1974 erfolgenden Beschlüsse des ZK der KPdSU bzw. Kasachstans (und möglicherweise auch anderer Unionsrepubliken mit hohem deutschen Bevölkerungsanteil) zur Verstärkung der propagandistischen Arbeit unter den Sowjetdeutschen enthielten teils bereits im Titel, teils im Text Hinweise auf deren bilaterale Motivation als Maßnahme gegen Ausreisetendenzen infolge angeblicher westlicher bzw. bundesdeutscher Propaganda. Damit zielten diese Beschlüsse - ganz wie diejenigen zur Rehabilitierung der Deutschen - letztlich darauf, die deutsche Minderheit mit kleinen Zugeständnissen erneut bzw. so stark an die UdSSR zu binden, dass der Wunsch nach öffentlichem Protest oder Ausreise nicht übermächtig wurde.

Beruhend auch die zeitlichen Koinzidenzen seit 1955 nicht auf Zufälligkeiten, ergibt sich aus den Zusammenhängen, dass es der Sowjetunion, auch wenn sie nach außen auf strikte Einhaltung des Grundsatzes der Souveränität bedacht war - im Bereich der Sowjetdeutschen äußerte sich dies darin, dass sie die Bundesregierung in keinem Falle über Maßnahmen und Beschlüsse zu den Sowjetdeutschen (weder vorab noch im Nachhinein) in Kenntnis setzte, aber verschiedentlich gegen die angebliche Einmischung der Bundesrepublik in ihre diesbezüglichen inneren Angelegenheiten protestierte -, nach innen nicht gelungen war, ihre Politik gegenüber den Sowjetdeutschen von den bilateralen Beziehungen sowie von der Ausreisefrage zu trennen und ohne Abgrenzung von der Bundesrepublik zu handeln, d.h. ohne innen- oder außenpolitische Maßnahmen zur Eindämmung bundesdeutschen Einflusses. Insofern war die souveräne Handlungsfreiheit der UdSSR auf diesem Sektor von vornherein beschnitten und musste hinter andere bilaterale Erwägungen zurücktreten. Umgekehrt kann es unter diesen Umständen und schon aus Gründen der politischen Psychologie und Hygiene nicht verwundern, dass die UdSSR sich zur Problematik der Sowjetdeutschen um besonders scharfe Abgrenzung und um Abwehr vermeintlicher Einmischungsversuche in innere Angelegenheiten bemühte.

Als Erklärungsmodell für die Politik der UdSSR in der Frage der Sowjetdeutschen bietet sich ein "Mechanismus" an, der durch das frühzeitige Eingehen im Jahre 1955 auf potentielle

bundesdeutsche Anliegen im Zusammenhang mit den Sowjetdeutschen ausgelöst worden sein könnte: Die sowjetische Führung erhoffte sich eine Annäherung der Bundesrepublik an die UdSSR und war daher zu Zugeständnissen in einer für die Bundesrepublik besonders wichtigen Frage bereit. Außenpolitisch unterwarf sich die UdSSR mit der Öffnung des Ausreiseventils aber einer Implementationskontrolle bzw. setzte sich bilateralen Ansprüchen aus. Innenpolitisch wurden mit der "Tauwetter-Periode" und später mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik sowie mit dem Eingehen auf die Schlussakte von Helsinki bei den Sowjetdeutschen unerfüllbare Erwartungen und Forderungen ausgelöst, die die UdSSR-Führung in Bedrängnis brachten. Als Reaktion könnte sie eine dosierte Emigration ermöglicht haben, so dass die Bundesrepublik gerade noch zufrieden gestellt bzw. zu besonderen Gelegenheiten mit einer Geste bedacht, beruhigt und hingehalten wurde. Gleichzeitig war damit ein Weg gegeben, dem Ausreisedruck unter den Sowjetdeutschen zu begegnen - möglicherweise sogar gezielt mit der Entlassung eines Personenkreises aus der UdSSR, dem potentielle oder tatsächliche öffentliche Protestierer zugerechnet wurden. Angesichts der Lawine der Ausreisewilligen, die sich Anfang der 70er Jahre entwickelte, war die sowjetische Führung zu aufwendigen internen Gegenmaßnahmen gezwungen: politische und kulturelle Zugeständnisse bis hin zur Gründung eines autonomen Rayons, pädagogische und rein repressive Maßnahmen zur Erziehung der Sowjetdeutschen gegen den bundesrepublikanischen Kapitalismus bzw. zur Abschreckung von der Ausreise in Form von Terror im privaten und beruflichen Umfeld sowie Verwaltungswillkür. Da dieser Ansatz nachweislich fruchtlos blieb, zog die UdSSR die Notbremse: Dialogverweigerung mit der Bundesrepublik und massive Drosselung der Ausreisen, wobei ihr die zunehmend gespannte internationale Lage einen guten Vorwand lieferte. Selbst dies scheint nicht gefruchtet zu haben, darauf lässt die Tatsache schließen, dass die UdSSR 1980-1985 mehrere Tausend Sowjetdeutsche in die DDR ausreisen ließ⁴⁶⁵.

Aus den geschilderten grenzüberschreitenden Zusammenhängen wird deutlich, dass auf dem Hintergrund der Existenz eines mit den Sowjetdeutschen historisch-ethnisch verbundenen Staates die Lage der deutschen Minderheit und die davon nicht zu trennende Ausreisefrage für die sowjetische Seite zu jedem Zeitpunkt ein hochpolitisches Thema darstellte. Verständlich wird diese Gewichtung um so mehr, zieht man die innen- und außenpolitischen Konsequenzen in Betracht, die sich aus den Gesprächen und Verhandlungen beider Staaten zu den Deutschen ergaben: Entwicklungen in den Bereichen der ideologischen Programmatik und der konkreten Nationalitätenpolitik, der Emanzipations- und Ausreisebewegung der Deutschen sowie deren Rehabilitierung waren von Anfang an bzw.

⁴⁶⁵

Eisfeld, A. *Die Russlanddeutschen*. München 1992, S. 171f

wurden zunehmend der alleinigen innersowjetischen Kontrolle entzogen und zum internationalen Gesprächsgegenstand mit unmittelbaren Rückwirkungen auf die eigene Innen- und Nationalitätenpolitik sowie auf die allgemeinen deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Das Wissen der sowjetischen Führung um die Tragweite dieser Problematik, aber auch die Bedeutung, die sie einer Abgrenzung auf diesem Gebiet beimaß, lässt sich daran ablesen, dass sie nie versuchte, die Handhabung der Ausreisefrage als Tauschobjekt anzubieten. Umgekehrt hatte die Bundesregierung konkrete Gegenleistungen für die Ausreise der Deutschen nie in Aussicht gestellt, aber auch das in verschiedenen deutschen Erklärungen angedeutete Junktim von besseren bilateralen Beziehungen und der Rückkehr zu höheren Ausreisezahlen in keiner Weise zu konkretisieren versucht. Bis auf die Verbindung der Repatriierungsvereinbarung mit dem Handels- und Konsularabkommen 1958 beließ die Bundesregierung es in der Folgezeit bei Appellen in moderatem Ton. Damit bestand für die UdSSR aber auch keine Veranlassung, Deutschland gegenüber einseitig Zeichen des *good will* zu setzen oder eine Abänderung ihrer Politik auch nur in Erwägung zu ziehen.

Der hohe Grad der Politisierung der Sowjetdeutschen-Problematik und die ideologisch motivierte Haltung der Führung in Partei und Staat, das Nationalitätenproblem sei im Grundsatz gelöst und die Nationen auf dem Weg ihrer gegenseitigen Annäherung, verstellte der UdSSR den Blick für die Notwendigkeit flächendeckender praktischer Maßnahmen, die zur Versöhnung der deutschen Minderheit mit ihrem Staat hätten führen können. Die wenigen Projekte, die zugunsten der Deutschen realisiert wurden - zusätzliche Medien, ein deutschsprachiges Theater in Kasachstan oder die Herausgabe des literarischen Almanachs "Heimatliche Weiten" - waren (und sind) als Maßnahmen zur Integration der Sowjetdeutschen völlig unzureichend und chancenlos. Solchen "Zugeständnissen" auf kulturellem Gebiet, die primär durch die Notwendigkeit politischer Erziehung gegen die Verlockungen des deutschen Kapitalismus und der Ablenkung potentieller Protestierer motiviert waren, konnte schon deshalb kein Erfolg zur Verankerung der Deutschen beschieden sein. Diese rein restriktive und defensive, d.h. auf Abwehr geeichte Nationalitätenpolitik führte im Gegenteil dazu, dass sich erst recht ein gewaltiges Unzufriedenheitspotential und damit ein hoher Ausreisedruck anstaute, der sich mangels irgendeiner Alternative nach Öffnung des Ausreise-Ventils bis heute über Deutschland entlädt. Der bürokratisch-administrative Ansatz und die schleppende Umsetzung der angeordneten Maßnahmen vor Ort durch Funktionäre nicht-deutscher Nationalität trugen zum Scheitern der die Deutschen betreffenden Nationalitätenpolitik bei. Die tatsächliche "Wertschätzung" der Sowjetdeutschen für die ihnen von ihrem Staat entgegengebrachte "Fürsorge" spiegelte

sich vor der Gorbačev-Zeit in der beim DRK registrierten hohen Anzahl von Ausreisewilligen wider.

Im Hinblick auf die infolge der weitreichenden innen- und außenpolitischen Wechselwirkungen komplizierte und brisante bilaterale deutsch-sowjetische Konstellation zu den Sowjetdeutschen erwies es sich als ausgesprochen weitsichtig von der bundesdeutschen Seite, einen multilateralen Ansatz zur Problemlösung zu wählen und über den KSZE-Prozess eine generelle internationale Regelung der Familienzusammenführung und der Minderheitenrechte anzustreben, ohne die Sowjetdeutschen explizit in einem Dokument zu erwähnen. Mit einer international beispiellosen, breit angelegten Strategie mobilisierte die Bundesrepublik ihre westlichen Partner mit Erfolg zur Unterstützung des deutschen Anliegens. Es waren diese gemeinsamen, langjährigen Anstrengungen, die zur Festschreibung wegweisender Standards in den KSZE-Dokumenten führten und die Gorbačev zu Beginn seiner Regierungszeit dazu veranlassten, in einem ersten Schritt die sowjetische Ausreisepolitik zu liberalisieren und den internationalen Normen anzupassen. Das internationale Vorgehen der Bundesregierung war folgerichtig, denn auch die UdSSR steuerte die Ausreisezahlen im internationalen Kontext.

III. Die Regierungszeit Gorbačevs

1. 1985-1987: Die Übergangszeit: Installation der *Perestrojka* und Implementierung der KSZE-Normen

1.1 Politisches Umfeld 1985-1987

Die Wahl Michail Gorbačevs zum neuen Generalsekretär der KPdSU am 11. März 1985 beendete die seit Jahren andauernde Führungskrise in der Sowjetunion. Gorbačev konsolidierte im weiteren seine Machtposition durch die Ersetzung von Spitzenfunktionären aus der im sowjetischen Sprachgebrauch so genannten Stagnationszeit durch eine neue Generation politischer Führungspersönlichkeiten. Dazu gehörte auch die Berufung von Eduard Ševardnadze als Nachfolger des konservativen früheren Parteichefs von Leningrad, Grigorij Romanov, ins Politbüro und ins Außenministerium in der Nachfolge des auf den Posten des Staatsoberhauptes abgeschobenen Gromyko. Ševardnadze war zuvor durch erfolgreiche Kampagnen zur Bekämpfung der Korruption aufgefallen und im Ausland insbesondere dadurch, dass er sich, wenn auch zunächst unter dem Druck der Öffentlichkeit, an die Spitze der georgischen Proteste vom April 1978 setzte und sich gegen die Streichung der Bestimmung in der georgischen Verfassung wandte, die das Georgische als Staatssprache festschrieb.⁴⁶⁶ Darüber hinaus wurden unter seiner Führung Ausreiseanträge von Juden nach Israel ohne weiteres genehmigt. Dies lässt darauf schließen, dass es maßgeblich auch auf ihn zurückzuführen ist, dass die sowjetische Ausreisepolitik gegenüber den Sowjetdeutschen eine Änderung erfuhr und sich in der sowjetischen Führung später gewisses Verständnis für deren "nationale Bedürfnisse und Anliegen" einstellte.

Gorbačev hatte schon in der kurzen Trauerrede anlässlich der Beisetzung von Černenko die Stärkung von Ordnung und Gesetzlichkeit als vorrangige Ziele genannt. Innenpolitisch waren die ersten Jahre der *Perestrojka* vor allem mit Reformbestrebungen im Bereich der Wirtschaft und der staatlichen Verwaltung verbunden. Unter diesem Vorzeichen stand der XXVII. Parteitag vom 25.2.-6.3. 1986. Die KPdSU erhielt ein neu formuliertes Parteiprogramm; am 27. Januar 1987 schlug Gorbačev auf einem ZK-Plenum erstmals die Aufstellung von mehreren Kandidaten bei Wahlen zu hohen Parteiämtern vor. Die Demonstration zum 1. Mai 1987 stand mit ihren Losungen dann ganz im Zeichen der *Perestrojka*.

Zunehmende *Glasnost'* in den Medien war erst gegen Ende 1986 und im Laufe des darauf folgenden Jahres zu verzeichnen, als sensiblere Fragen und Probleme behandelt werden durften. Erstmals gab es eine offene Berichterstattung am 1. September 1986 anlässlich des

⁴⁶⁶ vgl. Suny, R.G. *The Making of the Georgian Nation*. Stanford 1988, S. 309; Parsons, J.W.R. "National Integration in Soviet Georgia". *Soviet Studies* 34 (1982), S. 547-569, S. 556

Schiffsunglücks der "Admiral Nachimov". Die *Pravda* räumte am 28. Dezember 1986 Probleme in der Nationalitätenpolitik ein. Im Januar 1987 begann eine Diskussion zum Drogenmissbrauch in der UdSSR. Einen Tiefpunkt der *Glasnost'* stellte die Berichterstattung zur Černobyl-Katastrophe dar, als die Medien die Bevölkerung erst Tage später und völlig unzureichend informierten und Gorbačev sogar erst ca. 3 Wochen nach dem Unglück im Fernsehen Stellung bezog.

In der Nationalitätenpolitik der UdSSR begannen die Zentrifugalkräfte Ende 1986 aufzubrechen. Den Auftakt bildeten offene Unruhen in Kasachstan, die am 18. Dezember 1986 ausbrachen und nach offiziellen Angaben ein Todesopfer forderten. Hintergrund war die Ablösung des kasachischen Parteichefs Kunaev durch den Russen Kolbin.

Im weiteren rissen die Demonstrationen und Unruhen, die letztlich maßgeblich zum Zerbrechen der UdSSR beitrugen, nicht mehr ab. Die nächsten, die mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit gingen, waren die Krimtataren. Erstmals am 7. Juli 1987 und dann in rascher Folge demonstrierten Hunderte von Angehörigen dieser Volksgruppe auf dem Roten Platz in Moskau für ihr Rückkehrrecht auf die Krim, von der im Zweiten Weltkrieg ca. 400.000 von ihnen wegen angeblicher Kollaboration mit den Deutschen deportiert wurden. Sie erzwangen den Empfang einer Abordnung durch Staatsoberhaupt Gromyko am 27. Juli 1987 und die Einsetzung einer Sonderkommission des Obersten Sowjets⁴⁶⁷ zur Frage der Krimtataren, dessen Vorsitzender er wurde und die am 16. Oktober 1987 einen wenig befriedigenden Bericht veröffentlichte. Am 5. August 1987 gaben die Krimtataren die Einrichtung einer ständigen Vertretung in Moskau bekannt, die ihre Interessen gegenüber der sowjetischen Führung wahrnehmen sollte.

Außenpolitisch vollzog Gorbačev gleich zu Beginn seiner Amtszeit eine Wende mit Signalwirkung: Am 8. April 1985 gab er ein Moratorium für die Aufstellung von Mittelstreckenraketen in der europäischen UdSSR bekannt. Die Raketenfrage hatte die erste Hälfte der 80er Jahre dominiert und die Beziehungen zu den Staaten der NATO schwer belastet, was sich unmittelbar auf die Lage der Sowjetdeutschen und ihre Ausreisemöglichkeiten auswirkte. Wenn in der Sowjetunion auch die Dislozierungsproblematik zunächst im Kontext zu *SDI* gesehen wurde und Gorbačev erst am 1. März 1987 das Junktim aufhob, indem er ein gesondertes Abkommen über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen vorschlug, wurden mit dieser ersten Korrektur der sowjetischen Position die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass im humanitären Bereich, multilateral und bilateral, Fortschritte erzielt werden konnten.

⁴⁶⁷

Süddeutsche Zeitung, 4.2.88

Im Laufe des Jahres 1986 kam es im Rahmen der KSZE insbesondere auf menschenrechtlichem Gebiet zu einer Reihe von substantiellen sowjetischen Zugeständnissen, die auf dem KSZE-Nachfolgetreffen in Wien am 10. Dezember 1986, dem "Internationalen Tag der Menschenrechte", in dem formellen Vorschlag gipfelten, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten.

Nur wenig später, am 19. Dezember 1986, erhielt Andrej Sacharov die Erlaubnis, aus der Verbannung in Gorkij nach Moskau zurückzukehren.

1.2 Die Lage der deutschen Minderheit zu Beginn der *Perestrojka*

Zu Beginn der Regierungszeit von Generalsekretär Gorbačev hatte die Benachteiligung der Sowjetdeutschen in keiner Weise aufgehört. Die Rehabilitierung der Deutschen stand aus, und eine Vielzahl diskriminierender rechtlicher Bestimmungen blieben in Kraft⁴⁶⁸. Obwohl die Artikel 36 und 45 der sowjetischen Verfassung vom 7. Oktober 1977 jeder Nationalität das Recht auf Unterricht in der Muttersprache und ihren Gebrauch im öffentlichen Leben gaben, war den Deutschen der Aufbau eines eigenen Schulwesens mit Deutsch als Unterrichtssprache versagt geblieben: 1985 existierte für die fast zwei Millionen Sowjetdeutschen noch immer keine einzige deutsche Schule⁴⁶⁹. Da Deutsch in der Öffentlichkeit seit 1941 generell diskriminiert wurde, war Russisch zum Hauptverständigungsmittel der Deutschen untereinander geworden. Die deutsche Sprachkompetenz hatte dementsprechend rapide abgenommen: Während 1926 noch 94,9% der Deutschen als ihre Muttersprache Deutsch angaben, ging der Anteil nach Schließung aller deutschen Schulen außerhalb der Wolgarepublik 1938 und sämtlicher deutschen Bildungseinrichtungen 1941 beim Zensus 1959 auf 75% zurück. 1970 waren es noch 66,8%, bei der Volkszählung 1979 lediglich 57,7%⁴⁷⁰. Der Trend setzte sich ungebrochen fort: Bei der Volkszählung 1989 waren es nur noch 43%⁴⁷¹.

Die deutschen Religionsgemeinschaften - neben der Sprache für die nationale Identität der Deutschen von zentraler Bedeutung - erfreuten sich zwar seit ca. 10 Jahren zunehmender staatlicher Toleranz: Die UdSSR hatte sich offenbar dazu durchgerungen, Kirchengemeinden in den Verbannungsgebieten offiziell zu registrieren und ihnen damit legale Arbeit zu ermöglichen, um die Zahl von Aussiedlern aus religiösen Gründen möglichst niedrig zu halten⁴⁷². Jedoch existierten zu Jahresbeginn 1985 weiterhin keine ausgebildeten Theologen für die deutschen Religionsgemeinschaften⁴⁷³, und die Versorgung mit Bibeln und Katechismen war umfangreichen bürokratischen Hemmnissen ausgesetzt. Während Kontakte der registrierten Kirchen ins Ausland, zur EKD oder Katholischen Kirche, trotz der

⁴⁶⁸ *Neues Leben*, 14.8.91, S. 6 enthält eine Aufzählung aller fortbestehenden diskriminierenden Gesetzesakte
⁴⁶⁹ allein im Bereich der Wolgarepublik gab es 1937 nicht weniger als 237 Schulen, 4 Hochschulen, 11 technische Lehranstalten

⁴⁷⁰ zu weiteren Einzelheiten s. Pinkus/Fleischhauer, *Die Deutschen*, S. 473ff

⁴⁷¹ *Volk auf dem Weg*, 2/1990, S. 5

⁴⁷² Nach Dok. Y 179, CIC/FF (81) 10, S. 21 der Nordatlantischen Versammlung bestanden 1981 nur zwei registrierte deutsche Religionsgemeinschaften, eine katholische und eine evangelische.

⁴⁷³ Lutheraner: 300 Gemeinden mit 100.000 Mitgliedern
 Katholiken: 10-12 Gemeinden mit 50.000 Mitgliedern
 Mennoniten 50 Gemeinden mit 50.000 Mitgliedern
 Baptisten: 50-80.000 Mitglieder

grundsätzlich negativen Haltung des sowjetischen Staates gegenüber der Religion geduldet wurden, waren nicht registrierte Gemeinden, insbesondere die Baptisten, schwersten Verfolgungen ausgesetzt.

In den Augen der Partei galten Angehörige der deutschen Minderheit weiterhin nicht als vertrauenswürdig. Der bekannte Sowjetdeutsche Valerij Weinhardt (Wejngardt) sagte am 12. September 1991 vor der Versammlung der Moskauer Helsinkigruppe: "Lange Jahre existierte ein unausgesprochenes Berufsverbot aus Gründen der Nationalitätenzugehörigkeit. In der UdSSR haben die Deutschen den niedrigsten Prozentsatz von Personen mit Hochschulbildung - ca. dreimal niedriger als im Mittel des Landes."⁴⁷⁴ Studienrichtungen wie z.B. Journalismus, Jura oder Diplomatie blieben für Sowjetdeutsche gesperrt, manche Forschungsinstitute und Industriezweige ihnen völlig verschlossen. Ihre Karriereaussichten in der Armee waren begrenzt⁴⁷⁵, Prestigeinheiten nach der sowjetischen Werteskala wie Raketen- und Grenztruppen für Deutsche verboten. Auch in den anderen Institutionen des Sowjetstaates wie Justiz oder KGB waren Deutsche entweder kaum und in höheren Positionen gar nicht vertreten. Für das soziale und politische Selbstwertgefühl einer nationalen Minderheit musste ein solcher Ausschluss aus dem öffentlichen Leben bzw. eine derartige, sichtbare Zurücksetzung von gravierender Bedeutung sein.

Demgegenüber hatte sich in anderen Bereichen eine erfreuliche Entwicklung ergeben: Inzwischen arbeiteten mehr Deutsche als Leiter von Industriekomplexen, Kolchosen, als leitende Ingenieure oder Schuldirektoren. Dies konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Mangel an Repräsentanz und Gleichstellung auf höherer Ebene in schroffem Gegensatz nicht nur zum zahlenmäßigen Anteil der Sowjetdeutschen an der Bevölkerung, sondern auch zu deren vergleichsweise hohen Wohlstand stand.

Zu Beginn des Jahres 1986 saßen im Obersten Sowjet der UdSSR nur vier deutschstämmige Abgeordnete⁴⁷⁶, Sofia Japs im Unionssowjet und Natalja Gellert, Friedrich Schneider und Svetlana Schoch im Nationalitätensowjet, 1987/88 waren es sogar nur noch zwei. In den Obersten Sowjets der Unionsrepubliken gab es lediglich 18 deutsche Abgeordnete, davon 10 in Kasachstan⁴⁷⁷. Damit war die deutsche Bevölkerung in den höchsten politischen Organen

⁴⁷⁴ *Neues Leben*, 18.8.91, S. 2

⁴⁷⁵ Der höchste seit Ende des Krieges und bis zum Ende der Sowjetunion jemals von einem Deutschen erreichte Offiziersgrad war Oberst; der Abgeordnete des Obersten Sowjets der UdSSR, Peter Falk, Oberstleutnant und Pilot, berichtete in *Herald Tribune*, 12.7.91, von sich, dass "he was denied a prestigious assignment in East Germany solely because of his background".

⁴⁷⁶ Nicht vergessen werden darf allerdings, dass die deutschstämmigen Abgeordneten nicht als Vertreter der deutschen Minderheit im Amt waren, sondern einen gemischtnationalen Wahlkreis vertraten. Die Sowjetdeutschen als Volk und nationale Minderheit besaßen daher überhaupt keinen parlamentarischen Vertreter.

⁴⁷⁷ *Itogi vyborov i sostav deputatov*, Moskva 1985

des sowjetischen Staates weit unterrepräsentiert: Im Obersten Sowjet der UdSSR wurden 0,735% der Bevölkerung durch 0,266% der Abgeordneten vertreten, in den Obersten Sowjets der Unionsrepubliken durch 0,27%⁴⁷⁸. Angehörige der deutschen Nationalität gehörten keiner Regierung einer der Unionsrepubliken an, geschweige denn dem Ministerrat der UdSSR. Dennoch stellte die deutsche Volksgruppe in den Sowjets aller Ebenen mehr Abgeordnete als jemals zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg, insgesamt 17.500. Als positives Zeichen muss gewertet werden, dass im Herbst 1986 ein Deutscher, Andrej Braun, immerhin zum Ersten Sekretär des Gebiets Celinograd/Kasachstan bestimmt wurde.

Dieser Diskriminierung konnten sich nur wenige Deutschen durch Ausreise entziehen. Sehr anschaulich hat Pittman die Methoden geschildert, die Emigration von Deutschen systematisch und massiv zu begrenzen:

The Soviet authorities employed three ways to choke off emigration. The procedures for application and granting of permission to leave were made frustrating and unpleasant. The mere application generally meant the loss of job or place of study. Answers on application forms had to be typed (hardly any ethnic German owned typewriters), documents that were difficult to obtain had to be attached, for example death certificates of deceased where earlier registers etc. had been destroyed. The application had to pass through numerous official channels and they all delayed it as long as possible. High charges were imposed. Applicants had to wait up to ten months for answers, and refusals - the norm rather than the exception - were only given verbally and without giving grounds.

The second channel of control was measures aimed at preventing an ethnic German from submitting an application. Ethnic Germans married to non-Germans could only obtain permission to leave with especial difficulty. Mostly they were unable to leave at all as the Soviet authorities refused such applications on the grounds that the majority of the family lived in the Soviet Union. German men between the ages of eighteen and forty-five were drafted into the army and given the sort of posting, for example Afghanistan, which made their families "bearers of secrets" and barred them from leaving⁴⁷⁹. It was forbidden for ethnic Germans to move to cities with diplomatic missions (Moscow and Leningrad among others). They were also banned from moving to the Baltic provinces or to Moldavia - until the middle seventies a "spring-board" to the West.

The third method of control was crude propaganda. The Federal Republic was depicted in newspaper articles and books, the latter occasionally even in the German language, as a warmongering, misanthropic country where living conditions bordered

⁴⁷⁸ Bericht der Botschaft Moskau Nr. 934/86 vom 25.3.86, Pol 320.15, S. 1

⁴⁷⁹ so auch Oschlies, W. "Deutsche in der Sowjetunion - Versuch einer Bestandsaufnahme". *Sowjetunion 1982/83. Ereignisse, Probleme, Perspektiven*. München 1983, S. 102-112; S. 111. In einem Bericht der Nordatlantischen Versammlung zur Lage der Deutschen im Jahre 1981 heisst es: "Among the new punishments [für Stellen eines Ausreiseantrages] is immediate forced conscription, with the 'offenders' being sent to do tours of duty in dangerous places like Afghanistan, where it has been reported that many young Soviet Germans have recently perished." Dok. der Nordatlantischen Versammlung Y 179, CIC/FF (81) 10, S. 22

on slavery and where ethnic Germans were singled out as objects of general hatred so that all they wanted was to return as soon as possible to the "homeland", the Soviet Union.

In addition to the above three methods of repression, would-be emigrants could also be subjected to personal threats and slander, house searches, arbitrary arrest, assault and other similar measures.⁴⁸⁰

Zu der systematischen Verfolgung von ausreisewilligen Sowjetdeutschen zählten zu Beginn der Regierungszeit Gorbatschows eine Reihe weiterer KSZE-widriger Maßnahmen, die hier der Vollständigkeit halber Erwähnung finden sollen⁴⁸¹:

- Verweigerung der Antragsformulare: Die sowjetischen Behörden verweigerten die Aushändigung von Formularen zur Beantragung der Ausreise unter Hinweis darauf, diese seien aufgebraucht und neue nicht gedruckt worden. Seit 1983 waren damit sehr viele Ausreisewillige nicht mehr in der Lage, ihre Ausreise zu beantragen.
- Einschränkung der Bewegungsfreiheit: Wer seine Ausreise beantragt hatte, musste seinem Vorgesetzten Rechenschaft ablegen über Urlaubsziele und zu besuchende Personen, um Demonstrationen in Moskau oder bei der Ausreisebehörde der jeweiligen Republikhauptstadt zu unterbinden.
- Bescheinigungen: Berufstätige hatten eine Bescheinigung beizubringen, dass das Betriebskollektiv sich mit der Ausreise einverstanden erklärte, andere eine solche der Hausvollversammlung oder der Straßeneinwohner. Die jeweilige Versammlung war selbst zu beantragen und glich i.d.R. einem Schauprozess mit Beschimpfungen als "Verräter" und "Faschist". Schwer beschaffbare Dokumente mussten beigebracht werden.
- Antragsteller verloren nicht selten ihre Arbeit oder ihren Studienplatz. Ihre Kinder wurden der Schule verwiesen, Protestierer zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt oder in psychiatrische Kliniken eingeliefert. Hausdurchsuchungen, individuelle Bedrohungen, willkürliche Verhaftungen, Überfälle gehörten zur Tagesordnung. In dem Bericht der Nordatlantischen Versammlung heißt es:

An application for an emigration visa brings in its wake loss of job, expulsion of children from schools and universities and leads, sooner or later, to charges of

⁴⁸⁰ Pittman, S. 26f

⁴⁸¹ IGFM (Hrsg.) *Deutsche in der Sowjetunion - Dokumentation*. Frankfurt 1982; vgl. auch Pinkus/Fleischhauer, *Die Deutschen*, S. 543ff; vgl. Bundestagsdebatte am 11.10.84, *PIPr.* 10/98, bes. S. 7072f

"parasitism", which in turn serves as a pretext for criminal prosecution and sentencing, upon conviction, to one form of internment or another. Some families have found themselves in this social limbo for more than five years. In most cases, the authorities consider denial of a visa as final.⁴⁸²

- Nach Ablehnung eines Ausreiseantrages durfte erst nach Ablauf eines halben Jahres ein erneuter Antrag gestellt werden. In einigen Unionsrepubliken, u.a. in Usbekistan oder Estland, war überhaupt nur ein Antrag im Jahr gestattet.
- Postzensur: Ausreisewillige und Verwandte in der Bundesrepublik klagten über verlängerte Postlaufzeiten bis zu 10 Monaten.

Mit dem 1. August 1984 war der Postkontakt zu Verwandten im Ausland erschwert worden: Die UdSSR hatte damit eine Regelung abgeschafft, nach der die Vorverzollung der für die UdSSR bestimmten (Hilfs-) Pakete bereits in Deutschland möglich war. Sowjetische Empfänger sahen sich jedoch i.d.R. nicht in der Lage, die prohibitiven Zollgebühren zu entrichten. Auf Bitten der Bundesregierung, diese der Aufrechterhaltung menschlicher Beziehungen zuwiderlaufende Regelung rückgängig zu machen, war die sowjetische Seite nicht eingegangen.

Für Besuchsreisen mussten die gleichen Bescheinigungen wie für Ausreisewillige beigebracht werden. Selbst bei Vorliegen von humanitären Härtefällen (lebensgefährliche Erkrankung, Todesfall) wurden sie in der ersten Hälfte der achtziger Jahre jedoch in der Regel nicht mehr genehmigt.

Kontakte zwischen der deutschen Botschaft in Moskau bzw. dem Generalkonsulat in Leningrad und Sowjetdeutschen blieben wegen der - zeitweise massiven - Zugangsbehinderungen durch die sowjetischen Behörden weiterhin stark eingeschränkt. Andererseits blieben die Siedlungsgebiete der Deutschen für das Botschaftspersonal gesperrt⁴⁸³.

Die Stigmatisierung und Ausgrenzung einer der größten sowjetischen Bevölkerungsgruppen - von den mehr als 100 sowjetischen Nationalitäten stand die deutsche Bevölkerung zahlenmäßig an 14. Stelle, vor den Kirgisen, Tschuwaschen, Letten, Polen und Esten, die

⁴⁸² NAV-Dok. Y 179, CIC/FF (81) 10, S. 18

⁴⁸³ Frau Dr. Hamm-Brücher im Deutschen Bundestag am 8.11.84, vgl. *PIPr.* 10/98, S. 7069; s. auch S. 7073

Angesichts dieser Reisebeschränkungen hatten weder die Bundesregierung noch die deutschen Vertretungen in der UdSSR jemals die Gelegenheit, systematische Kontakte zu den Sowjetdeutschen herzustellen oder sowjetdeutsche Siedlungsgebiete zu besuchen. Das bundesdeutsche Bild der Lage beruhte im wesentlichen auf Schilderungen der Ausgereisten und dem Schriftwechsel der Botschaft mit Sowjetdeutschen oder auf Informationen aus Kontakten und Reisen von Kirchenvertretern; vgl. Sachstand 213 vom 11.7.86, S. 4

z.T. Titularnation einer eigenen Unionsrepublik waren, und 19 von 20 Autonomen Republiken hatten ebenfalls weniger Einwohner als die Sowjetdeutschen Angehörige zählten⁴⁸⁴ - sowie die Diskriminierung als Deutsche und nicht-autochthone Bevölkerung in Staat und Gesellschaft, quasi eine Form der Apartheid, hatte zu einer Bewusstseinsbildung der Deutschen geführt, geradezu zu einem Nationalgefühl. Der Chefredakteur der *Freundschaft*, Konstantin Ehrlich (Erlich), bestätigte dies in einem Interview:

Diese Verfolgungen, besonders in der letzten Zeit, die haben ... so ein Gefühl des Protestes geschaffen, und da hat sich das nationale Moment im Volk noch zugespitzt. Es gibt Leute, die Deutsch überhaupt nicht beherrschen, aber sich als Deutsche fühlen. Sie wollen Deutsche bleiben.⁴⁸⁵

Schon zu Beginn der *Perestrojka* stellte bei den Deutschen nicht mehr die Sprache und das darüber vermittelte Deutschtum das primäre identitätsstiftende Moment dar, sondern die gemeinsame Leidensgeschichte der Vergangenheit und in der Gegenwart⁴⁸⁶. Pittman registrierte eine ähnliche Veränderung des nationalen Selbstgefühls:

... ethnic German identity is now founded on the commonly perceived lack of freedom, efficiency (*Tüchtigkeit*), and certain moral values (*Anstand*-respectability) which ethnic Germans do not see as characteristic to the same extent of other Soviet nationalities.⁴⁸⁷

Die nationale Auflehnung der Deutschen hielt sich im Unterschied zu der anderer Minderheiten jedoch in Grenzen, vermutlich weil als Ventil grundsätzlich die Ausreise zur Verfügung stand. Die hohe Zahl beim DRK registrierter Ausreisewilliger, die kein Anrecht auf Familienzusammenführung besaßen, und der bald nach Beginn der Amtszeit Gorbačevs anschwellende Aussiedlerstrom lassen vermuten, dass die Sowjetdeutschen schon damals einseitig auf Emigration gesetzt und sie mehr als 200 Jahre nach ihrer Einwanderung jegliche Identifikation mit der Sowjetunion als *Heimat* aufgegeben hatten.

⁴⁸⁴ Vortrag des Vorsitzenden der "Wiedergeburt", Heinrich Groth, anlässlich eines "Runden Tisches" im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, 4.-6.7.89, abgedruckt in: *Neues Leben*, 26.7.89, S. 5f; Groth erwähnte sogar die ca. 2,7 Millionen Turkmenen (Volkszählung 1989) als kleinere Nation als die der Deutschen, der 1989 offiziell nur ca. 2 Millionen angehörten.

⁴⁸⁵ *Vertrauen - Dowerie. Kulturpolitisches Journal für Deutsch-Sowjetische Zusammenarbeit. Zeitschrift für die Arbeitsgemeinschaft der Gesellschaften Bundesrepublik Deutschland - UdSSR e.V. und die Partnerstädte.* Heft Dez. 89/Jan. 90, S. 10

⁴⁸⁶ Die Deutschen, aber auch die mit ihnen lebenden Nationalitäten, definieren darüber hinaus als Merkmale der deutschen Minderheit Eigenschaften wie Fleiss, Ordnungsliebe, Zuverlässigkeit etc.

⁴⁸⁷ Pittman, S. 20

1.3 Die sowjetische Innen- und Außenpolitik: Anzeichen für Veränderungen zur Lage und Ausreisemöglichkeiten der deutschen Minderheit

Schon Anfang 1986 entsandte das ZK der KPdSU Expertendelegationen in verschiedene geschlossene Siedlungsgebiete der Deutschen, um sich über die Lage der Minderheit und die Dringlichkeit des deutschen Problems zu informieren⁴⁸⁸. Wenn auch über diese Reisen bisher nichts Genaues bekannt ist, sorgte vermutlich diese Initiative bereits während des XXVII. Parteitages der KPdSU für Gerüchte, die auch in der Bundesrepublik Deutschland registriert, aber als unreal abgetan wurden, in der sowjetischen Führung würden Überlegungen angestellt, den Deutschen wieder ein autonomes Gebiet zu geben, sei es in Westsibirien oder Kasachstan oder sogar auf dem Boden der ehemaligen Wolgarepublik⁴⁸⁹. Am 21. November 1988 bestätigte aber Valentin Falin gegenüber dem Bundesminister des Innern, Zimmermann, die seinerzeitigen Gerüchte⁴⁹⁰. Inwieweit diese Aktivitäten unmittelbar zu Zugeständnissen an die Sowjetdeutschen beitrugen, lässt sich derzeit noch nicht beurteilen.

Mit dem Rechenschaftsbericht von Generalsekretär Gorbačev am 25. Februar 1986 vor dem XXVII. Parteitag der KPdSU kündigte sich hinsichtlich der Sowjetdeutschen die Abkehr vom *ancien régime* und eine allgemeine Neuorientierung an und ließ hoffen, dass die Sowjetunion im humanitären Bereich der Familienzusammenführung erklärtem Wohlwollen endlich entsprechende Schritte folgen lassen würde. Hierfür sprachen auch erstmals wieder steigende Ausreisezahlen⁴⁹¹. Gorbačev sagte seinerzeit unter Berufung auf die Schaffung eines allumfassenden Systems der internationalen Sicherheit:

Die prinzipiellen Grundlagen eines solchen Systems sehen folgendermaßen aus: Im humanitären Bereich: Zusammenarbeit ...; Hebung des Niveaus der allgemeinen objektiven Informiertheit, gegenseitiges Kennenlernen des Lebens der Völker ..., Ausmerzung ... der ... Diskriminierung von Menschen auf dieser [z.B. rassischen oder nationalen] Grundlage; Ausweitung, bei Einhaltung der Gesetze jedes Landes, der internationalen Zusammenarbeit bei der Verwirklichung der politischen, sozialen und persönlichen Rechte des Menschen; Lösung in humanitärem und positivem Geist von

⁴⁸⁸ Groth in seiner Rede vor dem Außerordentlichen Kongress der Deutschen der UdSSR, 12.-15.3.91, vgl. *Neues Leben*, 27.3.91, S. 6

⁴⁸⁹ vgl. *Sudetendeutsche Zeitung*, 21.2.86, unter Berufung auf das in London erscheinende polnische Exilblatt *The Polish Daily* mit Slavgorod/Altaj als Zentrum; vgl. auch *Nürnberger Nachrichten*, 17.11.86, *Frankfurter Rundschau*, 17.11.86, *Stuttgarter Zeitung*, 17.11.86; nach einer Aufzeichnung des AA-Referats 213 vom 5.12.86 zum Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen haben am 11.11.86 am Rande des Wiener Folgetreffens Vertreter der UdSSR Sprecher der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. darüber unterrichtet, dass auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU Vorbereitungen zur Schaffung einer deutschen autonomen Region eingeleitet wurden.

⁴⁹⁰ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 4065 vom 22.11.88, Pol 320

⁴⁹¹ Januar 1986: 45, Februar: 64, März: 68, April 70

Fragen der Wiedervereinigung von Familien, der Eheschließungen, der Entwicklung von Kontakten zwischen Menschen und Organisationen, ...⁴⁹²

Dies wurde auch im Auswärtigen Amt als Signal aufgefasst, dass die Sowjetunion grundsätzlich zu Zugeständnissen auf der Basis der KSZE-Bestimmungen Bereitschaft zeigte⁴⁹³. Dass mit diesen Äußerungen die Weichenstellung aber noch keineswegs vorgenommen worden war, zeigte sich am Rückgang der Ausreisezahlen im Mai 1986, in dem nur noch 28 Deutsche die UdSSR verlassen durften. Die Aufwärtsentwicklung wurde damit gerade in dem Monat unterbrochen, in dem in Bern bei dem KSZE-Expertentreffen zu menschlichen Kontakten über ein neues KSZE-Dokument verhandelt wurde, das, wie es die UdSSR sah, an der starren Haltung vor allem der USA scheiterte.

Wie Günther Unser nachweist, bereitete Gorbačev mit seiner Parteitage Rede aber eine Wende in der sowjetischen UN-Politik vor. Über ein Schreiben an den UN-Generalsekretär von Ende März 1986 und einem programmatischen Beitrag Gorbačevs zu einer neuen UN-Politik in *Pravda* vom 17. September 1987 führte der Weg zu Gorbačevs bemerkenswerter Rede vor den Vereinten Nationen am 7. Dezember 1988, in der er unter großem Applaus die Menschenrechte in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte⁴⁹⁴.

Unter den Delegierten des XXVII. Parteitages der KPdSU, auf dem die Weichen in Richtung *Perestrojka* gestellt wurden, waren im übrigen auch 11 Sowjetdeutsche, A. Arzer (Arcer), T. Krause (Krauze), P. Wolf (Vol'f), A. Ernst, I. Scharf (Šarf), A. Meng, N. Gellert, K. Schreiner (Šrajner), E. Erhard (Erchard), T. Götz (Gotc), V. Erfurt⁴⁹⁵. Natalja Gellert, die vom Parteitag zur ZK-Kandidatin gewählt wurde, gehörte später zu den Vorkämpfern für die Rechte der Sowjetdeutschen.

Am 23. September 1986, 1 1/2 Jahre nach der Wahl Gorbačevs zum Generalsekretär der KPdSU, deutete Außenminister Ševardnadze in einer Rede vor der UN-Vollversammlung an, dass die innersowjetischen Entwicklungen und die außenpolitischen Gegebenheiten einen tatsächlichen Kurswechsel des Landes erlaubten.

Die Zeit ist gekommen, da Gruppen- und Blockinteressen sowie ideologische Erwägungen ... in den Hintergrund zu treten beginnen. (...)

Wir können uns das umfassende System der internationalen Sicherheit nicht ohne ein breites und offenes Zusammenwirken auf humanitärem Gebiet vorstellen.

⁴⁹² *BPA-Ostinformationen*, 26.2.86, S. 19 bzw. XXVII S"ezd Kommunističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza. 25 fevralja - 6 marta 1986 goda. Stenografičeskij očet. Moskva 1986, S. 98f: "rešenje v gumannom i pozitivnom duče voprosov vossoedinenija semej"

⁴⁹³ vgl. Sachstand 513-2 KOR88 vom 9.9.87, S. 2

⁴⁹⁴ Unser, G. "Die Sowjetunion und die Vereinten Nationen". *Osteuropa* 40 (1990), S. 1057-1083; vgl. S. 1060, 1074

⁴⁹⁵ *Neues Leben*, 20.12.89, S. 5

Entschieden treten wir für die Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit bei der Verwirklichung der politischen, sozialen und persönlichen Rechte des Menschen ein und appellieren erneut an alle, an dieses Problem unvoreingenommen heranzugehen. Die Sowjetunion hat unter anderem auf der Konferenz in Bern vorgeschlagen, dass alle Staaten Schritte unternehmen, um ihre innere Gesetzgebung, die den Komplex der humanitären Probleme regelt, in Übereinstimmung mit den internationalen Normen zu bringen.⁴⁹⁶

Die am 25. September 1986 von Ševardnadze in New York angekündigte und international mit Skepsis zur Kenntnis genommene neue sowjetische (Ein- und) Ausreiseverordnung trat am 1. Januar 1987 in Kraft. Mit ihr sollte in Anlehnung an die KSZE-Bestimmungen⁴⁹⁷ die Gesamtheit der Ein- und Ausreisen in bzw. aus der UdSSR neu geregelt werden. Die Verordnung bezog sich daher auch auf die Familienzusammenführung. Seit dem Beschluss des Ministerrates der UdSSR vom 22. September 1970⁴⁹⁸ war die Familienzusammenführung die einzige Möglichkeit für einen Sowjetbürger, ein Ausreisevisum zur Wohnsitznahme in einem anderen Staat zu erhalten.

Mit dem 1. Januar 1987 wurde die Verordnung von 1970 wesentlich erweitert⁴⁹⁹. Zwar schränkte sie den Kreis von Personen, die eine Familienzusammenführung beantragen konnten, auf den Ehepartner, Eltern, Kinder, leibliche Geschwister ein. Mit ihr entspannte sich aber die Situation für die Sowjetbürger deutscher Nationalität infolge klarer Regelungen dennoch im Grundsatz deutlich, u.a. die Festlegung von Fristen für die Bescheidung des Antrags, die abschließende Aufzählung von Ablehnungsgründen mit Eröffnungspflicht. Damit wurde die sowjetische Entscheidungspraxis erstmals nachvollziehbar gemacht und dem Antragsteller oder der unterstützenden deutschen Auslandsvertretung die Möglichkeit gegeben, bei den sowjetischen Stellen nachzufassen.

Allerdings enthielt die neue Verordnung eine Vielzahl von Kann-Bestimmungen, und die Lage blieb unverändert schwierig oder aussichtslos in Fällen, in denen der Verwandtschaftsgrad zu weitläufig war oder keine verwandtschaftlichen Beziehungen vorlagen. Ob auf der Grundlage einer neuen Generalklausel ("andere stichhaltige Gründe") dennoch Ausreisen zu entfernteren Verwandten möglich sein würden, ließ sich zunächst nicht absehen. In der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in Israel, wurde daher befürchtet, eine enge Auslegung der Ausnahmeregelungen werde zu einer Einschränkung der Ausreisen

⁴⁹⁶ Rede Ševardnadzes vor der UN-Vollversammlung am 23.9.86, *BPA-Ostinformationen*, 24.9.86, S. 8, 17

⁴⁹⁷ so der stellvertretende Justizminister Ivan Samoščenko in *Izvestija*, *BPA-Ostinformationen*, 17.12.86, S. 17

⁴⁹⁸ *Položenie o v"ezde v Sojuz Sovetskich Socialističeskich Respublik i o vyezde iz Sojuza Sovetskich Socialističeskich Respublik*; Nr. 801 vom 22.9.70; *Sobranie postanovlenij pravitel'stva SSSR*. 1970, Nr. 18, S. 139

⁴⁹⁹ "O vnesenii dopolnenij v *Položenie o v"ezde v Sojuz Sovetskich Socialističeskich Respublik i o vyezde iz Sojuza Sovetskich Socialističeskich Respublik*". *Sobranie postanovlenij pravitel'stva SSSR*. 1986, Nr. 31, S. 163

führen, sollten nicht flankierende Verwaltungsanweisungen dem von Generalsekretär Gorbačev auf dem Parteitag am 25. Februar 1986 erklärten Wohlwollen zum Durchbruch verhelfen. Diesbezügliche Bedenken und Anregungen wurden der sowjetischen Seite über die deutsche KSZE-Delegation in Wien übermittelt.

Schon am 30. März 1987 teilte der Erste Stellvertretende Leiter der Auslandsabteilung des ZK der KPdSU, V. Zagladin, mit, zu den neuen Ein- und Ausreisebestimmungen seien "Neuregelungen in Arbeit" und hinsichtlich des Familienbegriffes sei die sowjetische Seite "sehr flexibel"⁵⁰⁰. Diese Ankündigung wurde durch die Ausreisezahlen des zweiten Quartals des Jahres 1987 bestätigt: Von 563 im März stieg die Zahl sprunghaft auf 903 im April und danach auf über 1000 pro Monat. In Wien erklärte der sowjetische KSZE-Delegationsleiter Kovalev am 8. Mai 1987, die sowjetische Seite werde die von der deutschen Delegation überreichten Anmerkungen zur Verordnung in Betracht ziehen⁵⁰¹.

Die Aussiedler berichteten dem DRK im Durchgangslager Friedland im ersten Halbjahr 1987 übereinstimmend von höflicherer Behandlung und menschlicheren Umgangsformen seitens der sowjetischen Ausreisebehörden. Versprechen im Zusammenhang mit dem Nachzug von Verwandten wurden i.d.R. eingehalten. Über Repressalien des KGB war in den ersten sechs Monaten nach Inkrafttreten der Verordnung bereits nichts mehr bekannt geworden⁵⁰².

In Kasachstan hatte der Oberste Sowjet der Kasachischen SSR bereits am 3. Juni 1987 die Zustände im Deutschunterricht an den Schulen der Republik kritisiert und beschlossen, Maßnahmen zugunsten der deutschen Sprache an 198 Schulen einzuleiten sowie die Ausweitung der Ausbildung von Deutschlehrern und die Einrichtung deutschsprachiger Kindergärten⁵⁰³. Es liegt nahe anzunehmen, dass sich der Oberste Sowjet nicht zuletzt unter dem Eindruck der Ereignisse in Alma Ata vom Dezember 1986 entschlossen hatte, die kasachische Nationalitätenpolitik und die Behandlung der drittgrößten Volksgruppe im Lande zu überdenken. Die Lage der Deutschen verbesserte sich trotz dieser Initiative kaum, so dass die Deutschen der zentralasiatischen Republik zunehmend den Rücken kehrten.

⁵⁰⁰ Sachstand 513-2 vom 9.9.87, S. 3

⁵⁰¹ *ibid.* S. 3

⁵⁰² Bericht der Botschaft Moskau Nr. 2411 vom 28.7.87, RK 542.40

⁵⁰³ vgl. *Der Spiegel*, 15.6.87; s.u.

1.4 Die deutsche Minderheit im multilateralen Kontext: Einlenken der UdSSR zur humanitären Dimension

1.4.1 KSZE-Expertentreffen über Menschenrechte und Grundfreiheiten, Ottawa 23.4.-17.6.85

Das erste ausschließlich den Menschenrechten gewidmete KSZE-Expertentreffen, das entsprechend dem Mandat von Madrid "Fragen betreffend die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ... in all ihren Aspekten" behandeln und den Regierungen der Teilnehmerstaaten "Schlussfolgerungen und Empfehlungen" vorlegen sollte, fand ungeachtet des Regierungswechsels in Moskau und der *SDI*-Diskussion vom 23.4.-17.6.85 in Ottawa in einer unverändert schwierigen Phase der Ost-West-Beziehungen statt.

Der eigentlichen Konferenz war ein Vorbereitungstreffen vorangegangen, das sich vergeblich um die Ausarbeitung einer Tagesordnung bemüht hatte; diese konnte lediglich am ersten Tag des Haupttreffens vereinbart werden. Dem Westen gelang es nicht, seine Forderung nach Öffentlichkeit der Eingangs- und Schlusserklärungen durchzusetzen, erreichte aber erstmals bei einem KSZE-Expertentreffen, dass der Osten die Öffentlichkeit wenigstens bei der Schlusssitzung mit den Schlusserklärungen der Teilnehmerstaaten akzeptierte.

Auf der Konferenz kritisierte der Westen, darunter die Bundesrepublik, die Menschenrechtsverletzungen in Mittel- und Osteuropa, die Verfolgungen der Helsinki-Gruppen und von Minderheiten, Beeinträchtigungen der Freizügigkeit - vor allem die Ausreiseverweigerungen für die sowjetdeutschen Staatsbürger sowie für die Juden der UdSSR - und schwere Verstöße gegen die Religionsfreiheit. Diese Kritik erlaubte einen, wenn auch noch unzulänglichen Dialog über die Menschenrechtspraxis im Osten. Die westliche Auffassung, dass die Menschenrechte einen legitimen Gegenstand der internationalen Kritik und eben keine Einmischung in innere Angelegenheiten eines Staates darstellten, fand durch diese Implementierungsdebatte, an der der Osten sich aktiv beteiligte, Bestätigung. Bundesaußenminister Genscher wies zum Abschluss des Treffens am 18. Juni 1985 auf die langfristige Wirkung dieser Aussprache hin:

Die offenen Debatten über die Menschenrechtslage tragen selbst da, wo sie noch nicht zu unmittelbaren Reaktionen der betroffenen Regierung führen, zu einer Systemgrenzen überschreitenden Meinungsbildung bei. Hier wird das Bewusstsein gestärkt, dass die Menschenrechte für jedermann gültig sind. Es kommt darauf an, die Teilnehmerstaaten, deren Mitarbeit für die Förderung der Menschenrechte unersetzlich ist, davon zu überzeugen.⁵⁰⁴

⁵⁰⁴

Erlass 012-312.74 vom 26.6.85

Die Bundesrepublik nutzte die Konferenz vor allem, um an deren Rande humanitäre Härtefälle bilateral zur Sprache zu bringen.

Auf Schlussfolgerungen oder Empfehlungen konnte das Expertentreffen sich nicht einigen. Der Osten stellte den westlichen Forderungen nach Bekräftigung und Erweiterung der Freiheitsrechte des Einzelnen die Forderung nach "gesellschaftlichen" und "kollektiven" Rechten entgegen und war schließlich noch nicht einmal bereit, der in einem Kompromissvorschlag der neutralen und ungebundenen Staaten enthaltenen einzigen Substanzempfehlung an das Wiener Folgetreffen zuzustimmen, ein weiteres KSZE-Expertentreffen vorzusehen.

1.4.2 KSZE-Expertentreffen über menschliche Kontakte, Bern 2.4.-26.5.86

Das KSZE-Expertentreffen über menschliche Kontakte von Bern zeigte, dass in der sowjetischen multilateralen Menschenrechts- und Nationalitätenpolitik eine Wende vollzogen worden war, obwohl von der Bundesregierung eine solche Entwicklung Anfang des Jahres 1986 nicht erwartet wurde: Denn noch am 31. Januar 1986 hatten Vertreter der sowjetischen Botschaft in Bonn den für KSZE-Fragen zuständigen Referatsleiter im Auswärtigen Amt ausdrücklich davor gewarnt, die Thematik der Familienzusammenführung in Bern zur Sprache zu bringen, was dem deutschen Botschafter Kastl in Moskau Anlass zu dem Kommentar gab: "Angesichts der Ausreisenzahlen, die im Jahr der 10. Wiederkehr der Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte verzeichnet wurden, besteht für Zurückhaltung der Deutschen Delegation kein Anlass."⁵⁰⁵

Vermutlich im Lichte der mit der Erklärung von Generalsekretär Gorbačev am 25. Februar 1986 begonnenen Neuorientierung zeigte sich die sowjetische Seite am Rande der Berner Konferenz zu zwei bilateralen Begegnungen auf Expertenebene zu humanitären Fragen bereit. Am 8. Mai 1986 fand ein erstes eineinhalbstündiges, sachliches Gespräch mit der deutschen Delegation im Hotel Bellevue statt. Die sowjetischen Teilnehmer, ein früherer Konsul in Wien und der zuständige Abteilungsleiter im sowjetischen Innenministerium, lehnten zwar weisungsgemäß die Entgegennahme von Härtefall-Listen ab, empfahlen jedoch eine Weiterleitung an das sowjetische Außenministerium über die deutsche Botschaft Moskau und übergaben ihrerseits eine Zusammenstellung einiger genehmigter Ausreisen. Die deutschen Angaben über registrierte Ausreisewünsche - 65.275 - wurden als unrealistisch zurückgewiesen, eigene Zahlen jedoch nicht genannt. Angeblich verfügte die so-

⁵⁰⁵

Bericht der Botschaft Moskau Nr. 644 vom 11.3.86, RK 542.40/00

wjetische Delegation in Bern nicht über Zahlenmaterial zu dieser Frage. Jedermann könne in Deutschland aber seinen Ausreisewunsch registrieren lassen, die sowjetische Seite erkenne dagegen lediglich vollständig vorliegende Anträge auf Familienzusammenführung an. Diese würden grundsätzlich wohlwollend behandelt. An einer über diesen Personenkreis hinausgehenden Emigration von Deutschen oder Angehörigen anderer Nationalitäten bestehe keinerlei Interesse. Die deutsche Seite unterstrich die Bedeutung einer Lösung der humanitären Fragen und verwies auf die Äußerungen von Generalsekretär Gorbačev vom 25. Februar 1986 auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU.

Bedingt durch den Tagungskalender musste das Treffen vorzeitig beendet werden, die sowjetischen Gesprächspartner willigten aber ein, das Gespräch in der folgenden Woche fortzusetzen⁵⁰⁶.

Am 14. Mai fand die zweite, fast zweistündige Begegnung statt. Die sowjetische Seite gab an, in den ersten vier Monaten des Jahres 1986 seien bereits 139 Fälle von Familienzusammenführung positiv entschieden worden. Mehr Entgegenkommen im humanitären Bereich setze jedoch bessere Beziehungen voraus, dazu könnten bereits die Ergebnisse des Expertentreffens beisteuern. Die sowjetische Seite erläuterte darüber hinaus Einzelheiten ihres internen Verfahrens⁵⁰⁷.

Die Berner Gespräche erbrachten eine freimütige Diskussion von Sachfragen bis hin zur Erörterung in der Praxis entstandener Härten und eine Diskussion der Anzahl registrierter Ausreiseanliegen. Die sowjetische Seite hatte sich erstmals zu einem solchen Zugeständnis bereitgefunden. Die Begegnung diente damit der Vertrauensbildung. Auch wenn die Ausreisenzahlen gerade in den Monaten des Berner Expertentreffens erneut gedrosselt wurden, müssen diese beiden bilateralen Gesprächsrunden im Rückblick als Zeichen für eine erste Öffnung in der Ausreisefrage gewertet werden.

Die deutsche Delegation wies auch im Plenum des Berner Expertentreffens erneut eindringlich auf die Bedeutung der Ausreisefragen für die bilateralen deutsch-sowjetischen Beziehungen hin und bat um Entgegenkommen in einer Reihe von Härtefällen.

Wenn auch das Berner Expertentreffen ohne abschließende Erklärung endete, wurden von der sowjetischen Seite in der Folgezeit dennoch politische Entscheidungen gefällt, die zum Erlass der - Berner Vorschläge berücksichtigenden - neuen Verordnung über die Ein- und Ausreise aus der UdSSR und zu einem Anstieg der Aussiedlerzahlen führten.

Auf der Konferenz in Bern schlug die Sowjetunion u.a. vor, dass alle Staaten Schritte unternehmen, um ihre innere Gesetzgebung, die den Bereich der humanitären Probleme

⁵⁰⁶ Bericht der Botschaft Bern Nr. 264 vom 8.5.86, 341.80

⁵⁰⁷ Bericht der Botschaft Bern Nr. 279 vom 14.5.86, 341.80

regelt, in Übereinstimmung mit den internationalen Normen zu bringen⁵⁰⁸. Diese Thematik machte Gorbačev sich im weiteren zu eigen.

1.4.3 Drittes KSZE-Folgetreffen, Wien 4.11.86-19.1.89

Die Eröffnungsveranstaltung des Wiener Folgetreffens vom 4.-7. November 1986 und das konstruktive Verhalten der sowjetischen Delegation in den ersten Monaten der Konferenz standen schon ganz im Zeichen der sich verändernden Verhältnisse in der Sowjetunion. Am 5. November 1986 ging Außenminister Ševardnadze in seiner Rede in Wien bereits weit über die Parteitagrede Gorbačevs vom Februar 1986 hinaus:

Die Sowjetunion misst höchste Bedeutung dem siebten Prinzip der Schlussakte über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten bei, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit. In der jüngsten Zeit werden in unserem Land große legislative und administrative Maßnahmen zur weiteren Entwicklung internationaler Kontakte, zur Lösung der Fragen der Familienzusammenführung und der gemischten Eheschließungen im humanitären Geist getroffen... Da es viele Probleme im Zusammenhang mit der humanitären Zusammenarbeit gibt und sie alle der unablässigen Aufmerksamkeit des großen neuen Ansatzes historischen Ausmaßes bedürfen, unterbreitet die Sowjetunion den Vorschlag, eine repräsentative Konferenz der KSZE-Mitgliedsstaaten zu diesem Komplex, einschließlich der Fragen der menschlichen Kontakte, der Information, der Kultur und der Ausbildung, einzuberufen. Wir laden dieses Forum zu uns nach Moskau ein.⁵⁰⁹

Ševardnadze wiederholte in Wien seine Ankündigung vom 25. September 1986 in New York⁵¹⁰ zu den neuen sowjetischen Ein- und Ausreisebestimmungen und machte abermals deutlich, dass die Sowjetunion einen engen Zusammenhang zwischen Abrüstung, Wirtschaftsbeziehungen und humanitären Fragen sehe.

Die westliche Welt demonstrierte hinsichtlich Korb III und insbesondere der Problematik der Sowjetdeutschen Solidarität und Geschlossenheit. Geoffrey Howe, der britische Außenminister, erklärte:

Bis jetzt wurden zu viele Verpflichtungen nur in letzter Minute eingehalten. Wir haben Treffen abgehalten über Menschenrechte und Menschenkontakte, die auf traurige Weise eine düstere menschliche Landschaft aufgezeigt haben. Eine

⁵⁰⁸ Rede Ševardnadzes vor der UN-Vollversammlung am 23.9.86, *BPA-Ostinformationen*, 24.9.86, S. 8, 17

⁵⁰⁹ *Pravda*, 6.11.86

⁵¹⁰ Sachstand 513-2 vom 9.9.87, S. 3

Landschaft, wo Familien weiter getrennt bleiben, wo Einzelpersonen, die sich nicht einfügen wollten, rücksichtslos zur Ordnung gebracht werden ... und solchen, die deutschen, jüdischen oder anderen ethnischen Ursprungs sind und auszuwandern wünschen, dieses grundlegende Recht verneint⁵¹¹

wird. US-Außenminister George Schultz stellte die Frage der Menschenrechte in den Mittelpunkt seiner Rede:

In ... Fragen wie Menschenrechte und regionale Konflikte ist weiter ein enttäuschender Mangel an positiver Bewegung. (...) Hunderttausende von sowjetischen Bürgern, Armeniern, auch Deutschen und anderen haben keine Möglichkeit auszuwandern. Und das widerspricht dem, was dieses Land durch seine Unterschrift ... versprochen hat.⁵¹²

Außenminister Genscher ging in seiner Rede am 7. November 1986 detailliert auf die Familienzusammenführung ein. Er erwähnte in diesem Zusammenhang auch die Juden und wies darauf hin, dass die Beachtung von Minderheitenrechten die Problematik entschärfen könne:

Die Schlussakte von Helsinki hat für jeden einzelnen Menschen in Europa so zentrale Bedeutung, weil sie die Menschenrechte in den ständigen Dialog zwischen West und Ost einbezieht. Den Geboten der Schlussakte widerspricht, dass noch immer Zehntausende von Familien getrennt sind, dass Antragsteller Nachteile nur deshalb erleiden, weil sie ihr verbrieftes Recht ausüben wollen, jedes Land, einschließlich des eigenen, zu verlassen.

Wir können nicht hinnehmen, dass die Antragsteller langen, demütigenden Verfahren ausgesetzt werden, und viele vor den bürokratischen Hindernissen resignieren. (...)

Wir werden uns auch weiterhin mit allen Kräften für die Menschen einsetzen, die auf die Zusammenführung mit ihren Familien in der Bundesrepublik warten.

Ihre Zahl geht in die Hunderttausende. Die Vereinigung auseinandergerissener Familien ist ein elementares humanitäres Anliegen.

Wir wissen, dass auch viele Menschen jüdischen Glaubens den noch immer unerfüllten Wunsch nach Ausreise haben. (...)

Manches Problem würde an Schärfe verlieren, mancher Ausreisewunsch würde unterbleiben, wenn nationale Minderheiten überall ihre Sprache und kulturelle Eigenständigkeit ungehindert pflegen könnten. Wir begrüßen jede Auflockerung der Ausreisepaxis, jede Erhöhung der Zahl von Besuchen, der Begegnungen und der Verbindungen zwischen den Menschen ...⁵¹³

⁵¹¹ zitiert nach: *Volk auf dem Weg*, 1/1987, S. 2

⁵¹² *ibid.* S. 3

⁵¹³ Auswärtiges Amt (Hrsg.) *Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: Dokumentation zum KSZE-Prozess*. Bonn 7/1990, S. 332f

Die deutsche Delegation hatte ebenso wie viele andere die sowjetische Ankündigung von Ausreiseerleichterungen skeptisch aufgenommen und die sowjetischen Verhandlungspartner im Mai 1987 in Expertengesprächen und im Plenum des Nachfolgetreffens erneut eindringlich auf die Bedeutung der Ausreisefragen für die bilateralen Beziehungen hingewiesen und um Entgegenkommen in einer Reihe von Härtefällen gebeten⁵¹⁴. Darüber hinaus hatte die deutsche Delegation ein *non-paper* mit kritischen Bemerkungen zur neuen sowjetischen Ausreiseordnung übergeben, das der sowjetische Delegationsleiter Kašlev an die zuständigen Stellen in Moskau weiterleitete. Kašlev, der sich bereits in der ersten Phase des Wiener Folgetreffens für diese Thematik aufgeschlossen zeigte, teilte dem deutschen Delegationsleiter Eickhoff auf dem Hintergrund rapide steigender Aussiedlerzahlen mit, die deutschen Besorgnisse und Argumente würden bei der Auslegung der Ausreise-Verordnung berücksichtigt, ebenso bei der Ausarbeitung eines einschlägigen Gesetzes, mit dem im Laufe der nächsten drei Jahre zu rechnen sei. Eine Neufassung der Verordnung sei dagegen nicht geplant⁵¹⁵. Von der deutschen Delegation konnten auch andere heikle Themen wie das Verwaltungsverfahren einschließlich des Beschwerderechtes angesprochen werden⁵¹⁶.

Bei der Aushandlung eines Prinzipienkataloges in Wien ging es dem Westen um Fortschritte bei den Menschenrechten. Dem Hauptvorschlag zur "Menschlichen Dimension", der verbesserten Durchführung bereits übernommener Verpflichtungen, stand der Osten ablehnend gegenüber und betonte den Zusammenhang zu Fortschritten bei der politischen Zusammenarbeit, der Entspannung sowie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Das westliche Vorschlagspaket enthielt alle deutschen Forderungen im Bereich der menschlichen Kontakte, u.a. Freizügigkeit als Menschenrecht, Fortgeltung von Antragsdokumenten für erneuten Antrag auf Familienzusammenführung, Berücksichtigung familiärer Ereignisse bei Familienbesuchen, Recht auf gemeinsame Reisen von Familienmitgliedern, Familienzusammenführung im vom Antragsteller gewünschten Zielland. Substantielle, weitergehende Aussagen in den Bereichen des Rechts auf Freizügigkeit, der Religionsfreiheit und des Minderheitenschutzes stießen allerdings zunächst auf massiven Widerstand.

Publizistisch ging die Sowjetunion gleich zu Beginn des Nachfolgetreffens in die Offensive: Am 10. Dezember 1986, dem "Internationalen Tag der Menschenrechte", brachte die UdSSR

⁵¹⁴ vgl. Sachstand 513-3 Kor88 vom 9.9.87

⁵¹⁵ Bericht der Botschaft Wien Nr. 630 vom 8.5.87, 341.81/12 SOW

⁵¹⁶ vgl. Sachstand 513-2 zur Frage der Einrichtung einer deutsch-sowjetischen Expertengruppe für die Zusammenarbeit in humanitären Fragen vom 14.1.88, S. 1

offiziell den Vorschlag ein, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten⁵¹⁷, den Außenminister Ševardnadze in seiner Rede in Wien am 5. November 1986 bereits angekündigt hatte. Im Oktober 1991 wurde diese Konferenz dann tatsächlich verwirklicht.

Am 30. Januar 1987, nur vier Tage nach der eigentlichen Eröffnung des Wiener Folgetreffens, berief die sowjetische Delegation eine Pressekonferenz mit hochrangigen Teilnehmern ein, Justizminister Kravcev, dem stellvertretenden Außenminister Kovalev, Akademie-Mitglied Klimakov und Natalja Gellert⁵¹⁸.

Der neue Stil des sowjetischen Auftretens zeigte sich auch daran, dass die sowjetische Delegation Vertreter der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. empfing, erstmals am 30. Januar 1987⁵¹⁹ und erneut im ersten Quartal 1987⁵²⁰. Die Vertreter der Landsmannschaft sprachen auch bei der deutschen, britischen und bei der US-Delegation vor. US-Botschafter Sam Wise sagte dabei zu, die Probleme der Juden und Deutschen in der UdSSR nur im Zusammenhang zu behandeln⁵²¹. Die sowjetische Delegation bestätigte, dass die für die Ausreise zuständigen Behörden in der UdSSR angewiesen wurden, nach dem neuen Gesetz großzügig zu verfahren, d.h. auch weitläufigeren Verwandten Ausreisegenehmigung zu erteilen⁵²². Darüber hinaus nahm sie Härtefall-Listen entgegen.

⁵¹⁷ *Fischer Weltalmanach* 1988, S. 498

⁵¹⁸ vgl. *Volk auf dem Weg*, 3/1987, S. 3ff

⁵¹⁹ *ibid.* S. 3; nach einer Aufzeichnung des AA-Referats 213 vom 5.12.86 zum Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen hat dagegen bereits am 11.11.86 in Wien am Rande des Folgetreffens ein erstes Gespräch von Vertretern der UdSSR mit Sprechern der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. stattgefunden, bei dem die sowjetische Seite eine Härtefall-Liste entgegengenommen und Prüfung und Weiterleitung zugesagt hatte. Zwar wurde der Landsmannschaft das Recht bestritten, für alle Deutschen in der UdSSR zu sprechen, aber sie wurde darüber unterrichtet, dass auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU Vorbereitungen zur Schaffung einer deutschen autonomen Region eingeleitet wurden.

⁵²⁰ *Volk auf dem Weg*, 5/1987, S. 2

⁵²¹ *ibid.* S. 2

⁵²² *ibid.* S. 2

1.5 Die deutsche Minderheit in den deutsch-sowjetischen Beziehungen

1.5.1 Ausklingen der sogenannten Stagnationszeit (1985-Mitte 1986)

BM Genscher traf am 16. Mai 1985 in Wien mit Gromyko in dessen Funktion als Außenminister letztmalig zusammen. Beide sprachen über die im Laufe des Jahres 1985 bevorstehenden besonderen Jubiläen im bilateralen deutsch-sowjetischen Verhältnis - 15. Jahrestag der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages am 12. August 1985, 30. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 13. September 1985 und im internationalen Bereich der 10. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki am 1. August 1985. Bundesaußenminister Genscher appellierte an Gromyko, aus diesen Anlässen in humanitären Angelegenheiten großzügiger zu verfahren. Deutschland bedrücke besonders die Entwicklung im Bereich der Ausreise und Familienzusammenführung. Genscher erinnerte auch an wiederholt angesprochene humanitäre Einzelfälle. Er sehe Möglichkeiten zu einer viel breiteren Zusammenarbeit, nicht nur bilateral, sondern zwischen Ost und West im Sinne einer Kooperation gemäß der Schlussakte von Helsinki. Als Entgegnung verurteilte Gromyko die deutsche Haltung zu *SDI* jedoch sehr scharf und erklärte, die Sowjetunion ziehe daraus ihre Konsequenzen⁵²³.

Die Bundesregierung ließ aber keinen Zweifel daran, dass sie nichts unversucht lassen würde, um die Situation der Sowjetdeutschen zu verbessern. Anlässlich der bilateralen Jahrestage sprach Bundeskanzler Kohl im Rahmen eines Namensartikels in der *Frankfurter Allgemeinen* zu den Perspektiven der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion die hinsichtlich der Sowjetdeutschen fortbestehenden Probleme sehr offen an. Zur unbefriedigenden Situation im humanitären Bereich schrieb er:

Große Sorge bereitet uns das Schicksal und der drastische Rückgang der Zahl der Ausreisen sowjetischer Bürger deutscher Volkszugehörigkeit. Hier könnte durch mehr Entgegenkommen der sowjetischen Seite in den beiderseitigen Beziehungen sehr viel Positives bewirkt werden.⁵²⁴

In einer Rede vor dem XIX. Bundestreffen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. bekräftigte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Spranger, die Absicht der Bundesregierung, sich auch weiterhin intensiv für die Sowjetdeutschen zu engagieren:

⁵²³

vgl. Vermerk vom 16.5.85

⁵²⁴

Kohl, H. "30 Jahre diplomatische Beziehungen - 15 Jahre Moskauer Vertrag. Perspektiven der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion". *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.8.85, S. 3

Sie sollen wissen, dass Sie nicht allein stehen in Ihrem Bemühen, die Welt immer wieder auf das schwere Schicksal und die große Bedrängnis der Deutschen in der Sowjetunion aufmerksam zu machen. Wir werden niemals müde werden, die Gewährleistung der grundlegenden Menschenrechte auch für die Russlanddeutschen zu fordern. (...)

Die Bundesregierung wird auch in Zukunft zäh und beharrlich alles ihr Mögliche tun, damit die Ausreisemöglichkeiten für die Deutschen aus der Sowjetunion wieder besser werden. Diese Frage wird ein Dauerthema unserer Beziehungen zur sowjetischen Regierung bleiben.⁵²⁵

Spranger appellierte an die Sowjetunion, den Ausreisewilligen endlich die Emigration in die Bundesrepublik zu genehmigen. In einer Resolution wurde die Bundesregierung am 30. Juni 1985 von den Delegierten des Bundestreffens aufgefordert, sich noch intensiver für die Sowjetdeutschen einzusetzen und ihre Interessen bei allen bilateralen Vereinbarungen zu berücksichtigen. Insbesondere wurde verlangt,

bei allen Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung auf die Beachtung der Menschenrechte für die Deutschen in der Sowjetunion hinzuwirken, eine Erleichterung der Ausreise zu verlangen und die Aussiedlungszahlen und Ausreisebedingungen in einem bilateralen Vertrag festzulegen.

... bei Vorbereitung und Abschluss eines zukünftigen Kulturvertrages die Lage und die Interessen der Deutschen in der Sowjetunion als festen Bestandteil des Kulturaustausches in den vertraglichen Vereinbarungen zu berücksichtigen.

Beim Austausch von Künstlern, Theatergruppen, Sportlergruppen, Vertretern der Wirtschaft u.a. sowie bei Reisen deutscher Politiker in die Sowjetunion bitten wir, die Deutschen dort in ihren Besuch mit einzubeziehen.⁵²⁶

Bilateral wurden weiterhin alle Kanäle genutzt, um für die Sowjetdeutschen Erleichterungen einzufordern. Im Oktober 1985 wandte sich DRK-Präsident Sayn-Wittgenstein brieflich an Generalsekretär Gorbačev und verwandte sich für die Ausreise von Deutschen.

Am 13. Januar 1986 drängte Bundespräsident von Weizsäcker gegenüber dem sowjetischen Botschafter Semenov auf mehr Ausreisegenehmigungen. Auch Genscher hatte Semenov bereits am 10. Januar 1986 auf die Ausreisefrage angesprochen und gefordert, die Aussiedlerzahl zu erhöhen, "über deren Rückgang in der Bundesrepublik Betroffenheit herrsche"⁵²⁷.

⁵²⁵ *Volk auf dem Weg*, 8/9 1985, S. 2, 4

⁵²⁶ Resolution des 19. Bundestreffens der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V., Wiesbaden, 30.6.85; Kulturrat der Deutschen aus Russland e.V. (Hrsg.) *Volk auf dem Weg: Deutsche in Russland und in der Sowjetunion 1763-1968*. Stuttgart ³1986, S. 15

⁵²⁷ zitiert nach: *Volk auf dem Weg*, 3/1986, S. 2; Antwort auf die parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Dr. Hupka in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 16.1.86

Eine Aufweichung in der starren sowjetischen Haltung kündigte sich an, als 1985 von den sowjetischen Behörden erstmals offizielle Besuche von Botschafter Kastl und anderen Botschaftsmitarbeitern bei deutschen protestantischen, katholischen und Baptistengemeinden in Du?anbe und Novosibirsk genehmigt wurden. Die deutsche Seite zog daraus den Schluss, dass die bisherigen "Anstrengungen in die richtige Richtung" gingen und hatte die Hoffnung, dass auch in Zukunft, "wenn auch nur in sehr begrenztem Maße"⁵²⁸, Möglichkeiten zu Kontakten bestehen würden. Den neuen Optimismus belegt die Tatsache, dass das politische Sowjetunion-Referat des Auswärtigen Amts in demselben Sachstand sogar wagte, relativ weit vorauszuendenken: "Ein weiterer Schritt könnten Bemühungen deutscher Politiker sein, bei Reisen in die UdSSR auch die Hauptsiedlungsgebiete der Deutschen, wie z.B. Kasachstan, in das Besuchsprogramm miteinzubeziehen." Diese Möglichkeit ergab sich jedoch erst im Juli 1987 mit dem Staatsbesuch des Bundespräsidenten in der Sowjetunion.

An der offiziellen sowjetischen Lesart der Geschichte der Sowjetdeutschen und ihrer Problematik sowie an den Beschönigungen und bestehenden Tabus änderte sich 1985 jedoch im Grundsatz nichts. Im Gegenteil, offenbar ging die sowjetische Führung gegen deutsche und internationale Kritik stärker in die Offensive, so wie früher bereits hinsichtlich Afghanistan und den Menschenrechten. Heitman unterstreicht, dass die Nachfolger Brežnevs für die diesbezügliche westliche öffentliche Meinung und das Image der UdSSR im Ausland wenig Gespür hatten:

Indeed, upon coming to power, Gorbachev launched a propaganda counter-offensive by criticizing human rights shortcomings in western countries, brazenly lecturing foreign leaders to put their own houses in order before pointing accusing fingers at the USSR, and insisting that human rights and emigration were internal Soviet matters of no legitimate concern to outsiders. He also claimed that the Soviet Union was fulfilling its human rights obligations under various international agreements including the Helsinki accords, and that most who wished to leave the USSR had done so, explaining the sharp decline in emigration levels after 1981.⁵²⁹

Anlass für den den Bereich der Sowjetdeutschen betreffenden Teil der Kampagne dürften den Maßnahmen in Kasachstan vergleichbare Beschlüsse des ZK der KPdSU sein. Derzeit bekannt ist lediglich eine Sitzung im ZK in Moskau am 2. Dezember 1985, auf der unter

⁵²⁸ Sachstand 213 vom 11.7.86, S. 4

Aus der Zeit vor 1986 ist mir lediglich ein inoffizieller Besuch von Botschafter Wieck 1978 bei Sowjetdeutschen in Kasachstan bekannt. Dieses Treffen wurde von dem Vertreter des Auswärtigen Amts, Dr. Kroneck, am 7.12.82 anlässlich einer Anhörung des Europarats als einziges Kontaktbeispiel erwähnt; vgl. Doc. der Parlamentarischen Versammlung des Europarats AS/NM (34) 13 vom 23.3.83, S. 9

⁵²⁹ Heitman, S. *The Third Soviet Emigration*, S. 66

Leitung von ZK-Sekretär Michail Vasil'evič Zimjanin über "Maßnahmen gegen die Propagandakampagne im Westen um die Frage der Lage der Bürger deutscher Nationalität in der UdSSR" beraten wurde⁵³⁰.

Die von der Presseagentur *Novosti* in deutscher Sprache in Köln herausgegebene Zeitschrift *Sowjetunion heute* brachte in diesem Sinne am 26. September 1985 eine elfseitige Schrift zur Geschichte und Lage der Sowjetdeutschen, die in ihren Beschönigungen reaktionär blieb. Nicht einmal die Deportationen der Deutschen wurden beim Namen genannt, dieses Tabu konnte erst 1988 gebrochen werden. Kriegsbeginn und Auflösung der Wolgarepublik lasen sich wie folgt:

Der heimtückische Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion brachte allen Nationalitäten und Völkerschaften der UdSSR unermessliches Leid. Schwere Leiden hatten auch die Sowjetdeutschen zu tragen. Angesichts der Todesgefahr, die über der Sowjetunion schwebte, wurde die deutsche Bevölkerung aus dem Wolgaland, der Ukraine und dem Kaukasus in die Ostregionen der UdSSR evakuiert und die ASSR der Wolgadeutschen somit aufgelöst. Bürger deutscher Nationalität, die damals in den Reihen der Sowjetarmee dienten, wurden 1942 entlassen und zur Arbeit ins Hinterland geschickt. Dort haben sie durch ihre Tätigkeit in der Industrie und in der Landwirtschaft, auf Bauobjekten und bei der Holzbeschaffung zum Sieg über das faschistische Deutschland beigetragen.⁵³¹

Dem unbedarften Leser musste der Eindruck entstehen, die Deutschen wären vor den Truppen Hitlers geschützt und aus Fürsorgegründen "evakuiert" worden. Von Zwangsarbeit war keinerlei Rede. Immerhin wurde der Beitrag der Sowjetdeutschen zum Sieg über Hitler-Deutschland anerkannt - erst im Juni 1991 wurde daraus im Hinblick auf Altersrenten und andere Privilegien, die "normalen", nicht-deutschen Kriegsteilnehmern selbstverständlich zustanden, Konsequenzen gezogen.

Zu den deutsch-sowjetischen Auseinandersetzungen zur Ausreiseproblematik hieß es in dem *Novosti*-Papier:

In der Bundesrepublik Deutschland findet um die Frage der Ausreise sowjetischer Bürger deutscher Nationalität in dieses Land eine propagandistische Kampagne statt. Bestimmte Kreise in der Bundesrepublik Deutschland bemühen sich, dieses Problem als Gradmesser der Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD hinzustellen.

Im April 1958 ist zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik eine Vereinbarung über die Ausreise von Personen deutscher Nationalität aus der UdSSR getroffen worden, die bis zum 21. Juni 1941 deutsche Staatsangehörige gewesen waren. Bis Ende 1959 hatten die meisten Bürger, die dieses Abkommen betraf, ihre

⁵³⁰ "Spravka o soveščanii v CK KPSS", 2.12.85. *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 211-216

⁵³¹ "Sowjetdeutsche: Geschichte und Gegenwart". *Novosti/Sowjetunion heute*. Köln, 26.9.85, S. 6

Ausreiseerlaubnis bekommen. Seit 1961 werden Ausreisegenehmigungen von den befugten Organen im Rahmen der Familienzusammenführung erteilt.⁵³²

Auch wenn man in Betracht zog, dass es sich bei *Novosti* um die sowjetische Auslandspropagandaorganisation handelte, wird deutlich, wie wenig nach 30 Jahren Verhandlungen und Gesprächen erreicht werden konnte, wie schwer das Erreichte errungen worden sein musste - und wie schnell Gorbačev innerhalb relativ kurzer Zeit substantielle Fortschritte ermöglichen sollte.

Am 22. Januar 1986 - in auffälligem Zusammenhang zu den Interventionen gegenüber Botschafter Semenov - setzte *Novosti* seine Attacken gegen das Eintreten für die Sowjetdeutschen unter dem Titel "Regierungskreise der Bundesrepublik schüren Propagandakampagne um das 'Umsiedlerproblem' aus der Sowjetunion" fort. Borislav Pečnikov schrieb:

Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Horst Waffenschmidt, vor einigen Tagen erklärte, bereite der Regierung in Bonn die zurückgehende Zahl der in die Bundesrepublik ausreisenden Sowjetbürger deutscher Nationalität die größten Sorgen. Wie Waffenschmidt betonte, beabsichtige die Bundesregierung, Sowjetdeutsche in ihre Obhut zu nehmen.

Waffenschmidt ist nicht der einzige in Bonn, der sich um das Schicksal sowjetischer Bürger deutscher Nationalität 'kümmert'. Unter Missachtung des objektiven Trends zur Verringerung der Zahl der Ausreisewilligen Sowjetdeutschen im Rahmen der Familienzusammenführung schüren Regierungskreise der Bundesrepublik die Propagandakampagne um das 'Umsiedlerproblem' und sind bestrebt, ihm einen politischen Anstrich zu geben. So sagte Bundeskanzler Helmut Kohl im Mai 1983 in seiner Regierungserklärung, eine zufriedenstellende Regelung von Fragen humanitärer Art sei für die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen von entscheidender Bedeutung.

Von 1982 bis 1984 wurde die Frage der Ausreise von Personen deutscher Nationalität und der Lage der 'deutschen Minderheit' in der Sowjetunion viermal dem Bundestag zur Diskussion unterbreitet. Es braucht wohl nicht gesagt zu werden, dass dieses Problem keineswegs in den Zuständigkeitsbereich des Bundesparlaments fällt. Dennoch wurde in einer entsprechenden Resolution behauptet, die Bundesrepublik trage gegenüber den in der UdSSR lebenden Deutschen eine besondere Verantwortung.

In der bürgerlichen Presse wird der von der Bundesrepublik verfolgte Kurs auf 'Familienzusammenführung' als Politikum ersten Ranges bezeichnet, wobei beharrlich hervorgehoben wird, dieses Problem habe für Bonn in Hinblick auf das allgemeine Verhältnis zu den osteuropäischen Ländern große Bedeutung. Die

⁵³²

ibid. S. 11

antikommunistische Propaganda wird nicht müde, von der Bundesrepublik als dem 'Mutterland' der Sowjetdeutschen zu reden.

Wie kann man aber von einer Anhänglichkeit an der Bundesrepublik sprechen, wenn die Vorfahren der heutigen Sowjetdeutschen vor einigen Jahrhunderten das durch den siebenjährigen Krieg verwüstete Deutschland verlassen hatten und nach Russland auswanderten. Logischerweise stehen diese Deutschen in keinerlei Verhältnis zu der Bundesrepublik, nach der ja damals kein Hahn krächte. Sie wurden in der Sowjetunion geboren und leben nach wie vor in Frieden und Eintracht mit Angehörigen anderer Nationalitäten, zusammen genießen sie alle Rechte, die die Verfassung der UdSSR sowjetischen Staatsbürgern gewährt.

Es sei festgestellt, dass die Ausstellung von Ausreiseerlaubnissen für Sowjetbürger ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich sowjetischer Behörden fällt und die Entscheidung darüber, wie es auch in jedem souveränen Land der Fall ist, aufgrund der in der UdSSR geltenden Gesetze getroffen wird. Anträge auf Ausreise in die Bundesrepublik wie auch in jedes andere Land im Rahmen der Familienzusammenführung werden von den zuständigen sowjetischen Organen aufmerksam und wohlwollend geprüft. Ich möchte jedoch betonen, dass es sich eben um Familienzusammenführung handelt.⁵³³

Die Kampagne gegen die Bundesrepublik wurde in den folgenden Monaten in der sowjetischen Presse fortgeführt. Am 14. März 1986 wies A. Valkov in der außenpolitischen Wochenzeitschrift *Novoe Vremja* unter der Überschrift "Unerwünschte Vormundschaft" die Bemühungen der Bundesregierung im traditionellen Tenor der Vorperestrojka als Einmischung in die inneren Angelegenheiten zurück⁵³⁴. Der Artikel, der die Deutschen als gleichberechtigte, voll in die Sowjetunion integrierte Volksgruppe darstellte, sollte offenbar einen Beitrag zur selbstbewussten Propagierung des harmonischen Zusammenlebens der Nationalitäten in einer multinationalen UdSSR leisten, die sich von böswilligen Vorwürfen angeblicher Menschenrechtsverletzungen nicht betroffen zu fühlen brauchte.

Valkov verband die Frage des Eintretens für die Deutschen mit angeblichen revanchistischen Ambitionen der Bundesregierung:

Seit der Regierungsübernahme durch den CDU/CSU-Block und die Partei der Freien Demokraten hat sich in der BRD ein politisches Klima herausgebildet, in welchem

⁵³³ Pečnikov, B. "Regierungskreise der Bundesrepublik schüren Propagandakampagne um das 'Umsiedlerproblem' aus der Sowjetunion". *Novosti*, 21.1.86; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen*, 22.1.86, S. 3

⁵³⁴ Valkov, A. "V opeke ne nuždajutsja", *Novoe Vremja* 11/86, 14.3.86, S. 24f
Dass ein Artikel, der sich engagiert gegen die Ausreise der Deutschen wendet, auch um historische Wahrheit und ehrliche Kritik an den sowjetischen Zuständen, die es den Deutschen schwer machen, ihre Sprache und Kultur zu erhalten, bemüht sein kann, beweist wenig später Adrian Rozanov in seinem Artikel "Na rodnoj zemle". *Nauka i Religija*, 8/1986, S. 21-3

sich die eingefleischten Revanchisten, die von der Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 träumen, ungehemmt fühlen.⁵³⁵

Erneut würde das Konzept der "Deutschen Einheit" propagiert und für die BRD ein "Vertretungsrecht für alle Deutschen" in Anspruch genommen und bei "lärmenden Zusammenrottungen der revanchistischen Landsmannschaften" immer wieder Gebietsansprüche gegen sozialistische Staaten erhoben. Valkov kritisierte die Anwesenheit eines Vertreters der Bundesregierung auf dem Bundestreffen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und Grußworte des Bundeskanzlers und von Bundesinnenminister Zimmermann. In einer gelenkten Kampagne würde behauptet, die sozialistischen Länder benachteiligten die deutschen Minderheiten:

In unserem Land gibt es keine Gesetze, die die Rechte der deutschen Bevölkerung einschränken. (...)

Die Kampagne ist Teil der politischen Offensive rechter Kräfte in der BRD, die es auf eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs anlegen und den Geist der Entspannung zu begraben trachten. (...)

Nicht anders denn als grobe Einmischung in innere Angelegenheiten unseres Landes kann man die Erörterung der Lage der sowjetischen Staatsbürger deutscher Nationalität durch den Bundestag der BRD bewerten.⁵³⁶

Valkov zählte eine eindrucksvolle Reihe deutschstämmiger Sowjetbürger auf, die es in Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft zu prominenter Stellung gebracht hätten. 17.500 Deutsche übten Wahlämter in den Sowjets der verschiedenen Ebenen aus. Auch von "Russifizierung" und Unterdrückung des deutschen Kulturlebens könne keine Rede sein. "Die Wahrheit besteht aber darin, dass eine Neigung zur Auswanderung von außen durch ausländische Zentren des 'psychologischen Krieges' entfacht und warmgehalten wird. Mit diesem Ziel werden Briefe, Päckchen und persönliche Kontakte mit Verwandten benutzt." Valkov beendete seinen Artikel mit einem Zitat aus einem angeblichen Brief deutschstämmiger Kriegsteilnehmer, die kritisierten, "unter dem Vorwand einer Vormundschaft für alle "deutschen Volkszugehörigen" äußere die Regierung der BRD rührende Sorge um die Deutschen in der UdSSR zum Zwecke ihres Einsatzes im *Kalten Krieg*. Der Artikel wurde mit einem Photo der neuen ZK-Kandidatin Natalja Gellert aufgemacht, die in ihrer Rede auf dem Parteitag am 27. Februar 1986 unter Beifall der Delegierten erklärt hatte, in ihrer Familie würde Deutsch, Russisch und Kasachisch gesprochen, und den Eindruck zu

⁵³⁵ Valkov, *ibid.*

⁵³⁶ Valkov, *ibid.*

vermitteln suchte, mit den Sowjetdeutschen stehe alles zum Besten⁵³⁷. Valkov, der in einem historischen Teil einmal mehr die grausame Deportation Sowjetdeutscher im Zusammenhang mit den Kriegseignissen als "Evakuierung" beschönigte, war sich in seiner Argumentation wahrscheinlich nicht bewusst, dass in der UdSSR noch mehr als 50 die Deutschen diskriminierende Rechtsakte in Kraft waren⁵³⁸.

Außenminister Genscher besuchte vom 20.-22. Juli 1986 Moskau, wo er mit seinem Amtskollegen Ševardnadze und mit Generalsekretär Gorbačev zusammentraf. Gegenüber beiden brachte er angesichts der 65.275 beim DRK registrierten Ausreisewilligen "die Besorgnis der Bundesregierung und unserer Bürger über den Rückgang der Ausreisen Deutscher aus der Sowjetunion deutlich zum Ausdruck" und bat die sowjetische Führung erneut nachdrücklich, "die Bedeutung dieser Frage für die gedeihliche Entwicklung unserer Beziehungen zu sehen. Bei dem Besuch wurden der sowjetischen Seite auch Listen gravierender Härtefälle mit der Bitte um wohlwollende Prüfung und baldige Lösung überreicht."⁵³⁹

Bei einem Mittagessen mit dem sowjetischen Außenminister konnte Genscher am 22. Juli 1986 sehr ausführlich die menschenrechtliche Thematik ansprechen:

Die Schlussakte von Helsinki bleibt das Schlüsseldokument für die Entspannung in Europa. Mit ihr haben die Teilnehmerstaaten eine klare Kursbestimmung in Richtung auf eine europäische Friedensordnung vorgenommen, in der die europäischen Staaten mit unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Ordnung in friedlichem Wettbewerb miteinander leben können.

Damit der KSZE-Prozess lebensfähig bleiben kann, müssen die Bestimmungen der Schlussakte und des Abschließenden Dokuments von Madrid in allen Teilen in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

Auch die Aussagen des Entwurfs der N+N-Staaten für ein Berner Schlussdokument sind für viele Menschen in Europa sehr wichtig. Die Bestimmungen dieses Dokuments sind in meinem Land gängige Praxis. Die Bundesregierung würde es begrüßen, wenn auch die anderen Teilnehmerstaaten ihre Praxis an den Absichtserklärungen des Berner Entwurfs ausrichten würden.

Auch wenn es in Bern nicht zu einem Schlussdokument kam, ist kein Land daran gehindert, das dort Erreichte schon jetzt anzuwenden. Wir stimmen dem kürzlich geäußerten Gedanken von Generalsekretär Gorbačev zu, dass die Menschen sich mit Willkür und Rechtlosigkeit nicht abfinden.

⁵³⁷ Der deutsche Botschafter hatte sie daraufhin aufgesucht und auf die tatsächlich bestehenden Ausreisewünsche und die Schwierigkeiten, diese zu verwirklichen, hingewiesen.

⁵³⁸ vgl. Aufzählung in *Neues Leben*, 14.8.91, S. 6

⁵³⁹ schriftliche Antwort von StM Möllemann auf eine parlamentarische Anfrage von Claus Jäger, MdB; *Drs.* 10/5949, 22.8.86

Die Wahrung der Menschenrechte muss zentrales Anliegen und Kennzeichen eines jeden Staates sein. Dies muss sich für die einzelnen Menschen erweisen, für die bekannten ebenso wie für die unbekannt. (...)

In den Gemeinsamkeiten der deutschen und russischen Geschichte wurzelt der Wunsch mancher Sowjetbürger deutscher Nationalität, zu ihren Familien und Verwandten in meinem Lande auszureisen. Uns liegt daran, dass die Aussiedlung von Deutschen aus der Sowjetunion von der sowjetischen Seite wieder in größerem Umfang ermöglicht wird.⁵⁴⁰

Die sowjetische Seite ließ sich dahingehend ein, dass sie sich der Bedeutung einer Regelung von humanitären Fragen, insbesondere im Rahmen einer gleichgewichtigen Behandlung aller Fragen der drei KSZE-Körbe, bewusst sei. Generalsekretär Gorbačev erklärte unter Hinweis auf die Bedeutung des Atmosphärischen, eine Verbesserung der Beziehungen müsse gefördert und der humanitäre Bereich entwickelt werden⁵⁴¹.

1.5.2 Entspannung der bilateralen Beziehungen (Sept. 1986-Ende 1987)

In einem Gespräch am 25. September 1986 am Rande der UN-Vollversammlung, auf der Außenminister Ševardnadze die sowjetische Bereitschaft, in Fragen der Menschenrechte eine liberalere Politik einzuschlagen, signalisiert hatte, wurde die Ausreisethematik ein weiteres Mal zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Außenminister erörtert. Angesichts der großen Differenzen des Zahlenmaterials beider Seiten hinsichtlich der vorliegenden Ausreisewünsche schlug Genscher ein Expertentreffen zum Vergleich der Statistiken vor, worauf Ševardnadze einging. Im weiteren kam die sowjetische Seite darauf zwar nicht zurück, eine wesentliche Weichenstellung zur Etablierung eines bilateralen Gesprächsforums zu den Sowjetdeutschen wurde aber im Oktober 1986 im Rahmen von bilateralen politischen Konsultationen beider Außenministerien auf Beamtenebene vorgenommen. Der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor von Richthofen, konnte an die ersten deutsch-sowjetischen Expertengespräche zu humanitären Fragen im Mai 1986 am Rande des KSZE-Expertentreffens über menschliche Kontakte in Bern anknüpfen und regte an, eine bilaterale Expertengruppe für humanitäre Fragen zu gründen. Der sowjetische Delegationsleiter, Botschafter Kašlev, reagierte grundsätzlich positiv und stimmte auch einer Fortführung der Berner Gespräche in Wien zu⁵⁴². Ab 1988 sollten in dieser Arbeitsgruppe ein

⁵⁴⁰ *BPA-Bulletin* Nr. 89 vom 24.7.86, S. 747

⁵⁴¹ vgl. schriftliche Antwort von StM Möllemann auf eine parlamentarische Anfrage von Claus Jäger, MdB; *Drs.* 10/5949, 22.8.86

⁵⁴² Sachstand 513-2 vom 14.1.88, S. 1; s.o.

konstruktiver bilateraler Meinungs austausch u.a. zu Fragen der Sowjetdeutschen und Gespräche über konkrete Hilfsmaßnahmen geführt werden.

Bundeskanzler Kohl widmete den Deutschen in Osteuropa und humanitären Problemen am 18. März 1987 einen bedeutenden Teil seiner Regierungserklärung zu Beginn der neuen Legislaturperiode. Der Vorjahrespolemik aus Moskau stellte Kohl die Obhutspflicht für diese Deutschen entgegen und in den Vordergrund:

Zur Obhut sind wir auch gegenüber den Deutschen verpflichtet, die heute noch in den Ländern Mittel-, Ost und Südosteuropas leben. Wir setzen uns mit Nachdruck für ihre elementaren Anliegen und Rechte ein, einschließlich des Rechts, ihre kulturelle und sprachliche Identität zu wahren. Unsere Bemühungen um ungehinderte Ausreise und unsere Hilfe für die Landsleute, die zu uns in die Bundesrepublik kommen wollen und können, werden wir fortsetzen. (...)

Wir begrüßen erste Anzeichen einer Wende zum Besseren in der sowjetischen Menschenrechtspolitik, und wir hoffen, dass sich diese Anzeichen fortentwickeln. (...)

Und wir erwarten, dass die neue Ausreisegesetzgebung der Sowjetunion endlich das Leid seit langem getrennter Familien lindert; dabei denken wir nicht zuletzt an unsere deutschen Landsleute, die betroffen sind.⁵⁴³

Die Bezeichnung als "Landsleute", die für die Sowjetdeutschen bislang nur von den bereits in die Bundesrepublik ausgewanderten Russlanddeutschen gebraucht wurde, rückte diesen Personenkreis in die Nähe zu eigenen Bundesbürgern. Dieser "Volkstumsansatz" sollte im weiteren insbesondere von Horst Waffenschmidt gepflegt werden.

Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland begrüßte die Rede des Bundeskanzlers überschwänglich - was unbeabsichtigt einmal mehr ein Schlaglicht darauf warf, wie wenig die deutsche Politik für die Sowjetdeutschen in den Jahren seit 1955 erreichen konnte:

Auch wenn die unsere Volksgruppe betreffenden Ausführungen des Bundeskanzlers dem einen oder andern zu mager vorkommen sollten, so muss doch mit Befriedigung registriert werden, dass Helmut Kohl in seinen bisherigen Regierungserklärungen mehr über uns gesagt hat als alle seine Vorgänger im Kanzleramt zusammen.⁵⁴⁴

⁵⁴³ Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag am 18.3.87, *BPA-Bulletin* Nr. 27 vom 19.3.87, S. 215, 218

⁵⁴⁴ *Volk auf dem Weg*, 5/1987, S. 3

Der Erste Stellvertretende Leiter der internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, V. Zagladin, bestätigte am 30. März 1987, dass zur neuen Ausreiseverordnung "Neuregelungen in Arbeit" seien, eine Anpassung an die relevanten Bestimmungen insbesondere des von der UdSSR ratifizierten Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, und die sowjetische Seite hinsichtlich des Familienbegriffes "sehr flexibel" sei. Dies bekräftigten der Vorsitzende des Unionssowjets des Obersten Sowjets der UdSSR, L.N. Tolkunov, anlässlich seines Besuches beim Europäischen Parlament vom 6.-13. Oktober 1987 und ein Mitglied seiner Delegation, Jukov, sowie das sowjetische Außenministerium am 21. Oktober 1987⁵⁴⁵. Als Genscher am 4. Mai 1987 mit dem Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten der UdSSR, V.S. Murachovskij, zusammentraf, hatten sich die Ausreisezahlen bereits signifikant zum Besseren verändert, und der Außenminister konnte der sowjetischen Seite seinen Dank aussprechen: Bis Mitte April 1987 durften über 1.400 Personen ausreisen - gegenüber 460 im Jahre 1985 und 753 im Jahre 1986.

Eine frühe Reaktion auf die Ausreisezahlen und gleichzeitig eine Wende in der deutschen Politik kündigte sich mit der Festrede von Bundesinnenminister Zimmermann vom 28. Juni 1987 auf dem XX. Bundestreffen der Deutschen aus Russland an, die er zu einem Appell an die Sowjetunion nutzte, nunmehr Maßnahmen gegen die Benachteiligung der Deutschen zu ergreifen. Damit ging die deutsche Seite in der Öffentlichkeit einen Schritt weiter: Nicht mehr die Erhöhung der Ausreisezahlen, sondern die Verbesserung der innersowjetischen Lebensumstände der deutschen Minderheit wurde nunmehr zum Hauptziel der deutschen Politik. Zimmermann stellte ebenfalls einen Zusammenhang von humanitären Zugeständnissen und der Qualität der bilateralen Beziehungen her:

Der Parteisekretär Gennadij Kolbin hat im Februar dieses Jahres in Alma Ata gesagt: "Die Respektierung der Sprache einer jeweiligen Nation ist Respektierung der Menschen dieser Nation". Das muss doch auch für nationale Minderheiten gelten. Warum wird nicht danach in der Sowjetunion gehandelt?

Der Presse entnehme ich, dass immerhin das Präsidium des Obersten Sowjet in Kasachstan die Benachteiligungen der Deutschen beim Erlernen ihrer Muttersprache zur Kenntnis genommen hat. Es wäre von großem Vorteil für die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, wenn die Verantwortlichen in der Sowjetunion mit entschiedenen Maßnahmen rasch und durchgreifend die zahlreichen Benachteiligungen der deutschen Minderheit nicht nur formal, nicht nur verbal, sondern auch in der Praxis beseitigten.⁵⁴⁶

⁵⁴⁵ Sachstand 513-2 KOR88 vom 30.12.87, S. 4

⁵⁴⁶ Bundesinnenminister Zimmermann am 28.6.87 auf dem XX. Bundestreffen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, zitiert nach: *Volk auf dem Weg*, 8/9 1987, S. 4; zu Kasachstan s.o.

Zwar gab es gegen das Auftreten Zimmermanns vor den ehemaligen Russlanddeutschen auf diplomatischem Wege keine sowjetischen Proteste mehr. Allerdings übte die sowjetische Seite im Rahmen einer Pressekonferenz am 3. Juli 1987 vor dem Besuch des Bundespräsidenten scharfe Kritik an dieser "Einmischung". Dies zeigt, dass die traditionelle Position der Sowjetunion zu Souveränität und Menschen- bzw. Minderheitsrechten trotz der sichtbaren Veränderungen noch nicht aufgegeben worden war.

Auf der Pressekonferenz zum Besuch des Bundespräsidenten, einer neuen Praxis, die das Außenministerium im Mai zur Chirac-Visite eingeführt hatte, warb dies für die "voll gleichberechtigte" und "würdige" Lage der Sowjetdeutschen und verwahrte sich gegen angebliche antisowjetische Kampagnen im Zusammenhang mit dieser Bevölkerungsgruppe. Wortführer der Veranstaltung unter der Leitung von Jurij Gremickich, dem damaligen Ersten Stellvertretenden Leiter der Abteilung für Information, war A.I. Gluchov, der stellvertretende Leiter der Hauptabteilung für Kulturelle und Humanitäre Beziehungen des sowjetischen Außenministeriums. Dieser warf der Bundesrepublik eine unfreundliche Kampagne wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen vor und bezog sich vor allem auf das jüngste Treffen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, auf dem Bundesminister Zimmermann gefordert habe, die Bundesregierung müsse für die Freiheitsrechte der Deutschen in der UdSSR im Bereich von Kultur, Sprache und die "Auswanderung in die BRD" kämpfen. Die Sowjetunion könne der Bundesrepublik keinerlei Recht zuerkennen, sich Zuständigkeiten für die Sowjetbürger deutscher Nationalität anzumaßen. Diese genossen in der Sowjetunion volle rechtliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung und leisteten einen würdigen Beitrag beim wirtschaftlichen und sozialen Aufbau. Die neuen Maßnahmen umfassender Demokratisierung im Rahmen der *Perestrojka* würden auch für die Sowjetdeutschen "neue Möglichkeiten" der Selbstverwirklichung und des gesellschaftlichen Engagements eröffnen.

Zwei Sowjetdeutsche, der Abgeordnete des Obersten Sowjets der Kasachischen Republik, I. I. Scharf, und der Leiter eines Arbeitskollektivs in Alma Ata, V. R. Detling, kritisierten als Vertreter der sowjetdeutschen Bevölkerung die Einmischung in die inneren Angelegenheiten und verzerrende Berichterstattung in deutschen Medien. In ihrem Bekanntenkreis gebe es niemanden, der ausreisen wolle. Beide berichteten hingegen von Briefen, in denen ausgewanderte Deutsche ihren Schritt bedauerten. Das wenig glaubwürdige Abstreiten des Aussiedlerproblems suchte Gluchov durch einige Zahlen zu untermauern. Bislang seien 1987 4000 Sowjetbürger deutscher Nationalität ausgewandert, die Behörden bearbeiteten zur Zeit "noch ca. 5000 Ausreiseanträge". Die Zahlen, die die westdeutsche Seite nenne, seien "um

gut das Zehnfache" überhöht⁵⁴⁷. Tatsächlich sollten 1987 fast 14.500 Sowjetdeutsche die UdSSR verlassen.

1.5.3 Staatsbesuch von Bundespräsident von Weizsäcker und *follow up*

Der Staatsbesuch von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in der UdSSR vom 6.-11. Juli 1987 - der erste Besuch eines Bundespräsidenten seit 12 Jahren - erbrachte eine deutliche klimatische Verbesserung im bilateralen Verhältnis. Zwar ist, anders als Pittman vermutet⁵⁴⁸, der rapide Anstieg der Ausreisezahlen 1987 nicht auf den Besuch zurückzuführen. Hinsichtlich der deutschen Minderheit konnte aber ein neues Kapitel begonnen werden: Der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Ost, kündigte am selben 3. Juli 1987 die erste Begegnung eines bundesdeutschen Politikers mit Sowjetdeutschen in der Sowjetunion an:

Besonders würdigt die Bundesregierung, dass der Bundespräsident sich auch den Problemen deutschstämmiger Sowjetbürger in besonderer Weise zuwenden wird. Die derzeit steigende Tendenz genehmigter Ausreisen berechtigt zur Hoffnung, dass sich auch auf humanitärem Gebiet die Beziehungen zum Besseren wenden werden.⁵⁴⁹

Am selben Tag empfing und konsultierte Bundesaußenminister Genscher, der den Bundespräsidenten begleiten sollte, in Bonn Vertreter des Bundesvorstandes der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Franz Usselmann, Magdalena Merdian, Dr. Herbert Wiens und Anton Bosch.

Der Besuch des Bundespräsidenten bot mehrfach Gelegenheit, die Aufmerksamkeit sowohl in der Sowjetunion als auch in Deutschland auf die deutsche Minderheit zu lenken. Schon in seiner Tischrede am 6. Juli 1987 schnitt er das Thema öffentlich an und sagte zu seinem Amtskollegen Andrej Gromyko:

Wir sind dankbar für jeden Schritt, der es den Sowjetbürgern deutscher Nationalität ebenso wie den anderen Nationalitäten in Ihrem Lande ermöglicht und erleichtert, ihre Sprache und Kultur zu pflegen und nach ihrem Glauben zu leben.

Wir hoffen, dass Ihre Regierung auch in der Frage der Ausreisen zu Familien in der Bundesrepublik Deutschland, so wie jüngst geschehen, in zunehmendem Maße dem

⁵⁴⁷ vgl. Bericht Nr. 2158 der Botschaft Moskau vom 3.7.87, Prot 700.00

⁵⁴⁸ "... from the middle of 1987 a sharp change of direction occurred. From January 1987 ethnic German applications were subject to a new regulation, however the proximate cause seems to have been President Richard von Weizsäcker's visit to Moscow in July 1987", vgl. Pittman, S. 152; der Anstieg der Ausreisezahlen begann nachweislich aber sehr viel früher, schon ein Jahr vor dem Besuch, und die Beziehungen zwischen beiden Staaten auf humanitärem Gebiet hatten sich bereits seit dem Berner Treffen verbessert.

⁵⁴⁹ *BPA-Bulletin* Nr. 71 vom 7.7.87, S. 616

humanitären Anliegen Gehör schenken wird. Dies würde in unserer Öffentlichkeit als ein Zeichen des Willens zur Verständigung besonders hohe Beachtung finden. Ist die Familie beisammen, so ist auch die Seele an ihrem Platz, sagt der Volksmund. Unser Verhältnis, Herr Vorsitzender, wird sich um so fruchtbarer entwickeln, je offener und ehrlicher wir miteinander sprechen. Es ist nicht immer willkommen, an unbequeme Realitäten zu erinnern, aber sie verschwinden nicht vom Erdboden, wenn man sie leugnet. Das deutsche Volk hat, wie andere Völker auch, das Gefühl seiner historischen Wurzeln lebendig behalten. Es missachtet sie nicht.⁵⁵⁰

Diese Passage ließ *Pravda* beim Abdruck der Rede des Bundespräsidenten aus. Diese Zensur erinnerte einmal mehr daran, dass die Thematik der sowjetischen Führung trotz der diesbezüglichen bemerkenswerten Öffnung keineswegs willkommen war. Nach bundesdeutschen Protesten druckte *Izvestija* die Rede in ihrer Wochenbeilage am 10. Juli 1987 dann im vollen Wortlaut.

Gromyko erklärte am 9. Juli 1987 gegenüber Bundespräsident von Weizsäcker, mit dem er ein mehr als zweistündiges und ein über dreistündiges Gespräch führte, die sowjetische Ausreisepraxis sei gerade in der letzten Zeit wohlwollend gewesen, diese Linie solle beibehalten werden⁵⁵¹. Der Bundespräsident traf des weiteren mit Generalsekretär Gorbatschow zu einem fast zweieinhalbstündigen Gespräch im engsten Kreise zusammen, während dessen er eine umfangreiche Härtefall-Liste übergab⁵⁵². Gorbatschow teilte dem Bundespräsidenten mit, die Sowjetunion hätte "keine Schwierigkeiten damit, die Beziehungen auch auf humanitärem Gebiet weiterzuentwickeln"⁵⁵³.

In dem eingehenden Gespräch zwischen Bundesaußenminister Genscher und Außenminister Ševardnadze am 7. Juli 1987 ging es ebenfalls um Besuchs- und Reisemöglichkeiten, die Entwicklung der Aussiedlerzahlen sowie die Wahrung der nationalen und kulturellen Identität derjenigen Deutschen, die die Sowjetunion nicht verlassen wollten. Genscher zeigte sich befriedigt über den Anstieg der Ausreisezahlen und sprach die Hoffnung aus, dass dies keine kurzfristige Entwicklung bleibe und auch die Kriterien für die Ausreiseerlaubnis nicht eingengt würden. Er verlieh dem Wunsch Ausdruck, dass die Sowjetdeutschen ihre nationale und kulturelle Identität stärken könnten. Er wolle sich nicht in innere sowjetische Angelegenheiten einmischen, diese Frage berühre jedoch beide Länder. Es habe früher

⁵⁵⁰ BPA-Bulletin Nr. 73 vom 15.7.87, S. 629

⁵⁵¹ Sachstand 513-2 vom 9.9.87, S. 2

⁵⁵² Der neue Stil lässt sich auch an der Behandlung der Härtefall-Listen nachweisen: Auf ein Drittel der insgesamt 215 präsentierten Fälle reagierte die sowjetische Seite überraschend schon am 3.8.87, normalerweise wurde entweder gar nicht oder aber erst nach 6-9 Monaten eine Stellungnahme übermittelt. Die Bilanz war allerdings nur hinsichtlich der Fälle aus dem Bereich der Familienzusammenführung zufriedenstellend; vgl. Vorlage 513-542.40/6 SOW vom 25.8.87

⁵⁵³ Erlass 213-700 SOW vom 17.7.87, S. 4

autonome Gebiete gegeben. Der deutschen Seite sei klar, warum es zu deren Auflösung gekommen sei. Die Gründe beständen jedoch nicht fort, und er hoffe, dass der gegenwärtige Zustand nicht endgültig wäre. Damit war von Bonner Seite erstmals die Frage der Wiederherstellung autonomer Gebiete in die bilateralen Beziehungen eingebracht worden, eine Thematik, die bis zum Ende der Sowjetunion auf der Tagesordnung blieb.

Ševardnadze wies in seiner Antwort darauf hin, dass "die Sowjetunion in der Nationalitätenpolitik stets empfindlich sei. Zugleich versicherte er, dass an der Frage der Erhaltung der nationalen Identität viel gearbeitet werde."⁵⁵⁴ Hinsichtlich der autonomen Gebiete griff Ševardnadze noch zur bekannten Argumentation, wenn auch in abgeschwächter Form: Er zitierte aus einer Diskussion mit Amerikanern, die, befragt, warum es dort keine solchen Gebiete gäbe, in ihrer Reaktion das Nichteinmischungsgebot geltend gemacht hatten⁵⁵⁵.

In der deutschen Botschaft in Moskau kam es erstmals zu einer Begegnung eines führenden deutschen Politikers mit Sowjetbürgern deutscher Nationalität. Der Bundespräsident nahm dort erste Gelegenheit zu Gesprächen mit Aussiedlern. Deutsche Gemeinden waren bislang nur von Delegationen des Lutherischen Weltbundes besucht worden, denen auch deutsche Kirchenvertreter angehörten, d.h. bis dato nicht einmal von einem deutschen evangelischen Geistlichen allein. Lediglich Bundestagsabgeordnete hatten zuvor eine deutsche Gemeinde aufsuchen können⁵⁵⁶. Direkte Beziehungen zwischen der EKD und den evangelisch-lutherischen Gemeinden in der Sowjetunion existierten ebenfalls nicht⁵⁵⁷.

In Leningrad traf die Delegation des Bundespräsidenten am 9. Juli 1987 mit dem evangelischen Superintendenten Kalnins zusammen. In Novosibirsk hatte der Bundespräsident ein Essen mit Pfarrer Ikkert und Mitgliedern der dortigen deutschen evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde. Das Treffen in Novosibirsk war sogar gemeinsam mit der sowjetischen Seite vorbereitet worden. In einer Ansprache bei einem Abendessen, das der Exekutiv Ausschuss des Novosibirsker Gebiets Sowjets am 10. Juli 1987 gab, sagte der Bundespräsident:

Es heißt, dass in Sibirien etwa 50 verschiedene Nationalitäten leben. Unter ihnen auch viele Sowjetbürger deutscher Nationalität. Mit ihnen verbinden uns Sprache, Kultur und gemeinsamer Glaube. Ich freue mich, einige von ihnen hier zu treffen.

⁵⁵⁴ ibid. S. 3

⁵⁵⁵ vgl. Bericht der Botschaft Moskau vom 10.7.87, Pol. 320.25 SOW, S. 4

⁵⁵⁶ Im September 1986 die deutsch-sowjetische Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages, die durchsetzen konnte, dass Kasachstan in ihr Reiseprogramm aufgenommen wurde. Die Kontakte zu Sowjetdeutschen waren allerdings unbefriedigend geblieben.

⁵⁵⁷ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1699 vom 31.5.87, Prot 700

Wir würdigen es, dass die sowjetische Verfassung ihnen wie allen Nationalitäten in der Sowjetunion die Erhaltung ihrer kulturellen und sprachlichen Identität zusichert und freuen uns, wo immer dies fühlbar in die Wirklichkeit umgesetzt wird.

Manche von ihnen haben den verständlichen Wunsch, mit ihren Familienangehörigen in Deutschland vereint zu sein. Andere wollen nur ihre Verwandten besuchen. Wir können alle nur gewinnen, wenn bei der Bewilligung von Ausreisebitten, aber auch von Besuchswünschen, großzügig verfahren wird.

Die Deutschen in der Sowjetunion können dank ihrer Verwurzelung in zwei Kulturen eine feste Brücke der Verständigung und Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern sein.⁵⁵⁸

Der Bundespräsident stellte seine Verbundenheit mit den Sowjetdeutschen auch dadurch unter Beweis, dass er am 5. Oktober 1987 im Grenzdurchgangslager Friedland mit Aussiedlern aus der Sowjetunion sprach. Am 26. November 1987 empfing er an seinem Amtssitz in Bonn darüber hinaus den gesamten elfköpfigen Vorstand der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zu einem mehr als einstündigen Gespräch⁵⁵⁹. Die Landsmannschaft lobte den Bundespräsidenten für sein Engagement in seiner Funktion als deutsches Staatsoberhaupt, das in der über 200jährigen Geschichte der Russlanddeutschen ohne Gleichen sei. Der Bundespräsident sagte zu, sich auch bei einem nächsten Treffen mit einem sowjetischen Politiker für die Anliegen der Sowjetdeutschen einzusetzen. Wirklich liberale Maßnahmen in der Sowjetunion zugunsten der Bürger deutscher Nationalität hielt der Bundespräsident jedoch für unrealistisch⁵⁶⁰.

Das Kompliment der Landsmannschaft gibt erneut eher Anlass zur Betroffenheit, hält man sich angesichts der Verhältnisse Mitte 1987 die geringen Möglichkeiten eines Engagements des deutschen Staatsoberhauptes vor Augen. Die Aussage von Weizsäckers zu den Perspektiven der Sowjetdeutschen in der UdSSR erwies sich als klarsichtig und vorausschauend: Tatsächlich sollte sich die Sowjetunion unfähig zeigen, den verfassungsmäßigen Rechten der Sowjetdeutschen oder gar ihren Bedürfnissen Rechnung zu tragen.

Die Bundesregierung hatte dennoch Grund, ihrer Befriedigung über die günstige Entwicklung der bilateralen Beziehungen auf dem Gebiet der Sowjetdeutschen erneut Ausdruck zu verleihen. Zwei Tage vor einem Gespräch des Bundeskanzlers mit dem ZK-Sekretär für internationale Angelegenheiten, Anatolij Dobrynin, erklärte Staatssekretär Ost am 7. Oktober 1987:

⁵⁵⁸ BPA-Bulletin Nr. 73 vom 15.7.87, S. 631f

⁵⁵⁹ vgl. *Volk auf dem Weg*, 1/1988, S. 2f

⁵⁶⁰ Vermerk des Bundespräsidialamtes vom 1.12.87; (AA) 213-320.15

Mit besonderer Befriedigung verzeichnet die Bundesregierung, dass 1987 auch sehr bedeutsame Fortschritte in humanitären Fragen gebracht hat: So liegen die Ausreisenzahlen für Sowjetbürger deutscher Nationalität in den ersten acht Monaten über dem bisherigen Höchststand von 1976 (Monatsdurchschnitt 1986: 809; 1987: 884).⁵⁶¹

Am 10. Juli 1987 gab Bundeskanzler Kohl vor der Bundespressekonferenz eine Erklärung zur Reise des Bundespräsidenten ab, in der er würdigte, dass bis Ende Juni 1987 3.840 Aussiedler nach Deutschland gekommen waren:

Die Zahl deutschstämmiger Sowjetbürger, die in den ersten sechs Monaten dieses Jahres zu uns ausreisen und sich hier mit ihren Angehörigen vereinigen konnten, zeigt eine erfreuliche, eine steigende Tendenz. Und ich werte es im Interesse der Menschen als ein wichtiges Ergebnis des Staatsbesuches, dass die sowjetische Führung die Fortsetzung dieser positiven Entwicklung zugesagt hat.⁵⁶²

Im Nachgang zum Besuch des Bundespräsidenten strebte die deutsche Seite nach über elfjähriger Unterbrechung eine Sitzung der Gemischten Kulturkommission an, auf der ein Zweijahres-Durchführungsprogramm gemäß dem Kulturabkommen von 1973 vereinbart werden und die zu einem Meinungs austausch über die gesamte Breite des deutsch-sowjetischen Kulturaustausches Gelegenheit bieten sollte - darunter auch zum Thema der Sowjetdeutschen. Das letzte Treffen hatte im Februar 1976 stattgefunden, die für Anfang November 1986 anberaumte Sitzung war wegen des Goebbels-Vergleiches⁵⁶³ entfallen. Bei der Vorbereitung stellte die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes in einer Vorlage fest: "Beim Kulturaustausch sind wir überwiegend Demandeur." Unter den als "schwierig" bezeichneten Themen für die Kulturverhandlungen fiel auch der Komplex Sowjetdeutsche:

Noch schwieriger wird es sein, Absprachen über eine kulturelle Unterstützung der sowjetdeutschen Minderheit zu treffen; die sowjetische Regierung lässt dazu bisher keinerlei Bereitschaft erkennen (Souveränitätsvorbehalt); eine Gegenleistung können wir nicht anbieten. Auch hier sollten zunächst nur informelle Sondierungsgespräche geführt werden.⁵⁶⁴

Die Vorlage zeigt, dass das Auswärtige Amt zwar daran arbeitete, die u.a. 1984 von Abgeordneten des Bundestages geforderte Einbeziehung der Sowjetdeutschen in die

⁵⁶¹ BPA-Bulletin Nr. 102 vom 9.10.87, S. 870

⁵⁶² BPA-Bulletin Nr. 72 vom 14.7.87, S. 617

⁵⁶³ In den deutsch-sowjetischen Beziehungen trat eine Klimaverschlechterung ein, die vorübergehend zur Absage einer Reihe von hochrangigen Besuchen führte: Bundeskanzler Kohl hatte in einem *Newsweek*-Interview am 16. Oktober 1986 Gorbačev und Goebbels hinsichtlich ihrer Propagandafähigkeiten in einem Atemzug genannt.

⁵⁶⁴ Vorlage 610-1-600.51/00 SOW, 6.8.87, S. 2, 5

bilateralen Kulturbeziehungen konkret umzusetzen, die Zeit dafür aber noch immer nicht für reif hielt.

Die neue sowjetische Haltung gegenüber den Sowjetdeutschen spiegelte sich zwar in den Medien wider, jedoch blieb das Echo trotz großer Fortschritte in der Berichterstattung durchaus noch ambivalent. Am 26. November 1987, nach der Eröffnung des Wiener Folgetreffens, strahlte das Zweite Moskauer Fernsehprogramm einen im August in der Bundesrepublik gedrehten *Gosteleradio*-Film über Aussiedler aus. Trotz einiger Fehlinformationen und der klaren propagandistischen Absicht, gegen Aussiedlung und Familienzusammenführung Stimmung zu machen, wurde im Sinne der *Glasnost* erstmals öffentlich im zentralen Fernsehen der UdSSR die Existenz von zwei Millionen Deutschen in der UdSSR zugegeben, über Aussiedlung berichtet und die Familienzusammenführung bei aller Kritik als Akt der Humanität dargestellt. Anders als zuvor gegenüber der deutschen Minderheit verzichtete die Berichterstattung auf nationalistisch-chauvinistische Akzente⁵⁶⁵. Damit war ein Tabu gebrochen: "Bis zu den Jahren der *Perestrojka* waren die Sowjetdeutschen in den der Allgemeinheit zugänglichen Veröffentlichungen geradezu 'verheimlicht' worden."⁵⁶⁶

Der Stil einer Sendung von Radio Moskau vom 20. Dezember 1987 bestätigte dagegen einmal mehr, dass sich trotz Ausreisewelle und seit nunmehr ca. 2 1/2 Jahren *Perestrojka* die Bedingungen für eine weitergehende bilaterale Verständigung über die Sowjetdeutschen seit Regierungsantritt von Gorbatschow nur wenig verändert hatten:

Unlängst haben die sowjetischen Behörden einer Gruppe ehemaliger Sowjetdeutschen erlaubt, in die Heimat zurückzukehren. Sicherlich wissen viele unserer Hörer, dass in der Sowjetunion rund 2 Mill. Bürger deutscher Nationalität leben ... Von einer Diskriminierung dieser Menschen in unserem Land kann, glaube ich, keine Rede sein ... Die hartnäckige Propaganda für die Rückkehr in die historische Heimat, die in der Bundesrepublik Deutschland über verschiedene Kanäle, darunter in Programmen des Kölner Senders DEUTSCHE WELLE betrieben wird, hat bei ihnen dennoch auch Anklang gefunden. Eine Auswanderung in die Bundesrepublik Deutschland setzte ein. Wie aber viele der Ausgewanderten in ihren Briefen an die sowjetische Botschaft in Bonn wie auch in Gesprächen mit sowjetischen Journalisten erklärten, hatte ihnen auch der verhältnismäßig kurze Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland gezeigt, dass sie einen großen Fehler begingen, indem sie die Sowjetunion verlassen hatten. (...)

Was aber das Recht auf Auswanderung betrifft, darf seine Verwirklichung ... die Staatsinteressen nicht gefährden.⁵⁶⁷

⁵⁶⁵ vgl. *Volk auf dem Weg*, 2/1988, S. 9

⁵⁶⁶ *Freundschaft*, 11.10.89, S. 2

⁵⁶⁷ Vladimir Ostrogorski, Radio Moskau (dt.), 20.10.87, 17:45 Uhr; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen*, 21.10.87, S. 2f

Ungeachtet solcher Stimmen setzten führende deutsche Politiker die Bemühungen fort, auf die sowjetische Regierung einzuwirken, den Kreis der Ausreiseberechtigten so groß als möglich zu bemessen und menschliche Erleichterungen zu gewähren⁵⁶⁸. Wie auch andere Ministerpräsidenten sprach Franz Josef Strauß gegenüber Generalsekretär Gorbačev bei dem Treffen am 29. Dezember 1987 in Moskau die Lage der Russlanddeutschen an und appellierte, Anträge von Ausreisewilligen "nicht kleinmütig zu genehmigen"⁵⁶⁹. Strauß schrieb nach seiner Rückkehr im *Bayernkurier*: "Unser Eindruck war, dass diese Bitte nicht auf taube Ohren stieß."⁵⁷⁰

⁵⁶⁸ Bundesinnenminister Zimmermann bezifferte Anfang 1988 die Anzahl der Russlanddeutschen, die von ihren Familienangehörigen ersten Grades in der Bundesrepublik getrennt lebten, auf über 60.000; *Volk auf dem Weg*, 2/1988, S. 3; vgl. *BPA-Bulletin* vom 13.1.88

⁵⁶⁹ *Volk auf dem Weg*, 2/1988, S. 3f; vgl. auch Interview mit dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe in Bonn, Theo Waigel, am 5.1.88 in der *Augsburger Allgemeinen*.

⁵⁷⁰ Strauß, zitiert nach dpa 097 vom 5.1.88

1.6 Fazit 1985-1987

Die ersten Jahre der *Perestrojka*, in der deren Grundlagen gelegt und die Voraussetzungen dafür geschaffen wurden, dass die Reformen nicht mehr rückgängig gemacht werden konnten, brachten hinsichtlich der Sowjetdeutschen vor allem den Durchbruch in der Ausreisefrage. Seit 1987 wuchs der Strom der Aussiedler lawinenartig an - wenn man so will, noch immer in alter Tradition willkürlich von der sowjetischen Politik beeinflusst, nun allerdings ohne Schwankungen, sondern als Ausdruck zunehmend vertrauensvoller und konstruktiver Beziehungen. Hintergrund für die Konzilianz war allerdings nicht die Fürsorge des sowjetischen Staates für eine seiner zahlenmäßig bedeutendsten Minderheiten, die außerdem Unterstützung von außen genoss, sondern vielmehr das Bemühen, dem mehr als einem Jahrzehnt anhaltenden internationalen Druck auf die UdSSR nachzugeben, die KSZE-Bestimmungen in sowjetisches Recht umzusetzen. An der tatsächlichen Lage der Deutschen in der UdSSR, an ihren konkreten Lebensbedingungen, änderte sich nichts. Damit gab es zur Ausreise keine Alternative.

Erste Anzeichen dafür, dass die Sowjetunion ihre Position im humanitären Bereich und insbesondere hinsichtlich der Familienzusammenführung überdachte, ergaben sich aus der Rede von Generalsekretär Gorbačev auf dem XXVII. Parteitag im Februar 1986. Den tatsächlichen Kurswechsel gab Außenminister Ševardnadze im September 1986 vor den Vereinten Nationen bekannt, 1 1/2 Jahre nach der Wahl Gorbačevs zur neuen Nr. 1 der UdSSR. Was international mit Skepsis aufgenommen worden war, wurde mit der neuen sowjetischen Ein- und Ausreiseverordnung ab dem 1. Januar 1987 Wirklichkeit: Der großen Mehrheit der Sowjetdeutschen, insbesondere denjenigen, die nach der Repatriierungsvereinbarung von 1958 nicht zu den Ausreiseberechtigten zählten, gewährte die neue Rechtslage faktisch die Freizügigkeit im Sinne einer ungehinderten Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland.

In der Übergangszeit bis zur unumkehrbaren Implantierung der *Perestrojka* in die Sowjetgesellschaft wurden die Grundlagen für die stürmische Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen gelegt. Beeinträchtigt wurde das sich anbahnende besondere Verhältnis in diesen Jahren nur durch das unglückliche Goebbelszitat.

Nachdem mit der Entmachtung Gromykos ein wesentliches Hindernis in der Verbesserung der bilateralen Beziehungen auf dem Gebiet der Sowjetdeutschen beseitigt worden war, gab nach der antideutschen Kampagne um die Jahreswende 1985/86 auch hier die KSZE den entscheidenden Impuls für die Überwindung der Sprachlosigkeit und der deutsch-sowjetischen Differenzen zu den Sowjetdeutschen: Auf dem Berner Treffen zu menschlichen Kontakten im Frühjahr 1986 konnte erstmals ein deutsch-sowjetischer Dialog zu der Thematik stattfinden. Von hier führte über die Konsultationen der politischen Direktoren

beider Außenministerien im Oktober 1986 der Weg zur Einrichtung einer ständigen deutsch-sowjetischen "Humanitären Arbeitsgruppe" im Januar 1988. Bereits 1987 kamen die multilateral erreichten Ergebnisse den Deutschen voll zugute, während bilaterale deutsche Bemühungen, den Sowjetdeutschen konkrete Hilfe zu leisten, noch über Jahre von der UdSSR hinhaltend behandelt wurden.

Die ab 1987 anrollende Ausreisewelle erforderte nunmehr zunehmende Anstrengungen der Bundesregierung, die neuen Bürger aufzunehmen und zu integrieren, die in den Folgejahren in der Bundesrepublik zu innenpolitischen Spannungen führten. 1987 setzte in Bonn daher ein Umdenken ein, die Politik der bilateralen Interventionen zugunsten einer Steigerung der Ausreisen wurde beendet und die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Sowjetdeutschen in der UdSSR selbst sowie eine Erhöhung der Anzahl von Besuchsreisen zur neuen politischen Aufgabe der Bundesregierung. Erste diesbezügliche offizielle Stellungnahmen aus den Reihen der Bundesregierung gab es im Vorfeld des Besuches des Bundespräsidenten in der UdSSR, mit dem die neue Qualität des deutsch-sowjetischen Verhältnisses augenfällig demonstriert wurde. Der Bundespräsident setzte bei seiner Reise Anfang Juli 1987 Maßstäbe, indem er in der UdSSR als erster führender deutscher Politiker mit Sowjetdeutschen zusammentraf. Gleichzeitig ließ der ihn begleitende Genscher gegenüber seinem Amtskollegen erstmalig das Thema der Wiederherstellung der deutschen autonomen Gebiete anklingen, das dann am Ende der 80er Jahre dauerhaft auf der bilateralen Tagesordnung stand.

2. 1988-1990: Die Eröffnung des bilateralen Dialogs

2.1 Politisches Umfeld

In dem hier zu betrachtenden Zeitraum trieb Gorbačev die notwendigen Reformen in Staat und Gesellschaft voran. In einer Grundsatzrede führte er am 18. Februar 1988 auf dem ZK-Plenum Klage, dass der *Perestrojka* Widerstand entgegengesetzt, sie z.T. sogar sabotiert werde. Umgekehrt trat in einigen Bereichen der *Perestrojka* bereits eine "Überhitzung" ein, sie verselbständigte sich und wurde für die sowjetische Führung unkontrollierbar. Der Sturz des Radikalreformers Boris El'cin, der am 11. November 1987 vom Posten als Parteichef Moskaus abgelöst wurde und am 18. November 1987 seinen Sitz im Politbüro verlor, war symptomatisch für den verzweifelten Versuch der Kreise um Gorbačev, in personeller Hinsicht die "Notbremse" zu ziehen. In der Nationalitätenpolitik gelang dies nicht mehr. Den Sowjetdeutschen vereitelten die nun zahlreich ausbrechenden Konflikte, die sich sehr bald zu blutigen Auseinandersetzungen entwickelten, die Realisierung ihres Wunsches nach Wiederherstellung der Wolgarepublik.

Der fortschreitende Zerfall des sowjetischen Zentralstaates ist neben dem Machtverfall der Kommunistischen Partei und der weiteren Talfahrt der Wirtschaft das zentrale innenpolitische Ereignis der Jahre 1988 bis 1991. Die Gorbačev-Führung war nicht in der Lage, diesen Prozess aufzuhalten; sie hat ihn vielmehr durch eine Reihe reaktionärer Maßnahmen zur Wiederherstellung des *Status quo ante* beschleunigt. Dazu gehören der Einsatz von Streitkräften gegen friedliche politische Demonstrationen in Alma-Ata im Dezember 1986, in Tbilisi im April 1989 und die Blockade Litauens im Frühjahr und Sommer 1990. Die Gorbačev-Führung hat keine Konzeption zur Umwandlung des hochzentralisierten und von einer Partei regierten Vielvölkerimperiums in einen freiwilligen Bund selbständiger Republiken ... entwickelt. Der wesentliche Grund dafür ist, dass Gorbačev und die Zentralregierung einschneidende Machtverluste hätten akzeptieren müssen. Die politische Generallinie verlief jedoch genau entgegengesetzt. Gorbačev hat seit 1988 immer weiter gefasste Kompetenzen auf sich als den Präsidenten vereinigt ... Der Aufbau einer quasi-autokratischen Präsidialherrschaft einerseits und Dezentralisierung, Delegation von Kompetenzen nach unten, Selbstverwaltung von Nationen und Republiken auf der anderen Seite sind politische Ziele, die sich nicht gleichzeitig verwirklichen lassen.⁵⁷¹

Die Entwicklung nahm zunächst im Baltikum ihren Ausgang mit Demonstrationen in der litauischen Hauptstadt Vilnius am 23. August 1987, dem Jahrestag der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes von 1939⁵⁷². Am 18. November 1987 fanden Demonstrationen in

⁵⁷¹ Simon, G. *Die Desintegration der Sowjetunion durch die Nationen und Republiken*. Berichte des Bundesinstituts für internationale und ostwissenschaftliche Studien 25-1991

⁵⁷² Das Litauen betreffende Geheime Zusatzprotokoll wurde am 28.8.39 geschlossen; eine Veröffentlichung von Abkommen und Protokollen stand seinerzeit in den Warschauer Pakt-Staaten noch aus.

Lettland, in Riga und Liepaja, statt, Anfang Februar 1988 dann trotz Verbots in Estland auf dem Hintergrund des 70. Jahrestages der Unabhängigkeit bzw. des sowjetisch-estnischen Vertrages von 1920. In Tallinn gingen ca. 20.000 Menschen auf der Straße, in Vilnius waren es 100.000. Die Anzahl der Kundgebungen stieg und ebenso die gewaltsamen Zusammenstöße mit der Miliz. Am 23. August 1988 fanden die Gedenkveranstaltungen zum Hitler-Stalin Pakt bereits mit behördlicher Genehmigung statt, wenig später wurde in allen drei baltischen Republiken die jeweilige Landessprache zur Amtssprache, kurz danach zur Staatssprache erhoben. Im Oktober gründeten sich formell oppositionelle Volksfrontbewegungen, die bei den Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR am 26. März 1989 die Kommunisten zur zweitstärksten Partei degradierten. Alle drei baltischen KP-Chefs waren bereits im Laufe des Jahres 1988 ausgewechselt worden.

Am 16. November 1988 verabschiedete der Oberste Sowjet Estlands eine Souveränitätserklärung und beanspruchte nicht nur ein Vetorecht gegenüber der sowjetischen Gesetzgebung und Verfassungsänderungen, sondern führte eine Reihe von grundlegenden, aus Moskauer Sicht systemwidrigen Reformen in Estland durch. Das Zentrum erklärte diese Beschlüsse dann auch für verfassungswidrig.

Die weitere, z.T. blutige Entwicklung ist bekannt; die drei Republiken bildeten einen Dauerkrisenherd in der UdSSR, der das Zentrum in Atem hielt. Die Rückkehr der baltischen Staaten in die finnische Zeitzone am 26. März 1989 symbolisierte anschaulich den Weg in die Freiheit. Mit dem Putsch 1991 nutzten Estland, Lettland und Litauen die Gunst der Stunde, um die Sowjetunion endgültig zu verlassen.

Am 18. Februar 1988 warf *Pravda* der Parteiführung Armeniens "wütenden Widerstand" gegen die *Perestrojka* vor. Vom 18.-26. Februar 1988 fanden in Erevan Massendemonstrationen für den Anschluss der mehrheitlich von Armeniern bewohnten Enklave Nagornyj Karabach in Azerbajdžan statt. Der Oberste Sowjet von Nagornyj Karabach hatte am 20. Februar 1988 an die Obersten Sowjets beider Unionsrepubliken appelliert, das Gebiet Armenien anzugliedern. Gegendemonstrationen in Baku und Sumgajt führten zu Massakern an der armenischen Minderheit in Sumgajt, die nach offiziellen Angaben mindestens 32 Todesopfer forderten. Am 21. Mai 1988 setzte Moskau die Parteichefs beider Republiken ab, am 22. Juni 1988 rückten sowjetische Truppen nach Nagornyj Karabach ein, das am 12. Juli 1988 die Loslösung von Azerbajdžan beschloss. Die wurde vom Obersten Sowjet in Baku als "null und nichtig" zurückgewiesen, und auch das Präsidium des Obersten Sowjets in Moskau votierte gegen eine Veränderung der Grenzen.

Ab September 1988 setzten sich die Auseinandersetzungen um das armenisch besiedelte Territorium fort, und erstmals musste ein "Sonderzustand" mit nächtlicher Ausgangssperre

verhängt werden. Nach blutigen Auseinandersetzungen wurde Nagornyj Karabach am 12. Januar 1989 Moskau direkt unterstellt. Der Konflikt weitete sich in der Folgezeit zu einem Krieg aus, der die Sowjetunion überlebte.

Auch in den anderen Republiken gährte es und wurden über Sprachengesetze die Weichen in eine Unabhängigkeit gestellt, so in Tadschikistan, Usbekistan, Kasachstan, Georgien, Azerbajdžan, der Moldauischen Republik.

Im Februar 1989 wurde in Tbilissi für mehr nationale Unabhängigkeit demonstriert, am 9. April 1989 starben bei einem Einsatz von Truppen gegen Demonstranten 19 Menschen. Zu Spannungen kam es auch zwischen Abchasen und Georgiern, die ab Mitte Juli zu blutigen Ausschreitungen und im Laufe der Jahre bis 1994 zu einem Krieg auswuchsen.

In Usbekistan kam es unter maßgeblicher Beteiligung von örtlichen Parteifunktionären Anfang Juni 1989 zu schweren Ausschreitungen zwischen Usbeken und Mescheten, einem in der Stalinzeit aus Georgien nach Usbekistan deportierten Turkvolk, mit mehr als 100 Toten und mehr als 1.000 Verletzten. Im Fergana-Tal wurden 1.000 Häuser zerstört, und 15.000 Mescheten mussten mit einer Luftbrücke aus Usbekistan evakuiert werden.

Auch in Kasachstan, in Novyj Uzen', brachen Mitte Juni nationalistische Unruhen gegen Armenier, Azerbajdžaner und Georgier aus. Es gab zahlreiche Tote und Verletzte, 700 Kaukasier mussten evakuiert werden.

Im Oktober 1987 setzte das Politbüro eine Kommission zur "Untersuchung der Repressionen der 30er, 40er und 50er Jahre" ein, die im August 1988 bereits mehr als 600 Einzel-Opfer Stalins rehabilitiert hatte, darunter so prominente Persönlichkeiten wie Bucharin, Rykov, Zinov'ev und Kamenev. Eine öffentliche Debatte über diesen Teil der Geschichte, die von grundlegenden Änderungen im sowjetischen Recht mit Tendenz auf eine Annäherung an westliche Standards begleitet wurde, bereitete den Weg für die Rehabilitierung auch der repressierten Völker.

Nationalitätenpolitisch profitierten davon zunächst die Krimtataren. Die sowjetische Führung setzte dadurch Maßstäbe für andere repressierte Völker wie die Sowjetdeutschen, indem sie den Krimtataren die Rückkehr in ihre Heimat erlaubte und alle Einschränkungen ihrer Rechte aufhob, wie TASS am 9. Juni 1988 meldete. Allerdings blieb eine Wiederherstellung der früheren autonomen Republik ausgeschlossen; Kultur und Sprache sollten jedoch spezielle Förderung erhalten.

Außenpolitisch setzte sich der Dialog mit dem Westen konstruktiv fort. Am 8. Dezember 1987 konnte in Washington der *INF*-Vertrag unterzeichnet werden, die Ratifikation fand am 28. Mai 1988 statt. Einen Tag später reiste Präsident Reagan zum Austausch der Ratifikationsurkunden nach Moskau. Am 2. Juli 1988 trafen die ersten US-Inspektoren in der UdSSR und gleichzeitig die ersten sowjetischen in den USA ein. Am 1. August 1988 wurden in Kasachstan in Anwesenheit von US-Inspektoren die ersten vier Mittelstreckenraketen vernichtet. Bereits am 15. Mai 1988 hatte die sowjetische Armee mit ihrem Abzug aus Afghanistan begonnen.

Am 24. Oktober 1988 besuchte Bundeskanzler Kohl erstmalig die *Perestrojka*-UdSSR, am 15. Juni 1989 erfolgte die legendäre Reise Gorbačevs in die Bundesrepublik. Ende Mai 1989 hatte die Flüchtlingsbewegung aus der DDR ihren Anfang genommen. Nach dem Sturz des *ancien régime* fiel am 9. November 1989 die Mauer, und die Tendenzen in Richtung Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurden unübersehbar.

2.2 Die deutsche Minderheit in der sowjetischen Innenpolitik

2.2.1 Umdenken in der sowjetischen Nationalitätenpolitik und internationale Zugeständnisse

Um die Jahreswende 1987/88 fanden sich in Gorbachevs öffentlichen Bekundungen zur Nationalitätenpolitik noch Relikte der alten ideologischen Überzeugung: "Wir sagen mit Recht, dass die nationale Frage bei uns gelöst ist"⁵⁷³, unterstrich er in seiner Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution, warnte allerdings vor einer Beeinträchtigung nationaler Interessen und Gefühle und forderte die volle Einbeziehung der Werktätigen aller Völker und Nationalitäten der UdSSR in die zu lösenden Aufgaben. Gleichzeitig kündigte er für die "nähere Zukunft" eine vertiefte Analyse und Diskussion der Nationalitätenbeziehungen im Lichte von *Perestrojka* und Demokratisierung an, ein Zeichen dafür, dass die sowjetische Führung sich gewisser Probleme bewusst sein musste. Im Januar 1988 kündigte die sowjetische Führung ein spezielles ZK-Plenum zur Nationalitätenproblematik an.

Auf dem Hintergrund der Ereignisse im Baltikum und in Armenien musste Gorbachev auf einer Reise nach Jugoslawien bereits offen einräumen: "Es versteht sich, es wäre nicht richtig anzunehmen, die das Leben der Nationen und die zwischennationalen Beziehungen betreffenden Fragen seien ein für allemal gelöst."⁵⁷⁴ Auf dem Hintergrund der Entwicklungen in Nagornyj Karabach bekam die Nationalitätenproblematik im Laufe des Jahres 1988 weitere Aktualität und Brisanz, so dass auf der XIX. Parteikonferenz der KPdSU (28.6.-1.7.88) eine eigene Resolution "Über die zwischennationalen Beziehungen" verabschiedet und die Ankündigung vom Januar 1988 zum Nationalitätenplenum erneuert wurde.

Die Thesen für die XIX. Parteikonferenz wurden zunächst am 23. Mai 1988 auf einem ZK-Plenum erörtert und dann am 26. Mai 1988 von TASS veröffentlicht⁵⁷⁵. Die schwierige Vorgeschichte der Parteikonferenz⁵⁷⁶, mit der Gorbachev unter großen Anstrengungen einen weiteren Meilenstein seiner Reformpolitik erreichen konnte, hatte dazu geführt, dass der Text der Thesen "nicht allzu konkret wurde"⁵⁷⁷ und die These Nr. 7 zur Nationalitätenpolitik - von insgesamt 10 Thesen - diejenige war, die am meisten dem Althergebrachten entsprach und wenig neues Denken verriet, "geradezu nichtssagend"⁵⁷⁸ wirkte. Dennoch konnte mit der XIX. Parteikonferenz zum ersten Mal eine offene und ohne Einschränkungen auch allgemein

⁵⁷³ *Pravda*, 3.11.87

⁵⁷⁴ *Pravda*, 17.3.88

⁵⁷⁵ TASS 26.5.88, zitiert nach: *BPA-Ostinformationen*, 27.5.88, S. 6-23; auch in: *Sowjetunion heute*, Sonderheft Juli 1988

⁵⁷⁶ anschaulich dargestellt in: Brahm, H., H. Höhmann. "Die 19. Unionsparteikonferenz der KPdSU". *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 35/88 vom 26.8.88, S. 3-15

⁵⁷⁷ *ibid.* S. 4

⁵⁷⁸ *ibid.* S. 5

veröffentlichte Debatte über die Lage im Lande stattfinden⁵⁷⁹, deren Wirkung auch auf die sowjetische Öffentlichkeit nicht unterschätzt werden darf. Gorbačev selbst sagte in seinem Schlusswort zu Klima und Offenheit der Diskussionen:

Ein derartiges Gespräch hat der Kongresspalast noch nicht erlebt, und ich glaube, dass ich nicht gegen die Wahrheit verstoße, wenn ich behaupte, dass es bei uns fast sechzig Jahre lang nichts Derartiges gegeben hat.⁵⁸⁰

Die schließlich verabschiedete Resolution "Über die zwischennationalen Beziehungen"⁵⁸¹ ging weit über die ursprüngliche These Nr. 7 hinaus: Die Parteikonferenz distanzierte sich unter Beibehaltung der Doktrin vom Sowjetvolk erstmals von der bislang gültigen These, die Nationalitätenfrage sei gelöst und Konflikte nicht mehr gegeben. Darüber hinaus räumte sie in der Resolution ein, dass die Bedürfnisse nach sozioökonomischer und kultureller Entwicklung nationaler Gruppen in der Vergangenheit nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Die Resolution enthielt systemverträgliche Forderungen u.a. nach Dezentralisierung im wirtschaftlichen Bereich und Schaffung eines eigenen Ressorts für Nationalitätenfragen. Mit Passagen, die für Nationalitäten von Bedeutung waren, die wie die Deutschen nicht in einem geschlossenen Siedlungsgebiet lebten, wurde geradezu eine Anspruchsgrundlage geschaffen: So sollten national-kulturelle Bedürfnisse, namentlich in den Bereichen Bildung, Kontakte, Volkskunst verwirklicht und Zentren nationaler Kultur auch zur Befriedigung religiöser Bedürfnisse gegründet werden.

Die Resolution propagierte die freie Entwicklung und gleichberechtigte Nutzung der jeweiligen Muttersprachen sowie die Beherrschung der russischen Sprache im Sinne einer harmonischen Zweisprachigkeit. Damit wurde Abstand genommen von der bisherigen dominierenden Rolle des Russischen. Darüber hinaus forderte die Resolution die Widerspiegelung der nationalen Struktur der sowjetischen Gesellschaft in der Zusammensetzung der Führungskader von Partei, Staat, Gewerkschaften und anderen Organisationen.

Gorbačev machte in einer Intervention das *Credo* seiner zukünftigen Nationalitätenpolitik deutlich, das geeignet war, den Sowjetdeutschen Mut zu machen:

Wenn wir in unserem Vielvölkerstaat nicht die Interessen jeder einzelnen Republik und die Frage der Autonomie berücksichtigen werden, bleibt die *Perestrojka* stecken. Ihr ist nur dann ein Erfolg beschieden, wenn sich jede Nation und Völkerschaft in sämtlichen Belangen, die das gesamte Volk betreffen, als gleichberechtigtes Mitglied

⁵⁷⁹ *Pravda*, 27.6.-3.7.88

⁵⁸⁰ *Pravda*, 2./3.7.88

⁵⁸¹ TASS 5.7.88, in: *BPA-Ostinformationen*, 8.7.88, S. 24-28; auch in *Sowjetunion heute*, Sonderheft Juli 1988

fühlen kann, wenn ihr bewusst ist, dass all dies in unserem gemeinsamen Interesse geschieht, auch im Interesse einer jeden Nation.⁵⁸²

Einen Monat nach der XIX. Parteikonferenz, am 29. Juli 1988, tagte das Plenum des ZK der KPdSU und fasste einen Beschluss zur Umsetzung der Entscheidungen der Parteikonferenz. In seinem Bericht an das ZK-Plenum der KPdSU distanzierte sich Gorbačev von früheren Vorstellungen, das nationale Problem sei gelöst:

Bekanntlich gibt es in unserem Leben keine ein für allemal gelösten Probleme. Und das bezieht sich vor allem auf das nationale Problem.

Es ist wohl kaum nötig, darauf hinzuweisen, dass die Entwicklung nationaler Beziehungen erstrangige Bedeutung für unseren Unionsstaat hat, dass die Nationalitätenpolitik für unsere Kommunistische Partei und den sowjetischen Staat die schwierigste Politik ist, aber zugleich auch eine wichtige und notwendige. Und das ist völlig folgerichtig, denn in dieser Politik werden wirtschaftliche, soziale und geistige Probleme eng miteinander verknüpft.⁵⁸³

Gorbačev nannte Ursachen dafür, dass die zwischennationalen Beziehungen komplizierter würden:

An erster Stelle der Gründe stehen zweifellos die Folgen der jahrelangen Unaufmerksamkeit gegenüber spezifischen sozio-ökonomischen und geistigen Bedürfnissen vieler Nationen und Völkerschaften ...

Und ein weiterer Grund. Ich meine die aktive Reaktion korrumpierter Gruppen auf die *Perestrojka*. Man muss offen sagen, dass es ihnen an etlichen Orten gelungen ist, natürliche nationale Gefühle in zerstörerische nationalistische umzuwandeln. Und das ist natürlich kein Zufall. Nationalistische Emotionen sind günstig für alle gegen die *Perestrojka* gerichteten Kräfte. Indem sie nationale Konflikte anheizen, wollen sie die öffentliche Meinung ablenken und sich der Verantwortung für das entziehen, was sie während der Zeit der Stagnation angerichtet haben.⁵⁸⁴

Diese Analyse traf auch auf den Widerstand an der Wolga zu, den die lokale Nomenklatura ab 1989 gegen eine Wiederherstellung der deutschen Wolgarepublik mobilisieren sollte.

Für die Sowjetdeutschen erfreulich, die von späteren Maßnahmen profitierten, betonte Gorbačev, es sei zur Umsetzung der politischen Forderungen

erforderlich, die Novellierung der Gesetzgebung über Unions- und autonome Republiken sowie autonome Gebiete in Angriff zu nehmen. Es geht auch um die

⁵⁸² *Pravda*, 1.7.88

⁵⁸³ *Pravda*, 31.7.88

⁵⁸⁴ *ibid.*

Ausweitung der rechtlichen Garantien bei der Realisierung national-kultureller Bedürfnisse der Nationalitäten, die außerhalb der Grenzen ihrer staatlich-territorialen Gebilde leben oder solche nicht haben.⁵⁸⁵

Angesichts der aktuellen Auseinandersetzungen um die Sprachenfrage forderte Gorbačev ein Gesetz über die freie und gleichberechtigte Entwicklung und Verwendung der Sprachen der Völker der UdSSR⁵⁸⁶. Darüber hinaus warnte er vor einem "Predigen rassischer oder nationaler Exklusivitätsansprüche" und forderte auch in diesem Fall ein Gesetz zur Ahndung von Verstößen gegen den hier einschlägigen Art. 36 der sowjetischen Verfassung. Beide Punkte zielten nicht zuletzt auf die Rolle des Russischen in der Union und stellten damit eine Abkehr von der Politik der *Vor-Perestrojka* dar⁵⁸⁷. Beide Gesetze entstanden; für die Sowjetdeutschen blieben sie mangels Durchsetzbarkeit jedoch ohne praktische Bedeutung. Das Plenum wies im weiteren alle relevanten Institutionen an, dem ZK "bis Anfang 1989" die "erforderlichen Unterlagen über die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Nationalitäten in der UdSSR" zur Prüfung zuzuleiten⁵⁸⁸. Das angekündigte Nationalitätenplenum selbst fand erst im September 1989 statt. Die Implementation der Ergebnisse des Plenums durch Beschlüsse des Obersten Sowjets zog sich über ein weiteres Jahr hin. Die von Gorbačev eingeleiteten Reformen konnten damit in keiner Weise mit den explodierenden Nationalitätenkonflikten Schritt halten.

In einer Rede vor dem Obersten Sowjet am 29. November 1988 konkretisierte Gorbačev seine Äußerungen vom Juli 1988 und legte den Abgeordneten nahe, "zu den Praktiken der ersten Jahre nach der Oktoberrevolution [zurückzukehren], als in den Orten kompakter Besiedlung von nationalen Minderheiten nationale Rayons und Dorfsowjets existierten."⁵⁸⁹ Das Präsidium des Obersten Sowjets könne beauftragt (*poručit'*) werden, eine spezielle Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Gegebenheiten zu gründen. Bei Übereinstimmung sei es möglich, noch in der laufenden Sitzungsperiode des Obersten Sowjets einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Der Punkt wurde, wenn auch in etwas verschleierter Form - es war nur von "lokaler Selbstverwaltung" die Rede, in den Beschluss des Obersten Sowjets aufgenommen⁵⁹⁰.

⁵⁸⁵ ibid.

⁵⁸⁶ In Kraft ab April 1990

⁵⁸⁷ *Pravda*, 31.7.88

⁵⁸⁸ *Pravda*, 31.7.88

⁵⁸⁹ *Izvestija*, 30.11.88: "vernut'sja k praktike pervych posleoktjabr'skich let, kogda v mestach kompaktnogo proživanija nacional'nych men'senstv suščesvovali nacional'nye rajony i sel'sovety"

⁵⁹⁰ *Izvestija*, 2.12.88: "Postanovlenie o dal'nejšich šagach po osuščestvleniju političeskoj reformy v oblasti gosudarstvennogo stroitel'stva"

Am 23. Februar 1989 kündigte Gorbačev in einer Rede vor Werktätigen in Kiev konkret die Absicht an, gleichzeitig mit der Ausweitung der Rechte der Unionsrepubliken zur "Harmonisierung der zwischennationalen Beziehungen" den Status aller Minderheiten ohne eigene Autonomie anzuheben und neue autonome Gebiete und nationale Räte dort zu schaffen, wo es in großer Zahl Angehörige einer Minderheit gebe. Dies werde es ermöglichen, ihr verständliches Bedürfnis nach Erlernen und Gebrauch der eigenen Sprache und Erhalt der kulturellen Werte und Traditionen zu befriedigen⁵⁹¹.

Der Verdacht liegt nahe, dass die Stärkung der Strukturen unterhalb der Replikenebene nicht nur auf die Bedürfnisse der nationalen Minderheiten bzw. auf die internationalen Verpflichtungen der UdSSR zielte, sondern zugleich eine Widerspiegelung des sich verändernden Verhältnisses von Union und Replikenebene auf niedrigerer Ebene beabsichtigt war: Die Schwächung der zuvor nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit von der Union drängenden Unionsrepubliken.

Das Nationalitäten-Plenum des ZK vom Herbst 1989 griff die Vorstellungen des Generalsekretärs auf und stellte die Weichen in Richtung auf ein Gesetz zugunsten von Minderheiten, die außerhalb ihrer nationalen Gebiete leben oder über solche nicht verfügen, das im April 1990 in Kraft trat. Die Sowjetdeutschen profitierten unmittelbar von diesem Ansatz: Sie erhielten 1991 zwei autonome Rayons zurück.

Am 10. Januar 1989 verabschiedete das ZK der KPdSU auf einer Plenartagung einen Aufruf "an die Partei und das Sowjetvolk", der in Teilen Anklänge an die *korenizacija*-Politik der frühen UdSSR enthält. Darin räumte das ZK nationalitätenpolitische Probleme ein und wies auf das bevorstehende Plenum zur Nationalitätenpolitik hin, das weitreichende Maßnahmen beschließen sollte:

Der Prozess der Demokratisierung erfasst immer tiefer auch die zwischennationalen Beziehungen, es werden Bedingungen für die Lösung der hier angehäuften Probleme geschaffen, das als Folge des Großen Oktober entstandene Bündnis aller Nationen und Völkerschaften der UdSSR, das den ureigenen Interessen jeder von ihnen und des ganzen Landes entspricht, erfüllt sich mit neuem Inhalt ...

Ausgehend von den Beschlüssen ihrer XIX. Unionskonferenz erarbeitet die Partei großangelegte Maßnahmen zur Vervollkommnung und Harmonisierung der zwischennationalen Beziehungen. Das bevorstehende Plenum des ZK der KPdSU

⁵⁹¹ *Izvestija*, 24.2.89: "... vključaet povyšenie statusa vsech vidov avtonomii, mnogoobraznoe obespečenie prav nacional'nych men'senstv - vpljot' do sozdaniya novych nacional'nych rajonov i nacional'nych sel'sovetov v mestach kompaktnogo proživaniya predstavitelej teh ili inych nacional'nostej. Vstajut voprosy, svjazannye s žizn'ju ljudej teh ili inych nacional'nostej, ne imejuščich sobstvennoj avtonomij, kompaktno ili razrozneno proživajuščich v različnych respublikach i ugolkach strany. Ponjatno, čto u nich est' i svoi nacional'nye potrebnosti - izučat' i pol'zovat'sja rodnym jazykom, sohranit' cennosti rodnoj kul'tury i.t.d."

wird ein umfassendes Aktionsprogramm in dieser Hinsicht beschließen. Die Rechte der Republiken werden bedeutend erweitert, ihre Souveränität wird sich festigen. (...) Immer und überall wird die Partei die Leninsche Nationalitätenpolitik durchführen und Bedingungen schaffen, damit jede Nation und Völkerschaft des Sowjetlandes besser lebt, ihre nationale Eigenart vollständiger und markanter zum Ausdruck kommt und unser Bruderbündnis reicher und fester wird.⁵⁹²

Gorbačev hatte in seinem Referat am 28. Juni 1988 auf der XIX. Parteikonferenz der KPdSU angekündigt, die Sowjetunion werde international kooperieren und übernommene Verpflichtungen erfüllen:

Beim Problem der Menschenrechte gibt es auch einen wichtigen internationalen Aspekt. (...) Jedoch werden unter den modernen Bedingungen die Rechte des Menschen ... zu einem Gegenstand der Sorge der gesamten Weltöffentlichkeit, und sie werden wie viele andere Aspekte des öffentlichen Lebens internationalisiert. Wir sind bereit, mit allen anderen Ländern aktiv zusammenzuarbeiten ... und alle von uns übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen.⁵⁹³

In diesem Sinne setzte der Generalsekretär vor den UN positive Zeichen. Am 7. Dezember 1988 erklärte er in einer international viel beachteten Rede in New York:

Unser Ideal wäre eine Völkergemeinschaft von Rechtsstaaten, die auch ihre internationalen Aktivitäten der Rechtsordnung unterwerfen. (...)

In diesem Kontext möchte ich mich mit der Stimme meines Landes der hohen Bewertung anschließen, die der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte zuteil wird, die vor vierzig Jahren, am 10. Dezember 1948, verabschiedet wurde. (...) Die passendste Art für jeden Staat, das Jubiläum zu feiern, ist die, bei sich zu Hause die Bedingungen für die Einhaltung und den Schutz der Rechte seiner Bürger zu verbessern. (...)

Die sowjetische Demokratie wird eine stabile gesetzliche Basis erhalten. Ich spreche von Gesetzen wie jenem der Gewissensfreiheit, der Transparenz, jenem über gesellschaftliche Vereinigungen und Organisationen ...

Im Sinne der Humanität wird auch die Frage der Aus- und Einreise gelöst, unter anderem das Problem der Auslandsreise aus Gründen der Familienzusammenführung. (...)

Wir haben die Absicht, die Beteiligung der Sowjetunion an Kontrollmechanismen in Menschenrechtsfragen bei der UNO und im Rahmen des gesamteuropäischen Prozesses auszuweiten. Wir sind der Meinung, dass die Rechtsprechung des internationalen Gerichtshofs in Den Haag hinsichtlich der Auslegung und

⁵⁹² *Neues Leben*, 18.1.89, S. 2

⁵⁹³ *Pravda*, 29.6.88, vgl. Kapitel "Demokratisierung der internationalen Beziehungen": "Die Perestrojka und die Menschenrechte"

Anwendung der Abkommen auf dem Gebiet der Menschenrechte für alle Staaten verbindlich sein soll.⁵⁹⁴

In der Nationalitätenfrage zeigte sich die Sowjetunion zu konkreten Zugeständnissen im internationalen Bereich zunächst nur an das sozialistische Ausland bereit. Diese grundsätzlich positiv zu bewertende Entwicklung dürfte ein Ergebnis der Einbettung der UdSSR und ihrer Verbündeten in den Helsinki-Prozess sein. So wurde am 14. Juli 1988 als Abschluss eines dreitägigen bilateralen Besuches von Gorbačev in Polen eine gemeinsame sowjetisch-polnische Erklärung veröffentlicht, in der es hieß:

Einen nützlichen Beitrag zur Stärkung der Freundschaft zwischen den Völkern unserer Länder können die sowjetischen Staatsbürger polnischer Herkunft, die in der UdSSR leben, sowie polnische Staatsbürger ukrainischer, weißrussischer oder litauischer Herkunft, die in Polen leben, leisten. Diesem Ziel wird auch die Initiative der UdSSR dienen, der polnischen ethnischen Gruppe die Möglichkeit zu geben, Kultur- und Bildungsgesellschaften zu gründen und die eigene Sprache und Kultur zu lernen und kennen zu lernen. Dieselbe Funktion erfüllen die in Polen gegründeten Vereinigungen der Weißrussen, Litauer und Ukrainer.⁵⁹⁵

Die neuen sowjetischen Überlegungen zur Minderheitenfrage wurden in Bonn aufmerksam registriert. In einem Interview kommentierte der außenpolitische Berater des Bundeskanzlers, Horst Teltschik, die Tragweite des Moskauer Entgegenkommens so: "Wir gehen davon aus, dass dies für die Deutschstämmigen in der Sowjetunion gelten muss."⁵⁹⁶ Die Gemeinsame deutsch-sowjetische Erklärung vom 13. Juni 1989 anlässlich des Gorbačev-Besuchs in Bonn blieb ein Jahr nach der Vereinbarung in Warschau jedoch weit hinter deren Gehalt zurück. Erst ein weiteres Jahr später, im September 1990, konnte mit dem "Umfassenden Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit" der sowjetisch-polnische Stand erreicht werden. Ein Hintergrund dieser "Verspätung" dürfte darin zu suchen sein, dass die UdSSR ihre Hoffnungen, die DDR könne eine aktive Rolle hinsichtlich der Sowjetdeutschen übernehmen, erst lange nach der Maueröffnung begrub⁵⁹⁷. Im Sinne der sowjetisch-polnischen Erklärung gründeten die Sowjetdeutschen ihre eigene unionsweite Interessenvertretung, die "Wiedergeburt", Anfang 1989.

⁵⁹⁴ *Pravda*, 8.12.88

⁵⁹⁵ *Pravda*, 15.7.88. Bis Anfang April 1989 wurden auf dieser Grundlage zwei Kulturvereinigungen in der Ukraine (Kiew und Lvov), eine in Minsk registriert sowie je eine in Lettland, Estland und in Leningrad gegründet. Die Mitgliedschaft war Sowjetbürgern polnischer Abstammung vorbehalten. Sie bot vorteilhafte Reisemöglichkeiten nach Polen, die Teilnahme an Sportveranstaltungen und Jugendtreffen sowie Studien in Polen. Von amtlicher polnischer Seite wurden Bücher, Filme, Materialien zur Verfügung gestellt oder Gastvorträge und Ausstellungen vermittelt. In Leningrad bot der "Club Polonia" Sprachkurse an, die im polnischen Generalkonsulat durchgeführt wurden.

⁵⁹⁶ Horst Teltschik im Deutschlandfunk, 25.7.88, 7:18 Uhr ("Viertel nach Sieben")

⁵⁹⁷ s.u.

Unmittelbar im Anschluss an den bilateralen Besuch fand in Warschau am 15./16. Juli 1988 ein Treffen des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Pakt-Staaten statt. Das gemeinsame Kommuniqué erwähnte kaum verhüllt das grenzüberschreitende Problem der nationalen Minderheiten zwischen den Staaten der Warschauer Vertragsorganisation, indem als Ziele "die Beachtung und Verwirklichung der Menschenrechte und die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit im humanitären Bereich" festgeschrieben wurden. Dabei sollten den betreffenden Personen bei Beachtung der Prinzipien der Souveränität und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten volle "politische, bürgerliche, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und andere Rechte" eingeräumt werden⁵⁹⁸.

Wenig später trafen die Sowjetunion und Ungarn anlässlich des Besuches von ZK-Sekretär Jakovlev vom 10.-12. November 1988 in Budapest eine Vereinbarung im Sinne der sowjetisch-polnischen Erklärung. Im gemeinsamen Kommuniqué sicherte die sowjetische Seite "wohlwollende Prüfung humanitärer Fragen" zu in bezug auf

sowjetische Bürger ungarischer Nationalität, die in Transkarpatien leben, im Interesse der Erhaltung ihrer nationalen Identität, der Entwicklung der Kultur und Sprache und der Schaffung günstiger Bedingungen für gegenseitige Verwandtenbesuche sowie touristische und private Reisen in die Volksrepublik Ungarn. Das gilt gleichermaßen auch für Personen, die zu ständiger Wohnsitznahme aus der UdSSR in die VR Ungarn übersiedelt sind.⁵⁹⁹

Öffentlich eingeleitet wurde die ungarisch-sowjetische Absprache bereits am 5. Juli 1988 als der ungarische Parteichef und Vorsitzende des Ministerrats K. Grosz auf seinem Moskau-Besuch die Minderheitenpolitik der UdSSR in der Karpato-Ukraine in einer Rede im Kreml' ostentativ lobte⁶⁰⁰.

Die Vereinbarung mit Ungarn stellte hinsichtlich der Gewährung von Rechten für die Sowjetdeutschen einen weiteren Berufungsfall dar. Ungarn hatte bereits mehr als ein Jahr zuvor, am 7. Oktober 1987, mit der Bundesrepublik eine viel weitergehende - allerdings nicht veröffentlichte - Erklärung zur deutschen Minderheit abgegeben, die ein konkretes deutsches

⁵⁹⁸ *Izvestija*, 17.7.88, Punkt 15 des Kommuniqués.

⁵⁹⁹ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 4041 vom 18.11.88

⁶⁰⁰ *Izvestija*, 7.7.88

"Naši narody vse bol'se svjazyvaet vengerskoe naselenie, proživajuščie u zapadnoj granicy Sovetskogo Sojuza, v Zakarpat'e. My s udovletvorenijem možem skazat' o tom, što v Sovetskom Sojuze vengry mogu žit' i rabotat' kak ravnopravnye graždane. Oni polučajut vse bol'se dlja razvitija svoej nacional'noj kul'tury, sochranenija svoego nacional'nogo oblika. Vse eto služit primerom dobroželatel'nogo, gumannogo rešenija žiznenno važnogo voprosa sudeb narodov Central'noj Evropy, živuščich v tesnoj zavisimosti drug ot druga. My privetstvuem eto, potomu što vidim za etim obnovljajuščuju politiku KPSS, sovremennyj, leninskij podchod k nacional'nym otnošenijam."

kulturelles Hilfsprogramm enthielt⁶⁰¹, das später Pate für entsprechende Maßnahmen in der UdSSR stand.

Bezeichnenderweise war es die Ukraine, die auf dem Hintergrund der eigenen grenzüberschreitenden Minderheitenprobleme an ihre deutsche Minderheit die ersten substantiellen Zugeständnisse seit dem Zweiten Weltkrieg machte und in Transkarpatien Selbstverwaltung zugestand. Den Siedlungen Unter-Schönborn und Bansching mit je etwa 600 zumeist deutschen Einwohnern teilte die Gebietsleitung am 2. Oktober 1988 mit, dass sie mit Wirkung vom 1. Januar 1989 in zwei Nationallandsowjets umgestaltet werden sollten. Nationallandsowjets stellten die untersten Verwaltungseinheiten außerhalb von Stadtgebieten dar. Ihre Bewohner gehörten überwiegend einer nationalen Minderheit an. Die Verwaltung über einen "Buchhalter" konnte in der Sprache der Minderheit erfolgen. Gleichzeitig durfte erstmals wieder Deutschunterricht erteilt werden. Die beiden Dörfer des Bezirkes Munkač waren erst 1944 durch Annexion an die UdSSR gefallen. Zuvor gehörten sie zu Ungarn, dann zur Tschechoslowakei⁶⁰².

Am 6. Januar 1989 traf Gorbačev in Moskau mit Vertretern der sowjetischen Wissenschaft und Kultur zusammen. In Rahmen einer Grundsatzrede zum Stand und den Perspektiven der *Perestrojka* äußerte er sich auch zur Nationalitätenproblematik und distanzierte sich einmal mehr scharf von dem noch im Programm von 1986 formulierten ideologischen Ansatz der Partei, das nationale Problem sei in der UdSSR erfolgreich und endgültig gelöst:

... einer der wesentlichen Gründe dafür, dass wir heute auf viele, uns beunruhigende Erscheinungen in den zwischennationalen Beziehungen treffen, liegt darin, dass wir in einer bestimmten Etappe begannen, uns auf unseren Lorbeeren auszuruhen, in der Annahme, alle Fragen seien gelöst. Es gab sogar Vorschläge, nunmehr zur praktischen Verschmelzung der Nationen zu schreiten [pristupit' k praktičestkomu slijaniju nacij]. (...) Die *Perestrojka* hat dazu beigetragen, die Realität zu erkennen. Und dieses Wissen um die Realitäten hilft uns jetzt, für die angehäuften Probleme die richtigen Lösungswege zur Entwicklung aller Nationen und Völkerschaften unseres Landes, ihrer Wirtschaft, Sprache und Kultur zu finden.⁶⁰³

Gorbačev machte sich offenbar keine Illusionen über die existentielle Bedeutung der Nationalitätenproblematik für seine Reformpolitik: "Wir im ZK gehen davon aus, dass der Erfolg der *Perestrojka* entscheidend davon abhängt, wie die angehäuften Probleme beseitigt

⁶⁰¹ s. Anhang 8

⁶⁰² zur Geschichte und den weiteren Entwicklungen im ukrainischen Transkarpatengebiet vgl. *Freundschaft*, 5.12.90, S. 2

⁶⁰³ *Pravda*, 8.1.89

und gelöst werden ..."604 Er unterstrich seine Auffassung, dass die Angehörigen jeder neuen Generation nicht automatisch als "Internationalisten" oder "Nationalisten" geboren würden, sondern eine "politische, internationale Schule durchlaufen", einen lebendigen Erziehungsprozess, der immer im Gesichtsfeld der Führung bleiben müsse. Er gestand jeder Nation das Recht auf ihre Tradition und Kultur zu, warnte aber davor, dass einzelne Nationen ihre Eigenart verabsolutierten und sich zur "Übernation" (sverchnacija) erklärten. Dies führe zur "Abkapselung und Isolation von anderen Kulturen"605. Gorbačev kündigte erneut das Nationalitätenplenum an und für die Deutschen erfreulich, wenn es in ihrem Fall denn zu Zeiten der UdSSR umgesetzt worden wäre:

Wir können es natürlich nicht zulassen, dass sogar das kleinste Volk verschwindet, dass die Sprache sogar des kleinsten Volkes verloren geht, wir können keinen Nihilismus gegenüber der Kultur, den Traditionen, der Geschichte sowohl der großen als auch der kleinen Völker zulassen. Dies müssen wir auf dem im Sommer bevorstehenden Plenum offen sagen. Und nicht nur davon reden: Eine rechtliche Basis, den wirtschaftlichen und sozialen Ansatz zur Lösung der zwischennationalen Probleme schaffen.606

Einen Tag nach Gorbačevs Rede, am 7. Januar 1989, begegneten sich Genscher und Ševardnadze anlässlich der Konferenz zum Genfer Chemiewaffen-Protokoll in Paris zu einem zweistündigen Gespräch in der Residenz des sowjetischen Botschafters. Genscher würdigte die Entwicklung der Ausreisezahlen, fragte seinen Amtskollegen aber nicht zuletzt auch unter dem Eindruck der deutschen innenpolitischen Diskussion zur Begrenzung des Aussiedlerstroms nach befriedigenden Regelungen zur Wahrung der nationalen Identität der deutschen Minderheit in der Sowjetunion. Ševardnadze erläuterte, dass am Vortage in Moskau ein wichtiges Treffen des Generalsekretärs und der Parteiführung mit Vertretern der sowjetischen Intelligenz stattgefunden habe. Gorbačev habe eine aufschlussreiche Rede über Probleme der *Perestrojka* gehalten und auch die Nationalitätenfrage berührt. Bei dem Treffen seien interessante Gedanken über die Perspektiven der Nationalitätenfrage geäußert worden sowie Überlegungen zur Wahrung der nationalen Identität, Sprache, Kultur und des nationalen Bewusstseins. Im späten Frühjahr werde es ein Sonderplenum zur Nationalitätenfrage geben. Erforderliche Gesetze würden verabschiedet, das brauche jedoch Zeit. Die Minister verständigten sich darauf, die Thematik in der "Humanitären Arbeitsgruppe" zu vertiefen607.

604 ibid.

605 ibid.; takoj podchod vedet k zamknutosti, izoljacii ot drugich kul'tur.

606 ibid.

607 vgl. Vermerk 213-321.00 vom 9.1.89

2.2.2 Wiedererwachen des sowjetdeutschen Nationalbewusstseins und Fortsetzung der Delegationsbewegung

Im täglichen Leben blieb der immer spürbarer werdende Einfluss der *Perestrojka* auch auf die Befindlichkeit der Sowjetdeutschen nicht ohne Auswirkungen, und eine Renaissance der deutschen nationalen Bewegung bahnte sich an⁶⁰⁸. Im Gegensatz zu anderen Nationalitäten begannen die Sowjetdeutschen jedoch erst ab 1988, ihre Anliegen in bezug auf die vollständige Rehabilitierung und die Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit moderat vorzutragen. Noch Mitte des Jahres musste der sowjetdeutsche Alt-Aktivist Wormsbecher einräumen:

Bis heute, d.h. 47 Jahre lang, war es nicht ungefährlich, sich für eine Autonomie auszusprechen, zumindest wurde man als "Nationalist", als "Autonomist" und allgemein als Gegner der Völkerfreundschaft und der Sowjetmacht abgestempelt.⁶⁰⁹

Die Entwicklung wurde durch zwei reaktionäre Artikel des Schriftstellers Vil' Grigor'evič Rudin in *Kuzbass*, der Zeitung des Gebiets Kemerovo, beschleunigt, die die Deutschen in ihrem nationalen Selbstbewusstsein besonders herausforderten und sie zum Widerspruch reizten, so eine Bewertung mehr als ein Jahr später⁶¹⁰. Am 5. August 1987 erschien Rudins Artikel "Čto pomnjat o sebe nemcy?" und am 13. November 1987 als Reaktion auf die eingegangenen Leserbriefe "Čto že oni pomnjat?"⁶¹¹. Darin unternahm Rudin den Versuch einer Rechtfertigung der Maßnahmen der sowjetischen Führung 1941 gegen die Sowjetdeutschen und der Deportationen. Derartigen Anschuldigungen waren die bis dato nicht rehabilitierten Deutschen ständig ausgesetzt, darüber hinaus im Zusammenhang mit den zahlreichen Ausreisen in die Bundesrepublik Vorwürfen, Vaterlandsverräter zu sein. Rudin löste einen "kollektiven Widerstand gegen solche Ausfälle gegen die Sowjetdeutschen" aus, seine Artikel eine breite, weit über die Deutschen hinausgehende öffentliche Diskussion, die gegen die jahrelange Untätigkeit der sowjetischen Führung, das Verschweigen der Ge-

⁶⁰⁸ Zum Beginn der Autonomie-Diskussion in der sowjetdeutschen Presse s. Eisfeld, A. *Die Russlanddeutschen*. München 1992, S. 156ff

Wenn im weiteren von "den Sowjetdeutschen" die Rede ist, bleibt zu berücksichtigen, dass es keine Daten darüber gibt, inwieweit die sowjetdeutsche Bevölkerung von der Autonomiebewegung erfasst wurde oder darüber auch nur Kenntnis hatte. U.a. die geringe Anzahl und Auflage von sowjetdeutschen Zeitungen lässt darauf schließen, dass die Sowjetdeutschen in ihrer Mehrheit nicht über die sie betreffenden politischen Vorgänge und Entwicklungen auf dem laufenden waren und nur sehr wenige sich aktiv an der Arbeit der Anfang 1989 gegründeten "Wiedergeburt" beteiligten.

⁶⁰⁹ *Neues Leben*, 7.9.88, S. 9

⁶¹⁰ Vortrag des Vorsitzenden der "Wiedergeburt", Heinrich Groth, anlässlich eines "Runden Tisches" im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, 4.-6.7.89, abgedruckt in: *Neues Leben*, 26.7.89, S. 5f, S. 6

⁶¹¹ Was erinnern die Deutschen von sich? bzw. Was ist es, das sie erinnern?

schichte der Deutschen und ihrer nationalen Tragödie gerichtet war⁶¹². Andererseits nahm mit diesen Artikeln eine öffentliche Erörterung konkreter Schritte zur Verbesserung des Schicksals der Sowjetdeutschen und der Wege zur deren vollständiger Rehabilitierung ihren Ausgang.

Am 20. Januar 1988 brachte die Wochenzeitung *Neues Leben* mit einem ganzseitigen Leserbrief des russischen Studenten Oleg Krylov, der kritisch auf die beiden Artikel reagierte und die Sowjetdeutschen gegen den historischen Vorwurf des "Massenverrats" in Schutz nahm:

Die Aussiedlung der Sowjetdeutschen und die Auflösung ihrer nationalen Autonomie zählen zu den schlimmsten Erscheinungen der Stalin-Zeit. Und die Erhaltung der Muttersprache wie auch der nationalen Kultur ist bei weitem nicht "eine Sache des Gewissens jedes Einzelnen", wie Sie schreiben, sondern eine Sache des Gewissens des ganzen Sowjetvolkes, des Gewissens des Landes. Da wäre es schon besser, unsere Fehler, wengleich auch reichlich spät, aber doch einzugestehen und sie zu korrigieren, als darauf zu warten, bis sich die Sowjetdeutschen wirklich an nichts mehr werden erinnern können.

Die Autonomie der Sowjetdeutschen würde in der Tat helfen, die Fehler der Vergangenheit wieder gut zu machen, zu den Leninschen Ideen zurückzukehren. Wo und in welcher Form das geschieht, muss von den Sowjetdeutschen selbst gemeinsam mit anderen Völkern unseres Landes entschieden werden.⁶¹³

Krylov unterstrich ferner, alle Anschuldigungen gegen die Deutschen seien bereits 1964 als völlig unbegründet aufgehoben worden. Er erinnerte an Zwangsmaßnahmen der 50er Jahre, an den Beitrag der Deutschen zum Aufbau des Sowjetstaates und warnte vor russischem "Großmachtnationalismus". Ein Teil der Sowjetdeutschen sei gegen eine "Wiederherstellung der Autonomie" - im Umkehrschluss die Mehrheit offenbar dafür - weil insbesondere die ältere Generation eine erneute Deportation fürchte.

Die Redaktion rief die Leser ausdrücklich zur Fortsetzung der Diskussion auf⁶¹⁴. Diese konzentrierte sich in der Folgezeit auf die Mängel des deutschsprachigen Unterrichts, die Leiden der Deutschen unter Stalin und die generellen Möglichkeiten für die Wiederherstellung einer Autonomie. Das *Neue Leben* brachte Wünsche nach mehr autonomen Rechten zur Bewahrung und Förderung der nationalen Identität aber in moderatem Ton - die

⁶¹² Vortrag des Vorsitzenden der "Wiedergeburt", Heinrich Groth, anlässlich eines "Runden Tisches" im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, 4.-6.7.89, abgedruckt in: *Neues Leben*, 26.7.89, S. 5f, S. 6

⁶¹³ *Neues Leben*, 20.1.88; zitiert nach: *Volk auf dem Weg*, 3/1988, S. 22

⁶¹⁴ In Kuzbass wurde die Diskussion ab 19.3.88 fortgesetzt, im *Neuen Leben*, noch am 3.5.89, S. 13; das ZK der KPdSU distanzierte sich in einem Artikel des zuständigen Mitarbeiters Auman im *Neuen Leben* vom 20.12.89, S. 5 von den Äußerungen Rudins

Zentralzeitung der Deutschen erschien im *Pravda*-Verlag und hatte als Chefredakteure bis 1990 nur Russen⁶¹⁵.

In einem weiteren Artikel in diesem Sinne berichtete der Chefredakteur des *Neuen Leben*, Vladimir Černyšev, am 3. Februar 1988 von vielen Leserbriefen zur Autonomiefrage und von Beschwerden über den Mangel an Deutschunterricht. Černyšev "äußerte sich in persönlichen Erinnerungen mitfühlend und unvoreingenommen über das Geschick der Deutschen in der Sowjetunion und sprach sich dafür aus, dass Archive geöffnet und die Geschichte der Deutschen vor und nach ihrer Deportation geschrieben werden müsse."⁶¹⁶ Die April-Ausgabe von *Sowjetunion heute* brachte in diesem Sinne einen Artikel zur Deutschen Minderheit zwischen Zarenreich und Sowjetmacht, der um Objektivität bemüht war. Allerdings erschien diese Zeitschrift nur in Deutschland. Die Beschäftigung der von der offiziellen Nachrichtenagentur *Novosti* herausgegebenen Zeitschrift mit dieser Thematik lässt aber darauf schließen, dass in der sowjetischen Führung seinerzeit die Haltung zu den Sowjetdeutschen überprüft wurde.

Am 12. Mai 1988 veröffentlichte das *Neue Leben* einen Bericht von Rudolf Heinz aus Ždanov, in dem auf den Zusammenhang von Ausreisen und mangelnder nationaler Eigenständigkeit hingewiesen wurde. Der "schnell fortschreitende Verlust der Muttersprache sowie eine Beeinträchtigung der nationalen Bräuche, Traditionen und Sitten" habe "negative Erscheinungen" wie die Ausreise Sowjetdeutscher hervorgerufen, "die als Grund dafür oft ihre Unzufriedenheit mit der Situation um die Muttersprache und ihre nationale Kultur angeben". Obgleich "die Masse der Sowjetdeutschen" diejenigen, "die ihre Heimat verlassen, verurteilen", müsse "dieser Tatsache doch Rechnung getragen werden". Die Sowjetdeutschen verstünden nicht, "warum andere, zahlenmäßig kleinere Völker der UdSSR wie etwa die Mordwinen (1,3 Millionen) oder die Udmurten (0,7 Millionen) Autonomie hätten, die fast zwei Millionen Sowjetdeutschen aber nicht"⁶¹⁷.

Auf diesem Hintergrund begannen die Deutschen, ihre Anliegen wie schon 1965 in Moskau mit Delegationen vorzubringen⁶¹⁸. Eine Initiative von 14 Personen unter der Führung von

⁶¹⁵ Das Neue Leben, das im *Pravda*-Verlag erschien und auch mehrheitlich von Russen gemacht wurde, musste sich auch in der Perestrojka mit seiner Kritik zurückhalten. Dementsprechend forderte die "Wiedergeburt" die Ablösung der Leitung des *Neuen Leben*, "da sie eine aktive Position der Zeitung in der Perestrojka nicht gewährleistet", in der Resolution der 2. Konferenz der "Wiedergeburt" (Punkt 5 Abs.1 der Resolution. Beim Abdruck in der *Freundschaft* vom 14.2.90, S. 2, ist dieser Passus allerdings der Zensur zum Opfer gefallen. Er findet sich allerdings in der Version, die der deutschen Übersetzung im *Osteuropa-Archiv* 40 (1990), S. A 513-16 zugrunde liegt, vgl. S. A 515)

⁶¹⁶ *Süddeutsche Zeitung*, 4.2.88; vgl. auch FAZ vom 4.2.88

⁶¹⁷ *Neues Leben*, 12.5.88; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen* vom 13.5.88, S. 36

⁶¹⁸ Maschinengeschriebene Berichte sowie Listen der Teilnehmer der 4. und 5. Delegation sind beim Verfasser erhältlich

Ivan Ivanovič Kronewald (Kroneval'd), die sich ganz in Anknüpfung an die beiden Delegationen von 1965 "Dritte Delegation der Sowjetdeutschen" getauft hatte, wurde am 14. April 1988 in der Unterabteilung für zwischennationale Beziehungen des ZK der KPdSU von V.A. Auman empfangen, der einen Monat zuvor aus dem ZK der KP Kasachstans als "Instruktor für zwischennationale Beziehungen" dorthin versetzt worden war. Die Gruppe übergab eine Petition an Generalsekretär Gorbačev mit der Bitte, im Juli eine deutsche Delegation zu empfangen. Diese Bittschrift blieb jedoch ohne Antwort. Bevor die "Dritte Delegation" Moskau wieder verließ, bestimmte sie ein neunköpfiges Koordinationskomitee zur Vorbereitung der weiteren Arbeit. Zum Sekretär und faktischen Vertreter Kronewalds in dieser kleinen Arbeitsgruppe wurde Heinrich Groth, Jahrgang 1951 und promovierter Biologe aus Berdjansk/Ukraine gewählt, später wohl der bekannteste Interessenvertreter der sowjetdeutschen Minderheit⁶¹⁹.

Die "Vierte Delegation" bestand bereits aus 56 Teilnehmern aus den wichtigsten Siedlungsgebieten der Deutschen. Sie hielt sich vom 11. Juli bis zum 5. August 1988 in Moskau auf, verfasste auf 15 Sitzungen 33 Dokumente, die der politischen Führung des Landes übersandt und im ZK übergeben wurden⁶²⁰. Die Delegation erreichte am 14. Juli 1988 ein Treffen mit dem deutschstämmigen Vorsitzenden des Nationalitätensowjets der UdSSR, Avgust Eduardovič Voss. Es war seit 1965 das erste Mal, dass ein höheres Mitglied der Staats- und Parteiführung mit Vertretern der Sowjetdeutschen zusammentraf. Voss riet den Deutschen aber ganz wie 23 Jahre zuvor Mikojan, sich friedlich nach Hause zu begeben. Die deutsche Frage "werde im Zusammenhang mit den nationalen Problemen gelöst"⁶²¹.

Im weiteren kam es zu Gesprächen mit V.I. Kolesnikov, einem leitenden Mitarbeiter im Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR, im ZK mit dem späteren Präsidentenberater A.A. Sazonov sowie im Institut für Marxismus-Leninismus und mit Journalisten einer Reihe von Zentralzeitungen⁶²². Darüber hinaus traf die Delegation mit zwei deutschstämmigen Abgeordneten des Obersten Sowjets zusammen, Andrej G. Braun, Erster Sekretär des Oblast' Celinograd, sowie mit Natalja V. Gellert, Mitglied des ZK der KPdSU. Frau Gellert, der eine Dokumentation zur Lage der Deutschen übergeben wurde, versprach, die Anliegen der

⁶¹⁹ *Nemeckaja Gazeta*, 21.12.91, S. 1; dort ist auch eine Teilnehmerliste abgedruckt

⁶²⁰ *Neues Leben*, 26.7.89, S. 6

⁶²¹ *Echo planety*, Nr. 8 (99), 17.-23.2.90, Aleksej Grigor'ev, "V poiskach utračennoj rodiny", S. 25-33, S. 28: "nemeckij vopros 'budet rešat'sja v komplekse nacional'nych problem"; Grigor'ev polemisiert dagegen, dass in der UdSSR alle nationalen Fragen nur "v komplekse" entschieden werden. Dies höre man täglich, und eine Entscheidung sei "trauriger" als die andere.

Freundschaft, 11.10.89, S. 2 zitiert Voss: "Vaš vopros budet rešat'sja v komplekse nacional'nych problem na Plenum CK KPSS. A poka davajte-ka raz"ezžajtes' spokojno ..."

⁶²² Ein Stenogramm der Begegnung veröffentlicht: *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 232-239
Trud, Izvestija, Komsomol'skaja Pravda, Literaturnaja Gazeta, Družba narodov, Ogonek

Deutschen auf dem bevorstehenden ZK-Plenum zur Nationalitätenpolitik zur Sprache zu bringen⁶²³.

Aus der Mitte der Delegation wurde ein 39-köpfiges "Koordinationszentrum zur Unterstützung der Regierung der UdSSR bei der Wiederherstellung der ASSR der Wolgadeutschen" gebildet⁶²⁴. Vorsitzender wurde wiederum Kronewald, Vertreter Groth und Robert Korn.

In einem Abschlussgespräch beim stellvertretenden Abteilungsleiter des ZK für zwischennationale Beziehungen, V.A. Michajlov, übergab die Delegation einen Brief an Gorbačev und eine Reihe von Unterlagen "v adres rukovodstva strany"⁶²⁵. In dem Schreiben führten die Deutschen Klage darüber, dass Gorbačev sie bislang nicht empfangen habe und die Probleme der Deutschen seit dem Ende der Stalin-Zeit einer Lösung harren. Die Deutschen versicherten in dem Brief des weiteren, dass sie die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer Anliegen aber entschlossen ablehnten⁶²⁶. Michajlov erklärte den Delegierten, infolge ihres Insistierens sei die sowjetdeutsche Problematik Generalsekretär Gorbačev und den ZK-Sekretären zur Kenntnis gegeben worden. Gorbačev habe alle Mitglieder des Politbüros angewiesen, Lösungsvorschläge zu unterbreiten⁶²⁷. Michajlov gab seiner "vollsten Überzeugung Ausdruck", dass in Kürze die Zentralpresse mit der Publikation von Materialien zur Vorbereitung der öffentlichen Meinung beginnen werde. Groth unterstrich, die Delegation habe bei ihren vielen Gesprächen Verständnis für die Anliegen der Deutschen sowie Bereitschaft zur Lösung von deren Problemen gefunden. Die Deutschen würden sich vorbehalten, am Vorabend des Nationalitätenplenums erneut in Moskau vorstellig zu werden. Über ihre Gespräche fertigte die Delegation Protokolle an, die ins

⁶²³ Einfeld, "jüngste Entwicklung", S. 20; Frau Gellert sprach im Mai 1989 anlässlich der Tagung der Ideologiekommision zur sowjetdeutschen Frage und erneut im September 1989 auf dem Nationalitätenplenum
⁶²⁴ Koordinacionnyj centr sovetskich nemcev po sodejstviju Pravitel'stvu SSSR v postanovlenii ASSR nemcev Povolž'ja; Mitgliederliste vom 16.7.88 liegt dem Verfasser vor

⁶²⁵ - Kak my predstavljajem vosstanovlenie ASSR nemcev Povolž'ja
 - O sostojanii nacional'noj kul'tury sovetskich nemcev
 - O rabote nemeckogo dramatičeskogo teatra
 - O povyšenii v uslovijach perestrojki effektivnosti periodičeskoj pečati sovetskich nemcev, radio i teleperedatč, ob izdanii knig nemeckoj sovetskoj literatury
 - O položenii, složivšemsja s prepodavaniiem nemeckogo jazyka kak rodnogo i ego perspektivach
 - Nekotorye dannye o položenii v sel'skom chozjajstve Saratovskoj oblasti

Quelle: Itogi raboty IV delegacii sovetsko-nemeckogo naroda, prebyvavšej v Moskve s 11 ijulja po 5 avgusta po voprosu vosstanovlenija ASSR nemcev Povolž'ja, Moskau 5.8.88, S. 2; Text liegt dem Verfasser vor
⁶²⁶ rešitel'no otvergajuščie ekstremistskie dejstvija; General'nomu sekretarju CK KPSS tov. Gorbačevu M.S. Ot četvertoj delegacii sovetsko-nemeckogo naroda, prebyvajuščej v Moskve po voprosu vosstanovlenija ASSR nemcev Povolž'ja, Moskau 4.8.88, S. 2; Text liegt dem Verfasser vor

⁶²⁷ Im Bericht heisst es: "Tov. Michajlov V.A. zaveril delegatov v tom, čto kompleks problem svjazannyj s sovetskimi nemcami, blagodarja nastojčivosti delegacii doveden do svedenija M.S. Gorbačeva i sekretarej ZK KPSS, čto tov. Gorbačev M.S. poručil členam Politbjuro ZK KPSS dat' svoi predloženiya po zatronutoj probleme." Quelle: Itogi raboty IV delegacii sovetsko-nemeckogo naroda, prebyvavšej v Moskve s 11 ijulja po 5 avgusta po voprosu vosstanovlenija ASSR nemcev Povolž'ja, Moskau 5.8.88, S. 2f; Text liegt dem Verfasser vor

ganze Land verschickt wurden⁶²⁸. Die "Fünfte Delegation" reiste dann im Oktober 1988 nach Moskau. Unmittelbar vor dem Nationalitätenplenum kam es zu einer Begegnung der sowjetdeutschen Vertreter mit Angehörigen der sowjetischen Führung.

Tatsächlich fand die Deutschen-Problematik in der zentralen sowjetischen Presse in den Folgemonaten ihren Niederschlag. Die Zeitschrift *Nedelja* brach in ihrer Mai/Juni-Ausgabe ein Tabu. Erstmals konnte Hugo Wormsbecher, seit 1981 Herausgeber des deutschen literarischen Almanachs *Heimatliche Weiten*, veröffentlichen, dass infolge der Deportationen abertausende Deutsche umgekommen waren. An einem Einzelschicksal beschrieb er exemplarisch Deportation und fortdauernde Diskriminierung nach dem Kriege⁶²⁹.

Am 7. August 1988 begann das staatliche Fernsehen der kasachischen Hauptstadt Alma Ata mit der Aussendung eines Programms in deutscher Sprache. In einer Fernsehdiskussion zum Auftakt wurden als Themen für künftige Sendungen die "Geschichte der Sowjetdeutschen" und deren Beteiligung am "Großen Vaterländischen Krieg und ihr Arbeitseinsatz in der Arbeitsarmee" vorgeschlagen. Darüber hinaus dürften "der muttersprachliche Deutschunterricht in Schulen und Kindergärten sowie Kultur und Sport nicht außer acht gelassen" werden⁶³⁰.

Die *Pravda* publizierte am 16. August 1988 Gedichte von deutschstämmigen Autoren mit einem freundlichen Kommentar zu den Deutschen. In *Ogonek* Nr. 32 (6.-13.8.88) kam Eduard Ferdinandovič Eirich (Ajrich), ein bekannter Trainer aus Alma Ata und späteres Mitglied des Koordinationszentrums der "Wiedergeburt", zu Wort, und beklagte sich bitter über die Behandlung der Deutschen, die 1941 aller kulturellen Rechte beraubt worden seien und bis in die Gegenwart schwer diskriminiert würden.

Wenig später, am 29. August 1988, brachte das 1. Programm des zentralen sowjetischen Fernsehens eine einstündige Sendung von D. Birjukov unter dem Titel "Über ehemalige sowjetische Staatsangehörige deutscher Volkszugehörigkeit, die zur ständigen Wohnsitznahme in die Bundesrepublik Deutschland ausgereist sind". Am Titel vorbei wurde aber primär gegen die "Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V." polemisiert, indem der Autor aktuelle Interviews mit Bildern von Hitler und der NS-Zeit mischte. Drei Russlanddeutsche wurden zum eigentlichen Thema befragt, ein Ehepaar und ein mit dem Rücken zur Kamera sitzender Familienvater, die sich über Heimweh und mangelnde menschliche Wärme in Deutschland beklagten.

⁶²⁸ *Nemeckaja Gazeta*, 21.12.91, S. 1; maschinengeschriebene Berichte sowie Listen der Teilnehmer der 4. und 5. Delegation sind beim Verfasser erhältlich

⁶²⁹ *Nedelja*, 5/6 1988; vgl. auch *Der Nordschleswiger*, 16.6.88

⁶³⁰ *Neues Leben*, 10.8.88; *BPA-Ostinformationen* vom 11.8.88, S. 5, nach dpa/10.8.88/1523

Am 7. September 1988 erschien im *Neuen Leben* ein besonders umfangreicher, zweiseitiger Artikel von Hugo Wormsbecher unter dem Titel "Die Sowjetdeutschen: Probleme und Hoffnungen". In deutscher Sprache schilderte Wormsbecher nicht nur das schwere Schicksal der Deutschen nach 1941, sondern versuchte gleichzeitig eine auch ideologisch begründete Rehabilitierung der Deutschen und eine Skizze der Perspektiven und Probleme einer Wiederherstellung der Autonomen Wolgarepublik. Dabei ist bemerkenswert, dass Wormsbecher nach mehr als drei Jahren *Perestrojka* den Glauben an die Überzeugungskraft früherer ideologischer Konstanten nicht verloren hatte. Er wies allerdings die Behauptung der Sowjetführung von 1941 zurück, die Sowjetdeutschen seien wie andere Deutsche zu Kriegsbeginn eine "fünfte Kolonne" der Nationalsozialisten gewesen:

Die Analogie war hier jedoch fehl am Platze, da die Deutschen in den anderen Ländern (Frankreich, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien u.a.) Bürger kapitalistischer Staaten waren, keine einheitliche Klassenstruktur aufwiesen und ihre Weltanschauung von der bürgerlichen Erziehung geprägt war. (...) Die Sowjetdeutschen bildeten eines der sowjetischen Völker, sie waren Arbeiter und Bauern, die die Sowjetmacht vom Joch des Zarismus und der Bourgeoisie befreit, denen sie Staatlichkeit verliehen und ein rasches Aufblühen von Kultur und Bildung ermöglicht hatte. Das waren Menschen, deren Väter im Bürgerkrieg für die Sowjetmacht, ihre ureigenste Macht, ihr Leben gelassen hatten ...⁶³¹

Eisfeld weist darauf hin, dass nach Abreise der "Vierten Delegation" das *Neue Leben* vom 30. August 1988 als erste und einzige Zeitung den russischen Wortlaut des Rehabilitierungsdekrets vom 29. August 1964 veröffentlichen durfte. Ab dem 3. September 1988 konnte die *Freundschaft* regelmäßig eine russischsprachige Beilage bringen, *Neues Leben* begann am 14. September 1988, Beiträge in russischer Sprache zu veröffentlichen. Eisfeld unterstreicht, dass die Artikel "Die bitteren Äpfel von 1941" in *Sel'skaja Žizn'* vom 6. September 1988 sowie "Das Gefühl, zu Hause zu sein" in *Komsomol'skaja Pravda* vom 30. September 1988 "die Diskussion der Problematik der Deutschen in der Sowjetunion belebt"⁶³² haben.

Die "Fünfte Delegation" der Sowjetdeutschen, inzwischen 106⁶³³ Personen aus allen Siedlungsgebieten, versammelte sich während des außerordentlichen ZK-Plenums und der Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR vom 3.-5. Oktober 1988 in Moskau⁶³⁴, unmittelbar

⁶³¹ *Neues Leben*, 7.9.88, S. 8f, S. 8

⁶³² Eisfeld, "jüngste Entwicklung", S. 21f

⁶³³ *ibid.* S. 22

⁶³⁴ Resonanz in *Neues Leben*, 26.7.89, S. 6, *Volk auf dem Weg*, 12/1988, S. 3; *Nemeckaja Gazeta*, 21.12.91, S. 1

vor dem Besuch von Bundeskanzler Kohl. In voller Stärke begab sich die Delegation am ersten Tag in die "Priemnaja" des ZK der KPdSU und übergab deren Leiter, A.V. Krygin, eine Petition an Gorbačev, in der die Wiederherstellung der Wolgarepublik gefordert wurde⁶³⁵. Am folgenden Tag erschien die Delegation vereinbarungsgemäß erneut, um von Krygin einen Zwischenbescheid zu erhalten. Die erfuhr, dass eine von zwei ZK-Sekretären unterschriebene Vorlage über die Wiederherstellung der Autonomie dem Politbüro vorgelegt worden sei. Zur Einstimmung der Öffentlichkeit auf die Lösung dieser Frage werde die Presse eine Reihe von Veröffentlichungen vornehmen. Nach einer Diskussion der Wiederherstellung der Autonomie werde eine Kommission eingesetzt, der auch Vertreter der Sowjetdeutschen angehören. Es sei nicht auszuschließen, dass die Entscheidung noch bis zum ZK-Plenum über zwischennationale Beziehungen falle, d.h. in allernächster Zeit. Krygin warnte jedoch, dass sich jede "unüberlegte Handlung seitens der Sowjetdeutschen" nur erschwerend auf die Vorbereitung dieser Entscheidung auswirke⁶³⁶.

Am selben 4. Oktober 1988 übergab die ganze Delegation im Präsidium des Obersten Sowjets ein Schreiben mit der Bitte um Zulassung einer UdSSR-weiten Organisation der Sowjetdeutschen, die "Wiedergeburt" (Vozroždenie) heißen sollte⁶³⁷. Als Vorsitzender sei Heinrich Groth vorgesehen, hieß es in Vorgesprächen in der Deutschen Botschaft in Hinblick auf den bevorstehenden Kanzlerbesuch⁶³⁸. Damit beschränkten die Deutschen einen Weg der Emanzipation, der auf Legalität und Kooperation mit den Behörden und nicht auf Konflikt beruhte. Groth betonte später die "Organisiertheit, die strenge Beachtung von Disziplin und Ordnung" der Delegation, die im Gegensatz zu den Folgejahren noch "keine kategorischen Positionen einnahm, keinerlei Forderungen extremer Art erhob"⁶³⁹.

Die Delegation wählte noch in Moskau ein neue Führung ihres "Koordinationszentrums der Sowjetdeutschen". Vorsitzender wurde der Leiter der Delegation, Groth, Vertreter Robert Korn und Jurij Haar (Gaar). Der Moskauer Altaktivist Hugo Wormsbecher hatte sich der "Fünften Delegation" angeschlossen und wurde als Sekretär ins Koordinationszentrum gewählt.

Mit der Auskunft des ZK stellten sich die Perspektiven zur Verbesserung der Lage der Deutschen außerordentlich positiv dar. Gegenüber der Deutschen Botschaft hieß es, die Stimmung der Delegation sei "zuversichtlich"⁶⁴⁰. Die sowjetische Führung war offenbar

⁶³⁵ O vosstanovlenii Nemeckoj Avtonomnoj Sovetskoj Socialističeskoj Respubliki na Volge

⁶³⁶ Pjataja delegacija sovetskich nemcev po voprosu o vosstanovlenii Nemeckoj avtonomnoj respubliki na Volge. Informacionnaja spravka. o.D. Text liegt dem Verfasser vor.

⁶³⁷ Bereits im Herbst 1987 war dem Präsidium des Obersten Sowjets seitens der Autonomiebewegung ein Entwurf einer Satzung für eine Allunionsgesellschaft der Sowjetdeutschen zur Genehmigung vorgelegt worden; vgl. Eisfeld, "jüngste Entwicklung", S. 25

⁶³⁸ Bericht der Deutschen Botschaft Moskau Nr. 3401 vom 12.10.88, Pol 320.10

⁶³⁹ *Neues Leben*, 26.7.89, S. 6

⁶⁴⁰ Bericht der Deutschen Botschaft Moskau Nr. 3401 vom 12.10.88, Pol 320.10

gegen Ende 1988 nicht nur bereit und guten Willens, auf die Forderungen der Deutschen schnell einzugehen, sondern auch der Überzeugung, diese tatsächlich umsetzen zu können. Im Rückblick muss dies als ein Hinweis darauf interpretiert werden, mit wie viel Optimismus und Elan die sowjetische Führung mit dem Erbe Stalins aufräumen wollte, wie wenig richtig sie aber die Sprengkraft der Nationalitätenproblematik und ihren eigenen Handlungsspielraum einschätzte. Dies verwundert im Rückblick um so mehr, als zu diesem Zeitpunkt der Problembereich Nationalitätenpolitik in der Tendenz bereits außer Kontrolle geraten war.

Nach dem Auftreten der "Fünften Delegation" verstärkten sich die Anstrengungen der sowjetischen Führung "zur Bildung der Meinung der sowjetischen Menschen in dieser Frage"⁶⁴¹. Die zentralen russischsprachigen Zeitungen setzten die Bemühungen des Sommers intensiv fort, das Schicksal der Sowjetdeutschen und die damit verbundene nationale Problematik zu beleuchten. Den Auftakt bildete am 4. November 1988 ein *Pravda*-Artikel, der weitere Bewegung in die innersowjetische Diskussion um die Deutschen brachte. Gemeinsam schrieben der für die Deutschen zuständige ZK-Mitarbeiter Auman und der Chefredakteur des *Neuen Leben*, V. Černyšev, eine historisch, politisch und kulturell relativ ausgewogene und im Grundsatz positive Bewertung des sowjetdeutschen Einflusses auf die Entwicklung in der Sowjetunion. Der Artikel klärte zunächst einmal über Identität und Geschichte der Deutschen auf: "Es kommt beispielsweise vor, dass sie für ehemalige Kriegsgefangene oder für Einwanderer gehalten werden. Diese Unwissenheit führt zu Vorurteilen."⁶⁴²

Die beiden Autoren schilderten die Teilnahme von Deutschen an der Revolution und übten Kritik an den Repressionen unter Stalin:

Der Personenkult Stalins und die damit verbundenen Verstöße gegen die sozialistische Gesetzmäßigkeit hatten auch für die deutschstämmige Bevölkerung vernichtende Folgen. Im Klima von zunehmendem Argwohn und Spionageangst wurden noch vor dem Krieg die nationalen Bezirke ohne Begründung aufgelöst, die Deutsche Zentralzeitung, die seit 1926 in Moskau erschien, verboten und der Unterricht in deutscher Sprache in allen Regionen außer in der Autonomen Republik der Wolgadeutschen abgeschafft.⁶⁴³

Zum Kriegsbeginn vermerkten Auman und Černyšev:

⁶⁴¹ *Neues Leben*, 26.7.89, S. 6

⁶⁴² *Pravda* (deutsch), 4.11.88, S. 10

⁶⁴³ *ibid.*

Der Überfall des faschistischen Deutschland auf die Sowjetunion einte das ganze Land zu einem einzigen, geschlossenen Kampflager. Und seit dem 22. Juni 1941, an dem der Große Vaterländische Krieg begann, waren auch die Sowjetdeutschen unter den Verteidigern ihrer sozialistischen Heimat. Die Annahme der Hitlerdeutschen, es werde ihnen gelingen, die deutsche nationale Minderheit zu ihrer Fünften Kolonne zu machen, sollte sich als verfehlt erweisen.⁶⁴⁴

Sie widersprachen damit der früheren offiziellen Lesart von der Schuld der Sowjetdeutschen an ihrem Schicksal 1941, die mangels Aufklärung auch 1988 noch die Köpfe der Sowjetbürger beherrschte. Die Umsiedlung der Deutschen wurde zwar kritisiert, die Autoren wollten aber die Deportationen offenbar nicht beim Namen nennen. Im Gegenteil, sie machten sogar den Versuch, sie zu rechtfertigen und ließen den Tod von Hunderttausenden unerwähnt:

In den ersten Kriegsmonaten entwickelte sich die Lage an der Front für unsere Streitkräfte extrem ungünstig. (...) Verständlich, dass in dieser Lage außerordentliche Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit des Hinterlandes ergriffen wurden. Zu diesen Maßnahmen gehörte die Aussiedlung der Deutschen aus dem europäischen Teil der UdSSR. Dies war allerdings keine Evakuierung, sondern eine Aussiedlung unter dem falschen Vorwand, die Wolgadeutschen hätten mit dem Feind kollaboriert. Viele Tausende von ihnen wurden ohne Gerichtsurteil in den östlichen Teil des Landes verpflanzt oder aber hinter Stacheldraht gesteckt. Die Autonome Republik der Wolgadeutschen hörte auf zu existieren.⁶⁴⁵

Zur Wiederherstellung eines autonomen deutschen Territoriums hieß es, "die diesbezüglichen Vorschläge über die Wiedererrichtung einer eigenen Staatsstruktur für die Sowjetdeutschen werden gegenwärtig von den Partei- und Staatsorganen auf lokaler und nationaler Ebene untersucht."⁶⁴⁶ Auch die Auswanderungsbewegung beleuchteten beide Autoren - allerdings aus ideologischem Blickwinkel im Stil der ersten Hälfte der 80er Jahre:

Einige Sowjetdeutsche wandern in die BRD aus. Die Massenmedien versuchen im Westen den Eindruck zu erwecken, dass dies "spontan" geschehe und in keinem Zusammenhang mit den Propagandazentren des Westens stehe, was jedoch nicht den Tatsachen entspricht.⁶⁴⁷

So erfreulich das Erscheinen des Artikels war, zeigte der Tenor jedoch sehr deutlich, dass in einigen wesentlichen Bereichen Tabus unverändert fortbestanden. Eine solche "Teilrehabilitierung" in der Presse war deshalb kaum geeignet, bei den Deutschen die Basis

⁶⁴⁴ ibid.

⁶⁴⁵ ibid.

⁶⁴⁶ ibid.

⁶⁴⁷ ibid.

für Vertrauen in ihren Staat zu schaffen und damit die Grundlage für ein Verbleiben in der Sowjetunion. Dennoch muss anerkannt werden, dass den Deutschen bis dahin in keinem offiziellen sowjetischen Presseorgan eine Würdigung solchen Umfangs gewidmet worden war. Besonderes Gewicht erhielt der Artikel zudem durch die Autorenschaft des zuständigen ZK-Mitarbeiters.

Am 10. März 1989 knüpfte die *Pravda* an ihren Artikel vom 4. November des Vorjahres an und veröffentlichte einige der vielen hundert Leserbriefe. Die *Pravda* vermerkte in einem vorsichtig formulierten einleitenden Teil, dass die öffentliche Rehabilitierung der Deutschen noch ausstehe und sich dies negativ auf die Befriedigung der nationalen Bedürfnisse der Deutschen auswirke. Sie verwies im übrigen auf das bevorstehende Nationalitäten-Plenum des ZK, das die Thematik behandeln werde⁶⁴⁸. Die *Pravda* trug mit ihrem weiteren positiven Artikel zur moralischen Wiedergutmachung an den Deutschen bei.

Als prominentester Leserbriefschreiber forderte Akademie-Mitglied D. Lichačev, der Vorsitzende des Sowjetischen Kulturfonds,

jetzt muss alles getan werden, um unseren deutschen Mitbürgern bei der Wiederherstellung ihrer Eigenstaatlichkeit zu helfen, der sie in einer Epoche beraubt wurden, als ganze Völker zu 'Volksfeinden' erklärt wurden.⁶⁴⁹

Lichačev hob mit einer beeindruckenden Liste von Namen den bedeutenden Beitrag der Deutschen zur russischen Kultur hervor. Die weiteren Briefe drückten Betroffenheit über das Schicksal der Deutschen aus und Interesse an einer bislang unbekanntem Seite der sowjetischen Geschichte.

Ein weiterer aufsehenerregender, umfangreicher Artikel erschien in der Novemberausgabe von *Znamja*⁶⁵⁰. Hugo Wormsbecher veröffentlichte unter dem Titel "Nemcy v SSSR" ein Plädoyer für die Rehabilitierung der deutschen Bevölkerung. Wie im Artikel von Auman und Černyšev zeichnete Wormsbecher ausführlich die Geschichte der Deutschen vor dem 2. Weltkrieg und in den Folgejahren nach und zitierte die Erlasse, die die Deutschen schrittweise rehabilitierten, wobei der des Jahres 1972 unerwähnt blieb. Dies lässt darauf schließen, dass auch sowjetischen Experten dessen Existenz Ende 1988 noch nicht bekannt

⁶⁴⁸ *Pravda*, 10.3.89, S. 4

Ne dovedennaja do konca publičnaja reabilitacija celogo naroda otricatel'no povlijala na uroven' udovletvorenija ego nacional'nych zaprosov, razvitija rodnogo jazyka, kul'tury. Pri podgotovke k Plenumu CK KPSS po problemam mežnacional'nych otnošenij vstajut i eti voprosy, trebujuščie svoego rešenija sovmeštnymi usilijami vsego našego obščestva.

⁶⁴⁹ Sejčas nužno sdelat' vse vozmožnoe, čtoby pomoč' našim sootečestvennikam-nemcam vnov' vossozdat' svoju gosudarstvennost', kotoroj oni lišilis' v epochu, kogda celye narody ob"javili 'vragami naroda'.

⁶⁵⁰ *Znamja* 11/1988, S. 193-203

war. Die Tatsache, dass die Deportationen unter der deutschen Bevölkerung immense Opfer forderten, wurde auch in diesem Artikel verschwiegen. Zumindest aber wurden die Deportationen als solche beim Namen genannt⁶⁵¹ und Einzelheiten zu den Umständen genannt. Im einzelnen ging Wormsbecher auf die hohe Sterblichkeit unter den "Trudarmisten" ein, den im Kriege zu Zwangsarbeit herangezogenen Sowjetdeutschen. Wormsbecher schilderte darüber hinaus die aktuellen Probleme der Deutschen als Ursache für die Emigration und unterstrich, dass die "erdrückende Mehrheit der Deutschen für die Wiederherstellung der Autonomie eintritt"⁶⁵². Abschließend betonte er optimistisch, für die Wiederherstellung der Gerechtigkeit sei es nie zu spät.

Eisfeld weist darauf hin, dass *Družba narodov* 11/1988 unter dem Titel "Was erwarten die Wolgadeutschen?" einen Beitrag von Robert Weber brachte⁶⁵³.

Komsomol'skaja Pravda widmete den Sowjetdeutschen am 28. Dezember 1988 einen halbseitigen Artikel, eine Co-Produktion von A. Lapin, einem Mitarbeiter der *Komsomol'skaja Pravda*, und A. Frank von der *Freundschaft*. Neben einem Teil zur Geschichte der Deutschen und ihren historischen Leistungen vor und nach der Revolution stand das Schicksal einer in die Sowjetunion zurückgekehrten Aussiedlerin im Vordergrund des Artikels, der ganz offensichtlich durch den weiterhin ungebremsst wachsenden Aussiedlerstrom motiviert war. Anders als in früheren Fällen wurde diese Thematik nicht zum Anlass für Polemik genommen, sondern eigene sowjetische Fehler eingeräumt. Mit einem Zitat von Konstantin Ehrlich, dem Chefredakteur der *Freundschaft*, wurde die Emigration als "eigene Form des Protestes"⁶⁵⁴ der Deutschen gewertet, die bereits seit vielen Jahren ihre Sprache, Kultur und Bräuche verlieren würden. Als Motiv der Aussiedler fand zum ersten Mal der Wunsch Erwähnung, sich in Deutschland als Deutscher fühlen zu können.

Die Lage der Aussiedler in Deutschland beschrieben beide Autoren in Zitaten u.a. aus dem *Spiegel* weitgehend den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechend und stellten dem die (wenigen in den 70er und Anfang der 80er Jahre vom ZK initiierten) Maßnahmen gegenüber, die bereits ergriffen wurden, um die Situation der Deutschen innerhalb der Sowjetunion zu verbessern. Die Autoren riefen die Deutschen zum Bleiben auf. Jakob Fischer (Fišer), der stellvertretende Direktor des deutschen Theaters in Kasachstan, kam mit dem schon von Wormsbecher bekannten *credo* zu Wort:

⁶⁵¹ nasil'stvennoe pereselenie, S. 194

⁶⁵² ibid. S. 201

⁶⁵³ Eisfeld, "jüngste Entwicklung", S. 22

⁶⁵⁴ svoeobraznaja forma protesta; *Komsomol'skaja Pravda*, 28.12.88, S. 4

Wir sind der Ansicht, dass es nie zu spät ist, die Gerechtigkeit wiederherzustellen. Und daher haben wir ein Koordinationszentrum der Sowjetdeutschen zur Unterstützung der Regierung der UdSSR bei der Wiederherstellung der ASSR der Wolgadeutschen gegründet. Das Zentrum besteht aus Vertretern aller Regionen des Landes, in denen Sowjetdeutsche leben.⁶⁵⁵

Die sowjetische Öffentlichkeit erfuhr damit erstmals von der Existenz einer sowjetdeutschen Organisation.

Am 3. Februar 1989 ging auch die *Izvestija* in positiver Weise auf die Ausreise-Thematik ein. Andrej Schelenberg (Šelenberg) aus Novopavlovka/Kirgisische SSR beklagte sich in einem Leserbrief ("Warum ich ausreise") über seine Diskriminierung in der Sowjetunion: "Ich werde nie völlig gleichberechtigt in unserer Gesellschaft."⁶⁵⁶ Den Brief nahm Al'bert Plutnik zum Anlass für eine halbseitige Entgegnung und für Kritik an der sowjetischen Gesellschaft und Politik. Plutnik wies Vorwürfe an die Deutschen zurück, sie verließen das Land, um Privilegien oder Reichtum zu erwerben. Es ginge ihnen vielmehr um die "Möglichkeit, nicht schlechter als andere"⁶⁵⁷ gestellt zu sein. Der Autor des Artikels äußerte die Hoffnung, dass sich im Zuge der Diskussionen um die neue sowjetische Verfassung langfristig etwas zum Besseren wenden werde⁶⁵⁸ und schloss, Šelenbergs Äußerung, er werde nie gleichberechtigt sein, zitierend, auf einer optimistischen Note, nämlich hinsichtlich des "nie":

Učityvaja novye tendencii našego razvitija, ja by posovetoval avtoru isključit' iz etogo prognoza fatal'nuju notu, kotoraja slyšna v slove "nikogda".

Auch Lokalzeitungen interessierten sich nun für die Thematik. Im unionsweiten Rundfunk und in der örtlichen Presse wurden Interviews mit Vertretern des Koordinationszentrums verbreitet, das zunehmend in die Rolle einer unionsweiten Interessenvertretung der Deutschen hineinwuchs. Die sowjetdeutschen Zeitungen - ebenso die zentralen und lokalen russischsprachigen Presseorgane - verzeichneten einen starken Anstieg der Anzahl von Leserbriefen von Sowjetdeutschen und Angehörigen anderer Nationalitäten⁶⁵⁹.

Die eindeutige Trendwende in der Berichterstattung zur deutschen Minderheit seit Mitte 1987 und die Tatsache, dass brisante Themen dieser Art überhaupt zur Diskussion zugelassen wurden, lassen vermuten, dass die sowjetische Regierung einer Wiederbelebung

⁶⁵⁵ ibid. S. 4

⁶⁵⁶ *Izvestija*, 3.2.89 "Počemu ja uežžaju"; "Delo v tom, što ja nikogda ne stanu do konca ravnopravnym v našem obščestve."

⁶⁵⁷ vozmožnosti byt' ne chuže drugich

⁶⁵⁸ Nado ponimat': za nedelja, za mesjac i daže za god nevozmožno navesti porjadok tam, gde tak dolgo gospodstvoval chaos.

⁶⁵⁹ vgl. *Neues Leben*, 26.7.89, S. 6

der kulturellen Eigenständigkeit der Deutschen positiv gegenüberstand und "von oben" in alter Tradition offenbar der Versuch unternommen wurde, den massiven Ausreisebestrebungen entgegenzuwirken. Öffentliche Stellungnahmen auf politischer Ebene blieben aber aus, die sowjetische Führung hüllte sich über ihre Absichten in Schweigen⁶⁶⁰. Es begann jedoch der eigentliche Prozess des "Aufwachens des sowjetdeutschen Volks aus dem Zustand des ein halbes Jahrhundert dauernden 'schützenden Schlafes' [zaščitnoj spjački], der Prozess des stürmischen Wachstums des nationalen Selbstbewusstseins"⁶⁶¹, wie Groth diese Zeit des nationalen Aufbruchs der Deutschen, des Beginns der kontroversen Diskussionen über die Lösung der Probleme der Sowjetdeutschen, ein Jahr später in einem Vortrag im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU beschrieb.

In den Folgemonaten bis zur Gründung einer unionsweiten Interessenvertretung der Sowjetdeutschen, die "Wiedergeburt" genannt wurde, Ende März 1989, dehnte das "Koordinationszentrum" seine Aktivitäten in die meisten kompakten Siedlungsgebiete der Deutschen aus und warb um Unterstützung. Die Hoffnungen auf den Wandel in der Nationalitätenpolitik waren sehr groß, und das Leben der Sowjetdeutschen veränderte sich grundlegend⁶⁶².

Ein Indiz für die Tragweite der Überlegungen jener Zeit ergibt sich aus einer Mitteilung, die der Erste Stellvertretende Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Zagladin, den Bundestagsabgeordneten Lamers und Haak am 18. November 1987 machte, wonach er ein autonomes Gebiet nicht ausschließen wollte⁶⁶³. Diese Angaben fanden Bestätigung in einem ersten Treffen eines Politbüro-Mitgliedes mit den offiziellen Vertretern der deutschen Minderheit, Heinrich Groth und Hugo Wormsbecher, um den 20. Dezember 1988. Von dieser Begegnung, für die es keine weitere Bestätigung gibt, berichtete der Schriftsteller Woldemar Weber (Veber), der im Oktober 1988 an dem Gespräch mit dem Bundeskanzler teilgenommen hatte, am 8. Januar 1989 gegenüber der deutschen Botschaft in Moskau⁶⁶⁴.

⁶⁶⁰ Wormsbecher im selben Vortrag: "Za poltora goda, kak sovetskie nemcy aktivno vyražajut svoi nadeždy na vosstanovlenie ich gosudarstvennosti - v pečati, v obraščenijach k rukovodstvu strany i partii - oni ne polučajut nikakoj oficial'noj informacii o tom kak že k etomu voprosu odnositsja rukovodstvo strany, idet li rabota nad ego rešeniem, i kogda on budet, nakonec, rešen."

⁶⁶¹ *Neues Leben*, 26.7.89, S. 6

⁶⁶² Wormsbecher beschrieb in seinem Vortrag auf der Allunionskonferenz der Deutschen diese grundlegende Veränderung: "Nadeždy na skoroe položitel'noe rešenje etogo voprosa ukrepljalis' i publikacijami v sovetskoj nemeckoj i russkoj central'noj pečati: v pervye za 47 poslednich let sovetskij narod smog, nakonec, uznat', čto sovetskie nemcy - takie že sovetskie ljudi, tol'ko s ešče bolee tragičnoj sud'boj, i čto oni ždut ot perestrojki vosstanovlenija po otnošeniju k nim spravedlivosti i vrozždenija ich gosudarstvennosti.

Vse eto korennyj obrazom izmenilo političeskij tonus žizni sovetskogo nemeckogo naroda. Perestrojka stala dlja nego odnovenno i olicetvorenijem vrozždajuščejstva leninskoj nacional'noj politiki. Sovetskie nemcy opjat' uvideli dlja sebja buduščee, pričem uže ne v čužoj strane, a u sebja na rodine."

⁶⁶³ Sachstand 213 vom 26.9.88, S. 8

⁶⁶⁴ Bericht der Botschaft Moskau Nr. 101 vom 9.1.89, Pol 312.00

Vermutlich handelte es sich bei dem Politbüro-Mitglied um Jakovlev, der angeblich zum Jahresende nach Perm gereist war, wo zahlreiche Deutsche lebten, um sich über deren Stimmung zu informieren. Weber wusste dies nicht genau zu sagen, da Groth und Wormsbecher die Angelegenheit sehr diskret behandelten. Beide hätten die Forderungen der Deutschen vorgetragen und darauf gedrängt, dass die sowjetische Führung rasch eine förmliche Stellungnahme zur Zukunft der deutschen Minderheit abgab. Die Stimmung unter den Deutschen kippe, und das Gefühl, jetzt oder nie, greife immer mehr um sich. Das Politbüro-Mitglied habe die Wiederherstellung der Wolgarepublik fest zugesagt sowie mitgeteilt, dass mindestens drei nationale Zentren, in Kasachstan, in Omsk und im Altaj, geplant seien, in denen kulturelle Einrichtungen wie etwa muttersprachliche Schulen eingerichtet würden. Eine Veröffentlichung dieser Absicht sei jedoch derzeit inopportun. Alle Nationalitätenfragen würden gemeinsam auf dem ZK-Plenum im kommenden Jahr gelöst. Das Problem der Deutschen stehe nach dem kaukasischen Konflikt und dem Baltikum an dritter Stelle auf einer zu behandelnden Prioritätenliste von etwa 40 Punkten.

Auf den Hinweis der beiden auf die vom Bundeskanzler geäußerte Hilfsbereitschaft der Bundesrepublik für die Sowjetdeutschen sei geantwortet worden, gegenwärtig prüfe eine Kommission des ZK die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Neugründung der Wolgarepublik. Erst nach Vorlage des Berichtes könne über westliche Beiträge entschieden werden. Auch für eine solche Kommission gibt es derzeit keine Bestätigung.

Entgegen ursprünglichen Planungen, die historische Hauptstadt der Wolgarepublik, Engels, wieder als administratives Zentrum vorzusehen, werde nun daran gedacht, ein neues Zentrum in der Steppe zu bauen. Die Deutschen hätten sich damit einverstanden erklärt, da es ihnen entscheidend darauf ankäme, wieder ein geschlossenes, von einem einheitlichen deutschen Zentrum verwaltetes Siedlungsgebiet zu schaffen. Engels mit seiner überwiegend russischen Bevölkerung käme dafür nicht infrage.

Die bemerkenswerte Begegnung stellte einen Beweis für die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Führung dar, den Anliegen der Deutschen durch eine territorial-administrative Lösung entgegenzukommen. Tatsächlich wurden 1991 in Omsk und im Altaj autonome Gebiete errichtet und Ende 1991 in Verhandlungen mit der Bundesrepublik über die Wiederherstellung der Wolgarepublik - allerdings entgegen den Wünschen der Sowjetdeutschen - Steppengebiete entlang der Wolga als mögliches Territorium identifiziert. Die Zusicherungen, die das ZK den deutschen Delegationen gegeben hatte, wurden mit diesem Treffen bekräftigt, ebenso die Hoffnungen der Deutschen auf die *Perestrojka*-Führung. Um so größer musste später die Enttäuschung ausfallen, als der naive Glaube, mit

dem Nationalitätenplenium eine Lösung für alle Probleme an die Hand zu bekommen, den Realitäten nicht standhalten konnte.

2.2.3 Phase der hoffnungsvollen Zusammenarbeit von Sowjetdeutschen und sowjetischer Führung

2.2.3.1 Gründung der "Wiedergeburt". Beginn des Widerstandes an der Wolga

Die Bewegung der Sowjetdeutschen hatte zum Jahreswechsel 1988/1989 schon ein hohes Maß an Organisiertheit erreicht. Vom 29.-31. März 1989 tagte im Polytechnischen Museum in Moskau die formelle Gründungsversammlung der Allunionsgesellschaft der Sowjetdeutschen "Wiedergeburt". Die Veranstaltung wurde von den sowjetischen Medien, darunter der Hauptnachrichtensendung des unionsweiten Fernsehens, "Vremja", und der *Pravda*, ausführlich und wohlwollend kommentiert⁶⁶⁵. Die 135⁶⁶⁶ geladenen Delegierten gaben sich eine Satzung und wählten einen siebenköpfigen geschäftsführenden Vorstand mit Heinrich Groth als Vorsitzenden sowie ein Koordinationszentrum mit 33 Mitgliedern. Die Gründungsversammlung verabschiedete ein Programm, das die Unterstützung der "Perestrojka bei der Wiederherstellung der Leninschen Prinzipien im Bereich der Nationalitätenpolitik"⁶⁶⁷ vorsah, "die *Perestrojka* hat die Hoffnungen der Sowjetdeutschen auf die Wiederherstellung ihrer Staatlichkeit und somit auf ihre Zukunft im Sowjetland wiedererweckt."⁶⁶⁸ Darüber hinaus verkündete die Gesellschaft in einer Entschließung als Ziel vor allem die Wiederherstellung der Wolgarepublik, wie sie bis 1941 bestand. Das ZK der KPdSU und der Oberste Sowjet der UdSSR wurden in diesem Zusammenhang ersucht, "unverzüglich"⁶⁶⁹ eine Staatliche Kommission zu deren Wiederherstellung einzusetzen. Die Konferenz verabschiedete einen Aufruf an die derzeitigen Bewohner auf dem Gebiet der ehemaligen Wolgarepublik, in dem es hieß:

Wir reichen allen Menschen, die heute auf dem Territorium der ehemaligen ASSR der Wolgadeutschen leben die Hand in aufrichtiger Freundschaft. Wir versichern, dass wir ... mit Ihnen in Frieden, Freundschaft und Eintracht leben wollen, wir wollen zusammen mit Ihnen unsere gemeinsamen Probleme lösen, wir wollen, dass die Vertreter aller Nationalitäten alle Möglichkeiten haben, ihre Muttersprache und ihre

⁶⁶⁵ *Neues Leben*, 26.7.89, S. 6; vgl. auch *Neues Leben*, 5.4.89

⁶⁶⁶ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1319 vom 7.4.89, Pol 320.16

⁶⁶⁷ Programm der Unionsgesellschaft der Sowjetdeutschen "Wiedergeburt" für Politik, Kultur und Bildung; *Neues Leben*, 12.4.89, S. 3

⁶⁶⁸ *ibid.*

⁶⁶⁹ Entschließung der Gründungskonferenz der Unionsgesellschaft der Sowjetdeutschen "Wiedergeburt" für Politik, Kultur und Bildung; *Neues Leben*, 12.4.89, S. 3

nationale Kultur zu bewahren und weiterzuentwickeln. Wir erklären, dass es ... für uns undenkbar ist, die Rückgabe unserer Häuser und unseres Besitzes zu verlangen ... (...) Wir erklären, dass wir keine Ansprüche auf die Stadt Engel's, die ehemalige Hauptstadt unserer Republik, erheben. (...) Die Sowjetdeutschen, die grausame Erfahrungen, schwere Anschuldigungen und langjährige Ungerechtigkeiten durchgemacht haben, haben heute geschärfte Sinne für den Schmerz aller sowjetischen Völker, ihre Schwierigkeiten und Probleme, und sie werden gegenüber anderen Ungerechtigkeit, die Schmälerung von Rechten und die Diskriminierung, die sie so überreichlich erfahren haben, nicht zulassen.⁶⁷⁰

Allerdings wurde dieser Aufruf, der geeignet gewesen wäre, die nun um die Wiederherstellung der Wolgarepublik beginnenden Auseinandersetzungen und Diskussionen vor Ort in den betroffenen Gebieten Saratov und Volgograd in vernünftige Bahnen zu lenken und Gerüchten und böartigen Unterstellungen den Boden zu entziehen, weder von der zentralen noch von der örtlichen Presse an der Wolga veröffentlicht. Erst in einem Interview des Volksdeputierten Kiselev in *Sovetskaja Rossija* vom 21. Oktober 1989 - als es lange zu spät war - wurde er in einer allgemein zugänglichen Zeitung im Wortlaut abgedruckt. Im Gegenteil, der mögliche Dialog wurde von Anfang an unterbunden, wie der Journalist Konstantin Isakov in seinem Artikel "Gerüchteküche Saratov" nachwies:

"Nach der Konstituierung der Gesellschaft 'Vosroždenie'", berichtete M. Sochinov, "beschloss die Redaktion unserer Zeitung, die Diskussion zu eröffnen. Doch im Gebietskomitee der KPdSU forderte man uns auf, den Dialog abzubrechen, um zu verhindern, dass weitere Spannungen geschürt würden ..."⁶⁷¹

Am 13. April 1989 berichteten die in Moskau ansässigen Vertreter der "Wiedergeburt", Wormsbecher, Herdt und Toews, im Rahmen einer Einladung der Deutschen Botschaft zu einem Abendessen, über den ungünstigen Einfluss der Ereignisse in Georgien auf die Durchsetzung ihrer Anliegen, insbesondere hinsichtlich des Aufrufs an die Bevölkerung im Gebiet der früheren Wolgarepublik, der auf dem Gründungskongress verabschiedet wurde. Obwohl dessen Text bereits gesetzt war, durfte er wegen der Ereignisse in Georgien in letzter

⁶⁷⁰ *Neues Leben*, 14.2.90, S. 6; erneut abgedruckt in: *Neues Leben*, 10.1.90, S. 3. Der Aufruf erschien erstmals am 3.5.89 im *Neuen Leben*; Nachdruck in *Volk auf dem Weg* 7/1989, S. 14f

⁶⁷¹ gemeint ist die Rayonzeitung von Marks Znamja Kommunizma und dessen stellvertretender Chefredakteur Sochinov; *Neues Leben*, 14.2.90

Obwohl im Gebiet Saratov, auf dessen Territorium die ehemalige Wolgarepublik weitestgehend lag, 1989 nur noch ca. 17.000 Deutsche lebten, etwa 0,6% der geschätzten deutschen Gesamtbevölkerung der UdSSR (vgl. *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 247), war die örtliche Parteiführung offenbar sehr frühzeitig in alle Überlegungen der sowjetischen Führung zu den Sowjetdeutschen einbezogen. Wie aus einer Reihe von Dokumenten hervorgeht, die erst jetzt bekannt wurden, nahm schon 1985 Gebietspartei sekretär Baranov an einer entsprechenden Sitzung im ZK der KPdSU in Moskau teil (vgl. *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 213) und berichtete detailliert 1987 über die Lage und Autonomiebestrebungen unter den Sowjetdeutschen des Gebiets (vgl. *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 223f).

Minute auf höhere Weisung doch nicht gedruckt werden. Die drei rieten hinsichtlich der kulturellen Kooperation mit der Bundesrepublik zu behutsamem Vorgehen. Die Deutschen in der UdSSR lebten in einem ihnen gegenüber noch immer misstrauisch bis feindselig eingestellten sozialen Umfeld. Dieses dürfe nicht unbedacht provoziert oder überfordert werden⁶⁷².

Im Mittelpunkt der Diskussionen auf der Gründungsversammlung standen die Sicherung von elementaren Lebensbedingungen in der Sowjetunion und die Beseitigung der Gründe für die Auswanderung. Die neue Organisation wollte sich daher auch der Bewahrung und Förderung der deutschen Kultur und Sprache widmen.

Die Bundesrepublik oder die DDR fanden in den Dokumenten der Gründungsveranstaltung zwar keine Erwähnung. Zur Wiederbelebung der kulturellen Identität sollte jedoch mit deutschsprachigen Ländern die Zusammenarbeit gesucht werden, erklärten die prominenten Sowjetdeutschen Ehrlich und Wormsbecher. Andere, Viktor Bossert und Viktor Herdt, stellten dagegen die Kooperation mit der DDR in den Vordergrund.

Die Gründungskonferenz der "Wiedergeburt" trat weiter dafür ein, dass die Trudarmisten die gleichen Vergünstigungen, u.a. hinsichtlich Rentenansprüchen, wie normale Kriegsteilnehmer erhielten⁶⁷³. Schließlich wurde das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR ersucht, die Gesellschaft offiziell zu registrieren⁶⁷⁴.

Die Zeit bis zum Nationalitätenplenium sollte zur Mobilisierung von politischer Unterstützung genutzt werden. Auf diesem Hintergrund verabschiedete die Konferenz ein Schreiben an das Politbüro und an das Präsidium des Obersten Sowjets.

Mit der Gründung der "Wiedergeburt" war erstmals eine unionsweite Interessenvertretung der Sowjetdeutschen geschaffen worden. Dem Hauptziel, der Wiederherstellung der Wolgarepublik, waren die Deutschen damit einen weiteren Schritt näher gekommen. Nach der Konferenz bildeten sich mehrere regionale kulturelle Zentren und Clubs der Deutschen, u.a. in Alma Ata, Barnaul, Omsk, Orenburg und Saratov⁶⁷⁵. Einige Institute, Bibliotheken und Schulen begannen, die Geschichte der Deutschen aufzuarbeiten und darüber zu veröffentlichen.

⁶⁷² vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1457 vom 17.4.89, Pol 320.16

⁶⁷³ Entschließung der Gründungskonferenz der Unionsgesellschaft der Sowjetdeutschen "Wiedergeburt" für Politik, Kultur und Bildung; *Neues Leben*, 12.4.89, S. 3; verwirklicht am 21.6.91

⁶⁷⁴ *ibid.*; dies verweigerte die UdSSR bis zu ihrem Untergang

⁶⁷⁵ Am 15./16. September wurde in Kiev die "Gesellschaft der Sowjetdeutschen in der Ukraine "Wiedergeburt" gegründet, Mitte November in Frunze der Club "Geselligkeit". Radio Moskau (dt.), 16.11.89, zitiert nach: *BPA-Ostinformationen*, 17.11.89, S. 17

Die Gründung der "Wiedergeburt" und ihre politischen Forderungen hatten aber auch zur Folge, dass sich auf dem Gebiet der ehemaligen Wolgarepublik Widerstand formierte. Nach einem Bericht von Jakob Fischer über ein zweimonatiges Gastspiel des Deutschen Dramentheaters im Wolgagebiet "brodelte" es dort seit Anfang April 1989. In einem Gespräch mit der *Frankfurter Allgemeinen* am Rande von Gastspielen in Ulm und München erzählte Fischer, womit er angesichts des bislang ungekannten Moskauer Wohlwollens gegenüber den Deutschen nicht gerechnet habe, "war die Bösartigkeit, in der sich Ortsgewaltige in den Wolga-Gebieten gebärdeten, war die Demagogie, mit der die kleinen Machthaber alsbald Stimmung machten gegen die Forderungen der Gesellschaft" "Wiedergeburt"⁶⁷⁶. Fischer berichtete von Gerüchten, die gezielt in die Welt gesetzt wurden, und der Erzeugung einer Panikstimmung unter der russischen Bevölkerung:

Wer in den einstmals deutschen Gehöften und Behausungen wohne, werde daraus vertrieben - binnen 24 Stunden -, so die Kunde. (...) Die Wolgadeutschen wollten jetzt gleiches mit gleichem vergelten, hieß die Flüsterparole. Kämen die "Faschisten", wie viele Russen ihre deutschen Landsleute noch immer nennen, an die Wolga zurück, sollten Leitungsposten künftig nur noch mit Deutschen besetzt werden. Ohne deutsche Sprachkenntnisse werde man wohl auch nichts mehr verkauft bekommen von "deutschen Magazinern" in den von den "Njemzi" geführten Läden.⁶⁷⁷

Obwohl die Meinung an der Wolga von alten Kadern "gemacht" wurde, wie die Presse später aufgedeckte, hatten die Deutschen offenbar - unwillentlich - selbst zu der antideutschen Stimmung beigetragen bzw. die Gebietsfürsten geradezu "geweckt". So hatte Ivan Herrmann, der Vorsitzende der in Engel's ansässigen Russlanddeutschen, der ehemaligen Hauptstadt der Wolgarepublik und dem späteren Zentrum der antideutschen Bewegung, über die Misswirtschaft geklagt, "die nach der Vertreibung der wolgadeutschen Bauern 1941 von ihrem Boden in den Kolchosen und Sowchosen geherrscht habe und bis heute anhalte"⁶⁷⁸.

Herrmanns Koordinationskomitee habe psychologische Fehler gemacht, räumte Fischer ein, "allem Anschein nach habe es gelegentlich allzu herablassend an die hohen Ernteerträge erinnert, die die Deutschen im Unterschied zu den heutigen Bewohnern einst dem kargen Steppenboden abgerungen hatten."⁶⁷⁹ Hugo Wormsbecher goss in "Vremja" mit der Behauptung weiteres Öl ins Feuer, die Bevölkerung in dem für die autonome Republik vorgesehenen Gebiet habe keine Einwände gegen eine Autonomie. Darauf startete das Stadtparteikomitee von Marks eine Unterschriftenaktion gegen eine Autonomie. Die von 12.000 Personen unterzeichnete Erklärung wurde am 21. Juni 1989 in Moskau im ZK der

⁶⁷⁶ *Frankfurter Allgemeine*, 7.8.89

⁶⁷⁷ *ibid.*

⁶⁷⁸ *ibid.*

⁶⁷⁹ *ibid.*

KPdSU übergeben⁶⁸⁰. Die Deutschen hätten daraufhin auf Aufklärung der Wolgabevölkerung gesetzt, berichtete Fischer. Zu der Kampagne gehörte auch der sehr erfolgreiche Einsatz des Deutschen Dramentheaters an einer Vielzahl von Orten im Wolgagebiet mit einem Stück über die Geschichte der Sowjetdeutschen, "Wir sind nicht Staub im Winde", entgegen seiner Praxis in russischer Sprache⁶⁸¹.

An der Wolga organisierten die russischen Funktionäre den Widerstand gegen die Rückkehr der Deutschen, ohne dass dies in Moskau bei Partei- oder Unionsführung auf eine Gegenreaktion gestoßen wäre. Damit trägt Moskau die Hauptverantwortung dafür, dass von vornherein die Chance einer Nationalitätenpolitik zugunsten der Sowjetdeutschen vertan wurde. Der Parteichef des Volgograder Gebietes, Vladimir I. Kalašnikov, warnte schon sehr früh vor einem "neuen armenisch-azerbajdžanischen Konflikt"⁶⁸². Auf dem April-Plenum des ZK der KPdSU 1989 meldete er sich öffentlich zu Wort und konnte unwidersprochen sagen:

Ist es wirklich nötig, zwei Millionen Deutsche, die im Lande leben, zu versammeln? ... Ist diese große Umsiedlung von Völkern wirklich erforderlich? Und wer wird auf dem Neuland arbeiten, im nördlichen Kasachstan, in Sibirien?⁶⁸³

Kalašnikov bestätigte damit indirekt, dass die Deutschen bei der Verwirklichung ihrer Anliegen inzwischen sehr viel erreicht haben mussten, und zeigte sich verwundert, dass er nur aus dem Fernsehen von der Gründung der "Wiedergeburt" erfahren habe. "Angeblich finden ihre Forderungen im Zentrum Unterstützung", empörte sich der Gebietspartei- und Parteichef. Im ZK-Apparat werde darüber gesprochen, als sei diese Frage schon entschieden. (...) Kalašnikov schlug stattdessen vor, die 'Voraussetzungen zur Garantierung der Interessen der Deutschen dort zu schaffen, wo sie leben'.⁶⁸⁴

Diese Äußerungen riefen bei den Sowjetdeutschen scharfen Protest hervor⁶⁸⁵. Natalja Gellert, inzwischen Mitglied des ZK der KPdSU, setzte sich am 5. Mai 1989 auf einer Sitzung der Ideologiekommision des ZK scharf mit den Äußerungen Kalašnikovs auseinander. Sie

⁶⁸⁰ ibid.

⁶⁸¹ ibid.

⁶⁸² "ne nado sozdavat' novyj armjano-azerbajdžanskij konflikt"; *Volgogradskaja Pravda*, 22.2.89

⁶⁸³ zitiert nach: *Echo planety*, Nr. 8 (99), 17.-23.2.90, Aleksej Grigor'ev, "V poiskach utračennoj rodiny", S. 25-33, S. 31

Grigor'ev kommentiert diesen Auftritt in seinem fast ein Jahr nach dem Plenum erschienenen Artikel so:

"I ved' ni odin iz členov CK ne vstal, ne vozrazil emu ... Michail Sergeevič umeet odergivat' oratorov, kotorye dopuskajut nepodobajuščie vyraženiya v adres drugih ljudej ili celych narodov. Počemu že v tot raz on promolčal? Počemu ne bylo i nikakogo oficial'nogo otmeževanija ot vystuplenija Kalašnikogo? Kak sovetskim nemcam bylo ponimat' etot tezis, vyskazannyj na Plenum CK v razgar perestrojki? (...) Posle vsego etogo ja ne mogu vinit' ljudej v Povolž'e, kotorych tak nastrojili protiv vosstanovlenija nemeckoj avtonomii." ibid S. 31

⁶⁸⁴ dpa 2.5.89/0116; vgl. auch *BPA-Ostinformationen*, 2.5.89, S. 10

⁶⁸⁵ vgl. *Neues Leben*, 31.5.89, S. 3

empfinde sie als eine "öffentliche Ohrfeige"⁶⁸⁶. Zwar höre man oft, dass die Sowjetdeutschen gut arbeiteten,

jedoch sollte Gen. Kalašnikov wirklich meinen, dass außer uns Deutschen niemand der Abermillionen Russen, Ukrainer, Kasachen und Vertreter anderer Nationalitäten, die in Sibirien und Kasachstan die Grundbevölkerung stellen, arbeiten kann? (...) Der Auftritt Gen. Kalašnikovs ruft noch eine weitere Frage hervor. Kann es sein, dass Millionen von Menschen, die seinerzeit ungerechtfertigt beschuldigt und in die Stalinschen Lager geschickt wurden, dies bleiben und dort auf immer verbleiben sollen, nachdem der Stacheldraht entfernt wurde? Wie unterscheidet sich die Position von Gen. Kalašnikov von denen derjenigen, die nach dem Krieg für eine ganze Reihe von repressierten Völkern, unter diesen auch die Deutschen, ein Regime der Sondersiedlungen eingeführt haben?

Und noch eine Frage veranlasst mich zu dieser Intervention. Welche Politik in der Nationalitätenfrage machen wir heute? Die Leninsche oder Stalinsche? Wenn es die Leninsche ist, wie kann man da einen solchen, vorsichtig ausgedrückt, utilitaristischen Ansatz gegenüber einem ganzen Volk vertreten?⁶⁸⁷

Natalja Gellert rief dazu auf, den perestrojkafeindlichen Kräften nicht das Feld der Nationalitätenpolitik zu überlassen, die dort die Anstrengung der Führung in Partei und Regierung, die brennenden Fragen zu lösen, konterkarrieren wollten. Im weiteren ging sie detailliert auf das harte Schicksal der Deutschen ein und unterstrich, dass diese bereits 48 Jahre auf die Wiederherstellung der Gerechtigkeit warteten. Es gebe keine nationale deutsche Schule, schon die dritte Generation könne die Muttersprache nicht lernen. Erstmals nannte sie bedrückende Zahlen zum Kulturerhalt der Deutschen, die im weiteren immer wieder zitiert wurden: Pro Sowjetdeutschen werde in der Muttersprache hundertmal weniger schöngestige Literatur verlegt als bei den Kirgisen, einhundertsechzigmal weniger als bei den Letten und dreihundertzwanzigmal weniger als bei den Esten. Die Menschen würden daher zu Recht Gefahr für ihre Zukunft als Volk sehen, die Ausreisezahlen belegten dies.

Gellert setzte sich deshalb dafür ein, dass die sowjetische Führung mit "einer Stellungnahme zur Wiederherstellung der deutschen Republik an der Wolga"⁶⁸⁸ nicht bis zum Nationalitätenplenium warte, und plädierte dafür, eine "positive Entscheidung zu dieser Frage zum Beispiel auf dem Kongress der Volksdeputierten zu fällen"⁶⁸⁹. Zuvor hatte sie die Ergebnisse der Gründungskonferenz der "Wiedergeburt" referiert und insbesondere deren Aufruf an die heutige Wolgabevölkerung positiv hervorgehoben. Natalja Gellert ging so weit, für alle Nationen der UdSSR eine eigene Staatlichkeit und Selbstbestimmung zu

⁶⁸⁶ *Neues Leben*, 7.6.89, S. 6

⁶⁸⁷ *ibid.*

⁶⁸⁸ *ibid.*

⁶⁸⁹ *ibid.*

fordern, was dann im weiteren zu einer Verringerung der Nationalitätenkonflikte führen werde. Diese Intervention von Natalja Gellert zeigt einmal mehr, wie weit sie sich von ihrer früheren Position als "Vorzeigedeutsche" entfernt hatte, als sie öffentlich behauptete, mit den Sowjetdeutschen stehe alles zum besten⁶⁹⁰. Im weiteren arbeiteten die sowjetdeutschen Interessenvertreter eng mit ihr zusammen.

2.2.3.2 Befassung des Kongresses der Volksdeputierten und des Obersten Sowjets

Am 25. Mai 1989 trat der neugewählte Kongress der Volksdeputierten der UdSSR zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen und bestimmte Gorbačev zum mit besonderen Vollmachten ausgestatteten Vorsitzenden des Obersten Sowjets. Anatolij Luk'janov wurde am 29. Mai 1989 sein Stellvertreter. Zu den Volksdeputierten gehörten auch 10 Bürger deutscher Nationalität. Sie waren jedoch, wie gehabt, nicht als Vertreter der deutschen Minderheit gewählt⁶⁹¹. Einer von ihnen, Oskar Pahl (Pal'), wurde in den Unionsowjet gewählt, die Volksdeputierten Harri Gvidovič Steuk (Štojk) und Vladimir I. Wideker (Videker) in den Nationalitätenowjet.

Das Anliegen der Deutschen konnte schon am ersten Kongresstag, dem 25. Mai 1989, von Peter Falk (Fal'k)⁶⁹² im Plenum zur Sprache gebracht werden:

Ich vertrete ein mehr als zwei Millionen umfassendes Volk, das Volk der Sowjetdeutschen. Heute spricht man dieses Volk von der politischen Schuld frei, die ihm Stalin 1941 auferlegte. Gegenwärtig wird auch die Frage der politischen Rehabilitierung entschieden, so dass ich nur einen Antrag stellen will: Ich bitte, das Problem der Wiedergeburt der Republik und der nationalen Gebiete in der Sowjetunion endgültig zu lösen.⁶⁹³

Der Saal reagierte auf diese kurze Intervention freundlich mit Applaus. In einem späteren Interview sagte Falk, anschließend seien Abgeordnete aus verschiedenen Gebieten, Russen, Ukrainer, Vertreter unterschiedlicher Nationalitäten zu ihm gekommen und hätten "Hilfe und

⁶⁹⁰ vgl. *Novoe Vremja*, 11/1986, S. 24f und in Wien, vgl. *Volk auf dem Weg* 3/1987, S. 3ff

⁶⁹¹ mit Photo abgebildet in: *Neues Leben*, 7.6.89, S. 1; Arnhold Berger, Direktor einer Versuchswirtschaft, Gebiet Kustanaj (Kasachstan); Andrej Braun, Erster Sekretär des Gebietspartei Komitees Celinograd (Kasachstan); Peter Falk, Obernavigator einer Fliegereinheit; Gebiet Orenburg (RSFSR); Theodor Lackmann, Direktor des Kolchos Pobeda (Kirgisische SSSR); Erika Neff, Maschinenmelkerin aus dem Sowchos Proletarskij, Gebiet Karaganda (Kasachstan); Oskar Pahl, Direktor der Agrar-Firma Sovetskaja, Gebiet Nord-Kasachstan; Alexander Pfeifer, Leiter einer Pächterbrigade aus dem Sowchos Iskra, Gebiet Orenburg (RSFSR); Harri Steuk, Direktor der Vereinigung Kaspolymermetall, Gebiet Ost-Kasachstan; Katharina Stupina (geb. Krauß), Ärztin, Gebiet Omsk (RSFSR); Vladimir Wideker, Direktor des Sowchos Sovorovskij, Gebiet Pavlodar (Kasachstan)

⁶⁹² Oberstleutnant und Obernavigator einer Fliegereinheit, Volksdeputierter für den Buzulukskij terr. izb. okrug Nr. 246, Gebiet Orenburg

⁶⁹³ *Izvestija*, 27.5.89

Unterstützung" angeboten⁶⁹⁴. Insbesondere der kirgisische Schriftsteller Čingis Ajtmatov wies am 2. Juni 1989 vor dem Kongress der Volkdeputierten auf die fortbestehende Diskriminierung der Deutschen hin und setzte sich nachdrücklich und unter allgemeinem Applaus für eine "kulturelle und administrative Autonomie"⁶⁹⁵ der Sowjetdeutschen ein. Ajtmatov äußerte die Überzeugung, dass diese Autonomie "beispielhaft für uns alle sein" werde, und forderte verfassungsmäßige Garantien, damit sich Ereignisse wie die Deportation der Deutschen nie wiederholen.

Im Kongress stellten die deutschstämmigen Abgeordneten Berger, Pfeifer, Falk und Wideker den Antrag, die Wiederherstellung der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik, "die im August 1941 unter den Bedingungen des Personenkultes um Stalin aufgrund von Erfindungen aufgelöst wurde"⁶⁹⁶, auf die Tagesordnung zu setzen. Den Antrag verbanden sie mit Erläuterungen zur Thematik und dem Vorschlag, eine staatliche Kommission zur Aufbereitung der Frage für die nächste Tagung des Obersten Sowjets zu gründen.

Aleksandr Pfeifer verurteilte auf dem Kongress ebenso wie Natalja Gellert in der Ideologie-Kommission die Äußerungen Kalašnikovs und wiederholte die von Natalja Gellert genannten Zahlen zur Lage der Deutschen. Darüber hinaus erinnerte er daran, dass es in den 150 Jahren der deutschen Besiedlung Russlands ebenso wenig einen Konflikt der Russlanddeutschen mit Russen gab wie während der 17jährigen Existenz der Wolgarepublik mit allen dort lebenden Nationalitäten⁶⁹⁷.

In der Folge dieser und anderer Auftritte fasste der Kongress der Volksdeputierten einen wegweisenden Beschluss zur Nationalitätenpolitik, in dem es hieß:

Der Kongress richtet an die zentralen und örtlichen Staats- und Parteiorgane die Forderung, für jene nationalen Probleme Lösungen zu finden, die sich zu einem schweren Erbe aus den Zeiten von Willkür und Ungesetzlichkeit entwickelt haben. In bezug auf eine Reihe von Nationen und Nationalitäten ist bislang die Gerechtigkeit nicht wiederhergestellt worden. Der Kongress der Volksdeputierten ist sich der Schwierigkeit der Situation und ihrer Spezifik in einzelnen Republiken und Regionen bewusst und hat deshalb in diesem Zusammenhang feste Positionen zu beziehen: Im Zuge einer neuen, entsprechend dem vorliegenden Beschluss zu erarbeitenden Nationalitätenpolitik muss auf demokratischem Wege innerhalb kürzester Zeit eine Lösung gefunden werden. Der Kongress beauftragt den Nationalitätensowjet des

⁶⁹⁴ Interview mit Dmitrij Ostalskij, *Moskau News*. Sonderausgabe 1/1989; zitiert nach: *Neues Leben*, 5.7.89, S. 3
⁶⁹⁵ *Izvestija*, 4.6.89

"Ne mogu ne skazat' i o nespravedlivosti po odnošeniju k nemeckomu naseleniju našej strany, kotoraja imeet mesto po sej den', izgnannye, razbrosannye, unižennye v gody vojny, oni do sich por terpjat političeskuju diskriminaciju. Kul'turnaja i administrativnaja avtonomija sovetskich nemcev mogla by poslužit' ne tol'ko im samim, no i vsem nam. Ne somnevajus', čto nemeckaja avtonomija budet obrazcovovoj dlja vsech nac. (...) Mesto každogo naroda dolžno byt' tam, gde on istoričeski proizros."

⁶⁹⁶ *Neues Leben*, 7.6.89, S. 2

⁶⁹⁷ *Neues Leben*, 28.6.89, S. 3

Obersten Sowjets der UdSSR und die Obersten Sowjets der entsprechenden Unionsrepubliken, die auf dem Kongress aufgegriffenen Fragen der Wiederherstellung der Rechte der Wolgadeutschen, der Krimtataren, der Mescheten türkischer Abstammung sowie der Entwicklung zahlenmäßig kleiner Nationalitäten zu untersuchen und Vorschläge zu ihrer Lösung zu unterbreiten.⁶⁹⁸

2.2.3.3 Einsetzung der Kiselev-Kommission

Der Beschluss des Obersten Sowjets wurde zum Ausgangspunkt für den Rehabilitierungsbeschluss des Obersten Sowjets vom 14. November 1989 und zunächst unmittelbar dafür, dass am 12. Juli 1989 vom Nationalitätensowjet der UdSSR⁶⁹⁹ auf Empfehlung des 1. Kongresses der Volksdeputierten Sonderkommissionen für "nationale Politik und zwischennationale Beziehungen" gebildet wurden⁷⁰⁰. Eine dieser Kommissionen sollte sich mit der Frage der Sowjetdeutschen beschäftigen, die anderen mit den Krimtataren, den Mescheten und mit Nagornyj Karabach, und Lösungsvorschläge für den Obersten Sowjet unterbreiten. Mit dieser Parallelität stand von vornherein fest, dass die Kommission für die Deutschen in ihren Ergebnissen Rücksicht auf die anderen und auf mögliche Präcedenzwirkungen nehmen musste. Bemerkenswert ist, dass der Oberste Sowjet mit seinem Beschluss ein Recht beanspruchte, das nach bisherigem Verständnis dem ZK vorbehalten war, und mit seinen Aufträgen eine Materie vorwegnahm, deren Behandlung auf dem ZK-Plenum zu Nationalitätenfragen im September 1989 vorgesehen war. Dieser ungewöhnliche Schritt spiegelte offensichtlich eine Machtverschiebung zu Ungunsten des ZK wider. Ob und inwieweit das Scheitern von konkreten Maßnahmen für die Sowjetdeutschen auch auf eine Rivalität von Oberstem Sowjet und ZK zurückzuführen ist, muss bis auf weiteres ungeklärt bleiben.

Geleitet wurde die deutsche Kommission von Genadij Kiselev, ZK-Kandidat und 2. Parteisekretär von Kirgisien sowie Vorsitzender der Ständigen Kommission für Konsumgüter, Handel und Dienstleistungen des Nationalitätensowjets, eines innenpolitischen

⁶⁹⁸ *Vedomosti S"ezda narodnych deputatov SSSR i Vernovnogo Soveta SSSR* Nr. 3, 28.6.89, 52. "Postanovlenie S"ezda narodnych deputatov SSSR "Ob osnovnyh napravlenijach vnutrennej i vnešnej politike SSSR", S.113 "S"ezd poručaet Sovetu Nacional'nostej SSSR sovместno s Verhovnymi Sovetami sootvetsvujučich respublik izučit' i vnesti predloženiya po podnjatym na S"ezde voprosam vosstanovlenija prav nemcev Povolžja"

⁶⁹⁹ Den Abbau des nationalitätenpolitischen Instrumentariums in den Partei- und Regierungsstrukturen aller Ebenen während der Stalin-Zeit hatte nur der Nationalitätensowjet "überlebt". Insofern mussten alle Schritte zur Bestandsaufnahme und zur Verbesserung der Lage der repressierten Völker von ihm ihren Ausgang nehmen.

⁷⁰⁰ vgl. *Pravda*, 13.7.89; *Vedomosti S"ezda narodnych deputatov SSSR i Vernovnogo Soveta SSSR* Nr. 6, 19.7.89, 152. "Ob obrazovanii Kommissii po problemam sovetskich nemcev", S. 229f

Schlüsselausschusses. Das geplante Vorgehen der Kommission erläuterte Kiselev gegenüber TASS:

Unsere Aufgabe besteht darin, reale Möglichkeiten für eine akzeptable Lösung der Frage zu finden, die von den Sowjetdeutschen in den letzten Jahren wiederholt gestellt worden ist, nämlich der Frage nach der Wiederherstellung ihrer Autonomie. Es hat eine erste Sitzung stattgefunden, auf der wir den Plan für unsere künftige Arbeit entworfen haben. In der ersten Phase ... werden sich die Mitglieder der Kommission mit den Materialien vertraut machen, die uns und der von den Deutschen gegründeten informellen gesellschaftlichen Organisation "Wiedergeburt" zur Verfügung stehen⁷⁰¹. Anschließend werden wir die Route für Reisen vor Ort festlegen. Dies wird es uns ermöglichen, die Lage zu bewerten und die Meinungen sowohl der Deutschen als auch die der Vertreter der anderen Nationalitäten zu erfahren, die neben ihnen oder aber auf dem Grund und Boden leben, der für die Bildung der Autonomie vorgeschlagen ist.⁷⁰²

Kiselev war den Deutschen im Grunde wohlgesonnen, wie die weitere Arbeit der Kommission zeigte. Dazu mag seine Erfahrung in Kirgisien beigetragen haben, wo seit dem Ende des 19. Jahrhunderts Deutsche siedelten und mit der kirgisischen Bevölkerung gedeihlich und vorbildlich zusammenlebten, was insbesondere dazu führte, dass der kirgisische Präsident Askar Akaev 1992 zu Autonomie-Zugeständnissen an die Deutschen bereit war.

Die Kommission trat am 18. Juli 1989 zu ihrer ersten Sitzung zusammen, auf der das Arbeitsprogramm erörtert und der Stellvertreter von Kiselev bestimmt wurde, der Abgeordnete Viktor Jakovlevič Medikov, Prorektor des Sibirischen Metallurgischen Instituts Novokuzneck. Der Vorsitzende der "Wiedergeburt", Groth, wurde Sekretär der Kommission. Weitere Mitglieder der Kommission waren von deutscher Seite Akademiemitglied Boris Viktorovič Rauschenbach (Rausenbach)⁷⁰³ und der Volksdeputierte Harri Steuk. Die übrigen acht Kommissionsmitglieder setzten sich hauptsächlich aus Vertretern der RSFSR zusammen und mehrheitlich aus Angehörigen nationaler Minderheiten⁷⁰⁴.

⁷⁰¹ Die Kommission arbeitete sich auf der Grundlage von Dokumenten in die Materie ein, die die "Wiedergeburt" sowie die Redaktionen von *Neues Leben* und *Freundschaft* zur Verfügung gestellt hatten.

⁷⁰² TASS (russ.) 21.7.89/1056/2107bel, zitiert nach: *BPA-Ostinformationen* vom 24.7.89, S. 43

⁷⁰³ Rauschenbach, Jahrgang 1914, war im weiteren die politische Integrationspersönlichkeit im Kreise der Sowjetdeutschen; vor und nach dem 2. Weltkrieg Arbeit in der Rüstungsindustrie, Leiter des physikalisch-technischen Instituts Moskau und Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR; am 9.10.90 Verleihung des Titels "Held der Sozialistischen Arbeit" (Gorbačev-Erlass abgedruckt in: *Neues Leben*, 17.10.90, S. 2); vgl. *Izvestija*, 14.11.90

⁷⁰⁴ Einzelheiten zur Zusammensetzung der Kommission, vgl. *Neues Leben*, 26.7.89, S. 2 bzw. *Vedomosti S"ezda narodnych deputatov SSSR i Vernovnogo Soveta SSSR* Nr. 6, 19.7.89, 152. "Ob obrazovanii Kommissii po problemam sovetskich nemcev", S. 229f

Groth erläuterte den Kommissionsmitgliedern die Erwartung der Deutschen, dass die Kommission bis zum Ende des Jahres 1989 ein Dokument zur Wiederherstellung der deutschen Staatlichkeit ausarbeite. Die politischen Weichenstellungen dafür sollten auf dem angekündigten ZK-Plenum zur Nationalitätenpolitik vorgenommen werden und die staatliche Entscheidung Ende Dezember 1989 auf dem zweiten Kongress der Volksdeputierten der UdSSR fallen. Groth warnte die Kommission, die "Hoffnungen und die Geduld" der Deutschen seien "nicht unbegrenzt", zumal in den vergangenen beiden Jahren den deutschen Delegationen von Regierungs- und Parteiinstanzen immer wieder versichert worden sei, dass die Fragen geprüft und gelöst würden⁷⁰⁵. Darüber hinaus verwies Groth auf die Milliardenverluste der UdSSR durch die Auswanderung von Hunderttausenden. Die Kommission erhielt u.a. auch zur Aufgabe, diese Summen zu beziffern. Groth setzte schon damals auf den grenzüberschreitenden Aspekt der Deutschen-Problematik, dessen Bedeutung für die bilateralen Beziehungen und Motivation für Maßnahmen der UdSSR er jedoch übertrieben optimistisch einschätzte, und geißelte

die politische Selbstdiskreditierung der UdSSR in den Augen der Weltöffentlichkeit, vor allem der Öffentlichkeit der Länder Westeuropas und besonders der BRD. Ein Staat, aus dem sich eine Massenausreise von Bürgern fortsetzt, die unzufrieden sind mit der Lage im Bereich der Menschenrechte, der Lösung ihrer nationalen und sozialen Probleme, verliert in der öffentlichen Meinung. Dies trägt nicht dazu bei, das Ansehen bei ausländischen Politikern und Wirtschaftsvertretern zu festigen und wird einerseits den Prozess der Bildung eines demokratischen und dauerhaften gemeinsamen europäischen Hauses aufhalten und andererseits die Prozesse der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Entwicklung von *joint ventures* ... bremsen.⁷⁰⁶

Das positive öffentliche Interesse an den Deutschen, auf dessen Hintergrund die Kiselev-Kommission tätig wurde, zeigte sich auch darin, dass die *Komsomol'skaja Pravda* Anfang Juli 1989 Korrespondenten an die Wolga und in die Siedlungsgebiete der Deutschen in Kasachstan, Usbekistan, Kirgisien, Tadschikistan und im sibirischen Russland schickte, um die dortige Stimmung einzufangen. Über das in der sowjetischen Presse inzwischen differenzierte Deutschenbild hinaus resümierte der Artikel mit der Überschrift "Die deutsche Frage" überraschend positiv:

⁷⁰⁵ *Neues Leben*, 2.8.89, S. 3

⁷⁰⁶ *ibid.* Diese Argumentation wurde innerhalb der UdSSR häufig vorgebracht, später auch von bundesdeutschen Politikern wie dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Horst Waffenschmidt, der an die sowjetische Seite appellierte, im Hinblick auf Investitionen aus der Bundesrepublik in der Deutschen-Politik, insbesondere an der Wolga, Zeichen zu setzen. Die Sowjetunion und später auch Russland ignorierten jedoch die Abstimmung ihrer Bevölkerung "mit den Füßen" - ganz in der Tradition der international angeprangerten, jahrzehntelangen Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen.

Überall, wo Deutsche leben, herrscht Ordnung, überall, wo Deutsche arbeiten, entstehen qualitativ hochwertige Produkte in großer Zahl. Die Deutschen leisten einen großen Beitrag für die Sowjetunion, wenn nicht gar den größten überhaupt. (...) Ihr Völker der Sowjetunion, begegnet euren deutschen Nachbarn mit Achtung und Vernunft.⁷⁰⁷

Die *Frankfurter Allgemeine* meldete, dass die Kiselev-Kommission sowohl in die Verbannungsgebiete der Russlanddeutschen in Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und im Altaj reiste, um dort deren Lebensverhältnisse in Augenschein zu nehmen, als auch in die Gebiete der ehemaligen Wolgarepublik. Nachdem es sich an der Wolga herumgesprochen hatte, dass die Kommission dem deutschen Anliegen nach Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit und damit der autonomen Republik mehrheitlich mit Sympathie gegenüberstand, kam es zu weiterem Unmut unter der dort ansässigen Bevölkerung, den "lokale und regionale Parteifunktionäre in Saratov, Engels und Marxstadt geschickt in Stimmungsmache gegen die Deutschen umzumünzen verstanden."⁷⁰⁸

Trotzdem äußerten sich Groth und Wormsbecher in einem Gespräch mit der Botschaft am 28. Juli 1989 überschwenglich optimistisch zur Arbeit der Kommission. Wormsbecher ging sogar so weit zu behaupten, die Entscheidung über die Wiederherstellung der Wolgarepublik sei bereits vor zwei Jahren gefallen⁷⁰⁹, die Umsetzung aber wegen anderer Nationalitätenprobleme immer wieder verschoben worden. Der Entschluss, schon vor dem Nationalitätenplenium, das nunmehr auf September verschoben war, eine Kommission einzusetzen, gehe darauf zurück, dass der Oberste Sowjet keine weitere Zeit mehr verlieren und unmittelbar nach dem Votum des ZK-Plenums beginnen wolle. Wormsbecher rechnete mit einer Wiederherstellung autonomer Verwaltungsorgane innerhalb der nächsten 6-9 Monate. Groth war weniger zuversichtlich und ging von drei Jahren aus. Beide warnten die Bundesrepublik, die Entwicklung durch ein zu starkes Engagement zu gefährden. Das Bild der Deutschen in der sowjetischen Öffentlichkeit sei noch zu stark von den Kriegserlebnissen geprägt⁷¹⁰.

Eine Arbeitsgruppe der Kiselev-Kommission unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Viktor Medikov prüfte vom 14.-18. August 1989 auf einer Reise ins Gebiet von Saratov, u.a. in die Städte Engel's, Marks, Krasnoarmejsk und Rovnoe, Möglichkeiten zur Wiedererrichtung einer autonomen Republik. Die Arbeitsgruppe war bemüht, zur Lösung des Problems einen gemeinsamen Ansatz mit der Führung des Gebiets zu finden, dies gelang

⁷⁰⁷ Komsomol'skaja Pravda, 15.7.89, zitiert nach: *Frankfurter Allgemeine*, 7.8.89

⁷⁰⁸ *Frankfurter Allgemeine*, 13.12.89

⁷⁰⁹ Dafür gibt es auch nach der Veröffentlichung von *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, keine Bestätigung.

⁷¹⁰ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 3005 vom 28.7.89, Pol 320.16

jedoch nicht. Groth, der der Gruppe angehörte, beklagte vor allem die Uninformiertheit der Leitungen von Gebiet und Rayons und den offensichtlich organisierten Widerstand gegen die Wiederherstellung der Wolgarepublik in Marks, Engel's und Krasnoarmejsk. Dagegen war die Haltung im Rovenskij Rayon konstruktiv, und es wurde Bereitschaft gezeigt, den Deutschen entgegenzukommen⁷¹¹. Die "Wiedergeburt" vereinbarte mit der Gebietsführung eine systematische Veröffentlichung von Materialien zu den Deutschen in der Gebietszeitung *Kommunist* und in Rayonszeitungen eines "Aufklärungskurses"⁷¹² für die Bevölkerung, der bis Oktober dauern sollte. Es ist nicht bekannt, ob die Absprache umgesetzt werden konnte. Angesichts der antideutschen Haltung ist dies aber zu bezweifeln.

Über die Ergebnisse der Reise der Kommission an die Wolga berichtete Groth der Botschaft am 24. August 1989. Die Reaktionen der Bevölkerung seien überwiegend ablehnend bis offen feindselig. Verwaltung und Parteiapparat neigten dazu, Ansätze zum Widerstand gegen eine Ansiedlung von Deutschen zu unterstützen, durch die sie ihre bisherige Macht direkt bedroht sähen. Die "Wiedergeburt" habe daher eine umfassende Informationskampagne beschlossen, von der man sich einen Stimmungsumschwung zugunsten einer deutschen Wolgarepublik erhoffe. Groth kritisierte die "weitverbreitete Ignoranz" der Bevölkerung zur sowjetdeutschen Problematik. Das diesbezügliche Material der Gründungskonferenz der "Wiedergeburt", das den lokalen Partei- und Sowjetorganen bereits im April übergeben worden war, würde noch immer unbewegt auf den Schreibtischen liegen. "Wir müssen die Leute unterrichten, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen". Die Bürger der UdSSR müssten von der Notwendigkeit einer sowjetdeutschen Autonomie überzeugt werden⁷¹³.

Groth übermittelte sodann die Bitte des stellvertretenden Kommissionsvorsitzenden, Medikov, um finanzielle Hilfen der Bundesrepublik in Höhe von 15-20 Mrd. DM für die wirtschaftliche Entwicklung der zukünftigen Wolgarepublik angesichts einer erwarteten Zuwanderung von 500.000 Sowjetdeutschen⁷¹⁴. Eine weitere, ähnliche Anfrage erhielt die Deutsche Botschaft am 29. August 1989 aus dem Büro für Maschinenbau des Ministerrats der UdSSR. Unter Hinweis auf die kurz bevorstehende Wiedererrichtung einer Autonomen Wolgarepublik wurde um Prüfung gebeten, ob die Bundesrepublik bereit wäre, im Gebiet von Saratov Technologie- und Agrarparks zu unterstützen⁷¹⁵. Es handelte sich hierbei um die erste, innersowjetisch offensichtlich nicht abgestimmte Anfrage dieser Art - auch das ein Anzeichen für zunehmende Auflösungserscheinungen. Die bilateralen Gespräche über

⁷¹¹ vgl. *Neues Leben*, 23.8.89, S. 2

⁷¹² *ibid.*

⁷¹³ dpa 4.9.89/1601; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen*, 5.9.89, S. 23; *BPA-Ostinformationen*, 11.9.89, S. 31

⁷¹⁴ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 3424 vom 25.8.89, Pol 320.16

⁷¹⁵ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 3458 vom 29.8.89, Wi 410.20/SB 1

wesentlich unbedeutendere kulturelle Hilfen führten nämlich erst sehr viel später zu Ergebnissen.

Vom 3.-7. Oktober 1989 reiste unter Leitung des deutschstämmigen Volksdeputierten Steuk eine Arbeitsgruppe der Kiselev-Kommission nach Kasachstan. Der Delegation gehörten auch Groth an, S.D. Paškov, ein Mitarbeiter des Bereichs zwischennationale Beziehungen des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR, und E.G. Pusyrbanova, Expertin im Ministerrat der Kasachischen SSR für den Bereich Bildung, Kultur und Gesundheit. Die Arbeitsgruppe führte Gespräche mit der Führung des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR und des Gebiets Karaganda, im deutschen Kulturzentrum in Alma Ata, in der Redaktion der *Freundschaft*, mit dem Ersten Sekretär des Gebiets Celinograd, Andrej Braun, und in einer Abteilung der Pädagogischen Hochschule Celinograd, in der Lehrer ausgebildet wurden, Geschichte auf deutsch zu unterrichten.

Von amtlicher Seite wurde für die Anliegen der Deutschen, Rehabilitierung, Wiederherstellung der Staatlichkeit und Kulturerhalt, zwar "volles Verständnis" geäußert, "die Idee der Gründung eines autonomen Gebildes der Sowjetdeutschen in Kasachstan ... wurde im Zuge offizieller Begegnungen wie auch in persönlichen Gesprächen allenthalben zurückgewiesen."⁷¹⁶ Die Mehrheit der befragten Deutschen sprachen sich für die Wiederherstellung der Wolgarepublik aus. Obwohl der Delegation seitens der kasachischen Führung eindrucksvolles Zahlenmaterial präsentiert wurde, mit dem Integration und Gleichberechtigung der Deutschen in Kasachstan untermauert werden sollte, verließen die in der zentralasiatischen Republik lebenden Deutschen in immer größerer Zahl das Land: Wanderten 1987 noch lediglich 6.171 Personen in die Bundesrepublik aus, waren es 1988 bereits 21.555 und in den ersten sieben Monaten des Jahres 1989 21.431⁷¹⁷.

2.2.3.4 Wissenschaftliche Konferenzen zu den Deutschen

Im Umfeld des Kongresses der Volksdeputierten hatte sich die Beschäftigung der Partei mit der Nationalitätenpolitik intensiviert und führte auf dem ZK-Plenum im September 1989 zur Wahl A.N. Girenkos zum Sekretär für Nationalitätenpolitik und dem Aufbau von Abteilungen für Nationalitäten-Beziehungen bei den ZKs von Union und Republiken sowie bei den Parteikomitees der Gebiete. Innerhalb der ZK-Abteilung der Union wurde eine spezielle Einheit gebildet, "to assist party workers in the localities, publishing its own

⁷¹⁶ *Neues Leben*, 18.10.89, S. 2

⁷¹⁷ *ibid.*; die Bundesregierung erfasste die Aussiedlerzahlen erst ab 1992 nach Republiken der ehemaligen UdSSR

bulletin - 'National Relations in the USSR'⁷¹⁸. Die Partei sah sich veranlasst, Beratung von Forschungseinrichtungen wie der Akademie der Wissenschaften, der Akademie für Sozialwissenschaften und des Institutes für Marxismus-Leninismus in Anspruch zu nehmen. Insbesondere zu den Sowjetdeutschen fanden im wissenschaftlichen Bereich eine Reihe von Tagungen statt, die unmittelbar der Politikberatung dienten.

Am 16. und 17. Juni 1989 führte das ZK der KP Kasachstans⁷¹⁹ zu den Deutschen in der Sowjetunion in der Akademie der Wissenschaften in Alma Ata eine internationale Konferenz mit ca. 400 Teilnehmern durch, zu der auch Wissenschaftler aus der Bundesrepublik und der DDR geladen waren. Die Veranstaltung stellte ein weiteres Signal dafür dar, dass in der Sowjetunion ernsthaft über eine Verbesserung der Lage dieser Minderheit nachgedacht wurde. Als Ziel der Veranstaltung, die auf eine Initiative der *Freundschaft* zurückging, nannte der kasachische ZK-Sekretär U.D. Džanibekov die Erarbeitung von objektiven Bewertungen und wissenschaftlich fundierten Empfehlungen als vorbereitende Maßnahme im Hinblick auf das bevorstehende ZK-Plenum zur Nationalitätenpolitik⁷²⁰. Als Referenten traten offizielle Vertreter der Republiken Kirgisien, Usbekistan und Turkmenistan sowie der Region Altaj und der Gebiete Omsk, Orenburg und Čeljabinsk auf.

Berichte nach dieser Konferenz zum Thema "Deutsche in der brüderlichen Familie der Sowjetvölker"⁷²¹ zur Lage der Deutschen in Kasachstan und Interventionen von offizieller kasachischer Seite zu dieser Thematik unterscheiden sich von solchen zu Russland dadurch, dass zu Kasachstan detailliert und umfangreich Zahlen und Fakten genannt werden. Im Rückblick entsteht der Eindruck, dass damit offenbar die vorbildliche Situation und Gleichberechtigung der Deutschen in der mittelasiatischen Republik bewiesen und untermauert werden sollte. Gleichzeitig veränderte sich in Kasachstan trotz der im Vergleich mit Russland überproportionalen Auswanderung der Deutschen nichts zugunsten des Kulturerhalts, so dass die Aufzählungen eher als eine verschleierte Rechtfertigung der Untätigkeit der kasachischen Führung zu werten sind bzw. als eine Absage an die Notwendigkeit, den Deutschen weiter entgegenzukommen⁷²².

⁷¹⁸ Rees, E.A. (Hrsg.) *The Soviet Communist Party in Disarray. The XXVIII Congress of the Communist Party of the Soviet Union*. London 1992, S. 92f

⁷¹⁹ *Neues Leben*, 27.9.89, S. 3

⁷²⁰ vgl. *Kasachstanskaja Pravda*, 18.6.89

⁷²¹ *Neues Leben*, 2.8.89, S. 6

⁷²² Ein umfassender Bericht zur Lage der Deutschen in Kasachstan findet sich in: *Neues Leben*, 2.8.89, S. 6f; *Neues Leben*, 25.1.89, S. 3

Auch *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, enthält umfangreiches Material zu den Deutschen in Kasachstan seit den 70er Jahren, aber nichts zur Lage in anderen Unionsrepubliken. Dies Missverhältnis kann nur zum Teil dadurch erklärt werden, dass der Herausgeber zunächst für das ZK der KP Kasachstans tätig war.

Vom 4.-6. Juli 1989 veranstaltete das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU einen "Runden Tisch" zum Thema "Sozial-Politische Probleme der zwi-schennationalen Beziehungen in der UdSSR: Theorie und Praxis". Auf dieser Veranstaltung, die sich schwerpunktmäßig mit der Lage der Sowjetdeutschen befasste, referierten sowohl Groth als auch Wormsbecher⁷²³.

Die offenkundige Absicht der sowjetischen Führung, das deutsche Problem einer Lösung zuzuführen, reflektierte später im Jahr eine weitere "wissenschaftlich-praktische Alluni-onskonferenz", die am 15. und 16. November 1989 in Moskau zum Thema "Die Sowjetdeutschen: Geschichte und Gegenwart" stattfand. Die Konferenz war vom Institut für Marxismus-Leninismus (IML), der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU, der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und dem Staatlichen Komitee der UdSSR für Volksbildung mit dem Ziel organisiert worden, gesicherte Entscheidungsgrundlagen für die weitere Politik hinsichtlich der Deutschen zu erhalten. "Die Führung des IML versicherte den Versammelten, dass alle Vorschläge, Wünsche, Forderungen, Einschätzungen ... unverzüglich zusammengefasst und als Memorandum dem ZK der KPdSU übergeben werden."⁷²⁴ Auf der Veranstaltung wurden verschiedene Varianten der Wiederherstellung einer deutschen Autonomie diskutiert, als "einzig annehmbare Lösung" sprachen sich Wissenschaftler und Journalisten aber für die Autonomie auf dem Territorium der ehemaligen Wolgarepublik aus und forderten Partei und Staat auf, unter der jetzt in diesem Gebiet lebenden Bevölkerung Aufklärungsarbeit zu leisten⁷²⁵.

Die Sowjetdeutschen erfreuten sich nicht nur des beruflich bedingten Interesses, sondern auch der Sympathie führender sowjetischer Wissenschaftler: Den 29. Mai 1990, den Tag der Wahl El'cins zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets der RSFSR, nahmen eine Reihe von hochrangigen Wissenschaftlern, die sich mit der Geschichte der Sowjetdeutschen befassten, zum Anlass für einen aufsehenerregenden offenen Brief an das russische Staatsoberhaupt. Es handelte sich um A.O. Čubar'jan, den Direktor des Institutes für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Ja.S. Drabkin, den Vorsitzenden des im Januar 1990 gegründeten Zentrums für deutsche historische Studien, sowie E.I. Družinina, die Vorsitzende der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Sowjetdeutschen und korrespondierendes Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften. Sie erinnerten in ihrem Schreiben daran, dass sich auf dem Kongress der Volksdeputierten Russlands eine

⁷²³ Das Neue Leben druckte das Referat Groths am 26.7.89, S. 5f ab, das von Wormsbecher am 23.8.89, S. 6f

⁷²⁴ *Neues Leben*, 22.11.89, S. 2

⁷²⁵ ADN 16.11.89/1630; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen* vom 16.11.89, S. 37; vgl. auch: *Freundschaft*, 17.11.89, S. 1

Reihe von Abgeordneten zur Lage der von Stalin repressierten Völker geäußert hätten und verwiesen in diesem Zusammenhang auf die aktuelle Diskussion, ob in Russland die autonome Republik der Sowjetdeutschen wiederhergestellt werden könne. Die Wissenschaftler unterstrichen, dass bei einer Entscheidung gegen eine Republik für die Deutschen nur die Alternative Assimilation in der UdSSR oder Ausreise existiere. Sie warnten vor einem Verlust an Prestige für das Land und an hervorragenden Arbeitskräften durch eine massenhafte Emigration und appellierten an El'cin und den Obersten Sowjet der RSFSR, den Weg für eine innerrussische Lösung zu ebnet⁷²⁶.

2.2.3.5 Empfang von Sowjetdeutschen beim Vorsitzenden des Nationalitätensowjets, Nišanov. ZK-Nationalitätenplenium

Am 13. September 1989, am Rande der ersten Plenartagung des Koordinationszentrums der "Wiedergeburt" vom 12.-14. September 1989 in Moskau und am Vorabend des ZK-Plenums für Nationalitätenpolitik, wurden die Präsidiumsmitglieder Groth, Haar, Wormsbecher, Korn und Ritter sowie der Volksdeputierte Falk vom Vorsitzenden des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjets der UdSSR, R.N. Nišanov, dessen Stellvertreter, I.O. Bišer, dem Vorsitzenden der Kommission für Nationalitätenpolitik und zwischennationale Beziehungen des Nationalitätensowjets, G.S. Tarazevič⁷²⁷, dem Abteilungsleiter für zwischennationale Beziehungen des Nationalitätensowjets der UdSSR, A.A. Griškevič, und dem Vorsitzenden der Kommission für die Probleme der Sowjetdeutschen, G.N. Kiselev, empfangen. Die Sowjetdeutschen hielten als Gesprächsergebnis fest, dass "die Führung des Nationalitätensowjets ... die ernsthafte Besorgnis über die Lage des sowjetdeutschen Volkes teilt"⁷²⁸. Ein Dokument über die politische Rehabilitierung sei praktisch fertig und werde bald verabschiedet. Das Plenum des ZK "wird eine politische Entscheidung fällen, die Richtung der Lösung der Probleme ausarbeiten und auf diese Weise die Grundlage für die Beschleunigung der praktischen Entscheidung des Problems der Sowjetdeutschen schaffen."⁷²⁹ Die Kommission des Obersten Sowjets zu den Problemen der Sowjetdeutschen bereite einen Rechtsakt vor und werde im November dem Obersten Sowjet konkrete Vorschläge zur Entscheidung vorlegen, die im Dezember vom zweiten Kongress der

⁷²⁶ Predsedatelju Verhovnogo Soveta RSFSR B.N. El'cinu; abgedruckt in: *Neues Leben*, 20.6.90, S. 2

⁷²⁷ Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets Weissrusslands

Izvestija, 8.6.89: "Postanovlenie Soveta Nacional'nostej Verhovnogo Soveta SSSR "O postojannyh kommissijach Soveta Nacional'nostej. Sovet Nacional'nostej postanovljaet: Obrazovat' v Sovete Nacional'nostej sledujuščie postojannye kommissii: Kommissiju po nacional'noj politike i mežnacional'nym otnošenijam ..."; der Kommission gehörte auch der deutsche Gebietschef von Celinograd, Andrej Georgievič Braun, an.

⁷²⁸ *Freundschaft*, 4.10.89, S. 2

⁷²⁹ *ibid.*

Volksdeputierten zu bestätigen sein würde. Den Sowjetdeutschen solle eine staatliche Autonomie und eine Reihe von nationalen Regionen und Dorfsowjets gewährt werden. Die Form der Autonomie und ihre Belegenheit sei noch nicht entschieden, die Kommission prüfe verschiedene Varianten. Die "Wiedergeburt" werde seitens der staatlichen Organe als Vertretung des deutschen Volkes anerkannt, jedoch könne ihre Registrierung erst nach der Annahme des neuen Gesetzes über gesellschaftliche Organisationen erfolgen. Damit wäre den Vorstellungen der Deutschen weitestgehend entsprochen worden. Die Begegnung muss deshalb als weiterer Beweis für die zu jener Zeit konstruktive und optimistische Haltung der sowjetischen Führung zur sowjetdeutschen Frage gewertet werden.

Während des Treffens übergaben die "Wiedergeburt"-Vertreter Nišanov ein Schreiben mit den Forderungen der Deutschen. Im wesentlichen beinhalteten diese die unmittelbare Wiederherstellung der Staatlichkeit in Form einer autonomen Republik. Vor einer Lösung in Etappen warnten die Deutschen:

Die Idee einer etappenweisen Wiederbegründung der Autonomie - vom nationalen Rayon über einen nationalen Kreis [okrug] und ein autonomes Gebiet [oblast'] bis zur autonomen Republik - wird vom Volk, das den Glauben [an die Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit] verloren hat, eindeutig als Versuch aufgenommen, die grundsätzliche Lösung der Frage zu verzögern oder gänzlich zu verhindern; dies wird unweigerlich zu einem ... Ansteigen der Ausreisestimmung führen.⁷³⁰

Gleichzeitig sollten nach Vorstellungen der Deutschen autonome Rayons und Dorfsowjets in den kompakten Siedlungsgebieten wieder- oder neu entstehen - auch, um Ausreisetendenzen in den einzelnen Republiken zu dämpfen. Die Entscheidung über die Wiederherstellung der Staatlichkeit müsse spätestens auf der zweiten Tagung des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR am Jahresende fallen.

Darüber hinaus wurde in dem Schreiben gefordert, die Trudarmisten mit den übrigen Kriegsteilnehmern gleichzustellen, und,

ausgehend von der Zerstreung der Sowjetdeutschen über das ganze Land, die in gewissem Umfang auch in Zukunft beibehalten bleibt, ein Zentralorgan [zu] gründen - einen Rat, der die Interessen aller Sowjetdeutschen vertritt.⁷³¹

Insbesondere über die Verwirklichung dieses Anliegens nach einem unionsweiten staatlichen Vertretungsorgan sollte in den Folgejahren zwischen der sowjetischen Führung und den

⁷³⁰ ibid.

⁷³¹ ibid.

Deutschen, aber auch unter den Sowjetdeutschen selbst ein fundamentaler Streit ausgetragen werden - als sichtbar wurde, dass die sowjetische Führung lediglich einen Zentralrat, nicht jedoch den territorialen Bezug. die Autonome Wolgarepublik, zu konzedieren bereit war. Die ZK-Plattform stellte die Weichen in diesen Konflikt.

Am 26. September 1989, unmittelbar nach dem ZK-Nationalitätenplenium, gab der Vorsitzende des Nationalitätensowjets, R.N. Nišanov, aus Anlass des Besuches von Ministerpräsident Engholm ein Mittagessen, bei dem auch das Thema Sowjetdeutsche angesprochen wurde. Nišanov äußerte Verständnis für das Anliegen der Deutschen nach Wiederherstellung ihrer Wolgarepublik. In Kürze werde die Kommission des Obersten Sowjets ihren Bericht vorlegen. Vertreter der "Wiedergeburt" seien bei ihm gewesen, ihre Wünsche sollten so weit als möglich berücksichtigt werden. Auf dem Territorium der ehemaligen Republik sei Platz für die Ansiedlung von 200.000-400.000 Deutschen vorhanden. Die sowjetische Führung sei sich im klaren, dass jetzt eine Entscheidung getroffen werden müsse, weil so viele Deutsche auswanderten. Andererseits brauche man Zeit, um der im Wolgagebiet ansässigen Bevölkerung die Dinge zu erklären und deutlich zu machen, was sie im Falle einer verstärkten Ansiedlung der Deutschen erwarten. Nišanov äußerte sich in diesem Zusammenhang zufrieden über Fleiß und Ordnungssinn der Deutschen, die einen wichtiger Faktor im Produktionsprozess darstellten⁷³².

Einen Tag später, am 27. September 1989, äußerte sich ZK-Berater Nikolaj Portugalov in der ZDF-Sendung "Kennzeichen D" auf Fragen von Dirk Sager:

Antwort: Ich bin hundertprozentig für die Wiederherstellung der autonomen Republik der Wolga-Deutschen dort, wo die sowjetischen Deutschen ihre angestammte Heimat haben.

Frage: Muss es das alte Gebiet sein?

Antwort: Ja, warum nicht? Ich glaube, das hat Tradition, das hat Geschichte, das ist auch emotional begründet ...⁷³³

Auch wenn vor allem die zweite Antwort leichtfertig erscheint, so stellt das Interview wie auch die Äußerungen Nišanovs doch ein Indiz dar für die Mitte 1989 zum Nationalitätenplenium und im Umfeld der Reisen der Kiselev-Kommission bzw. deren Bericht vorherrschende pro-deutsche Stimmung im Obersten Sowjet und offenbar auch in Teilen des ZK. Es ist bemerkenswert, dass zumindest Nišanov - anders als später Gorbačev und El'cin -

⁷³² vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 3952 vom 26.9.89, Pol 320.16, S. 3

⁷³³ ZDF-Sendung "Kennzeichen D" am 27.9.89 20:15 Uhr; zitiert nach: BPA-Rundfunkauswertung Deutschland vom 28.9.89, S. 5

nicht dem Irrglauben anhing, die Wolga-Region sei nicht mehr aufnahmefähig für deutsche Rückkehrer.

Am 17. August 1989 wurde der Entwurf der Nationalitätenplattform des ZK veröffentlicht, kaum einen Monat später, am 20. September 1989, nach viel zu kurzer Zeit für eine sinnvolle öffentliche Diskussion, nahm das langerwartete ZK-Plenum zur Nationalitätenpolitik, das vom 19.-21. September 1989 in Moskau tagte, das Dokument an.

Die nationalitätenpolitische Lage in der Sowjetunion hatte sich in den Jahren der *Perestrojka* so zugespitzt, dass sie den Fortbestand der UdSSR gefährdete und die Plattform nicht umhin kam, schon im ersten Satz einzuräumen:

Die nationale Frage hat sich in der Sowjetunion in der letzten Zeit außerordentlich verschärft. Die Partei sieht ein, dass die Lösung der im Zusammenhang damit entstandenen Probleme von gewaltiger Bedeutung für die Geschehnisse der Umgestaltung und für die Zukunft unseres Landes ist.⁷³⁴

In einem historischen Abschnitt wurde die Nationalitätenpolitik Lenins hinsichtlich des Verhältnisses von Union und Republiken, aber auch in bezug auf die Entwicklungsmöglichkeiten einzelner Völker als vorbildlich herausgestellt und die zunehmende Abkehr von den Prinzipien Lenins verurteilt.

Das administrative Kommandosystem, das höchst zentralisierter einheitlicher Strukturen bedurfte, ignorierte mit der Zeit immer mehr die Bedürfnisse der nationalen Entwicklung. Die Oberhand gewann das ressortmäßige, bürokratisch-unifizierte Vorgehen, das alles beeinflusste - von der Standortverteilung der Produktivkräfte bis zu den Problemen der Sprache, Bildung und Kultur. Unter dem Vorwand des Schutzes der gesamtstaatlichen Interessen wurde die Selbständigkeit der Republiken eingeschränkt, gewann die Tendenz zum Unitarismus an Kraft. Allmählich abgeschafft wurde die der Verfassung von 1924 zugrunde liegende Abgrenzung der Kompetenz der Union und der Republiken, deren Souveränität in vielem formell geworden war.⁷³⁵

Die Nationalitätenplattform distanzierte sich in diesem Zusammenhang von den Massendeportationen und Repressalien der 40er Jahre und stellte fest, dass die Probleme zum Teil fortbestanden.

⁷³⁴ "Die Nationalitätenpolitik der Partei unter gegenwärtigen Bedingungen", *Freundschaft*, 21.9.89, S. 2f, S. 2 (russ. in *Pravda*, 24.9.89)

⁷³⁵ *Freundschaft*, 21.9.89, S. 2

Eine der ernststen Ursachen der Zuspitzung der nationalen Probleme waren die Massenrepressalien, insbesondere die Deportation [*Pravda*: pereselenie] ganzer Völker aus ihren traditionellen Wohnorten in andere Republiken und Regionen. Dieses Los traf die Kalmycken, Karatschaier, Balkaren, Tschetschenen, Inguschen, Krimtataren, Meschedtürken, Deutschen, Koreaner, Griechen und Kurden. Viele Partei- und Staatsfunktionäre der Republiken, Vertreter der nationalen Intelligenz wurden unbegründet des Nationalismus beschuldigt und verfolgt. Tragische Verluste in der Periode des Personenkultes haben alle Völker ohne Ausnahme zu beklagen. Obwohl die entsprechenden Beschlüsse nach dem XX. Parteitag aufgehoben wurden, gelang es nicht in allen Fällen, die Folgen der begangenen Ungerechtigkeiten abzuschaffen. Das Bestehen dieser Probleme lässt sich bis heute spüren.⁷³⁶

In diesem Abschnitt konnte sich die Partei offenbar nicht dazu durchringen, das Schicksal der repressierten Völker nicht zu relativieren und zu beschönigen und stattdessen einzugestehen, dass nicht nur Probleme spürbar fortbestanden, sondern dass, insbesondere hinsichtlich der Deutschen, die Rehabilitierung und Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit ausstanden und eine Vielzahl von Gesetzen diskriminierenden Charakters weiterhin in Kraft waren.

Ohne die Frage der bisherigen Rolle der Partei zu berühren, unterstrich die Nationalitätenplattform in aller Offenheit, dass die Politik der Verschmelzung der Nationalitäten zum Sowjetvolk nicht nur falsch war, sondern scheitern musste und damit wesentlich zu den derzeitigen Problemen beigetragen hatte:

Die heutigen Probleme bei den zwischennationalen Bedingungen sind in bedeutendem Maße mit der Unterschätzung der realen gesellschaftlichen Prozesse verbunden. Der der ganzen Welt eigene objektive Widerspruch zwischen der Entwicklung der Nationen und ihrer Annäherung, zwischen dem Streben nach Selbständigkeit und dem Bedürfnis nach der Vertiefung der Integrationsbeziehungen hat sich auch in unserem multinationalen Land fühlbar gemacht. In der Politik wurde er aber nicht auf die gehörige Weise analysiert und berücksichtigt.

Das Wachstum des nationalen Bewusstseins weckte das Interesse für die Geschichte des Volkes, für seine kulturellen Werte und Traditionen. Der Befriedigung dieser Bedürfnisse standen jedoch die theoretischen Richtlinien auf eine beschleunigte Annäherung der Nationen und die Behauptung im Wege, die nationale Frage sei völlig und endgültig gelöst, was in der Tat zur Schmälerung der nationalen Vielfalt und der Besonderheiten des geistigen Lebens führte.⁷³⁷

⁷³⁶

ibid.

⁷³⁷

ibid.

Die Partei rief daher in der Plattform dazu auf, sich über die "tiefen Wurzeln" der Probleme in der Vergangenheit "klarzuwerden und entschieden gegen all das aufzutreten, was den sozialistischen Idealen und Prinzipien nicht entspricht."⁷³⁸

Als Konsequenz der "Deformationen der gesellschaftlichen Entwicklung, die bald nach V.I. Lenin begonnen hatten"⁷³⁹, forderte die Partei als "höchstes Ziel der Nationalitätenpolitik" die "Harmonisierung der zwischennationalen Beziehungen auf neuer Grundlage"⁷⁴⁰. Im einzelnen sollte dies auf Wegen erreicht werden, die im Hinblick auf Maßnahmen unterhalb der Republikebene bei den politisch interessierten Sowjetdeutschen auf großes Interesse gestoßen sein dürften:

- Vervollkommnung der sowjetischen Föderation ...
- Erweiterung der Rechte und Möglichkeiten aller Arten der nationalen Autonomie;
- Gewährleistung gleicher Rechte jedem Volk und die Befriedigung der spezifischen Interessen jeder Nationalität;
- Schaffung von Bedingungen für die freie Entwicklung der nationalen Sprachen und Kulturen;
- Festigung der Garantien, die die Schmälerung der Rechte der Bürger nach nationalem Merkmal ausschließen;
- Erneuerung der gesamten ideologisch-politischen Forschung und Erziehungsarbeit im Bereich der nationalen Beziehungen ...⁷⁴¹

Die Plattform behandelte in konkreten Abschnitten die Frage, wie diese Ziele im einzelnen zu erreichen seien. Unter der Zwischenüberschrift "Die Rolle und den Rechtsstatus der nationalen Autonomien fördern" wurde die beschleunigte Erneuerung der einschlägigen Gesetzgebung bei einer "wesentlichen" Erweiterung der Autonomie-Kompetenzen angekündigt, so in den Bereichen der "administrativ-territorialen Gliederung in ihren Territorien, des Naturschutzes, der Entwicklung der nationalen Kultur und der Sprache sowie des Schutzes von Baudenkmalern"⁷⁴².

Die wirtschaftliche Selbständigkeit der autonomen Republiken ist zu festigen durch deren Überführung zur wirtschaftlichen Rechnungsführung und Selbstfinanzierung (...)

Den autonomen Gebieten und autonomen Bezirken ist ein höherer Rechtsstatus zu gewähren durch die Einräumung des Rechts auf Gesetzesinitiative in den höchsten Organen der Staatsmacht der UdSSR und der Unionsrepubliken. Zu verankern ist die Bestimmung über die Vertretung der autonomen Bezirke nicht nur im Obersten

738 ibid.
 739 ibid.
 740 ibid.
 741 ibid.
 742 ibid. S. 3

Sowjet der UdSSR, sondern auch im Obersten Sowjet der RSFSR sowie in den Sowjets der Volksdeputierten der Regionen und Gebiete.⁷⁴³

Im Hinblick auf die Wiederherstellung der Wolgarepublik wäre eine solche Statusaufwertung den Deutschen sehr willkommen gewesen. Allerdings dürfte gerade dies dazu beigetragen haben, Kräfte gegen die zunehmende Erosion zentraler Macht zu mobilisieren und die Einrichtung neuer autonomer Republiken zu sowjetischer Zeit zu verhindern. Im Rahmen der Verhandlungen um den neuen Unionsvertrag fanden schon bald schwere Kontroversen insbesondere mit zwei autonomen Republiken über Status und Fragen der Souveränität von autonomen Republiken statt.

Im Bereich des Verhältnisses zwischen Union und Unionsrepubliken trug die Plattform ebenso dazu bei, die Weichen in Richtung auf deren Loslösung von Moskau zu stellen. Auch in außenpolitischer Hinsicht wurden den Republiken Rechte verbrieft, was sich in den Verhandlungen der Bundesrepublik mit dem Zentrum über eine Betreuung der deutschen Minderheit schon bald als Problem erwies, insbesondere im Hinblick auf Kasachstan.

Wegweisend erwies sich die Nationalitätenplattform hinsichtlich der Umsetzung der von Gorbačev am 23. Februar 1989 in Kiev erhobenen Forderung nach der Absicherung von Nationalitäten, die außerhalb ihrer nationalstaatlichen Gebilde lebten bzw. keine solchen besaßen. Ihnen wurde das Recht angekündigt, mit Zustimmung des Obersten Sowjets der jeweiligen Republik und den Regions- und Gebietsowjets nationale Rayons oder Dorfsowjets in kompakten Siedlungsgebieten zu gründen. Die potentielle Tragweite dieses Passus in dem zu formulierenden Gesetz, das schließlich am 26. April 1990 in Kraft trat, wird anschaulich, wenn man bedenkt, dass 43 Nationen bzw. Nationalitäten in der UdSSR über ein eigenes Gebiet und damit über eine vollständige Selbstverwaltung verfügten, 85 jedoch nicht⁷⁴⁴. Dennoch bildete diese Bestimmung die Grundlage für die Einrichtung zweier deutscher autonomer Rayons 1991 in Russland.

Kulturzentren und Massenorganisationen sollten das Recht eingeräumt bekommen, unmittelbare Kontakte mit Bürgern, Kultur- und Bildungseinrichtungen anderer Staaten gleicher Ethnie aufzunehmen und zu pflegen. Diese Forderung mündete ebenfalls in das Gesetz vom 26. April 1990 ein und schuf die rechtliche Grundlage für direkte Beziehungen der "Wiedergeburt" und später anderer Organisationen zu Einrichtungen in der Bundesrepublik und umgekehrt und damit die Voraussetzung für Hilfen zum Kulturerhalt aus Deutschland.

⁷⁴³ ibid.

⁷⁴⁴ Zahlen zitiert nach: *Neues Leben*, 6.3.91, S. 2

Weitere Regelungen forderte die Plattform im Bereich des Erhalts der nationalen Kultur und Sprache. Geradezu zynisch muss eine Feststellung auf die Deutschen gewirkt haben, die seit dem Krieg keinen Unterricht mehr in ihrer Muttersprache haben konnten:

Eine besondere Bedeutung gewinnen die Fragen der nationalen Sprachenpolitik in der UdSSR. Ihre Hauptprinzipien waren und bleiben freie Entwicklung und Gleichberechtigung aller Sprachen und freiwillige Wahl der Unterrichtssprache.⁷⁴⁵

Im Zusammenhang mit der Absicherung der Rechte von Nationalitäten ohne eigenes Gebiet wurde für die Deutschen darüber hinaus eine weitere Passage bedeutsam:

Vorzusehen ist die Möglichkeit der Gründung der staatlich-gesellschaftlichen Unionsorgane für die Vertretung der Bürger, die zu den Völkern gehören, die keine territoriale Autonomie besitzen.⁷⁴⁶

Wie eine solche "Regierung ohne Territorium", eine "Assoziation" oder einen "Nationalrat", wie das für die Sowjetdeutschen zu schaffende zentrale Organ später genannt wurde, konkret aussehen sollte, blieb offen. Die Diskussion um dessen quasi-staatlichen Befugnisse prägte aber die sowjetdeutsche Geschichte ab 1990, als die Option der Wiederherstellung einer territorialen Autonomie an der Wolga aus Sicht der sowjetischen Führung nicht mehr bestand, und spaltete die deutsche Bewegung über das Ende der Sowjetunion hinaus.

Nach Vorstellungen der Partei sollte ein Gesetz geschaffen werden, um "den gerichtlichen und rechtlichen Schutz der nationalen Ehre und Würde ... zu erweitern". In der Nationalitätenplattform hieß es dazu:

In unser Rechtsarsenal muss die Pflicht aufgenommen werden, den moralischen und materiellen Schaden für die Verletzung der nationalen Gefühle und die Schmälerung der nationalen Würde wieder gut zu machen, das auf das Schüren des nationalen Haders gerichtete Handeln muss mit aller Strenge des Gesetzes geahndet und unterbunden werden.⁷⁴⁷

Das entsprechende Gesetz "Über die Verschärfung der Verantwortlichkeit für Verstöße gegen die nationale Gleichberechtigung der Bürger ..." wurde zwar vom Obersten Sowjet am 2. April 1990 verabschiedet, eine Anzeige der "Wiedergeburt" gegen antideutsche Aktivitäten der Parteiführung an der Wolga, ein möglicher Testfall für die Ernsthaftigkeit der

⁷⁴⁵ *Freundschaft*, 21.9.89, S. 3

⁷⁴⁶ *ibid.*

⁷⁴⁷ *ibid.*

mit dem Gesetz verbundenen Absichten, konnte die zuständige Staatsanwaltschaft jedoch nicht zum Handeln veranlassen.

In einen allgemeinen Passus eingebettet, beschäftigte sich die Nationalitätenplattform des weiteren unmittelbar mit den Deutschen und ihren nationalitätenpolitischen Anliegen:

Es sind alle Maßnahmen zur Lösung der Probleme der Krimtataren, der Sowjetdeutschen, der Griechen, der Kurden, der Koreaner, der Meschedtürken und anderer Völker zu beschließen.

Solcherlei Fragen müssen unter obligatorischer Berücksichtigung der Interessen aller in diese Situation einbezogenen Nationen, der bestehenden Realitäten und der eventuellen Folgen für das Leben der Menschen entschieden werden.⁷⁴⁸

Der zweite Teil hatte die Qualität einer Generalvollmacht, mit der jegliche Initiativen zugunsten dieser repressierten und 44 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs noch immer nicht rehabilitierten Völker verhindert werden konnten.

Im ähnlichen, primär deklaratorischen Geiste wurde in der Plattform auch die Rehabilitierungsresolution des Obersten Sowjets der UdSSR vom 14. November 1989 pathetisch vorgezeichnet:

Es tut ein Gesetzgebungsakt Not, der eine vollständige politische Rehabilitierung der Völker, die Repressalien und Massendeportationen ausgesetzt wurden, gewährleistet und Garantien dafür schafft, dass sich Ähnliches nie mehr wiederholen wird. Das muss im Namen unserer moralischen Ideale getan werden.⁷⁴⁹

Gorbačev räumte am 19. September 1989 in seiner Rede vor dem ZK-Plenum ein,

dass auch in den nationalen Beziehungen umfassende tiefgreifende Umgestaltungen nötig geworden sind. ... Nach dem April 1985 sind wir uns nicht sofort bewusst geworden, dass solche Umgestaltungen notwendig sind. (...) Die heutige Situation in den zwischennationalen Beziehungen muss man als besonders schwierig ansehen. Eine nach der anderen kamen die ungelösten Fragen zum Vorschein, machten sich die im Verlauf von Jahrzehnten begangenen Fehler und zugelassenen Deformationen bemerkbar, entbrannten die schwelenden zwischennationalen Konflikte.⁷⁵⁰

Hinsichtlich der repressierten Völker - meines Wissens handelte es sich um die erste öffentliche Stellungnahme des Generalsekretärs zu dieser Thematik - verwies Gorbačev auf die Verantwortung der Stalin-Zeit - ohne diesen aber selbst zu erwähnen - und ging auch

⁷⁴⁸ ibid.

⁷⁴⁹ ibid.

⁷⁵⁰ *Pravda*, 20.9.89

nicht darauf ein, dass eine vollständige Rehabilitierung der betroffenen Nationen weiterhin ausstand. Auch wenn Gorbačev auf frühere amtliche Stellungnahmen verwies, brachte er nur eine unpersönlich formulierte Verurteilung (*zasluživajut rešitel'nogo osuždenija*), kein Bedauern oder Mitgefühl, keine Entschuldigung für die Mittäterschaft der Partei zum Ausdruck. Dennoch: "die Rede ... Gorbačevs auf dem Septemberplenium des ZK der KPdSU ... flöbte den Sowjetdeutschen neue Hoffnungen ein"⁷⁵¹. Das seinerzeit weitgehend unbeachtete Gewicht des Nachsatzes zu den bestehenden Realitäten (*složivšiesja seičas real'nosti*) lässt sich erst im Rückblick als ein für die Sowjetdeutschen warnender, für die erhitzten Gemüter an der Wolga aber beruhigender Hinweis dafür ausmachen, dass die Partei und ihr Generalsekretär sich nur zu minimalen Zugeständnissen würden entschließen können:

Sprechen muss man hier auch von den in der Vergangenheit, besonders in den Kriegsjahren und der Nachkriegszeit, zugelassenen Akten der Ungerechtigkeit und Willkür gegenüber einigen Völkern. Wenn auch die entsprechenden politischen Beschlüsse gefasst und prinzipielle Bewertungen abgegeben wurden, so müssen wir doch heute, da wir Fragen der Nationalitätenpolitik erörtern, noch einmal erklären: Die Fakten der Willkür und der Aussiedlung [*vyselenija*] von Völkern aus den Orten, wo sie in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges lebten, müssen entschieden verurteilt werden. Wir müssen alles tun, um die mit Füßen getretenen Rechte der Sowjetdeutschen, der Krimtataren, der Meschedtürken, der Kalmücken, der Balkaren, der Karatschaier, Tschetschenen, Inguschen, Griechen, Koreaner und Kurden wiederherzustellen. Die Frage ist kompliziert, in einigen Beziehungen schmerzlich. Aber es gibt nur einen Weg: Hartnäckig Lösungen zu suchen, die die jetzt entstandenen Realitäten berücksichtigen.⁷⁵²

Rafik N. Nišanov, der Vorsitzende des Nationalitätensowjets, stellte in seiner Intervention auf dem ZK-Plenum wie früher schon Gorbačev prophetisch fest, dass "von der richtigen und rechtzeitigen Lösung [der Nationalitätenproblematik] das Schicksal der *Perestrojka* abhängt"⁷⁵³. Er anerkannte das Recht der repressierten Völker, dorthin zurückzukehren, von wo sie einst in der Stalinzeit deportiert worden waren, und die Notwendigkeit, nach Jahrzehnten nun endlich einen offiziellen Gesetzesakt über deren volle politische Rehabilitierung zu verabschieden. "Es wäre gut, wenn der Generalsekretär des ZK der KPdSU, der Vorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR, Michail Sergeevič Gorbačev, zu dieser Frage auf dem II. Kongress der Volksdeputierten der UdSSR einen Vorschlag machte."⁷⁵⁴ Nišanov unterstrich

⁷⁵¹ *Freundschaft*, 24.10.89, S. 2

⁷⁵² *Pravda*, 20.9.89

⁷⁵³ *Pravda*, 21.9.89

⁷⁵⁴ *ibid.*

jedoch auch die "Realitäten", die zu Schwierigkeiten bei der Verwirklichung des Rechtes auf Rückkehr führen:

... eine nähere Betrachtung der konkreten Situation vor Ort zeigt, dass die Lösung der Probleme durch objektive Faktoren erschwert wird, wie auch durch einige Vorurteile, die Unlust sogar einzelner führender Kader, sich mit dieser schwierigen Frage "herumzuschlagen", aber ebenfalls durch das Fehlen einer umfangreichen Aufklärungsarbeit unter den breiten Bevölkerungsmassen.⁷⁵⁵

Nišanov gab damit erstmals von offizieller Seite und öffentlich einen, wenn auch mit einem Euphemismus belegten Hinweis auf den Widerstand der Parteifunktionäre an der Wolga gegen die Ansiedlung von Russlanddeutschen. Diese Bemerkung zeugte zwar davon, dass die Unbotmäßigkeit in Moskau sehr wohl registriert worden war; Konsequenzen sollte die sowjetische Führung daraus jedoch nicht ziehen.

Nišanov forderte ein staatliches Programm einer stufenweisen Rückkehr in die alten Siedlungsgebiete ohne Beeinträchtigung der Interessen der jetzt an der Wolga lebenden Bevölkerung. Die Formel "ne uščemljaja interesy ljudej, nyne proživajuščich tam" wurde fortan gebetsmühlenartig von der sowjetischen Politik wiederholt und den Sowjetdeutschen sowie der Bundesrepublik entgegengehalten. Sie sollte Eingang in die bilateralen Vereinbarungen mit Russland finden - bis hin zum deutsch-russischen Protokoll von 1992 über die Zusammenarbeit zur stufenweisen Wiederherstellung der Staatlichkeit der Russlanddeutschen.

Natalja Gellert kritisierte auf dem ZK-Plenum offen die Massendeportationen und Repressalien gegen die Deutschen sowie die bis in die Gegenwart fortbestehende Diskriminierung und die noch immer nicht vollständige Rehabilitierung. Seitens ZK und Partei stellte dies die bis dahin wohl deutlichste öffentliche Intervention zugunsten der Deutschen dar. Frau Gellert setzte sich nachdrücklich für die schnellstmögliche Wiederherstellung der Wolgarepublik als letzte Chance für die Deutschen ein, als eigenständiges Volk in der Sowjetunion zu überleben, 225 Jahre nach ihrer Einwanderung auf Einladung Russlands. Die meisten Deutschen hätten ihre eigene Sprache und Kultur bereits eingeübt, sehr viele die Hoffnung auf eine Besserung der Lage aufgegeben, und die Ausreisewelle daher ein ungekanntes Ausmaß angenommen.

Sie leben über das ganze riesige Land verstreut, haben weder eine einzige nationale Schule, noch eine einzige Mittelschule oder Universität. In der Masse haben sie ihre Muttersprache verloren, ihre Kultur ist praktisch vernichtet. Ihre Lage

⁷⁵⁵

ibid.

veranschaulichen einige Ziffern, die bereits von der Presse veröffentlicht wurden. Auf einen Sowjetdeutschen wird in der Muttersprache hundertmal weniger schöngeistige Literatur verlegt als bei den Kirgisen, einhundertsechzigmal weniger als bei den Letten und dreihundertzwanzigmal weniger als bei den Esten.⁷⁵⁶

Vorstellungen einer schrittweisen Lösung, wie sie im Obersten Sowjet und im Volkskongress erörtert worden waren, wies Natalja Gellert zurück. Die Sowjetdeutschen könnten nicht länger warten, sie würde die "Unbestimmtheit"⁷⁵⁷ der Äußerungen auf den beiden Foren beunruhigen. Frau Gellert forderte vergeblich die explizite Berücksichtigung der Anliegen der Sowjetdeutschen in der Nationalitätenplattform und einen deren Erwartungen entsprechenden Beschluss des zweiten Kongresses der Volksdeputierten noch 1989, und zwar nicht in Form einer etappenweisen Lösung über verschiedene Autonomieschritte bis zur Republik: "Wenn man ihnen jetzt statt der erwarteten autonomen Republik einen nationalen Rayon oder ein autonomes Gebiet vorschlägt, wird dies bei der überwältigenden Mehrheit scharfen Protest hervorrufen."⁷⁵⁸ Der Prozess der Wiederherstellung der Republik werde dann selbstverständlich stufenweise erfolgen. Gleichzeitig sollten nationale Rayons oder Dorfsowjets in Gebieten kompakter Besiedlung wiederhergestellt oder neu gegründet werden. Dieser Ansatz wurde von Groth und seinen Anhängern ab 1990 zunehmend radikal gegenüber der sowjetischen Führung vertreten. Außerdem schlug Natalja Gellert vor, dass die in der ZK-Plattform für Völker ohne eigene Staatlichkeit vorgesehene Möglichkeit der Gründung eines nationalen Sowjets auch nach Wiederherstellung der autonomen Republik für verstreut lebende Nationalitäten wie die Deutschen möglich sein solle. Ein solcher Zentralrat könne dem Obersten Sowjet bereits bei der Vorbereitung der Entscheidung über die Wiederherstellung der Autonomie assistieren. Schließlich setzte sie sich auch für die ehemaligen Trudarmisten ein. Die Rede von Frau Gellert war mit Vertretern der "Wiedergeburt" im einzelnen abgestimmt worden und wiederholte die schon bekannten Forderungen aus dem Schreiben des Koordinationszentrums vom 13. September 1989 an Nišanov. Diese Kooperation ist besonders bemerkenswert, zeigt sie doch ebenso wie die Zusammensetzung der Kiselev-Kommission die anfängliche Nähe und Zusammenarbeit von Apparat und deutscher Interessenvertretung sowie den im Grundsatz guten Willen im ZK, auf Anliegen der Deutschen einzugehen⁷⁵⁹.

⁷⁵⁶ *Pravda*, 22.9.89

⁷⁵⁷ *ibid.*

⁷⁵⁸ *ibid.*

⁷⁵⁹ vgl. ergänzend: *Neues Leben*, 27.9.89, S. 2

Am 4. Oktober 1989 zog das Politbüro der KPdSU eine Bilanz des Plenums und beauftragte das ZK, ein Programm konkreter Maßnahmen zur Realisierung der Grundsätze der Nationalitätenplattform der KPdSU zu erarbeiten⁷⁶⁰.

2.2.3.6 Schlussfolgerungen der Kiselev-Kommission und anti-deutscher Widerstand an der Wolga

Mitte Oktober 1989 lag der vorläufige Bericht der Kiselev-Kommission vor. TASS meldete am 19. Oktober 1989, die Kommission des Obersten Sowjets empfehle einstimmig die Wiederherstellung der Autonomie der Wolgadeutschen in ihrem früheren Siedlungsgebiet⁷⁶¹. Radio Moskau berichtete am selben Tag:

Die Kommission gelangte zu der Schlussfolgerung, dass die begründetste und annehmbarste Wahl für die Errichtung einer deutschen Autonomie auf das Territorium der alten Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen fallen sollte, d.h. mehrere Bereiche der Gebiete von Saratov und Wolgograd.

Die Kommission, die den Entwurf für ein Bündel dringender Maßnahmen prüfte, die die Lösung der Probleme der Sowjetbürger deutscher Herkunft zum Ziel haben, gelangte während ihrer Beratungen zu der Auffassung, dass die Wiederherstellung der Autonomie und die vollständige Rehabilitierung der Sowjetbürger deutscher Herkunft eine vordringliche Aufgabe darstellt.⁷⁶²

"Ohne [die Wiederherstellung der Republik] wäre die Rehabilitierung der Deutschen unvollständig"⁷⁶³, sagte Kiselev. Sie sollte jedoch in Etappen erfolgen - nicht zuletzt, da die Zahl der sowjetdeutschen Bewohner im Wolgagebiet 1989 nur gering war⁷⁶⁴ - und "auf dem Territorium der künftigen Autonomie Rechte und Interessen der dort lebenden Bevölkerung berücksichtigen"⁷⁶⁵. Der Entwurf des Kommissionsberichtes mit Vorschlägen zum weiteren Vorgehen sollte nach Angaben von Groth noch einmal überarbeitet und dann dem Obersten Sowjet vorgelegt werden. Der Volksdeputiertenkongress habe dann auf seiner zweiten Sitzung Ende Dezember 1989 darüber zu befinden, so dass im Januar 1990 mit der Verkündigung im amtlichen Gesetzblatt der UdSSR zu rechnen sei⁷⁶⁶.

⁷⁶⁰ vgl. *Neues Leben*, 11.10.89, S. 2

⁷⁶¹ vgl. *Frankfurter Allgemeine*, 20.10.8; *Freundschaft*, 2.11.89, S. 2

⁷⁶² Radio Moskau (frz.), 19.10.89/1900; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen* vom 20.10.89, S. 12

⁷⁶³ *Neues Leben*, 25.10.89, S. 2

⁷⁶⁴ *ibid.*

⁷⁶⁵ dpa 19.10.89/1203; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen* vom 20.10.89, S. 13

⁷⁶⁶ Der Bericht blieb jedoch unveröffentlicht, und auch der Volksdeputiertenkongress befasste sich nicht mit der Thematik.

Von seinen Erfahrungen während der Untersuchung, insbesondere hinsichtlich der Gründe für die Ablehnung einer deutschen Autonomie, berichtete Kiselev in einem für die Sowjetdeutschen werbenden Interview in *Sovetskaja Rossija*.

Wir haben uns davon überzeugt, dass viele das Wesen der Frage nicht kennen, keine vollständige und objektive Information darüber verfügen, warum das Problem der Sowjetdeutschen entstanden ist. Und in einer Reihe von Fällen wussten die Leute nicht einmal die elementarsten Fakten.⁷⁶⁷

Im selben Artikel bestätigte die Zeitung, dass als Reaktion auf ein früheres Interview mit dem stellvertretenden Kommissionsvorsitzenden Medikov und mit Groth Leserbriefe eingegangen wären, in den gefragt worden sei: "Warum muss man früheren Kriegsgefangenen, die nach dem Krieg in unserem Land geblieben sind, eine Autonomie geben?"⁷⁶⁸ Kiselev zog daraus die Schlussfolgerung, dass mit "Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung"⁷⁶⁹ extreme Ansichten zu korrigieren sein würden, unterstrich jedoch, dass die Kommission eine Lösung des Problems der Deutschen nur für möglich hielt, "wenn dabei die Rechte und Interessen von denen nicht geschmälert werden, die auf die eine oder andere Weise von der Wiederherstellung der Autonomie betroffen sind." Kiselev bestätigte dann, dass diese Haltung von der "Wiedergeburt" nicht nur geteilt werde, sondern bereits in einem Aufruf an die Bevölkerung des Wolgagebiets enthalten war, der auf der Gründungskonferenz der "Wiedergeburt" verabschiedet wurde. Es ist bemerkenswert, dass *Sovetskaja Rossija* als eine konservative Zentralzeitung den Appell, dessen Veröffentlichung nicht nur in den Zeitungen des Wolgagebietes nicht möglich gewesen war, im weiteren in wesentlichen Teilen abdruckte⁷⁷⁰.

Der Gebietsparteichef von Volgograd, Kalašnikov, war in der Partei offenbar wegen seines Auftritts vor dem ZK-Plenum im April 1989 unter Druck geraten, so dass er sich vor der Kiselev-Kommission von den seinerzeitigen Äußerungen zumindest teilweise distanzierte:

Auf dem April-Plenum habe ich nur Überlegungen angestellt [vystupal v porjadke razmyšlenija]. Begegnungen mit der deutschen Bevölkerung zeigten jedoch, dass diese Schmerz und Erniedrigung empfunden hat. Diese moralische Belastung muss weg [nužno snjat']. Die deutsche Republik muss in den alten Grenzen wiederhergestellt werden, und es darf auf keinen Fall einen Anlass für einen

⁷⁶⁷ *Sovetskaja Rossija*, 21.10.89

⁷⁶⁸ *ibid.*

⁷⁶⁹ raz"jasnitel'naja rabota sredi naselenija

⁷⁷⁰ *Sovetskaja Rossija*, 21.10.89

Neuzuschnitt der Grenzen geben. Je schneller wir die Frage der Wiederherstellung der Autonomie lösen, desto geringer wird die Ausreisestimmung ausfallen.⁷⁷¹

Dem Abschlußbericht der Kiselev-Kommission und den Schlussfolgerungen stimmte Kalašnikov zwar grundsätzlich zu, verzögerte ihn aber dennoch bis Ende November, indem er durchsetzte, dass noch einmal Mitglieder der Kommission das betreffende Gebiet bereisten, um "auf jene Kräfte einzuwirken, die dem Projekt ablehnend gegenüberstehen"⁷⁷². Wie die *Frankfurter Allgemeine* berichtete, hatte Kalašnikov vor der Kommission zur Stimmung an der Wolga vorgetragen

und vor einem neuen Nationalitätenkonflikt, der im Entstehen begriffen sei, gewarnt. Darauf reisten abermals Mitglieder der Kommission, aber auch führende Vertreter der "Wiedergeburt" an die Wolga, um den Spannungen zu begegnen und Befürchtungen, die Deutschen wollten "die Macht an sich reißen und die Russen vertreiben", zu zerstreuen.⁷⁷³

Nach einer *dpa*-Meldung wurde die Arbeitsgruppe der Kiselev-Kommission von der russischen Bevölkerung z.T. aber sogar an ihren Auftritten gehindert⁷⁷⁴. Das *Neue Leben* machte in einem umfangreichen Artikel auf die gezielte antideutsche Meinungsmache durch Parteifunktionäre im Gebiet Saratov aufmerksam und beschrieb eine Episode der misslungenen Mission der Arbeitsgruppe:

Am 24. Oktober wurde im KPdSU-Stadtkomitee vom Ersten Sekretär Genossen V. Zjuzin eine Beratung der Parteisekretäre von Betrieben durchgeführt, bei der die Betreffenden klare Empfehlungen erhielten, Versammlungen in den Arbeitskollektiven im Zusammenhang mit dem Beschluss der Kommission zur Frage der Deutschen zu organisieren. Die Versammlungen erfolgten direkt am Arbeitsplatz in der Arbeitszeit.

Die "öffentliche Meinung", die so gemacht wird, wurde zwei Tage später der Kommission des Nationalitätensovjets im Kulturhaus von Krasnoarmejsk demonstriert. Weder der stellvertretende Kommissionsvorsitzende, der Volksdeputierte der UdSSR V. Medikov, noch der Vorsitzende der Gesellschaft "Vozroždenije" H. Groth oder die Parteiführer der Stadt, die die Versammelten zur Besonnenheit aufriefen, bekamen die brodelnden Emotionen des Saals und der tausendköpfigen Menge vor dem Kulturhaus in den Griff. Die Menge bestand darauf, in eine Resolution die Forderung aufzunehmen, die Erörterung des Obersten Sowjets der UdSSR abzusetzen und überhaupt nie mehr zur Frage einer autonomen Republik auf

⁷⁷¹ *Neues Leben*, 25.10.89, S. 2

⁷⁷² nach: *Frankfurter Allgemeine*, 1.11.89, S. 7; zu Einzelheiten des Widerstandes an der Wolga vgl. Eisfeld, A. "Teilerfolge und Rückschläge für die Autonomiebewegung der Sowjetdeutschen". *Osteuropa* 40 (1990), S. 849-863

⁷⁷³ *Frankfurter Allgemeine*, 13.12.89

⁷⁷⁴ *dpa*, 17.11.89/0856; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen*, 20.11.89, S. 37

dem Territorium des Rayons Krasnoarmejsk zurückzukehren. Die aufwallenden Leidenschaften ließen Befürchtungen um die Sicherheit des Präsidiums der Versammlung aufkommen, das das Kulturhaus durch den Hintereingang verlassen musste.⁷⁷⁵

Das *Neue Leben* wies Äußerungen des Ersten Sekretärs des Stadtparteikomitees von Krasnoarmejsk, Vladimir Leonidovič Zjuzin, zurück, der der "Wiedergeburt" vorwarf, "enge nationale Interessen" zu verfolgen, und berichtete im weiteren von einer Versammlung in der Technischen Universität Saratov, bei dem Redner unter Beifall des Saales die Führer der "Wiedergeburt" sogar als eine "Clique von Usurpatoren" und als "Sprösslinge von Hitler, Göbbels und Co." beschimpften⁷⁷⁶.

Die Kiselev-Kommission empfing am 27. Oktober 1989 in Moskau Vertreter aus Marks (Gebiet Saratov), dem Zentrum des antideutschen Widerstandes. Die *Freundschaft* verzeichnete "stürmische Diskussionen"⁷⁷⁷. Kiselev erläuterte, in den vorangegangenen Sitzungen der Kommission seien alle geographischen Alternativen der Wiederherstellung einer Autonomen Republik detailliert erörtert worden, die Kommission habe sich jedoch für das Gebiet der ehemaligen Wolgarepublik entschieden, da jede andere Lösung den Eindruck erweckt hätte, als solle die Deportation der Deutschen 1941 nunmehr gesetzlich bestätigt werden. Der Volksdeputierte Tufan Abdullovič Minnullin (Tatarische Republik) wies die Delegation aus Marks darauf hin, "dass die Wiederherstellung der Autonomen Republik der Sowjetdeutschen nicht irgendein politischer Akt, sondern vor allem Teil einer moralischen Reinigung der Sowjetgesellschaft ist, wenn wir uns als zivilisiertes Volk betrachten wollen."⁷⁷⁸ Die Wiederherstellung der Republik werde einige Zeit in Anspruch nehmen, sagte Kiselev, und ein umfangreiches Programm erfordern. Dafür solle eine Regierungskommission gegründet werden - die Kiselev-Kommission selbst war eine Einrichtung der Legislative. Kiselev unterstrich, "dass es nicht um irgendwelche Privilegien für die Sowjetdeutschen gehe oder um die Beeinträchtigung anderer nationaler Teile der Bevölkerung ..."⁷⁷⁹, und merkte an, dass das Projekt im Gebiet Volgograd die Unterstützung der Partei- und Sowjetstrukturen erfahre und von der Bevölkerung diskutiert (prorabatyaetsja naseleniem) werde. Dort verhalte man sich gegenüber diesem äußerst wichtigen politischen Problem "reifer"⁷⁸⁰.

⁷⁷⁵ *Neues Leben*, 14.2.90, S. 6

⁷⁷⁶ *ibid.*

⁷⁷⁷ *Freundschaft*, 2.11.89, S. 2

⁷⁷⁸ *ibid.*

⁷⁷⁹ *ibid.*

⁷⁸⁰ *ibid.*

Ein Sonderkorrespondent der *Izvestija*, Valerij Vyžutovič, beschrieb aus den Gebieten Saratov und Volgograd wie von Parteioffiziellen eine antideutsche Stimmung der einheimischen Bevölkerung durch Gerüchte erzeugt und angeheizt wurde: Sobald die Deutschen zurückkämen, müssten die Bewohner von ehemals deutschen Häusern diese innerhalb von 24 Stunden verlassen; die Deutschen würden alle Führungspositionen unter sich aufteilen; ohne Deutschkenntnisse dürfe man keinen Laden mehr betreten ... Im Rahmen der Hetzkampagne gegen die Wiederansiedlung wurden auch Schulkinder mit der Sammlung von Unterschriften beauftragt - Motto: "Onkel Kolja, sind Sie für die Deutschen oder für die Russen? Dann unterschreiben Sie!"⁷⁸¹ Mit diesem Vorgehen, so Vyžutovič, sei der Boden für den organisierten Widerstand bereitet worden. Er kritisierte scharf antideutsche Aktivitäten der Stadt Marks, wo "ein Komitee ... gegründet (ich hätte beinahe geschrieben - der Rettung) ..."⁷⁸² und u.a. auch zu einer rayonweiten Demonstration am 9. Dezember 1989 aufgerufen wurde. Vyžutovič zitierte ausführlich aus antideutschen Resolutionen und zählte einzelne Parolen von Transparenten auf, setzte beispielhafte Fakten zu den Leistungen der Sowjetdeutschen in jenem Gebiet bis zum Kriegsbeginn dagegen und resümierte zu der antideutschen Kampagne: "All dieses vollzog sich unter den Fenstern des GorKom, unter den Augen der lokalen Machthaber und unter ihrer befürwortenden Teilnahme."⁷⁸³ Im Detail enthüllte Vyžutovič die führende Rolle der Parteioberen bei der Organisation des antideutschen Widerstandes und beschuldigte namentlich den Ersten Sekretär des Parteikomitees von Marks, V. Rogalev, den Zweiten Sekretär, I. Kosyrev, sowie den direkt von der Partei bezahlten Vorsitzenden des Komitees gegen die deutsche Autonomie, Ju. Nedeljaev, konkreter Beteiligung sowie des Widerstandes gegen geltende Beschlüsse des Obersten Sowjets.

Wir wollen offen reden: Das Stadtkomitee leitet und lenkt die Kampagne gegen die deutsche Wiedergeburt an der Wolga, versteckt sich aber hinter der "öffentlichen Meinung", die es selbst formiert, indem es mit den Vorurteilen der einen spielt, dem Unwissen der anderen, der antideutschen Einstellung von dritten.⁷⁸⁴

Auf der Suche nach der Motivation der antideutschen Haltung bei den Parteioberen zitierte Vyžutovič den Ersten Sekretär des Oblast', Konstantin Platonovič Murenin, der auf einer Veranstaltung im Flugzeugwerk von Saratov auf die Frage, wie er die Perspektiven einer Wiederherstellung der deutschen Autonomie in den Grenzen der Wolgarepublik sehe,

⁷⁸¹ *Izvestija*, 29.1.90

⁷⁸² *ibid.*; über die gerüchteweise Gründung von militanten "Rettungskomitees" wurde vor allem in der Folgezeit und bis zum Putsch intensiv in der sowjetischen Presse berichtet. Es handelte sich dabei um konservativ-kommunistische, regierungs- und Perestrojka-feindliche Gruppierungen.

⁷⁸³ *ibid.*

⁷⁸⁴ *ibid.*

antwortete: "Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Oblast' von Saratov kleiner wird als der von Pensa." Vyžutovič's Reaktion: "Wie kann man jetzt nur an sowas denken!"⁷⁸⁵

Einen weiteren Grund sah Vyžutovič darin, dass die Parteiführung sich nicht Vorwürfen aus Moskau aussetzen wollte, im Oblast' viele Tausend Hektar Land ungenutzt oder verderben zu lassen, und unangenehmen Fragen, sollten deutsche Siedler im Wolgagebiet wiederum im Sowjetmaßstab beispielhafte Ernteergebnisse erzielen, wie sie Vyžutovič aus der Großen Sowjetenzyklopädie zitierte⁷⁸⁶.

Nach der Ablösung des im "Kommandostil"⁷⁸⁷ agierenden Ersten Sekretärs des Gebiets Volgograd, V. Kalašnikov, am 24. Januar 1990 sah Vyžutovič reelle Chancen, dass dort eine Wiederansiedlung der Deutschen vonstatten gehen könne. Vyžutovič zitierte V. Katunin, einen Sekretär des Gebietspartei Komitees von Volgograd, mit "sie sollen ruhig kommen ..."⁷⁸⁸. Hier zeichnete sich die Entwicklung bereits ab: Über Ansiedlung und Autonomie waren lediglich mit dem Gebiet Volgograd ernsthafte Gespräche möglich.

Neues Leben und *Freundschaft*⁷⁸⁹ warteten unter den Titeln "Anatomija Šovinizma" bzw. "Sabotaž" mit einer Sensation auf, einem Artikel von bzw. einem Interview mit dem Mitarbeiter der Verfassungsschutz-Abteilung des KGB⁷⁹⁰ Aleksandr Kičichin, in denen quasi von offizieller Seite minutiös die Hintergründe des Widerstandes an der Wolga gegen die Wiederherstellung der deutschen Autonomie aufgedeckt und verantwortliche Funktionäre in großer Zahl namentlich benannt und beschuldigt wurden. Hinter der antideutschen Kampagne stehe die Absicht, Korruption und Veruntreuung von Millionensummen vor allem im Bereich der Bodenmelioration zu verdecken, die bei einer Bestandsaufnahme zur Wiederherstellung der Autonomie offengelegt worden wären. Kičichin benannte als Drahtzieher seit April 1989 vor allem den Ersten Sekretär des Stadtsowjets von Krasnoarmejsk, Vladimir Leonidovič Zjuzin, den Ersten Sekretär von Marks, Valerij Viktorovič Rogalev, den Vorsitzenden des Gebietsexekutivkomitees von Saratov, N. Aleksandrov sowie den Gebietssekretär von Saratov Ju. Baranov und andere, die z.T. ebenfalls schon in dem *Izvestija*-Artikel vom 29. Januar 1990 Erwähnung fanden. Eigentlicher Hintermann sei Ivan Petrovič Kuznecov, Volksdeputierter, Held der Sozialistischen Arbeit und Direktor des

⁷⁸⁵ ibid.

⁷⁸⁶ in *Echo planety*, Nr. 8 (99), 17.-23.2.90, S. 32 bestätigt Aleksej Grigor'ev diese Überlegungen: "Prežde vsego, Saratovskaja i Volgogradskaja oblasti umen'silis' by v razmerach, avtoritet rukovodstva by snizilsja. Krome togo, nemnogočislennye nemeckie sela pokazyvajut, čto ich naselenie ešče sochranjaet i nemeckuju etiku truda, i svoi navyki, i voobščee trudoljubie. Nu kak tut ne strašut'sja, čto sravnenie okažetsja ne v pol'zu nyněšnich chozjajstv i ich načal'nikov?"

⁷⁸⁷ *Izvestija*, 29.1.90

⁷⁸⁸ ibid.: "Pust' priezžajut ..."

⁷⁸⁹ *Neues Leben*, 6.6.90, S. 3u. 6f; *Freundschaft*, 28.6.90, S. 2f

⁷⁹⁰ Upravlenie po zaščite sovet'skogo konstitucionnogo stroja Komiteta gosudarstvennoj bezopasnosti SSSR

Mammutunternehmens "Saratovglavmelioracija", durch das große Teile der Regierungsgelder fließen würden. Kičichin bezifferte die Gelder, die das Saratover Gebiet zu Meliorationszwecken erhalten hatte, auf mehr als 3 Milliarden Rubel. 460 Millionen davon seien von "Saratovglavmelioracija" veruntreut worden. Teile der Gelder könnten auch dem ehemaligen Saratover Gebietschef und späteren Leiter der gleichnamigen Regierungskommission für die Sowjetdeutschen, Gusev, zugeflossen sein⁷⁹¹. Nach der Veröffentlichung des Kiselev-Interviews am 21. Oktober 1989 hätte "im Gebiet Saratov unter Führung des Gebietspartei-Komitees und der Stadtkomitees eine gezielte chauvinistische Bearbeitung der Bevölkerung, die Formierung der Ablehnung der in Vorbereitung befindlichen Entscheidungen des Obersten Sowjets der UdSSR, die Schaffung eines 'Feindbildes' in der Person der Sowjetdeutschen begonnen"⁷⁹², deren einzelne Stationen Kičichin im Detail nachzeichnete⁷⁹³. Wesentliche Einzelheiten der Angaben Kičichins finden

⁷⁹¹ Die *Neue Zeit* bestätigte diese Angaben im Grundsatz durch einen Bericht in ihrer Ausgabe 41/1991, S. 32f (Autor: Konstantin Isakov). Die naiven Führer der "Wiedergeburt" hätten sich beeilt zu erklären, "beim Wiederaufbau der Republik würden sie in mehreren Rayons der ehemaligen Wolgarepublik eine Art Inventur vornehmen. Sie ahnten dabei gar nicht, in was für ein Wespennest sie da greifen wollten. Von den in den 70er Jahren für die Melioration des Wolgagebiets bereitgestellten 3,4 Md. Rubel entfielen 430 Millionen auf die 'unfertige Bauproduktion', das heisst, dass diese Mittel spurlos verschwunden waren. Es hieß nicht von ungefähr, dass in der Erde um Saratov mehr als nur ein einziger Kriminalfall vergraben sei."

⁷⁹² *Neues Leben*, 6.6.90, S. 3

⁷⁹³ Als Motivation für den Auftritt eines KGB-Mitarbeiters in der Presse ließ Kičichin, der auch später auf der Außerordentlichen Konferenz der "Wiedergeburt" im August 1990 das Wort ergriff (vgl. *Frankfurter Allgemeine*, 20.8.90), das Anliegen erkennen, die Ehre des KGB zu verteidigen, das hier - wie auch hinsichtlich anderer nationalitätenpolitischer Brennpunkte - rechtzeitig auf entstehende Probleme aufmerksam gemacht und Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage vorgeschlagen hatte, damit jedoch bei den politisch Verantwortlichen im Gebiet, aber auch im ZK in Moskau kein Gehör fand. Das KGB sei besorgt und befremdet (nedoumenie), "dass die führenden Organe des Landes, die rechtzeitig über Informationen zu akut werdenden negativen Erscheinungen verfügen, unverkennbar lebenswichtige politische Entscheidungen verzögern, Zaudern und Unentschlossenheit an den Tag legen und die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten nicht nutzen.[čto rukovodjaščie organy strany, raspolagaja upreždajuščej informaciej o nazrevajuščich negativnyh javlenijach, javno zapazyvajut s prinjatiem žiznenno važnyh političeskich rešenij, projavljajut medlitel'nost' i nerešitel'nost', ne ispol'zujut silu dejstvjuščich nyne zakonodatel'nych aktov.]"

Die Deutsche Botschaft, die diesen Artikel aufmerksam registrierte, kommentierte für das Auswärtige Amt: "Die Vorwürfe des KGB decken sich mit Einzelinformationen, die die Botschaft im Laufe der letzten Monate erhalten hatte, ohne ihren Wahrheitsgehalt überprüfen zu können. (...) Vor allem ... wird deutlich, wie sehr die Frage der Behandlung der Sowjetdeutschen inzwischen zum Instrument der innerpolitischen Auseinandersetzung zwischen Konservativen und Progressiven geworden ist. Die Zielscheibe, die Provinzapparatschiks und die Bürokratie, wird an der Wolga nur als pars pro toto ins Visier genommen. Der Verfasser ist wohl weniger von der Sorge um die Deutschen als von Interessen der innerparteilichen Auseinandersetzung geleitet." (Bericht der Botschaft Moskau Nr. 2658 vom 6.7.90, Pol 320.16)

Bestätigung in dem Bericht der Arbeitsgruppe der Kiselev-Kommission zur zweiten Reise ins Gebiet Saratov vom 30.10.-3.11.89⁷⁹⁴.

In einem *Izvestija*-Gespräch bestätigte auch das als integer geltende Akademiemitglied Boris Rauschenbach die Involvierung der lokalen Parteiführung im Wolgagebiet in die antideutsche Hetze:

Im Oblast' Saratov, wo bis zum Krieg die Autonome Deutsche Wolgarepublik war, stimmt die örtliche Partei- und Sowjetführung [mestnaja partijnaja i Sovetskaja vlast'] die russische Bevölkerung gegen die Rückkehr der Deutschen ein. Es gab sogar geschlossene Versammlungen: man müsse die Menschen aufwecken, auf die Straße gehen, protestieren. (...)

... das ist eine von Leuten, die Interesse daran haben, künstlich geschaffene Stimmung. ... diese stellen einen einflussreichen Teil der Führung des Oblast' und seiner Rayons dar. Sie fürchten den Verlust ihrer Privilegien, ihrer weichen Sessel.⁷⁹⁵

Auch in sowjetdeutschen Kreisen war die Person Kičichins umstritten (vgl. Artikel im *Neuen Leben* vom 8.5.91, S. 6: "Tak kto že on, Aleksandr Kičichin?" und *Megalopolis Express* Nr. 12, 1991 (Hrsg. Mossovet), auch *Frankfurter Allgemeine*, 23.8.90). Es bleibt in jedem Falle ein ungewöhnlicher Vorgang, dass ein Mitarbeiter des KGB an die Öffentlichkeit geht - und sei es auch zunächst nur an eine eingeschränkte Öffentlichkeit, da die *Freundschaft* nur in einer Auflage von wenigen tausend Exemplaren erschien und auch primär nur von Sowjetdeutschen gelesen wurde. Gewiss wird Kičichin diesen Schritt nicht ohne Wissen und Billigung seiner höchsten Vorgesetzten unternommen haben. Aus dem Artikel wird - obwohl es sich um ein Interview handelt - sehr deutlich, dass es Kičichin bei seiner detaillierten Darstellung der Ereignisse, Ursprünge und Zusammenhänge des anti-deutschen Widerstandes an der Wolga in vorderster Linie um die Auflehnung der lokalen Parteifunktionäre sowie Direktoren von Schulen und Betrieben gegen den Obersten Sowjet und die Partei ging, um die Benennung und Dingfestmachung weiterer Abweichler von der zentralen Linie.

Der Gang des KGB an die Presse muss als Anzeichen interpretiert werden, dass die regulären Abläufe innerhalb der sowjetischen Regierung empfindlich gestört waren, das alte System sich in einem Auflösungsprozess befand, und die Führung zumindest hinsichtlich der Nationalitätenkonflikte, die den Zusammenhalt der UdSSR am meisten bedrohten, handlungsunfähig war. Von diesem öffentlichen Auftritt des KGB zu seiner Teilnahme an dem Putsch gegen Gorbachev führt ein direkter Weg.

Anders als die Botschaft vermutete, "nach einer derart massiven Breitseite dürften personalpolitische Konsequenzen nicht lange auf sich warten lassen" (Bericht der Botschaft Moskau Nr. 2658 vom 6.7.90, Pol 320.16), fanden vor dem Putsch im August 1991 keine sichtbaren Veränderungen statt, der Widerstand der politischen Führung an der Wolga gegen die Rückkehr der Deutschen blieb bis in die Gegenwart erhalten. Auch Kičichin hatte der öffentliche Auftritt offenbar zunächst nicht geschadet. Im *Neuen Leben* vom 6. März 1991 nahm er umfangreich Stellung zu verfassungsrechtlichen Fragen des zu bildenden Nationalrates der Deutschen und entpuppte sich als Anhänger Groths, indem er massiv Stellung gegen Wormsbecher und das Organisationskomitee nahm (*Neues Leben*, 6.3.91, S. 2 - z.T. mit unbewiesenen Anschuldigungen: Der Artikel Wormsbechers vom 23.8.89 (Kak my predstavljajem sebe vosstanovlenie Nemeckoj ASSR?) stelle den Ausgangspunkt für den Widerstand an der Wolga dar ("... imenno stat'ja G. Wormsbechera s ego ličnym videniem ustrojstva Nemeckoj ASSR javilas' otpravnoj točkoj protivostojanija naselenija Povolž'ja i sovetskich nemcev.")) In *Nemeckaja gazeta* vom 23.3.91 wandte er sich jedoch gegen die Spaltung der Deutschen ("Nado ne delit' vlast', a ob"edinjat'sja"). *Neues Leben*, 8.5.91, S. 6 meldete allerdings, dass Kičichin nach seinem Parteiaustritt vom Dienst suspendiert wurde.

⁷⁹⁴

⁷⁹⁵

Reisebericht in: *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 261ff
Izvestija, 14.11.90

Sogar ZK-Mitarbeiter Auman räumte anlässlich eines Deutschland-Besuches gegenüber der *Frankfurter Allgemeinen* ein, dass an der Wolga "Fehler gemacht wurden", als die dortigen Parteikader die "Hetze gegen die Deutschen und ihre Autonomie" organisierten. Jetzt würden die Schuldigen ihrer Ämter enthoben und bestraft. Darüber aber, dass die in diesem bemerkenswerten Eingeständnis angekündigten Schritte tatsächlich erfolgten, liegen keine Hinweise vor⁷⁹⁶.

Die *Izvestija*, die den Sowjetdeutschen einen fast ganzseitigen, ihre Probleme mit einem bis dahin ungekannten Maß an Sympathie schildernden Artikel widmete und die Haltung der Parteifunktionäre an der Wolga scharf kritisierte, entlarvte andererseits den Versuch der sowjetischen Führung, das Problem der Deutschen in Fortsetzung stalinistischer Denkstrukturen von oben zu lösen und die Fehler der Vergangenheit per Ukas aus Moskau zu korrigieren, als Anachronismus, indem sie zu Beginn des Artikels die Zeit von 1941 und 1989/1990 gleichsetzte:

An einem Dezemberabend des vergangenen Jahres erfuhr Richard Hofman, ein dreiundsechzigjähriger Stahlarbeiter des Permer Fahrradwerkes, aus dem Programm "Vremja", dass im Wolgagebiet eine deutsche autonome Republik wiedererrichtet wird. Es hieß: Es werde für zweckdienlich befunden.

Was soll's. Was muss, das muss. Als im September '41 um 24 Uhr ihre Familie - Mutter, Vater und drei kleine Jungen - ohne Sachen aus dem Haus gejagt und im Konvoi nach Sibirien verschleppt wurden, schrieben die Zeitungen und meldete das Radio ebenfalls: "Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR hat es für erforderlich befunden ..." ⁷⁹⁷

Perestrojka und *Glasnost'* hatten unübersehbar gegriffen und jahrzehntealte Strukturen und Verhaltensmuster aufgebrochen. Die Veränderungen gingen soweit, dass selbst die Initiatoren der *Perestrojka* sich genötigt sahen, für sich "demokratische" Vorgehensweisen zu akzeptieren, obwohl dies bedeutete, dass ihre eigenen Zielvorstellungen damit z.T. nicht mehr verwirklicht werden konnten. Moskau hatte sich ganz im Sinne des neuen Selbstverständnisses der Machtmittel zur Durchsetzung seiner Politik begeben. Letztlich zeigte dies zwar, dass die *Perestrojka* unumkehrbar geworden war. Für die Deutschen hatte die Erosion der Zentralmacht jedoch schwerwiegende Folgen: Die Wiederherstellung der

⁷⁹⁶ *Frankfurter Allgemeine*, 27.9.90

⁷⁹⁷ *Izvestija*, 29.1.90; "Skazali: priznano celesoobraznym ... Prezidium Verchovnogo Soveta SSSR priznal neobchodimym ...";

Am Beispiel des Bergwerkes, in dem Hofman während des Krieges Zwangsarbeit leisten musste, wurden erstmals in einer sowjetischen Zeitung konkrete Zahlen genannt, wieviele der dort eingesetzten Deutschen umkamen - von 2114 blieben nur wenig mehr als 700 am Leben - und als exemplarisch für das Schicksal der Sowjetdeutschen insgesamt hingestellt.

historischen Gerechtigkeit war zum Greifen nahe, rückte von nun an aber in immer weitere Ferne. Bei der deutschen Minderheit in der UdSSR machte sich zum Jahreswechsel 1989/1990 diese ebenso paradoxe wie bittere Erkenntnis breit. In einem Interview in *Echo planety* sagte Wormsbecher:

Zu unserem Bedauern, so eigenartig das klingt, die Demokratisierung war unserer Sache abträglich [nam pomešala]. Unsere Frage wurde ... im ZK der KPdSU behandelt und im Institut für Marxismus-Leninismus, es stand auf der Tagesordnung, jedoch brachen Zeiten an, da das ZK die Angelegenheit bereits nicht mehr allein betreiben konnte und gezwungen war zu warten, bis der Oberste Sowjet sich gebildet und sich, wenn auch nur formell, mit der Substanz des Problems beschäftigt hatte. Eine Entscheidung hätte 1987 zustande kommen können, äußerstenfalls bis April-Mai 1988 ...⁷⁹⁸

Auch die *Neue Zeit* beschrieb in einem vierseitigen Artikel die Lage an der Wolga teils als Ergebnis des Widerstandes von lokalen Parteipräsentanten, teils als Folge einer verfehlten Informationspolitik Moskaus, die zu Gerüchten in der Bevölkerung an der Wolga führte, und unterstrich, dass der Aufruf der Gründungskonferenz der "Wiedergeburt", der den guten Absichten der Sowjetdeutschen Ausdruck verlieh, "weder von der zentralen noch von der örtlichen Presse veröffentlicht" wurde. Darüber hinaus stellte die *Neue Zeit* Fragen zu Ungereimtheiten beim Vorgehen der Kiselev-Kommission:

Warum z.B. war die 13köpfige Kommission des Nationalitätensowjets für die Fragen der Sowjetdeutschen kein einziges Mal in voller Besetzung zusammengekommen? Warum erschienen die Volksdeputierten der UdSSR von den Gebieten Saratov und Volgograd kein einziges Mal zu den Sitzungen? Warum wurde eine so brennende Frage nicht auf der Tagung des Obersten Sowjets der RSFSR erörtert? Warum tauchte die Meldung über die Arbeit der Kommission erst einige Wochen danach in der Presse auf?⁷⁹⁹

Diese Zusammenstellung der *Neuen Zeit* von Fehlern und Versäumnissen Moskauer Stellen in Partei und Regierung, vor allem die mangelnde Beteiligung der Gebietsadministration an den Überlegungen, lässt darauf schließen, dass der Misserfolg, die Wiederherstellung der Wolgarepublik auf den Weg zu bringen, schon in der Anfangsphase zum wesentlichen Teil auf mangelnde Professionalität zurückzuführen war. Die Äußerungen von Moskauer Politikern und aus dem ZK lassen nicht darauf schließen, dass das Projekt vorsätzlich falsch angegangen oder hintertrieben wurde. Die Entscheidungsträger scheiterten, weil sie ihre

⁷⁹⁸ *Echo planety*, Nr. 8 (99), 17.-23.2.90, Aleksej Grigor'ev, "V poiskach utračennoj rodiny", S. 25-33, S. 29
⁷⁹⁹ *Neue Zeit*, 47/1989, S. 24-27, S. 27

Politik noch nicht den neuen gesellschaftlichen Bedingungen angepasst hatten, die durch *Glasnost'* und *Perestrojka* entstanden waren. Die Vorbereitung auf die Wolgarepublik konnte nicht mehr durch einige deutschfreundliche Artikel und Fernsehsendungen geleistet werden, sondern die Bevölkerung und insbesondere die lokalen Parteifunktionäre wollten und mussten inzwischen an den Entscheidungen beteiligt und überzeugt werden, dass ein solches Projekt ihren Interessen und den Bedürfnissen der Wolga-Bevölkerung nicht nur nicht zuwider lief, sondern nützte.

Die Versäumnisse der Anfangsphase und die mangelnde Bereitschaft Moskaus, mit den unbotmäßigen Kadern an der Wolga, die die Kommission des Obersten Sowjets boykottierten und an keiner Sitzung teilnahmen⁸⁰⁰, unnachtsichtig zu verfahren, waren nicht mehr zu korrigieren.

Dass die Exponenten der in der Masse unpolitischen Sowjetdeutschen Anfang 1990 ihrerseits Protestversammlungen gegen die antideutsche Kampagne an der Wolga organisierten, *dpa* sprach von Demonstrationen in ca. 20 Großstädten⁸⁰¹ und Resolutionen an den Obersten Sowjet verabschiedeten, konnte nicht zu einer Trendwende beitragen. Die Stimmung sei insgesamt gegen die Deutschen und auch gegen die Bundesrepublik umgeschlagen, seit der Gedanke einer deutschen Autonomie propagiert werde, sagte Wormsbecher am 20. November 1989 in einem Pressegespräch und bestätigte, dass der allgemeine Eindruck, der sich angesichts der nationalitätenpolitischen Entwicklungen im Lande aufdrängte, Moskau sei nicht mehr das Entscheidungszentrum bzw. nicht mehr in der Lage, in der Hauptstadt gefasste Beschlüsse im Land umzusetzen, auch in bezug auf die Sowjetdeutschen zutreffend war:

Die Entscheidung hängt nicht mehr vom Obersten Sowjet und der Kommission ab, sondern von der Lage an der Wolga. (...) Man hat viel für uns getan, aber die nötige Gründlichkeit fehlt. Deswegen kann es geschehen, dass wir eine Entscheidung bekommen, aber keine Zukunft als Volk.⁸⁰²

Die Stimmung unter den Deutschen war in jenen Tagen dennoch nicht durchgängig von Pessimismus geprägt. So rechnete der deutschstämmige Abgeordnete des Obersten Sowjets

⁸⁰⁰ *Stuttgarter Nachrichten*, 21.11.89

⁸⁰¹ *dpa* 8.1.90/1123; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen*, 9.1.90, S. 11

Der sowjetdeutsche Journalist Robert Korn berichtete am 17. Januar 1990 im deutschen Programm von Radio Moskau: "Am 7. Januar dieses Jahres verliefen in mehreren Städten Kasachstans und vor allem in Alma Ata, in Semipalatinsk, Petropavlovsk und in anderen Städten genehmigte Meetings, Kundgebungen und Versammlungen, wo die Anwesenden gerade ihre Empörung wegen dieser Kampagne ausgesprochen haben. Es wurden entsprechende Appelle an den Obersten Sowjet angenommen." Radio Moskau (dt.), 17.1.90/2243/0118HO1; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen*, 18.1.90

⁸⁰² *Stuttgarter Nachrichten*, 21.11.89

und Erste Sekretär des Gebietes Celinograd, Andrej Braun, noch im Dezember 1989 mit der Wiederherstellung der Wolgarepublik. Auch Gorbačev habe ihm gesagt, dass die Republik "unbedingt sein muss", erklärte er in einem von *dpa* verbreiteten Interview mit der *Welt am Sonntag*⁸⁰³.

2.2.3.7 Nationalitätenpolitische Beschlüsse des Obersten Sowjets und Behandlung des Abschlußberichts der Kiselev-Kommission

Am 14. November 1989 verabschiedete der Oberste Sowjet in Umsetzung der Nationalitätenplattform vom September die Deklaration "Über die Qualifizierung der Repressalien gegenüber den gewaltsam ausgesiedelten Völkern als gesetzwidrig und verbrecherisch sowie über die Gewährleistung ihrer Rechte". In der Aufarbeitung dieses Kapitels stalinistischer Vergangenheit stellte diese Erklärung eine Zäsur dar - das erste Dokument der Führung des Landes, mit dem fast 45 Jahre nach Kriegsende öffentlich die vollständige Rehabilitierung der während des Krieges deportierten Völker eingeleitet wurde:

Heute, in der Zeit der revolutionären Erneuerung der sowjetischen Gesellschaft, da die Demokratisierung und die Befreiung aller Seiten unseres Lebens von Deformationen und Entstellungen allgemein menschlicher Prinzipien des Humanismus eingeleitet wurde, verstärkt sich im Lande das Bestreben, die ganze Wahrheit über die Vergangenheit zu wissen und so die Lehren daraus um der Zukunft willen zu beherzigen.

Die Erinnerung versetzt uns mit besonderer Bitterkeit in die tragischen Jahre der Stalinschen Repressalien zurück. Gesetzlosigkeit und Willkür haben um keine einzige Republik, um kein einziges Volk einen Bogen gemacht. Die in der Vergangenheit zugelassenen Massenverhaftungen, die in den Lagern durchlittenen Qualen, das Elend der Frauen, alten Männer und Kinder in den unter Sonderaufsicht befindlichen Ortschaften appellieren nach wie vor an unser Gewissen und verletzen unser moralisches Empfinden. Das kann nicht vergessen werden.

Die in den Jahren des zweiten Weltkrieges erfolgte Aussiedlung der Balkaren, der Inguschen, der Kalmücken, der Karatschajer, der Krimtataren, der Deutschen, der Meschedtürken und der Tschetschenen aus ihren Heimatorten war eine barbarische Aktion des Stalinschen Regimes. Die Politik der Zwangsaussiedlung wirkte sich auch auf die Geschicke der Koreaner, der Griechen, der Kurden und anderer Völker aus.

Der Oberste Sowjet der UdSSR verurteilt vorbehaltlos die Praktiken der gewaltsamen Umsiedlung ganzer Völker als schwerstes Verbrechen, das den Grundsätzen des

⁸⁰³

dpa 28.10.89/1309/mogl5

Völkerrechts und dem humanen Wesen der sozialistischen Gesellschaftsordnung widerspricht.

Der Oberste Sowjet der UdSSR garantiert, dass sich die Verletzung der Menschenrechte und der humanitären Normen auf Staatsebene in unserem Lande nie wiederholen wird.

Der Oberste Sowjet der UdSSR erachtet es als notwendig, entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen zur unbedingten Wiederherstellung der Rechte aller sowjetischen Völker zu ergreifen, die Repressalien ausgesetzt waren.⁸⁰⁴

Trotz der historischen Bedeutung der Deklaration als Verurteilung der Stalinzeit wurde das Dokument lediglich zum Ausgangspunkt eines gerade für die Sowjetdeutschen enttäuschenden, weil halbherzigen Rechtssetzungsprozesses, der bis zum Untergang der Sowjetunion nicht zu befriedigenden und abschließenden Regelungen führte. Diese Entwicklung zeichnete sich bereits im November 1989 ab: Die Abgeordneten hatten sich nicht auf einen rechtlich bindenden Beschluss des Obersten Sowjets einigen können, wie viele Abgeordnete verlangten⁸⁰⁵, sondern lediglich auf eine Erklärung, die aber weder materielle Entschädigung, noch das Recht auf Rückkehr in die angestammten Gebiete in Aussicht stellte. Insbesondere der die Sitzung präsidierende Vorsitzende des Unionsowjets und spätere Außenminister Evgenij Primakov widersprach diesem Anliegen mit dem Hinweis, konkrete gesetzliche Regelungen sollten erst später erfolgen⁸⁰⁶. Vor allem Andrej Sacharov setzte sich dafür ein, dass nicht eine "Deklaration" verabschiedet, sondern ein "Beschluss" gefasst wird. Er scheiterte damit ebenso wie mit der Forderung, die UdSSR solle ähnlich wie Deutschland ein Schuldbekenntnis ablegen und sich zur Wiedergutmachung verpflichten⁸⁰⁷. Auch der von Sacharov⁸⁰⁸ unterstützte Antrag, den Begriff "Völkermord" in die Deklaration aufzunehmen, wurde durch Intervention Primakovs⁸⁰⁹ abgelehnt⁸¹⁰.

Die brisante Deklaration, die die *Pravda* bezeichnenderweise erst 10 Tage später, am 24. November 1989, veröffentlichte, das *Neue Leben* sogar erst am 29. November 1989, wurde nach zweistündiger Aussprache angenommen. Die Abgeordneten reagierten aber mit Applaus - im Obersten Sowjet durchaus ungewöhnlich⁸¹¹. Trotz dieser Einschränkungen jubelte die *Freundschaft* mit der Schlagzeile: "Der erste Schritt ist getan!"

⁸⁰⁴ *Vedomosti S“ezda narodnych deputatov SSSR i Vernovnogo Soveta SSSR*, 23, 15.11.89, S. 607; auch: *Pravda*, 24.11.89

⁸⁰⁵ *Die Welt*, 16.11.89

⁸⁰⁶ *Süddeutsche Zeitung*, 16.11.89

⁸⁰⁷ *Die Welt*, 16.11.89

⁸⁰⁸ *ibid.*

⁸⁰⁹ *Süddeutsche Zeitung*, 16.11.89

⁸¹⁰ rtr 14.11.89/1901/mig19; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen*, 15.11.89, S. 22

⁸¹¹ Radio Moskau (russ.), 14.11.89/17.00/1114GH4; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen*, 15.11.89, S. 21

Endlich, nach 48 Jahren, sind wir Sowjetdeutschen in unseren Rechten als gleichberechtigtes Sowjetvolk wiederhergestellt worden ...

Endlich ist's soweit! "Es gibt noch einen Gott im Himmel und auf Erden die Gerechtigkeit!" sagte ein Volksdeputierter. Die Wahrheit hat gesiegt, nur schade, dass wir immer so viel Zeit brauchen, um die Gerechtigkeit siegen zu lassen. Aber lieber spät, als nie! Das tröstet uns und lässt die Hoffnung wieder grünen.⁸¹²

Ungeachtet der Deklaration blieben die sowjetischen Gesetze und Bestimmungen in Kraft, die die Deutschen und andere Minderheiten rechtlich benachteiligten. Erst im Laufe des Jahres 1991 wurden diese Regelungen aufgehoben.

Konstantin Ehrlich bezweifelte, dass der Deklaration auch die von den Deutschen gewünschten Taten folgen würden, und sah die weitere Entwicklung realistisch voraus:

Ich weiß, dass in der Regierung und auch in der Partei nicht alle gewillt sind, diesen zweiten Schritt [die Wiederherstellung der Staatlichkeit] zu tun. Das Größtmögliche, was ihre von "Internationalismus" überfüllten Sinne noch fassen können, ist kulturelle Autonomie. Eine derartige "Lösung" der nationalen Frage für die "kleinen" Völker bedeutet aber ihren Untergang!⁸¹³

Im Umfeld der Deklaration hatte der Oberste Sowjet weitere nationalitätenpolitische, auch für die Regelung der deutschen Frage bedeutsame Weichenstellungen vorgenommen. Am 13. November 1989 verabschiedete der Oberste Sowjet in erster Lesung das Gesetz über die Ein- und Ausreise, das die sowjetische Gesetzgebung in Einklang mit den internationalen Normen bringen sollte⁸¹⁴. Am 15. November nahm der Oberste Sowjet in erster Lesung eine Gesetzesvorlage zu den Sprachen der Völker der UdSSR und weitere zur Staatsbürgerschaft sowie "Über die freie nationale Entfaltung von Staatsangehörigen der UdSSR, die außerhalb ihrer nationalstaatlichen Gebilde leben oder im Hoheitsgebiet der UdSSR über solche nicht verfügen"⁸¹⁵. Letztere schaffte die Rechtsgrundlage für Hilfen aus dem Ausland⁸¹⁶.

Laut Eisfeld erörterte der Nationalitätensowjet am 18. November 1989 den Bericht der von ihm eingesetzten Kommission und beschloss, dem Obersten Sowjet die Wiederherstellung der Deutschen ASSR im Wolgagebiet und die volle Rehabilitation der Sowjetdeutschen als "vorrangigste Fragen" vorzulegen⁸¹⁷.

⁸¹² *Freundschaft*, 17.11.89, S. 1

⁸¹³ *ibid.*

⁸¹⁴ TASS 13.11.89; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen*, 14.11.89, S. 17

⁸¹⁵ *Vedomosti S“ezda narodnych deputatov SSSR i Vernovnogo Soveta SSSR*, 23, 15.11.89, S. 608

⁸¹⁶ In Kraft ab 26.4.90; abgedruckt in: *Izvestija*, 6.5.90

⁸¹⁷ Eisfeld, "jüngste Entwicklung", S. 32

Mitarbeiter der Deutschen Botschaft Moskau trafen am 25. November 1989 mit Kiselev zusammen, der den deutlichen Eindruck vermittelte, dass die Weichen auf Wiederherstellung eines autonomen Gebiets gestellt seien. Kiselev räumte ein, dass der Widerstand an der Wolga hartnäckiger sei als zunächst angenommen. Es gebe Vorurteile und von den dortigen Behörden geschürte Ressentiments. Seine Kommission habe sich aber eindeutig für ein autonomes Gebiet an der Wolga ausgesprochen⁸¹⁸. Er persönlich sei sogar für eine autonome Republik, allerdings nicht in den alten Grenzen. Man denke auch an autonome Rayons etwa im Altaj, in Omsk oder Orenburg, wo eine autochthone deutsche Bevölkerung existiere, oder in Kirgisien und Kasachstan. Wie auch immer entschieden werde, die Frage sei sehr delikater, und man müsse mit schwierigen Folgen rechnen. Entscheidend sei, dass man seitens der sowjetischen Regierung jetzt nichts mehr aufzwingen wolle. Jede Gebietskörperschaft dürfe letztlich selbst entscheiden, ob sie Elemente einer Autonomie für förderlich halte.

Zum weiteren Procedere teilte Kiselev mit, in den nächsten Tagen, vermutlich am 28. November 1989, könne der Oberste Sowjet eine Erklärung zur Wiederherstellung eines autonomen Territoriums abgeben, die dann Mitte Dezember vom Volksdeputiertenkongress bestätigt werde⁸¹⁹. Zugleich solle dann eine aus Deutschen, Vertretern der Wolga-Bevölkerung sowie der Zentralregierung zusammengesetzte Kommission eingesetzt werden, die bis zur nächsten Sitzungsperiode des Obersten Sowjets im Frühjahr 1990 ein Programm konkreter Maßnahmen zur etappenweisen "Wiedererschaffung" vorbereite⁸²⁰. Dabei rechne man mit einer weitreichenden finanziellen und ideellen Beteiligung der Bundesrepublik. Eine öffentliche Erörterung solcher Maßnahmen sei derzeit jedoch inopportun, weil diese in der Bevölkerung zwiespältig aufgenommen werden könnten. Die sowjetische Seite werde sich zur gegebenen Zeit mit konkreten Vorschlägen melden⁸²¹.

Tatsächlich kam es am 28. November 1989 im Obersten Sowjet zu der Behandlung des Berichts, aber anders als nach Fertigstellung des ersten Entwurfs im Oktober 1989 von Groth angekündigt, blieb er in der Sowjetunion unveröffentlicht. Erstmals publiziert wurde der

⁸¹⁸ Schlussfolgerung des nicht veröffentlichten Kommissionsberichtes: "Wenn es um die Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit geht, muss die Autonomie der Sowjetdeutschen in mehreren Rayons der Verwaltungsgebiete Saratov und Volgograd wiederhergestellt werden, d.h. auf dem Territorium der früheren Autonomen SSR der Wolgadeutschen, das vor über zwei Jahrhunderten im frühen Russland nicht besiedelt war, das von Russlanddeutschen erschlossen wurde und wo sie im Prozess einer selbständigen geschichtlichen Entwicklung sich mit ihrer autonomen Republik zu einer Nation innerhalb der RSFSR herausgebildet haben." Zitiert nach: Brief von den 35 Mitgliedern des Koordinationszentrums der "Wiedergeburt" vom 18.4.90 an den Obersten Sowjet: Verchovnomu Sovetu SSSR ot Plenuma Vsesojusnogo obščestva sovetskich nemcev "Vozroždenie", s.u.

⁸¹⁹ Der Volksdeputiertenkongress sollte sich aber nicht mit der Problematik befassen.

⁸²⁰ Kiselev wandte sich angesichts der mangelnden Kontinuität gegen den Begriff "Wiederherstellung" - vossozdanie vs. vosstanovlenie

⁸²¹ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 4896 vom 27.11.89, Pol 320.16

Vorschlagskatalog der Kiselev-Kommission in der Dokumentensammlung Aumans⁸²². Die schriftlichen Vorschläge der Kommission liegen als Anhang einem (Überweisungs-) Schreiben Kiselevs in Serienbriefform an einen ungenannten Empfänger bei. Auman datiert das Dokument auf November 1989. Aus seiner Dokumentensammlung geht jedoch nicht hervor, ob es sich bei dem Text um die tatsächlich versandte Fassung des Kommissionsberichts handelt. Anders als der von Kiselev mündlich vor dem Obersten Sowjet der UdSSR vorgetragene Bericht, den die *Frankfurter Allgemeine* in ihrer Ausgabe vom 5. Januar 1990 abdrucken konnte, ist das Auman-Dokument, dem der analytische Teil, d.h. Ursachenanalyse und Bestandsaufnahme, weitgehend fehlt, sachlich und ohne einseitige Schuldzuweisung gehalten. Hinsichtlich der operativen Schlussfolgerungen stimmt das Auman-Papier mit dem mündlichen Bericht der *Frankfurter Allgemeinen* aber grundsätzlich überein. Im weiteren werden die Textvarianten einander gegenübergestellt, wobei deutlich wird, dass Kiselev auf sein Publikum, die Abgeordneten des Obersten Sowjets der UdSSR und unter ihnen gewiss die Vertreter der Gebiete Saratov und Volgograd, wo eine künftige Autonomie belegen sein würde, größtmögliche Rücksicht genommen hat.

In seinem Vortrag stellte Kiselev die umfangreiche Bestandsaufnahme seiner Kommission dar, die der sowjetischen Führung vermutlich erstmals einen umfassenden und weitgehend zutreffenden Überblick über Lage und Perspektiven der deutschen Minderheit bot:

Im Laufe von vier Monaten seit der Gründung der Kommission haben deren Mitglieder die vorhandenen historischen Dokumente und Publikationen in der sowjetischen Presse über die Probleme der Sowjetdeutschen, die sich auf verschiedene Perioden der Geschichte unseres Landes beziehen, studiert. Analysiert wurden dabei Vorschläge und Bemerkungen zahlreicher Arbeitskollektive sowie Partei- und Wirtschaftsleiter aus der Wolgaregion und den Gebieten der kompakten Ansiedlung deutscher Bevölkerung, viele Briefe, Telegramme und mündliche Appelle von Bürgern aus verschiedenen Teilen der UdSSR, Vorschläge von Sowjetbürgern deutscher Nationalität - die Meinung der Gesellschaft "Wiedergeburt" inbegriffen.

Die Kommission hatte ihre Arbeitsgruppen mit Volksdeputierten der UdSSR an der Spitze in die Gebiete Volgograd und Saratov, nach Kasachstan und Kirgisien, in die Altaj-Region und das Gebiet Novosibirsk geschickt.

Unseren Anfragen gemäß haben wir für die Arbeit eine Analyse über die Auswanderung der Sowjetdeutschen in die Bundesrepublik Deutschland während der

822

"Proekty dokumentov, razrabotannyh Komissiej Soveta Nacional'nostej SSSR po problemam sovetskich nemcev. Predloženiya o pervoočerednyh merach po rešeniju problem sovetskich nemcev". *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 272-276.

letzten Jahre erhalten, auch über ihre Beweggründe und über die wirtschaftlichen Auswirkungen.⁸²³

Als Fakten konstatierte die Kiselev-Kommission u.a.:

Die nach dem Kriege verabschiedeten Erlasse und anderen Beschlüsse ... haben die Wiederherstellung der Rechte der Sowjetdeutschen nicht in vollem Maße gewährleistet. Viele der offiziellen Akte, die diese Frage anlangen, wurden nie veröffentlicht und sind dem größten Teil der sowjetischen Bevölkerung unbekannt.(...)

Eines der wichtigsten Motive der Auswanderung ist die Unzufriedenheit der deutschen Bevölkerung mit der Tatsache, dass sie ihrer Sprache und Kultur, ihrer nationalen Traditionen und Bräuche verlustig geht. Diesen Umstand verbinden die Sowjetdeutschen mit dem Verlust ihrer Staatlichkeit - ihrer autonomen Republik an der Wolga. Laut Bewertung von Spezialisten der staatlichen Planbehörde Gosplan beträgt der durch die deutsche Aussiedlung bewirkte wirtschaftliche Verlust jährlich etwa 200 Millionen Rubel; insgesamt ist er auf mittlerweile vier Milliarden Rubel zu veranschlagen. Nach anderen Angaben sind diese Verluste noch beträchtlich größer⁸²⁴. Unserer Ansicht nach müsste man auch den moralisch-politischen Verlust, der durch diesen Vorgang der Sowjetunion zugefügt wird, in Betracht ziehen.⁸²⁵

Kiselev wies auf objektive Schwierigkeiten bei der Wiederherstellung der deutschen Autonomie in der Wolgaregion hin und auf Probleme, die auf Gerüchte und mangelnde Information der lokalen Bevölkerung zurückzuführen seien:

Im Augenblick ist die Lage in den Bezirken der ehemaligen Wolgarepublik gespannt. In vielen Arbeitskollektiven und unter bestimmten Bevölkerungsschichten entsteht

⁸²³ *Frankfurter Allgemeine*, 5.1.90

In Aumans Text findet sich nur der erste Absatz; dort heisst es:

Izučiv sovremennoe položenie, istoriju vzniknovenija i suščestvo problem nemeckogo naselenija v SSSR, predloženiija i zamečaniija rjada trudovyh kollektivov, partijnyh, sovetskich, chozjajstvennyh i drugih rukovoditelej i aktiva Povolž'ja i regionov kompaktnogo proživaniija sovetskich nemcev, mnogočislennye piš'ma i telegrammy graždan iz različnyh mest našej strany, predloženiija predstavitelej nemeckogo naselenija, v tom čisle - obščestva sovetskich nemcev "Vozroždenie", komissija predlažet: (*Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 272f; im weiteren werden acht Punkte gemacht.)

⁸²⁴ *Die Zeit* vom 18.10.91 wiederholt die GosPlan-Zahl von 200 Millionen Rubel jährlich; 1989 siedelten 98.000 Deutsche aus, 1990 bereits ca. 150.000. Nach neueren Quellen wurden 1990 die volkswirtschaftliche Kosten der Abwanderung der Deutschen pro 100.000 auf 4 Mrd. Rubel geschätzt; vgl. *Izvestija*, 14.11.90: s. Kapitel II 2.4

⁸²⁵ *Frankfurter Allgemeine*, 5.1.90

Der erste Absatz findet sich im Auman-Dokument als erster operativer Punkt, der zweite zu Motiven der Auswanderung und zu dem damit verbundenen materiellen und immateriellen Schaden fehlt ganz:

1. Prinjat' Deklaraciju Verchovnogo Soveta SSSR o polnoj rehabilitacii repressirovannyh sovetskich nemcev, na osnove kotoroj otmenit' zakonodatel'nye akty, uščemljajuščie prava graždan nemeckoj nacional'nosti i ne otvečajščie principam leninskoj nacional'noj politiki, duchu rešenij sentjabr'skogo (1989 g.) plenuma CK KPSS. Ukazannye akty celesoobrazno prinjat' v bližajšee vremja i opublikovat'. Odnovremennno rassmotret' vopros opublikovanija otmenjaemyh zakonodatel'nyh aktov. (*Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 273)

gegenüber der Wiederherstellung der Autonomie an der Wolga ein negatives Verhalten. Es werden diverse Argumente angeführt:

- der kleine Anteil der Deutschen an der Bevölkerung der ehemaligen Republik;
- zusätzliche Schwierigkeiten, die in der Lösung der Wohnraumfrage und anderer sozialer Probleme im Zusammenhang mit dem Zuzug von Deutschen aus anderen Regionen in der Wolgarepublik entstehen könnten;
- in der künftigen Autonomie werde man gezwungen sein, die deutsche Sprache zu erlernen; die russischen Schulen werde man schließen;
- mit der Wiederherstellung der Autonomie würden die leitenden Posten sofort von Leuten deutscher Nationalität bekleidet werden und dergleichen mehr.⁸²⁶

Die Kommission verzichtete auf eine eigene Bewertung dieser undifferenzierten, quasi zufälligen Äußerungen zu Problemen und Ängsten, wies aber daraufhin, dass diese im weiteren zu berücksichtigen seien.

In der Aufzählung möglicher Ursachen, die der entstandenen Situation an der Wolga zugrunde liegen könnten, sparte Kiselev nicht mit Kritik - aber primär zu Lasten der Sowjetdeutschen selbst:

Unter den wichtigsten Faktoren könnte man folgende nennen:

- das jahrzehntelange Verschweigen der Probleme der Sowjetdeutschen und als Folge davon die ausnehmend schwache Informiertheit der Bevölkerung über die Geschichte der Entstehung dieser Probleme;
- die ungenügende propagandistische Arbeit der lokalen Partei- und Ideologieorganisationen sowie auch der zentralen Massenmedien;
- eine etwas einseitige, vor allem in der ersten Etappe ungenügend ausgewogene ideologische Arbeit, die von den Aktivisten der Gesellschaft "Wiedergeburt" betrieben wurde. Sie haben die tatsächliche Bereitschaft der Bevölkerung des Wolgagebiets, Verständnis für die Standpunkte der Gesellschaft aufzubringen, überschätzt;
- die Verbindung von schwacher Informiertheit der Bevölkerung mit der für sie ungewöhnlichen inhaltlichen und emotionellen Propaganda der Gesellschaft "Wiedergeburt", die sich vor allem an der deutschen Bevölkerung orientierte und die russischen Schichten größtenteils gefälscht in Form von Gerüchten und Vermutungen erreichte, was bei vielen zusätzliche Befürchtungen, Aufregung und Abneigungen gegen die Idee einer Autonomie an der Wolga hervorrief;
- zur Entwicklung negativer Gefühle und Stimmungen tragen auch diverse Analogien bei, die im Bewusstsein der Wolgabevölkerung entstehen, wenn sie die Ereignisse in den Baltischen Republiken, in Moldawien oder im Kaukasus und in anderen Gebieten verfolgen;

⁸²⁶

ibid. Die ablehnende Haltung der Bevölkerung zur deutschen Autonomie wird im Auman-Dokument in Punkt 8 konstatiert, die aus der Bevölkerung geltend gemachten Gründe fehlen allerdings.

- bei vielen Einwohnern des Wolgagebietes werden negative Reaktionen durch die viel zu optimistischen Behauptungen der Aktivisten der Gesellschaft "Wiedergeburt" über die Hilfe geweckt, die zur Unterstützung der Autonomie in Zukunft von der BRD und der DDR geleistet werden könne, wengleich auf offizieller Ebene tatsächlich Gespräche solcher Art von Vertretern dieser Staaten geführt werden.⁸²⁷

Es fällt auf, dass Schuldzuweisungen zwar an alle Akteure erfolgten, die Gewichtung im mündlichen Vortrag jedoch die sowjetische Nomenklatura einseitig entlastete und den lokalen Führern an der Wolga geradezu Absolution erteilt wurde. Diese sahen sich nur dem Vorwurf mangelnder propagandistischer Arbeit ausgesetzt - dies ist im Kontext ohnehin eine absurde Anschuldigung, denn warum hätte man an der Wolga Maßnahmen ergreifen sollen, wenn dies in Moskau unterblieb und von dort offenbar auch nicht konsequent gefordert wurde. Im Auman-Dokument fällt die Gewichtung der Schuldzuweisung etwas anders aus, dort heißt es zwar noch zurückhaltend, aber hinsichtlich der Pflichtverletzungen dennoch kritisch zu den Funktionären an der Wolga:

Nel'zja ne otmetit', čto pozicija rjada partijnych i sovetskich rukovoditelej etoj oblasti, ee gorodov i rajonov na territorii byvšej ASSR NP ne sposobstvuet formirovaniju blagoprijatnogo dlja rešenija rassmatrivaemych problem obščestvennogo mnenija. Zdes' i posle Pervogo S"ezda narodnych deputatov, vesennej sessii Verchovnogo Soveta SSSR, opublikovanija Platformy KPSS o nacional'noj politike partii dolžnym obrazom ne provoditsja ideologičeskaja rabota, ne nalaženo vzaimodejstvie mestnych ideologičeskich učreždenij s nemeckimi aktivistami, net adekvatnoj reakcii na različnogo roda sluchi, opasenija i domysly, rasprostranjaemye protivnikami vosstanovlenija v Povolž'e nemeckoj avtonomii, i t.d.⁸²⁸

⁸²⁷

ibid.

Das Auman-Dokument enthält die Ursachen-Analyse in Punkt 8 im Zusammenhang mit zu treffenden Maßnahmen, um die Stimmung an der Wolga positiv zu beeinflussen:

8. Neobchodimo osuščestvit' kompleks celenapravlennych mer po formirovaniju v strane v celom i osobenno - v rajonach Povolž'ja, gde byla ASSR NP, obščestvennogo mnenija v pol'zu vossozdanija nemeckoj avtonomii. K sožaleniju, v nastojaščee vremja v rjade rajonov Saratovskoj oblasti na territorii byvšej ASSR NP naselenie v bol'sinstve svoem k vossozdanij v etom regione avtonomii sovetskich nemcev odnositsja negativno.

Sredi pričín takogo položenija možno vydelit'sledujuščie:

- zamalčivanie do poslednich let dannoj problemy i vsledstvie etogo - soveršenno nedostatočnaja informirovannost' naselenija o sevreennom položenii, suščestve i istorii vznikovenija problem sovetskich nemcev;

- odnostonnjaja, nedostatočno vzvešennaja, osobenno - na pervom etape, propagandistskaja rabota aktivistov obščestva sovetskich nemcev "Vozroždenie";

- slabaja, neposledovatel'naja i nedostatočno ob"ektivnaja ustnaja i pečatnaja propaganda i raz"jasnitel'naja rabota, provodimaja mestnymi ideologičeskimi organizacijami i central'nymi sredstvami massovoj informacii. (*Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 275)

⁸²⁸

Istorija rossijskich nemcev v dokumentach, S. 275

Völlig außer Acht gelassen wurden die massiven, bereits im Laufe des Jahres 1989 erhobenen Vorwürfe, die lokalen Führer hätten die antideutsche Stimmung in der Bevölkerung gezielt geschürt oder gar erst erzeugt, weil sie etwas zu verbergen und zu verlieren hatten.

Schuldig wird vor allem die "Wiedergeburt" gemacht. Führende Köpfe der Deutschen hatten zwar Fehler eingeräumt. Dass sich Maßnahmen tatsächlich direkt und messbar auf die Stimmung der Wolgabevölkerung ausgewirkt hätten, muss aus bundesdeutscher Erfahrung mit der "Wiedergeburt" bezweifelt werden. Ihr Organisationsgrad sowie ihre Fähigkeit zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit waren noch Ende 1991 auf dilettantischem Niveau. Die reguläre Befragung sowjetdeutscher Aussiedler bei ihrer Ankunft in Deutschland ergab noch nach 1990, dass mehr als die Hälfte von ihnen nicht einmal wusste, dass eine Organisation der Sowjetdeutschen namens "Wiedergeburt" existierte. Vielmehr ist es wahrscheinlich, dass mit den Ansätzen einer Informationspolitik an der Wolga weitestgehend nur Funktionäre erreicht wurden, die ihrerseits aus Machterhalt Gegenmaßnahmen ergriffen.

Völlig absurd war die Vorhaltung, angekündigte Hilfsmaßnahmen aus dem deutschen Ausland würden zu negativen Reaktionen in der Bevölkerung führen. Ende 1989 waren systematische bundesdeutsche Hilfen nicht in Sicht, und die DDR sollte zu keinem Zeitpunkt intensive Maßnahmen an der Wolga auch nur in Erwägung ziehen. Diese Ausführungen des Berichts reflektieren vermutlich die Abneigung der sowjetischen Führung, insbesondere des ZK, gegen eine "Einmischung" aus dem "kapitalistischen Ausland". Dafür spricht auch die jahrelange Verschleppung der bilateralen deutsch-sowjetischen Gespräche zu konkreten Fördermaßnahmen.

Die allgemeine Zuspitzung der Nationalitätenkonflikte dürfte in den Ängsten der Bevölkerung sicher eine ernstzunehmende Rolle gespielt haben. Noch größer waren offenbar aber in Moskau die Befürchtungen vor einem weiteren Nagornyj Karabach. Während die Parteiführung an der Wolga gegenüber der Union gezielt auf der Klaviatur dieser Ängste spielte, versetzten diese Vorstellungen das Zentrum in vollständige Handlungsunfähigkeit, die zur weiteren Zuspitzung der Lage und zur massiven Steigerung der Ausreisewelle maßgeblich beitrug.

Das von Kiselev kritisierte jahrzehntelange Schweigen der (nicht genannten) sowjetischen Führung zur deutschen Frage ist an sich gewiss verwerflich, jedoch unterließ Kiselev es zu erwähnen, dass Moskau in den Jahren seit Kriegsende zur Verbesserung des Schicksals der mehr als 2 Millionen Deutschen im Lande absolut nichts getan hatte und diese vorsätzlich der Assimilation preisgab. Der Vorsitzende der "Wiedergeburt", Groth, bezeichnete diese

Politik später als "Genozid"⁸²⁹. Auch die Auman-Dokumentenfassung enthält sich bezeichnenderweise solcher Fundamentalkritik.

Von der fragwürdigen Analyse ging Kiselev zu den Schlussfolgerungen über. Dabei wurde erstaunlicherweise ein allgemeines Einvernehmen über die Wiederherstellung der Wolgarepublik vorausgesetzt und daher an erster Stelle als Ziel propagiert, die nicht-deutsche Bevölkerung an der Wolga zu schützen:

Unter Berücksichtigung der nach 1941 entstandenen Realitäten kommt die Kommission zu dem Schluss, dass bei der Lösung der Aufgaben zur Wiederherstellung der Autonomie das Prinzip der Nichtverletzung der Interessen und Rechte jener Bevölkerung, die heute im künftigen Autonomie-Gebiet lebt, zum wichtigsten Grundsatz werden sollte ... Es wäre zweckmäßig, die Übersiedlung der Deutschen aus anderen Regionen in die künftige Wolgarepublik erst dann zu verwirklichen, wenn die nötigen Bedingungen dafür geschaffen sind.⁸³⁰

Erst später hieß es:

In Verbindung mit der vor kurzem erlassenen Deklaration halten wir es für möglich, dass der Oberste Sowjet einen Beschluss über die grundsätzliche Anerkennung der Notwendigkeit einer Wiederherstellung der Autonomie der Sowjetdeutschen fasst. Wir glauben, dass man diesen Beschluss auf Unionsebene verabschieden müsste, weil die ehemalige Wolgarepublik ihre Existenz aufgrund von Erlassen des Präsidiums des Obersten Sowjets verlor.

Gleichzeitig mit der Anerkennung der Notwendigkeit einer Wiederherstellung der deutschen Autonomie halten wir es für unerlässlich, eine staatliche Kommission zu bilden, die ein Programm des Wiederaufbaus der deutschen Autonomie ausarbeitet. Man könnte die Regierungen der UdSSR, der Russischen Föderation und anderer Republiken damit beauftragen, diese Kommission zu beschicken. Es wäre zweckmäßig, wenn ihr auch Vertreter der Sowjetdeutschen und staatlicher Organe aus den Regionen angehörten, in denen man die Autonomie vermutlich wiederherstellen wird.⁸³¹

⁸²⁹ *Neues Leben*, 30.10.91, S. 6

⁸³⁰ *Frankfurter Allgemeine*, 5.1.90

Im Auman-Dokument wird in Punkt 4 der Schutz der nicht-deutschen Bevölkerung festgeschrieben; die Frage des Zeitpunktes der Übersiedlung Sowjetdeutscher in das Wolgagebiet findet keine Erwähnung:

Odnim iz osnovopolagajuščich pri razrabotke programmy dolžen byt' priznan princip neuščemlenija interesov i prav naselenija, proživajuščego v nastojaščee vremja na territorii buduščej avtonomii. (*Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 273)

⁸³¹ *Frankfurter Allgemeine*, 5.1.90

In Punkt 3 des Auman-Dokumentes heisst es zur Beschlussfassung:

Vsled za političeskoj rehabilitacii sovetskich nemcev prinjat' Postanovlenie Verchovnogo Soveta SSSR, po soglasovaniju s Prezidiumom Verchovnogo Soveta RSFSR, o priznanii, v principe, neobchodimosti vossozdanija ich avtonomii. Etot akt sleduet prinimat' na sojuznom urovne, t.k. byvšaja ASSR nemcev Povolž'ja (ASSR NP) faktičeski perestala suščestvovat' согласно Ukazam Prezidiuma Verchovnogo Soveta SSSR. (*Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 273)

Hier ist für das Verständnis der weiteren Entwicklungen festzuhalten, dass Kiselev im Gegensatz zu seinen Äußerungen gegenüber der Deutschen Botschaft nunmehr lediglich einen Beschluss des Obersten Sowjets in Betracht zog, mit dem das Erfordernis der Wiederherstellung der Wolgarepublik anerkannt wurde. Es hätte dann eines separaten Beschlusses zur Wiederherstellung der Autonomie bedurft. Ganz offenbar waren mit diesem neuen zweistufigen Ansatz den Funktionären an der Wolga bzw. den konservativen Teilen der Partei Ende November noch weitreichende Zugeständnisse gemacht worden - so auch hinsichtlich der Tatsache, dass weder im Bericht noch im Beschluss Festlegungen zum Zeitraum der Wiederherstellung der Autonomie oder den zukünftigen Grenzen einer Wolgarepublik getroffen wurden.

Die Kiselev-Kommission empfahl in ihrem ambivalenten Bericht des weiteren, das auszuarbeitende Programm bereits zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen, um den Bürgern an der Wolga Ängste zu nehmen, und es dem Obersten Sowjet auf dessen Frühjahrstagung 1990⁸³² zu unterbreiten.

Die Kommission hielt es für "zweckmäßig, die Autonomie der Sowjetdeutschen in Form einer autonomen Republik wiederherzustellen, denn das entspräche den Forderungen nach Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit."⁸³³ Wie sehr diese Absicht auf massiven Widerstand der Wolga-Nomenklatura stieß, wurde noch 1991 in den deutsch-sowjetischen Verhandlungen sichtbar. An der Wolga konnte man sich maximal mit den Vorstellungen der Kiselev-Kommission zu anderen Teilen der Sowjetunion anfreunden, wo in kompakten Siedlungsgebieten nationale Rayons und Dorfsowjets geschaffen werden sollten, da ein

In Punkt 4 des Auman -Dokumentes heisst es zur Bildung der Kommission:

Odnovremennno s priznaniem neobchodimosti vossozdanija nemeckoj avtonomii poručit' Pravitel'stvu SSSR sovместно s Pravitel'stvom RSFSR sformirovat' Gosudarstvennuju komissiju dlja razrabotki perspektivnoj Kompleksnoj programmy vossozdanija etoj avtonomii. V Gosudarstvennoj komissii celesoobrazno predstavit' sovetskich nemcev, v sojuznye i respublikanskije gosudarstvennye organy, a takže organy regionov, gde predpolagaetsja vosstanovlivat' avtonomiju. (*Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 273)

832

Frankfurter Allgemeine, 5.1.90

Ebenso bei Auman:

Ukazannuju programmu posle ee rassmotrenija v Verhovnym Sovetom RSFSR želatel'no bylo by vnesti v Verhovnyj Sovet SSSR v chode ego vesennej sessii 1990 goda. (*Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 273)

833

Frankfurter Allgemeine, 5.1.90

Zur Beschlussfassung durch den Obersten Sowjet heisst es in der Auman-Version vorsichtig:

Verhovnyj Sovet SSSR odnovremennno s Kompleksnoj programmoj mog by prinjat' Postanovlenie (Deklaraciju) o vossozdanii avtonomii sovetskich nemcev na opredelennoj territorii (v rajonach Povolž'ja), v konkretnoj forme (avtonomnaja respublika). ... učityvaja istoričeskij, pravovoj i drugie faktory, komissija priznaet naibolee obosnovannym predloženie o razmeščanii avtonomii sovetskich nemcev na territorii byvshej ASSR nemcev Povolž'ja - v rjade rajonov Volgogradskoj i Saratovskoj oblasti. Inye varianty predstavljajutsja menee priemlemymi i potomu, čto vossozdanie avtonomii na drugoj territorii možet rascenivat'sja kak zakonodatel'noe zakreplenie osuščestvlenno go v 1941 godu bezzakonija. (*Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 273f)

großer Teil der Deutschen nicht an die Wolga umsiedeln würde⁸³⁴. Auf diese Weise erhoffte sich die Kommission eine bessere Befriedigung der "national-kulturellen Bedürfnisse" und eine Eindämmung des Aussiedlerstroms - sowie einen reduzierten Zuzug in die autonome Republik. Kiselev beendete seinen Bericht mit einem Aufruf zum Handeln: "Die Probleme der Sowjetdeutschen sind reif zur Überwindung. Ihre Lösung duldet keinen Aufschub mehr."⁸³⁵

Wie gezeigt, ist der Text der Auman-Sammlung insofern bemerkenswert, als die schriftlichen Vorschläge operativ formuliert sind und schon im ersten von acht Punkten die vollständige Rehabilitierung der Sowjetdeutschen sowie die Veröffentlichung der diskriminierenden Rechtsakte vorgeschlagen wird und im zweiten Punkt die Aufarbeitung des Status der Trudarmisten. Punkt 3 stellt fest, dass nach der politischen Rehabilitierung der Sowjetdeutschen "im Prinzip die Anerkennung der Notwendigkeit einer Wiederherstellung ihrer Autonomie" (o priznanii, v principe, neobchodimosti vossozdanija ich avtonomii) mit einem Beschluss des Obersten Sowjets der UdSSR zu erfolgen habe. Gleichzeitig solle eine staatliche Kommission gegründet werden, um ein Programm zur Wiederherstellung der Autonomie auszuarbeiten (Punkt 4). Mit der Verabschiedung dieses Programms durch den Obersten Sowjet könnte zugleich auch eine Erklärung über die Wiederherstellung der Autonomie in Form einer Republik erfolgen (mog by prinjat' Postanovlenie (Deklaraciju) o vossozdanii avtonomii sovetskich nemcev na opredelennoj territorii (v rajonach Povol'žja), v konkretnoj forme (avtonomnaja respublika) - und zwar im Gebiet der früheren Wolgarepublik (Punkt 5). Im weiteren wird in den Vorschlägen unterstrichen, dass die Wiederherstellung der Autonomie viel Zeit in Anspruch nehmen werde und etappenweise erfolgen solle (potrebuet nemalo vremeni i dolžno osuščestvljaet'sja poetapno) (Punkt 6).

Wenn sich die Kiselev-Kommission auch grundsätzlich im Sinne der sowjetdeutschen Anliegen geäußert hatte, ließen die vorsichtigen Formulierungen ihrer Vorschläge zukünftigen Entscheidungen des Obersten Sowjets breiten Raum für eigenes Ermessen. Festlegungen waren nicht vorgenommen worden, insbesondere die späteren Auseinandersetzungen zwischen Sowjetdeutschen und der sowjetischen Führung zugrunde liegende Frage, ob vor einer Umsiedlung der Sowjetdeutschen die rechtliche Wiederherstellung der Wolgarepublik zu erfolgen habe oder erst danach, wurde nicht thematisiert. Dennoch hielt der Oberste Sowjet die Veröffentlichung des Berichts offenbar für zu brisant.

⁸³⁴ Die Führung von Saratov wollte nur Dorfsowjets akzeptieren, im Gebiet Volgograd war dagegen auch ein autonomer Rayon denkbar.

⁸³⁵ *Frankfurter Allgemeine*, 5.1.90

Nach dem mündlichen Vortrag Kiselevs und dem Bericht zur Lage der Krimtataren fasste der Oberste Sowjet der UdSSR am 28. November 1989 in geschlossener Sitzung und ohne Aussprache⁸³⁶ den kryptischen Beschluss "Über die Schlussfolgerungen und Vorschläge der Kommissionen für die Probleme der Völker der Sowjetdeutschen und der Krimtataren":

Der Oberste Sowjet beschließt:

1. Die Schlussfolgerungen und Vorschläge der Kommissionen für die Probleme der Völker der Sowjetdeutschen und der Krim-Tataren werden bestätigt [soglasit'sja].
2. Der Ministerrat der UdSSR wird beauftragt, staatliche Kommissionen für die Entscheidung der praktischen Fragen, die mit der Wiederherstellung der Rechte der Völker der Sowjetdeutschen und der Krimtataren verbunden sind, zu bilden.
3. Die Kommission des Nationalitätenowjets für nationale Politik und zwischenationale Beziehungen wird beauftragt, diese Arbeit unter ständige Kontrolle zu nehmen.⁸³⁷

Der von Gorbačev unterzeichnete Beschluss wurde mit nur einer Gegenstimme bei sieben Enthaltungen⁸³⁸ angenommen. Während die "Schlussfolgerungen und Vorschläge" wie erwähnt unveröffentlicht blieben - was den Beschluss als solchen unverständlich und damit zur Groteske machte - wurde dieser im Wortlaut erst am 1. Januar 1990 und nur im *Neuen Leben* publiziert. Lediglich das einem geringen Kreis von Nutzern zugängliche Amtsblatt druckte den Beschluss ab. Die "Wiedergeburt" kritisierte, dass mit dem Schweigen der Zentralzeitungen die sowjetische Tradition der Vorperestrojka ungebrochen fortgesetzt werde. Bezeichnend für die antideutsche Rolle der Parteifunktionäre im Gebiet der ehemaligen Wolgarepublik sei die Tatsache, dass der so vertraulich behandelte Beschluss jedoch in den Lokalzeitungen der Gebiete Saratow und Volgograd veröffentlicht werden konnte, konstatierte die "Wiedergeburt"⁸³⁹. Volksdeputierte, die von der "Wiedergeburt auf diesen Missstand aufmerksam gemacht wurden, hätten nur mit "Achselzucken" reagiert⁸⁴⁰.

Die *Izvestija* beschränkte sich am 29. November 1989 auf ein Interview zu der Thematik mit Georgij Stanislavovič Tarazevič, dem Vorsitzenden der Kommission für Nationalitätenpolitik und zwischenationale Beziehungen des Nationalitätenowjets. In dem Interview wies Tarazevič nach einem kurzen historischen Exkurs und der Feststellung, dass

⁸³⁶ *Neues Leben*, 18.4.90, S. 4

⁸³⁷ *Vedomosti S"ezda narodnych deputatov SSSR i Vernovnogo Soveta SSSR*, 25, 29.11.89, S. 669; deutsch in: *Volk auf dem Weg*, 2/1990, S. 4, und *Frankfurter Allgemeine*, 5.1.90; die Umsetzung erfolgte durch Beschluss des Ministerrates Nr. 1117 vom 21. Dezember 1989 "Ob obrazovanii komissii po organizacii vypolnenija postanovlenija Verchovnogo Soveta SSSR 'O vyvodach i predloženii komissij po problemam sovetskich nemcev i krymsko-tatarskogo naroda"

⁸³⁸ *Frankfurter Allgemeine*, 13.12.89

⁸³⁹ *Neues Leben*, 18.4.90, S. 4

⁸⁴⁰ vgl. *Freundschaft*, 14.2.90, S. 2

die Deutschen noch immer nicht vollständig rehabilitiert seien, zunächst auf ihre inzwischen massenhafte Auswanderung hin, ca. 50.000 allein im vergangenen Jahr, und nannte dafür Gründe⁸⁴¹. Er erläuterte dann, dass die Abgeordneten des Obersten Sowjets, d.h. die Kiselev-Kommission, Orte kompakter deutscher Besiedlung besucht hätten, um sich selbst ein Bild über die Probleme der Deutschen zu machen, und zu dem Ergebnis gelangt seien:

Wenn man die historische Gerechtigkeit wiederherstellen will, muss man die Sowjetdeutschen in Beziehung zu den Gebieten Volgograd und Saratov betrachten, wo sie früher lebten. Es ist unbestritten, dass diese Menschen sich zu ihren Heimatorten gezogen fühlen. (...) Und wenn man die Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit will, muss man sich zur Wiederherstellung einer nicht beschnittenen, sondern vollständigen deutschen Autonomie an der Wolga bekennen.⁸⁴²

Damit zitierte Tarazevič aus der für die Deutschen zentralen Aussage des Berichts - zwar eingeschränkt durch "wenn", aber auch mit dem persönlichen Bekenntnis zu einer vollständigen Wiederherstellung der Autonomie. Er betonte dann im Hinblick auf die von den möglichen Maßnahmen betroffene Wolga-Bevölkerung: "Das wichtigste Prinzip bei dem Beschluss zu den Fragen der Wiederherstellung der Autonomie der Sowjetdeutschen bestand darin, dass gerade keinerlei Beeinträchtigung der Rechte der örtlichen Bevölkerung zugelassen wurde."⁸⁴³ Zu deren Haltung sagte Tarazevič:

Freilich werden die Vorschläge über die Wiederherstellung der deutschen Autonomie im Volgograder Oblast' mit Verständnis aufgenommen, dagegen mit Zurückhaltung im Gebiet Saratov. Der Grund, scheint mir, vor allem darin zu liegen, dass die Probleme der Sowjetdeutschen viele Jahrzehnte verschwiegen und eine verfälschte Vorstellung von der Geschichte der Sowjetdeutschen verbreitet wurde. Darüber hinaus waren diese Ländereien schon vor langem zum Saratover "Vorgarten" geworden, den die örtlichen Machthaber nicht wieder verlieren wollten. Es wurde sogar vorgeschlagen, eine Saratover Region zu begründen - und in ihr ein autonomes

⁸⁴¹ *Izvestija*, 29.11.89: Nacional'nyj vopros: politika i praktika. Vosstanovit' spravedlivost'. "Sredi motivov važnoe mesto zanimaet neudovletvorennost' tem, čto utračivajutsja rodnoj jazyk, kul'tura, nacional'nye tradicii i obyčai."

⁸⁴² "Esli reč' idet o vosstanovlenii istoričeskoj spravedlivosti, nado identificirovat' sovetskich nemcev s temi regionami Volgogradskoj i Saratovskoj oblastej, gde oni žili ran'se. Neosporima tjaga ljudej k rodnym mestam. (...) I esli už stavitsja vopros o vosstanovlenii istoričeskoj spravedlivosti, reč' dolžna idti o vosstanovlenii ne urezannoj, a polnoj nemeckoj avtonomii v Povolž'e."

⁸⁴³ *ibid.*

Gebiet der Sowjetdeutschen, um die wirtschaftliche Kontrolle über das Territorium zu behalten.⁸⁴⁴

Es ist bemerkenswert, dass Tarazevič in diesem Passus über den Bericht Kiselevs hinausging und quasi offiziell bestätigte, dass die Parteikader an der Wolga nicht zuletzt aus machtpolitischen Gründen gegen eine Wiederherstellung der deutschen Autonomie auftraten. Die Ablehnung des Saratover Gebiets bei grundsätzlich positiver Haltung des Volgograders Gebiets verfestigte sich im Laufe der Jahre immer weiter: Das einzige glaubwürdige Angebot, den Deutschen ein Territorium zur Verfügung zu stellen, kam 1991 aus Volgograd. Die Überlegung, einen "Saratovskij kraj" zu bilden, ist jedoch gegenüber der Bundesrepublik nie zur Sprache gebracht worden und hat auch in den späteren Verhandlungen mit Russland keinerlei Rolle gespielt. Es ist eher zu vermuten, dass die Saratover Gebietsverwaltung diese Möglichkeit in Wirklichkeit nie ernsthaft in Betracht gezogen hat und von vornherein eine antideutsche Stimmung schürte, um eine wie auch immer geartete Autonomie zu verhindern. Wenn auch 1989 noch die Wiederherstellung der autonomen Republik diskutiert wurde, so war Grundlage der späteren bilateralen Verhandlungen, dass die Wiedererrichtung der Republik nicht der erste Schritt sein könne. Tarazevič schätzte die Anzahl der zurückzusiedelnden Deutschen auf 100-200.000 von insgesamt 367.000 Deportierten im Jahre 1941⁸⁴⁵.

Auf die nicht ganz eindeutige Frage der *Izvestija*: "Kann man davon ausgehen, dass wir zu den Problemen der Sowjetdeutschen und der Krimtataren eine politische Entscheidung haben?"⁸⁴⁶ antwortete Tarazevič: "Im Prinzip, ja: Die Unterstützung des Obersten Sowjets der UdSSR ist da. Jetzt kommt es darauf an, dass schnell Regierungskommissionen gegründet werden und zu arbeiten beginnen."⁸⁴⁷ Die Kommissionen sollten Entscheidungen zu organisatorischen und finanziellen Fragen vorbereiten. Auch die Obersten Sowjets der Russischen Föderation und der Ukraine müssten mit den Vorschlägen befasst werden, wegen der erforderlichen Verfassungsänderungen zusätzlich der Kongress der Volksdeputierten der UdSSR⁸⁴⁸.

Dem Tarazevič-Interview war damit nicht ohne weiteres zu entnehmen, ob mit dem dürren Beschluss des Obersten Sowjets die politische Grundsatzentscheidung zur Wiederherstellung

⁸⁴⁴ "Pravda, esli v Volgogradskoj oblasti predloženiya o vossozdaniu nemeckoj avtonomii nachodjat ponimanie, v Saratovskoj oni vstrečeny nastoroženno. Pričina, mne kažetsja, prežde vsego v tom, čto problemy sovetskich nemcev mnogie desjatiletija zamalčivalis', davalos' iskažennoe predstavlenie ob istorii sovetskich nemcev. Krome togo, eti zemli davno stali saratovskim "ogorodom", i mestnye vlasti ne choteli by utratit' ego. Predlagalos' daže obrazovat' Saratovskij kraj, a v ego sostave - avtonomnuju oblast' sovetskich nemcev, daby sohranit' ekonomičeskij kontrol' nad territoriej."

⁸⁴⁵ "vyseleno bylo 367 tysjač nemcev"

⁸⁴⁶ "Možno li sčitat', čto po problemam sovetskich nemcev i krymskich tatar my imeem političeskoe rešenje?"

⁸⁴⁷ "V principe, da: podderžka Verhovnogo Soveta SSSR polučena ..."

⁸⁴⁸ vgl. *Izvestija*, 29.11.89

der Wolgarepublik gefallen war. Um diese Frage rankten sich in der Folge eine Reihe von Missverständnissen und Spekulationen auf Seiten der Sowjetdeutschen, die letztlich auf die fortgesetzte Verletzung der *Glasnost*' zurückzuführen waren: Da der Bericht der Kiselev-Kommission nicht veröffentlicht wurde und damit der Beschluss des Obersten Sowjets, der die Deutschen zudem mit Zeitverzögerung erreichte, missverständlich blieb, war die "Wiedergeburt" zunächst im Glauben, die Grundsatzentscheidung sei gefallen. Von diesem Ergebnis ging auch die *Frankfurter Allgemeine*, die ihre Informationen aus Kreisen der Sowjetdeutschen erhalten hatte, in ihrer Meldung vom 13. Dezember 1989 aus:

Der Oberste Sowjet in Moskau hat, weder von der sowjetischen noch von der westlichen Öffentlichkeit wahrnehmbar, beschlossen, den Russlanddeutschen und den Krimtataren staatliche Autonomie zu gewähren. Der Beschluss wurde bereits am 28. November gefasst. Er wurde bisher nirgendwo in der Presse oder im Rundfunk des Landes veröffentlicht, um nicht, wie es heißt, Unmutsbekundungen, die zu Missfallenskundgebungen oder gar politisch motivierten Streiks führen könnten, heraufzubeschwören. Das ist dieser Zeitung von mehreren Mitgliedern des Kongresses der Volksdeputierten, der am Dienstag zusammengetreten ist, mitgeteilt und vom Koordinationszentrum der "Gesellschaft der Sowjetdeutschen - Wiedergeburt" bestätigt worden.⁸⁴⁹

In Wirklichkeit jedoch war nur die "Notwendigkeit" anerkannt worden, die Probleme der Sowjetdeutschen einer Lösung zuzuführen. Der Vorsitzende des Nationalitätensowjets, Rafik Nišanov, dementierte denn auch noch am selben Tag persönlich die Meldung der *Frankfurter Allgemeinen*. Der Tenor des TASS-Zitates lässt darauf schließen, dass vor allem abgewiegelt werden sollte, was zusätzlich unterstreicht, für wie delikater die sowjetische Führung die Angelegenheit schon zum damaligen Zeitpunkt betrachtete - und wie viele Auseinandersetzungen es offenbar bereits hinter den Kulissen gegeben hatte:

Es wäre falsch zu sagen, dass ein Beschluss gefasst wurde. Genauer gesagt, es laufen Vorbereitungsarbeiten zur Schaffung der Autonomie. (...) Es bedarf der Ausarbeitung der Frage der Autonomiebildung und, sagen wir, eines zehnjährigen Programms für deren [der Deutschen] Unterbringung und Ansiedlung. (...) Dennoch ist das Eis gebrochen, der Anfang gemacht. Wir arbeiten daran, eine solche Autonomie zu schaffen.⁸⁵⁰

Allerdings blieb auch bei der Äußerung Nišanovs offen, wie es nach dem Beschluss vom 28. November 1989 konkret weitergehen sollte, und ob es eines weiteren formellen Beschlusses bedurfte. Aus dem Statement lässt sich aber ableiten, dass die sowjetische Führung sich

⁸⁴⁹ *Frankfurter Allgemeine*, 13.12.89

⁸⁵⁰ TASS (russ.) 13.12.89/1625/1214ja4; vgl. auch AFP 141128 Dez 89

frühzeitig auf ein etappenweises Vorgehen festgelegt hatte. Der mündliche Kiselev-Bericht implizierte ebenfalls ein solches Procedere, ohne dies jedoch ausdrücklich zu erwähnen, ganz im Gegenteil zu den schriftlichen Vorschlägen der Kommission, die sich dort unzweideutig auf den etappenweisen Aufbau festgelegt hatte. Der *Frankfurter Allgemeinen* bestätigte Konstantin Ehrlich diese Haltung Moskaus am 20. Februar 1990:

Schon vor dem Beschluss hatten mit uns sympathisierende Partei- und Staatsfunktionäre die Ansicht vertreten, eine autonome Republik könne nur wiedererstehen, wenn sich im Wolgagebiet bereits eine bestimmte Anzahl von Russlanddeutschen neu angesiedelt habe. Es sei zweckmäßig, so die Argumentation, den Anfang mit einem "nationalen Bezirk" zu machen und erst nach einem weiteren Anwachsen der deutschstämmigen Bevölkerung dort zusätzliche Schritte zum Ausbau der Selbstverwaltung zu unternehmen.⁸⁵¹

Der Zehnjahresplan Nišanovs zur Wiederherstellung der Autonomie stand jedoch im krassen Gegensatz zu den Forderungen der deutschen Minderheit, angesichts hoher Ausreisenzahlen sofort die autonome Republik auszurufen, schrieb Ehrlich in dem Artikel ganz im Sinne der Äußerungen Natalja Gellerts auf dem Nationalitätenplenium:

Dieser Weg wäre ... zu lang. Eine solche Lösung der "deutschen Frage" würde den Russlanddeutschen in der Sowjetunion die letzte Hoffnung nehmen und ihnen als einzigen Ausweg nur noch die Auswanderung lassen.⁸⁵²

In der Folgezeit verfestigten sich diese beiden konträren Positionen in allen Diskussionen und Gesprächen zwischen Führung und Deutschen und führten letztlich zu einer unüberbrückbaren Konfrontation. Die Äußerung des Vorsitzenden des Nationalitätensowjets mussten von den Deutschen insofern als negatives Signal aufgefasst werden. Auch eine Trendwende hinsichtlich der massiven Ausreisenzahlen konnte dementsprechend realistischerweise nicht erwartet werden, ganz im Gegenteil, die Situation verschlechterte sich zunehmend: Während im Laufe des Jahres 1989 über 98.000 Deutsche aus der UdSSR auswanderten, waren es 1990 bereits fast 148.000⁸⁵³.

⁸⁵¹ *Frankfurter Allgemeine*, 20.2.90

⁸⁵² *ibid.*

⁸⁵³ Am 2. Januar 1990 widmete die abendliche Nachrichtensendung *Vremja* der Lage der Deutschen und der anhaltenden Ausreisewelle, die für 1989 mit über 100.000 beziffert wurde, einen längeren, sachlich-wohlwollenden Bericht. Befragungen von Ausreisewilligen vor der Deutschen Botschaft, die das unionsweit zu empfangende 1. Programm zeigte, ließen schon seinerzeit darauf schließen, dass diese Tendenz nicht abnehmen würde.

2.2.3.8 Reaktionen der Sowjetdeutschen und Einsetzung der Voronin-Kommission

Nach dem unbefriedigenden Beschluss des Obersten Sowjets vom 28. November 1989 verschärfen sich die Spannungen zwischen Deutschen bzw. Krimtataren einerseits und Staat und Partei andererseits erheblich. Die *Frankfurter Allgemeine* berichtete von einer gemeinsamen, nicht genehmigten Demonstration von ca. 150 Deutschen und Krimtataren, darunter deren führende Repräsentanten, am 18. Dezember 1989 während des Volksdeputiertenkongresses am Kreml'-Eingang und vor dem Hotel Moskva, wo die Volksdeputierten untergebracht waren. Der Protest beider Minderheiten richtete sich auch gegen Demonstrationen nach dem Beschluss des Obersten Sowjets vom 28. November 1989 an der Wolga und auf der Krim sowie von Russen aus dem Wolgagebiet am 14. und 15. Dezember 1989 in Moskau. Vor dem Kreml' waren von Autonomiegegnern Flugblätter mit der Aufforderung an die Volksdeputierten verteilt worden, die Thematik nicht zum Gegenstand ihrer Beratungen zu machen⁸⁵⁴.

Von den Auseinandersetzungen berichtete Groth der Deutschen Botschaft am 12. Januar 1990 und bestätigte, dass die "Wiedergeburt" während der Sitzung des Volkskongresses im Zentrum Moskaus demonstriert hatte. Daraufhin hätte Ministerpräsident Ryškov eine Kommission eingesetzt⁸⁵⁵. Die Kommission sollte innerhalb von 10 Tagen "Vorschläge zur Gründung von staatlichen Kommissionen und zu anderen vorrangigen Maßnahmen zur Lösung der praktischen Fragen im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der Rechte der Sowjetdeutschen und der Krimtataren" unterbreiten.

Am 25. Dezember 1989 trat diese Regierungskommission, der keine Vertreter der Deutschen angehörten, unter dem Vorsitz des Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, L.A. Voronin, zusammen, wie das zentrale sowjetische Fernsehen meldete. In der Sendung wurde auf den "Beschluss des Obersten Sowjets der UdSSR zur Lösung der praktischen Fragen im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der Rechte der Sowjetdeutschen und des krimtatarischen Volkes"⁸⁵⁶ verwiesen, mit dem die Kommission eingesetzt worden war. Weiter hieß es:

Auf der Sitzung wurden Fragen der Vorbereitung vordringlicher Maßnahmen organisatorischen, sozial-ökonomischen und rechtlichen Charakters zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit gegenüber den Sowjetdeutschen und den Krimtataren eingehend erörtert, die in den Jahren der Stalin-Repressionen aus ihren

⁸⁵⁴ *Frankfurter Allgemeine*, 19.12.89

⁸⁵⁵ Postanovlenie Soveta Ministrov SSSR ot 21 dekabnja 1989 no 1117 "Ob obrazovanii Komissii po organizacii vypolnenija postanovlenija Verchovnogo Soveta SSSR 'O vyvodach i predloženijach komissij po problemam sovetskich nemcev i krymsko-tatarskogo naroda"; in: *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 279f

⁸⁵⁶ Zentrales sowjetisches Fernsehen, 25.12.89/1900; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen*, 27.12.89, S. 31

traditionellen Wohngebieten gewaltsam umgesiedelt wurden. (...) Zugleich sollte die Möglichkeit der Verletzung der Interessen der Bevölkerung, die auf der Krim und dem ehemaligen autonomen Gebiet der Wolga-Deutschen lebt, ausgeschlossen werden. Der Ministerrat der RSFSR, der Ministerrat der Ukrainischen SSR und die zentralen Wirtschaftsbehörden erhielten entsprechende Aufträge.⁸⁵⁷

Das Protokoll der Sitzung und die Mitgliederliste der Voronin-Kommission wurden in Deutschland erst jetzt bekannt⁸⁵⁸. Danach wurde beschlossen, dem Ministerrat der UdSSR innerhalb von 5 Tagen über die personelle Zusammensetzung beider zu gründender Kommissionen einen Beschlussvorschlag zu unterbreiten. Der entsprechende Beschluss des Ministerrates der UdSSR erfolgte Ende Januar 1990. Noch 1990 sollten die ersten Maßnahmen getroffen werden. RSFSR und Ukraine wurden aufgefordert, Vorschläge zur etappenweisen Umsiedlung der Deutschen zu unterbreiten, die Kosten zu beziffern sowie in den Ansiedlungsgebieten für ein aufnahmebereites, positives Klima zu sorgen. Die zentralasiatischen Republiken hatten Bedingungen zur Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse und zum Kulturerhalt zu schaffen und innerhalb eines Monats Vorschläge zur Gründung von nationalen Rayons und Dorfsowjets in kompakten Siedlungsgebieten vorzulegen⁸⁵⁹. In dem Protokoll war aber lediglich von einer "Wiederherstellung der Rechte der Sowjetdeutschen" die Rede, nicht jedoch von der Wiederherstellung der Wolgarepublik.

Wie Groth der Botschaft mitteilte, bestand die konkrete Aufgabe der Voronin-Kommission in der Vorbereitung der Einsetzung der eigentlichen Regierungskommissionen, die sich mit der Frage der Wiederherstellung der territorialen Autonomie von Deutschen und Krimtataren beschäftigen sollten. Die Kiselev-Kommission sei zwar noch nicht aufgelöst, faktisch aber bereits nicht mehr handlungsfähig. Groth äußerte die Befürchtung, dass die neue Kommission sich nicht an den Vorarbeiten der alten orientieren, sondern den ganzen Komplex erneut aufrollen werde. Als Indiz dafür wertete er, dass Kiselev anlässlich zweier Treffen gegen Neujahr ausweichend und vage geblieben sei und sichtlich unter Weisung gestanden habe, sich dilatorisch zu verhalten, während er sich im Laufe seiner Kommissionsarbeit die Anliegen der Deutschen zu eigen gemacht habe.

Mit dem Zusammentreten der Voronin-Kommission war zwar ein weiterer Schritt erfolgt und zunächst nach außen ein neuerlicher, öffentlicher Nachweis für die Absicht der sowjetischen Führung erbracht, das Problem der Deutschen und der Krimtataren praktisch anzugehen. Angesichts der Intransparenz des Vorgehens und der Tatsache, dass der Volksdeputiertenkongress die Lage der Deutschen bzw. der Krimtataren auf seiner Sitzung

⁸⁵⁷ *ibid.*; vgl. auch *Neues Leben*, 1.1.90

⁸⁵⁸ vgl. *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 280ff

⁸⁵⁹ Vermutlich als Folge dieses Impulses machte Kirgistan 1992 Zugeständnisse an die Deutschen.

Ende Dezember nicht mehr erörterte, konnte von den Ergebnissen der Sitzung eine Signalwirkung nicht ausgehen.

Auf die Frage der Botschaft an Groth, warum die deutschen Volksdeputierten sich nicht für eine Behandlung der Thematik auf dem Volkskongress eingesetzt hätten, erläuterte Groth in dem Gespräch am 12. Januar 1990, die "Wiedergeburt" habe unter dem falschen Eindruck gestanden, dass mit dem gebilligten Bericht der Kiselev-Kommission gleichzeitig auch die politische Entscheidung für die Wiederherstellung der Wolgarepublik gefällt worden sei und es einer Befassung des Volkskongresses nicht mehr bedurfte. Außerdem seien alle Kongressteilnehmer gewarnt worden, angesichts der Gefahr zu erwartender Forderungen und ausufernder, unsachlicher Diskussionen die Nationalitätenproblematik anzusprechen. Nunmehr hieße es, eine Entschließung, die lediglich einen Bericht zur Kenntnis nehme, sei keine politische Entscheidung und keine Handlungsanweisung. Die "Wiedergeburt" stoße überall auf zögerliche und ausweichende Reaktionen. Deshalb habe man für den 16.-18. Januar 1990 einen Kongress der "Wiedergeburt" nach Moskau einberufen und werde zur nächsten Sitzungsperiode des Obersten Sowjets ein Aktionsprogramm vorlegen⁸⁶⁰.

Die weitere Entwicklung lässt darauf schließen, dass Groths Eindruck zutreffend war und die Moskauer Führung sich Ende des Jahres zu einem vorsichtigeren Vorgehen, wenn nicht sogar zu einem grundsätzlichen Kurswechsel entschlossen hatte. Dies reflektiert auch das Nišanov-Dementi vom 13. Dezember 1989, dessen hintergründiger Wahrheitsgehalt - nicht zuletzt hinsichtlich der Vorstellung von einer zehnjährigen Phase bis zur Wiederherstellung der Autonomie - von den Deutschen, aber ebenfalls in der Bundesrepublik, erst spät erkannt wurde.

In seiner Rede vor den Delegierten des Kongresses der Sowjetdeutschen führte Groth später aus, er halte die Deklaration und den Beschluss des Obersten Sowjets vom 14. November 1989 für "reine Propaganda" (čisto propagandistskij karakter). Das Dokument von "epochaler Wichtigkeit" wurde anders als zuvor bei vergleichbaren Ereignissen im weiteren in der Bevölkerung nicht angemessen erörtert. Die Parteikomitees, die früher auf jede beliebige Entscheidung der Führung operativ reagiert hätten, bemerkten diese geradezu nicht. Auch auf der Ebene der Sowjets wurde die Deklaration nicht diskutiert, die Massenmedien schwiegen. Die traditionelle Wiedergabe von Briefen der Werktätigen in den zentralen Zeitungen entfiel. Später, im März 1991, sagte Groth, heute erinnern sich nur noch Experten an die "historische" Deklaration⁸⁶¹.

⁸⁶⁰ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 183 vom 12.1.90, Pol 320.16

⁸⁶¹ *Neues Leben*, 27.3.91, S. 6

2.3 Die deutsche Minderheit in den deutsch-sowjetischen Beziehungen

2.3.1 Erste Sitzungen der "Humanitären Arbeitsgruppe" und Formulierung einer neuen deutschen Politik

Im November 1987 hatte der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts gegenüber seinem sowjetischen Kollegen Bondarenko die Frage der Gründung einer "Humanitären Arbeitsgruppe" erneut aufgegriffen. Seit dieser Vorschlag im Oktober des Vorjahres an die sowjetische Seite herangetragen worden war, hatte sich keine neue Entwicklung ergeben. Bondarenko wehrte die Frage zunächst ab und verwies auf die Zuständigkeit von Botschafter Kašlev, dem Delegationsleiter in Wien.

Am Rande des Besuches von Außenminister Ševardnadze in Bonn vom 17.-19. Januar 1988 kam es dann spontan zur ersten Sitzung der "Humanitären Arbeitsgruppe": Als die deutsche Seite beim Delegationsgespräch auf Arbeitsebene den Themenbereich ansprach, zeigte sich der stellvertretende Leiter der Hauptabteilung für Kulturelle und Humanitäre Beziehungen des sowjetischen Außenministeriums, A.I. Gluchov, zunächst von den konkreten deutschen Vorschlägen zur künftigen Arbeitsweise einer "Humanitären Arbeitsgruppe" überrascht⁸⁶² und machte zunächst allgemeine Ausführungen über die große Bedeutung humanitärer Fragen in der "neugefassten sowjetischen Außenpolitik". Er drückte den Wunsch aus, auch angesichts des "schweren Erbes" ohne jede Propaganda "von der Konfrontation zum Dialog" überzugehen. Die gegenwärtig stattfindende Arbeitsgruppe werde als "Stockwerk" einen Beitrag zum "Bau des ganzen Hauses" liefern und als ein Probelauf für die Arbeit der möglicherweise einzurichtenden Expertengruppe fungieren. Die Formalisierung solle dann durch die Minister erfolgen. Diese stimmten dem Versuch jedoch bereits am 19. Januar 1988 zu, und Außenminister Ševardnadze stellte eine Einladung der Arbeitsgruppe nach Moskau zu einem weiteren Treffen Ende 1988 in Aussicht⁸⁶³. Den hohen Stellenwert, den die deutsche Seite humanitären Fragen im Rahmen der Gesamtbeziehungen beimaß, verdeutlichte Bundeskanzler Kohl dem sowjetischen Außenminister am selben Tag⁸⁶⁴.

⁸⁶² deutsche Vorstellungen gem. Sachstand 513-2 vom 14.1.88:

Treffen alternierend in den Hauptstädten auf Ebene Referatsleiter ein- bis zweimal jährlich; Ablauf: zwei Sitzungen in drei Tagen, um offene Fragen am sitzungsfreien Tag klären zu können; vorherige Mitteilung von Tagesordnungswünschen, aber auch Zulässigkeit von unangemeldeten Tagesordnungspunkten; weite Auslegung des Begriffs "humanitäre Fragen" einschließlich Behandlung von Einzelfällen (Rückführung und Familienzusammenführung Russlanddeutscher, Verifizierung von Ausreisewünschen, u.a. Listenvergleiche, Härtefälle, Verlobtenfälle, Verwandtenbesuche, Ausreisen wegen Eheschließung, Kriegsgräberfürsorge); Möglichkeit, Experten auch von außerhalb der staatlichen Verwaltung zu Sitzungen hinzuzuziehen (z.B. des Roten Kreuzes); routinemäßige Billigung der Ergebnisse in den Konsultationen auf Abteilungsleiterebene.

⁸⁶³ Vermerk 500-321.11 SOW vom 19.1.88

⁸⁶⁴ Sachstand 513-2 KOR88 vom 15.7.88, S. 2

In der Arbeitsgruppe wurden vom Auswärtigen Amt eine Liste von Härtefällen übergeben und konkrete Einzelfälle angesprochen. Zum Thema der Familienzusammenführung dankte die deutsche Seite für die starke Zunahme der Ausreisen 1987, regte aber zugleich auch Verbesserungen an. Der Begriff "Familie" solle für Ausreisewecke weit ausgelegt werden, möglicherweise könne die sowjetische Seite ganz von dem Familienbegriff abgehen und stattdessen die "deutsche Nationalität" maßgebend sein lassen. Darüber hinaus solle die UdSSR großzügig eine Praxis wiederholter Aus- und Wiedereinreisen genehmigen, um der Ausreise den Charakter einer existentiellen Entscheidung zu nehmen, mit der möglichen günstigen Folge, dass der Ausreisedruck in der Sowjetunion selbst nachlasse.

Gluchov bestätigte, dass die Ausreisepolitik fortgesetzt werde. Er zitierte eine Zielvorgabe Gorbachevs. "Alle, die ausreisen wollen, können das tun."⁸⁶⁵ Im übrigen werde die sowjetische Gesetzgebung der internationalen Rechtslage angepasst, aber auch die amerikanischen Gesprächspartner hätten verkannt, dass weder Menschenrechte noch die Schlussakte von Helsinki eine unbeschränkte Ausreise gewährten. Im Grunde sei die Kenntnis von staatlichen Geheimnissen das einzige Ausreisehindernis. Werde die Abrüstung fortgesetzt, verringere sich die Zahl der Geheimnisträger. Außerdem müsse berücksichtigt werden, dass das Ausland wirtschaftliches Interesse an sowjetischen Wissenschaftlern habe. Gluchov betonte, dass 1987 weniger als 1000 Anträge auf Ausreise in die Bundesrepublik abgelehnt wurden und 80% der genehmigten Ausreisen früher abgelehnte Anträge seien. Seit dem 1. Januar 1988 lägen 4900 Anträge vor. Im weiteren hielt Gluchov der Bundesregierung Hunderte von Beschwerdebriefen von Sowjetbürgern vor, deren Menschenrechte in Deutschland angeblich missachtet würden.

Diese Ausführungen zeigen den gewaltigen Fortschritt in den deutsch-sowjetischen Beziehungen bereits zu Beginn 1988, aber auch, dass das Gespräch von Belastungen, Konfrontation und Polemik bis auf weiteres noch nicht frei sein würde.

Im ersten Halbjahr 1988 setzte sich infolge der wohlwollend gehandhabten sowjetischen Ein- und Ausreiseverordnung die nie gekannte Ausreisewelle fort. In Bonn wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass in diesem Zeitraum bereits 16.469 Deutschstämmige in die Bundesrepublik eingereist waren - mehr als im gesamten Vorjahr (14.488). "Die Bundesregierung begrüßt es, dass ... die Sowjetunion seit Anfang vorigen Jahres in großzügiger Weise Deutschen die Ausreise gestattet. Sie sieht in dieser Entwicklung einen Erfolg ihrer beständigen und nachdrücklichen Bemühungen, den Deutschen in den Aussiedlungsgebieten zu helfen."⁸⁶⁶ Nach Angaben des DRK lagen jedoch

⁸⁶⁵ ibid.

⁸⁶⁶ Maßnahmen der Bundesregierung zur Aufnahme und Eingliederung von Aussiedlern. *BPA-Bulletin* Nr. 79 vom 10.6.88, S. 759

weiterhin Zehntausende von Ausreiseanträgen vor⁸⁶⁷, und die deutsche Seite empfand den Familienbegriff der Verordnung weiterhin als zu eng und unbefriedigend, da sich von den seit 1983 registrierten Ausreisewünschen nur 24.368 oder 57,4% auf die Ausreise zu nahen Verwandten bezogen⁸⁶⁸. Die Verdreifachung der Ausreisen 1988 und weitere Verdoppelung 1989 zeigt aber, dass die UdSSR von dem Kriterium der Familienzusammenführung im eigentlichen Sinne in der Praxis zunehmend keinen Gebrauch mehr machte, sondern, wie gewünscht, die deutsche Nationalität als Hauptmerkmal gelten ließ.

Befragungen von Aussiedlern und die aktuelle innersowjetische Diskussion unter den Deutschen ließen erkennen, dass die Auswanderung primär durch den Wunsch nach Familienzusammenführung und die Sorge vor dem Verlust der eigenen kulturellen und sprachlichen Identität motiviert war und weit weniger durch Angst vor Repression oder sozialer Misere⁸⁶⁹. In einer Vorlage im Vorfeld der Begegnung von Genscher und Ševardnadze vom 29.-31. Juli 1988 zog das zuständige politische Referat des Auswärtigen Amtes daraus die Schlussfolgerung: "Angesichts dieser Situation ist es zumindest fraglich, ob die 'Ausreise aller Deutschen aus der SU' als letztes Ziel definiert werden kann. Vermutlich träfe dies nicht die Interessenlage der Betroffenen. (...) Es wird daher empfohlen, das Schicksal und die Zukunft der Sowjetbürger deutscher Nationalität ... zu einem ... angemessenen Thema zu machen."⁸⁷⁰ Das Referat schlug vor, die Sowjetunion solle gebeten werden, die

nötigen Maßnahmen zu treffen, um dieser Gemeinschaft das Gefühl des Akzeptiertseins in ihrer nationalen Identität zu geben, so wie dies auch anderen Nationen innerhalb der Sowjetunion zugestanden wird.

Wir [die deutsche Seite] sind bereit, bei der Bewahrung der sprachlichen und kulturellen Identität der deutschen Volksgruppe in der SU zu helfen. Konkret wäre an folgende Angebote zu denken:

- didaktische Hilfen für Intensivierung des muttersprachlichen Deutschunterrichts;
- Lieferung von Literatur und von Unterrichtsmaterialien; Angebot von Stipendien für Studenten und Lehrer;

⁸⁶⁷ Sachstand 513-2 KOR88 vom 15.7.88, S. 1: Ende 1987 42.460 Ausreisewünsche mit Bekundungen des Ausreisewillens ab 1983 registriert, aus der Zeit vorher noch 144.051

⁸⁶⁸ ibid. S. 2

⁸⁶⁹ Um 1989/1990 gaben in einer Studie des Osteuropa-Institutes München 44% der befragten Aussiedler als wichtigstes Motiv an, sie wollten zu bereits ausgewiesenen Familienmitgliedern ziehen, 36% den Wunsch als Deutsche unter Deutschen leben zu wollen und nur 11% wirtschaftliche Gründe; vgl. Dietz, Hilkes, *Russlanddeutsche: Unbekannte im Osten*, S. 115

⁸⁷⁰ Vorlage 213-321.39 SOW vom 13.7.88, S. 7

- Besuchs- und Fortbildungskontakte für deutschsprachige Journalisten und Künstler.⁸⁷¹

Darüber hinaus wurde angeregt, den Fragenkomplex erstmals auch auf "Arbeitsebene" zu behandeln, d.h. im Kreise der fachlich zuständigen Beamten. Als Forum bot sich die im Januar 1988 gegründete "Humanitäre Arbeitsgruppe" an.

Als Ziel der Minister-Gespräche formulierte das Sowjetunion-Referat die Ausarbeitung einer Absprache über gemeinsame Unterstützungsmaßnahmen zugunsten der deutschen Volksgruppe analog zu derjenigen mit Ungarn vom 7. Oktober 1987. Zur sowjetischen Akzeptanz von Maßnahmen hieß es in der Vorlage:

Wir sollten ausloten, inwieweit die Sowjetunion als eine Großmacht sich bereit finden wird, in der sensiblen Nationalitätenfrage Hilfsangebote wahrzunehmen. Die Chancen hierzu dürften um so größer sein, je mehr die Sowjetunion es positiv bewertet, wenn die deutsche Volksgruppe sich dank der von sowjetischer Seite geförderten kulturellen Identität stärker in die Sowjetunion integriert fühlt und ihre Energie der Verbesserung des sowjetischen Sozialismus widmet.⁸⁷²

Die Chance einer Verwirklichung dieser Überlegungen stand zum bevorstehenden Besuch von Bundesaußenminister Genscher gut: Bereits seit geraumer Zeit erörterten die USA mit der Sowjetunion eine große Bandbreite humanitärer Themen, die über die Behandlung von Einzelfällen hinausgingen, wie Strafrechtsreform oder Missbrauch der Psychiatrie. Auch Großbritannien hatte im Juni 1988 derartige Gespräche mit der UdSSR aufgenommen. Auf sowjetischer Seite waren die Voraussetzungen für den humanitären Dialog mit der Erklärung Gorbachevs vom 28. Juni 1988 auf der XIX. Parteikonferenz, die UdSSR werde auf dem Gebiet der Menschenrechte kooperieren und internationale Verpflichtungen erfüllen, geschaffen worden. Dies wurde auch durch eine Information eines Mitarbeiters des sowjetischen Außenministeriums vom 30. Juni 1988 bestätigt, die Neufassung der Ein- und Ausreiseverordnung werde "very near to our international obligations" ausfallen⁸⁷³.

Während ihrer Begegnung am 30. Juli 1988 teilte Außenminister Šewardnadze seinem Amtskollegen Genscher mit, Gorbachev habe am Vortag auf dem ZK-Plenum in Moskau dem Thema Nationalitätenfragen und insbesondere solchen Nationalitäten, die nicht in einem geschlossenen Siedlungsgebiet leben, große Aufmerksamkeit gewidmet. Das Zustandekommen eines Rechtsstaates in der Sowjetunion mache die Lösung aller damit zusammenhängenden Fragen erforderlich. Diese Aufgabe stehe jetzt auf der Tagesordnung. Genscher würdigte das Ansteigen der Ausreisezahlen als positiven Faktor für die bilateralen

⁸⁷¹ ibid. S. 7f

⁸⁷² ibid. S. 9

⁸⁷³ Sachstand 513-2 KOR88 vom 15.7.88, S. 2

Beziehungen und setzte sich für die Ausweitung des Besucherverkehrs ein. Er plädierte dafür, den in der Sowjetunion verbleibenden Deutschen alle Möglichkeiten der Bewahrung ihrer kulturellen und nationalen Identität zu eröffnen, darunter auch die Ausübung ihres religiösen Bekenntnisses. Über Einzelheiten solle in der "Humanitären Arbeitsgruppe" gesprochen werden. Beide Minister einigten sich auf die Einberufung dieses Gremiums in der ersten Septemberhälfte 1988, rechtzeitig vor dem geplanten Besuch des Bundeskanzlers⁸⁷⁴.

Die "Humanitäre Arbeitsgruppe" wurde, wie geplant, für den 1./2. September 1988 nach Moskau einberufen. Auf sowjetischen Wunsch lautete der Arbeitstitel des Tagesordnungspunktes zu den Sowjetdeutschen "Information über die Lage der Sowjetbürger deutscher Nationalität". Das 2 1/2-stündige Gespräch beschränkte sich seitens der sowjetischen Delegation, Angehörigen der Hauptabteilung Humanitäre und Kulturelle Beziehungen des Außenministeriums sowie Vertretern des Innen- und des Justizministeriums sowie der Staatsanwaltschaft, auf die Schilderung "der Lage", die nicht sehr ausführlich und nach deutscher Auffassung nicht immer korrekt und teilweise geschönt war. Immerhin räumte die sowjetische Seite ein, den kulturellen und sprachlichen Bedürfnissen der Deutschen "bisher noch nicht optimal Rechnung"⁸⁷⁵ zu tragen und zeigte Bereitschaft, darüber nachzudenken, wie die Bundesregierung unterstützend tätig werden könne.

Es bestätigte sich aber die Erfahrung aus den vergangenen Jahren der Auseinandersetzungen mit der UdSSR in Sachen Sowjetdeutsche: Die Sowjetunion legte ein sehr strenges Verständnis der eigenen Souveränität als Bewertungsmaßstab für die Interventionen fremder Regierungen zugunsten sozialer Gruppen innerhalb der SU an und unterschied sich damit deutlich von ihren osteuropäischen Verbündeten. Das Einvernehmen hinsichtlich der Kooperation zur deutschen Minderheit, das mit Ungarn erzielt wurde, konnte auf dem Hintergrund der Gegebenheiten der deutsch-sowjetischen Geschichte nur langfristig angestrebt werden. Sowjetische Empfindlichkeiten wurden in der Arbeitsgruppe schnell sichtbar: Schon in der Eingangserklärung machte die sowjetische Seite einen Souveränitätsvorbehalt. Bei der Materie handele es sich um "Kompetenzen des sowjetischen Staates", die Unterrichtung sei "Zeichen des guten Willens für unsere Beziehungen". Sollte die Prüfung zum Ergebnis kommen, dass deutsche Unterstützung angenommen werde, so nur, wenn "Inhalt und Form" dieser Hilfe der UdSSR allein überlassen bleibe. Dennoch signalisierte die UdSSR die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der DDR sowie der Bundesrepublik in diesem Bereich. In Moskau müssen im weiteren insbesondere Überlegungen zur Kooperation mit der DDR angestellt worden sein, wie zu zeigen sein wird.

⁸⁷⁴ Eingangserklärung von BM Genscher auf der internationalen Pressekonferenz in Moskau am 31.7.88; vgl. Erlass 012-312.75 vom 3.8.88 und Vermerk 213-321.11 vom 3.8.88, S. 2

⁸⁷⁵ alle Zitate aus: Bericht der Botschaft Moskau Nr. 2863 vom 2.9.88, KU 600.50/1, S. 1

Das Auswärtige Amt hatte für die Sitzung eine Liste von Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung der kulturellen und insbesondere sprachlichen Identität der Sowjetbürger deutscher Nationalität zusammengestellt, die der sowjetischen Seite einen ersten Eindruck von den Möglichkeiten geben, aber kein konkretes Angebot oder Verhandlungsgegenstand darstellen sollte. Es handelte sich vielmehr um eine Auswahl aus den von der Bundesregierung und den von ihr beauftragten Organisationen in vielen Ländern der Welt geförderten Programmtypen⁸⁷⁶. Die Liste wurde bei diesen Konsultationen jedoch noch nicht übergeben, da die sowjetische Seite nach dem Eindruck der deutschen Delegation die Annahme zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich verweigert hätte⁸⁷⁷. Die deutsche Seite war über den Verlauf der Begegnung, die in der Sache ein "Ausloten" war und kein "Verhandeln", trotz allem sehr zufrieden, stellte sie doch einen weiteren Meilenstein in der bilateralen Behandlung sowjetdeutscher Fragen dar. Im Ergebnis drahtete die deutsche Delegation nach Bonn: "Zusammenarbeit mit der UdSSR scheint auf einem weiteren Feld möglich. Aber sie wird eines langfristigen Verlaufs bedürfen."

Am 27. September 1988 kam es am Rande der 43. UN-Vollversammlung zu der traditionellen Begegnung beider Außenminister. Genscher begrüßte den ermutigenden Auftakt der Gespräche in Moskau zur Lage der Deutschen und verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, die sowjetische Seite möge zu der Bewertung kommen, dass das deutsche Angebot nutzbringend in die eigenen Bemühungen um eine kulturell-sprachliche Förderung der Sowjetbürger deutscher Nationalität zu integrieren sei. Das Treffen in New York vermittelte der deutschen Seite den Eindruck "gestiegenen Reformwillens ... auch hinsichtlich der Behandlung der Deutschen bis hin zu einer eventuellen Autonomiegewährung"⁸⁷⁸.

In den Monaten bis zur nächsten Arbeitsgruppen-Sitzung gab es weitere Bewegung in der innersowjetischen Haltung zur Frage der deutschen Minderheit und deren Einbeziehung in das bilaterale Verhältnis. Am 9. September 1988 äußerte sich Valentin Falin, APN-Chefredakteur und später Leiter der Internationalen Abteilung des ZK, in einem Interview des Saarländischen Rundfunks dahingehend, dass er die Schaffung einer territorialen Autonomie für Sowjetdeutsche in absehbarer Zeit für möglich halte. Die UdSSR könne kein Interesse haben, "diese tüchtigen Leute" zu verlieren.

⁸⁷⁶ s. Anhang 9

⁸⁷⁷ Vorlage 605-622 SOW/1 vom 8.3.89, S. 1

Die Übergabe erfolgte erst sechs Monate später auf der dritten Tagung der "Humanitären Arbeitsgruppe" vom 6.-9.3.89 in Bonn. Die sowjetische Seite spielte das Papier der DDR zu, dort tauchte es mit Datum vom 7.8.89 in den Akten des MfAA auf.

⁸⁷⁸ Vorlage vom 16.2.89, 605-622 SOW/1

2.3.2 Reisen von Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle und Bundeskanzler Kohl. Beginn praktischer Hilfsmaßnahmen

Vom 23. Juli bis 1. August 1988 hielt sich Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle zu einem Besuch in der Sowjetunion auf und setzte als zweiter führender deutscher Politiker die von Bundespräsident von Weizsäcker begonnene Übung fort, in sein Programm eine Begegnung mit Sowjetdeutschen aufzunehmen. Kiechle besuchte das von einer starken deutschen Minderheit, 12% der Bevölkerung, bewohnte Gebiet Celinograd in Kasachstan und führte Gespräche mit dem im Herbst 1986 ernannten deutschstämmigen Gebietsparteiensekretär Andrej Braun, der die Delegation einen ganzen Tag begleitete. In mehreren Sowchosen traf Kiechle mit Deutschen zusammen. In der Sowchose Krasnojarskij trugen ihm Kinder deutsche Volkslieder vor, eine Deutsche lud Kiechle zur Besichtigung ihres Hauses ein, der Korrespondent des *Neuen Leben* nahm mit der deutschen Delegation Kontakt auf - alles nach bundesdeutschem Maßstab eigentlich nebensächliche, in der UdSSR aber hochsensible Begebenheiten, die wenig zuvor noch undenkbar gewesen wären. Kiechle gewann den Eindruck, "dass sich die deutschen Sowjetbürger über den Besuch sehr freuten und den Ausbau der Kontaktmöglichkeiten begrüßen würden."⁸⁷⁹

Vom 24.-27. Oktober 1988 stattete Bundeskanzler Kohl der Sowjetunion einen offiziellen Besuch ab. Das Thema Sowjetdeutsche wurde an prominenter Stelle behandelt. Während die deutsche Seite seit langem in offiziellen Tischreden die deutsche Minderheit in der Sowjetunion erwähnte, ging auf sowjetischer Seite Generalsekretär Gorbačev das erste und einzige Mal bei einer solchen Gelegenheit, dem Abendessen zu Ehren Kohls am 24. Oktober im Kreml, auf diese ein und würdigte, wenn auch nur kurz, ihre gegenwärtigen Leistungen für die UdSSR, ohne allerdings zur Vergangenheit Stellung zu beziehen:

Die Verbindungen der Völker Russlands mit den Deutschen gehen in die Jahrhunderte.

Vieles hat sich in Taten, Traditionen, in der Kultur, in relativ guten Kenntnissen von einander verkörpert, in der Tatsache, dass unter den sowjetischen Bürgern viele Menschen deutscher Herkunft sind; sie leisten einen würdigen Beitrag zur Entwicklung ihres Heimatlandes.⁸⁸⁰

In seiner sehr persönlich gehaltenen Erwiderung räumte Bundeskanzler Kohl den Deutschen breiten Raum ein, wobei er auf dem Hintergrund der aktuellen Diskussion in den

⁸⁷⁹ Vermerk des BML, 716-1970 SOW vom 22.8.88, S. 15

⁸⁸⁰ *BPA-Bulletin* Nr. 141 vom 1.11.88, S. 1265

sowjetdeutschen Zeitungen die Schuldfrage erwähnte und die Gewährung von Minderheitenrechten anmahnte:

Nicht zuletzt aber verbinden uns die vielen Deutschen, die in Ihr Land kamen. Mit Fleiß und Beständigkeit und mit der Pflege ihrer eigenen Tradition haben sie Russland und die Sowjetunion mitgeprägt. Sie haben, obwohl sie sich nichts hatten zuschulden kommen lassen, viel Leid erdulden müssen.

Herr Generalsekretär, es ist mein persönlicher Wunsch - und ich spreche hier auch im Sinne vieler meiner Mitbürger -, dass diese Menschen wieder wie früher Mittler zwischen beiden Völkern sein können, zur großen Vielfalt Ihres Landes bereichernd beitragen können. Voraussetzung dafür sind gesicherte kulturelle Rechte und freie Religionsausübung.

Lassen Sie mich an dieser Stelle die erfreulich hohe Zahl der Ausreisen von Deutschen aus der Sowjetunion in den letzten Monaten und Jahren würdigen. Mehr Besuchsreisen sollten allen Sowjetbürgern deutscher Nationalität ermöglichen, Verbindungen und Kontakte zu knüpfen und aufrechtzuerhalten.⁸⁸¹

Der Besuch Kohls und die erste Begegnung mit Gorbachev bildeten nach der Vereisung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses infolge des unglücklichen Goebbels-Vergleiches den Durchbruch im Verhältnis beider Politiker. Gorbachev nannte es: "Das Eis ist gebrochen."⁸⁸² Kohl reagierte in seiner Pressekonferenz am 26. Oktober 1988 darauf:

Ich mache mir diese Formulierung und diese Worte gerne zu eigen. (...) Für heute kann ich feststellen, dass wir im Buch der deutsch-sowjetischen Geschichte nicht nur eine neue Seite aufgeschlagen haben, sondern dass wir gemeinsam versuchen, ein neues Kapitel ... mit vielen neuen Seiten zu beginnen.⁸⁸³

Bundeskanzler Kohl traf am 26. Oktober 1988 in der Deutschen Botschaft mit Vertretern der deutschen Minderheit zusammen, den Moskauer Schriftstellern und Journalisten Leo Rack, Woldemar Weber, Irene Langemann, Katharina Toews, Viktor Herdt, Viktor Schnittke und Hugo Wormsbecher. Diese allerdings gehörten bis auf Wormsbecher nicht der "Fünften Delegation" an. Die Delegationsmitglieder hatten befürchtet, dass ein Zusammentreffen zu diesem für die Deutschen und ihre Hoffnungen sehr kritischen Moment von der sowjetischen Führung falsch verstanden würde. Allerdings hatte Groth die Begegnung der "Moskauer" Deutschen mit dem Kanzler ausdrücklich begrüßt⁸⁸⁴.

In dem Gespräch verdeutlichten die Deutschen die Lage ihrer Minderheit. Viktor Schnittke wies darauf hin, wie schwer es für die Deutschen sei, ihre Identität zu erhalten. Deren

⁸⁸¹ ibid. S. 1268

⁸⁸² eigentlich: "Led tronulsja" - Gorbachevs Dolmetscher wählte eine optimistische Übersetzung

⁸⁸³ *BPA-Bulletin* Nr. 141 vom 1.11.88, S. 1271

⁸⁸⁴ Bericht der Botschaft Moskau Nr. 3401 vom 12.10.88, Pol 320.10

fortschreitender Verlust bedeute zugleich eine kulturelle Verarmung der Sowjetunion. Die Sowjetdeutschen seien von ihrem Selbstempfinden her Deutsche und wollten deutsch bleiben. Dies bereite jedoch größte Schwierigkeiten, vor allem hinsichtlich des Spracherhalts. Viele der Jüngeren seien nicht mehr in der Lage, Deutsch zu sprechen. Die Bundesrepublik solle beim Erhalt der Kultur helfen und durch ihr politisches, wirtschaftliches und kulturelles Gewicht Einfluss auf die sowjetische Regierung nehmen. Woldemar Weber bezeichnete es als einen Irrtum der sowjetischen Behörden, mit dem Verschwinden der deutschen Sprachkenntnisse löse sich das Problem der Sowjetdeutschen. Viktor Herdt betonte die Bedeutung der Wiederherstellung der deutschen Autonomie an der Wolga. Natürlich wollten nicht alle Deutschen dorthin umsiedeln, es habe schon in der Vergangenheit verschiedene Siedlungsgebiete gegeben. Wenn aber eines Tages eine Autonomieregelung erreicht sei, werde Hilfe sowohl von der Bundesrepublik als auch von der DDR benötigt.

Hugo Wormsbecher erinnerte an seine Verbundenheit mit der anfangs sehr breiten Autonomiebewegung vor 25 Jahren. In den sechziger und siebziger Jahren habe man diese unterdrückt und so eine Auswanderungsbewegung hervorgerufen. Gegenwärtig sei sie aktiver als die immer noch sehr unerwünschte Autonomiebewegung. Seiner Einschätzung nach würden die meisten Deutschen es vorziehen, in der Sowjetunion zu bleiben, da sie sich als Sowjetmenschen fühlten. Ihre Lage hänge wesentlich von der Bundesrepublik ab und der Entwicklung der bilateralen Beziehungen. Die Sowjetdeutschen hätten sehr großes Interesse an guten Beziehungen, denn dann gehe es auch den Sowjetdeutschen besser. Wenn erst einmal die Autonomie hergestellt sei, könnten die Deutschen als eine weitere Brücke zur Verständigung beitragen. Die praktische Wiederherstellung einer Wolgarepublik bedürfe allerdings umfangreicher Hilfen durch die Bundesrepublik.

Der Bundeskanzler wies darauf hin, dass wirksame Hilfe von der Bundesrepublik nur möglich werde, wenn sich die gesamten Beziehungen wesentlich verbesserten. Er erläuterte die weltpolitische Lage und die Einbindung der Bundesrepublik sowie die jeweiligen Rück- und Wechselbezüge und warnte vor Illusionen. Er berichtete über sein Gespräch mit Generalsekretär Gorbačev. Ohne sich in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion einmischen zu wollen, handele es sich hier doch um ein Thema, das Deutsche angehe und über das man deshalb auch gemeinsam sprechen müsse. Der Kanzler unterstrich, man müsse offen sagen, dass die Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen einherzugehe mit einer Verbesserung der Situation der Sowjetdeutschen. Kohl bezeichnete es als einen schweren Verlust für das ganze Land, sollte der kulturelle Beitrag der Sowjetdeutschen verschwinden. Wo immer es Deutsche in der Welt gebe, denen er helfen könne, sei er dazu bereit. Bundeskanzler Kohl schilderte die Lage der Deutschen in den anderen Staaten des

Warschauer Paktes und insbesondere die Übereinkunft mit Ungarn. Deutschland wolle auch den Sowjetdeutschen helfen, von außen lasse sich allerdings schwer beurteilen, was benötigt werde. Ein Kulturerhalt in einem begrenzten Raum sei auf die Dauer nicht möglich, es bedürfe der Kontakte zur Bundesrepublik und der Hilfe von dort. Niemand solle abgeworben werden, Propaganda für die Ausreise werde es nicht geben.

Herr Rack wies darauf hin, dass alle Hilfe im Sande verlaufe, wenn das Hauptproblem der Deutschen, die Wiederherstellung der Wolgarepublik, nicht gelöst werde. Die Deutschen lebten gegenwärtig über das ganze Land zerstreut. Hilfe könne nur effektiv sein, wenn alle Deutschen oder zumindest viele zusammenlebten. Auf die Frage des Kanzlers bejahte er, dass die Wiederherstellung der Wolgarepublik dem Willen der Mehrheit der Deutschen entspreche. Dies bezeuge die jüngste Delegation der Deutschen, die der sowjetischen Führung eine Petition mit Tausenden von Unterschriften übergeben habe. Würden sich die Hoffnungen der Deutschen nicht erfüllen, müsse mit erheblich mehr Aussiedlern gerechnet werden⁸⁸⁵.

Der Bundeskanzler übergab am Ende des Gesprächs eine Videokamera und Zubehör für das Deutsche Theater Temirtau, dessen Regisseur Anfang November 1988 zu einem fünfwöchigen Studien- und Informationsaufenthalt in die Bundesrepublik kommen sollte. Dies waren die ersten Beispiele konkreter Unterstützung. Für das Jahr 1989 hatte die Kulturabteilung aus Mitteln für die Pflege der deutschen Sprache bei Minderheiten im Ausland - insgesamt DM 3,8 Millionen - DM 800.000,- für die Sowjetunion vorgesehen⁸⁸⁶.

In separaten Gesprächen bat Außenminister Genscher seinen Amtskollegen Ševardnadze, die Rechte nationaler Minderheiten ohne geschlossenes Siedlungsgebiet zu erweitern, und drückte seine Befriedigung aus über die Entwicklung der Ausreisen Deutschstämmiger. Der Bundeskanzler bestätigte dies noch einmal in seiner Pressekonferenz:

Ich habe dann - und die Kollegen haben das auch getan - noch einmal positiv gewürdigt die jetzt gestiegene große Zahl von Ausreisen von Deutschen aus der Sowjetunion. Und wir haben in diesem Zusammenhang auch über die Frage der Ausgestaltung der kulturellen und auch religiösen Rechte dieser Minderheitengruppe gesprochen.

Ich selbst hatte heute früh Gelegenheit, mit Repräsentanten der Russlanddeutschen zu sprechen, und hatte auch eine weitere Gelegenheit, ein mich sehr bewegendes Gespräch mit einer Gruppe von Aussiedlern zu führen, die in diesen Tagen die Sowjetunion verlassen und in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln wird.⁸⁸⁷

In den "Abgestimmten Besuchsergebnissen" hieß es:

⁸⁸⁵ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 3820 vom 31.10.88, Ku 600.50/1

⁸⁸⁶ Zuschrift an das Referat 213 vom 17.10.88, 605-622 SOW/1

⁸⁸⁷ *BPA-Bulletin* Nr. 141 vom 1.11.88, S. 1274

Beide Seiten haben die Ergebnisse der bisherigen Sitzungen der humanitären Arbeitsgruppe gebilligt. Sie werden diese Zusammenarbeit fortsetzen.⁸⁸⁸

Allerdings hatte die *Pravda* noch während des Kanzler-Besuches deutlich gemacht, dass die bundesdeutsche Anteilnahme an den Sowjetdeutschen ihre durch das Nichteinmischungsgebot gezogenen Grenzen haben müsse. Damit wurde an das in der "Humanitären Arbeitsgruppe" Gesagte angeknüpft. Die *Pravda* bestätigte aber gleichzeitig den Eindruck der "Fünften Delegation", dass die sowjetische Führung entschlossen war, das Problem der Deutschen zu lösen:

Was die Sowjetbürger deutscher Herkunft betrifft - und dies Thema wurde auch gestreift -, so wird an der Lösung diesbezüglicher Probleme gearbeitet. Die Probleme werden gelöst werden, wichtig ist aber, dass es zu keiner Einmischung in die innere Zuständigkeit unseres Staates kommen darf.⁸⁸⁹

Auch hinsichtlich der humanitären Maßnahmen im KSZE-Kontext konnten große Fortschritte erzielt werden. Gorbachev verlieh schon in seiner Tischrede dem Wunsch Ausdruck, die menschliche Dimension des Helsinki-Prozesses zu vertiefen, und damit den bisherigen Weg der konstruktiven Zusammenarbeit und der Anpassung des sowjetischen Systems im humanitären Bereich an die internationalen Normen weiter zu beschreiten:

Auch die humanitäre Konferenz in Moskau schlagen wir mit dem Ziel vor, den uns alle vereinigenden Helsinki-Prozess auch auf dem Gebiet der menschlichen Kontakte und der Menschenrechte auszubauen.⁸⁹⁰

In seiner Abschluss-Pressekonferenz teilte Kohl hierzu mit:

Von deutscher Seite wurde die Absicht bekräftigt, nach Menschenrechtskonferenzen in Paris und Kopenhagen auch eine Menschenrechtskonferenz in Moskau mitzutragen, wenn diese dem von den vorangegangenen Treffen gesetzten Standard folgt und wenn weitere inhaltliche Voraussetzungen geklärt werden.

In diesem Zusammenhang betonte die sowjetische Seite, sie werde bis Jahresende alle Personen entlassen, die vom Westen als politische Häftlinge angesehen werden.⁸⁹¹

⁸⁸⁸ ibid. S. 1276

⁸⁸⁹ *Pravda*, 25.10.88

Čto kasaetsja sovetskich graždan nemeckogo proischoždenija - a eta tema tože zatragivalas', - to imejuščiesja zdes' problemy rešajutsja i budut rešeny, važno tol'ko ne dopuskat' vmešatel'stva vo vnutrennjuju kompetenciju našego gosudarstva.

⁸⁹⁰ *BPA-Bulletin* Nr. 141 vom 1.11.88, S. 1267

⁸⁹¹ ibid. S. 1272

Die Bundesregierung gehörte im weiteren zu den wesentlichen Befürwortern der Konferenz. In seiner Regierungserklärung am 10. November 1988 ging Bundeskanzler Kohl noch einmal auf die Sowjetdeutschen ein:

... zu den menschlich bewegenden Begegnungen in der sowjetischen Hauptstadt gehört mein Treffen mit Vertretern der deutschen Minderheit und mit Aussiedlern, die in unserer Botschaft gerade ihre Pässe und Ausreisepapiere in Empfang nehmen konnten. Beide Begegnungen spiegeln positive Entwicklungen wider, die noch vor wenigen Jahren, ja vor wenigen Monaten unvorstellbar gewesen wären.

Auch hier hat sich beharrliche Arbeit im stillen ausgezahlt. Wir werden uns weiterhin bemühen, die Lage unserer Landsleute insbesondere in kultureller und religiöser Hinsicht nachhaltig zu verbessern und den Aussiedlern, die zu uns kommen, den Start in unserem Lande in jeder nur möglichen Weise zu erleichtern. Ich würdige ausdrücklich das Verständnis, das ich bei der sowjetischen Führung für diese Anliegen gefunden habe.⁸⁹²

Wenig später reiste Bundesinnenminister Zimmermann nach Moskau und erörterte mit Valentin Falin am 21. November 1988 u.a. die sowjetische Nationalitätenpolitik. Auf die Frage, was die sowjetische Führung für die Deutschen tue, die sich zum Bleiben entschlossen hätten, antwortete Falin, über Nationalitätenfragen könne man heute offen sprechen. Die Probleme seien sehr unterschiedlich, pauschale Erklärungen oder Lösungen existierten nicht. Im Zuge der Reformen stelle die Regionalisierung sicherlich einen Teil des Lösungsansatzes dar. Hinsichtlich der Wiederherstellung einer territorialen nationalen Einheit der Sowjetdeutschen habe es Probleme gegeben. Bereits vor acht Jahren sei beschlossen worden, die Deutschen in einem kompakten Gebiet von der Größe eines Drittels der Bundesrepublik anzusiedeln⁸⁹³. Die lokalen Behörden hätten dies jedoch erfolgreich vereitelt. Vor zwei Jahren habe man sich des Problems erneut angenommen und ein anderes Gebiet zur Ansiedlung gesucht. Dann seien jedoch die Probleme mit den Rückkehrforderungen der Krimtataren dazwischen gekommen, und die Frage habe zunächst zurückgestellt werden müssen. Er hege aber die Hoffnung, dass die Entwicklung im Zusammenhang mit dem für April-Mai 1989 geplanten ZK-Plenum über Nationalitätenfragen vorangetrieben werden könne. Auch die Sowjetunion habe ein Interesse daran, diese "für beide Seiten traurige Geschichte" einer Lösung zuzuführen⁸⁹⁴.

Diese Antwort warf ein Schlaglicht auf die innersowjetischen Überlegungen in Gegenwart und Vergangenheit. Über die Ereignisse in Kasachstan 1979 und angebliche vergleichbare

⁸⁹² Pressemitteilung des BPA Nr. 519/88 vom 10.11.88, S. 17

⁸⁹³ Tatsächlich entsprach das in Aussicht genommene Territorium "nur" 20% des Territoriums der (alten) Bundesrepublik: 46.000 km² - 248.000 km²; s.o.

⁸⁹⁴ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 4065 vom 22.11.88, Pol 320

Aktivitäten 1986 zur kompakten Ansiedlung der Sowjetdeutschen war in Deutschland lediglich in Form von Gerüchten etwas bekannt, die allerdings nicht ernst genommen worden waren. Die Hintergründe und Einzelheiten der fehlgeschlagenen Versuche, eine Autonomielösung für die Deutschen auf den Weg zu bringen, lagen bis 1994 weitgehend im Dunkeln. Jedoch ist es bezeichnend, dass die sowjetische Führung schon damals versucht hatte, "von oben" eine Lösung des erkannten Problems zu verordnen, ohne die von der Maßnahme potentiell Begünstigten bzw. die Betroffenen zu konsultieren oder rechtzeitig in die Planungen einzubeziehen. 1986 waren die Sowjetdeutschen ebenfalls nicht an den Überlegungen beteiligt worden.

Die sowjetische Hilflosigkeit, mit den Nationalitätenproblemen umzugehen, und die Uninformiertheit über die tatsächliche Lage der Deutschen und deren Bedürfnisse schienen auch durch das Gespräch Zimmermanns mit seinem sowjetischen Amtskollegen Bakatin. Dieser hielt die Entwicklung sowjetdeutscher Ausreisewünsche für schwer zu prognostizieren. Die Ausreise werde jedoch weiter erleichtert und lediglich 1% der Anträge aus Sicherheitsgründen oder wegen Vorliegens langfristiger Arbeitsverträge abgelehnt. "Wir wissen nicht, wohin der Prozess der Humanisierung führt; vielleicht gibt es eine Explosion."⁸⁹⁵ Auf die deutsche Bitte, mehr Besuchsreisen zu genehmigen, um den Ausreisedruck zu vermindern, und um Verbesserung der Möglichkeiten nationaler Selbstverwirklichung antwortete Bakatin, das Problem der Besuchsreisen sei auf Devisenknappheit zurückzuführen und die nationale Selbstverwirklichung im großen und ganzen abgeschlossen. Die deutschen Gegenargumente nahm der sowjetische Innenminister allerdings zur Kenntnis und sagte Prüfung zu.

2.3.3 Erweiterte Reisemöglichkeiten: Besuch einer SPD-Delegation und von Botschaftsvertretern in Kasachstan

Vom 17.-21. Dezember 1988 besuchte eine Delegation von SPD-Bundestagsabgeordneten, Karsten Voigt, Frau Margitta Terborg, Gerlinde Hämmerle und Edelgard Buhlmann, Siedlungsgebiete der Sowjetdeutschen in Kasachstan (Celinograd, Alma Ata) und Kirgistan (Frunze). Die Reise war vom ZK vorbereitet worden. Die Gruppe traf mit sowjetdeutschen Journalisten u.a. in der Redaktion der *Freundschaft* in Alma Ata zusammen, mit Vertretern von Kirchen und Gemeinden, Schriftstellern sowie mit Andrej Braun und Natalja Gellert. Die Lage der Deutschen in Kasachstan zum Zeitpunkt der Reise beschrieb der Redakteur des kasachischen Radios, Ivan Sauer (Zauer), in einem Artikel im *Neuen Leben*⁸⁹⁶ als schwierig.

⁸⁹⁵ ibid. S. 2

⁸⁹⁶ "Nemeckij vopros v Kazachstane: problemy, trevogi", in: *Neues Leben*, 21.12.88, S. 7

1957 war zwar vom Obersten Sowjet Kasachstans ein Beschluss verabschiedet worden, den deutschen Kindern Unterricht in ihrer Muttersprache ab der zweiten Klasse zu erteilen, jedoch gab es keine einzige Klasse, in der alle Fächer auf deutsch unterrichtet wurden. Nach dem XX. Parteitag wurden an der Pädagogischen Hochschulen Kokčetau und Saransk Abteilungen für Deutsch als Muttersprache eingerichtet, ebenso am Fremdspracheninstitut der Universität Alma Ata, dort jedoch bis 1988 nur als Fernstudium, was bei den Deutschen auf Unverständnis stieß⁸⁹⁷. Die Anzahl der Studenten ließ Ende 1988 jedoch sehr zu wünschen übrig. Der Deutschunterricht in den Schulen fand in der Regel außerhalb des normalen Unterrichts statt, so dass viele Eltern davon Abstand nahmen, ihre Kinder diese Stunden besuchen zu lassen, was negative Folgen für den Spracherwerb mit sich brachte. Die Sendungen des deutschsprachigen Radios aus Alma Ata, täglich lediglich eine halbe Stunde, begannen um 14:10 Uhr, während der normalen Arbeitszeit. Dies führte ebenfalls dazu, dass die Sprachkompetenz der Deutschen sich nicht verbesserte. Als Folge abonnierten und lasen z.B. im Dorf Kamenka, Gebiet Celinograd, von 200 deutschen Familien nur zwei die seit dem 1. Januar 1966 erscheinende *Freundschaft*, und während der Vorführungen des Deutschen Dramentheaters bediente sich die Mehrheit der Zuschauer der simultanen Übersetzung ins Russische per Kopfhörer⁸⁹⁸.

Bereits am 3. Juni 1987 - in unmittelbarem Zusammenhang mit dem bevorstehenden Weizsäcker-Besuch, wie *Der Spiegel* notierte, hatte der Oberste Sowjet der Kasachischen SSR den Deutschunterricht an den Schulen der Republik kritisiert und beschlossen, Maßnahmen zugunsten der deutschen Sprache an 198 Schulen einzuleiten sowie die Ausweitung der Ausbildung von Deutschlehrern an der Fremdsprachenschule in Alma Ata und die Einrichtung deutschsprachiger Kindergärten⁸⁹⁹. Die Zustände verbesserten sich jedoch nur bedingt. Nach dem Beschluss war beabsichtigt, in kompakten Siedlungsgebieten 30 Teams von Methodikern und Inspektoren für Deutsch als Muttersprache⁹⁰⁰ zu schaffen. Tatsächlich waren bis Ende 1988 nur die Hälfte entstanden. Im kasachischen Bildungsministerium sollten drei Stellen geschaffen werden, um die Umsetzung des Beschlusses zu begleiten. Nur eine Stelle war eingerichtet worden. In 50 Kindergärten wurde zweimal wöchentlich je 25 Minuten Deutsch als Muttersprache unterrichtet - zu wenig, um die Sprache effektiv zu lernen. In den Mittelschulen Kasachstans folgten 2-10% der sowjetdeutschen Kinder dem muttersprachlichen Zusatzunterricht, nur im Gebiet Karaganda waren es 25%. Für sowjetdeutsche Studenten gab es keine Möglichkeit, Deutschkurse zu belegen. Positiv hob

⁸⁹⁷ ibid.

⁸⁹⁸ ibid.

⁸⁹⁹ vgl. *Der Spiegel*, 15.6.87, S. 127; tatsächlich wird dieses Zusammentreffen wohl eher zufälliger Natur sein; in Kasachstan hatte es vor 1987 einige Aktivitäten hinsichtlich der Deutschen gegeben.

⁹⁰⁰ planirovalos' vvesti bolee tridcati štatnych edinic metodistov i inspektorov po nemeckomu jazyku kak rodnomu

Sauer hervor, dass 1987 an der Universität Alma Ata eine Abteilung für deutschsprachige Journalistik eröffnet worden war. Allerdings stellten die Sowjetdeutschen nur weniger als die Hälfte der Studenten. Ivan Sauer zog aus seiner Zusammenstellung den pessimistischen, aber sicher zutreffenden Schluss, dass vor dem Jahr 2000 kaum ausreichend deutsche Führungskräfte zur Verfügung stehen würden. "Für die umfassende Lösung der deutschen Frage muss ein einheitliches Zentrum geschaffen werden. Ohne eine kleine Heimat wird es für die Sowjetdeutschen als Volk keine Zukunft geben."⁹⁰¹

Die Reise der Abgeordneten, die "noch vor einigen Jahren ... schwer vorstellbar"⁹⁰² war, brachte neue Erkenntnisse über die internen Überlegungen in der KPdSU zu den Sowjetdeutschen. Gegenüber dem deutschen Botschafter in Moskau, Meyer-Landrut, berichteten die Abgeordneten, das ZK sei in hohem Maße interessiert, die Lage der Sowjetdeutschen nunmehr befriedigend zu regeln und lege hierbei Wert auf Kontakte zu Vertretern der Bundesrepublik. Das ZK prüfe derzeit alle Varianten zur Schaffung eines Gebietes mit kompakter deutscher Bevölkerung, um Zusammenhalt und Identität zu fördern. Die Bandbreite der Überlegungen reiche von dem autonomen Gebiet bis zur Wiederherstellung einer autonomen Republik an der Wolga, wenn auch nicht in den früheren Grenzen. Im ZK wurde dabei hervorgehoben, keine der Möglichkeiten werde ausgeschlossen. Allerdings solle eine Autonomie in Etappen hergestellt werden. "Die deutsche Minderheit bereite keine Schwierigkeiten, wir wollen vermeiden, dass welche entstehen."⁹⁰³ Das ZK habe allerdings das Problem, herauszufinden, was die Deutschen selbst wollen. Die Politik der Sowjetunion ihnen gegenüber habe dazu geführt, dass mangels Bildungs- und Berufschancen und politischen Artikulationsmöglichkeiten nun keine Gruppe existiere, die einen deutschen internen Konsens in Verhandlungen zu artikulieren in der Lage sei. Aus dieser Haltung wird es verständlich, dass die sowjetische Führung die Gründung der "Wiedergeburt" im März 1989 als Zentralverband der Sowjetdeutschen zunächst begrüßte und dann, als sich die Organisation zunehmend zu einem Forum der Kritik an Partei und Regierung entwickelte, auf die Idee eines "Kongresses" der Deutschen als Instrument "wirklich" repräsentativer Willensäußerung setzte. Als auch diese Variante im März 1991 endgültig gescheitert war - weil von der "Wiedergeburt" beherrscht und daher ebenso unbotmäßig - wurde Mitte 1991 eine angepasste Konkurrenzorganisation initiiert. Bei dem angeblichen Interesse des ZK an Kontakten zur Bundesrepublik darf nicht außer Acht gelassen werden, dass das ZK nur wenig mehr als einen Monat später gegenüber der DDR

⁹⁰¹ *Neues Leben*, 21.12.88, S. 7

⁹⁰² Karsten Voigt in einem Interview von Radio Moskau (dt.), 25.12.88, 19:50 h, zitiert nach: *BPA-Ostinformationen* vom 27.12.88, S. 4

⁹⁰³ Bericht der Botschaft Moskau Nr. 4459 vom 29.12.88, Pol 321.16, S. 2

initiativ wurde und die Beziehungen zur Bundesrepublik auf dem Gebiet der Sowjetdeutschen quasi eingefroren wurden, wie zu zeigen sein wird.

Im Februar 1989 nutzten zwei Vertreter der Deutschen Botschaft Moskau die inzwischen erweiterten und von offiziellen, politischen Delegationen erprobten Reisemöglichkeiten zu den Sowjetdeutschen und besuchten ebenfalls Kasachstan, Karaganda, Temirtau und Alma Ata, um sich selbst ein Bild zu machen. Ihr Bericht zur Situation der Deutschen spiegelte die sich verschärfende Lage wider und prognostizierte zutreffend die Gegebenheiten von 1992/93:

Die Deutschen in der SU befinden sich in einer dramatischen Krise. Trotz spürbar verbesserten innenpolitischen Klimas, das auch zugunsten der Deutschen wirkt, und wesentlich erleichterten Ausreise- und Kontaktmöglichkeiten breitet sich in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung Resignation aus. Zahlreiche Gesprächspartner vermittelten den Eindruck, dass selbst die allgemein für dieses Jahr erwartete Wiederherstellung der Autonomen Wolgarepublik zu spät kommt und für die nachwachsende Generation keine Lebensperspektive zu bieten vermag. Die Stimmung sei gekippt. Optimistische Stimmen - insbesondere unter der politisch denkenden Intelligenz - lassen keinen Zweifel daran, dass die unverzügliche Wiederherstellung der Wolgarepublik unter einer wirklich deutschen Führung die letzte Chance darstellt, ein massives Ansteigen der Auswanderungszahlen (bis zu einer Million) und einen sich entsprechend verstärkenden Assimilationsdruck auf die deutsche Restbevölkerung zu verhindern.⁹⁰⁴

Positiv vermerkten die beiden Diplomaten die Tatsache, dass die *Freundschaft*, die in Alma Ata vom ZK der kasachischen KP in einer Auflage von 16.000 Exemplaren herausgegeben wurde, ein deutscher Chefredakteur, Konstantin Ehrlich, leite, während die in Moskau in 100.000 Exemplaren erscheinende Zeitung *Neues Leben* noch immer unter Führung eines gegenüber den deutschen Belangen distanzierenden Russen stehe. Ehrlich dagegen baue gleichzeitig ein deutsches Kulturzentrum auf und bereite die Gründung und Registrierung eines "Politischen Clubs" vor.

Die kasachische Regierung habe die Notwendigkeit umgehender Förderung der deutschen Kultur erkannt, berichteten die Botschaftsmitarbeiter, und zeige sich bereit, auf bundesdeutsche Hilfsangebote einzugehen - vor allem im Bereich des muttersprachlichen Unterrichts, der Aus- und Fortbildung von Lehrern sowie der Erarbeitung von Unterrichtsmaterialien⁹⁰⁵. Ab dem 1. September 1989 plane sie, in einem Experiment an zwei

⁹⁰⁴ Bericht der Botschaft Moskau Nr. 598 vom 13.2.89, Pol 320.16

⁹⁰⁵ Meines Wissens wurde diese Absicht jedoch nicht verwirklicht.

Schulen auch andere Fächer als die Muttersprache auf Deutsch unterrichten zu lassen. Hinsichtlich einer Einbeziehung des Deutschen Dramentheaters Temirtau in ein langfristiges Förderprogramm reagierte das kasachische Kulturministerium allerdings noch zurückhaltend. Erste Maßnahmen zur Unterstützung des Theaters waren im November 1988 nach dem Moskau-Besuch von Bundeskanzler Kohl ergriffen worden, umfassendere Hilfsmaßnahmen konnten in Kasachstan erst 1990 beginnen.

In einem umfangreichen Katalog an Schlussfolgerungen aus der Reise empfahl die Deutsche Botschaft dem Auswärtigen Amt neben der Durchführung von konkreten Einzelprojekten, die Frage der Sowjetdeutschen nunmehr intensiv gegenüber der sowjetischen Seite zu thematisieren, auf die Zuspitzung der Entwicklungen hinzuweisen und weitreichende Kooperationsangebote zu unterbreiten. Darüber hinaus schlug sie angesichts des positiven Echos auf die Reise der SPD-Delegation vor, die Siedlungsgebiete ab sofort regulär in Besuchsprogramme von Abgeordneten und anderen hochrangigen deutschen Besuchern aufzunehmen.

Die Reise der Botschaftsangehörigen stellte die ersten Regierungskontakte zu Kasachstan her. Das kasachische Interesse reflektiert das beginnende Umdenken in der Unionsrepublik hinsichtlich einer eigenständigen Außenpolitik und die wachsende Einsicht in die Notwendigkeit einer nationalitäten-orientierten Politik in einer Vielvölkerrepublik. Leider setzte der entstehende Staat im weiteren einseitig auf eine Kasachisierung, so dass die Abwanderung der Deutschen noch forciert wurde.

2.3.4 Diskussion um die Zuzugsbegrenzung von Aussiedlern

Im Laufe des Jahres 1988 waren 47.572⁹⁰⁶ Aussiedler registriert worden, eine neue Rekordzahl, die zur Folge hatte, dass das Grenzdurchgangslager Friedland und andere Aufnahmestellen in Deutschland überfüllt waren und die Kosten zu Lasten der öffentlichen Hand explodierten. Gleichzeitig setzte angesichts der Zuwanderung von insgesamt mehr als 200.000 Aussiedlern in die Bundesrepublik im Jahre 1988 eine breite "Aussiedlerdiskussion" in der deutschen Öffentlichkeit ein, ob die Aufnahme von Deutschen, die vor Jahrhunderten ausgewandert waren, noch zeitgemäß sei. Vor allem Oskar Lafontaine hatte sich am 22. Dezember 1988 und erneut am 12. August 1989 dementsprechend geäußert und in der Öffentlichkeit Kontroversen, insbesondere bei den bereits in der Bundesrepublik lebenden Russlanddeutschen, bei Vertriebenenverbänden und in der CDU/CSU Widerspruch ausgelöst, aber auch viel Beifall bekommen⁹⁰⁷. Der Bund der Vertriebenen sprach sich strikt gegen eine Begrenzung aus. Eine Beschränkung verstoße gegen das Grundgesetz, betonte Baden-Württembergs BdV-Vorsitzender, Staatssekretär Wabro. Auf einem Kongress in Fellbach nannte er es inhuman, Menschen zurückzuweisen, die jahrzehntelang auf ihre Ausreise gewartet hätten⁹⁰⁸.

Die Zuwanderungszahlen ließen jedoch keine andere Wahl, als die Aussiedlerthematik erstmals mit neuem, auf Begrenzung des Zuzugs gerichteten Vorzeichen zu debattieren, und die Bundesregierung musste ihre bis dahin geltenden Grundsätze den veränderten Bedingungen anpassen. Das Bundeskabinett beschloss am 31. August 1988 ein "Sonderprogramm zur Eingliederung der Aussiedler". Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Horst Waffenschmidt, wurde zum Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen ernannt.

War früher die Erleichterung der Ausreise Hauptziel deutscher Politik, so galt nunmehr, wie es der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Staatssekretär Waffenschmidt, formulierte:

Erstes Ziel ist, dass die Deutschen in der UdSSR wirksame Minderheitenrechte bekommen, damit sie in der heutigen Heimat auch als Deutsche eine Zukunft sehen. Sie können dabei auch zur Verständigung beider Völker wirksam beitragen. Wer sich gleichwohl zur Ausreise entscheidet, demgegenüber haben wir die rechtliche und moralische Verpflichtung, ihn bei uns in der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen.⁹⁰⁹

⁹⁰⁶ BPA-Bulletin Nr. 2 vom 10.1.89, S. 11

⁹⁰⁷ vgl. *Volk auf dem Weg*, 10/1989, S. 4

⁹⁰⁸ vgl. *Volk auf dem Weg*, 12/1988, S. 2

⁹⁰⁹ Dr. Horst Waffenschmidt in: BPA-Bulletin Nr. 74 vom 13.7.89, S. 650

Kanzleramtsminister Schäuble trat den Forderungen aus der deutschen Öffentlichkeit und der Opposition bzw. Befürchtungen der Sowjetdeutschen entgegen, die Regierung werde die Zahl von Aussiedlern begrenzen:

Eine Quotierung wird es nicht geben. ... Zugleich will die Bundesregierung verstärkt deutlich machen: Wir wollen nicht, dass möglichst viele oder gar alle Deutschen, die außerhalb unser Grenzen leben, zu uns kommen, sondern wir treten mit Nachdruck für die Besserung der Lebensverhältnisse für die Deutschen in ihrer angestammten Heimat ein. ... mit der Sowjetunion ... reden wir darüber, dass die Deutschen künftig ihre Sprache und Kultur in mehr Freiheit und wirtschaftlich günstigeren Bedingungen pflegen können. Denn wir wollen, dass weniger Menschen den Wunsch verspüren, ihre Heimat aufzugeben.⁹¹⁰

Im Grundsatz hat sich diese Auffassung der Bundesregierung bis heute nicht verändert. Eine offene Quotierung oder die Aufhebung des Rechts auf Zuzug in die Bundesrepublik, d.h. die Abschaffung von Art. 116 GG, lehnt die Bundesregierung bis heute ab, schon um kein weiteres Ansteigen der Aussiedlerzahlen, keine "Torschlusspanik", zu provozieren.

Nicht nur die Bundesrepublik war von der großzügigen Ausreisepraxis der UdSSR betroffen. Unter den 77.000 Sowjetbürgern, die in den ersten zehn Monaten des Jahres 1988 ihr Land verließen, befanden sich 14.000 Juden und 15.000 Armenier. Die US-Botschaft in Moskau konnte an 9.000 Sowjetbürger keine Einreisevisa mehr ausstellen, da die Immigrationsquote für 1988 bereits erschöpft war⁹¹¹.

Anfang der 90er Jahre wurde aus Kapazitäts- und Kostengründen eine Begrenzung der jährlichen Aufnahmen zwar unumgänglich, mit dem Aussiedleraufnahmegesetz konnte aber eine subtilere Zuwanderungsregelung geschaffen werden. Nunmehr mussten die Aufnahmeverfahren im Herkunftsland abgewickelt werden, und ein Einreisevisum in die Bundesrepublik war erst zu erteilen, wenn das Bundesverwaltungsamt die Prüfung, ob der Antragsteller Deutscher im Sinne von Art. 116, 2 GG war, positiv abgeschlossen hatte und darüber hinaus auch die Zustimmung des aufnehmenden Bundeslandes vorlag⁹¹².

⁹¹⁰ Express, 19.3.89

⁹¹¹ Sachstand 513-2 vom 2.1.89, S. 1

⁹¹² Nach dem Inkrafttreten des AAG am 1. Juli 1990 wird der Aufnahmeantrag entweder aus dem Herkunftsgebiet vom Aussiedler selbst oder im Bundesgebiet von einem Bevollmächtigten, in Härtefällen auch vom Aussiedler selbst beantragt. Der Abschluss des Anerkennungsverfahrens als Aussiedler muss i.d.R. im Herkunftsland abgewartet werden. Die Voraussetzung für ein Einreisevisum nach Deutschland bildet der Aufnahmebescheid des Bundesverwaltungsamtes in Köln. Zu Einzelheiten des Verfahrens, Wartezeiten, Eingliederung etc. vgl. Bundeszentrale für politische Bildung. "Aussiedler". Informationen zur politischen Bildung. Heft 222, Bonn 1991. Erste Ankündigung des Gesetzentwurfs in: *Frankfurter Allgemeine*, 24.3.90; gegen den Beschluss der Bundesregierung vom 28.3.90 protestierte der Vorsitzende des Kulturrates der Deutschen aus Russland e.V., Anton Bosch, in der *Frankfurter Allgemeinen* vom 16.6.90..

Waffenschmidt als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen bemühte sich, die Sowjetdeutschen mit Erklärungen zu beruhigen und den Vorteil der neuen Regelung für die Menschen in der Sowjetunion hervorzuheben:

Ihre persönliche Entscheidung steht nicht unter Zeitdruck. Denn: Die Bundesregierung wird den Zuzug von Personen, die ihre Aussiedlereigenschaft nachweisen, auch in Zukunft nicht beschränken. (...)

Dies [Verfahren] bedeutet für Sie mehr Sicherheit. Treffen Sie also die übrigen Vorbereitungen für die Ausreise erst, wenn Sie den Aufnahmebescheid besitzen. Sie haben übrigens auch Zeit für die Ausreise, denn die Gültigkeit des Aufnahmebescheides ist nicht befristet.⁹¹³

Das Aussiedleraufnahmegesetz wurde akzeptiert. Mehrere hunderttausend Deutsche nutzten die Möglichkeit, einen Aufnahmebescheid einzuholen, aber in der Sowjetunion zu verbleiben und die Entwicklung abzuwarten mit dem sicheren Gefühl, jederzeit in die Bundesrepublik einreisen zu können.

Angesichts des Zustroms sah sich Staatssekretär Waffenschmidt veranlasst, an die Bundesdeutschen mit einer Erklärung am 3. Januar 1989 zu appellieren, "die neuen Mitbürger am Arbeitsplatz, in Kirche und Verbänden, in den Behörden und überall im Alltag freundlich aufzunehmen und ihnen zur Seite zu stehen. Jeder Aussiedler hat Anspruch auf unsere Solidarität."⁹¹⁴ Darüber hinaus kündigte er an, dass 1989 voraussichtlich eine noch höhere Aussiedlerzahl auf die Bundesrepublik zukommen werde. Auch Bundeskanzler Kohl wies in seiner Neujahrsansprache auf die "nationale Aufgabe ... bei der Aufnahme und Eingliederung von Aussiedlern"⁹¹⁵ hin.

Am 15. Februar 1989 befasste sich in Bonn auch der Auswärtige Ausschuss mit der Aufnahme und Eingliederung der Aussiedler. MdB Stobbe betonte, bei allen Parteien sei unstrittig die vorrangige Zielsetzung, unter Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten darauf hinzuwirken, "dass den Menschen in den Ländern ... die Möglichkeit geschaffen wird, dass sie ihr Leben dort leben können"⁹¹⁶. Für entsprechende Hilfen sprach sich MdB Frau Irmer aus, während MdB Frau Terborg, die der SPD-Delegation im Dezember 1988 nach Kasachstan angehörte, bezweifelte, dass sich hierdurch die Zahl der Ausreisewilligen vermindern würde. Die Russlanddeutschen saßen zu 40-50% auf gepackten Koffern und stellten sich die Frage, wie lange Gorbachev noch an der Macht sei. Für sie sei maßgeblich, dass die "Vorsehung" zum jetzigen Zeitpunkt eine Umsiedlung

⁹¹³ *Volk auf dem Weg*, 8-9/1990, S. 12

⁹¹⁴ *BPA-Bulletin* Nr. 2 vom 10.1.89, S. 11

⁹¹⁵ *BPA-Bulletin* Nr. 1 vom 3.1.89, S. 3

⁹¹⁶ Vermerk 513-542.40 vom 17.2.89, S. 2

ermögliche, nicht aber die Bewahrung der nationalen Identität. Einzelne Abgeordnete konstatierten ein Missverhältnis von Leistungen, die Aussiedler bei ihrer Eingliederung in die Bundesrepublik erhielten und solchen die anderen Deutschen im Rahmen der Sozialhilfe etc. zustehen würden. Dies verbitterte viele Bundesbürger. Die Politik müsse prüfen, was regelungsbedürftig sei, und verhindern, dass diese sozialen Leistungen eine "Springflut" anziehen. Die Hilfen wurden im Laufe der Jahre tatsächlich erheblich reduziert.

2.3.5 Stagnation der bilateralen Beziehungen auf dem Gebiet der Sowjetdeutschen durch Einschaltung der DDR

Anfang 1989 bestand seitens der deutschen, in die Politik involvierten Akteure die Erwartung, dass sich die seit 1986 andauernde deutsch-sowjetische Annäherung auf dem Gebiet der Sowjetdeutschen zwar langsam, aber im Rahmen der allgemeinen bilateralen Entwicklungen kontinuierlich und geradlinig fortsetzen würde. Tatsächlich jedoch sollte die diesbezügliche Zusammenarbeit der UdSSR und der Bundesrepublik ab Anfang 1989 für mehr als ein Jahr stagnieren, sogar geradezu Rückschläge erleiden.

Ein erster Hinweis auf die veränderte Haltung der UdSSR lässt sich aus dem - isoliert betrachtet unverdächtigen - *follow up* zum Ersten Deutsch-sowjetischen Gesprächsforum, zu dem die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik vom 5.-7. März 1989 nach Bonn eingeladen hatte, ablesen. Wenn auch hochrangige sowjetische Teilnehmer fehlten, so stimmten die - wie üblich - nicht völlig inoffiziellen sowjetischen Delegierten einer Reihe von Empfehlungen zu, darunter der Bildung einer gemischten Kommission zur Erörterung der Lebensumstände und der Autonomie der Sowjetdeutschen, um deren Drang nach Ausreise zu dämpfen. Mit der öffentlichen Äußerung und der vorgesehenen Form einer Kommission ging die sowjetische Seite weit über die bisher gezeigte Bereitschaft einer gemeinsamen Erörterung hinaus.

Die sowjetische Politik folgte dieser Empfehlung jedoch nicht, die die Deutschen betreffenden Fragen wurden weiter in der "Humanitären Arbeitsgruppe" behandelt, z.T. auch in einer bilateralen Kommission zu kulturellen Angelegenheiten. Dies vermag auf den ersten Blick nicht zu verwundern: Politische Entscheidungen sind frei von Überlegungen und Vorarbeiten auf Arbeitsebene, so nützlich und im Grundsatz richtig und wegweisend diese vielleicht auch sein mögen.

Hintergrund für das sowjetische Abrücken von einer Maßnahme, die vermutlich sehr schnell zu Initiativen zugunsten der Sowjetdeutschen geführt hätte, wie sie die UdSSR mit anderen Staaten bereits Mitte 1988 vereinbart hatte, und der weiteren Entwicklungen ist eine *Demarche* des sowjetischen Botschafters in der DDR, V.I. Kočemasov. Er übergab am 1.

Februar 1989 ein *non-paper*, bezeichnenderweise im ZK der SED und nicht im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, das den Wendepunkt in der Politik der zunehmenden Aufgeschlossenheit für die bundesdeutschen Wünsche markierte und den Beginn einer konservativen sowjetischen Reaktion gegen die bundesdeutsche "Obhutspflicht":

Bekanntlich hält die BRD weiterhin an ihrer nationalistischen Position fest, die Interessen aller Deutschen vertreten zu wollen, wo diese auch leben und wessen Staatsbürger sie auch sein mögen. Entsprechend dieser Position ist die westdeutsche Seite bestrebt, auch die sowjetischen Bürger deutscher Nationalität in ihre politische Obhut zu nehmen und die BRD als deren geschichtliche und nationale Heimstatt, als Verfechter ihrer Rechte gegenüber den sowjetischen Behörden darzustellen. Bisher wurde vor allem versucht, unter den Sowjetdeutschen Stimmung für die Ausreise zu machen. Allerdings ist infolge der zunehmenden Schwierigkeiten mit ihrer Aufnahme in der BRD sowie mit den abnehmenden Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung für die Zugereisten das Interesse daran spürbar zurückgegangen. In Bonn zieht man es jetzt vor, "Sorge" für die Sowjetdeutschen an den Tag zu legen, indem man die Behörden der UdSSR auffordert, die nationalen Ansprüche und Traditionen dieser Volksgruppe gebührend zu berücksichtigen, ihnen Vorzugsbedingungen für Besuche in der BRD einzuräumen und die Entwicklung der Selbstverwaltung nicht zu behindern. Die Gebiete in Kasachstan und Kirgisien, in denen Sowjetdeutsche in kompakten Gruppen leben, werden von Delegationen aus der BRD besucht, und auch Kanzler Kohl hatte während seines UdSSR-Besuchs eine Begegnung mit Sowjetbürgern deutscher Nationalität. Es kann erwartet werden, dass die westdeutsche Seite ständige Kontakte zu diesen Menschen anstrebt.

Wir sind uns über den Sinn dieser Aktivitäten der BRD im klaren und wirken ihnen im Rahmen des Möglichen entgegen. Allerdings ist es aus verständlichen Gründen nicht möglich, die Kanäle, über die die Westdeutschen auf diese Bevölkerungsgruppe einwirken, völlig zu schließen.

Wir glauben, dass die DDR sich angesichts dieser Situation in die Arbeit mit den Sowjetbürgern deutscher Nationalität einschalten könnte, indem sie diese umfassender mit den Errungenschaften des Sozialismus auf deutschem Boden, darunter auf dem Gebiet der Kultur, vertraut macht, Produktionserfahrungen vermittelt und Unterstützung beim Erlernen der Sprache gibt. Es könnten Partnerschaftsbeziehungen auf Parteiebene zwischen Gebieten mit kompakter deutscher Bevölkerung in der UdSSR und Bezirken der DDR hergestellt, in diesem Rahmen ein Austausch von Arbeitskollektiven, Hochschuldelegationen usw. organisiert werden, an dem auch Personen dieser Nationalität teilnehmen. Für den Anfang könnte als Partner von sowjetischer Seite das Gebiet Pawlodar vorgeschlagen werden, wo der Anteil der deutschen Bevölkerungsgruppe bei 9,3 Prozent liegt.

Wenn die Führung der SED dem zustimmt, bitten wir um Mitteilung, welcher Bezirk der DDR in Ergänzung zu den bereits bestehenden Partnerschaftsbeziehungen zur UdSSR die Entwicklung der Kontakte zu diesem Gebiet in Kasachstan übernehmen könnte.

Bei einer positiven Entscheidung der deutschen Freunde könnten die internationalen Abteilungen der ZK unserer Parteien beauftragt werden, die ersten Schritte zur Herstellung solcher Beziehungen einzuleiten.⁹¹⁷

Kočemasovs *non-paper* spiegelt das ideologische Unbehagen zumindest des konservativen Parteiapparats gegen die bundesdeutschen Aktivitäten wider und den Wunsch, die Notbremse zu ziehen. Damit werden Vermutungen aus Kreisen der "Wiedergeburt" bestätigt, das ZK der KPdSU und die dort mit der Frage der Sowjetdeutschen befassten sowjetischen und sowjetdeutschen Mitarbeiter hintertrieben systematisch die Rehabilitation der Deutschen. Es ist nicht auszuschließen, dass von hier der Weg zum offenen Boykott der von Gorbačev im Mai 1991 zugunsten der Deutschen angeordneten Maßnahmen durch den Apparat führt.

Das von Kočemasov übergebene Dokument beleuchtet auf sensationelle Weise die Bereitschaft der sowjetischen Deutschlandpolitik zur Doppelbödigkeit noch zu Beginn des fünften *Perestrojka*-Jahres und ihre Taktik, die beiden deutschen Staaten gegeneinander auszuspielen. Ungeschminkt spielt das Papier auf der alten Klaviatur der DDR-Empfindlichkeiten und Ängste hinsichtlich der Respektierung ihrer Staatsbürgerschaft durch die Bundesrepublik, eine der *Geraer Forderungen* Honeckers vom 13. Oktober 1980.

2.3.5.1 Das Wiener Treffen von Genscher und Ševardnadze

Am 6. März 1989 trafen sich beide Außenminister in Wien und konstatierten eine positive Entwicklung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses. Außenminister Ševardnadze legte besonderes Gewicht auf die mit den Deutschen in der Sowjetunion zusammenhängenden Fragen. Die sowjetische Seite bemühe sich, den Nationalitäten die Pflege ihrer Muttersprache und eigenen Kultur zu ermöglichen, und werde Lösungen auch für die Deutschen finden. Eine von der Bundesregierung angebotene materielle Beteiligung werde nicht benötigt⁹¹⁸. Diese Bemerkung überraschte seinerzeit - trotz der bekannten Zurückhaltung der sowjetischen Führung - im Hinblick auf den erreichten Stand der bilateralen Zusammenarbeit und der unmittelbar bevorstehenden dritten Sitzung der "Humanitären Arbeitsgruppe", bei der ein umfangreicher Katalog an Hilfsangeboten übergeben werden sollte. Zur Erklärung bot sich damals das bevorstehende Nationalitätenplenium an, angesichts dessen die sowjetische Regierung, wie auch weitere Äußerungen aus der sowjetischen Führung vermuten ließen, ihre Möglichkeiten einer gene-

⁹¹⁷

Non-paper, übergeben am 1.2.89 im ZK der SED durch Botschafter Vjačeslav I. Kočemasov, s. Anhang 14

⁹¹⁸

Delegationsbericht Nr. 1 vom 7.3.89, o.Az.

rellen Problemlösung optimistisch eingeschätzt haben mochte und vermutlich kein Interesse hatte - die nationalitätenpolitische "Zauberformel", "rešaetsja v komplekse", hätte dem als "Glaubensbekenntnis" zugrunde liegen können -, im Vorfeld einseitige Maßnahmen zugunsten einer Nationalität zuzulassen, um den Erfolg dieser Konferenz aus sowjetischer Sicht nicht zu gefährden. Die Kočemasov-*Demarche* nur einen Monat vor der Begegnung beider Außenminister in Wien lässt diese Äußerungen Ševardnadzes allerdings in einem anderen Licht erscheinen.

2.3.5.2 Die 3. Sitzung der "Humanitären Arbeitsgruppe"

Gleichzeitig zum Wiener Treffen der Außenminister fand in Bonn vom 6.-7. März 1989 die dritte Sitzung der "Humanitären Arbeitsgruppe" auf der Grundlage von insgesamt positiven Entwicklungen im Bereich der Sowjetdeutschen und in humanitären Fragen im allgemeinen statt: In den ersten beiden Monaten konnten ca. 12.000 Deutsche ausreisen, es existierten kaum mehr ungelöste humanitäre Härtefälle⁹¹⁹, und die Sowjetunion hatte das abschließende Dokument des Wiener KSZE-Folgetreffens mitgetragen und zusätzliche Verpflichtungen auf sich genommen. Daher hatte sich die deutsche Seite im Vorfeld der Begegnung entschlossen, die noch bei der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe geübte Zurückhaltung vorsichtig aufzugeben⁹²⁰. Geplant war, zu den allgemeinen Bedingungen für den Kulturerhalt der Deutschen, wie Art und Umfang des muttersprachlichen Unterrichts, der Lehrerausbildung, der Situation deutschsprachiger Medien etc., intensiver Fragen zu stellen. Umgekehrt sollten nunmehr konkrete Förderungsmöglichkeiten vorgetragen und, bei Interesse der sowjetischen Seite, eine *shopping list* zur Orientierung über diese Möglichkeiten der Zusammenarbeit übergeben werden. Des weiteren wollte die deutsche Delegation erfragen, ob es einen zentralen Ansprechpartner für die Projektarbeit geben könne, um bürokratische Probleme zu vermeiden, und auf welche Gebiete sich die Fördermaßnahmen zunächst konzentrieren sollten sowie ob Moskau Bedenken gegen eine direkte Kontaktaufnahme mit Kasachstan habe.

Die Tagung der "Humanitären Arbeitsgruppe" verlief weitgehend erfolgreich⁹²¹. Die sowjetische Delegation, geleitet vom Unterabteilungsleiter für humanitäre Zusammenarbeit und Menschenrechte in der Abteilung Humanitäres und Kultur des sowjetischen Außenministeriums, Prof. Režetov, bemühte sich, die Entwicklung der UdSSR zum Rechtsstaat zu dokumentieren. Er teilte mit, eine Neufassung des Gesetzes über Ein- und

⁹¹⁹ vgl. Vorlage des Referates 513 vom 21.2.89, 513-321.00 SOW SB, S. 4

⁹²⁰ vgl. Vorlage 605-633 SU/1, 16.2.89

⁹²¹ Vorlage des Referates 605 vom 8.3.89, 605-622 SOW/1, S. 2

Ausreisen werde sehr bald fertig sein und in Übereinstimmung mit den Erklärungen von Präsident Gorbačev am 7. Dezember 1988 vor der UNO den internationalen Verpflichtungen entsprechen. Ausreisen von Deutschen würden künftig auch zu entfernteren Verwandten zugelassen und die Kriterien für Besuchsreisen liberaler gefasst⁹²². Fragen nach den Perspektiven der Sowjetdeutschen wich Režetov jedoch aus. Es handele sich um "einen Teil des nationalen Lebens" der UdSSR, einen "Ausreisedruck" beobachte man nicht. Jeder Nationalität werde in Zukunft das Recht zugestanden, ihre kulturelle, sprachliche und religiöse Eigenständigkeit zu entwickeln. Der Status aller Autonomiearten solle angehoben und neue nationale Gebiete dort geschaffen werden, wo Minderheiten kompakt lebten. Dieses Ziel hatte Gorbačev kurz zuvor, in seiner Rede am 23. Februar 1989 in Kiev, vorgegeben.

Die sowjetische Delegation zeigte aber unerwartet lebhaftes Interesse an der deutsch-ungarischen Zusammenarbeit. Die Erklärung von Bundesaußenminister Genscher und Vizeaußenminister Kovac anlässlich des Besuches von Ministerpräsident Grosz in Bonn am 7. Oktober 1987, die zunächst eine Zusammenarbeit im stillen beinhaltete, inzwischen aber auch von der ungarischen Seite nicht mehr geheimgehalten wurde, erschien der sowjetischen Delegation "ausgewogen" und entideologisiert. Sie nahm die Liste möglicher deutscher Förderungsmaßnahmen zur Prüfung entgegen, kritisierte allerdings angebliche "ideologische Elemente", die sie in deutschsprachigen Lehrbüchern und Medien, Materiallieferungen für den deutschsprachigen Fachunterricht zu erkennen glaubte, und warnte vor dem Versuch von Ideologisierung und Politisierung über Maßnahmen kultureller Förderung. Einzelprojekte mit sowjetischen Republiken hielt die sowjetische Seite für verfrüht. Die Möglichkeit von Direktkontakten solle in Moskau geprüft werden. Die Delegation räumte allerdings ein, sich auf diese Weise der Notwendigkeit bewusst geworden zu sein, bei allen zukünftigen Absprachen auch die Regierungen der betroffenen Republiken einbeziehen zu müssen. "Aus pragmatischen Gründen" erklärte sie sich einverstanden, die Thematik schon bei der Sitzung der deutsch-sowjetischen Kulturkommission im April 1989 erneut zu behandeln. Die Deutsche Botschaft Moskau wurde angewiesen, in Hinblick auf den für Juni 1989 geplanten Gorbačev-Besuch die Bereitschaft zu einer unter Umständen auch zunächst nicht zu veröffentlichenden Absichtserklärung über eine weitergehende Zusammenarbeit zu sondieren sowie das konkrete sowjetische Interesse an einzelnen Punkten der deutschen Vorschlagsliste.

Wenn auch eine Reihe von positiven Ergebnissen in der Arbeitsgruppe erreicht werden konnten, war unübersehbar, dass die sowjetische Seite sich im Bereich der Minderheiten

⁹²²

1987 reisten ca. 9.400 Personen zu Verwandten, 1988 bereits mehr als 21.000, 1989 etwa 70.000 Personen; vgl. Sachstand 213 vom 5.7.90

weiterhin offenbar schwer tat. Die Tendenz, das innenpolitisch brisante Thema im Hinblick auf das angekündigte ZK-Nationalitätenplenium von außenpolitischen Einflüssen freizuhalten - zumindest bis die Nationalitätenfrage, wie erhofft, entschieden sein würde - ging in die gleiche Richtung wie die Äußerung Ševardnadzes in Wien. Diese Interpretation wurde im Auswärtigen Amt vorgenommen. Die dilatorische Behandlung hatte aber System: Die *shopping list* ging nur 14 Tage später, am 21. März 1989, als Anhang zu einem Bericht des Botschafters der DDR in Moskau an das ZK der SED in Berlin (Ost), wo sie in ein eigenes Hilfsprogramm umgegossen werden sollte⁹²³.

Die Zurückhaltung in bezug auf direkte Kontakte mit einzelnen Republiken zeigte gleichzeitig den Umbruch im zentralistischen System in jenen Monaten. Diese Entwicklung lähmte Moskau sichtbar und machte Fortschritte und Maßnahmen zugunsten der Deutschen in einer Zeit unmöglich, zu der zumindest theoretisch noch die Aussicht bestanden hätte, Grundlagen für ihr Verbleiben in der UdSSR zu schaffen. Die Reaktion der sowjetischen Delegation machte jedoch deutlich, dass es keinen Zweck hatte, die sowjetische Seite zu sehr zu drängen, und Moskau Zeit brauchte. Delegationsleiter Režetov lud zur nächsten Arbeitsgruppe nach Moskau ein, sie fand Anfang Dezember 1989 statt. Bemerkenswerterweise schlug er eine gemeinsame Presseerklärung zur Sitzung der "Humanitären Arbeitsgruppe" vor, die TASS am 10. März 1989 verbreitete.

2.3.5.3 Die Politik des ZK

Am 15. März 1989 führten Vertreter der Deutschen Botschaft Moskau Gespräche mit dem stellvertretenden Leiter der Abteilung für Ideologie des ZK der KPdSU, Sazonov. An dem Treffen nahm auch Auman als ZK-Berater in Fragen der Sowjetdeutschen teil. Beide warnten davor, die Deutschen in der Sowjetunion als homogene Gruppe zu betrachten. In jeder fünften Familie gebe es bereits verwandtschaftliche Beziehungen zu nicht-deutschen Bevölkerungsgruppen. Es existiere eine starke Assimilationstendenz, das sei nur natürlich. Abgesehen von diesen Anklängen an das "Sowjetvolk" machte sich das ZK keinerlei Illusionen über die Deutschen und ihre Wünsche sowie deren Realisierbarkeit. Zur Autonomie gebe es zwar unterschiedliche Einstellungen, alle Deutschen seien sich aber einig, dass sie ein wichtiger Akt der Wiedergutmachung wäre. Viele Sowjetdeutsche wünschten eine territoriale Lösung, um dort vielleicht eines Tages selbst zu leben. Andere unterstützten eine Autonomie als Heimatgebiet für die Deutschen in der UdSSR und als

⁹²³

Anlage 3 zum Schreiben vom außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der DDR in Moskau, Gerd König, an das Mitglied des ZK der SED und Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen, Günter Sieber, vom 21.3.89; in: 213-321.39 SOW/1992

mögliche Ausbildungsstätte für ihre Kinder, lehnten einen Umzug dorthin aber ab. Andere Gebiete als die Wolga kämen für die Deutschen nicht in Frage. Dort stellten sich jedoch große Probleme. In Engel's, der ehemaligen Hauptstadt, seien von 300.000 Einwohnern nur 4.000 Deutsche⁹²⁴, im gesamten Wolgagebiet lebten ca. 40.000 Deutsche. Was solle mit den Russen geschehen, die dort seit über einer Generation lebten, falls ein deutsches Gebiet entstehe. In jedem Falle könne die Forderung der Deutschen nur im Rahmen einer Gesamtregelung berücksichtigt werden, die auch die Probleme der anderen Völkerschaften der UdSSR löse. Wie auch immer eine Autonomie aussehen werde, die Deutschen müssten den Nationalitäten, mit denen sie zusammenlebten, eine angemessene Beteiligung an der politischen Führung gewähren. Ebenso sei der Grundsatz der Zweisprachigkeit zu beachten. Auman hielt angesichts der praktischen Probleme die Wiederherstellung einer Wolgarepublik nicht für möglich. Nicht alles, was unter Stalin falsch gemacht wurde, ließe sich heute noch korrigieren. Die Frage, ob eine stufenweise Wiederherstellung einer Autonomie zu verwirklichen sei, wollte er nicht verneinen. Die Autonomie allein könne aber den gegenwärtigen Aussiedlerstrom nicht wesentlich reduzieren, solange in Deutschland jeder mit offenen Armen empfangen werde und selbst bei Arbeitslosigkeit mehr Geld erhalte als in der UdSSR bei harter Arbeit.

Die Botschaftsvertreter nahmen aus dem Gespräch den Eindruck mit, dass das ZK sich zwar intensiv mit der Frage der Sowjetdeutschen beschäftigte, aber Skepsis und Ungewissheit herrschten, ob es eine politische Grundsatzentscheidung geben werde, und wie sie aussehen könne, darüber hinaus in Hinblick auf die enormen wirtschaftlichen und sozialen Folgekosten eines solchen Beschlusses. Trotzdem kam die Botschaft zur Beurteilung:

Dennoch scheint der gegenwärtige Zeitpunkt den Deutschen in der SU so günstig zu sein wie nie zuvor. Verstreicht diese Gelegenheit, ohne dass es in dieser Frage zu einem Durchbruch kommt, wie immer er konkret aussehen mag, dürfte es kaum gelingen, in einem zweiten Anlauf später noch einmal Bewegung in diese Frage zu bringen.⁹²⁵

Bis zum Ende der Sowjetunion blieb das Thema der deutschen Autonomie auf der Tagesordnung - intern und bilateral mit der Bundesrepublik. Obwohl viele substantiellen Verbesserungen für die deutsche Minderheit in der UdSSR erreicht werden konnten, die Position des ZK zur Wolgarepublik veränderte sich nicht wesentlich. Diese Zurückhaltung, das Sich-Nicht-Entschließen-Können, die Anliegen der Deutschen glaubhaft zu unterstützen bzw. ihnen entschlossen entgegenzutreten, die damit zusammenhängende Halbherzigkeit aller

⁹²⁴ Aus diesem Grund wurde Engel's von der "Wiedergeburt" bereits in ihrem Gründungsaufwurf als erneute Hauptstadt verworfen.

⁹²⁵ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1065 vom 17.3.89, Pol 320.10/16

Maßnahmen, die Verschleppung von Reformen nährte die Völkerwanderung in die Bundesrepublik. Andererseits führte diese Haltung dazu, dass Moskau den Widerstand der Parteifunktionäre an der Wolga gegen eine deutsche Autonomie nicht bekämpfte. Die These von der Unmöglichkeit der Wolgarepublik wurde so zur *self fulfilling prophecy*. Der Brückenschlag des ZK zur DDR und damit die dilatorische Behandlung des bundesdeutschen Anliegens dürfte zwar dazu beigetragen haben, dass sich der Eindruck der deutschen Seite von der Ratlosigkeit des ZK verstärkte, Allerdings ist offensichtlich, dass die UdSSR über keinerlei erfolversprechende Konzeption zur Lösung ihrer Nationalitätenprobleme verfügte.

Am 14. April 1989 suchten Vertreter der Deutschen Botschaft Moskau Sazonov und Auman erneut auf und unterrichteten beide über die die Sowjetdeutschen betreffenden Ergebnisse der "Humanitären Arbeitsgruppe" von Anfang März 1989 und erläuterten das deutsche kulturelle Hilfsangebot. Darüber hinaus schlugen sie vor, anlässlich des in zwei Monaten beginnenden Gorbačev-Besuches eine Absichtserklärung zu vereinbaren, in die eine Reihe der Punkte aus der Liste Aufnahme finden sollten. Als Beispiel einer solchen Vereinbarung übergaben sie auch im ZK die Ungarn-Vereinbarung von 1987. Sazonov sagte Prüfung zu.

Auf die soeben gegründete "Wiedergeburt" angesprochen, antwortete Sazonov, man habe die Gründung aufmerksam registriert und frage sich, wie repräsentativ diese Initiative für die in der Sowjetunion lebenden Deutschen sein könne und werde. Sie sei wichtig, da es sich um einen Beitrag zur Autonomie der Sowjetdeutschen auf den Gebieten der Kunst und Kultur handele. Derartige Bestrebungen würden von der sowjetischen Regierung in jeder Weise unterstützt. Im übrigen gelte es, das ZK-Plenum abzuwarten, das zu allen Fragen der Nationalitätenpolitik politische Entscheidungen zu treffen habe, nicht nur zur Autonomiefrage. Sazonov unterstrich einmal mehr, dass es um sehr schwierige politische, wirtschaftliche und ideologische Fragen gehe und deshalb nichts überstürzt werden dürfe. Er kritisierte deutsche Zeitungen, die bereits über die künftige Hauptstadt einer deutschen autonomen Republik spekulierten, und wies mit Bedauern darauf hin, dass auch andere Nationalitäten autonome Gebiete beanspruchten. Auman ergänzte, dass die Gründung der "Wiedergeburt" bereits zu einer Vielzahl von kritischen Briefen an das ZK geführt habe. Das Parteikomitee von Saratov werde zu den Autonomieforderungen im dortigen Gebiet Stellung nehmen. Angesichts von nur 17.000 Deutschen im dortigen Gebiet stelle sich die Frage nach einer autonomen Republik nicht. Außerdem bleibe offen, wie viele Deutsche tatsächlich zu einem Umzug bereit seien⁹²⁶.

Das Gespräch im ZK fand wiederum in aufgeschlossener und konstruktiver Atmosphäre statt. Bemerkenswert ist der Hinweis auf die frühzeitige Mobilisierung des Parteiapparates in

⁹²⁶

vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1430 vom 14.4.89, Ku 600.50/1

Saratov nur zwei Wochen nach der Gründung der "Wiedergeburt", dem es letztlich gelang, die Wiederherstellung der Wolgarepublik in diesem Gebiet zu verhindern. Das ZK verfügte offenbar über genaue Informationen zu den Vorgängen im Wolgagebiet. In den Gesprächen zeichnete sich bereits ab, dass das ZK sich gegen eine Wiederherstellung der Republik erklärte - ein halbes Jahr bevor die im Juli 1989 eingesetzte Kommission des Nationalitätensowjets zum Ergebnis gekommen sein würde, die Republik müsse wiedererrichtet werden.

Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung fuhr Auman unmittelbar nach dem Gespräch zu einem einwöchigen Informationsaufenthalt über Aussiedlerfragen in die Bundesrepublik. Er besuchte u.a. das Aufnahmelager Unna-Massen⁹²⁷ und traf am 19. April 1989 mit dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Horst Waffenschmidt, zusammen. Auman wurde von Konstantin Ehrlich begleitet, was im Sinne von Aumans Äußerung vom Januar 1990 deren Verhältnis unterstreicht.

2.3.5.4 Der enttäuschende Gorbačev-Besuch in Deutschland

Am 11. April 1989 traf Hansjochen Vogel in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der SPD in Moskau mit Generalsekretär Gorbačev zusammen. Vermutlich im Vorgriff auf seinen Besuch in Bonn im Juni 1989 kam Gorbačev von sich aus auf das Thema Sowjetdeutsche zu sprechen und teilte Vogel mit, die sowjetische Führung habe vor, einen Weg zu finden, um deren Interessen in kultureller und nationaler Hinsicht zu wahren. Insgesamt denke man über die Harmonisierung des Zusammenlebens der Nationalitäten nach. Spannungen müssten abgebaut werden. Destruktiven Elementen, die antisowjetische Politik vertreten, bleibe aber der Kampf angesagt. In diesem Zusammenhang erwähnte er die Ereignisse von Tbilissi⁹²⁸. Vogel dankte für die Ausreisepolitik und bat darum, dass die sowjetische Führung Überlegungen hinsichtlich der nationalen Kultur und Sprache der Deutschen sowie ebenfalls zu einem autonomen Gebiet anstelle. Gorbačev gab daraufhin eine positive Einschätzung der Sowjetdeutschen, nannte die Namen deutscher Mitglieder des Obersten Sowjets und lobte insbesondere Frau Gellert⁹²⁹.

Am 12. und 13. Mai 1989 besuchte Außenminister Ševardnadze Bonn im Rahmen der regelmäßigen Konsultationen. Die Gespräche dienten vor allem der Vorbereitung des

⁹²⁷ dpa 21.4.89/0959

⁹²⁸ Nur zwei Tage zuvor waren dort bei einer Aktion von Sowjetsoldaten gegen Demonstranten u.a. Frauen mit dem Spaten erschlagen worden; die Umstände wurden allerdings erst später öffentlich bekannt.

⁹²⁹ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1365 vom 12.4.89, Pol 321.35, S. 3

Gorbačev-Besuches und der aus diesem Anlass vorgesehenen Gemeinsamen Erklärung, die auch Passagen zur deutschen Minderheit enthalten sollte, sowie der weiteren Überzeugungsarbeit hinsichtlich deutscher kultureller Projekthilfen. Hinsichtlich der Sowjetdeutschen brachte der Besuch aber keine konkreten Ergebnisse.

Auf der Tagung der Deutsch-sowjetischen Kulturkommission am 29.-30. Mai 1989 erlitt der bundesdeutsche Eifer, noch für den Gorbačev-Besuch erkennbare Fortschritte zugunsten der Sowjetdeutschen zu erreichen, sogar einen Rückschlag. Die sowjetische Seite weigerte sich, anders als noch auf der "Humanitären Arbeitsgruppe" vereinbart, das Thema überhaupt auf die Tagesordnung zu setzen. Delegationsleiter Kupcev, der Leiter der Kulturabteilung des sowjetischen Außenministeriums, ließ erkennen, dass innerhalb der sowjetischen Führung die Frage, welche Zugeständnisse an die Sowjetdeutschen gemacht werden sollten, lebhaft umstritten sei. Eine formelle Behandlung der Angelegenheit in Regierungsverhandlung vor der Entscheidung des Nationalitätenplenums sei daher nicht möglich. Dies gelte nicht nur für die Erörterung von Förderungsmöglichkeiten und für eine eventuell geplante Absichtserklärung zwischen Gorbačev und dem Bundeskanzler, sondern auch für die Diskussion über die Zukunft der sowjetdeutschen Minderheit generell. Gorbačev dürfe in Bonn nicht in die Lage gebracht werden, sich zu den Aussichten einer autonomen Republiks- oder Gebietsgründung äußern zu müssen⁹³⁰.

Es ist nicht zu verkennen, dass neben dem Blick auf das Nationalitätenplenum auch der Beginn der Zusammenarbeit mit der DDR auf dem Gebiet der Sowjetdeutschen die UdSSR zu dieser abweisenden Haltung veranlasste. Dass während des Gorbačev-Besuches tatsächlich keine Fortschritte erzielt werden konnten, machte für die Öffentlichkeit die Antwort der Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Dr. Adam-Schwaetzer, auf eine parlamentarische Anfrage von Ortwin Lowack, MdB, deutlich, der wissen wollte:

Hat bei den Gesprächen der Bundesregierung anlässlich des Besuches von KPdSU-Generalsekretär Gorbačev auch die Frage einer Wiederherstellung der Autonomen Republik der Wolga-Deutschen eine Rolle gespielt, und welche Auffassung hat Gorbačev gegebenenfalls dazu geäußert?

Das Los der Sowjetbürger deutscher Nationalität ist Thema der Gespräche mit Generalsekretär Gorbačev gewesen. Die Bundesregierung hat zugunsten derjenigen, die in der angestammten Heimat bleiben möchten, unsere Hilfe für die Pflege ihrer Sprache, Kultur und Religion und ihres Brauchtums angeboten. Diese Vorschläge werden von der sowjetischen Seite geprüft.

Zu der in Ihrer Frage angeschnittenen Organisations-Problematik haben alle sowjetischen Gesprächspartner in den vergangenen Monaten deutlich gemacht, dass

⁹³⁰

vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 2035 vom 29.5.89, Ku 610.1 SOW, S. 4; vgl. Zuschrift an Referat 213 vom 31.5.89, 605-622 SOW

sie sich hierzu vor dem geplanten ZK-Plenum über die Beziehungen zwischen den Nationalitäten in der Sowjetunion nicht öffentlich äußern wollen.⁹³¹

Generalsekretär Gorbačev stattete der Bundesrepublik vom 12.-15. Juni 1989 seinen legendären, hinsichtlich der sowjetdeutschen Thematik aber enttäuschenden Staatsbesuch ab. Bundeskanzler Kohl nutzte die Gelegenheit seiner Ansprache anlässlich des Abendessens zu Ehren von Gorbačev in der Godesberger Redoute am 12. Juni 1989, um sich auch öffentlich erneut für die Sowjetdeutschen einzusetzen:

Teil des geschichtlichen Erbes, das uns verbindet, sind auch die deutschen Landsleute, die vor rund 250 Jahren nach Russland auszuwandern begannen und mit Fleiß und Zuverlässigkeit zum Aufbau ihrer neuen Heimat beigetragen haben. Nach Jahrzehnten des Unglücks, an denen diese Menschen keine Schuld tragen, sollten sie heute wieder Mittler zwischen beiden Völkern sein können.

Für viele von ihnen haben Sie, Herr Generalsekretär, die Möglichkeit eröffnet, zu ihren Familien und Freunden bei uns auszureisen, und wir danken Ihnen dafür! Denen, die in der Sowjetunion bleiben möchten, wünschen wir, dass sie ihre Identität wahren können. Wir wollen ihnen gerne helfen, ihre Religion, Sprache und Kultur zu pflegen.

Herr Generalsekretär, Politik bleibt ein abstraktes Gedankengebäude, wenn sie die Herzen der Menschen nicht gewinnt; Bemühungen der Regierungen, die Beziehungen zu verbessern, finden ihre Grenzen, wenn die Völker sie nicht mittragen.⁹³²

Es kann angesichts der Vorgeschichte nicht mehr verwundern, dass Gorbačev trotz weiter verbesserter Beziehungen und zwei Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl zur Sowjetdeutschen-Thematik⁹³³ im Gegensatz zu seiner Tischrede beim Kohl-Besuch im Vorjahr auf die Sowjetbürger deutscher Nationalität nicht einging und es damit offenbar vermied, sich festzulegen. Dass es die Rücksicht auf das Verhältnis zur DDR, die "Wettbewerbssituation" der Bundesrepublik mit der DDR auch in Sachen Sowjetdeutsche war, die Gorbačev zu seiner Zurückhaltung veranlasste und nicht primär das bevorstehende ZK-Plenum zur Nationalitätenpolitik, zeigt sich daran, dass Ševardnadze nur wenige Tage zuvor, am 9. Juni 1989, in Berlin (Ost) dem folgenden Passus in der "Gemeinsamen Mitteilung" über seinen Besuch zugestimmt hatte:

Beide Seiten kamen überein, bei der Pflege von Sprache und Kultur, Literatur und Kunst unter den Sowjetbürgern deutscher Nationalität zusammenzuarbeiten. Dem

⁹³¹ Drs. 11/4930; bemerkenswert ist, dass sowjetischerseits in den Gorbačev-Besuch auch das sowjetdeutsche Akademie-Mitglied Boris Rauschenbach einbezogen wurde, vgl. *Freundschaft*, 22.9.89, S. 2; Rauschenbach spielte später als Vertrauensmann der sowjetischen Führung eine zentrale Rolle bei der Vorbereitung des Kongresses der Sowjetdeutschen.

⁹³² BPA (Hrsg.) *Die Begegnungen von Moskau und Bonn. Neue Qualität der Beziehungen*. Bonn 1989, S. 99

⁹³³ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 2669 vom 6.7.89, Pol 320.16

dient auch die Aufnahme von Partnerbeziehungen zwischen dem Bezirk Schwerin und dem Gebiet Pavlodar.⁹³⁴

Die "Gemeinsame Erklärung", die am 13. Juni 1989 mit der Bundesrepublik unterzeichnet wurde, blieb deshalb weit hinter dem Passus der "Gemeinsamen Mitteilung" zurück und enthielt zu den Sowjetdeutschen nur eine Reihe verklausulierter Passagen. Und es war in erster Linie Ševardnadze, der sich jeder expliziten Erwähnung kultureller Hilfen im Zusammenhang mit den Sowjetdeutschen widersetzte⁹³⁵.

Bauelemente des Europas des Friedens und der Zusammenarbeit müssen sein:

- Die Verwirklichung der Menschenrechte und die Förderung des Austausches von Menschen und Ideen. Dazu gehören ... eine wohlwollende Behandlung humanitärer Fragen einschließlich der Familienzusammenführung und Reisen in das Ausland.
- Die Achtung und Pflege der geschichtlich gewachsenen Kulturen der Völker Europas. Diese kulturelle Vielfalt ist einer der großen Schätze des Kontinents. Nationale Minderheiten sind Teil dieses Reichtums. Ihren berechtigten Interessen gebührt Schutz.⁹³⁶

Nur wenig deutlicher als die "Gemeinsame Erklärung" wurde die "Abgestimmte Pressemitteilung", die die Sowjetdeutschen ebenfalls nur indirekt erwähnte. Unter Punkt 12 hieß es:

Beide Seiten begrüßen die positiven Ergebnisse der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe für die Zusammenarbeit in humanitären Fragen. Von beiden Seiten wurden Vorschläge unterbreitet, darunter hinsichtlich der Zusammenarbeit im Bereich von Sprache und Kultur, deren Prüfung fortgesetzt wird.⁹³⁷

Beim Gespräch der Außenminister im Mai war von deutscher Seite der Wunsch geäußert worden, anlässlich des Gorbačev-Besuches die Expertengespräche in der "Humanitären Arbeitsgruppe" öffentlich zu ermutigen.

In seiner Regierungserklärung zum Besuch des Generalsekretärs sagte Bundeskanzler Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 16. Juni 1989:

Mein besonderes Augenmerk galt dem Los und dem Schicksal der Sowjetbürger deutscher Nationalität. Ich habe für die in den letzten Jahren deutlich verbesserten Ausreisemöglichkeiten gedankt. Aber ich habe vor allem auch zugunsten derjenigen,

⁹³⁴ Gemeinsame Mitteilung über den offiziellen Freundschaftsbesuch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR in der DDR, Neues Deutschland 10./11.6.89, S. 4

⁹³⁵ Vorlage vom 19.7.89, 213-321.39 SOW

⁹³⁶ *BPA-Bulletin* Nr. 61, S. 543

⁹³⁷ *ibid.* S. 545

die in ihrer angestammten Heimat bleiben möchten, unsere Hilfe angeboten, damit sie ihre Sprache, ihre Kultur, ihre Religion, ihr Brauchtum und ihre Identität pflegen können.

Ich hoffe sehr, dass die jetzt anlaufenden Gespräche dazu führen, dass der Wunsch, ein autonomes Gebiet für die Deutschen in der Sowjetunion wiederherzustellen, bald in Erfüllung gehen kann.⁹³⁸

Damit hatte sich nach der internen Ansprache der Thematik durch Genscher am Rande des Bundespräsidenten-Besuchs in der UdSSR erstmals ein deutscher Politiker öffentlich zur Frage der Wiederherstellung der deutschen Autonomie geäußert. Die Unterstützung für diese Zielvorstellung und die Auffassung, sie könne am Endpunkt bilateraler Verhandlungen stehen, war allerdings geeignet, früheren sowjetischen Vorhaltungen wegen angeblicher Einmischung in innere Angelegenheiten erneuten Anlass zu bieten. Indes hatten sich die Zeiten und das bilaterale Verhältnis derart verbessert, dass eine sowjetische Reaktion ausblieb. Gespräche und Verhandlungen auf Regierungsebene über die Wiederherstellung der Wolgarepublik konnten allerdings erst im Herbst 1991 - mit Russland - beginnen.

In einer gemeinsamen EntschlieÙung aller Fraktionen forderte der Deutsche Bundestag "zur Verbesserung der kulturellen Lage der Deutschen in der Sowjetunion" die Bundesregierung auf, "durch geeignete Maßnahmen das kulturelle Leben der deutschen Minderheit in der Sowjetunion zu fördern", und stellte damit das große Interesse und auch die Einmütigkeit, mit denen die deutsche Politik nach wie vor Anteil an der Thematik nahm, unter Beweis und verpflichtete die Bundesregierung, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen.

Die Bundesregierung sollte unter Beachtung des Grundsatzes der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion darauf hinwirken, dass die deutsche Minderheit in kultureller Eigenständigkeit gemäß der KSZE-Schlussakte leben kann.

Die Bundesregierung sollte in Abstimmung mit den sowjetischen Behörden durch Unterstützung des eigenständigen kulturellen Lebens dazu beitragen, dass Sprache und Traditionen der Deutschen in der Sowjetunion lebendig bleiben. Es ist ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit anzustreben, wie es vergleichsweise mit der Ungarischen Volksrepublik besteht.⁹³⁹

Als Beispiele für Zusammenarbeit wurden in dem Antrag die Nutzung neuer Städtepartnerschaften genannt, Hochschul- und Schulpartnerschaften, Theaterpartnerschaften, Kontakte zwischen Vereinen und der Austausch von Schülern, Studenten, Wissenschaftlern,

⁹³⁸

BPA (Hrsg.) *Die Begegnungen von Moskau und Bonn. Neue Qualität der Beziehungen*. Bonn 1989, S. 149

⁹³⁹

Drs. 11/4755 vom 21.6.89

Lehrern und Journalisten. Erste, sehr begrenzte Ansätze zur Verwirklichung der Forderungen zeigten sich in den folgenden Jahren. Im nennenswerten Umfang wurden aber erst ab 1993 Lehrer in die Nachfolgestaaten der UdSSR entsandt, zuvor nur Sprachassistenten über den Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA), eine Mittlerorganisation derer sich das Auswärtige Amt für kulturelle Projekte zugunsten deutscher Minderheiten in aller Welt bediente. Kontakte im Wissenschafts- und im Theaterbereich entstanden, jedoch meines Wissens keine formalisierten Partnerschaften. Eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt mit einem hohen Anteil der deutschen Minderheit an der Bevölkerung ist bislang nicht zustande gekommen, obwohl russische Städte wie z.B. Orenburg sich darum bemühten.

In der Debatte im Bundestag am 22. Juni 1989 skizzierte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Helmut Schäfer, das weitere Vorgehen der Bundesregierung:

Die sowjetische Seite hat ... uns unmissverständlich wissen lassen, ... dass es für offizielle Verhandlungen oder förmliche Vereinbarungen über Förderungsmaßnahmen zu früh sei. Sie müssen jede Einflussnahme von außen so lange vermeiden, wie die gesamte Minderheitenproblematik - nicht nur die Zukunft der deutschen Minderheit - innenpolitisch ungelöst und sogar heftig umstritten ist. (...)

In der Zwischenzeit ... sind wir darauf angewiesen, durch pragmatisches Vorgehen dort zu helfen, wo es keiner förmlichen Zustimmung der Sowjetunion bedarf bzw. wo sie unsere Unterstützung stillschweigend toleriert. Wir versuchen, diese Marge so weit wie möglich auszunutzen. So haben wir in den letzten beiden Jahren z.B. einige Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, diverse Buch-, Kassetten- und Gerätespenden sowie die eine oder andere Begegnungsveranstaltung ermöglichen können.⁹⁴⁰

Aus heutiger Sicht der Dinge betrieb die UdSSR gegenüber der Bundesrepublik seit Anfang 1989 eine Hinhaltenaktik mit Blick auf die erbetene Hilfe aus der DDR, die u.a. aus den bekannten Gründen nicht mehr geleistet werden konnte. Die Hoffnung auf die DDR zerschlug sich für die UdSSR erstaunlicherweise nicht mit der Maueröffnung, sondern erst viel später, im Sommer 1990, als der definitive Untergang der DDR bevorstand und die beiden deutschen Außenministerien mit einer Zusammenarbeit begonnen hatten. Die Verzögerung der Hilfen aus der Bundesrepublik hat maßgeblich dazu beigetragen, dass der sich Prozess der Entwurzelung der Deutschen ungehindert fortsetzte und der sich beschleunigenden Abwanderung zu einer Zeit nichts entgegengesetzt wurde, in der möglicherweise Signale, in der angestammten Heimat zu verbleiben, noch auf ein positives Echo gestoßen wären. Im Zeitraum 1989/90 verließen mehr als 170.000 Deutsche die UdSSR, was die Chancen für eine Wiederherstellung der Wolgarepublik massiv reduzierte.

⁹⁴⁰

zitiert nach: *Volk auf dem Weg*, 8-9/1989, S. 5

Die Effektivität der bundesdeutschen Hilfsmaßnahmen, die nicht vor Mitte 1991 zu greifen begannen, war damit von vornherein in Frage gestellt.

2.3.6 Reise des Parlamentarischen Staatssekretärs Waffenschmidt in die UdSSR. Konkrete Schritte der Zusammenarbeit

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, Dr. Horst Waffenschmidt, unterrichtete sich vom 3.-9. Juli 1989 in Moskau, Alma Ata und Pavlodar⁹⁴¹ über die Lage der Aussiedler. In seiner Erklärung vom 11. Juli 1989 zum Ergebnis seiner Reise teilte Waffenschmidt zu den Gesprächen mit Innenminister Bakatin und dessen Stellvertreter sowie mit den zuständigen Abteilungsleitern im Außenministerium und im ZK mit, es bestehe dort der "feste politische Wille" zur Verbesserung der Minderheitenrechte für die Sowjetbürger deutscher Nationalität. Dieser finde Ausdruck auch in entsprechenden Beschlüssen des neuen Volksdeputiertenkongresses von Ende Juni 1989 und in der Einsetzung einer Sonderkommission des Obersten Sowjets⁹⁴². "Innerstaatlich sind eine Reihe von Fragen zentral und mit beteiligten regionalen Stellen zu prüfen. Entscheidende Beschlüsse sollen alsbald gefällt werden."⁹⁴³ Waffenschmidt konstatierte als ein Ergebnis seiner Gespräche

die wachsende Erkenntnis in der UdSSR bei allen Beteiligten, dass nicht mehr viel Zeit bleibt, für die Deutschen ein klares Zeichen zu setzen, die auch künftig in der UdSSR leben würden, wenn es wieder mehr Minderheitenrechte und eine eigene Wolga-Republik gäbe.⁹⁴⁴

Über das Ende der Sowjetunion hinaus bestimmte das Leitmotiv, den Sowjetdeutschen sichtbare Signale der Hoffnung zu geben, die ihnen einen Verbleib in der UdSSR erleichtern sollten, die bundesdeutsche Politik. Die deutsche Hilfe beim Wiederaufbau der Wolgarepublik wurde in den folgenden Jahren zu einem zentralen Thema der bilateralen Beziehungen und mündete im Juli 1992 in einen bilateralen Vertrag. Gegenüber Bakatin hatte Waffenschmidt erstmals die Möglichkeit wirtschaftlicher und sozialer Hilfen aus der Bundesrepublik für ein wiederhergestelltes sowjetdeutsches Siedlungszentrum an der Wolga erwähnt. Bakatin warnte bei allem Verständnis und aller Sympathie für die deutschen Anliegen aber vor einer Rücksiedlung an die Wolga. Man könne einen Fluss nicht zweimal

⁹⁴¹ das soeben die Partnerschaft mit dem Bezirk Schwerin besiegelt hatte

⁹⁴² Kiselev-Kommission

⁹⁴³ *BPA-Bulletin* Nr. 74 vom 13.7.89, S. 649

⁹⁴⁴ *ibid.*

an derselben Stelle betreten, inzwischen seien neue Generationen aufgewachsen. Bestimmte Kreise an der Wolga hätten eine negative Einstellung gegenüber der Rückkehr der Sowjetdeutschen. Das sei das Haupthindernis. Darüber hinaus bestehe die große Gefahr einer Präzedenzwirkung für Ansprüche anderer Nationalitäten. Aus Sicht der Nationalitätenpolitik wäre der sowjetischen Regierung daher mit der Beibehaltung des *status quo* am meisten gedient. Im übrigen glaube er nicht, dass die Wiederherstellung einer Wolgarepublik einen erheblichen Rückgang der Auswanderung zur Folge haben würde: Die Bundesrepublik Deutschland sei die Bundesrepublik Deutschland, und die Wolga sei die Wolga⁹⁴⁵. Bakatin bestätigte damit in dem Gespräch, dass die sowjetische Führung zu einem frühen Zeitpunkt genau über den Widerstand an der Wolga auf dem laufenden war und einer Wiederherstellung der Wolgarepublik beträchtliche Reserven entgegenbrachte. Letztlich scheint sich die sowjetische Führung für das Festhalten am *status quo* entschieden zu haben. Waffenschmidt traf sich auch als erster deutscher Politiker mit Vertretern der "Wiedergeburt", des neuen Interessenverbandes der Deutschen der UdSSR. Waffenschmidt ging des weiteren über die Äußerungen des Bundeskanzlers im Deutschen Bundestag zur Wolgarepublik hinaus, machte sich die diesbezüglichen Forderungen der deutschen Minderheit zu eigen und brachte sie in seinen Gesprächen mit sowjetischen Politikern systematisch vor:

Ich habe mich bei allen Gesprächen nachdrücklich für die Wiederherstellung dieser Wolga-Republik eingesetzt, wie sie von den Sprechern der Deutschen in der UdSSR gewünscht wird. Zugleich wurde von mir unterstrichen, dass es sich um eine innere Angelegenheit der UdSSR handelt. Ich habe ferner betont, wenn diese Frage in der UdSSR entschieden sei, sollten beide Seiten im Rahmen ihrer guten Zusammenarbeit prüfen, inwieweit die Bundesrepublik Deutschland zum Aufbau dieser Wolga-Republik beitragen könne.⁹⁴⁶

In Kasachstan konnte Waffenschmidt ohne weitere Komplikationen durch Moskauer Stellen mit Vertretern des Obersten Sowjets und dem Innenminister der Republik sowie mit regionalen Verwaltungsstellen und Angehörigen der deutschen Minderheit selbst direkte Gespräche führen, über deren Lage und konkrete Hilfsmaßnahmen. Es

wurden die aktuellen Aufgaben erörtert, zum Beispiel in den Schulen, bei den Zeitungen, in kulturellen Einrichtungen.

Es wurde vereinbart, in den kommenden Monaten gemeinsam auf der Grundlage sowjetischer Vorschläge durch Experten zu prüfen, wo die Bundesrepublik

⁹⁴⁵ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 2669 vom 6.7.89, Pol 320.16
⁹⁴⁶ *BPA-Bulletin* Nr. 74 vom 13.7.89, S. 649

Deutschland im Blick auf kulturelle Aufgaben Hilfestellung geben kann, zum Beispiel in der Lehrerausbildung.⁹⁴⁷

In einer Ministervorlage kritisierte das zuständige Referat im Auswärtigen Amt den allzu optimistischen Tenor der Erklärungen Waffenschmidts und gab für die Wolgarepublik eine düstere Prognose ab, die sich leider bewahrheiten sollte. Das Referat wies zur Begründung auf die bekannte Tatsache hin, dass die sowjetische Führung die Maßnahmen zur Veränderung des Status und der Lage der Sowjetbürger deutscher Nationalität nicht als ein isoliertes Phänomen betrachtete. Änderungen in diesem Bereich müssten in die Gesamtkonzeption der Nationalitätenpolitik eingepasst sein, d.h. neue Probleme und Spannungen mit anderen Nationalitäten dürften dadurch nicht geschaffen werden. Daher wurde von folgender Haltung der sowjetischen Führung ausgegangen:

- Keine Umsiedlung von mehreren hunderttausend Deutschen an die Wolga (obgleich sich dies als Wiedergutmachung eines Unrechts begründen ließe), weil die dort lebende Bevölkerung die Rück-Umsiedlung ablehnt.
- Keine Umsiedlung an die Wolga, da dies zu einem Präzedenzfall führt, der eine Vielzahl gleichartiger Wanderungsbewegungen innerhalb der SU auslösen könnte.
- Keine Schaffung einer anderen territorialen Basis für die Deutschen in der SU, sofern sich in der betroffenen Region - nach Bevölkerungsverteilung und früheren Versuchen käme dafür nur Kasachstan infrage - Opposition gegen solche Absichten regt.⁹⁴⁸

Hinsichtlich der letzten Schlussfolgerung irrte das Auswärtige Amt, da 1991 sehr wohl autonome Territorien entstanden, alle in kompakten Siedlungsgebieten außerhalb Kasachstans und im Einklang mit der nicht-deutschen Bevölkerung.

Als Folge aus dieser Annahme ging das Auswärtige Amt davon aus, dass der Abwanderungswille sich verstärken werde:

Eine vollgültige 'Autonome Republik' an der Wolga oder in Kasachstan ist in hohem Maße und in vorhersehbaren Zeiträumen unwahrscheinlich. Dies wird den Deutschen in der SU sehr bald deutlich und als negatives Signal verstanden werden ... Wir müssen daher mit einer fortdauernden und massiven Umsiedlung von Deutschen aus der Sowjetunion zu uns rechnen.⁹⁴⁹

Tatsächlich stiegen die Ausreisezahlen von ca. 47.000 1989 auf 98.000 im Folgejahr, je fast 150.000 1991 und 1992 und danach auf über 200.000 pro Jahr.

⁹⁴⁷ ibid.

⁹⁴⁸ Vorlage vom 19.7.89, 213-321.39 SOW

⁹⁴⁹ ibid.

Der Entwurf vom 17. Juli 1989 für die Vorlage schloss weitsichtig: "Die Bundesregierung sollte sich darauf administrativ, finanziell und politisch einstellen." Trotz der Wertschätzung der Sowjetunion für die deutsche Minderheit als Arbeitsfaktor würde die massenhafte Emigration in die Bundesrepublik zwar nicht willkommen sein, aber zu vernachlässigen im Verhältnis zu der Zahl von Arbeitskräften, die im Zuge einer wirtschaftlichen Umstrukturierung freigesetzt werden müssten - Ministerpräsident Ryškov hatte von 10-15 Millionen Menschen gesprochen -, und den großen Problemen, die eine autonome Republik mit sich bringen würde.

Das Auswärtige Amt sah in seiner Analyse keine gravierenden Auswirkungen auf die sowjetische Innenpolitik bei begrenzten Zugeständnissen. Als Fazit für die deutsche Politik wurde formuliert:

- a) Eine begrenzte und im Vergleich zu heute erheblich verbesserte Autonomie der Sowjetbürger deutscher Nationalität im sprachlichen und kulturellen Bereich dürfte für die SU die Lösung sein, bei der sie ihnen "so viel wie notwendig, aber so wenig wie möglich" (und politisch und finanziell tragbar) gewährt. Hier läge auch der Ansatzpunkt für unsere Hilfe.
- b) Alle unsere Hilfen, kulturelle und - möglicherweise - wirtschaftliche, müssen so angelegt werden, dass sie "neutral" formuliert werden können und zwar in erster Linie, aber nicht nur für Deutsche gelten.

Dies Fazit wies sogar über den Meinungsbildungsprozess in der sowjetischen Führung hinaus, die zunächst noch das Konzept der Wiederherstellung der Autonomie an der Wolga verfolgte, bevor sie 1990 auf eine Autonomielösung ohne Territorium umschwenkte. Der hier skizzierte grundlegende Ansatz für deutsche Hilfe - Maßnahmen, die auch das nicht-deutsche Umfeld einbeziehen, um die Sowjetdeutschen zu integrieren und nicht durch Missgunst und Neid zu isolieren - wurde für die weitere deutsche Politik bestimmend.

Am 7. und 8. Oktober 1989 fand in Bonn unter der Schirmherrschaft des Bundeskanzlers ein "Kongress der Deutschen aus aller Welt" statt, Veranstalter war der VDA. Erstmals, und dies dokumentiert auch die Veränderungen, die durch die *Perestrojka* in der UdSSR erreicht worden waren, durften auch zwölf führende Persönlichkeiten der Sowjetdeutschen teilnehmen, unter ihnen Hugo Wormsbecher, Konstantin Ehrlich, Jakob Fischer, Leo Rack, Woldemar Weber und Johannes Windholz⁹⁵⁰ (Vindgol'c) sowie der Russe Vladimir Černyšev, Chefredakteur des *Neuen Leben* sowie von der sowjetischen Regierung benannte Vertreter.

⁹⁵⁰

bekannt durch seine Sammlung von sowjetdeutschen Volksliedern

Die Wolgarepublik stand im Mittelpunkt der Debatte, die auch in der UdSSR Beachtung fand⁹⁵¹. Während Wormsbecher in seiner Rede die Bedingungen für eine Autonomie aufzählte, beurteilte Černyšev die Aussichten für die Wolgarepublik deutlich zurückhaltender: "Es hat sich herausgestellt, dass die Wiederherstellung der Autonomie an der Wolga nicht so einfach ist, wie wir es uns vorgestellt haben"⁹⁵². Er plädierte dafür, zumindest mit der Bildung nationaler Rayons schnell zu beginnen.

Der Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Witte, und der Ausiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Waffenschmidt, sicherten den Sowjetdeutschen die Bereitschaft der Bundesregierung zu umfangreichen Hilfen zu deren Kulturerhalt in der Sowjetunion und bei der Wiederherstellung der Wolgarepublik zu, ebenso Bundesminister Hans Klein. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Sperling betonte das bundesdeutsche Interesse an einer Lösung für die Sowjetdeutschen innerhalb der UdSSR angesichts von bis zu 2000 Übersiedlern täglich aus der DDR und zehntausenden Rumänien-Deutschen auf gepackten Koffern⁹⁵³.

Im Vorfeld des Moskau-Besuches von Bundesaußenminister Genscher vom 4.-5. Dezember 1989 gab es zu der angestrebten systematischen kulturellen Unterstützung der Sowjetdeutschen auf der Basis einer bilateralen deutsch-sowjetischen Vereinbarung eine neue Entwicklung, nachdem die Thematik zweimal in der "Humanitären Arbeitsgruppe" und in der "Gemischten Kulturkommission" angesprochen worden war. Anlässlich der Sitzung der deutsch-sowjetischen "Gemischten Kulturkommission" vom 13.-16. November 1989 in Bonn hatte der sowjetische Delegationsleiter Kupcev dem Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, Witte, grundsätzlich zugesagt, "zu gegebener Zeit" eine Expertenkommission über ein Förderprogramm verhandeln zu lassen. Die Deutsche Seite rechnete mit einem Beginn dieser Gespräche im Frühjahr 1990⁹⁵⁴. Mittlerweile war die Mauer zwischen beiden deutschen Staaten gefallen und der Oberste Sowjet hatte eine Deklaration zur Rehabilitierung u.a. der Sowjetdeutschen verabschiedet, was auf der Sitzung aber nicht thematisiert wurde.

In der Zwischenzeit konzentrierte sich das Engagement der Bundesregierung auf pragmatische Unterstützung in kulturellen Einzelfällen. Anlässlich der Reise von Bundesaußenminister Genscher wurden nach Absprache mit Vizeaußenminister Julij Kvi-

⁹⁵¹ vgl. u.a. *Echo planety*, Nr. 8 (99), 17.-23.2.90, Aleksej Grigor'ev, "V poiskach utračennoj rodiny", S. 25-33, S. 32; *Neues Leben*, 15.11.89, S. 3

⁹⁵² zitiert nach: *Volk auf dem Weg*, 11/1989, S. 2

⁹⁵³ *Echo planety*, Nr. 8 (99), 17.-23.2.90, Aleksej Grigor'ev, "V poiskach utračennoj rodiny", S. 25-33, S. 32

⁹⁵⁴ vgl. Sachstand 213 vom 29.11.89

cinskij⁹⁵⁵ am 5. Dezember 1989 Bibliotheksspenden in Höhe von DM 50.000,- an das Pädagogische Institut in Celinograd - das umliegende Gebiet wies zu der Zeit den prozentual stärksten deutschen Bevölkerungsanteil der UdSSR auf - und an das offiziell registrierte deutsche Kulturzentrum in Alma Ata übergeben (pädagogische Fachliteratur und klassische deutsche Literatur). Celinograd war von der sowjetischen Seite ins Spiel gebracht worden. Hintergrund war vermutlich, dass Moskau die Geste an ein nicht ausschließlich deutsch dominiertes Institut leichter akzeptieren konnte. Die Schenkung an zwei Institutionen erwies sich als Kompromiss⁹⁵⁶. Die offizielle Übergabe erfolgte zunächst symbolisch in Form von zwei Schenkungsurkunden in der Residenz des deutschen Botschafters durch Ministerialdirektor Witte in Gegenwart der Vorstandsmitglieder der "Wiedergeburt" Groth, Wormsbecher und Ehrlich. Bundesaußenminister Genscher war durch ein unvorhergesehenes Gespräch mit Politbüro-Mitglied Jakovlev verhindert. Sowjetische Offizielle nahmen trotz Einladung an der Übergabe nicht teil.

2.3.7 4. Sitzung der "Humanitären Arbeitsgruppe"

Am Rande des Genscher-Besuches fand am 4. Dezember 1989 in Moskau die vierte Sitzung der "Humanitären Arbeitsgruppe" in einem freundlichen und vertrauensvollen Arbeitsklima statt. Die sowjetische Delegation ging auf sämtliche deutschen Anliegen ein. Das Ergebnis wurde in einem abgestimmten Bericht an beide Außenminister festgehalten und in deren Anwesenheit diskutiert. Die sowjetische Seite nutzte diese Gelegenheit, um ihrerseits auf Besorgnisse aufmerksam zu machen, insbesondere darüber, dass Aussiedlern in Deutschland ein Wohnsitz zugewiesen werde und sie angeblich zum Verzicht auf die sowjetische Staatsbürgerschaft gedrängt würden. Außenminister Ševardnadze äußerte auf Erläuterungen Genschers die Hoffnung, dass es die Bundesrepublik ermöglichen werde, Aussiedler geschlossen oder in größeren Gruppen anzusiedeln, um so Gefühlen der Entfremdung und des Identitätsverlustes vorzubeugen.

Der sowjetische Delegationsleiter in der "Humanitären Arbeitsgruppe", Prof. Dr. Jurij Režetov, kündigte erneut einige Gesetzesvorhaben an, mit denen der Versuch unternommen werde, eine Gesellschaftsordnung zu schaffen, in der der Mensch ökonomisch und politisch frei sei. So werde an dem Gesetzentwurf zur Gewissensfreiheit und zu religiösen Vereinigungen⁹⁵⁷ gearbeitet - dieses Gesetz war bilateral bereits in der "Humanitären

⁹⁵⁵ Kvicinskij verlor nach dem Putsch im August 1991 seinen Posten als stellvertretender Außenminister, vgl. *Frankfurter Allgemeine*, 11.9.91

⁹⁵⁶ vgl. *Zuschrift an Ref. 605* vom 15.11.89, 213-321.39; über die Übergabe berichtet die *Freundschaft*, 14.12.89, S. 2

⁹⁵⁷ in Kraft am 9.10.90

Arbeitsgruppe" vom September 1988 angekündigt worden -, die Rolle der Kommunistischen Partei werde durch Änderung oder gar Streichung von Artikel 6 der sowjetischen Verfassung neu definiert. Darüber hinaus trete in Kürze das neugefasste Gesetz über Ein- und Ausreisen in Kraft, das Auslandsreisen ohne Einladung ermögliche⁹⁵⁸. Über die Ausreise von Geheimnisträgern - bei Sowjetdeutschen früher nicht selten als Vorwand genutzt, um die Emigration zu verhindern - entscheide zukünftig eine "Kommission zu Fragen der Bürgerschaft". Die Ausreise könne aber höchstens bis zu 5 Jahren nach Wegfall der Geheimverpflichtung verzögert werden. Langfristig würde auch hier die international übliche Lösung von Problemfällen auf dem Rechtsweg angestrebt.

Die dilatorische Behandlung der deutschen *shopping list* setzte Režetov fort: Das deutsche Angebot zu kulturellen und religiösen Hilfeleistungen sowie zu gemeinsamen Überlegungen über wirtschaftliche Hilfen, das das Auswärtige Amt bekräftigte, werde weiter verfolgt.

Zu den politischen Perspektiven hinsichtlich der Situation der Sowjetdeutschen gewährte Režetov für die seinerzeitigen Verhältnisse bemerkenswerte Einblicke in die Bereitschaft der sowjetischen Seite, ihre Politik gegenüber dieser Minderheit neu zu formulieren und eine Wende einzuleiten. Die Wiederherstellung der Rechte der Sowjetdeutschen sei im Obersten Sowjet diskutiert worden, teilte Režetov mit, und mit einer Veröffentlichung eines Beschlusses in der nächsten Zeit zu rechnen. Es zeichne sich eine Mehrheit der Abgeordneten für eine autonome Republik ab, weniger würden für einen autonomen Rayon eintreten. Es sei genug Land vorhanden, um die Interessen der Deutschen zu befriedigen. Das neue Gebilde müsse jedoch von allen Beteiligten gebilligt werden und von ihm Impulse für die Wirtschaft und einen höheren Lebensstandard ausgehen. Der Oberste Sowjet sei sich einig, dass das autonome Gebiet Rechte erhalten werde, die an die einer Unionsrepublik heranreichen, wie kulturelle und wirtschaftliche Eigenständigkeit⁹⁵⁹. Režetovs Ausführungen vom 4. Dezember 1989 sind besonders aufschlussreich im Hinblick auf die mangelnde Transparenz sowjetischer Politik, von der in jenen Tagen Ende 1989 gerade die Sowjetdeutschen besonders betroffen waren, aber ebenso bezüglich der fehlenden Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen sowjetischen Institutionen und Ministerien: Sie erfolgten nach der Veröffentlichung des Beschlusses des Obersten Sowjets vom 28. November 1989 zum Bericht der Kiselev-Kommission. Der Umschwung in der fast vorbehaltlosen pro-deutschen Politik war bereits eingetreten und die geschilderten Perspektiven nicht mehr real.

⁹⁵⁸ Im Rahmen des stufenweisen Inkrafttretens des Gesetzes fielen am 1.7.91 die Beschränkungen für die Ausreise von Aussiedlern weg, für jedermann sollte das Gesetz zum 1.1.93 gelten, was jedoch nicht verwirklicht wurde.
⁹⁵⁹ vgl. Vorlage 513-321.00 SOW SB vom 12.12.89

Das Jahresende 1989 stellte gleichsam den Höhepunkt, aber auch die Wende in der Bereitschaft der politischen Klasse der Sowjetunion dar, mit dem nationalitätenpolitischen Erbe der Stalinzeit endgültig aufzuräumen und die Sowjetdeutschen als die letzten Opfer der Repressionen zu rehabilitieren und Wiedergutmachung zu leisten. Die Sowjetdeutschen, die schon 1941 mit dem damaligen Kriegsgegner Deutschland assoziiert und unter dieser nachweislich falschen Anschuldigung deportiert worden waren, wurden, ohne es zu ahnen, ein weiteres Mal zu Benachteiligten des deutsch-sowjetischen Verhältnisses. Nicht nur, dass wertvolle Zeit verloren wurde, während die UdSSR sich vergeblich bemühte, die DDR zu effektiven Maßnahmen zu animieren und die Bundesrepublik davon fernzuhalten, die Vorbehalte in der sowjetischen Gesellschaft gegen die Bundesrepublik wuchsen erneut in dem Maße, wie die DDR sich auflöste. Wenn auch nationalitätenpolitische Gründe, d.h. die zunehmenden blutigen Konflikte und nationalitätenpolitischen Zentrifugalkräfte, allem Anschein nach letztlich ausschlaggebend dafür waren, dass den Deutschen die Wiederherstellung der Wolgarepublik versagt blieb, dürfte der Untergang des Verbündeten DDR dazu beigetragen haben, im weiteren praktische Maßnahmen zur Rehabilitierung und Entschädigung der Sowjetdeutschen aus Furcht vor fehlender öffentlicher Akzeptanz noch weiter zu verzögern - bis die Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit des Zentrums, der Unionsregierung, nicht mehr ausreichte, um eine Autonomie an der Wolga zu installieren. Die antideutsche Stimmung in der sowjetischen Führung und Bevölkerung wurde von der Deutschen Botschaft aufmerksam registriert⁹⁶⁰.

⁹⁶⁰

vgl. u.a. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1646 vom 25.4.90; ein Rück-Umschwung in der Stimmung der Bevölkerung trat erst mit dem Einsetzen der massiven deutschen Sowjetunionhilfe 1990/91 ein.

2.4 Die deutsche Minderheit im multilateralen Kontext seit 1988

Die veränderten politischen Gegebenheiten erlaubten es der Bundesregierung, bilateral für die Sowjetdeutschen mit zunehmendem Erfolg einzutreten. Wie gezeigt, ermöglichte und erforderte das neue globale Umfeld eine Akzentverschiebung von einer Politik des Eintretens für eine freie Ausreise hin zur Forderung von Minderheitenrechten für die Deutschen in der Sowjetunion. Diese bilateralen Bemühungen wurden von der Bundesregierung multilateral flankiert mit dem Ziel der Festschreibung von Rechten ethnischer Minderheiten und der Schaffung verbindlicher Regeln zum Umgang des Staates mit den Angehörigen dieser Minoritäten und internationaler Kontrollmechanismen.

Die Minderheitenfrage gehört international zu den schwierigsten Themen. Die meisten Staaten - kaum einer besitzt keine Minderheit im eigenen Lande - fürchten die Sprengkraft der Forderung nach freier Selbstbestimmung, die aus einer Diskussion über Minderheiten kaum auszuklammern ist. Dementsprechend zurückhaltend reagieren diese Länder auf jeden Versuch, Rechte für Minderheiten zu konkretisieren. Auch bei den engsten Partnern der Bundesrepublik bestehen Vorbehalte gegen die Schaffung eines völkerrechtlichen Instrumentariums, das zu einer internationalen Diskussion sensibler interner Fragen führen könnte, so des Nord-Irland-Konfliktes oder der Basken-Problematik. Darüber hinaus enthielt die Materie immer allianz- bzw. blockinterne kontroverse Materien wie z.B. das Verhältnis Rumänien-Ungarn oder Griechenland-Türkei.

Auch für die Bundesrepublik selbst wurde die Thematisierung der Minderheitenfrage auf internationalen Foren zunehmend problematischer: Das in Deutschland vorherrschende Verständnis von "Minderheit" als einer Minderheit, die aber die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, stammt aus einer Zeit, als die Menschen sesshaft blieben, während Grenzen sich veränderten. Eine solche Definition ist aber nur für Teilbereiche der zu lösenden Fragen geeignet (Typ dänische Minderheit in Schleswig-Holstein) und klammert große Gruppen von fremden Staatsangehörigen oder Staatenlosen (Gastarbeiter, Flüchtlinge, Asylanten) aus, die sogenannten "neuen Minderheiten". Jedes Engagement für Minderheiten in anderen Ländern birgt daher die Gefahr, umgekehrt die Frage zu provozieren, was in Deutschland für "Minderheiten" getan werde, z.B. hinsichtlich der Einrichtung von fremdsprachlichen Schulen, Gebetsstätten oder der Einräumung von politischen Mitwirkungsrechten. Die Diskussionen um Wanderarbeitnehmer auf dem Genfer Expertentreffen über nationale Minderheiten oder zuvor die Beiträge Mexikos im Rahmen der UN-Arbeitsgruppe zielten in diese Richtung. Dementsprechend empfiehlt sich im Bereich des internationalen Minderheitenschutzes auch für die Bundesregierung Zurückhaltung.

Die Forderung an die Sowjetunion, der deutschen Minderheit gewisse Rechte einzuräumen, kollidierte zunächst mit deren Selbstverständnis als Vielvölkerstaat, in dem keines der Völker die Staatsnation bildete. Ohne eine solche Mehrheit waren auch keine Minderheiten denkbar, lediglich Nationalitäten. Nach der verfassungsrechtlichen Ordnung der Sowjetunion war die Nationalitätenfrage ausschließlich auf Grundlage des Territorialprinzips zu lösen - mit den bekannten Konsequenzen in der Rechtsstellung der Nationalitäten ohne eigenes Territorium. Insofern war es als bedeutender Fortschritt im Sinne der Annäherung des Verständnisses von Ost und West zu werten, dass die sich auflösende UdSSR den Minderheitenbegriff im Juli 1991 auf dem Genfer Expertentreffen über nationale Minderheiten seit den 20er Jahren erstmals wieder auf sich selbst anwandte. Mit dem Gesetz zu den Angehörigen von Nationalitäten ohne eigenes Gebiet bzw. die außerhalb ihres Gebietes leben, hatte die UdSSR etwas mehr als ein Jahr zuvor eine fundamentale Wende in ihrer Nationalitätenpolitik vollzogen.

Im Gegensatz zur allen anderen internationalen Organisationen konnte im Rahmen der KSZE Konsens über eine Reihe von Erklärungen zum Schutz von Minderheiten erzielt werden, die konkrete Mechanismen enthalten.

Anfang 1989, nach mehr als zweijährigen Verhandlungen, ging die 3. Folgekonferenz der KSZE-Staaten in Wien mit einer dreitägigen Abschlussitzung der Außenminister zu Ende. Am 15. Januar 1989 nahmen sie ein mehr als 100 Seiten umfassendes Schlussdokument an, mit dem - unter inzwischen grundlegend veränderten Bedingungen in den internationalen Beziehungen - die bestehenden Rechte von Minderheiten bestätigt und weiter gestärkt werden konnten. Im Gegensatz zur Schlussakte von Helsinki verständigten sich die Teilnehmerstaaten auf ein aktives Handeln zugunsten nationaler Minderheiten, zur Schaffung von Bedingungen zur Förderung von deren Identität⁹⁶¹. Auch in den Bereichen Freizügigkeit und Reiseverkehr konnten neue Berufungsgrundlagen insbesondere für administrative Erleichterungen geschaffen werden. Im grenzüberschreitenden Besucherverkehr waren die Staaten aufgefordert, Möglichkeiten für eine schrittweise Herabsetzung und schließlich Abschaffung aller etwaigen Erfordernisse an Reisende, die Landeswährung über tatsächliche Ausgaben hinaus zu erwerben, in Erwägung zu ziehen (Zwangsumtausch) und dabei den Personen den Vorrang zu geben, die zum Zweck von Familienbegegnungen reisen. Die Teilnehmerstaaten vereinbarten mit dem Abschließenden Dokument des Wiener Nachfolgetreffens als Regelfall das Recht eines jeden auf Freizügigkeit und freie Wahl des

⁹⁶¹ vgl. insbesondere Prinzipien 18 und 19, die Passagen zu Menschlichen Kontakten (Ziffer 31 und 32), zur Kultur (Ziffer 59) und zur Bildung (Ziffer 68)

Aufenthaltsortes innerhalb der Grenzen eines jeden Staates und auf Ausreise aus jedem Land, darunter auch seinem eigenen, und auf uneingeschränkte Rückkehr in sein Land. Im Bereich der Menschenrechte ging das Dokument detailliert auf die Religionsfreiheit, die Rechte von Glaubensgemeinschaften und von nationalen Minderheiten ein.

Ein dreistufiger Konsultations- und Überprüfungsmechanismus zur Wahrung der Menschenrechtsvereinbarungen gab den Teilnehmerstaaten das Recht, Problemfälle im Kreise der 35 Mitglieder der KSZE oder auf einer der drei vorgesehenen Menschenrechtskonferenzen zur Sprache zu bringen.

Zur "menschlichen Dimension", einem in Wien geprägten, neuen Begriff, wurden drei spezielle KSZE-Treffen vereinbart, eine Abwandlung der von Außenminister Ševardnadze am 5. November 1986 vor den UN ausgesprochenen Einladung nach Moskau zu einem dreimonatigen Treffen zu den Menschenrechten: 30.5.-23.6.89 in Paris, 5.-29.6.90 in Kopenhagen und 10.9.-4.10.91 in Moskau.

Das Treffen von Paris fand kurz vor dem Nationalitätenplenum des ZK der KPdSU statt, so dass seitens der UdSSR Entscheidungen über die Richtung der eigenen Nationalitätenpolitik noch nicht getroffen waren. Andererseits war das Auswärtige Amt mit der UdSSR über Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Sowjetdeutschen erst seit September 1988 in der "Humanitären Arbeitsgruppe" konkret im Gespräch, ohne dass die deutsche Seite über erste Angebote hinausgekommen war. Insofern bestand im Auswärtigen Amt größte Zurückhaltung, der UdSSR in der Frage der Sowjetdeutschen in der Öffentlichkeit zu "fordernd" gegenüberzutreten⁹⁶². Das Treffen endete ohne eine spezielle Abschlusserklärung.

Der Durchbruch zu den Minderheiten konnte mit dem Dokument des Kopenhagener Treffens⁹⁶³ vom 29. Juni 1990 erzielt werden. In Teil II. enthält das Dokument u.a. das Recht eines jeden auf freie Ausreise und in Teil IV., die Grundlage für den Minderheitenschutz der KSZE, einen Katalog von Minderheitenrechten und Pflichten des jeweiligen Staates, für den Schutz, den Kultur- und Spracherhalt etc. seiner Minderheiten Sorge zu tragen, der weit über alle früheren internationalen Texte hinausging und auch über das, was die Sowjetunion im Juni 1990 den Sowjetdeutschen zuzugestehen Bereitschaft zeigte. Folgende Regeln verdienen besondere Hervorhebung: das minderheitenspezifische Diskriminierungsverbot, das Recht auf Gebrauch der Muttersprache, das Recht auf eigene Bildungs-, Kultur- und Religionseinrichtungen, die Religionsbekenntnis- und -ausübungsfreiheit, die

⁹⁶² vgl. *Zuschrift* 213-341.84 SOW vom 10.5.89

⁹⁶³ *BPA-Bulletin* Nr. 88 vom 4.7.90

Organisationsfreiheit, die Möglichkeit positiver Förderungsmaßnahmen, die Zusage, sich um Unterricht der Muttersprache, in der Muttersprache sowie deren Gebrauch bei Behörden zu bemühen, das Recht zur Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten. Darüber hinaus sieht Ziffer 35 vor, dass die Staaten zur Erreichung der Ziele "geeignete lokale oder autonome Verwaltungen einrichten, die den spezifischen historischen und territorialen Gegebenheiten dieser Minderheit Rechnung tragen und im Einklang mit der Politik des betreffenden Staates stehen."⁹⁶⁴

Auf einem Sondergipfel der KSZE-Staats- und Regierungschefs in Paris vom 19.-21. November 1990 wurde die "Charta von Paris für ein neues Europa"⁹⁶⁵ verabschiedet, in der sich die Teilnehmerstaaten zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie zur Achtung der Menschenrechte verpflichteten. Zu den nationalen Minderheiten bekräftigten die Teilnehmer,

dass die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität ... Schutz genießen muss und dass Angehörige nationaler Minderheiten das Recht haben, diese Identität ohne jegliche Diskriminierung und in voller Gleichheit vor dem Gesetz frei zum Ausdruck zu bringen, zu wahren und weiterzuentwickeln. Wir werden gewährleisten, dass dem einzelnen wirksame innerstaatliche wie internationale Rechtsmittel gegen jede Verletzung seiner Rechte zur Verfügung stehen.⁹⁶⁶

In Paris vereinbarten die Staats- und Regierungschefs ein in Kopenhagen von der Schweiz angeregtes spezielles Treffen in Genf zu Minderheiten⁹⁶⁷. Auf diesem KSZE-Expertentreffen über nationale Minderheiten in Genf vom 1.-19. Juli 1991, seit der Zwischenkriegszeit der ersten internationalen Tagung in Europa ausschließlich zu Minderheiten, war es die Sowjetunion, die bei zeitweiliger Präsenz des Vorsitzenden des Nationalitätenrates der RFSFR, Abdulatipov, im Gegensatz zu einigen anderen Staaten den Fortgang der Verhandlungen unterstützte und konstruktiv mitarbeitete. Ausgehend vom Kopenhagener Dokument trat sie bei zwar insgesamt relativ niedrigem Profil doch mit Menschenrechts- und KSZE-freundlichen Positionen für dessen substantielle Weiterentwicklung, d.h. für humanitäre und rechtliche Verbesserungen, ein. Die UdSSR verlangte die Schaffung von Normen des Minderheitenschutzes auf internationaler, bilateraler und nationaler Ebene. Auf der Grundlage der Freiwilligkeit zeigte die UdSSR sogar Bereitschaft zu einem Beobachter- und Berichtssystem zur Lage der Minderheiten sowie einen Konfliktbeilegungsmechanismus im Rahmen der KSZE. Auf dem bevorstehenden 3. Treffen zur "menschlichen Dimension"

⁹⁶⁴ ibid. S. 766

⁹⁶⁵ *BPA-Bulletin* Nr. 137 vom 24.11.90

⁹⁶⁶ ibid. S. 1410

⁹⁶⁷ ibid. S. 1421

in Moskau solle weiter darüber verhandelt werden. Allerdings verweigerte die UdSSR - im Gegensatz zu ihrer Haltung nach dem Putsch - die Annahme verbindlicher Überprüfungsverfahren.

Die Miteinbringung des EG-Vorschlags für ein Abschlussdokument⁹⁶⁸ unterstreicht die Öffnung der UdSSR gegenüber Europa. Darüber hinaus anerkannte sie weitere Kontrollmechanismen für Menschenrechte und hob noch bestehende Vorbehalte u.a. zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte auf. Den Demokratisierungsprozess in ihrem Lande erklärte sie für unumkehrbar.

Selbstkritik äußerte die UdSSR an der Lage ihrer ca. 200 Nationalitäten und 50 offenen Konfliktsituationen, die auf willkürliche Grenzziehungen, jahrzehntelange Leugnung der Minderheitenkonflikte, auf Völkermord und Verschleppung sowie auf überstürzte Handlungen der Unionsrepubliken zurückzuführen seien. Ein Rezept zur Lösung dieser Konflikte bestehe nicht, es gebe lediglich den Weg des gewaltfreien Dialogs, an dem die Organisationen der Minderheiten beteiligt werden.

Zu den Deutschen in der Sowjetunion sagte Abdulatipov: "Wir tun unser Bestes, ihnen ihre Rechte zurückzugewähren. Wir stehen im Gespräch mit der deutschen Regierung und hoffen, zu einem positiven Ergebnis zu kommen"⁹⁶⁹.

Im Zuge der Entwicklung der ehemaligen Sowjetrepubliken zu selbständigen Staaten wurde der klassische Minderheitenbegriff anwendbar. Folgerichtig wurde er von der sowjetischen Delegation auf dem Genfer Expertentreffen erstmals wieder benutzt. Verschiedene Sprecher (u. a. je ein Kasache, Weißrusse und Ukrainer) wiesen darauf hin, dass in Kasachstan selbst die Titularnation in der Minderheit sei, sowie auf das Problem der russischen Minderheit in den baltischen Republiken.

Das Moskauer Treffen zur "menschlichen Dimension", das in einem untergehenden Staat stattfand, brachte zwar keine neuen Bestimmungen zum Minderheitenschutz, es ist aber für die praktische Anwendung der KSZE-Prinzipien von großer Bedeutung. Das Schlussdokument entzieht bestimmte Minderheitenfragen dem Einwand der unzulässigen Einmischung in innere Angelegenheiten. Die Teilnehmerstaaten verständigten sich auf Kontrollmechanismen, u.a. der Entsendung von Berichterstatter-Delegationen auf Einladung oder z.T. sogar gegen den Willen eines Mitgliedstaates. Signalwirkung kam dem Moskauer Treffen auch insofern zu, als zu Beginn die drei baltischen Staaten in die KSZE aufgenommen wurden. Erst danach eröffnete Gorbachev die Konferenz.

⁹⁶⁸ veröffentlicht in *BPA-Bulletin* Nr. 109 vom 10.10.91, S. 864-8
⁹⁶⁹ Vorlage 213-342.00 vom 26.7.91

Der KSZE-Folgekonferenz von Helsinki vom 24.3.-10.7.92 gelang es, im Rahmen eines neuen Regelwerks auch die Institution eines KSZE-Hochkommissars für nationale Minderheiten zu schaffen, der frühzeitig Spannungen zwischen Minoritäten erkennen und ihnen vorbeugen soll. Ende 1992 wurde ein Niederländer, Max van der Stoel, zum ersten Hochkommissar ernannt.

Angesichts der positiven Entwicklung des bilateralen Verhältnisses zwischen Deutschland und der Sowjetunion auf dem Hintergrund der Entspannung im internationalen Bereich zwischen beiden Blöcken war es inzwischen einfacher und wirkungsvoller, in direkten Gesprächen mit der UdSSR Verbesserungen zugunsten der Sowjetdeutschen anzustreben - ohne allerdings auf die multilateralen Bemühungen zu verzichten. Staatsminister Schäfer brachte diese veränderte Haltung der Bundesregierung am 15. Februar 1990 in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage zum Ausdruck:

Die Bundesregierung ... bekennt sich zum Minderheitenschutz, wie er unter maßgeblicher Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland auch in der KSZE-Schlussakte festgeschrieben ist. Wie die berechtigten Anliegen von Minderheiten allgemein wird die Bundesregierung die Anliegen der Deutschen in der Sowjetunion wie bereits in der Vergangenheit im KSZE-Rahmen unterstützen. Vorrangig wird die Bundesregierung jedoch die bilaterale Zusammenarbeit mit der sowjetischen Führung nutzen, zu einer Verbesserung der Lage der Deutschen beizutragen.⁹⁷⁰

Dass sich umgekehrt die "Wiedergeburt" mit Appellen an die Vereinten Nationen wandte, um der Durchsetzung ihrer Interessen Nachdruck zu verleihen, hielt die Bundesregierung für eher kontraproduktiv. So sagte Staatsminister Schäfer am selben Tag auf die Anfrage des Abgeordneten Jäger,

dass wir [die BReg] eine andere Verfahrensweise für glücklicher halten, nämlich die bilateralen Verhandlungen mit der Sowjetunion und nicht Proteste bei den Vereinten Nationen, die die Lage eher verschlechtern könnten. Ich bitte Sie herzlich, da Sie enge Verbindungen zu dieser Organisation haben, darauf hinzuwirken, dass diese Organisation ihre Möglichkeiten in der Sowjetunion gemeinsam mit uns ausnutzt, statt in die Öffentlichkeit zu gehen, was ihre Situation eher verschlechtert.⁹⁷¹

⁹⁷⁰ *PIPr.* 11/90, S. 15160

⁹⁷¹ *ibid.*

Kasachstan und Kirgistan, die beiden anderen Republiken mit einem hohen Anteil an Deutschen im Lande, versicherten nach der Auflösung der UdSSR mit Schreiben ihrer Außenminister vom 29. Januar 1992 an den seinerzeit amtierenden Vorsitzenden des KSZE-Ministerrats, Jiri Dienstbier, die Übernahme aller in den bisherigen KSZE-Dokumenten enthaltenen "Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten in ihrer Gesamtheit" und erklärten "ihre Entschlossenheit, in Übereinstimmung mit deren Bestimmungen zu handeln."⁹⁷²

Die Bundesregierung bemühte sich auch im Rahmen der anderen internationalen Organisationen um Ausbau und Sicherung der Rechte von Minderheiten, insbesondere der deutscher Nationalität, so, wie beschrieben, im Europarat oder in den Vereinten Nationen. Auf dem Hintergrund des Jugoslawien-Konfliktes und der zunehmenden kriegerischen Auseinandersetzungen im Kaukasus einerseits und der tendenziellen Erweiterung des Minderheitenbegriffes auf Flüchtlinge, Staatenlose und Wanderarbeiter sank die Bereitschaft der Staaten, darunter auch der Bundesrepublik, zu weiteren Verhandlungen und substantiellen Zugeständnissen.

Für die hier interessierenden Sowjetdeutschen konnte die Bundesrepublik mit dem Ende der UdSSR und dem Beginn der direkten Verhandlungen mit Russland über die Zukunft dieser Minderheit auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR auf bilateralem Wege mehr und Konkreteres erreichen als über die multilaterale Schiene.

⁹⁷²

Die (englischsprachigen) Briefe von T. Suleimenov und M. Imanaliev liegen dem Verfasser vor.

2.5 Fazit 1988-1990

Nach dem jahrzehntelangen Schweigen der sowjetischen Medien zu den Sowjetdeutschen brachte der hier zu betrachtende Zeitraum die Trendwende in der Berichterstattung. Mit Beginn des Jahres 1988 wurden Einzelheiten zum Schicksal der deutschen Minderheit in Russland und in der UdSSR erstmals bekannt, setzte in den Medien die innersowjetische, öffentliche Diskussion zur aktuellen Lage und Rehabilitierung der Sowjetdeutschen ein. Die Deutschen selbst begannen, ihre Anliegen zunächst in der sowjetdeutschen Presse vorzubringen. Andere Zeitungen widmeten sich der Berichterstattung zu dieser vergessenen Minderheit und gaben Persönlichkeiten wie Wormsbecher Gelegenheit, zu den Deutschen zu publizieren.

Konsequent knüpften die Deutschen in einem nächsten Schritt inhaltlich und auch personell an die Delegationsbewegung von 1965 an und organisierten weitere drei *Demarchen* in der sowjetischen Hauptstadt. Dieser symbolische Akt der Anknüpfung an die Vergangenheit unterstreicht nicht nur die Kontinuität der deutschen Forderungen, sondern weist gleichzeitig auf die vergeudeten 23 Jahre hin, in denen es weder eine Rehabilitierung, noch substantielle Maßnahmen gab, die die Deutschen mit ihrem Staat hätten versöhnen können.

Der vielversprechende, hoffnungsvolle deutsche Neuaufbruch des Jahres 1988 zeigt einmal mehr den Optimismus und die Geduld dieser Minderheit sowie ihre noch immer grundsätzlich positive Haltung zur UdSSR und die seinerzeit bestehende Bereitschaft zu einer Lösung in und mit der UdSSR - trotz aller Ungerechtigkeiten und Brutalität des sowjetischen Staates und seiner unvorstellbaren Grausamkeiten, die in jeder Familie Opfer gefordert hatten.

Die wichtigste Voraussetzung für die erfolgreiche Vertretung der sowjetdeutschen Interessen gelang mit der Gründung der unionsweiten Gesellschaft der Deutschen "Wiedergeburt" im März 1989, die in der sowjetischen Führung grundsätzlich positiv aufgenommen wurde, da dort die Erwartung bestand, mit der Organisation einen Gesprächs- und Verhandlungspartner zu konkreten Maßnahmen zugunsten der deutschen Minderheit zu bekommen.

Gleichzeitig setzte an der Wolga der Widerstand von oben ein. Veröffentlichungen wie der Aufruf der Gründungsversammlung der "Wiedergeburt" an die Bevölkerung im Wolgagebiet wurden unterbunden. Der Erfolg der antideutschen Propaganda von Kalašnikov und anderen Parteivertretern des Saratover Gebiets beruhte auf der seit Stalin verfehlten sowjetischen Informationspolitik, d.h. dem Schweigen zu den Deutschen: Ihre (Teil-) Rehabilitierungen waren der sowjetischen Öffentlichkeit unbekannt, die 1941 angedichtete Schuld der angeblichen Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Deutschland, der Vorwurf der "Fünften Kolonne", war nicht getilgt. Im Bewusstsein der Sowjetbürger galten die Deutschen weiterhin als "Faschisten" und als zu Recht deportierte einstige "Volksfeinde" - wenn denn

überhaupt etwas über Herkunft und Geschichte dieser Minderheit bekannt war. Dieses Informationsdefizit hatte für die Deutschen fatale Folgen: Wie die tragischen Ereignisse von Ermentau 1979 war auch die Verhinderung der deutschen Rückkehr an die Wolga zum wesentlichen Teil direkte Folge der Desinformationspolitik der sowjetischen Führung. Diese ungute Tradition wurde von der sowjetischen Führung unter Gorbatschow selbst Ende 1989 noch ungebrochen fortgesetzt: Die Auseinandersetzungen um den mageren Rehabilitierungsbeschluss des Obersten Sowjets vom 14. November 1989 und sein Beschluss zu den Deutschen vom 28. November 1989 sowie der Bericht der Kiselev-Kommission oder die weiteren Schritte in der Voronin-Kommission blieben in den zentralen Medien unkommentiert und unveröffentlicht.

Die sowjetische Führung ihrerseits hatte die Defizite der alten Nationalitätenpolitik grundsätzlich erkannt und war nicht nur bereit, diese offen einzuräumen, sondern auch neue Wege zu deren Bewältigung einzuschlagen. Gorbatschow hatte eine Reihe von Jahren benötigt, um nationalitätenpolitische Weichenstellungen in seinem Sinne durchzusetzen. Das immer wieder verschobene Plenum des ZK zur Nationalitätenpolitik, das ebenso wie die Resolution der XIX. Parteikonferenz eine Anzahl für die Deutschen relevanter Regelungen auf den Weg brachte, kam jedoch zu spät, und die angedachten Maßnahmen waren nicht weitgehend genug, um den in ihrer Mehrheit des Wartens müden Deutschen ein Verbleiben in der UdSSR attraktiv zu machen. Dennoch konnten eine Reihe von Gesetzesvorhaben verabschiedet werden, die Möglichkeiten zur Verbesserung der Lage der Deutschen im Lande schufen bzw. ihre Ausreise wesentlich erleichterten. Dies betrifft vor allem die Maßnahmen zur Schaffung neuer autonomer Gebiete und zum Status von Minderheiten ohne eigenes Territorium sowie zur Ein- und Ausreise aus der Sowjetunion. Die Zahl der Deutschen, die die Sowjetunion verlassen konnten, stieg daher von ca. 15.000 im Jahre 1987 auf fast 100.000 im Jahre 1989.

Hintergrund für diese stürmische Entwicklung war das Bemühen der Sowjetunion, ihre politische Praxis und ihre Gesetzgebung schrittweise in Übereinstimmung mit den internationalen Normen zu bringen. Dies muss vor allem als ein Ergebnis des KSZE-Prozesses gewertet werden, auf den sich auch die sozialistischen Nachbarn der UdSSR beriefen und so bilateral Erleichterungen, Kultur- und Bildungsgesellschaften sowie konkrete Schritte zum Sprach- und Kulturerhalt für ihre in der Sowjetunion lebenden Minderheiten erreichten und damit den Weg dafür bereiteten, dass später auch die Gespräche mit der Bundesrepublik über die Systemgrenzen hinweg Erfolge zeitigten. Nicht vergessen werden darf allerdings, dass die primär die Deutschen, aber auch die übrigen in der Stalin-Zeit

deportierten Minderheiten diskriminierenden gesetzlichen und anderen Bestimmungen trotz aller Fortschritte weiter in Kraft blieben.

Die Unfähigkeit der sowjetischen Führung, die Konsequenzen der von ihr initiierten Dezentralisierung zu erkennen und sie gewaltfrei zu akzeptieren und damit auf die gewohnte Rolle und Machtstellung des Zentrums zu verzichten, das inkompetente *crises management* Moskaus bildeten den Hintergrund für die Bestrebungen zur Wiederherstellung der Wolgarepublik. Die Ängste an der Wolga, denen aus Moskau nicht begegnet wurde, aber wohl auch nichts entgegengesetzt werden konnte, waren nicht zuletzt durch die nationalitätenpolitischen Brände an allen Ecken des zerfallenden Sowjetimperiums hervorgerufen. Vielleicht war es nicht so sehr die Angst vor einem weiteren Blutbad, die an der Wolga die russische Bevölkerung dazu brachte, dem Aufruf der Funktionäre zum Widerstand gegen eine deutsche Staatlichkeit Folge zu leisten, sondern Befürchtungen vor einer schweren Beeinträchtigung ihrer Rechte, so wie es zunächst im Baltikum vorexerziert wurde. Die Parteiführung des von der potentiellen Wiederherstellung der Wolgarepublik am meisten betroffenen Saratover Gebiets hatte Misswirtschaft und Korruption zu verbergen und Macht zu verlieren. Es kann daher nicht verwundern, dass sie im eigenen Interesse auf der Klaviatur der Ängste der Bevölkerung sowie Moskaus spielte.

Die Rolle Moskaus und vor allem des ZK bleiben dubios. Anfangs, 1988, war dort die Haltung zu den Sowjetdeutschen uneingeschränkt positiv: ZK-Mitarbeiter Auman würdigte die Deutschen im November 1988 mit einem umfangreichen Artikel in *Pravda*. Mit großer Zuversicht stellte sich die Partei den als berechtigt anerkannten Forderungen der Deutschen und ging offenbar davon aus, dass diese ohne weiteres zu verwirklichen seien. Objektiv stellte das Problem der Deutschen zwar nur eines von vielen dar, es besteht jedoch der Eindruck, dass mit zunehmenden Schwierigkeiten bei der Umsetzung der deutschen Anliegen, aber auch im Hinblick auf die explodierenden Nationalitätenkonflikte im Lande, aus der Sicht des Zentrums die Dringlichkeit einer Lösung der Probleme der Sowjetdeutschen rapide sank. Gewiss dürfen dem ZK Befürchtungen unterstellt werden, mit der Wiederherstellung der Wolgarepublik schaffe man sich einen weiteren Konfliktherd, der außer Kontrolle geraten könne. Die merkwürdige Passivität Moskaus gegenüber den unbotmäßigen Kadern an der Wolga, die zum offenen und öffentlichen Widerstand gegen die geltende Beschlusslage des Obersten Sowjets und zumindest gegen die anfängliche Haltung des ZK übergingen, so dass sogar das KGB in der Öffentlichkeit Anklage erhob, lässt aber Fragen nach der Rolle des ZK und der Partei unbeantwortet. Aumans Dokumentensammlung enthält dazu bezeichnenderweise nichts. Ganz offenbar existierte in diesem Stadium der

Auflösung der UdSSR und in dieser Frage bereits keine einheitliche Haltung und Politik von Partei und Staat mehr, nicht einmal mehr eine einheitliche "Linie" der Partei oder auch nur des ZK. Für zukünftige Untersuchungen bleibt darüber hinaus die Fragestellung, ob und inwieweit es vielleicht sogar ein geheimes Einvernehmen der Parteistellen in Moskau und Saratov gab, eine deutsche Autonomie zu verhindern. Die Berufung des Saratover Autonomiegegners Gusev ausgerechnet zum Leiter der Kommission für die Sowjetdeutschen Anfang 1990 legt diese Vermutung immerhin nahe.

Zum Teil dürfte die Lähmung der Zentralsteuerung bereits "systembedingt" gewesen sein: Moskau hatte sich im Zuge der *Perestrojka* des diktatorisch-zentralistischen Instrumentariums begeben, unbeabsichtigt aber gleichzeitig die eigene Handlungs- und vor allem die Durchsetzungsfähigkeit eingebüßt. Moskau war daher nicht mehr das alleinige und unumstrittene Entscheidungszentrum: Die Umsetzung von Weisungen Moskaus waren ohne Überzeugungsarbeit und Zustimmung der Basis zu den beabsichtigten Maßnahmen nicht mehr denkbar. Die Sowjetunion hatte sich so unübersehbar auf den Weg in eine Demokratie bzw. Anarchie begeben. Zum Verfall der einstigen Macht gesellten sich Unwissenheit der staatlichen Akteure als Folge der jahrzehntelangen sowjetischen Tabuisierungspolitik, Unerfahrenheit, Unprofessionalität, Fehler und Versäumnisse in der Anfangsphase: Mit altem Denken und Handeln waren die Probleme und Interessenkonflikte nicht mehr zu lösen, es hätte wirklicher Vermittlungsanstrengungen des ZK bzw. des Obersten Sowjets zwischen den Deutschen und den Vertretern der Wolgabevölkerung und ernsthafter Verhandlungen bedurft. Ein funktionierender Ersatzmechanismus für die alte Regierungsform, ein neuer Weg des Interessenausgleiches, war noch nicht gefunden. Gleichzeitig scheint es, als klammerten sich die Funktionäre an das Nationalitätenplenium als "Allheilmittel", als alles entscheidendes und alle Probleme lösendes Forum. "Rešaetsja v komplekse" wurde zur jegliche Aktivitäten und Maßnahmen "im Diesseits" vertagenden Glaubensformel.

Die Deutschen wählten zur Durchsetzung ihrer Forderungen den legalen Weg und nutzten das entstehende demokratische Instrumentarium, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. So trugen sie ihr Problem im Sommer 1989 auf den Kongress der Volksdeputierten und in den Obersten Sowjet, was zur Einsetzung einer Kommission des Nationalitätenowjets führte und den Ausgangspunkt für die Rehabilitationserklärung vom 14. November 1989 darstellte. Mit diesem Beschluss wurde der Höhepunkt der pro-deutschen Stimmung überschritten, war der *good will* der sowjetischen Führung erschöpft. Selbst unpolitische Maßnahmen zum Kulturerhalt der Sowjetdeutschen wurden nicht ergriffen.

Das Nationalitätenplenium vom September 1989 stellte die Weichen für Nationalitäten ohne Territorium: 1991 sollten auch die Deutschen durch die Gründung von autonomen Rayons davon profitieren. Zwar erbrachte das Plenum eine Distanzierung von der früheren Nationalitätenpolitik, aber die Partei verschloss insbesondere hinsichtlich der Deutschen weiterhin die Augen vor den tatsächlich bestehenden Defiziten und Bedürfnissen. Die vom Plenum verabschiedete und für die Deutschen unbefriedigende Plattform enthielt das Maximum an Zugeständnissen, die in der verbleibenden Zeit der UdSSR erreichbar waren.

Auf dem Hintergrund der inzwischen liberaleren Ausreisepraxis der UdSSR - Moskau war faktisch davon abgerückt, auf das Vorliegen der Voraussetzungen für die Erteilung der Ausreiseerlaubnis, die (erweiterte) Familienzusammenführung, zu bestehen, und legte inzwischen die deutsche Nationalität als Kriterium zugrunde - wurde die Bundesregierung gezwungen, sich der anschwellenden öffentlichen Diskussion zur Aussiedlerbegrenzung zu stellen und in Deutschland weitere Maßnahmen zur Eingliederung der anbrandenden Aussiedler-Massen zu ergreifen. Mitte 1988 wurde deshalb das Amt eines Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen geschaffen, das seitdem der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Horst Waffenschmidt, bekleidet. Für den außenpolitischen Bereich begann Anfang 1988 im Auswärtigen Amt das Umsteuern Form anzunehmen: Eine neue, auf den Kulturerhalt der Sowjetdeutschen in ihren Siedlungsgebieten gerichtete Politik wurde formuliert und der UdSSR konkrete Hilfen angeboten.

Insbesondere der Bundeskanzler nutzte seinen Besuch in Moskau, um vor allem auf kulturellem Gebiet Rechte und Verbesserungen für die deutsche Minderheit in der Sowjetunion anzumahnen. Dabei war ihm bewusst, dass die Möglichkeiten zur Hilfe nach wie vor wesentlich von der Qualität der bilateralen Beziehungen insgesamt und damit auch von der globalen Situation abhingen. Ausdruck der Veränderungen in der UdSSR ist die Tatsache, dass die sowjetische Führung diese früher als "Einmischung in innere Angelegenheiten" zurückgewiesenen Äußerungen eines deutschen Politikers im weiteren widerspruchslos hinnahm.

Die Begegnung von deutschen Mandatsträgern mit Sowjetdeutschen anlässlich von Reisen in die UdSSR wurde mit dem Jahr 1988 zur Normalität. Die sowjetische Führung erweiterte die Reise- und Begegnungsmöglichkeiten dieses Personenkreises, aber ebenfalls der Botschaftsangehörigen, auch in Richtung auf die Siedlungsgebiete der Deutschen und zu Kasachstan, so dass sich die Bundesregierung nunmehr aus erster Hand ein umfassenderes Wissen über die Lage der Minderheit verschaffen konnte. Dabei wurden von Bonn

zunehmend pessimistische Stimmen der Deutschen registriert, die gewünschte Wiederherstellung der Wolgarepublik werde zu spät kommen, um noch positive Auswirkungen auf die Fortexistenz der deutschen Nationalität in der UdSSR zeitigen zu können. Auch das Auswärtige Amt stellte schon Mitte 1989 düstere Prognosen zum Verlauf der Aussiedlung und zur Möglichkeit der Wiederherstellung der Wolgarepublik.

In dem zu betrachtenden Zeitraum erfuhren die deutsch-sowjetischen Beziehungen auf dem Gebiet der Sowjetdeutschen mit der spontanen Sitzung der "Humanitären Arbeitsgruppe" im Januar 1988 einen positiven, wegweisenden Auftakt. Im weiteren wurden in dieser in regelmäßigen Abständen bis zum Ende der UdSSR tagenden Expertengruppe Fragen der Ausreise und des Verbleibs der deutschen Minderheit in der UdSSR sowie Einzelschicksale erörtert und konkrete bundesdeutsche Hilfsangebote unterbreitet.

Die Berufung der Bundesregierung auf eine "Obhutspflicht" gegenüber den Sowjetdeutschen, das Drängen auf ein am Beispiel der deutsch-ungarischen Absprache orientiertes Hilfsprogramm, die Übergabe einer diesbezüglichen *shopping list* in der "Humanitären Arbeitsgruppe", die zunehmenden Direktkontakte zu Sowjetdeutschen und die systematischer werdenden öffentlichen Bonner Appelle, die Lage der deutschen Minderheit innerhalb der UdSSR substantiell zu verbessern oder gar die Wolgarepublik wiederherzustellen, veranlassten das ZK der KPdSU Anfang 1989 dazu, die "Notbremse" zu ziehen und der DDR die Übernahme der von der Bundesrepublik beanspruchten Rolle anzudienen. Während das Ansinnen der Bundesrepublik über das gesamte Jahr 1989 und auch noch in der ersten Jahreshälfte 1990 von Moskau dilatorisch behandelt wurde, setzten sich die Entwurzelung der Sowjetdeutschen und ihr Exodus ungebremst fort: Mehr als ein Jahr war für Hilfen und Signale zum Verbleiben in der angestammten Heimat vertan; Ideologie ging vor Minderheitenpolitik. Die DDR selbst ging unter, ohne dass die von ihr eingeleiteten Maßnahmen zur Wirkung gelangen konnten.

3. 1990-1991: Vom Beginn der Kooperation bis zum Ende der Sowjetunion

3.1 Politisches Umfeld

Die sowjetische Führung bemühte sich in den beiden Jahren der ihr verbleibenden Existenz, ihre Reformanstrengungen auf dem Hintergrund rasch zunehmender krisenhafter Erscheinungen in Partei, Staat und Gesellschaft fortzusetzen und den Bestand der Union zu sichern.

Am 28. Februar 1990 verabschiedete der Oberste Sowjet ein Gesetz über die privatwirtschaftliche Nutzung von Agrarland, am 24. Mai 1990 verkündete Ministerpräsident Ryškov den Übergang von der Planwirtschaft zur "regulierten Marktwirtschaft". Mit Inkrafttreten des Mediengesetzes am 1. August 1990 existierte erstmals seit ca. 70 Jahren wieder Pressefreiheit. Am 1. Oktober 1990 beendete das Gesetz über "Gewissensfreiheit und religiöse Organisationen" die atheistische Propaganda der UdSSR und die Benachteiligung von Gläubigen. In Moskau kam es zu den bisher größten nichtoffiziellen Demonstrationen, als am 4. Februar 1990 Hunderttausende gegen die Alleinherrschaft der KPdSU und für Demokratie auf die Straße gingen. Weitere Kundgebungen dieser Art folgten, u.a. auch nach der offiziellen Mai-Demonstration 1990.

Für die alten Funktionäre an der Wolga ging es daher um die Jahreswende 1989/90 um das politische Überleben. Am 4. März 1990 fanden lokale, aber auch Wahlen zum Obersten Sowjet Russlands statt, die reformfreudige Kandidaten in die Parlamente brachten, u.a. Boris El'cin mit 72% der Stimmen. Mehr als jemals zuvor waren Kandidaten angesichts von Mitbewerbern um politische Ämter darauf angewiesen, um Wählerstimmen zu kämpfen. An der Wolga erwies sich die künstlich angefachte antideutsche Stimmung in der Bevölkerung als probates Mittel zur Bewahrung des status quo. Die Parteiführung von Saratov ging unangefochten in die Wahlen, Ansätze einer Opposition waren nicht zu erkennen.

Umgekehrt konnte die politische Führung in Moskau vor den Wahlen wenig Interesse daran haben, durch die "Übergabe russischen Bodens" ausgerechnet an Deutsche, konservativen Gegnern der *Perestrojka* Munition für den Wahlkampf zu liefern. Zugeständnisse konnten daher realistischerweise erst nach dem März 1990 erwartet werden.

El'cin wurde am 29. Mai 1990 vom Kongress der RSFSR im dritten Wahlgang zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets und damit zum Staatsoberhaupt Russlands gewählt. Gorbachevs Kandidat Vlasov unterlag El'cin mit 467 zu 535 Stimmen. Am 12. Juni 1990, fortan der Nationalfeiertag Russlands, erklärte El'cin seinen Austritt aus der Partei und der Oberste Sowjet Russlands die Souveränität der Russischen Föderation und behielt sich das Recht zum Austritt aus der UdSSR vor. Diese Erklärung löste analoge Schritte in allen anderen Republiken aus. Die "Deklaration über die staatliche Souveränität der RSFSR" sah

außerdem vor, dass russische Gesetze Vorrang vor sowjetischen haben würden. Schon am 14. Juni 1990 entwickelte Gorbačev öffentlich die Idee, die Sowjetunion in eine "Union souveräner Staaten" umzuwandeln und kündigte gleichzeitig die Lockerung der Sanktionen gegen Litauen an. Am 13. Juli 1990 wählte das ZK ein neues Politbüro, dem die Parteichefs der Unionsrepubliken erstmals als ständige Mitglieder angehören.

Die Desintegration der Union hatte auch auf den staatlichen Aufbau der RSFSR Auswirkungen. Bis Ende Oktober 1990 hatten zehn Autonome Republiken von 16, zwei Autonome Gebiete von fünf und vier Autonome Kreise von zehn ihre Souveränität erklärt.

Die Volksdeputierten der UdSSR billigten am 26. Dezember 1990 eine Reihe von Verfassungsänderungen zum Umbau des Staatsapparats, darunter auch eine Neuregelung, die den Autonomen Republiken gleichberechtigt mit den Unionsrepubliken Sitz und Stimme im Föderationsrat der UdSSR einräumte, sowie den Entwurf eines Unionsvertrages. Das unionsweite Referendum am 17. März 1991 über die Beibehaltung der Union wurde jedoch von den baltischen Republiken, Armenien, Georgien und der Moldau boykottiert. Einem neuen Entwurf des Unionsvertrages stimmte der Oberste Sowjet der UdSSR am 12. Juli 1991 zu. Nach dem Putsch am 18.-21. August 1991 zerfiel die Union jedoch rapide, das ZK wurde aufgelöst, die Tätigkeit der Kommunistischen Partei unterbunden. Am 26. Dezember 1991 trat Russland international die Rechtsnachfolge der Sowjetunion an - dies war unter den Nachfolgestaaten der UdSSR zunächst heftig umstritten.

Die blutigen innersowjetischen Nationalitätenkonflikte setzten sich 1990/1991 fort, so insbesondere zwischen Armenien und Aserbaidschan, in Tadschikistan, zwischen Kirgisien und Usbeken im Grenzgebiet beider Republiken. Litauen erklärte am 11. März 1990 als erste der Unionsrepubliken seine Unabhängigkeit.

Im außenpolitischen Bereich erodierte die traditionelle Macht der UdSSR ebenso rasch wie ihre innere Ordnung. Die Union vereinbarte den Abzug ihrer Truppen u.a. aus der Tschechoslowakei (9.2.90), aus Ungarn (10.3.90) und aus Deutschland (12.10.90). Am 1. Juli 1991 wurde der Warschauer Pakt aufgelöst.

Beim Besuch von Bundeskanzler Kohl am 11./12. Februar 1990 gab Gorbačev seine Einwilligung zur deutschen Einheit und in Železnovodsk am 15./16. Juli 1990 zur vollen Souveränität des vereinigten Deutschland, das nun auch über seine Bündniszugehörigkeit frei entscheiden durfte, obwohl Gorbačev sich noch am 6. März 1990 anlässlich des Besuchs von Ministerpräsident Modrow in Moskau gegen eine NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland ausgesprochen hatte.

Am 12. September 1990 wurden in Moskau die 2+4-Gespräche der beiden deutschen Staaten mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs erfolgreich abgeschlossen, einen Tag später von Genscher und Ševardnadze der umfassende deutsch-sowjetische "Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit" paraphiert, der am 9. November 1990 in Bonn unterzeichnet wurde. Am 3. Oktober 1990 trat die DDR der Bundesrepublik bei, und am 15. Oktober 1990 erhielt Gorbačev für seine Verdienste den Friedensnobelpreis zugesprochen.

3.2 Die deutsche Minderheit in der sowjetischen Innenpolitik und in den deutsch-sowjetischen Beziehungen

Die KPdSU hatte zu Beginn des Jahres 1990 sichtbar auf die neuen Anforderungen im Bereich der Nationalitätenpolitik reagiert. In der Russischen Föderation wurde ein Komitee für Nationalitätenangelegenheiten eingerichtet⁹⁷³ und, wie von Gorbačev auf dem Nationalitätenplenar angekündigt, im ZK der KPdSU eine neue Abteilung für Nationalitätenfragen gegründet⁹⁷⁴. Zu dessen Leiter wurde A.N. Girenko, Erster Sekretär des Gebietspartei-Komitees der Krim und ZK-Mitglied, zu seinen Stellvertretern V.A. Michajlov und A.A. Sazonov ernannt. Auman war aufgestiegen zum Sektionsleiter mit Zuständigkeit für alle Nationalitäten⁹⁷⁵. Andrej Girenko beschrieb in einem *Pravda*-Interview am 30. November 1989 als Hauptaufgabe der neuen Abteilung die Realisierung der Plattform der KPdSU zur Nationalitätenpolitik. Dazu gehörten u.a. die Analyse und Prognose von nationalen und zwischennationalen Prozessen, die Untersuchung der Arbeitsweise und -methoden der Parteiorgane in diesem Bereich sowie die Koordination von deren Arbeit⁹⁷⁶. Zu den Deutschen stellte Girenko fest, "man müsse die 'Realitäten des heutigen Tages, der Interessen aller Völker, die in diese Situation einbezogen wurden, und der eventuellen Folgen für das Leben der Menschen' berücksichtigen. In den ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten regt sich erbitterter Widerstand der russischen Bevölkerung gegen eine Rückkehr der Deutschen."⁹⁷⁷

3.2.1 2. Konferenz der "Wiedergeburt": Radikalisierung der deutschen Bewegung

Vom 16.-18. Januar 1990 trat in Moskau die 2. Konferenz der Unionsgesellschaft der Sowjetdeutschen "Wiedergeburt" zusammen. Eisfeld weist zu Recht auf die bei diesem Anlas erneut unter Beweis gestellte beispielhafte Toleranz und Dialogbereitschaft der Deutschen hin:

Als Gäste mit Rederecht wurden auch Gegner der Autonomie aus dem Gebiet Saratov eingeladen, und drei von ihnen machten durch ihre Teilnahme an den Diskussionen der Konferenz von diesem Recht Gebrauch. Der Oberste Sowjet der UdSSR, der Ministerrat der UdSSR und das ZK der KPdSU waren durch Beobachter vertreten.

⁹⁷³ vgl. *Neues Leben*, 20.12.89, S. 3

⁹⁷⁴ vgl. *Pravda*, 20.9.89

⁹⁷⁵ Sazonov war zuletzt stellvertretender Leiter der Abteilung für Ideologie des ZK der KPdSU, Auman ZK-Berater in Fragen der Sowjetdeutschen

⁹⁷⁶ vgl. *BPA-Ostinformationen* vom 1.12.89, S. 21

⁹⁷⁷ dpa 30.11.89/1216; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen* vom 1.12.89, S. 19

Die Verwaltungen der Gebiete Saratov und Volgograd hatten trotz einer Einladung keine Vertreter zur Konferenz entsandt.⁹⁷⁸

Die "Wiedergeburt" bestand nunmehr fast ein Jahr und hatte nach eigenen Angaben inzwischen ca. 50.000 Mitglieder in etwa 60 Unterorganisationen von der städtischen bis zur Republikenebene⁹⁷⁹. In einem Interview mit *Echo planety* betonte Wormsbecher, welche Bedeutung der Organisation mittlerweile zugemessen wurde:

Vor noch nicht allzu langer Zeit war es uns nicht möglich, uns in Gruppen von mehr als drei Personen zu treffen, sogar die eigene freie Betätigung [samodejatel'nost'] war verboten, und jetzt haben die Behörden auf allen Ebenen, von der Parteiebene über die der Sowjets bis zum KGB, begonnen, der "Wiedergeburt" Unterstützung zu gewähren, offenbar in der Annahme, unsere Organisation würde angesichts der schwierigen nationalen Lage Unterstützung dabei leisten, die deutsche Bevölkerung zurückzuhalten und zu organisieren.⁹⁸⁰

Ob diesem konstruktiven Verhalten eine "Weisung" aus Moskau zugrunde lag, ist nicht bekannt. Die Konferenz der "Wiedergeburt" war jedoch von allgemeinem Pessimismus und von Berichten über die zunehmende Drangsalierung der Deutschen in den zentralasiatischen Republiken und an der Wolga gekennzeichnet. Aleksej Grigor'ev beschrieb in einem ausführlichen Artikel in *Echo planety* die sehr pessimistische Stimmung der "Konferenz der verzweifelten Menschen"⁹⁸¹, wie Wormsbecher sie in seinem Interview bezeichnete:

Die Mehrheit der Sowjetdeutschen hat, wie die Zweite Konferenz gezeigt hat, absolut den Glauben verloren, dass die Gerechtigkeit im Hinblick auf ihr Volk wiederhergestellt wird; die überwältigende Mehrheit ist der Ansicht, dass als äußerster Schritt zur Rettung ihrer selbst als Deutsche (übrigens nicht so sehr ihrer selbst als vielmehr ihrer Kinder und Enkel!) nur die Ausreise in die BRD bleibt.⁹⁸²

Die 182 Delegierten⁹⁸³ verabschiedeten einen Aufruf an den Obersten Sowjet der UdSSR zu den Vorgängen um den Bericht der Kiselev-Kommission und den Beschluss vom 28. November 1989 sowie eine Resolution⁹⁸⁴. Mit dem Dokument brachten die Deutschen ihren Protest gegen den schleppenden und intransparenten Umgang der sowjetischen Führung mit

⁹⁷⁸ Eisfeld, A. "Teilerfolge und Rückschläge für die Autonomiebewegung der Sowjetdeutschen". *Osteuropa* 40 (1990), S. 849-863, S. 856

⁹⁷⁹ u.a. Woldemar Weber am 8.5.90 in einem Vortrag beim VDA in Bonn; vgl. Vermerk 213-321.39 vom 10.5.90

⁹⁸⁰ *Echo planety*, Nr. 8 (99), 17.-23.2.90, Aleksej Grigor'ev, "V poiskach utračennoj rodiny", S. 25-33, S. 29

⁹⁸¹ ibid.

⁹⁸² ibid.

⁹⁸³ TASS (russ.) 16.1.90; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen*, 17.1.90, S. 21 und *Neues Leben*, 24.1.90, S. 2; Eisfeld, A. "Zur jüngsten Entwicklung der Autonomiebewegung der Sowjetdeutschen". *Osteuropa* 40 (1990), S. 11-32, S. 856: 192 Delegierte aus acht Unionsrepubliken

⁹⁸⁴ *Freundschaft*, 14.2.90, S. 2

der Frage der Deutschen zum Ausdruck und riefen den Obersten Sowjet ultimativ auf, in seiner nächsten, am 14. Februar 1990 beginnenden Sitzungsperiode eine Antwort darauf zu geben, ob und wann die autonome Republik wiederhergestellt werde. Andernfalls drohte die "Wiedergeburt" kaum verhüllt mit der Konsequenz, bei "Bedarf die Satzung und das Programm ... gemäß den eingetretenen Umständen zu überprüfen"⁹⁸⁵. In dem Arbeitsplan der "Wiedergeburt" hieß es, dann wird sie

zur Realisierung der zweiten Richtung ihrer Tätigkeit übergehen, die von der 2. Konferenz bestimmt worden ist - der Organisation der Massenausreise von Mitgliedern der "Wiedergeburt" aus der UdSSR als Zeichen des politischen Protestes und nicht zur Familienzusammenführung.⁹⁸⁶

Der Versuch, die sowjetische Führung mit einem Aufruf zur Massenausreise unter Druck zu setzen, wurde hier erstmals unternommen und später, insbesondere vom Vorsitzenden der "Wiedergeburt", Heinrich Groth, regelmäßig und mit aller Schärfe wiederholt - nicht zuletzt auch um die Bundesregierung zu Wohlverhalten zu zwingen. Letztlich verhärtete sich aber die Haltung der sowjetischen Machthaber gegenüber Groth und der hinter ihm stehenden Organisation und führte nicht zu den gewünschten Ergebnissen. Zur Überprüfung des Ultimatums war beabsichtigt, bereits Ende März/Anfang April 1990 eine dritte Konferenz nach Moskau einzuberufen⁹⁸⁷.

Die Erwartungshaltung der Deutschen wurde enttäuscht, da ihr Anliegen nicht im Obersten Sowjet behandelt wurde. Die drei deutschstämmigen Abgeordneten H.G. Steuk, V.I. Wideker und O.M. Pahl hatten vergeblich beantragt, die Thematik auf die Tagesordnung zu setzen⁹⁸⁸. Dies wurde unter Hinweis darauf zurückgewiesen, dass eine Kommission, die am 29. Januar 1990 gegründete Gusev-Kommission, sich damit befasse. In einer späteren Äußerung meinte Groth, in dieser Ablehnung eine Folge des der sowjetischen Führung missliebigen Januar-Ultimatums zu sehen⁹⁸⁹.

Die Geschlossenheit des Auftretens der Deutschen auf der 2. Konferenz litt unter einem Richtungsstreit, wo die autonome Republik wiederzuerrichten sei. Wormsbecher hatte frühzeitig die "Kaliningrader Variante", die gezielte Ansiedlung Sowjetdeutscher im

⁹⁸⁵ ibid.

⁹⁸⁶ *Neues Leben*, 14.2.90, S. 2

⁹⁸⁷ Arbeitsplan zum Schutz der Rechte der Sowjetdeutschen, verabschiedet von der 2. Konferenz; zitiert nach: *Osteuropa-Archiv* 40 (1990), S. A 509

⁹⁸⁸ Die Reaktion in der sowjetdeutschen Bevölkerung spiegelt ein Zitat der *Frankfurter Allgemeinen* aus einem Brief wider: "Wir von der "Allunionsgesellschaft Wiedergeburt" sind ... in Moskau. Der Oberste Sowjet der UdSSR tagt. Aber die Autonomie-Frage wird wieder nicht auf die Tagesordnung kommen. Die letzte Hoffnung ist dahin, es gibt nie mehr eine Autonomie für die Russlanddeutschen. Da bleibt uns nur der eine Weg - nach Deutschland! Hier braucht man uns nicht." *Frankfurter Allgemeine*, 24.3.90

⁹⁸⁹ Groth in einer Rede vor der 3. Konferenz der "Wiedergeburt", *Freundschaft*, 31.8.90, S. 2

ehemaligen Ostpreußen, ins Gespräch gebracht⁹⁹⁰ und damit eine bis in die Gegenwart andauernde Diskussion unter den Deutschen entfacht, die auch dazu beitrug, die Kräfte der "Wiedergeburt" zu zersplittern⁹⁹¹. Groth erklärte gegenüber TASS, diese Variante sei reine Spekulation. "Die Sowjetdeutschen, deren Vorfahren vor einigen Jahrhunderten nach Russland kamen, haben weder historisch noch geographisch eine Beziehung zum Territorium des Kaliningrader Gebiets."⁹⁹²

Die Streitigkeiten innerhalb der Führung und das tiefe sachliche und persönliche Zerwürfnis zwischen dem Vorsitzenden Heinrich Groth und dem vor allem in Moskau einflussreichen Hugo Wormsbecher lähmten die "Wiedergeburt" ausgerechnet in einer Zeit, in der Regierung und Parteiführung angesichts wachsender Widerstände an der Wolga und zunehmenden nationalitätenpolitischen Bedenken gegenüber den Deutschen mehr und mehr auf Hinhaltetaktik setzten.

Bundesminister Warnke traf am 19. Januar 1990, einen Tag nach Beendigung der Konferenz der "Wiedergeburt", mit einer Abordnung der Deutschen zu einem ca. einstündigen Gespräch zusammen. Groth, Wormsbecher, Haar, Korn und Ehrlich berichteten zur Situation, mit Mühe habe man die Delegierten dazu überreden können, noch bis zum Frühjahr auszuharren, d.h. zunächst die 3. Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR abzuwarten, und dann Anfang April auf einer weiteren Konferenz der "Wiedergeburt" Bilanz zu ziehen. Sollte bis dahin keine eindeutige Erklärung der sowjetischen Führung vorliegen, sei man gezwungen, zu radikalen, demonstrativen Aktionen zu schreiten, der organisierten, massenhaften Auswanderung der Deutschen aus der UdSSR. Viele Mitglieder der "Wiedergeburt" hätten bereits jetzt die Hoffnung auf eine Wiederherstellung der Wolgarepublik aufgeben. Wormsbecher unterstrich, dass man dieser zwar noch nie so nahe gewesen sei, ebenso nahe aber gleichzeitig auch dem Ende der Existenz der Sowjetdeutschen als eigene Volksgruppe⁹⁹³.

⁹⁹⁰ vgl. TASS (russ.) 17.1.90; zitiert nach: *DW Monitor-Dienst*, 18.1.90, S. 12; vgl. u.a. Wormsbecher Interview in: *Sovetskaja Rossija*, 11.8.90; in die öffentliche Diskussion hatte Kurt Widmeyer die "Kaliningrader Variante" durch einen Artikel in der *Literaturnaja Gazeta*, Nr. 41, 11.10.89, S. 11, eingeführt.

⁹⁹¹ Die "Königsberger Variante" ist von der Bundesregierung angesichts des endgültigen Verzichts auf das früher zu Deutschland zugehörige Ostpreußen und den daraus folgenden politischen Implikationen einer "Neubesiedlung" durch (Russland-) Deutsche nie auch nur in Erwägung gezogen worden. Eine diesbezügliche Mutmaßung von Pittman ist abwegig: Er schreibt unter Berufung auf eine Meldung aus der *Financial Times* vom 31.7.89, 1989 habe die UdSSR gegenüber Bonn die Errichtung einer Freihandelszone in Verbindung mit einer Republik für die Sowjetdeutschen sondiert. "The proposal was initially welcomed by Chancellor Kohl but later the German view became more sceptical because of Polish worries." (Pittman, S. 1 53). Polen hat tatsächlich mehrfach in Bonn und in Moskau seine Besorgnis über eine mögliche Ansiedlung Deutscher zum Ausdruck gebracht. Für Gorbačev hätte eine solche Variante ein politisches Risiko bedeutet, und sie wäre schon deshalb inakzeptabel gewesen, weil sie seinen konservativen Gegenspielern Munition geliefert hätte, er wolle die Eroberungen dem Kriegsgegner preisgeben. Besonders problematisch wäre für ihn eine systematische Ansiedlungspolitik zu Zeiten des Untergangs der DDR und der Vereinigung beider deutscher Staaten gewesen.

⁹⁹² vgl. TASS (russ.) 17.1.90; zitiert nach: *DW Monitor-Dienst*, 18.1.90, S. 12

⁹⁹³ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 290 vom 19.1.90, Pol 320.16; ebenso in *Echo planety*

Falin und Zagladin bestätigten Warnke jedoch, die sowjetische Führung stehe zu ihren Absichten zur Lösung des Problems der Sowjetdeutschen⁹⁹⁴.

Die 2. Konferenz der "Wiedergeburt" hatte darauf aufmerksam gemacht, dass die Deutschen in den asiatischen Republiken der UdSSR zunehmend unter nationalistisch motivierten "Vertreibungsdruck" gerieten, wie es in der bundesdeutschen Terminologie hieß. In der tadschikischen Hauptstadt Du?anbe kam es am 11. und 12. Februar 1990 zu schweren Ausschreitungen, nach denen der Ausnahmezustand verhängt wurde. Sondereinheiten des sowjetischen Innenministeriums erhielten den Auftrag, Ruhe und Ordnung im Lande wiederherzustellen. Die nationalitätenpolitisch motivierten Unruhen - Hintergrund war der Protest gegen die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Armenien - waren Ausdruck der allgemein herrschenden antieuropäischen Stimmung im Lande, von der auch die Deutschen zunehmend betroffen wurden. Die Deutsche Botschaft Moskau erhielt zahlreiche Hilferufe aus den Reihen der ca. 35.000 Deutschen, von denen allein in Du?anbe etwa 13.500 lebten, in die Bundesrepublik ausreisen zu dürfen, auch wenn die innersowjetischen Voraussetzung für die Erteilung eines Ausreisevisums, ein "Vyzov", d.h. eine Einladung nächster Verwandter, nicht vorlag. Eine Delegation von sechs Deutschen übergab am 22. Februar 1990 ein Schreiben⁹⁹⁵ an den Botschafter, in dem die Lage in Tadschikistan eindringlich geschildert wurde. Täglich komme es in Du?anbe zu Drohungen gegen Europäer. Über das Telefon würden die Deutschen ultimativ aufgefordert, die Republik zu verlassen. Öffentliche Verkehrsmittel würden durchsucht und Nicht-Asiaten zum Aussteigen gezwungen, private Autos der Deutschen angezündet, Fensterscheiben eingeworfen, Kinder auf offener Straße terrorisiert. In ländlichen Gebieten stelle sich die Lage nicht viel besser dar⁹⁹⁶.

Die *Frankfurter Allgemeine* veröffentlichte am 23. März 1990 einen Brief des stellvertretenden Leiters des Deutschen Dramentheaters in Alma Ata zur Stimmung der Deutschen in Mittelasien:

Hier in Mittelasien ist es sehr unruhig. Die Deutschen sind gezwungen, von dort wegzugehen, ebenso wie im Wolgagebiet. Unsere Deutschen haben in der UdSSR kein Zuhause mehr. Die Auswanderung ist jetzt total, 90 Prozent der Russlanddeutschen wollen raus nach Deutschland.⁹⁹⁷

⁹⁹⁴ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 290 vom 19.1.90, Pol 320.16

⁹⁹⁵ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 813 vom 26.2.90, Pol 320.10/5

⁹⁹⁶ Die Bürgerkriegssituation in Tadschikistan führte 1992 zu Krisensitzungen im Auswärtigen Amt und zur Entsendung einer fact finding mission. Ausreiseanträge aus Tadschikistan wurden mit absoluter Priorität behandelt und weitere konkrete Hilfsmaßnahmen ergriffen.

⁹⁹⁷ *Frankfurter Allgemeine*, 24.3.90

Der Artikel spiegelte damit die zunehmenden nationalen Spannungen und den Ausreisedruck auch in Kasachstan wider, wo mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus Europäern bestand und ca. 50% der Sowjetdeutschen lebten.

3.2.2 Einsetzung der Gusev-Kommission

Zehn Tage nach der 2. Konferenz der "Wiedergeburt", am 29. Januar 1990, setzte der Ministerrat die auf den Beschluss des Obersten Sowjets vom 28. November 1989 zurückgehende "Staatlichen Kommission zu den Problemen der Deutschen"⁹⁹⁸ ein. Als zentrale Aufgabe erhielt die Kommission lediglich die "Lösung der praktischen Fragen, die mit der Wiederherstellung der Rechte der Sowjetdeutschen verbunden sind"⁹⁹⁹. Ebenso war dies im Statut formuliert, das sich die Kommission am 16. Februar 1990 gab und das in Deutschland erst jetzt bekannt wurde¹⁰⁰⁰. Vor allem die "Wiedergeburt" um Groth kritisierte heftig, dass die Wiederherstellung der Autonomie nicht zum Mandat gehörte¹⁰⁰¹. Dies war eine Enttäuschung, die im weiteren dazu führte, dass die "Wiedergeburt" die Kommission als ein Instrument der sowjetischen Führung zur Verschleppung, wenn nicht gar zur Verhinderung der Wolgarepublik aufgefasst wurde. Für die Gegenseite - die parteilich gebundenen und den Kommissionsansatz unterstützenden Vertreter der Deutschen - behauptete Jurij Haar später auf der 3. Konferenz der "Wiedergeburt", das Mandat sehe aber die Ausarbeitung von Maßnahmen zur Verwirklichung dieses Ziels vor¹⁰⁰².

Im einzelnen erhielt die Kommission mit dem Statut die Aufgabe der Koordinierung der Arbeiten von Institutionen auf Unions- und Republikebene sowie der Maßnahmen vor Ort in den traditionellen und gegenwärtigen Siedlungsgebieten der Sowjetdeutschen. Die Kommission hatte ferner für die Erfolgskontrolle Sorge zu tragen. Darüber hinaus hieß es in dem Statut:

Die Hauptaufgaben der Staatlichen Kommission sind:
Die Schaffung für die Sowjetdeutschen günstiger sozial-ökonomischer und national-kultureller Bedingungen ...;

⁹⁹⁸ Gosudarstvennaja kommissija po problemam sovetskich nemcev; Postanovlenie Soveta Ministrov SSSR ot 29 janvarja 1990 g. No. 90, *Pravitel'stvennyj vestnik*, Nr. 6, 2/1990

⁹⁹⁹ Postanovlenie Soveta Ministrov SSSR ot 29 janvarja 1990 g. No. 90, *Pravitel'stvennyj vestnik*, Nr. 6, 2/1990

¹⁰⁰⁰ Položenie o Gosudarstvennoj komissii po problemam sovetskich nemcev. *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 289

¹⁰⁰¹ Die "Wiedergeburt" kritisierte dies in ihren Briefen an Gorbačev vom 30.3.90 und 19.4.90, s.u.; die *Neue Zeit* nannte diese Einschränkung des Mandats in ihrer Ausgabe 41/1991, S. 33 "behördlichen Betrug"

¹⁰⁰² Tätigkeitsbericht von Jurij Haar auf der 3. Konferenz der "Wiedergeburt", vgl. *Freundschaft*, 31.8.90, S. 2

die Ausarbeitung von staatlichen Programmen für die Übersiedlung [pereselenie] der Sowjetdeutschen auf freiwilliger Grundlage in die traditionellen Wohnorte und die Sicherstellung der Realisierung dieses Programms ...;
 der Interessenausgleich zwischen den Sowjetdeutschen, die in die Wolga-Rayons übersiedeln, und der jetzt dort lebenden Bevölkerung; die Harmonisierung der zwischennationalen Beziehungen;
 die Ausarbeitung von Vorschlägen zu Fragen, die mit der Befriedigung national-kultureller Bedürfnisse und Interessen der Sowjetdeutschen verbunden sind, dem Erhalt der nationalen Traditionen, der Entwicklung der Kultur und Sprache, insoweit diese Entscheidungen der Regierung der UdSSR erfordern.¹⁰⁰³

Darüber hinaus sollte die Kommission Umfang und mögliche Etappen der Umsiedlung prognostizieren bzw. ausarbeiten, ebenso Einzelheiten zu den zu erwartenden Kosten, der Schaffung von Wohnungen und Arbeitsplätzen etc. In diesem Sinne hatte die Kommission Entwürfe für Beschlüsse der Regierung und für Gesetze auszuarbeiten. Nicht direkt im Mandat erwähnt wurden zwei zukünftig prioritäre Tätigkeitsbereiche der Kommission, die Ausarbeitung eines Beschlusses des Obersten Sowjets der UdSSR zur Abschaffung aller die Deutschen diskriminierenden Rechtsakte und eines Präsidenten-Dekrets zum Status der Trudarmisten, die im weiteren eine große Rolle spielen und noch zu sowjetischen Zeiten erfolgreich verabschiedet werden sollten¹⁰⁰⁴.

Der Ministerrat bestätigte die in dem Bericht der Kiselev-Kommission angeregte Zusammensetzung der Kommission aus führenden Vertretern von *Gosplan*, *Goskomtrud*, *Minfin*, *Gosobrazovanie* und anderen zentralen Institutionen der UdSSR, darüber hinaus den stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der RSFSR, der Ukraine und anderer Unionsrepubliken, in denen bedeutende Teile der deutschen Minderheit lebten, sowie Wissenschaftlern und Abgeordneten. Unter den 28 Mitgliedern waren sechs Angehörige der deutschen Minderheit, Akademiemitglied Boris Rauschenbach, G.G. Wormsbecher, Ju.A. Haar (Dozent des Instituts für die Mechanisierung der Landwirtschaft, Saratov), V.K. Ritter (Verwaltungsleiter des Rajbyt-Kombinats Kamyšin, Gebiet Volgograd), V.K. Falzmann (Fal'cman; Sektorleiter im Institut für Ökonomie der Akademie der Wissenschaften), G.G. Steuk (Volksdeputierter der UdSSR aus Kasachstan)¹⁰⁰⁵. Der Vorsitzende der "Wiedergeburt" Groth wurde nicht in die Kommission berufen, was als Zeichen dafür gewertet werden muss, dass die sowjetische Führung damit erstmals auf Distanz zu dem zunehmend radikaler

¹⁰⁰³ Položenie o Gosudarstvennoj komissii po problemam sovetskich nemcev. *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 290

¹⁰⁰⁴ Nach ZK-Aussagen sollten diese Maßnahmen zum 9.5.90 in Kraft treten; vgl. Rede von E. Eirich auf der 3. Konferenz der "Wiedergeburt", *Freundschaft*, 31.8.90, S. 3. Der Entwurf für das Dekret lag zur Zeit der 3. Konferenz der "Wiedergeburt" Mitte August 1990 ausgearbeitet vor, vgl. Rechenschaftsbericht von J. Haar auf der 3. Konferenz der "Wiedergeburt", *Freundschaft*, 31.8.90, S. 2; der Beschluss des Obersten Sowjets fiel jedoch erst am 7.3.91, das Dekret wurde am 21.6.91 erlassen.

¹⁰⁰⁵ Die Liste der Mitglieder s. *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 288f

werdenden Führer der deutschen Bewegung ging. Im weiteren nahm der Ausschluss systematischen Charakter an, was umgekehrt wiederum bewirkte, dass Groth dies mit noch schärferen Angriffen quittierte.

Zum Vorsitzenden der Kommission wurde der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Vladimir K. Gusev, ernannt¹⁰⁰⁶. Angesichts seiner engen Verflechtungen mit der Parteibürokratie in Saratov konnte Gusev nicht der geeignete Mann sein - oder sollte es nicht sein, der sich erfolgreich für die Interessen der Deutschen an der Wolga einsetzte. Groth wertete die Ernennung einer Person, zu der die Deutschen "keinerlei Vertrauen hatten", später als Antwort der sowjetischen Führung auf das Januar-Ultimatum der zweiten Konferenz der "Wiedergeburt"¹⁰⁰⁷.

Mitte Januar 1990 erteilte Auman in einem Gespräch mit der deutschen Botschaft¹⁰⁰⁸ Erwartungen eine Absage, die beabsichtigte Kommission zu den Problemen der Sowjetdeutschen könne schneller zu einem Ergebnis gelangen als die Kiselev-Kommission, die sechs Monate gearbeitet hatte. Die nun zu bewältigende Materie sei ungleich schwieriger. Darüber hinaus rangiere die Wolgarepublik in der Prioritätenskala der sowjetischen Führung unter ferner Liefen. Gorbačev habe dringendere Probleme. Solange eine Sezession des Baltikums und offener Krieg im Transkaukasus drohe, die Wirtschaftskrise anhalte und die Umstrukturierung der Partei nicht vorankomme, müsse sich die sowjetische Führung auf die lebenswichtigen Dinge konzentrieren. Die Wolgarepublik sei "fünftrangig", die Deutschen ein Problem unter vielen. Viel wichtiger als die Wiederherstellung der Republik sei es einstweilen, den Deutschen dort, wo sie jetzt lebten, bessere Bedingungen zu verschaffen, d.h. Schulen, Kindergärten, Büchereien etc. Auch sei es erforderlich, die Diskriminierung der Deutschen im täglichen Leben zu bekämpfen. Auman äußerte sich zu den Deutschen in einer "paternalistisch-herablassenden Art", die der Botschaft wenig Anlass zur Hoffnung gab, dass

¹⁰⁰⁶

Gusev, ein gebürtiger Saratover, wurde 1975 Erster Sekretär in Engel's, der ehemaligen Hauptstadt der deutschen Wolgarepublik, und ab 1976 Erster Sekretär des Gebiets von Saratov. Offenbar genoss er das Vertrauen Gorbačevs und rückte 1985 zum Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR auf und zum Vorsitzenden der Kommission für Dienstleistungen und Konsumgüter des Obersten Sowjets. 1986 wechselte er auf den Vorsitz des Büros für die Chemische und die Holzindustrie. In diesem Amt war er zwar am 29. Juni 1989 bestätigt, seither jedoch mindestens zweimal wegen Mangels an Seife und Papier öffentlich gerügt worden und hatte Anfang 1990 sogar eine förmliche Parteistrafe erhalten. Er war tief in den ANT-Skandal verwickelt und damit Zielscheibe von scharfen Angriffen Sobčaks. Nach seiner Tätigkeit als Vorsitzender der Staatlichen Kommission zu den Problemen der Deutschen wurde er mit Erlass Gorbačevs vom 11.6.91 zum Vorsitzenden des Staatskomitees der UdSSR für Chemie und Biotechnologie ernannt, vgl. *Neues Leben*, 19.6.91, S. 3

¹⁰⁰⁷

Groth in einer Rede vor der 3. Konferenz der "Wiedergeburt", *Freundschaft*, 31.8.90, S. 2

¹⁰⁰⁸

vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 290 vom 19.1.90, Pol 320.16

sich das ZK auf Arbeitsebene wirklich energisch hinter das Anliegen der "Wiedergeburt" zu stellen bereit war¹⁰⁰⁹.

Bis zur 3. Konferenz der "Wiedergeburt" im August 1990 tagte die Gusev-Kommission sechsmal sowie einmal gemeinsam mit der Kommission für Nationalitätenpolitik und zwischennationale Beziehungen des Obersten Sowjets. Die Gusev-Kommission bereiste - ebenso wie die Arbeitsgruppen der Kiselev-Kommission im Vorjahr - das Wolgagebiet, den Altaj, Kirgisien, Usbekistan und Kasachstan, um vor Ort in den kompakten deutschen Siedlungsgebieten mit den Sowjetdeutschen territoriale Varianten deutscher Staatlichkeit und die Wiederherstellung oder Bildung deutscher nationaler Rayons und Dorfsowjets zu erörtern¹⁰¹⁰.

Am 2. Februar 1990 trat die Gusev-Kommission zu ihrer ersten, etwa zweistündigen Sitzung zusammen, an der auch Natalja Gellert, Auman und Groth teilnahmen. Die Vorsitzenden der Gebietsexekutivkomitees von Volgograd, A.N. Orlov, und von Saratov, N.P. Grišin, gaben einen Bericht zur Lage in ihren Gebieten und unterstrichen, dass "gegenwärtig eine Wiederherstellung der deutschen Autonomie ... in welcher Form auch immer unmöglich sei und die Bevölkerung beider Gebiete kategorisch gegen eine Autonomie sei." Allerdings räumten beide ein, "gegen eine 'natürliche' Zuwanderung der Sowjetdeutschen in das Wolgagebiet habe niemand etwas ... Wenn die Konzentration der Deutschen hoch sein wird, könne man dann auch über Autonomie sprechen."¹⁰¹¹

Die Vertreter der Deutschen betonten, dass ihre Zukunft als Volk ausschließlich über die Wiederherstellung der deutschen Staatlichkeit sicherzustellen sei. Groth hob hervor, er sehe die Aufgabe der Kommission darin, die praktische Lösung der Probleme voranzutreiben, nicht jedoch darin, über Sinn und Zweck einer Wiederherstellung der Staatlichkeit zu diskutieren. Nach seiner Interpretation stelle der Beschluss des Obersten Sowjets zur Annahme der "Schlussfolgerungen und Vorschläge der Kommission des Nationalitätensowjets" unter der Leitung von G.N. Kiselev bereits die politische

¹⁰⁰⁹ Auman, früher Deutschen-Referent im ZK der KP Kasachstans in Alma Ata, war führenden Funktionären der Deutschen schon immer ein Dorn im Auge. Die hier skizzierte Haltung und das mangelnde Engagement für die Minderheit, der er selbst angehört, machen dies verständlich. Umgekehrt aber lehnte auch Auman einige Führer der Deutschen kategorisch ab, so Heinrich Groth und Jurij Haar, und bezeichnete sie im Gespräch mit der Deutschen Botschaft als "ungebildete Dummköpfe" ("bezgramotnye duraki"; vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 290 vom 19.1.90, Pol 320.16). Die Botschaft sei gut beraten, sich nicht zu eng mit ihnen einzulassen. Der einzige, der etwas taue, sei Hugo Wormsbecher, der jedoch wegen seiner Befürwortung der Kaliningrader Variante als von der Bundesrepublik bestochen gelte. Es gebe niemanden, der in einer Wolgarepublik Führungsaufgaben übernehmen könne. Einzig Konstantin Ehrlich komme als Sekretär für Ideologie in Frage. Angesichts dieser Auffassung Aumans ist es nicht verwunderlich, dass mit dem ZK 1991 nur noch ein Organisationskomitee unter der Führung von Wormsbecher zusammenarbeiten konnte. Diesem begegnete die Groth-Fraktion dann mit um so größerem Misstrauen.

¹⁰¹⁰ Tätigkeitsbericht von Jurij Haar auf der 3. Konferenz der "Wiedergeburt", vgl. *Freundschaft*, 31.8.90, S. 2

¹⁰¹¹ *Neues Leben*, 7.2.90

Entscheidung und Orientierung dar, in deren Rahmen die Gusev-Kommission zu handeln habe¹⁰¹².

Am 7. Mai 1990 kam die Gusev-Kommission zu einer weiteren Sitzung¹⁰¹³ zusammen, auf der die Ergebnisse der *fact finding mission* nach Kirgisien, Usbekistan und in den Altaj erörtert wurden. Die Kommission sprach sich dafür aus, Bestrebungen im Altaj zu unterstützen, den früher dort belegenen nationalen Rayon wiederherzustellen¹⁰¹⁴. Es herrschte im Ergebnis aber Übereinstimmung, dass die Deutschen aus den besuchten zentralasiatischen Republiken abwandern würden, entweder in eine Wolgarepublik oder aber nach Deutschland¹⁰¹⁵. In der *Izvestija*-Meldung hieß es weiter, auf der Sitzung sei die Gründung einer "Assoziation der Sowjetdeutschen" auf Unionsebene geprüft worden. Diese würde eine "umfassendere Vertretung der Interessen des Zweimillionenvolkes ... in den staatlichen Organen der Union und der Republiken" erlauben und damit letztlich dazu beitragen, die "Wiederherstellung seiner Staatlichkeit" zu ermöglichen¹⁰¹⁶. Für den Leser musste sich aus dem Tenor des Artikels der Eindruck ergeben, das Ziel der Wiederherstellung der Wolgarepublik würde zunehmend *ad acta* gelegt.

Am 25. Mai 1990 tagte die Gusev-Kommission erneut¹⁰¹⁷. In dürren Worten hieß es, die Kommission informierte sich über den Stand der Arbeiten zu den Gesetzesentwürfen. Ausführlich wurde ein Referat des stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der Kasachischen SSR, K.S. Omerbaev, zur angeblich beispielhaften Lage der Deutschen in seiner Republik wiedergegeben. Er nannte eine Reihe von Zahlen¹⁰¹⁸, die zwar eindrucksvoll belegten, wie weit die Emanzipation und Integration der Deutschen in Kasachstan damals gediehen war, aber nicht darüber hinwegtäuschen dürfen, dass die Situation der Deutschen in ihrer großen Masse weiterhin völlig unzureichend war und die Kasachen auf dem Hintergrund ihrer eigenen Diskriminierung als Nicht-Slaven letztlich keine Bereitschaft zeigten, den Deutschen weiter entgegenzukommen.

¹⁰¹² vgl. *Neues Leben*, 7.2.90

¹⁰¹³ Die 3. Sitzung hatte am 6.4.90 stattgefunden, auf ihr wurde über eine Reise der Kommission nach Volgograd und Saratov berichtet, wo sich die antideutsche Stimmung eher noch verschärft hatte. Über diese Sitzung liegt ein Protokoll vor, vgl. *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 296-9

¹⁰¹⁴ vgl. *Izvestija*, 12.5.90

¹⁰¹⁵ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1906 vom 11.5.90, Pol 320.16

¹⁰¹⁶ ebenso: *Sovetskaja Rossija*, 12.5.90

¹⁰¹⁷ vgl. *Izvestija*, 31.5.90 und *Sovetskaja Rossija*, 31.5.90

¹⁰¹⁸ Mehr als 400 Deutsche besetzten in Partei und Sowjets der Republik führende Stellen. 169 arbeiteten als Sowchos-Direktoren, jeder zehnte Sowchos sei damit von einem Deutschen geführt. Fünf Deutsche seien Volksdeputierte der UdSSR, 10 Abgeordnete des Obersten Sowjets Kasachstans, 8708 Vertreter in lokalen Sowjets (Nicht als Vertreter der deutschen Minderheit!). Für die Deutschen gebe es wöchentliche Radio- und Fernsehsendungen in ihrer Sprache und die Zeitung *Freundschaft*.

Gosobrazovanie SSSR, *Goskompečat'* SSSR, *Gosteleradio* SSSR und das Kulturministerium der UdSSR wurden von der Gusev-Kommission gebeten, Kasachstan bei der Erhöhung der Auflagen deutschsprachiger Literatur und von Lehrbücher zu unterstützen, ebenso hinsichtlich der Radio- und Fernsehsendungen, der Ausbildung von Lehrern, Journalisten und Mitarbeitern im Kulturbereich. Der kasachische Ministerrat wurde ersucht, die "Wiedergeburt" der Republik in jeder Weise zu unterstützen, Fragen im Zusammenhang mit der Gründung eines deutschen Kulturzentrums für Kasachstan zu entscheiden und die Entwicklung eines Programms zur Förderung der deutschen Kultur, Sprache und Traditionen voranzutreiben. Darüber hinaus sollte er die Einrichtung von nationalen Rayons und Dorfsowjets in Gebieten kompakter Besiedlung prüfen. Nach Erkenntnissen des Auswärtigen Amts gab es bis zum Ende der Sowjetunion jedoch keine nennenswerten Ergebnisse.

Die Gusev-Kommission diskutierte des weiteren ein Programm von *Goskomtrud* SSSR, dem Kulturministerium der UdSSR und *Gosobrazovanie* SSSR über die Ausbildung von sowjetdeutschen Führungskräften und Ausbildern, über die Gründung von Vorschuleinrichtungen, speziellen Mittel- und Hochschulen, über die Erarbeitung von Curricula und Lehrbüchern sowie über die Entsendung von Sowjetdeutschen zum Studium in das deutschsprachige Ausland. Noch 1990 sollten in kompakten Siedlungsgebieten deutsche Schulen eröffnet und Lehrer für den deutschsprachigen Unterricht in allen Fächern ausgebildet werden. Auch diese Programme wurden nicht umgesetzt.

Die *Izvestija*-Verlautbarung musste den Eindruck erwecken, zugunsten der Deutschen würden nunmehr eine große Anzahl von Maßnahmen getroffen und die Benachteiligungen im Alltag beseitigt. Das Ausbleiben von Ergebnissen einige Jahre später lässt in Anlehnung an die Vorwürfe Groths in Nižnij Tagil Fragen aufkommen, ob die Gusev-Kommission und ihre Arbeit lediglich einen Teil einer propagandistischen Kampagne zur Beruhigung der deutschen Minderheit darstellte und inwieweit konkrete Ergebnisse überhaupt beabsichtigt waren.

3.2.3 Bonner Drängen auf den Beginn der Hilfe

In Bonn wuchs die Ungeduld, aber auch der politische Druck auf die Bundesregierung, endlich Fortschritte hinsichtlich der kulturellen Betreuung der Sowjetdeutschen zu erreichen - und damit zur Begrenzung der Aussiedlerzahlen. Der deutsche Botschafter in Moskau, Dr. Klaus Blech, war deshalb am 6. Februar 1990 vom Auswärtigen Amt angewiesen worden, unverzüglich bei der sowjetischen Regierung zu demarchieren und auf den Beginn des deutschen kulturellen Hilfsprogramms zu drängen. Hatte die sowjetische Seite mehrfach die Bindung eines Hilfsprogramms an eine allgemeine Regelung der sowjetdeutschen Frage

nahegelegt, so war nun deutlich, dass sich die Lösung der deutschen Probleme verschieben würde - außer der Oberste Sowjet fasste auf seiner Sitzung im Februar einen entsprechenden Beschluss, mit dem eine Handlungsgrundlage gegeben wäre. Andernfalls, so die Weisung, "müssen wir den Deutschen in ihren jetzigen Siedlungsgebieten erst recht ein schnelles Signal setzen können. Eine massive Ausreisewelle kann weder im deutschen noch im sowjetischen Interesse liegen."¹⁰¹⁹ Die renommierte Zeitschrift *Echo Planety* hatte in ihrer Februar-Ausgabe die Ausreisewelle von ca. 100.000 Sowjetdeutschen im Jahre 1989 bereits als "Massenflucht" und "biblischen Auszug" bezeichnet und Prognosen von Soziologen zitiert, in den nächsten Jahren könnte die Zahl von 1 Million Auswanderern erreicht werden¹⁰²⁰.

In der Weisung an die Botschaft erinnerte das Auswärtige Amt an den der sowjetischen Seite vorliegenden Angebotskatalog, über den man gesprächsbereit sei und für jede zusätzliche Anregung dankbar. Angestrebt werden sollte eine baldige, wie immer geartete schriftliche Vereinbarung, in der das Einverständnis der Unionsregierung zum Tätigwerden vor Ort festgeschrieben würde. Vertreter der "Wiedergeburt" sollten aber erst später einbezogen werden:

In ihrer Mehrheit dürften sie unseren Beweggründen (und das ist nicht nur die Sorge vor der Ausreisewelle, sondern auch die moralische Pflicht, den Zurückgebliebenen - erst recht, wenn es wenige sind - so weitgehend zu helfen, wie wir es jetzt können) gegenwärtig nicht sehr zugänglich sein. Sie haben der Errichtung der Wolgarepublik - so hilfreich sie für ein zentral angesiedeltes Unterstützungsprogramm wäre - einen ausschließlichen Stellenwert in der politischen Diskussion gegeben, den sie wohl so nicht verdient. Sie würde immer nur die Heimat eines Teils der Sowjetdeutschen sein. Unsere Hilfe muss (auch) anderswo wirksam werden und dort jetzt rasch und wirkungsvoll anlaufen.¹⁰²¹

In ihrer Antwort wies die Botschaft jedoch auf die angespannte Lage vor den Lokal- und Regionalwahlen hin und schlug vor, erst nach den Wahlen im Sinne des Erlasses zu demarchieren. Das Treffen mit den zuständigen Mitarbeitern des ZK fand deshalb erst am 21. März 1990 statt¹⁰²².

Im Deutschen Bundestag wurde Mitte Februar 1990 ein Beschluss aller Parteien auf den Weg gebracht, der die Bundesregierung aufforderte, die kulturelle Lage der Deutschen in der Sowjetunion zu verbessern. In der einstimmigen Beschlussempfehlung und dem Bericht des Auswärtigen Ausschusses hieß es:

¹⁰¹⁹ Erlass 605-622 SOW/1 vom 1.2.90

¹⁰²⁰ *Echo planety*, Nr. 8, 2/1990, Grigor'ev, A., "V poickach utračennoj rodiny", S. 26-33, S. 26

¹⁰²¹ Erlass 605-622 SOW/1 vom 1.2.90

¹⁰²² Bericht der Botschaft Moskau Nr. 705 vom 19.2.90, Ku 600.50/1

Zwischen der Bundesregierung und den sowjetischen Behörden soll möglichst rasch ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit angestrebt werden, mit dem ein Katalog bestimmter Maßnahmen zur Erhaltung und Unterstützung deutscher Sprache und Kultur der Deutschen in der Sowjetunion abgestimmt wird.¹⁰²³

Dem Bundestag sollte im ersten Jahr der 12. Wahlperiode ein Bericht über die Schritte und erreichten Verbesserungen vorgelegt werden. Das Eintreten für die Wahrung der kulturellen Identität sollte sich auf die "Bestimmungen der KSZE-Schlussakte und die Rechtsverpflichtungen gemäß Artikel 27 des Menschenrechtspaktes der Vereinten Nationen" stützen¹⁰²⁴.

Mit Schreiben vom 11. Oktober 1990 informierte das Bundeskanzleramt das Auswärtige Amt offiziell darüber, dass der Deutsche Bundestag die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses "Zur Verbesserung der kulturellen Lage der Deutschen in der Sowjetunion" am 20. September 1990 angenommen hatte¹⁰²⁵.

Umgekehrt baten die Russlanddeutschen, vertreten durch den Chefredakteur der *Freundschaft*, Konstantin Ehrlich, nunmehr öffentlich um Unterstützung insbesondere bei der Wiederherstellung der Wolgarepublik:

Wünschenswert wäre ... die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland, ohne dass sie ausschließlich Russlanddeutschen zugute kommen sollte. Wir wollen keine Privilegien, sondern nur das, was uns zusteht: Gleichstellung mit den anderen Völkern der Sowjetunion. Dann werden wir zugleich in der Lage sein, eine Brückenfunktion zur besseren Verständigung zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland zu erfüllen.¹⁰²⁶

Anfang März 1990 bat auch die "Wiedergeburt" in einem Schreiben an Bundesaußenminister Genscher um die Ausarbeitung eines sozioökonomischen Programms für die wiederherzustellende Wolgarepublik als Alternative zu der Untersuchung, die die sowjetische Regierungskommission unter der Leitung von Gusev plante. Das Auswärtige Amt wies die Deutsche Botschaft am 19. März an, der "Wiedergeburt" die grundsätzliche Bereitschaft der Bundesregierung zu übermitteln, im Benehmen mit der sowjetischen Führung Strukturmaßnahmen zu unterstützen. Allerdings lehnte das Auswärtige Amt es ab, eine Studie in Konkurrenz zur einer sowjetischen zu erstellen, da sich dies nur kontraproduktiv

¹⁰²³ Drs. 11/6477 vom 15.2.90

¹⁰²⁴ *ibid.*

¹⁰²⁵ *ibid.*

¹⁰²⁶ Konstantin Ehrlich in: *Frankfurter Allgemeine*, 20.2.90

auswirken würde und eine Studie dieses Ausmaßes ohnehin nur vor Ort und im Zusammenwirken mit den sowjetischen Behörden angefertigt werden konnte¹⁰²⁷.

3.2.4 Gründung einer Assoziation statt Wiederherstellung der Wolgarepublik

Angesichts der allenthalben spürbaren, von Nationalismus inspirierten Zentrifugalkräfte in der Sowjetunion erfuhr auch Russland über die gewohnte Sonderrolle des großen russischen Volks hinaus eine Welle des Nationalismus, die zu Beginn des Jahres 1990 zu heftigen Diskussionen in der Partei darüber Anlass gab, wie diese kanalisiert werden könne. Im Gegensatz zu anderen Unionsrepubliken hatte Russland hinsichtlich "nationaler" Organisationen und Institutionen Nachholbedarf. In die Überlegungen wurden deshalb die Gründung von eigenen russischen Sektionen der Partei, der Akademie der Wissenschaften, des Gewerkschaftsverbandes, der Jugendorganisationen etc. einbezogen.

In der russischen Bevölkerung, die ihr Selbstwertgefühl zu nicht geringen Teilen aus den Leistungen und Errungenschaften im Zweiten Weltkrieg bezog, stießen darüber hinaus die Erosion des sozialistischen Lagers und der Prozess der Vereinigung beider deutscher Staaten auf Besorgnis und Vorbehalte. Auf dem Hintergrund dieser innen- und außenpolitischen Entwicklungen musste jeder Versuch einer auch nur scheinbaren Privilegierung der Sowjetdeutschen in Form der Wiederherstellung der Wolgarepublik - wohlmöglich auf Kosten der russischen Lokalbevölkerung - aus russischer Perspektive die Grenze des Zumutbaren überschreiten. Das politische Klima war daher für die deutschen Anliegen äußerst ungünstig und engte zudem den Handlungsspielraum der sowjetischen Regierung für isolierte Maßnahmen zugunsten der Sowjetdeutschen weiter ein.

Der Klimawechsel fand auch in einigen Medien seinen Niederschlag. *Sovetskaja Rossija*, die für Anliegen der Deutschen bislang eher aufgeschlossen war, ging angesichts des sich verhärtenden Widerstandes an der Wolga auf Distanz und veröffentlichte am 23. Februar 1990 zwei Leserbriefe zur territorialen Autonomie. Der eine Brief war gegen die Deutschen gerichtet, von 321 Personen unterzeichnet und doppelt so lang wie das andere, pro-deutsche Schreiben, das nur 27 Unterschriften trug. Auch der Kommentar hatte eine für die Sowjetdeutschen unfreundliche Tendenz.

Das zentrale sowjetische Fernsehen berichtete am 12. März 1990 von einer neuen Welle von Demonstrationen im Wolgagebiet gegen die Wiedererrichtung der deutschen Autonomie. Die Sendung unterstrich die Notwendigkeit, auf die sofortige Wiederherstellung der Wolgarepublik zu verzichten, erwähnte aber auch die Möglichkeit eines etappenweisen

¹⁰²⁷

vgl. Erlass 213-321.15 vom 19.3.90

Vorgehens. Der Reporter befragte einen Demonstranten, wie nach dessen Meinung das Problem der Deutschen gelöst werden solle, und erhielt zur Antwort:

Sollen sie doch kommen, sollen sie ihre Schulen, Theater, Zeitungen und was auch immer eröffnen. Aber auf allgemeiner Grundlage, auf der Grundlage der allgemeinen Gesetze. Aber kein Staat. Deutsche Schulen, Kirche, bitte schön, können ja ruhig gebaut werden. Aber keine Staatlichkeit.¹⁰²⁸

Das Fernsehen beschränkte sich darauf, mehr Toleranz im Umgang miteinander anzuempfehlen, resümierte aber zur Wolgarepublik: "Also ein evolutionärer, auf Jahrzehnte angelegter Weg zur Wiedererschaffung der deutschen Republik am Unterlauf der Wolga, das wäre dies, würden wir die Dinge bei ihrem Namen nennen."¹⁰²⁹ Über das Medium Fernsehen wurde mit dieser Sendung - mit oder ohne staatliche Einflussnahme auf den Programminhalt - unionsweit vor allem den Deutschen selbst signalisiert, dass ursprüngliche Vorstellungen sich nicht realisieren ließen und, wenn überhaupt, nur ein langfristiges Vorgehen Aussicht auf Erfolg biete.

Die Weichenstellung auf staatliche Einheit zur Jahreswende 1989/90 war Anlass für eine Reise von Bundeskanzler Kohl nach Moskau am 11./12. Februar 1990. Angesichts dieses Prozesses von zentraler politischer Bedeutung trat das sowjetdeutsche "Tagesgeschäft" zwar in den Hintergrund, die Thematik wurde aber dennoch kurz gestreift, und Gorbačev sprach gegenüber dem Bundeskanzler von "neuen Formen der Autonomie" ohne territorialen Bezug, über die nachgedacht werde¹⁰³⁰. Dies war bilateral die erste offizielle Bestätigung für das Umdenken in der sowjetischen Führung.

Am 17. März 1990 wurden angeblich auf "Anweisung Gorbačevs"¹⁰³¹ fünf führende Vertreter der "Wiedergeburt", alles KP-Mitglieder, von Girenko empfangen: H.G. Wormsbecher, E.F. Eirich (Alma Ata), Ja.I. Lechman (Sverdlovsk), Vladimir Karlovič Ritter (Volgograd) und der Leiter des deutschsprachigen Rundfunks in Kasachstan, Adam Jakovlevič Merz (Merc). Woldemar Weber, als Schriftsteller und führendes Mitglied der "Wiedergeburt" in der Bundesrepublik besonders gut bekannt, berichtete der *Frankfurter Allgemeinen*, Girenko habe "unumwunden dargelegt, dass die Widerstände gegen die Wiedererrichtung der Wolgarepublik zu groß seien, dass man allenfalls eine 'staatliche Autonomie ohne festumrissenes Gebiet' gewähren könne ... und dass die sowjetische Führung gegen eine geschlossene Aussiedlung der Russlanddeutschen nichts unternehmen werde."¹⁰³² Die

¹⁰²⁸ Zentrales sowjetisches Fernsehen, 12.3.90, 16:30 h; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen* vom 13.3.90, S. 33

¹⁰²⁹ *ibid.*

¹⁰³⁰ Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1227 vom 26.3.90, Pol 320.16/Ku 600.50/1

¹⁰³¹ *Frankfurter Allgemeine*, 24.3.90

¹⁰³² *ibid.*

"Autonomie ohne Territorium" solle darin bestehen, dass die Deutschen dort blieben, wo sie gegenwärtig lebten, und "autonome Dorfsowjets, Kreis- und Rayonssowjets bilden ... und eine Regierung wählen, die, mit Sitz in Moskau, regieren und im Rahmen der sowjetischen Verfassung über zwei Millionen Menschen gebieten können soll."¹⁰³³ Es ist nach dem Nationalitätenplenium zwar folgerichtig, bleibt aber dennoch bemerkenswert, dass es die Partei war und nicht staatliche Strukturen, die den Deutschen den weiteren Weg zur Lösung ihrer Frage wies. Hier ist ein Ursprung für die später offen zur Schau getragene Aversion der "Wiedergeburt" gegen Initiativen der Partei zu suchen.

Die Idee einer "Assoziation" ging ursprünglich auf die Plattform des ZK zur Nationalitätenpolitik vom 20. September 1989 zurück. Als eine der Grundrichtungen der nationalen Politik der KPdSU wurde dort ein "Ausbau der Rechte und Möglichkeiten aller Arten nationaler Autonomie"¹⁰³⁴ definiert. Im Dokument fand dies eine Präzisierung in der Formulierung: "Es soll die Möglichkeit vorgesehen werden, staatlich-gesellschaftliche Unionsorgane für die Vertretung von Bürgern zu bilden, die Völkern angehören, die über keine eigene territoriale Autonomie verfügen."¹⁰³⁵

Die Idee stammte wahrscheinlich von A.N. Girenko selbst oder aus seinem unmittelbaren Umfeld¹⁰³⁶. In der Folge war sie von der politischen Führung überarbeitet worden¹⁰³⁷ und firmierte nunmehr unter dem Begriff "Assoziation"¹⁰³⁸. Während der Diskussionen um ein solches zu schaffendes Organ blieb bis Mitte 1991 immer unscharf, wie es konkret aussehen könne und welche Kompetenzen es haben würde. Nicht zuletzt deshalb stieß die Idee bei den Sowjetdeutschen auf Ablehnung.

Anfang August 1990 erwähnte V. Gusev, dass in der sowjetischen Führung an Palestina als Beispiel für eine solche deutsche Staatlichkeit ohne Territorium gedacht worden war¹⁰³⁹. In einem jetzt bekannt gewordenen ZK-Papier wurde auf die "Patenschaft" einer zu schaffenden "Assoziation der Völker des Nordens" und auf eine bereits existierende Assoziation der sowjetischen Koreaner verwiesen¹⁰⁴⁰.

¹⁰³³ *Frankfurter Allgemeine*, 9.4.90

¹⁰³⁴ "rasširenje prav i vozmožnosti vseh vidov nacional'noj avtonomii"; *Pravda*, 24.9.89

¹⁰³⁵ "vozmožnost' obrazovanija obščesojuznych gosudarstvenno-obščestvennyh organov dlja predstavitel'stva"; *Pravda*, 24.9.89

¹⁰³⁶ *Freundschaft*, 14.8.90, S. 4 (V. Ritter: "ideja asociacii ... rodilas' v kabinete u Andreja Nikolaeviča Girenko"); vgl. auch *Neues Leben*, 24.4.91, S. 2

¹⁰³⁷ vgl. Vortrag von Wormsbecher auf der 3. Konferenz der "Wiedergeburt", *Freundschaft*, 31.8.90, S. 2

¹⁰³⁸ In dem Beschluss vom 16.7.90 zur Einsetzung eines Organisationskomitees zur Vorbereitung des Kongresses wird die "Assoziation" offiziell "Vsesojuznaja asociacija sovetskich nemcev" genannt. Die "Assoziation" firmierte später ebenfalls unter der Bezeichnung "Central'nyj sovet", Zentralrat, "Nacional'nyj sovet"; vgl. Positionspapier der "Wiedergeburt" vom 3.4.90

¹⁰³⁹ *Freundschaft*, 14.8.90, S. 4

¹⁰⁴⁰ *Zapiska V. Bondarčuka i A. Cvetkova Sekretaju CK KPSS Razumovskomu G.P.*, März 1990, *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 293-5, S. 294

Diese Form der "Autonomie", letztlich eine Art Kulturautonomie, die bereits von der zweiten Delegation der Deutschen 1965 zurückgewiesen worden war, sollte bis zur Auflösung der UdSSR in den öffentlichen Auseinandersetzungen unter den Deutschen eine große Rolle spielen und dazu beitragen, die "Wiedergeburt" weiter zu spalten, in eine Fraktion unter der Leitung Wormsbechers, die diese Variante ernsthaft diskutieren wollte, und eine unter der Führung von Groth, die das Angebot der sowjetischen Regierung als unzureichend und als Provokation strikt ablehnte. Sachlich wurde seitens der Sowjetdeutschen gegen eine solche Kulturautonomie vor allem als Argument ins Feld geführt, dass die Deutschen in der Sowjetunion zu verstreut leben, um ihre Kultur zu erhalten. Nur eine kompakter Ansiedlung werde Institutionen zur Bewahrung der Kultur, wie z.B. Schulen mit muttersprachlichem Unterricht, erlauben. Darüber hinaus wollten viele Sowjetdeutsche dort, wo sie derzeit wohnten, nämlich an den Orten ihrer Verbannung, nicht bleiben bzw. würden infolge des wachsenden antieuropäischen Nationalismus der Titularnationen aus den zentralasiatischen Republiken verdrängt¹⁰⁴¹.

Die sich um Groth bildende Mehrheitsfraktion der "Wiedergeburt" hielt die Idee der "Assoziation" für ein Manöver der Partei, um die Sowjetdeutschen von der Wiederherstellung der autonomen Republik abzulenken und diese letztlich ganz zu verhindern. Die sowjetische Führung versäumte es, den Deutschen glaubhaft zu machen, dass die "Assoziation" nur als "Übergangsform zur normalen Autonomie"¹⁰⁴² gedacht war bzw. konnte dies schon allein wegen des Widerstandes an der Wolga nicht.

Auf diesem Hintergrund war eine ernsthafte, sachliche Auseinandersetzung mit der Idee nicht möglich. Auch die Bundesrepublik, die diesen Ansatz als vorübergehende Lösung zu unterstützen bereit war, blieb ohne Einfluss auf den Verlauf der Polemiken. Die Geschichte der "Wiedergeburt" bis zu Ende der Sowjetunion stellte ein Ringen mit Partei und Regierung um dies Thema dar.

In einem späteren Aufsatz machte Brunner darauf aufmerksam, dass einer Personalautonomie durchaus positive Seiten abzugewinnen sind und mit Estland ein Präzedenzfall existierte:

Wenn die Voraussetzungen einer Territorialautonomie nicht gegeben sind, bietet sich nur die mit der Wendung "autonome Verwaltung" ungeschickt bezeichnete Personalautonomie an, die im Vergleich zur Territorialautonomie auch ansonsten viele Vorzüge hat. Träger der Autonomie ist in diesem Falle die Minderheit als

¹⁰⁴¹ Ein Schlaglicht auf die Situation warf die Meldung des *Neuen Leben* vom 12.6.91, wonach in Tadžikistan ein Gesetz in Vorbereitung war, das jedem Aussiedler über 18 Jahre 1000 Rubel Ausreisesteuer auferlegte und jedem Hochschulabsolventen 5000 Rubel.

¹⁰⁴² "Associacija možno rassmatrivat' kak perechodnuju formu k obyčnoj avtonomii - esli poslednjaja voobščje okažetca vozmožnoj." Zapiska V. Bondarčuka i A. Cvetkova Sekretaju CK KPSS Razumovskomu G.P., März 1990, *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 293-5, S. 294

Personenverband, wobei es auf den Wohnsitz der Verbandsmitglieder nicht ankommt. Erforderlich wäre allerdings ein Bekenntnis zur jeweiligen Volksgruppe, und dies hätte auch den großen Vorteil, die tatsächliche Größe der jeweiligen Minderheit unter voller Achtung der nationalen Bekenntnisfreiheit des einzelnen bestimmen zu können. Damit wäre auch den leidigen und zum politischen Missbrauch einladenden Mutmaßungen über die wirkliche Stärke einer Minderheit ein Ende bereitet. Der minoritäre Personenverband sollte dann mit Rechten der kulturellen Selbstverwaltung ausgestattet werden. Hierzu würde zum Beispiel die Zuständigkeit für das Schulwesen gehören.

Es ist zuzugeben, dass mit dem Konzept der Personalautonomie zum Teil staatsrechtliches Neuland betreten werden müsste. Die Chancen, die in dem Konzept stecken, sollten allerdings die Mühe tätiger Kreativität wert sein. Im übrigen ist die Idee so neu auch nicht, und gerade ein osteuropäisches Land könnte hier mit einem traditionell bewährten Vorbild aufwarten. Es handelt sich um Estland, das mit der 1925 eingeführten Kulturautonomie ein funktionstüchtiges Modell zur Befriedigung der berechtigten Bedürfnisse seiner Minderheiten geschaffen hat."¹⁰⁴³

Am 21. März 1990 hatten Vertreter der deutschen Botschaft im ZK ein Gespräch mit dem Vertreter Girenkos, Michajlov, und mit Auman¹⁰⁴⁴. Michajlov bestätigte, dass die sowjetische Führung derzeit keinen Weg sehe, den Wunsch der Deutschen nach Wiederherstellung der territorialen Autonomie zu erfüllen. Der Widerstand an der Wolga habe sich derart verhärtet, dass es mehrerer Jahre bedürfe, um ihn zu überwinden. Die Bevölkerungsdichte an der Wolga sei jedoch so gering, dass das ZK bereits jetzt individuelle Übersiedlungen von Sowjetdeutschen ermuntere, allerdings ohne viel Erfolg. Das ZK habe aber im allgemeinen Probleme mit seiner Politik gegenüber den Deutschen, da auf deren Seite ein gut organisierter, tatkräftiger Partner fehle. Die "Wiedergeburt" sei in sich gespalten, und ihre Führung kümmerge sich nicht um Fragen der Kultur oder Ausbildung, sondern verfolge lediglich eine Alles-oder-Nichts-Strategie im Hinblick auf die Wolgarepublik. In dieser Beziehung seien die Kontakte der Bundesregierung zu Groth und zu Weber nicht hilfreich. Das ZK denke über Zwischenlösungen nach und beabsichtige die Einberufung eines Kongresses der Sowjetdeutschen zur Gründung bzw. Ausrufung (provozglašenje) einer "staatlich-gesellschaftlichen Assoziation". Der Kongress solle die führenden, mit Vollmachten einer autonomen Republik ausgestatteten Organe als authentische Interessenvertretung aller Deutschen wählen, die auf diesem Weg dann auch in den Unionsorganen vertreten sein würden. Es sei beabsichtigt, die "Assoziation" mit eigenen Mitteln auszustatten. Sie könne prinzipiell alle Funktionen einer Regierung ausüben, so auch eigene

¹⁰⁴³ Brunner, G. "Vom Zwang befreit - Rückbesinnung auf die eigene Identität: Nationalstaaten und Minderheiten in Osteuropa" *Frankfurter Allgemeine*, 28.10.91, S. 12

¹⁰⁴⁴ vgl. Berichte der Botschaft Moskau Nr. 1227 und 1228 vom 27.3.90, Pol 320.16/Ku 600.50/1

Kultur- und Bildungseinrichtungen gründen und betreiben. Endziel sollte jedoch die territorial verankerte Autonomie bleiben¹⁰⁴⁵.

Es kann nicht übersehen werden, dass die sowjetische Führung mit diesen Überlegungen nicht nur hinsichtlich der direkten Wiederherstellung der Wolgarepublik umgeschwenkt war. Es drängt sich der Verdacht auf, dass sie nunmehr auch versuchte, die "Wiedergeburt" als bislang einzige, aber zunehmend unbequeme Interessenvertretung der Deutschen zu entmachten und sich durch die Einberufung des "Kongresses" einen gefügigeren Ansprech- und Verhandlungspartner zu schaffen. Das galt insbesondere hinsichtlich des Vorsitzenden der Gesellschaft, Heinrich Groth, der die "Wiedergeburt" als "nationale Befreiungsbewegung"¹⁰⁴⁶ sah.

Mit der Eröffnung der "Kongress-Pläne" durch Girenko bemühte sich die sowjetische Regierung offensichtlich, die Spaltung der "Wiedergeburt" zu ihren Gunsten voranzutreiben: Verhandelt wurde nur mit den als gemäßigten Gesprächspartnern bekannten Deutschen; Groth musste außen vor bleiben. Außenpolitisch wurde die Bundesregierung unter Druck gesetzt, Groth durch Kontakte nicht aufzuwerten und ihm so politisch den Rücken zu stärken - dies bereits ein sowjetisches Eingeständnis, dass der Bundesrepublik in der Frage der Sowjetdeutschen wachsende Bedeutung zukam, auf die selbst innenpolitisch Rücksicht genommen werden musste. Noch mehr als zu früheren Zeiten, als die angebliche "Einmischung" der Bundesrepublik in innere Angelegenheiten der UdSSR heftig bekämpft wurde, war Deutschland durch die Direktbeziehungen zu den Sowjetdeutschen als Faktor in der sowjetischen Innenpolitik dauerhaft präsent und musste einkalkuliert werden. Letztlich zeigte sich in diesem Gespräch, dass eine Kooperation mit Deutschland in Fragen der Sowjetdeutschen unausweichlich war. Mit der Offenlegung der sowjetischen Intentionen hatte sie faktisch bereits begonnen.

Obwohl die Rechnung der sowjetischen Führung innen- und außenpolitisch letztlich nicht aufging, setzte sie ihre Politik bis zum Ende der Sowjetunion dennoch unbeirrt fort. Groth blieb infolge der breiten Unterstützung durch die Sowjetdeutschen die bestimmende Kraft und der Gegenspieler der sowjetischen Führung, obwohl und vermutlich gerade weil die Offiziellen, insbesondere die zunehmend ins Zwielficht geratende KP, ihn als Partner nicht akzeptieren wollte. Die Bundesregierung empfand Groth ebenfalls als schwierigen und unbequemen Gesprächspartner, weil sein Verhalten und seine radikalen Forderungen den Spielraum auch der bundesdeutschen Politik einengte und Kompromisse erschwerte, wenn

¹⁰⁴⁵ Inhaltlich entsprach dies der Vorlage an Razumovskij, vgl. Zapiska V. Bondarčuka i A. Cvetkova Sekretaju CK KPSS Razumovskomu G.P., März 1990, *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 293-5

¹⁰⁴⁶ Titel des Rechenschaftsberichtes von Groth auf dem Kongress der Sowjetdeutschen: "Die nationale Befreiungsbewegung der Russlanddeutschen gestern und heute"; *Neues Leben*, 25.10.91, S. 1; Groth nutzte den Begriff auch in seinem Referat am 13.3.91 auf dem 1. (außerordentlichen) Kongress der Deutschen, vgl. *Neues Leben*, 27.3.91, S. 2

nicht unmöglich machte. Darüber hinaus waren viele seiner Vorstellungen und Forderungen - nicht zuletzt hinsichtlich von Projekten und Mitteln, die er durch seine Organisation kanalisiert wissen wollte - aus bundesdeutscher Sicht nicht in die Praxis umsetzbar oder ordnungspolitisch inakzeptabel. Andererseits musste Groth als einer der wichtigsten Repräsentanten der sowjetdeutschen Bewegung nicht nur privilegierter Gesprächspartner bleiben, sondern die Bundesregierung suchte gezielt das Gespräch mit ihm, um ihn nach Möglichkeit in eine aus Bonner Sicht "machbare" Politik zugunsten der Sowjetdeutschen einzubinden. Es ist anzunehmen, dass die Dialog-Verweigerung der sowjetischen Führung im Hinblick auf Groth und ihre den aktuellen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen nicht mehr angemessene, intransparente Politik wesentlich dazu beitrugen, dass konstruktive Lösungen für die Probleme der Sowjetdeutschen nicht gefunden werden konnten und sich die Vertreter der Deutschen ihrerseits z.T. verweigerten.

Girenko, so Michajlov weiter zu den Botschaftsvertretern, habe die Deutschen erst vor einer Woche über diese Absichten in Kenntnis gesetzt, es sei verständlich, wenn diese nun Schwierigkeiten hätten, sich umzustellen. Die "Assoziation" sei jedoch der einzig gangbare Weg. Die unter Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Gusev eingesetzte Kommission habe nun die Aufgabe, alle Fragen im Zusammenhang mit der "Assoziation" zu untersuchen, die Kiselev-Kommission dagegen ihre Arbeit getan, es gelte nunmehr "delikater" vorzugehen. Michajlov zielte damit vermutlich auch auf die Publizität, die Kiselev gesucht hatte. Auf Insistieren der Botschaftsmitarbeiter bestätigte Michajlov, dass kein förmlicher Beschluss des Obersten Sowjets oder des Volkskongresses zur Wolgarepublik existiere. Groth und die "Wiedergeburt" gingen insofern von falschen Voraussetzungen aus.

Michajlov bat in dem Gespräch um Mithilfe der Bundesregierung bei der Bewältigung der Probleme. Für Bonn stellte dies das Startsignal dar, mit den längst beabsichtigten Fördermaßnahmen zu beginnen, zu denen das sowjetische *placet* bislang gefehlt hatte, und die Berufungsgrundlage für alle darüber hinausgehenden Aktivitäten auf kulturellem Gebiet.

Wie das *Neue Leben* meldete, hatten A. Girenko, G. Usmanov, R. Nišanov und V. Gusev dem ZK am 16. Mai 1990 vorgeschlagen, von der Wiederherstellung der Staatlichkeit der Sowjetdeutschen Abstand zu nehmen und einen Kongress einzuberufen, auf dem die "Assoziation" beschlossen werde, und einen entsprechenden Entwurf für einen Beschluss des ZK vorgelegt¹⁰⁴⁷. Die Aufzeichnung wurde jetzt bekannt, nicht aber der Entwurf selbst¹⁰⁴⁸. In

¹⁰⁴⁷ vgl. *Neues Leben*, 21.11.90, S. 3

¹⁰⁴⁸ Zapiska A. Girenko, G. Usmanova, R. Nišanova, V. Guseva "O nekotorych predloženijach po rešeniju problemy sovetskich nemcev." CK KPSS. 16.5.90. *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 302-4

dem Vorlage wurde festgestellt, dass es gegenwärtig "praktisch nicht möglich" sei, die Aufgabe der Wiederherstellung der deutschen Autonomie so zu lösen, "wie es mit dem Beschluss des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. November 1989 vorgeschlagen wurde"¹⁰⁴⁹. Ohne jedoch von diesem Ziel grundsätzlich abzurücken, regten die vier hochrangigen Funktionäre an, zunächst einmal "konkrete Schritte zur Lösung der anderen Fragen, die mit der Wiederherstellung ihrer Rechte verbunden sind, und zur Schaffung von Bedingungen für eine nationale Wiedergeburt zu unternehmen."¹⁰⁵⁰ In diesem Sinne könnte ein

Kongress der Vertreter des deutschen Volkes durchgeführt werden, auf dem eine außerterritoriale Assoziation als neue Form nationaler Konsolidierung und Selbstverwaltung gegründet wird. ... die Assoziation könnte hinsichtlich ihrer Vertretung in den höchsten Organen staatlicher Macht mit den Rechten einer autonomen Republik ausgestattet werden und zentrale (Regierungs-) und lokale Organe zur Lösung von Fragen gründen, die mit der Entwicklung der nationalen Kultur und Bildung in der Muttersprache, der Ausbildung von Führungskräften, verlegerischer Tätigkeit, Kontakten zu deutschsprachigen Ländern verbunden sind. (...) Die Assoziation könnte alle Sowjetdeutschen integrieren und auch nationale Gebilde in sich aufnehmen, die in Gebieten kompakter Besiedlung gegründet werden sollten, sowie über ihre zentralen Organe Unterstützung bei der Lösung der Frage der Gründung der sowjetdeutschen Autonomie leisten.¹⁰⁵¹

Die "Assoziation" werde eine Verfassungsänderung erfordern und Entscheidungen des Ministerrats der UdSSR zu ihren Kompetenzen. Die Gusev-Kommission solle angesichts "steigenden Interesses aus der deutschen Öffentlichkeit an der Idee einer Gründung der Assoziation" entsprechende konkrete Pläne zu deren Realisierung ausarbeiten und ein Organisationskomitee zur Vorbereitung des Kongresses der Sowjetdeutschen gründen. Als "neue Form nationaler Konsolidierung" komme der "Assoziation" über die Deutschen

¹⁰⁴⁹ "... v nastojaščee vremja rešit' etu zadaču tak, kak eto predpolagalos' postanovleniem Verchovnogo Soveta SSSR ot 28 nojabrja 1989 goda, praktičeski nevozmožno."

¹⁰⁵⁰ "... uže sejščas predprinjat' konkretnye šagi po rešeniju drugich voprosov, svjazannyh s vosstanovleniem ich prav, i sozdaniju uslovij dlja nacional'nogo vozroždenija."

¹⁰⁵¹ Zapiska A. Girenko, G. Usmanova, R. Nišanova, V. Guseva "O nekotoryh predložnijach po rešeniju problemy sovetskich nemcev." CK KPSS. 16.5.90. *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 303

"V etich celjach možno bylo by provesti s"ezd predstavitelej nemeckogo naroda, na ktorom obrazovat' vneterritorial'nuju asociaciju kak novuju formu nacional'noj konsolidacii i samoupravlenija. ... asociacija mogla by byt' nadelena pravami avtonomnoj respubliki v časti predstavitel'stva v vysšich organach gosudarstvennoj vlasti, sozdanija central'nych (pravitel'stvennych) i mestnych nacional'nych organov dlja rešenija voprosov, svjazannyh s razvitiem nacional'noj kul'tury i obrazovanija na rodnom jazyke, podgotovkoj kadrov, izdatel'skoj dejatel'nost'ju, kontaktami s nemeckojazyčnymi stranami. (...) Asociacija mogla by integrirovat' vsech sovetskich nemcev, vključaja v sebja i nacional'nye obrazovanija, kotorye celesoobrazno sozdat' v mestach ich kompaktного proživanija, a takže sodejstvovat' čerez svoi central'nye organy rešeniju voprosa o sozdanii avtonomii sovetskich nemcev."

hinausreichende Bedeutung zu und könne bei der "Suche nach Wegen der Entwicklung anderer Völker der UdSSR helfen."¹⁰⁵²

Es ist nicht bekannt, auf welcher Grundlage die vier zur Unterstellung eines Interesses der Deutschen an einer Ersatzlösung für ihre Autonomie gelangten. Es ist aber unübersehbar, dass Mitte Mai 1990 nun auch formal die grundlegende Weichenstellung vorgenommen und das Experiment mit den Deutschen eingeleitet wurde. Wiederum war es eine Entscheidung von oben, bei der es an *Glasnost'* mangelte und die dementsprechend zu sowjetischen Zeiten auch nicht veröffentlicht wurde. Für den Apparat war dies der Weg des geringsten Widerstandes, bei dem aus den eigenen Reihen zunächst keine grundsätzlichen Probleme zu erwarten waren. Das ZK stimmte dem Vorschlag am 23. Juni 1990 zu und leitete die Vorlage zur weiteren Veranlassung an den Obersten Sowjet der UdSSR und den Ministerrat der UdSSR¹⁰⁵³.

Auf der Ebene des Obersten Sowjets und legislativen Seite sprachen sich G. Tarazevič und L. Šišov¹⁰⁵⁴ nur wenig später in einer Aufzeichnung für den Vorsitzenden des Obersten Sowjets Luk“janov in ähnlichem Sinne für eine Assoziation aus und die Durchführung eines von einem Organisationskomitee vorbereiteten Allunionskongresses der Vertreter der Sowjetdeutschen und ... Gründung eines Zentralrates mit Vertretungs- und Koordinierungsfunktionen¹⁰⁵⁵. Die Vertretung der Deutschen in den Obersten Sowjets der UdSSR und der Unionsrepubliken war in dem Papier auf der Grundlage von demokratischen Wahlen angedacht.

3.2.5 Reaktionen der "Wiedergeburt" auf das Umschwenken der sowjetischen Führung

Das Koordinationszentrum der "Wiedergeburt" trat vom 28.-30. März 1990 zu einer Arbeitssitzung zusammen und verabschiedete ein Positionspapier zur "Assoziation", das mit Datum vom 3. April 1990 an alle Leiter der lokalen "Wiedergeburt"-Organisationen versandt wurde¹⁰⁵⁶. Darin wertete die "Wiedergeburt" die "sogenannte Assoziation der Sowjetdeutschen" als einen Versuch des Apparates des ZK der KPdSU, in Kenntnis von

¹⁰⁵² "vozrastajuščij interes so storony nemeckoj obščestvennosti k idee sozdanija asociacii"; "pomožet v poiske putej razvitija drugih narodov SSSR"

¹⁰⁵³ Postanovlenie CK KPSS ot 23 ijunija 1990g. No. 187-54 "O zapiske tt. A. Girenko, G. Usmanova, R. Nišanova, V. Guseva 'O nekotorych predložnijach po rešeniju problemy sovetskich nemcev.'" *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 311

¹⁰⁵⁴ Zav. odelom Sekretariata Prezidiuma Verhovnogo Soveta SSSR

¹⁰⁵⁵ Zapiska G. Taraseviča i L. Šišova Predsedatel'ju Verhovnogo Soveta SSSR A.I. Luk“janovu. 30.5.90. *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 308-19, S. 309

¹⁰⁵⁶ "Ob otnošenii VOSN 'Vozroždenie' k idee sozdanija nacional'noj asociacii ili central'nogo soveta sovetskich nemcev"; die Dokumente liegen dem Verfasser vor

Satzung und Programmatik der "Wiedergeburt" und deren Ablehnung jeder Form von "halbherzigen" Regierungsmaßnahmen, die Organisation der Deutschen von konkreten Schritten und Aufsehen erregenden Aktionen abzubringen¹⁰⁵⁷. Die Lösung der nationalen Probleme der Deutschen werde mit der "Assoziation" auf unbestimmte Zeit vertagt, vermutlich so lange, bis das sowjetdeutsche Volk nicht mehr existiere. Allein die Aufstellung der Kandidaten für den Kongress würde bereits mehr als ein Jahr in Anspruch nehmen und damit den Rahmen des "Ultimatums" der 2. Konferenz der "Wiedergeburt" sprengen. Den Funktionären warf die "Wiedergeburt" vor, sie missbrauchten die Deutschen zu Experimenten neuer Formen "der Befriedigung nationaler Bedürfnisse". Die "Wiedergeburt" sei zwar nicht gegen Experimente, jedoch müssten zuerst die verfassungsmäßigen Rechte der Deutschen wiederhergestellt werden¹⁰⁵⁸.

Darüber hinaus kritisierte das Koordinationszentrum Äußerungen des Vorsitzenden des Nationalitätensovjets, R.N. Nišanov, der in der laufenden Sitzungsperiode des Obersten Sowjets die "antideutsche, chauvinistische Kampagne an der Wolga als natürliche Willensäußerung der Massen"¹⁰⁵⁹ bezeichnet habe und damit das Misstrauen der Sowjetdeutschen gegen das Zentrum vertiefte. Das Fehlen einer aktiven propagandistischen Arbeit im Wolgagebiet seit 1989 lasse darauf schließen, dass die dortige antideutsche Kampagne "mit stillschweigendem Einverständnis oder möglicherweise sogar mit Befürwortung von oben" geführt werde. Die Situation an der Wolga habe 1989 noch innerhalb von 2-3 Monaten korrigiert werden können, nunmehr würde es 5-6 Monate öffentlicher Aufklärungsarbeit unter Leitung der "Wiedergeburt" bedürfen. Die "Wiedergeburt" bestehe darauf, dass der Oberste Sowjet noch bis zum Ende seiner Frühjahrstagung die grundlegenden gesetzgeberischen Maßnahmen treffe und gleichzeitig die Bevölkerung auf dem Territorium der ehemaligen Wolgarepublik aufkläre. Die Wiederherstellung der Staatlichkeit könne dann innerhalb von zwei Fünfjahrplänen stufenweise erfolgen und Spannungen durch freiwillige Umsiedlung eines Teils der gegenwärtigen Bewohner auf der Basis von materiellen Anreizen reduziert werden. Die Aufschiebung von Regierungsmaßnahmen würde lediglich zu einer Radikalisierung der deutschen Forderungen führen.

¹⁰⁵⁷ "Ponimaja kritičeskoe otnošenje sovetskich nemcev ko vsjakogo roda polumeram, funkcionery CK KPSS rešili predložiti' nam nečto soveršenno novoe, nestandartnoe, osmyslenie kotorogo potrebuje mnogo vremeni, a na praktike otvlečet naši sily ot bor'by za osnovnye celi." *ibid.* S. 1

Der russische Originaltext macht deutlicher, was unter "halbherzig" zu verstehen ist, nämlich alle Maßnahmen, die nicht das ganze Problem, die Wiederherstellung der Republik, lösen, sondern nur Teilbereiche oder weniger bedeutende Fragen. "Halbherzig" wird in deutschsprachigen Texten z.B. im *Neuen Leben* benutzt.

¹⁰⁵⁸ "Rabotniki CK KPSS ne skryvajut želanija aprobirovat' novuju formu 'udovletvorenija nacional'nych zaprosov' maločislennyh narodov SSSR na daleko ne maločislennom nemeckom sovetskom narode. My ne protiv eksperimentov po soveršenstvovaniju nacional'nogo ustrojstva, no liš' posle vosstanovlenija konstitucionnych prav sovetskich nemcev." *ibid.* S. 2

¹⁰⁵⁹ *ibid.* S. 2

Das Koordinationszentrum verabschiedete Beschlüsse, die "Assoziation" bis zur 3. Konferenz der "Wiedergeburt" zunächst nicht öffentlich zu diskutieren. Das Präsidium der "Wiedergeburt" solle den Vorschlag untersuchen und, falls erforderlich, eine außerordentliche Konferenz einberufen und die "Wiedergeburt" im übrigen an der Forderung der 2. Konferenz nach der Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte der Deutschen festhalten. Von den 22 anwesenden Mitgliedern stimmte u.a. Wormsbecher gegen dieses Vorgehen.

Das Koordinationszentrum verabschiedete Briefe an den Vorsitzenden des Ministerrates Ryškov und an Präsident Gorbačev, in denen sich Groth mit Datum vom 30. März 1990 im Namen der Deutschen beschwerte, dass Gusev in der Kommission "von Anfang an von der Verwirklichung der Hauptaufgabe abgewichen war" und dort lediglich "Absichten zur Lösung von zweitrangigen Aspekten der nationalen Probleme des sowjetdeutschen Volkes behandelt würden, nur nicht die Wiederherstellung von dessen Staatlichkeit"¹⁰⁶⁰. Diese Frage sei im Mandat der Kommission überhaupt nicht vorgesehen¹⁰⁶¹, schrieb Groth an Gorbačev. Im Laufe von vier Monaten seit dem Beschluss des Obersten Sowjets sei es nur zu zwei zweistündigen Sitzungen der Staatlichen Kommission gekommen, hieß es in dem Schreiben an Ryškov. Auch gebe es in dem Beschluss zur Einsetzung der Kommission keinen Termin, zu dem die Ergebnisse der Kommissionsarbeit dem Obersten Sowjet vorzulegen seien. Die Deutschen werteten dies als Versuch, die Umsetzung des Beschlusses der Obersten Sowjets zu verhindern, und drohten, ihre Mitarbeit in der Gusev-Kommission einzustellen¹⁰⁶². Gorbačev wurde gebeten, die Umsetzung des Beschlusses des Obersten Sowjets persönlich zu kontrollieren¹⁰⁶³.

Es kann nicht verwundern, dass die Stimmung in der "Wiedergeburt" angesichts dieser Entwicklungen von tiefer Ratlosigkeit gekennzeichnet war. Am 1. März 1990 eröffnete Heinrich Groth der deutschen Botschaft, dass die Führung der "Wiedergeburt" die Notwendigkeit sehe, sich in Aufsehen erregender Weise an die Öffentlichkeit zu wenden. Die "Wiedergeburt" hatte aber keine konkreten Vorstellungen darüber, wie dies geschehen könne. Die fünf potentiellen Aktionsfelder, die Groth nannte, dokumentieren die

¹⁰⁶⁰ Brief des Koordinationszentrums der "Wiedergeburt"; "Predsedatelju Soveta Ministrov SSSR tov. Ryškovu N.I.", 30.3.90, S. 1

¹⁰⁶¹ In "Resoljucija Plenuma Koordinacionnogo Centra VOSN 'Vozroždenie', sostojavšegosja 17-19 aprilja 1990 goda v Moskve" wurde diese Kritik bestätigt, vgl. *Freundschaft*, 26.4.91, S. 2

¹⁰⁶² Die tatarischen Mitglieder hatten den für die Krimtataren zuständigen Teil der Gusev-Kommission aus Protest gegen die Verzögerungspolitik und Willkür der beteiligten Regierungsstellen inzwischen demonstrativ verlassen.

¹⁰⁶³ "My prosim Vas vzat' pod kontrol' vpolnenie postanovlenija Verchovnogo Soveta SSSR ot 28 nojabrja 1989 g." Brief des Koordinationszentrums der "Wiedergeburt"; "Prezidentu SSSR tov. Gorbačevu M.S.", 30.3.90, S. 3

Hilflosigkeit und politische Naivität der Führung der "Wiedergeburt": geschlossener Rücktritt der deutschen Mitglieder der Gusev-Kommission mit Pressekonferenz; Organisation einer Massenausreise von ca. 50.000 Deutschen; Forderung an die sowjetische Regierung, allen Ausreisenden in vollem Umfang die Vermögenswerte in konvertierbarer Währung zum Handelskurs zu ersetzen¹⁰⁶⁴; Forderung an die sowjetische Regierung, eine Statistik darüber vorzulegen, welche Vermögenswerte die Deutschen in der Sowjetunion geschaffen hatten und wie viel ihnen durch Enteignung, Vertreibung oder Diskriminierung verloren gingen; Brief an den Generalsekretär und die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit der Bitte, den Sowjetdeutschen irgendwo auf der Welt ein Siedlungsgebiet zuzuweisen¹⁰⁶⁵.

Vom 17.-19. April 1990 tagte das Koordinationszentrum der "Wiedergeburt" erneut in Moskau. In seinem Eingangsreferat stellte Groth fest, seit der 2. Konferenz der "Wiedergeburt" seien nunmehr drei Monate vergangen, ohne dass es "irgendwelche positiven Veränderungen zur Lösung unseres nationalen Problems gegeben"¹⁰⁶⁶ habe. In seiner Analyse kam Groth zu dem Schluss, dass die Wahlen zu den lokalen Sowjets Anfang März eher dazu beigetragen hätten, die Lage an der Wolga zu verschärfen, da sie dort noch zu einer Stärkung der gegen die *Perestrojka* gerichteten Kräfte führten. Unter diesen Umständen seien in dem Gebiet keinerlei Fortschritte zugunsten der Deutschen zu erwarten. Es bedürfe vielmehr einer "entschlossenen Einmischung des Zentrums, der progressiven Kräfte der RSFSR und der Union im ganzen"¹⁰⁶⁷. Allerdings werde im ZK der KPdSU und im Obersten Sowjet der UdSSR "hilflos" abgewunken: "Andere Zeiten sind angebrochen, und unter den Bedingungen der Demokratie kann das Zentrum auf die Lage vor Ort keinen Einfluss nehmen. Alles wird dort entschieden"¹⁰⁶⁸. Damit schloss sich nach Groth der *circulus vitiosus*: "Ein Unions- und staatliches Problem, das Schicksal eines mehr als 2 Millionen zählenden Volkes ... wird an den Apparat der Gebiete Saratov und Volgograd verpachtet [otdana na otkup]".¹⁰⁶⁹

Auf der Tagung kritisierte die "Wiedergeburt" das beschränkte Mandat der Gusev-Kommission erneut scharf, weil es die Wiederherstellung der Wolgarepublik nicht umfasse, und warnte vor zunehmender Radikalisierung der deutschen Bewegung. Die Führung der "Wiedergeburt" signalisierte nunmehr jedoch Bereitschaft, für eine Übergangszeit die

¹⁰⁶⁴ Bislang wurde nur bis zu einem Betrag von DM 600,- zum Touristenkurs getauscht; die Forderung wurde später tatsächlich - aber ohne Erfolg - erhoben.

¹⁰⁶⁵ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1228 vom 27.3.90, Pol 320.16/Ku 600.50/1

¹⁰⁶⁶ "Vstupitel'noe slovo predsedatelja VOSN "Vozroždenie" Genricha Grouta"; in: *Neues Leben*, 9.5.90, S. 4

¹⁰⁶⁷ *ibid.*

¹⁰⁶⁸ *ibid.*

¹⁰⁶⁹ *ibid.*

Gründung eines "Zentralrates" bzw. einer "Assoziation" zu akzeptieren, um in der Sache Fortschritte zu erzielen und das Angebot nicht nur deshalb auszuschlagen, weil es der Maximalforderung der Deutschen nicht gerecht wurde. Allerdings waren die Mitglieder des Koordinationszentrums der "Wiedergeburt" sich darüber einig, dass das Projekt nicht unter der Federführung des ZK, sondern ausschließlich in der Regie staatlicher Stellen stehen und eine Mitarbeit der Deutschen nicht als Verzicht auf die territoriale Autonomie interpretiert werden dürfe, sondern als Schritt zur Erreichung dieses Ziels¹⁰⁷⁰. Die Deutsche Botschaft, die die Sitzung beobachtete, schlug in ihrem Bericht vor, unter den von der "Wiedergeburt" genannten Voraussetzungen den Gedanken der Gründung eines staatlich anerkannten Zentralrates zu unterstützen, um in ihm den erwünschten offiziellen Partner für kooperative Maßnahmen zu bekommen¹⁰⁷¹.

Das Koordinationszentrum verabschiedete offene Briefe an Gorbačev und den Obersten Sowjet, in denen auf die Missstände bei der Behandlung der Anliegen der Deutschen hingewiesen und dringend um Unterstützung gebeten wurde¹⁰⁷². Die Deutschen erinnerten den Obersten Sowjet an die Schlussfolgerungen der Kiselev-Kommission und forderten ihn auf, die Umsetzung seines Beschlusses vom 28. November 1989 zu kontrollieren. Die Teilnehmer an der Sitzung richteten schließlich einen Appell an den Generalstaatsanwalt der UdSSR, A.S. Sucharev, in dem unter Hinweis auf Art. 36 der Verfassung und das Gesetz des Obersten Sowjets vom 2. April 1990 "Über die Verschärfung der Verantwortlichkeit für Verstöße gegen die nationale Gleichberechtigung der Bürger und die gewaltsame Verletzung der territorialen Integrität der UdSSR"¹⁰⁷³ auf die antideutsche Kampagne an der Wolga hingewiesen wurde. Diesbezügliche Eingaben an die Staatsanwaltschaft des Saratover Gebiets vom Dezember 1989 und an Staatsanwaltschaften von Rayons dieses Gebiets seien ohne Reaktion geblieben¹⁰⁷⁴.

Der Oberste Sowjet hatte das Gesetz am 2. April 1990 unter dem Eindruck zunehmender, nationalitätenpolitisch motivierter Gewalttaten und separatistischer Tendenzen, aber auch im Bemühen, internationale (menschen-) rechtliche Verpflichtungen in die innerstaatliche Gesetzgebung umzusetzen, verabschiedet. In der Begründung zu dem Gesetz hieß es:

¹⁰⁷⁰ "Resolucija Plenuma Koordinacionnogo Centra VOSN 'Vozroždenie', sostojavšegosja 17-19 aprelja 1990 goda v Moskve" in: *Freundschaft*, 26.4.91, S. 2

¹⁰⁷¹ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1607 vom 23.4.90, Pol 320.16

¹⁰⁷² "Otkrytoe pis'mo Prezidentu SSSR", 19.4.90; "Verchovnomu Sovetu SSSR ot Plenuma Vsesojusnogo obščestva sovetskich nemcev 'Vozroždenie'", 18.4.90; der Brief an Gorbačev ist abgedruckt in: *Freundschaft*, 26.4.90, S. 2; beide in: *Neues Leben*, 9.5.90, S. 4

¹⁰⁷³ "Ob usilenii otvetstvennosti za pošjagatel'stva na nacional'noe ravnopravie graždan i nacil'stvennoe narušenie edinstva territorii Sojuza SSR" vom 2.4.90, veröffentlicht in: *Izvestija*, 5.4.90

¹⁰⁷⁴ "General'nomu prokuroru SSSR tov. Sucharevu A.S. učastnikov Plenuma KC VOSN "Vozroždenie". Obrašćenie", o.D.; abgedruckt in: *Freundschaft*, 26.4.90, S. 2

Das vorliegende Gesetz -

geht von der Notwendigkeit aus, den Schutz der Rechte und Freiheiten der Bürger zu stärken, die Aktivitäten verschiedener nationalistischer und separatistischer Vereinigungen entschlossen zu unterbinden, die auf die Diskriminierung von Bürgern im Zusammenhang mit deren nationaler Zugehörigkeit, Sprache, Glaubensbekenntnis zielen, auf die Entzündung von nationaler Feindschaft und Zwietracht, auf die gewaltsame Verletzung der in der Verfassung der UdSSR verankerten Einheit des Territoriums der Union der SSR;

berücksichtigt die international-rechtlichen Verpflichtungen der UdSSR über das gesetzliche Verbot jeglicher Aktivitäten, die auf die Diskriminierung von Bürgern, die Entzündung von nationalem Hass, Feindschaft und Gewalt zielen.¹⁰⁷⁵

3.2.6 Empfang von Sowjetdeutschen beim Vorsitzenden des Obersten Sowjets, Luk“janov

Am 21. April 1990, unmittelbar nach dem Plenum, empfing der Vorsitzende des Obersten Sowjets, Luk“janov, Vertreter der Wiedergeburt zu einem Gespräch. An dem Treffen nahmen der Volksdeputierte Peter P. Falk, Hugo Wormsbecher, Jurij Haar und V.K. Ritter teil. Groth konnte angeblich kurzfristig nicht erreicht werden, was er gegenüber der Botschaft jedoch zurückwies und unterstrich, das Treffen sei auf Initiative Wormsbechers zustande gekommen.

Luk“janov sprach sich zwar prinzipiell für die Wiederherstellung der territorialen Autonomie aus, betonte jedoch, innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre sei diese innenpolitisch nicht durchsetzbar. Auch die *Izvestija*-Meldung zum Treffen spiegelte die Zurückhaltung der sowjetischen Führung wider: „... der Vorsitzende des Obersten Sowjets legte offen die Schwierigkeiten dar, die die Führung des Landes auf dem Weg der Lösung dieser Frage sieht, und die Möglichkeiten ihrer Überwindung.“¹⁰⁷⁶ Die *Freundschaft* brachte ergänzend eine altbekannte Stereotype: „Der Vorsitzende des Obersten Sowjets würdigte den großen Beitrag der Sowjetdeutschen zur Entwicklung der UdSSR, ihren traditionellen Arbeitsfleiß und ihre Treue zum Sozialismus. Die Teilnehmer an dem Gespräch äußerten den Wunsch, dass Treffen dieser Art regelmäßig veranstaltet werden.“¹⁰⁷⁷ Luk“janov versprach, sich bei nächster Gelegenheit auch öffentlich für die Anliegen der Deutschen einzusetzen, und bat um Formulierungsvorschläge¹⁰⁷⁸.

¹⁰⁷⁵ "Ob usilenii otvetstvennosti za posjagatel'stva na nacional'noe ravnopravie graždan i nacil'stvennoe narušenje edinstva territorii Sojuza SSR" vom 2.4.90, veröffentlicht in: *Izvestija*, 5.4.90

¹⁰⁷⁶ *Izvestija*, 22.4.90

¹⁰⁷⁷ *Freundschaft*, 25.4.90, S. 1

¹⁰⁷⁸ Meines Wissens hat Luk“janov das Versprechen nicht eingelöst.

In der Begegnung wurde mitgeteilt, der Vorschlag der Gusev-Kommission, allen in die Arbeitsarmee verpflichteten Sowjetdeutschen zum 9. Mai 1990 die mit einer Reihe von Privilegien verbundene (Veteranen)-Medaille zu verleihen, sei angenommen worden. Außerdem würde Nišanov am 15. Mai 1990 unter Beteiligung der Gusev-Kommission, des KGB und der "Wiedergeburt" eine Pressekonferenz geben, auf der die Hintergründe für das Dekret vom 28. August 1941 zur Auflösung der Wolgarepublik erläutert und die Aufhebung der belastenden Verordnungen früherer Sowjetregierungen verkündet werden sollten¹⁰⁷⁹. Ein entsprechender Beschluss sei beim Ministerrat in Vorbereitung; Probleme bereite allerdings, dass der Regierung der Überblick fehle, in welchen Dekreten Benachteiligungen der Deutschen festgeschrieben seien¹⁰⁸⁰. Die weiteren Entwicklungen waren wenig geeignet, das Vertrauen der Sowjetdeutschen in die Führung und insbesondere in den Obersten Sowjet zu stärken: Die Pressekonferenz wurde mehrfach verschoben und sollte dann am 25. Mai 1990 stattfinden. Am Tag selbst wurde sie erneut abgesagt. Schließlich sollte sie am 1. Juni 1990 stattfinden, wurde jedoch wiederum ohne Angabe von Gründen kurzfristig und *sine die* abgesagt¹⁰⁸¹. Auch die vollmundige Ankündigung zu den Trudarmisten erwies sich als falsch. Erst im Juni 1991 wurde ein wenig hilfreiches Dekret erlassen.

Als Reaktion auf die gesunkenen Aussichten auf Wiederherstellung der Wolgarepublik begannen die Deutschen, ihre Drohung mit einer massenhaften Ausreise publizistisch wirksam in die Tat umzusetzen. *Interfax* meldete am 16. Mai 1990 eine Delegation von Deutschen von der Wolga, die der Deutschen Botschaft am 14. Mai 1990 eine Liste mit über 400 Namen Ausreisewilliger übergeben hatte, sowie eine weitere am 16. Mai 1990 mit einer Liste von 3.000 Personen und kündigte unter Berufung auf Heinrich Groth weitere Aktionen dieser Art an. Beide Delegationen gaben an, die Deutschen an der Wolga fühlten sich zunehmend bedroht und müssten deshalb Zuflucht in der Bundesrepublik suchen. Der Botschaft lagen am 17. Mai 1990 insgesamt vier Listen aus dem Wolgagebiet mit ca. 5.000 Namen vor¹⁰⁸².

3.2.7 Nationalitätenpolitisch relevante Entwicklungen in der Gesetzgebung

Im April 1990 traten zwei für die Sowjetdeutschen wichtige Gesetze in Kraft, am 24. April 1990 zunächst das "Gesetz über die Sprachen der Völker der UdSSR"¹⁰⁸³. In Abkehr von der

¹⁰⁷⁹ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 2481 vom 25.6.90

¹⁰⁸⁰ Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1605 vom 23.4.90, Pol 320.16

¹⁰⁸¹ vgl. Vermerk 213-321.39 vom 5.6.90

¹⁰⁸² vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1992 vom 17.5.90

¹⁰⁸³ "O jazykach narodov SSSR", *Izvestija*, 4.5.90

Praxis der Brežnev-Zeit garantierte Art. 6 den Bürgern der UdSSR die freie Wahl der Sprache, der Erziehung und Ausbildung sowie die Gründung von Vorschuleinrichtungen und allgemeinbildenden Institutionen mit Unterricht in den jeweiligen nationalen Sprachen. Unter bestimmten Voraussetzungen war sogar die Hebung der Sprache einer kompakt siedelnden Bevölkerung zur Amtssprache vorgesehen (Art. 19). Für die Sowjetdeutschen hat dieses Gesetz zu sowjetischer Zeit allerdings keine praktische Bedeutung mehr erlangen können. Anders jedoch das Gesetz der UdSSR "über die freie nationale Entfaltung von Staatsangehörigen der UdSSR, die außerhalb ihrer nationalstaatlichen Gebilde leben oder im Hoheitsgebiet der UdSSR über solche nicht verfügen"¹⁰⁸⁴, das am 26. April 1990 in Kraft trat. Das Gesetz zur "Harmonisierung der nationalen Beziehungen" (Präambel) sah in enger Anlehnung an die Forderungen des Nationalitätenplenums vom September 1989 die Gleichberechtigung dieses Bevölkerungsteils mit den in etablierten Territorien lebenden Sowjetbürgern vor sowie dessen freie kulturelle Selbstentfaltung, d.h. "die Befriedigung nationaler kultureller, geistiger und sprachlicher Bedürfnisse" (Art. 2), sofern dies nicht zum Nachteil anderer gereichte (Art. 3).

Unions- oder Autonome Republiken konnten im Interesse von Angehörigen ihrer Nationalität, die außerhalb ihres Heimatgebietes lebten, mit anderen Republiken der UdSSR zwischenstaatliche Abkommen schließen (Art. 5)¹⁰⁸⁵. In traditionellen Siedlungsgebieten konnten durch mehrheitliche Willenserklärung nationale Rayons, Siedlungs- oder Dorfsowjets geschaffen werden, in Übereinstimmung mit den Unions- oder Autonomen Republiken (Art. 7) auch ohne Abstimmung¹⁰⁸⁶. Selbst in Fällen, wo die nationale Minderheit in dem betreffenden Gebiet zahlenmäßig nicht die Mehrheit stellt, war die Gründung einer autonomen Einheit möglich (Art. 8). Die konkrete Ausgestaltung von autonomen Gebiet und Abstimmungsverfahren bedurfte allerdings der Zustimmung des Obersten Sowjets der Unions- oder Autonomen Republik, in dem das Gebiet gegründet werden sollte.

Nicht wenige Sowjetdeutsche standen der Möglichkeit zur Bildung ("obrazovyvat") von autonomen Gebieten kritisch gegenüber, da diese "keinerlei Beziehungen zum Schicksal der Sowjetdeutschen [hat] - denn die setzen sich nicht für die Neubildung ein, sondern für deren Wiederherstellung."¹⁰⁸⁷ Für die Deutschen kann die Bedeutung des Gesetzes aber nicht hoch

¹⁰⁸⁴ "O svobodnom nacional'nom razvitii graždan SSSR, proživajuščich za predelami svoich nacional'nosudarstvennykh obrazovanij ili ne imejuščich ich na territorii SSSR"; veröffentlicht in: *Izvestija*, 6.5.90 und *Pravda*, 7.5.90

¹⁰⁸⁵ Russland hat 1992 eine Reihe von Abkommen mit den zentralasiatischen Republiken geschlossen, die auch Minderheitenschutzklauseln enthalten.

¹⁰⁸⁶ "nacional'nye rajony, nacional'nye poselki i nacional'nye sel'sovety"

¹⁰⁸⁷ *Neues Leben*, 6.3.91, S. 2

Streng genommen, hätten unter dieser sowjetdeutschen Prämisse Gebiete nur in den alten Grenzen wiederhergestellt werden können. Selbst hinsichtlich der Wolgarepublik wurde dies aber seitens der Deutschen nie gefordert.

genug eingeschätzt werden: Auf dieser Grundlage wurden Anfang Juli 1991 ein deutscher Autonomer Rayon im Altaj (Halbstadt) und im Oktober 1991 ein weiterer bei Omsk (Azovo) gegründet. Am Beispiel der beiden deutschen Rayons hat sich gezeigt, dass die Bestimmungen, die von den Republiken sehr willkürlich hätten gehandhabt werden können, dennoch zur Gründung von nationalen Gebieten führten.

Die Repräsentanten der nach diesem Gesetz geschaffenen autonomen Gebiete sollten in den Exekutivausschüssen und anderen Organen vertreten sein, sie mussten zu Gesetzesvorhaben, die sie betrafen, gehört werden (Art. 10 und 11). Den Minderheiten war die Anwendung der eigenen Sprache sowie die Entwicklung der nationalen Kultur, der Traditionen und Bräuche erlaubt, ihnen waren eigene Kindergärten und Schulen bzw. separate Einrichtungen zu geben (Art. 10).

Art. 13 stellte für die Bundesrepublik letztlich die rechtliche Berufungsgrundlage für konkrete Hilfe an die Sowjetdeutschen dar:

Zur Unterstützung der Entwicklung der nationalen Kultur, der Traditionen, der Sprache, der Volkskunst [narodnych promyslov], der Einrichtung und des Erhalts kultureller Verbindungen von national-staatlichen Gebilden in der UdSSR mit national verwandten Staaten im Ausland können nationale Kulturzentren, nationale Gesellschaften und Landsmannschaften gegründet werden.¹⁰⁸⁸

Die nationalen Kulturzentren, nationalen Gesellschaften und Landsmannschaften haben das Recht (...) Verbindungen mit kulturell-bildenden [kul'turno-prosvetitel'nye] Organisationen im Ausland zu unterhalten und zu entwickeln.¹⁰⁸⁹

Unter Hinweis auf dieses Gesetz demarchierte der Kulturreferent der Sowjetischen Botschaft Maslakov am 15.5.90 bei dem Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Witte, und bat um Unterstützung für die Entsendung einer Gruppe von 25-30 Sowjetdeutschen im Rahmen von Ausbildungsmaßnahmen für nationale Fachkräfte im Bereich Kultur, Kunst, Folklore, Musik und Regie. Dies war der erste offizielle sowjetische Vorschlag zur Förderung der Sowjetdeutschen¹⁰⁹⁰.

Nationalen Kulturzentren, Gesellschaften und Landsmannschaften gab Art. 18 die Rechte von juristischen Personen. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die "Wiedergeburt" als nationale Gesellschaft im Sinne dieses Gesetzes in der rechtlichen Praxis zu Zeiten der UdSSR niemals offiziell registriert werden konnte.

¹⁰⁸⁸ Art. 13, *Izvestija*, 6.5.90 und *Pravda*, 7.5.90

¹⁰⁸⁹ Art. 16, *ibid.*

¹⁰⁹⁰ vgl. Vermerk 610-600.51/10 vom 21.5.90 Im weiteren wurden die bilateralen Projekte pragmatisch gehandhabt, ohne im einzelnen auf das Gesetz einzugehen.

Art. 19 regelte Verstöße gegen das Gesetz, und Art. 21 räumte internationalen Verpflichtungen der UdSSR Vorrang vor diesem Gesetz ein - ein Hinweis darauf, wie ernst es der UdSSR inzwischen mit der menschen- und minderheitenrechtlichen Einbindung ihrer Gesetze in die internationalen Normen und Standards war.

In Art. 17 tauchte erstmals die Idee der "Assoziation" in schriftlicher Form auf, allerdings mit dem Zusatz "territorial" als ein auf ein bestimmtes Gebiet bezogener Zusammenschluss, während im Falle der Sowjetdeutschen lediglich von einer "außerterritorialen Assoziation" (vneterritorial'naja asociacija) die Rede war. Danach konnten zur

Koordination der Tätigkeit von nationalen Kulturzentren, nationalen Gesellschaften und Landsmannschaften ... Unions-, Republiks- und andere territoriale Assoziationen gegründet werden, die ebenfalls die Interessen der entsprechenden nationalen Gruppen in den staatlichen Organen der Union und der Republiken vertreten.¹⁰⁹¹

Diesen "Assoziationen" wurde in Art. 18 der Status einer "juristischen Person" verliehen. Hinsichtlich der "Assoziation" kam dem Gesetz in seiner kurzen Wirkungsgeschichte bis zum Ende der UdSSR keine Bedeutung zu, und die darin angesprochene Territorialitätsfrage spielte in den Diskussionen und politischen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und "Wiedergeburt" um die "Assoziation" keine Rolle.

3.2.8 Alternative Ansiedlungsprojekte für Sowjetdeutsche innerhalb der UdSSR

Die zunehmende Aussichtslosigkeit, die Wolgarepublik in absehbarer Zeit wiederherzustellen und die massenhafte Abwanderung von Deutschen in die Bundesrepublik veranlasste ab 1990 eine wachsende Anzahl sowjetischer Gebiete, an die Bundesrepublik mit der Bitte um Hilfe heranzutreten. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die allgemeine Liberalisierung im Lande, die den Regionen eine eigene, selbständigere Politik ermöglichte. Die Gebietskörperschaften bemühten sich um eine Ansiedlung bekannt guter deutscher Arbeitskräfte mit dem Kalkül, zu deren Unterstützung würde die Bundesrepublik zu Investitionen bereit sein. Das Auswärtige Amt und das Bundesministerium des Innern registrierten diese Angebote, blieben jedoch zurückhaltend, da diese in der Regel nicht ausreichend konzeptionell durchdacht und schon auf den ersten Blick als rein utilitaristisch orientiert erkennbar waren. Perspektiven für eine Ansiedlung Sowjetdeutscher in einer für den Kulturerhalt ausreichenden Größenordnung, d.h. mehrere zehntausend, waren nicht gegeben und die Sowjetdeutschen selbst dazu nicht befragt worden.

¹⁰⁹¹

Art. 17, *ibid.*

Am 15. März 1990 führte Eugen N. Miller, der Vorsitzende der Gebietsorganisation der "Wiedergeburt" in der ca. 200 km nördlich der ehemaligen Wolgarepublik belegenen Stadt Ul'janovsk Gespräche in Bonn über die Verbesserung der Lebensbedingungen der dortigen ca. 2.000 Deutschen. Ul'janovsk biete besonders günstige Voraussetzungen für die Ansiedlung weiterer Deutscher. Als mögliche Anzahl nannte Miller 5.000-7.000 Personen und forderte wirtschaftliche und kulturelle Unterstützung. Er teilte mit, das Gebietsexekutivkomitee von Ul'janovsk habe auf Initiative der "Wiedergeburt" im Januar 1990 eine Umfrage unter den 14 Rayons des Gebiets und in 7 Industriebetrieben nach der Aufnahmemöglichkeit von deutschen Zuesiedlern abgehalten. Danach seien 11 Rayons und zwei Betriebe willens und in der Lage, Sowjetdeutschen Arbeit und Unterkunft zu bieten. Lediglich drei Rayons hätten negativ votiert und die übrigen fünf Unternehmen nicht auf die Anfrage geantwortet. In einer Dokumentation für die Bundesregierung zog Miller das Fazit: "Die hiesigen Einwohner verhalten sich zur Perspektive der Einsiedlung von deutschen Familien mit Verstand."¹⁰⁹² Das Auswärtige Amt wies Miller auf die noch fehlende Voraussetzung für deutsche Maßnahmen hin, die Zustimmung der Sowjetunion, sagte jedoch die gewünschte Zusendung von Schulbüchern zu¹⁰⁹³. Der Sowjet des Oblast' Ul'janovsk sprach wenig später im Sinne der "Wiedergeburt"-Initiative die Einladung an die Sowjetdeutschen öffentlich aus¹⁰⁹⁴. Ab 31. April 1990 erschienen in Ul'janovsk zweimal pro Monat die *Nachrichten* als vierte Zeitung, die in der UdSSR auf deutsch herausgegeben wurden¹⁰⁹⁵. Die Sowjetdeutschen nahmen das Angebot aus Ul'janovsk aber nicht an, obwohl Gorbačev diese Ansiedlungsvariante öffentlich und auch gegenüber Bundeskanzler Kohl würdigte. Eine nennenswerte Übersiedlung in das Gebiet fand nicht statt. Die Deutsche Botschaft berichtete dazu:

Das Siedlungsangebot des Gebiets Ul'janovsk wird von den meisten Deutschen, mit denen die Botschaft spricht, als inakzeptabel bezeichnet: Dort fehle jede Infrastruktur, die Deutschen würden dort gebraucht, weil niemand sonst die Wiederaufbauarbeit in den weitgehend ruinierten Dörfern übernehmen wolle. Es sei keine kompakte Ansiedlung gewährleistet, von kultureller Unterstützung könne keine Rede sein. Die örtlichen Behörden zeigten kein Interesse am Aufbau deutscher Schulen oder Kindergärten. Selbst das Angebot russischsprachiger Bildungseinrichtungen sei unzureichend. Die dortigen Behörden seien an Arbeitskräften, aber nicht an Deutschen interessiert.¹⁰⁹⁶

¹⁰⁹² Achtseitige Dokumentation der "Ul'janovsker Gebietsorganisation der Sowjetdeutschen 'Wiedergeburt'"; Anlage zum Vermerk 605-622 SOW/1 vom 21.3.90, S. 6

¹⁰⁹³ vgl. Vermerk 605-622 SOW/1 vom 21.3.90

¹⁰⁹⁴ *Izvestija*, 24.4.90

¹⁰⁹⁵ vgl. Interview von Evgenij Miller in *Rabočaja Tribuna*, 4.5.90; der entsprechende Beschluss des Gebietsexekutivkomitees war bereits am 20.3.90 gefasst worden, vgl. *Neues Leben*, 9.5.90, S. 2

¹⁰⁹⁶ Bericht der Botschaft Moskau Nr. 2481 vom 25.6.90, Pol 320.16

Anlässlich seiner ersten Reise als Präsident besuchte Gorbačev im Ural Nižnij Tagil, eine Industriestadt mit über 400.000 Einwohnern, davon ca. 4.000 Deutschen. In Nižnij Tagil wurden Präsident Gorbačev nach einer Rede Fragen gestellt, darunter auch eine des Korrespondenten des *Neuen Leben*, Vladimir Vasjutinskij,¹⁰⁹⁷ zu den Perspektiven der Deutschen:

Die Bevölkerung von Nižnij Tagil besteht zu ca. einem Prozent aus Bürgern deutscher Nationalität, die, wie alle Sowjetdeutschen, die Frage der Wiederherstellung der deutschen Autonomie bewegt, die von Stalin im August 1941 beseitigt wurde. Auf welchen Wegen sehen Sie, Genosse Präsident, eine Möglichkeit der Lösung der Probleme der Sowjetdeutschen?¹⁰⁹⁸

Bei der Antwort handelte es sich um eine der sehr wenigen öffentlichen und konkreten Einlassungen Gorbačevs zu dieser Thematik. Zuvor hatte er die Sowjetdeutschen nur in allgemeiner Form erwähnt:

Wir ... wollen dieses Problem gerecht lösen. Es ist schon viel hinsichtlich der Herausgabe deutschsprachiger Literatur getan worden. Das ist wichtig für das Leben eines Volkes, für den Erhalt seiner nationalen Identität. Geplant ist auch die Erweiterung des muttersprachlichen Unterrichts. Das ist in Ordnung. Doch hier geht es um Autonomie. Dort, wo die deutsche Autonomie an der Wolga war, leben heute andere Menschen. Wir können doch nicht ein Problem lösen und dadurch ein neues Problem schaffen. Und deswegen glaube ich, wir sollten nachdenken und gemeinsam nach einer Lösung suchen. Ich begrüße die Initiative im Gebiet Ul'janovsk. Dort hat man nachgedacht und sich an die Genossen deutscher Nationalität gewandt, in diese ihre Heimat zu kommen. Solche Methoden gegenseitiger Vereinbarungen und guten Willens werden von uns befürwortet, um ein schwieriges Problem zu lösen, ohne dass zwei Völker aneinandergeraten.¹⁰⁹⁹

Das Gebietsexekutivkomitee von Ul'janovsk hatte am 6. April 1990 auf Initiative der örtlichen "Wiedergeburt" unter Leitung von Evgenij N. Miller den Beschluss gefasst, im Gebiet 8-10.000 Deutsche anzusiedeln und dafür die Bedingungen zu schaffen¹¹⁰⁰.

Dass *Pravda* gerade dieser Frage und Antwort unionsweite Verbreitung verschaffte, war gewiss kein Zufall, sondern angesichts der aufgestauten, offenen Probleme und der

¹⁰⁹⁷ *Neues Leben*, 9.5.90, S. 2

¹⁰⁹⁸ *Pravda*, 29.4.90

¹⁰⁹⁹ *ibid.*

¹¹⁰⁰ Der Beschluss des Gebietsexekutivkomitees ist abgedruckt im *Neuen Leben*, 9.5.90, S. 2; dort findet sich auch ein Aufruf Millers zur Übersiedlung, der Details zu den Aktivitäten der Deutschen im Gebiet Ul'janovsk seit Oktober 1989 enthält.

Ausreisezahlen vermutlich Ausdruck politischer Notwendigkeit, hinsichtlich der Deutschen ein letztinstanzliches Zeichen zu setzen.

Während der mehr spontane Charakter der Replik des Präsidenten geeignet war, an der Wolga die Gemüter zu beruhigen, hatte sie bei den Deutschen, von denen die Einschätzung von Ul'janovsk als Alternative nicht geteilt wurde, eher konträre Reaktionen zur Folge. Der Chefredakteur der *Freundschaft*, Konstantin Ehrlich, schrieb einen der wenigen offeneren Kommentare in einer sowjetdeutschen Zeitung:

Plötzlich hören wir auch vom Staatsoberhaupt, dass die früheren Siedlungsgebiete der Sowjetdeutschen mit anderen Leuten besiedelt seien und man sich die Lösung der "deutschen Frage" überlegen müsse. Da kann man sich nur wundern. Der Präsident denkt in Kategorien, die schon unsere ersten Delegationen im Kreml in den 60er Jahren hören mussten. Hat denn das Staatsoberhaupt keine Informationen über den wirklichen Stand der Dinge im Wolgagebiet, dass die meisten deutschen Dörfer dort verschwunden oder teilweise ganz zerstört sind? Oder weiß er den Beitrag der Deutschen zur wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung Russlands nicht zu schätzen? Diese Frage bleibt vorläufig offen.¹¹⁰¹

Aus der Bundesrepublik wies die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. die Äußerungen als ein "von Gorbačev befürwortetes Abenteuer" scharf zurück, um "eine gewisse Zahl der Russlanddeutschen in Gebiete zu locken, wo es an Arbeitskräften mangelt, um auf diese Weise diesen Bedarf zu decken, die Deutschen dabei noch mehr zu zerstreuen und ihre Assimilierung zu beschleunigen."¹¹⁰²

Groth hielt die Antwort Gorbačevs für eine Reaktion auf das Januar-Ultimatum der "Wiedergeburt"¹¹⁰³ und einen Teil einer Desinformationskampagne. Hilfeleistungen würden angekündigt, deren Gehalt oder Umsetzung für die Masse der Sowjetdeutschen nicht nachprüfbar sei. Meldungen wie diese erweckten aber den falschen Eindruck, es existiere bereits umfangreiche kulturelle und andere Förderung. Aus dem Thema solle lediglich "die Luft herausgelassen" und die Untätigkeit des Apparats verschleiert werden. Zwar wolle er lokale Initiativen nicht grundsätzlich in Abrede stellen, jedoch brächten diese aufs Ganze gesehen keine Lösung für die zwei Millionen Deutschen¹¹⁰⁴. In einer späteren Intervention vor der 3. Konferenz der "Wiedergeburt" wies Groth darauf hin, dass, folgte man Gorbačev, für die Deutschen in der UdSSR nirgends ein Gebiet für eine kompakte Ansiedlung existieren würde, denn überall lebten bereits Menschen: An der Wolga lediglich 10 Einwohner pro km², nur noch halb so viel wie früher in der Autonomen Wolgarepublik und zwanzigmal

¹¹⁰¹ *Freundschaft*, 5.5.90, S. 1

¹¹⁰² *Frankfurter Allgemeine*, 28./29.9.91

¹¹⁰³ Groth in einer Rede vor der 3. Konferenz der "Wiedergeburt", *Freundschaft*, 31.8.90, S. 2

¹¹⁰⁴ Bericht der Deutschen Botschaft Moskau Nr. 1989 vom 17.5.90, Ku 600.50/1

weniger als in der Bundesrepublik. Groth fragte, wie Gorbačevs Äußerung unter diesen Umständen zu verstehen sei¹¹⁰⁵. Vor dem selben Auditorium führte Eduard Eirich Gorbačevs Antwort weiter *ad absurdum*, indem er unterstrich, dass auf der Krim durchschnittlich zehnmal mehr Menschen pro km² lebten als an der Wolga, den Krimtataren die Rückkehr jedoch erlaubt werde¹¹⁰⁶.

So verständlich die Reaktionen der Betroffenen¹¹⁰⁷ sind, der Vorwurf des Vorsatzes, den sie erheben, ist aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zutreffend. Vergleicht man direkt oder indirekt vorliegende Äußerungen Gorbačevs, so kommt man zu dem Schluss, dass diese alle ähnlichen Inhalts waren und er, aus welchen Gründen auch immer, durchgängig uninformiert über Sachverhalte, Erwartungen der Deutschen und Lösungsansätze. Dies ist an sich schlimm genug, keinesfalls jedoch hinterlassen seine Interventionen den Eindruck, als seien sie rein taktischer, dilatorischer Natur und geprägt von besonderer Missgunst gegenüber den Sowjetdeutschen.

Gorbačevs Einlassungen in Nižnij Tagil mussten die Deutschen an Mikojans Äußerungen von 1964 erinnern¹¹⁰⁸ und als Absage der sowjetischen Führung an die Wiederherstellung der Wolgarepublik verstanden werden. Wie unzufrieden die Deutschen mit diesen und anderen Äußerungen ihres Präsidenten wirklich waren, wird in einem Interview eines sowjetdeutschen Teilnehmers an dem Treffen mit Gorbačev vom 7. Mai 1991 erkennbar¹¹⁰⁹. Auf diesem Hintergrund war es nur konsequent, dass sich die "Wiedergeburt" unter der Führung von Groth zunehmend auf El'cin orientierte.

Zu den Gebietsführungen, die den Versuch machten, aus der Misere der Sowjetdeutschen Kapital zu schlagen und - nicht zuletzt in der Hoffnung auf massive Hilfe aus Bonn - letztlich unseriöse "Einladungen" für eine Ansiedlung auszusprechen, gehörte auch Leningrad. Anatolij Sobčak, der Vorsitzende des Stadtsovjets, sprach den Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland, von Wistinghausen, am 7. November 1990 darauf an, dass es für Deutschland doch billiger würde, den Leningrader Plan, deutsche Bauern aus Zentralasien anzusiedeln, finanziell zu unterstützen, als die Deutschen in die Bundesrepublik zu integrieren¹¹¹⁰. In einem späteren *Spiegel*-Interview erläuterte er seine Absichten öffentlich:

¹¹⁰⁵ *Freundschaft*, 31.8.90, S. 2

¹¹⁰⁶ *ibid.* S. 3

¹¹⁰⁷ weitere Reaktionen, vgl. *Neues Leben*, 23.1.91, S. 2

¹¹⁰⁸ so auch Eirich in seiner Rede; vgl. *Freundschaft*, 31.8.90, S. 3

¹¹⁰⁹ Interview mit Gerold Belger, *Deutsche Allgemeine*, 18.5.91, s.u.

¹¹¹⁰ Bericht des Generalkonsulats Leningrad Nr. 436 vom 9.11.90, Pol 320.10

Ich bemühe mich darum, in untermölkerten Landstrichen rings um St. Petersburg Russlanddeutsche aus Kasachstan, Kirgisien und anderen Regionen anzusiedeln, die dorthin unter Stalin deportiert wurden. Wir haben bereits 150.000 Hektar Boden dafür freigemacht, so dass wir rund 20.000 Familien aufnehmen und ihnen Grundstücke zwischen fünf und zehn Hektar anbieten können. Mit einem solchen landwirtschaftlichen Gürtel hätte Sankt Petersburg bald keine Probleme mehr bei der Lebensmittelversorgung.¹¹¹¹

Der Plan war seinerzeit jedoch nicht abgestimmt mit dem Vorsitzenden des Leningrader Gebiets, Jarov, wo die Deutschen angesiedelt werden sollten. Sobčak, der als Reformier in Deutschland große Sympathie genoss, verfolgte diese Pläne im weiteren hartnäckig bei jeder sich bietenden Gelegenheit, obwohl sich seine Vorstellungen erst 1993 soweit konkretisiert hatten, dass eine ernsthafte Diskussion möglich wurde.

Die "Wiedergeburt" und ihr Vorsitzender Groth lehnten das Projekt ab, da es dem Hauptziel, der Sammlung der Deutschen an der Wolga, widerspreche und lediglich zu deren weiterer Zerstreuung beitrage. 90% der Siedlungen würden im Eigentum und unter Kontrolle Leningrads bleiben, das die Deutschen lediglich als gute Arbeiter und Köder für deutsches Kapital benötige¹¹¹². Ebenso zurückhaltend äußerte sich Rauschenbach in einem Gespräch mit Genscher am 10. September 1991 und bestätigte, dass die Ansiedlung bei Leningrad wieder nur bedeute, die Deutschen als Arbeitskraft zu nutzen, aber die Identitätsfrage nicht lösen werde. Kurzfristig biete sich Leningrad jedoch zur Aufnahme der Flüchtlinge aus Zentralasien an. Martens, ein weiterer prominenter Sowjetdeutscher, der ebenfalls an dem Gespräch teilnahm, nannte Leningrad eine Etappe auf dem Weg von Zentralasien nach Deutschland¹¹¹³. Bei Wormsbecher stieß die Leningrader Idee "auf offene Verachtung": "Die wollen nur ihre lokale Malaise mit deutschen Händen und Geld aus Bonn bewältigen"¹¹¹⁴.

Cherson, ein ehemaliges Siedlungsgebiet der Deutschen in der südlichen Ukraine, hatte ebenfalls die Aufnahme von Deutschen angeboten. Der Bundesregierung erlaubten die politischen Verhältnisse aber erst Anfang 1992 die Aufnahme von konkreten Gesprächen mit der ukrainischen Führung und den lokalen Machthabern am Schwarzen Meer¹¹¹⁵.

¹¹¹¹ *Der Spiegel* 37/1991, S. 174

¹¹¹² Groth am 23.4.91 im Auswärtigen Amt, vgl. Vermerk 213-321.39 vom 29.4.91; im selben Gespräch bewertete Groth Ul'janovsk allerdings im Grundsatz positiv, da das Gebiet direkt an die ehemalige Wolgarepublik angrenze und die RSFSR das Projekt unterstütze.

¹¹¹³ vgl. Vermerk 213-321.11 vom 10.9.91

¹¹¹⁴ *Der Spiegel*, 43/1991, S. 206

¹¹¹⁵ Groth nannte am 23.4.91 im Auswärtigen Amt Cherson ein mögliches Siedlungsgebiet, erste Gespräche der "Wiedergeburt" mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des ukrainischen Parlament hätten stattgefunden; vgl. Vermerk 213-321.39 vom 29.4.91

Schon am 7. September 1990 hatte Groth gegenüber der Deutschen Botschaft vier Siedlungsgebiete erwähnt, Cherson, Ul'janovsk, Altaj und Orenburg, in denen er gute Ansätze für praktische Fördermaßnahmen sehe. Diese Vorhaben lösten zwar nicht die Kardinalfrage der Autonomie, könnten aber in überschaubarem Rahmen helfen und Zeichen setzen.

3.2.9 Perspektiven deutscher Hilfsmaßnahmen. Zusammenarbeit mit der RSFSR

Infolge des Rückzugs der sowjetischen Führung von dem Plan der Wiederherstellung der Wolgarepublik und des daher weiter anschwellenden Aussiedlerstromes war auch die bundesdeutsche Seite gezwungen, ihre bisherige Konzeption von Politik und Hilfe zugunsten der Sowjetdeutschen zu überdenken.

Die Botschaft bezweifelte im Hinblick auf die Aussiedlerzahlen - die Zahl der Ausreisen kletterte von 8.187 im Monatsdurchschnitt 1989 auf die neue Rekordhöhe von 12.329 im Jahre 1990 -, dass es in vier oder fünf Jahren überhaupt noch sinnvoll sein werde, an eine territoriale Lösung an der Wolga zu denken¹¹¹⁶. Die Verschiebung der Wiederherstellung der Wolgarepublik um eine Reihe von Jahren bedeutete nicht nur die Fortsetzung der Ungewissheit für die Deutschen und größte Anstrengungen, um in der sowjetischen Regierung die Weichen in Richtung Wolgarepublik gestellt zu halten, sondern aus rein statistischen Gründen faktisch die endgültige Absage an das Projekt: Bereits 1989 waren fast 100.000 Deutsche aus der Sowjetunion ausgesiedelt, die monatlichen Zahlen zu Beginn von 1990 ließen darauf schließen, dass die Anzahl der Ausreisen im laufenden Jahr gewiss nicht geringer werden würde - tatsächlich wurden es sogar 147.950. Würde die Wolgarepublik um mehrere Jahre verschoben, wie Michajlov es ankündigte, hätten über einen Zeitraum von fünf Jahren mindestens 500.000 Menschen die UdSSR verlassen, möglicherweise weit mehr angesichts des ständigen Hinhaltens und der Enttäuschung der Deutschen¹¹¹⁷. Wäre dann das politische Umfeld für die Wiederbegründung der Staatlichkeit günstig, hätte es weiterer Jahre bedurft, bis erste, sichtbare Maßnahmen an der Wolga eine psychologische Trendwende herbeiführen, d.h. weitere Hunderttausende hätten dem Land in der Zwischenzeit ihren Rücken gekehrt. Insgesamt wäre die Anzahl der im Grundsatz an die Wolga umsiedlungswilligen Deutschen auf diese Weise so gering geworden - die deutsche Botschaft schätzte Anfang 1990 deren Potential weit übertrieben optimistisch auf 700.000 ein, obwohl die ehemalige Wolgarepublik im ganzen nur ca. 400.000 deutsche Bewohner hatte, dass sich für die Ansiedlung und Aufbauarbeit nicht mehr genügend "Pioniere" gefunden hätten und andererseits die Zahl der in der Sowjetunion verbliebenen Deutschen zu niedrig geworden

¹¹¹⁶ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1228 vom 26.3.90, Pol 320.16

¹¹¹⁷ Die 500.000 wurden bereits Mitte 1993, nach nur 3 1/2 Jahren, erreicht.

wäre, um eine konzentrierte Ansiedlung zu Zwecken des Kulturerhalts überhaupt noch sinnvoll erscheinen zu lassen¹¹¹⁸.

In jedem Falle wurde jedoch damit gerechnet, dass eine bedeutende Anzahl von Deutschen in Kasachstan, 200.000 bis 300.000, oder in Sibirien verbleiben würden, die mit ihrem nichtdeutschen Umfeld zu fördern wären. Dafür bedurfte es einer Mittlerorganisation.

Ende März 1990 reiste Karsten Schlamelcher, der Geschäftsführer des "Vereins für das Deutschtum im Ausland" (VDA), der für das Auswärtige Amt in einigen Staaten insbesondere Südamerikas kulturelle Projekte durchführte, zu ersten Gesprächen mit Vertretern der "Wiedergeburt" nach Moskau, um Aktivitäten zugunsten der Sowjetdeutschen zu sondieren¹¹¹⁹. Im Hinblick auf die Spaltung der Deutschen gewann er den richtigen Eindruck, dass nicht Wormsbecher, sondern Groth die Mehrheit der Deutschen hinter sich vereinigte und auch einen pragmatischeren Ansatz zur Lösung der Probleme vertrat. Er lud deshalb Groth und dessen Mitarbeiter Robert Aleksandrovič Korn zu einem Besuch nach Bonn ein. Darüber hinaus bereitete der VDA für ca. 30 Führungskräfte der "Wiedergeburt" zu Fragen der Vereinsbildung und Interessenvertretung im Juni ein Seminar in Deutschland vor. Die Mittel dazu hatte das Bundesministerium des Innern¹¹²⁰ in Aussicht gestellt, das bislang im Rahmen seiner Zuständigkeiten für Aussiedler in der UdSSR außenpolitisch nicht in Erscheinung getreten war. Nach Einschätzung des Auswärtigen Amtes dürfte das BMI, das unter Hinweis auf seine Zuständigkeit für Aussiedlerpolitik auf Beteiligung an den Maßnahmen zur Aussiedlerbegrenzung im Ausland drängte, "nur unter Geltendmachung stärkster außenpolitischer Bedenken von seiner Zahlungsbereitschaft abzubringen sein."¹¹²¹ Hier ist der Ursprung eines Antagonismus beider Ministerien hinsichtlich der die Sowjetdeutschen betreffenden Außenpolitik zu suchen.

Die Deutsche Botschaft warnte davor, angesichts der sowjetischen Empfindlichkeiten in Nationalitätenfragen, der Perspektive der deutschen Vereinigung und der Ängste und Vorbehalte, die diese Entwicklung in weiten politischen Kreisen der Sowjetunion auslöste, eine zu enge Verbindung zwischen VDA und deutschen staatlichen Stelle einzugehen, um in

¹¹¹⁸ Die deutsche Botschaft rechnete damit, dass in den Siedlungsschwerpunkten in Kasachstan, wo damals das einzige deutsche "Kulturzentrum" der Sowjetunion tätig war (10 m² Raum in der Redaktion der *Freundschaft*; am 21.6.89 wurde es vom Stadtexekutivkomitee Alma Ata offiziell - und gleichzeitig mit anderen Kulturzentren - registriert, was ihm das Recht gab, ein eigenes Bankkonto, Siegel, Zweigstellen zu haben; vgl. *Neues Leben*, 5.7.89, S. 3), 200-300.000 Deutsche nicht aussiedeln würden, ebenso eine größere Anzahl von Deutschen um Omsk und im Altaj-Gebiet (dort entstanden später autonome Rayons), und regte an, Fördermaßnahmen nunmehr schnell und sichtbar in diesen Schwerpunktgebieten zu beginnen und so anzulegen, dass diese Bestand hätten, auch wenn es mittelfristig nicht zu einer Autonomie kommen würde; vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1228 vom 27.3.90, Pol 320.16/Ku 600.50/1

¹¹¹⁹ vgl. Erlass 605-622 SOW/1 vom 3.4.90

¹¹²⁰ Das BMI verfügte 1990 im Bereich der Förderung deutscher Minderheiten in Osteuropa über Mittel in Höhe von 15,5 Millionen DM in Titel 684 01-249 des Einzelplanes 06 "Unterstützung von Deutschen in den Aussiedlungsgebieten, die dort Nachteile erleiden".

¹¹²¹ Erlass 605-622 SOW/1 vom 3.4.90, S. 3

der UdSSR nicht den Argwohn einer "offenen Kadenschulung" oder der Vorbereitung einer "fünften Kolonne" zu wecken. Daher sollte die Einladung des VDA zu dem Seminar nicht über die Botschaft überbracht und den sowjetdeutschen Teilnehmern keine politischen Begegnungen vermittelt werden. Der *NGO*-Charakter des VDA sei strikt einzuhalten. Lediglich Groth und Korn, die separat reisten, sollten staatlich wahrgenommen werden¹¹²².

Groth und Korn wurden am 22. Mai 1990 in Bonn vom Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Dr. Witte, zu einem Gespräch empfangen¹¹²³. Die beiden Besucher gingen davon aus, dass inzwischen 70-80% der Deutschen auswandern wollten, und forderten angesichts des beschwerlichen und gefährlichen Umweges der Aussiedler über Moskau¹¹²⁴ die Einrichtung einer Außenstelle der Deutschen Botschaft in Alma Ata und Direktflüge von dort nach Deutschland, darüber hinaus ein kulturelles Hilfsprogramm beginnend mit einer Ausbildung in der Muttersprache, einer Investition, die, so ließen Groth und Korn durchblicken, auch im Falle einer Übersiedlung in die Bundesrepublik von Nutzen wäre. Benötigt würden Jugendaustauschmaßnahmen, deutsche Schulen¹¹²⁵, mindestens eine Pädagogische Hochschule, wo Lehrer aller Fächer auf Deutsch ausgebildet würden¹¹²⁶, für eine Übergangszeit (bundes-) deutsche Lehrer, Lehrbücher und audio-visuelle Geräte, Ausbildungshilfen für Mitarbeiter deutscher Medien.

Witte versicherte Groth und Korn die Bereitschaft der Bundesregierung zur Hilfe und die Absicht, darüber in Kürze mit der sowjetischen Regierung und möglicherweise auch der kasachischen Regierung Verhandlungen aufzunehmen, um die Gründung einer Gemischten Kommission im Rahmen des Kulturabkommens zu vereinbaren, in der konkrete Hilfsprojekte und -programme für die Sowjetdeutschen beraten und entschieden würden. In dieser Einrichtung solle auch die "Wiedergeburt" vertreten sein.

Groth und Korn verwiesen auch auf die Notwendigkeit wirtschaftlicher Unterstützung und in diesem Rahmen auf den Wunsch nach Ausbildungshilfen. In der Gusev-Kommission habe die "Wiedergeburt" kürzlich ein Papier übergeben, mit dem entsprechende Maßnahmen gefordert wurden. Diese Vorschläge hätten positive Aufnahme gefunden, und sowohl beim Volksbildungsministerium als auch beim sowjetischen Kulturministerium stünden Gelder bereit. Witte bezeichnete dies als gute Ausgangsbasis für eine bilaterale staatliche

¹¹²² vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1646 vom 25.4.90

¹¹²³ vgl. Vermerk 605-622 SOW/1 vom 23.5.90

¹¹²⁴ Sowjetdeutsche, die in Moskau auf ihre Ausreise warten, werden nicht selten Opfer krimineller Banden, die sich offenbar auf großstadtunerfahrene Aussiedler spezialisiert haben.

¹¹²⁵ Es existierte zwar in einigen Schulen das Unterrichtsfach "Deutsch als Muttersprache" ab der 1. Klasse, aber i.d.R. am Nachmittag, außerhalb des eigentlichen Unterrichts.

¹¹²⁶ Damals wurde ausschließlich für das Fach "Deutsch als Muttersprache" ausgebildet, an fünf PH's der UdSSR, in Novosibirsk, Orenburg, Omsk, Alma Ata und Kokčetau.

Zusammenarbeit. Deutschland könne einen Beitrag anbieten, in diesem Fall zu Projekten der sowjetischen Regierung.

Vom 1.-13. Juni 1990 führte der VDA in Bad Honnef, wie beabsichtigt, für Angehörige der "Wiedergeburt" unter Führung von Groth die Tagung zur "Erarbeitung von kulturellen und wirtschaftlichen Förderungsmöglichkeiten für Sowjetdeutsche in ihren jeweiligen Siedlungsgebieten der UdSSR" durch. Das Programm umfasste auch Gespräche im Auswärtigen Amt, im Bundesministerium des Innern, bei Stiftungen, Verlagen und Diskussionen mit Journalisten und Wissenschaftlern¹¹²⁷.

Angesichts schwindender Hoffnungen auf eine Wolgarepublik empfahl die Deutsche Botschaft, nunmehr nicht weiter auf eine Vereinbarung zu setzen, sondern unmittelbar mit Projekten zu beginnen. Seitens der sowjetischen Zentralregierung gebe es zwar noch immer keine offizielle Antwort auf die deutschen Vorschläge zur kulturpolitischen Zusammenarbeit vom März 1989, d.h. zur *shopping list*, dennoch würden eine Reihe von Anzeichen, die Aussagen des stellvertretenden ZK-Abteilungsleiters Michajlov, die Äußerungen Gorbačevs in Nižnij Tagil und Luk“janovs gegenüber der Wiedergeburt, darauf hindeuten, dass integrierenden Unterstützungsmaßnahmen kein Widerstand mehr entgegengesetzt würde. Zu offiziellen Verhandlungen und schriftlichen Festlegungen werde sich die sowjetische Seite schwerlich bewegen lassen, mündliche Zusagen würden aber ausreichen, um Projekte zu beginnen, über deren Grundlinien der zentrale sowjetische Apparat auf dem laufenden zu halten sei. Die Hilfsmaßnahmen sollten angesichts der Nationalitätenkonflikte ohne zu großes Aufsehen ablaufen.

Auf Grundlage einer Vorlage des für die Förderung deutscher Minderheiten im Ausland zuständigen Referates der Kulturabteilung vom 9. Juli 1990 wurde im Auswärtigen Amt entschieden, die Durchführung des Förderkonzeptes für die Sowjetdeutschen und die innerdeutsche Koordinierung von Einzelmaßnahmen anderer Ressorts oder privater Träger dem VDA zu übertragen. In dem Papier hieß es zum VDA:

Er hat bereits enge Beziehungen zur "Wiedergeburt" und genießt das Vertrauen aller führenden Leute dieser Gesellschaft; er verfügt über gute Kenntnisse der Gegebenheiten vor Ort. Akzeptanz durch die sowjetische Regierung dürfte - trotz Belastung des Namens aus der NS-Zeit - nicht in Frage gestellt sein: neue Zielsetzung und heutige personelle Führung wirken vertrauensbildend; sowjetische Regierung hatte eigene Teilnehmer zu VDA-Kongress in Bonn im Oktober entsandt.

VDA würde eine Person hier und eine Person in Moskau (behutsames Auftreten und enger Kontakt mit Botschaft wären Voraussetzung!) einsetzen und auf unseren

¹¹²⁷

Freundschaft, 19.6.90

Wunsch für den sensiblen und wichtigsten Bereich Schulfragen einen Beratungsvertrag mit dem auch uns zuarbeitenden Experten Hilkes schließen (es gibt seit kurzem einen Programmentwurf des sowjetischen Erziehungsministeriums für muttersprachlichen Unterricht).¹¹²⁸

Die Überlegungen in Bonn über die Gestaltung der Unterstützung für die Sowjetdeutschen konkretisierten sich Ende September - Anfang Oktober 1990 dahingehend, ihnen auch wirtschaftliche Hilfen¹¹²⁹ zukommen zu lassen, um ihnen das Verbleiben in ihren Siedlungsgebieten zu erleichtern¹¹³⁰. Das Bundesministerium des Innern stellte in den letzten Tagen des Jahres 1990 insgesamt 34, 6 Millionen DM primär für wirtschaftliche Maßnahmen zugunsten der Sowjetdeutschen und ihres Umfeldes zur Verfügung. In der Bundesregierung war unstrittig, dass mit kulturellen Maßnahmen allein dem Aussiedlerstrom nicht wirksam begegnet werden konnte¹¹³¹. Mit den Geldern sollten in erster Linie Bäckereien, Metzgereien und Käsereien in geschlossenen Siedlungsgebieten im Altaj, bei Omsk, Ul'janovsk, Saratov, Orenburg, Kustanaj, Kokčetau, Karaganda und Čeljabinsk entstehen. Das BMI beauftragte den VDA, in Ergänzung zu den bislang für das Auswärtige Amt abgewickelten kulturellen Projekten nun auch wirtschaftliche durchzuführen¹¹³².

Die Deutsche Botschaft setzte im weiteren ihre Kontakte mit Vertretern der sowjetischen Führung fort, u.a. um den Beginn systematischer Hilfe für die Sowjetdeutschen zu klären. Am 30. Mai 1990 führte die Deutsche Botschaft ein Gespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der RSFSR, Vasilij Georgievič Zacharov, der gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender der Gusev-Kommission war¹¹³³. Zacharov erläuterte die unterschiedlichen Ansätze von Regierung und "Wiedergeburt" in der Frage der Wiederherstellung der Wolgarepublik. Der lokale Widerstand mache derzeit die

¹¹²⁸ Vorlage 605-622.03 vom 9.7.90; Peter Hilkes arbeitete für das Osteuropa-Institut München

¹¹²⁹ Groth hatte bereits in einem AFP-Interview am 13. November 1989 seine Hoffnung auf wirtschaftliche Hilfe aus der Bundesrepublik zur Verwirklichung des Projektes Wolgarepublik zum Ausdruck gebracht. "Das Problem muss die Sowjetunion selber lösen, aber die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Sowjetunion sind dieser Tage sehr begrenzt." Moskau habe schon im Falle Armeniens Wirtschaftshilfe vom Ausland akzeptiert; vgl. AFP 13.11.89/0539/digl115; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen*, 14.11.89, S. 20

¹¹³⁰ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 3725 vom 11.9.90, Ku 600.50/1; Bericht der Botschaft Moskau Nr. 3996 vom 28.9.90, Wi 410.20/0; Zuschrift 421-321.39 SOW vom 2.10.90 an Ref. 213; Zuschrift 213-321.39 vom 16.10.90 an Ref. 410; Schreiben 421-410.20/24 SOW vom 17.7.90 an das BML und Antwort 725-1941-5 SOW vom 29.8.90

¹¹³¹ Schon gar nicht mit den bescheidenen ca. 2 Millionen DM für Projekte im Hochschul-, Schul- und Kindergartenbereich, die das Auswärtige Amt in seinem Haushalt 1991 vorgesehen hatte.

¹¹³² Vermerk Ku 600.50/1 vom 28.5.91; Ankündigung der Hilfen, vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 1./2.6.91
Dr. Alfred Einfeld, Berater des BMI, reiste Mitte Januar 1991 in die Sowjetunion, um Partner und Standorte zu suchen. Über die Ergebnisse wurde die Botschaft am 24. Mai 1991 durch den Geschäftsführer des VDA unterrichtet. Danach sollten die ersten Betriebe Ende Juli/Anfang August 1991 die Arbeit aufnehmen.

¹¹³³ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 2210 vom 1.6.90, Pol 320.16

Wiedererrichtung der Autonomie unmöglich¹¹³⁴, dennoch wolle die Regierung an dem Fernziel einer territorialen Autonomie festhalten und zunächst evolutionär vorgehen. Einzelne Deutsche könnten an die Wolga ziehen, und wenn ihr Bevölkerungsanteil in einigen Jahren gestiegen sei, werde man weitersehen. Die "Wiedergeburt" bestehe allerdings auf staatliche Strukturen vor dem Umsiedlungsprogramm. Unter diesen Umständen könne die Kommission nicht mehr tun, als durch Aufklärungsarbeit die Akzeptanzprobleme langsam zu überwinden. Zacharov nannte sich einen Vorkämpfer der Idee einer deutschen Regierung ohne Territorium. Für den Herbst 1990 solle der Gründungskongress für eine "Assoziation" einberufen werden. Bis dahin sei die Gusev-Kommission, die sich als Treuhänderin für die Interessen der Deutschen verstehe, Gesprächspartner für die bundesdeutsche Seite. Mit seiner Haltung stand Zacharov noch ganz auf der Linie der Unionsführung, erst im Herbst 1990 sollte Russland beginnen, seinen eigenen Weg zu gehen.

In Slavgorod seien die Vorbereitungen für einen Autonomen Rayon weit gediehen¹¹³⁵. Dort verhielten die Deutschen sich aber zurückhaltend, da sie selbst nationale Ressentiments befürchteten. Auf die Frage nach der Reaktion der sowjetischen Regierung auf ein deutsches Hilfsangebot betonte Zacharov, dieser sei die Hilfe nicht nur willkommen, sie beabsichtige sogar, darum ausdrücklich zu bitten.

Zacharov bestätigte, dass den ehemaligen deutschen Angehörigen der Arbeitsarmee zum 9. Mai 1990 die Arbeitsmedaille und damit Pensionsansprüche hätten verliehen werden sollen. Das Projekt sei jedoch angesichts einer möglichen Präzedenzwirkung für andere Völker ins Stocken geraten. Der Entwurf für die Rehabilitierungserklärung zu den Deutschen werde so überarbeitet, dass andere Völker sich nicht diskriminiert fühlen könnten. Die Erklärung des Obersten Sowjets werde demnächst kommen.

Am 12. Juli 1990 setzte die Deutsche Botschaft Moskau mit dem stellvertretenden Kulturminister Chilčevskij den Dialog über die kulturelle Zusammenarbeit zugunsten der Sowjetdeutschen fort, der in Bonn am 15. Mai 1990 mit einem Gespräch des Leiters der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts mit dem sowjetischen Kulturattaché Maslakov begonnen wurde. Chilčevskij, der gleichzeitig Mitglied der Gusev-Kommission war, teilte mit, die Kommission erarbeitete derzeit in enger Abstimmung mit der "Wiedergeburt" ein Programm zur kulturellen Unterstützung der Deutschen, das auf deren Tagung im August

¹¹³⁴ Nach einem Bericht der Botschaft Moskau zu Aussagen prominenter Deutscher aus dem Saratover Gebiet (Nr. 2481 vom 25.6.90, Pol 320.16) fanden an der Wolga inzwischen "regelrechte Hetzkampagnen" statt, "Deutsche würden zunehmend schikaniert, indem man ihnen längst zugesagte Neubauwohnungen entzieht und ihnen minderwertige Häuser ... oder unqualifizierte Arbeiten zuweist. Diejenigen, von denen bekannt sei, dass sie Ausreiseanträge gestellt hätten, müssten mit massiven Einschüchterungsversuchen leben."

¹¹³⁵ Nach Angaben Groths in einem Gespräch im Auswärtigen Amt am 5.6.90 gebe es 50 Dörfer mit deutscher Bevölkerungsmehrheit im Rayon Slavgorod, 20 Dörfer mit 90% deutscher Einwohnerschaft.

beraten werden solle¹¹³⁶. Als schwierig habe sich herausgestellt, dass die Deutschen insbesondere in Kasachstan über keine Intelligenzschicht mehr verfügten, die an diesen Arbeiten teilnehmen könne. Ein Schwerpunkt der Hilfe müsse daher auf der Heranbildung entsprechender Persönlichkeiten liegen.

Die Botschaft erläuterte die Bonner Überlegungen zur Unterstützung von sowjetischen Maßnahmen. Bislang habe es seitens der sowjetischen Regierung jedoch an einem kompetenten Ansprechpartner gefehlt. Chilčevskij bejahte die Zuständigkeit der Gusev-Kommission für diese Fragen, begrüßte die deutsche Bereitschaft zur Hilfe und regte für Anfang August ein gemeinsames Planungsgespräch unter Teilnahme u.a. von Mitarbeitern der Akademie der Wissenschaften, des Volksbildungsministeriums und der "Wiedergeburt" an¹¹³⁷.

Das Auswärtige Amt begrüßte, dass in Chilčevskij nunmehr ein Ansprechpartner für Fragen der kulturellen Unterstützung der Sowjetdeutschen existierte, der in dieser Eigenschaft offenbar auch die Zustimmung des sowjetischen Außenministeriums besaß, und unterrichtete die Botschaft darüber, dass beabsichtigt sei, diese Verbindung zu nutzen, um nunmehr Maßnahmen im größeren Umfang anlaufen zu lassen. Dabei solle die sowjetische Seite vorab offen über die einzelnen Projekte informiert werden - nicht zuletzt, um zu vermeiden, dass sowjetische und deutsche Maßnahmen isoliert voneinander getroffen würden. Jedoch war, anders als im Fall Ungarns, inzwischen nicht mehr geplant, mit der Sowjetunion Verhandlungen über ein diesbezügliches Abkommen zu führen¹¹³⁸. Die Botschaft wurde angewiesen, Chilčevskij anlässlich des nächsten Treffens in Form eines *aide mémoire* eine Übersicht der mit öffentlichen deutschen Mitteln geplanten Vorhaben mit dem ausdrücklichen Hinweis zu übergeben, dass keine Privilegierung der deutschen Minderheit bezweckt sei, sondern auch das nicht-deutsche Umfeld von der Unterstützung profitiere¹¹³⁹.

Am 14. August 1990 setzten Chilčevskij und die Botschaft das Gespräch fort. Die Botschaft übergab ein *non-paper* mit einem Vorschlag für einen Maßnahmenkatalog, das der stellvertretende Kulturminister als gute Arbeitsgrundlage für die weiteren Gespräche bezeichnete. Von dem Botschaftsvertreter wurde der deutsche Ansatz besonders hervorgehoben, Hilfsmaßnahmen sowohl gezielt für die Sowjetdeutschen, aber auch grundsätzlich für alle anzubieten, die sich für die deutsche Sprache und Kultur interessierten. Gerade in geschlossenen deutschen Siedlungsgebieten komme dem friedlichen Miteinander große Bedeutung zu¹¹⁴⁰.

¹¹³⁶ Dazu kam es aber nicht.

¹¹³⁷ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 2767 vom 13.7.90, Ku 622.00; dazu kam es meines Wissens jedoch nicht.

¹¹³⁸ Dazu wäre die Zeit noch immer nicht reif gewesen. Erst mit Russland gelang 1991/92 ein entsprechendes Abkommen.

¹¹³⁹ Erlass 605-622 SOW/1 vom 18.7.90

¹¹⁴⁰ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 3289 vom 16.8.90, Ku 600.50/1

3.2.10 Treffen von Kohl und Gorbačev im Kaukasus

Am 15. und 16. Juli 1990 einigten sich Bundeskanzler Kohl und Präsident Gorbačev in Železnovodsk im Kaukasus über die Wiederherstellung der vollen Souveränität des vereinigten Deutschland und entsprechend der KSZE-Schlussakte auch über sein Recht, über seine Bündniszugehörigkeit selbst zu befinden. Der Bundeskanzler sagte im Gegenzug eine Reihe von Verträgen mit der Sowjetunion zu. Darüber hinaus sprach er auch die Sowjetdeutschen-Thematik an und unterstrich nunmehr direkt, dass es nicht im deutschen Interesse liege, wenn diese Menschen die Sowjetunion verließen. Gorbačev bemerkte hierzu, die sowjetische Seite müsse nachdenken. Das Gebiet Ul'janovsk könne einen Teil der Deutschen aufnehmen. Probleme gebe es allerdings in Saratov und Volgograd. Der Bundeskanzler schlug vor, den damaligen Bundesminister des Innern, Schäuble, zu dieser Thematik nach Moskau zu entsenden. Dies hielt Gorbačev für zu demonstrativ, es werde sicherlich zu Demonstrationen vor dem Kreml' kommen. Er schlug stattdessen vor, der sowjetische Innenminister solle Schäuble zu einem Gespräch über internationale Verbrechensbekämpfung einladen, womit Bundeskanzler Kohl sich einverstanden erklärte¹¹⁴¹. Zu der Reise Schäubles kam es wegen des tragischen Attentats nicht mehr, die Absprache zeigt jedoch, dass die Thematik auch Mitte 1990 noch auf höchster Ebene geradezu tabuisiert wurde.

In der anschließenden gemeinsamen Pressekonferenz erklärte Gorbačev:

Gegenüber den Wolgadeutschen, den Sowjetdeutschen, wo auch immer sie leben, wo auch immer sie arbeiten, existiert im Lande ein ehrerbietiges Verhältnis [uvažitel'noe otnošenje] ... Wir wollen zu einer Lösung des Problems der Sowjetdeutschen auf der Grundlage einer Initiative sowjetischer Menschen gelangen [na osnove iniciativy sovetskich ljudej] ..."¹¹⁴²

Groth kritisierte diese Äußerungen in seiner Rede vor der 3. Konferenz der "Wiedergeburt" scharf und zog aus den Worten Gorbačevs den Schluss, dass dieser "den Sowjetdeutschen kaum irgendwelche Hoffnungen lasse."¹¹⁴³ Groth verwies auf das "ehrerbietige Verhältnis", das den Deutschen an der Wolga entgegenschlage. Ob Gorbačev denn nicht bewusst sei, dass die Deutschen die Sowjetunion wegen dieses "ehrerbietigen Verhältnisses" in Massen verlassen würden. Und wie sei seine Lösung "auf der Grundlage einer Initiative sowjetischer

¹¹⁴¹ vgl. Vermerk des Kanzleramts zum 15.7.90, o.Az., o.D.

¹¹⁴² Groth in seiner Rede vor der 3. Konferenz der "Wiedergeburt"; *Freundschaft*, 31.8.90. S. 2

¹¹⁴³ *ibid.*

Menschen" zu verstehen? Eine Lösung "nicht auf der Grundlage des Gesetzes, der Verfassung der UdSSR, der Deklaration des Obersten Sowjets vom 14. November des vergangenen Jahres, nicht auf der Grundlage des Beschlusses des Obersten Sowjets vom 28. November vergangenen Jahres ..." ¹¹⁴⁴ Bei der kryptischen Äußerung bleibt offen, ob Gorbačev nur an Lösungen nach dem Muster von Ul'janovsk dachte.

Gorbačev ging in dem Gespräch mit Kohl nicht über seine Rede in Nižnij Tagil hinaus und hatte offenbar noch immer keine Kenntnis darüber, dass Ul'janovsk als Ansiedlungsort nicht infrage kommen konnte und auch von den Sowjetdeutschen selbst nicht akzeptiert wurde. Er erschien auch sonst von seinen Mitarbeitern nicht gebrieft und ratlos ("die sowjetische Seite müsse nachdenken"). Gorbačev zeigte sich damit in der bilateralen Begegnung als ein seinen nationalitätenpolitischen Aufgaben nicht gewachsener Staats- und Parteichef, von dem in der Frage der Deutschen bis auf weiteres keinerlei konstruktive Politik und Unterstützung zu erwarten war. Die Pressekonferenz bestätigte diesen Eindruck.

Wer im weiteren auf einen positiven Einfluss von Präsident Gorbačev in den Angelegenheiten der Sowjetdeutschen gerechnet hatte, musste enttäuscht werden: Am 13. August 1990 unterzeichnete Gorbačev einen Erlass "Über die Wiederherstellung der Rechte aller Opfer politischer Repressionen der 20er bis 50er Jahre", der inhaltlich auch für die Sowjetdeutschen hätte relevant sein können, sich aber nur auf die einzelnen Opfer bezog, nicht jedoch auf Angehörige von Völkern, die kollektiven Repressionen ausgesetzt waren. Für diese sollten separate Regelungen getroffen werden ¹¹⁴⁵.

Alle Repressionen, die ... gegenüber ... Bürgern aus politischen, sozialen, nationalen, religiösen oder anderen Motiven in den 20er bis 50er Jahren verübt wurden, sind als ungesetzlich und im Widerspruch zu den grundlegenden bürgerlichen und sozialökonomischen Rechten des Menschen stehend anzusehen; die Rechte dieser Bürger sind vollständig wiederherzustellen.

Der Ministerrat der UdSSR und die Regierungen der Unionsrepubliken haben gemäß vorliegendem Erlass den Legislativorganen bis zum 1. Oktober 1990 Verfahrensvorschläge zu unterbreiten, um die Rechte der Bürger wiederherzustellen, die unter den Repressionen zu leiden hatten. (...)

... der Präsidialrat der UdSSR [wird] mit der Beaufsichtigung dieses Prozesses beauftragt. ¹¹⁴⁶

¹¹⁴⁴ ibid.

¹¹⁴⁵ vgl. *Neues Leben*, 24.1.90, S. 2

¹¹⁴⁶ TASS (russ.) 13.8.90/1854; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen*, 14.8.90, S. 24

Der Erlass spiegelte den Einzug des internationalen Menschen- und Bürgerrechtsgedankens in das sowjetische Recht wider und das aufrichtige Bestreben der Führung um Gorbačev, den Nachlass der Stalin-Ära zu sichten und aufzuarbeiten. Dies wurde besonders in dem erläuternden Vortext zum eigentlichen Erlass deutlich. Darin lag zwar auch ein Signal an die Deutschen, dass es mit ihrer vollständigen Rehabilitierung dennoch voran ging. Jedoch zementierte dieser Erlass die Abkoppelung der von Stalin verfolgten Minderheiten von dem allgemeinen Rehabilitierungsprozess. Die Deutschen waren spätestens mit der TASS-Meldung zur Gründung des Organisationskomitees und der "Assoziation" auch "offiziell" darüber in Kenntnis gesetzt worden, dass die sie betreffende Wiederherstellung der Rechte durch die Sowjetunion bis auf weiteres unvollständig bleiben würde¹¹⁴⁷.

3.2.11 Einsetzung des Organisationskomitees zur Vorbereitung des Kongresses der Sowjetdeutschen

Am 16. Juli 1990 gründeten der Ausschuss für Nationalitätenpolitik und zwischennationale Beziehungen des Nationalitätenowjets des Obersten Sowjets und die Staatliche Kommission zu den Problemen der Sowjetdeutschen (Gusev-Kommission) auf einer gemeinsamen Sitzung das in der ZK-Aufzeichnung in Aussicht genommene Organisationskomitee zur Vorbereitung des Kongresses der Sowjetdeutschen¹¹⁴⁸. Den Vorsitz im OrgKom übernahm Boris Rauschenbach. Zu Stellvertretern wurden Wormsbecher, Haar und Ehrlich benannt¹¹⁴⁹. In dem Gründungsbeschluss wurden Justizministerium, Akademie der Wissenschaften, das Unions-Forschungsinstitut für den sowjetischen Staatsaufbau und Gesetzgebung¹¹⁵⁰ und das Organisationskomitee (OrgKom) beauftragt, dem Obersten Sowjet bis zum 10. September 1990 Vorschläge für den rechtlichen Status der künftigen "Assoziation" zu unterbreiten, über ihre Organe und Vollmachten sowie ihre Vertretung in den Obersten Sowjets von Union und Republiken und in anderen staatlichen Organen. Darüber hinaus war eine Konzeption über die Ausstattung der "Assoziation", die noch 1990 auf dem Kongress konstituiert werden sollte, mit Kompetenzen in den Bereichen "Entwicklung der nationalen Kultur und Bildung, Ausbildung von Führungskräften, Verlagstätigkeit, Teilnahme an der internationalen Zusammenarbeit" etc. vorzulegen. Das OrgKom zeichnete für die Vorbereitung und

¹¹⁴⁷ Das ganze Ausmaß dessen, was die "Wiederherstellung der Rechte" allein der deportierten Völker in der Praxis beinhaltete und kosten würde, sollte erst mit dem Gesetz des Obersten Sowjets der RSFSR vom 26. April 1991 für die Allgemeinheit sichtbar werden - und damit gleichzeitig, dass die Verwirklichung dieser Absicht politisch und finanziell beim besten Willen nicht zu leisten war.

¹¹⁴⁸ Das zentrale sowjetische Fernsehen und die Zeitungen gaben erst am 30. und 31. Juli 1990 die entsprechende TASS-Meldung wieder.

¹¹⁴⁹ Liste der Mitglieder s. *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 320f

¹¹⁵⁰ Vsesojuznyj institut gosudarstvennogo stroitel'stva i zakonodatel'stva

Durchführung des Kongresses einschließlich der Ausarbeitung eines Modus für die Wahl der Delegierten verantwortlich und war dazu aufgerufen, einen Haushaltsentwurf aufzustellen und ihn dem Ministerrat der UdSSR zum Beschluss vorzulegen¹¹⁵¹.

Am 11. August 1990 trat das Organisationskomitee im Ministerrat der UdSSR unter Leitung Gusevs zu seiner ersten Sitzung zusammen. Es wurde eine Arbeitsgruppe mit hauptamtlichen Mitgliedern zur unmittelbaren Vorbereitung des Kongresses der Sowjetdeutschen gebildet¹¹⁵². Der Arbeitsgruppe wurden insbesondere die Wahlen der Delegierten zum Kongress ans Herz gelegt. Diese sollten "maximal demokratisch, unter Bedingungen vollständiger *Glasnost*", auf alternativer Grundlage"¹¹⁵³ stattfinden. Jeder Delegierte sollte sich mit einem eigenen Programm vorstellen, "damit die Wähler sehen können, inwieweit er ihre Interessen vertreten und durchsetzen kann."¹¹⁵⁴

Das Thema "Assoziation" spielte auf dieser Sitzung eine herausragende Rolle. Gusev unterstrich gleich zu Beginn, dass diese Idee nicht als Alternative zu einer territorialen Autonomie gedacht sei, sondern als Schritt zu deren Wiederherstellung¹¹⁵⁵. Dies betonte auch Auman, der ebenfalls dem Organisationskomitee angehörte, allerdings hob er hervor, dass die Wiederherstellung der Staatlichkeit "nicht auf dem Wege von Ultimaten, wie es einige unverantwortliche Demagogen vorschlugen, sondern durch konstruktive staatliche Arbeit"¹¹⁵⁶ zu erfolgen haben.

Eine Resolution des Organisationskomitees suchte die o.g. Aufgabe der "Assoziation" nochmals klarzustellen, enthüllte jedoch gleichzeitig, "dass der Oberste Sowjet der UdSSR, der Ministerrat der UdSSR und das ZK der KPdSU vorschlugen, eine Allunionsassoziation der Sowjetdeutschen zu gründen"¹¹⁵⁷ und es sich nicht um eine Idee aus den Reihen der Sowjetdeutschen selbst handelte. Angesichts des schwindenden Vertrauens der Deutschen in die politische Führung, das durch den Aufschub von Entscheidungen zur Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit immer geringer wurde, rückte dieser Zusammenhang in den

¹¹⁵¹ "O podgotovke i provedenii s"ezda sovetskich nemcev"; Text s. *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 319-321; eine Veröffentlichung des Beschlusses erfolgte erst mit dieser Dokumentensammlung.

Hinsichtlich des Arbeitsplanes und der Zusammensetzung der Mitglieder gab es jedoch eine Reihe Ungereimtheiten, vgl. *Neues Leben*, 21.11.90, S. 3

¹¹⁵² Mitglieder der Arbeitsgruppe wurden Ju.A. Haar, K.V. Ehrlich, I.P. Windholz, G.G. Wormsbecher, S.N. Hilz, V.P. Donhauser (Dongauzer), Ja.I. Lechman, A.Ja. Merz, V.K. Ritter, A.V. Lojko, stv. Sektorleiter der Sekretariats-Abteilung des Obersten Sowjets der UdSSR, V.V. Budanov, Instruktor des ZK der KPdSU lt. *Neues Leben*, 21.3.90, S. 3 vor kurzem noch Mitarbeiter des Gebietspartei-Komitees Saratov!), B.S. Krylov, Sektorleiter im Unions-Forschungsinstitut für den sowjetischen Staatsaufbau und Gesetzgebung, Z.A. Jandieva, Expertin der Verwaltungsabteilung des Ministerrats der UdSSR, vgl. *Neues Leben*, 15.8.90. S. 2

¹¹⁵³ *Neues Leben*, 15.8.90. S. 2

¹¹⁵⁴ *ibid.*

¹¹⁵⁵ *ibid.*

¹¹⁵⁶ *ibid.*

¹¹⁵⁷ *ibid.*; dort ist die Resolution im Wortlaut abgedruckt

Vordergrund und wurde als Bestätigung für die Vermutung aufgefasst, dass beabsichtigt sei, die Sowjetdeutschen mit der "Assoziation" von der Wiederherstellung der Wolgarepublik abzulenken, sie gar um diese zu betrügen¹¹⁵⁸.

Am 2. Oktober 1990 suchten Wormsbecher, Merz, Haar und Falk die Deutsche Botschaft mit der Bitte auf, Bonn solle dem Organisationskomitee zur Vorbereitung des Kongresses vom 11.-15. Dezember 1990 Bürogeräte zur Verfügung stellen. Sie erhielten u.a. Computer, Fax, Schreibmaschinen und ein Kopiergerät. In dem Gespräch¹¹⁵⁹ wurde deutlich, dass das tiefe Zerwürfnis zwischen den Fraktionen der Deutschen fortbestand. Alle vier OrgKom-Mitglieder äußerten sich negativ über Groth und dessen angeblich "kurzsichtige 'Alles-oder-Nichts-Politik'". Mit Druck könne man wenig erreichen. Darüber hinaus stimme Groth sich bei seiner Politik mit niemandem ab.

Hinsichtlich der zukünftigen "Assoziation" besaßen die Sowjetdeutschen noch immer nur nebulöse Vorstellungen. Sie dachten an ein größeres Gremium mit ca. 100 Personen und Sitz in Moskau, das seine Mittel direkt aus dem Unionsbudget erhalten und Deutschunterricht an Schulen, Kindergärten fördern, Kulturzentren einrichten und eine eigene Zeitung herausgeben solle.

Groth hatte gegenüber der Deutschen Botschaft bereits am 7. September 1990 die bisherige Arbeit des Organisationskomitees als weitgehend fruchtlos und das Komitee als Instrument des zentralen Apparates bezeichnet, die Deutschen in Richtung "Assoziation" zu beeinflussen¹¹⁶⁰.

3.2.12 Vorlauf und 3. Konferenz der "Wiedergeburt"

Nach einer TASS-Meldung vom 5. Juli 1990 war die Frage der Wiederherstellung der deutschen Autonomie in einem Arbeitskreis des XXVIII. Parteitages der KPdSU zur Sprache gekommen. ZK-Sekretär Gumer Usmanov habe mitgeteilt, 300.000 Deutsche seien bereit, in die alten Siedlungsgebiete an der Wolga zurückzukehren. Aus diesem Grunde sei angeregt worden, eine außerterritoriale "Assoziation" der Sowjetdeutschen zu schaffen und ihr den Status einer Autonomen Sowjetrepublik zu verleihen. Das Politbüro habe den Vorschlag gebilligt. Die Entscheidung liege nunmehr bei der für Mitte August nach Moskau einberufenen außerordentlichen Konferenz der "Wiedergeburt"¹¹⁶¹.

¹¹⁵⁸ vgl. Kommentar von Viktor Weiz zur konstituierenden Sitzung des Organisationskomitees, *Neues Leben*, 15.8.90, S. 2

¹¹⁵⁹ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 3066/90 vom 8.10.90, Pr/Pol 320.16

¹¹⁶⁰ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 3725 vom 11.9.90, Ku 600.50/1

¹¹⁶¹ AP-Meldung vom 5.7.90, 051723 jul 90 ap/tss

Nach einer Mitteilung von Groth war von der "Wiedergeburt" tatsächlich versucht worden, die Sowjetdeutschen-Thematik auf die Tagesordnung des Parteitages zu bringen. Von den 33 deutschstämmigen Delegierten des Parteitages erschienen jedoch nur drei zu einem Treffen und zwei zu einem weiteren Gespräch in der Redaktion des *Neuen Leben*. Nur einer von beiden, Erich Feliksovič Geng aus dem Krasnojarskij kraj, "konnte alle prozeduralen Schwierigkeiten umgehen und hielt auf dem XXVIII. Parteitag der KPdSU eine mutige Rede über die Probleme des sowjetdeutschen Volks. Das war die erste offene Ansprache eines Sowjetdeutschen auf einer solchen Ebene."¹¹⁶²

Derweil formulierte Groth mit Blick auf die bevorstehende 3. Konferenz der "Wiedergeburt" nochmals seine Position zur "Assoziation" und zum Kongress der Sowjetdeutschen. In einem Beitrag für das *Neue Leben* bekräftigte er die Beschlüsse des April-Plenums der "Wiedergeburt". "Falls der Kongress zum Ziel der Bildung der ... Assoziation ausgedacht wurde, besteht die VOSN darauf, dass dieser Vorschlag konkret rechtlich und gesetzlich ausgefüllt wird und nicht nur von den Mitarbeitern des Apparates des ZK der KPdSU, sondern vor allem von den gesetzgeberischen Organen des Landes ausgeht, d.h. vom Obersten Sowjet der UdSSR oder dem Präsidenten."¹¹⁶³ Denn diese "könnten den Sowjetdeutschen keine leere Idee vorschlagen"¹¹⁶⁴. Groth äußerte die Ansicht, "Bürokraten aus der Stagnationszeit" beabsichtigten, der politischen Auseinandersetzung um die Sowjetdeutschen die Schärfe zu nehmen, indem sie die "Wiedergeburt" diskreditieren und durch eine "gefügige Assoziation", die im übrigen der sowjetischen Verfassung widerspreche, ersetzen¹¹⁶⁵. Da bislang weder vom Obersten Sowjet noch vom Präsidenten konkrete Vorschläge zu Zielen und Aufgaben des Kongresses vorlägen, so Groth, halte er die Beteiligung der "Wiedergeburt" an der Vorbereitung der Veranstaltung für "schädlich"¹¹⁶⁶. Gleichzeitig rief Groth zu Demonstrationen der Deutschen am 19. August 1990 in den 70 Städten der UdSSR auf, in denen die "Wiedergeburt" vertreten war.

Das publizistische Interesse an den Deutschen hatte in der ersten Jahreshälfte 1990 nicht nachgelassen. Der Volksdeputierte A.I. Vorob'ev veröffentlichte in *Ogonek* 14, 1990 einen Aufsatz, in dem er die Wiederherstellung der Wolgarepublik entschieden forderte und bedauerte, dass die Empfehlung der Kiselev-Kommission auf keine Resonanz getroffen war.

¹¹⁶² Groth in einer Rede vor der 3. Konferenz der "Wiedergeburt", *Freundschaft*, 31.8.90, S. 2

¹¹⁶³ *Neues Leben*, 11.7.90, S. 3

¹¹⁶⁴ *ibid.*

¹¹⁶⁵ *ibid.*

¹¹⁶⁶ *ibid.*

In *Sovetskaja Kul'tura* vom 7. April 1990 kam Boris Rauschenbach ausführlich zu Wort, der vorrechnete, dass die bisherige Ausreise der Deutschen den sowjetischen Staat bereits 80 Milliarden Rubel gekostet habe und die Bundesrepublik einen dementsprechenden volkswirtschaftlichen Gewinn verbuchen konnte. *Novoe Vremja* Nr. 17 vom 20. April 1990 druckte einen Aufsatz von Konstantin Isakov über die Umstände und Hintergründe der Deportation der Deutschen 1941. Isakov zitierte dabei neues, umfangreiches Quellenmaterial, führte die seinerzeitigen Vorwürfe an die deutsche Minderheit, eine "Fünfte Kolonne" des Deutschen Reichs zu sein, *ad absurdum* und schlug den Bogen zur Situation an der Wolga, indem er die Diffamierung der Deutschen unter Stalin mit der Kampagne des Jahres 1990 gleichsetzte¹¹⁶⁷.

Das Interesse an den Sowjetdeutschen und den nationalitätenpolitischen Auseinandersetzungen fand seinen Niederschlag auch in der Beachtung der 3. Außerordentlichen Konferenz der "Wiedergeburt" durch die Medien. An der Veranstaltung, die vom 14.-18. August 1990 im Verwaltungsgebäude der VDNCh in Moskau stattfand, nahmen bereits 87 in- und ausländische Journalisten¹¹⁶⁸ sowie zahlreiche Gäste und Beobachter teil, aus der Bundesrepublik u.a. der SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Sielaff, Vertreter des VDA und der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, aus dem Wolgagebiet Gegner und Befürworter einer deutschen Autonomie¹¹⁶⁹.

Die enttäuschende Einsicht, dass die Sowjetunion ihren deutschen Mitbürgern statt der erhofften Wiederherstellung der Wolgarepublik und der historischen Gerechtigkeit nur eine nebulöse "Assoziation" verordnete, dürfte ein wesentlicher Grund dafür gewesen sein, dass die "Wiedergeburt" auf ihrer 3. Konferenz deutliche radikalere Töne anschlug und mehrheitlich die Position Groths unterstützte, dessen Eröffnungsreferat bislang ungehörte Schärfe und Polemik kennzeichneten. Die Sowjetdeutschen steckten in einer "Krisensackgasse", das Zentrum führe den "genoziden Prozess der Zwangsassimilierung" aus der Vorperestrojkezeit fort und "mit Unterstützung aus dem Innern des ZK der KPdSU" würde die "deutschfeindliche, chauvinistische Kampagne"¹¹⁷⁰ im Wolgagebiet gesteuert. Gusev habe als früherer Führer der örtlichen Partei- und Sowjetbürokratie dazu beigetragen, die öffentliche Meinung an der Wolga zu manipulieren. Die Tätigkeit der von ihm geleiteten Kommission hätte bei den Deutschen "von Anfang an begründetes Misstrauen" hervorgerufen¹¹⁷¹.

¹¹⁶⁷ *Novoe Vremja* Nr. 17, 20.4.90, S. 35-39

¹¹⁶⁸ *Neues Leben*, 22.8.90, S. 2

¹¹⁶⁹ Aufzählung der Teilnehmer in: *Freundschaft*, 25.8.90

¹¹⁷⁰ *Freundschaft*, 31.8.90, S. 2

¹¹⁷¹ *ibid.* Jurij Haar erläuterte in seinem Rechenschaftsbericht zur Arbeit der Gusev-Kommission, diese habe bislang die Frage der Wiederherstellung der Staatlichkeit nicht voranbringen können (*ne prodvinula*), "da darüber auf den Sitzungen ständig Streit und Meinungsverschiedenheiten auftreten"; *Neues Leben*, 22.8.90, S. 2

Groth kritisierte erneut Gorbačevs Äußerungen in Nižnij Tagil und Železnovodsk zu den Problemen der Ansiedlung Deutscher an der Wolga und der Ul'janovsker Variante¹¹⁷² und warf ihm vor, die Führung der "Wiedergeburt" zu ignorieren und statt auf der Konferenz zu sprechen, die Probleme der Sowjetdeutschen regelmäßig mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher zu erörtern und das Schicksal dieses sowjetischen Volks von den zwischenstaatlichen Beziehungen zur Bundesrepublik abhängig zu machen. "Wie früher bleiben wir weiterhin Geisel-Volk"¹¹⁷³ des deutsch-sowjetischen Verhältnisses. Der Vorwurf, beide Regierungen handelten über die Köpfe der Deutschen hinweg, wurde in der Folgezeit wiederholt erhoben.

Der "Assoziation" als Endziel erteilte Groth nunmehr eine klare Absage. Man brauche keine "halbherzigen Maßnahmen, keine kosmetischen Tricks"¹¹⁷⁴. Die Idee der Durchführung eines Kongresses zur Gründung der "Assoziation" werde von der "Wiedergeburt" nur erörtert, wenn entsprechende, rechtlich abgesicherte Vorschläge vom Obersten Sowjet der UdSSR oder dem Präsidenten ausgingen, wobei die "Assoziation" keine Alternative zur Wolgarepublik sein könne, sondern nur Instrument zu deren schnellstmöglicher Wiederherstellung.

Die allgemeine Diskreditierung der Partei war mittlerweile so weit fortgeschritten, dass einem Konzept einer "Assoziation", das sich auf eine Plattform des ZK stützte, großes Misstrauen entgegengebracht wurde. Darüber hinaus ließ das Versäumnis oder Unvermögen der sowjetischen Führung und der Partei, den Begriff "Assoziation" zu erläutern, zweifeln, ob ein solches, in der sowjetischen Verfassung nicht vorgesehenes Konstrukt tatsächlich fähig sein würde, in Zusammenarbeit mit Unions- und Republikinstanzen Schulen zu errichten, Kulturhäuser etc. zu bauen. Die 602 stimmberechtigten¹¹⁷⁵ Konferenzdelegierten sprachen sich daher in einer Resolution für die unverzügliche Wiederherstellung der Wolgarepublik sowie der nationalen Gebiete als einzige Lösung aus. "Die Konferenz drückt ihre feste Überzeugung aus, dass die Wiederherstellung der Staatlichkeit der Sowjetdeutschen heute möglich ist; ... nötig sind lediglich guter Wille und praktische Handlungen der Führung des Landes."¹¹⁷⁶ Die Delegierten kritisierten scharf, dass die Gusev-

¹¹⁷² In einem dpa-Interview wandte Groth sich ausdrücklich gegen die Alternative einer Ansiedlung Deutscher im Königsberger Gebiet: "Die Sowjetdeutschen haben keinerlei historischen und rechtlichen Anspruch auf dieses Land. Außerdem leben in diesem Gebiet etwa 800.000 Menschen, deren Widerstand ebenso wie an der Wolga mobilisiert werden könnte." (dpa/15.8.90/0911; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen*, 16.8.90, S. 18) Wormsbecher dagegen setzte sein Lavieren zwischen Wolga und Königsberg fort. Zwar äußerte er sich auf dem Kongress nicht zur "Kaliningrader Variante", in einem Interview kurz zuvor hatte er sich aber erneut dafür stark gemacht. (*Sovetskaja Rossija*, 11.8.90, vgl. auch *Generalanzeiger* (Bonn), 13.8.90)

¹¹⁷³ *Freundschaft*, 31.8.90, S. 2

¹¹⁷⁴ *ibid.*

¹¹⁷⁵ *Frankfurter Allgemeine*, 20.2.90

¹¹⁷⁶ Rezoljucija tret'ej (črezvyčajnoj) konferencii vsesojuznogo obščestva sovetskich nemcev "Vozroždenie"; zitiert nach: *Neues Leben*, 26.9.90, S. 6

Kommission sich die Wiederherstellung der Staatlichkeit bislang nicht zur Aufgabe gemacht habe, sprachen Gusev das Misstrauen aus und forderten seine Ablösung als Vorsitzender der Kommission¹¹⁷⁷. In der Resolution erklärten sie aber ihre Unterstützung für den für Herbst geplanten Kongress der Deutschen sowie für die dort vorgesehene Wahl eines Vertretungsorgans der Deutschen als Instrument zur Wiederherstellung der Staatlichkeit. Die Delegierten forderten die Ortsvereine der "Wiedergeburt" sowie alle Sowjetdeutschen zu aktiver Teilnahme an den Vorbereitungen zum Kongress und an der Wahl der Delegierten auf¹¹⁷⁸. Allerdings machte die Resolution der 3. Konferenz der "Wiedergeburt" durch ihr klares Nein zur "Assoziation"¹¹⁷⁹ deutlich, dass das Ziel darin bestand, den mit gewisser Berechtigung vermuteten Absichten der sowjetischen Führung, eine "Assoziation" als Ersatz für eine territoriale Lösung zu schaffen, auf dem Kongress eine Niederlage zu bereiten. Damit nahm die "Wiedergeburt" gegenüber der Plenartagung ihres Koordinationszentrums im April 1990 eine Klarstellung vor. Damals hatte die Idee einer "Assoziation" für eine Übergangszeit noch mehr Akzeptanz gefunden. Zu dem Stimmungsumschwung hatte auch KGB-Oberstleutnant Kičichin beigetragen, der auf der Konferenz auftrat und seine Äußerungen vom Juni 1990 nicht nur wiederholte, sondern noch darüber hinausging und die angestrebte "Assoziation" als Teil einer anti-deutschen Intrige der politischen Führung bezeichnete¹¹⁸⁰.

Selbst KP-Mitglied Wormsbecher kritisierte die sowjetische Führung während der Konferenz und über das zentrale russische Fernsehen: "Die Verzweiflung des Volkes ist ... groß. Fünfzig Jahre wurde nichts getan, und in den fünf Jahren der *Perestrojka* wurde ebenfalls nichts getan."¹¹⁸¹ Wormsbecher, dessen Rede vor dem Kongress mehrfach von Pfiffen unterbrochen wurde, sparte nicht mit Kritik an der schleppenden Entwicklung und warb für Gesprächsbereitschaft mit Regierung und Partei und für die "Assoziation", die allerdings nicht an die Stelle einer Autonomie treten dürfe. Nur eine "Assoziation" könne die Probleme der deutschen Mehrheit lösen, die außerhalb einer autonomen Republik leben werde. Ultimaten und Misstrauenserklärungen würden die autonome Republik nicht schaffen¹¹⁸².

¹¹⁷⁷ vgl. Rezoljucija tret'ej (črezvyčajnoj) konferencii vsesojuznogo obščestva sovetskich nemcev "Vozroždenie"; *Neues Leben*, 26.9.90, S. 6

¹¹⁷⁸ Die Konferenz delegierte in diesem Sinne 14 Vertreter der "Wiedergeburt" in das Organisationskomitee. Sie wurden vom Ministerrat offiziell ins Komitee aufgenommen und nahmen ab der Sitzung vom 5. Oktober teil; vgl. *Neues Leben*, 17.10.90, S. 2

¹¹⁷⁹ "Konferencija rešitel'no otvergaet ideju asociacii." Rezoljucija tret'ej (črezvyčajnoj) konferencii vsesojuznogo obščestva sovetskich nemcev "Vozroždenie"; zitiert nach: *Neues Leben*, 26.9.90, S. 6

¹¹⁸⁰ vgl. *Frankfurter Allgemeine*, 20.8.90; ein weiterer Artikel zu Kičichin und seiner Motivation sowie seinen Erkenntnissen veröffentlichte die Rigaer Zeitung *Sovetskaja molodež'*, 20.9.90, nachgedruckt in: *Neues Leben*, 3.10.90, S. 1, 3

¹¹⁸¹ Zentrales sowjetisches Fernsehen 17.8.90/2259; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen*, 20.8.90, S. 36

¹¹⁸² *Freundschaft*, 31.8.90, S. 2

Die "Wiedergeburt" hatte Gorbačev, Luk'janov und El'cin auf die Konferenz eingeladen. Lediglich El'cin sandte eine Grußbotschaft, in der er seine Überzeugung zum Ausdruck brachte,

dass die nationalen Fragen der Sowjetdeutschen auf dem Wege der Demokratie, der Ausgewogenheit und historischen Verantwortung unter Berücksichtigung der Interessen aller beteiligten Seiten gelöst werden. (...) In der Russischen Föderation ist das Problem Eures Volkes, das die ungesetzliche Aussiedlung, die Schrecken der Hölle der 'Arbeitslager' überstanden hat und das - ungerecht aus seiner Heimat vertrieben - dennoch einen würdigen Beitrag zum Sieg über den Faschismus leistete, im Blickfeld der höchsten Organe der Staatsmacht und der Regierung.¹¹⁸³

Obwohl El'cin damit inhaltlich nicht weit entfernt von den bekannten Unionspositionen lag, fasste die Konferenz jedoch die Beachtung durch El'cin als ein Zeichen der Ermutigung auf. In einem Interview mit *dpa* sagte Groth am 15. August 1990: "Wir müssen uns auf den radikalen russischen Führer Boris El'cin umorientieren. Eine andere Hoffnung haben wir nicht."¹¹⁸⁴ Groth betrachtete diesen Weg gleichzeitig als "politisches Misstrauensvotum an die Regierung"¹¹⁸⁵, nachdem sich das Ultimatum vom Januar als nicht durchführbar (*nedeesposobnym*) erwiesen habe.

Die Konferenz wandte sich dementsprechend in einer Resolution an den Obersten Sowjet der RSFSR mit der Bitte, unter Beteiligung der Sowjetdeutschen bei der Regierung der RSFSR ein eigenes Organisationskomitee einzurichten, das die Vorbereitung und Ausführung der Wiederherstellung der Staatlichkeit an der Wolga zur Aufgabe habe.

Angesichts der Erosion der UdSSR und der Erkenntnis der Deutschen, dass die für sie wesentlichen Fragen der Autonomie an der Wolga oder aber im Altaj bzw. bei Omsk nur noch im Verbund mit Russland zu lösen sein würden, war die Umorientierung der "Wiedergeburt" auf El'cin konsequent. Auch von ihrem historischen Selbstverständnis hatten sich die Sowjetdeutschen ("Sovetskie nemcy") immer als "Rossijskie nemcy", als

¹¹⁸³ ADN/17.8.90/1936; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen*, 20.8.90, S. 37; Text auch in: *Neues Leben*, 22.8.90, S. 2

¹¹⁸⁴ *dpa*/15.8.90/0911; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen*, 16.8.90, S. 18

¹¹⁸⁵ *Freundschaft*, 31.8.90, S. 2 - was Groth allerdings nicht davon abhielt, das Ultimatum mehrfach zu erneuern. In Form eines "Nachworts" zur Konferenz äußerte Groth sich zur Frage der Zweckmäßigkeit eines Ultimatums: "Gründe zu ultimativen Mitteln zu greifen, haben wir mehr als reichlich. Bis zum völligen Ende der Krise werden wir diese Form des Kampfes auch weiterhin beibehalten. Das Leben hat gezeigt, dass in unserem Land das Ultimatum häufig die einzige Form des Kampfes für die Zukunft einzelner Völker darstellt, die fähig ist, Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Im Grunde genommen ist dies ein Element sowjetischer Tradition. Was nützen uns in unserer Lage Feinheiten der zivilisierten Form von Diplomatie, wenn unsere Stimme nicht vernommen oder zumeist von den Machthabern einfach ignoriert wird, wenn das Schicksal eines ganzen Volkes bedroht ist? Das Januar-Ultimatum der 'Wiedergeburt' hat die Deutschen der UdSSR wacherüttelt, die sich alle noch im Zustand eines lethargischen Schlafs befanden." (*Neues Leben*, 3.10.90, S. 2)

"Russlanddeutsche" gefühlt. Die Rückbesinnung auf die traditionelle Bezeichnung nahm hier ebenfalls ihren Ausgangspunkt.

Im Rückblick auf die Konferenz sah Groth die Bestrebungen zur Lösung der Probleme der Sowjetdeutschen an entscheidender Stelle angelangt. "Zurück blieben die Illusionen, die seinerzeit mit dem Plenum des ZK der KPdSU und den Parteitag verbunden wurden, auch auf den Obersten Sowjet der UdSSR verblieb kaum Hoffnung ... Unsere letzten Hoffnungen sind mit dem Parlament Russlands verbunden, mit El'cin."¹¹⁸⁶

Ganz in diesem Sinne schloss sich am 18. August 1990 an die Konferenz die Gründung einer russischen Gesellschaft der Sowjetdeutschen an, die die Interessen der ca. 842.000 Deutschen der Russischen Föderation vertreten sollte - dazu gehörte ebenfalls die Forderung nach Wiederherstellung der Wolgarepublik in den alten Grenzen¹¹⁸⁷.

Überraschend, so Groth gegenüber *ADN*, seien der Vorsitzende der Nationalitätenkammer des Obersten Sowjets der UdSSR, Rafik Nišanov, und sein Stellvertreter, Boris I. Olejnik¹¹⁸⁸, in Begleitung des stellvertretenden ZK-Abteilungsleiter für Nationalitätenfragen, Anatolij Vasil'evič Cvetkov, sowie des Vorsitzenden der Kommission für national-staatlichen Aufbau und nationale Beziehungen des Obersten Sowjets der RSFSR, Vitalij Grigo'evič Syrovatko, auf der Konferenz aufgetaucht. Sie wurden mit "stürmischem Applaus" begrüßt¹¹⁸⁹. Nišanov entschuldigte sich im Namen des Präsidiums des Obersten Sowjets "bei allen Deutschen in der Sowjetunion für das ihnen geschehene Leid und Unrecht"¹¹⁹⁰ und dankte dem "sowjetdeutschen Volk" für seine "Disziplin und seine hohen Arbeitsleistungen"¹¹⁹¹. Er versicherte den Deutschen,

vom ersten Tag seiner neuen Zusammensetzung sucht der Oberste Sowjet unseres Landes nach Wegen zur Lösung der Fragen im Hinblick auf die Völker, die unschuldig leiden mussten. ... die Gründung der Staatlichen Kommission für die Probleme der Sowjetdeutschen beim Obersten Sowjet würde ich als einen ernsthaften Schritt betrachten. Die Kommission hat die Lösung wichtiger Fragen vorgeschlagen, die bedeutendste davon ist die Wiederherstellung der Staatlichkeit der Sowjetdeutschen. Jedoch ... als wir dieses Problem prüften, wurde deutlich, dass die reale Lage, anders als wir es wünschten, es noch nicht so schnell erlaubt, die autonome Republik der Deutschen dort zu schaffen, wo sie bis zum Krieg existierte.¹¹⁹²

¹¹⁸⁶ *Neues Leben*, 3.10.90, S. 2

¹¹⁸⁷ TASS (russ.) 18.7.90/1215; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen*, 20.8.90, S. 136

¹¹⁸⁸ Ukrainer und Sekretär des Schriftstellerverbandes der UdSSR

¹¹⁸⁹ *Neues Leben*, 22.8.90, S. 2

¹¹⁹⁰ *Frankfurter Allgemeine*, 20.8.90

¹¹⁹¹ *Bayern Kurier*, 25.8.90

¹¹⁹² *Neues Leben*, 22.8.90, S. 2

Nišanov und Cvetkov plädierten für die Zwischenzeit für die Gründung einer "Assoziation" bzw. "Regierung" (pravlenie), wie Nišanov diese Institution ebenfalls nannte¹¹⁹³, die in engem Kontakt zu Partei und Regierung an den Problemen jenseits der Wolgarepublik, aber auch an der Hauptfrage arbeiten sollte, "der Gründung der territorialen Autonomie"¹¹⁹⁴. Dies veranlasste den Saal aber zu stürmischen Protesten und Buhrufen¹¹⁹⁵. Dennoch sprach Groth von einem "gewissen Optimismus"¹¹⁹⁶, den die Erklärungen beider Parlamentarier bei den Deutschen hervorgerufen hätten.

Olejnik gewann "die Herzen der Kongressteilnehmer, indem er erklärte, die Deutschen hätten wie alle anderen Sowjetvölker das 'unveräußerliche Recht auf ein Territorium'. 'Wir müssen alles daran setzen, Sie bei uns zu halten', rief er und verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, dass 'unsere russischen Brüder alles tun, um die Frage der Wolgarepublik zu lösen.'"¹¹⁹⁷

Das Grußwort El'cins und das erstmalige Auftreten von hochrangigen Vertretern der sowjetischen Führung auf einer Veranstaltung der Deutschen müssen als Hinweis darauf gewertet werden, dass sowohl Union als auch RSFSR sich zumindest moralisch verpflichtet fühlten, die Sowjetdeutschen zur Kenntnis zu nehmen, und um Abhilfe zu deren nationalen Problem bemüht waren.

Die Konferenz wählte Groth mit 350 von 427 gültigen Stimmen wiederum zum Vorsitzenden der "Wiedergeburt" und Professor Zielke, einen Genetiker aus Novosibirsk, zum Stellvertreter. Die Stimmung der Delegierten manifestierte sich besonders in folgendem Abstimmungsergebnis: Jurij Haar, der gegen Groth und mit Wormsbecher als potentiellen Stellvertreter kandidierte - beide KP-Mitglieder und Befürworter der "Assoziation" - erhielt lediglich 67 Stimmen¹¹⁹⁸. Die Konferenz bestimmte Peter Falk¹¹⁹⁹ zum Vorsitzenden des 75köpfigen "Rates der Wiedergeburt", der das bisherige Koordinationskomitee ablöste und alle drei Monate tagen sollte. In den Rat wurden auch Wormsbecher und Haar aufgenommen.

Dass die Konferenz äußerst schlecht organisiert war, fand sogar Niederschlag in der Presse. Vervielfältigt wurde nur der Vortrag Groths, auch die Journalisten konnten die Texte der anderen Reden nicht erhalten, selbst für die Arbeit der Delegierten im Saal standen weder Resolutionsentwürfe noch die Texte der zu verändernden Satzung und des neuen Programms

¹¹⁹³ ibid.

¹¹⁹⁴ ibid.

¹¹⁹⁵ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 3447, 27.8.90, Ku 600.50/1

¹¹⁹⁶ ADN/17.8.90/1936; zitiert nach: *BPA-Ostinformationen*, 20.8.90, S. 37

¹¹⁹⁷ *Bayern Kurier*, 25.8.90

¹¹⁹⁸ *Frankfurter Allgemeine*, 20.8.90

¹¹⁹⁹ Falk gehörte später zum Wormsbecher/Haar-Flügel. Groth zum Hintergrund von dessen Wahl, vgl. *Neues Leben*, 13.3.91, S. 2

der "Wiedergeburt" zur Verfügung¹²⁰⁰, die aber schließlich dennoch von der Konferenz verabschiedet wurden¹²⁰¹. Diese Vorkommnisse werfen ein bezeichnendes Licht auf Organisationsgrad und die diesbezüglichen Fähigkeiten der "Wiedergeburt". Entsprechende Kritik an der "Wiedergeburt" wurde bis in die Gegenwart laut.

Am 20. September 1990 unterstrich Groth in einem Gespräch im Auswärtigen Amt, auf der Konferenz habe eine Spaltung der Deutschen verhindert werden können. Seine Anhänger und er, die von der 3. (außerordentlichen) Konferenz der "Wiedergeburt" in das Organisationskomitee delegiert worden waren, arbeiteten jetzt auch in dem personell erweiterten Gremium zur Vorbereitung des Kongresses mit. Den Begriff "Assoziation" lehnte er ab. Was immer ein künftiger Kongress beschließe, dürfe aber nicht auf Ideen der Partei beruhen, sondern habe von Parlament oder Regierung getragen zu werden. Oberstes Ziel müsse die territoriale Autonomie an der Wolga bleiben. Ein entsprechendes Gesetz solle die RSFSR noch 1990 beschließen, jedoch könne dessen Umsetzung insofern aufgeschoben werden, als die territoriale Autonomie nicht notwendigerweise auch zeitlich zuerst zu realisieren sei¹²⁰². Die deutsche Seite bemühte sich, Groth darin zu bestärken, Zwischenlösungen zu akzeptieren.

Groth berichtete darüber hinaus von einer sich entspannenden Situation an der Wolga. Das Gebietskomitee habe am 13. September 1990 Sofortmaßnahmen zugunsten der Deutschen beschlossen, u.a. der Aufnahme von deutschsprachigen Radio- und Fernsehprogrammen, einer deutschen Seite in der Gebietszeitung *Kommunist* und die Prüfung der Bildung von deutschen Dorfsowjets in Gebieten kompakter Besiedlung. Die Rayons seien verpflichtet worden, Räumlichkeiten für Kulturzentren zur Verfügung zu stellen. Der Erhalt von historischen und kulturellen Denkmälern der Sowjetdeutschen sollte geprüft werden, ebenso die Einrichtung von Ausbildungsgängen an der Pädagogischen Hochschule in Engel's für Erzieher und Grundschullehrer für deutsche Klassen sowie an der Universität Saratov und dem dortigen pädagogischen Institut für Lehrer für Deutsch als Muttersprache¹²⁰³. Tatsächlich wurden in den Folgejahren eine Reihe von Verbesserungen verwirklicht.

Der VDA zeigte sich gegenüber der Botschaft über die personalisierte und z.T. sachferne Diskussion auf der 3. Konferenz der "Wiedergeburt" enttäuscht. Insbesondere die *hardliner*-Position Groths würde die "Wiedergeburt" in die Radikalität und die Gesprächsverweigerung

¹²⁰⁰ *Neues Leben*, 22.8.90, S. 2

¹²⁰¹ Texte in: *Neues Leben*, 26.9.90, S.6

¹²⁰² vgl. Vermerk 605-622 SOW/1 vom 21.9.90

¹²⁰³ vgl. "Im Gebietsexekutivkomitee: Zu den Problemen der Sowjetdeutschen"; in: *Kommunist*, 13.9.90

mit der Regierung führen. Der VDA müsse daraus die Konsequenz ziehen, dass die "Wiedergeburt" als einziger Partner für die Kanalisierung von westdeutschen Hilfsmaßnahmen nicht in Frage komme. Gerade diese Exklusivität hatte VDA-Geschäftsführer Schlamelcher jedoch nach einer Meldung des *Neuen Leben* am 30. März 1990 in Moskau mit der "Wiedergeburt" vereinbart¹²⁰⁴. Die Hilfsmaßnahmen, so Schlamelcher nun, müssten vielmehr über einzelne Sowjetdeutsche abgewickelt werden, unabhängig davon, ob diese Mitglieder der "Wiedergeburt" seien oder nicht. Der VDA werde daher in Moskau ein Büro eröffnen und mit den technischen Geräten ausstatten, die zunächst für Groth gedacht waren. Dieser vermittele den Eindruck, er verfolge mit den Geräten Eigeninteressen zur Absicherung seiner Machtbasis. Dieser Meinungsumschwung - zumindest aus Sicht der "Wiedergeburt" - führte im weiteren zu einem tiefen Zerwürfnis zwischen Groth und dem VDA, das 1991 auf den Kongressen der Sowjetdeutschen in öffentlichen Beschimpfungen des VDA gipfelte.

Die ZK-Vertreter hatten die Konferenz der "Wiedergeburt" zu intensiven Gesprächen mit Schlamelcher genutzt, der der Botschaft berichtete, man sei übereingekommen, die Hilfe des VDA über diejenigen Stellen und Personen zu lenken, die auf die "Assoziation" ausgerichtet seien. Er habe Auman nach Bonn eingeladen, um mit ihm Hilfsmöglichkeiten für die "Assoziation" zu besprechen. Cvetkov habe im übrigen bestätigt, dass der "Assoziation" eine territoriale Autonomie folgen könne. Die Botschaft wies Schlamelcher u.a. darauf hin, dass eine bevorzugte oder gar exklusive Zusammenarbeit mit dem ZK die Bemühungen der Bundesregierung diskreditieren könne, und bat darum, das Gespräch mit Chilčevskij abzuwarten, mit dem die Bundesregierung seinerzeit im Kontakt stand. Schlamelcher sagte zwar zu, seine Schritte zukünftig mit dem Auswärtigen Amt und der Botschaft abzustimmen, faktisch jedoch blieben die Weichen im Sinne seiner ursprünglichen Absichten gestellt¹²⁰⁵.

3.2.13 Aufnahme der Sowjetdeutschen in ein bilaterales deutsch-sowjetisches Vertragswerk

Gleichzeitig zu der Tagung der "Wiedergeburt" führte Bundesaußenminister Genscher vom 16.-17. August 1990 in Moskau politische Gespräche¹²⁰⁶ im Hinblick auf das 2+4-Dokument und die bilateral zu schließenden deutsch-sowjetischen Vereinbarungen. In den Entwurf des

¹²⁰⁴ *Neues Leben*, 9.5.90, S. 3

¹²⁰⁵ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 3447, 27.8.90, Ku 600.50/1

¹²⁰⁶ Am Rande der Gespräche erläuterte Genscher die deutsche Absicht, in Kasachstan zur kulturellen und konsularischen Betreuung der Deutschen präsent zu werden. Außenminister Ševardnadze sagte Prüfung des Anliegens zu. Das freundliche und konstruktive Klima der Begegnung wurde für die Öffentlichkeit dadurch erkennbar, dass erstmals beide Außenminister eine gemeinsame Pressekonferenz gaben; vgl. Vermerk 213-321.11 vom 18.8.90

"Umfassenden Vertrages über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit" hatte die Bundesrepublik die gewünschte und seit langer Zeit angestrebte schriftliche Regelung der Förderung von Belangen der Sowjetdeutschen hineingeschrieben. Musste bislang das Thema Sowjetdeutsche in deutsch-sowjetischen Verhandlungen immer "versteckt" werden, kam mit Art. 15 Abs. 5 des "Umfassenden Vertrages" nun endlich eine, wenn auch magere, bilaterale vertragliche Grundlage zustande:

Sowjetischen Bürgern deutscher Nationalität sowie aus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken stammenden und ständig in der Bundesrepublik Deutschland wohnenden Bürgern, die ihre Sprache, Kultur oder Tradition bewahren wollen, wird es ermöglicht, ihre nationale, sprachliche und kulturelle Identität zu entfalten. Dementsprechend ermöglichen und erleichtern sie [die UdSSR und die Bundesrepublik] im Rahmen der geltenden Gesetze der anderen Seite Förderungsmaßnahmen zugunsten dieser Personen oder ihrer Organisationen.¹²⁰⁷

Mit der Formulierung war die kulturelle Hilfe an die Sowjetdeutschen nunmehr auch bilateral und schriftlich abgesichert. Deren wirtschaftliche Förderung, die nicht nur angedacht war, sondern für die sich alsbald eine Notwendigkeit ergab, war jedoch nicht vorgesehen, so dass deutsche Initiativen, die zur Jahreswende 1991 ergriffen wurden, bis zum Ende der Sowjetunion zwar mündlich mit der sowjetischen Botschaft in Bonn und den Behörden vor Ort in groben Zügen abgestimmt, vertraglich aber letztlich nicht gesichert waren.

Der "Umfassende Vertrag" wurde am 13. September 1990 in Moskau von den Außenministern Šewardnadze und Genscher paraphiert und am 9. November 1990 in Bonn beim ersten Besuch eines Staatsoberhauptes im vereinten Deutschland von Bundeskanzler Kohl und Präsident Gorbačev unterzeichnet. In einer Erklärung anlässlich der Vertragsunterzeichnung sagte Bundeskanzler Kohl:

Unsere besondere Zuwendung, Herr Präsident - und Sie wissen dies - verdienen auch die Sowjetdeutschen. Unser heute unterzeichneter Vertrag eröffnet ihnen neue Möglichkeiten, ihre Sprache - unsere Muttersprache - Kultur und Tradition zu bewahren und ihre nationale, sprachliche und kulturelle Identität zu entfalten. Wir wollen ihnen dabei gerne helfen.

Von der sowjetischen Regierung erbitten wir gleichgerichtete Anstrengungen, das Leben dieser Menschen in ihrer angestammten Heimat zu erleichtern, und von der sowjetischen Führung Zeichen der Ermutigung, dass sie im sich wandelnden Verband der UdSSR eine gesicherte Zukunft erwarten können.¹²⁰⁸

¹²⁰⁷

BPA-Bulletin 133 vom 15.11.90, S. 1381

¹²⁰⁸

ibid. S. 1376

Präsident Gorbačev sagte dem Bundeskanzler, wie dieser in seiner Regierungserklärung zum Besuch mitteilte, "entsprechende Bemühungen"¹²⁰⁹ zu, ein Bekenntnis, das an die sogenannte Stagnationszeit erinnert. Während die deutsche Hilfe nunmehr unbehindert erfolgen konnte und die Stagnation in den diesbezüglichen Beziehungen auf dem Hintergrund der Kontakte zur DDR endgültig überwunden waren, blieben konkrete sowjetische Maßnahmen von zentraler Stelle jedoch aus.

3.2.14 5. Sitzung der "Humanitären Arbeitsgruppe". Tagung der deutsch-sowjetischen Kulturkommission

Am 11./12. Oktober 1990 trat die "Humanitäre Arbeitsgruppe" in Bonn zu ihrer fünften Sitzung zusammen¹²¹⁰. Die Sowjetunion nutzte das Gespräch zur eigenen Information zu menschenrechtlichen Themen im weitesten Sinne. Die früher übliche kontroverse Erörterung von Anliegen der jeweiligen Seiten trat demgegenüber völlig in den Hintergrund. Beide Delegationen betonten die neue Qualität der bilateralen Beziehungen unter Hinweis auf Art. 17 des "Vertrages über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit", in dem die Absicht vertiefter Kooperation in humanitären Fragen zum Ausdruck gebracht wurde.

Der deutschen Seite bot die Sitzung der Arbeitsgruppe vor allem Gelegenheit, ihre Besorgnis über die Lage der Deutschen in der UdSSR vorzutragen und nunmehr auch auf Arbeitsebene die Konkretisierung und Verwirklichung von Autonomieplänen anzumahnen. Die Autonomie müsse so gestaltet werden, dass den Deutschen eine Perspektive für ein Verbleiben im Lande eröffnet werde. Die deutsche Delegation erinnerte ein weiteres Mal daran, dass die sowjetische Reaktion auf den Katalog möglicher Hilfsmaßnahmen noch immer ausstehe. Die sowjetische Seite reagierte zwar aufgeschlossen, stellte konkrete Entscheidungen zur Autonomie aber erst für die Zeit nach der Gründung der "Assoziation" in Aussicht, die auf dem Kongress der Deutschen im Dezember erfolgen solle. Die Sowjetunion sei sich der Dringlichkeit des Problems bewusst, könne aber keine Lösung ins Auge fassen, ohne auf die Auswirkungen auf andere sowjetische Nationalitäten zu achten. Eine größere Emigrationswelle werde zwar sicherlich Druck u.a. auf die Gusev-Kommission ausüben, aber an diesem Grundsatz nichts ändern. Es lägen inzwischen jedoch Vorschläge des Justizministeriums vor, 27 auf die Deportation der Deutschen bezogene Rechtsakte außer Kraft zu setzen.

¹²⁰⁹ *BPA-Bulletin* 134 vom 16.11.90, S. 1392

¹²¹⁰ Die "Humanitäre Arbeitsgruppe" ist zu einer letzten Sitzung am 9./10.12.91 in Moskau zusammengetreten. Die Thematik der Sowjetdeutschen spielte dabei keine wesentliche Rolle mehr.

Hinsichtlich der kulturellen Betreuung der Sowjetdeutschen sagte der sowjetische Delegationsleiter Nikolaj D. Smirnov, der stellvertretende Leiter der Abteilung für internationale Zusammenarbeit und Menschenrechte im sowjetischen Außenministerium, zu, die zuständigen Kulturbehörden zu einer baldigen Reaktion auf das deutsche Angebot von kulturellen und sozialen Hilfsmaßnahmen zu drängen und die deutschen Vorstellungen über die Gründung einer gesonderten Arbeitsgruppe zu den Sowjetdeutschen zu übermitteln, an der auf deutscher Seite neben dem Auswärtigen Amt das Bundesministerium des Innern sowie der VDA und auf sowjetischer Seite neben Außen- und Kulturministerium auch Vertreter der Gusev-Kommission teilnehmen sollten. Anders als der deutschen Seite schwebte der sowjetischen Delegation nicht ein Regierungsabkommen vor, sondern eine "Billigung" der Hilfsmaßnahmen von Mittlerorganisationen durch beide Regierungen. Eine solche Arbeitsgruppe konnte allerdings erst im Frühjahr 1992 mit Russland verwirklicht werden.

Smirnov berichtete darüber hinaus, dass der Entwurf des auch für Sowjetdeutsche relevanten Gesetzes über freie Ein- und Ausreise inzwischen dem Obersten Sowjet vorliege und voraussichtlich im Dezember in 2. Lesung angenommen werde. Das Gesetz sehe u.a. vor, dass jeder Sowjetbürger einen Pass erhalten und ohne Einladung ins Ausland reisen könne. Die Vorschriften über die Beantragung von Reisepapieren würden entgegen jetziger zurückhaltender Praxis publiziert¹²¹¹.

Zuvor, am 2. Oktober 1990, hatte ZK-Mitarbeiter Auman Gespräche im Auswärtigen Amt geführt und mitgeteilt, die Erlasse zur Gleichstellung der ehemaligen Trudarmisten und zur Aufhebung aller gegen die Deutschen verhängten Diskriminierungen würden von Gorbačev wohl in Kürze unterzeichnet¹²¹². Auman räumte ein, die Deutschen hätten unter den Kriegsfolgen weiterhin zu leiden, sie seien bislang nicht rehabilitiert und würden nicht selten noch als "Faschisten" beschimpft. Ihr Bildungsniveau sei als Folge der Diskriminierungen

¹²¹¹ Das Gesetz trat erst zum 1.7.91 in Kraft. Völlige Freizügigkeit gewährte aber es nicht. Dazu trugen praktische Probleme wie der Mangel an Devisen und an Passvordrucken bei sowie Koordinationsprobleme mit den Republiken und möglicherweise auch von dritten Staaten geäußerte Befürchtungen über eine Ausreisewelle; vgl. Brendel, Th.J. "Ein neues Gesetz zur Regelung von Ausreise und Einreise für Bürger der UdSSR". *Osteuropa* 4 (1992), S. 303-9. Im Rahmen des stufenweisen Inkrafttretens des Gesetzes wurden mit dem 1.7.91 aber die auf sowjetischer Seite noch bestehenden Ausreisebeschränkungen für Aussiedler aufgehoben. Für Anträge auf Ausreise zur ständigen Wohnsitznahme war bislang eine Einladung von Verwandten 1. Grades zwingend erforderlich. Nunmehr genügte eine Einladung von Verwandten, wobei der Grad der Verwandtschaft keine Rolle mehr spielte. Hilfsweise konnte ein Schreiben der Deutschen Botschaft vorgelegt werden, das eine Zustimmung zur Wohnsitznahme in Deutschland enthielt. Mit diesem Schritt wurde die Rechtslage der liberalen Ausreisep Praxis angepasst; vgl. *Vedomosti S"ezda narodnych deputatov SSSR i Vernovnogo Soveta SSSR* Nr. 24 vom 12.6.91, 687. "O porjadke vyezda iz SSSR i v"ezda v SSSR graždan SSSR.", S. 939-45; auch in: *Izvestija*, 6.7.91; vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 2730 vom 30.7.91, RK 213-457.00

¹²¹² tatsächlich erst am 21.6.91 bzw. am 7.3.91

"drei- bis fünfmal niedriger als das der Kasachen oder Russen"¹²¹³, der größte Teil der Deutschen habe keine höhere Schulbildung genossen. In Literatur, Kunst und Wissenschaft gebe es kaum deutsche Exponenten bzw. nur solche, die ihr Deutschtum verleugnet hätten. Als Größenordnung der noch in der UdSSR lebenden Deutschen nannte Auman die Zahl von 2 Millionen für rein deutsche Familien und 4-6 Millionen einschließlich der gemischten Ehen. Ein bedeutender Teil der Sowjetdeutschen sei des Wartens müde und werde ausreisen. Der hohe Lebensstandard in Deutschland übe zusätzlichen Sog aus, hiergegen müsse die Bundesregierung ansteuern. In der UdSSR rangiere das Problem der Deutschen auf der Prioritätenskala ganz am Ende, daher sei Hilfe aus Deutschland angezeigt.

Auf den Hinweis der deutschen Seite, dass vor mehr als 1 1/2 Jahren dem sowjetischen Außenministerium ein Katalog möglicher Hilfsmaßnahmen mit der Bitte um Begutachtung vorgelegt wurde, eine Reaktion aber noch immer ausstehe¹²¹⁴, bat Auman um Überlassung einer Kopie des Dokuments, um sich selbst um eine offizielle Antwort zu bemühen. Auman hätte das Papier allerdings kennen müssen, denn die Deutsche Botschaft hatte es ihm persönlich bereits am 14. April 1989 mit der Bitte um Prüfung übergeben, die damals auch zugesagt worden war. Schon einen Monat zuvor war es in der "Humanitären Arbeitsgruppe" der sowjetischen Delegation überreicht und dann, vermutlich über das ZK, sofort an die DDR weitergegeben worden.

Vom 12.-14. Februar 1991 fand in Bonn eine weitere Sitzung des Gemischten Ausschusses gemäß Artikel 13 des Kulturabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken statt. Der sowjetischen Delegation gehörten neben Delegationsleiter V.A. Kupcev der stellvertretende sowjetische Kulturminister der RSFSR an - sowie bemerkenswerterweise erstmals ein Sowjetdeutscher, Johannes Windholz. Dieser fiel dadurch auf, dass er am Verhandlungstisch seiner eigenen Delegation gegenüber keinen Zweifel aufkommen ließ, dass die Sowjetdeutschen von ihrer Regierung mehr erwarteten als sie bekamen. Die bundesdeutsche Seite hatte ihre Einladung zu der Sitzung ausdrücklich auch für Vertreter der Regierungen Kasachstans und Kirgistans ausgesprochen, von dort war jedoch niemand erschienen.

Kupcev, der noch mehr als ein Jahr zuvor die Sowjetdeutschen-Thematik zurückgewiesen hatte, ließ nunmehr einen halben Tag Diskussion zu. Trotz deren Unvermeidbarkeit

¹²¹³ vgl. Vermerk 213-321.39 vom 2.10.90

¹²¹⁴ Aus Gründen, die von der federführenden Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts zu vertreten sind, war seit der "Humanitären Arbeitsgruppe" in Moskau vom 4.12.89 die deutsche Einladung zu der turnusgemäßen halbjährlichen Sitzung nicht ergangen, so dass zumindest in diesem Forum die Behandlung der Thematik nicht erfolgen konnte. Möglicherweise hatte das sowjetische Außenministerium daraus den Schluss gezogen, dass die Diskussion über das am 6./7.3.89 übergebene deutsche Papier für die Bundesregierung keine Priorität hatte.

angesichts existierender KSZE-Dokumente sowie der Bestimmungen des "Umfassenden Vertrages" war sie der sowjetischen Seite immer noch sichtlich unangenehm. Sie verwies auf ungeklärte Zuständigkeiten innerhalb der Zentralregierung, auf unsichere Strukturen zwischen Zentral- und Republikregierungen sowie auf die aktuelle Meinungsbildung bei den Sowjetdeutschen selbst. Es gelang der deutschen Seite nicht, einen Abstimmungsmechanismus für Projekte festzuschreiben. Die Furcht vor einer Einmischung in innersowjetische Angelegenheiten blieb unüberwindbar. Die sowjetische Delegation machte des weiteren deutlich, dass seitens der UdSSR Mittel zur Förderung der deutschen Minderheit nicht zu erwarten seien¹²¹⁵, eine erstaunliche Einlassung nur einen Monat vor dem geplanten Kongress der Sowjetdeutschen. Die Kulturkommission wurde hier letztmalig als Instrument in sowjetdeutschen Dingen bemüht. Der enttäuschende Verlauf der Begegnung kündete bereits vom bevorstehenden Ende der UdSSR und führte klar vor Augen, dass mit dem sowjetischen Moskau Absprachen hinsichtlich der Deutschen in der gesamten UdSSR nicht mehr zu treffen sein würden.

3.2.15 Anlehnung der "Wiedergeburt" an die RSFSR

Schon am 15. Juni 1990 hatte die "Wiedergeburt" einen Appell an die Abgeordneten des ersten Volksdeputiertenkongresses der RSFSR gesandt, in dem Groth im Namen der mehr als zwei Millionen Sowjetdeutschen auf das Fortbestehen der Diskriminierung der Deutschen hinwies, die "Russland als ihre Heimat betrachten", und auf den Versuch an der Wolga, "unter stillschweigendem Einverständnis zentraler Instanzen des Landes, die Umsetzung der Deklaration und des Beschlusses des Obersten Sowjets der UdSSR zur Wiederherstellung der Rechte der Sowjetdeutschen zu blockieren."¹²¹⁶ Groth hatte offenbar erkannt, dass sich aus der am 12. Juni 1990 erfolgten Souveränitätserklärung Russlands eine für die Sowjetdeutschen wesentliche Weichenstellung ergab. Der Kongress der Volksdeputierten hatte sich das Recht auf Austritt aus der Union vorbehalten und den Vorrang von russischen Gesetzen vor solchen der Union beschlossen. In diesem Sinne stellt der fast unionsfeindliche Appell der "Wiedergeburt" an die Volksdeputierten den ersten Schritt dar, zur Verwirklichung der sowjetdeutschen Anliegen nicht mehr die UdSSR, sondern künftig Russland als Hauptansprechpartner zu betrachten. Dies wird in folgendem Zitat besonders deutlich:

Die Sowjetdeutschen begrüßen einmütig die vom Ersten Kongress der Volksdeputierten der RSFSR angenommene Deklaration der staatlichen Souveränität der

¹²¹⁵ vgl. Vermerk 605-622 SOW/1 vom 15.2.91, Protokoll der Sitzung, S. 7f
¹²¹⁶ *Neues Leben*, 20.6.90, S. 2

RSFSR und sehen in ihr eine Möglichkeit zur Gewährung der Rechte der Völker auf ein würdiges Leben und freie Entwicklung, der tatsächlichen Verwirklichung ihres verfassungsmäßigen Rechts auf Selbstbestimmung in Form der Deutschen ASSR an der Wolga."¹²¹⁷

In der Tat war es der Oberste Sowjet Russlands, der in gesetzgeberischer Hinsicht den Sowjetdeutschen und den anderen von Stalin repressierten Völkern die weitreichendsten Zugeständnisse machen sollte, und nicht die Union. Es ist nicht auszuschließen, dass dieser Appell - wie auch der der Wissenschaftler - dazu beitrug, den russischen Politikern die Herzen zu öffnen. Die Abgeordneten begannen schon im Herbst 1990¹²¹⁸, das äußerst weitgehende Gesetz auf den Weg zu bringen, das am 26. April 1991 verabschiedet wurde. Noch im Oktober 1990 übergab die "Wiedergeburt" um Groth dem Obersten Sowjet der RSFSR eine Reihe von eigenen Gesetzesentwürfen zur Wiederherstellung der Rechte der Sowjetdeutschen.

Am 11. Dezember 1990 kam es zu einem Beschluss des Kongresses der Volksdeputierten der RSFSR zu den "Opfern der politischen Repressionen in der RSFSR"¹²¹⁹. Wenn auch die Deutschen in dem Beschluss nicht explizit erwähnt wurden, war doch von "einer Reihe von Völkern" die Rede, denen die Staatlichkeit genommen worden war und die deportiert wurden¹²²⁰. Erstmals fand damit der Begriff der Deportation Eingang in einen Rechtsakt. Der Kongress verurteilte den "Terror" jener Zeit und forderte den Obersten Sowjet sowie den Ministerrat der RSFSR auf, gesetzliche Maßnahmen zur Rehabilitierung und zur "vollständigen Wiederherstellung der Rechte der repressierten Völker ... der RSFSR"¹²²¹ zu ergreifen und die Probleme der repressierten Völker gemeinsam mit den Obersten Sowjets anderer betroffener Unionsrepubliken zu lösen¹²²².

Der Beschluss, der El'cins Unterschrift trug, glich dem des Obersten Sowjets der UdSSR vom 14. November 1989, duplizierte ihn faktisch. Damit spiegelte diese russische Initiative das Versagen der Union in der Nationalitätenpolitik wider und stellte ein offenkundiges Zeichen für das Beschreiten eines eigenen Weges dar, einer sichtbaren, wenn auch in Bonn, das sich aus politischen Gründen weiter an der Union orientieren musste, zunächst nicht

¹²¹⁷ ibid.

¹²¹⁸ Eine Tagung der "Konföderation repressierter Völker" begrüßte im November den Entwurf; vgl. Groth in einer Rede vor den Delegierten der 4. Konferenz der "Wiedergeburt", Moskau 10.-12.5.91, *Neues Leben*, 12.6.91, S. 3

¹²¹⁹ *Vedomosti S"ezda narodnych deputatov RSFSR i Verhovnogo Soveta RSFSR* Nr. 28, 13.12.90, 377. Postanovlenie S"ezda narodnych deputatov RSFSR "O žertvach političeskich repressij v RSFSR" vom 11.12.90, S. 533; abgedruckt auch in: *Neues Leben*, 16.1.91, S. 2

¹²²⁰ "rjad narodov byl lišen gosudarstvennosti i deportirovan"

¹²²¹ "o rehabilitacii i polnom vosstanovlenii prav repressirovannyh narodov"

¹²²² "Verhovnomu Sovetu RSFSR obratit'sja k Verhovnym Sovetam sojuznyh respublik dlja sovmeštnogo rešenija problem repressirovannyh narodov"

beachteten Wende. In Kreisen der Deutschen bestärkte der Beschluss die Auffassung, dass nunmehr nur von Russland konkrete Schritte zur Rehabilitierung der Deutschen zu erwarten seien¹²²³.

3.2.16 Schwierige Fortsetzung der Arbeiten im Organisationskomitee

Am 5. Oktober 1990 tagte das Organisationskomitee¹²²⁴ erneut und erörterte die Tagesordnung für den Kongress, dessen "orientierungsweises" Stattfinden im Zeitraum 11.-15. Dezember 1990 bestätigt wurde. Die 14 von der 3. Konferenz delegierten Neumitglieder aus der "Wiedergeburt" forderten ganz im Sinne der Äußerungen Groths in Bonn von der Regierung der UdSSR oder aber der RSFSR noch vor dem Kongress einen Gesetzesakt, in dem die Wiederherstellung der Staatlichkeit garantiert werde. Andernfalls sei der Kongress gezwungen, im Laufe seiner Arbeit auf das Thema zurückzukommen. Damit war der Verlauf des Kongresses vorprogrammiert, der erst im März 1991 - in einer von der UdSSR-Führung nicht anerkannten Form - zustande kommen sollte.

Das Organisationskomitee verabschiedete ein Regelwerk für die Wahlen der Kongressdelegierten¹²²⁵, die zwischen dem 30. Oktober und 30. November 1990 erfolgen sollten¹²²⁶, und fasste den Beschluss, vor Ort Wahlkommissionen zu bilden. In der Sitzung des Organisationskomitees vom 13. November 1990 musste allerdings "unter Berücksichtigung der 'objektiven Schwierigkeiten bei der Arbeit an den Entwürfen der wichtigsten Dokumente zum Kongress ...'" sowie im Zusammenhang mit den Bitten aus den Orten ..., die Zeit für die Wahlkampagne zu verlängern"¹²²⁷, die Verlegung des Kongresses auf Mitte März 1991 beschlossen werden. Am 24. November 1990 verabschiedete der Ministerrat der UdSSR einen Beschluss "Über die Vorbereitung und Durchführung des Kongresses der Sowjetdeutschen", mit dem der Vorschlag des Organisationskomitees, den Kongress im März 1991 durchzuführen, angenommen und die erforderlichen Mittel in Höhe von 500.000 Rubel bereitgestellt wurden¹²²⁸.

¹²²³ vgl. *Neues Leben*, 24.4.91 "Nadeždy svjazyvaem s Rossiej" und *Neues Leben* 22.5.91, S.: "Tol'ko ... usilijami Verchovnogo Soveta RSFSR sdelan real'nyj šag vpered v rešenii našej problemy."

¹²²⁴ *Neues Leben*, 17.10.90, S. 2

¹²²⁵ Text s. *Freundschaft*, 17.10.90, S. 1 und *Neues Leben*, 31.10.90, S. 3 (Die Wahlen hätten bereits am 30.10.90 beginnen sollen)

¹²²⁶ *Freundschaft*, 25.9.90, S. 1; aus organisatorischen Gründen mussten die Wahlen ins nächste Jahr verschoben werden.

¹²²⁷ *Freundschaft*, 16.11.90, S. 1

¹²²⁸ vgl. *Freundschaft*, 12.12.90, S. 1 (deutsch), 15.12.90, S. 2 (russisch)

Nach der langen, von den deutschen Zeitungen widergespiegelten Verwirrung in den Reihen der Sowjetdeutschen darüber, was ein Kongress beschließen solle und was unter "Regierung ohne Territorium", "Assoziation" oder "Zentralrat" zu verstehen sei, schaffte diese Sitzung des Organisationskomitees nun mehr Klarheit. Sein Vorsitzender Rauschenbach erklärte unmissverständlich, dass der Kongress "ein nationales Vertretungsorgan - den Nationalrat der Deutschen der UdSSR - wählen und ihm das Recht eines bevollmächtigten Vertreters und Wortführers der nationalen Souveränität des gesamten deutschen Volkes der UdSSR geben"¹²²⁹ solle.

Zu den Aufgaben dieses Organs könnten alle Fragen gehören, die die Interessen der Mehrheit der Deutschen der UdSSR berühren. Der Kongress hat die Kompetenz, den Nationalrat der Deutschen der UdSSR mit der vordringlichen Aufgabe zu beauftragen, mit den höchsten staatlichen Organen und der Führung der UdSSR und der Russischen Föderation in Verhandlungen über die Frage der etappenweisen Wiederherstellung der Staatlichkeit der Deutschen der UdSSR mit dem Status einer Republik einzutreten und die Dauer der Vorbereitungszeit festzulegen.¹²³⁰

Die Idee der "Assoziation", die vom 3. Kongress der "Wiedergeburt" zurückgewiesen worden war, tauchte nicht mehr auf. Rauschenbach sandte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Organisationskomitees einen Brief an G.S. Tarazevič und V.K. Gusev, in dem es zur "Assoziation" hieß:

Im Zuge einer breiten Diskussion dieser Frage in der deutschen Bevölkerung des Landes fand die Idee der Gründung einer Assoziation ... keine Unterstützung, da eine solche Lösung nicht den Hoffnungen des deutschen Volkes entspricht, das für sich als einzigen Ausweg die Wiederherstellung ihrer illegal aufgelösten Staatlichkeit sieht...¹²³¹

Rauschenbach machte in seinem Schreiben des weiteren darauf aufmerksam, dass die Gründung einer "Assoziation" im Widerspruch zu dem Beschluss des Obersten Sowjets der UdSSR vom 14. November 1989 stehe sowie zu den Schlussfolgerungen aus der Arbeit der Kiselev-Kommission vom 28. November 1989. Darüber hinaus verwies er auch auf die ablehnende Haltung der 3. Konferenz der "Wiedergeburt" vom August 1990 und bat aus diesen Gründen um eine Abänderung des Beschlusses vom 16. Juli 1990, mit dem die Gründung der "Assoziation" zum Ziel des Kongresses erklärt worden war. Dem Brief waren

¹²²⁹ *Freundschaft*, 24.11.90, S. 3

¹²³⁰ *ibid.*

¹²³¹ *Freundschaft*, 15.12.90, S. 2

die vom Organisationskomitee ausgearbeiteten Entwürfe¹²³² für Beschlüsse des Kongresses beigefügt, die nunmehr in der zuständigen Kommission des Obersten Sowjets geprüft werden sollten. Rauschenbach unterstrich, dass diese Entwürfe "den Mechanismus einer etappenweisen Wiederherstellung der Staatlichkeit der Deutschen der UdSSR"¹²³³ enthielten. Zwar erhob Viktor Fridrichovič Diesendorf (Dizendorf) für den Groth-Flügel der "Wiedergeburt" den Vorwurf, dass mit der Streichung der "Assoziation" und der Einführung des "Nationalrates" als neues Kongress-Ergebnis einfach eine Umbenennung stattgefunden habe¹²³⁴. Die öffentliche Absage der Sowjetdeutschen - selbst der KP-Mitglieder im Organisationskomitee - an die "Assoziation" stellte jedoch eine Zäsur und einen Wendepunkt dar im Verhalten der Deutschen gegenüber der Führung des Landes, wagten sie doch erstmals die Politik von Ministerrat und Partei, d.h. die Plattform der KPdSU zur Nationalitätenpolitik, zurückzuweisen und Forderungen nach einem neuen Beschluss zu erheben. Von diesem offenen Brief Rauschenbachs, der wohl primär auf Druck von Groth entstanden war, der die Sowjetdeutschen mehrheitlich hinter sich wusste, führte der Weg in die offenen Konfrontationen des Folgejahres. Es steht zu vermuten, dass die wenig überzeugenden Gründe, die von der sowjetischen Führung im März 1991 für die kurzfristige Absage des offiziellen Kongresses angeführt wurden, lediglich durch den fortexistierenden Grunddissens motiviert waren, die Frage der weiteren Behandlung des Anspruches der Sowjetdeutschen auf Wiederherstellung ihrer Republik.

Auf der Sitzung des Organisationskomitees vom 13. November 1990 kam es auch unter dessen Mitgliedern zu weiteren Auseinandersetzungen über den Kongress und die dort zu fassenden Beschlüsse bzw. zu beschließenden Dokumente. Artikel des *Neuen Leben* und der *Freundschaft* unter den bezeichnenden Titeln "Nado stremit'sja k edinstvu"¹²³⁵ bzw. "Ot ul'timatumov - k dialogu"¹²³⁶ gaben Einzelheiten wieder. Zur Konsensfindung bis Anfang Dezember wurde ein "Vermittlungsausschuss" (soglasitel'naja komissija) eingesetzt, dem Martens, Bauer, Groth, Diesendorf und Witte (Vitte) angehörten¹²³⁷. Der Kompromiss, der

¹²³² Anlagen zum Schreiben Rauschenbachs: Tagesordnung, Erklärung des Kongresses, Beschluss über die nationale Selbstverwaltung der Deutschen der UdSSR, Beschluss des Obersten Sowjets der UdSSR über staatliche Garantien für die Selbstverwaltung und nationale Wiedergeburt der Deutschen, Begleitschreiben (pojasnitel'naja zapiska), Resolution der 3. (außerordentlichen) Konferenz der "Wiedergeburt"; vgl. *Freundschaft*, 15.12.90, S. 2

¹²³³ *Freundschaft*, 15.12.90, S. 2

¹²³⁴ *Freundschaft*, 24.11.90, S. 4

¹²³⁵ *Neues Leben*, 21.11.90, S. 7

¹²³⁶ *Freundschaft*, 24.11.90, S. 3f; in der *Freundschaft* vom 15.12.90, S. 1 wurden angesichts der "innerdeutschen" Streitigkeiten harsche Vorwürfe erhoben, einige Führer der "Wiedergeburt" hätten "persönliche Ambitionen" über Allgemeininteressen und damit "die Existenz selbst der 'Wiedergeburt' in Frage gestellt".

¹²³⁷ *Freundschaft*, 24.11.90, S. 4; nach einer anderen Quelle (*Neues Leben*, 27.2.91, S. 3) Adam Merz und Konstantin Ehrlich anstelle von Witte

zwischen beiden Positionen formuliert werden konnte, wurde am 4. Dezember 1990 vom Organisationskomitee angenommen. Die Führung des Organisationskomitees ignorierte den Kompromiss in ihrer weiteren Arbeit jedoch, was am 14. Januar 1991 zum Auszug von Groth und den Angehörigen seiner Fraktion aus dem Organisationskomitee führte¹²³⁸. "Der letzte Tropfen wurde die offene Sabotage der Entscheidung der Schlichtungskommission, die vom Organisationskomitee ... bestätigt worden war"¹²³⁹, schrieb Diesendorf später. Groth begründete seinen Schritt darüber hinaus mit persönlichen und inhaltlichen Problemen der Konsensfindung mit Jurij Haar und Wormsbecher, der das Organisationskomitee faktisch leitete¹²⁴⁰.

In einem Interview mit dem *Neuen Leben* teilte Ivan Ivanovič Kronewald, einer der Unterstützer Groths, mit, der Bruch mit dem Organisationskomitee liege vor allem im Versuch des Apparates begründet, im Komitee gegen die "Wiedergeburt" die "Assoziation" durchzusetzen: Selbst die Finanzierung der vorbereitenden Arbeiten sei nur in dem Maße erfolgt, wie sich diese der "Assoziation" näherten¹²⁴¹.

Anfang 1991 war der Kongress der Sowjetdeutschen erneut bzw. noch immer in weiter Ferne. Über die Meinungsverschiedenheiten der beteiligten Verwaltungsinstitutionen in der deutschen Frage berichtete dem *Neuen Leben* Aleksandr Parfenov, ein Mitarbeiter im Organisationskomitee. Nirgends herrsche Klarheit über das weitere Vorgehen, auf eine Reihe von Fragen gebe es keine Antwort: Wie viele Deutsche würden unter welchen Umständen in welches autonome Territorium übersiedeln? Wie viele verbleiben in den gegenwärtigen Siedlungsgebieten? Wie viele reisen in die Bundesrepublik aus - und unter welchen Bedingungen? Welche Haltung zur Wiederherstellung der Autonomen Republik nimmt die Wolga-Bevölkerung tatsächlich ein? Es existierten nur viele sich widersprechende Antworten, aber keine wissenschaftlichen Daten. Die Probleme müssten ausreichend von allen Seiten beleuchtet worden sein, um den Kongress-delegierten eine sichere Entscheidungsgrundlage zu bieten. Für den Kongress sei es deshalb noch zu früh. Ohne eine Garantie für die Wiederherstellung einer Republik zu haben, mache auf dem Kongress die Wahl einer wie auch immer gearteten Regierung der Deutschen keinen Sinn. Daher solle dort zunächst ein 10-15köpfiges Gremium gewählt werden, das z.B. "Komitee zur Rettung der Nation"

¹²³⁸ Offener Brief an Rauschenbach zur Begründung dieses Schrittes; vgl. *Neues Leben*, 16.1.91, S. 3

¹²³⁹ *Neues Leben*, 27.2.91, S. 3; der Kompromiss ist dort auch skizziert

¹²⁴⁰ A.N. Parfenov in: *Neues Leben*, 16.1.91, S. 2

¹²⁴¹ "... v sostave orgkomiteta vse delajetsja v ramkach apparatnogo scenarija, čto daže finansirovanie podgotovitel'nych rabot proizvoditsja dozirovanno, v zavisimosti ot protalkivanija idei 'associacii' ..."; *Neues Leben*, 16.1.91, S. 2

heißen könne, das unabhängig von der sowjetischen Regierung sei und sich durch Beiträge aus dem Kreise der Deutschen finanziere und die noch offenen Fragen erarbeite¹²⁴².

Diese Informationen und die - vermutlich privaten - Überlegungen aus den Reihen des Organisationskomitees werfen ein Schlaglicht auf die allgemeine Verunsicherung und den tatsächlich erreichten Stand der Arbeiten. Nach der Ablehnung der "Assoziation" durch die "Wiedergeburt" war im Organisationskomitee und in der politischen Führung offenbar keine Alternative in Sicht und strittig, was ein Kongress nun beschließen sollte und wie weiter vorzugehen sei. Die Aussichten, nach der Verschiebung des für Dezember geplanten Kongresses in absehbarer Zeit einen realistischen neuen Termin zu finden, waren danach als gering einzuschätzen. Zwar sollte der Kongress nunmehr vom 12.-15. März 1991 in Moskau abgehalten werden, tatsächlich aber kam er erst im Oktober zustande.

Groth, der mit Jahresbeginn 1991 in das Redaktionskollegium des *Neuen Leben* eingetreten war und die Zeitung als Sprachrohr nutzte, drohte, er werde bei einer weiteren Verschiebung des Kongresses eine eigene Veranstaltung durchführen. Groth warf Wormsbecher Konspiration mit der KPdSU vor¹²⁴³ und kündigte an, er werde auf dem Kongress ein Alternativkonzept zur Abstimmung stellen, das die Ausrufung der Autonomen Wolgarepublik vorsehe sowie die Wahl eines "Provisorischen Rates" (Vremennyj sovet) mit paritätischer Besetzung durch Sowjetdeutsche und Delegierte der Lokalbevölkerung an der Wolga. Der Rat solle den Wiederaufbau der Republik dirigieren¹²⁴⁴. In einem Aufruf aus Anlaß der Wahlen der Delegierten zum Kongress appellierte Groth an die Deutschen, nur Persönlichkeiten die Stimme zu geben, die "in der Lage sind, sich mit den wahren Zielen des Organisationskomitees ... auseinander zu setzen und mit dessen Programmen, die unter dem Diktat der Parteibürokraten aus dem ZK der Partei und aus der [Gusev] Kommission für die Probleme der Sowjetdeutschen zustande gekommen sind."¹²⁴⁵

Das um die Groth-Fraktion reduzierte Organisationskomitee veröffentlichte Ende Januar 1991 eine Reihe von Dokumenten, die auf dem Kongress beschlossen werden sollten: "Bestimmungen über die nationale Selbstverwaltung der Deutschen der UdSSR", einen "Beschluss des Obersten Sowjets der UdSSR über staatliche Garantien für die nationale

¹²⁴² *Neues Leben*, 9.1.91, S. 2

¹²⁴³ Im *Neuen Leben* vom 16.1.91, S. 3 beschuldigten Groth und seine Gefolgsleute in dem Brief an Rauschenbach die Partei, hinter der Idee der "Assoziation" zu stehen und mit geheimen Direktiven die Wahlen der Delegierten zum Kongress zu manipulieren. Dass die Partei den Ausgang der Wahlen nicht Groth überlassen wollte, zeigte sich u.a. an einer Anweisung des ZK "Ob učastii partijnych komitetov v podgotovke s"ezda predstavitelej sovetskich nemcev". *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 341-4

¹²⁴⁴ *Neues Leben*, 30.1.91, S. 2; darin war bereits eine sechsmonatige Frist vorgesehen, in der die Regierungen der UdSSR und der RSFSR u.a. die Republik wiederherzustellen hätten. Andernfalls solle eine "Exilregierung" gebildet werden, die als Zeichen des Protestes eine Massenausreise fordere; vgl. *Neues Leben*, 20.2.91, S. 6

¹²⁴⁵ *Neues Leben*, 30.1.91, S. 2

Wiedergeburt der Deutschen der UdSSR" sowie eine "Erklärung des 1. Kongresses der Deutschen der UdSSR"¹²⁴⁶.

In den "Bestimmungen" wurden die Ziele, Organe und Finanzierung der Nationalen Selbstverwaltung definiert, die alle Deutschen erfassen sollte. Als erstes Ziel nannte das Dokument die Wiederherstellung der "national-territorialen Staatlichkeit der Deutschen der UdSSR". Die Wolgarepublik oder selbst eine nicht näher bezeichnete autonome Republik fanden keine Erwähnung. Dieser Umstand trug wesentlich dazu bei, der Glaubwürdigkeit des Organisationskomitees und der sowjetischen Führung weiteren Boden zu entziehen.

Die Organe der Nationalen Selbstverwaltung auf Ebene der Union - "Kongress", "Nationalrat" und "Exekutivkomitee" -, der Republiken und auf lokaler Ebene, sollten "gemeinsam mit den staatlichen Organen der Union und der Unionsrepubliken" - eine Formel, die sich in den Bestimmungen mehrfach findet - auf die Abschaffung aller repressiven Akte hinarbeiten, neue nationale Rayons und Dorfsowjets schaffen, bei der Übersiedlung dorthin Beistand leisten und Programme im Bereich Kultur und Bildung ausarbeiten. Der "Nationalrat" und sein "Exekutivkomitee" sollten sich aus dem Unionshaushalt finanzieren, bis eigene deutsche kommerzielle Strukturen entstanden seien. Dem "Nationalrat" sollte es dann erlaubt sein, Steuern zu erheben.

Der Begriff "Assoziation" tauchte nicht mehr auf. Ob es einen Unterschied zwischen der im August 1990 abgelehnten "Assoziation" und dem nunmehr vorgeschlagenen "Nationalrat" gab, blieb undurchsichtig. Groth-Stellvertreter Diesendorf erklärte, er habe auf Sitzungen des Organisationskomitees

unzählige Male um eine deutliche Erklärung des grundsätzlichen Unterschieds zwischen beiden Ideen gebeten. (...) Eine Antwort bleibt bisher aus. Bekanntlich laufen beide Konzeptionen auf die Schaffung einer gewissen pseudostaatlichen Struktur ohne Territorium hinaus.¹²⁴⁷

Ähnlich äußerte sich auch Groth im *Neuen Leben*:

In einem halben Jahr Arbeit haben zwei Dutzend Mitglieder des Organisationskomitees nichts Neues hervorgebracht: Es ist dieselbe "außerterritoriale Assoziation" nur mit einer neuen Bezeichnung - Nationale Selbstverwaltung.¹²⁴⁸

¹²⁴⁶ *Neues Leben*, 30.1.91, S. 2 und 7

¹²⁴⁷ *Neues Leben*, 24.4.91, S. 2

¹²⁴⁸ *Neues Leben*, 30.1.91, S. 2

Nur in internen Anweisungen der KPdSU wurde offen eingeräumt, dass die ursprüngliche Konzeption tatsächlich unverändert war und lediglich das Etikett ausgetauscht wurde. Nunmehr stand das Zentralorgan der einstigen "Assoziation" als *pars pro toto*¹²⁴⁹.

Der "Beschluss des Obersten Sowjets der UdSSR über staatliche Garantien für die nationale Wiedergeburt der Deutschen der UdSSR" sollte sicherstellen, dass der "Nationalrat" seine Tätigkeit mit offizieller Anerkennung aufnehmen konnte. Damit verbunden sollte die Verleihung des Rechts auf Gesetzesinitiativen sowie die Entsendung von vier Abgeordneten in den Nationalitätensowjet des Obersten Sowjets der UdSSR sein. Das Ministerkabinett der UdSSR war in dem Beschlussentwurf aufgefordert, die Voraussetzungen für die Arbeitsfähigkeit des "Nationalrats" zu schaffen, für die Kooperation der Ressorts mit dem Organ Sorge zu tragen und dem Obersten Sowjet Vorschläge zur Eigenmittel-Finanzierung des Rates zu unterbreiten. Der bevorstehende Zerfall der Union kündigte sich darin an, dass den Republiken ähnliche Schritte nur noch "empfohlen" werden konnten.

Der Entwurf der "Deklaration des 1. Kongresses der Deutschen der UdSSR" rekapitulierte die Geschichte der Sowjetdeutschen und formulierte als Ziele die nationale Wiedergeburt der Deutschen und deren Bewahrung als Volk, die Wiederherstellung der Staatlichkeit an der Wolga, wobei die Erwähnung einer Republik unterblieb, die Abschaffung aller repressiven Akte, das Recht auf Rückkehr in die früheren Siedlungsgebiete und auf national-kulturelle Entwicklung an den derzeitigen Wohnorten sowie die Vertretung der Deutschen in den staatlichen Machtorganen. Der Kongress sollte mit der Deklaration die Einsetzung von Organen der nationalen Selbstverwaltung verkünden und diese beauftragen, innerhalb von drei Monaten eine Konzeption zur Wiederherstellung der Staatlichkeit auszuarbeiten und den Obersten Sowjets von Union und Republiken zur Prüfung vorzulegen.

An der Formulierung der Entwürfe hatten sich das Justizministerium und eine Reihe von staatlichen Institutionen aktiv beteiligt. Die Unterlagen wurden gleichzeitig dem Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, A. Luk"janov, dem Vizepräsidenten der UdSSR, G. Janaev, dem Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets der RSFSR, R. Chasbulatov, und dem Vorsitzenden des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjets der RSFSR, R. Abdulatipov, zur Stellungnahme zugeleitet, um sicherzustellen, dass deren Annahme auf dem Kongress der Deutschen mit staatlicher Billigung erfolgte und diese Institution sich im weiteren an der Umsetzung der Beschlüsse beteiligten. Die

¹²⁴⁹

vgl. "Ob učastii partijnych komitetov v podgotovke s"ezda predstavitelej sovetskich nemcev". *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 341-4, S. 343

entsprechenden Komitees und Kommissionen in beiden Obersten Sowjets hatten die Prüfung der Dokumente aufgenommen.

Die Vorsitzenden der Republiks-, Bezirks- und Gebietskomitees für die Wahl der deutschen Delegierten zum Kongress billigten die Entwürfe der Dokumente auf einer Konferenz am 26./27. Januar 1991 in Moskau. Die geheimen Wahlen der Delegierten hatten begonnen und sollten bis zum 20. Februar 1991 abgeschlossen sein¹²⁵⁰.

Aus dem Organisationskomitee wurde der Deutschen Botschaft mitgeteilt¹²⁵¹, es existiere eine prinzipielle Zusage Nišanovs, dass der Kongress eine "Regierung ohne Territorium" mit offizieller Anerkennung ihrer Staatlichkeit beschließen könne. In den Verhandlungen mit dem Ministerrat werde dies jedoch von den Vertretern des Justizministeriums ständig unterlaufen, das den Deutschen lediglich einen "gesellschaftlichen", d.h. privatrechtlichen anstelle von öffentlichrechtlichen Status zubilligen wolle¹²⁵². Dies würde jedoch zur Folge haben, dass die entstandene Organisation einem privaten Verein wie der "Wiedergeburt" gleichgestellt und ohne gesicherte staatliche Kompetenzen und Mittel wäre¹²⁵³. Darüber hinaus verweigere das Justizministerium die erforderliche Änderung der sowjetischen Verfassung, die Verwaltung bzw. Machtausübung nur in Verbindung mit einem Territorium vorsah und die Wahl von Abgeordneten aus gemischtnationalen Wahlkreisen. Damit verknüpft war die Ablehnung der deutschen Forderung nach Entsendung von vier Abgeordneten in den Nationalitätensowjet des Obersten Sowjets der UdSSR sowie nach dem Recht zu Gesetzesinitiativen im Kongress der Volksdeputierten und im Obersten Sowjet¹²⁵⁴. Des weiteren wies das Justizministerium den Passus zurück, die deutsche "Regierung" habe das Recht, ein Territorium anzustreben, Steuern zu erheben oder Waren zu lizensieren,

¹²⁵⁰ *DW Monitor-Dienst*, 30.1.91, S. 13; vgl. auch *Neues Leben*, 20.2.91, S. 6: danach wurden jeweils mehrere Kandidaten aufgestellt u. ggfs. Stichwahlen durchgeführt

¹²⁵¹ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 191 vom 14.1.91, Ku 600.50/1

¹²⁵² so laut Groth auch Gusev in der Kommissionssitzung am 22.12.90, vgl. *Neues Leben*, 16.1.91, S. 3 (Offener Brief an Rauschenbach)

¹²⁵³ Das Gesetz "Über gesellschaftliche Vereinigungen" schließt in Art. 5 sogar explizit die staatliche Finanzierung von gesellschaftlichen Vereinigungen mit politischer Zielsetzung - was die Wiederherstellung der Wolgarepublik ohne Zweifel wäre - aus, Art. 18 die Finanzierung aus dem Ausland.

¹²⁵⁴ Art. 5 bzw. Art. 6 des Entwurfes der "Postanovlenie Verchovnogo Soveta SSSR o gosudarstvennych garantijach nacional'nogo vozroždenija nemcev SSSR" in Verbindung mit Art. 9 Abs. 1 des Entwurfes der "Položenie o nacional'nom samoupravlenii nemcev SSSR"; *Neues Leben*, 30.1.91, S.2

Art. 110 der sowjetischen Verfassung von 1977 gab autonomen Republiken das Recht auf Entsendung von 11 Abgeordneten in den Nationalitätensowjet des Obersten Sowjets; autonome Gebiete stellen 5 Abgeordnete, autonome Bezirke je einen. Gem. Art. 113 hatten autonome Gebietskörperschaften kein Recht auf Gesetzesinitiative im Obersten Sowjet, wohl aber jeder einzelne Abgeordnete. Die Verfassungsänderung von Dezember 1988 beließ gem. Art. 109 diese Anzahl von Abgeordneten für den Kongress der Volksdeputierten, reduzierte sie jedoch gem. Art. 111 für den Nationalitätensowjet auf vier Deputierte für eine autonome Republik, zwei für ein autonomes Gebiet sowie einen für einen autonomen Bezirk. Hinsichtlich des Rechtes auf Gesetzesinitiative war die Lage für die Deutschen unverändert (Art. 114); vgl. *Osteuropa Recht* 35 (1989) Heft 2.

andererseits lehnte der Ministerrat aber die Finanzierung der Regierung aus dem Unionshaushalt ab¹²⁵⁵.

Die Wiederherstellung eines autonomen Territoriums der Deutschen dürfte in den Führungen von Union und RSFSR aus Angst vor der möglichen Präzedenzwirkung einer solchen Entscheidung zugunsten der Deutschen - 85 Nationalitäten waren ohne eigenes Gebiet¹²⁵⁶ - auf Zurückhaltung gestoßen sein und auch deshalb, weil Vertreter von autonomen Gebieten und Kreisen forderten, ihre national-territorialen Gebilde gleichberechtigt am angestrebten Unionsvertrag teilhaben zu lassen. In den weiteren Auseinandersetzungen um die zukünftige Rolle von autonomen Republiken bestanden vor allem Tschetschenen und Krimtataren auf eine rechtliche Gleichstellung mit den bestehenden Unionsrepubliken. Am 3. Dezember 1990 hatte der Oberste Sowjet der UdSSR einen von Präsident Gorbatschow präsentierten Entwurf eines Unionsvertrages nach einer "kurzen, aber scharfen Diskussion"¹²⁵⁷ gebilligt, um ihn dem ab 17. Dezember 1990 tagenden 4. Volksdeputiertenkongress vorzulegen.

3.2.17 Empfang von Vertretern des Organisationskomitees durch die sowjetische Führung. Absage des Kongresses

Izvestija und *Pravda* meldeten am 4. März 1991 auf ihrer ersten Seite, dass der Vorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR, A.I. Lukatschanov, der Vizepräsident der UdSSR, G.I. Janaev, und der Vorsitzende des Nationalitätensovjets der UdSSR, R.N. Nišanov, am 25. und 26. Februar 1991 eine Delegation des Organisationskomitees, u.a. Wormsbecher, Bauer, Falk, Haar und Svetlana Hilz (Gil'c), empfangen hatten. Beide Zeitungen verzeichneten tiefes Verständnis der Führung des Landes für die Komplexität der Probleme der Sowjetdeutschen und für die Notwendigkeit, sie sehr schnell zu lösen¹. Immerhin handelte es sich bei dieser Zusammenkunft um die bislang höchstrangige Wahrnehmung von Vertretern der deutschen Minderheit. Aus der dürren Meldung lässt sich jedoch ablesen, dass die Deutschen bei der Unionsführung lediglich auf Verständnis stießen, konkrete Schritte zur Lösung der offenen Fragen sich jedoch nicht abzeichneten. Es ist bezeichnend für die geringe Qualität des sowjetdeutschen Journalismus noch im Jahre 1991, dass das *Neue Leben* die wenig aufschlussreiche TASS-Meldung, die den *Pravda*- und *Izvestija*-Artikeln zugrunde lag, in seiner Ausgabe vom 6. März 1991 unkommentiert abdruckte, obwohl sich hier das Scheitern bzw. die Verlegung des in einer Woche bevorstehenden Kongresses

¹²⁵⁵ Art. 1 und 7 des Entwurfes für einen "Beschluss des Obersten Sowjets der UdSSR über staatliche Garantien für die nationale Wiedergeburt der Deutschen der UdSSR"; vgl. *Neues Leben*, 30.1.91, S.2 und Bericht der Botschaft Moskau Nr. 191 vom 14.1.91, Ku 600.50/1

¹²⁵⁶ *Neues Leben*, 6.3.91, S. 2

¹²⁵⁷ *Freundschaft*, 5.12.90, S. 1

unmissverständlich ankündigte Luk“janov, der Vizepräsident der UdSSR, G.I. Janaev und der Vorsitzende des Nationalitätensowjets der UdSSR, R.N. Nišanov, am 25. und 26. Februar 1991 eine Delegation des Organisationskomitees, u.a. Wormsbecher, Bauer, Falk, Haar und Svetlana Hilz (Gil'c), empfangen hatten. Beide Zeitungen verzeichneten tiefes Verständnis der Führung des Landes für die Komplexität der Probleme der Sowjetdeutschen und für die Notwendigkeit, sie sehr schnell zu lösen¹²⁵⁸. Immerhin handelte es sich bei dieser Zusammenkunft um die bislang höchstrangige Wahrnehmung von Vertretern der deutschen Minderheit. Aus der dünnen Meldung lässt sich jedoch ablesen, dass die Deutschen bei der Unionsführung lediglich auf Verständnis stießen, konkrete Schritte zur Lösung der offenen Fragen sich jedoch nicht abzeichneten. Es ist bezeichnend für die geringe Qualität des sowjetdeutschen Journalismus noch im Jahre 1991, dass das *Neue Leben* die wenig aufschlussreiche TASS-Meldung, die den *Pravda*- und *Izvestija*-Artikeln zugrunde lag, in seiner Ausgabe vom 6. März 1991 unkommentiert abdruckte, obwohl sich hier das Scheitern bzw. die Verlegung des in einer Woche bevorstehenden Kongresses unmissverständlich ankündigte

Späteren Äußerungen von Rauschenbach war zu entnehmen, dass die Deutschen mit den Politikern zu jeweils separaten Sitzungen zusammengekommen waren, das Gespräch mit Luk“janov; habe ca. drei Stunden gedauert. Darüber hinaus hatte eine Begegnung mit dem Vorsitzenden des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjets der RSFSR, Ramazan Gadžimuradovič Abdulatipov, stattgefunden¹. Wie Rauschenbach am 18. März 1991 Bundesaußenminister Genscher berichtete, hätten Luk“janov und Janaev zur Wolgarepublik nicht "nein" gesagt, jedoch keinen Weg gewusst, der zur Republik führe¹²⁵⁹. Es wurde aber Bereitschaft signalisiert, "in der nächsten Zeit" die Abschaffung aller repressiven Akte gegen die Sowjetdeutschen und den Status der ehemaligen Zwangsarbeiter in der Trudarmija auf die Tagesordnung des Obersten Sowjets zu setzen. Für die Forderungen der Deutschen nach nationaler Selbstverwaltung und Bildung eines Rates sowie einer Vertretung im Obersten Sowjet wurde zwar Verständnis geäußert, aber Zeitprobleme geltend gemacht, diese noch vor Beginn des Kongresses im Obersten Sowjet zu behandeln. Darüber hinaus wiesen Luk“janov und Janaev darauf hin, dass die politische Situation vor dem Referendum über die Beibehaltung der UdSSR, dem im Hinblick auf den angestrebten Unionsvertrag nationalitätenpolitisch große Tragweite zukam, nicht sehr günstig für einen Kongress sei.

¹²⁵⁸ *Pravda*, 4.3.91; *Izvestija*, 4.3.91

¹²⁵⁹ vgl. Vermerk 213-320.16 vom 28.3.91

¹²⁶⁰ *Neues Leben*, 13.3.91, S. 1

Im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung standen zum Zeitpunkt des geplanten Kongresses darüber hinaus die Ratifizierung des 2+4-Abkommens¹²⁶¹ sowie einiger deutsch-sowjetischer Verträge an, die in weiten Bevölkerungskreisen der UdSSR letztlich als eine eher schmachvolle Aufgabe der im Zweiten Weltkrieg erkämpften Vormachtstellung in Mitteleuropa aufgefasst wurden und den Rückzug der einst siegreichen sowjetischen Armee bedeutete. Die sowjetische Führung veranlasste deshalb, dass der Vertrag über den Truppenabzug aus der ehemaligen DDR und das damit verbundene "Überleitungsabkommen" zunächst nur gebilligt und im Obersten Sowjet erst später, am 2. April 1991, und in nichtöffentlicher Sitzung ratifiziert wurden.

Dieser Hintergrund führte dazu, dass auch das psychologische Umfeld für den Kongress ungünstig war, und aus innenpolitischen Gründen - einer trotz massiver humanitärer Hilfe in dieser Hinsicht antideutschen Stimmung in der sowjetischen Bevölkerung - hielt es kein sowjetischer Spitzenpolitiker für opportun, sich öffentlich allzu deutschfreundlich zu geben. Diese Zurückhaltung schloss die Sowjetdeutschen ein, die weiterhin und angesichts der massiven Ausreisewelle eher mit zunehmender Tendenz mit Deutschland assoziiert wurden.

In den Gesprächen der Sowjetdeutschen mit der sowjetischen Führung war auch offengeblieben, ob das erbetene Treffen mit Gorbachev noch vor dem Kongress stattfinden würde. Die für den 6. März 1991¹²⁶² geplante Begegnung war quasi als Rückfallposition in der Hoffnung angestrebt worden, eine positive Haltung des Präsidenten zu den Anliegen der Sowjetdeutschen könne den Kongress dennoch zu einem Erfolg verhelfen, falls die politischen Instanzen den zu beschließenden Dokumenten nicht ihren Segen erteilt hätten¹²⁶³. Die Mitglieder des Organisationskomitees zeigten sich dementsprechend enttäuscht und stellten unter diesen Umständen den Sinn des Kongresses in Frage¹²⁶⁴. Gorbachev konnte die Vertreter des Organisationskomitees nicht empfangen, teilte das Organisationskomitees am 10. März 1991 mit¹²⁶⁵. Wahrscheinlicher ist aber, dass er sie nicht empfangen wollte, zumal von keiner der Instanzen, denen das Organisationskomitee Entwürfe der auf Kongress zu erörternden und zu beschließenden Dokumente übergeben hatte, eine Rückmeldung vorlag¹²⁶⁶.

Angesichts dieses desillusionierenden Vorlaufes sind Meldungen wenig glaubwürdig, die die Vertagung des Kongresses durch die Gusev-Kommission "kam sogar für das

¹²⁶¹ Der Oberste Sowjet ratifizierte als letztes Parlament der vier ehemaligen Siegerstaaten des Zweiten Weltkrieges am 4. 3.91.

¹²⁶² *Neues Leben*, 13.3.91, S. 1

¹²⁶³ Wormsbecher in: *Neues Leben*, 22.5.91, S. 2

¹²⁶⁴ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 855 vom 4.3.91, Pol 320.16

¹²⁶⁵ *Neues Leben*, 13.3.91, S. 1

¹²⁶⁶ *ibid.*

Organisationskomitee unerwartet"¹²⁶⁷. Für die Masse der Sowjetdeutschen war es aber ein "Schock"¹²⁶⁸, als es am 7. März 1991 um 12:00 Uhr, nur 4 Tage - davon drei arbeitsfreie - vor dem geplanten Beginn des Kongresses, aus der Gusev-Kommission ganz im alten Stil hieß:

Im Zusammenhang mit der noch nicht beendeten Prüfung des Gesetzes zur Rehabilitierung der repressierten Völker und einer Reihe von anderen Rechtsakten im Obersten Sowjet der UdSSR, die für den Beginn der praktischen Arbeiten zur Wiederherstellung der Rechte der Deutschen der UdSSR unerlässlich sind, und ebenfalls unter Berücksichtigung des bevorstehenden Allunions-Referendums ist auf Ebene der Führung der UdSSR eine Entscheidung zur Verlegung des Kongresses der Deutschen der UdSSR gefällt worden. Das Datum des Kongresses wird später mitgeteilt.¹²⁶⁹

Die Zentralzeitungen, z.B. *Izvestija*, konnten die Nachricht wegen des Feiertags erst am 9. März 1991 drucken¹²⁷⁰. Die Absage sei vom Präsidenten der UdSSR gebilligt, hieß es in *Izvestija*, der "seinem Wunsch Ausdruck verliehen hatte, sich in der nächsten Zeit mit den Mitgliedern des Organisationskomitees zu treffen."¹²⁷¹

Als Begründung für die Verlegung des Kongresses nannte *Izvestija* an erster Stelle den Vorrang des unionsweiten Referendums vom 17. März 1991 - als ob das Datum des Referendums nicht seit langem bekannt gewesen wäre -, darüber hinaus fast gleichlautend zur Weisung der Gusev-Kommission an das Organisationskomitee die bislang

noch nicht abgeschlossene Behandlung der Fragen über die Rehabilitierung der repressierten Völker der UdSSR und einer Reihe weiterer Rechtsakte in den Obersten Sowjets der UdSSR und der RSFSR, die für die praktische Arbeit zur Wiederherstellung der Rechte der Sowjetdeutschen unerlässlich ist.¹²⁷²

Bemerkenswert ist hier der Verweis auf die Arbeiten im Obersten Sowjet der RSFSR. Bei aller verbalen Abgrenzung Russlands vom Zentrum scheint in jenen Tagen die Kooperation beider Seiten zu diesem Fragenkomplex funktioniert zu haben.

¹²⁶⁷ Radio Moskau (dt.), 11.3.91, 13:53 GMZ; zitiert nach: *DW Monitor-Dienst*, 12.3.91, S. 8f; ähnlich auch: *Neues Leben*, 20.3.91, S. 1

¹²⁶⁸ *Nemeckaja Gazeta*, 16.3.91, S. 1

¹²⁶⁹ *Neues Leben*, 13.3.91, S. 1

¹²⁷⁰ Die Mehrheit der Delegierten war von der Absage des Kongresses nicht mehr erreicht worden und bereits nach Moskau angereist. In der *Neuen Zeit*, 41/1991, S. 33, hieß es: "Wer noch nicht gekommen war, wurde wie zur Stagnationszeit aus den Zügen und Flugzeugen herausgenommen, und wer schon da war, erhielt die Rückkarte." Ein solches Vorgehen der sowjetischen Behörden ist aber durch keine andere Meldung bestätigt und wurde meines Wissens auf dem Kongress auch nicht thematisiert.

¹²⁷¹ *Izvestija*, 9.3.91; in dieser Aussage ist bereits angelegt, dass Groth zu dem Treffen nicht hinzugezogen wird; Gorbačev empfing das Organisationskomitee erst am 7.5.91.

¹²⁷² *ibid.*

Jurij Haar unternahm in einem Interview einen Erklärungsversuch für die Verschiebung des Kongresses: "Die Lage im Lande hat sich ... ständig so entwickelt, dass das Unionsparlament dauernd daran gehindert wurde, sich mit den für uns lebenswichtigen Dokumenten zu beschäftigen."¹²⁷³

Groth vermutete hinter der Absage andere Gründe: Organisationskomitee und Gusev-Kommission hätten vermeiden wollen, dass die Mehrheit der Kongress-delegierten den Vorschlag einer national-kulturellen Autonomie niedergestimmt und auf Wiederherstellung der Wolgarepublik bestanden hätte¹²⁷⁴. Gerüchtweise hieß es bei den Deutschen:

Die Mitglieder des Organisationskomitees sahen voraus, dass die von ihnen vorbereiteten Entwürfe für Dokumente, darunter auch das zur Gründung von staatlichen Strukturen der nationalen Selbstverwaltung, auf dem Kongress keine Unterstützung finden würden, dass solche Strukturen nicht geschaffen und ihnen deshalb keine Posten in einer Regierung winken würden ["portfeli v pravitel'stve" im ne svetjat]. So stoppten sie den Kongress, indem sie ihre Nähe zu den staatlichen Organen nutzten.¹²⁷⁵

Die Entwürfe über Beschlüsse des Obersten Sowjets über die Aufhebung aller repressiven Akte und über die Arbeitsarmee konnten am 5. März 1991 lediglich die Hürde des Nationalitätensowjets nehmen¹²⁷⁶, erst am 7. März 1991, am selben Tag als der Kongress abgesagt wurde, nahm der Oberste Sowjet den Beschluss zu den repressiven Rechtsakten an. Unter Hinweis auf seine Deklaration vom 14. November 1989 hob der Oberste Sowjet die noch in Kraft befindlichen, von ihm gegen die in der Stalinzeit deportierten Völker verhängten Beschlüsse und deren Geheim-Einstufung auf¹²⁷⁷. Hinsichtlich der Deutschen fanden die Dekrete vom 28. August 1941, vom 7. September 1941, Absatz 2 des Dekrets vom 17. März 1955 sowie das Dekret vom 29. August 1964 ausdrückliche Erwähnung. Der Oberste Sowjet erklärte es darüber hinaus für "unerlässlich", dass der Präsident der UdSSR und das Ministerkabinett der UdSSR innerhalb eines Monats alle Beschlüsse des

¹²⁷³ *Izvestija*, 12.3.91

¹²⁷⁴ *Neues Leben*, 20.3.91, S. 3

¹²⁷⁵ *Nemeckaja Gazeta*, 16.3.91, S. 1

¹²⁷⁶ *Vedomosti S"ezda narodnych deputatov SSSR i Vernovnogo Soveta SSSR*, 1991, Nr. 11, S. 3

¹²⁷⁷ "Postanovlenie Verchovnogo Soveta SSSR ob otmenie vsech zakonodatel'nych aktov v svjazi s Deklaraciej Verchovnogo Soveta SSSR ot 14 nojabrja 1989 goda 'O priznanii nezakonnymi i prestupnymi repressivnych aktov protiv narodov, podvergšichsja nasil'stvennomu pereseleniju, i obespečenii ich prav". *Vedomosti S"ezda narodnych deputatov SSSR i Vernovnogo Soveta SSSR*, 1991, Nr. 11, S. 301f

Aleksandr Kičichin (!) hat im *Neuen Leben*, 14.8.91, S. 6, die zwischen 1936 und August 1991 zu den Deutschen verabschiedeten normativen Akte zusammengetragen.

seinerzeitigen Staatlichen Komitees der UdSSR für Verteidigung sowie der Regierung der UdSSR aufheben¹²⁷⁸.

Gleichzeitig machte der Oberste Sowjet jedoch eine für die Deutschen enttäuschende Klarstellung: Die Aufhebung der Bestimmungen bedeute "nicht automatisch die Lösung von Fragen des national-staatlichen Aufbaus und der administrativ-territorialen Gliederung, die als Folge der Zwangsumsiedlung einzelner Völker entstanden sind." Im Klartext hieß dies, mit der Aufhebung der seinerzeitigen rechtswidrigen Akte waren die autonomen Gebiete der Deutschen wie z.B. die Wolgarepublik nicht automatisch wiederhergestellt. Der Oberste Sowjet der UdSSR entledigte sich seiner weiteren Verantwortung, indem er den Obersten Sowjets der Unionsrepubliken "empfahl", diese Frage im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zu prüfen und erforderliche Entscheidungen zu fällen, ohne dass die Rechte und die Interessen der nunmehr in den ehemaligen Siedlungsgebieten der Deportierten lebenden Menschen beeinträchtigt würden.

Das Ministerkabinett der UdSSR wurde aufgefordert, bis Ende 1991 die praktische Wiederherstellung der Rechte der repressierten Völker, einschließlich von Zahlungen an Arbeitsarmisten, zu organisieren und Umfang und Modalitäten der "materiellen Kompensation" für Zwangsumgesiedelte auszuarbeiten. Die Entscheidung zur Arbeitsarmee fiel per Dekret Gorbačevs am 21. Juni 1991, der Rest des Beschlusses wurde bis zum Ende der UdSSR nicht mehr umgesetzt.

Nach Jahrzehnten der Unterdrückung und Diskriminierung fühlten die Sowjetdeutschen sich angesichts der willkürlichen weiteren Vertagung ihres Kongresses "erneut erniedrigt"¹²⁷⁹. Teile der "Wiedergeburt" unter der Führung von Groth protestierten gegen die Entscheidung und bildeten ein "außerordentliches Organisationskomitee", um, wie angekündigt, die Veranstaltung als "1. (Außerordentlichen) Kongress der Deutschen der UdSSR"¹²⁸⁰ dennoch durchzuführen. Über dessen Stattfinden berichteten jedoch nur *Izvestija* und *Komsomol'skaja Pravda*¹²⁸¹. In einem Telefoninterview mit Radio Moskau sagte Groth:

Da das offizielle Organisationskomitee keinerlei Position bezieht, hat die Leitung der Gesellschaft "Wiedergeburt" beschlossen, diesen Kongress selbständig durchzuführen. (...) Wir halten den Kongress entsprechend einer Verordnung des

¹²⁷⁸ Das Ministerkabinett kam dem in seinem (nicht veröffentlichten) Beschluss Nr. 336 vom 6. Juni 1991 nach ("Ob otmene postanovlenij byvshego Gosudarstvennogo Komiteta oborony SSSR i rešenij Pravitel'stva SSSR v otnošenii sovetskich narodov, podvergšichsja repressijam i nasil'stvennomu pereseleniju"); erwähnt in: *Neues Leben*, 14.8.91, S. 6; darin werden insgesamt 47 gesetzliche Regelungen gegen Minderheiten aus den Jahren 1936-1956 aufgehoben. Der Text des Beschlusses wurde erst jetzt bekannt; vgl. *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 382-385

¹²⁷⁹ *Neues Leben*, 19.6.91, S. 3

¹²⁸⁰ *Neues Leben*, 27.3.91, S. 2

¹²⁸¹ beide am 12.3.91

Ministerrates der UdSSR¹²⁸² ab und gehen davon aus, dass die Kommission für die Probleme der Sowjetdeutschen nicht kompetent ist, unseren Kongress abzusagen. Auf dem Kongress wollen wir einen Ausweg aus der Krise suchen und eine Deklaration über die Wiederherstellung unserer Staatlichkeit an der Wolga verabschieden. Außerdem werden wir auf dem Kongress ein spezielles Organ wählen, das sich mit der Wiederherstellung der Staatlichkeit beschäftigt. (...) Und wenn auch der Kongress morgen eröffnet wird, wird er sich wohl mehr oder weniger nur als Meeting zeigen können, seine Beschlüsse werden nicht juristisch untermauert sein und für niemanden eine Verpflichtung darstellen.¹²⁸³

Jurij Haar, der dem Organisationskomitee angehörte, verschärfte die Konfrontation, indem er den Vorwurf erhob, die Delegierten würden mit der gefälschten Unterschrift des Organisationskomitees nach Moskau gerufen¹²⁸⁴. In einer schwachen Reaktion wertete er die Verlegung des Kongresses aber als Beweis dafür, dass die sowjetische Führung den nationalen Problemen der Deutschen "keine Aufmerksamkeit"¹²⁸⁵ widmete. Dies würde sich auf die Stimmung der Deutschen negativ auswirken und dazu führen, dass viele die eben erst neu belebte Hoffnung auf die Wiederherstellung der Gerechtigkeit verlieren und ausreisen.

Eine Anzahl Delegierter wurde am 11. März 1991, am Vorabend des alternativen Kongresses von Gusev, Tarazevič sowie Girenko empfangen. Die Funktionäre entschuldigten sich im Namen der Führung des Landes für die Verlegung des Kongresses¹²⁸⁶ und versuchten fünf Stunden lang vergeblich, den Delegierten die Veranstaltung auszureden. Gusev beteuerte in der Diskussion, "dass noch im laufenden Jahr die Frage der Staatlichkeit der deutschen Minderheit in der Sowjetunion gelöst werden soll"¹²⁸⁷ und informierte die Delegierten, dass inzwischen beide Parlamentskammern den Beschluss zur Aufhebung aller repressiven Gesetzesakte verabschiedet hatten. Es fehle noch eine Stellungnahme von Justizminister S.G. Luščikov, dann werde der Beschluss noch in der laufenden Woche veröffentlicht¹²⁸⁸. Die Frage, ob mit der Annullierung aller repressiven Akte auch die Wolgarepublik automatisch wiederhergestellt sei, verneinte Gusev und wies diese Aufgabe sowie die Rücksiedlung den betroffenen Unionsrepubliken zu.

In einem späteren Interview sagte Gusev, er habe den zum Kongress angereisten Delegierten angeboten, statt des eigentlichen Kongresses eine vorgeschaltete Versammlung (preds"ezdovskoe soveščanie) durchzuführen und die zur Annahme auf dem eigentlichen Kongress vorgesehenen Dokumente schon vorab zu erörtern. Ein Teil der Delegierten sei

¹²⁸² Beschluss Nr. 1184 des Ministerrates der UdSSR vom 24. November 1990, den Kongress der Deutschen zum 11. März 1991 einzuberufen; Text des Beschlusses in: *Freundschaft*, 12.12.90, S. 1

¹²⁸³ Groth in: Radio Moskau (dt.), 11.3.91, 13:53 GMZ; zitiert nach: *DW Monitor-Dienst*, 12.3.91, S. 9f

¹²⁸⁴ *Izvestija*, 12.3.91

¹²⁸⁵ *ibid.*

¹²⁸⁶ *Neues Leben*, 20.3.91, S. 3

¹²⁸⁷ *Frankfurter Allgemeine*, 12.3.91

¹²⁸⁸ veröffentlicht am 14.3.91, abgedruckt (russ.) in: *Nemeckaja Gazeta*, 16.3.91, S. 1

damit einverstanden gewesen, jedoch hätten die Organisatoren des Außerordentlichen Kongresses diesen Vorschlag am nächsten Tag zurückgewiesen. Auf der Veranstaltung sei dann niemand zu Wort gekommen, der von der Arbeit des Organisationskomitees hätte berichten können. Die Spaltung der Deutschen sei geplant gewesen¹²⁸⁹. Gusev erklärte Groths "Rumpfkongress" für illegal, alle dort gefassten Beschlüssen seien nichtig¹²⁹⁰. Rauschenbach vertrat in einem Fernsehinterview die gleiche Haltung¹²⁹¹ und rechtfertigte auch später noch in Beiträgen für Zeitungen die Absage¹²⁹². Rauschenbach kündigte den Kongress für 1-1 1/2 Monate nach dem geplanten Treffen mit Gorbačev an¹²⁹³. Das offizielle Organisationskomitee verbreitete eine Erklärung, in der jeder Versuch, die Versammlung als "Kongress" zu bezeichnen für "ungesetzlich" (nezakonno) erklärt wurde. Das "selbsternannte 'Außerordentliche Organisationskomitee'" führe die Teilnehmer "in die Irre". Die Führung des Landes werde den Kongress nicht anerkennen, das zeige das Treffen Gusevs mit Delegierten vom 11. März 1991, und Beschlüsse der Veranstaltung würden die Konfrontation mit den führenden Organen des Landes nur verschärfen und nicht zur Lösung der Probleme beitragen¹²⁹⁴.

¹²⁸⁹ *Izvestija*, 1.5.91

¹²⁹⁰ vgl. *Frankfurter Allgemeine*, 12.3.91

¹²⁹¹ am 13.4.91 in "Vremja"; abgedruckt in: *Neues Leben*, 20.3.91, S. 3

¹²⁹² vgl. Rauschenbach in: "Šagi, ukrepljajušćie nadeždu", Informacionnyj Bjuulleten' N. 4 des Organisationskomitees (liegt dem Verfasser vor), abgedruckt in: *Deutsche Allgemeine/Nemeckaja Gazeta* vom 7. bzw. 8.6.91

¹²⁹³ am 13.4.91 in "Vremja"; abgedruckt in: *Neues Leben*, 20.3.91, S. 3

¹²⁹⁴ *Neues Leben*, 20.3.91, S. 3

3.2.18 Abhaltung eines alternativen Kongresses durch die "Wiedergeburt"

Von den ursprünglich 1.020 zu wählenden Delegierten, einer je 2.000 Sowjetdeutsche, konnten aus organisatorischen Gründen nur 972 gewählt werden. Davon nahmen trotz Absage des Kongresses 525 an der alternativen Veranstaltung in Moskau teil. Mit diesen 54% wurde nach Ansicht der Delegierten das zur Beschlussfassung erforderliche Quorum erreicht¹²⁹⁵. Zum ersten Mal in der Geschichte, so die Lesart der Kongressteilnehmer, traten gewählte Vertreter des gesamten sowjetdeutschen Volkes in Moskau zu freier Beratung zusammen¹²⁹⁶. "Der Kongress - das ist der Sieg über die Sklavenmentalität, die uns in Jahrzehnten anezogen wurde"¹²⁹⁷, feierte Groth das Ereignis. Den Einwand eines Journalisten, es hätte zumindest einer Anwesenheit von 2/3 der Delegierten bedurft, wies Groth zurück:

Ich stimme Ihnen zu, dass unsere Beschlüsse in der nächsten Zeit von niemandem in den zentralen Machtstrukturen anerkannt werden. Aber mit der Zeit werden die Akzente neu gesetzt. Es ist bekannt, wie sich die Ereignisse im Baltikum entwickelt haben. Anfangs wurden die dortigen Beschlüsse nicht anerkannt, dem folgten Diskussionen, dann bringt das Leben langsam alles an seinen Platz.¹²⁹⁸

Nach einer Begrüßung durch Groth und dem Segen eines russlanddeutschen Geistlichen rief der stellvertretende Justizminister der UdSSR, M.P. Vyšinskij, die Delegierten zu einer nüchternen Lageanalyse auf, bevor sie die Entscheidung zur Eröffnung des Kongresses fällen. Sein Beitrag ging in der Empörung der Delegierten unter¹²⁹⁹.

Unter starkem Beifall stellte Groth der sowjetischen Regierung in seinem Referat das Ultimatum, entweder binnen sechs Monaten die Wolgarepublik wiederherzustellen, oder aber die Deutschen würden die Sowjetunion massenhaft verlassen. Eine "zweite Etappe des Kongresses" solle nach Ablauf des halben Jahres im Lichte der Entwicklungen weitere Schritte beschließen. Ohne Gorbačev direkt beim Namen zu nennen, stellte Groth ihn in eine Reihe mit Stalin und den nachfolgenden KP-Führern, die den "Prozess der Zwangsassimilierung der Deutschen" fortsetzten. Die Lage an der Wolga verglich Groth mit den Folgen des 1979 von Unions- und kasachischen Republikinstanzen der Partei im Gebiet Celinograd inszenierten "asiatischen Spektakels" zur Gründung einer deutschen Autonomie. Der Vorsitzende der "Wiedergeburt" zeichnete das Bild einer zerfallenden Sowjetunion, schwindender Handlungsfähigkeit des Obersten Sowjets der UdSSR und der Unfähigkeit

¹²⁹⁵ Groth in: *Nemeckaja Gazeta*, 23.3.91, S. 1; er wiederholte in seiner Rede vor der 4. Konferenz der "Wiedergeburt", Moskau 10.-12.5.91, diese Zahlen und bestätigte die seinerzeitige Auffassung der Delegierten; vgl. *Neues Leben*, 12.6.91, S. 3

¹²⁹⁶ *Neues Leben*, 20.3.91, S. 2

¹²⁹⁷ *ibid.*: S"ezd - eto pobeda nad rabskoj psichologiej, kotoraja vospityvalas' v nas desjatiletijami.

¹²⁹⁸ *Nemeckaja Gazeta*, 23.3.91, S. 1

¹²⁹⁹ *Neues Leben*, 20.3.91, S. 1

oder dem Unwillen des Präsidenten, die nationalen Probleme der Völker der UdSSR zu verstehen, und zog aus dieser Lage den Schluss, dass nur vom russischen Parlament Unterstützung zu erwarten sei. Allerdings kritisierte er Russland auch für dessen Passivität an der Wolga.

Einer "Assoziation" erteilte Groth erneut eine klare Absage. Diese sei vom ZK für Völker erfunden worden, die keine territoriale Autonomie besessen hätten oder haben. Dies treffe für die Deutschen jedoch nicht zu. Es bestehe die Gefahr, dass eine Annahme einer wie auch immer gearteten "Assoziation" als Verzicht auf eine territoriale Lösung verstanden werde. Wer garantiere im übrigen angesichts der bisherigen Erfahrungen mit der Nationalitätenpolitik, dass sich die "Theoretiker des ZK der KPdSU nicht ein weiteres Mal geirrt haben?" Darüber hinaus warnte Groth, einem Nationalrat könnten jederzeit die staatlichen Mittel gestrichen werden, sollte seine "Tätigkeit als nicht ausreichend 'konstruktiv'" befunden werden. Angesichts der "Parade der Souveränitäten", dem "Krieg der Gesetze", der Aufteilung der Macht zwischen Zentrum und Republiken, die im Ergebnis eine Zuständigkeit der Republiken für "kulturelle, sprachliche, Bildungs- und andere nationale Probleme" mit sich bringe, werde selbst jede "Empfehlung" eines Nationalrates oder Komitees als "Einmischung seitens des Zentrums" aufgefasst werden. "Der Abschluss des ersten Unionsvertrages wird keinen Raum lassen für eine 'führende Tätigkeit' einer zentralen 'Regierung' der Deutschen der UdSSR."¹³⁰⁰

Der radikalisierte Kongress beschimpfte die Vertreter des Organisationskomitees im weiteren gar als "Verbrecher, Handlanger und Prostituierte der Partei". Rauschenbach, der auf die Veranstaltung eingeladen worden war, lehnte eine Teilnahme ab¹³⁰¹.

Der Kongress nahm im Laufe seiner Arbeit eine größere Anzahl von Dokumenten an, die im weiteren kurz skizziert werden sollen, da sie ein bezeichnendes Licht auf die Haltung und den politischen "Idealismus" der von Groth geführten "Wiedergeburt" werfen. Der Gang mit den radikalen politischen Forderungen an die Öffentlichkeit- darunter so sensible wie die Beteiligung am Unionsvertrag -, der Druck vor allem auf die sowjetische Führung mit einem öffentlichen Ultimatum führte bei dieser zu einer Verhärtung ihrer Position gegenüber Groth und seinen Anhängern, ohne dass den deutschen Anliegen mehr Aufmerksamkeit gewidmet worden wäre. Im Gegenteil, von Unionsseite wurden der Kongress und seine Forderungen im weiteren ignoriert, das aus demokratischer Willensbildung - initiiert durch die sowjetische Führung selbst - hervorgegangene Vertretungsorgan der Deutschen nicht zur Kenntnis genommen.

¹³⁰⁰

alle Zitate aus: *Neues Leben*, 27.3.91, S. 2 und 6

¹³⁰¹

vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 953 vom 12.3.91, Pol 320.16

Am 13. März 1991 verabschiedete der Kongress einen Aufruf an Valentin Sergeevič Pavlov¹³⁰², die Gusev-Kommission sowie das Organisationskomitee aufzulösen, weil sie ihrer Aufgabe in Umsetzung des Ministerratsbeschlusses vom 24. November 1990¹³⁰³, den Kongress der Deutschen zum 11. März 1991 einzuberufen, nicht gerecht wurden. Die Mehrzahl der Delegierten sei entsprechend dem Beschluss in Moskau angereist und habe am 12. März 1991 die Arbeit aufgenommen. Die für die Vertagung Verantwortlichen seien daher wegen Überschreitung ihrer Kompetenzen zu bestrafen. Der Kongress forderte, in Zukunft alle die Deutschen betreffenden Angelegenheiten nur noch gemeinsam mit dem von ihm gewählten Vertretungsorgan zu entscheiden. Der Appell entbehrt angesichts der absurden Feststellung, die Groth-Anhänger hätten sich gesetzeskonform zum Kongress eingefunden, während die Gusev-Kommission diesen in Überschreitung ihrer Vollmachten abgesetzt habe, nicht einer gewissen Komik, die Seriosität vermissen lässt. Bezeichnenderweise wurde der Text des Aufrufes an Pavlov in der Presse nicht veröffentlicht. Der am 14. Januar 1991 zum Nachfolger von Ministerpräsident Ryškov gewählte ehemalige Finanzminister und spätere Putschist Pavlov erwies sich im weiteren aber als einer der wesentlichen Gegner der deutschen Sache.

Der Kongress verabschiedete eine "Deklaration des außerordentlichen Kongresses der Deutschen der UdSSR"¹³⁰⁴, in der betont wurde, dass die Auflösung der Wolgarepublik *ex tunc* ungültig sei, sie *de jure* fortbestehe und nur *de facto* wiederhergestellt werden müsse. Der Kongress beauftragte einen "Provisorischen Rat zur Wiederherstellung der Wolgarepublik", auf paritätischer Grundlage mit der derzeitigen Wolgabevölkerung staatliche Verwaltungsorgane für das Gebiet zu bilden. Zunächst sollten die Vollmachten des Rats jedoch einem sechsmonatigen Moratorium unterliegen. Allen Bürgern der zukünftigen Wolgarepublik wurden gleiche Rechte und politische Freiheiten garantiert. Offizielle Sprachen der Wolgarepublik sollten Deutsch und Russisch sein. Die Republik werde, wie in der Vergangenheit, untrennbarer Bestandteil Russlands bleiben.

Der Kongress nahm am 13. März 1991 einen "Aufruf an Volk und Regierung der BRD" an, in dem für die bisherige Hilfe gedankt und um Unterstützung der Forderung nach Wiederherstellung der Wolgarepublik gebeten wurde, um die kulturelle und ethnische Assimilation der Deutschen zu verhindern. Auch die "wirksamsten Maßnahmen im Rahmen einer außerterritorialen Autonomie könnten unseren ethnischen Untergang nicht abwenden." Weiter wurde versichert, dass allen Bewohnern einer autonomen deutschen Wolgarepublik

¹³⁰² Obračenie čezvyčajnogo s'ezda nemcev SSSR k Prem'eru Kabineta Ministrov SSSR Pavlovu Valentinu Sergeeviču; 13.3.91; Text liegt dem Verfasser vor.

¹³⁰³ Text des Beschlusses in: *Freundschaft*, 12.12.90, S. 1

¹³⁰⁴ Deklaracija čezvyčajnogo s'ezda nemcev SSSR; Text s. *Neues Leben*, 27.3.91, S. 7

"unabhängig von ihrer nationalen und rassischen Zugehörigkeit, ihrer sozialen Lage und ihrem Glaubensbekenntnis gleiche bürgerliche Rechte und politische Freiheiten garantiert werden."¹³⁰⁵

Am selben Tag nahm der Kongress einen Aufruf an den Obersten Sowjet der RSFSR¹³⁰⁶ an, in dem um Verständnis für das Anliegen der Deutschen und um Annahme eines Beschlusses zur Wiederherstellung der Wolgarepublik innerhalb von sechs Monaten gebeten wurde. In einem Entwurf für einen Beschluss des Obersten Sowjets der RSFSR¹³⁰⁷, den die Deutschen verabschiedeten, war nicht nur die Aufhebung aller repressiven Akte und die volle politische, kulturelle, ökonomische und territoriale Rehabilitierung vorgesehen, sondern auch die Ausarbeitung eines Programms zur etappenweisen Entwicklung der wiederherzustellenden Republik bei einer Garantie der Rechte der Lokalbevölkerung. Innerhalb von einer Übergangszeit von drei Jahren sollten die Voraussetzungen für eine freiwillige Übersiedlung von 200.000 Deutschen an die Wolga geschaffen werden.

Am 14. März 1991 verabschiedete der Kongress eine Bitte an Präsident Gorbachev¹³⁰⁸, sich für die Wiederherstellung der Wolgarepublik einzusetzen und der antideutschen Kampagne durch ein Machtwort ("Chvatit!") Einhalt zu gebieten, um die "Massen-Emigration der Sowjetdeutschen" zu beenden.

Der Kongress wählte am 14. März 1991 einen ihm verantwortlichen, 50köpfigen "Provisorischen Rat", der mit der Annahme der Rechtsakte zur Wiederherstellung der Wolgarepublik - dann paritätisch aus Deutschen und aus Vertretern der nicht-deutschen Wolgabevölkerung zusammengesetzt - und bis zu allgemeinen Wahlen zum Obersten Sowjet und zu lokalen Sowjets der Autonomen Republik die praktischen Arbeiten zur Wiederherstellung der Wolgarepublik organisieren sollte¹³⁰⁹. Vorsitzender wurde erwartungsgemäß Groth, zu Stellvertretern wurden Gerhard Wolter (Vol'ter), Viktor Diesendorf und Aleksandr Schmidt (Šmidt) gewählt. Der Rat sollte sich aus den Haushalten von Union und RSFSR finanzieren und, falls dies nicht ausreichte, durch Spenden und eigene kommerzielle Strukturen.

¹³⁰⁵ alle Zitate aus: Obraščenie črezvyčajnogo s"ezda nemcev SSSR k narodu i Pravitel'stvu FRG, 13.3.91; Text s. *Neues Leben*, 27.3.91, S. 3

¹³⁰⁶ Obraščenie črezvyčajnogo s"ezda nemcev SSSR k Verchovnomu Sovetu RSFSR, ko vsem narodnym deputatam RSFSR, 13.3.91; Text s. *Neues Leben*, 27.3.91, S. 3

¹³⁰⁷ Proekt Postanovlenija Verchovnogo Soveta RSFSR o polnoj rehabilitacii rossijskich nemcev, 15.3.91; Text s. *Neues Leben*, 27.3.91, S. 3

¹³⁰⁸ Obraščenie črezvyčajnogo s"ezda nemcev SSSR k Prezidentu SSSR M.S. Gorbačevu, 14.3.91; Text s. *Neues Leben*, 27.3.91, S. 3

¹³⁰⁹ Položenie o Vremennom Sovete po vosstanovleniju ASSR Nemcev Povolž'ja; Satzung und Mitgliederliste s. *Neues Leben*, 27.3.91, S. 2

In dem Statut des Rats war vorgesehen, dass dessen Vollmachten analog zum Ultimatum zunächst sechs Monate ruhten, um auf dem Territorium der ehemaligen Wolgarepublik eine Normalisierung der Verhältnisse als Voraussetzung für alle gesellschaftspolitischen Maßnahmen abzuwarten und dem Obersten Sowjet Russlands Gelegenheit zu geben, die erforderlichen Rechtsakte zu erlassen. Der Rat wurde bevollmächtigt, das Moratorium um drei Monate zu verlängern, sollten entsprechende gesetzliche Maßnahmen in Vorbereitung sein¹³¹⁰.

Sollten die Obersten Sowjets der UdSSR und der RSFSR die Wiederherstellung der Republik ablehnen, wurde der Rat bevollmächtigt, materielle Entschädigung für die Deportation der Deutschen zu verlangen, die Aufhebung aller Ausreisebeschränkungen, die Ausreise der Aussiedler auf Kosten der UdSSR und unter Mitnahme von ihrem Eigentum sowie ihrer Ersparnisse.

Mit Datum vom 15. März 1991 wurde eine Resolution zum Status der Trudarmisten¹³¹¹ verabschiedet, in der erstmals Größenordnungen der zu Zwangsarbeit verpflichteten und der dabei umgekommenen Deutschen beziffert wurden¹³¹². Der Kongress forderte, die Überlebenden hinsichtlich der sozialen Versorgung den Kriegsteilnehmern gleichzustellen bzw. die Hinterbliebenen der in den Lagern umgekommenen Trudarmisten so wie diejenigen von gefallenen Soldaten zu entschädigen.

Am 15. März 1991 wurde in Abwandlung des vom Organisationskomitee vorgelegten Papiers ein sehr kurzer "Entwurf für einen Beschluss des Obersten Sowjets der UdSSR über staatliche Garantien für die nationale Wiedergeburt der Deutschen der UdSSR"¹³¹³ angenommen. Dieser sah die Anerkennung der Beschlüsse des Kongresses innerhalb von sechs Monaten vor, darüber hinaus die Anerkennung des vom Kongress gewählten Vertretungsorgans, das im Rahmen der Verhandlungen zum Unionsvertrag zu beteiligen war. Zwar war wie im Entwurf des Organisationskomitee die Anerkennung des Rechts auf Gesetzesinitiativen im Obersten Sowjet der UdSSR vorgesehen, jedoch u.a. nicht die Entsendung der vier Abgeordneten in den Nationalitäten Sowjet.

Zum Abschluss des Kongresses wurde am 15. März 1991 eine Resolution¹³¹⁴ verabschiedet und im Kreml' übergeben¹³¹⁵, die die Gusev-Kommission und das Organisationskomitee

¹³¹⁰ Von dieser Möglichkeit wurde Gebrauch gemacht.

¹³¹¹ Rezoljucija čezvyčajnogo s"ezda nemcev SSSR o statuse trudarmejcev; Text s. *Neues Leben*, 27.3.91, S. 3

¹³¹² Nach diesen Angaben ca. 800.000 Männer und Frauen im Alter von 14-60 Jahren bzw. ca. eine halbe Million deutscher Trudarmisten, die in den Lagern umkamen.

¹³¹³ Proekt postanovlenija Verchovnogo Soveta SSSR o gosudarstvennych garantijach nacional'nogo vozroždenija nemcev SSSR, 15.3.91; Text s. *Neues Leben*, 27.3.91, S. 3

¹³¹⁴ Rezoljucija čezvyčajnogo s"ezda nemcev SSSR, 15.3.91; Text s. *Neues Leben*, 27.3.91, S. 2

¹³¹⁵ *Neues Leben*, 20.3.91, S. 2

verurteilte und den deutschen Mitgliedern des Organisationskomitees das "moralische Recht" absprach, in diesem Gremium die Interessen des sowjetdeutschen Volkes zu vertreten. Von den Obersten Sowjets der UdSSR und der RSFSR wurde die unverzügliche Aufhebung aller gegen die Deutschen gerichteten Gesetze sowie die Wiederherstellung der Wolgarepublik "in den alten Grenzen" gefordert. Der Gesetzentwurf der RSFSR zur Rehabilitierung der repressierten Völker wurde dagegen begrüßt. Des weiteren enthielt die Resolution Passagen zum fortbestehenden Verbot der Mitnahme von Eigentum und Ersparnissen bei Ausreise in die Bundesrepublik, zum Status der Trudarmisten, zur Abschaffung der Eintragung der Nationalität in den Pass und andere Dokumente. Der vom Kongress gewählte "Provisorische Rat" wurde bevollmächtigt, nach Ablauf des sechsmonatigen Moratoriums eine zweite Kongress-Etappe einzuberufen.

Am 15. März 1991 erging ein Aufruf¹³¹⁶ an die Delegierten, die nicht zum Kongress gekommen waren, im weiteren mitzuarbeiten und an der zweiten Etappe teilzunehmen, deren Beginn zunächst für den 28. August 1991, den 50. Jahrestag der Auflösung der Wolgarepublik, vorgesehen war. Vertreter der abwesenden Delegierten sollten dann in den "Provisorischen Rat" aufgenommen werden. Ein zweites Vertretungsorgan, die "Assoziation" oder ähnliches, solle nicht zugelassen werden, da es nur zur Vertiefung der Spaltung der Deutschen beitragen würde.

Am letzten Kongresstag trat Konstantin Ehrlich aus dem Organisationskomitee aus und stellte sich mit einer flammenden Rede hinter Groth und den Kongress. Er wurde daraufhin in den 50köpfigen "Provisorischen Rat" gewählt. Damit stand einer der bekanntesten Deutschen und nach dem *Neuen Leben*, der Zentralzeitung der Deutschen mit unionsweiter Verbreitung, nun auch sein Blatt, die insbesondere für Kasachstan erscheinende *Freundschaft*, Groth nahe.

Angesichts der großen Anzahl von Delegierten war dem Kongress eine gewisse Legitimität nicht abzuspochen und der mit Groth an der Spitze gewählte Rat kaum zu ignorieren. Dementsprechend verhielt sich im weiteren auch die RSFSR. Im Organisationskomitee herrschte dagegen tiefe Ratlosigkeit über das weitere Vorgehen - nicht zuletzt angesichts der Tatsache, dass der Kongress reibungslos nach Groths seit Monaten angekündigtem Szenario ablief. Aus dem ZK-Sekretariat wurde der Deutschen Botschaft deutliche Verärgerung über die erneute Vertagung des Kongresses durch Gorbačev signalisiert - ein neues Phänomen in der sowjetischen Entwicklung¹³¹⁷. Die politische Lage um die Deutschen hatte mit dem Kongress weitere Zuspitzung erfahren, ohne dass allerdings die sowjetische Führung oder Öffentlichkeit diesem Problem in der Folgezeit Priorität einräumten. Dem von der Partei

¹³¹⁶ Obraščenie črezvyčajnogo s"ezda nemcev SSSR k delegatam, otsuststvovavšim na S"ezde, 15.3.91, Text liegt dem Verfasser vor.

¹³¹⁷ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1003 vom 15.3.91, Pol 320.16

vorgegebenen Ziel einer Regierung ohne Territorium war eine klare Absage erteilt worden, das tiefe Misstrauen der Deutschen gegen Konzepte des Apparates war offensichtlich und eindeutig dokumentiert worden. Politischen Beobachtern war im März 1991 jedoch bewusst, dass es zu einem Einlenken der sowjetischen Führung in den sechs Monaten des Ultimatums nicht kommen würde, und, wenn überhaupt angesichts der allgemeinen nationalitätenpolitischen Situation im Lande, tendenziell mit mehr Aussiedlern gerechnet werden musste. Dem galt es, weitere Fördermaßnahmen entgegenzusetzen und von der sowjetischen Seite Unterstützung und aktive Beteiligung an den Bleibehilfen einzufordern. Dass Groth ernsthaft damit rechnete, dass die Union seinen ultimativen Forderungen nachkommen würde, muss bezweifelt werden. Einen Partner, mit dem man gemeinsam ein Ziel verwirklichen will oder muss, wird man in der Öffentlichkeit klugerweise nicht "vor's Schienbein treten", insbesondere, wenn es sich um den Staat handelt, der in der UdSSR noch immer am längeren Hebel saß. Vielmehr ist anzunehmen, dass Groth und seine Anhänger den Staat Gorbatschov nach allen Enttäuschungen, die die Deutschen erleben mussten, vollständig abgeschrieben hatte, von ihm für die Deutschen nichts mehr erwarteten, sondern einzig auf Russland, insbesondere auf El'cin, setzten. Ein Indiz für die Richtigkeit dieser Hypothese ist die Gründung der Kommission des Obersten Sowjets der RSFSR nur ca. einen Monat nach Ende des Kongresses, in die nur Anhänger Groths aufgenommen wurden. Der Glaube an Russland und das scheinbar unbegrenzte Vertrauen in dessen Führung, das sich bereits zur 3. Konferenz der "Wiedergeburt" abzeichnete, musste aber enttäuscht werden: Die nationalitätenpolitischen Sachzwänge - an der Wolga und im ganzen Land - schränkten auch Russlands Bewegungsfreiheit so weit ein, dass eine Wiederherstellung der Wolgarepublik objektiv im Bereich des Unmöglichen lag.

Nach dem sogenannten außerordentlichen Kongress suchten Vertreter der "Wiedergeburt" das Gespräch mit den Stadt- und Gebietskomitees an der Wolga. Groth teilte dazu der *Frankfurter Allgemeinen* mit,

die Verantwortlichen dort seien aber nicht bereit gewesen, mit der Vertretung der Deutschen zusammenzutreffen, oder hätten sich verleugnen lassen. Lediglich die Ortskräfte der El'cin unterstützenden "Demokratischen Partei Russlands" in Saratov und die Gruppe "Spravedlivost" (Gerechtigkeit) in Engels befürworteten die Forderung der "Wiedergeburt".¹³¹⁸

Am 15. April 1991 sprachen Groth und drei weitere Kongressteilnehmer im Dramatischen Theater Saratov vor mehr als 1000 Anhängern der "Demokratičeskaja Rossija". Ihr Auftritt

¹³¹⁸

Frankfurter Allgemeine, 24.4.91

wurde freundlich aufgenommen, der örtliche Vorsitzende der Bewegung, Valerij Davydov, sprach sich sogar für die sofortige Wiederherstellung der deutschen Autonomie an der Wolga aus¹³¹⁹. Groth meinte in jenen Tagen in dem Erstarren der demokratischen Kräfte an der Wolga und dem Nachlassen der antideutschen Kampagnen "tiefe, positive Veränderungen" sehen zu können und "wie nie zuvor ... reale Perspektiven" der Wiederherstellung der Staatlichkeit der Deutschen¹³²⁰.

Groth-Stellvertreter Diesendorf erinnerte in einem Zeitungsartikel kurz nach seiner Rückkehr von der Wolga daran, dass "das ZK der KPdSU es kein einziges Mal für notwendig erachtet hat, die ... örtlichen Parteiapparatschiks öffentlich zurechtzuweisen."¹³²¹

3.2.19 Gespräche Genschers nach dem alternativen Kongress. Information der sowjetischen Seite über den Beginn wirtschaftlicher Hilfsmaßnahmen

Direkt im Anschluss an den Kongress der Deutschen besuchte Genscher Moskau und traf am 18. März 1991 - noch vor seinen Gesprächen mit Gorbačev und dem am 14. Januar 1991 ernannten neuen Außenminister Bessmertnych - mit Rauschenbach, Wormsbecher und Groth zusammen, die ihn über Lage und Perspektiven der Deutschen informierten. Die deutsche Seite bemühte sich bei solchen Anlässen, die widerstrebenden Teile der "Wiedergeburt" in der Botschaft zusammenzuführen und zu gemeinsamen und geschlossenen Vorgehen zu ermahnen¹³²².

Rauschenbach räumte bei der Begegnung ein, die Deutschen wollten eine eigene Republik, die Alternative "Assoziation" habe keine Unterstützung. Optimistisch nannte er als Termin für den eigentlichen Kongress Ende April-Anfang Mai¹³²³. Er hielt es für erforderlich, zunächst mit Gorbačev zu sprechen, dann den abgesagten Kongress nachzuholen und dort Beschlüsse zu fassen, die dann auch mit der sowjetischen Regierung zu verwirklichen wären. Dies kam einer Distanzierung von Groths beabsichtigten weiteren Vorgehen gleich. Groth widersprach aber der These, es existiere eine Spaltung der Deutschen. Meinungsunterschiede beständen lediglich an der Spitze, an der Basis sei man sich einig, dass es keine Alternative zur Wolgarepublik gebe.

¹³¹⁹ Groth in seiner Rede vor den Delegierten der 4. Konferenz der "Wiedergeburt", Moskau 10.-12.5.91; vgl. *Neues Leben*, 12.6.91, S. 3

¹³²⁰ *Neues Leben*, 12.6.91, S. 3

¹³²¹ *Neues Leben*, 24.4.91, S. 2

¹³²² Anlässlich der Moskau-Besuche von Dregger und Stoiber im April 1991 fanden weitere gemeinsame Treffen von Vertretern des Organisationskomitees und Groth in der Botschaft statt.

¹³²³ zitiert nach Groth; in: *Neues Leben*, 12.6.91, S. 3

In den offiziellen Gesprächen der deutschen Ministerdelegation spielte die Thematik der Sowjetdeutschen eine herausragende Rolle. In großer Offenheit schilderte der stellvertretende Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Ju.A. Kvicinskij, die Probleme, die eine Lösung an der Wolga derzeit völlig aussichtslos machten, und wies darauf hin, dass deshalb eine Ansiedlung bei Sverdlovsk diskutiert werde, eine territoriale Variante, die erstmals Erwähnung fand und mit den Sowjetdeutschen einmal mehr nicht abgesprochen war. Im September 1991 kam El'cin auf dieses Gebiet, dessen Nr. 1 er früher war, zurück. Allerdings blieb eine solche Ansiedlung im weiteren Theorie. Diese neuen Überlegungen zeigen jedoch das Ausmaß an Verwirrung und Konzeptionslosigkeit, das nach dem Kongress über das weitere Vorgehen herrschte, sowie das alte Denken in von oben aufgefropften Lösungsansätzen.

Kvicinskij unterstrich, auch in den heutigen Siedlungsgebieten könne die kulturelle und religiöse Entfaltung gefördert werden. Jedoch müssten deutsche Maßnahmen das gesamte Gebiet berücksichtigen, um nationalen Spannungen vorzubeugen, eine Forderung, die ohnehin dem deutschen Vorgehen entsprach. Die Bundesrepublik dürfe sich aber keinen Illusionen hingeben, die Abwanderung der Deutschen aufhalten zu können. Diese hänge von der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Lage im Lande ab, damit auch der der Sowjetdeutschen, die einen besseren Lebensstandard wollten. Man könne diese zwar unterstützen, Kvicinskij bezweifelte jedoch, dass dies zum gewünschten Ergebnis führen werde. Diese Haltung spiegelte das Unverständnis wider, das dem Problem der Sowjetdeutschen seitens der sowjetischen Führung noch 1991 entgegengebracht wurde: Den Deutschen ging es wirtschaftlich vergleichsweise viel besser als ihrem Umfeld. Ihnen fehlte dagegen noch immer jegliche Infrastruktur zur Bewahrung ihres Deutschtums und ihres kulturellen Erbes. Dieser Faktor als zentrale Ursache für die Massenemigration ist in den rein materialistisch denkenden Kreisen der politischen Führung offenbar nicht angemessen gewürdigt worden.

Die deutsche Seite brachte ihre Besorgnis über die Ausreisezahlen zum Ausdruck, nach 150.000 Aussiedlern 1990 wurden bereits im Januar und Februar 1991 die Zahlen der Vorjahresmonate um mehr als 25% übertroffen. Thema waren auch die weiteren Schritte zur Einrichtung eines deutschen Generalkonsulats in Alma Ata insbesondere zur Betreuung der in Zentralasien und Sibirien lebenden Deutschen, nachdem darüber in Gesprächen zwischen Bundeskanzler Kohl und Präsident Gorbačev beim Gipfel im Kaukasus am 15./16. Juli 1990 und zwischen den Außenministern Genscher und Ševardnadze in Moskau am 17. August 1990 grundsätzliches Einvernehmen erzielt worden war¹³²⁴.

¹³²⁴

vgl. Vermerk 213-320.16 vom 28.3.91

Wie Genscher der Presse mitteilte, hatte er Gorbačev über das Treffen mit den Deutschen berichtet, deren Erwartungen vorgetragen und ihn gebeten, die Repräsentanten der Deutschen möglichst bald persönlich zu empfangen, was Gorbačev zusagte¹³²⁵. Im Gespräch hatte der sowjetische Präsident eingeräumt, er habe für das deutsche Problem eine Lösung von unten erhofft, eine solche Entwicklung sei aber leider nicht eingetreten. Im Gebiet Volgograd gebe es aber zwei Landkreise, die zur Aufnahme von Sowjetdeutschen Bereitschaft zeigten¹³²⁶. Diese Bereitschaft könne sich von dort im Laufe der Zeit auf andere Gebiete ausweiten¹³²⁷. In einem *Spiegel*-Gespräch mit Gorbačev direkt nach dem Genscher-Besuch wird dies noch einmal öffentlich wiederholt - und das Ausmaß der Ratlosigkeit, Uninformiertheit und Handlungsunfähigkeit an der Spitze des Sowjetstaates deutlich¹³²⁸:

Die Sowjetdeutschen werden aus vielen Gründen sehr geschätzt, und niemand will, dass sie das Land verlassen. Wo immer heute Deutsche in der Sowjetunion leben, möchten ihre Mitbürger sie als Nachbarn behalten und sind besorgt, dass sie in andere Regionen unseres Landes umsiedeln könnten. Aber es gibt Schwierigkeiten mit der Wiederherstellung ihrer staatlichen Autonomie ... Ich war im Gebiet von Saratov, wo sich früher die Autonome Republik der Wolgadeutschen befand. Dort leben inzwischen viele andere Menschen. Wie sollen wir verfahren? In den Regionen Volgograd und Ul'janovsk gab es eine Bewegung von unten, die Deutschen dorthin zur Rückkehr einzuladen. Ich habe damit einige Hoffnungen verknüpft, aber bislang haben sie sich nicht erfüllt. Doch in einigen Tagen werde ich Vertreter der deutschen Volksgruppe empfangen, und wir werden uns über alles unterhalten.¹³²⁹

Wie ein Interview eines sowjetdeutschen Teilnehmers an dem späteren Treffen des Organisationskomitees mit Gorbačev zeigte, wurden dessen entlarvende Äußerungen in der deutschen Minderheit mit Unbehagen aufgenommen¹³³⁰.

Als ein Novum tauchte im Bericht der *Pravda* zum Genscher-Besuch ein Absatz zur Frage der Deutschen auf, in dem es hieß:

Es wurde auch die Frage der Sowjetdeutschen angeschnitten, der Wiederherstellung ihrer Autonomie. Wir haben, sagte der Präsident, den festen Wunsch, diese Frage zu besten zu lösen, jedoch bislang noch keine schmerzlose Lösung gefunden. Im Land existiert gegenüber den Deutschen ein positives Verhältnis [uvažitel'noe otnošenie], und wir wollen nicht, dass sie ausreisen. Sie haben sich in den mehr als zwei

¹³²⁵ *Pravda*, 19.3.91

¹³²⁶ Im Gebiet Saratov hatten sich 6 Rayons gegen eine Zugehörigkeit zu einer deutschen Wolgarepublik ausgesprochen; vgl. *Moscow News* (deutsch), 9.9.91, S. 18

¹³²⁷ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1047 vom 19.3.91, Pol

¹³²⁸ Zu Ul'janovsk hatte sich Gorbačev fast ein Jahr zuvor öffentlich geäußert; über ein Angebot aus Volgograd war in Bonn zu dem Zeitpunkt nichts bekannt, lediglich der *Izvestija*-Artikel vom 29.11.89 lässt darauf schließen, dass dort die Ansiedlung von Deutschen ernsthaft erwogen wurde.

¹³²⁹ *Der Spiegel*, 25.3.91; zitiert nach: *Neues Leben*, 3.4.91, S. 2f

¹³³⁰ Gerold Belger; vgl. *Deutsche Allgemeine*, 18.5.91, s.u.

Jahrhunderten ihres Lebens in Russland durch nichts in Verruf gebracht. Aber die Probleme mit dem Territorium für die Autonomie sind dadurch kompliziert worden, dass zuviel Zeit vergangen ist, seitdem sie aus ihren Wohnorten vertrieben wurden. Der Präsident beabsichtigt, sich in der nächsten Zeit mit Vertretern der Sowjetdeutschen zu treffen.¹³³¹

Ende März 1991 empfing Waffenschmidt den sowjetischen Botschafter in Bonn, Vladislav P. Terechov, um ihn über die Aktivitäten des Bundesministeriums des Innern zugunsten der Sowjetdeutschen in der UdSSR zu informieren. Waffenschmidt nannte als Hauptziel aller Initiativen, "die Lebensverhältnisse der Deutschen in ihrer heutigen Heimat so zu verbessern, dass sie dort eine Zukunft für sich und ihre Kinder sehen und nicht alle die Aussiedlung nach Deutschland wählen."¹³³² Neben den Hilfen beim Ausbau kultureller und sozialer Einrichtungen müsse zusätzlich die wirtschaftliche Situation in den deutschen Siedlungsgebieten und ihrer unmittelbaren Nachbarschaft verbessert werden. Waffenschmidt kündigte Unterstützung beim Aufbau mittelständischer Betriebe an. In diesem Gespräch wurde die sowjetische Seite erstmals mit der Thematik wirtschaftlicher Hilfen befasst. Vergleicht man dieses Vorgehen mit der Zurückhaltung, die sich das Auswärtige Amt bei kulturellen Projekten viel geringeren finanziellen Volumens und politischer Tragweite auferlegte, stellte dies eine Wende deutscher Politik dar. Das BMI hatte die Führung in diesem Bereich der deutschen Außenpolitik übernommen - über den Beginn der Wirtschaftsmaßnahmen wurde das Auswärtige Amt offiziell erst im September 1991 unterrichtet.

3.2.20 Initiativen der RSFSR zugunsten der Sowjetdeutschen

Anlässlich eines Gespräches des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Alfred Dregger, mit Groth und Wormsbecher am 9. April 1991 in Moskau wurde bekannt, dass ein Treffen der Kommunistischen Partei Russlands mit Repräsentanten der repressierten Völker zustande gekommen war¹³³³. Auf dem Hintergrund des Beschlusses der russischen Volksdeputierten vom 11. Dezember 1990 musste dies als weiterer Hinweis auf die Bereitschaft in der RSFSR verstanden werden, sich ernsthaft mit der komplizierten Rehabilitierungsthematik auseinander zu setzen. Bereits am 22. April 1991 fasste das Präsidium des russischen Obersten Sowjets den Beschluss, eine "Kommission des Präsidiums des Obersten Sowjets

¹³³¹ *Pravda*, 19.3.91

¹³³² Pressemitteilung des BMI, "Der Bundesminister des Innern teilt mit", 3.4.91, S. 1

¹³³³ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1466 vom 23.4.91

der RSFSR zu den Problemen der Sowjetdeutschen" einzusetzen¹³³⁴. Der Beschluss trug die Unterschrift des Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden Chasbulatov. Vorausgegangen waren eine Reihe von Kontakten der "Wiedergeburt" mit Vertretern des russischen Parlaments, u.a. ein Treffen von Groth mit dem Vorsitzenden des Nationalitätenowjets des Obersten Sowjets der RSFSR, Abdulatipov, bei dem regelmäßige Kontakte vereinbart wurden¹³³⁵, sowie eine Intervention des deutschstämmigen Abgeordneten des Obersten Sowjets der RSFSR und Delegierten des Kongresses der Sowjetdeutschen, Aleksandr Fridrichovič Bier (Bir), zugunsten der Sowjetdeutschen auf dem III. Außerordentlichen Kongress der Volksdeputierten Russlands. Damit wurde das Problem der Deutschen erstmals ausführlich im russischen Parlament angesprochen¹³³⁶.

Zum Vorsitzenden der neuen Kommission wurde dann auch Bier bestimmt. Zu den 15 Mitgliedern gehörten acht Abgeordnete und sieben "bevollmächtigte Vertreter der Sowjetdeutschen"¹³³⁷. Es handelte sich dabei um Anhänger von Groth, die im März auf dem Kongress in den Provisorischen Rat der Sowjetdeutschen gewählt wurden, u.a. um Groth selbst und seinen Stellvertreter Diesendorf. Im Gegensatz zur Union erkannte Russlands Oberster Sowjet den Kongress damit, wenn nicht offiziell, so zumindest aber doch konkludent an.

Diesendorf berichtete der Botschaft, Chasbulatov habe nach kurzem Vortrag von Bier die Arbeitsgruppe eingesetzt, ohne den Obersten Sowjet oder Ausschüsse zu befassen. Angesichts der zu erwartenden hohen Zahl von Aussiedlern im Jahre 1991 bedürfe das Problem der Deutschen dringend einer Lösung¹³³⁸. In dem Beschluss brachte der Oberste Sowjet der RSFSR seine Besorgnis zum Ausdruck, 1991 könnten sogar bis zu 400.000 Aussiedler das Land verlassen. Tatsächlich wurden es aber nur ca. 150.000 wie im Vorjahr.

Chasbulatov äußerte sich, so Diesendorf, allerdings nicht zu der Möglichkeit einer Wiederherstellung der Wolgarepublik und zu Überlegungen der "Wiedergeburt", zusätzliche

¹³³⁴ Vedomosti S"ezda narodnych deputatov RSFSR i Verchovnogo Soveta RSFSR Nr. 17, 25.4.91, Postanovlenie Prezidiuma Verchovnogo Soveta RSFSR "O neotložnych merach po uregulirovaniju problem sovetskich nemcev na territorii RSFSR", Nr. 1049-1 vom 22.4.91, S. 487f; abgedruckt auch in: *Neues Leben*, 22.5.91, S. 3

¹³³⁵ *Neues Leben*, 24.4.91, S. 2; der Artikel trägt die bezeichnende Überschrift "Nadeždy svjazyvaem s Rossiej" (Unsere Hoffnungen verbinden wir mit Russland)

¹³³⁶ Bier hatte u.a. den Aufruf des Kongresses der Deutschen an die Abgeordneten der RSFSR verlesen und ebenso dessen Vorschlag für einen Beschluss des Obersten Sowjets der RSFSR; vgl. *Neues Leben*, 12.6.91, S. 3

¹³³⁷ "Postanovlenie Prezidiuma Verchovnogo Soveta RSFSR o neotložnych merach po uregulirovaniju problem sovetskich nemcev na territorii RSFSR", Nr. 1049-1 vom 22.4.91; abgedruckt in: *Neues Leben*, 22.5.91, S. 3

¹³³⁸ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1466 vom 23.4.91

Autonome Gebiete im Raum Slavgorod (Altaj), Orenburg, Omsk, und in Kasachstan¹³³⁹ einzurichten. Im Beschluss war von "objektiven Umständen, die die Wiederherstellung der Staatlichkeit der Sowjetdeutschen behindern", die Rede. Allerdings wurde die Kommission beauftragt, dem Obersten Sowjet der RSFSR bis zum 20. Mai 1991 eine "Konzeption eines sozial-ökonomischen und politischen Programms über die Wiederherstellung der Staatlichkeit der Sowjetdeutschen auf dem Territorium der RSFSR" vorzulegen und gemeinsam mit dem "Staatlichen Komitee der RSFSR zu Nationalitätenangelegenheiten" bis zum 1. Dezember 1991 Vorschläge zur Gründung von "national-territorialen Einrichtungen in kompakten Siedlungsgebieten" zu unterbreiten.

Wormsbecher und das Organisationskomitee erlitten mit der Zusammensetzung der Kommission eine erneute Niederlage. Diesendorf behauptete sogar, Chasbulatov habe die Auffassung von Union, ZK und Organisationskomitee explizit zurückgewiesen, der Mitte März veranstaltete Kongress sowie dessen Beschlüsse hätten keine rechtliche Grundlage und seien damit unbeachtlich. Dies gehe an den Realitäten vorbei. Diese auch im Beschluss des Obersten Sowjets der RSFSR reflektierte Haltung wies Chasbulatov 1991 als einen Politiker aus, dem Nationalitätenfragen am Herzen lagen. Als Nicht-Russe und Tschetschene musste er allerdings auch besonderes Verständnis für die Anliegen der Deutschen aufbringen. Mit Blick auf die bevorstehende Wahl des russischen Präsidenten am 12. Juni 1991 könnten auch taktische Überlegungen bei der Einsetzung der Arbeitsgruppe Pate gestanden haben: Die große Anzahl der auf El'cin setzenden Russlanddeutschen als potentielle Wähler, die die Initiative als Beweis russischer Unabhängigkeit und als Absicht bzw. als ersten Schritt honorieren, auf Gebieten tätig zu werden, auf denen die Union bzw. Gorbachev persönlich versagt oder ein Vakuum hinterlassen hatte. Nach der Entschließung vom 11. Dezember 1990 setzte Russland damit ein weiteres nationalitätenpolitisches Zeichen - letztlich auch für die zunehmende Redundanz der Union¹³⁴⁰. Konkrete Zugeständnisse an die Deutschen standen mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung jedoch nicht zu erwarten.

Gleichzeitig ist die Vermutung der *Herald Tribune* nicht abwegig, die Deutschen könnten ebenso wie die anderen repressierten Völker im Rahmen der Rivalität zwischen Gorbachev

¹³³⁹ Es bleibt bemerkenswert, dass die Deutschen mit Russland über eine Autonomie in Kasachstan sprachen. Dies unterstreicht das Gewicht, dass die "Wiedergeburt" Russland zumaß - und die Sprachlosigkeit im Verhältnis zur Union. Seinerzeit war aus Bonn, das damals mit der Union über eine Vertretung in Alma Ata verhandelte, noch nicht zu erkennen, ob und wann Kasachstan unmittelbarer Gesprächs- und Verhandlungspartner sein würde, der über die eigenen Angelegenheiten selbst entscheiden konnte. Die ersten deutschen Politiker, Waigel und danach Genscher, reisten im Oktober 1991 nach Alma Ata.

¹³⁴⁰ In einem Gespräch im Auswärtigen Amt am 23.4.91 erklärte Groth, die "Assoziation" sei "tot", mit der Union lohnten Gespräche bereits nicht mehr, die Zukunft der Wolgarepublik werde von Russland entschieden; vgl. Vermerk 213-321.39 vom 29.4.91

und El'cin dazu instrumentalisiert worden sein, Gorbačevs Unfähigkeit zur Bewältigung der Nationalitätenproblematik sowie der stalinistischen Vergangenheit vorzuführen:

The German problem presses particularly close to Mr. Gorbachev's nerves because President Boris N. Yeltsin of the Russian Republic has embraced the Wiedergeburt agenda. The parliament of the Russian Republic last week announced the re-establishment of an autonomous German region in the Altaj area of western Siberia. Mr. Yeltsin also favours compensating ethnic Germans for land and businesses taken in Stalin-era purges.¹³⁴¹

Wormsbecher reagierte am selben 22. April 1991 und erklärte in einem TASS-Gespräch, das Organisationskomitee hoffe auf ein baldiges Zusammentreffen mit Gorbačev und plane anschließend den ordentlichen Kongress.

Außen- und innenpolitisch geriet Gorbačev mit der Einsetzung der Arbeitsgruppe unter Druck, hatte er doch Genscher und auch im *Spiegel*-Interview ein baldiges Treffen mit Vertretern der Deutschen zugesagt. Eine Begegnung nur mit Vertretern des Organisationskomitees trug in sich das Risiko, dass die Deutschen sich in ihrer Mehrheit von ihrem Präsidenten auf Dauer abwenden, umgekehrt wäre eine Teilnahme Groths und seiner Gefolgsleute an dem Treffen einer Desavouierung des ZK und des Organisationskomitees, die Groth und seinem sogenannten "Außerordentlichen Kongress" die Legitimität absprachen, gleichgekommen.

Am 26. April 1991 ging der Oberste Sowjet Russlands einen mutigen Schritt weiter und beschloss in Umsetzung der Entschließung vom 11. Dezember 1990 das Gesetz "Über die Rehabilitierung der repressierten Völker", das die Unterschrift seines Vorsitzenden B.N. El'cin trug, sowie die Ausführungsbestimmungen "Über die Ordnung der Inkraftsetzung des Gesetzes der RSFSR 'Über die Rehabilitierung der repressierten Völker'"¹³⁴². Der Oberste Sowjet der RSFSR verfügte darin nicht nur die Rehabilitierung und gleichzeitig die Aufhebung aller noch existierenden diskriminierenden Bestimmungen, sondern bekundete in dem Bestreben, "die historische Gerechtigkeit wiederherzustellen" (Präambel), die Anerkennung des Rechtes auf Wiederherstellung der autonomen Gebiete in den alten

¹³⁴¹ Herald Tribune, 12.7.91; die Zeitung erwähnt hier russische Beschlüsse, die im Juli bzw. noch im April 1991 getroffen wurden.

¹³⁴² Vedomosti S"ezda narodnych deputatov RSFSR i Verchovnogo Soveta RSFSR Nr. 18 vom 2.5.91, 572. Zakon RSFSR "O reabilitacii repressirovannyh narodov"/573. Postanovlenie Verchovnogo Soveta RSFSR "O porjadke vvedenija v dejstvie Zakona RSFSR 'O reabilitacii repressirovannyh narodov', beides vom 26.4.91, S. 536-40; Texte russisch und deutsch s. auch *Neues Leben*, 12.6.91; über historische Hintergründe und Schwierigkeiten bei der Umsetzung vgl. Artikel von Nikolaj Medved'ev, Vorsitzender der Kommission für nationale und staatliche Ordnung und zwischennationale Beziehungen des Nationalitätensovjets des Obersten Sowjets der Russischen Föderation, *Moscow News* (deutsch), Nr. 8/August 1991, S. 14

Grenzen und Rückkehr bei vollständiger Entschädigung sowie seinen festen Willen, dieses auch zu realisieren (Art. 3 in Verb. mit Art. 9). Der Oberste Sowjet machte nur insofern eine Einschränkung, als die Rechte und legitimen Interessen der Bürger, die gegenwärtig auf den Territorien der repressierten Völker leben, nicht beeinträchtigt werden durften¹³⁴³. Die Entschädigung und Wiederherstellung des früheren Rechtsrahmens, d.h. der Staatlichkeit im Falle der Sowjetdeutschen, sollte "etappenweise" erfolgen (Art. 9, Art. 6). Darüber hinaus wurde bestimmt, Zeiten von Lagerhaft bzw. Zwangsarbeit rentenwirksam anzuerkennen (Art. 10). Auf kulturellem Gebiet sah der Oberste Sowjet die Wiederherstellung der alten Ortsnamen sowie "ein Bündel von Maßnahmen zur Wiederherstellung des Geistigen Erbes und zur Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse" (Art. 11) vor. Die Ausführungsbestimmungen schrieben dem Ministerrat der RSFSR vor, bis Ende des Jahres die praktische Wiederherstellung der Rechte der repressierten Völker zu "organisieren", bereits bis zum 21. Mai 1991 dem Obersten Sowjet Vorschläge zur Gewährleistung der Durchführung¹³⁴⁴ des Gesetzes vorzulegen, bis zum 1. Juni 1991 alle Regierungsbeschlüsse und bis zum 1. Juli 1991 alle anderen Verwaltungsakte mit dem Gesetz in Einklang zu bringen bzw. dem Obersten Sowjet Vorschläge über die Anpassung der bestehenden Gesetzgebung der RSFSR zu unterbreiten.

Nach der Verabschiedung des Gesetzes fielen sich Abgeordnete und anwesende Vertreter der betroffenen Minderheiten in die Arme, es gab Applaus. Die *Deutsche Allgemeine*, die ehemalige *Freundschaft*¹³⁴⁵, feierte diesen Moment als das Ende der Jahre als "Menschen zweiter Klasse"¹³⁴⁶. Die *Pravda* meldete in dürren 10 Zeilen die historische Entscheidung des Obersten Sowjets und erwähnte bezeichnenderweise: "In Anbetracht der Sensibilität der Materie [delikatnost' voprosa], war entschieden worden, [die Diskussion] nicht im Fernsehen zu übertragen. Abends wurde die Aussprache fortgesetzt. Das Gesetz über die Rehabilitierung der repressierten Völker wurde angenommen."¹³⁴⁷

Gesetz und Zeitplan waren in der Substanz und in ihrem Anspruch aufsehenerregend und geeignet, alle Forderungen der repressierten Völker zu befriedigen. Hinsichtlich der Umsetzbarkeit müssen sie jedoch als Ausdruck eines grenzenlosen Optimismus gewertet werden und als Versuch des Parlamentes eines sich aus der Sowjetunion und deren Erbe befreienden neuen Staates, ein Ideal anzustreben, und waren wohl mehr im Sinne einer politischen Absichtserklärung zu verstehen. Entsprechend skeptisch fielen in der

¹³⁴³ Art. 3, Abs. 3: "V processe rehabilitacii repressirovannyh narodov ne dolžny uščemljat'sja prava i zakonnye interesy graždan, proživajuščich v nastojaščee vremja na territorijach repressirovannyh narodov."

¹³⁴⁴ "predloženiya po obespečeniju realizacii Zakona"

¹³⁴⁵ Die *Freundschaft* erschien ab 1.1.91 erstmalig unter der Bezeichnung *Deutsche Allgemeine - Zeitung der Russlanddeutschen*

¹³⁴⁶ *Deutsche Allgemeine*, 5.5.91

¹³⁴⁷ *Pravda*, 27.4.91, S. 4

Öffentlichkeit die Reaktionen aus, die *Deutsche Allgemeine*, die die Verabschiedung nur kurz meldete, wies darauf hin, dass die Verwirklichung des Gesetzes angesichts der Lage im Lande schwierig würde. Allein die Kosten des Gesetzes würden ca. 40 Mrd. Rubel betragen¹³⁴⁸. Dies war vermutlich auch der Grund dafür, dass das Gesetz zwar insbesondere in den bilateralen deutsch-russischen Gesprächen und Vereinbarungen häufig zitiert, im politischen Alltag Russlands faktisch aber ignoriert wurde. Es ist bemerkenswert, dass der Text eines so grundlegenden Gesetzes noch immer nicht in den Zentralzeitungen veröffentlicht werden konnte. Lediglich das *Neuen Leben* druckte ihn am 12. Juni 1991, mehr als einen Monat später. Diese Praxis erinnert fatal an die "Rehabilitierungsschritte" in den 60er und 70er Jahren, als die Bevölkerung der Sowjetunion über die Aufhebung einiger diskriminierender Maßnahmen gegen die Deutschen und andere Völker nicht unterrichtet wurde - was dazu führte, dass eine öffentliche Rehabilitierung in der Praxis nicht stattfand. Ende der 80er Jahre, als nach einem halben Jahrzehnt *Perestrojka* die sowjetische Führung längst gewagt hatte, Fehler der Vergangenheit einzuräumen, wurde damit nach zaghaften Anfängen in der UdSSR im November 1989 bzw. in Russland im Dezember 1990 erneut die Chance vertan, eine für die sowjetische Öffentlichkeit fassbare Rehabilitierung einzuleiten und damit das Vertrauen der Angehörigen der repressierten Völker in den Staat, insbesondere in die sich nunmehr souverän und unabhängig nennenden Unionsrepubliken schrittweise wiederherzustellen und zu stärken.

3.2.21 Bilanz der Gusev-Kommission. Empfang des Organisationskomitees durch Gorbačev

Am 1. Mai 1991 veröffentlichte *Izvestija* ein Interview mit Vladimir Gusev, um "die Schritte, die die Regierung in den vergangenen zwei Jahren zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit unternommen hatte"¹³⁴⁹, zu verdeutlichen. Gusev nutzte diese Gelegenheit, um eine positive Bilanz der bisherigen Arbeit seiner Kommission zu ziehen, und verwies auf den Anfang März veröffentlichten Beschluss des Obersten Sowjets der UdSSR über die Aufhebung aller seit 1941 gegen die Deutschen gerichteten Rechtsakte. Die Verabschiedung des dazugehörigen Beschlusses des Ministerkabinetts stehe unmittelbar bevor. Des weiteren habe die Kommission ein Gesetz über den Status der Trudarmisten vorbereitet¹³⁵⁰, ein Programm zur Entwicklung der nationalen Kultur und zur Ausbildung von deutschen Führungskräften. Hierfür stünden 1991 4 Millionen Rubel aus dem Haushalt der Union zur Verfügung.

¹³⁴⁸ *Deutsche Allgemeine*, 5.5.91

¹³⁴⁹ *Izvestija*, 1.5.91

¹³⁵⁰ Der Ministerkabinettsbeschluss erfolgte am 6.6.91; das Dekret zu den Trudarmisten, das immer wieder verschoben worden war, wurde letztlich am 21.6.91 erlassen.

Weitere 18 Millionen Rubel sollten noch aus lokalen Haushalten bereitgestellt werden. Direkt nach der Bildung der Kommission sei von ihr ein Programm zur Umsiedlung von 200-300.000 Deutschen an die Wolga in Auftrag gegeben worden, das schon im April 1990 vorgelegen habe, aber nicht mehr zur Ausführung gelangte, da gleichzeitig die Proteste begannen. Dies nahm Gusev als gegeben und offenbar ohne Bedauern hin, als sei keine steuernd eingreifende Politik möglich bzw. angezeigt gewesen:

Das Wichtigste sind praktische Ergebnisse. Davon gehen wir aus. Eine andere Sache ist es, dass notwendigerweise die Realitäten des Lebens berücksichtigt werden müssen. Das Leben bringt Korrekturen in Pläne, die einwandfreisten, wie es scheint.¹³⁵¹

Auf die Frage, ob Gusev solche Reaktionen der russischen Bevölkerung an der Wolga erwartet habe, verriet dieser, dass er mit Jurij Andropov schon Ende der 70er Jahre im Auftrag des ZK an Lösungsvarianten zur sowjetdeutschen Problematik gearbeitet hätte. Schon damals habe Andropov sich äußerst zurückhaltend gegeben und auf mögliche Proteste der Einheimischen verwiesen, während Gusev die Idee einer deutschen Autonomie in dem Gebiet "verlockend" (zamančivoj) fand. Inzwischen verstehe er die damalige Haltung. Gusev räumte ein, dass Widerstand gegen die Wolgarepublik auch aus Reihen der Funktionäre komme: "Die Wiederherstellung der Autonomie führt zu Veränderungen in der Zusammensetzung der leitenden Kader." Nach Gusev sei die Autonomie "etappenweise" wiederherzustellen. Schon jetzt könne eine "exterritoriale" Selbstverwaltung der Deutschen geschaffen werden, die die Probleme dort löse, wo die Deutschen derzeit leben, und deren Interessen in Regierung und Parlament der Union wahrnehme. Allerdings - die *Izvestija*-Redakteure hatten darauf hingewiesen, dass Weisungen des Zentrums nicht mehr ausgeführt wurden - funktioniere ein solches Modell nur in einem Rechtsstaat.

Gusev schätzte die Anzahl der Deutschen, die in der UdSSR verbleiben würden und für die der bevorstehende Kongress gedacht sei, auf 1,2 Millionen, davon ein Drittel in gemischten Ehen.

Bemerkenswert bei der Bilanzierung der Arbeit seiner Kommission bleibt die Tatsache, dass einige aktuelle Bezüge und Probleme nicht angesprochen wurden. So erwähnte Gusev erstaunlicherweise das soeben verabschiedete spektakuläre Gesetz der RSFSR mit keinem Wort und enthielt sich jeglichen Kommentars zu den düsteren Perspektiven der Lösung sowjetdeutscher Probleme insbesondere in Kasachstan, wo ca. eine Million Deutsche lebten, oder in anderen Republiken Zentralasiens, von wo die Deutschen vertrieben wurden, sowie

¹³⁵¹

"Soglasites', glavnoe - eto praktičeskie rezul'taty. Iz etogo my ischodim. Drugoe delo, čto neobchodimo učityvat' realii žizni. 'izn' vnosit korrekativy v schemy, kazalos' by, samye bezuprečnye."

hinsichtlich der Realisierbarkeit von zentralen deutschen Instanzen angesichts des "Krieges der Gesetze" und der sich auflösenden Union.

Am Vortag des Interviews, am 30. April 1991, wurde das Organisationskomitee kurzfristig von ZK-Sekretär Valentin Falin einbestellt, der sich über dessen Position zur Vorbereitung des Treffens mit Präsident Gorbačev informierte, insbesondere zur Frage der Wiederherstellung der Wolgarepublik in den alten Grenzen¹³⁵². Am 6. Mai 1991 traf Falin in Bonn mit dem Aussiedlerbeauftragten Waffenschmidt zu einem mehr als zweistündigen Gespräch zusammen. Falin hatte um das Treffen gebeten, um im Auftrag Gorbačevs der Bundesregierung zur Situation der Deutschen eine Mitteilung zu machen¹³⁵³. Falin kündigte für den nächsten Tag das langerwartete Gespräch des sowjetischen Präsidenten mit den Deutschen an. Dieser werde Bundeskanzler Kohl unmittelbar von den Ergebnissen unterrichten. Der Termin bei Gorbačev sei so rasch zustande gekommen, weil Groth am 10. Mai 1991 die Mitglieder seines Rates versammeln werde, vermutlich um ein neues Ultimatum zu formulieren: "Blitzschnelle" Verwirklichung seiner Forderungen oder Ausreise der Deutschen. Falin hielt die "Provokation" von einigen 100.000 Antragstellern für realistisch. Dieser offensichtliche Respekt der UdSSR vor der "Provokation" der "Wiedergeburt" gibt Groth und seinem ultimativen Vorgehen, das auch in der deutschen politischen Öffentlichkeit wiederholt gescholten wurde, nachträglich Recht.

Politisches Ziel Gorbačevs sei es, so Falin, Sorge dafür zu tragen, dass die Sowjetdeutschen sich in der UdSSR als völlig gleichberechtigte Bürger fühlen könnten. Dafür sei die Schaffung eines "nationalen Herdes" zur Pflege von Sprache, Kultur und Tradition unumgänglich. Gegenwärtig bestehe ein Trend zur Assimilation. Sollten die Deutschen ein Gebiet an der Wolga erhalten, könne Engel's jedoch nicht wieder dessen Hauptstadt werden. Verschiedene konkrete Schritte zugunsten der Deutschen würden erwogen, so die Gleichstellung der Trudarmisten mit den anderen Kriegsteilnehmern. Sie bedürften jedoch sorgfältiger Prüfung, um Irritationen in der sowjetischen Bevölkerung zu vermeiden. Denkbar sei auch eine Hochschulgründung unter Beteiligung deutscher Professoren oder die Entsendung deutscher Manager in sowjetische Betriebe. Wegen der außergewöhnlichen Lage seien neue Methoden erforderlich. Wenn sowjetische und deutsche Interessen übereinstimmten oder sich nicht ausschlossen, könne man gemeinsam versuchen, Stimmungen zu beeinflussen. Möglicherweise könnten Aussiedler dann auch in die UdSSR zurückkehren. Würde man ihn beauftragen, sei

¹³⁵²

vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1579 vom 3.5.91, Ku 600.50/1

¹³⁵³

vgl. Schreiben PStS Waffenschmidt-Genschler mit Vermerk des BMI vom 7.5.91, Vt I 6 - 933 305/1

Bemerkenswert bleibt, dass Falin die Mitteilung nicht gegenüber dem Auswärtigen Amt, sondern dem Bundesministerium des Innern machte - ein Indiz dafür, dass die Sowjetunion sich der veränderten Rolle des Ressorts wohl bewusst war, das traditionell für die gesamte Außenpolitik verantwortlich gezeichnet hatte.

er zu Gesprächen mit örtlichen Stellen im Wolgagebiet bereit. Falin nannte die Gründung einer Stiftung erwägenswert.

Das Gespräch stellt einen Beweis dar für die inzwischen erreichte Qualität der sowjetisch-deutschen Beziehungen auch auf diesem sensiblen Gebiet. Allerdings muss es auch als Ausdruck sowjetischer Einsicht und gleichzeitig Ohnmacht gewertet werden, die eigenen Probleme ohne Hilfe von außen zu lösen. Die Umkehrung des früheren bilateralen Kräfte-Verhältnisses auch auf diesem Gebiet, der Rolle und Funktion beider Staaten füreinander, wird hier deutlich.

Am 7. Mai 1991, einem jener Tage, an dem das Schicksal der Deutschen eine Wende erfuhr, wie es Wormsbecher später pathetisch nannte¹³⁵⁴, fand, wie von Falin angekündigt, das Treffen des Organisationskomitees mit Gorbačev statt, bei dem auch die wichtigsten mit der deutschen Frage befassten staatlichen Institutionen zugegen waren¹³⁵⁵. Das ursprünglich auf nur eine Stunde angesetzte Gespräch dauerte deren drei¹³⁵⁶.

Die deutschen Teilnehmer teilten zur Lage der Minderheit "mit Besorgnis mit, dass das ... Volk keine nationalen Schulen hat. Die Herausgabe von Büchern in deutscher Sprache ist zurückgegangen. Die einzige Literaturzeitschrift erscheint nicht mehr. Die Zahl der Emigranten nimmt zu."¹³⁵⁷ Gerold Belger (Bel'ger) unterstrich, dass der Präsident auf das Gespräch gut vorbereitet war, lediglich erstaunt über die Information, dass das Bildungsniveau der Deutschen dreimal niedriger als das der russischen Bevölkerung sei¹³⁵⁸:

Und wenn wir ihn früher wegen seiner schlechten Kenntnis der deutschen Frage kritisiert hatten, und ich persönlich war unzufrieden mit seinem Auftritt in Nižnij

¹³⁵⁴ *Neues Leben*, 22.5.91, S. 2

¹³⁵⁵ *Neues Leben*, 22.5.91, S. 15 und *Deutsche Allgemeine*, 18.5.91 weichen in ihrer Aufzählung der Teilnehmer voneinander ab; hier werden daher alle Namen aufgeführt:

Deutsche Mitglieder: B.V. Rauschenbach, G.G. Wormsbecher, P.P. Falk (Orenburg), V.A. Bauer (Tomsk), Prof. V.L. Schulz (Leningrad), I.P. Windholz (Karaganda), A.V. Kreuzer (Barnaul), G.K. Belger und A.Ja. Merz (beide Alma Ata), Prof. B.G. Reiter (Omsk), V.K. Richter (Volgograd), Ju.A. Haar (Saratov), Prof. Sura (Moskau);

V.A. Auman (von Wormsbecher als Vertreter der Deutschen in Moskau aufgeführt; Abteilungsleiter im ZK);
Von offizieller Seite: R.N. Nišanov, V.K. Gusev, O.I. Lobov (Erster Stellvertretender Ministerpräsident der RSFSR), Z.L. Fedotova (stellvertretende Vorsitzende des Obersten Sowjets von Kasachstan), K.P. Murenin (Vorsitzender des Gebietssowjets von Saratov), A.I. Egin (stellvertretender Vorsitzender des Gebietsexekutivkomitees von Volgograd), A.N. Girenko und V.A. Michajlov (ZK), G.I. Revenko (Mitglied des Präsidialrates), B.P. Plyševskij und Z.A. Jandieva (Ministerkabinett der UdSSR), V.E. Serjakov (Erster Stellvertretender Vorsitzender des Komitees der RSFSR für Nationalitätenangelegenheiten).

¹³⁵⁶ *Neues Leben*, 22.5.91, S. 2; eine stenographische Mitschrift wurde 1993 veröffentlicht in: *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 363-76

¹³⁵⁷ *Deutsche Allgemeine*, 9.5.91

¹³⁵⁸ *Deutsche Allgemeine*, 18.5.91

Tagil, seinen Antworten im "Spiegel"-Interview, so zeigte sich, dass er diesmal über alle Ereignisse rund um unsere Frage auf dem laufenden war.¹³⁵⁹

Ignatenko, der Pressesprecher des Präsidenten, erklärte, es sei in der Begegnung um die Schaffung "einer Machtstruktur" für die Selbstverwaltung der Deutschen gegangen, "exterritorial und nicht begrenzt auf irgendeine Region"¹³⁶⁰. Das zentrale sowjetische Fernsehen berichtete, der Präsident der UdSSR habe betont,

dass man in der Sowjetunion dem deutschen Volk mit aufrichtiger Hochachtung begegnet. Sein gewaltiger Beitrag zur Entwicklung des Landes wird gewürdigt. Die Probleme der Sowjetdeutschen wurden auf dem ersten Volksdeputiertenkongress der UdSSR umfassend erörtert. Während des Meinungs austausches wurde festgestellt, dass die Frage der Wiederherstellung der deutschen Staatlichkeit im Wolga-Gebiet dringend auf die Tagesordnung gesetzt werden muss. Doch dies ist nur unter der Berücksichtigung der grundlegenden Interessen aller Völker möglich, die in dieser Region leben. Diese Probleme müssten etappenweise gelöst werden.

Gleichzeitig müssen aber in den Siedlungsgebieten der Sowjetdeutschen, wenn die Voraussetzungen dazu gegeben sind, nationale Bezirke sowie Dorf- und Siedlungssowjets geschaffen werden. Es wurde darauf verwiesen, dass die Staatsorgane der Republiken sowie die Sowjets der Regionen und Gebiete diese Fragen lösen können, ohne auf besondere Weisungen warten zu müssen.

Der Präsident der Sowjetunion berichtete, dass der Entwurf eines Erlasses über die Wiederherstellung der Gerechtigkeit in bezug auf diejenigen vorbereitet wurde, die in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges in der "Arbeitsarmee" eingesetzt wurden.¹³⁶¹

Die psychologisch bedeutsame Würdigung der Leistungen der Deutschen durch den Präsidenten und die Versicherung, ihre Angelegenheiten fänden seine volle Aufmerksamkeit, wurde tags darauf von der *Pravda* wiederholt, die zusätzlich meldete, Gorbačev habe den Vorschlag des Organisationskomitees¹³⁶² unterstützt, ein "Staatliches Komitee für die

¹³⁵⁹ ibid.

¹³⁶⁰ TASS (russ.) 7.5.91/15.05/ko; zitiert nach: *BPA-Nachrichtenspiegel Ausland*, 8.5.91, S. 9; abgedruckt auf russisch im *Neuen Leben*, 15.5.91

¹³⁶¹ Zentrales Sowjetisches Fernsehen, 7.5.91/20.00/Li; zitiert nach: *BPA-Nachrichtenspiegel Ausland*, 8.5.91, S. 9f Die Bildung von nationalen Gebieten war bereits im Gesetz der UdSSR vom 26. April 1990 "über die freie nationale Entfaltung von Staatsangehörigen der UdSSR, die außerhalb ihrer nationalstaatlichen Gebilde leben oder im Hoheitsgebiet der UdSSR über solche nicht verfügen" vorgesehen. Anfang Juli 1991 wurde mit der Gründung eines autonomen Rayon im Altaj von dieser Möglichkeit erstmals Gebrauch gemacht. Das Dekret zu den Trudarmisten erließ Gorbačev am 21. Juni 1991.

¹³⁶² Rauschenbach bestätigte in einem Artikel ("Šagi, ukrepljajušćie nadeždu") im *Informacionnyj Bjuleten' N. 4* des Organisationskomitees (liegt dem Verfasser vor), dass der Vorschlag aus dem Organisationskomitee stammte, der Artikel ist in *Deutsche Allgemeine/Nemeckaja Gazeta* vom 7. bzw. 8.6.91 erschienen.

Probleme der Sowjetdeutschen" beim Ministerkabinett der Union einzurichten, um eine einheitliche staatliche Politik gegenüber den Deutschen zu gewährleisten¹³⁶³. Auch enthielt *Pravda* einen Hinweis auf das Rehabilitierungsgesetz der RSFSR, das Gorbachev ausdrücklich als Beispiel dafür erwähnt hatte, dass auch die Republiken den deutschen Anliegen Beachtung schenkten¹³⁶⁴.

Von Wormsbecher und anderen Delegationsmitgliedern, die die Ergebnisse des Treffens als sehr positiv bewerteten, war zusätzlich zu erfahren, dass Gorbachev die Wiedererrichtung der Staatlichkeit als unabdingbar für die Wiederherstellung der Gerechtigkeit bezeichnet hatte. Aus historischen Gründen müsse das Gebiet an der Wolga belegen sein, von den Deutschen werde hinsichtlich der konkreten Lage des Territoriums jedoch Flexibilität erwartet. Die betroffenen Stellen müssten schrittweise darauf hinarbeiten. Ein genaues Datum habe Gorbachev allerdings nicht nennen wollen, weil es die örtliche Bevölkerung beunruhigen würde. Konkrete Maßnahmen zugunsten der Deutschen müssten aber rasch erfolgen, die deutsche Frage dürfte nicht über die nächsten 10-15 Jahre hingezogen werden.

Gusev und Murenin hätten sich mit Rücksicht auf die Lokalbevölkerung gegen eine territoriale Autonomie ausgesprochen und vor einem neuen Bergkarabach gewarnt. Der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der RSFSR, O.I. Lobov, habe sich in dem Gespräch bei Gorbachev unter Hinweis auf die negativen Folgen der Abwanderung deutscher Arbeiter aus den Industriegebieten Sibiriens und im Ural auf den Maschinenbau und andere Produktionszweige ebenfalls ablehnend geäußert und verlangt, dass in den kommenden zwei Jahren über die Wiederherstellung der Autonomie überhaupt nicht gesprochen werde - geschweige denn über Grenzen¹³⁶⁵. Dieser utilitaristische Ansatz musste die Deutschen an frühere Äußerungen Mikojans oder Kalašnikovs erinnern und ließ, sollte diese Position von der Führung Russlands geteilt werden, nichts Gutes erwarten¹³⁶⁶.

In der Frage des Regierungsorgans¹³⁶⁷ für die Sowjetdeutschen habe es Konsens gegeben. Gorbachev sei sogar über den Vorschlag der Deutschen hinausgegangen und habe empfohlen, solche Institutionen nicht nur auf Unionsebene, sondern zur lokalen Interessenvertretung

¹³⁶³ Der Vorschlag wurde kurz darauf vom Organisationskomitee mit Unterschrift von Falk und Wormsbecher an V.S. Pavlov überwiesen; vgl. *Neues Leben*, 12.6.91, S. 3

¹³⁶⁴ vgl. *Pravda*, 8.5.91

¹³⁶⁵ *Deutsche Allgemeine*, 18.5.91

¹³⁶⁶ *ibid.*

¹³⁶⁷ Die Überlegungen des ZK zum Komitee beim Ministerkabinett gingen dahin, ein ca. 70 Mitarbeiter umfassendes, wie ein Ministerium mit staatlichen Kompetenzen ausgestattetes Regierungsorgan einzurichten, das zugunsten der Sowjetdeutschen eine einheitliche Politik in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und soziale Fragen sicherstellen und in Zusammenarbeit mit staatlichen Organen der verschiedenen Ebene Förderprogramme ausarbeiten sollte. Darüber hinaus war geplant, das Komitee mit der Verbesserung der Akzeptanz der Deutschen in den Gebieten Saratov und Volgograd zu beauftragen und die Deutschen in kompakten Siedlungsgebieten besonders zu fördern; vgl. Rauschenbach in: "Šagi, ukrepljajušćie nadeždu", *Informacionnyj Bjuliten' N. 4* des Organisationskomitees (liegt dem Verfasser vor), abgedruckt in: *Deutsche Allgemeine/Nemeckaja Gazeta* vom 7. bzw. 8.6.91; vgl. auch: *Deutsche Allgemeine*, 9.5.91

auch bis hinunter auf Gebietsebene einzurichten. Er habe Nišanov, Gusev und Girenko angewiesen, ihm innerhalb von drei Tagen einen Briefentwurf an den Obersten Sowjet vorzulegen, mit dem die Einrichtung eines solchen Komitees beim Ministerkabinett in Auftrag gegeben wird, und innerhalb der nächsten zwei Wochen einen Beschlussentwurf zur Einrichtung, zum Status und Mandat eines Unionskomitees auf der Grundlage des bereits existierenden Entwurfs des Organisationskomitees¹³⁶⁸. Der Kongress der Sowjetdeutschen solle nunmehr von Organisationskomitee und Gusev-Kommission gemeinsam vorbereitet werden. Wormsbecher nannte als Termin Anfang Juli 1991.

Was hat das Gespräch bei Präsident Gorbačev erbracht?

Seit der Deportation der Sowjetdeutschen 1941 hatte es auf der allerhöchsten Ebene in Partei und Staat eine solche Begegnung nicht gegeben. Sie unterstreicht einmal mehr das Wissen der sowjetischen Führung um die Defizite der Nationalitätenpolitik gegenüber den Deutschen und ihren Willen, deren Los spürbar zu verbessern. Die Signalwirkung, die von diesem Ereignis hätte ausgehen können, war jedoch schon durch die fatale Hinauszögerung des Treffens infrage gestellt und von dem eklatanten Vertrauensverlust der Sowjetdeutschen in die politische Führung des Landes einschließlich des Präsidenten entwertet.

Positiv zu beurteilen ist die Tatsache, dass die Deutschen in den zentralen Medien unionsweit erneute Aufmerksamkeit erfuhren und zumindest indirekt eine Würdigung durch den Präsidenten. Damit war eine der beiden Forderungen der deutschen Gesprächsteilnehmer erfüllt¹³⁶⁹. Die psychologische Wirkung dieser Erklärung auf die in ihrem Selbstverständnis gebrochenen Deutschen darf bei aller Kritik an Zeitpunkt und Form des Treffens nicht unterschätzt werden. Allerdings wurde dessen Tragweite und der erzielbare Erfolg dadurch geschmälert, dass Gorbačev nicht persönlich vor die Presse trat und die nach langem Schweigen nunmehr zum Ausdruck gebrachte positive Haltung der sowjetischen Führung viel breiterer Erläuterungen und Erklärungen der Zusammenhänge aus der Vergangenheit bedurft hätte. So blieb die Thematik der Rehabilitierung ausgeklammert bzw. fand nur

¹³⁶⁸ *Neues Leben*, 22.5.91, S. 15; das Komitee bekam zur Aufgabe, innerhalb kürzester Zeit gemeinsam mit den betroffenen Unionsrepubliken und Vertretern des Wolgaraumes, wo die Autonomie wiederentstehen sollte, Programme zur Wiederherstellung der deutschen Wolgarepublik sowie der nationalen Kultur und Sprache auszuarbeiten; vgl. Rauschenbach in: "Šagi, ukrepljajuščie nadeždu", Informacionnyj Bjulleten' N. 4 des Organisationskomitees (liegt dem Verfasser vor), abgedruckt in: *Deutsche Allgemeine/Nemeckaja Gazeta* vom 7. bzw. 8.6.91

¹³⁶⁹ Wormsbecher hatte im Namen des Organisationskomitees zwei Forderungen erhoben: "Dlja načala praktičeskogo rešenija problem sovetskich nemcev nužno segodnja sdelat' dva konkretnych šaga: pervoe - vyrazit' oficial'no otnošenje rukovodstva strany k voprosu sovetskich nemcev i vtoroe - sozdat' v kačestve instrumenta dlja ego rešenija rabočij organ s sootvetstvujusčimi polnomočijami i vozmožnostjami - Gosudarstvennyj komitet po problemam nemcev SSSR pri Kabinete Ministrov SSSR." *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 367

implizit Erwähnung in der Frage der Wiederherstellung der Staatlichkeit und der Maßnahmen zugunsten der Trudarmisten.

Ein wichtiges Signal an die Deutschen lag darin, dass ihnen seitens des Präsidenten die etappenweise Wiederherstellung ihrer Staatlichkeit und die Schaffung autonomer Strukturen in den derzeitigen Siedlungsgebieten angekündigt wurden. Gorbačev hatte sich in dem Treffen erstmals zur Wiederherstellung der Staatlichkeit der Deutschen bekannt und - mit Einschränkungen - auch zur Wolga als dem dafür geeigneten Ort¹³⁷⁰. Anfangs sprach er sogar von der Wiederherstellung der Republik¹³⁷¹, im weiteren allerdings nur noch von der Wiederherstellung der Staatlichkeit.

Dies war ein wesentliches Ergebnis des Treffens, wenn auch die Pressemeldung es so deutlich nicht reflektierte. Die ungeschickte Äußerung Ignatenkos dazu, dass die "Wiederherstellung der deutschen Staatlichkeit im Wolga-Gebiet dringend auf die Tagesordnung gesetzt werden muss", ist vom Wortprotokoll nicht gedeckt. Für die Deutschen bedeutete dies aber in jedem Fall, dass die sowjetische Führung der Forderung des Groth-Kongresses nach sofortiger Wiederherstellung der Wolgarepublik nicht nachkommen würde und für die nächsten Jahre keine Aussicht darauf bestand. Diese zu erwartende, aber dennoch enttäuschende Haltung konnte kaum dazu beitragen, die Deutschen von der Ausreise abzuhalten.

Innenpolitisch ist es Gorbačev nicht mehr gelungen, die Zielsetzung einer etappenweisen Wiederherstellung der Staatlichkeit glaubhaft zu vermitteln oder umzusetzen. Dazu trug die geringe Zeit bei, die der UdSSR noch verblieb, aber auch die Fehler, die in den letzten Monaten weiter begangen wurden, z.B. der Verzicht auf Veröffentlichung der weiteren Rehabilitierungsbeschlüsse.

Das Thema der "Assoziation" oder der Gründung eines "Zentralrates" wurde in der Besprechung und in der Presseerklärung nicht angesprochen. Das Organisationskomitee hatte die Einrichtung eines Regierungsorgans zur Ausarbeitung und praktischen Umsetzung der für die Deutschen geplanten Maßnahmen zur Wiederherstellung der Staatlichkeit, von autonomen Gebietskörperschaften sowie zur Entwicklung von Sprache und Kultur vorgeschlagen, um nach den - theoretischen - Arbeiten in den Kommissionen Kiselevs und Gusevs nunmehr endlich konkrete Maßnahmen ergreifen zu können. Darin sollte eine die Auswanderung begrenzende Signalwirkung an die Deutschen liegen. Das Komitee sollte unionsweit arbeiten und ein professioneller, mit Kompetenzen ausgestatteter

¹³⁷⁰ "Rešat' ee [problemu sovetskich nemcev] nužno, konečno, na osnove vosstanovljenja gosudarstvennosti sovetskich nemcev, i naverno, v rajonach Povolž'ja. Pri etom nužno učityvat' složivšiesja real'nosti; ne nado stremit'sja delat' kal'ku s togo, čto bylo, rešat' vopros nužno v interesach vsech, prostranstva tam ogromnye, mesta chvatit." In: *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 375

¹³⁷¹ "Rasskažite o vašej programme vosstanovljenja respublik." *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 365

Ansprechpartner für innersowjetische, aber auch für ausländische staatliche und nicht-staatliche Organisationen werden¹³⁷².

Es ist jedoch zu bezweifeln, dass angesichts der starken Opposition gegen eine deutsche Staatlichkeit mit der Einrichtung des Komitees ein wesentlicher Fortschritt in der Sache erreichbar gewesen wäre: Nišanov, Gusev, vor allem Murenin, aber auch Egin und Lobov machten in dem Treffen bei Gorbačev Vorbehalte in einem Umfang geltend, dass jede angeordnete Maßnahme auf ihren erheblichen Widerstand gestoßen wäre. Wenn es von den Sowjetdeutschen sicher auch anders beabsichtigt war: Die Gründung einer Arbeitsgruppe bzw. einer neuen Institution stellt ein klassisches politisches Instrument oder ein probates Mittel dar, strittige Themen - z.T. *ad calendas graecas* - zu vertagen und von der Tagesordnung bestimmter Gremien zu entfernen. Schon über die Konstituierung des neuerlichen Komitees, d.h. nach der Kiselev-Kommission und der Gusev-Kommission nunmehr einer dritten Institution, gingen wieder Monate ins Land - ein faktischer Zeitgewinn der konservativen sowjetischen Führung unter Pavlov und der Wolga-Region angesichts eines durchschnittlich mehr als 12.000 Personen pro Monat betragenden Aussiedlerstromes, der die sowjetdeutschen Hoffnungen auf eine Wolgarepublik rapide austrocknete¹³⁷³.

Negativ wirkte sich im weiteren aus, dass die "Wiedergeburt" als Organisation der Deutschen und ihr Vorsitzender Groth von dem Gespräch beim Präsidenten ausgeschlossen blieben. Eines der deutschen Mitglieder des Organisationskomitees, Gerold Belger, machte später einen Versuch, dies Vorgehen zu rechtfertigen:

Erstens sagte der Präsident, er werde sich mit Vertretern des Organisationskomitees unter Führung von Akademik Rauschenbach treffen. Zweitens ist es bekannt, dass die Leute [gemeint ist Groth] ... dem Präsidenten ... schon früher ihr Misstrauen ausgesprochen hatten. Daher wäre ihre Teilnahme am Treffen äußerst unlogisch gewesen. Eine andere Sache ist es, dass man noch jemanden zu dem Treffen hätte einladen können. ... Aber das lag nicht in unserer Kompetenz.¹³⁷⁴

Wenn auch die Argumentation nachvollziehbar ist, bleibt der Ausschluss Groths und der anderen führenden Mitglieder der "Wiedergeburt" dennoch ein taktischer Fehler, da er die Kluft zwischen dem sowjetischen Staat und der Mehrheit seiner deutschen Bürger vertiefen und deren Vertrauen in den Präsidenten weiter erschüttern musste.

Das Treffen bei Gorbačev bedeutete zugleich ein indirektes Eingeständnis des Versagens der politischen Entscheidungsstrukturen im Lande, die sich als unfähig erwiesen hatten, dieses nationalitätenpolitische Problem wirksam anzugehen. Auch die ursprünglichen, mit der

¹³⁷² Bauer, vgl. *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 368

¹³⁷³ Die formelle Konstituierung des Unionskomitees erfolgte erst am 2.8.91, die personelle Zusammensetzung wurde wegen des Putsches nicht mehr geklärt.

¹³⁷⁴ *Deutsche Allgemeine*, 18.5.91

sowjetischen Führung abgestimmten Vorstellungen des Organisationskomitees zur Mitwirkung der Obersten Sowjets der UdSSR und der RSFSR an den weiteren Schritten wurden bei dem Gespräch weder thematisiert, noch im weiteren verfolgt: Vor einem Kongress der Deutschen sollten seinerzeit zunächst die im Januar veröffentlichten und den politischen Gremien überstellten Entwürfe für Beschlüsse des Obersten Sowjets in den Unions- und RSFSR-Parlamenten abgesehen werden, um den Entscheidungen der Deutschen auf dem Kongress überhaupt einen Sinn und eine Rechtsgrundlage zu geben. Das Organisationskomitee griff diese Idee in ihrem Informationsbulletin vom Mai zwar noch einmal auf¹³⁷⁵, verabschiedete sich jedoch bereits im nächsten davon - und damit von mehr als einem Jahr an Vorarbeiten, ohne dies allerdings ausdrücklich zu erwähnen. Rauschenbach stellte im Juni-Bulletin fest, dass "ein grundlegender Umschwung in bezug auf das Problem der Sowjetdeutschen eingetreten ist. Die Hauptfragen, die wir auf den Kongress bringen wollten, sind faktisch schon gelöst."¹³⁷⁶ Das zukünftige Komitee sollte noch die Konzeption für die Wiederherstellung der Staatlichkeit der Deutschen ausarbeiten. Dem Kongress der Deutschen, der schließlich im Oktober 1991 stattfand, lag aber nur ein wenig konkreter Stufenplan der russischen Regierung zur Wiederherstellung der Staatlichkeit der Deutschen vor, der letztlich nicht abgestimmt war und in den die Vorarbeiten der beiden früheren Kommissionen kaum Eingang gefunden hatten. Von der Entsendung von Abgeordneten oder dem Recht zu gesetzlichen Initiativen einer landesweiten Institution der Deutschen war nicht mehr die Rede.

Das Organisationskomitee beschloss als Ergebnis des Treffens mit Gorbačev, den Ministerräten der RSFSR, Kasachstans und Kirgistans zu empfehlen, in ihren jeweiligen Republiken die Einrichtung deutscher autonomer Rayons und Dorfsowjets zu prüfen, insbesondere in den Gebieten Altaj, Omsk und Orenburg¹³⁷⁷. In einem weiteren Treffen mit Lobov wurde Einvernehmen über den Beginn der Arbeiten zur Umsetzung des Gesetzes der RSFSR zur Rehabilitierung der Deutschen erzielt.

¹³⁷⁵ vgl. "Povorot k praktičeskim delam", Informacionnyj Bjuulleten' N. 3 des Organisationskomitees, abgedruckt in: *Neues Leben*, 22.5.91, S. 2

¹³⁷⁶ "... kakoj ser'eznyj povorot nastupil v otnošenii k probleme sovetskich nemcev. Glavnye voprosy, kotorye my gotovilis' vynesti na s'ezd, faktičeski uže prinjaty k rešeniju." Rauschenbach in: "Šagi, ukrepljajusčie nadeždu", Informacionnyj Bjuulleten' N. 4 des Organisationskomitees (liegt dem Verfasser vor), abgedruckt in: *Deutsche Allgemeine/Nemeckaja Gazeta* vom 7. bzw. 8.6.91

¹³⁷⁷ *Deutsche Allgemeine*, 18.5.91; im Altaj und in Omsk entstanden noch 1991 autonome deutsche Gebiete; in Kirgistan wurden 1992 entsprechende Schritte eingeleitet; Kasachstan stand deutschen autonomen Gebilden völlig ablehnend gegenüber.

3.2.22 4. Konferenz der "Wiedergeburt": Spaltung der deutschen Bewegung

Vom 10.-12. Mai 1991 trafen sich 315 Delegierte¹³⁷⁸ der "Wiedergeburt" - Anhänger Groths wie auch Mitglieder des Organisationskomitees - in Moskau zur 4. Konferenz der Unionsgesellschaft. Groth reagierte auf das Treffen des Organisationskomitees mit Gorbačev erwartungsgemäß negativ und kritisierte, dass die Führung der "Wiedergeburt" zu dem Gespräch keine Einladung erhielt. Groth und einige führende Delegierte des März-Kongresses protestierten insbesondere gegen die TASS-Meldung, Gorbačev habe sich mit "den Vertretern der Sowjetdeutschen" getroffen. Bei den Teilnehmern am Gespräch habe es sich lediglich "um Personen, die die Interessen des offiziellen Organisationskomitees vertreten und nicht um bevollmächtigte Vertreter der Deutschen der UdSSR" gehandelt¹³⁷⁹. Groth wertete das Treffen, das nichts Neues gebracht habe, im übrigen als eine "künstlich geschaffene Situation zur Verschleppung des Problems"¹³⁸⁰ der Deutschen. Die Gründung einer Art Regierung ohne Territorium führe seiner Ansicht nach dazu, dass die reale Wiederherstellung der Staatlichkeit der Deutschen auf unbestimmte Zeit hinausgezögert werde¹³⁸¹.

Die Konferenz der "Wiedergeburt" diene insbesondere der Bewertung des sogenannten Außerordentlichen Kongresses vom März, der in einer Resolution als "Wendepunkt im Schicksal des deutschen Volkes der UdSSR"¹³⁸² bezeichnet wurde, da sich die Deutschen dort erstmals in freier Willensäußerung zum Ziel der Wiederherstellung der Wolgarepublik und aller ihrer Rechte ausgesprochen hätten. Dieselbe Resolution verurteilte die Tätigkeit des Organisationskomitees und verlangte dessen umgehende Auflösung. Darüber hinaus wurde es als "wichtige Aufgabe" der "Wiedergeburt" bezeichnet, enge Verbindungen zur Bewegung "Demokratisches Russland" zu suchen, die El'cin stützte. Groths neuer Stellvertreter Gerhard Wolter ging in einem Interview sogar soweit, auf die Frage nach dem Verhältnis der Sowjetdeutschen zu El'cin zu antworten:

Die Nationalitätenpolitik des Obersten Sowjets der RSFSR und das von ihm verabschiedete Gesetz "Über die Rehabilitation der gemäßregelten Völker" sichern Boris El'cin die Unterstützung der zwei Millionen UdSSR-Deutschen.¹³⁸³

Die Konferenz wählte eine neue Zusammensetzung des 120köpfigen Rates der "Wiedergeburt" und bestimmte Groth zum Vorsitzenden, der in dieser Aufgabe Peter Falk

¹³⁷⁸ ibid.

¹³⁷⁹ *Neues Leben*, 3.7.91, S. 3

¹³⁸⁰ *Deutsche Allgemeine*, 14.5.91, S. 1; vgl. auch *Neues Leben*, 19.6.91, S. 2

¹³⁸¹ *Sowjetunion heute*, 7/1991, S. 11

¹³⁸² Text der Resolution abgedruckt in: *Neues Leben*, 22.5.91, S. 3

¹³⁸³ *Sowjetunion heute*, 7/1991, S. 11

ablöste, der dem Organisationskomitee zuzurechnen war. Darüber hinaus wurden ein Schreiben an Gorbačev und ein Aufruf an die Völker der UdSSR verabschiedet.

Die Spaltung der Deutschen vertiefte sich mit dieser Konferenz weiter: Unter den Delegierten mehrten sich mit Blick auf das Gorbačev-Treffen Stimmen für ein gemeinsames Vorgehen aller Deutschen in Abstimmung mit den staatlichen Stellen¹³⁸⁴. Die deutschen Mitglieder des Organisationskomitees erklärten derweil ihren Austritt aus der "Wiedergeburt"¹³⁸⁵. Nach einer Meldung der *Frankfurter Allgemeinen* wurden die Mitglieder des Organisationskomitees dagegen aus der "Wiedergeburt" ausgeschlossen¹³⁸⁶. Im *Neuen Leben* veröffentlichten sie eine Erklärung, die der Gruppe um Groth Machtbesessenheit vorwarf und eine Reihe von Manipulationen, Diskreditierung der Deutschen in der sowjetischen Öffentlichkeit und Vergeudung von Spendengeldern. Die Gruppe um Falk und Wormsbecher nannte Groth und seine Anhänger "politische Abenteurer", die die "Wiedergeburt" in eine Partei "stalinschen Typus" verwandeln und spalten wollten¹³⁸⁷. Die insgesamt 21 Unterzeichner der Erklärung kündigten die Gründung einer eigenen Organisation an und nannten deren Ziele, die z.T. identisch mit denen der "Wiedergeburt" waren, aber auch in wesentlichen Punkten davon abwichen, was in den sowjetdeutschen Zeitungen vehement kritisiert wurde. Der Forderungskatalog weise weder die Veröffentlichung aller repressiven Akte und die Erklärung von deren Ungültigkeit *ex tunc* auf, noch erwähne er überhaupt die ehemalige Wolgarepublik, schon gar nicht das politische Ziel ihrer Wiederherstellung oder Fragen der Entschädigung¹³⁸⁸.

Groth wandte sich in einem Artikel gegen den Aufruf des Organisationskomitees an deutschstämmige Spezialisten, sich als Mitglieder des zu gründenden Komitees für die Probleme der Sowjetdeutschen beim Ministerkabinett der UdSSR zur Verfügung zu stellen, und appellierte an interessierte Deutsche, statt dessen in der Kommission des Präsidiums des Obersten Sowjets der RSFSR oder im Rat der "Wiedergeburt" mitzuarbeiten¹³⁸⁹.

3.2.23 Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit einzelnen Unionsrepubliken

¹³⁸⁴ vgl. *Neues Leben*, 15.5.91, S.2 und 19.6.91, S. 2

¹³⁸⁵ zitiert nach: Groth, *Neues Leben*, 19.6.91, S. 2

¹³⁸⁶ *Frankfurter Allgemeine*, 22.5.91

Die Angaben der *Frankfurter Allgemeinen* sind aber vermutlich nicht korrekt: Wormsbecher dementierte den gemeldeten Ausschluss gegenüber dem Deutschen Botschafter am 28.5.91 ausdrücklich und betonte, er wolle in ca. 6 Wochen anlässlich der Gründung eines separaten "Vereins der Deutschen der UdSSR" von sich aus die "Wiedergeburt" verlassen; vgl. Bericht der Deutschen Botschaft Moskau Nr. 1924 vom 31.5.91, Ku 600/50.1

¹³⁸⁷ Erklärung im Wortlaut abgedruckt in: *Neues Leben*, 15.5.91, S. 2

¹³⁸⁸ *Neues Leben*, 19.6.91, S. 2

¹³⁸⁹ *ibid.*

Auch die Bundesrepublik begann eine engere Zusammenarbeit mit der RSFSR und anderen Unionsrepubliken. In einer Besprechung im Bundesministerium des Innern am 15. Mai 1991 erläuterte Viktor N. Chlystun, der Vorsitzende des seit sechs Monaten bestehenden Staatskomitees der RSFSR für Landreform, Waffenschmidt, dass in den vergangenen vier Monaten in Russland bereits 20.000 private Bauernwirtschaften entstanden seien. In der Wolgaregion werde ein erheblicher Teil dieser Höfe von Deutschen bewirtschaftet. Die RSFSR habe an deren Verbleib besonderes Interesse. Es sei daher erforderlich, ihnen wirtschaftliche Unterstützung und eine Perspektive zum Bleiben zu bieten. Von deutscher Seite wurde unterstrichen, dass das Projekt über eine reine Förderung von Sowjetdeutschen hinausgehen und zunächst ein Konzept erstellt werden müsse¹³⁹⁰.

Auf diesem Hintergrund reiste der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Deutschen Bundestages vom 14.-22. Juli 1991 auf Einladung des Obersten Sowjets der RSFSR in die UdSSR bzw. nach Russland. Zweck der Reise war es u.a., sich aus landwirtschaftlicher Perspektive über die Wiedererrichtung der Wolgarepublik zu informieren. Dabei zeigte sich in umfangreichen Gesprächen mit dem neuen Gebietschef von Volgograd, I.R. Šabunin, und dessen Stellvertreter, A.I. Egin, dass die Bereitschaft der Gebietsverwaltung, sich in dieser Frage konstruktiv zu engagieren, überraschend groß war. Beide betonten, die Bevölkerung und sie persönlich begrüßten die Idee, weil angesichts der ausgewiesenen Tüchtigkeit der deutschstämmigen Bevölkerung davon auch eine wirtschaftliche Entwicklung ihres Gebietes zu erwarten sei. Derzeit lebten im Gebiet ca. 28.000 Sowjetdeutsche. Als neues Zentrum einer Republik könne die Stadt Kamyšin oder ein anderer Ort ausgebaut werden. Dort solle auch eine deutschsprachige Universität gegründet werden¹³⁹¹.

Der zunehmende Zerfall der UdSSR machte sich auch dadurch bemerkbar, dass der Innenminister der Republik Kirgistan, F. Kulov, am 21. Mai 1991 an seinen deutschen Amtskollegen schrieb und ihm Maßnahmen zur Eindämmung der Massenauswanderung von Sowjetdeutschen aus den mittelasiatischen Republiken vorschlug. Kirgistan, das seinerzeit den Entwicklungen in der Union schon weit voraus war, bot die gemeinsame Gründung eines kommerziellen Radio- und Fernsehkanals an, der u.a. Sendungen auf Deutsch verbreiten und ein intensives Informationsangebot über Deutschland anbieten sollte¹³⁹². In Kirgistan war inzwischen Kirgisisch zur Staatssprache erklärt worden, was für die Sowjetdeutschen zur

¹³⁹⁰ vgl. Vermerk 421-410.20/23 vom 23.5.91

¹³⁹¹ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 2758 vom 31.7.91, La 403.00/7 BT

¹³⁹² vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1969/91 vom 7.6.91, Ku 600.50/1 Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1969/91 vom 7.6.91, Ku 600.50/1 mit Schreiben Nr. 1/287 des Ministers für Innere Angelegenheiten der Republik Kirgistan und Mitglieds des Präsidialrates, F. Kulov, vom 21.5.91

Folge hatte, dass sie neben ihrer Muttersprache und Russisch nun noch eine weitere lernen mussten, um in dem nach Unabhängigkeit strebenden Staat beruflich und gesellschaftlich existieren zu können. Dies erhöhte jedoch die Bereitschaft der Sowjetdeutschen, in die Bundesrepublik auszuwandern. Mit Kirgistan begann ab Januar 1992 eine enge Zusammenarbeit hinsichtlich der dort lebenden deutschen Minderheit.

Die Lage der Deutschen in Kasachstan, wo nahezu jeder zweite Sowjetdeutsche lebte, war zunehmend ins Blickfeld der Bonner Politik geraten. Seit Frühjahr 1990 bezeichnete Kasachstan sich als souveräne Republik, hatte den Inhalt der Souveränität jedoch rechtlich noch unbestimmt gelassen. Politisch manifestierte sich der Anspruch jedoch massiv: Kasachstan wehrte sich entschieden gegen jede Bevormundung aus Moskau im Zuge des neuen Unionsvertrages und beanspruchte Eigenständigkeit vor allem im Bereich der Rechnungsführung und der Entscheidungen hinsichtlich der eigenen Wirtschaft, insbesondere der Förderung und Vermarktung von Erdöl und anderen Bodenschätzen, sowie des Außenhandels und der Bildungs- und Kulturpolitik. In diesem Zusammenhang strebte Kasachstan nach unmittelbaren und möglichst vertraglich gesicherten Auslandsbeziehungen sowie der Errichtung ausländischer Vertretungen in Alma Ata. In diesem Spannungsfeld zwischen Moskau und Alma Ata war es der Bundesrepublik bis zum Ende der Sowjetunion nicht möglich, in der kasachischen Hauptstadt ein Konsulat zu eröffnen. Kasachstan ging sogar soweit, kulturelle Hilfe für die Deutschen davon abhängig zu machen, dass zuvor ein bilaterales Abkommen zwischen der Republik und Deutschland geschlossen wurde¹³⁹³.

Das kasachische Selbstbewusstsein war auch dadurch gestiegen, dass die Kasachen 1990 mit 39,7% der Bevölkerung erstmals im eigenen Staat die größte Bevölkerungsgruppe stellten. Diese Haltung trugen die kasachischen Führungskader demonstrativ zur Schau. Die Auflehnung gegen die Russifizierung äußerte sich nunmehr in systematischer Verdrängung von Russen aus Führungspositionen und in einer gezielten kasachischen Bildungspolitik. Seinerzeit lehrten nur 20% aller Schulen Kasachstans in kasachischer Muttersprache.

Die Deutschen, drittgrößte Bevölkerungsgruppe in Kasachstan, gerieten als "Europäer" zunehmend in Mitleidenschaft des primär antirussischen Nationalismus, insbesondere in den südlichen Landesteilen, und reagierten auf den steigenden Vertreibungsdruck mit Auswanderung¹³⁹⁴. Boris Rauschenbach schrieb in *Izvestija*: "Aus den zentralasiatischen Republiken, wo es Pogrome gab, fliehen nicht nur die Deutschen, sondern auch die Rus-

¹³⁹³

vgl. Vermerk 616-600.51/10 SOW vom 16.7.91

¹³⁹⁴

Bedauerlicherweise existiert in Deutschland bis heute keine nach Wohnorten differenzierte Aussiedlerstatistik, die diese sichtbare Tendenz wissenschaftlich hätte untermauern können. Erst mit Beginn des Jahres 1992 wurden Aussiedlerzahlen nach Republiken erfasst.

sen."¹³⁹⁵ Schon am 22. Mai 1990 hatte Groth in gleichlautenden Briefen an Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher darauf hingewiesen, dass sich die Lage der Deutschen in Kirgisien, Usbekistan, Tadschikistan und im südlichen Kasachstan nationalitätenpolitisch so verschlechtert hatte, dass die dort lebenden Deutschen sich sogar in realer Lebensgefahr befänden¹³⁹⁶.

Angesichts der bisherigen Diskriminierung der Kasachen selbst und ihres darauf beruhenden nationalen Nachholbedarfs waren für diese im Hinblick auf die Sowjetdeutschen weder Fragen des Minderheitenschutzes oder der Bereicherung des Kulturlebens durch deren Förderung, noch der Wiedergutmachung für Repressionen von Relevanz oder Interesse¹³⁹⁷. Diese Lage reduzierte den Spielraum für die Gestaltung bundesdeutscher Hilfe für die Kasachstan-Deutschen erheblich. Das Präsidium des Ministerrats der Kasachischen SSR verabschiedete zwar auf seiner Sitzung vom 13. November 1990 ein Programm zugunsten der Deutschen in Kasachstan¹³⁹⁸, jedoch blieb dies wie die früheren Ansätze ohne Auswirkungen.

3.2.24 Besuch von Vertretern des Organisationskomitees in Bonn. Gründung weiterer sowjetdeutscher Organisationen

Vom 12.-19. Juni 1991 besuchte eine Gruppe von Mitgliedern des Organisationskomitees die Bundesrepublik, Rauschenbach, Wormsbecher, Falk, Prof. Schulz (Šul'c), Bauer und Kreuzer (Krajcer). Sie wurden von einer Regierungsvertreterin, Frau Z.A. Jandieva, begleitet, die in der Gusev-Kommission mitarbeitete und im Ministerkabinett der UdSSR in leitender Funktion für die Gründung des Komitees für die Sowjetdeutschen zuständig war. Frau Jandieva hatte auch an dem Treffen mit Gorbačev teilgenommen und genoss das volle Vertrauen der Deutschen des Organisationskomitees. Im Auswärtigen Amt hinterließ sie den positiven Eindruck einer für die Sache der Sowjetdeutschen außerordentlich engagierten Persönlichkeit. Die gemeinsame Reise der Deutschen mit Frau Jandieva ist ohne Präzedenzfall und schon daher bemerkenswert. Das vereinte Auftreten lässt vermuten, dass diese Deutschen quasi in staatlichem Auftrag handelten und keine Differenzen mit der Führung der UdSSR bestanden. Der gemeinsame Bonn-Besuch war insofern eine Gratwanderung - der Vorwurf Groths, die deutschen Mitglieder des Organisationskomitees fungierten als Erfüllungsgehilfen, als Instrument der Politik der KPdSU, musste bei den Begegnungen in der bundesdeutschen Hauptstadt im Raum stehen.

¹³⁹⁵

Izvestija, 14.10.90

¹³⁹⁶

vgl. Vorlage 213-321.39 vom 31.5.90; der Brief Groths liegt dem Verfasser vor.

¹³⁹⁷

vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 4164 vom 10.10.90, Ku 600.50/1

¹³⁹⁸

vgl. *Deutsche Allgemeine*, 2.2.91., S. 2

In einem Gespräch im Auswärtigen Amt¹³⁹⁹ war zu erfahren, dass die Gründung des Komitees beim Ministerkabinettt weiter auf sich warten ließ, da dessen Vollmachten bislang nicht definiert werden konnten. Sie solle jedoch bald erfolgen und zum Vorsitzenden des Komitees ein Stellvertreter Pavlovs ernannt werden. Der Kongress der Deutschen sei nunmehr für Oktober geplant. Eine Umfrage unter den gewählten Delegierten für den ursprünglich im März angesetzten Kongress habe ergeben, dass diese den späteren Termin vorzogen, um erste Konzeptionen des Komitees diskutieren zu können. Eine territoriale Wiederherstellung der Wolgarepublik hielt die Gruppe um Rauschenbach für durchaus realistisch, diese brauche nicht in den alten Grenzen zu entstehen. Die endgültige Entscheidung sei eine Angelegenheit der RSFSR, sagte Frau Jandieva, der Zentralregierung bliebe die Aufgabe, in Abstimmung mit den Unionsrepubliken die Kosten zu tragen.

Die Situation an der Wolga müsse durch mehr Information stabilisiert werden. Auch wenn sie sich inzwischen verbessert habe, könne der Prozess noch Jahre in Anspruch nehmen. Die deutsche Förderung an der Wolga dürfe daher nur sehr vorsichtig und über die dortigen Behörden erfolgen, während in den Gebieten, wo die Gründung regionaler Autonomien beabsichtigt sei, keine Schwierigkeiten bei der Akzeptanz deutscher Hilfe bestünden.

Auf Befragen bewertete auch diese Gruppe die Leningrader Pläne zur Ansiedlung von Deutschen negativ. Dort sollten lediglich Strukturprobleme gelöst werden, die Deutschen würden als Arbeitskräfte gebraucht, ihr Schicksal als solches sei nachrangig. Die Pläne lägen im übrigen Gosplan vor, sie seien aber nicht durchdacht.

Die Gruppe kündigte die Gründung eines "Vereins der Deutschen in der UdSSR"¹⁴⁰⁰ am 26. Juni 1991 an, eines Dachverbandes unter Vorsitz von Falk, dem auch die örtlichen Vereinigungen der "Wiedergeburt" sowie Kirchen oder Wirtschaftsvertreter beitreten könnten. Einige mit Groth zerstrittene Deutsche hätten ihre Mitarbeit bereits zugesagt, denn über die Fragen der Wiederherstellung der Wolgarepublik und der Ausreise hinaus würde Groth keinerlei Interessenvertretung mehr wahrnehmen. In einem späteren Interview nannte Falk die Politik der "Wiedergeburt", "die sich nur mit dem Problem der Autonomie der Deutschen im Wolgagebiet beschäftigt", "abenteuerlich"¹⁴⁰¹. Groth und seine Leute politisierten die Thematik der Sowjetdeutschen zu stark, mit den Regierungen müsse aber in jedem Falle zusammengearbeitet werden. Rauschenbach nannte das Organisationskomitee den "konstruktiveren Teil" der beiden Richtungen, Wormsbecher verstieg sich zu der Behauptung, Groths Ultimatum sei von niemandem gehört worden, keiner habe Angst davor,

¹³⁹⁹ Die Gruppe hatte in Bonn Gespräche mit PStS Waffenschmidt, StS Kroppenstedt und den MdB Dregger und Sielaff; vgl. Vermerk 605-622 SOW/1-1 vom 19.6.91 sowie Vermerk 213-321.39 vom 20.6.91

¹⁴⁰⁰ Sojuz nemcev SSSR; die Übersetzung in den Medien der Sowjetdeutschen ist nicht einheitlich, es finden sich sowohl die Begriffe "Verein" wie auch "Verband"

¹⁴⁰¹ *Moscow News* (deutsch), 9.9.91, S. 18

es sei eine "drittrangige Frage"¹⁴⁰². Dagegen wisse man sich mit der "Wiedergeburt" im Ziel der Wiederherstellung der Wolgarepublik einig.

Am 26. Juni 1991 wurde, wie angekündigt, der "Verein der Deutschen der UdSSR" gegründet. Formell kam es zur endgültigen Spaltung der Deutschen, als von Falk und seinen Anhängern der Vorschlag einer Schlichtungskommission zurückgewiesen wurde. Laut Groth hatten sie sich geweigert, die Beschlüsse des sogenannten Außerordentlichen Kongresses vom März als "Willensäußerung des Volkes"¹⁴⁰³ anzuerkennen¹⁴⁰⁴. Falk sagte in *Moscow News*:

Am 26. Juni zogen wir aus der Spaltung, zu der es in der Gesellschaft "Wiedergeburt" vor über einem Jahr gekommen war, die juristischen Konsequenzen. Das war notgedrungen. Wir ziehen eine organisatorische Trennung den ständigen Zänkereien vor. Ein Jahr lang haben wir vergeblich versucht, die Beziehungen untereinander zu regeln.¹⁴⁰⁵

Zu den Zielen seiner Organisation und den Unterschieden zur "Wiedergeburt" sagte Falk im selben Artikel:

Im Unterschied zu der Unionsgesellschaft der Sowjetdeutschen "Wiedergeburt" ... lassen wir uns den ganzen Komplex der Probleme unseres Volkes angelegen sein. Dazu gehört nicht nur die Wiederherstellung der Autonomie, sondern auch aller Formen der Selbstverwaltung der Sowjetdeutschen, die vor dem August 1941 bestanden. Dazu gehören auch die Wiederbelebung der Kultur und Sprache, die Gründung von neuen gesellschaftlichen Organisationen, die all jene vereinigen, die an der Wiedereinsetzung der Sowjetdeutschen in ihre Rechte interessiert sind. (...) Die "Wiedergeburt" setzt in ihrer Politik auf jene, die ausreisen wollen, der "Verband" vertritt aber die Interessen jener, die dableiben wollen. Die "Wiedergeburt" arbeitet hauptsächlich mit dem Parlament Russlands zusammen und ignoriert das Unionsparlament.¹⁴⁰⁶

In einem Interview mit Radio Moskau kritisierte Falk die ablehnende Haltung der "Wiedergeburt" gegenüber der Union:

¹⁴⁰² Vermerk 213-321.39 vom 20.6.91

¹⁴⁰³ *Moscow News* (deutsch), 9.9.91, S. 18

¹⁴⁰⁴ Im Rahmen dieser Untersuchung kann auf Einzelheiten der Auseinandersetzung beider Gruppierungen nicht eingegangen werden. Texte zur beiderseitigen Polemik s. *Neues Leben*, 5.6.91 (Interview mit Falk); *Neues Leben*, 10.7.91 (Aufruf Diesendorfs); *Neues Leben*, 14.8.91 (Sitzung des Präsidiums des "Vereins der Deutschen" in Tallinn); Dokumente: Satzung des "Vereins", s. *Neues Leben*, 5.6.91; Resolution der 1. Konferenz des "Vereins der Deutschen" und Liste der 30 Mitglieder des Rates, s. *Neues Leben*, 10.7.91

¹⁴⁰⁵ *Moscow News* (deutsch), 9.9.91, S. 18

¹⁴⁰⁶ *ibid.*

Es ist rechtlich nicht möglich, dass informelle¹⁴⁰⁷ Vereinigungen den Staatsstrukturen Bedingungen stellen. (...) Eine ultimative Form ist bei Lösung solcher wichtigen Fragen [der Wiederherstellung der Staatlichkeit an der Wolga] unzulässig. Man kann die Staatlichkeit proklamieren, ein Ultimatum stellen und einige Monate warten. Es wird aber keinen Regierungserlass geben. Und uns sind dann wieder alle unsere Felle fortgeschwommen.¹⁴⁰⁸

Der Verein konnte - obwohl seine Gründungskonferenz erst am 29./30. Juni 1991 stattfand - sofort am nächsten Tag ordnungsgemäß beim Justizministerium der UdSSR registriert werden¹⁴⁰⁹, während die "Wiedergeburt" seit ihrer Gründung Ende März 1989 noch immer auf diese staatliche "Anerkennung" wartete¹⁴¹⁰. Eilfertig meldete die unionsweite Hauptnachrichtensendung "Vremja" die Gründung¹⁴¹¹. Die unterschiedliche Behandlung beider Organisationen war ein Indiz für die Präferenzen des sowjetischen Staates und brachte den neuen Verein sofort in Verdacht, nur eine staatliche Tarnorganisation zu sein. In einem Artikel für *Moscow News* schrieb Groth:

Meiner Ansicht nach versucht diese Organisation nicht einmal, die Interessen der Sowjetdeutschen zu vertreten. Sie wurde gegründet, um die Sowjetdeutschen für die Politik der Unionsführung zu gewinnen, die aus ihrer Gleichgültigkeit gegenüber deren Schicksal keinen Hehl macht.¹⁴¹²

Groth ging in einer anderen Äußerung noch über diesen Vorwurf hinaus und behauptete, der Verein sei "von der Staatlichen Kommission [Gusev-Kommission] und dem Organisationskomitee heimlich und hinter dem Rücken des Volkes gegründet worden"¹⁴¹³. In einem Brief denunzierenden Charakters an Leonid Prokop'evič Prokop'ev, den Vorsitzenden des Komitees der RSFSR für Nationalitätenangelegenheiten (*Goskomnac*), vom 26. August 1991, direkt nach dem Putsch, behauptete Groth, der Verein sei "auf eine direkte Anordnung von V. Gusev geschaffen ... V. Gusev hat dem Verband eine finanzielle Unterstützung

¹⁴⁰⁷ gemeint ist, nicht registrierte Organisationen wie die "Wiedergeburt"

¹⁴⁰⁸ Radio Moskau (dt.), 27.6.91, 16:34 GMT; zitiert nach: *DW Monitor-Dienst*, 28.6.91, S. 5

¹⁴⁰⁹ *Neues Leben*, 3.7.91, S. 2

¹⁴¹⁰ *Neues Leben*, 10.7.91, S. 2; dass die "Wiedergeburt" noch nicht registriert werden konnte, ergibt sich auch aus einem Artikel der *Deutschen Allgemeinen* vom 10.9.91 ("Verband der Deutschen der UdSSR für sofortige Maßnahmen"); Groth wies in einer Rede am 15.12.91 darauf hin, dass die Registrierung noch immer nicht erfolgt war, vgl. *Nemeckaja Gazeta*, 21.12.91, S. 3

In derselben Rede behauptete Groth, der "Verein der Deutschen" sei unter Verstoß gegen das Gesetz über die gesellschaftlichen Vereinigungen ("za sčët gosudarstva") gegründet worden; vgl. "Zakon ob obščestvennyh ob"edinenijach" vom 9.10.90, *Vedomosti S"ezda narodnych deputatov SSSR i Vernovnogo Soveta SSSR* Nr. 42 vom 17.10.90, 839, S. 1024-33. Gem. Art. 5 des Gesetzes war eine staatliche Finanzierung einer gesellschaftlichen Organisation oder eine staatliche "Einmischung" nur auf gesetzlicher Grundlage möglich.

¹⁴¹¹ *Neues Leben*, 24.7.91, S. 2

¹⁴¹² *Moscow News* (deutsch), 9.9.91, S. 18

¹⁴¹³ Groth in einem Grußwort zur Gründung des Kultur-Vereins, in: *Neues Leben*, 3.7.91, S. 2 ("učereždennogo Goskomissiej i Orgkomitetom vtajne i v storone ot naroda")

gesichert, obwohl der Verband keine Massenorganisation ist und keine Unterstützung in den breiten Kreisen unseres Volkes findet."¹⁴¹⁴

Die *Neue Zeit* kommentierte die Gründung der neuen Organisation in ähnlicher Weise und nannte sie eine Folge des Außerordentlichen Kongresses der Deutschen im März, der die Parteistrukturen der UdSSR bedrohe:

Im ZK der KPdSU wollte man ... nicht abwarten, bis die "Wiedergeburt" 100.000 ihrer Aktivisten zur äußersten Form des politischen Protestes - zur Ausreise - aufruft oder (bei einer günstigen Entscheidung auf Seiten Russlands) die Arbeit an der praktischen Wiederherstellung der Republik anleitet. Es wurde beschlossen, die deutsche Bewegung durch die Gründung eines alternativen Bundes der UdSSR-Deutschen zu spalten. Dem Bund traten Menschen bei, die viel Wert auf ihre guten Beziehungen zum Staraja Ploščad¹⁴¹⁵ legten und nur gemeinsam mit der Linie der Partei schwankten.¹⁴¹⁶

Ob diese Version zutreffend ist, kann derzeit nicht verifiziert werden. Eine zwielichtige Rolle des ZK ist jedoch nicht ganz von der Hand zu weisen angesichts der Entwicklung, die die Rehabilitierung der Deutschen und die Frage der Wiederherstellung der Wolgarepublik in der UdSSR seit Gründung der Gusev-Kommission genommen hatte.

Zur Frage des Anspruches des Vereins auf gleichberechtigte Vertretung der Interessen der deutschen Minderheit mit der "Wiedergeburt" meinte Groth:

Ich denke ... nicht, dass wir dem Prinzip der paritätischen Vertretung der nationalen Interessen zustimmen können. Wir sind legitimiert, im Namen des Volkes zu sprechen. Ich sehe keine derartige Legitimation der anderen Seite.¹⁴¹⁷

Groth warf dem "Verein" vor, "der Hauptunterschied zwischen der Unionsgesellschaft 'Wiedergeburt' und dem Verband der Deutschen der UdSSR bestehe darin, dass im Statut des letzteren das Hauptziel - die Wiederherstellung der Republik der Wolgadeutschen - nur beiläufig erwähnt wird."¹⁴¹⁸ Letztlich ging es darum, ob die Republik zunächst rechtlich ausgerufen wird und dann etappenweise die faktische Wiederherstellung erfolgt oder umgekehrt. Die Anhänger des neuen Vereins

¹⁴¹⁴ fünfseitiges Schreiben von Groth an Prokop'ev, 26.8.91, S. 3; Text liegt dem Verfasser vor.

¹⁴¹⁵ Staraja Ploščad' war der Sitz des ZK der KPdSU.

¹⁴¹⁶ *Neue Zeit*, 41/1991, S. 33

¹⁴¹⁷ *Moscow News* (deutsch), 9.9.91, S. 18

¹⁴¹⁸ *ibid.*

stellen sich die Lösung des Problems vor als eine schrittweise Umsiedlung in das Wolgagebiet, die Schaffung bestimmter geballter Siedlungsräume und daraufhin den Übergang zur Lösung des Hauptproblems, zur Gründung der Republik der Wolgadeutschen und zur Wiederherstellung der nationalen deutschen Bezirke in anderen Regionen des Landes in dem Maße, wie diese geballten Siedlungsräume entstehen. Unserer Ansicht nach wird dieser Weg in eine Sackgasse führen. Die Deutschen werden ohne einen vorläufigen Gesetzgebungsakt ... nicht an die Wolga ziehen. Sie werden nicht dahin gehen, solange sie keine Garantien haben.¹⁴¹⁹

Am 29.-30. Juni 1991 führte der neue Verein seine Gründungskonferenz durch¹⁴²⁰. Vorsitzender wurde erwartungsgemäß Falk, Stellvertreter F. Schneider, V.A. Bauer und J.A. Haar. Letztere waren gleichzeitig stellvertretende Vorsitzende des Organisationskomitees - auch dies ein Hinweis auf die enge Verflechtung. Wormsbecher wurde Mitglied im 30köpfigen Rat des Vereins, dem Führungsorgan.

Die RSFSR reagierte auf die Gründung des neuen Vereins positiv, zunächst ohne sich jedoch von der von Groth geführten "Wiedergeburt" zu distanzieren:

Im Auftrag des russischen Präsidenten Boris El'cin begrüßte seine Beraterin für Nationalitätenprobleme, Galina Starowoitowa, die Gründung des Verbands. Jetzt komme es darauf an, die Anstrengungen für die Lösung des Hauptproblems zu vereinigen - für die Wiederherstellung der verschiedenen Formen der Staatlichkeit, sagte sie. (...) Die Führung der Russischen Föderation sei daran interessiert, die neue Organisation und deren Entwicklung zu unterstützen.¹⁴²¹

Am 28. Juni 1991 fand in Moskau eine Versammlung der deutschen Kulturzentren der UdSSR statt, die sich zur Gründungsversammlung eines "Vereins zur Förderung der Kultur der Deutschen der UdSSR"¹⁴²² entwickelte, der dritten Organisation der Sowjetdeutschen. Heinrich Martens, Gründungsmitglied der "Wiedergeburt" und bis zum 3. Mai 1991 ebenfalls Mitglied des Organisationskomitees¹⁴²³, wurde der Vorsitzende des neuen Vereins. Martens sah dessen Aufgabe auf kulturellem Gebiet, das die "Wiedergeburt" bislang vernachlässigt hatte, und in Ergänzung deren politischer Ziele¹⁴²⁴: "Unser Verein ist keine politische Organisation. Wir wollen uns mit Kultur beschäftigen. (...) Wir betrachten die

¹⁴¹⁹ ibid.

¹⁴²⁰ *Neues Leben*, 3.7.91, S. 2

Für die Teilnehmer an der Gründungskonferenz hatte der Ministerrat der UdSSR die Hotelzimmer reserviert, vgl. Vermerk 213-321.39 vom 26.8.91

¹⁴²¹ *Deutsche Allgemeine*, 10.9.91; Frau Starowojtova trat darüber hinaus am 6.9.91 auf einer Pressekonferenz des "Vereins der Deutschen der UdSSR" im sowjetischen Außenministerium auf, vgl. *Neues Leben*, 18.9.91, S. 2

¹⁴²² "Sojuz v podderžku kul'tury nemcev SSSR"; Satzung abgedruckt in: *Neues Leben*, 3.7.91, S. 2

¹⁴²³ Vermerk 213-321.39 vom 26.8.91

¹⁴²⁴ so auch Groth in einer Rede am 15.12.91, vgl. *Nemeckaja Gazeta*, 21.12.91, S. 2

'Wiedergeburt' als nationale Bewegung und fühlen uns als ihr integraler Bestandteil ... Unser Verein ... ist dazu aufgerufen, die Lücke hinsichtlich der kulturellen Tätigkeit der 'Wiedergeburt' auszufüllen."¹⁴²⁵ Insofern konnten die Mitglieder in Martens Organisation gleichzeitig auch der "Wiedergeburt" angehören¹⁴²⁶.

Zwar distanzierte Martens sich persönlich von Groths ultimativem Vorgehen, stand jedoch der Führung der "Wiedergeburt" politisch sehr nahe. Der Gründungstermin im Umfeld der Entstehung des "Vereins der Deutschen" ist auffällig. Groth räumte später indirekt ein, dass dies eine wohlkalkulierte Reaktion darauf darstellte:

Die bewusste Gründung des "Vereins zur Förderung der Kultur" durch "Wiedergeburtler" ... noch vor der fiktiven Konferenz des "Vereins der Deutschen der UdSSR" zerschlug sofort das potentielle Monopol des letzteren auf die Transformation von Hilfgeldern aus der BRD.¹⁴²⁷

Der neue Verein konnte ebenfalls registriert werden und leistete erfolgreiche Kulturarbeit¹⁴²⁸ - darunter auch mit Mitteln der Bundesregierung. Am 1. Juli 1991 hatte Waffenschmidt anlässlich seiner UdSSR-Reise in der Deutschen Botschaft Moskau mit Groth, Diesendorf und Martens eine Unterredung, bei der Martens u.a. die Ziele seiner neuen Organisation und "ihre Nähe zur Unionsgesellschaft der Deutschen 'Wiedergeburt'" erläuterte¹⁴²⁹. Am 3. Juli 1991 wurde Martens auch von Prokop'ev empfangen, dem er seine Organisation ebenfalls vorstellte. Am selben Tag fand noch ein Treffen von Martens mit dem Geschäftsführer des VDA statt, dem Dokumente über den neuen Verein übergeben wurden. Beide Seiten erklärten ihre Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet¹⁴³⁰.

3.2.25 Gründung autonomer deutscher Rayons im Altaj und bei Omsk

Am 18. Juni 1991 beschloss die Regierung des Altaj-Gebietes auf der Grundlage des Gesetzes der UdSSR vom 26. April 1990 "über die freie nationale Entwicklung von Staatsangehörigen der UdSSR, die außerhalb ihrer nationalstaatlichen Gebilde leben oder im Hoheitsgebiet der UdSSR über solche nicht verfügen", im Raum Slavgorod einen nationalen deutschen Rayon mit dem Verwaltungszentrum Nekrasovo, das in Halbstadt rückbenannt

¹⁴²⁵ *Neues Leben*, 24.7.91, S. 2

¹⁴²⁶ *ibid.*

¹⁴²⁷ Groth in einer Rede am 15.12.91, vgl. *Nemeckaja Gazeta*, 21.12.91, S. 2

¹⁴²⁸ *ibid.*

¹⁴²⁹ *Neues Leben*, 17.7.91, S. 3

¹⁴³⁰ *ibid.*; Groth hatte sich im April in Bonn über den VDA beschwert, der seine Projekte nicht mit der "Wiedergeburt" abspreche. Dies werde zu negativen Ergebnissen führen; vgl. Vermerk 213-321.15 vom 29.4.91

wurde, einzurichten¹⁴³¹. Dieser Beschluss wurde am 4. Juli 1991 vom Obersten Sowjet der RSFSR bestätigt. Die *Freundschaft* berichtete, bereits Ende Oktober 1989 habe eine Versammlung der "Wiedergeburt" im Rayon Slavgorod die Wiederherstellung der Autonomie verlangt¹⁴³². Von 1927-1938 gab es an dieser Stelle bereits einen deutschen Rayon, der Anfang der 30er Jahre ca. 16.000 Einwohner hatte, davon 96% Deutsche¹⁴³³. Von den inzwischen ca. 21.000 dort lebenden Menschen waren etwa 18.000 Sowjetdeutsche.

Die Wiederherstellung des Rayons ist eines der wenigen konkreten Ergebnisse der Bemühungen der UdSSR und zeigt, dass die Anstrengungen, den Sowjetdeutschen ein Verbleiben in Russland zu ermöglichen nicht gänzlich fruchtlos blieben, und dokumentiert das aufrichtige Bestreben der russischen, aber auch der sowjetischen Führung, auf die das entsprechende Gesetz zurückging, nach Wiedergutmachung gegenüber den von Stalin repressierten Völkern. Es ist bemerkenswert, dass es sich hierbei um eine Initiative von unten, aus der Provinz, handelte, mit der der vorgegebene rechtliche Rahmen ausgeschöpft wurde, nicht um ein Projekt, das aus Moskau vom ZK betrieben wurde.

Seitens der Bundesregierung setzte der Aussiedlerbeauftragte, Waffenschmidt, mit seinem Besuch im Altaj und mit konkreten Förderzusagen am 5. Juli 1991, nur einen Tag nach der Entscheidung des Obersten Sowjets der RSFSR, ein besonderes politisches Zeichen. Darauf, dass ein gut funktionierender deutscher Rayon, der auch außerhalb seiner Grenzen allgemeine Akzeptanz gewinnt, als Modell für eine Wolgarepublik von besonderer Bedeutung wäre und den Angehörigen nicht-deutscher Nationalitäten die Angst vor einer deutschen Autonomie als Bedrohung ihrer Rechte und Entfaltungsmöglichkeiten nehmen könne, hatte Wormsbecher in Moskau in einem Gespräch mit Waffenschmidt hingewiesen¹⁴³⁴. Der Vorsitzende des Gebietsexekutivkomitees, Žil'cov, erläuterte Waffenschmidt die Probleme, die die Aussiedlung der Deutschen im Altaj verursachte: Von 1988-1991 hatten ca. 6.600 Deutsche das Land verlassen; den dadurch entstandenen Schaden bezifferte er mit ca. 12 Millionen Rubel¹⁴³⁵.

Am 13. Oktober 1991 stimmten die Bewohner der 27 Dörfer des ehemaligen deutschen Rayons Azovo im Gebiet Omsk für dessen Wiederherstellung. Damit entstand ein zweiter deutscher Rayon. Leiter des Rayons wurde Prof. Bruno Genrichovič Reiter (Rejter). 60% der Bewohner des neuen autonomen Landkreises, ca. 30.000 Personen, waren deutschstämmig,

¹⁴³¹ Rešenie ispolkoma Altajskogo kraevogo Soveta narodnych deputatov Nr. 258 "O vostonovlenii na territorii Altajskogo kraja Nemeckogo nacional'nogo rajona", 18.6.91; in: *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 386; zur Vorgeschichte der Gründung s. Eisfeld, A. "Teilerfolge und Rückschläge für die Autonomiebewegung der Sowjetdeutschen". *Osteuropa* 40 (1990), S. 849-863, S. 862f.

¹⁴³² *Freundschaft*, 2.11.89, S. 2

¹⁴³³ *ibid.*

¹⁴³⁴ Bericht über meine Dienstreise in die UdSSR vom 1.-7. Juli 1991, BMI-Pressereferat, 9.7.91, S. 8f

¹⁴³⁵ *ibid.* S. 28

etwa ein Viertel der Sowjetdeutschen des gesamten Omsker Gebiets. 1961 war das ehemalige autonome Territorium auf fünf angrenzende Rayons aufgeteilt worden. Erstmals war die Frage der Wiederherstellung des Rayons im Juli 1991 auf der VI. Kongress des Gebiets Sowjets behandelt worden. Das Gremium hatte sich seinerzeit fast einstimmig dafür ausgesprochen¹⁴³⁶.

3.2.26 Späte Anerkennung der Trudarmisten

Am 21. Juni 1991 - demonstrativ zum 50. Jahrestag des deutschen Angriffs auf die UdSSR - erließ Gorbatschow den seit langem angekündigten Ukas über die Verleihung der Medaille "Für heldenhafte Arbeit im Großen Vaterländischen Krieg" an die Trudarmisten¹⁴³⁷. Damit wurden die Deutschen und Angehörige anderer Minderheiten anderen Kriegsteilnehmern gleichgestellt. Der Ukas erwähnte ausdrücklich das Ziel der Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit und forderte die zuständigen Verwaltungen auf, gegen Vorlage von Dokumenten, die die "ehrenhafte" Arbeit in der Trudarmee nachwiesen, die Medaille auszuhändigen. Innen- und Verteidigungsministerium wurden angewiesen, die Betroffenen bei der Beschaffung der erforderlichen Dokumente zu unterstützen. Mit der Medaille waren eine Reihe von Privilegien verbunden, so bei der Zuteilung von Wohnung, Telefon, Auto oder Lebensmitteln.

Für die Deutschen kann der psychologische Wert dieses Schrittes, für den viele Jahre gekämpft wurde, nicht hoch genug eingeschätzt werden: Sie wurden endlich von dem Vorwurf befreit, sie seien Faschisten gewesen und hätten 1941 mit Nazi-Deutschland gemeinsame Sache gemacht, und ihnen wurde dokumentiert, dass sie zur Verteidigung der Sowjetunion einen wesentlichen Beitrag geleistet hätten. Die sowjetische Führung wagte es allerdings wiederum nicht, sich öffentlich zu diesem für die Deutschen existentiellen Rehabilitierungsschritt zu bekennen: Der Ukas wurde in den zentralen Medien nicht erwähnt¹⁴³⁸.

Über die Praxis der Umsetzung des Ukases gibt es hier nur wenig Informationen. Schwierigkeiten zeichneten sich jedoch bereits im Text des Dekrets ab: Voraussetzung für den Erhalt der Vergünstigungen war nämlich der Nachweis einer "gewissenhaften"

¹⁴³⁶ vgl. Interview mit Reiter, *Neues Leben*, 9.10.91, S. 2; mehr als 82% der Deutschen sprachen sich für den autonomen Rayon aus, vgl. *Neues Leben*, 23.10.91, S. 3

¹⁴³⁷ "Ukaz Prezidenta SSSR O nagraždenii medal'ju 'Za doblestnyj trud v Velikoj Otečesvennoj vojne 1941-1945 gg.' graždan SSSR, mobilizovannyh v rabočie kolonny"; veröffentlicht auf Deutsch in: *Neues Leben*, 26.6.91 und in der *Deutschen Allgemeinen*, 26.6.91; auf vielfachen Wunsch aus der sowjetdeutschen Bevölkerung auch auf Russisch in: *Nemeckaja Gazeta*, 13.7.91

¹⁴³⁸ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 2326 vom 27.6.91, Ku 600.50/1

(dobrosovestnyj) Teilnahme an der Zwangsarbeit. Dieser dürfte jedoch im Einzelfall kaum zu führen sein. Es konnte daher nicht verwundern, dass selbst das Organisationskomitee schon am 2. August 1991 an das Ministerkabinett der UdSSR appellierte, umgehend über die Medien die Formalitäten der Dokumentenbeschaffung zu erläutern und Wege aufzuzeigen, wie die vorgesehenen Privilegien durchzusetzen seien¹⁴³⁹. Darüber hinaus bestanden nach dem Text des Erlasses Ansprüche nur für die Jahre 1941-45. Die Sowjetdeutschen mussten jedoch z.T. bis 1956 Zwangsarbeit leisten.

3.2.27 Reise Waffenschmidts in die UdSSR. Treffen Kohl- Gorbačev bei Kiev

Vom 1.-7. Juli 1991 führte der Aussiedlerbeauftragte Waffenschmidt Gespräche in der UdSSR u.a. mit Gusev, Prokop'ev und Falin mit dem Ziel "einer Verbesserung der Rechtsstellung der dort lebenden Deutschen" und "insbesondere über die Wiedererrichtung einer deutschen Wolgarepublik"¹⁴⁴⁰, - Formulierungen, die noch vor kurzem mit dem Hinweis auf die Einmischung in innere Angelegenheiten unter scharfem Protest zurückgewiesen worden wären. Darüber hinaus wollte Waffenschmidt in Moskau, im Altaj (u.a. Barnaul, Slavgorod, Ust-Koksa) und in der Baschkirischen SSR (Ufa) weitere Kontakte zur deutschen Minderheit knüpfen und sich über die angelaufenen Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung ein Bild machen.

Groth kündigte in seinem Gespräch mit Waffenschmidt an, er werde für den 23.-27. August 1991 die zweite Etappe des Kongresses einberufen. Es sollten dieselben Delegierten wie am März-Kongress teilnehmen. Sollte die sowjetische Führung auf der Veranstaltung wiederum nicht vertreten sein, werde er fordern, die Wolgarepublik innerhalb von wenigen Monaten wiederherzustellen und andernfalls die Deutschen zur massenhaften Ausreise auffordern. Waffenschmidt appellierte an Groth, die Differenzen mit dem Organisationskomitee um der Sache willen zurückzustellen und sich mit diesem wieder auf einen gemeinsamen Weg zu verständigen¹⁴⁴¹.

In dem Gespräch mit Gusev erläuterte Waffenschmidt die Hilfen der Bundesregierung. Gusev reagierte sehr zurückhaltend und betonte, dass diese Maßnahmen nur Hilfe zur Selbsthilfe sein und nicht nur den Deutschen zugute kommen dürften. Dies entsprach im Grundsatz auch der Position der Bundesregierung. Im übrigen sei die Sowjetunion in der Lage, den im Lande lebenden Deutschen ausreichend zu helfen, eine Haltung die an die Äußerungen Ševardnadzes vom März 1989 in Wien erinnern. Gusev reagierte mit deutlicher

¹⁴³⁹ *Neues Leben*, 14.8.91, S. 3; zur Umsetzung im Rayon Slavgorod vgl. auch *Neues Leben*, 23.10.91, S. 6
¹⁴⁴⁰ Bericht über meine Dienstreise in die UdSSR vom 1.-7. Juli 1991, BMI-Pressereferat, 9.7.91, S. 1
¹⁴⁴¹ *ibid.* S. 9f

Indignation auf die bundesdeutsche Unterstützung, machte jedoch nicht den Versuch, diese zurückzuweisen. Er vermittelte jedoch den Eindruck, dass er der "zentrale Bremser" war¹⁴⁴². Was die Autonomie und Staatlichkeit für die Deutschen angehe, bliebe es bei dem Grundsatz, dass diese nicht diskriminiert würden. Keiner aber könne derzeit eine Antwort auf die Frage geben, zu welchem Zeitpunkt es wieder eine Wolgarepublik geben werde. Es sei auch noch nicht klar, wo die genauen Grenzen verlaufen sollten. Eine schnelle Lösung sei keine gute Lösung, erst müssten an der Wolga die objektiven Gegebenheiten sorgfältig geprüft werden. Auch stehe noch nicht fest, wann das beim Treffen des Organisationskomitees mit Gorbachev beschlossene Regierungskomitee geschaffen werde. Die Vorbereitungen sollten jedoch bis zum 15. Juli 1991 abgeschlossen sein. Schwierigkeiten bereite in der "Wiedergeburt" die Gruppe um Groth. Dennoch sei man auf dem richtigen Weg, wie die Einrichtung des deutschen Rayons im Altaj zeige¹⁴⁴³.

In der Begegnung mit Prokop'ev am 2. Juli 1991 im Komitee der RSFSR für Nationalitätenangelegenheiten verwies Waffenschmidt in seiner hemdsärmeligen, direkten und plastischen Art auf die Massenausreise und forderte Russland auf, nach Möglichkeit bis zum 28. August 1991, dem 50. Jahrestag der Auflösung der Wolgarepublik, öffentlich und verbindlich eine Absichtserklärung über die Wiederherstellung der Wolgarepublik abzugeben. Prokop'ev versicherte Waffenschmidt, die russische Regierung stehe fest zu ihrer Verpflichtung aus der Umsetzung des Gesetzes vom 26. April 1991 und äußerte Verständnis für das Anliegen der Deutschen, an die Wolga zurückzukehren, er stamme selbst von dort. Seine Aufgabe bestehe darin, Dokumente über die Probleme von Minderheiten für die Obersten Sowjets von Union und RSFSR vorzubereiten. Mit der "Wiedergeburt" arbeite er eng zusammen. Seine Kommission werde im Juli und August 1991 ein Konzept für eine Wolgarepublik erarbeiten. Ob die RSFSR allerdings noch in diesem Jahr einen Beschluss dazu fasse, sei schwer zu sagen. Ihm sei jedoch bewusst, dass der Zeitfaktor eine entscheidende Rolle spiele.

Diese erste Begegnung beider Politiker läutete die direkte Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Russland auf dem Gebiet der Sowjetdeutschen ein: Waffenschmidt lud Prokop'ev für September nach Bonn ein, um das Konzept zu besprechen¹⁴⁴⁴. Prokop'ev leistete dieser Einladung Folge und eröffnete damit den Weg zu bilateralen Verhandlungen. Darüber hinaus regte Waffenschmidt die Gründung einer ständigen deutsch-russischen Kommission an, um u.a. die Hilfen der Bundesregierung für die Sowjetdeutschen zu thematisieren und abzustimmen¹⁴⁴⁵. Diese Kommission konnte im Frühjahr 1992 ihre Arbeit aufnehmen.

¹⁴⁴² vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 2522 vom 12.7.91, Ku 600.50/1

¹⁴⁴³ Bericht über meine Dienstreise in die UdSSR vom 1.-7. Juli 1991, BMI-Pressereferat, 9.7.91, S. 16

¹⁴⁴⁴ *ibid.* S. 17

¹⁴⁴⁵ vgl. Informationsvermerk des Goskonnac, *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 387f

Mit Valentin Falin, dem Leiter der Internationalen Abteilung des ZK, bestand Einvernehmen, dass zügig konkrete Schritte unternommen werden müssten. Falin sagte, er habe daher Gorbačev im Hinblick auf die bevorstehende Begegnung mit Kohl zur Frage der Wolgarepublik Vorschläge dahingehend unterbreitet, dass er deren Realisierungschancen dort am größten einschätze, wo das Territorium besonders wenig besiedelt sei. Er habe den Präsidenten im übrigen darauf hingewiesen, dass die nach dem Treffen am 7. Mai 1991 von den zuständigen Stellen an der Wolga erbetenen Stellungnahmen noch nicht vorlägen. Deren Denkprozess müsse jetzt beschleunigt werden. Gusev sei zu passiv und zeige nicht das erforderliche Engagement. Zur Kompetenzverteilung zwischen Union und Republiken befragt, erläuterte Falin, es gebe eine gemeinsame Zuständigkeit. Die RSFSR könne über die Deutschen in Kasachstan und Kirgistan nicht befinden¹⁴⁴⁶.

Am 5. Juli 1991 trafen sich Bundeskanzler Kohl und Präsident Gorbačev außerhalb Kiews im Gästehaus Mežegore und tauschten die Ratifikationsurkunden zum Vertrag über "Gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit" aus. Mit dem Inkrafttreten wurde auch der Artikel zu den Sowjetdeutschen verbindlich. Anders als die Ankündigung Falins gegenüber Waffenschmidt vermuten ließ, ging Gorbačev auf das Thema Deutsche in der Sowjetunion erst auf Bitten des Bundeskanzlers ein und berichtete von seinem Treffen mit Vertretern des Organisationskomitees unter Führung von Rauschenbach. Er habe ein Komitee bei der Regierung eingerichtet, das sich mit dieser Frage befasse. Tatsächlich gründete Pavlov das Komitee aber erst am 2. August 1991. Viele Regionen der UdSSR würden derzeit die Deutschen einladen, zu ihnen überzusiedeln, so Gorbačev weiter. Die Deutschen seien sich aber darin einig, dass sie ein autonomes Gebiet an der Wolga haben möchten. Dies könne er gut verstehen. Es sei auch ein wichtiges Element in den deutsch-sowjetischen Beziehungen. Der Bundeskanzler unterstrich, ein solches Gebiet sei vor allem wichtig für die psychologische Lage der Sowjetdeutschen und deswegen bitte er den Präsidenten, sich persönlich um diese Angelegenheit zu kümmern. Gorbačev berichtete, nach der Einsetzung des Komitees habe sich die Stimmung unter den Deutschen beruhigt, aber wenn nichts geschehe, werde sie wieder kippen. Im Augenblick sei man dabei, sich mit den einzelnen Regionen zu konsultieren. Das ganze sei eine außerordentlich komplizierte Frage¹⁴⁴⁷.

¹⁴⁴⁶

ibid. S. 18

¹⁴⁴⁷

vgl. Vermerk des Kanzleramtes zum 5.7.91, o.Az., o.D.

3.2.28 Hintertreibung der Weisung Gorbačevs durch den Apparat. Auswirkungen des Putsches

Mit Verordnung des Ministerkabinetts der UdSSR vom 2. August 1991 erfolgte die Gründung des Komitees für die Angelegenheiten der Sowjetdeutschen erst fast drei Monate nach dem Gespräch des Organisationskomitees bei Gorbačev¹⁴⁴⁸. Der Beschluss wurde jedoch nicht veröffentlicht, erst eine TASS-Meldung, die die *Süddeutsche* am 17. August 1991 wiedergab, enthielt einen unvollständigen Hinweis¹⁴⁴⁹.

Auf Betreiben von Ministerpräsident Pavlov wurde das Komitee, anders als bei Gorbačev besprochen, nicht mehr mit direkter Anbindung beim Ministerkabinett, sondern lediglich als Unterausschuss¹⁴⁵⁰ beim Staatskomitee für Nationalitätenfragen eingerichtet. Pavlov habe ein Komitee beim Ministerkabinett mit dem Hinweis abgelehnt, andernfalls werde bald jede Nationalität ein eigenes Komitee beim Ministerkabinett haben wollen¹⁴⁵¹. Dieser strukturelle Unterschied kam einem erheblichen Verlust an Bedeutung und Einfluss gleich und wirft im Rückblick ein Schlaglicht auf die schwache Position Gorbačevs bei der Durchsetzung seiner eigenen Weisung vom Mai 1991 und auf die selbstherrliche Rolle Pavlovs kurz vor dem Putsch. Diese Form der Anbindung des Komitees geht ursprünglich sogar auf einen Vorschlag Nišanovs während des Treffens bei Gorbačev am 7. Mai 1991 zurück, der seinerzeit allerdings nicht aufgegriffen wurde¹⁴⁵².

Wormsbecher hatte bereits Ende Juli 1991 gegenüber einer Delegation des Bundestagsinnenausschusses "bedrückt" einen ersten Hinweis auf die starken antideutschen Kräfteverhältnisse in der sowjetischen Regierung und die dementsprechend abgewandelte Verordnung gegeben¹⁴⁵³. Später äußerte er sich jedoch insofern positiv, als endlich eine staatliche Struktur für die Deutschen geschaffen worden sei¹⁴⁵⁴.

Statut, Mandat, Zusammensetzung und Vorsitz sowie tatsächliche Arbeitsaufnahme des neuen Gremiums waren offen. Tatsächlich enthielt der Beschluss ein umfassendes Mandat, mit dem die Deutschen sich unter Umständen hätten einverstanden erklären können: Ausarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen zur Schaffung der wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Staatlichkeit der Sowjetdeutschen einschließlich Vorbereitung von Vorschlägen für ein Programm zu deren etappenweiser

¹⁴⁴⁸ Postanovlenie Kabineta Ministrov SSSR Nr. 565 "O Komitee po problemam sovetskich nemcev", 2.8.91, Text s. *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 389ff

¹⁴⁴⁹ *Süddeutsche Zeitung*, 17./18.8.91

¹⁴⁵⁰ "v kačestve samostojatel'no dejstvujuščego organa pri Gosudarstvennom komitee SSSR po nacional'nym voprosam"

¹⁴⁵¹ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 2952 vom 14.8.91, Ku 600.50/1

¹⁴⁵² vgl. Stenogramm der Sitzung in: *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 368

¹⁴⁵³ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 2875 vom 7.8.91, Pol 300.10 BT

¹⁴⁵⁴ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 2952 vom 14.8.91, Ku 600.50/1

Wiederherstellung. Darüber hinaus sollten in den früheren traditionellen Siedlungsgebieten der Deutschen sowie dort, wo sie derzeit lebten, Bedingung zum Erhalt der nationalen Eigenheit (samobytnost') der Deutschen sowie zur Entwicklung ihrer Kultur geschaffen werden¹⁴⁵⁵.

Nach Wormsbecher sollte zunächst ein Vorsitzender, gerüchteweise Gusev, sowie dessen Stellvertreter ernannt und durch das Ministerkabinett bestätigt werden. Da Gusev die Wolgarepublik nicht wolle, werde er mit ihm nicht zusammenarbeiten¹⁴⁵⁶. Der Beschluss des Ministerkabinetts sah allerdings nur vor, dass der Vorsitzende des Komitees gleichzeitig Stellvertreter des Leiters des Staatskomitees für Nationalitätenfragen wäre¹⁴⁵⁷, damit konnte der Posten schon aus Gründen des Ranges für Gusev nicht infrage kommen. Die ca. 50 Mitarbeiter, nach Wormsbechers Vorstellungen im wesentlichen Sowjetdeutsche aus allen Siedlungsgebieten, würden dann auf Vorschlag des Vorsitzenden ausgewählt. Wormsbecher äußerte gegenüber der Botschaft die Sorge, dass mit der Ausarbeitung von Statut und Mandat noch viel Zeit vergehen werde. Zur Finanzierung sehe die Verordnung nur die Übernahme der Personal- und Bürokosten vor. Das Ministerkabinett habe sich die Entscheidung über Förderprogramme und -projekte im einzelnen vorbehalten. Diese Beschränkung dürfte der Handlungsfähigkeit des Gremiums geschadet haben, hätte es jemals die Arbeit aufgenommen. So blieb diese Verordnung die letzte Maßnahme der Union im Hinblick auf die Deutschen¹⁴⁵⁸.

Das *Neue Leben* vom 11. September 1991 brachte in einer deutschen und russischen Version einen "Appell an das sowjetdeutsche Volk und die sowjetische Öffentlichkeit" der Groth-Fraktion, in dem es hieß:

Am 2. August d.J. wurde die Staatliche Kommission für die Probleme der Sowjetdeutschen auf Empfehlung des Organisationskomitees durch einen Beschluss des Kabinetts der UdSSR aufgelöst, die Tätigkeit des Organisationskomitees wurde nicht mehr finanziert und eingestellt.¹⁴⁵⁹

¹⁴⁵⁵ Postanovlenie Punkt 2, vgl. *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 390

¹⁴⁵⁶ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 2952 vom 14.8.91, Ku 600.50/1

¹⁴⁵⁷ Postanovlenie Punkt 3, vgl. *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 390

¹⁴⁵⁸ Die *Izvestija* vom 16.9.91 meldete zwar, dass am selben Tag im Kreml' der neue Staatsrat zum zweiten Mal zusammengetreten sei und auf seiner Tagesordnung auch "der Vorschlag zur Gründung eines Komitees zu den Angelegenheiten der Sowjetdeutschen beim Präsidenten [o predložennii po sozdaniju komiteta pri Prezidenta SSSR po delam sovetskich nemcev]" stehe. Einzelheiten sind hier nicht bekannt, zu der Gründung ist es jedoch nicht mehr gekommen.

¹⁴⁵⁹ *Neues Leben*, 11.9.91, S. 2

Der erste Teil der Meldung trifft insofern zu, als mit der Gründung des neuen Komitees die Arbeit der Gusev-Kommission auch formell beendet wurde¹⁴⁶⁰, Gusev hatte bereits am 11. Juni 1991 eine neue Aufgabe übernommen. Für den zweiten Teil der Information gibt es jedoch keine Bestätigung, es ist davon auszugehen, dass diese Meldung falsch war. Das Organisationskomitee kam am selben 2. August 1991 zu einer Sitzung zusammen, beschloss den Termin für den Kongress und vertagte sich dann auf den 6. September 1991¹⁴⁶¹, um im weiteren seine Vorbereitungen für den Kongress in Zusammenarbeit mit der RSFSR fortzusetzen.

Am 18. August 1991 begann der Putsch gegen Gorbatschow. Pavlov war einer der führenden Putschisten, sein weiteres Schicksal ist bekannt. Auch Gusev hatte den Putsch direkt unterstützt, seine politische Karriere war beendet¹⁴⁶². Auman stand ebenfalls in diesem Verdacht. Schon vor der Auflösung des ZK war er von der Bildfläche verschwunden. Das *Neuen Leben* deckte die angebliche Rolle beider auf und beschuldigte darüber hinaus auch Rauschenbach und Falk¹⁴⁶³. Letzteren schadete dies jedoch nicht. Russland arbeitete im weiteren eng mit den deutschen Mitglieder des Organisationskomitees zusammen, die persönlich aber durch ihre Nähe zu den diskreditierten Unionsinstanzen bzw. dem ZK der KPdSU in der sowjetdeutschen Bevölkerung zusätzlich an Vertrauen verloren haben dürften. Die Involvierung von Pavlov in den Putsch verhinderte letztlich die Einrichtung des Komitees bei der Union, wie Rauschenbach am 10. September 1991 anlässlich des Moskauer Besuchs von Genscher bestätigte. Rauschenbach nahm gemeinsam mit Wormsbecher, Groth und Martens an einem Gespräch mit dem deutschen Außenminister teil. Wormsbecher räumte ein, dass die Auswirkungen des Putsches auf das Verhältnis von Union und Republiken bei der Lösung der Probleme der Sowjetdeutschen zu neuen Schwierigkeiten führen würden. Angesichts der bereits seit geraumer Zeit bestehenden Handlungsunfähigkeit der Union in Nationalitätenfragen im allgemeinen und hinsichtlich der Deutschen im besonderen kann dies aus bundesdeutscher Sicht nicht bestätigt werden, im Gegenteil, die damaligen Sowjetrepubliken entwickelten eigene, zunächst vielversprechende Initiativen. Groth dagegen begrüßte den Putsch als "das beste Geschenk"¹⁴⁶⁴, um die Reformen zu beschleunigen. Die alten Regierungsstrukturen wie die Gusev-Kommission und das Organisationskomitee hätten nun keine Funktion mehr. Martens und Groth gingen davon aus,

¹⁴⁶⁰ Postanovlenie Kabineta Ministrov SSSR Nr. 565 "O Komitete po problemam sovetskich nemcev", 2.8.91, Punkt 6; Text s. *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 390f

¹⁴⁶¹ *Neues Leben*, 7.8.91, S. 2

¹⁴⁶² vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 3519 vom 17.9.91, Ku 600.50/1

¹⁴⁶³ *Neues Leben*, 28.8.91, S. 2

¹⁴⁶⁴ Vermerk 213-321.11 vom 10.9.91

dass das Organisationskomitee nach der Abschaffung des alten Ministerkabinetts nun keine Handlungsvollmachten mehr habe. Oktober 1991 für den Kongress der Deutschen festhalten. Auch Martens schätzte die Chancen für eine Wiederherstellung einer deutschen Republik nach dem Putsch deutlich besser ein, da der Verfall alter Strukturen mit dem Aufbau neuer in Russland einhergehen werde. In diesen Prozess müsse die Republik "eingeflochten" werden.

3.3 Fazit 1990-1991

In dem hier zu betrachtenden Zeitraum spitzte sich die katastrophale Lage im Land zu: Kein Tag verging ohne Meldung über Nationalitätenkonflikte und neue bedrohliche Problemfelder oder Bestrebungen einzelner Gebiete um Abspaltung. Die Auseinandersetzungen wurden zum Teil mit brutaler Gewalt und blutig ausgetragen. Der Versuch des Zentrums um Schadensbegrenzung, das Ringen um Unions- und Wirtschaftsvertrag, d.h. um die Zukunft von Union und Republiken, um die Macht im Staat, erforderten die volle Konzentration von Unionsregierung und -parlament. Die friedlichen Deutschen rangierten ganz hinten auf der Prioritätenskala. Die sie betreffende Politik stand unter dem Leitmotiv: Unter allen Umständen müssen neue Konflikte vermieden werden.

Die Zeit ab 1990 bis zum Ende der UdSSR war von wachsendem Pessimismus der Sowjetdeutschen geprägt, mit einer bestenfalls noch reagierenden, statt regierenden, nicht nur nationalitätenpolitisch handlungsunfähigen sowjetischen Führung zu einer Lösung ihres zentralen Anliegens zu gelangen, der Wiederherstellung der Wolgarepublik. Auf dem Hintergrund der sich für grundlegende Weichenstellungen zunehmend verschlechternden Rahmenbedingungen in einer sich auflösenden UdSSR verschärfte sich die nationalistisch motivierte Drangsalierung der Sowjetdeutschen in den zentralasiatischen Republiken der UdSSR. Die Aussichtslosigkeit, in der UdSSR einer Assimilation zu entgehen, düstere Perspektiven im Hinblick auf die wirtschaftliche und politische Stabilität im Lande steigerten den über Jahrzehnte aufgestauten Ausreisedruck noch und führten letztlich bei gegenseitigem Verlust der Dialogfähigkeit von Apparat und "Wiedergeburt" zu einer Radikalisierung der sowjetdeutschen Bewegung. Wurde die "Wiedergeburt" anfangs noch als Partner nicht nur akzeptiert, sondern ihre Gründung sogar ausdrücklich begrüßt, so verweigerten Partei und Führung der "Wiedergeburt", die auf Taktieren und mangelnde *Glasnost*' ab Januar 1990 mit öffentlichen Ultimaten an die UdSSR und an die Bundesrepublik reagierte, die formelle Registrierung sowie die Beteiligung an Gesprächen mit führenden Persönlichkeiten und standen zumindest Pate für die Gründung einer Konkurrenzorganisation Mitte 1991. Streitigkeiten innerhalb der Führung der "Wiedergeburt" über die Politik der Organisation lähmten die deutsche Interessenvertretung und boten Angriffsflächen für eine *divide et impera*-Politik - wobei derzeit nur darüber spekuliert werden kann, inwieweit das sachliche und persönliche Zerwürfnis der sowjetdeutschen Exponenten, das über das Ende der UdSSR hinaus anhielt, zusätzlich ZK-induziert war.

Nach dem fast euphorischen Auftakt des Rehabilitierungsprozesses der Sowjetdeutschen im Laufe des Jahres 1989 und angesichts des im selben Zeitraum anschwellenden Widerstandes in der Wolgaregion gegen die dortige Wiederherstellung einer deutschen autonomen

Republik wurde die Ausarbeitung konkreter Programme und Maßnahmen zugunsten der Sowjetdeutschen Ende Januar 1990 in die Hände einer Kommission unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates, Vladimir Gusev, gelegt. Aus dem Mandat der Kommission war die die Deutschen am meisten beschäftigende Frage der autonomen Wolgarepublik ausgeklammert und durch eine reine Ansiedlung in den früheren Siedlungsgebieten an der Wolga ohne Zugeständnisse bei der Selbstverwaltung ersetzt worden. Mit Gusev, dem ehemaligen Ersten Sekretär der Stadt Engel's und des Gebiets Saratov, den Zentren des antideutschen Widerstandes, stand die Arbeit der Kommission von vornherein unter negativem Vorzeichen. Er erwies sich im weiteren als der Bremser bei Zugeständnissen an die Deutschen. Die Absicht Gorbačevs, auf Bitten der Deutschen des Organisationskomitees nach 1 1/2 Jahren weitgehend fruchtloser Kommissionsarbeit unter Vorsitz von Gusev die Aufgabe an ein Regierungsorgan beim Ministerkabinett weiterzugeben, scheiterte am Widerstand des konservativen Apparates, insbesondere an ZK-Mitglied Pavlov. Das Abschieben der deutschen Frage in eine drittrangige Kommission beim Staatskomitee für Nationalitätenfragen wurde nur durch das Ende der UdSSR vereitelt.

Die Abkehr der sowjetischen Führung von der Wiederherstellung der Wolgarepublik erfolgte gegen Ende 1989 und zeigte sich nicht zuletzt darin, dass der die Wolgarepublik anempfehlende Bericht der Kiselev-Kommission nie veröffentlicht wurde. Die Vertagung der Wolgarepublik *sine die* und die Verzögerung von Maßnahmen der UdSSR und der Bundesrepublik zum Erhalt und Ausbau der sowjetdeutschen Sprache und Kultur führten zu rapide ansteigenden Ausreisezahlen - 1990 und 1991 jeweils fast 150.000 Personen - und zur Spaltung der deutschen Bewegung in ein Mehrheitslager unter der Führung von Groth, das für die sofortige Ausrufung der Wolgarepublik und anschließenden etappenweisen Aufbau eintrat, und eine Minderheit von parteilich gebundenen Deutschen unter Führung von Rauschenbach, Wormsbecher, Haar und Falk, die sich dem von der sowjetischen Führung gewünschten Weg einer Begründung der Staatlichkeit nach einem jahrelangen, etappenweisen Aufbauprozess verpflichtet fühlten.

Es kann nicht verwundern, dass auf dem Hintergrund der russischen Souveränitätserklärung und der Wahl El'cins, die "Wiedergeburt" ihre Hoffnungen auf den entstehenden Staat Russland richtete, in dem die Wolgarepublik und viele andere autonome Gebiete der Sowjetdeutschen einst belegen waren. Umgekehrt gab El'cin den deutschen Hoffnungen mit seinem Grußwort an die 3. Konferenz der "Wiedergeburt" Nahrung, ebenso die RSFSR mit einer Reihe von vielversprechenden Initiativen zugunsten der unter Stalin repressierten Minderheiten, die den eigenständigen, von der UdSSR unabhängigen nationalitätenpolitischen Weg Russlands unterstrichen. Im Endeffekt erwies sich das

Umsteuern der "Wiedergeburt" mehr als ein Jahr vor dem Putsch als vorausschauend und richtig.

Erst nachdem sich die sowjetischen Hoffnungen auf Maßnahmen aus der DDR zerschlagen hatten, gab die UdSSR dem bundesdeutschen Drängen nach, wurden konstruktive Absprachen über unilaterale deutsche Hilfen möglich. Das Gesetz zu Angehörigen von Nationalitäten ohne eigenes Territorium vom 26. April 1990 schuf die Rechtsgrundlage für Hilfen von außen, auf die sich die sowjetische Seite gegenüber der Bundesregierung bei ihrem ersten Vorschlag zur Zusammenarbeit berief. Bis die ersten Hilfsmaßnahmen, an denen sich die UdSSR aber nicht beteiligte, griffen und die gewünschte Signalwirkung zur Begrenzung der Ausreiseflut entfaltet werden konnte, existierte die UdSSR aber nicht mehr und hatten so viele Sowjetdeutsche das Land verlassen, dass schon aus rein statistisch-demographischen Gründen die Wiederherstellung der Wolgarepublik unmöglich geworden war. Die erhoffte Eindämmung der Emigrationswelle durch gezielte kulturelle und später auch wirtschaftliche Maßnahmen blieb darüber hinaus *wishful thinking*.

Im März 1990 schwor das ZK der KPdSU die Parteimitglieder unter den führenden Sowjetdeutschen auf ein neues Ziel ein: Die Autonomie ohne Territorium oder Assoziation, die nur eine Etappe auf dem Weg zur Wiederherstellung der Staatlichkeit darstellen sollte, um die dafür unabdingbaren Voraussetzungen zu schaffen, und die Einberufung eines repräsentativen Kongresses der Sowjetdeutschen zur Proklamation der Assoziation und zur Wahl von Vertretern in ihre Organe. Eine Beteiligung der Deutschen an dieser Grundsatzentscheidung und an der Weichenstellung in Richtung Assoziation und Kongress fand nicht statt. Wie schon 1979 bei dem Versuch, ein autonomes Gebiet in Kasachstan einzurichten, wurde von den Deutschen in obrigkeitstaatlicher Tradition Anpassung und Unterwerfung unter den Willen der Partei erwartet. Lediglich personell wurden die Deutschen zur Umsetzung der Beschlüsse in die Arbeit in den verschiedenen Kommissionen eingebunden, ein immerhin bemerkenswerter Fortschritt gegenüber 1979.

Die Bundesrepublik, die eine Assoziation akzeptiert hätte, um einen repräsentativen Ansprechpartner zur Abstimmung und Durchführung von Hilfsmaßnahmen zu bekommen, entwickelte in dieser Frage jedoch kein eigenes Profil. Die "Wiedergeburt" hatte Anfang 1990 zunächst begonnen, sich um der Sache willen mit der Idee einer Assoziation zu arrangieren. Sie bestand jedoch - ohne Erfolg - darauf, dass Konzeption nicht unter Federführung des ZK der KPdSU ausgearbeitet und realisiert werden durfte, sondern nur unter Leitung staatlicher Stellen, die den Deutschen etwas glaubwürdiger erschienen. Das Vertrauen in Partei und Staat war durch die Verschleppung von Maßnahmen zur Aufhebung aller die Deutschen (und andere Minderheiten) diskriminierenden gesetzlichen

Bestimmungen und des Beschlusses zu den Trudarmisten weitgehend erschüttert. Dazu trug ebenfalls eine intransparente Politik bei sowie die Tatsache, dass in stalinistischer Tradition weiterhin von der Veröffentlichung von rehabilitierenden Maßnahmen und Beschlüssen abgesehen wurde.

Das Misstrauen der "Wiedergeburt" gegen eine Assoziation nicht als Übergangslösung, sondern als Ziel an sich, wurde mit der Duldung der anti-deutschen Kampagne an der Wolga durch das Zentrum ständig genährt, u.a. auch durch den schwachen Auftritt Gorbačëvs in Nižnij Tagil und sein Eintreten für eine Ansiedlung bei Ul'janovsk. Auf ihrer 3. Konferenz sprach sich die "Wiedergeburt" daher klar gegen eine Assoziation als Selbstziel aus. Dem unmissverständlichen Mehrheitsvotum der "Wiedergeburt" mussten sich auch die deutschen Mitglieder des Organisationskomitees anschließen. Ab Winter 1990 ersetzte der Begriff der Nationalen Selbstverwaltung bzw. des Zentralrats der Deutschen den diskreditierten der Assoziation, wobei die Grundkonzeption sich aber nicht veränderte.

Letztlich konnte die Partei ihre eigenen Zielvorstellungen aber nicht durchsetzen, der Zerfall war zu weit fortgeschritten, und das als nationalitätenpolitisches Experiment gedachte Selbstverwaltungsmodell wurde niemals Realität: Der Zerfall des eigenen Landes, der Prozess der deutschen Vereinigung und die Erosion des sozialistischen Lagers engte den Handlungsspielraum der sowjetischen Führung für Zugeständnisse an die Sowjetdeutschen ein. An der Wolga liefen die Funktionäre ungestraft Sturm gegen das Zentrum und wiegelten das Volk auf. Die "Wiedergeburt" unter Groth war in ihrer regierungs- und parteikritischen Haltung so stark geworden, dass die Vorstellungen des Organisationskomitee kaum Aussichten hatten, auf dem Kongress eine Mehrheit zu finden. Das Justizministerium vereitelte die für eine nationale Selbstverwaltung bzw. Assoziation erforderlichen Änderungen der sowjetischen Verfassung. Präsident und Oberster Sowjet hatten andere Prioritäten gesetzt und versagten den Entwürfen des Organisationskomitees zum entscheidenden Zeitpunkt die Unterstützung. Im übrigen entledigte sich der Oberste Sowjet mit Beschluss vom 7. März 1991 zur Aufhebung der noch existenten diskriminierenden gesetzlichen Bestimmungen seiner Verantwortung für die repressierten Minderheiten sowie explizit für die Wiederherstellung der Wolgarepublik und delegierte die Lösung der Probleme an die Republiken. Den geplanten Kongress musste die Gusev-Kommission daher kurzfristigst absagen.

Der psychologische und politische Schaden war irreparabel. Der Affront förderte die Radikalisierung, lenkte geradezu Wasser auf die Mühlen Groths und forderte die gewählten Vertreter der Deutschen, die erstmals frei zusammentraten, zu offenem und öffentlichem Widerstand gegen das System heraus, der in der Nachkriegsgeschichte der Sowjetdeutschen

ohne gleichen war. Der mit der Absage des Kongresses verbundene weitere Verlust an Glaubwürdigkeit der sowjetischen Führung ließ die Sowjetdeutschen die Nicht-Anerkennung und Für-Illegal-Erklärung der alternativen Veranstaltung in der Erwartung gelassen hinnehmen, wie im Baltikum werde sich alles mit der Zeit von alleine regeln. In dieser Überzeugung sprang ihnen kurz darauf der russische Oberste Sowjet bei, der offenbar in bewusster Absetzung von der Union in die Kommission zu den Problemen der Sowjetdeutschen gezielt nur auf dem Kongress in den Provisorischen Rat der Sowjetdeutschen gewählte Mitglieder der "Wiedergeburt" aufnahm.

Gegen Staat und Partei führte die "Wiedergeburt" einen alternativen Kongress durch, der die sowjetische Führung zwar nachweislich unter Druck setzte, deren Ergebnisse sie im weiteren jedoch zu ignorieren suchte. Die Spannungen zwischen "Wiedergeburt" und sowjetischer Führung verschärften sich mit der Veranstaltung. Kontraproduktiv dürfte sich insbesondere die Forderung Groths nach Beteiligung der Sowjetdeutschen am neuen Unionsvertrag ausgewirkt haben, nährte dies doch im ZK längst gehegte und von den Wolga-Funktionären zusätzlich geschürte Befürchtungen, an der Wolga könne mit dem Eingehen auf deutsche Forderungen eine weitere unbotmäßige autonome Republik entstehen, sich ein weiterer, möglicherweise sogar blutiger nationalitätenpolitischer Konflikt entwickeln.

In der Bundesrepublik erregte der Kongress für sowjetdeutsche Anliegen breite Aufmerksamkeit und sorgte bei der Bundesregierung für Verstimmung: Letztlich war das sechs- bzw. neunmonatige Ultimatum, die Drohung mit einer Massenausreise, gegen die Bundesrepublik gerichtet - die UdSSR hatte nach 1987 zu keinem Zeitpunkt versucht, den Aussiedlerstrom zu begrenzen und konnte mit steigender Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Rückwanderung aus Konfliktgebieten in die slawischen Kernbereiche des Landes auch kaum Interesse an einer Eindämmung haben.

Mitte April 1991 übernahm Russland in Sachen Sowjetdeutsche die Führung und machte die weiteren Schritte auf Unionsebene überflüssig: Einsetzung der Kommission beim Präsidium des Obersten Sowjets der RSFSR zur Ausarbeitung eines sozio-ökonomischen und politischen Programms zur Wiederherstellung der Staatlichkeit, Rehabilitations- und Entschädigungsgesetz vom 26. April 1991. Im Schlagschatten dieser bahnbrechenden Aktivitäten fand das langerwartete Gespräch Gorbačëvs mit dem Organisationskomitee statt - und unter Ausschluss der für und auf dem Kongress gewählten Vertreter der Sowjetdeutschen, insbesondere der Mehrheitsfraktion unter Groth. Das Treffen kam zu spät, um noch Ergebnisse zu bringen. Gusev wurde schon im Juni mit einer neuen Aufgabe versehen, das vom Organisationskomitee vorgeschlagene und von Gorbačëv befürwortete Regierungsorgan beim Ministerkabinett scheiterte am Widerstand der konservativen

Funktionäre um Pavlov. Der Putsch vereitelte die Installation einer Alibi-Einrichtung beim Staatskomitee für Nationalitätenpolitik.

Gorbačëvs Empfang bildete den Höhepunkt und Abschluss protokollarischer Wahrnehmung der Sowjetdeutschen (aus dem Organisationskomitee) dar, ein schwacher Versuch des Trostes für die bisherige Behandlung der Deutschen durch die sowjetische Führung und ein pressemäßig dilettantisch gehandhabtes Unterfangen, verlorene Hoffnung wiederzuerwecken.

Initiiert durch den Parlamentsbeschluss vom 7. März 1991 machte die sowjetische Regierung am 6. Juni 1991 reinen Tisch und hob mit einem ihrer letzten Akte die noch verbliebene diskriminierende Gesetzgebung auf - ohne allerdings diesen Beschluss zu veröffentlichen. Der unklare und ebenfalls nicht veröffentlichte Beschluss zu den Trudarmisten vom 21. Juni 1991 führte zur Verwirrung und unter den Deutschen aller Fraktionen zur Verärgerung. Seine Umsetzung fiel nach dem August 1991 an die Republiken.

Als Zeichen des *good will* und positive Hinterlassenschaft der UdSSR und ihres Gesetzes zu Minderheiten ohne eigenes Gebiet vom 26. April 1990 konnten 1991 in kompakten Siedlungsgebieten im Altaj und bei Omsk zwei autonome deutsche Rayons wiederentstehen, die im weiteren als Beispiele friedlichen und gedeihlichen Zusammenlebens von Deutschen und anderen Nationalitäten in einer deutschen Autonomie fungierten, Auffangbecken für aus Zentralasien abwandernde Deutsche wurden und Zentren bundesdeutscher Hilfe, im Jargon der Bundesregierung: "Inseln der Hoffnung".

Die deutsche Bewegung spaltete sich Ende Juni 1991 auch formal. Wenn auch die Partei-Deutschen anders als Groth keine Mehrheit hinter sich wussten, gelang es ihnen im weiteren dennoch, ihre privilegierte Stellung nahe den Schaltstellen der Macht nach Russland hinüberzuretten. Radikalität und Kompromisslosigkeit Groths führten schnell zum Bruch mit den russischen Instanzen, auf die er ein Jahr zuvor seine ganze Hoffnung gesetzt hatte; die Konstellation von "Wiedergeburt" und Union lebte fort. Der Kongress im Oktober musste daher zum Forum eines entscheidenden Kräftemessens zwischen beiden deutschen Organisationen werden und Fortschritte in der Sache zwangsläufig dahinter zurücktreten.

Die Bundesrepublik war im Zeitraum 1990/91 primär mit sich und der Vereinigung beider deutscher Staaten beschäftigt. Hinsichtlich der Sowjetdeutschen war ihr Bemühen auf den Beginn eines Hilfsprogramms gerichtet, mit dem der Aussiedlerflut ein wirksames Signal der Hoffnung entgegengesetzt werden konnte. Ab Frühjahr 1990 begann der VDA mit Vorarbeiten, Mitte Juli 1990 wurde er formell beauftragt, als Mittlerorganisation für die

deutschen Anstrengungen zu fungieren. Vorstellungen der Bundesregierung, mit der UdSSR zu einer vertraglichen Vereinbarung über die Hilfe an die Deutschen zu gelangen, ließen sich aus den bekannten Gründen nicht realisieren. Mündliche Aufforderungen, Hinweise in öffentlichen Stellungnahmen Gorbačevs, das sowjetische Gesetz vom 26. April 1990 und später ein Absatz im Umfassenden Vertrag vom 9. November 1990 bildeten die Grundlage für kulturelle Maßnahmen. Nach diesen Erfahrungen wählte die Bundesregierung Ende 1990 hinsichtlich der als notwendig erkannten Wirtschaftshilfe von vornherein einen pragmatischen Ansatz und begann damit 1991 über den VDA - ohne weitere Fragen zu stellen oder um Genehmigung zu bitten. Im März 1991 wurde Botschafter Terechov von Staatssekretär Waffenschmidt aber über die bundesdeutschen Aktivitäten formell in Kenntnis gesetzt.

Die bilaterale Gesprächsfähigkeit zu dem sensiblen Thema der Lage der Sowjetdeutschen hatte sich in den Jahren von 1990 bis zum Ende der UdSSR so verbessert, dass über alles gesprochen werden konnte - und dies auf Arbeitsebene, in speziellen Arbeitsgruppen sowie in fast allen politischen Gesprächen auch getan wurde. Staatssekretär Waffenschmidt brach inzwischen zur regelmäßigen "Inspektionsreisen" zu den Sowjetdeutschen in allen Winkeln der UdSSR auf. Einen Höhepunkt bilateraler Verständigung stellte Falins Ankündigung des Treffens von Gorbačev mit dem Organisationskomitee und die angekündigte anschließende Unterrichtung des Bundeskanzlers durch Gorbačev persönlich dar. Die deutsche Seite wurde darüber hinaus zu sowjetischen Gesetzesvorhaben auf dem laufenden gehalten, die durch ihre menschen- und bürgerrechtliche Thematik auch die sowjetdeutsche Minderheit betrafen.

Die bilateralen Fortschritte konnten jedoch nicht darüber hinwegtrösten, dass die zentralen sowjetischen Instanzen, sieht man von der Gesetzgebung ab, keine nennenswerten eigenen Maßnahmen zugunsten des Kulturerhalts der Sowjetdeutschen ergriffen und sich an bundesdeutschen auch nicht beteiligten. Aus Bonner, aber auch aus sowjetdeutscher Perspektive blieb die sowjetische Politik undurchsichtig und planlos, war das Vorgehen eher dilatorischer Natur - vermutlich auch Ausdruck dafür, dass die sowjetische Führung den deutschen Anliegen auf dem Hintergrund der bestehenden existentiellen und den Fortbestand der UdSSR gefährdenden Probleme keine Priorität einräumen konnte: Es fehlten nationalitätenpolitisches *know how* und Zielvorstellungen, personelle Kapazitäten und finanzielle Ressourcen und schlicht der Handlungszwang anderer Konflikte, den Widerstand des Apparates zu überwinden und Entscheidungen zu treffen. Gorbačev selbst erwies sich zur Lage und zu den Forderungen der Deutschen immer wieder als so schlecht informiert und präpariert, dass von ihm keine richtungsweisende Politik zu erwarten war. Und wie sich beim Treffen mit Bundeskanzler Kohl Anfang Juli 1991 zeigte, wurde er von seinem

Apparat längst hintergangen, hatte sich aber offenbar auch nicht kundig über den genauen Stand der Umsetzung seiner Anweisungen machen lassen, obwohl bei dem bilateralen Treffen mit dieser Thematik zu rechnen war. Die Lähmung der Politik führte auch bei den sowjetischen Funktionären, die den Deutschen positiv gegenüberstanden, zur Resignation, Groths Ultimatum lief ins Leere: Viele Gesprächspartner der Botschaft vertraten die Haltung, wenn die Deutschen gehen wollen, sollen sie dies tun.

IV. Die UdSSR und die DDR: Kollusion gegen die Sowjetdeutschen-Politik der Bundesrepublik

Das vorliegende Kapitel setzt sich zum Ziel, einen Beitrag zur Aufklärung der Involvierung der DDR in den die Sowjetdeutschen betreffenden Teil der bilateralen Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland zu leisten. Das Verhältnis des zweiten deutschen Staates zu den Sowjetbürgern deutscher Nationalität ist bislang nicht systematisch erforscht. Eine Reihe von Hinweisen u.a. in der wissenschaftlichen Literatur beleuchten jedoch einzelne Aspekte von übergeordneter politischer Bedeutung.

Nach dem gegenwärtigen Stand des Wissens nahm die offizielle Politik der DDR bis ins Jahr 1989 nur wenig Notiz von den Sowjetbürgern deutscher Nationalität. Die tiefere Ursache für die Zurückhaltung dürfte vor allem in der Belastung des bilateralen Verhältnisses der DDR zur Sowjetunion in der ersten Hälfte der 80er Jahre zu suchen sein. Im Zuge des NATO-Doppelbeschlusses und seiner Implementierung wollte die UdSSR die Westbeziehungen der Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes mit einer neuen Eiszeit belegt wissen. Die DDR, die vor allem gegenüber der Bundesrepublik ihren mühsam errungenen außenpolitischen Spielraum zu bewahren und einen besonderen Kurs auf dem Gebiet der Wirtschaft zu steuern versuchte, sah sich seit 1984 harscher Kritik der UdSSR ausgesetzt. Die Auseinandersetzungen gipfelten in der erzwungenen Verschiebung des für September 1984 geplanten Honecker-Besuches in der Bundesrepublik bis weit hinein in die Ära Gorbachev.

Angesichts des auch zu jener Zeit latent labilen Beziehungsgeflechts der sowjetischen Nationalitäten und der daraus resultierenden Empfindlichkeit der sowjetischen Führung gegen möglicherweise destabilisierend wirkende Aktivitäten von außen kann es kaum verwundern, dass die DDR das ohnehin belastete bilaterale Verhältnis nicht zusätzlich mit der relativ marginalen Frage der Sowjetdeutschen über alle Maßen strapazieren wollte. Zu der im September 1987 endlich erfolgten Honecker-Visite - die Einladung durch Bundeskanzler Kohl datierte aus dem Jahr 1981 - hatte die Rollenverteilung gewechselt. Nun war es die DDR, die auf Abgrenzung setzte gegenüber der auf *Perestrojka* und Annäherung an den Westen gestimmten Sowjetunion. Die fortgesetzte Verstimmung zwischen DDR und UdSSR bildete wiederum kein günstiges Klima für Maßnahmen zugunsten der Sowjetdeutschen. So ist es erklärlich, dass die Führung der DDR in keiner Weise Initiativen ventilierte, obwohl die nun sprunghaft ansteigenden Ausreisezahlen die Lage der Sowjetdeutschen auch in das Bewusstsein der DDR-Öffentlichkeit rückte¹⁴⁶⁵, und abwartete, bis die UdSSR ausdrücklich ein Tätigwerden eingeforderte.

¹⁴⁶⁵

Die erste größere Publikation in einer Zeitung der DDR über die Lage der Sowjetdeutschen ist vermutlich der Artikel von Gerhard Zázworka in der Juli-Ausgabe 1988 von *Horizont*. Als Motiv für den Aufsatz nennt der Autor Leserfragen angesichts der zunehmenden Nationalitätenkonflikte. Während die Bundesrepublik als

Ein erstes Anzeichen dafür, dass die DDR-Führung sich der Existenz der Sowjetdeutschen bewusst war, geht auf das Jahr 1983 zurück. Während des Honecker/Stoph-Besuches von Moskau, Alma Ata und Taschkent vom 5.-7. Mai 1983 soll der mitreisende Hermann Axen, ZK-Sekretär für Internationale Verbindungen, in einer Rede in Alma Ata die Aufbauleistungen der Bevölkerung Kasachstans gewürdigt und im Rahmen seiner Aufzählung der verschiedenen Nationalitäten auch die Deutschen ausdrücklich erwähnt haben¹⁴⁶⁶.

Seit 1984 gibt es Hinweise auf von der DDR-Botschaft in Moskau ausgehende Aktivitäten. Jegliche Sonderbehandlung der Sowjetdeutschen wurde aber vermieden. Die DDR ging davon aus, dass diese als normale Sowjetbürger im Rahmen der bestehenden Partnerschaften und des Kulturabkommens ausreichend partizipieren konnten. Analog stellte sich deren konsularische Behandlung als Ausländer dar:

In allen konsularischen Angelegenheiten, insbesondere bezüglich von Wünschen nach Übersiedlung in die DDR, werden Anliegen bzw. Anträge in gleicher Weise wie bei allen Sowjetbürgern behandelt. Einreisevisa in die DDR werden nur ausgestellt, nachdem die sowjetischen Organe die Ausreise genehmigt haben.¹⁴⁶⁷

Die Botschaft der DDR bearbeitete Einzelanfragen und unterhielt im Rahmen ihrer Beziehungen zu sowjetischen Institutionen auch Kontakte zu Sowjetdeutschen. Sie berichtete über Wünsche sowjetdeutscher Schriftsteller nach einer intensivierten Zusammenarbeit mit Partnern in der DDR und unterstützte regelmäßig die deutschsprachige Zeitung "Neues Leben". In demselben Sachstand des MfAA heißt es:

Es besteht ein ständiger Kontakt der Presseabteilung zur Redaktion von "Neues Leben". Diese Redaktion erhält regelmäßig AI-Materialien zur direkten Verwendung und zur Weitervermittlung an Interessenten. Diese AI-Materialien erhalten auch alle Kollektivmitglieder der Sowjetischen Gesellschaft für Freundschaft mit der DDR - z.T. in deutscher Sprache (in Republiken und Gebieten, wo Sowjetbürger deutscher Nationalität leben).

Zu dem deutschen Theater, das Anfang der 80er Jahre in Temirtau (Kasachstan) gegründet wurde, bestehen Verbindungen, die die Kulturabteilung pflegt

Ausreiseziel "eine(r) größere(n) Zahl von Sowjetdeutschen" erwähnt wird, bleibt die Rolle der DDR im Dunkeln. Zuvor hatte meines Wissen nur das *Neue Deutschland* vom 12.5.83 kurz berichtet.
¹⁴⁶⁶ Sachstand vom 11.7.86 zur Vorbereitung des Genscher-Besuches in Moskau vom 20.-22.7.86, Pol 321.11
¹⁴⁶⁷ Sachstand der Abteilung Sowjetunion des MfAA vom 23.9.88

(regelmäßige Übersendung von Publikationen der DDR, Gespräche mit Vertretern des Theaters, wenn diese in Moskau weilen).¹⁴⁶⁸

Seit 1969 bestanden enge Beziehungen zwischen den Städten Ekibastus im Gebiet Pavlodar (Kasachstan), das einen hohen Anteil an Sowjetdeutschen aufwies, und Lauchhammer bei Merseburg, dem Tagebau Ekibastus und dem VEB Takraf sowie zwischen dem Betrieb Ekibastusogol und dem VEB Lauchhammerwerk.¹⁴⁶⁹

Über die in der UdSSR tätigen Lektoren der DDR bestanden Verbindung zu sowjetdeutschen Germanisten. Sie wurden zu bilateralen Germanistenkonferenzen 1986 nach Alma Ata sowie 1988 nach Rostock eingeladen und konnten im germanistischen Jahrbuch *Das Wort* publizieren. Für die Zeitungen *Neues Leben*, *Freundschaft* und den literarischen Almanach *Heimatliche Weiten* schrieben die Lektoren germanistische Beiträge und Artikel über das Fach "Deutsch als Muttersprache"¹⁴⁷⁰.

Zur Ausreiseproblematik von Sowjetdeutschen in die DDR stellte der Abgeordnete Jäger in einem Bericht an den Deutschen Bundestag vom 29. September 1983 fest, dass im Zeitraum von 1965-1979 lediglich 1.600 Personen in die DDR übersiedelten - gegenüber ca. 60.000 in die Bundesrepublik¹⁴⁷¹. Die Dritte Arbeitskonferenz über "Deutsche in der Sowjetunion" bemerkte dazu am 10. April 1984, dass die Ausreise in die DDR nicht populär war, da die DDR als ein Satellit Moskaus betrachtet wurde. Darüber hinaus sei diese Ausreisealternative seitens der sowjetischen Führung nicht unionsweit angeboten worden. Dennoch siedelten insbesondere solche Sowjetdeutschen in die DDR, die kein Anrecht auf Familienzusammenführung hatten. In den siebziger Jahren konnte man in der DDR noch leicht eine Entlassung aus der sowjetischen Staatsangehörigkeit erlangen und dann als Staatenloser erfolgreich die Ausreise in die Bundesrepublik betreiben. In den 80er Jahren war die DDR möglicherweise angesichts eines rapide wachsenden Zustroms auch mit Blick auf die eigenen Bürger dazu übergegangen, ein solches Vorgehen mit "drakonischen Gefängnisstrafen" zu beantworten¹⁴⁷². Heitman und Eisfeld verweisen darauf, dass in der ersten Hälfte der 80er Jahre eine größere Anzahl von Sowjetdeutschen in die DDR ausreisen konnten¹⁴⁷³. Eisfeld widerspricht jedoch den Berechnungen Heitmans, wonach es sich um ca. 10.000

¹⁴⁶⁸ ibid; ab Januar 1990 war Dieter Wardetzy aus der DDR künstlerischer Leiter Deutschen Theater Alma Ata

¹⁴⁶⁹ ibid. S. 3

¹⁴⁷⁰ vgl. Hilkes, P. "Unterricht in der Muttersprache bei den Deutschen in der Sowjetunion". *Osteuropa* 38 (1988), S. 931-949, S. 947f

¹⁴⁷¹ Drs. 10/838 vom 29.9.83, S. 22 (Berichterstattung zur Lage der Deutschen Minderheit in der Sowjetunion, Drs. 5098)

¹⁴⁷² *Deutsche in der Sowjetunion. Bericht über die 3. Arbeitskonferenz am 10.4.84*. Köln: Ständiges Sekretariat für die Koordinierung der bundesgeförderten Osteuropaforschung, S. 10f

¹⁴⁷³ Heitman., S. *The Third Soviet Emigration*, S. 21f, Eisfeld, *Die Russlanddeutschen*, S. 171f

Personen handelte, ist aber der Überzeugung, dass es dennoch mehrere Tausend Sowjetdeutsche übersiedeln durften. Nach Informationen des Auswärtigen Amtes könnten 1984 sogar bis zu 5.000 Familien, also ca. 20.000 Personen, im Rahmen einer einmaligen Aktion in die DDR gelangt sein. Mangels Zugang zu einschlägigen Dokumenten bleibt der Beweis dafür zu erbringen, dass die UdSSR offenbar ihre Politik der massiven Ausreisebegrenzung angesichts der Verhärtung des internationalen Klimas nicht durchhalten konnte und sich gezwungen sah, das Ausreiseventil wieder zu öffnen, wenn auch nicht in Richtung Bundesrepublik. Über die Motivation der DDR, Sowjetdeutsche in größerer Zahl aufzunehmen, kann derzeit ebenfalls nur spekuliert werden. Eventuell gibt es einen Zusammenhang zu der Politik, sich das deutsche historische Erbe anzueignen und in diesem Zusammenhang auch Verantwortung für deutsche Minderheiten im Ausland zu übernehmen.

Die Übergabe *des non-paper* durch den UdSSR-Botschafter in der DDR, V.I. Kočemasov, am 1. Februar 1989 markierte, wie oben ausgeführt, den Wendepunkt in der zunehmenden Aufgeschlossenheit der sowjetischen Führung für die Bonner Wünsche nach Betreuung der Sowjetdeutschen und führte in der DDR zur Abkehr von ihrer bisherigen politischen Abstinenz.

Dem *non-paper* folgte bereits am 28. Februar 1989 ein Beschluss des Politbüros der SED:

1. Der Aufnahme von Partnerschaftsbeziehungen zwischen dem Bezirk Schwerin und dem Gebiet Pawlodar der Kasachischen SSR in der Sowjetunion wird zugestimmt. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei der Arbeit mit den Sowjetbürgern deutscher Nationalität zu widmen.

2. Folgende Einzelmaßnahmen werden bestätigt:

- Die BL [Bezirksleitung] Schwerin der SED nimmt Partnerschaftsbeziehungen zum Gebietskomitee Pavlodar der KPdSU auf.
- In die Zusammenarbeit werden der Rat des Bezirkes, der Bezirksvorstand des FDGB, die Bezirksleitung der FDJ sowie geeignete Betriebe der Industrie und Landwirtschaft u.a. Institutionen einbezogen.
- Die Partnerschaftsbeziehungen zwischen dem Bezirk Schwerin und dem Gebiet Pavlodar sind für den Austausch von Erfahrungen auf dem Gebiet der Parteiarbeit, der Tätigkeit der staatlichen Organe und der Massenorganisationen sowie in den Bereichen Wissenschaft, Technik und Produktion, Kunst und Kultur zu nutzen.

verantwortlich: 1. Sekretär der BL Schwerin, Abt. Parteiorgane des ZK der SED

3. Mit dem Ziel, die Sowjetbürger deutscher Nationalität des Gebietes Pavlodar und anderer Gebiete der Kasachischen SSR umfassender mit den Errungenschaften des Sozialismus in der DDR vertraut zu machen und sie

beim Erlernen der deutschen Sprache sowie bei der Pflege und der Entwicklung ihrer Kunst und Kultur zu unterstützen, sind geeignete Maßnahmen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Medienpolitik zu realisieren.

verantwortlich: Abt. Agitation

4. Das ZK der KPdSU ist über den Beschluss des Politbüros des ZK der SED zu informieren.

verantwortlich: Abteilung Internationale Verbindungen¹⁴⁷⁴

In dem Anhang zum Beschluss wird die Zusammenarbeit und der Austausch auf dem Gebiet der Medienpolitik angeordnet:

Die Medien der DDR befassen sich im Rahmen der Berichterstattung über die Sowjetunion künftig stärker mit dem Leben und den Aktivitäten der deutschsprachigen Sowjetbürger.¹⁴⁷⁵ Zugleich verstärken die Massenmedien der DDR ihre Zusammenarbeit mit den für deutschsprachige Sowjetbürger wirkenden Massenmedien in der UdSSR.¹⁴⁷⁶

Es folgen eine Reihe von Einzelanweisungen. Exemplarisch sollen hier lediglich die an das *Neue Deutschland* sowie an die *Schweriner Volkszeitung* zitiert werden:

Neues Deutschland

Mit der Zentralzeitung der Sowjetdeutschen "Neues Leben" wird ein regelmäßiger Redakteuraustausch vereinbart. Der Zeitung werden Exklusivbeiträge über Leben und Entwicklung der DDR zur Verfügung gestellt.

Schweriner Volkszeitung

Sie nimmt mit der Zeitung "Freundschaft", Organ des ZK der KP Kasachstans, in Alma Ata Beziehungen auf und bietet als erstes Material über den 40. Jahrestag der DDR an.¹⁴⁷⁷

Die mechanische Übernahme der Parteibeschlüsse durch den Ministerrat - und damit dessen Funktion als reines Exekutivorgan der Partei - unterstreicht der von W. Stoph unterzeichnete Beschluss des Ministerrats der DDR vom 10. März 1989:

Die sich aus dem Beschluss des Politbüros des ZK der SED vom 28. Februar 1989 zur Aufnahme von Partnerschaftsbeziehungen zwischen dem Bezirk Schwerin und

¹⁴⁷⁴ Beschluss des Politbüros des ZK der SED vom 28. Februar 1989, S. 3f

¹⁴⁷⁵ u.a. Radio DDR vom 30.3.89, 20:25 GMT zur Gründung der "Wiedergeburt"; ADN vom 4.4.89, 08:50 zur Zusammenarbeit der DDR mit den Sowjetdeutschen; Junge Welt vom 2.4.89, Interview mit Viktor Herdt; *Nationalzeitung*, 11.5.89 zum Deutschen Schauspieltheater Temirtau

¹⁴⁷⁶ Beschluss des Politbüros des ZK der SED vom 28. Februar 1989, S. 5

¹⁴⁷⁷ *ibid.* S. 5f

Gebiet Pavlodar der Kasachischen SSR in der Sowjetunion ergebenden Aufgaben für die Mitglieder des Ministerrates, Leiter anderer zentraler Staatsorgane und den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Schwerin gelten gleichzeitig als Beschluss des Ministerrates.¹⁴⁷⁸

Am 21. März 1989 sandte der Botschafter der DDR in Moskau, Gerd König, ein Privatdienstschreiben an das Mitglied des ZK der SED und Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen, Günter , "im Zusammenhang mit dem Vorschlag der KPdSU, Beziehungen mit dem Gebiet von Pavlodar aufzunehmen und dem entsprechenden Beschluss unserer Parteiführung" über "einige aktuelle Aspekte der Probleme der sowjetdeutschen Bevölkerungsgruppe".¹⁴⁷⁹ Dem Brief waren vier Seiten Anhang mit Statistiken und historischen Informationen zu den Sowjetdeutschen beigelegt, was unterstreicht, dass die Botschaft zumindest seit langer Zeit nicht mehr zu dieser Thematik berichtet hatte.

Aus einer zutreffenden, ungeschminkten Analyse der Lage der Sowjetdeutschen und der Versäumnisse der sowjetischen Nationalitätenpolitik seit dem Krieg gerade hinsichtlich dieser Bevölkerungsgruppe sowie den steigenden Ausreisenzahlen schloss Botschafter König nicht ohne Sympathie für die Ausreisewünsche der Sowjetdeutschen:

Nach unseren Erkenntnissen liegen dem kaum politische Motive zugrunde. Überwiegend gehen die Ausreisewünsche auf die jahrzehntelange unzulängliche Beachtung berechtigter materieller wie geistig-kultureller Bedürfnisse der Sowjetdeutschen zurück.¹⁴⁸⁰

Über den Stand der sowjetischen Überlegungen und Aktivitäten berichtete er:

Die Sowjetunion möchte den Ausreisestrom der Sowjetdeutschen stoppen. In letzter Zeit ist sie dazu übergegangen, die Massenmedien in diesem Sinne zu nutzen (kritische Reportagen über die Lage der Ausgereisten in der BRD). Insgesamt ist bis jetzt keine Konzeption, wie den Ausreisebestrebungen entgegengewirkt werden kann, zu erkennen.¹⁴⁸¹

Die soeben vereinbarte Partnerschaft kommentierte er in einer für die sowjetischen Partner ebenso wenig schmeichelhaften Weise:

¹⁴⁷⁸ Beschluss des Ministerrates der DDR 02-112/I.16/89 vom 10. März 1989; s. Anhang 15

¹⁴⁷⁹ Brief von Gerd König, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der DDR, an das Mitglied des ZK der SED, Leiter der Abt. Internationale Verbindungen, Gen. Günter Sieber, Moskau 21.3.89, S. 1

¹⁴⁸⁰ ibid. S. 5

¹⁴⁸¹ ibid. S. 6

Uns gegenüber haben die sowjetischen Genossen in den letzten Wochen wiederholt das große Interesse bekräftigt, das ihrerseits an Schritten der DDR gegenüber der sowjetdeutschen Bevölkerung besteht. Die Information über den Beschluss des Sekretariats des ZK der SED, direkte Beziehungen zwischen dem Bezirk Schwerin und dem Gebiet Pavlodar zu entwickeln, wurde deshalb mit großer Zustimmung aufgenommen. Ich habe allerdings die Überzeugung gewonnen, dass die sowjetischen Genossen bisher über keine klare Vorstellung darüber verfügen, wie sich diese Beziehungen in der Praxis gestalten sollen und worin ihre Spezifik gegenüber den bisher unterhaltenen Partnerschaftsbeziehungen bestehen soll.¹⁴⁸²

Damit bestätigt sich der in Bonn gewonnene Eindruck von der Ratlosigkeit der sowjetischen Partner im Umgang mit ihren Nationalitätenproblemen. Bei der Idee und Bitte der UdSSR um Unterstützung handelte es sich offenbar um ein Zeichen zunehmender Führungsschwäche und Kopflösigkeit, ja geradezu einer Kapitulation in der Frage der Sowjetdeutschen.

König schilderte detailliert die bisherigen Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik, ein Indiz für die enge Zusammenarbeit der DDR und der Sowjetunion gegen die Bundesrepublik ungeachtet aller Verstimmungen der vergangenen Jahre, sowie offenbar unter Anspielung auf Kočemasovs *non-paper* und auf die Äußerungen u.a. von Bundeskanzler Kohl die bundesdeutsche Motivation:

Ihr politisch-theoretisches Gerüst ist hierbei, dass die Sowjetdeutschen zwar nicht wie Bürger deutscher Nationalität in anderen sozialistischen Ländern der "Obhutspflicht" seitens der BRD unterliegen (ihre sowjetische Staatsbürgerschaft wird nicht in Frage gestellt), angesichts der ihnen durch den faschistischen Krieg zugefügten Leiden jedoch besonderer Sorge und Unterstützung durch die BRD bedürfen. Es ist zu erwarten, dass hiermit zusammenhängende Fragen von der BRD-Seite während des bevorstehenden Besuches von M. Gorbatschow massiv gestellt werden. Bei vorbereitenden Konsultationen Anfang März in Bonn wurden der sowjetischen Seite bereits umfassende Vorschläge für entsprechende Programme der Bundesregierung übergeben.¹⁴⁸³

Die Bedeutung der DDR-Intervention charakterisierte König aus Sicht der Botschaft folgendermaßen:

Es ist zu erwarten, dass die BRD mit weiteren großzügigen Angeboten versuchen wird, ihre Einflussnahme auf die sowjetdeutsche Bevölkerungsgruppe künftig weiter zu verstärken. Auch angesichts dessen kommt dem zielgerichteten und effektiven Einsatz der Mittel der DDR, der engen Abstimmung hierüber mit den sowjetischen Genossen zweifellos große Bedeutung zu. Sie haben ihrerseits mir gegenüber deutlich

¹⁴⁸² ibid. S. 4

¹⁴⁸³ ibid. S. 6

gemacht, dass sie in der Entwicklung von Partnerbeziehungen zwischen der DDR und Gebieten mit einem hohen Anteil der sowjetdeutschen Bevölkerung eine wichtige politische Unterstützung ihrer Bemühungen sehen, einseitig nationalistisch motivierte Aktivitäten der BRD zurückzudrängen.¹⁴⁸⁴

Einen Monat nach dem Bericht, vom 17.-22. April 1989, reiste eine Delegation des ZK der SED unter Leitung von Erich Postler, Mitglied des ZK und 2. Sekretär der Bezirksleitung Schwerin, zur Eruiierung der Lage der Sowjetdeutschen nach Moskau und Kasachstan. Die Reise sollte als "Grundlage für die Unterbreitung von Vorschlägen zur Unterstützung der Arbeit der UdSSR mit diesen Bürgern durch die DDR"¹⁴⁸⁵ dienen. Gleichzeitig wurden Kontakte zwischen der SED-Bezirksleitung Schwerin und dem Gebietskomitee Pavlodar der KPdSU zur Aufnahme von Partnerschaftsbeziehungen hergestellt. Alle Gespräche wurden zwar "in offener, kameradschaftlicher und freundschaftlicher Atmosphäre geführt. Die sowjetischen Genossen begrüßten die Bereitschaft der DDR, die Arbeit der UdSSR mit den Sowjetbürgern deutscher Nationalität zu unterstützen."¹⁴⁸⁶ Jedoch hatte die Delegation den Eindruck, dass "die Genossen in der Kasachischen SSR über das Anliegen der Studienreise nicht exakt informiert waren und die Aufnahme der Partnerschaftsbeziehungen zwischen Schwerin und Pavlodar als den Hauptgrund der Reise ansahen."¹⁴⁸⁷ Hier zeigte sich das Unverständnis der kasachischen Führung für Maßnahmen zugunsten der Sowjetdeutschen, das später auch bundesdeutschen Delegationen entgegenschlagen sollte.

Die Kasachen hatten primär ihre eigenen Probleme als Titularnation und Minderheit im eigenen Land vor Augen. So unterstrich selbst der russische 1. Sekretär der KP Kasachstans, Gennadij Kolbin: "Jetzt gelte es, vor allem das Zurückbleiben der kasachischen Sprache zu überwinden."¹⁴⁸⁸

Gegenüber den spezifisch deutschen Problemen fand die DDR-Delegation Konzeptionslosigkeit und offenbares Desinteresse bzw. Unwillen, sich damit gesondert zu befassen:

Für Autonome Gebiete [für die Deutschen] in Kasachstan gebe es keinerlei Ansatzpunkte. (...)

Die von der Delegation geführten Gespräche machten deutlich, dass sowohl im ZK der KPdSU als auch in der Kasachischen SSR keine konkreten Vorstellungen über das Herangehen an die Lösung der Probleme der sowjetdeutschen Bevölkerung bestehen. Das kam darin zum Ausdruck, dass die Delegation gebeten wurde, sich beim Aufenthalt in Kasachstan die konkrete Lage am Beispiel des Pavlodarer Gebiets

¹⁴⁸⁴ ibid. S. 6f

¹⁴⁸⁵ Bericht über den Studienaufenthalt einer Delegation des ZK der SED vom 17. bis 22. April 1989 in der UdSSR, 27.4.89, S. 1

¹⁴⁸⁶ ibid. S. 2

¹⁴⁸⁷ ibid.

¹⁴⁸⁸ ibid. S. 3

anzuschauen und Schlussfolgerungen abzuleiten, auf deren Grundlage über ein gemeinsames Vorgehen von SED und KPdSU beraten werden könne. Zugleich wurden von sowjetischer Seite keinerlei eigene Überlegungen entwickelt. In den zahlreichen Meinungsäußerungen der Genossen aus Kasachstan zeigte sich die klar dominierende Auffassung, dass es in der Republik viele ungelöste nationale Probleme gebe, darunter auch für die Kasachen selbst.¹⁴⁸⁹

Ähnlich wie gegenüber Bonner Gesprächspartnern wurde im ZK der KPdSU, im ZK der KP Kasachstans sowie in Pavlodar übereinstimmend betont,

dass die Fragen des Lebens der Sowjetbürger deutscher Nationalität in der UdSSR in die Vielzahl der Probleme der zwischennationalen Beziehungen eingebettet sind und nur im Gesamtzusammenhang betrachtet und gelöst werden können. Ein Herauslösen der Problematik der Sowjetdeutschen aus dem Kontext der jeweiligen Republik bzw. Region der UdSSR und eine gesonderte Behandlung könne eher Schaden als Nutzen bringen und sei nicht zu verantworten.

Die Kompliziertheit der gegenwärtigen nationalen Problematik sei, so wurde im ZK der KPdSU hervorgehoben, auf das jahrzehntelange Verschweigen von Problemen in den zwischennationalen Beziehungen in der UdSSR zurückzuführen. Heute stelle das Leben selbst die zwingende Aufgabe, die angestauten Fragen zu lösen.¹⁴⁹⁰

Bei der Einschätzung der Lage der sowjetdeutschen Bevölkerung kam die Delegation zu folgender Auffassung:

Die 2,2 Millionen Sowjetdeutschen sind die einzige Nationalität dieser Größenordnung, die

- über kein autonomes Gebiet verfügen
- mit dieser Schärfe von den Repressalien betroffen waren
- sich bis heute nicht vollständig rehabilitiert fühlen¹⁴⁹¹.

Bei den Sowjetdeutschen Pavlodars wurde Verärgerung über die Diskriminierung bei der Besetzung von Posten konstatiert:

So ist erst seit wenigen Monaten ein Sekretär des Gebietskomitees (Landwirtschaft) und ein stellvertretender Oberbürgermeister von Pavlodar deutscher Nationalität.

In persönlichen Gesprächen brachten Vertreter der sowjetdeutschen Bevölkerung darüber einen gewissen Unmut zum Ausdruck. So auch der stellvertretende Oberbürgermeister, der auch weitere extreme Positionen vertrat. In offiziellen Gesprächen wurden solche Aussagen vermieden.¹⁴⁹²

¹⁴⁸⁹ ibid. S. 4f

¹⁴⁹⁰ ibid. S. 2f

¹⁴⁹¹ ibid. S. 10

¹⁴⁹² ibid. S. 5

Das Interesse der KPdSU charakterisierte die Delegation in ihrem Bericht wie folgt:

Die KPdSU wendet sich in wachsendem Maße der Problematik der Sowjetdeutschen zu. Im ZK der KPdSU wurde in der Unterabteilung für nationale Fragen ein Spezialist für diese Problematik - Gen. Auman, selbst Sowjetdeutscher, ... eingesetzt. (...)

Die nach wie vor steigende Zahl der Ausreisewünsche ist ein ständiger Druckpunkt, wie auch die BRD versucht, diese Frage in ihrem Interesse zu nutzen. Um dem entgegenzuwirken und den sozialistischen deutschen Staat in die Arbeit zur Wahrung und Entwicklung der nationalen Sprache und Kultur der Sowjetdeutschen einzubeziehen, ist die KPdSU an der engen Zusammenarbeit mit der DDR interessiert.

Dabei geht die KPdSU sehr vorsichtig vor, versucht eine Lösung der nationalen Belange der Sowjetdeutschen in den Gesamtkomplex der Klärung der Nationalitätenpolitik einzubeziehen und jegliche Hervorhebung dieser Fragestellung zu vermeiden.¹⁴⁹³

Im ZK der KPdSU wurde hervorgehoben, dass es bei der Unterstützung der DDR für die Arbeit der UdSSR mit der sowjetdeutschen Bevölkerung um keinen Wettbewerb mit der BRD gehen könne. Die Maßnahmen der DDR ... sollten dazu beitragen, bei den Sowjetdeutschen das Verständnis zu vertiefen, dass auch in der DDR ihre Landsleute leben, mit denen es größere Gemeinsamkeiten gebe als mit der BRD.¹⁴⁹⁴

Die Hoffnung der sowjetischen Seite, es genüge, die Deutschen ideologisch zu bearbeiten, um sie im Land zu halten, zeugt von den Illusionen, denen man sich noch im fünften Jahr der *Perestrojka* hingab, und dem Unvermögen der Partei, die Nationalitätenproblematik sowie deren Tragweite zu erfassen und Lösungsansätze selbst zu formulieren.

Die ZK-Delegation aus der DDR erfasste im Ansatz die Unzulänglichkeiten der sowjetischen Politik und distanzierte sich vorsichtig von der sozialistischen Führungsmacht:

Das Herangehen der sowjetischen Genossen erweckte den Eindruck, dass dabei der ausgeprägte Wunsch der Sowjetdeutschen nach Rehabilitierung und die negativen Folgen der massenhaften Ausreise in die BRD nicht genügend berücksichtigt werden.¹⁴⁹⁵

Klar wurden die Folgen der sowjetischen Untätigkeit vorausgesehen, hier unterschied sich die Analyse der DDR nicht von derjenigen der Bundesrepublik:

¹⁴⁹³ ibid. S. 10f

¹⁴⁹⁴ ibid. S. 5f

¹⁴⁹⁵ ibid. S. 11

Die Aufmerksamkeit der Sowjetdeutschen konzentriert sich gegenwärtig auf die Frage der Wiederherstellung der ASSR der Wolgadeutschen und die damit verbundene politische Rehabilitierung. Hier werden große Erwartungen gesetzt. Falls eine Entscheidung darüber hinausgezögert wird, scheint eine drastische Zunahme der Ausreise unvermeidlich.¹⁴⁹⁶

Aus der Reise zog die ZK-Delegation ein der Tendenz nach offenbar resignatives Fazit ohne operativen Elan. Die DDR würde sich politisch nicht mit einem Sonderprogramm für Sowjetdeutsche exponieren, sondern in den Beziehungen zur UdSSR Bewährtes auf diesen Bereich ausweiten:

Für die DDR ergibt sich, in enger, vertrauensvoller Abstimmung mit der KPdSU bzw. den staatlichen Organen die Arbeit mit den Sowjetdeutschen zu unterstützen. Dabei ist die Einordnung der Problematik der Sowjetdeutschen in den Komplex der gesamten nationalen Beziehungen der UdSSR durch die KPdSU in Rechnung zu stellen, wie auch die realen Interessen und Möglichkeiten der DDR. Im Vordergrund sollte für die DDR die Einbeziehung ihrer Aktivitäten in die bereits vorhandenen umfangreichen Formen der Zusammenarbeit mit der UdSSR stehen.¹⁴⁹⁷

Die Delegation schlug die Einrichtung einer koordinierenden Arbeitsgruppe beim MfAA unter Leitung von Oskar Fischer, dem damaligen Außenminister, vor. Eine Expertendelegation des Hoch- und Fachschulwesens sowie der Volksbildung sollte in die UdSSR entsandt, die *Urania*, eine Institution zur Verbreitung und Popularisierung wissenschaftlicher Kenntnisse, in die Lektionstätigkeit einbezogen werden und die Erfahrungen aus den Partnerschaftsbeziehungen sollten regelmäßig ausgewertet und alle Fragen der Kultur in die Arbeit der *Paritätischen Regierungskommission für kulturelle Zusammenarbeit* sowie die langfristige Vereinbarung über die kulturelle Zusammenarbeit mit der UdSSR einbezogen werden. Für das Jahresende 1989 schlug die ZK-Delegation eine gemeinsame Beratung mit dem ZK der KPdSU über die weitere Gestaltung der Kooperation vor.

Am 3. Mai 1989 befasste sich das Sekretariat des ZK der SED mit den Ergebnissen der *fact finding mission*. Wie vorgeschlagen, wurde das MfAA mit der Gründung einer Arbeitsgruppe zur Koordinierung beauftragt. Vorsitzender wurde Klaus Steinhofer, Leiter der Abteilung Sowjetunion. Weiter gehörten dem Komitee Vertreter der ZK-Abteilungen Internationale Verbindungen, Agitation und Auslandsinformation an sowie Abteilungsleiter aus den Ministerien für Hoch- und Fachschulwesen, für Volksbildung, für Kultur, Abteilungsleiter im Zentralvorstand der DSF, Vertreter des Staatssekretariats für Kirchenfragen

¹⁴⁹⁶ ibid.

¹⁴⁹⁷ ibid.

sowie der Abteilungen Kulturelle Auslandsbeziehungen und Auslandsinformation des MfAA. Die konstituierende Sitzung fand Anfang Juni 1989 statt.

In einer Ministervorlage vom 19. Mai 1989 wurde Oskar Fischer um Billigung einer Reihe von Maßnahmen gebeten, die z.T. aber nicht mehr zur Ausführung gelangten. Eine Anlage führte einzelne Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung auf - die DDR erwies sich über die der sowjetischen Seite übermittelten bundesdeutschen Vorschläge bestens informiert - und analysierte deren Politik:

Das Interesse der BRD an einer Einflussnahme auf die Sowjetbürger deutscher Nationalität ist in letzter Zeit weiter gestiegen. Offensichtlich im Zusammenhang mit größer werdenden innenpolitischen Problemen im Rahmen ihrer Umsiedlerpolitik, aber auch unter dem Blickwinkel der weiteren Ausgestaltung der Beziehungen zur UdSSR ist jedoch eine Veränderung in ihrem Herangehen zu verzeichnen. Der Schwerpunkt verlagert sich vor allem deutlich weg von der Förderung der Ausreisen hin zu einer Steigerung der Anzahl von Besuchsreisen in die BRD. Zugleich wird gegenüber der sowjetischen Führung verstärkt die Forderung erhoben, die politischen, sozialökonomischen und kulturellen Bedingungen für die Sowjetbürger deutscher Nationalität innerhalb der UdSSR zu verbessern. Die BRD ist um einen Ausbau der Kontakte zu den entsprechenden Dienststellen und Organisationen der UdSSR sowie speziell zu den Sowjetbürgern deutscher Nationalität bemüht.¹⁴⁹⁸

Am 9. Juni 1989, sicherlich nicht zufällig unmittelbar vor dem legendären, in Sachen Sowjetdeutsche aber enttäuschenden Gorbatschow-Besuch in der Bundesrepublik, hielt sich Außenminister Ševardnadze zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Berlin (Ost) auf. Als ein Ergebnis von Treffen mit Generalsekretär Honecker und Außenminister Fischer führte die Gemeinsame Mitteilung auf: "Beide Seiten kamen überein, bei der Pflege von Sprache und Kultur, Literatur und Kunst unter den Sowjetbürger deutscher Nationalität zusammenzuarbeiten. Dem dient auch die Aufnahme von Partnerbeziehungen zwischen dem Bezirk Schwerin und dem Gebiet Pavlodar."¹⁴⁹⁹ Darüber hinaus unterzeichneten beide Staaten ein Abkommen über die Errichtung eines Kultur- und Informationszentrums der DDR in der UdSSR.

Dafür, dass Honecker am 29. Juni 1989 in Moskau ein Abkommen zu den Sowjetdeutschen unterzeichnete, wie Jorgen Kühl unter Berufung auf die *Frankfurter Allgemeine* vom 30. Juni 1990 berichtet, gibt es keine Bestätigung¹⁵⁰⁰.

¹⁴⁹⁸ Ministervorlage des MfAA vom 19.5.89. Anhang. S. 5

¹⁴⁹⁹ Gemeinsame Mitteilung über den offiziellen Freundschaftsbesuch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR in der DDR, Neues Deutschland 10./11.6.89, S. 4

¹⁵⁰⁰ Kühl, J. *Die nationale Renaissance und die Autonomiediskussion bei den Deutschen in der Sowjetunion. Forschungsprojekt "Deutsche in der Sowjetunion und Aussiedler aus der UdSSR in der Bundesrepublik Deutschland"*, Arbeitsbericht Nr. 2. München: Osteuropa-Institut 1990, S. 31

Am 25. Juli 1989 vermerkte die Abteilung Agitation des ZK der SED zum Stand der Umsetzung des Beschlusses von 28. Februar 1989, dass das *Neue Deutschland* Kontakte mit dem *Neuen Leben* aufgenommen hatte und ab Herbst mit einem Austauschprogramm für Redakteure begonnen würde. ADN stünde unmittelbar vor Aufnahme direkter Zusammenarbeit mit der kasachischen Nachrichtenagentur KASTAG und im Kontakt mit den Zeitungen *Neues Leben* und *Freundschaft*, die mit ADN-Material beliefert werden wollten. Fernsehen und Rundfunk der DDR hatten den Programmaustausch mit kasachischen Partnerorganisationen, insbesondere deren deutschsprachigen Abteilungen, begonnen. Die *Schweriner Volkszeitung* arbeitete bereits eng mit der *Freundschaft* zusammen, gerade würde dessen stellvertretender Chefredakteur, Jakob Gerner, zu einem vierwöchigen Arbeitsaufenthalt in Schwerin weilen.¹⁵⁰¹

Eine weitere Evaluation erfolgte auf der Sitzung der Koordinationskommission des MfAA vom 15. August 1989. Neben der vollständigen Liste der bundesdeutschen Vorschläge für Maßnahmen lag den Teilnehmern an dem Treffen eine Informationsvorlage vor, die den Stand der Unterstützung der DDR für die Sowjetdeutschen zusammenfasste¹⁵⁰². Danach wurde im Bildungsbereich lediglich mit der "sprachlich-methodischen Begutachtung und Untersuchung von Lehrbüchern für den muttersprachlichen Deutschunterricht"¹⁵⁰³ begonnen. Mehr Fortschritte wären auf dem Gebiet der Kultur erreicht worden. Der Freundschaftsvertrag des Sorbischen Volkstheaters Bautzen mit dem Deutschen Schauspieltheater Temirtau wurde erfolgreich mit Leben erfüllt¹⁵⁰⁴, 19 belletristische Werke sowjetdeutscher Schriftsteller wären in der DDR erschienen, ebenso Beiträge sowjetdeutscher Autoren zum Germanisten-Jahrbuch DDR-UdSSR. Sowjetdeutsche Schriftsteller des kasachischen Schriftstellerverbandes hätten Kontakte zum DDR-Verband und zum Lektorenkollektiv der DDR in der UdSSR aufgenommen. Dem Sachstand lag eine umfangreiche Liste geplanter Maßnahmen sowie von Sowjetdeutschen an die DDR herangetragenere Wünsche bei. Darüber hinaus war der Hinweis enthalten, dass "mehrere Religionsgemeinschaften der DDR ... ihr Interesse an der Aufnahme und Pflege offizieller Beziehungen bekundet"¹⁵⁰⁵ hätten.

¹⁵⁰¹ Zum Stand der Realisierung des Sekretariatsbeschlusses des ZK vom 28.2.1989 über die Zusammenarbeit von Massenmedien der DDR mit deutschsprachigen Partnerorganen der Kasachischen SSR, Abteilung Agitation, 25.7.89

¹⁵⁰² Arbeitsgruppe zur Koordinierung aller Fragen des konkreten Zusammenwirkens der DDR und der UdSSR bei der Arbeit mit den Sowjetbürgern deutscher Nationalität. Informationsmaterial zu TOP 2 der Beratung am 15.8.89, Anhang mit bundesdeutschen Maßnahmen, 7.8.89

¹⁵⁰³ ibid. S. 1

¹⁵⁰⁴ vgl. *Nationalzeitung*, 11.5.89

¹⁵⁰⁵ Arbeitsgruppe zur Koordinierung aller Fragen des konkreten Zusammenwirkens der DDR und der UdSSR bei der Arbeit mit den Sowjetbürgern deutscher Nationalität. Informationsmaterial zu TOP 2 der Beratung am 15.8.89, Anhang mit bundesdeutschen Maßnahmen, 7.8.89, S. 3

Am 13. Oktober 1989, in der Endphase der DDR, traf die Leiterin der Abteilung Kultur des ZK der SED, Ragwitz, in Moskau mit dem stellvertretenden Leiter der Ideologie-Abteilung des ZK der KPdSU, Egorov, zusammen. Offenbar in völliger Verkennung der politischen Lage der DDR wurde eine ständige Arbeitsgruppe der ZK-Abteilungen zur "Realisierung der Langfristigen Konzeption der SED und der KPdSU zu Fragen der Entwicklung der kulturellen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR bis zum Jahre 2000" vereinbart¹⁵⁰⁶. Auf der ersten, für Dezember 1989 oder Januar 1990 geplanten Sitzung sollte die Unterstützung der sowjetdeutschen Bevölkerung erörtert werden¹⁵⁰⁷. "Gen. Egorov bat Genn. Ragwitz ausdrücklich darum, dieser Frage große Aufmerksamkeit zu schenken, da in Kürze ein entsprechender Beschluss über die Autonomie der Sowjetdeutschen veröffentlicht werden wird."¹⁵⁰⁸

Egorovs klare Äußerung überrascht auch in Kenntnis der innersowjetischen Entwicklungen in der Frage der Sowjetdeutschen. Offenbar war im ZK die Wiederherstellung der Wolgarepublik zu diesem Zeitpunkt noch beschlossene Sache und der Wille zur Wiedergutmachung des an den Sowjetdeutschen verübten Unrechts aufrichtig.

Das DDR-Politbüro und das ZK waren bereits zum zweiten Mal geschlossen zurückgetreten, Egon Krenz in der Regierung inzwischen von Hans Modrow abgelöst, als Oskar Fischer, noch immer Außenminister, am 13. Dezember 1989 Hugo Wormsbecher, den Ko-Vorsitzenden des Koordinierungsrates der am 29. März 1989 gegründeten Unionsgesellschaft der Sowjetdeutschen "Wiedergeburt", zu einem Gespräch im MfAA empfing. Wormsbecher schilderte die Probleme bei der Wiederherstellung der Wolgarepublik und die Hilfen, die die Bundesrepublik den Sowjetdeutschen leistete. "Unter den Sowjetdeutschen gäbe es eine gewisse Verwirrung, weil noch keine stabile Zusammenarbeit mit der sozialistischen DDR entwickelt werden konnte."¹⁵⁰⁹ Fischer räumte eine Lücke im Beziehungsgeflecht zur UdSSR ein und erläuterte bisherige und geplante

¹⁵⁰⁶ Kulturabteilung der Botschaft der DDR in der UdSSR, Arbeitsmaterial "Kulturtage", Zum Treffen der Leiterin der Abteilung Kultur des ZK der SED, Genn. U. Ragwitz, mit Gen. Egorov, Stellvertreter des Leiters der Ideologie-Abteilung des ZK der KPdSU, am 13.10.89

¹⁵⁰⁷ Ein Textvorschlag im Langfristigen Programm der Grundrichtungen für die kulturelle Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR bis zum Jahre 2000 ist 1989 noch erarbeitet worden: "In Übereinstimmung mit den Vorstellungen und Wünschen des sowjetischen Partners verstärkt die DDR ihr Engagement in der Arbeit mit den Sowjetbürgern mit deutscher Nationalität und ihren kulturellen Einrichtungen." (S. 6)

¹⁵⁰⁸ Kulturabteilung der Botschaft der DDR in der UdSSR, Arbeitsmaterial "Kulturtage", Zum Treffen der Leiterin der Abteilung Kultur des ZK der SED, Genn. U. Ragwitz, mit Gen. Egorov, Stellvertreter des Leiters der Ideologie-Abteilung des ZK der KPdSU, am 13.10.89

¹⁵⁰⁹ Niederschrift über ein Gespräch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Oskar Fischer, mit dem Ko-Vorsitzenden des Koordinierungsrates der Unionsgesellschaft der Sowjetdeutschen "Wiedergeburt", Hugo Wormsbecher, am 13.12. 1989 im MfAA, S. 2

Maßnahmen. Auf Wormsbechers Frage, ob eine Ansiedlung der Sowjetdeutschen im Kaliningrader Gebiet, die, würde sie von der sowjetischen Führung vorgeschlagen, durchaus eine Lösung der Deutschenfrage darstellen könnte, der DDR oder der VR Polen Probleme bereiten würde, antwortete Fischer, es handele sich natürlich um eine souveräne Entscheidung der UdSSR, aber "für die DDR erwachsen daraus keine Schwierigkeiten."¹⁵¹⁰ Ein Hinweis darauf, dass auch umgekehrt, seitens der Sowjetdeutschen, das Interesse an einer Zusammenarbeit mit Stellen der DDR nur begrenzt war, findet sich in der Gesprächsnotiz. Wormsbecher erklärte danach: "Die in der DDR eingeleiteten Prozesse hätten dazu geführt, dass das Interesse der Sowjetdeutschen an der DDR spürbar gewachsen ist."¹⁵¹¹

Mit einer Verfügung vom 9. Februar 1990 stimmte Hans Modrow als Vorsitzender des Ministerrates der DDR Verhandlungsdirektiven der Abteilung Kulturelle Auslandsbeziehungen des MfAA für die Kulturarbeitspläne 1990 zu, die erstmals auch deutsche Volksgruppen im Ausland in die auswärtige Kulturpolitik der DDR einbezogen:

Besonderer Wert ist darauf zu legen, vertragliche Grundlagen für die Einbeziehung von Bevölkerungsgruppen deutscher Nationalität in die kulturellen und wissenschaftlichen Auslandsbeziehungen zu schaffen.¹⁵¹²

Wenige Tage später, am 13. Februar 1990, fasste der Ministerrat der DDR einen "Beschluss über die Konzeption für das Vorgehen der DDR zur Unterstützung der UdSSR bei der Arbeit mit den Sowjetbürgern deutscher Nationalität". Diese Konzeption war das Ergebnis der im Auftrag des ZK der SED vom 3. Mai 1989 eingerichteten koordinierenden Arbeitsgruppe. Inhalt und Diktion des Dokuments, das zunächst als Vorlage an das Sekretariat des ZK geplant war, sind noch ganz im Stil des *ancien régime* - man möchte denken, die Maueröffnung und das Ende der absoluten SED-Herrschaft habe für die Autoren nicht stattgefunden. Die alte Intention der Hilfe für Sowjetdeutsche als ideologischer Schulterschluss von UdSSR und DDR gegen die Bundesrepublik war ohne Brüche umgesetzt. Andererseits beweist das Papier, welchen Illusionen über die Zukunft des SED-Staates sich Hans Modrow acht Tage nach Aufnahme von Oppositionspolitikern in seine Regierung noch immer hingeben haben musste.

¹⁵¹⁰ ibid. S. 2, inzwischen hat Polen mehrfach gegen eine Ansiedlung Sowjetdeutscher im ehemaligen Ostpreußen bei der Bundesregierung protestiert.

¹⁵¹¹ ibid. S. 3

¹⁵¹² Verfügung Nr. 22/90 vom 9.2.90 des Vorsitzenden des Ministerrates, Hans Modrow, zur Direktive für die Gestaltung der Vertragsbeziehungen auf dem Gebiet der kulturellen und wissenschaftlichen Auslandsbeziehungen (KAB) im Jahre 1990 v. 25.1.90 der Abteilung Kulturelle Auslandsbeziehungen des MfAA, S. 2

Die DDR unterstützt in Übereinstimmung mit ihren Möglichkeiten die UdSSR bei der Arbeit mit den Sowjetbürgern deutscher Nationalität. Sie entspricht damit einer Bitte der sowjetischen Führung.

Hauptziel ist, damit einen Beitrag zu leisten zur Vertiefung des Bündnisses mit der UdSSR und zur Stärkung des Ansehens der DDR. Zugleich sind die Aktivitäten der DDR auf die Förderung der schöpferischen Mitarbeit der Sowjetbürger deutscher Nationalität bei der Verwirklichung der Politik der UdSSR gerichtet. Angesichts der Bemühungen der BRD um Einflussnahme auf die Sowjetbürger deutscher Nationalität kommt dem aktiven Wirken der DDR besondere politische Bedeutung zu.

Ausgangspunkt für die Zusammenarbeit sind die zwischen der DDR und der UdSSR getroffenen grundsätzlichen Vereinbarungen. Grundsatz des Vorgehens der DDR ist eine enge Abstimmung mit der sowjetischen Regierung.¹⁵¹³

Beim Ausbau bestehender Aktivitäten verschrieb sich die damalige DDR einem zwar hinsichtlich der sowjetischen Regierung kooperativen, aber doch offenbar ideologisch geläuterten und eher realistischen Ansatz für Hilfsmaßnahmen - vermutlich ein Ergebnis der zutreffenden nüchternen Berichterstattung ihrer Botschaft und der SED-Emissäre über die wirkliche Lage und Bedürfnisse sowie politischen Forderungen der deutschen Minderheit in der Sowjetunion. Bemerkenswert ist ebenfalls, dass die DDR offenbar noch von der bevorstehenden Wiedererrichtung der Wolgarepublik ausging, obwohl diese Möglichkeit zum Zeitpunkt des Ministerratsbeschlusses bereits in weite Ferne gerückt war:

Zu beachten ist, dass die UdSSR die Lösung des Problems der Sowjetbürger deutscher Nationalität als festen Bestandteil des Gesamtkomplexes der weiteren Gestaltung der zwischennationalen Beziehungen in der UdSSR sieht. Bei Schaffung einer territorialen Autonomie für die Sowjetbürger deutscher Nationalität sind die Aktivitäten der DDR vornehmlich auf dieses Gebiet zu konzentrieren. Dazu sind offizielle Kontakte zu den zuständigen sowjetischen Organen und Interessenvertretungsgremien der Sowjetbürger deutscher Nationalität mit dem Ziel aufzunehmen, die realen Interessen, Wünsche und Bedingungen zu deren Unterstützung zu ergründen und die Maßnahmen abzustimmen.¹⁵¹⁴

Zu den Vorschlägen im politischen Bereich, die dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR "mit der Bitte um Meinungsäußerung zu übermitteln ... Termin: sofort" waren¹⁵¹⁵, gehörte die "Einladung einer Delegation des Koordinierungszentrums der

¹⁵¹³ Beschluss des Ministerrats der DDR über die Konzeption für das Vorgehen der DDR zur Unterstützung der UdSSR bei der Arbeit mit den Sowjetbürgern deutscher Nationalität, 14/I.9/90 v. 13.2.90, S. 1; s. Anhang 16

¹⁵¹⁴ ibid. S. 2

¹⁵¹⁵ ibid. S. 1

Unionsgesellschaft 'Wiedergeburt' unter Leitung ihres Präsidiumsvorsitzenden H. Groth zu einem Besuch in die DDR"¹⁵¹⁶, die Empfehlung an die mit ca. sechs Millionen Mitgliedern zweitgrößte Massenorganisation der DDR, die *Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft* (DSF), auch im Bereich der Sowjetdeutschen tätig zu werden und "offizielle Beziehungen zur Unionsgesellschaft der Sowjetdeutschen 'Wiedergeburt' aufzunehmen"¹⁵¹⁷. Dazu ist es aber nicht mehr gekommen.

Nach der Vereinigung beider deutscher Staaten reorganisierte sich die DSF in eine Dachorganisation der Landesverbände der neuen Bundesländer. In einem Merkblatt ("Was will die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft?) hieß es, "den Sowjetdeutschen will sie helfen, in der UdSSR ihre Heimat zu finden und ihr Deutschtum zu pflegen"¹⁵¹⁸. In einem Bericht des neuen Vorsitzenden des Zentralausschusses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, des Ost-Berliner Pfarrers Cyrill Pech, auf dem Föderativen Verbandstag am 16. Februar 1991 in Berlin hieß es zum Arbeitsfeld "Begegnungen und humanitäre Aktionen": "Hier wollen wir mit dem Kuratorium zur Unterstützung deutscher Minderheiten im Ausland und dem VDA zusammenarbeiten zur Realisierung von Projekten zur Unterstützung Sowjetdeutscher in der UdSSR ..." ¹⁵¹⁹. In den Empfehlungen für die inhaltliche Arbeit wurde als konkretes Beispiel die Hilfe für die Petri-Gemeinde und die Petri-Schule Leningrad/St. Petersburg genannt.¹⁵²⁰ Das Kuratorium zur kulturellen Unterstützung deutscher Minderheiten im Ausland (s.u.) förderte dasselbe Projekt.

Auf einer gemeinsamen Reise nach Moskau mit dem Vorsitzenden der *Arbeitsgemeinschaft der Gesellschaften Bundesrepublik Deutschland-UdSSR* (ARGE), MdB Sperling, und dem Vorsitzenden der DSF West-Berlin, Franz von Hammerstein, sprach Pfarrer Pech am 7. Mai 1990 mit Hugo Wormsbecher und Jurij Haar über Probleme und Pläne der Sowjetdeutschen sowie über mögliche Unterstützungsmaßnahmen durch die DSF. Konkrete Zusammenarbeit meldet das *Neuen Leben* im Sommer 1991 anlässlich von Aktivitäten des DSF-Landesverbandes Sachsen-Anhalt.¹⁵²¹

¹⁵¹⁶ ibid. Anlage S. 1; dazu ist es nicht mehr gekommen. Groth traf Ende Juli oder Anfang August 1990 in der Botschaft der DDR in Moskau lediglich das Mitglied des Präsidiums des Kuratorium zur kulturellen Unterstützung deutscher Minderheiten im Ausland, Hans-Joachim Böhme, vgl. *Neues Leben* Nr. 33 vom 8.8.90

¹⁵¹⁷ ibid. Anlage S. 1; im Sachstand der Arbeitsgruppe vom 7.8.89 hieß es noch: "Seitens der DSF gibt es bisher keine speziellen Kontakte zu Sowjetbürgern deutscher Nationalität oder ihren gesellschaftlichen Institutionen." (Arbeitsgruppe zur Koordinierung aller Fragen des konkreten Zusammenwirkens der DDR und der UdSSR bei der Arbeit mit den Sowjetbürgern deutscher Nationalität. Informationsmaterial zu TOP 2 der Beratung am 15.8.89, S. 3)

¹⁵¹⁸ Merkblatt des Föderativen Vorstands vom September 1991, S. 2

¹⁵¹⁹ Bericht des Vorsitzenden des Zentralausschusses der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft auf dem Föderativen Verbandstag am 16.2.91, S. 12

¹⁵²⁰ Empfehlungen für die inhaltliche Arbeit der "Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft", Zusammenfassung wichtiger Projekte und Aktionen der Landesverbände der Gesellschaft für DSF sowie des Dachverbandes im Jahr 1990/91, o.D., S. 2

¹⁵²¹ *Neues Leben* Nr. 28 vom 10.7.91

Der für die Folgezeit wichtigste Punkt in dem neunseitigen Maßnahmenkatalog zum Ministerratsbeschluss vom 13. Februar 1990 war die Gründung eines *Kuratoriums zur Erhaltung und Pflege der deutschen Kultur bei den Sowjetbürgern deutscher Nationalität* beim Ministerium für Kultur der DDR. Dem Kuratorium sollten führende Persönlichkeiten des kulturellen und künstlerischen Lebens der DDR angehören. Neben der Koordinierungsfunktion hatte es in alter Tradition die Aufgabe, Maßnahmen der Bundesrepublik zu beobachten:

Das Kuratorium widmet sich im wesentlichen:

- der kontinuierlichen Förderung der kulturellen Aktivitäten zusammen mit den sowjetdeutschen Bürgern in Verbindung mit einer ständigen Einschätzung der Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen
- der gründlichen wissenschaftlichen Erforschung der kulturellen Traditionen, der Sitten und Volksbräuche in Verbindung mit neuen sich herausbildenden kulturellen Interessen als Grundlage für die Erhaltung und Pflege der deutschen Kultur
- der Koordinierung der Arbeit mit den sowjetdeutschen Bürgern auf kulturellem Gebiet zwischen dem Ministerium für Kultur der DDR und seinen nachgeordneten Einrichtungen als Hauptträger der Arbeit mit anderen Kulturinstitutionen und gesellschaftlichen Organisationen der DDR, wie dem Kulturbund, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, der FDJ u.a. und dem Ministerium für Kultur der UdSSR sowie den Organen der sowjetdeutschen Bevölkerung
- der Initiierung einer breiten, interessanten und vielseitigen Öffentlichkeitsarbeit auf kulturellem Gebiet
- der aufmerksamen Analyse der kulturellen Aktivitäten der BRD unter der sowjetdeutschen Bevölkerung und ihrer Wirkung
- der ständigen Abstimmung der Arbeit mit der Arbeitsgruppe zur Koordinierung aller Fragen des konkreten Zusammenwirkens der DDR und der UdSSR bei der Arbeit mit den Sowjetbürgern deutscher Nationalität beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR

V.[erantwortlich]: Minister für Kultur¹⁵²²

Die Konzeption wurde dem sowjetischen Außenministerium noch im Februar 1990 übergeben. Aus mehreren Vorlagen aus der Zeit nach der demokratischen Volkskammerwahl am 18. März 1990 für MfAA-Staatssekretär Misselwitz und Minister Markus Meckel geht hervor, dass die UdSSR dazu nicht mehr Stellung genommen hat. In einer Ministervorlage vom Juli 1990 hieß es:

¹⁵²²

Beschluss des Ministerrats der DDR über die Konzeption für das Vorgehen der DDR zur Unterstützung der UdSSR bei der Arbeit mit den Sowjetbürgern deutscher Nationalität, 14/I.9/90 v. 13.2.90. Anlage S. 4f

Die Konzeption ist von den politischen Entwicklungen in den zurückliegenden Monaten sowohl konzeptionell als auch hinsichtlich der darin enthaltenen Vorschläge für konkrete Maßnahmen überholt. Davon geht offensichtlich auch die sowjetische Seite aus.¹⁵²³

Waren die Autoren der Vorlage auch noch dieselben wie zum Ende der Regierung Modrow, so hatte sich das Außenministerium unter Leitung von Markus Meckel inzwischen von der einseitigen Anlehnung an die UdSSR abgewandt und die Zeichen der Zeit endgültig erkannt: Alle Papiere enthalten den Hinweis, dass die Frage der Maßnahmen nun mit dem Auswärtigen Amt aufzunehmen und abzustimmen sei.

Das im Ministerratsbeschluss vom 13. Februar 1990 vorgesehene Kuratorium wurde am 7. März 1990 gegründet. Allerdings hieß es nun *Kuratorium zur kulturellen Unterstützung deutscher Minderheiten im Ausland e.V.* und hatte sich damit einen viel breiteren, etwa dem bundesrepublikanischen VDA entsprechenden Wirkungskreis gegeben¹⁵²⁴. Präsident wurde Leonhard Kossuth, Leiterin des Länderarbeitskreises Sowjetunion, in dem auch die MfAA-Unterabteilung Sowjetunion vertreten war, wurde die Historikerin Erika Voigt (Akademie der Wissenschaften/Institut für Allgemeine Geschichte). Zu der vom Kuratorium gewünschten kollektiven Mitgliedschaft des MfAA ist es nicht mehr gekommen. Das Kuratorium hatte im März 1991 noch 2 1/2 hauptamtliche Mitarbeiter und finanzierte sich aus Mitteln des Kulturfonds der ehemaligen DDR sowie aus Spenden.

Der letzte hier feststellbare eigenständige Akt der DDR im Hinblick auf die Sowjetdeutschen war die Unterzeichnung eines "Protokolls über die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Kultur der DDR und dem Ministerium für Kultur der UdSSR für das Jahr 1991" durch Herbert Schirmer, Minister für Kultur der DDR, und Nikolaj Gubenko, Minister für Kultur der UdSSR, am 7. Juni 1990 in Berlin. Art. 5 enthält neben einer Zusage zur gemeinsamen Hilfe an die Sowjetdeutschen zur Bewahrung ihrer kulturellen Identität und der Förderung des Deutschen Theaters Alma Ata auch einen Absatz zum Kuratorium:

Die Seiten erklären, dass sie das in der DDR gebildete "Kuratorium zur Unterstützung der Sowjetbürger deutscher Nationalität bei der Erhaltung und Pflege ihrer Kultur" in seinem Zusammenwirken mit der Zentralleitung und den Re-

¹⁵²³ Vorlage der Abteilung 2 des MfAA an Minister Meckel. Undatiert, nach Wiedervorlagevermerken vermutlich zwischen Mitte und 25. Juli 1990, S. 1

¹⁵²⁴ In einem Gespräch am Rande des Außerordentlichen Kongresses der Sowjetdeutschen vom 12.-15.3.91 teilte mir Frau Dr. Voigt mit, das Kuratorium unterstütze Deutsche in Polen, der CSFR, Ungarn und der UdSSR. vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 969/91 vom 15.3.91, Pol 320.16

gionalleitungen der Allunionsgesellschaft der Sowjetdeutschen "Wiedergeburt" sowie mit den informellen gesellschaftlichen Organisationen (Sowjetischer Kulturfonds, Slawischer Fonds Russlands) unterstützen.

Für diesen Zweck stehen 20 Tage für den Personenaustausch zur Verfügung.¹⁵²⁵

Einen vergleichbaren "offiziellen Segen" hatte die bundesrepublikanische Hilfe nie erlangen können. Am selben 7. Juni 1990 gab sich das Kuratorium eine neue Satzung als gemeinnütziger e.V.¹⁵²⁶ Aktivitäten des Kuratoriums sind im September 1990 nachweisbar, als eine Delegation unter Leitung von seinem Präsidenten Leonhard Kossuth Gespräche in Moskau und Alma Ata führte. Präsidiumsmitglied Hans-Joachim Böhme traf sich Ende Juli/Anfang August 1990 in der DDR-Botschaft in Moskau mit Heinrich Groth, dem Vorsitzenden der "Wiedergeburt". Kuratoriumsvertreter nahmen an den Kongressen der "Wiedergeburt" vom 14.-18.8.90 und vom 12.-15.3.91 sowie vom 18.-20.10.91 teil. Die Arbeit des Kuratoriums konzentrierte sich auf die Lieferung von Schulbüchern in Zusammenarbeit mit dem Verlag "Volk und Wissen", Film- und Buchprojekte über die Sowjetdeutschen, auf die Förderung des Deutschen Theaters Alma Ata und des Kulturhauses Ussik/Alma Ata sowie auf eine Reihe von Austauschprogrammen¹⁵²⁷. Eine Zusammenarbeit mit Stellen der Bundesregierung oder dem Goethe-Institut ist trotz Anfragen des Kuratoriums nicht zustande gekommen.

Unter der Ägide Meckel begann sich auch die Gesellschaft *Neue Heimat - Vereinigung in der DDR für Verbindung mit Bürgern deutscher Herkunft im Ausland* für die Sowjetdeutschen zu interessieren.¹⁵²⁸ Diese 1964 als Instrument der SED-Auslandspropaganda gegründete und an die *Liga für Völkerfreundschaft* angegliederte Organisation wäre zwar spätestens mit der Vereinigung mit dem 1960 gegründeten *Arbeitskreis zur Pflege der deutschen Sprache und Kultur* gut für kulturelle Projekte zugunsten der Sowjetdeutschen geeignet gewesen, sie beschränkte ihre Tätigkeit in den 60er Jahren jedoch auf Rumänien, Ungarn, Lateinamerika etc. Nach 1973 verlor sie ihre Bedeutung, kulturellen Einflüssen aus der Bundesrepublik entgegenzuwirken, vollständig an Botschaften und Freundschaftsgesellschaften. Über sie war in der DDR nicht mehr berichtet worden¹⁵²⁹. Um so

¹⁵²⁵ Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Kultur der DDR und dem Ministerium für Kultur der UdSSR für das Jahr 1991 vom 7.6.90, Art. 5, Abs. 5

¹⁵²⁶ geändert am 19.1.91, eingetragen ins Vereinsregister Charlottenburg

¹⁵²⁷ *Neues Leben*, Nr. 33 vom 8.8.90, Nr. 4 vom 23.1.91

¹⁵²⁸ Aufzeichnung für StS Misselwitz von der Abteilung Sowjetunion des MfAA, vermutlich Juni 1990, S. 2

¹⁵²⁹ *DDR-Handbuch. Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen.* ³1985, Bd. 1, S. 548

erstaunlicher ist ihre Wiederbelebung in jüngster Zeit. Die *Neue Heimat* verabredete am 16. März 1990 mit dem VDA eine förmliche Zusammenarbeit¹⁵³⁰.

¹⁵³⁰

Kühl, J. *Die nationale Renaissance und die Autonomiediskussion bei den Deutschen in der Sowjetunion. Forschungsprojekt "Deutsche in der Sowjetunion und Aussiedler aus der UdSSR in der Bundesrepublik Deutschland"*, Arbeitsbericht Nr. 2. München: Osteuropa-Institut 1990, S. 32

V. Russland und Deutschland: Der Beginn einer gemeinsamen Politik zugunsten der deutschen Minderheit ab Mitte 1991

1. Einsetzung der Kommission des Ministerrates der RSFSR

Russland hatte mit der Bier-Kommission des Obersten Sowjets und insbesondere mit dem Gesetz vom 26. April 1991 hinsichtlich der Nationalitätenpolitik zugunsten der Deutschen neue Maßstäbe gesetzt. Am 22. Mai 1991 ging die RSFSR einen Schritt weiter und gründete zur Umsetzung des Gesetzes vom 26. April 1991 beim Ministerrat sieben Kommissionen zu den repressierten Völkern, darunter eine zu den Deutschen. Den Vorsitz dieser Kommission übernahm Leonid Prokop'evič Prokop'ev, der Vorsitzende des Komitees der RSFSR für Nationalitätenangelegenheiten (*Goskonnac*)¹⁵³¹. In die Kommission wurden nach einer Vereinbarung zwischen Prokop'ev und dem Organisationskomitee vom 28. Mai 1991 neben Angehörigen der "Wiedergeburt" auch deutsche Mitglieder des Organisationskomitees aufgenommen¹⁵³². Mit Bestätigung der neuen Kommission durch das Präsidium des Obersten Sowjets der RSFSR am 3. Juni 1991¹⁵³³ wurde die am 22. April 1991 beim Präsidium eingesetzte Bier-Kommission aufgelöst¹⁵³⁴. Rauschenbach begrüßte die neue Kommission, die am 14. Juni 1991 erstmals tagte, emphatisch: "Endlich hat die Arbeit begonnen!"¹⁵³⁵

¹⁵³¹ *Neues Leben*, 5.6.91, S. 2

Prokop'ev wurde 1934 geboren, ist Tschuwasche, KP-Mitglied seit 1959, u.a. 1975 Vorsitzender des Ministerrates der Tschuwaschischen ASSR, stellvertretender Vorsitzender der Kommission für Gesundheitswesen, Sozialfürsorge und Sport sowie Deputierter des Obersten Sowjets der RSFSR, vor seiner Ernennung zum Vorsitzenden des Komitees am 21.11.90 war er Abteilungsleiter für Sozial-wirtschaftliche Entwicklung des Präsidiums des Obersten Sowjets der RSFSR.

¹⁵³² *Neues Leben*, 17.7.91; danach stellte das Organisationskomitee zur Vorbereitung des Kongresses der Deutschen der UdSSR als Mitglieder Wormsbecher und Bauer, die "Wiedergeburt" Diesendorf und Dajnes. stellvertretende Vorsitzende wurden der Abgeordnete A.F. Bier, N.P. Grišin (Vorsitzender des Gebietsexekutivkomitees Saratov), I.R. Šabunin; (Vorsitzender des Gebietsexekutivkomitees Volgograd). Darüber hinaus gehörten der Kommission folgende Personen an: V.G. Trofimov (Referent im Ministerrat der RSFSR und Sekretär der Kommission), I.P. Zotov (stellvertretender Unterabteilungsleiter im Finanzministerium der RSFSR), V.I. Kaljaev (stellvertretender Vorsitzender der Volksdeputierten des Oblast' Saratov), Ju.V. Korjarov (stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volksdeputierten des Oblast' Volgograd), N.V. Komov (stellvertretender Vorsitzender des Komitees der RSFSR für Nationalitätenangelegenheiten), A.N. Klinkov (stellvertretender Unterabteilungsleiter im Innenministerium der RSFSR), V.E. Serjakov (Erster Stellvertretender Vorsitzender des Komitees der RSFSR für Nationalitätenangelegenheiten), A.F. Čajkovskij (Abgeordneter der RSFSR), S.B. Jagodin (stellvertretender Vorsitzender der Vereinigung "Migracija" des Ministeriums für Arbeit der RSFSR)

¹⁵³³ *Neues Leben*, 5.6.91, S. 2

¹⁵³⁴ "Iz oficial'nych istočnikov". Informacionnyj Bjuulleten' N. 4 des Organisationskomitees (liegt dem Verfasser vor), abgedruckt in: *Deutsche Allgemeine/Nemeckaja Gazeta* vom 7. bzw. 8.6.91, S. 3; die Geschäftsordnung des Obersten Sowjets erlaubte die Einsetzung derartiger Kommissionen zu bestimmten Themen ohnehin nur für einen kurzen Zeitraum

¹⁵³⁵ Rauschenbach in: "Šagi, ukrepljajuščie nadeždu", Informacionnyj Bjuulleten' N. 4 des Organisationskomitees (liegt dem Verfasser vor), abgedruckt in: *Deutsche Allgemeine/Nemeckaja Gazeta* vom 7. bzw. 8.6.91

Die Kommission des Obersten Sowjets der RSFSR beriet am 8. Juli 1991 zwei Konzepte der Wiederherstellung der Staatlichkeit der Deutschen, von denen laut Gerhard Wolter, Mitglied des im März 1991 gewählten Rates der Deutschen und der ehemaligen Bier-Kommission, eines auf die "Wiedergeburt" zurückgehe, die als nächsten Schritt einen Grundsatzbeschluss zur Wiederherstellung fordere, dem dann in einzelnen Etappen Schritte zur konkreten Verwirklichung der Staatlichkeit folgen sollten. Das andere, umgekehrte Konzept stamme von Prokop'ev, das in etwa auf der vom Organisationskomitee vertretenen Linie liege. Nach Wolter "urteilte die Kommission, dass das erste Konzept das Problem überstürzt, das zweite dagegen zu langsam zu lösen versuche ..." ¹⁵³⁶, und reiste Mitte Juli 1991 in das Gebiet der früheren Wolgarepublik, um vor Ort Möglichkeiten einer Autonomie zu sondieren. Damit wurde das Gebiet zum dritten Mal von einer offiziellen Kommission besucht - nach den Kommissionen unter Leitung von Kiselev bzw. Gusev.

2. Erklärungen El'cins und Begegnung mit Genscher

Präsident El'cin setzte am 20. Juli 1991 auf einer Pressekonferenz am Rande der Unterzeichnung eines Grundlagenvertrages mit der Republik Kirgistan ein weiteres positives Zeichen der RSFSR an die Deutschen. Laut TASS sagte er, "die deutsche Bevölkerung sei einem Diktat unterworfen worden, man habe sie deportiert. Nun müsse die Gerechtigkeit triumphieren. 'Wir werden eine Lösung für ein kompaktes Siedlungsgebiet von Deutschen in Russland finden'" ¹⁵³⁷. Dies war die erste öffentliche Einlassung des russischen Präsidenten zu den Deutschen, sieht man von seinem schriftlichen Grußwort für die 3. (Außerordentliche) Konferenz der "Wiedergeburt" vom August 1990 ab. Am 16. August 1991 sagte El'cin anlässlich eines offiziellen Besuches in Alma Ata, der Hauptstadt Kasachstans, auf einer Pressekonferenz:

Natürlich muss die Gerechtigkeit triumphieren. Die Deutschen, die deutsche Bevölkerung, wurden Opfer des totalitären Diktats, der Deportation. Jedoch nach jener Zeit entstanden dort neue Dörfer, neue Städte. Ich meine im Wolgagebiet. Wir haben jetzt auf Ebene des Obersten Sowjets eine spezielle Kommission zu dieser Frage gegründet, die äußerst sorgfältig arbeitet. Wobei in Betracht zu ziehen ist, dass sie auf zeitlich unbegrenzter Grundlage arbeitet und eine Lösung für dieses Problem sucht. Dass es gelöst werden muss, davon bin ich überzeugt. Es gibt immerhin 2 Millionen Deutsche. Und wenn es uns nicht gelingt, dieses Problem zu lösen, dann wird die Emigration nicht auf diesem Niveau bleiben, sondern noch steigen. Daher

¹⁵³⁶

dpa, zitiert nach: *BPA-Nachrichtenspiegel Ausland*, 12.7.91, S. 2f

¹⁵³⁷

TASS (russ) 20.7.91; zitiert nach: *DW Monitor-Dienst*, 22.7.91, S. 17. In Kirgistan lebten seinerzeit vermutlich noch ca. 50.000 Deutsche.

bin ich sicher, dass wir eine Lösung finden werden, wie schwierig es auch sein mag, wir finden eine Lösung für eine kompakte Ansiedlung der Deutschen in der Russischen Föderation. Darüber hinaus, was die Vertretung der Rechte anbelangt, so erfolgt dies nach der Annahme der neuen Verfassung der Russischen Föderation, die, davon gehen wir aus, noch in diesem Jahr angenommen wird ... Wir brauchen ein Zweikammerparlament. Dann ... werden in der Nationalitätenkammer nicht nur die Vertreter von Nationen und Nationalitäten sitzen, die über ein Verwaltungsgebiet verfügen, sondern ... auch die Deutschen ... nach der Anzahl ihrer Einwohner. Wir sind der Auffassung, dass dies ihr Recht ist, und wir müssen dieses Recht endlich in der Verfassung festschreiben.¹⁵³⁸

Die Forderung nach Vertretung im Obersten Sowjet hatten die Deutschen bereits in Dokumenten zum März-Kongress 1991 formuliert. Trotz der vielversprechenden Absichtserklärungen El'cins wurde sie bislang nicht verwirklicht.

Auf Fragen von Konstantin Ehrlich von der *Deutschen Allgemeinen* ergänzte El'cin:

Wir, zumindest die vom Obersten Sowjet der RSFSR gegründete Kommission, arbeiten eine lange Zeit daran, wie und wo ein Raum im Wolgagebiet zu finden wäre, wo sie kompakt angesiedelt werden könnten. Immerhin handelt es sich dabei um 800.000 Menschen. Es hat sich gezeigt, dass es kompliziert ist. Auf jeden Fall sind alle führenden Funktionäre im Wolgagebiet dagegen. So dass wir auch noch gegen sie werden ankämpfen müssen. Ich bin aber überzeugt, dass diese Frage trotzdem gelöst werden muss ... Ich kann Ihnen nicht direkt das Datum, die Stunde, das Jahr nennen, auch nicht sagen, wann darüber entschieden sein wird, glaube aber, dass dies bei gutem Willen der Führung der Russischen Föderation erfolgt. (...) Vielleicht wird nicht nur ein kompakter Ort, vielleicht werden zwei, drei oder vier Orte in Frage kommen. Jedenfalls wird sich ein solcher Ort finden, damit diese kompakten Siedlungsgebilde der Wolgadeutschen zustande kommen.

Nun zum Kongress. Ich bin dazu eingeladen, und nichts außer vielleicht mein Tod, könnte mich daran hindern, ihm beizuwohnen. Wenn ich am Leben bin, komme ich zu diesem Kongress.¹⁵³⁹

El'cins sollte sein Versprechen jedoch nicht einlösen. Auf dem Kongress wurde erneut lediglich ein Grußwort von ihm verlesen. Seine Erklärungen in Alma Ata fanden auch in bundesdeutschen Zeitungen ihren Niederschlag¹⁵⁴⁰. Die "Wiedergeburt" zeigte sich indes enttäuscht über die "wenig konkreten Äußerungen El'cins", so Groth gegenüber der *Frankfurter Allgemeinen* am 18. August 1991. Die einzig wirkliche Zusage El'cins gelte der Teilnahme am Kongress der Sowjetdeutschen¹⁵⁴¹.

¹⁵³⁸ *Deutsche Allgemeine*, 17.8.91

¹⁵³⁹ *Deutsche Allgemeine*, 20.8.91; gemeint ist der "offizielle" Kongress, der nun vom 18.-20.10.91 stattfinden sollte; zitiert auch in: *Neue Zeit*, 43/1991, S. 17

¹⁵⁴⁰ *Süddeutsche Zeitung*, 19.8.91; *Frankfurter Allgemeine*, 19.8.91

¹⁵⁴¹ *Frankfurter Allgemeine*, 19.8.91; letztlich sollte El'cin aber doch nicht teilnehmen, sondern wiederum nur ein Grußwort übersenden.

Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. kritisierte darüber hinaus die zweifelhafte Grundlage der hohen Zahl von angeblich 800.000 Umsiedlungswilligen, die El'cin genannt hatte, obwohl 1941 in der Wolgarepublik kaum 400.000 Deutsche lebten - bei einer Gesamtbevölkerung von 650.000 Personen. Als besorgniserregend bezeichnete es Anton Bosch, Bundesvorstandsmitglied der Landsmannschaft, dass El'cin in einem ARD-Interview mit Gerd Ruge die längst widerlegte Aussage wiederholt habe, das Territorium der ehemaligen deutschen Republik sei besiedelt. Danach habe El'cin gesagt, es sei "äußerst schwierig, die Wolga-Deutschen jetzt alle in einer Region anzusiedeln"¹⁵⁴². Bosch folgerte daraus: "Das Ganze lässt darauf schließen, dass sich Boris El'cin über das Schicksal der deutschen Volksgruppe in Russland zumindest nicht im klaren ist."¹⁵⁴³ Diese Befürchtung musste einen Beobachter auch nach den bisherigen Einlassungen Gorbačevs zu dieser Thematik beschleichen. El'cin lieferte mit seinen Äußerungen im Gespräch mit Genscher am 10. September 1991 und vom 8. Januar 1992¹⁵⁴⁴ anlässlich seines Besuches an der Wolga, die unter den Deutschen und sogar in der sowjetischen Öffentlichkeit, aber auch bei der Bundesregierung zu großen Irritationen führten, weitere Beweise für den Dilettantismus der Führungspersonlichkeiten im Umgang mit der Nationalitätenpolitik, dem wohl kompliziertesten Problemfeld der UdSSR und ihrer Nachfolgestaaten.

Am 10. September 1991, nur wenige Tage nach dem Putsch, besuchte Bundesaußenminister Genscher Moskau und traf dort zunächst mit Rauschenbach, Wormsbecher, Groth und Martens zusammen, die ihm ihre unterschiedliche Bewertung der Folgen des Aufstandes und die Perspektiven für den nunmehr für Mitte Oktober angesetzten Kongresses der Deutschen erläuterten. Bei allen Divergenzen zwischen den Deutschen bestand zumindest darin Einigkeit, dass im weiteren die Wiederherstellung der Republik Vorrang habe und alle anderen Maßnahmen gut, jedoch zweitrangig seien¹⁵⁴⁵.

Genscher verließ in der sich anschließenden ersten persönlichen Begegnung mit El'cin seiner Hoffnung Ausdruck, dass anlässlich des für den Herbst geplanten Deutschlandbesuches des russischen Präsidenten konkrete Abmachungen zu den Deutschen möglich würden. Genscher trug den nachdrücklichen Wunsch der Bundesregierung vor, die Forderungen der Deutschen nach Schaffung einer autonomen Republik am alten Platz zu erfüllen, wobei es - in

¹⁵⁴² *BPA-Nachrichtenspiegel Ausland*, 8.9.91, S. 3; da El'cin offensichtlich und fälschlicherweise von 800.000 umzusiedelnden Deutschen ausging, konnte es nicht verwundern, dass er Schwierigkeiten hatte, sich deren kompakte Ansiedlung vorzustellen.

¹⁵⁴³ *Frankfurter Allgemeine*, 28./29.9.91

¹⁵⁴⁴ vgl. u.a. *Izvestija*, 9.1.92; das Russische Fernsehen I, 8.1.92/1700/ki, brachte die Äußerungen El'cins im Wortlaut, s. *BPA-Fernseh-/Hörfunkspiegel* 9.1.92, S. 10; Wortlaut auch in: *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 401f

¹⁵⁴⁵ vgl. Vermerk 213-321.11 vom 10.9.91

Übereinstimmung mit den Repräsentanten der Sowjetdeutschen - nicht so sehr auf die territorialen Absteckungen ankomme, sondern mehr auf den Ort ihrer Identifikation, wo dann auch Bildungseinrichtungen entstehen könnten, etwa eine deutsche Universität, Lehrerbildungsanstalten, ein Verlag etc.

Präsident El'cin bestätigte seine positive Haltung zur Republik an der Wolga. Eine Kommission des Obersten Sowjets studiere derzeit alle Möglichkeiten der Unterbringung der Deutschen. Dabei gehe es nicht mehr um das "ob", sondern nur noch um das "wie" einer Entscheidung zur Schaffung einer Republik. An der Wolga bestehe das Problem, dass kein freier Platz mehr vorhanden und daher eine Ansiedlung Deutscher ohne Vertreibung der dortigen Bewohner kaum möglich sei. Es gebe aber den Vorschlag, deutsche Dörfer in mehreren Gebieten an der Wolga zu errichten. Dies bedeute jedoch, dass kein zentraler Ort der Identifikation entstehen werde. Die Deutschen hätten den Plan deshalb abgelehnt. Inzwischen habe sich aber ein neuer Verband gebildet, der anstrebe, den Deutschen dort Rechte zu geben, wo sie derzeit lebten.

Die Haltung des russischen Präsidenten erinnert an seine Antwort auf die Frage Ehrlichs in Alma Ata - und erschreckt durch die weitreichende Schlussfolgerung aus der Fehlinformation, an der Wolga gebe es keinen Platz und 800.000 Deutsche sollten dorthin umsiedeln. Hinsichtlich der Ablehnung der russischen Pläne spielte El'cin vermutlich auf die Sitzung der Prokop'ev-Kommission vom 8. Juli 1991 an. Ein direktes Gespräch der Sowjetdeutschen oder des Organisationskomitees mit El'cin hatte es nämlich bislang nicht gegeben. Im weiteren war offenbar die Organisation von Falk gemeint, deren Konzeption angesichts der falschen Prämissen, die den Überlegungen El'cins zugrunde lagen, besser zu den russischen Vorstellungen passte.

El'cin brachte in das Gespräch mit Genscher den Gedanken ein, dass man in Gebieten mit einer gewissen Dichte der deutschen Besiedlung einen autonomen Status schaffen könne¹⁵⁴⁶. Dann überraschte El'cin die deutsche Seite, aber auch seine eigenen Mitarbeiter, so Prokop'ev später¹⁵⁴⁷, mit dem Vorschlag, die Deutschen in Ostsibirien entlang der Amur-Eisenbahn oder in einem Gebiet östlich von Sverdlovsk anzusiedeln¹⁵⁴⁸. Bei Sverdlovsk gebe es bereits 100.000 Deutsche, und Raum für 300.000-400.000 Menschen könne bereitgestellt

¹⁵⁴⁶ vgl. *Frankfurter Allgemeine*, 12.9.91; vgl. Mitschrift der Presseerklärung von Bundesaußenminister Genscher, 13.9.91, 213-321.11

FAZ: El'cin werde beim Bonn-Besuch "über die Möglichkeit einer Gründung einer autonomen Republik für die Russlanddeutschen an der Wolga sprechen. Bei El'cins Besuch in Bonn soll, wie Genscher sagte, eine Abmachung über die freiwillige Ansiedlung der Russlanddeutschen in einer wiederzuerrichtenden autonomen Republik an der Wolga vorbereitet werden. El'cin regte an, zusätzlich könne den Gebieten mit dichter deutscher Ansiedlung ein autonomer Status zugebilligt werden."

¹⁵⁴⁷ Bericht der Botschaft Moskau Nr. 3520 vom 17.9.91, Ku 600.50/1

¹⁵⁴⁸ vgl. dazu *Neue Zeit*, 41/1991, S. 33

werden. Die Region sei auch wegen der dort vorhandenen Bodenschätze zukunftssträftig¹⁵⁴⁹. Diese neue Idee dürfte auf Aktivitäten des deutschstämmigen Gouverneurs von Sverdlovsk, E. Rosel', zurückzuführen sein, der auch in Deutschland für eine Ansiedlung von Russlanddeutschen rund um die Hochburg des russischen Staatsoberhaupts warb. Die neue territoriale Variante ist jedoch später weder bilateral noch innerrussisch diskutiert worden, wie Rosel' mir am 9. Oktober 1995 anlässlich eines Besuches in Hamburg bestätigte. El'cin sagte zu, mit den Sowjetdeutschen in Vorbereitung seines Bonn-Besuches zusammenzutreffen und Lösungsmodelle zu diskutieren.

In seiner anschließenden Pressekonferenz kündigte El'cin eine eingehende Prüfung der territorialen Frage und seinen Besuch in Deutschland am 21. und 22. November 1991 an. Bis dahin "sollte mit den sowjetdeutschen Interessenverbänden ein gemeinsamer Standpunkt und konkrete Vorschläge dazu ausgearbeitet werden."¹⁵⁵⁰

Trotz der problematischen Äußerungen und der Wiederholung der von Gorbačev bekannten Thematik vom bevölkerten Wolgagebiet bleibt festzuhalten, dass El'cin sich grundsätzlich zur Wiederherstellung einer Republik bekannte. Die deutsche Seite nahm diese Interpretation im weiteren in Anspruch, ohne dass Russland Widerspruch erhob. Genscher vermerkte seinerzeit in einer diplomatischen, die Gegensätze verdeckenden, aber weiterführenden Replik, er sehe keinen Widerspruch zwischen den Vorschlägen. Für eine nationale Identität sei es wichtig, eine autonome Republik zu schaffen, egal wie groß sie sei. Es bestehe generelles Einvernehmen, dass nicht alle Deutschen dorthin zurückgeführt werden könnten. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Einladung Sobčaks, mit dem er zuvor drei Stunden konferiert hatte¹⁵⁵¹, an die Sowjetdeutschen, sich um Leningrad anzusiedeln. El'cin kommentierte diese Einladung aber dahingehend, dass in dem betreffenden Gebiet bestenfalls Raum für 50.000 Menschen existiere¹⁵⁵².

3. Vorgespräche des Vorsitzenden des Komitees der RSFSR für Nationalitätenangelegenheiten, Prokop'ev, in Moskau und Verhandlungen in Bonn

Ganz im Sinne der Äußerungen El'cins und der russischen Bereitschaft, auf die Anliegen der Sowjetdeutschen sowie der sie unterstützenden Bundesrepublik einzugehen, konkretisierten sich die russischen Pläne zur Wiederherstellung der deutschen Autonomie und begann ein Dialog zwischen beiden Staaten.

¹⁵⁴⁹ Vermerk D2 vom 11.9.91

¹⁵⁵⁰ *BPA-Nachrichtenspiegel Ausland* 11.9.91, S. 2

¹⁵⁵¹ *Frankfurter Allgemeine*, 11.9.91

¹⁵⁵² Vermerk D2 vom 11.9.91

Prokop'ev, den Waffenschmidt im Juli eingeladen hatte, mit ihm in Bonn ein Konzept zur Wiederherstellung der Wolgarepublik zu erörtern, führte am 17. September 1991 ein Vorgespräch in der Deutschen Botschaft. Prokop'ev berichtete von der Reise seiner Kommission an die Wolga und schilderte in aller Offenheit die antideutsche Stimmung in Saratov. Er habe sich großem Druck von Demonstranten ausgesetzt gesehen, die Losungen mit sich führten wie "Deutsche ja, Autonomie nein!" In Volgograd sei die Haltung der Bevölkerung jedoch weniger aggressiv. Es stehe eine äußerst schwierige Überzeugungsarbeit bevor, die mit einer vernünftigen Wirtschafts- und Sozialpolitik gekoppelt werden müsse. Prokop'ev versicherte, er werde sich mit großem Nachdruck für die Wiederherstellung der Republik der Deutschen einsetzen, und erwähnte eine Reihe von konkreten Projekten im Wolgaraum, insbesondere Infrastruktur- und Baumaßnahmen, sowie die Idee einer gezielten Hilfe bei der Versorgung der Bevölkerung der Region mit deutschen Waren zu günstigen Rubelpreisen. Die Botschaft zog aus der Art der Ausführungen Prokop'evs den Schluss, dass die Stimmung an der Wolga dadurch beeinflusst werden solle. Allerdings deckten sich die Erkenntnisse der Botschaft aus Gesprächen mit Vertretern der Sowjetdeutschen von der Wolga sowie mit dortigen Führungspersonlichkeiten, die Anfang August erstmals von sich aus Kontakt mit der Botschaft gesucht und eine Einladung in die Region ausgesprochen hatten, nicht mit der dramatischen Schilderung des Ministers¹⁵⁵³.

Prokop'ev war sich bewusst, dass hinter Groth und der "Wiedergeburt" offenbar weiterhin die Mehrheit der Sowjetdeutschen stand, insbesondere der einfacheren Menschen. Eine staatliche Unterstützung, sei es auf Ebene der Union oder der RSFSR oder auch der anderen Republiken, gebe es für die "Wiedergeburt" aber nicht. Hingegen stünden die verbliebenen Unionsstellen und auch die RSFSR-Instanzen Falks "Verein der Deutschen der UdSSR" angesichts dessen moderaten, auf schrittweise Wiederherstellung der Wolgarepublik gerichteten Politik näher. Allerdings habe er Zweifel, ob diese Organisation den nötigen Rückhalt in der deutschen Bevölkerung aufbauen könne, insbesondere weil ein großer Teil ihrer Führer durch die Nähe zu den diskreditierten Unionsinstanzen bzw. Führungsgremien der KPdSU weiter an Vertrauen verloren hätten. Der neue Verein von Martens sei noch zu schwach, um eine eigene Rolle zu übernehmen.

Das Organisationskomitee bezeichnete Prokop'ev als noch existent, obwohl nach dem Putsch nicht mehr handlungsfähig. Dies betreffe auch die Aufgabe, den Kongress der Deutschen zu organisieren. Er wolle noch vor seiner Abreise mit dem Ministerpräsidenten der RSFSR, Silaev, über die Einrichtung eines ähnlichen Komitees beim Ministerrat der RSFSR

¹⁵⁵³

vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 3520 vom 17.9.91, Ku 600.50/1

sprechen¹⁵⁵⁴. Für das Komitee und den Kongress seien 800.000 Rubel im Staatshaushalt vorgesehen.

Prokop'ev und seine fünfköpfige Delegation führten während ihres Aufenthaltes vom 23.-28. September 1991 in der Bundesrepublik Gespräche im Bundesministerium des Innern mit Bundesminister Schäuble und dem Aussiedlerbeauftragten Waffenschmidt, im Auswärtigen Amt mit Staatsminister Schäfer und Staatssekretär Kastrup, im Bundeskanzleramt mit Staatsminister Stavenhagen, darüber hinaus mit Fraktionsvorsitzenden und Wirtschaftsvertretern. Die Delegation besuchte auch Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, wo u.a. ein Aufnahmelager für Aussiedler besichtigt wurde. In beiden Bundesländern wurde sie von den jeweiligen Landesregierungen auf höchster Ebene wahrgenommen. Darüber hinaus machte die Delegation auf Einladung der deutschen Minderheit in Belgien einen Abstecher nach Eupen. Insgesamt handelte es sich um ein hochkarätiges Programm, das die weitreichende Bedeutung unterstrich, die die Bundesregierung diesem Besuch beimaß.

Das erste, dreistündige Gespräch zwischen Prokop'ev und Waffenschmidt fand am 23. September 1991 im Bundesministerium des Innern statt. Prokop'ev und der mitreisende stellvertretende Gebietsvorsitzende von Volgograd, Anatolij Egin, betonten die Notwendigkeit eines langfristigen und umsichtigen Ansatzes zur Wiederherstellung der Republik der Deutschen angesichts des Widerstandes im Wolgagebiet. Waffenschmidt hielt dem die riesige Anzahl von Ausreiseanträgen entgegen und forderte einen politischen Grundsatzbeschluss noch vor dem Kongress im Oktober und dem El'cin-Besuch im November: "Wenn die Deutschen ausreisen, dann brauchen wir auch keine Wolgarepublik mehr!"¹⁵⁵⁵ Er bezifferte die Anzahl der Deutschen in der UdSSR, die bereits über einen Aufnahmebescheid verfügten, aber mit Blick auf die Entwicklung der Verhältnisse mit der Ausreise warteten, auf seinerzeit 200.000 Personen¹⁵⁵⁶.

Prokop'ev übergab ein fünfseitiges *non-paper* zur Wiederherstellung der deutschen Staatlichkeit, eine "Konzeption zur Lösung des Problems der Sowjetdeutschen"¹⁵⁵⁷, die er im Juli 1991 bei seinem ersten Treffen mit Waffenschmidt angekündigt hatte. Waffenschmidt präsentierte in einer weiteren Begegnung am 27. September 1991 die deutschen

¹⁵⁵⁴ Das Gespräch kam am 20.9.91 zustande. Silaev konzidierte die Umstrukturierung der Kommission für die Deutschen und die Gründung einer neuen Hauptabteilung beim Komitee Prokop'evs mit eigenem Budget; so Prokop'ev im Gespräch mit PStS Waffenschmidt am 23.8.91, vgl. Vermerk 213-321.11 vom 24.9.91; das Organisationskomitee durfte seine Arbeit zur Vorbereitung des Kongresses offenbar personell unverändert fortführen, s.u.

¹⁵⁵⁵ Vermerk 213-321.11 vom 24.9.91

¹⁵⁵⁶ *Stuttgarter Zeitung*, 25.9.91

¹⁵⁵⁷ "Konceptija rešenija problemy sovetskich nemcev"; Text s. Anhang 10. Das Dokument war mit der "Wiedergeburt" nicht abgestimmt, vgl. *Neue Zeit*, 43/1991, S. 17

Gegenvorstellungen in einem ebenfalls fünfseitigen, gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt verfassten Arbeitspapier. Die "Eckpunkte für die Wiederherstellung einer deutschen Republik im Wolgagebiet"¹⁵⁵⁸ waren auch zur Vorbereitung des Kongresses und des El'cin-Besuches gedacht.

Der unterschiedliche inhaltliche Ansatz lässt sich bereits aus den Titel der *non-papers* ersehen. Die russische Seite erwähnte die frühere Wolgarepublik mit keinem Wort, sondern lediglich das, was es zu lösen galt, nämlich das Problem der Sowjetdeutschen. Auch wenn es sich um die gängige Sprachpraxis in der UdSSR handelte, diese Formulierung spiegelte fast verräterisch wider, wie in all den Jahren mit der deutschen Frage umgegangen wurde: "ihr" Problem, nicht das Russlands oder der UdSSR. Diese Tendenz setzte sich in der Präambel fort, die der Konzeption zugrunde liegende Rechtsgrundlagen aufzählte. Das moralische Recht der Deutschen auf Wiedergutmachung, auf Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit, wurde erstaunlicherweise nicht direkt erwähnt, obwohl es sich um die zentrale Forderung der Deutschen handelte, die sich der russische Staat in seinem Gesetz zur Rehabilitierung der repressierten Völker zu eigen gemacht hatte. Lediglich von "Bestrebungen der Sowjetdeutschen zur Wiederherstellung ihrer Staatlichkeit" war die Rede.

Das russische Dokument nannte als wichtigste Ziele aber die Wiederherstellung der Staatlichkeit und nationaler Rayons bzw. die Schaffung anderer national-territorialer Gebilde in geschlossenen Siedlungsgebieten sowie die Wiederbelebung und Entwicklung der nationalen Kultur und Sprache der Deutschen. Diese Ziele sollten in Etappen erreicht werden, wobei diese sehr ehrgeizig bzw. optimistisch formuliert waren: Schon im Jahre 1994 hätten demnach die Voraussetzungen für die Wiederherstellung des Staatswesens vorliegen sollen. Dies Szenario lehnte sich an die Vorstellungen des Organisationskomitees an - erst die evolutionäre Phase, dann die Errichtung der Staatlichkeit. Die Vorlage dieses Konzepts muss daher auch als eine Distanzierung von Groth und der hinter ihm stehenden "Wiedergeburt" gewertet werden. Gleichzeitig trug der Entwurf in vielen Formulierungen den Bedenken an der Wolga und in Moskau Rechnung: Die aufgezählten Bedingungen, zu beachtende Verträge, die Involvierung einer Vielzahl von Akteuren in Union, Republiken und bis hinunter in die Lokalverwaltung erlaubten jederzeit eine Streckung der Etappen, sogar einen Abbruch des Prozesses zur Wiederherstellung der Staatlichkeit. Im Ergebnis konnte das Papier daher weder die russlanddeutsche noch die bundesdeutsche Seite befriedigen, sondern lediglich als erste Arbeitsgrundlage dienen. An diesem Punkt muss man sich allerdings vergegenwärtigen, wie weit sich die Verhältnisse in der Sowjetunion bzw. in Russland seit Beginn der *Perestrojka* verändert hatten. Wurden zu Beginn der Gorbačev-Zeit Avancen der deutschen Seite noch ständig mit dem Hinweis auf die *domaine réservée* der inneren

1558

"Osnovnye položenija koncepcii vostanovlenija nemeckoj respubliki na Volge"; Text s. Anhang 11

Angelegenheiten brüsk zurückgewiesen, so legte nun Russland erstmals ein Dokument vor, das im übrigen zu einem Vertrag weiterentwickelt werden konnte und wurde. Mit diesem Schritt räumte Russland der Bundesrepublik in den Angelegenheiten der Russlanddeutschen indirekt ein Mitspracherecht, später ein vertraglich gesichertes, ein, das weit über die international üblichen, menschenrechtlich motivierten und erlaubten Einreden in die Souveränität hinausging. Dies war der deutschen Seite wohl bewusst, die sich in den weiteren Verhandlungen bemühte, Verantwortung zu beweisen und darauf bestand, dass mit der Abfolge der nächsten Schritte Rücksicht auf russische innenpolitische Gegebenheiten genommen wurde.

Zum weiteren Procedere wurde vereinbart, bis zum El'cin-Besuch ein Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit hinsichtlich der Wolgarepublik auszuarbeiten¹⁵⁵⁹ und beim Besuch zunächst eine deutsch-russische Erklärung mit Aussagen über die Deutschen in Russland und die Wolgarepublik zu veröffentlichen. Daraufhin sollten zur Klarstellung der russischen Souveränität legislative Maßnahmen in Russland folgen und erst zuletzt die angestrebte bilaterale Rahmenvereinbarung¹⁵⁶⁰.

Das bundesdeutsche Papier ging bereits im Titel bewusst von einer deutschen Republik im Wolgagebiet aus, d.h. einer Republik nicht mehr in den alten Grenzen, jedoch teildentisch mit deren Territorium. Das deutsche *non-paper* machte sich im ersten Absatz die Auffassung der Sowjetdeutschen zu eigen, die Wiederherstellung der Republik sei aus "rechtlichen, politischen und moralischen Gründen geboten. Nur sie wird den in der Sowjetunion lebenden Deutschen das Überleben als Volk mit eigener Kultur, Sprache und Tradition sichern." Bereits im zweiten Absatz wurden Hilfen Deutschlands insbesondere in den Bereichen Kultur, Soziales, Wirtschaft und Landwirtschaft angeboten. Im dritten Absatz forderte das Papier deutliche Signale Russlands an die sowjetdeutsche Bevölkerung der gesamten Union noch im Jahre 1991. Elemente einer solchen Grundsatzerklärung auf dem bevorstehenden Kongress der Deutschen enthielt der IV. Abschnitt. Der Zeitplan zur Wiederherstellung der Republik in Abschnitt II. orientierte sich an dem des russischen Dokuments und beinhaltete die Abfolge o.g. Schritte. Sowohl das russische als auch das Waffenschmidt-Papier enthielten den Grundsatz der Förderung aller kompakten Siedlungsgebiete und der dortigen Einrichtung autonomer Strukturen sowie eine Erklärung, dass die Maßnahmen sich nicht gegen die nicht-deutsche Bevölkerung richten, sondern allen Bewohnern der jeweiligen Gebiete zugute kommen sollten.

Waffenschmidt sagte am 27. September 1991 zu, noch in den Bundeshaushalt 1992 einen Titel "Wolgarepublik" einzubringen, und kündigte die Einrichtung eines Arbeitskreises der

¹⁵⁵⁹

Stuttgarter Zeitung, 25.9.91

¹⁵⁶⁰

vgl. Vermerk 605-622/SOW 1 vom 26.9.91

Bundesregierung unter Einschluss der Bundesländer, der Wirtschaft und privater Organisationen an, der erstmals am 10. Oktober 1991 zusammentrat¹⁵⁶¹, sowie eine Initiative gegenüber dem Auswärtigen Amt, in Saratov ein Konsulat zu eröffnen¹⁵⁶². Darüber hinaus erklärte der Aussiedlerbeauftragte seine Bereitschaft, für das Wolgagebiet aus dem Haushalt des Innenministeriums eine Soforthilfe in Höhe von 5 Millionen DM zu bewilligen und 40-50 Millionen DM per Nachtragshaushalt zu beantragen, nachdem Prokop'ev, wie in dem Gespräch mit der Deutschen Botschaft Moskau angedeutet, den Bedarf an Warenlieferungen auf eine solche Summe beziffert hatte. Diese Waren sollten über das normale Verteilersystem verkauft und mit dem Erlös ein Gegenwertfonds zur Finanzierung weiterer Maßnahmen im Wolgagebiet gespeist werden¹⁵⁶³.

Im Ergebnis stimmten beide Seiten überein, dass die Zeit angesichts des Aussiedlerstromes dränge und daher noch 1991 eine verbindliche Grundsatzerklärung zur Errichtung der Republik an der Wolga erfolgen solle. Obwohl Prokop'ev sich während der Gespräche oft rezeptiv verhielt und seine starke Akzentuierung der gewünschten Wirtschaftshilfe zur Beeinflussung der Stimmungslage der russischen Bevölkerung an der Wolga eher eine Einschränkung des Votums für eine Wolgarepublik darstellte, muss die Reise als solche auch im Rückblick als großer Erfolg gewertet werden, denn sie stellte den Auftakt eines konstruktiven, offenen Dialogs beider Seiten zu den Deutschen dar. Ohne diese Gespräche wären weder die deutsch-russische Erklärung anlässlich des El'cin-Besuches, noch die vertraglichen Vereinbarungen und die Gründung der Deutsch-Russischen Gemischten Regierungskommission denkbar.

Prokop'ev legte den Stufenplan seiner Kommission nach Rückkehr aus Deutschland dem Nationalitätensowjet des Obersten Sowjets der RSFSR vor. Damit kam er einem Teil der Verpflichtungen des Gesetzes vom 26. April 1991 nach. Der Nationalitätensowjet nahm den Bericht zur Kenntnis und fasste dazu am 9. Oktober 1991 einen Beschluss, in dem der Plan als konstruktiv bezeichnet und der Prokop'ev-Kommission empfohlen wurde, Maßnahmen

¹⁵⁶¹ Die Anzahl der Stellen bei Bund und Ländern, die sich mit Fragen der Hilfe für die Sowjetdeutschen befassten und der quantitative Umfang der Projekte war inzwischen so groß geworden, dass das Bundesministerium des Innern schon am 27. Juni 1991 erstmals zu einer Koordinierungsbesprechung nach Bonn einladen musste, auf der beschlossen wurde, die Zusammenarbeit zu stärken und in Zukunft mindestens einmal jährlich zusammenzukommen. Das BMI kündigte an, eine zentrale Datenbank über bisherige und geplante Projekte einzurichten, um Doppelförderungen zu vermeiden; vgl. Vermerk 213-321.39 vom 28.6.91

¹⁵⁶² Aus politischen, personellen und finanziellen Gründen konkretisierte sich die Eröffnung des Konsulats erst 1994/95.

¹⁵⁶³ Vermerk 213-321.11 vom 30.9.91; der Protokollentwurf "über die Durchführung einer Soforthilfe zur Verbesserung der Versorgungslage der Bevölkerung in den fünf nördlichen Rayons des Gebiets Volgograd" wurde am 15.11.91, nach den offiziellen deutsch-russischen Verhandlungen vom 11.-13.11.91, von Vertretern des BMI Prokop'ev zur Abstimmung übergeben. Vertragspartner wurden letztlich der VDA im Auftrage des BMI und die Gebiete selbst.

zur praktischen Umsetzung sowie gegen eine weitere Eskalation in den Gebieten Saratov und Volgograd zu ergreifen. Prokop'ev wurde darüber hinaus aufgefordert, dem Ministerrat der RSFSR und dem Nationalitätensowjet bis zum 25. November 1991 Vorschläge zu konkreten Schritten und zum Zeitrahmen vorzulegen. Der Ministerrat der RSFSR - O.I. Lobov wurde namentlich erwähnt - wurde gebeten, der Tätigkeit der Kommission besondere Aufmerksamkeit zu widmen [udelit' osoboe vnimanie] und Maßnahmen zur Normalisierung der politischen Lage an der Wolga zu ergreifen [obespečit' prinjatie mer dlja normalizacii političeskoj obstanovki]. Auch die beiden *Oblasti* und ihre Exekutivkomitees verpflichtete der Beschluss, dem Ministerrat bis zum 1. November 1991 Vorschläge zur Umsetzung des Gesetzes der RSFSR über die Rehabilitierung der repressierten Völker zu unterbreiten und zu dem Gesetz die Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung zu verstärken¹⁵⁶⁴.

Der von R.G. Abdulatipov unterschriebene Parlamentsbeschluss gab Prokop'ev grünes Licht für das weitere Vorgehen. Obwohl der im Gesetz vom 26. April 1991 vorgesehene Zeitplan nicht im entferntesten eingehalten worden war - was angesichts der objektiven Schwierigkeiten auch nicht verwundern kann, ist positiv zu bewerten, dass im Gegensatz zum rein deklaratorischen Vorgehen des Obersten Sowjets der UdSSR konkrete Schritte erfolgten.

¹⁵⁶⁴

Postanovlenie Soveta National'nostej Verhovnogo Soveta RSFSR "O rabote komissii Soveta Ministrov RSFSR, zanimajuščejsja problemami rossijskich nemcev, v chode realizacii Zakona RSFSR 'O reabilitacii repressirovannyh narodov'", 9.10.91; Text liegt Verfasser vor.

4. Haltung in Saratov nach dem Putsch

Anfang Oktober 1991 sprachen sich die Volksdeputierten des Gebiets Saratov zu 70% gegen eine deutsche Autonomie aus. Das Lokalblatt *Saratovskie Vesti* machte am 4. Oktober 1991 auf ihrer ersten Seite mit einer Reihe von Dokumenten zur Haltung des Gebiets Sowjets zur Wolgarepublik auf, die auf einer Sitzung zur Abstimmung gestellt worden waren, und mit dessen Appell an alle Deputierten, die bei dieser wichtigen Abstimmung gefehlt hatten, ihre Position schriftlich nachzureichen¹⁵⁶⁵. Bei den Dokumenten handelte es sich um die "Aufzeichnung zur politischen Lage, die in der Region der ehemaligen Wolgarepublik im Zusammenhang mit der Untersuchung der Frage der Wiederherstellung der Wolgarepublik entstanden ist"¹⁵⁶⁶, einen "Aufruf der 7. Sitzung des Sowjets der Volksdeputierten des Gebiets Saratov an den Präsidenten der RSFSR und an den Obersten Sowjet der RSFSR"¹⁵⁶⁷ einerseits und eine "Erklärung der Abgeordneten-Gruppe 'Demokratisches Russland' des Gebiets Sowjet der Volksdeputierten"¹⁵⁶⁸ andererseits.

In der "Aufzeichnung" - einer kaum verhüllten Drohung -, unterschrieben von dem erst nach dem Putsch eingesetzten neuen Gebietschef Nikolaj Sidorovič Makarevič, hieß es:

... dass sich im Zusammenhang mit der Implementierung des Gesetzes der RSFSR "Über die Rehabilitierung der repressierten Völker" und den Presseveröffentlichungen über Verhandlungen offizieller Vertreter der Führung der RSFSR in Bonn über die Errichtung einer Staatlichkeit der Sowjetdeutschen an der Wolga sowie dem bevorstehenden Besuch des Präsidenten der RSFSR Gen. El'cin B.N. in der BRD die Lage außerordentlich verschärft hat bis zur Androhung zivilen Ungehorsams eines Teils der regionalen Bevölkerung und es dazu führen kann, dass ein weiterer Herd eines zwischennationalen Konfliktes entsteht.¹⁵⁶⁹

Mit dieser Begründung hatte der Sowjet den Beschluss gefasst, dass "die Wiedererrichtung einer deutschen Staatlichkeit in welcher Form auch immer auf dem Territorium des Saratover Gebiets unmöglich ist". Gleichzeitig war aber beschlossen worden, die Arbeiten zur Umsetzung des Rehabilitierungsgesetzes fortzusetzen und den Deutschen im Rahmen von Programmen des Gebiets gleichberechtigte Möglichkeiten zur Entwicklung ihrer Kultur und anderer nationaler Anliegen einzuräumen.

¹⁵⁶⁵ *Saratovskie Vesti*, 4.10.91; vgl. auch *Die Zeit*, 18.10.91 und *Neues Leben*, 27.11.91, S. 3; das erforderliche Quorum war bei dieser Sitzung nicht erreicht, vgl. Diesendorf vor dem Kongress, *Neues Leben*, 30.10.91, S. 9

¹⁵⁶⁶ "Zapiska o političeskoj obstanovke, složivšejsja v regione byvšej Respubliki nemcev Povolž'ja, v svjazi s rassmotreniem voprosa o vosstanovlenii Respubliki nemcev Povolž'ja", *Saratovskie Vesti*, 4.10.91

¹⁵⁶⁷ "Obraščenie sed'moj sessii Saratovskogo oblastnogo Soveta narodnych deputatov k Prezidentu RSFSR i Verchovnogo Sovetu RSRSR", *ibid.*

¹⁵⁶⁸ "Zajavlenie deputatskoj gruppy 'Demokratičeskaja Rossija' oblastnogo Soveta narodnych deputatov", *ibid.*

¹⁵⁶⁹ "... obstanovka črezvyčajno obostrilas' vplot' do zajavlenij časti naselenija regiona o graždanskom nepovinoventii i možet priversti k vozniknovenija ešče odnogo očaga mežnacional'nogo konflikta."

Der Appell an Präsident und Parlament begann mit einer Versicherung, im Gebiet würden auf der Grundlage des Rehabilitierungsgesetzes Maßnahmen zugunsten der Deutschen ergriffen. Die Bevölkerung an der Wolga lehne jedoch die Idee der Wiederherstellung einer deutschen Republik ab und insbesondere den Versuch, dieses Ziel mit "administrativen Methoden"¹⁵⁷⁰ zu erreichen. Unter Hinweis auf die jüngsten Pressemeldungen zu bilateralen Verhandlungen wurde ausdrücklich auf die Verschärfung der Lage hingewiesen und auf die Gefahr, dass sich "zu den Hundertausenden von Flüchtlingen im Lande Tausende weiterer Menschen" gesellen könnten. Die Abgeordneten beschworen damit die Szenarien von Nagornij Karabach, Süd Ossetien, Transnistrien oder des Baltikum und sahen

die Würde der Einwohner der Region verletzt durch die offene Einmischung Deutschlands in die inneren Angelegenheiten unseres Landes in dieser Frage. Die BRD ist an der Eindämmung der Auswanderung der Deutschen aus unserem Land interessiert und koppelt seine Wirtschaftshilfe für Russland direkt an die Errichtung der Republik.¹⁵⁷¹

Das "Einmischungssyndrom" war im bilateralen Verhältnis gerade überwunden, und Russland hatte mit dem Prokop'ev-Besuch in Bonn geradezu die Hand zur Kooperation gereicht. Der Vorwurf eines Junktims zwischen Wirtschaftshilfe und Wiederherstellung der Wolgarepublik entbehrt jeder Grundlage. Ein solches Junktim ist zu keinem Zeitpunkt auch nur erwogen worden - wie auch in den Vorjahren keines ausgesprochen wurde.

Die Saratover Abgeordneten wiesen auf eine Umfrage im April 1991 in fünf Rayons des Saratover Gebiets hin, nach der sich bei einer Beteiligung von 75-80% der Bevölkerung 82-94% gegen eine deutsche Staatlichkeit ausgesprochen hätten. Die Abgeordneten versicherten aber, es gebe keine antideutsche Stimmung und keine Einwände gegen eine Übersiedlung ins Wolgagebiet, lediglich eine "prinzipielle Ablehnung der Wiederherstellung einer deutschen Staatlichkeit in der Region."¹⁵⁷²

Makarevič rechtfertigte die Haltung des Gebietssovjets später auf dem Kongress der Deutschen, wobei er versuchte, die antideutsche Haltung der Abgeordneten und Altfunktionäre des Gebiets herunterzuspielen und den Anschein zu erwecken, weite Teile der lokalen Bevölkerung würden sich gegen eine Autonomie aussprechen. Dies wurde jedoch

¹⁵⁷⁰ "tem bolee administrativnymi metodami"; es mutet schon eigenartig an, wenn alte KP-Funktionäre zum Erhalt der eigenen Macht sich eine demokratische Argumentation zu eigen machen und gegen angeblich undemokratische, "administrative" Maßnahmen aus Moskau zu Felde ziehen

¹⁵⁷¹ "Obrašćenie sed'moj sessii Saratovskogo oblastnogo Soveta narodnych deputatov k Prezidentu RSFSR i Verhovnogo Sovetu RSRSR"; ibid.

¹⁵⁷² "Obrašćenie sed'moj sessii Saratovskogo oblastnogo Soveta narodnych deputatov k Prezidentu RSFSR i Verhovnogo Sovetu RSRSR"; ibid.

von Valerij Davydov, dem Vorsitzenden der Bewegung "DemRossija" von Saratov, zurückgewiesen. Das *Neue Leben* dokumentierte beide Reden im Wortlaut¹⁵⁷³.

In ihrer Erklärung nannten die Abgeordneten von "DemRossija" die Entscheidung des Gebiets Sowjets zur deutschen Autonomie "verantwortungslos", sie stehe im Widerspruch zur Politik der Union sowie Russlands. Die Abgeordneten forderten dagegen die Einsetzung einer Kommission, die mit Hilfe von Experten und unter Beteiligung der betroffenen Seiten eine Lösung der Autonomiefrage untersucht und vorbereitet. Die Entscheidung des Gebiets Sowjets und der Aufruf an Präsident und Obersten Sowjet in Moskau sollten bis zum Vorliegen eines Ergebnisses zurückgestellt werden¹⁵⁷⁴. Die konstruktive Haltung der Partei, die El'cin unterstützte und sich schon in ihrer Gründungsversammlung am 1. Dezember 1990 in Saratov für die Wiederherstellung der Staatlichkeit der Deutschen ausgesprochen hatte¹⁵⁷⁵, quittierte die "Wiedergeburt" später auf dem Kongress mit einer positiven Resolution.

Entsprechend der Haltung des Gebiets Sowjets von Saratov nahmen dort die Proteste im Vorfeld des Kongresses der Deutschen wieder radikalere Züge an. Über eine lokale Rundfunkstation wurde zu Gewaltaktionen und Streiks aufgerufen. Auf einer gemeinsamen Sitzung des Rates der Stadt Marks, die gerüchteweise als Hauptstadt einer deutschen Wolgarepublik gehandelt wurde, und des Bezirks Sowjets wurde ein "Notstandskomitee für den Widerstand gegen die Gründung einer deutschen Republik" gebildet. In der dreistündigen Sitzung am 11. Oktober 1991, die vollständig vom örtlichen Rundfunk übertragen wurde, erhielten die Bewohner der Region ausführliche Anweisungen, wie Widerstand geleistet werden könne. Dabei fielen Drohungen von einzelnen Abgeordneten, Brücken zu sprengen und Straßen zu blockieren. In größeren Betrieben seien Kampfkomitees zu gründen, um einen langanhaltenden Generalstreik vorzubereiten. Die ganze Region solle in eine "Zone des Widerstandskampfes" umgewandelt werden¹⁵⁷⁶. Vertreter aus Saratov demonstrierten während des Kongresses in Moskau vor dem Versammlungsgebäude gegen eine deutsche Autonomie¹⁵⁷⁷.

5. Auseinandersetzungen unter den Sowjetdeutschen im Vorfeld des Kongresses

¹⁵⁷³ *Neues Leben*, 27.11.91, S. 3

¹⁵⁷⁴ "Zajavlenie deputatskoj gruppy 'Demokratičeskaja Rossija' oblastnogo Soveta narodnych deputatov"; Saratovskie Vesti, 4.10.91

¹⁵⁷⁵ Text der Resolution in: *Freundschaft*, 23.12.90, S. 3

¹⁵⁷⁶ *Bonner Rundschau*, 25.10.91; *Rossijskaja Gazeta*, 17.10.91

¹⁵⁷⁷ Einzelheiten vgl.: *Süddeutsche Zeitung*, 19.10.91; *Die Rheinpfalz*, 21.10.91; *Sowjetunion heute*, Nr. 11, November 1991, S. 6f

Die Unionszeit überstanden die Auseinandersetzungen innerhalb der Sowjetdeutschen, die sich mit Blick auf den - je nach Lesart - nachzuholenden Kongress bzw. dessen 2. Etappe massiv zuspitzten. Groth rief die Delegierten der 1. Etappe des (außerordentlichen) Kongresses der Deutschen der UdSSR am 24. Juli 1991 zu dessen Fortsetzung in Form einer 2. Etappe vom 23.-25. August 1991 nach Moskau¹⁵⁷⁸. Der "offizielle" Kongress, der Ende Juli 1991 noch immer nicht terminiert war, wurde vom Organisationskomitee nun eilig auf den 18.-20. Oktober 1991, die Gründungstage der Arbeitskommune der Wolgadeutschen 1918, festgesetzt - angeblich sogar ohne diesen Termin von den zuständigen staatlichen Stellen der UdSSR offiziell absegnen zu lassen¹⁵⁷⁹. Die Einberufung zu dieser Veranstaltung wurde exakt zwei Wochen nach dem Aufruf von Groth publiziert, am 7. August 1991¹⁵⁸⁰. Das Organisationskomitee wies in der Veröffentlichung seiner Entscheidung, den Kongress im Oktober abzuhalten, darauf hin, dass die am 22. Mai 1991 beim Ministerrat der RSFSR gegründete Kommission zu den Problemen der Deutschen und die am 2. August 1991 gegründete entsprechende Kommission der Union einen Entwurf für eine Konzeption zur Wiederherstellung der Staatlichkeit der Sowjetdeutschen sowie ein Programm zur national-kulturellen Wiedergeburt der Deutschen ausarbeiten sollten und "bis Mitte Oktober 1991 fertig sein könnten."¹⁵⁸¹ Die Hauptaufgabe des Kongresses sollte darin bestehen, diese Entwürfe zu prüfen¹⁵⁸².

Nachdem seitens der "Wiedergeburt" zuvor vergeblich versucht worden war, das Organisationskomitee zu einem gemeinsamen Kongress zum August-Termin zu bewegen, verlegte die "Wiedergeburt" nun ihrerseits die "2. Etappe" auf den Oktober-Termin¹⁵⁸³. Die Groth-Fraktion unterstrich in diesem Zusammenhang, dass sie den Kongress auf jeden Fall durchführen werde, sollten die Dokumente im Oktober wiederum nicht vorliegen und die "offizielle" Veranstaltung erneut verschoben werden¹⁵⁸⁴. Mit dieser Perspektive war unmissverständlich klar, dass der Kongress primär zum Forum der Auseinandersetzungen beider Fraktionen werden würde, hinter die die Sacharbeit zurücktreten musste. Bereits am 28. August 1991 hatte sich Wormsbecher deshalb für eine weitere Verschiebung des "offiziellen" Kongresses ausgesprochen, um der Gefahr zu begegnen, dass Groths "inoffizieller" Kongress mit starker Legitimität Beschlüsse fasste und Delegierte des "offiziellen" Kongresses zu sich hinüberzog¹⁵⁸⁵.

¹⁵⁷⁸ *Neues Leben*, 24.7.91, S. 2

¹⁵⁷⁹ *ibid.*

¹⁵⁸⁰ *Neues Leben*, 7.8.91, S. 2

¹⁵⁸¹ *ibid.*

¹⁵⁸² Rauschenbach in: *Nemeckaja Gazeta*, 7.9.91, S. 1

¹⁵⁸³ *Neues Leben*, 14.8.91, S. 2

¹⁵⁸⁴ *ibid.*

¹⁵⁸⁵ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 3519 vom 17.9.91, Ku 600.50/1; laut der Botschaft hatte Wormsbecher sich in einem Interview geäußert

Nach Informationen der Botschaft beabsichtigte Groth, den Kongress dafür zu nutzen, seinen Rivalen Wormsbecher endgültig ins politische Abseits zu drängen. Groth wolle sich durch eine Kampfabstimmung der Delegierten als der einzige legitimierte Vertreter der Deutschen bestätigen lassen und demonstrieren, dass die Vertreter des Organisationskomitees lediglich von "oben" eingesetzt worden seien. Damit werde er zum einzigen Gesprächspartner für die russische und die deutsche Regierung. Er sehe den Kongress nicht als das herausragende Ereignis an, als das er in Deutschland begriffen werde, sondern habe sich darauf eingestellt, dass die russische Regierung oder El'cin sich auf oder vor dem Kongress nicht festlegen würden¹⁵⁸⁶.

Anfang Oktober 1991 war noch offen, ob es einen oder zwei parallele Kongresse geben werde. Im Rahmen ihrer Polemik führten Organisationskomitee und "Wiedergeburt" um Groth mittlerweile auch um den Posten des Chefredakteurs des *Neuen Leben* massive Auseinandersetzungen. Am 20. September 1991 soll der Herausgeber des *Neuen Leben*, Nikolaus Bicker, versucht haben, den Chefredakteur Schmidt, der die Groth-Linie vertrat, durch Wormsbecher zu ersetzen. Darauf sei eine tagelange Blockade der Redaktionsräume erfolgt und die Miliz musste einschreiten¹⁵⁸⁷. Bis zum Kongress, so schließlich die Einigung, solle Victor Weiz (Vajc), der angeblich Wormsbechers Linie nahestand, als vorläufiger Chefredakteur fungieren¹⁵⁸⁸. Er nahm die Aufgabe aber auch im weiteren wahr. Die schärfer denn je ausgetragenen Gegensätze der sowjetdeutschen Fraktionen waren geeignet, den bevorstehenden Kongress zum Scheitern zu bringen und damit das gesamte Projekt Wolgarepublik zu gefährden. In dieser Situation griff Prokop'ev vermittelnd ein¹⁵⁸⁹.

Prokop'ev hatte sich allerdings zuvor, vermutlich nach seinem Gespräch mit Silaev, auf das alte, von Rauschenbach und Wormsbecher geführte Organisationskomitee festgelegt¹⁵⁹⁰ und damit ebenfalls zur Verschärfung des Konflikts beigetragen. Er bestätigte diesen Beschluss in einem Treffen mit den Vertretern der deutschen Organisationen am 1. Oktober 1991. Gleichzeitig erklärte er eine Entscheidung seines Stellvertreters, Ch. Bokovoj, für ungültig, der ohne Vollmacht am 20. September 1991 – Prokop'ev führte zu der Zeit in Deutschland Gespräche - ein neues Organisationskomitee bestätigt hatte, das auf Vorschlag von Groth aus dessen auf dem März-Kongress gewählten Anhängern zusammengesetzt war¹⁵⁹¹. Diese

¹⁵⁸⁶ Bericht der Botschaft Moskau Nr. 4004 vom 14.10.91, Ku 600.50/1; Wormsbecher beurteilte Groths Absichten ähnlich, vgl. *Neues Leben*, 16.10.91, S. 3

¹⁵⁸⁷ zu Einzelheiten und Hintergründen der Affaire um das Neue Leben vgl. *Neue Zeit*, 41/1991, S. 32f; *Neues Leben*, 9.10.91, S. 2; *Neues Leben*, 16.10.91, S. 2; *Nemeckaja Gazeta*, 21.12.91, S. 3

¹⁵⁸⁸ im Impressum des *Neuen Leben* hieß es im weiteren "Amtierender Chefredakteur: Victor Weiz"; Weiz behielt die Funktion auch im weiteren inne.

¹⁵⁸⁹ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr.3826 vom 2.10.91, Ku 600.50/1

¹⁵⁹⁰ Dass Prokop'ev das Komitee bestätigt hatte, ist gesichert; vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 4004 vom 14.10.91, Ku 600.50/1

¹⁵⁹¹ vgl. *Neues Leben*, 9.10.91, S. 2

Haltung muss als ein weiteres Indiz dafür gewertet werden, dass Russland sich von Groth und dessen ultimativem Kurs distanzierte.

Die Bundesregierung betrachtete den Kongress als die erste von der russischen Seite anerkannte und geförderte derartige Veranstaltung seit der Deportation der Deutschen - und nicht als eine Versammlung der "Wiedergeburt". Der Kongress sollte nach Bonner Vorstellungen mit Blick auf den El'cin-Besuch in Deutschland eine Perspektive der Hoffnung für die Deutschen und der bilateralen Zusammenarbeit zugunsten dieser Bevölkerungsgruppe erbringen. In Bonn wurde befürchtet, dass das beabsichtigte Vorgehen von Groth Nationalitätenminister Prokop'ev desavouieren und in der russischen Regierung eine schwere Vertrauenskrise im Verhältnis zu den Deutschen provozieren könne, obwohl es gerade Groth war, der sich auf El'cin festgelegt hatte. Unter Umständen werde sogar der Auftritt El'cins auf dem Kongress oder zumindest eine politische Erklärung des Präsidenten bzw. der russischen Regierung gefährdet - was dann auch eintrat.

Aus diesen Erwägungen schrieb Genscher mit Datum vom 15. Oktober 1991 an El'cin und bat ihn, angesichts von bereits mehr als 100.000 Aussiedlern im laufenden Jahr um ein Signal:

Ich weiß mich mit Ihnen in der Bewertung einig, dass eine weitere großangelegte Auswanderung von Deutschen aus der Sowjetunion weder im Interesse der Menschen noch unserer beiden Länder liegt. Gerade angesichts des in Kürze in Moskau stattfindenden Kongresses der Sowjetdeutschen wäre ich Ihnen deshalb für ein ermutigendes Zeichen an diese Bevölkerungsgruppe verbunden.¹⁵⁹²

Genscher erwähnte in seinem Schreiben eine Begebenheit anlässlich des Besuchs von Prokop'ev im Aussiedleraufnahmelaager in Baden-Württemberg. Dort war ihm von Sowjetdeutschen versichert worden, sie wären nicht ausgereist, hätten sie vorher erfahren, dass es ernsthafte Bemühungen zur Wiedererrichtung der Wolgarepublik gebe.

Am 11. Oktober 1991 war nach wiederholten Bitten der Deutschen Botschaft ein ausführliches Gespräch mit Prokop'ev über den bevorstehenden Kongress zustande gekommen. Das Komitee der RSFSR für Nationalitätenangelegenheiten, berichtete Prokop'ev, habe das Organisationskomitee unter Rauschenbach und Wormsbecher offiziell mit der Vorbereitung und Durchführung des Kongresses beauftragt. Seine eigenen, zweiwöchigen Bemühungen,

¹⁵⁹²

Brief Bundesaußenminister Genscher-Präsident El'cin vom 15.10.91, 213-321.39

zwischen den streitenden deutschen Fraktionen zu vermitteln, seien gescheitert. Groth lehne Kooperation und Kompromisse ab und beabsichtige, den Kongress zu sprengen. Wenn er auf dem Kongress die Mehrheit erhalte und die Republik in den alten Grenzen ausrufe sowie eine Regierung bilde, werde es zu einer Protestwelle an der Wolga kommen. Schon eine Vorkonferenz der "Wiedergeburt" am 28./29. September 1991 in Engel's habe die antideutsche Stimmung erneut angeheizt. Diese wende sich inzwischen auch gegen ihn persönlich. Führende Politiker an der Wolga kritisierten seine weitgehenden Einlassungen in Deutschland. Prokop'ev bat die deutsche Seite, ihren mäßigenden Einfluss auf Groth geltend zu machen, er treibe die Frage der Deutschen auf eine große Konfrontation zu: "Dann wird kein einziger Deutscher an die Wolga ziehen." Je mehr er einen nicht vorhandenen Feind bekämpfe, um so mehr Zulauf erhalte er, aber desto mehr erschwere er den Weg zur Wolgarepublik.

Die Botschaft erinnerte daran, dass sämtliche deutschen Politiker, aber auch Vertreter der Deutschen Botschaft, die mit Sowjetdeutschen zusammengetroffen seien, immer zur Geschlossenheit aufgerufen und vor radikalen Positionen gewarnt hätten, die Lösungen gefährdeten. Die deutsche Seite werde in den Tagen bis zum Kongress erneut versuchen, Groth von seinem Konfrontationskurs abzubringen - dieser Aufgabe stelle sich der Parlamentarische Staatssekretär Waffenschmidt -, ob dies gelinge, sei nach den bisherigen Erfahrungen mit Groth aber zweifelhaft.

Der Vorsitzende des Komitees der RSFSR für Nationalitätenangelegenheiten äußerte die Hoffnung, El'cin zu einem persönlichen Auftritt auf dem Kongress bewegen zu können, um seiner Konzeption die Autorität des Präsidenten zu verleihen und die Veranstaltung in die richtigen Bahnen zu lenken. Möglich sei aber auch die Verlesung eines schriftlichen Grußwortes zu Anfang und ein persönliches Erscheinen erst zum Ende des Kongresses. Für El'cins Haltung müsse die äußerst schwierige nationalitätenpolitische Gesamtlage berücksichtigt werden: In Ossetien stehe man kurz vor einem Bürgerkrieg. Hier kündigte sich bereits an, dass El'cin sein in Alma Ata gegebenes Wort nicht halten würde.

Die russische Seite selbst trug aber weiter dazu bei, dass Groth die russische Regierung als Gegner betrachten musste. Am 14. Oktober 1991 fand bei der Beraterin El'cins in Nationalitätenfragen¹⁵⁹³, Galina Starovojtova, eine Besprechung russischer Experten und Betroffener zum national-staatlichen Aufbau Russlands statt. An dem Treffen nahm Falk teil,

¹⁵⁹³

"Gosudarstvennyj Sovetnik RSFSR po nacional'nym voprosam"

während Groth und seine Anhänger ausgeschlossen blieben¹⁵⁹⁴. Damit wiederholte sich kurz vor dem Kongress eine aus der Union bekannte Konstellation. Die Zurücksetzung des Vorsitzenden der "Wiedergeburt" dürfte mit dazu beigetragen haben, dass der Kongress eine Wendung nahm, an der der russischen Regierung nicht gelegen sein konnte. Auf dem Kongress spielte das Thema der Beteiligung der gewählten Vertreter der Deutschen - vor allem an bilateralen Absprachen Russlands und Deutschlands - eine wesentliche Rolle. Aus diesen Vorfällen zog die deutsche Seite für sich die Konsequenz, Groth rechtzeitig vor den November-Verhandlungen zu hören - sehr zur anfänglichen Verärgerung der russischen Seite.

6. Moskauer Gespräche Waffenschmidts. Kongress der Deutschen

Waffenschmidt hatte schon in seiner Einladung zur der innerdeutschen Koordinationssitzung am 10. Oktober 1991 als *follow up* des Prokop'ev-Besuches angekündigt, er werde "in die UdSSR reisen ..., um mit der Russischen Regierung und Vertretern der Russlanddeutschen weiter über das ... Vorhaben zu verhandeln"¹⁵⁹⁵. Damit meldete er konsequent seinen außenpolitischen Anspruch an und traf im Vorfeld und während des Kongresses eine Reihe von politischen Persönlichkeiten, darunter El'cin, Abdulatipov, den stellvertretenden Ministerpräsidenten Lobov, Prokop'ev, Gebietsvertreter von der Wolga sowie in Einzelgesprächen Groth, Martens und Wormsbecher. Darüber hinaus fand mit Blick auf die deutsche Minderheit in Kirgisien eine Begegnung mit dem Ständigen Vertreter dieser Sowjetrepublik in Moskau, Nanaev, statt.

Am 16. Oktober 1991 appellierte Waffenschmidt 3 1/2 Stunden lang an den Vorsitzenden der "Wiedergeburt", Bereitschaft zu Kompromissen und zu einer Kooperation mit der russischen Regierung zu zeigen. Andernfalls könne auch die Bundesregierung den Sowjetdeutschen keine Hilfe leisten. Die Forderung "Wolga oder raus" sei eine Fiktion, eine Massenausreise undenkbar, denn ein Aufnahmeverfahren in Deutschland nehme länger als

¹⁵⁹⁴ Groth beschwerte sich in einem Interview mit Radio Moskau darüber: Galina Starovojtova "weiss ganz gut Bescheid, dass es eine 120.000köpfige Gesellschaft 'Wiedergeburt' gibt, aber in den vier Jahren unserer Existenz hat sie keine Kontakte zu uns geknüpft. Dafür aber hatte sie Zeit genug für jene gefunden, die das kommunistische Projekt der sog. etappenweisen Lösung des Russlanddeutschen-Problems unterstützen." Radio Moskau (dt.), 17.12.91, 12:30 h; zitiert nach: *BPA-Fernseh-/Hörfunkspiegel Ausland*, 18.12.91, S. 13

Auf der Besprechung wurden drei auch für die deutsche Frage wesentliche Prinzipien bzw. Voraussetzungen festgelegt, um nationale Gebiete zu begründen: Historische Zugehörigkeit eines Territoriums zu einem Volk, zahlenmäßige Mehrheit dieses Volkes auf dem Territorium und eine entsprechende Willenserklärung. *Neues Leben*, 27.11.91, S. 7 (Abdruck der Rede von Falk auf dem Kongress)

¹⁵⁹⁵ Einladung von PStS Waffenschmidt zur Koordinationssitzung von Bund, Ländern und Hilfsorganisationen am 10.10.91

ein Jahr in Anspruch. Angesichts der innenpolitischen Diskussionen in Deutschland über die Zuzugsbegrenzung von Aussiedlern wies Waffenschmidt eindringlich auf die Folgen von falschen Signalen des Kongresses hin. Groth nahm die Haltung der Bundesregierung zur Kenntnis, betonte jedoch, diese passe nicht zur aktuellen Lage in der UdSSR und der Stimmungslage bei den Deutschen¹⁵⁹⁶.

Abdulatipov bedauerte bei seinem Zusammentreffen mit Waffenschmidt, dass das Gesetz vom 26. April 1991 noch nicht umgesetzt werden konnte. Weiterhin fehle dazu ein Mechanismus. Das Gesetz sei seinerzeit politisch sehr wichtig gewesen und trotz großer qualitativer Mängel überstürzt verabschiedet worden, so dass es mehr eine politische Deklaration darstelle. Der Vorsitzende der Nationalitätenkammer unterstrich, eine sofortige Ausrufung der Wolgarepublik werde zum Scheitern des Anliegens führen, vielmehr müsse schrittweise vorgegangen werden, da gerade an der Wolga aus der Kriegszeit noch alte Stereotypen des Deutschen lebendig seien. Er begrüßte die Politik der Bundesregierung, die Auswanderung durch praktische Hilfsmaßnahmen zu verlangsamen, warnte aber vor Lebensmittel-Hilfsflügen an die Wolga. Damit erreiche man das Gegenteil, die Menschen würden denken, sie sollten "gekauft" werden. Besser als Geschenke seien Starthilfen für kleine Unternehmen. Waffenschmidt erwiderte, die Bundesregierung erwartete auch eigene Maßnahmen Russlands, die Abwanderung von Hunderttausenden von Deutschen stellten ein denkbar schlechtes Signal an Unternehmen dar, die in Russland investieren wollten¹⁵⁹⁷.

Nationalitätenminister Prokop'ev unterstrich gegenüber Waffenschmidt, seine Konzeption trage bereits Früchte, im Gebiet Omsk hätten sich 82% der Befragten für die Gründung eines Nationalen Rayons ausgesprochen. Am 15. Oktober 1991 habe der Ministerrat die Einrichtung einer Hauptverwaltung mit 30 Mitarbeitern für die Fragen der Deutschen bei seinem Komitee für Nationalitätenangelegenheiten gebilligt. Er hoffe, darin die beiden Lager der Deutschen zusammenführen zu können¹⁵⁹⁸. Der Leiter der Hauptverwaltung sei gleichzeitig sein Vertreter im Range eines stellvertretenden Ministers¹⁵⁹⁹.

Präsident El'cin empfing Waffenschmidt in Anwesenheit von Prokop'ev am 19. Oktober 1991, als der Kongress bereits begonnen hatte, zu einem halbstündigen Gespräch. Trotz mehrfachen Insistierens des deutschen Aussiedlerbeauftragten erklärte der Präsident, er werde angesichts seiner Arbeitsbelastung an dem Kongress nicht teilnehmen können, obwohl er sich gegenüber den Deutschen "in einer großen Schuld" fühle. El'cin unterstützte das von

¹⁵⁹⁶ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 4138 vom 22.10.91, Ku 600.50/1

¹⁵⁹⁷ ibid.; die Geschenkaktion verlief jedoch so, wie Prokop'ev es sich vorstellte, und wurde später Gegenstand von einem Bericht des Bundesrechnungshofs und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen.

¹⁵⁹⁸ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 4138 vom 22.10.91, Ku 600.50/1

¹⁵⁹⁹ *Frankfurter Allgemeine*, 23.10.91; mit Beschluss Nr. 570 des Ministerrates der RSFSR vom 30.10.91 wurde Falk auf diesen Posten befördert, vgl. *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 395

Prokop'ev vorgelegte Stufenkonzept und verwies auf eine Grußbotschaft an den Kongress, in der er zusage, dass die russische Regierung die Probleme lösen werde, obwohl es sehr schwer falle. Er schlug vor, anlässlich seines Deutschlandbesuches das russische Konzept und die Terminvorstellungen zu erläutern und dazu ein Protokoll oder einen Vertrag auszuarbeiten und zu unterzeichnen. Die Absicht, ein erstes rechtsverbindliches Dokument zur Verwirklichung der Pläne der Sowjetdeutschen zu schaffen, solle dem Kongress mitgeteilt werden. Auf den Hinweis Waffenschmidts, das Dokument müsse klar zum Ausdruck bringen, dass der Ort der Wiederherstellung der staatlichen Autonomie das Wolgagebiet sei, verwies El'cin auf bestehende Schwierigkeiten und wiederholte in Teilen seine Äußerungen vom September 1991 gegenüber Genscher. An der Wolga gebe es nicht genügend Platz, vielleicht könne man dort aber ein Territorium von 3.000 km² reservieren, jedoch müssten fünf bis sechs Gebiete vorgesehen werden, bei Tomsk, bei St. Petersburg, im Schwarzerdegebiet und möglicherweise auch in Zentralrussland. Allerdings stimmte El'cin der Bemerkung Waffenschmidts zu, die Deutschen müssten eine staatliche Autonomie erhalten, wenn sie ein Gebiet an der Wolga bekämen. Er kündigte erneut eine Änderung der russischen Verfassung an, die auch Völkern, die nicht über ein eigenes Territorium verfügten, das Recht auf Entsendung von Vertretern in den Obersten Sowjet geben solle. Waffenschmidt unterstrich die Bereitschaft der Bundesregierung zur Mithilfe beim Aufbau an der Wolga. Das beabsichtigte Entwicklungsprogramm, das er noch am selben Tag mit Regionalvertretern erörtern werde, würde auch nicht-deutschen Bewohnern des Wolgagebietes zugute kommen¹⁶⁰⁰. Laut *Frankfurter Allgemeine* hatte Waffenschmidt mitgeteilt, dass im Bundeshaushalt 1992 für die "Hilfe zum Aufbau der Wolgarepublik" kurzfristig 100 Millionen Mark bewilligt wurden, die "allen in der Region zugute kommen sollen". "Zu den Projekten zählen die Unterstützung von Kindergärten, Schulen, Universitäten, Hilfe für das Krankenhaus in Saratov, der Bau von Begegnungsstätten, Hilfen für die Landwirtschaft, technische Unterstützung der deutschsprachigen Medien, der Aufbau von Bäckereien, Metzgereien und Käsereien, aber auch ein internationales Jugendlager im nächsten Jahr."¹⁶⁰¹

El'cins Wortbruch - trotz seiner öffentlichen Einlassung in dramatischen Worten gegenüber dem *Neuen Leben* vom 20. August 1991 war politisch motiviert. Ein Auftritt hätte ihm nur weitere Gegner geschaffen: Obwohl konkrete Zusagen im Sinne der Deutschen nicht möglich waren, dürfte den russischen Nationalisten das Etappen-Angebot schon viel zu weit gegangen sein. Die Deutschen, das war spätestens seit März 1991 bekannt, folgten in ihrer großen Mehrheit der radikalen Haltung Groths, für sie waren die Zugeständnisse der russischen Regierung bei weitem nicht ausreichend. Die Aussicht auf einen erfolgreichen

¹⁶⁰⁰ vgl. Schreiben Waffenschmidt-Genscher vom 24.10.91, Vt I 6 - 933 305/1 und Bericht der Botschaft Moskau Nr. 4108 vom 21.10.91, Ku 600.50/1

¹⁶⁰¹ *Frankfurter Allgemeine*, 23.10.91; vgl. auch *Kölner Stadt-Anzeiger*, 29.10.91

Auftritt des Präsidenten, von dem positive, zukunftsweisende Impulse hätten ausgehen können, war damit nicht gegeben. Die Deutschen, die in ihrer Mehrheit seit Jahren auf Ausreise gesetzt hatten, ein weiteres Mal zu enttäuschen, stellte in diesem Dilemma hinsichtlich der potentiellen Folgen für die russische Politik das "kleinere Übel" dar.

Waffenschmidt resümierte auf dem international vielbeachteten Kongress¹⁶⁰² seine Begegnung mit El'cin. Letztlich stellte dieser Auftritt eine Notlösung dar, im Grunde genommen aber war es eine Groteske: Ein deutscher Politiker informiert die Russlanddeutschen anstelle des Präsidenten der Russischen Föderation und über dessen Haltung¹⁶⁰³. Es sei an dieser Stelle nochmals daran erinnert, dass vor nicht allzu langer Zeit Einlassungen deutscher Politiker mit dem Vorwurf der Einmischung in innere Angelegenheiten quittiert worden waren - inzwischen wurden quasi "im Auftrag" Amtshandlungen übernommen.

Obwohl die Erklärung des Präsidenten einen Höhepunkt in den Zugeständnissen der Führung an die deutsche Minderheit darstellte - allerdings auch angesichts einer Zuspitzung der Lage der Deutschen ohne gleichen -, schien El'cin noch immer nicht über vollständige Informationen zu den betreffenden Gebieten an der Wolga zu verfügen: Weite Teile der ehemals ca. 28.000 km² großen Wolgarepublik waren dünn oder gar nicht besiedelt.

Die deutschen Delegierten, die in der Hoffnung nach Moskau gekommen waren, Russland werde sich unzweideutig zur Übernahme der Verantwortung für die deutsche Minderheit und zur Umsetzung des Gesetzes vom 26. April 1991 bekennen, reagierten auf El'cins Abwesenheit erwartungsgemäß mit tiefer Enttäuschung, die seine Grußworte, die Prokop'ev verlas, nicht mindern konnten¹⁶⁰⁴. Die Deutschen empfanden El'cins Fehlen als symptomatisch für die Haltung ihrer Regierung und funktionierten schon deshalb den Kongress zu einer Fortsetzung der März-Veranstaltung um.

In der Grußbotschaft würdigte der Präsident den Beitrag der Deutschen, den diese über Jahrhunderte zum Aufbau Russlands leisteten, verurteilte die Repressionen unter Stalin und kündigte an:

Nun ist der Zeitpunkt gekommen, um alle Folgen der Ungesetzlichkeit zu beenden und diese schändliche Seite unserer Geschichte umzuschlagen.

Die politische und staatliche Rehabilitierung des deutschen Volkes muss zu einem vollständigen Abschluss gebracht werden. (...)

Das zentrale Problem im Leben der Sowjetdeutschen ist m.E. die Wiederherstellung der Staatlichkeit. Als Präsident der RSFSR erkläre ich, dass diese Frage ein

¹⁶⁰² Seitens der Presse war an dem Kongress großes Interesse gezeigt worden: Insgesamt beobachteten Vertreter von 57 Presseorganen die Beratungen; vgl. *Neues Leben*, 30.10.91, S. 12

¹⁶⁰³ Text der Unterrichtung abgedruckt in: *Nemeckaja Gazeta*, 16.11.91

¹⁶⁰⁴ "An den Kongress der Sowjetdeutschen", Moskau, 19. Oktober 1991, *Neues Leben*, 23.10.91, S. 1; vgl. dort S. 2 die Beschreibung der Spannung, mit der El'cin auf dem Kongress erwartet wurde

Bestandteil des politischen Kurses von Russland ist. Grundlage unserer Arbeit in dieser Richtung ist das vom Obersten Sowjet der RSFSR verabschiedete "Gesetz über die Rehabilitierung der von Repressionen betroffenen Völker".¹⁶⁰⁵

Gleichzeitig zeigte El'cin jedoch auch die Grenzen des Möglichen auf und distanzierte sich damit eindeutig von dem Lösungsansatz Groths einer sofortigen rechtlichen Wiederherstellung der Wolgarepublik:

Dieser Prozess muss im Geiste des Verständnisses und der Achtung der Menschenrechte der Angehörigen aller Nationalitäten und unter Berücksichtigung der entstandenen Realitäten ablaufen.

Ich bin überzeugt, dass wir das sogenannte "deutsche Problem" durch gemeinsame Bemühungen auf zivilisiertem Weg zu lösen vermögen, wobei keine zusätzlichen Spannungsherde geschaffen werden, sondern - im Gegenteil - die Stabilität gefestigt werden wird. (...)

Die Situation ist so, dass es heute nicht möglich ist, die Republik der Deutschen an der Wolga durch eine Sonderverfügung oder durch einen Sondererlass zu schaffen.

Wenn ich die gegenwärtige Stimmung der Bevölkerung der betroffenen Region und andere Umstände realistisch einschätze, so glaube ich, dass ein positives Ergebnis nur auf der Grundlage eines Kompromisses möglich ist ...¹⁶⁰⁶

Mit dieser Haltung musste El'cin bei der von Groth geführten Mehrheit der Deutschen auf Ablehnung stoßen. Im weiteren identifizierte El'cin sich mit Prokop'evs Stufenplan - ein solches Zugeständnis hatte es bislang auf dieser höchsten politischen Ebene nicht gegeben:

Für die Wiederherstellung der Staatlichkeit der Deutschen auf dem Territorium Russlands bedarf es einiger Etappen und einer gewissen Zeit, in deren Verlauf vor allem alle Zweifel und Bedenken der örtlichen Behörden und der Einwohner des Gebiets ... beseitigt werden müssen und sie davon überzeugt werden müssen, dass ihre Rechte garantiert werden. Unsere Position lautet - die örtliche Bevölkerung darf dabei nichts verlieren, sondern soll wesentlich dazugewinnen.

Der erste Schritt zur Wiederherstellung der Staatlichkeit könnte die gründliche Erneuerung der Infrastruktur, der Produktion und der sozialen Bedingungen in einigen Siedlungen dieser Region unter Beteiligung von Bürgern deutscher Volkszugehörigkeit werden, die den Wunsch nach ständiger Wohnsitznahme dort geäußert haben.

Die nächste Etappe wird die Wiederherstellung der Staatlichkeit der Deutschen an der Wolga in vollem Umfang werden.

An der Lösung dieses Problems zeigte sich Deutschland sehr interessiert. Politiker und Vertreter der Wirtschaft dieses Landes sind bereit, Russland bei der Lösung dieser nicht leichten Aufgabe ernsthaft zu helfen. Wir beabsichtigen, die konkreten

¹⁶⁰⁵ Grußbotschaft El'cins, *Neues Leben*, 23.10.91, S. 1

¹⁶⁰⁶ *ibid.*

Aspekte dieser Hilfe im Verlaufe des bevorstehenden Besuchs des Präsidenten der RSFSR in Deutschland zu besprechen.¹⁶⁰⁷

Bei der Grußbotschaft El'cins ist bemerkenswert, dass an der Wolga zunächst die Bedenken der örtlichen Behörden und erst dann die der Einwohner der betreffenden Gebiete zerstreut werden sollten. Die Wirtschaftshilfe für die Wolgaregion stand auch hier an vorderster Stelle zur Untermauerung der Überzeugungsarbeit vor Ort. Allerdings wählte El'cin eine Formulierung, die der bundesdeutschen Seite eine nur helfende Funktion zuwies. In der späteren Praxis zeigte es sich jedoch, dass die russische Regierung sich hinsichtlich der Eigenleistungen äußerste Zurückhaltung auferlegte.

Aleksandr Jakovlev, inzwischen in der Funktion eines "Beraters des Präsidenten der UdSSR", verlas zu Beginn des Kongresses ein Grußwort von Gorbačev, das in seiner Belanglosigkeit noch hinter den schon bekannten Äußerungen zurückblieb und als Ausdruck dafür gewertet werden muss, dass die Union sich der Verantwortung für die Deutschen entledigt hatte:

An den ersten Kongress der Deutschen der UdSSR

Verehrte Genossen! Empfangen Sie meine besten Glückwünsche zu diesem großen Ereignis im Leben des zwei Millionen zählenden sowjetdeutschen Volkes - zum ersten Kongress der Deutschen der UdSSR.

In ihrer mehr als zwei Jahrhunderte währenden Geschichte haben die Deutschen Russlands und der UdSSR keinen geringen Anteil an der Entwicklung von Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft des Landes und vieler seiner Republiken und Regionen. Die Namen der herausragenden Söhne des deutschen Volkes sind in der ganzen Union weit bekannt und in Öffentlichkeit und Staat hochverehrt.

Unbestrittene Errungenschaften wurden in den ersten Jahren der Sowjetmacht von der Autonomen deutschen Wolgarepublik begründet. Jedoch unter den Bedingungen der stalinschen Willkürherrschaft fiel den Sowjetdeutschen ein schweres Los zu. Sie wurden wahllosen, unbegründeten Repressionen ausgesetzt. Erst im Jahre 1964 wurden sie von allen Beschuldigungen befreit. Aber auch heute gibt es Gründe, von dem Erfordernis einer vollständigen Wiederherstellung der Gerechtigkeit zu sprechen. Besorgnis und Beunruhigung ruft die wachsende Emigration der Deutschen hervor. Einer der wichtigsten Gründe dafür ist die Ungelöstheit der Frage der Staatlichkeit. Ich bin für ihre vernünftige und unverzügliche Lösung. Ich bin davon überzeugt, dass eine solche Lösung mit vereinten Kräften gefunden wird.

Die Sowjetdeutschen können mit allen Völkern unseres Vielvölkerstaates noch aktiver und zuversichtlicher ihr Leben unter den Bedingungen der politischen und wirtschaftlichen Freiheit, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit einrichten. Das ist unzweifelhaft im Interesse unserer ganzen Gesellschaft.

¹⁶⁰⁷

ibid.

Ich wünsche den Teilnehmern am Kongress eine erfolgreiche Arbeit.

M. Gorbačev¹⁶⁰⁸

Auch wenn sich die Teilnehmer des Kongresses noch als "Deutsche der UdSSR" bezeichneten und die alte sowjetische Verfassung noch weiterhin in Kraft war, faktisch hatte dieser Staat nach dem Putsch aufgehört zu existieren. Die Grußbotschaft Gorbačevs stellte gleichsam das letzte offizielle Echo der UdSSR in der Geschichte der Sowjetdeutschen dar. Auf dem Kongress wurde bereits heftig über eine neue Selbstbezeichnung der Deutschen debattiert. In die Dokumente des Kongresses fand der Begriff "Deutsche der Union Souveräner Staaten" ("nemcy SSG") Eingang¹⁶⁰⁹.

Boris Rauschenbach rief in einer ganz auf Versöhnung der sowjetdeutschen Kontrahenten ausgerichteten Rede zur Einheit hinsichtlich der Anstrengungen zur Verwirklichung des unbestrittenen Hauptziels der Sowjetdeutschen auf, der Wiederherstellung ihrer Staatlichkeit. Er bedankte sich bei der russischen Führung, insbesondere bei Prokop'ev, für die Ermöglichung und Finanzierung der Veranstaltung und erinnerte die Delegierten daran, dass der Ministerrat der RSFSR derzeit auf der Grundlage des Rehabilitierungsgesetzes vom 26. April 1991 an den Fragen der Wiederherstellung der deutschen Staatlichkeit an der Wolga arbeite. Die Aufgabe des Kongresses bestehe nun darin zu diskutieren, wie "unter Berücksichtigung aller bestehenden Realitäten und Interessen aller betroffenen Seiten"¹⁶¹⁰ am besten vorgegangen werde. Er könne "sich vorstellen, dass unsere Meinungen und Ratschläge für die Regierungsstrukturen Russlands, die aufgerufen sind, die für uns lebenswichtige Frage zu lösen, von Nutzen sein könnten."¹⁶¹¹

Rauschenbach berichtete, dass er zur Vermeidung von Kontroversen am 2. Oktober 1991 Groth, Martens und V. Schulz in Vertretung von Falk als Repräsentanten der "drei Hauptströmungen unserer Bewegung" zu sich gebeten habe. Nach langen Diskussionen habe man sich auf vier grundsätzliche Forderungen einigen können:

1. Wiederherstellung der Staatlichkeit (Republik)
2. Wiederherstellung der Staatlichkeit an der Wolga
3. Etappenweise Verwirklichung der Wiederherstellung beginnend mit einer verpflichtenden politischen Entscheidung Russlands

¹⁶⁰⁸ Grußbotschaft Gorbačevs, *Neues Leben*, 23.10.91, S. 1

¹⁶⁰⁹ vgl. *Neues Leben*, 23.10.91, S. 2

¹⁶¹⁰ *Neues Leben*, 30.10.91, S. 3

¹⁶¹¹ *ibid.*

4. Wiederherstellung und Bildung von nationalen Rayons und Dorfsowjets, jedoch nicht als Alternative oder als Vorwand für eine Verzögerung der Wiederherstellung der Republik¹⁶¹²

Rauschenbach verlieh der Hoffnung Ausdruck, "wenn ... alle eine solche abgestimmte Plattform unterstützen, dann wird dies einen sicheren Weg zu unserem Ziel eröffnen."¹⁶¹³

In einer Bilanz der Maßnahmen der Union zugunsten der Deutschen musste Rauschenbach feststellen, dass in all den Jahren der *Perestrojka* lediglich die Aufhebung der repressiven Akte sowie die Versorgung der Trudarmisten verabschiedet worden waren. Alle anderen Beschlüsse seien derart allgemein gehalten, dass in ihnen die Wiederherstellung der Staatlichkeit der Deutschen keine Erwähnung fand¹⁶¹⁴. Die Begegnung mit Gorbačev im Mai 1991 habe zwar zu einer Weichenstellung geführt, aber "die Umsetzung der Absprachen ... wurde vom früheren Ministerkabinett der UdSSR außerordentlich verschleppt und ist bis heute nicht erfolgt."¹⁶¹⁵ Im Laufe des vergangenen Jahres sei die Frage der Wiederherstellung der Republik zunehmend an Russland übergegangen, und jetzt werde von der RSFSR der wichtigste Schritt erwartet, die politische Entscheidung und ein Ukas des Präsidenten über die Wiederherstellung der Staatlichkeit. Rauschenbach unterstrich, dass dies aber nur einen Teil des Problems darstelle, und verwies auf die übrigen in und außerhalb Russlands lebenden Sowjetdeutschen, die von einer zukünftigen Republik nicht erfasst würden. Darüber hinaus stellte er die Frage, ob es angesichts der relativ wenig attraktiven Boden-, Klima- und ökologischen Verhältnisse an der Wolga sowie der antideutschen Stimmung ausreichend Übersiedler geben werde, um die für eine kulturelle Wiedergeburt erforderliche kritische Masse zu erreichen - zumal 70-80% der Deutschen ihre Kultur bereits verloren hätten. Und falls nicht, was könne eine Republik dann den übrigen Sowjetdeutschen geben? Das Wichtigste, zog Rauschenbach aus dieser Fragestellung den Schluss, sei nicht das Territorium selbst, sondern "die Möglichkeit einer Zukunft auf diesem Territorium"¹⁶¹⁶, im Sinne einer gesicherten Zukunft. Die Frage, warum eine territoriale Autonomie erforderlich sei, könne es nicht auch eine kulturelle sein, wie sie den Deutschen verordnet werden sollte, wies das Akademiemitglied engagiert zurück. Eine kulturelle Autonomie könne lediglich den Kulturerhalt garantieren, unerlässlich sei jedoch eine Wiedergeburt der nationalen Kultur und Sprache. Es "gebe praktisch schon nichts mehr zu erhalten"¹⁶¹⁷. Darüber hinaus befänden sich

¹⁶¹² ibid.

¹⁶¹³ ibid.

¹⁶¹⁴ Diese Darstellung ist insofern nicht korrekt, als in dem Beschluss des Ministerkabinetts vom 2.8.91 sehr wohl von der Wiederherstellung der Staatlichkeit die Rede ist; allerdings ist der Beschluss erst Ende 1993 veröffentlicht worden; vgl. *Postanovlenie Kabineta Ministrov SSSR Nr. 565 "O Komitete po problemam so-vetskich nemcev"*, 2.8.91, *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 389ff, 390

¹⁶¹⁵ *Neues Leben*, 30.10.91, S. 5

¹⁶¹⁶ ibid.

¹⁶¹⁷ ibid.

sogar Nationen der UdSSR, die über ihre eigene Republik verfügten, am Rande des kulturellen Untergangs. Schließlich würden die Deutschen in einer Kulturautonomie in einem auf dem Territorialprinzip beruhenden Umfeld ständig benachteiligt.

Rauschenbach nutzte die Gelegenheit, um die äußerst ungünstigen Rahmenbedingungen für die Arbeit des umstrittenen Organisationskomitees erstmals öffentlich darzulegen und verständlich zu machen. In dem Jahr seiner Existenz hätten sich die Bedingungen im Lande fast jede Woche verändert und immer mehr den Eindruck der Instabilität vermittelt. Immer neue und für den Gesamtstaat drängendere Probleme führten dazu, dass die Anliegen der Deutschen als drittrangig betrachtet wurden und in den staatlichen Strukturen noch weniger Gehör fanden. Von Anfang an habe es eine

scharfe Konfrontation mit der Führung der Staatlichen Kommission zu den Problemen der Sowjetdeutschen zum Hauptpunkt gegeben, der Wiederherstellung der Autonomie. Wir haben die Idee der Assoziation als Alternative zur territorialen Autonomie entschieden zurückgewiesen und uns erst mit dem Beginn der Arbeiten zur Vorbereitung des Kongresses einverstanden erklärt, als die Republik offiziell als das Ziel anerkannt worden war. Diese Anerkennung durch die offiziellen Organe nahm 1 1/2 Monate in Anspruch. (...)

Wir sind davon ausgegangen, dass nicht alle Deutschen in die Republik übersiedeln würden und sich jemand im Lande ihrer allgemeinen Probleme annehmen musste, daher haben wir ebenfalls die Forderung nach der Gründung eines nationalen Vertretungsorgans der Sowjetdeutschen erhoben.¹⁶¹⁸

Je näher der Kongress gekommen sei, desto besorgter seien die Mitglieder des Organisationskomitees gewesen, da es keinerlei offizielle Reaktion auf die vorgelegten Dokumente gab, insbesondere nicht zur Frage der Wiederherstellung der Republik an der Wolga. Da auch der Präsident das Organisationskomitee Anfang März nicht empfangen konnte, habe der Kongress verlegt werden müssen.

Der Vorsitzende des Komitees der RSFSR für Nationalitätenangelegenheiten, Leonid Prokop'ev sprach auf dem Kongress für die russische Regierung und wies gleich zu Beginn seiner Rede darauf hin, dass die Annahme, nunmehr sei Russland für die Lösung der deutschen Probleme zuständig, bei weitem nicht zutrefte. Die Aufgabe betreffe vielmehr alle souveränen Republiken. Die Rückkehr der Deutschen in ihre früheren Territorien könne nur

ohne Gewalt, etappenweise und unter Berücksichtigung der Interessen aller Seiten geschehen, ohne dass die Rechte der dort lebenden Menschen beeinträchtigt werden.

¹⁶¹⁸

ibid.

... zwischennationale Probleme kann man nur durch Diskussion, Kompromiss und Dialog lösen, nicht durch Gewalt.¹⁶¹⁹

Wo die Rückkehr auf Probleme stoße, müssten zuerst alle angeblichen Hindernisse ausgeräumt und die lokale Bevölkerung über die Einzelheiten der Rückführung der Sowjetdeutschen informiert werden, wie viele kommen, in welchem Zeitraum, wo sie angesiedelt werden, über den geplanten Ausbau der Infrastruktur, etc. Prokop'ev berichtete, dass die im Mai 1991 gegründete Kommission beim Ministerrat der RSFSR bereits Grundlagen zur Umsetzung des Gesetzes vom 26. April 1991 erarbeitet habe. Die Lage an der Wolga und auch die unter den Deutschen umstrittenen Wege zur Lösung des Problems hätten die russische Regierung zum Entwurf eines vierstufigen Konzeptes zur Wiederherstellung der deutschen Staatlichkeit veranlasst, das im Lichte des Kongresses konkretisiert werden könne.

In einer ersten Etappe bis Ende 1991 sollten erste deutsche Dorfsowjets in den beiden Verwaltungsgebieten an der Wolga sowie in anderen Teilen Russlands gegründet werden, um das positive Beispiel des Altajs an der Wolga erfahrbar zu machen und schon in dieser Etappe deutsche Führungspersönlichkeiten heranzubilden. In kompakten Siedlungsgebieten der Deutschen seien Kommissionen zu bilden, die Einzelheiten der Übersiedlung klären, so die Anzahl zu erwartender Personen, den Bedarf an Wohnungen, Land, Vieh, etc. Auf dieser Grundlage und auf Vorschlag der Kommission zu den Problemen der Sowjetdeutschen werde dann der Ministerrat den einzelnen Behörden entsprechende Aufgaben zuweisen und eine Konzeption für die Wiederherstellung der Republik erarbeiten. Gleichzeitig müsse die Finanzierung geklärt sowie die Prinzipien dargelegt werden, nach denen die Wiederherstellung der Staatlichkeit erfolgen solle: Wahrung der Rechte und Interessen der Lokalbevölkerung. Mit einer Kampagne seien diese Menschen darüber aufzuklären, dass das Vorhaben der gesamten Region in wirtschaftlicher Hinsicht nütze und niemand seine Arbeit oder Wohnung verliere. Einzelheiten zu Fragen der Sprache, der Bildungsinstitutionen und Masseninformativsmittel in der zukünftigen Republik seien festzulegen.

In einer zweiten Etappe bis Mitte 1992 müssten alle Details mit den zuständigen Behörden und Republiken wie der Ukraine, Kasachstan, Kirgistan und Usbekistan abgestimmt und an der Wolga die Aufnahmerayons festgelegt werden. Eine spezielle Migrationsbehörde solle beim Zentrum und vor Ort gegründet werden, der Ministerrat Russlands habe die entsprechenden Schritte bereits unternommen. Die erforderlichen Gesetzentwürfe sollten dem russischen Parlament und Präsidenten zur Prüfung vorgelegt werden.

¹⁶¹⁹

ibid. S. 6

1992/1993, in der dritten Etappe, werde die Umsiedlung beginnen. Zunächst würden Menschen aus landwirtschaftlichen und Bauberufen kommen und Brigaden zum Aufbau bilden. Die Familien könnten später nachziehen. Denkbar seien auch Jugendbrigaden.

In der vierten Etappe 1993/1994 werde der Bau von Unterkünften und die Schaffung von Arbeitsplätzen einen größeren Umfang der Übersiedlung erlauben, wodurch als Voraussetzung für die Wiederherstellung einer Autonomie ausreichend Deutsche in die Region ziehen. In dieser Etappe würden die politischen, wirtschaftlichen und grundlegenden sozialen Voraussetzungen für eine Staatlichkeit entstehen.

Die schon zeitlich unrealistisch optimistische Konzeption Prokop'evs war weitgehend identisch mit der Ideenskizze, die er im September in Bonn vorgetragen hatte. Viktor Diesendorf, Groths Stellvertreter, warf ihm vor, dass sie jener

entspricht, die der Kommission des Ministerrates der RSFSR durch H. Wormsbecher und V. Bauer sowie L.P. Prokop'ev und seinen Stellvertreter V.J. Serjakov am 8. Juli d.J. vorgelegt wurde. Wir haben unsere Konzeption noch zuvor, am 2. Juli vorgelegt. Faktisch wurden diese beiden Urkunden von der Kommission gar nicht erörtert, abgesehen von der Sitzung am 8. Juli, die wie üblich ohne Quorum abgehalten wurde. Seitdem gab es keine Sitzungen dieser Kommission.¹⁶²⁰

Diesendorf kritisierte, dass Prokop'ev diese Konzeption der Bundesrepublik ohne Rücksprache mit den Russlanddeutschen präsentiert habe, wo sie inzwischen gewisse Unterstützung genieße. Sie lasse den alten Kadern an der Wolga ausreichend Raum zur "Sabotage". Er lehnte die Konzeption deshalb als "realitätsfremd" und "undurchführbar"¹⁶²¹ ab. Außerdem "widerspricht [sie] grundsätzlich dem Gesetz über die Rehabilitierung ..."¹⁶²² Im übrigen sei die Frage der Wiederherstellung der Wolgarepublik eilbedürftig. Entweder werde die Wolgarepublik jetzt oder nie wiederhergestellt: Der Entwurf der neuen Verfassung der Russischen Föderation sehe nämlich vor, dass die Verwaltungsgebiete jeglicher Veränderung auf ihrem Territorium zustimmen müssten. Das Beispiel anderer repressierter Völker im Kaukasus zeige, dass dies zu unlösbaren Problemen führe: Die dortigen Schwierigkeiten hingen mit den unveränderlichen Grenzen der Republiken zusammen. Unter diesen Umständen würden bestenfalls nationale Rayons möglich, die sich aber in völliger Abhängigkeit des übergeordneten Gebiets befänden. Auch dies widerspreche dem Gesetz vom 26. April 1991.

¹⁶²⁰ Diesendorf, "Bericht an den Kongress der UdSSR-Deutschen", 19.10.91, S. 1; Text liegt dem Verfasser vor. Eine 2 1/2seitige Skizze einer Konzeption vom 3.7.91, die u.a. von dem Abgeordneten Bier und Diesendorf unterschrieben ist, Text liegt dem Verfasser vor

¹⁶²¹ Diesendorf, "Bericht an den Kongress der UdSSR-Deutschen", 19.10.91, S. 9; Text liegt dem Verfasser vor.

¹⁶²² ibid. S. 8f

Es ist höchst sonderbar, dass L.P. Prokop'ev, der über die geplanten Verfassungsänderungen Bescheid wissen muss, es nicht für nötig hielt, diesen Faktor, der von erstrangiger Bedeutung für die Lösung unseres Problems ist, wenigstens zu erwähnen. ... wir sehen die einzig annehmbare Lösung in der Verabschiedung einer Staatsurkunde über die Wiederherstellung der ASSR dWD in den nächsten Monaten, noch vor der Inkraftsetzung der neuen Verfassung.¹⁶²³

Jurij Haar, der im Namen des "Vereins der Deutschen" sprach, warf der Führung der "Wiedergeburt" vor, den Kongress sprengen zu wollen. Er rief dazu auf, die Anstrengungen Russlands und Deutschlands zur Lösung des sowjetdeutschen Problems zu respektieren und die Delegierten nicht gegen die "realistische gemeinsame Konzeption ... zur Wiederherstellung unserer Staatlichkeit, die zwischen dem Präsidenten und der Regierung Russlands und offiziellen Strukturen Deutschlands abgestimmt worden ist"¹⁶²⁴, einzustimmen. Haar wandte sich gegen die Bezeichnung des Kongresses als zweite Etappe des außerordentlichen Kongresses vom März. Dies würde dem Kongress als Fortsetzung einer von niemandem anerkannten Veranstaltung die Bedeutung nehmen. Ebenso wenig sei der im März gewählte "Provisorische Rat" akzeptabel, dessen einzige Leistung "die Verkündung eines neunmonatigen Moratoriums seiner Tätigkeit"¹⁶²⁵ darstelle. Haar schlug vor, bis zur Bildung eines Vertretungsorgans Boris Rauschenbach mit der Wahrnehmung deutscher Interessen zu beauftragen.

Groth klagte die Union an, sie setze die gewaltsame Assimilation, den "staatlichen Genozid ... im geistigen Bereich"¹⁶²⁶, fort. Die Union und ihr Präsident sowie seine Vorgänger hätten zugunsten der Deutschen nichts getan. Dies gelte auch für alle anderen nationalen Problembereiche. Im Gegenteil, statt Nationalitätenkonflikte zu lösen, seien diese z.T. sogar geschürt worden. Auf die Alternative, die sich den Deutschen stelle, unverzügliche Wiederherstellung ihrer verfassungsmäßigen Rechte oder freie, organisierte Ausreise, habe die politische Führung mit dem Vorschlag einer "Assoziation" geantwortet. Gusev und seine Kommission hätten als Gegner einer Autonomen Wolgarepublik die Vorschläge der Kiselev-Kommission revidiert und die Abhaltung eines Kongresses beschlossen, um den Anschein zu erwecken, als akzeptierten die Deutschen freiwillig diese Idee. Die "Wiedergeburt", die dagegen Widerstand leistete, sei mit einer "raffinierten Politik"¹⁶²⁷ bekämpft und gespalten

¹⁶²³ ibid. S. 3

¹⁶²⁴ *Neues Leben*, 30.10.91, S. 12

¹⁶²⁵ ibid.; 6+3 Monate: das Moratorium war verlängert worden, da Russland insbesondere nach dem Gesetz vom 26.4.91 die Erfüllung der Forderungen innerhalb von 6 Monaten nicht zugemutet werden konnte; vgl. *Neues Leben*, 30.10.91, S. 7

¹⁶²⁶ *Neues Leben*, 30.10.91, S. 6

¹⁶²⁷ ibid. S. 7, "tonkaja politika"

worden. Die Deutschen in der Gusev-Kommission und im Organisationskomitee spielten in diesem Szenario eine besondere Rolle:

Durch ihr Kompromisslertum und ihre Prinzipienlosigkeit, darunter auch durch vorsätzliche Handlungen einiger von ihnen, wurde die Lösung der deutschen Frage bedeutend hinausgezögert sowie die Zuversicht von hunderttausenden Menschen in ihre nationale Zukunft in der RSFSR und in anderen Republiken zerstört. (...)

Ich möchte ... betonen, dass bereits seit Januar 1990 60-70% der gesamten Anstrengungen der Gesellschaft, des Vorstandes und des Vorsitzenden der "Wiedergeburt" für den Kampf gegen die künstlich geschaffene innere Opposition, zunächst im Präsidium des Koordinationszentrums, danach im nicht statutmäßigen Präsidium des Rats der "Wiedergeburt", dann im Organisationskomitee zur Vorbereitung des Kongresses der UdSSR-Deutschen und, schließlich, mit dem für Staatsgeld geschaffenen "Verein der Deutschen der UdSSR" aufgewendet wurden.¹⁶²⁸

Die Unionsführung habe ihre Einstellung zum Problem der Deutschen anschaulich demonstriert, als sie die Gusev-Kommission einfach auflöste. Nicht einmal einen Rechenschaftsbericht über ihre Tätigkeit gebe es. Die Kommission, die innerhalb von zwei Wochen nach dem Gespräch mit Gorbachev ins Leben gerufen werden sollte, erblickte nie "das Licht der Welt"¹⁶²⁹. Darüber hinaus existiere ein Brief des stellvertretenden ZK-Generalsekretärs Ivaško vom 13. Juni 1991 an die ZKs der Republiken, in denen "unzweideutig auf die Notwendigkeit hingewiesen wurde, die Realisierung des Gesetzes der RSFSR 'Über die Rehabilitierung der repressierten Völker' zu blockieren."¹⁶³⁰ Der Putsch habe schließlich das wahre Gesicht Gusevs gezeigt, des Menschen, der die Deutschen "zwei Jahre von der tatsächlichen Rehabilitierung abgebracht, der einen Mechanismus für die Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung der Russlanddeutschen ausgearbeitet hatte."¹⁶³¹

Auch in der russischen Führung gebe es Uneinigkeit und Widerstände gegen die Umsetzung des Gesetzes. Groth verwies in diesem Zusammenhang auf die "mehr als sonderbaren öffentlichen Äußerungen"¹⁶³² El'cins am 16. August 1991 in Alma Ata und am 10. September 1991 in Moskau gegenüber Außenminister Genscher.

Die Überlegungen El'cins erinnerten in vielem an frühere Äußerungen M.S. Gorbachevs über die große Bevölkerungsdichte im Wolgagebiet und über die Suche

¹⁶²⁸ ibid. S. 7f; (der deutsche Text entstammt einer Übersetzung der Rede durch die "Wiedergeburt"; Text liegt dem Verfasser vor.)

¹⁶²⁹ ibid. S. 7

¹⁶³⁰ ibid. S. 7f; ein solches Schreiben ist mir nicht bekannt.

¹⁶³¹ ibid. S. 7

¹⁶³² ibid. S. 8

nach Lösungen in anderen Regionen. Ich nehme jedoch an, dass diese Äußerungen von Boris El'cin lediglich den Ansatz seiner Berater und Helfer aus den Reihen der alten Parteinomenklatura widerspiegeln.¹⁶³³

Hinsichtlich der Konzeption Prokop'evs bedauerte Groth, dass dieser das wichtigste Element fehle, der dem etappenweisen Aufbau vorausgehende Beschluss zur Wiederherstellung der Wolgarepublik. Anstelle eines staatlichen Rechtsaktes sei nunmehr nur noch von einer "politischen Erklärung bindenden Charakters" die Rede und statt der Implementierung des Gesetzes vom 26. April 1991 würde

nunmehr vorgeschlagen, [die Deutschen] mit einer weiteren Erklärung zufrieden zu stellen, die vergessen werden kann, sobald der Mechanismus politischen Drucks zur Lösung des Problems nachlässt. Und dass dieser nach der zweiten Etappe des Außerordentlichen Kongresses tatsächlich nachlässt, daran hegt niemand Zweifel - genauso wenig wie es Zweifel daran gibt, dass es keinen neuen Kongress geben wird.¹⁶³⁴

Gegenüber Journalisten formulierte Groth später: "... man habe genug Versprechungen gehört."¹⁶³⁵ Vor den Delegierten erinnerte Groth daran, dass die Deutschen ihre Position im März klar gemacht hätten, nunmehr "habe Russland, El'cin das Wort"¹⁶³⁶. Groth erinnerte an die im März beschlossene Konzeption der "Wiedergeburt": Annahme eines Gesetzgebungsaktes zur Wiederherstellung der Republik in den Vorkriegsgrenzen innerhalb des neunmonatigen Moratoriums sowie etappenweiser Aufbau der Republik innerhalb von drei Jahren und Lösung der Probleme der Deutschen, die nicht in die Wolgarepublik umsiedeln. Sollte die Frist nicht eingehalten werden, Diskussion der organisierten, freiwilligen Ausreise aus der UdSSR auf der zweiten Etappe des Kongresses.

Die Delegierten machten sich im weiteren diese ultimativen Forderungen des März-Kongresses zu eigen, indem sie der offiziellen Bezeichnung der Oktober-Veranstaltung, "Kongress der Deutschen der UdSSR", den Zusatz "Zweite Etappe" hinzufügten und ausdrücklich die Deklaration vom März 1991¹⁶³⁷ bestätigten.

Im wesentlichen verabschiedete der Kongress drei Resolutionen:

¹⁶³³ ibid. S. 8

¹⁶³⁴ ibid. S. 8

¹⁶³⁵ *Süddeutsche Zeitung*, 19.10.91

¹⁶³⁶ *Neues Leben*, 30.10.91, S. 8

¹⁶³⁷ "Deklaracija Črezvyčajnogo S"ezda nemcev SSSR"

Die massive Unterstützung, die Groth für seinen Kurs bekam, lässt sich auch daraus ableiten, dass mehr als 100 Delegierte, die an dem März-Kongress nicht teilnahmen, noch bis Ende Juni 1991 ihre Unterschrift unter die seinerzeitige Erklärung setzten, vgl. *Neues Leben*, 3.7.91, S. 3

Eine Resolution über die Auswanderungspolitik¹⁶³⁸ setzte der RSFSR eine ultimative Frist bis Januar 1992 zur politischen und territorialen Rehabilitierung der Deutschen. Andernfalls solle ein Komitee zur Organisation der Ausreise und Regelung der Binnenmigration innerhalb der UdSSR gegründet werden. Weiterhin forderte diese Resolution eine Änderung des Reisegesetzes unter Berücksichtigung der besonderen Lage der Deutschen, das Recht auf unbegrenzte Ausfuhr von Eigentum und Ersparnissen, die Gründung eines Hilfsfonds für Emigranten, internationalen Flüchtlingsstatus für die Deutschen "als Opfer des Genozids" sowie die Absicherung des Rechts der in der Union verbleibenden Deutschen auf Rückkehr in ihre ehemaligen Siedlungsgebiete und der Befriedigung ihrer nationalen Ansprüche.

Die zweite Resolution¹⁶³⁹ enthielt die Bitte an die Bundesregierung, den Zuzug der vom ethnischen Untergang bedrohten¹⁶⁴⁰ Sowjetdeutschen nicht zu beschränken, sondern nach Möglichkeit noch auszuweiten.

Die dritte Resolution¹⁶⁴¹, die eigentliche Schlusserklärung des Kongresses, stellte fest, dass das Rehabilitierungsgesetz der RSFSR vom April 1991 nicht umgesetzt wurde und die Deutschen daher zur Emigration gezwungen seien. Der Konzeption Prokop'evs erteilte die Entschließung eine Absage (sie "führt die Russlanddeutschen endgültig in die Sackgasse"). Die Resolution forderte unverzügliche Schritte zur Aufhebung des Beschlusses des Obersten Sowjets vom 7. September 1941, der das Territorium der Wolgarepublik den Gebieten Saratov und Stalingrad zuwies hatte. Das Gebiet der ehemaligen Wolgarepublik sei für eine Übergangsphase El'cin direkt zu unterstellen. Darüber hinaus wurde die RSFSR gebeten, die Privatisierung von Grund und Boden auf dem Territorium der ehemaligen Republik auszusetzen. Weiter verlangten die Delegierten die Wiederherstellung der Wolgarepublik noch vor Annahme der neuen Verfassung der Russischen Föderation und die Ausarbeitung eines Programms zur kulturellen und sozialen Rehabilitierung und zur Wiedergutmachung einschließlich einer Regelung zur Gleichstellung der Trudarmisten mit den übrigen Kriegsteilnehmern. Die Republiken der alten Union sollten aufgefordert werden, auf der Grundlage des russischen Beispiels Rehabilitierungsgesetze zu erlassen. Schließlich wurden Vorgaben für die beim Komitee der RSFSR für Nationalitätenangelegenheiten gegründete Hauptabteilung für die Deutschen¹⁶⁴² gemacht und die Gründung eines Rates der

¹⁶³⁸ "Resoljucija S"ezda nemcev Sojuza suverennych gosudarstv (II etap) Ob emigracionnoj politike"

¹⁶³⁹ "Obrašćenie S"ezda nemcev Sojuza suverennych gosudarstv (II etap) k narodu i pravitel'stvu Germanii"

¹⁶⁴⁰ "Našemy narody grozit etničeskoe isčeznovenie."

¹⁶⁴¹ "Resoljucija S"ezda nemcev Sojuza suverennych gosudarstv (II etap)"

¹⁶⁴² Am 24. Oktober 1991 hatte der "Rat für die Rehabilitierung der Russlanddeutschen" Prokop'ev für die Mitarbeit in der neuen Hauptabteilung 24 Personen vorgeschlagen. Zum Leiter sollte nach den Vorstellungen des Rates der Vorsitzende der Bewegung "DemRossija" des Gebiets Saratov, V. Davydov, werden, Stellvertreter u.a. Groth und Bauer. Prokop'ev hatte auf das Schreiben nie reagiert. Diese Forderung wurde in der Resolution des zwischenstaatlichen Rates zur Rehabilitierung der Deutschen der ehemaligen UdSSR vom 15.12.91 wiederholt. Prokop'ev ernannte dagegen am 25.10.91 Groth-Gegner Falk zum Chef der Hauptabteilung und machte ihn zu seinem Stellvertreter.

Sowjetdeutschen beschlossen, der auch an den anstehenden Verhandlungen zwischen Russland und Deutschland zu beteiligen sei¹⁶⁴³. In Zusammenarbeit mit den Republiken solle der Rat ein Referendum unter den Deutschen organisieren sowie binnen vier Monaten Wahlen unter internationaler Kontrolle zu einem Parlament ("Landtag") der Russlanddeutschen.

Nach Annahme der Resolutionen beschloss der Kongress die Erweiterung des im März 1991 bestimmten 50köpfigen "Provisorischen Rates" auf 100 Mitglieder. Die neuen Mitglieder des "Rates für die Rehabilitierung der Deutschen der Union der Souveränen Staaten"¹⁶⁴⁴ wurden zumeist aus dem Kreis der Anhänger Groths gewählt. Aber auch fünf Vertreter des "Vereins zur Förderung der Kultur der Deutschen", darunter dessen Vorsitzender Martens, fanden Aufnahme sowie zwei Mitarbeiter des Organisationskomitees, Bauer (Tomsk) und Prof. Schulz (St. Petersburg). Den Vorsitz übernahm erwartungsgemäß Groth, seine Stellvertreter wurden Diesendorf, der bereits in die Bundesrepublik ausgesiedelte Aleksandr Schmidt sowie V. Bauer. Der Rat hatte die Aufgabe, die "nationalen Interessen der Russlanddeutschen in der Zeit bis zur Wiederherstellung ihrer Staatlichkeit" wahrnehmen, und war dem Kongress rechenschaftspflichtig¹⁶⁴⁵.

Der Kongress war von Skepsis der 884 Delegierten¹⁶⁴⁶ über das weitere Schicksal der Deutschen in der Sowjetunion, von tiefer Enttäuschung über das Nichterscheinen El'cins und von Auseinandersetzungen um die Führung der Deutschen gekennzeichnet. Auch der deutsche Bundestagsabgeordnete Horst Sielaff verzeichnete: "Das Medienbild deckt sich ... nicht mit meinen Eindrücken und dem, was ich von den Delegierten im direkten Gespräch hörte. Im Grunde waren Resignation vorherrschend und Enttäuschung."¹⁶⁴⁷ Es ist bedenklich und kennzeichnend für die Stimmungslage der Deutschen, dass der Kongress mehr über Ausreise als über die Modalitäten und Konzeptionen des Verbleibs in der Union debattierte. Parallel zum Kongress war unter den Delegierten eine Umfrage abgehalten worden. Obwohl diese natürlich nicht repräsentativ für die Meinung der Deutschen insgesamt war, gab sie doch deren Stimmung wider. Danach sprachen sich 76,7% dafür aus, dass die Republik wieder an der Wolga liegen sollte, 12,62% im Kaliningrader Gebiet, 0,48% in Kasachstan

¹⁶⁴³ In *Moskovskie Novosti* vom 3.11.91 betonte Groth: "Wir halten den Abschluss von staatlichen Verträgen, die die Sowjetdeutschen betreffen, ohne unsere Beteiligung für unzulässig."

¹⁶⁴⁴ "Položenie o Sovete po reabilitacii nemcev Sojuza Suverennyh Gosudarst (SSG)" vom 14.3.91, geändert am 20.10.91

¹⁶⁴⁵ Statut des Rates, Art. 1.2

¹⁶⁴⁶ *Nemeckaja Gazeta*, 2.11.91, S. 2; ursprünglich wurden 1024 Delegierte erwartet, vgl. *Neues Leben*, 7.8.91, S.2; *Nemeckaja Gazeta* vom 21.12.91, S. 4 erwähnt darüber hinaus, dass zwischen der 1. und 2. Etappe des Kongresses bereits 50 Delegierte der 1. Etappe aus der UdSSR ausgereist waren.

¹⁶⁴⁷ Horst Sielaff in einem ppp-Interview, 22.10.91, S. 3

und 0,19% im Altaj. 31,07% der Delegierten würden an die Wolga umsiedeln, 18,15% definitiv nicht und 42,52% waren unentschieden. Interessant waren auch die Antworten zur Sprachbeherrschung. Nur 33,88% gaben an, sie würden Deutsch "fließend" sprechen. Immerhin 47,08% behaupteten, Deutsch "mit Wörterbuch" verstehen zu können, und 15,34% sprachen kein Deutsch¹⁶⁴⁸. Die *Pravda* stellte in einem aufgeschlossenen Artikel auf der ersten Seite fest, dass die Arbeitssprache des Kongresses Russisch war, da für die Sowjetdeutschen keine "nationalen Schulen existieren"¹⁶⁴⁹.

Trotz Appellen zur Mäßigung, zum Dialog und zur Kompromissbereitschaft von Prokop'ev, Waffenschmidt sowie dem Bischof von Riga, Kalnins, bereits am Eröffnungstag endete der Kongress der Sowjetdeutschen am 20. Oktober 1991 mit einer überwältigenden Mehrheit und stehenden Ovationen für die radikale Politik Groths. Die Vertreter des Organisationskomitees, deren Mandat mit Durchführung des Kongresses ablief, erwiesen sich ohne jegliche Massenbasis, Rauschenbach war am letzten Sitzungstag bereits nicht mehr erschienen und hatte Groth die Leitung des Kongresses überlassen.

Die Dokumente des Kongresses wurden "offiziell" den Präsidenten der UdSSR und RSFSR, dem neuen Vorsitzenden des Obersten Sowjets der RSFSR, Chasbulatov, dem Leiter des *Goskomnac*, Prokop'ev, und anderen Stellen übergeben¹⁶⁵⁰. El'cin erhielt die Papiere als Anlage zu einem von Groth unterzeichneten Schreiben des "Rates für die Rehabilitierung der Russlanddeutschen". Darin sind die wesentlichen Ergebnisse des Kongresses festgehalten:

Vom 18.-20. Oktober fand in Moskau die 2. (abschließende) Etappe des 1. Kongresses der Russland (Sowjet-) -deutschen statt. Der Kongress hat die Entscheidungen vollständig bestätigt und verstärkt [podverdil i usilil], die im März auf dem höchsten nationalen Forum der Russlanddeutschen angenommen wurden, das die damalige Unionsführung für illegal erklärte. (...)

Der Kongress hat die früher vom ZK der KPdSU und der Staatlichen Kommission des Ministerrats der UdSSR aufgezwungene und nach redaktioneller Überarbeitung im Namen der russischen Führung [predložennuju v novoj redakcii ot imeni Rossijskogo rukovodstva] vorgeschlagene Konzeption einer evolutionären (etappenweisen) Wiederherstellung der deutschen Republik an der Wolga entschlossen zurückgewiesen.

Die Delegierten haben mit der absoluten Mehrheit ihrer Stimmen die Plattform der Gesellschaft "Wiedergeburt" unterstützt, die zunächst die rechtliche (Ukas des Präsidenten) Lösung des Problems vorsieht und dann die etappenweise Wiederherstellung der Republik.

¹⁶⁴⁸ Angaben aus: *Neues Leben*, 30.10.91, S. 3; ebenfalls abgedruckt in: *Sowjetunion heute*, Nr. 11, November 1991, S. 6

¹⁶⁴⁹ *Pravda*, 23.10.91

¹⁶⁵⁰ *Nemeckaja Gazeta*, 21.12.91, S. 3

Der Kongress hat sich gegen eine vorbereitende bilaterale, zwischenstaatliche Diskussion des Schicksals der Russlanddeutschen ohne Beteiligung des auf dem Kongress gewählten, bevollmächtigten Vertretungsorgans des Volkes ausgesprochen. In diesem Zusammenhang bitten wir Sie, die Führung des "Rates für die Rehabilitierung der Russland (Sowjet-) -deutschen mit auf die Reise in die BRD zu nehmen.¹⁶⁵¹

Groths radikaler Kurs war bestätigt, einer "Assoziation" oder Nachfolgemodellen erfolgreich eine Absage erteilt und ebenso dem Stufenkonzept Prokop'ev, das dieser vermutlich nur gegen erheblichen Widerstand innerhalb der russischen Führung durchsetzen konnte. Natürlich ist es fraglich, ob es Prokop'ev gelungen wäre, seine Konzeption gegen die Widerstände in der russischen Führung und an der Wolga zur Umsetzung zu bringen, und ob es auf der Grundlage des russischen Regierungsmodells dann zu greifbaren Fortschritten an der Wolga gekommen wäre. Die weitere Entwicklung lässt zwar eher daran zweifeln, eine Alternative zur Zusammenarbeit mit der russischen Führung gab es jedoch nicht. Mit der maximalistischen Haltung des Kongresses wurden aber die den Deutschen im Grunde wohlgesonnenen Kräfte verprellt und insbesondere Prokop'ev die Arbeit zusätzlich erschwert, da die russlanddeutsche Abfuhr sein *standing* in der russischen Führung beeinträchtigt haben dürfte und Wasser auf die Mühlen seiner Gegner war, die Zugeständnisse an der Wolga grundsätzlich ablehnten. In diesem Sinne drückte er sich später, in einem Gespräch mit einem Botschaftsvertreter am 6. November 1991, aus. Zwar habe Groths radikales Auftreten auf dem Kongress ihn nicht überrascht, ihm jedoch den Stand innerhalb der eigenen Regierung und an der Wolga erschwert. So hätten Ministerkollegen darauf hingewiesen, dass sein Stufenkonzept zurückgewiesen worden sei¹⁶⁵². Der Kongress hatte insofern nur eine Klärung bzw. Verhärtung der Positionen gebracht. Angesichts seiner Kompromisslosigkeit musste das von Groth gewünschte weitere Vorgehen nun an der harten Haltung Russlands scheitern, das die Kongressergebnisse nicht zur Kenntnis nahm. Groth und seine Fraktion fanden bei Präsident El'cin im weiteren weder Gehör noch Zugang. Schon Gorbačev hatte eine Begegnung mit Groth abgelehnt. Nun hatte sich erneut eine solche Situation ergeben - und ausgerechnet seitens der russischen Regierung, auf die Groth seit mehr als einem Jahr besonders setzte! Groth hatte sich entgegen aller Warnungen und Appelle in eine Sackgasse manövriert und damit der deutschen Sache zunächst einen Bärendienst erwiesen: El'cin empfing Groths Gegner vor seiner Abfahrt und ließ sich von Falk nach Deutschland begleiten, der zu Prokop'evs Stellvertreter gemacht worden war. Es war im weiteren die deutsche Seite, die Groth nicht nur offiziell konsultierte

¹⁶⁵¹ von Groth unterzeichneter Brief des "Rates für die Rehabilitierung der Russlanddeutschen an Präsident El'cin, 4.11.91; Text liegt dem Verfasser vor.

¹⁶⁵² vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 4373 vom 7.11.91, Ku 600.50/1

und an den Überlegungen innerhalb der Bundesregierung beteiligte, sondern die auch dafür Sorge trug, dass er zu den späteren Verhandlungen im Rahmen der deutsch-russischen Regierungskommission hinzugezogen und damit wieder Gesprächspartner der russischen Seite wurde.

7. Moskauer Gespräche Genschers nach dem Kongress

Waffenschmidt unterrichtete nach seiner Rückkehr nach Bonn Außenminister Genscher, der seinerseits in Begriff stand, am 25./26. Oktober 1991 in die UdSSR zu reisen, über seine Gespräche und nannte Elemente, die ein bilateraler Vertrag zu den Russlanddeutschen enthalten sollte¹⁶⁵³. Gleichzeitig begannen in Bonn die Arbeiten zur Formulierung der "Gemeinsamen Erklärung", die anlässlich des El'cin-Besuches im November verabschiedet werden und Textpassagen zu den Deutschen (Punkt 12) enthalten sollte.

An dem Moskauer Treffen von Genscher und seinem Amtskollegen Kozyrev am Abend des 25. Oktober 1991 nahm auch Prokop'ev teil und berichtete über den Kongress. Er erinnerte an El'cins Vorschlag, 3.000 km² für die Ansiedlung auf dem Territorium der ehemaligen Wolgarepublik bereitzustellen. Bei gleicher Bevölkerungsdichte wie in Deutschland sei dort Platz für 600.000 Menschen. Wenn dieses Projekt angelaufen sei, könnten sich weitere Landkreise (Rayons) anschließen. Man wolle dabei etappenweise vorgehen und gleichzeitig mit dem wirtschaftlichen Aufbau beginnen. Widerstand existiere vor allem in den Städten Engel's und Marks, der sich jedoch nicht gegen die Ansiedlung von Deutschen richte, sondern gegen eine Autonomie. Bei der jüngsten Umfrage¹⁶⁵⁴ unter Sowjetdeutschen hätten sich 90% der Befragten für einen langsamen Aufbau einer deutschen autonomen Republik ausgesprochen, um Spannungen mit der einheimischen Bevölkerung zu vermeiden.

Ganz wie Waffenschmidt, aber auch auf der Linie der "Wiedergeburt" betonte Genscher die Bedeutung einer politischen Grundsatzentscheidung Russlands für eine Wolgarepublik und eines entsprechenden Erlasses des Präsidenten bzw. Gesetzes des russischen Parlaments. Dann könne man an deren schrittweise Verwirklichung gehen. Er bekräftigte die Bereitschaft der Bundesregierung, beim Prozess der Entwicklung einer autonomen Republik auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet zu helfen. Genscher wies in diesem Zusammenhang auf das wichtige Datum des El'cin-Besuches hin. Viele der Deutschen säßen auf gepackten Koffern und warteten auf ein positives, verlässliches Signal z.B. in Gestalt einer deutsch-russischen Vereinbarung. Eine Enttäuschung könne eine Ausreisewelle

¹⁶⁵³ vgl. Schreiben Waffenschmidt-Genscher vom 24.10.91, Vt I 6 - 933 305/1

¹⁶⁵⁴ Prokop'ev sprach von "Referendum", ohne zu spezifizieren, wo es stattgefunden hatte und mit welchem Personenkreis.

auslösen. Auf die Erläuterungen Prokop'evs, dass zunächst die Errichtung einer kleinen Kernrepublik und dann eine Vergrößerung in dem Maße der wirtschaftlichen Entwicklung geplant sei, mahnte Genscher nochmals, der Besuch müsse eine Vereinbarung und den Beginn organisatorischer Maßnahmen bringen, die Deutschen würden jedoch ein etappenweises Vorgehen verstehen. Hinsichtlich des Inhalts des Dokuments meinte Genscher, es solle die Verpflichtung Russlands zur Errichtung einer autonomen Republik enthalten und entsprechende Zusagen der Bundesregierung über Hilfeleistungen. Ein Einvernehmen über diesen Schritt werde den Deutschen die Perspektive einer Republik geben und die beiderseitigen Absichten und Verpflichtungen festlegen.

Kozyrev sagte, dies sei eine gute Lösung. Er habe sich mit Prokop'ev verständigt, folgendes Konzept zu erarbeiten: Vor seinem Deutschland-Besuch solle El'cin ein Dekret erlassen, um die prinzipielle Absicht zur Entwicklung in der Wolgaregion offenkundig zu machen. Deutschland könne danach in einer Erklärung seinen Beitrag dazu darlegen und schließlich eine zweiseitige Vereinbarung folgen. Für Kozyrev kam es bei dieser Reihenfolge darauf an, die Gründung der Wolgarepublik als einen selbständigen Schritt russischer Reformpolitik herauszustellen.

Auf die Frage von Genscher, wie viele Deutsche derzeit an der Wolga lebten, gab Prokop'ev die Zahl mit ca. 10.000 an. Die Bevölkerungsdichte liege jedoch nur bei 13 pro km². Die Aufnahme aller Umsiedlungswilligen müsse danach möglich sein.

Prokop'ev berichtete, in seiner Nationalitätenkommission sei inzwischen eine besondere Abteilung für die Errichtung der Wolgarepublik gebildet worden, zu deren Leiter er an diesem Tag Peter Falk¹⁶⁵⁵ ernannt habe. Die Hälfte des Personals werde im Wolgagebiet tätig werden, die andere in Moskau¹⁶⁵⁶. Es gebe bereits eine Vereinbarung mit dem VDA, Konsumgüter an die Wolga zu bringen, sobald die Grenzen des neuen Kerngebiets festgelegt seien. Von dem Verkaufserlös in Rubeln solle ein besonderer Fonds zur Lösung wirtschaftlicher und sozialer Fragen eingerichtet werden¹⁶⁵⁷.

Im Ergebnis bestätigte das Gespräch den Willen und die Absicht der russischen Führung, die Probleme der deutschen Minderheit "in gutem Geiste" zu lösen, wie Kozyrev es nannte, und in enger Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik, die gegenüber den nicht unerheblichen verbalen Zugeständnissen der RSFSR auf dem Kongress auf weitere Schritte, insbesondere schriftlich fixierte, drängte. Die Bedeutung, die Russland der Thematik inzwischen und im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch El'cins in Bonn zubilligte, wurde auch dadurch

¹⁶⁵⁵ Groth reagierte darauf mit scharfen Worten. Falk sei "seit langem in Verruf [odioznoj figuroj] in der deutschen Nationalbewegung und auf beiden Kongress-Etappen mit Misstrauensvoten des Volkes belegt", *Nemeckaja Gazeta*, 21.12.91, S. 3

¹⁶⁵⁶ In einem Gespräch mit einem Botschaftsvertreter am 6. November 1991 kündigte Prokop'ev an, er werde von den 30 Stellen seiner Hauptabteilung ca. 10 mit Fachleuten für Wirtschaft und Landwirtschaft besetzen.

¹⁶⁵⁷ vgl. Vermerk 213-321.11/1 vom 29.10.91

unterstrichen, dass mit ihr der Meinungs-austausch beider Außenminister begonnen und Prokop'ev hinzugezogen wurde - beides ein Novum seit der Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Moskau und Bonn nach dem Zweiten Weltkrieg. Durch die Absprachen war eine wesentliche Grundlage für einen Erfolg des Staatsbesuches geschaffen worden.

Die Ernennung von Falk, dem Vorsitzenden des "Vereins der Deutschen der UdSSR" und Groth-Gegner, zum Leiter der Hauptabteilung und damit zum Vizeminister des Komitees der RSFSR für Nationalitätenangelegenheiten bedeutete eine weitere Distanzierung der politischen Führung Russlands von der "Wiedergeburt" und ihrem Vorsitzenden Groth zu werten¹⁶⁵⁸. Seitdem seien die Beziehungen zum *Goskonnac* "eingefroren", sagte Groth später in einer Rede¹⁶⁵⁹.

8. Vorbereitung des El'cin-Besuches. Deutsch-russische Verhandlungen über ein Protokoll zur Wiedererrichtung der Wolgarepublik

In einem Gespräch mit der Deutschen Botschaft am 6. November 1991 betonte Prokop'ev, er werde an seinem Stufenkonzept festhalten, und hob hervor, dass El'cin ihn hierin weiter unterstütze¹⁶⁶⁰. Derzeit prüfe er konkrete Möglichkeiten für die Errichtung eines ersten deutschen Kreises von 3.000 km² an der Wolga. Auf einer Karte wies er auf die Rayons Poltavka und Pallasovka. Dort lebten nur ca. 57.000 Menschen¹⁶⁶¹. Es gebe auch große unbesiedelte Flächen, so vor allem am El'ton-See¹⁶⁶², einem für Landwirtschaft gut geeigneten Gebiet. Er könne sich vorstellen, auf dem Territorium dieser beiden Rayons eine Fläche für die Ansiedlung von Deutschen auszuweisen, die sich teilweise mit dem Territorium der ehemaligen Wolgarepublik überschneide. Selbstverständlich werde das Gebiet einen Teil des Wolgaufers einschließen. Über genaue Grenzen könne man nach dem El'cin-Besuch sprechen. Er wolle dann in das Gebiet fahren und versuchen, die Menschen und ihre politischen Vertreter zu überzeugen. Wenn die Gründung des Kreises und die Ansiedlung mit Hilfe aus Deutschland gelinge, sei er sicher, dass angrenzende Rayons sich auch bald für eine Kooperation interessieren würden.

Prokop'ev wusste nicht, ob El'cin diesen konkreten Punkt in Deutschland ansprechen werde. Jedenfalls solle dazu nichts Schriftliches festgelegt werden. Er bat um Stillschweigen vor

¹⁶⁵⁸ In einem Gespräch mit einem Botschaftsvertreter am 6. November 1991 betonte Prokop'ev allerdings, er werde Groth zur Mitarbeit auffordern. Wenn dieser ablehne, sei das sein Problem. Er lasse sich nichts diktieren.

¹⁶⁵⁹ *Nemeckaja Gazeta*, 21.12.91, S. 3

¹⁶⁶⁰ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 4373 vom 7.11.91, Ku 600.50/1

¹⁶⁶¹ nach Informationen der Botschaft davon etwa 5.200 Deutsche

¹⁶⁶² Ozero El'ton, Gebiet Volgograd

dem Besuch. Öffentliche Spekulationen gefährdeten das Vorhaben, er selbst habe Interview-Wünsche abgelehnt und spreche auch intern nur von einem "deutschen Kreis" (okrug). Begriffe wie "autonomer Rayon" brächten bereits Unruhe. Wenn es soweit sei, werde er El'cin vorschlagen, einen "Persönlichen Beauftragten" für das Gebiet zu ernennen, der vor Ort im Namen des Präsidenten Entscheidungen treffen könne¹⁶⁶³.

Die Beschwerden der Deutschen auf dem Kongress führten zunächst in einem Punkt zum Erfolg: Prokop'ev kündigte in dem Gespräch mit der Botschaft an, er wolle sich noch vor dem El'cin-Besuch mit Deutschen aller Gruppierungen treffen, um das Argument zu entkräften, Russland und Deutschland planten über die Köpfe der Russlanddeutschen hinweg. Auch El'cin habe er dazu geraten. Allerdings wolle der Präsident nicht soweit gehen, die Deutschen in seine Delegation aufzunehmen.

Zu einem Treffen mit Prokop'ev kam es aber nicht, am 19. November 1991 wiederholte sich aber das Szenario der Begegnung Gorbatschovs mit den "sogenannten Vertretern der Sowjetdeutschen"¹⁶⁶⁴. El'cin empfing die Führung des "Vereins der Deutschen", d.h. Mitglieder des früheren Organisationskomitees. V.A. Bauer, zwar auch stellvertretender Vorsitzender im Rat, war lediglich *ad personam* anwesend und die "Wiedergeburt" bzw. der im Oktober 1991 gewählte Rat waren nicht vertreten. Nach Informationen von Groth habe der Präsident sich "nicht sonderlich für die Meinung [der Deutschen] interessiert", sondern seine eigene Auffassung einer Lösung in Etappen auf dem Militärgelände "Kapustin Jar" und dem Steppen-Territorium eines süd-östlichen Rayons der früheren Wolgarepublik vorgebracht¹⁶⁶⁵. "Es war klar, dass man mit uns nicht reden wollte", konstatierte Groth später¹⁶⁶⁶. Das Treffen El'cins mit Vertretern der Deutschen meldete TASS in dürren Zeilen, die weder Informationen darüber enthielten, wer empfangen worden war, noch überhaupt etwas Neues¹⁶⁶⁷.

Dagegen bemühte sich die Bundesregierung im Vorfeld des El'cin-Besuches, die auf dem Kongress gewählten Vertreter der deutschen Minderheit in die sich anbahnende vertragliche Verständigung beider Staaten einzubeziehen - nicht zuletzt, um mögliche Ergebnisse nicht dadurch zu gefährden, dass diese von den Deutschen selbst abgelehnt wurden. Das Bundesministerium des Innern lud daher Groth, Bauer, Schulz, Martens, Zielke, Wolter und Diesendorf für den 7./8. November 1991 nach Bonn ein und machte sie mit dem Stand der Überlegungen zu einem deutsch-russischen Vertrag über die Zusammenarbeit bei der

¹⁶⁶³ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 4373 vom 7.11.91, Ku 600.50/1

¹⁶⁶⁴ Groth in einer Rede am 15.12.91, *Nemeckaja Gazeta*, 21.12.91, S. 3

¹⁶⁶⁵ *Nemeckaja Gazeta*, 21.12.91, S. 3

¹⁶⁶⁶ *ibid.* S. 3

¹⁶⁶⁷ TASS (russ.) 18.11.91; in: *DW Monitor-Dienst Osteuropa*, 19.11.91, S. 8

Wiederherstellung der Wolgarepublik bekannt sowie mit dem Entwurf für die Passage in der "Gemeinsamen Erklärung"¹⁶⁶⁸. Mit Datum vom 8. November 1991 telegraphierte Waffenschmidt über die Deutsche Botschaft an Prokop'ev und wies darauf hin, dass die Gespräche mit den gewählten Vertretern der Deutschen sehr konstruktiv verlaufen seien und bestätigt hätten, dass diese in die bilaterale Zusammenarbeit voll einbezogen werden sollten, um nicht das Gefühl aufkommen zu lassen, die Verhandlungen geschähen über ihren Kopf hinweg¹⁶⁶⁹.

Der Rat für die Rehabilitierung der Russlanddeutschen erhob in einem von Groth unterzeichneten Brief an Bundeskanzler Kohl seine Forderungen an den in Aussicht genommenen Vertrag. Danach sollten mit dem Abkommen zwei Regelungen getroffen werden, nämlich die Errichtung eines speziellen Verwaltungsgebildes mit direkter Unterstellung unter den Präsidenten der RSFSR unverzüglich nach Aufhebung des Stalin-Erlasses vom 7. September 1941 über die Eingliederung der ehemaligen Wolgarepublik in die Gebiete Saratov und Stalingrad sowie die Benennung eines konkreten Termins noch vor der Annahme der neuen Verfassung der Russischen Föderation, an dem die Verabschiedung eines Rechtsaktes zur Wiederherstellung der Wolgarepublik erfolgen würde. Sollten diese Klauseln keine Aufnahme in den Vertrag finden, warnte Groth, würden unwiderrufliche Fakten dadurch geschaffen, dass gemäß Art. 77 des Entwurfs der neuen Verfassung Gebietsveränderungen nur noch mit Zustimmung der betroffenen Gebiete, Saratov und Volgograd, vorgenommen werden könnten. Nach den bisherigen Erfahrungen würden beide sich weigern, Teile ihres Territoriums und damit Macht preiszugeben¹⁶⁷⁰. Angesichts der nach dem El'cin-Besuch deutlich zutage tretenden russischen Vorbehalte gegen territoriale Zugeständnisse an der Wolga ließen sich beide Anliegen jedoch nicht realisieren.

Am 5. November 1991 war der deutsche Botschafter in Moskau vom Auswärtigen Amt gebeten worden, auf möglichst hoher Ebene im russischen Außenministerium an die Zusagen zu erinnern, die Präsident El'cin Anfang September gegenüber Bundesaußenminister Genscher gemacht hatte, als er versprach, sich für die Wiederbegründung einer Wolgarepublik einzusetzen. Aus deutscher Sicht blieb es unbedingt erforderlich, dass die russische Seite noch vor dem Besuch des Präsidenten ein Dekret erließ, mit dem als Signal an die Deutschen grundsätzlich die Wiederbegründung der Wolgarepublik festgeschrieben wurde. Danach

¹⁶⁶⁸ *Nemeckaja Gazeta*, 21.12.91, S. 3

¹⁶⁶⁹ Dieser Vorwurf wurde z.B. in *Neue Zeit*, 43/1991, S. 17 erhoben. Gleichzeitig bestätigte Waffenschmidt in dem Fernschreiben des BMI Nr. 1153 vom 8.11.91, dass die erforderlichen Haushaltsmittel für die im Oktober verabredeten Hilfsmaßnahmen für die Wolga inzwischen verfügbar seien. Die Lieferung der vorgesehenen Lebensmittel, Kleidung und Gebrauchsgegenstände könne auf ein Signal Prokop'evs beginnen. Waffenschmidt machte nochmals auf die Dringlichkeit und Bedeutung der Verhandlungen vor dem El'cin-Besuch deutlich.

¹⁶⁷⁰ Schreiben des Rates für die Rehabilitierung der Russlanddeutschen an Bundeskanzler Kohl, o.D.; Text liegt dem Verfasser vor.

könnten alle weiteren Vereinbarungen über die Ausgestaltung und Ausstattung der Wolgarepublik getroffen werden, wie es zwischen den beiden Außenministern am 25. Oktober 1991 besprochen worden war¹⁶⁷¹.

Letztlich waren diese Vorstellungen unrealistisch und das Auswärtige Amt hatte berechtigte Zweifel, dass die russische Seite es zeitlich einrichten könne, bis zum Deutschland-Besuch El'cins ein so gewichtiges Dekret bzw. Gesetz zur Wolgarepublik zu erlassen und daraufhin noch einen bilateralen Vertrag unterschriftsreif auszuhandeln. Zentrale Fragen waren weiterhin offen, so die Form des Vertrages, um die russische Souveränität nicht in Frage zu stellen, das genaue Territorium und der Zeitplan zur Entstehung des autonomen Gebiets. Ungelöst waren auch Verfassung und Minderheitenstatut - Autonomie der deutschen Republik bei gleichzeitiger Autonomie der dort lebenden nicht-deutschen Bevölkerung. Darüber hinaus existierte keine Konzeption zur Vergrößerung der angebotenen 3.000 km², falls dies durch Zuzug erforderlich würde, und die Finanzierung war offen. Auf deutscher Seite war zunächst an eine Beteiligung in Höhe von 650 Millionen DM über drei Jahre gedacht, die den russischen Verhandlungspartnern aber noch nicht fest zugesagt werden konnte. Die russische Regierung hatte sich zu Finanzierungsfragen bislang völlig bedeckt gehalten, und es war fraglich, inwieweit überhaupt Bereitschaft und Fähigkeit zu einem finanziellen Engagement bestanden. Das Auswärtige Amt hielt einen Anteil am russischen Haushalt für angemessen, der dem Anteil der Deutschen an der Gesamtbevölkerung entsprach.

Das Bundesministerium des Innern hatte nach Besprechungen der Bonner Ressorts am 30. Oktober 1991 und 5. November 1991 mit einem ersten Entwurf für ein "Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit bei der Wiedererrichtung der Autonomen Deutschen Wolgarepublik"¹⁶⁷² vorgelegt, der jedoch angesichts der Kürze der Zeit noch unausgereift und mit seinen vielen Details als Verhandlungsgrundlage unter Zeitdruck nicht geeignet war.

Die vom 11.-13. November 1991 in Moskau stattfindende zweite Verhandlungsrunde über die "Gemeinsame Erklärung" war bereits die letzte Gesprächsmöglichkeit, um die Interessen der Bundesregierung in bezug auf die Russlanddeutschen deutlich zu machen. Ließ man diese Gelegenheit verstreichen, bestand die große Gefahr, dass nach dem El'cin-Besuch die Rehabilitierung der Deutschen und die Frage der Wiedererrichtung der Republik erneut stagnierten und als Folge die Ausreisezahlen der Deutschen endgültig hochschnellten. Daher wurde im Auswärtigen Amt beschlossen¹⁶⁷³, in Moskau detailliert die deutschen Vorstellungen zu erläutern, wie eine vertragliche Regelung zur Ausfüllung und Ergänzung

¹⁶⁷¹ vgl. Erlass 213-321.39 vom 5.11.91

¹⁶⁷² Entwurf vom 8.11.91; endgültiger Text s. Anlage 12

¹⁶⁷³ vgl. Vorlage vom 7.11.91, 213-321.39

eines russischen Gründungsaktes über die Wolgarepublik aussehen könne. In einem doppelten Ansatz sollte zunächst die russische Seite in Umsetzung ihres Gesetzes vom 26. April 1991 zum Erlass des Gründungsaktes für die Wolgarepublik gedrängt und ihr gesprächsweise und mittels eines Memorandums die daran geknüpften inhaltlichen Erwartungen der Bundesregierung als Voraussetzung für deutsche Hilfen erläutert werden¹⁶⁷⁴. Anschließend sollten in allgemeiner Form die Inhalte einer vertraglichen Vereinbarung als Schritt nach dem Gründungsakt besprochen werden. Sollte die russische Seite wider Erwarten doch in der Lage sein, den Gründungsakt rechtzeitig zu verabschieden und auf Unterzeichnung einer Vereinbarung in Bonn bestehen, war beabsichtigt, zunächst nur einen Rahmenvertrag anzustreben und die Detailregelungen in einem zeitlich befristeten Protokoll zu fixieren, das später verhandelt, aber integraler Bestandteil des Vertrages würde. In jedem Fall aber sollte das Thema Russlanddeutsche in die "Gemeinsame Erklärung" Aufnahme finden¹⁶⁷⁵.

Die bilateralen Verhandlungen über die "Gemeinsame Erklärung" wurden schon am 12. November 1991 abgeschlossen. Während die Gespräche zu allen anderen Punkten in einer sehr konstruktiven bis freundschaftlichen Atmosphäre verliefen, war die Einigung über Punkt 12, die Passage zu den Russlanddeutschen und der Wolgarepublik, die schwierigste Materie. Die von Vizeaußenminister Kolokolov und Minderheitenminister Prokop'ev geleitete russische Delegation bekannte sich letztlich zu der Aussage, dass "Russland zur Wiederbegründung der Republik der Deutschen in den traditionellen Siedlungsgebieten ihrer Vorfahren an der Wolga entschlossen ist" und sagte die "Schaffung und Förderung der Entwicklung nationaler Bezirke für die Deutschen, die in ihren gegenwärtigen Siedlungsgebieten bleiben wollen"¹⁶⁷⁶ zu. Die russischen Verhandlungspartner machten aber unmissverständlich deutlich, dass sie über diese inhaltlichen Aussagen beim El'cin-Besuch nicht hinausgehen könnten.

Dem deutschen Ansinnen, über die Details einer vertraglichen Regelung zu sprechen, begegneten die russischen Verhandlungspartner mit offensichtlicher Verzögerungstaktik. Nach Abschluss der Gespräche zur "Gemeinsamen Erklärung", als die deutsche Seite auf den Vertrag zu sprechen kam, erklärte die russische, man sei überrascht und auf solche Verhandlungen nicht vorbereitet. An dieser Haltung änderten auch deutsche Hinweise auf die vorangegangenen Begegnungen auf höchster Ebene nichts sowie darauf, dass Russland in der ersten Gesprächsrunde zur "Gemeinsamen Erklärung" am 24. Oktober abgelehnt habe, in

¹⁶⁷⁴ Ein Entwurf des Memorandums wurde zwar zwischen den Ressorts und dem Bundeskanzleramt abgestimmt und übersetzt, letztlich jedoch aus Rücksicht auf russische Empfindlichkeiten nicht übergeben.

¹⁶⁷⁵ vgl. Vorlage vom 7.11.91, 213-321.39

¹⁶⁷⁶ Text der "Gemeinsamen Erklärung" in: *BPA-Bulletin* Nr. 133 vom 25.11.91, S. 1081-1083

die Erklärung zu den Deutschen Detailregelungen aufzunehmen, da zu diesen Fragen ja ein separater Vertrag ausgearbeitet werden solle¹⁶⁷⁷.

Der eigentliche Grund für diesen russischen Rückzieher, das wurde am Rande der offiziellen Gespräche deutlich, als die Verhandlungspartner von aktuellen Sorgen erzählten, lag in den im Kaukasus ausgebrochenen Schwierigkeiten und der entstandenen unkontrollierten Lage, die auch zu einem politischen Konflikt El'cins mit dem Parlament führten¹⁶⁷⁸. Darüber hinaus spielte vermutlich der heftige innenpolitische Widerspruch eine Rolle, auf den El'cin bei seinem Versuch gestoßen war, die Kurilen-Frage zu lösen. Es war unübersehbar, dass die russische Führung ähnliche Entwicklungen hinsichtlich der Wolga, wo weiterhin Widerstand gegen eine Politik zugunsten der Deutschen geleistet wurde, nicht riskieren wollte und El'cin sich gezwungen sah, auf das russische Parlament und die Bewohner der betroffenen Gebiete mehr Rücksicht zu nehmen.

Aus bundesdeutscher Sicht blieb nichts anderes übrig, als den russischen Besorgnissen und der daraus resultierenden Kurskorrektur Rechnung zu tragen und die erreichten Fortschritte - immerhin ein deutliches Bekenntnis Russlands zur Zukunft der Deutschen in geschlossenen, von ihnen geprägten Siedlungsgebieten - zu nutzen, um nach dem Präsidentenbesuch darauf aufzubauen. Der Verzögerung ließen sich auch durchaus positive Aspekte abgewinnen, so erlaubte sie, in Russland, im Parlament und in Gebietskörperschaften, weiter auf einen Konsens hinzuarbeiten und damit eine dauerhafte Lösung auf solider Grundlage zu fördern. Ein schneller, parlamentarisch nicht abgesicherter Beschluss der russischen Exekutive barg aus deutscher Sicht die Gefahr, innerrussischen Kontroversen ebenso rasch wieder zum Opfer zu fallen. Die Bundesregierung hatte damals ebenfalls noch Hoffnung, die Wiedererrichtung einer Wolgarepublik könne in die laufende Reform der russischen Verfassung eingebettet und in deren Text verankert werden.

Unter diesen Umständen wurde der russischen Seite lediglich der Entwurf der Vereinbarung zu den Deutschen übergeben¹⁶⁷⁹. In einer ersten Stellungnahme unterstrich Prokop'ev, dass

¹⁶⁷⁷

Einzelheiten zu den Verhandlungen vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 4419 vom 13.11.91, Pol 321.11/1

¹⁶⁷⁸

In der Autonomen Republik der Tschetschenen und Inguschen war es zu einer Führungskrise und Machtübernahme durch General Dudaev gekommen. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 27.10.91, aus denen Dudaev als Sieger hervorging, waren von der russischen Regierung für illegal erklärt worden. Dudaev ordnete eine allgemeine Mobilmachung an und verkündete am 8.11.91 einseitig die Unabhängigkeit der Republik und die Loslösung von Russland. Einen Tag später verhängte El'cin über die Republik einen einmonatigen Ausnahmezustand, der zu Massendemonstrationen in Groznyj führte. Am 29.10.91 war der Tschetschene Ruslan Chasbulatov zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets der Russischen Föderation gewählt worden. Der Oberste Sowjet hob El'cins Ausnahmezustand am 11.11.91 wieder auf und forderte eine politische Lösung des Konflikts.

¹⁶⁷⁹

Auf die Übergabe des Memorandums wurde verzichtet.

mehr Zeit benötigt werde, um ein Protokoll¹⁶⁸⁰ auszuarbeiten. Die im deutschen Entwurf vorgesehene Frist für die *de jure* Wiederbegründung der Wolgarepublik noch 1991 sei nicht realistisch. Darüber hinaus könne ein Abkommen lediglich die russisch-deutsche Zusammenarbeit regeln, während spezifische Abkommen mit anderen Republiken, in denen Deutsche lebten, erforderlich würden. Diesen Republiken falle es schwer, die wertvollen deutschen Arbeitskräfte ziehen zu lassen. Deutschland müsse ihnen dabei helfen, den Verlust wettzumachen.

Prokop'ev sagte zu, den deutschen Entwurf mit Anmerkungen El'cin vorzulegen und nach verschiedenen Gesprächen mit den Betroffenen - bereits am 14. November 1991 mit Vertretern der Gebietsadministrationen von der Wolga¹⁶⁸¹ - erste russische Reaktionen zu übermitteln. Insgesamt war er bereit, auf der Grundlage des deutschen Papiers zu arbeiten und lediglich russische Änderungsvorschläge zu formulieren¹⁶⁸².

Prokop'ev empfing am 15. November 1991 Vertreter des BMI zu einem Informationsgespräch u.a. über die Ergebnisse seiner Beratungen mit den Verwaltungsspitzen der Gebiete Saratov und Volgograd. Wie Prokop'ev mitteilte, sei Volgograd bereit, mit der

¹⁶⁸⁰ Die Bezeichnung "Rahmenabkommen" des deutschen Entwurfs vom 8.11.91 war in "Protokoll" verändert worden, um die politische Brisanz abzumildern und um die innerdeutschen Verfahren zu erleichtern: Das Protokoll bedurfte nicht der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften. Inhaltlich und hinsichtlich des Grades der völkerrechtlichen Verpflichtungen entspricht diese bilaterale Vereinbarung einem "normalen" Abkommen.

¹⁶⁸¹ In der zunehmenden Hektik der Abläufe vor dem Präsidentenbesuch hatte sich auch das Gebiet Saratov zu Wort gemeldet. Der Gebietsvorsitzende Makarevič (Die taz, 15.11.91, bezeichnete Makarevič neben dem Vorsitzenden des Stadtsowjets von Marks, Zjuzin, als einen "Wortführer der antideutschen Bewegung") legte am 9. November 1991 ein Arbeitspapier mit konkreten Vorstellungen und Vorschlägen vor. Das Dokument stellte ein erstes Anzeichen dafür dar, dass die politische Führung an der Wolga begann, sich auf die vollzogene Wende in Russland einzustellen und auch die mit der Ansiedlung von Deutschen verbundenen Chancen für das Gebiet und seine Bevölkerung zu erkennen. In dem Dokument stellte Makarevič fest, dass die Ablehnung der deutschen Staatlichkeit durch die Bevölkerung im Wolgagebiet nicht ignoriert werden dürfe, anerkannte jedoch, dass angesichts der steigenden Ausreisenzahlen dringend die Hauptfrage, die Durchsetzung der nationalen Gleichberechtigung der Deutschen und ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung als Volk, einer Lösung bedürfe. Makarevič schlug daher vor, seitens des russischen Präsidenten einen normativen Akt zu erlassen, in dem der derzeitigen Bevölkerung an der Wolga garantiert werde, den politischen Status des Gebiets ohne ihre Zustimmung nicht zu verändern, und gleichzeitig Mittel für die Übersiedlung von Deutschen, den Aufbau und die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie für die Hebung des allgemeinen Wirtschaftsniveaus der Region bereitgestellt würden. Diese Mittelzuweisung sei ausreichende Garantie für die "Ernsthaftigkeit der Absichten" (svidetel'stvujuščej o ser'eznosti namerenij). Russland solle der Region darüber hinaus per Gesetz den Status einer Freien Wirtschaftszone verleihen, um Investitionen aus dem Ausland anzuziehen. Makarevič nannte eine Reihe von großen wirtschaftlichen Vorhaben, die den Wohlstand der Region erhöhen sollten, darunter die Modernisierung des Bausektors, die Entwicklung der privaten Landwirtschaft sowie eines Netzes von kleinen und mittleren Unternehmen zur Verarbeitung von Agrarprodukten, für den Aufbau einer großen Flugzeugproduktion auf der Grundlage der bestehenden Einrichtungen in Saratov, ebenso von PKWs und Lastwagen im Rahmen eines joint venture mit deutschen Firmen. Von Deutschland erwartete Makarevič die Bereitschaft, sogar noch vor einer entsprechenden politischen Entscheidung Russlands Mittel beizusteuern. "Politiko-ekonomičeskaja programma razvitija regiona Saratovskogo i Volgogradskogo Povolž'ja", 9.11.91; Text liegt dem Verfasser vor.

¹⁶⁸² vgl. Vermerk 213-321.11/1 vom 18.11.91

Wiedererrichtung der Wolgarepublik zu beginnen. Den Nukleus sollten die bereits in Aussicht gestellten 3.000 km² auf dem linken Wolgaufer bilden, die früher zur Wolgarepublik und derzeit zu den Rayons Staraja Poltavka und Pallasovka gehörten. Darüber hinaus gebe es ein angrenzendes, bislang nicht zugängliches Gebiet von ca. 2.000 km² mit etwa 5.000 Einwohnern. Dies sei nur ein Etappenziel, versicherte Prokop'ev auf Nachfragen. Der Nationalitätenminister gab dann das vereinbarte Startsignal für den Beginn deutscher Hilfslieferungen. Das BMI überreichte den Entwurf eines Protokolls über Soforthilfe an die nördlichen Rayons des Gebiets Volgograd. Vertragspartner wurden letztlich der VDA im Auftrage des BMI und das Gebiet.

Am 19. November 1991 übergab das russische Außenministerium der Deutschen Botschaft den Gegenentwurf des "Protokolls über die Zusammenarbeit bei der Wiedererrichtung der Republik der Deutschen an der Wolga", der sich im wesentlichen an dem am 12. November 1991 überreichten deutschen Text orientierte. Russische Änderungsvorschläge betrafen den Titel¹⁶⁸³, die besondere Betonung des Konzepts der stufenweisen Wiederherstellung der Staatlichkeit an der Wolga, ohne die Interessen der dort ansässigen Bevölkerung zu beeinträchtigen¹⁶⁸⁴, eine sehr weitgehende Festschreibung deutscher finanzieller und technischer Hilfen und die Verpflichtung der Bundesregierung, zu Fragen der Übersiedlung von Deutschen an die Wolga aus anderen Republiken der Sowjetunion mit diesen neuen unabhängigen Staaten gesonderte Abkommen zu schließen.

Der zunehmende Zeitdruck vor Ankunft des russischen Präsidenten am 21. November, die Übersetzung des russischen Gegenentwurfs ins Deutsche, die umfangreichen russischen Änderungswünsche, die für die Bundesregierung zum Teil inakzeptabel waren und deshalb detaillierte, zeitaufwendige Verhandlungen erforderten, sowie die notwendige Ressortabstimmung in Bonn machten es unmöglich, das Protokoll bis zum Staatsbesuch zur Unterschriftsreife zu bringen. So musste das Ziel zunächst darin bestehen, auf höchster Ebene Delegationen beider Seiten ein Verhandlungsmandat zu erteilen und einen Termin für die erste richtige Gesprächsrunde zum Protokoll in der Zeit unmittelbar nach dem El'cin-Besuch zu vereinbaren, zu der der Impetus der Deutschlandreise noch nutzbar war.

¹⁶⁸³ Im deutschen Entwurf heisst es: "Wiedererrichtung der Autonomen Deutschen Wolgarepublik", im russischen "Wiedererrichtung der Republik der Deutschen an der Wolga".

¹⁶⁸⁴ Die russische Seite wollte dies bereits im ersten Erwägungsgrund der Präambel und zusätzlich im ersten Artikel verankert wissen.

9. El'cin-Besuch

Eine Woche vor seiner Abreise nach Deutschland bekräftigte Boris El'cin in einem Interview mit *Der Zeit* seine Entschlossenheit, die Lösung der Probleme der Deutschen voranzubringen:

ZEIT: Es ist zuletzt viel Eifer in die Idee investiert worden, die von Stalin aufgelöste Autonome Republik der Deutschen an der Wolga wiederzugründen. Aber ist die Mehrheit der zwei Millionen Deutschen überhaupt noch im Land zu halten? Und zeigt der Widerstand der heutigen Wolga-Anrainer nicht, dass die gute Absicht schnell wieder zu einem neuen ethnischen Konflikt führen könnte? Sehen Sie jetzt trotzdem eine Vereinbarung mit Bonn voraus, die Chancen hat?

El'cin: Eine sehr ernste Frage. Ich würde sagen, der Prozess ist in Gang gekommen, er läuft weiter, das ist die Hauptsache. Es ist auch nicht so, dass die gesamte Bevölkerung in Saratov und im Volgograder Gebiet gegen diesen Prozess ist. Nein, durchaus nicht. Nur ist in den vergangenen Jahrzehnten viel Wasser auch die Wolga hinuntergeflossen. Die Regionen dort sind heute halt bewohnt. Deshalb ist es schwer, ein Gebiet für eine kompakte Siedlung der Deutschen zu finden.

Sie wissen ja, dass wir die Gründung deutscher Siedlungen bei Omsk und in einer Reihe anderer Gebiete, die Bildung deutscher Landkreise mit der Pflege deutscher Kultur unterstützt haben. Aber das ist natürlich nur ein Teil der Lösung. Wir planen für die kommenden Tage entscheidende Konsultationen mit den Führungen der Saratover und Volgograder Gebiete. Ich werde Vertreter der deutschen Verbände treffen, und dann können wir festlegen, welches Territorium im Wolga-Gebiet am sinnvollsten für die Niederlassung der Deutschen zur Verfügung gestellt werden sollte.

Deutschland würde den Ansiedlern dann helfen, sich besser einzurichten. Und nach dieser Einrichtung ließe sich die Frage der national-territorialen Ordnung lösen. Schritt für Schritt ist eine Autonomie möglich. Das habe ich schon gesagt - und ich nehme meine Worte nicht zurück. Es kann in Deutschland auch ein entsprechendes Dokument unterzeichnet werden. Nur muss das alles noch weiter durchdacht werden.¹⁶⁸⁵

In einem Interview mit dem Deutschlandfunk am 17. November 1991 steigerte Präsident El'cin die Erwartungen an seinen Besuch noch weiter - vor allem auch bei den Russlanddeutschen im eigenen Lande:

Die Herstellung einer Autonomie der Deutschen an der Wolga ist gerechtfertigt. Aber innerhalb von 45 Jahren ist sehr viel geschehen. Dieses Territorium ist ja besiedelt, sowohl in der Region von Saratov als auch von Volgograd. Deswegen haben wir hier

¹⁶⁸⁵

Die Zeit, 15.11.91, S. 3

Schwierigkeiten. (...) Deswegen suchen wir gegenwärtig nach Varianten, und ich bin zuversichtlich, dass wir solche Varianten finden und sie im Verlauf unseres Besuches in Deutschland mitteilen können.¹⁶⁸⁶

Einen Tag später veröffentlichte *Der Spiegel* ein drittes El'cin-Interview, in dem er paternalistisch etwas konkreter wurde und den Anschein vermittelte, als verfüge die russische Führung über eine Lösung des Problems. Die Idee Prokop'evs, man könne die Einheimischen durch materielle Wohltaten umstimmen, scheint durch diesen Ansatz hindurch:

Die russische Führung hat einen konkreten Plan: Zunächst sollen ein, zwei deutsche Landkreise entstehen, damit unsere Deutschen wieder heimisch werden können. Alle, die dort heute wohnen, müssen spüren, dass ihnen die deutsche Autonomie in dieser Region von Nutzen ist. Ihr Widerstand muss sich in aktive Unterstützung verwandeln.¹⁶⁸⁷

Präsident El'cin besuchte auf seiner ersten Auslandsreise seit seiner Vereidigung im Juli 1991 vom 21.-23. November 1991 die Bundesrepublik Deutschland. Dies war kein Zufall, sondern es entsprach der Intention beider Seiten, die strategische Zielsetzung eines neuen Verhältnisses zwischen dem neuen Russland und dem neuen Deutschland hervorzuheben. Die Union war noch nicht untergegangen und Russlands Status als Völkerrechtssubjekt nicht universell anerkannt, El'cin wurde aber protokollarisch mit militärischen Ehren als Staatsoberhaupt begrüßt. Der Besuch stellte damit einen ersten, wesentlichen Schritt in die internationale Anerkennung dar. Dies wurde in Russland auch so verstanden¹⁶⁸⁸.

Kanzler und Präsident begegneten sich erstmals. Im Delegationsgespräch am 21. November 1991 waren beide sich einig, dass die Verhandlungen über die Zusammenarbeit bei der Wiederherstellung der Wolgarepublik schon in der folgenden Woche fortgesetzt und noch vor Weihnachten abgeschlossen werden sollten. El'cin räumte ein, die Thematik sei jahrelang vernachlässigt worden, aber seit rund einem Jahr würden sich Parlament und Regierung Russlands verstärkt um die Russlanddeutschen und ihre Zukunft bemühen. Als wichtige Erfolge nannte er die beiden neuen nationalen Rayons im Altaj und bei Omsk. Solche deutschen Selbstverwaltungskörperschaften seien auch in weiteren Gebieten Russlands mit einer geschlossenen deutschen Besiedlung möglich.

Im Hinblick auf die Wolga wiederholte El'cin seinen Vorschlag über ein Gebiet von 3.000 km² im dünnbesiedelten südlichen Bereich der ehemaligen Republik, einer Fläche größer als

¹⁶⁸⁶ BPA-Fernseh-/Hörfunkspiegel I, 18.11.91

¹⁶⁸⁷ *Der Spiegel*, 47/1991, S. 259

¹⁶⁸⁸ vgl. *Izvestija*, 22.11.91

das Saarland. Eine zusätzliche Fläche von rund 3.000 km² sei denkbar, früheres Militärgelände, das jetzt freigegeben werde und fast nicht besiedelt sei. Die erforderlichen Organisationskomitees sollten nun an die Arbeit gehen, um den Aufbau der neuen Republik voranzutreiben und die freiwillige Umsiedlung vorzubereiten.

Waffenschmidt, der vom Bundeskanzler aufgefordert wurde, auf deutscher Seite die Gesprächsführung zu übernehmen, schlug Präsident El'cin vor, noch 1991 das Gesetzgebungsverfahren für die Wiedererrichtung der Republik zu beginnen. Auch im Hinblick auf künftige Investoren sei ein Signal notwendig - die rechtliche Festschreibung der politischen Absichten. El'cin erwiderte allerdings, das Gesetzgebungsverfahren könne erst begonnen werden, wenn die freiwillige Umsiedlung in das Gebiet der neuen Wolgarepublik begonnen habe. Es müsse zuvor eine entsprechende Anzahl deutscher Einwohner in den betreffenden Gebieten leben. Darauf schlug Waffenschmidt vor, für die innerstaatliche Festlegung ein Dekret zu erlassen, damit die rechtlichen Rahmenbedingungen gefestigt würden. Dieses sagte El'cin ausdrücklich zu¹⁶⁸⁹. Inhaltlich wurde diese Zusage mit dem Dekret vom 21. Februar 1992 erfüllt¹⁶⁹⁰.

Gegenüber Bundespräsident von Weizsäcker betonte El'cin am darauffolgenden Tag: "Sie können beruhigt sein. Ich erkläre offiziell als russischer Präsident, dass wir das Problem der Russlanddeutschen lösen können und dass es zur Wolgarepublik kommen wird."¹⁶⁹¹ Der Bundespräsident betonte, dass die Deutschen als Brücke zwischen beiden Ländern wirken könnten¹⁶⁹².

Der Inhalt der Gespräche El'cins entsprach voll den hohen Erwartungen vor dem Besuch und lag damit auf der Linie der vielversprechenden deutsch-russischen Begegnungen seit September 1991. Was unter Gorbačev undenkbar blieb, wurde mit El'cin Realität: Ein russischer Präsident verpflichtete sich gegenüber einem Staat, der über Jahrzehnte zum gegnerischen Lager zählte, der geschundenen deutschen Minderheit Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, und reichte die Hand zur gemeinsamen Politik, zu einem gemeinsamen Aufbauwerk.

Die "Gemeinsame Erklärung", die Bundeskanzler Kohl und Präsident El'cin am 21. November 1991 im Bundeskanzleramt unterzeichneten, sollte die Grundlage der künftigen politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland bilden und diese für die Öffentlichkeit verständlich darstellen. Der Text griff auf Grundgedanken der deutsch-

¹⁶⁸⁹ Waffenschmidt, "Ergebnisvermerk der deutsch-russischen Delegationsverhandlung zum Aufgabenbereich Russlanddeutsche und Wolgarepublik am 21. November 1991 in Bonn", o.Az., 22.11.91; inhaltlich so auch in einem Interview von Waffenschmidt mit *Die Welt*, 25.11.91

¹⁶⁹⁰ Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii "O neotložnych merach po reabilitacii rossijskich nemcev", *Rossijskaja Gazeta*, 5.3.92

¹⁶⁹¹ zitiert nach: Waffenschmidt, "Ergebnisvermerk der deutsch-russischen Delegationsverhandlung zum Aufgabenbereich Russlanddeutsche und Wolgarepublik am 21. November 1991 in Bonn", o.Az., 22.11.91

¹⁶⁹² *Frankfurter Allgemeine*, 23.11.91

sowjetischen Erklärung von 1989 zurück, berücksichtigte jedoch die zwischenzeitlich eingetretenen, bedeutsamen Veränderungen. Die 1989 noch vorhandenen Schwierigkeiten insbesondere auf ideologischem Gebiet spielten im November 1991 keinerlei Rolle mehr.

Hinsichtlich der Deutschen brachte die Erklärung in Punkt 12 einen Durchbruch - die Russlanddeutschen selbst erhielten erstmals eine schriftliche Anspruchsgrundlage gegenüber ihrem Staat auf "Wiederbegründung" der Republik an der Wolga, die Bundesregierung eine bilaterale Berufungsgrundlage für Hilfsmaßnahmen auf allen Gebieten. Die deutschen und russischen Anstrengungen zugunsten der Minderheit sollten von dem Prinzip geleitet sein, den Deutschen den Verbleib in Russland zu ermöglichen:

Deutschland und Russland stimmen darin überein, dass den ständig auf ihren Territorien lebenden Staatsangehörigen, die aus Russland stammen oder deutscher Abstammung sind, gemäß ihrer freien Entscheidung die Pflege der Sprache, Kultur, nationalen Traditionen sowie die freie Religionsausübung ermöglicht wird.

Beide Seiten bekräftigen, dass die Erhaltung der kulturellen Identität und der Lebensrechte dieser Bürger eine bedeutende Funktion beim Aufbau freundschaftlicher Beziehungen einnimmt. Dementsprechend ermöglichen und erleichtern sie im Rahmen der geltenden Gesetze der anderen Seite Förderungsmaßnahmen zugunsten dieser Personen und ihrer Organisationen. Unabhängig davon werden beide Seiten die Interessen dieser Bürger im Rahmen der eigenen allgemeinen Förderprogramme angemessen berücksichtigen.

Deutschland nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass Russland zur Wiederbegründung der Republik der Deutschen in den traditionellen Siedlungsgebieten ihrer Vorfahren an der Wolga entschlossen ist, wobei die Interessen der dort lebenden Bevölkerung nicht eingeschränkt werden. Im Zuge des fortschreitenden Aufbaus der Republik der Deutschen an der Wolga wird Deutschland im Rahmen seiner Möglichkeiten vielfältige Hilfe auf kulturellem, sozialem, wirtschaftlichem, landwirtschaftlichem und regionalplanerischem Gebiet, wie auch bei der Stärkung der zwischennationalen und ethnischen Gemeinschaft leisten.

Beide Seiten sind sich einig, dass neben der Bildung der Republik der Deutschen an der Wolga die Schaffung und die Förderung der Entwicklung nationaler Bezirke für die Deutschen, die in ihren gegenwärtigen Siedlungsgebieten bleiben wollen, fortgesetzt wird. Dabei lassen sich beide Seiten von dem Ziel leiten, den Deutschen - unbeschadet ihres Rechts auf Ausreise - zu helfen, für sich und ihre Kinder eine Zukunftsperspektive zu sichern und ihre Heimat in Russland zu erhalten.¹⁶⁹³

Auf einer Pressekonferenz nach der Unterzeichnung der "Gemeinsamen Erklärung" gab Bundeskanzler Kohl die Ergebnisse der Gespräche bekannt. Zu den Deutschen sagte er:

Präsident El'cin und ich haben uns auch intensiv mit der Frage der Wiederbegründung der Republik der Deutschen in den traditionellen Siedlungsgebieten befasst. In der "Gemeinsamen Erklärung", die wir eben unterschrieben haben, wird

¹⁶⁹³

BPA-Bulletin Nr. 133 vom 25.11.91, S. 1083

festgeschrieben, dass Russland zur Wiederbegründung der Wolgarepublik entschlossen sei. Wir, die Bundesrepublik Deutschland, wollen dabei unseren Beitrag leisten, und wir waren uns einig, dass für die weiteren Verhandlungen sehr bald eine deutsche Delegation nach Moskau reisen wird. Unser Ziel ist, den in der Sowjetunion lebenden Deutschen, die oft auf eine leidvolle Geschichte zurückblicken müssen, für sich und für ihre Kinder eine Zukunftsperspektive in der angestammten Heimat zu eröffnen.¹⁶⁹⁴

Im ZDF präzisierte El'cin am 21. November 1991, dass der Wunsch vieler nach Rückkehr in die alte Wolgarepublik nicht realisiert werden könne, "weil in diesen Gebieten jetzt andere Menschen wohnen". Man wolle ihnen aber ein großes, direkt an der Wolga gelegenes Gebiet zu Siedlungszwecken anbieten. Später werde auf rechtmäßigem Weg über die Frage der Gründung einer autonomen deutschen Republik nach dem früheren Muster entschieden¹⁶⁹⁵.

Das *Neue Leben* machte in seiner Ausgabe vom 27. November 1991 groß mit dem Besuch auf. Die ganze erste Seite zeigte ein Bild von El'cin und Kohl, die zweite war der Wolga-Thematik gewidmet. Punkt 12 der "Gemeinsamen Erklärung" war im Wortlaut abgedruckt worden. Falk, der Prokop'ev in Bonn vertreten hatte, unterstrich in einem Interview die Bedeutsamkeit der Tatsache, dass Vertreter der deutschen Minderheit - auch Vladimir Bauer reiste mit - erstmals an einer Begegnung auf höchster Ebene teilnehmen durften. In jedem der zahlreichen Gespräche des russischen Präsidenten sei die Frage nach der deutschen Republik gestellt worden.

Ungeklärt ist, warum die russlanddeutschen Vertreter die Ergebnisse der Bonner Gespräche zum von El'cin angebotenen Territorium offenbar anders als die Bundesregierung interpretierten. Möglicherweise floss in ihre Berichterstattung ein Hintergrundwissen ein, das in Bonn nicht zur Sprache gebracht worden war, oder eine Äußerung des russischen Präsidenten gegenüber der eigenen Presse: In dem Artikel im *Neuen Leben*, "Novaja Rossija i novaja Germanija - bol'soe buduščee", wurde die Zahl der zur Besiedlung zur Verfügung zu stellenden km² gar nicht genannt, dagegen war nur von einem Militärgelände (učebnyj voennyj poligon) die Rede:

Die Bonner Behörden und die Vertreter der Sowjetdeutschen nahmen den Vorschlag von Boris Nikolaevič über die Gründung von deutschen Dörfern auf dem Territorium von Truppenübungsplätzen nicht an. Die BRD bekräftigte ihre Bereitschaft, Mittel für die Wiederherstellung der Infrastruktur und der Bebauung dort bereitzustellen, wo die Deutschen bis zur stalinschen Deportation lebten. Die Bundesregierung nahm offensichtlich in Erwägung der innenpolitischen Schwierigkeiten Russlands allerdings im Verlauf der Verhandlungen Abstand von der Vorstellung, die

¹⁶⁹⁴ BPA-Fernseh-/Hörfunkspiegel I, 22.11.91

¹⁶⁹⁵ ibid.

Wiederherstellung der Autonomen Wolgarepublik beschleunigen zu können, um den Ereignissen Zeit zu lassen, sich auf einem mehr natürlichen Weg zu entwickeln.¹⁶⁹⁶

Von einem Truppenübungsplatz war in Bonn nicht die Rede; der letzte Satz des Artikels entsprach aber wörtlich dem, was der Bonner *Izvestija*-Korrespondent, Bovkun, berichtet hatte¹⁶⁹⁷. Falk wich in seinem Interview auf die Frage nach dem Truppenübungsplatz einer konkreten Antwort aus:

N[eues]L[eben]: In den Erklärungen El'cins klang die mögliche Wiederherstellung der Republik auf dem Territorium früherer Truppenübungsplätze durch ... Was können Sie dazu sagen?

P. Falk: Ich hatte schon gesagt, dass die territorialen und zeitlichen Abgrenzungen nicht konkret festgelegt wurden. Es wurden lediglich Vorschläge unterbreitet. Das letzte Wort hat eine Expertengruppe, die in Russland an dem Thema arbeiten wird. Die Wiederherstellung der Republik in den alten Grenzen ist eher unwahrscheinlich [delo tonkoe]. Die Situation an der Wolga ist gegenwärtig wirklich gespannt ...¹⁶⁹⁸

Bei den Deutschen in der Sowjetunion musste der Eindruck entstehen, der Besuch sei in dieser Hinsicht ergebnislos verlaufen, im Gegenteil, die deutsche Seite habe einen Rückzieher gemacht, und die Russlanddeutschen würden nun mit einem Truppenübungsplatz abgespeist. Spätere, in der Presse breit wiedergegebene Äußerungen El'cins vom 8. Januar 1992¹⁶⁹⁹ schienen diese Version zu bestätigen. Der angeblich verseuchte Truppenübungsplatz, auf dem die Deutschen angesiedelt werden sollten, dominierte fortan die öffentliche Diskussion, die dadurch an Schärfe gewann. Groths Bewertung des Besuches fiel erwartungsgemäß drastisch negativ aus und dürfte nur dazu beigetragen haben, El'cins Gegner zu stärken:

[Der Besuch] hat die völlige Unselbständigkeit der Nationalitätenpolitik El'cins unter Beweis gestellt. Allein die Tatsache einer Diskussion mit einem anderen Staat über das Schicksal eines eigenen Volkes, ohne mit diesem Kontakt aufgenommen zu haben und dessen Erwartungen zu kennen, ist völlig inakzeptabel. Es erinnert irgendwie an mittelalterliche Zeiten, als die Europäer mit Negern und Indianern handelten.¹⁷⁰⁰

¹⁶⁹⁶ *Neues Leben*, 27.11.91, S. 2

¹⁶⁹⁷ *Izvestija*, 22.11.91

¹⁶⁹⁸ *Neues Leben*, 27.11.91, S. 2

¹⁶⁹⁹ vgl. u.a. *Izvestija*, 9.1.92; das Russische Fernsehen I, 8.1.92/1700/ki, brachte die Äußerungen El'cins im Wortlaut, s. *BPA-Fernseh-/Hörfunkspiegel* 9.1.92, S. 10; Wortlaut auch in: *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach*, S. 401f

¹⁷⁰⁰ *Nemeckaja Gazeta*, 21.12.91, S. 3

10. Fortsetzung der Verhandlungen zum Protokoll

Wie auf höchster Ebene vereinbart, wurden die Verhandlungen über das Protokoll zur Wiedererrichtung der Wolgarepublik unmittelbar nach Beendigung des Staatsbesuches fortgesetzt. Bereits am 25. November 1991 fand in Bonn eine Ressortbesprechung zum russischen Vorschlag vom 19. November 1991 statt. Unter Leitung des Auswärtigen Amtes reiste dann am 27.-29. November 1991 eine Delegation aus Vertretern des Bundeskanzleramts, des BMI und des BMF nach Moskau. Auf russischer Seite nahmen neben Prokop'ev und Falk der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Komitees der RSFSR für Nationalitätenangelegenheiten, Vladimir Efimovič Serjakov, sowie Vertreter der zuständigen Ministerien sowie die stellvertretenden Gebietschefs von Saratov und Volgograd an den Verhandlungen teil. Bei den Gesprächen wurde auch Wormsbecher, der inzwischen aber ohne offizielle Funktion war, als "Autorität" geduldet.

Die Verhandlungen über das Protokoll verliefen in offener, konstruktiver Atmosphäre und konnten zwar erfolgreich abgeschlossen werden. Auch berücksichtigte der vereinbarte Text voll die am 25. November 1991 fixierten deutschen Vorstellungen, so dass es formell nur noch eines Vergleiches der Texte in ihren beiden Sprachfassungen bedurfte, bevor das Protokoll der politischen Ebene zur Billigung vorgelegt werden konnte. Allerdings zeichnete sich ab, dass die Umsetzung des Protokolls in die Praxis auf ganz erhebliche Schwierigkeiten stoßen würde. Diesbezügliche Illusionen, die auf deutscher Seite noch bestanden, wurden ausgeräumt.

Schon vor Eintritt in die eigentlichen Verhandlungen über den Textentwurf erläuterte die russische Seite, in welchen Gebieten die Wolgarepublik nach ihrem Dafürhalten wiedererrichtet werden könnte. Wegen des erheblichen politischen Widerstands im Gebiet Saratov solle das gesamte nördliche Gebiet der ehemaligen Republik als Territorium ausgeklammert werden. Lediglich der äußerste Südrand der ehemaligen Kantone Pallasovka und Staraja Poltavka, inzwischen Teil des Gebiets Volgograd, kämen für eine Ansiedlung infrage. Aber auch hier gebe es Vorbehalte, die erst langsam überwunden werden müssten. Ein sofortiger Beginn sei nur auf dem 150 km südlich gelegenen früheren Truppenübungsplatz "Kapustin Jar" möglich, ein völlig unerschlossenes Gebiet westlich des El'ton-Sees. Der Aufbau in "Kapustin Jar" solle nach russischer Vorstellung bei der gegenwärtigen Bevölkerung im früheren deutschen Siedlungsgebiet für eine deutsche Republik werben. Als erster Schritt könne an eine russische Absichtserklärung gedacht werden, dass die Republik in "Kapustin Jar" ihren Anfang nehme. Später könne sie im Zuge ihres Erfolges eine Erweiterung nach Westen und Norden erfahren. Damit bewahrheiteten

sich Hinweise aus dem Interview Falks, das in Bonn zu dem Zeitpunkt allerdings noch nicht bekannt war.

Nachfragen nach den 3.000 km² in Pallasovka und Staraja Poltavka wurden ausweichend beantwortet. Dort seien zwar Deutsche willkommen, jedoch keine Republik. An fünf unzusammenhängenden Orten könne aber Selbstverwaltung gewährt werden. Die russische Delegation fiel damit weit hinter die zentrale Zusage El'cins in Bonn zurück.

Ministerialdirigent Dr. von Studnitz, der Delegationsleiter aus dem Auswärtigen Amt, wies für die deutsche Seite kritisch darauf hin, dass nach den Ausführungen El'cins andere Erwartungen bestanden hätten, und es schwer vorstellbar sei, dass die Bundesrepublik sich für ein derart ungewisses Projekt engagieren werde. Mit Nachdruck betonte von Studnitz, dass das Protokoll nur nach Klärung der alles entscheidenden territorialen Vorfrage unterzeichnet werden könne. Es war offensichtlich, dass sich die russische Delegation mehr als vier Tage nach dem Ende des Staatsbesuchs über dessen Ergebnisse im Unklaren befand oder diese grundsätzlich anders bewertete. Allerdings hieß es, die zuständigen russischen Ministerien seien bereits vom Präsidialbüro aufgefordert worden, einen Präsidentenerlass über die wiederzuerrichtende Republik vorzubereiten¹⁷⁰¹.

Die eigentlichen Verhandlungen machten ebenfalls deutlich, dass die RSFSR nach dem Putsch und der einsetzenden Verfemung bzw. Auflösung von Unionsinstanzen wie z.B. dem sowjetischen Außenministerium noch nicht über das für internationale Regierungsverhandlungen erforderliche *know how* verfügten. Die russische Delegation hatte ihre Position nicht festgelegt bzw. koordiniert, so dass auf ihrer Seite des Verhandlungstisches frei diskutiert und Passagen, über die bereits Einvernehmen erzielt worden war, wieder in Frage gestellt wurden. So machten die Gespräche nur zähe Fortschritte. Überdies stand Prokop'ev nur am ersten Verhandlungstag zur Verfügung, sein Stellvertreter Serjakov setzte die Gespräche fort¹⁷⁰². Letztlich gelang es jedoch, einen ausgewogenen Text über die von beiden Seiten zu erbringenden Leistungen zu formulieren. Von zentraler Bedeutung war der erste Artikel, in dem die russische Seite die Zusage machte, schon 1992 Maßnahmen und rechtliche Anordnungen zur stufenweisen Wiedererrichtung der Republik der Deutschen in ihren traditionellen Siedlungsgebieten an der Wolga vorzunehmen. Darüber hinaus konnte

¹⁷⁰¹ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 4661 vom 29.11.91; Vermerk 213-321.39 vom 30.11.91

¹⁷⁰² Ohne dass dies der deutschen Delegation bewusst geworden wäre, hatte Präsident El'cin mit Dekret vom 28. November 1991 das "Komitee der RSFSR für Nationalitätenangelegenheiten" aufgelöst und ein neues "Staatskomitee der RSFSR für Nationalitätenpolitik" installiert. Letztlich war damit sogar eine Aufwertung des Komitees verbunden, das zuvor quasi unter dem Etikett einer Oberbehörde für Verwaltungsangelegenheiten arbeitete. Prokop'ev war abgelöst worden und wurde später Ministerpräsident in seiner tschuwaschischen Heimatrepublik. Damit war ein Gesprächspartner und Akteur verloren, der sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für die Deutschen besonders engagiert hatte. Sein Nachfolger wurde der aus früheren wissenschaftlichen Veröffentlichungen zur Nationalitätenpolitik auch im Westen bekannte Valerij Aleksandrovič Tiškov.

festgeschrieben werden, dass der Zuzug in die entstehende Republik allen Deutschen (der ehemaligen Sowjetunion) auf Grundlage des international verbrieften Rechtes auf Freizügigkeit offen stand und die im russischen Entwurf vorgesehene vertragliche Verpflichtung der deutschen Seite, darüber Abkommen mit den anderen Republiken zu schließen, nicht in den Text aufgenommen wurde.

Die Verhandlungen über das Protokoll waren mit dieser Einigung keineswegs glücklich beendet. Zur Veranschaulichung der Problematik der Materie soll nachstehend kurz auf die weitere Entwicklung eingegangen werden. Das *Neue Leben* gab am 4. Dezember 1991 Äußerungen von Serjakov wieder, der bestätigte, dass eine Einigung auf ein "Absichtsprotokoll" (Protokol o namerenijach) erzielt worden sei. Nach der Meldung sollte die Wolgarepublik in den traditionellen Siedlungsgebieten etappenweise wiederhergestellt werden, ohne die Interessen der Lokalbevölkerung zu beeinträchtigen. Allerdings sei im Protokoll der zeitliche und territoriale Rahmen nicht festgeschrieben worden. Serjakov nannte als Ort jedoch den Rayon Pallasovka. Die endgültige Entscheidung über die Grenzen solle eine deutsch-russische Kommission treffen, die noch Mitte Dezember ihre Arbeit beginne. Der Artikel ging im weiteren auf die im Protokoll vereinbarten Hilfen durch die Bundesregierung ein und merkte an, beide Seiten seien übereingekommen, die wirtschaftliche Entwicklung im Wolgagebiet zur gemeinsamen Aufgabe der russischen und deutschen Regierungen zu machen¹⁷⁰³.

Der wohl gut gemeinte Versuch Serjakovs um Information der Deutschen über die Ergebnisse der Verhandlungen musste allerdings das Gegenteil bewirken. So fehlte der Hinweis, dass Russland sich nach dem Protokollentwurf verpflichten sollte, bereits 1992 erste rechtliche Maßnahmen zu treffen. Stattdessen mussten die Deutschen durch die Bemerkung alarmiert werden, es gebe im Protokoll keine Festlegung auf einen zeitlichen oder territorialen Rahmen. Die Benennung von Pallasovka musste allen sofort signalisieren, dass es sich um "Kapustin Jar" handelte, den Truppenübungsplatz außerhalb des Gebietes der ehemaligen Wolgarepublik. Serjakov setzte sich mit dieser Angabe dem Vorwurf bewusster Irreführung der Deutschen aus. Der Hinweis auf die Regierungskommission, die über das Territorium befinden würde, war falsch und darüber hinaus dazu geeignet, bei den Deutschen das Misstrauen zu verstärken, eine Einigung der Regierenden werde ohne ihre Beteiligung getroffen.

Die russische Seite übergab am 11. Dezember 1991 der Botschaft den überarbeiteten Protokollentwurf in russischer Reinschrift. In einem Anschreiben wies Falk allerdings darauf

¹⁷⁰³

Neues Leben, 4.12.91, S. 2

hin, dass der Text von Völkerrechtlern im russischen Außenministerium einer Prüfung unterzogen wurde. Dabei seien einige Veränderungen und Verbesserungen ("nekotorye izmenenija i popravki") vorgenommen worden.

Es war aber lediglich vereinbart, dass die jeweilige Seite ihre Sprachfassung in Reinschrift erstellte und der anderen übergab. Entgegen den internationalen Gepflogenheiten wies der russische Text nunmehr in der Substanz Veränderungen auf, die auf Bedenken insbesondere des russischen Justizministeriums, aber auch des Außenministeriums zurückzuführen waren. Dies Vorgehen wurde von der deutschen Seite zurückgewiesen. Nach einer entsprechenden deutschen Demarche bei Serjakov wurde am 18. Dezember der "richtige" Text übermittelt. Die russische Seite leitete aber erst danach ein interministerielles Abstimmungsverfahren ein. Im Ergebnis machte die russische Regierung sich das Verhandlungsergebnis nicht zu eigen und übermittelte vier Monate später, am 14. April 1992, einen neuen Entwurf, der auch den zwischenzeitlichen politischen Entwicklungen Rechnung trug. Die Verhandlungen wurden am 21. und 22. April 1992 am Rande der ersten Sitzung der deutsch-russischen Regierungskommission¹⁷⁰⁴ fortgesetzt und das Protokoll am 23. April 1992 paraphiert. Zur abschließenden Unterzeichnung des Protokolls kam es am 10. Juli 1992.

Die "Wiedergeburt" übermittelte der Deutschen Botschaft Informationen und Daten der Kommission für Umwelt im Gebietssowjet Volgograd zum Gelände von "Kapustin Jar", das für die Ansiedlung der Deutschen ins Auge gefasst worden war. Danach herrscht dort ausgeprägtes Kontinentalklima mit jährlich 80-100 Tagen trocken-heißen Winden und Dürre sowie häufigen Sandstürmen. Die Niederschlagsmenge wurde auf 270-300 mm jährlich beziffert. Das Gelände sei eine Ebene mit Salzboden und häufigen Einschlüssen von Salzflecken und Lachen. Die Vegetation entspreche einer gras- und wermutbewachsenen Halbwüstensteppe. Weder existierten nutzbare unterirdische Wasserreserven noch irgendwelche Infrastruktur. Dementsprechend gebe es keinerlei Besiedlung oder landwirtschaftliche Nutzung¹⁷⁰⁵. Es konnte also nicht verwundern, dass die "Wiedergeburt" die Ansiedlung auf einem solchen Territorium kategorisch ablehnte¹⁷⁰⁶.

Um sich über die Verhältnisse in den Gebieten Volgograd und Saratov sowie in "Kapustin Jar" ein Bild zu machen, reiste der Gesandte der Deutschen Botschaft, Dr. Heyken, vom 9.-14. Dezember 1991 an die Wolga¹⁷⁰⁷. Dort war zu erfahren, dass das Staatskomitee für

¹⁷⁰⁴ Die Regierungskommission war im Protokoll vereinbart. Ihre Einsetzung war unstrittig, insofern konnte sie schon vor der endgültigen Aushandlung des Protokolls zusammentreten.

¹⁷⁰⁵ vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 4932 vom 18.12.91, Ku 600.50/1

¹⁷⁰⁶ u.a. Diesendorf in: Radio Moskau (dt.), 17.12.91, 12:30 h, *BPA-Fernseh-/Hörfunkspiegel Ausland*, 18.12.91, S. 12

¹⁷⁰⁷ Ergebnisse der Reise vgl. Berichte der Botschaft Moskau Nr. 4947-49 vom 18.12.91 und 4989-90 vom 20.12.91, Ku 600.50/1

Nationalitätenpolitik in Absprache mit der Gebietsadministration Volgograd und dem Generalstab die russischen Vorstellungen darüber, welches Gebiet für die Deutschen infrage komme, inzwischen den quantitativen Zusagen El'cins in Bonn angenähert habe. So sollten ca. 5.000 km² in einem Bereich etwa 100 km südlich der ehemaligen Wolgarepublik zur Verfügung gestellt werden, 1.500 km² Militärgelände "Kapustin Jar", 2.500 km² Farmland östlich davon, einschließlich des El'ton-Sees, des Ortes El'ton und der dortigen Bahnstation sowie ca. 1.500 km² Farmland westlich davon bis an die Wolga. Dieses Gebiet könne den Status eines "Autonomen Deutschen Kreises" (okrug) erhalten¹⁷⁰⁸. An Alternativgebiete, die sich mit dem Territorium der ehemaligen Wolgarepublik überschneiden, sei jedoch bis auf weiteres nicht zu denken. Der Gebietschef von Volgograd, Šabunin, erklärte, die Mehrheit der Bevölkerung auf dem Territorium der ehemaligen Republik sei zwar für eine Ansiedlung von Deutschen, aber gegen eine Staatlichkeit. Da diese das Ziel der Deutschen sei, könne ein solcher Schritt nur außerhalb der alten Wolgarepublik gewagt werden. Groths Forderung nach sofortiger Ausrufung der Wolgarepublik sei kontraproduktiv, weil sie vorhandene Ängste nur verstärke. An dem Gespräch nahmen auch Serjakov und Wormsbecher teil.

In Saratov erklärte Gebietschef Makarevič, sein Gebiet stehe einer Ansiedlung von Deutschen positiv gegenüber. Es gebe freies und gutes Land und verlassene Dörfer. Umfragen hätten ergeben, dass die Bevölkerung nichts gegen Deutsche habe, sogar 50% sei einverstanden, dass ihre Kinder Deutsche heiraten, allerdings würden sich 65% der Einwohner des Gebiets gegen eine Republik aussprechen. Als 1986 erstmals das Thema Republik angeschnitten wurde, habe es kaum Reaktionen gegeben. Nun aber werde es mit dem Komplex der innersowjetischen Konflikte und Flüchtlinge assoziiert. Die Bevölkerung habe Angst, dass eine deutsche Republik sich auch für souverän und unabhängig von Russland erklären könne. Zwar sei die antideutsche Stimmung von alten Kadern geschürt worden, das ändere jedoch nichts an ihrem Vorhandensein. Derzeit seien lediglich gemischte russisch-deutsche Selbstverwaltungsgremien in einzelnen Dörfern mit kompakter Besiedlung denkbar, jedoch kein zusammenhängendes Gebiet.

Sowohl Volgograd als auch Saratov zeigten aber großes Interesse an enger Zusammenarbeit bei Projekten zugunsten der Deutschen und ihres Umfeldes.

11. Bilanz der Sowjetdeutschen und Perspektiven

¹⁷⁰⁸

Nach der sowjetischen Verfassung von 1977 mit den Veränderungen von Dezember 1988 hätte dies neben dem sprachlichen Sonderstatus das Recht beinhaltet, einen Abgeordneten in den Kongress der Volksdeputierten zu entsenden.

Am 14. und 15. Dezember 1991 trat der "Rat für die Rehabilitierung der Russlanddeutschen" zu seiner ersten Sitzung zusammen, um am Tag des Ablaufs des insgesamt neunmonatigen Moratoriums vom März 1991 über die weiteren Schritte zu beraten. Der Rat stellte fest, dass die auf Russland gesetzten Hoffnungen sich nicht erfüllt, die Perspektiven für die Wiederherstellung der Wolgarepublik sich sogar weiter verschlechtert hätten und die Assimilation der Deutschen fortschreite, in Groths Worten: "Der staatliche Genozid gegen sie wird fortgesetzt, jetzt sogar von Seiten der RSFSR."¹⁷⁰⁹ Die Umsetzung des Gesetzes vom 26. April 1991 werde von der russischen Führung blockiert. Angesichts der "vollständigen Perspektivlosigkeit einer nationalen Zukunft in der UdSSR und RSFSR"¹⁷¹⁰ beschloss der Rat, wie im Ultimatum vorgesehen, die Einleitung der massenhaften, planmäßigen Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland auf freiwilliger Basis. Der Rat rechnete mit ca. 3 Millionen potentiellen Emigranten - bis zu 90% der Sowjetdeutschen und ihre nicht-deutschen Familienangehörigen, die innerhalb eines Zeitraums von 4-5 Jahren nach Deutschland ausreisen sollten¹⁷¹¹.

Als Alternative zur Ausreise wollte Groth erstmals ernsthaft innersowjetische Ansiedlungsangebote prüfen, die zuvor immer als Ablenkung vom Hauptziel, der Wiederherstellung der Wolgarepublik, zurückgewiesen wurden. Groth erwähnte explizit Kaliningrad und St. Petersburg neben den bereits laufenden Vorbereitungen für eine Rücksiedlung von Deutschen in die Ukraine, insbesondere in das Gebiet Cherson. Der Kampf um die Wiederherstellung der Wolgarepublik solle jedoch weiter gehen.

In einer Resolution¹⁷¹² verurteilte der Rat die Tätigkeit Prokop'evs und der Abteilung für die Deutschen in seinem Ministerium. Die Mitarbeiter seien "keine Vertreter des deutschen Volkes der ehemaligen UdSSR" und würden dessen Vertrauen auch nicht genießen. "Ziele, Aufgaben und Kompetenzen" der Verwaltung seien unbekannt, sie solle daher ihre Arbeit in dieser Form nicht fortführen. Darüber hinaus beschuldigte der Rat Prokop'ev, die von ihm geleitete Kommission des Ministerrats der RSFSR habe seit ihrer Gründung im Juni 1991 nicht ein einziges Mal in beschlussfähiger Zusammensetzung getagt und keine einzige Frage gelöst.

Im Anschluss an die Sitzung reiste Groth mit weiteren Russlanddeutschen zu Gesprächen nach Bonn, wo er am 19. Dezember 1991 gemeinsam mit Martens, Bauer, Wolter und Diesendorf im Auswärtigen Amt von Ministerialdirigent Dr. von Studnitz empfangen wurde.

¹⁷⁰⁹ *Nemeckaja Gazeta*, 21.12.91, S. 3

¹⁷¹⁰ *ibid.*

¹⁷¹¹ vgl. Beschluss des Zwischenstaatlichen Rates zur Rehabilitierung der Deutschen der ehemaligen UdSSR, 15.12.91; Text liegt dem Verfasser vor.

¹⁷¹² Resolution des Zwischenstaatlichen Rates zur Rehabilitierung der Deutschen der ehemaligen UdSSR, 15.12.91; Text liegt dem Verfasser vor.

Groth berichtete von dem Beschluss des "Rates für die Rehabilitierung der Russlanddeutschen", zur massenhaften Ausreise aufzurufen. Parallel werde man weiter für die Wolgarepublik kämpfen und auch aktiver lokale Projekte unterstützen, so bei Petersburg, Königsberg, im Altaj und bei Omsk sowie das besonders perspektivreiche Projekt Cherson. Die Verwaltung in Saratov sei so konservativ, dass man bezweifle, El'cin werde jemals stark genug sein, dort die Wiedererrichtung der Wolgarepublik durchzusetzen. Groth schloss nicht aus, dass es in Russland ohnehin in Kürze zum Bürgerkrieg kommen werde. Für die Deutschen seien die sechs Jahre unter Gorbačev vertane Zeit. Dies wies von Studnitz seitens des Auswärtigen Amtes zurück. In den Jahren der *Perestrojka* sei vieles erreicht worden, was zuvor undenkbar war. Darüber hinaus habe der Putsch die Dinge um Jahre vorangebracht. Man dürfe jetzt nicht aufgeben und sich entmutigen lassen, wenn die Wolgarepublik nun nicht so schnell entstehe, wie alle gehofft hätten, auch die deutsche Seite. Im Gegenteil solle man die Zeit nutzen, bis das Ziel der Republik erreicht sei und Akzente jetzt dort setzen, wo es möglich sei, um den Menschen eine Perspektive zu geben. Von Studnitz betonte, für ihn habe die Wolgarepublik immer zwei Aspekte gehabt, das konkrete Territorium und das kulturelle Zentrum für die Deutschen. Er regte an, darüber nachzudenken, inwieweit und wo der Zentrumsaspekt weiter verfolgt werden könne, und fragte Groth, ob sich dieser nicht vorstellen könne, dass während der Zwischenphase z.B. eine Lehrerbildungsanstalt oder auch ein deutscher Verlag in St. Petersburg angesiedelt werden. In einer Großstadt sei eine Umsetzung solcher Zentralfunktionen zum Wohle der Menschen sehr schnell erreichbar. Dies sei keine Fehlinvestition, später seien die Einrichtungen an die Wolga verlegbar. Von Studnitz appellierte an Groth, den Deutschen keine Panik zu vermitteln.

Groth zeigte sich erstaunt über den Ansatz und räumte ein, in diese Richtung sei bislang nicht gedacht worden. Er könne sich sogar vorstellen, dass solche zentralen Institutionen schon in Saratov oder Volgograd angesiedelt werden. Ein Ausbildung dort biete den Vorteil, dass das "nationale Bewusstsein" des Personenkreises gestärkt werde und bei der Wiederherstellung der Republik eine Verlegung der Institutionen nicht mehr erforderlich sei. Im Auswärtigen Amt bestand nach dem Gespräch der Eindruck, dass auch Groth eine Perspektive vermittelt werden konnte¹⁷¹³.

Am 27. Dezember 1991 veröffentlichten Waffenschmidt und Groth eine gemeinsame Erklärung, in der der russische Präsident aufgefordert wurde, den Aufbau der Wolgarepublik in den traditionellen Siedlungsgebieten beschleunigt voranzubringen und das Dekret zu erlassen, das er während seines Staatsbesuches in Deutschland zugesagt hatte. Bundesregierung und Groth waren sich einig, dass die im Protokoll vorgesehene deutsch-russische Regierungskommission ihre Arbeit bald beginnen solle. Groths Wunsch nach

¹⁷¹³ vgl. Vermerk 213-321.39 vom 23.12.91

umgehender Aufnahme der auf der Sitzung des "Rates für die Rehabilitierung" ins Auge gefassten drei Millionen Aussiedler musste allerdings unerfüllt bleiben. Waffenschmidt versicherte Groth zwar, das Tor für die Deutschen aus der bisherigen UdSSR bleibe weiter geöffnet. Das Aufnahmeverfahren mit Antragsstellung aus dem aktuellen Wohnort, wo die Erteilung eines Aufnahmebescheides abzuwarten sei, müsse jedoch eingehalten werden. Dies liege im Interesse aller Beteiligten und vermeide unzumutbare Belastungen¹⁷¹⁴.

Die weiteren Entwicklungen sind bekannt. Mit Russland kam es erst Mitte 1992 zu der angestrebten vertraglichen Vereinbarung zu den Russlanddeutschen und im weiteren zu regelmäßigen Begegnungen, politischen Abstimmungen und Projektabsprachen im Rahmen der im Protokoll vorgesehenen deutsch-russischen Regierungskommission. Zu Beginn des Jahres 1992 wurden Gespräche mit den neuen unabhängigen Staaten über Maßnahmen zugunsten der jeweiligen deutschen Minderheiten begonnen, mit der Ukraine mit dem Ziel einer Ansiedlung vor allem in den Schwarzmeergebieten Cherson und Nikolaevsk, mit Kirgistan und Kasachstan zur Verhinderung bzw. Verlangsamung der Abwanderung aus Zentralasien. Die sich nationalitätenpolitisch zuspitzende Lage in Zentralasien, insbesondere in Tadschikistan, und die rapide verfallende politische und wirtschaftliche Stabilität in der gesamten ehemaligen UdSSR ließ die Emigration in den Jahren 1993 und 1994 auf über 200.000 Personen anschwellen. Die Übersiedlung von Deutschen in die Ukraine ließ sich nicht im nennenswerten Umfang realisieren. Vor diesem Hintergrund konnte den Anstrengungen der Bundesregierung trotz des Einsatzes erheblicher finanzieller Mittel für eine breite Palette von Projekten und wirtschaftlichen und kulturellen Hilfsmaßnahmen nur begrenzter Erfolg beschieden sein. Mit einer Änderung der Rahmenbedingungen in den Nachfolgestaaten der UdSSR ist bis auf weiteres nicht zu rechnen. Es muss daher davon ausgegangen werden, dass der wohl überwiegende Teil der Deutschen im Laufe der nächsten Jahre das Gebiet der ehemaligen UdSSR, insbesondere die zentralasiatischen Staaten, in Richtung Bundesrepublik Deutschland verlassen wird.

¹⁷¹⁴

ADN-Meldung 271249 dez 91, ba144 4 pl 246 ADN1088

VI. Resümee

1. Die Entwicklung der bilateralen Beziehungen auf dem Gebiet der Sowjetdeutschen 1955-1991

Von Aufnahme der diplomatischen Beziehungen an setzte sich die Bundesrepublik Deutschland bei der Sowjetunion intensiv für die Ausreise von Deutschen auch im Rahmen der Familienzusammenführung ein - und wuchs damit zunehmend in eine Anwaltsrolle für die Sowjetdeutschen insgesamt hinein. Die Ausreise-Thematik stand dauerhaft auf den Tagesordnungen bilateraler Begegnungen auf politischer oder Arbeitsebene.

Die sachliche Legitimation und Motivation der deutschen Außenpolitik ergab sich zunächst aus den historischen Bindungen Deutschlands zu den Deutschen in aller Welt, die aus ihrer Heimat ausgewandert sind. Die Bundesregierung trat und tritt daher für die Verbesserung der Lage aller Deutschen ein, wo immer sie leben. Bundeskanzler Kohl prägte in seiner Regierungserklärung vom 18. März 1987 dafür den Begriff "Obhutspflicht". Gleichzeitig fühlte sich die Bundesregierung aus historisch-moralischen Gründen gegenüber den Sowjetdeutschen besonders in der Pflicht: Sie erlitten infolge des deutschen Angriffs auf die UdSSR ein unverschuldetes und außerordentlich hartes Kriegsfolgeschicksal, das ihre Existenz und ihr Selbstverständnis tief prägte. Als Folge des Krieges herrschte auf die deutsche Volksgruppe ein bestimmter "Vertreibungsdruck", der viele zur Ausreise nötigte, die ansonsten in der Heimat verblieben wären. Die Bundesregierung sah und sieht sich daher zu einem Engagement und, anders als im Falle von Deutschen, die in Länder außerhalb des ehemaligen Ostblocks auswanderten, z.B. nach Südamerika, auch zu deren Aufnahme in der Bundesrepublik verpflichtet. In diesem Sinne existiert in der Bundesrepublik mit Art. 116 GG in Verbindung mit einer Reihe von Gesetzen und Programmen der Bundesregierung zur konkreten Regelung der Aufnahme und sozialen Sicherung noch immer eine rechtliche Grundlage für die Aufnahme von Aussiedlern u.a. aus der ehemaligen Sowjetunion.

Darüber hinaus gaben die Entwicklungen im multilateralen Raum, so der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 sowie das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 7. März 1966 und die KSZE-Schlussakte von Helsinki sowie spätere Dokumente in diesem Rahmen, der Bundesregierung weitere Legitimation, sich für die Sowjetdeutschen einzusetzen. Die Bundesregierung ist danach der Wahrung allgemeiner, international verbriefteter humanitärer Standards und der Forderung nach Verwirklichung von individuellen Menschenrechten sogar verpflichtet.

Aus völkerrechtlichen Gründen hatte die Bundesregierung sich für nicht umgesiedelte sowjetische Staatsbürger deutscher Nationalität, die von der Repatriierungsvereinbarung von 1958 nicht erfasst wurden, zunächst nur indirekt und über die multilaterale Schiene einsetzen können, indem sie auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die gesamte deutsche Minderheit in der UdSSR drang. Bilateral war dies erst ab 1983 möglich, nachdem im Rahmen des KSZE-Nachfolgetreffens in Madrid entsprechende Fortschritte erzielt worden waren. Die UdSSR legte den Begriff der Familienzusammenführung aber stets so weit aus, dass auch nach der Repatriierungserklärung Nicht-Berechtigte in den Genuss der Ausreise gelangten.

Die Repatriierungsvereinbarung von 1958 muss aus deutscher Sicht als erfolgreich beurteilt werden: Die Übersiedler in die Bundesrepublik rekrutierten sich bis 1964, wie vereinbart, im wesentlichen aus der Gruppe der Reichs- und Memeldeutschen sowie der Vertragsumsiedler. Auch wenn bis weit in die Gorbatschow-Zeit hinein noch Angehörige dieser Kategorien in die Bundesrepublik gelangten, so ist doch festzustellen, dass der von der Vereinbarung begünstigte Personenkreis die UdSSR in einem vertretbaren Zeitrahmen überwiegend verlassen konnte. Danach stiegen insbesondere die Ausreisezahlen der Administrativumsiedler, die ab den 60er Jahren quantitativ die deutsche Emigration bestimmten. Auch wenn es sich bei diesem Personenkreis lediglich um Ausreisen im Rahmen der Familienzusammenführung handelte, war die UdSSR doch der deutschen Interpretation der Repatriierungsvereinbarung weit entgegengekommen. Ab 1971 durften im Rahmen der Familienzusammenführung dann auch im größeren Umfang nicht umgesiedelte Sowjetdeutsche die UdSSR verlassen. Nach 1987 stieg deren Anteil rasch auf die gleiche Höhe wie der der Administrativumsiedler, um in den Folgejahren bestimmend zu werden.

1987 setzte in Bonn unter dem Eindruck steigender Aussiedlerzahlen ein Umdenken ein, die Politik der bilateralen Interventionen zugunsten einer Steigerung der Ausreisen wurde beendet und die Verbesserung der Lebensverhältnisse für Sowjetdeutsche in der UdSSR sowie die Ausweitung der Besuchsreisen zur neuen politischen Aufgabe. Erste diesbezügliche offizielle Stellungnahmen aus den Reihen der Bundesregierung gab es im Vorfeld des UdSSR-Besuches des Bundespräsidenten. Während dieses Besuches ließ Genscher gegenüber seinem Amtskollegen Ševardnadze erstmalig das Thema der Wiederherstellung der deutschen autonomen Gebiete anklingen, Mitte Juni 1989 ging Bundeskanzler Kohl in einer Regierungserklärung zum Besuch Gorbatschows in der Bundesrepublik öffentlich darauf ein. Nur einen Monat später gab Bonn die bislang geübte diplomatische Zurückhaltung auf, und Staatssekretär Waffenschmidt setzte sich bei seinem UdSSR-Besuch gegenüber seinen

Gesprächspartnern massiv für die Wiederherstellung der Wolgarepublik ein. Diese Thematik stand fortan auf der bilateralen Tagesordnung.

Angesichts der fortbestehenden sowjetischen Empfindlichkeiten gegen ein Tätigwerden der Bundesregierung in der Sowjetunion, aber auch auf explizite Bitten bzw. Warnungen der Sowjetdeutschen selbst, musste sich die Bundesregierung bei ihrem Engagement für die deutsche Minderheit noch lange Zurückhaltung auferlegen. Die Jahre zwischen 1988 und 1990 waren von dem Versuch der Bundesregierung bestimmt, für den Beginn systematischer Hilfsmaßnahmen eine schriftliche Genehmigung der sowjetischen Führung zu erlangen bzw., als diese ausblieb, von der vorsichtigen Auslotung des Terrains durch einzelne Maßnahmen geringeren Umfangs. Erste kleinere Projekte zur Unterstützung der Sowjetdeutschen konnte die Bundesrepublik Ende 1988 mit dem Besuch von Bundeskanzler Kohl in Moskau beginnen, eine systematischere Hilfe aus Mitteln des Kulturfonds des Auswärtigen Amts wurde jedoch erst ab 1989 möglich, sogenannte gemeinschaftsfördernde Maßnahmen aus Mitteln des BMI ab Mitte 1989, Projekte des BMI zur wirtschaftlichen Unterstützung erst ab 1991. Ab September 1991 begannen mit Russland bilaterale Verhandlungen zur Wolgarepublik, die diese Bezeichnung verdienten und die letztlich, ein Jahr später, in einen bilateralen Vertrag mündeten. Die UdSSR war dazu nicht in der Lage gewesen.

Die Bundesregierung hatte konkrete Gegenleistungen für die Ausreise der Deutschen nie in Aussicht gestellt, aber auch das in verschiedenen deutschen Erklärungen bis 1987 angedeutete Junktim von besseren bilateralen Beziehungen und der Rückkehr zu höheren Ausreisezahlen in keiner Weise zu konkretisieren versucht. Bis auf die Verbindung der Repatriierungsvereinbarung mit dem Handels- und Konsularabkommen 1958 beließ sie es in der Folgezeit bei Appellen.

Die UdSSR ihrerseits hatte Gegenleistungen auch nie verlangt und das Gespräch zur Familienzusammenführung und später zu konkreten Maßnahmen zugunsten der Sowjetdeutschen trotz einzelner Proteste im Grundsatz nie verweigert und das deutsche Eintreten für diese sowjetischen Staatsangehörigen akzeptiert. Dass ihr dieses Entgegenkommen und der Verzicht darauf, den deutschen Wünschen ein klares *net* entgegenzusetzen, in keiner Weise leicht fiel und sie zu dem Zugeständnis unausgesprochen nur im Kontext der gesamten, für sie vorteilhaften deutsch-sowjetischen Beziehungen Bereitschaft zeigte, wird an ihrer geheimen Avance gegenüber der DDR 1989 und der parallelen dilatorischen Behandlung des bundesdeutschen Hilfspakets deutlich.

2. Die Bedeutung des multilateralen Bereichs für die Entwicklung der bilateralen Beziehungen auf dem Gebiet der Sowjetdeutschen

Die Bundesregierung machte sich hinsichtlich der Möglichkeiten, über den multilateralen Bereich Verbesserungen für die Sowjetdeutschen zu erreichen, zwar keine Illusionen und blieb sich trotz ihres international beispiellosen Engagements, die Thematik der Familienzusammenführung und des Minderheitenschutzes auf die Tagesordnung von multilateralen Sitzungen zu bringen und internationale Aufmerksamkeit auf die Problematik zu lenken, immer bewusst, dass dieser Ansatz lediglich geeignet war, bilaterale Bemühungen zur Lösung des Problems zu unterstützen. Dennoch kann festgestellt werden, dass gerade mit der Festschreibung von menschenrechtlichen Mindeststandards und Regelungen zur Familienzusammenführung in KSZE-Dokumenten die einzig konkrete und letztlich von sowjetischer Seite akzeptierte Berufungsgrundlage für die Ausreise von Deutschen und für die Verbesserung von deren Lebensbedingungen in der UdSSR geschaffen werden konnte. Den Durchbruch in der Ausreisefrage brachten die ersten Jahre der *Perestrojka*. Anzeichen dafür, dass die Sowjetunion ihre Position im humanitären Bereich und insbesondere hinsichtlich der Familienzusammenführung mit Blick auf die eingegangenen internationalen Verpflichtungen überdachte, ergaben sich aus der Rede von Generalsekretär Gorbachev auf dem XXVII. Parteitag im Februar 1986. Den tatsächlichen Kurswechsel gab Außenminister Ševardnadze im September 1986 vor den Vereinten Nationen bekannt, 1 1/2 Jahre nach der Wahl Gorbachevs zur neuen Nr. 1 der UdSSR.

Es war der KSZE-Hintergrund, von dem der entscheidende Impuls für den Wandel in der UdSSR bezüglich der Menschenrechte und insbesondere zur Überwindung der deutsch-sowjetischen Differenzen hinsichtlich der Sowjetdeutschen ausging: Auf dem Berner Treffen zu menschlichen Kontakten im Frühjahr 1986 konnte erstmals ein deutsch-sowjetischer Dialog zu der Thematik stattfinden, der diese Bezeichnung verdiente. Von dieser Begegnung führt der Weg über die Konsultationen der politischen Direktoren beider Außenministerien im Oktober 1986 zur Einrichtung einer ständigen deutsch-sowjetischen "Humanitären Arbeitsgruppe" im Januar 1988, die bis zum Ende der UdSSR insgesamt sechsmal tagte. Im Zuge der sowjetischen Implementierung der seit 1975 multilateral übernommenen Verpflichtungen kamen den Sowjetdeutschen bereits 1987 erste Ergebnisse voll zugute, während bilaterale deutsche Bemühungen, konkrete Hilfe zu leisten, noch über Jahre von der UdSSR hinhaltend behandelt wurden.

3. Der Umgang der UdSSR mit der Frage der Sowjetdeutschen

Die Nationalitätenpolitik der UdSSR gegenüber den Sowjetdeutschen zielte bis in die *Perestrojka* hinein im Ansatz auf Assimilation aller Völker der UdSSR und ließ einer nationalen Minderheit wie den Deutschen zur Bewahrung und Förderung ihrer Identität und kulturellen Eigenständigkeit sowie ihrer Sprache keinen Raum. Die durch die Deportation verstreut und nunmehr vor allem in russischer Umgebung lebenden Deutschen waren seit 1938 bzw. 1941 ohne eigene Schulen, kulturelle und administrative muttersprachliche Einrichtungen und deshalb der Russifizierungspolitik besonders schutzlos ausgeliefert. Der ideologische Ansatz der sowjetischen Nationalitätenpolitik ließ die Deutschen unaufhaltsam in den totalen Kulturverlust driften. Diese Tendenz wurde dadurch verstärkt, dass die massive Diskriminierung Deutscher in der UdSSR angesichts der unzureichenden Rehabilitierungsbemühungen des sowjetischen Staates seit 1955 fortbestand, so dass Deutsche bis in die *Perestrojka*-Zeit hinein in beträchtlichem Umfang aus Selbstschutz ihre Muttersprache und letztlich ihre Nationalität gegen die russische tauschten. Auch wenn der nationalitätentheoretische Ansatz vom Sowjetvolk und der letztlichen Verschmelzung der Nationen nach 1987 zugunsten einer praxisorientierten Politik aufgegeben wurde, die Russifizierung der Deutschen wurde bis zum Ende der UdSSR unverändert fortgesetzt. Insoweit fand ein Wandel nicht statt. Die Deutschen konnten sich der vollständigen Assimilation nur durch Ausreise entziehen.

Die Genehmigung der monatlichen und jährlichen Anzahl von Ausreisen von Sowjetdeutschen orientierte die UdSSR bis 1987 im wesentlichen an internationalen Klimaschwankungen und multilateralen Konferenzen unter ihrer Beteiligung, die auch humanitäre Fragen behandelten, aber auch an rein bilateralen Daten, zu denen sie jenseits der Landesgrenzen im wohlverstandenen Eigeninteresse Wohlverhalten oder Härte demonstrieren wollte. Gleichzeitig diente das Ausreiseventil innenpolitisch als Instrument zur Flankierung der sowjetischen Nationalitätenpolitik gegenüber der deutschen Minderheit. Die UdSSR steuerte die Ausreisezahl in diesem Sinne willkürlich, die Aussiedler waren zu Betroffenen und Abhängigen des internationalen Klimas und der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit, zu Politik-Objekten einer Seite geworden. Dieses "Spiel" änderte sich erst, als die UdSSR die von ihr eingegangenen KSZE-Verpflichtungen akzeptierte und sie zunehmend in die innerstaatliche Übung und Gesetzgebung transformierte. Ab 1987 entwickelten die Ausreisezahlen sich dann sprunghaft nach oben - wenn man so will, noch immer in alter Tradition willkürlich von der sowjetischen Politik beeinflusst, nun allerdings ohne Schwankungen, sondern als Ausdruck zunehmend vertrauensvoller und konstruktiver Beziehungen. Allerdings darf dabei nicht vergessen werden: Hintergrund für die Konzilianz

war nicht die Fürsorge des sowjetischen Staates für eine seiner zahlenmäßig bedeutendsten Minderheiten, sondern vielmehr das Bemühen der UdSSR, dem mehr als einem Jahrzehnt anhaltenden internationalen Drängen nachzugeben, den KSZE-Bestimmungen nachzukommen. Inwieweit damit auch bezweckt war, nationalitätenpolitischen Druck abzulassen, ist derzeit noch offen. An der tatsächlichen Lage der Deutschen in der UdSSR, an ihren konkreten Lebensbedingungen, änderte sich nichts. Damit gab es zur Ausreise keine Alternative.

Wenn auch mangels Zugang zu Dokumenten des ZK der KPdSU aus der Zeit nach 1985 noch eine Vielzahl von Fragen offen ist, die Dokumentensammlung von Auman liefert schon jetzt den Beweis dafür, dass die innersowjetische Behandlung der Sowjetdeutschen, d.h. die "erzieherische" Arbeit und die kulturellen Minimal-Zugeständnisse, ganz wesentlich mit Blick auf die bilateralen deutsch-sowjetischen Beziehungen erfolgten und nicht dazu dienten, die Kluft zwischen geltender sowjetischer Verfassungslage und der tatsächlichen Praxis zu überbrücken. Indizien weisen darauf hin, dass die sowjetische Führung auch ihre innenpolitischen Schritte zur Rehabilitierung der Deutschen bis in die Gorbačev-Zeit gezielt mit Bezug auf die bilateralen Beziehungen zur Bundesrepublik unternahm. Der Sowjetunion war es damit nicht gelungen, ihre Politik gegenüber den Sowjetdeutschen von bilateralen Erwägungen sowie von der Ausreisefrage zu trennen und ohne Abgrenzung von der Bundesrepublik zu handeln, d.h. ohne innen- oder außenpolitische Maßnahmen zur Eindämmung bundesdeutschen Einflusses. Insofern war die Handlungsfreiheit der UdSSR auf diesem Sektor von vornherein beschnitten und musste hinter andere bilaterale Prioritäten zurücktreten. Umgekehrt kann es unter diesen Umständen und schon aus Gründen der politischen Psychologie und Hygiene nicht verwundern, dass die UdSSR sich zur Problematik der Sowjetdeutschen um besonders scharfe Abgrenzung und um Abwehr vermeintlicher Einmischungsversuche in innere Angelegenheiten bemühte.

Aus den geschilderten grenzüberschreitenden Zusammenhängen wird verständlich, dass auf dem Hintergrund der Existenz eines mit den Sowjetdeutschen historisch-ethnisch verbundenen Staates die Lage der deutschen Minderheit und die davon nicht zu trennende Ausreisefrage für die sowjetische Seite zu jedem Zeitpunkt ein hochpolitisches Thema darstellen mussten. Verständlich wird diese Gewichtung um so mehr, zieht man die innen- und außenpolitischen Konsequenzen in Betracht, die sich aus den Gesprächen und Verhandlungen beider Staaten zu den Deutschen ergaben: Entwicklungen in den Bereichen der ideologischen Programmatik und der konkreten Nationalitätenpolitik, der Emanzipations- und Ausreisebewegung der Deutschen sowie deren Rehabilitierung waren von Anfang an bzw. wurden zunehmend der alleinigen innersowjetischen Kontrolle entzogen und zum

internationalen Gesprächsgegenstand mit unmittelbaren Rückwirkungen auf die eigene Innen- und Nationalitätenpolitik sowie auf die allgemeinen deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Der hohe Grad der Politisierung der Sowjetdeutschen-Problematik und die ideologisch motivierte Haltung der Führung in Partei und Staat, das Nationalitätenproblem sei im Grundsatz gelöst und die Nationen auf dem Weg ihrer gegenseitigen Annäherung, verstellte der UdSSR den Blick für die Notwendigkeit flächendeckender praktischer Maßnahmen, die zur Versöhnung der deutschen Minderheit mit ihrem Staat geführt hätten. Die wenigen Projekte, die zugunsten der Deutschen realisiert wurden - zusätzliche Medien, ein deutschsprachiges Theater in Kasachstan oder die Herausgabe des literarischen Almanachs "Heimatliche Weiten" - waren (und sind) als Maßnahmen zur Integration der Sowjetdeutschen völlig unzureichend und chancenlos. Solchen "Zugeständnissen" auf kulturellem Gebiet, die primär durch die Notwendigkeit politischer Erziehung gegen die Verlockungen des deutschen Kapitalismus motiviert waren, konnte schon deshalb kein Erfolg zur Verankerung der Deutschen beschieden sein. Diese rein restriktive, auf Abwehr geeichte Nationalitätenpolitik führte im Gegenteil dazu, dass sich erst recht ein gewaltiges Unzufriedenheitspotential und damit ein hoher Ausreisepressure anstaute, der sich mangels irgendeiner Alternative nach Öffnung des Ausreise-Ventils bis heute über Deutschland entlädt. Der bürokratisch-administrative Ansatz und die schleppende Umsetzung der angeordneten Maßnahmen vor Ort durch Funktionäre nicht-deutscher Nationalität trugen ihren Teil zum Scheitern der auf die Deutschen bezogenen Nationalitätenpolitik bei. Die tatsächliche Wertschätzung der Sowjetdeutschen für die ihnen von ihrem Staat entgegengebrachte "Fürsorge" zeigte sich schon vor der Gorbačev-Zeit in der beim DRK registrierten hohen Anzahl von Ausreisewilligen, danach in der massenhaften sowjetdeutschen "Abstimmung mit den Füßen". Die Ironie der Entwicklung liegt darin, dass gerade die deutsche Minderheit, die die sowjetische Führung mit Recht am ehesten als "russifiziert" und deren nationale Frage tatsächlich als "gelöst" betrachten musste, in der Breite der Bevölkerung am stärksten mobilisiert war - mit dem einzigen Unterschied, dass sich ihr nationales Selbstbewusstsein nicht in Protesten entlud, sondern in die Entscheidung zur Emigration.

So paradox es scheint, die sowjetische Führung war sich der Defizite ihrer Politik gegenüber den Sowjetdeutschen dennoch zu jedem Zeitpunkt bewusst, dafür sprechen die periodischen Zugeständnisse in Form der Wiederherstellung einiger Rechte, die von Auman veröffentlichten Protokolle aus dem ZK-Bereich sowie die Versuche, 1979 und 1986 zu einer Autonomie zurückzufinden. Sie war jedoch nicht bereit bzw. in der Lage, die Defizite als

solche zu erkennen oder zu akzeptieren: Denn sie betrachtete ihr steuerndes Eingreifen nicht als nationalitätenpolitisch gebotenes Zugeständnis an die Deutschen, sondern mit Blick auf die Bundesrepublik als Maßnahme, die Ausreisebewegung einzudämmen bzw. bilaterale Zeichen zu setzen. Erst ab 1988 war die sowjetische Führung willens, die angestauten Probleme offen einzuräumen und neue Wege zu deren Bewältigung einzuschlagen. Die nationalitätenpolitischen Weichenstellungen kamen jedoch zu spät, und die angedachten Maßnahmen waren nicht weitgehend genug, um den Deutschen ein Verbleiben in der UdSSR attraktiv zu machen.

In anderer Form blieb der ideologische Ansatz der Nationalitätenpolitik jedoch auch am Ende der 80er Jahre und bis zur Auflösung der UdSSR erhalten und verzögerte bzw. verhinderte konstruktive Arbeit zugunsten der sowjetdeutschen Bevölkerung und eine Weichenstellung zugunsten eines Verbleibs in der angestammten Heimat. So gab die UdSSR dem bundesdeutschen Drängen auf den Beginn eines Hilfsprogramms erst nach, als sich die Hoffnungen auf Maßnahmen aus der DDR endgültig zerschlagen hatten. Konstruktive Absprachen über unilaterale deutsche Hilfen wurden bis dahin dilatorisch behandelt. Bis die ersten Hilfsmaßnahmen, an denen sich die UdSSR aber nicht beteiligte, anliefen, die eine Signalwirkung mit dem Ziel einer Begrenzung der Ausreiseflut hätten entfalten können, existierte die UdSSR bereits nicht mehr und hatten so viele Sowjetdeutsche das Land verlassen, dass schon aus rein statistisch-demographischen Gründen die Wiederherstellung der Wolgarepublik unmöglich geworden war. Die erhoffte Eindämmung der Emigrationswelle durch gezielte kulturelle und später auch wirtschaftliche Maßnahmen der Bundesrepublik war nicht mehr zu erreichen.

Ebenso konnte sich die sowjetische Führung weder zu einer staatlichen Anerkennung der "Wiedergeburt" als Vertretung der Deutschen durchringen, obwohl die Organisation 1991 120.000 Mitglieder in 250 Ortsvereinen¹⁷¹⁵ aufwies, die an der Basis in eine effektive Arbeit gegen eine weitere Entwurzelung der Deutschen hätten einbezogen werden können, noch zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit ihrer zuletzt quasi aus allgemeinen, tendenziell demokratischen Wahlen (die sogar regierungsseitig initiiert und organisiert waren) hervorgegangenen Leitung. Eine formelle Registrierung der "Wiedergeburt" war nicht möglich, dagegen aber des parteinahen, aber basisfernen "Verbands der Deutschen der UdSSR" innerhalb von wenigen Stunden nach dessen Gründung. Partei und Staat ist zwar zugute zu halten, dass die "Wiedergeburt" und insbesondere Heinrich Groth keine einfachen Partner waren. Ihre Ausgrenzung führte jedoch zu einer unnötigen Radikalisierung der

¹⁷¹⁵ *Nemeckaja Gazeta*, 21.12.91, S. 2

Bewegung und trug dazu bei, dass nur unproduktive Auseinandersetzungen geführt wurden, statt praktische Arbeit zu leisten. Die Deutschen, die dringend effektiver Maßnahmen zum Erhalt bzw. zur Wiederbelebung der nationalen Kultur und Sprache bedurften, blieben bei der ideologisch-politischen Auseinandersetzung "auf der Strecke" - und wählten konsequenterweise den Weg nach Deutschland.

4. Weitere Problemfelder, die zum Scheitern der auf die Sowjetdeutschen bezogenen Nationalitätenpolitik beitrugen

4.1 Verschlechterung der Rahmenbedingungen

Im Zuge von *Glasnost* und *Perestrojka* erhielt die Nationalitätenproblematik in der Sowjetunion eine neue Qualität. Der latent bei allen Völkern der UdSSR vorhandene Nationalismus konnte aus unterschiedlichen Gründen zum Ausbruch gelangen - Probleme in Wirtschaft, Umwelt, soziale Missstände, drohender Verlust kultureller Selbständigkeit. Die Unruhen in Kasachstan im Dezember 1986 stellten ein erstes Warnsignal dar. Im Juli 1987 demonstrierten Krimtataren auf dem Roten Platz in Moskau. Nach weiteren umfangreichen, aber friedlichen Demonstrationen der Krimtataren Mitte Januar 1988 lauteten die Schlagzeilen der ersten Hälfte des Jahres 1988 bereits Truppenentsendung in den Kaukasus, Massenkundgebungen im Baltikum, Repression demonstrierender Krimtataren in Taškent. Die Bedingungen für die Wiederherstellung der Wolgarepublik bzw. einer Staatlichkeit der Sowjetdeutschen, zu der sich die sowjetische Führung anfangs bekannte, verschlechterten sich ab 1989 objektiv und rapide durch die nationalitätenpolitischen Brände an allen Ecken des zerfallenden Sowjetimperiums sowie durch wachsende Befürchtungen der russischen Bevölkerung vor einer Beeinträchtigung ihrer Rechte - im Baltikum wie an der Wolga oder in Zentralasien. Das Problem der Deutschen stellte zwar nur eines von vielen dar, es ist jedoch unverkennbar, dass mit zunehmenden Schwierigkeiten, die deutschen Anliegen umzusetzen, aber auch im Hinblick auf die explodierenden Nationalitätenkonflikte im Lande, aus der Sicht des Zentrums der politische Stellenwert der Deutschen stark sank. Angesichts des Widerstandes an der Wolga dürfen darüber hinaus auch dem ZK nicht unberechtigte Befürchtungen unterstellt werden, mit der Wiederherstellung der Wolgarepublik schaffe man sich einen weiteren Konfliktherd, der außer Kontrolle geraten könne.

Gleichzeitig rückten auch profanere Realitäten das Anliegen der Deutschen in weite Ferne: Die absehbare katastrophale Wirtschafts- und Finanzentwicklung machte die für eine Übersiedlung der Deutschen erforderlichen enormen Investitionen im Wolgagebiet unmög-

lich. Auf dem Hintergrund der allgemeine Finanzmisere und der zu erwartenden drastischen Inflation konnten in dem sich zuspitzenden Kampf um die Verteilung kaum noch verfügbarer Ressourcen seitens der sowjetischen, später aber auch der russischen Führung in die Gründung einer Staatlichkeit der Deutschen keinerlei relevante Beträge mehr eingebracht werden.

Neben dem Zerfall des eigenen Landes engten auch außenpolitische Faktoren, der Prozess der deutschen Vereinigung und die Erosion des sozialistischen Lagers den Handlungsspielraum der sowjetischen Führung für Zugeständnisse an die Sowjetdeutschen ein, die gleichzeitig als Zugeständnisse an die kapitalistische Bundesrepublik und den wiedererstarkten einstigen Kriegsgegner interpretiert werden mussten.

4.2 Führungsschwäche des Zentrums

Nicht nur Groth-Stellvertreter Diesendorf fiel es auf, dass "das ZK der KPdSU es kein einziges Mal für notwendig erachtet hat, die ... örtlichen Parteiapparatschiks öffentlich zurechtzuweisen."¹⁷¹⁶ Die merkwürdige Passivität Moskaus gegenüber den unbotmäßigen Kadern an der Wolga, die zum offenen und öffentlichen Widerstand gegen die geltende Beschlusslage des Obersten Sowjets und zumindest gegen die anfängliche Haltung des ZK übergangen und in diesem Sinne die Bevölkerung gegen das Zentrum aufhetzten, so dass sogar das KGB in der Öffentlichkeit Anklage erhob, lässt Fragen nach der Rolle des ZK und der Partei unbeantwortet. Ganz offenbar existierte in diesem Stadium der Auflösung der UdSSR und in dieser Frage bereits keine einheitliche Haltung und Politik von Partei und Staat mehr, selbst nicht einmal mehr eine einheitliche "Linie" der Partei oder auch nur des ZK.

Zum Teil dürfte die Moskauer Passivität auch bereits "systembedingt" gewesen sein: Die sowjetische Führung hatte sich im Zuge der *Perestrojka* des diktatorisch-zentralistischen Instrumentariums weitgehend begeben und in gleichem Maße die eigene Handlungs- und vor allem die Durchsetzungsfähigkeit eingebüßt. Moskau war nicht mehr das Entscheidungszentrum, die Umsetzung von Weisungen war ohne Überzeugungsarbeit und Zustimmung der Basis zu den beabsichtigten Maßnahmen nicht mehr denkbar. Die Sowjetunion hatte sich unübersehbar auf den Weg in eine Demokratie begeben - bzw. in eine Anarchie, wie Rauschenbach es sicher nicht zu Unrecht sah¹⁷¹⁷.

¹⁷¹⁶ *Neues Leben*, 24.4.91, S. 2

¹⁷¹⁷ *Izvestija*, 14.11.90

Es ist nicht auszuschließen, dass das ZK, das *Glasnost'* und *Perestrojka*, wie der Putsch zeigte, gewiss nicht uneingeschränkt positiv gegenüberstand, in einer Art Solidaritätsaktion für die Parteigenossen an der Wolga zumindest Verständnis dafür aufbrachte, dass die Parteiführung des von der potentiellen Wiederherstellung der Wolgarepublik am meisten betroffenen Saratover Gebiets die Aufdeckung von Misswirtschaft und Korruption und den damit verbundenen Verlust ihrer Macht befürchtete, und daher Disziplinierungsmaßnahmen unterließ. Dagegen drängt sich der Verdacht auf, das ZK habe sich der Beihilfe im Kampf gegen die Wolgarepublik schuldig gemacht, als es ausgerechnet die Ausarbeitung konkreter Programme und Maßnahmen zugunsten der Sowjetdeutschen Ende Januar 1990 in die Hände einer Kommission unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates, Vladimir Gusev, legte. Für zukünftige Untersuchungen bleibt die Fragestellung, ob und inwieweit es vielleicht sogar ein geheimes Einvernehmen der Parteistellen in Moskau und Saratov gab, eine deutsche Autonomie zu verhindern. Die Berufung des Saratover Autonomiegegners Gusev legt diese Vermutung immerhin nahe. Aus dem Mandat seiner Kommission war nicht nur die die Deutschen am meisten beschäftigende Frage der autonomen Wolgarepublik ausgeklammert und durch den Auftrag zu Vorbereitungen für eine Ansiedlung in den früheren Siedlungsgebieten an der Wolga ohne Zugeständnisse bei der Selbstverwaltung ersetzt worden, sondern mit Gusev, dem ehemaligen Ersten Sekretär der Stadt Engel's und des Gebiets Saratov, den Zentren des antideutschen Widerstandes, stand die Arbeit der Kommission von vornherein unter einem schlechten Stern. Gusev erwies sich im weiteren als der Bremser bei Zugeständnissen an die Deutschen. Die Absicht Gorbatschovs, auf Bitten der Deutschen des Organisationskomitees nach 1 1/2 Jahren weitgehend fruchtloser Kommissionsarbeit unter Vorsitz von Gusev die Aufgabe an ein Regierungsorgan beim Ministerkabinett weiterzugeben, scheiterte am Widerstand des konservativen Apparates, insbesondere an ZK-Mitglied Pavlov. Das Abschieben der deutschen Frage in eine drittrangige Kommission beim Staatskomitee für Nationalitätenfragen wurde nur durch das Ende der UdSSR vereitelt.

Zum Verfall der einstigen Macht gesellten sich Unwissenheit als Folge der jahrzehntelangen sowjetischen Tabuisierungspolitik, Unprofessionalität, Fehler und Versäumnisse der Partei-Akteure in der Anfangsphase: Mit altem Denken und Handeln waren die Probleme und Interessenkonflikte nicht mehr zu lösen, es hätte wirklicher Vermittlungsanstrengungen des ZK bzw. des Obersten Sowjets zwischen den Deutschen und den Vertretern der Wolgabevölkerung und ernsthafte Verhandlungen bedurft.

Es fällt auf, dass führende Persönlichkeiten des Sowjetstaates von Mikojan über Voss, Gorbačev, Luk'janov und Janaev zu El'cin, die mit Vertretern der deutschen Minderheit zusammentrafen oder sich zur Thematik einließen, nach den von ihnen vorliegenden oder überlieferten Äußerungen in Klischees dachten, schlecht informiert oder präpariert waren, ausweichend oder allgemein reagierten. Ihnen fehlte offensichtlich jegliche Konzeption für eine Politik zugunsten der Deutschen. Richtungsweisende Initiativen waren von ihnen nicht zu erwarten.

Als Beispiel sei an das Treffen Gorbačevs mit Bundeskanzler Kohl Anfang Juli 1991 erinnert, als dieser hinsichtlich der Gründung des von ihm angeordneten Komitees von seinem Apparat längst hintergangen wurde, er aber offenbar auch nicht über den genauen Stand der Umsetzung seiner Anweisungen im Bilde war, obwohl bei dem bilateralen Treffen selbstverständlich mit dieser Thematik zu rechnen war.

Darüber hinaus ist auf den hartnäckigen Glauben zu verweisen, an der Wolga gebe es für die Deutschen keinen Platz. Diesem abwegigen Standardargument, das bereits 1965 von der zweiten Delegation gegenüber Mikojan widerlegt worden war, hielt der Volksdeputierte A.I. Vorob'ev Anfang 1990 (nochmals) entgegen: "Der Boden an der Wolga reicht für alle. Jedoch gibt es Dinge, die die Regierung unverzüglich tun muss, wenn sie nicht mit Stalin die Verantwortung für das Verbrechen an den Sowjetdeutschen teilen will."¹⁷¹⁸

Gorbačev und auch El'cin vermieden es, auf den Konferenzen der "Wiedergeburt" oder den Kongressen demonstrativ zu erscheinen und sich zur sowjetdeutschen Minderheit zu bekennen. Ähnliches gilt auch für die Nichteinladung Groths als Vertreter der sowjetdeutschen Mehrheit zu verschiedenen Treffen mit der Führungsspitze. Bei allem Verständnis auch in der Bundesregierung für die Verärgerung über radikale Äußerungen und Positionen aus den Reihen der Deutschen: Ein klares Bekenntnis zu den eigenen Bürgern hätte - wie es auch das Organisationskomitee sich vorstellte - Zeichen der Hoffnung setzen können. Die anti-deutsche Kampagne an der Wolga wurde auch durch den schwachen Auftritt Gorbačevs in Nižnij Tagil und sein Eintreten für eine Ansiedlung bei Ul'janovsk sowie durch seine auf die Deutschen bezogene allgemeine nationalitätenpolitische Konzeptionslosigkeit und Distanzierung genährt. El'cin hielt es damit nicht besser, im Gegenteil: Im Januar 1992 heizte er den Konflikt noch weiter an.

Die zentralen sowjetischen Instanzen, sieht man von der Gesetzgebung ab, ergriffen keine nennenswerten eigenen Maßnahmen zugunsten des Kulturerhalts der Sowjetdeutschen und beteiligten sich auch nicht an bundesdeutschen. Aus Bonner, aber auch aus sowjetdeutscher

¹⁷¹⁸

Ogonek, Nr. 14, März 1990: zitiert nach: *Freundschaft*, 19.4.90, S. 3

Perspektive blieb die sowjetische Politik undurchsichtig und planlos, war das Vorgehen eher dilatorischer Natur. Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist, dass nach fast 1 1/2 Jahren Arbeit der personell hochkarätig besetzten Gusev-Kommission noch immer keine Planungsdaten darüber vorhanden waren, wie viele Deutschen unter welchen Umständen an Wolga umsiedeln würden. Das Treffen des Organisationskomitees bei Gorbačev kam zu spät, Impulse konnten davon nicht mehr ausgehen. In der Führung fehlten nationalitätenpolitisches *know how* und Zielvorstellungen, personelle Kapazitäten und finanzielle Ressourcen und schlicht der Handlungszwang anderer Konflikte, den Widerstand des Apparates zu überwinden und Entscheidungen zu treffen.

4.3 Mangel an *Glasnost'*

Für die Sowjetdeutschen muss es sich wie eine bittere Ironie der Geschichte ausnehmen, dass die Regierung, die mit der Forderung nach *Glasnost'* angetreten war, das Ziel der Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit für die Sowjetdeutschen ausgerechnet mangels *Glasnost'* nicht erreichte. Schon am Tag des Rehabilitierungsbeschlusses des Obersten Sowjets prophezeite die *Freundschaft* das Scheitern der Bemühungen der sowjetischen Führung um Rehabilitierung der Deutschen aus eben diesem Grunde:

Unter den verschiedenen Gründen, die die Lösung der Frage der Wiederherstellung der Gerechtigkeit gegenüber dem deportierten Volk ... verhindern, ist dieser wohl der wichtigste: Der Mangel an Informationen über dieses Problem.¹⁷¹⁹

Nach jahrzehntelangem Schweigen der sowjetischen Medien zu den Deutschen brachten erst die Jahre ab Anfang 1988 eine Trendwende in der Berichterstattung, als Einzelheiten zum Schicksal der deutschen Minderheit bekannt wurden und in den Medien eine öffentliche Diskussion zur Lage und Rehabilitierung der Sowjetdeutschen einsetzte. Die Deutschen selbst begannen, ihre Anliegen zunächst in der sowjetdeutschen Presse vorzubringen, andere Zeitungen widmeten sich, z.T. zumindest auf Anweisung des ZK als *follow up* zu den beiden sowjetdeutschen Delegationen, der Berichterstattung zu dieser vergessenen Minderheit und gaben sowjetdeutschen Persönlichkeiten Gelegenheit, zur Thematik zu publizieren.

Auf der seit Stalin verfehlten sowjetischen Informationspolitik, d.h. dem Schweigen zu den Deutschen beruhte der Erfolg der antideutschen Propaganda von Kalašnikov und anderen Parteifunktionären von der Wolga: Die (Teil-) Rehabilitierungen der Deutschen nach dem

¹⁷¹⁹

Freundschaft, 14.11.89, S. 4

zweiten Weltkrieg waren in der sowjetischen Öffentlichkeit niemandem bekannt, die 1941 angedichtete Schuld der angeblichen Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Deutschland, der Vorwurf der "Fünften Kolonne", war im öffentlichen Bewusstsein nicht getilgt. Die Deutschen wurden weiterhin als "Faschisten" und seinerzeit zu Recht deportierte "Volksfeinde" betrachtet - wenn den Sowjetbürgern denn überhaupt etwas über Herkunft und Geschichte dieser Minderheit bekannt war. Konstantin Ehrlich beschrieb Ende 1989 das schier aussichtslose Unterfangen, durch Aufklärung Vorurteile abzubauen:

Wir entsenden eine Kommission nach der anderen, in unserem Fall ins Wolgagebiet ... und studieren die Meinung der örtlichen Bevölkerung, die ... keine einigermaßen realistische Vorstellung vom tragischen Schicksal der Sowjetdeutschen besitzt und daher außerstande ist, sich in ihre Lage zu versetzen, ihr jahrzehntelanges Sehnen und Hoffen zu begreifen. Die Ergebnisse solcher Studien sind dann meist vorausbestimmt ...¹⁷²⁰

Dieses Informationsdefizit hatte für die Deutschen fatale Konsequenzen: Wie die tragischen Ereignisse von Ermentau 1979 war auch die Verhinderung der deutschen Rückkehr an die Wolga zum bedeutenden Teil direkte Folge der jahrzehntelangen Desinformationspolitik. Diese ungute Tradition wurde von der sowjetischen Führung unter Gorbačev, die es besser hätte wissen müssen, wo sie ab 1988 die Medienkampagnen zur Aufklärung über die Deutschen steuerte, bis zum Ende der UdSSR ungebrochen fortgesetzt: Die parlamentarischen Auseinandersetzungen um den mageren Rehabilitierungsbeschluss des Obersten Sowjets der UdSSR vom 14. November 1989 und sein Beschluss zu den Deutschen vom 28. November 1989 sowie der Bericht der Kiselev-Kommission oder die weiteren Schritte in der Voronin-Kommission blieben in den zentralen Medien unkommentiert und unveröffentlicht, ebenso alle weiteren, die Deutschen betreffenden Beschlüsse einschließlich der einschlägigen RSFSR-Gesetzgebung.

Zum Thema mangelnder *Glasnost'* gehört ebenfalls der autokratische Regierungsstil der sowjetischen Führung, die Beschlüsse ohne Einbeziehung oder Beteiligung der Betroffenen fällte. So stellte schon die wissenschaftlich-praktische Konferenz von Alma Ata Mitte Juni 1989 rückblickend fest:

Die Ereignisse des Jahres 1979 im Gebiet Zelinograd, als der Beschluss über die Bildung einer deutschen Autonomie hinter verschlossenen Türen ohne jegliche wissenschaftliche Begründung und - was die Hauptsache ist - ohne Berücksichtigung

der öffentlichen Meinung gefasst wurde, mussten bei der einheimischen Bevölkerung durchaus gerechtfertigte Empörung hervorrufen.¹⁷²¹

Wie 1979 bei dem Versuch, ein autonomes Gebiet in Kasachstan einzurichten, wurde noch 10 Jahre später von den Deutschen in obrigkeitsstaatlicher Tradition Anpassung und Unterwerfung unter den Willen der Partei erwartet: Im März 1990 schwor das ZK der KPdSU die Parteimitglieder unter den führenden Sowjetdeutschen auf das neue Ziel ein: Die Autonomie ohne Territorium oder Assoziation und die Einberufung eines repräsentativen Kongresses der Sowjetdeutschen zur Proklamation der Assoziation und zur Wahl von Vertretern in ihre Organe. Eine Beteiligung der Deutschen an der Grundsatzentscheidung hatte nicht stattgefunden.

4.4 Fehlen eines nationalitätenpolitischen Instrumentariums in der UdSSR

Es ist nicht zu übersehen, dass der perspektivlose, bilateral induzierte Umgang der sowjetischen Führung mit den Sowjetdeutschen auch darauf zurückzuführen ist, dass sich die UdSSR ihres nationalitätenpolitischen Instrumentariums in der ideologischen Überzeugung, die nationale Frage sei überwunden, begeben hatte. In diesem Sinne bezeichnend sind die Äußerungen von Eduard Aleksandrovič Bagramov, Experte für Nationalitätenpolitik des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR und Sektorleiter für nationale Politik und zwi-schennationale Beziehungen des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU:

... zu Beginn der Perestrojka konnten sich nur wenige von uns den Umfang der möglichen Erschütterungen [masštab vozmožnych potrjasenij] in den zwi-schennationalen Beziehungen vorstellen. (...) Es war nicht verwunderlich, dass die Personen, von denen die Entscheidungen abhingen und die in den Stagnationsjahren das Nationalitätenproblem ignorierten, diesem in den ersten Jahren der *Perestrojka* nicht die gebührende Aufmerksamkeit schenkten. (...) Ich würde sagen, dass in den Jahren der Stagnation bei uns die Nationalitätenpolitik einen inerten Charakter bekommen hatte. Praktisch gab es keine spezielle Nationalitätenpolitik. Die Regierung verwirklichte die eine oder andere Einzelmaßnahme und verlor die systematische, zielorientierte Einflussnahme zur Verbesserung der Beziehungen auf diesem Gebiet aus dem Auge. Es fehlten auch die entsprechenden staatlichen Strukturen. Unter Stalin wurden nicht nur das *Narkomnac* abgeschafft, sondern auch das Institut für Nationalitätenbeziehungen, die Zeitschriften *Žizn' nacional'nostej*, *Revoljucija i nacional'nosti*. Es herrschte die Auffassung, die nationale Frage sei vollständig und endgültig gelöst.¹⁷²²

¹⁷²¹ *Neues Leben*, 2.8.89, S. 7

¹⁷²² *Neues Leben*, 20.12.89, S. 3

Erst nach dem wiederholt verschobenen Nationalitätenplenium vom September 1989 wurden entsprechende neue Institutionen ins Leben gerufen, viel zu spät, um noch einen grundsätzlichen Umschwung bewirken zu können.

4.5 Fehler der Sowjetdeutschen

Mangels Erfahrungen in Politik und Öffentlichkeitsarbeit mussten sich auch auf Seiten der Sowjetdeutschen taktische Fehler einstellen. Inwieweit diese allerdings ursächlich für den Widerstand an der Wolga zu sehen sind, wie der Bericht der Kiselev-Kommission suggeriert, muss einer separaten Untersuchung vorbehalten bleiben. Jedoch scheint die Veröffentlichung von Materialien zur Revision von Fonds und Landwirtschaft auf dem Territorium der ehemaligen Wolgarepublik¹⁷²³ durch die "Wiedergeburt" im Sommer 1989 die Anti-Autonomiekräfte unbeabsichtigt weiter provoziert und frühzeitig auf den Plan gerufen zu haben, als eine Wiederherstellung der Republik wohl noch möglich war - Führung und Oberster Sowjet genossen beim Volk noch Vertrauen, und der Widerspruch der Gebiete gegen Maßnahmen des Zentrums war noch nicht ausgeprägt.

Auch hatte Groth gegenüber der Kiselev-Kommission eine Analyse der derzeitigen Lage und Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft auf dem Gebiet der ehemaligen Wolgarepublik mit der Vorkriegssituation gefordert, um die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung im Falle der Wiederherstellung der Republik besser voraussagen zu können¹⁷²⁴.

Groths maximalistische Haltung war auch der deutschen Position zunehmend entgegengesetzt. Sein radikales Auftreten verhinderte letztlich Kompromisse, die zumindest Maßnahmen im kleinen ermöglicht hätten. So kam es zu einem enormen Zeitverlust, der sich angesichts rapide schlechter werdender Rahmenbedingungen nur zu Lasten der Sowjetdeutschen auswirkte.

Die Emotionalisierung der Diskussion um die Wiederherstellung der Wolgarepublik und der historischen Gerechtigkeit *in toto* verhinderte letztlich die Einrichtung einer "Regierung ohne Territorium", einer Personalautonomie, die, wie geschildert, einige Vorzüge gehabt hätte - zumal, da eine territoriale Autonomie als Alternative bis auf weiteres nicht zur Verfügung stand. Damit wurden Chancen vertan, zu sowjetischen Zeiten zumindest im Bereich des Kulturerhalts der verstreut lebenden Sowjetdeutschen konkrete Schritte zu unternehmen.

¹⁷²³ *Nemeckaja Gazeta*, 21.12.91, S. 2; vgl. auch *Neues Leben*, 8.8.90, S. 6f

¹⁷²⁴ *Neues Leben*, 2.8.89, S. 3

Die Mobilisierung des sowjetdeutschen Volkes, ab 1987 für seine Interessen massenhaft auf die Straße zu gehen und die Regierung ähnlich und so frühzeitig unter Druck zu setzen, wie es die Krimtataren taten, ist nicht versucht worden, später nur eingeschränkt, und wäre möglicherweise mentalitätsbedingt auch nicht gelungen. Dass hier dennoch eine Chance vertan wurde, räumten auch führende Persönlichkeiten wie Rauschenbach ein. Bis in die jüngste Zeit habe es die Führung nicht für nötig gehalten, sich um die nationalitätenpolitischen Ungerechtigkeiten zu kümmern, solange die

vertriebenen Völkern nicht selbst die Frage der Rückkehr in die historische Heimat stellten. In diesem Chor protestierender Stimmen war Deutsch nicht zu hören: Die Deutschen veranstalteten keine Demonstrationen, führten keine eigenständige Besetzung von Land durch und andere Exzesse. Schweigend packten sie die Koffer und, nachdem sie ihr Visum erhalten hatten, begaben sie sich zum internationalen Flughafen Šeremet'ev.¹⁷²⁵

Sowjetische Gesprächspartner beschreiben die Deutschen zumeist als eine friedliebende, angepasste und auf zwischennationalen Ausgleich bedachte Minderheit, die Konflikte mit den Behörden aus dem Weg gehe. Es liegt nahe zu vermuten, dass die Deutschen gerade wegen ihres zivilen Gehorsams die sowjetische Führung nicht zu Zugeständnissen veranlassten. Simon ist in diesem Sinne beizupflichten, wenn er aus dem unterschiedlichen Erfolg der deportierten Völker, ihre autonomen Gebiete wiederherzustellen, den Schluss zieht:

Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Kaukasus-Völker diesen Erfolg ihrem herausfordernden Wagemut, ihrer Gleichgültigkeit gegenüber sowjetischen Erlaubnissen oder Verboten und der Gunst der Stunde verdanken. Die Krimtataren und die Deutschen, die 'politischer' dachten und auf die Erlaubnis der Obrigkeit warteten, bevor sie in die Heimat zurückkehrten, verpassten den günstigen Zeitpunkt und kämpften bis heute vergeblich um die Rückkehr in ihre angestammte Heimat und die Wiederherstellung ihrer nationalen Territorien.¹⁷²⁶

Die "Wiedergeburt" beschränkte sich in ihrer Tätigkeit darauf, Forderungen zu erheben. Sie erwies sich jedoch als weitgehend unfähig, als Lobby aufzutreten und diese Anliegen durchzusetzen. Sogar hinsichtlich der Einberufung des Kongresses versäumten es die

1725

Freundschaft, 5.12.90, S. 3

Izvestija, 14.11.90: "Vplot' do nedavnego vremeni vlast' i ne pomyšljala choť kak-to zagladit' nespravedlivost', poka izgnannye narody sami ne podnjali vopros o vozvraščenii na istoričeskiju rodinu. *Pravda*, v etom chore protestujuščich golosov nemeckaja reč' ne zvučala: nemcy ne ustraivali demonstracii, ne proizvodili samovol'nogo zachvata zemel' i ne soveršali inych ekscessov. Oni molča pakovali čemodany i, doždavšis' vazy, otbyvali v meždunarodnyj aeroport Šeremet'ego."

1726

Simon, *Nationalismus*, S. 275

"Wiedergeburt" und ihre führenden Persönlichkeiten, selbst die Initiative zu ergreifen und ließen stattdessen den Apparat gewähren.

Keiner der Sowjetdeutschen, die seinerzeit Einfluss besaßen, beteiligten sich während des ersten Halbjahres 1990 an den grundlegenden Diskussionen um die Einberufung eines Zentralrates und die Gründung einer "Assoziation". So fehlten sowohl Konstantin Ehrlich als auch Boris Rauschenbach oder die deutschen Volksdeputierten¹⁷²⁷.

5. Perspektiven

Die *Perestrojka* hatte für die Sowjetdeutschen vielversprechend begonnen, sie wurde von ihnen geradezu emphatisch begrüßt:

Kurs CK KPSS na revoljucionnuju perestrojku vseh sfer proizvodstvennych i obščestvennych otnošenij, na razvitie demokratii i glasnosti, na vosstanovlenie leninskich principov v nacional'noj politike, sozdaet v SSSR real'nye uslovija dlja razrešenija nacional'noj problemy dvuchmillionnogo sovetskogo nemeckogo naroda. Perestrojka vskolychnula i sovetskich nemcev, probudila ich social'nuju aktivnost', privela k rezkomu rostu nacional'nogo samosoznanija.¹⁷²⁸

Ende 1991, zum Zeitpunkt des Untergangs der Sowjetunion, waren die Perspektiven auf die Wiederherstellung der Wolgarepublik, das Hauptanliegen der Deutschen, und damit für die Bewahrung einer deutschen Kultur auf dem Gebiet der Nachfolgestaaten der UdSSR bereits nicht mehr gegeben, die auf die Deutschen bezogenen neue Nationalitätenpolitik, die so hoffnungsvoll begonnen hatte, gescheitert. Die einstige Aufbruchstimmung der Deutschen war tiefer Resignation gewichen:

Es kam April '85 und die Losungen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, so schien es, bekamen wieder ihren eigentlichen Sinn. Die Menschen, die schon seit langem an nichts mehr glaubten, begannen langsam aufzuleben und von neuem an etwas zu glauben. Dieser Glaube drang nur schwer in die Seelen der sowjetischen Menschen, die gequält und gemartert waren vom Aufbau der "humansten und gerechtesten Gesellschaft".

Angesichts dieser schweren und quälenden Rückkehr des Glaubens an die Gerechtigkeit, damals, am Anfang der *Perestrojka*, verließ uns nicht der Gedanke, was in den Seelen dieser Menschen geschehen würden, wenn sie erneut zur Enttäuschung gezwungen würden. Und jetzt scheint es, sind wir an die Grenze gekommen, wo ein

¹⁷²⁷

vgl. Bericht der Botschaft Moskau Nr. 1605 vom 23.4.90, Pol 320.16

¹⁷²⁸

Groth anlässlich eines "Runden Tisches" im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, 4.-6.7.89, *Neues Leben*, 26.7.89, S. 6

bedeutender Teil der sowjetischen Bevölkerung ein weiteres Mal eine seelische Krise erleidet. Eine Krise durch Geschwätz, leeres Gerede und hohle Phrasen.¹⁷²⁹

Zu einem ähnlichen Urteil kam die *Frankfurter Allgemeine*:

Die unter dem frühen Gorbačev keimenden Hoffnungen der russlanddeutschen Autonomiebewegung, der Gesellschaft "Wiedergeburt", die ... Wolga-Republik könne wiedererrichtet ... werden, sind vom späten Gorbačev wieder zunichte gemacht worden.¹⁷³⁰

Was den Deutschen von der *Perestrojka* blieb, resümierte Groth pessimistisch: "Perestrojka malo čto dala nemcam SSSR, krome vozmožnosti otkryto vyrazit' svoju bol', a takže vyechat' v Germaniju po linii 'vossoedinenija semej'."¹⁷³¹

Dass der Kampf um einen Verbleib der Sowjetdeutschen in der UdSSR verloren war, hatte sich lange zuvor durch die signifikanten Ausreisezahlen angekündigt. Bezeichnend für die Tragik des sowjetdeutschen Volkes ist ein Zahlenvergleich: 1989, in dem Jahr, in dem die Hoffnung und der Glaube an eine unmittelbar bevorstehende Wiederherstellung der Wolgarepublik am größten war, erhöhte sich die Zahl der Deutschen im Saratover Gebiet, auf dem Territorium der ehemaligen Wolgarepublik um 700. Im gleichen Zeitraum reisten aber 100.000 in die Bundesrepublik aus.¹⁷³²

Die Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik kamen zu spät, was diese nicht zu verantworten hat, sie wären jedoch quantitativ - und vor allem angesichts der diesbezüglichen sowjetischen bzw. russischen Passivität - niemals ausreichend¹⁷³³ gewesen, um die bereits erfolgte Assimilation aufzuhalten oder gar zurückzudrängen - ganz abgesehen davon, dass offenbar durch kriminelle Machenschaften ein Teil der für Wirtschaftsprojekte vorgesehenen Gelder nicht bestimmungsgemäß Verwendung fand. Schon in seiner Ausgabe vom Februar 1990 schrieb *Volk auf dem Weg*:

Nach Meinung der großen Mehrzahl unserer Aussiedler ist es für all diese Schritte fünf nach zwölf. Die Russifizierung ist nach ihren Aussagen so weit fortgeschritten, dass junge Deutsche in der UdSSR so gut wie nichts von ihrer Herkunft wissen. Gemäß Volkszählung vom Januar 1989 sprechen von den insgesamt 2.049.000

¹⁷²⁹ "Krizis ot mnogoslavija, pustoslovija i slovobludija." Groth in: *Freundschaft*, 31.8.90, S. 1

¹⁷³⁰ *Frankfurter Allgemeine*, 2.4.91

¹⁷³¹ *Neues Leben*, 27.3.91, S. 7

¹⁷³² Rauschenbach in: *Izvestija*, 14.11.90

¹⁷³³ Der Bundesregierung war natürlich bewusst, dass flächendeckende Aktionen angesichts der Verstreuung der Deutschen und der Größe des Landes nicht möglich waren, sie setzte daher auf "Inseln der Hoffnung", lokale Förderschwerpunkte.

Sowjetbürgern deutscher Volkszugehörigkeit nur noch 43% deutsch. Bei der Volkszählung vor zehn Jahren waren es noch 59%, und vor dem Krieg bekannten sich 94,9% der Russlanddeutschen zu ihrer Muttersprache.¹⁷³⁴

Allein in der Wolgarepublik gab es seinerzeit 171 "nationale Mittelschulen", zwei Theater, 21 rein deutsche Zeitungen¹⁷³⁵, innerhalb von drei Jahren, 1933-35, wurden 555 deutsche Bücher verlegt¹⁷³⁶. 1991 besaßen die Deutschen nicht eine einzige nationale Schule, die nationale Kultur und Sprache waren in vielerlei Hinsicht verloren, die Diskriminierung und rechtliche Ungleichbehandlung bestanden fort, das Niveau höherer Bildung lag 3-4mal niedriger als bei anderen Nationalitäten der UdSSR. Die Arbeit in den Redaktionen aller deutschsprachigen Zeitungen, im deutschen Radio und TV hatte sich erheblich erschwert, die einzige literarische Zeitschrift der Deutschen ihr Erscheinen eingestellt, das deutsche dramatische Theater stand vor der Schließung¹⁷³⁷.

In kompakten deutschen Siedlungsgebieten lebten 1991 nur 5% der Deutschen, d.h. ca. 100.000 Personen. Die sowjetdeutsche Intelligenz ist in den Lagern umgekommen oder später ausgereist. Neue qualifizierte Führungspersönlichkeiten wurden nicht herangebildet. Unter diesen Umständen erwartet die Deutschen in der UdSSR in Kürze die vollständige Assimilation. Die Ausreise in die Bundesrepublik ist dazu die einzige Alternative - aber auch sie führt zu einer, wenn auch andersartigen Assimilation¹⁷³⁸. Die beiden existierenden nationalen Rayons werden auf die Dauer die der Wolgarepublik zgedachte Funktion des kulturellen Zentrums nicht übernehmen können. Ohne die derzeitigen massiven deutschen Finanztransfers dürften ihre Tage ohnehin gezählt sein.

¹⁷³⁴ *Volk auf dem Weg* 2/1990, S. 5

¹⁷³⁵ Ende 1991 waren es in der gesamten UdSSR 6 Zeitungen: *Neues Leben* (wöchentlich in Moskau erscheinende Zentralzeitung, Auflage: 66.000, Hrsg. Industrievereinigung "Sojuz", Ul'janovsk), *Deutsche Allgemeine* (früher: *Freundschaft*, täglich in Alma Ata erscheinende Zeitung für Kasachstan, Auflage: ca. 10.000, Hrsg. Ministerkabinett von Kasachstan), *Zeitung für Dich* (früher: *Rote Fahne*, erscheint seit Mitte 1991 wöchentlich in Slavgorod) Altaj, Auflage 2.100), *Nachrichten* (erscheint seit Frühjahr 1990 in Ul'janovsk, Aufl. 1.300), *Die Zeitung der Wolgadeutschen* (Gründung Anfang 1991 mit einer Auflage von 500, Saratov), *Freie Stimme* (erscheint seit August 1991 in Novosibirsk), Quelle: Institut für Deutschland und Osteuropaforschung - Göttinger Arbeitskreis e.V. (Hrsg.) *Informationsdienst "Deutsche in der Sowjetunion"* Nr. 6, Dez. 1991, S. 52f

¹⁷³⁶ Rauschenbach in seiner Rede vor dem Kongress, *Neues Leben*, 30.10.91, S. 4; nach Eisfeld, *Die Russlanddeutschen*. München 1992, S. 151 erschienen in den Jahren 1960-85 ca. 300 Bücher oder Broschüren mit deutschsprachiger Sowjetliteratur

¹⁷³⁷ Wormsbecher in: *Neues Leben*, 22.5.91, S. 1

Die staatlichen Institutionen in Kasachstan zeigten sich gegenüber den Deutschstämmigen zunehmend restriktiv. Sie entzogen der deutschen Volksgruppe - anders als den zahlreichen Interessenverbänden der Kasachen - die bislang gewährte finanzielle Unterstützung. Das betraf zum Beispiel das Deutsche Theater in Alma Ata, die deutschsprachige Tageszeitung, das Deutsche Radio in Alma Ata und den deutschsprachigen Fernsehdienst beim kasachischen Fernsehen mit dem Wochenmagazin 'Guten Abend!'" Quelle: Wolf, M., A. Frank "Kasachstandeutsche ohne Zukunft?" *Außenpolitik* 2/1993, S. 153-162, S. 157

¹⁷³⁸ vgl. Rauschenbach in seiner Rede vor dem Kongress, *Neues Leben*, 30.10.91, S. 4

Die Sowjetdeutschen sind, so Rauschenbach in seiner Rede vor dem Kongress, "Kinder zweier Völker - des deutschen und des russischen. Darin liegt unsere Besonderheit und gleichzeitig unsere Bedeutung für unser Land und für Deutschland."¹⁷³⁹ Die von der Bundesrepublik erhoffte Brückenfunktion zwischen zwei Kulturen werden die Sowjetdeutschen nicht mehr übernehmen können. Angesichts der sich weiter verschlechternden Rahmenbedingungen in Russland und anderen Nachfolgestaaten sowie dem weiter anschwellenden Nationalismus insbesondere in Zentralasien setzt sich die Emigration, geradezu die "Flucht" aus UdSSR fort. Gegenüber 1989 verdoppelten sich die Ausreisenzahlen nach Deutschland 1993 und 1994 sowie vermutlich auch im weiteren auf über 200.000 Menschen jährlich.

Nach der letzten Volkszählung von 1989 lebten mehr als 2 Millionen Deutsche in der UdSSR, doch bei weitem nicht alle hatten offen ihre Nationalität angegeben¹⁷⁴⁰. Darüber hinaus sind inzwischen mindestens 70% der Deutschen gemischte Ehen eingegangen. Diese nicht-deutschen Partner sind ebenfalls in die Bundesrepublik einreiseberechtigt. Die Kinder solcher Ehen werden i.d.R. als Russen registriert. Daher ist wohl mit 5-6 Millionen¹⁷⁴¹ Menschen zu rechnen, die sich theoretisch nach Deutschland aufmachen könnten. Diese Perspektive dämmerte 1991 auch dem *Spiegel*:

Das neue Deutschland, dies scheint gewiss, wird in den kommenden Jahren Hunderttausende, wenn nicht Millionen Russland-Deutsche integrieren müssen. Jedenfalls dann, wenn das Parlament diesem Zuzug nicht mit einer 'Kriegsfolgen-Abschlussgesetzgebung' ein Ende setzt, wie dies unter den Sozialdemokraten vor allem Partei-Vize Oskar Lafontaine seit längerem fordert.

Favorisiert wird bei der SPD eine modifizierte Stichtags-Regelung: Bis zu einem festzusetzenden Datum sollen alle Berechtigten, die ins Land ihrer Vorfäter zurückkehren möchten, den Ausreisewillen bekunden. Danach aber soll die Einreise über jährliche Quoten gesteuert werden. Dies könne, so die SPD-Vizin Herta Däubler-Gmelin, durchaus 'bis ins nächste Jahrtausend gehen'.

Mit dieser Offerte wollen die Sozialdemokraten verhindern, dass die Debatte über eine abschließende Gesetzgebung die Russland-Deutschen in Panik versetzt und eine Sturmflut von Auswanderern über die Bundesrepublik hereinbrechen lässt.

Genau das aber befürchtet CDU-Innenminister Wolfgang Schäuble von jeder Stichtagsregelung. Deshalb predigt er unverdrossen: 'Das Tor muss offen bleiben.'¹⁷⁴²

1739

ibid.

1740

Zur Frage der Angabe der deutschen Nationalität in Volkszählung und Pass s. Dietz, *Zwischen Anpassung und Autonomie*, S. 19f

1741

ibid.; in diesem Sinne auch: Gerhard Wolter, *Sowjetunion heute*, Juli 1991

1742

Der Spiegel 43/1991, S. 208

Die Perspektive einer Wolgarepublik bot seinerzeit eine Chance dafür, dass die Aussiedlerzahl zumindest vorübergehend stagnierte - und nahm der deutschen Diskussion um die Einschränkung des Art. 116 GG die Schärfe. Mit dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz wurde 1992 mit einer großzügigen Stichtagsregelung ein Instrumentarium zur Handhabung der ausufernden Aussiedlung geschaffen¹⁷⁴³. Anfang 1992 lagen dem Bundesverwaltungsamt mehr als 500.000 Aufnahmeanträge vor¹⁷⁴⁴. Es ist aber als ein Erfolg der Politik der Bundesregierung zu werten, dass bei weitem nicht alle Russlanddeutschen, die einen Aufnahmeantrag besitzen, auch umgehend davon Gebrauch machen, sondern vielmehr die weitere Entwicklung abwarten.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse grundlegend gewandelt: Die in die Bundesrepublik strömenden geburtenstarken Russlanddeutschen könnten dazu beitragen, die kopflastige deutsche Alterspyramide zu stützen. Dennoch wird die anhaltende Ausreisewelle über die kommenden Jahre weitere große und vermutlich noch zunehmende Anstrengungen der Bundesregierung erfordern, die neuen Bürger aufzunehmen. Die Rahmenbedingungen für eine Integration der russlanddeutschen Aussiedler haben sich in den 90er Jahren aber substantiell verschlechtert und die Akzeptanz der Zuwanderer durch die einheimische Bevölkerung abgenommen¹⁷⁴⁵.

¹⁷⁴³ *BGBI.* 1992 I, S. 2094

¹⁷⁴⁴ *Süddeutsche Zeitung*, 7.1.92

¹⁷⁴⁵ vgl. Dietz, *Zwischen Anpassung und Autonomie*, S. 207f

VII. Literaturverzeichnis

1. Zeitungen, Zeitschriften, Agenturen

Augsburger Allgemeine
Bayern Kurier
BPA-Bulletin
BPA-Fernseh-/Hörfunkspiegel
BPA-Nachrichtenspiegel Ausland
BPA-Ostinformationen
Das Parlament
Der Nordschleswiger
Der Spiegel
Deutsche Allgemeine
Die Rheinpfalz
Die Welt
Družba narodov
DW Monitor-Dienst Osteuropa
Echo planety
Express
Frankfurter Allgemeine
Freundschaft
Generalanzeiger
Herald Tribune
Izvestija
Kasachstanskaja Pravda
Kölner Stadt-Anzeiger
Kommunist
Komsomol'skaja Pravda
Literaturnaja Gazeta
Megalopolis Express
Moskau News
Nauka i Religija
Nedelja
Nemeckaja Gazeta
Neue Züricher Zeitung
Neues Deutschland
Neues Leben
Novoe Vremja
Novosti
Ogonek
Pravda
Rabočaja Tribuna
Saratovskie Vesti
Sovetskaja Rossija
Sovetskij Sojus
Sowjetunion heute

Stuttgarter Nachrichten
 Süddeutsche Zeitung
 taz
 Trud
 Volgogradskaja Pravda
 Volk auf dem Weg
 Znamja

2. Dokumente

Auman, V.A., V.G. Čebotareva (Hrsg.) *Istorija rossijskich nemcev v dokumentach (1763-1992 gg.)*.
 Moskau 1993
 Beschluss des Zwischenstaatlichen Rates zur Rehabilitierung der Deutschen der ehemaligen UdSSR,
 15.12.91; (liegt dem Verfasser vor)
 Brief des "Rates für die Rehabilitierung der Russlanddeutschen an Präsident El'cin, 4.11.91; (liegt
 dem Verfasser vor)
 Brief des Rates für die Rehabilitierung der Russlanddeutschen an Bundeskanzler Kohl, o.D. (Anfang
 November 1991); (liegt dem Verfasser vor)
 Briefe (engl.) von T. Suleimenov und M. Imanaliev an Jiri Dienstbier anlässlich des Beitritts
 Kasachstans und Kirgistans zur KSZE (liegen dem Verfasser vor)
 Central'nomy Komitety KPSS, tovariščam: Skvorcovu, Egorovu, Gračevu i Polechinu ot delegacii
 sovetskich nemcev, pribyvšej v Moskvu po voprosu o vosstanovlenii ASSR nemcev Povolž'ja; (liegt
 dem Verfasser vor)
Chronika zaščity prav v SSSR. Vyp. 12, Nov.-Dez. 1974, New York 1975
 Bundesregierung: Auswärtiges Amt (Berichte der Botschaft Moskau, Aufzeichnungen der Referate
 213, 513, 605), Bundeskanzleramt (Vermerke), Bundesministerium des Innern (Vermerke). Archiv
 des Auswärtigen Amts, Bde. 1973-1991
*Denkschrift zum Abkommen über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt und zu dem
 Konsularvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR*. Auswärtiges Amt 1958
 Diesendorf, "Bericht an den Kongress der UdSSR-Deutschen", 19.10.91; (liegt dem Verfasser vor)
 EP-Dok. 1-299 vom 17.5.83
 EP-Dok. 1-644/82
 EP-Dok. C 161 vom 20.6.83
 ER-Doc. 4853/82
 ER-Doc. 5098 vom 7.7.83
 ER-Doc. 6039 vom 24.4.89
 ER-Doc. 6644 vom 8.7.92
 ER-Doc. AS/NM (34) 13 vom 23.2.83
 ER-Doc. B (83) 17 vom 17.6.83
 ER-Doc. CM (84) 87 vom 18.4.84
 ER-Empfehlung 1106 (1989) vom 9.5.89
 ER-Empfehlung 1201/1993
 ER-Recommendation 1040 (1986)
 ER-Recommendation 972 (1983)
 ER-Ref. Nr. 1401 vom 29.4.83
 NAV-Dok. Y 179, CIC/FF (81) 10

- NAV-Resolution 113 on the protection of ethnic minorities and minority cultures in the USSR. *North Atlantic Assembly. Texts adopted and Addresses*. Twenty-Seventh Annual Session. Munic, 11th to 16th October, 1981
- Non-paper*, übergeben am 1.2.89 im ZK der SED durch Botschafter Vjačeslav I. Kočemasov; (liegt dem Verfasser vor)
- Obraščenie Črezvyčajnogo s"ezda nemcev SSSR k delegatam, otsutstvovavšim na S"ezde, 15.3.91; (liegt dem Verfasser vor)
- Obraščenie Črezvyčajnogo s"ezda nemcev SSSR k Prem'eru Kabineta Ministrov SSSR Pavlovu Valentinu Sergeeviču; 13.3.91; (liegt dem Verfasser vor)
- Pjataja delegacija sovetskich nemcev po voprosu o vostanovlenii Nemeckoj avtonomnoj respublikii na Volge. Informacionnaja spravka. o.D. (liegt dem Verfasser vor)
- Politiko-ekonomičeskaja programma razvitija regiona Saratovskogo i Volgogradskogo Povolž'ja, 9.11.91; (liegt dem Verfasser vor)
- Postanovlenie Soveta Nacional'nostej Verchovnogo Soveta RSFSR "O rabote komissii Soveta Ministrov RSFSR, zanimajuščejsja problemami rossijskich nemcev, v chode realizacii Zakona RSFSR 'O reabilitacii repressirovannyh narodov'", 9.10.91; (liegt Verfasser vor)
- Resolution des Zwischenstaatlichen Rates zur Rehabilitierung der Deutschen der ehemaligen UdSSR, 15.12.91; (liegt dem Verfasser vor)
- Schreiben von Groth an Prokop'ev, 26.8.91; (liegt dem Verfasser vor)
- Sobranie postanovlenij pravitel'stva SSSR*
- Sommet du Conseil de l'Europe. *Déclaration de Vienne*. Annexe II *Les Minorités nationales*. Sonderdruck des Europarates, 9.10.93
- UN-Dok. E/CN.4/L. 1367/Rev. 1
- UN-Dok. E/CN.4/Sub 2/L. 734
- UN-Resolution 42/135, 2.12.92
- Ustav Kommunističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza*. Moskva 1986
- Vedomosti S"ezda narodnych deputatov SSSR i Verchovnogo Soveta SSSR*
- Verfassung (Grundgesetz) der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken*. Moskau: Progress 1977
- XXII S"ezd KPSS. 17-31 oktjabrja 1961 g-a. Stenografičeskij otčet*. Moskva 1962 (Bd. I)
- XXVII S"ezd Kommunističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza. 25 fevralja - 6 marta 1986 goda. Stenografičeskij otčet*. Moskva 1986 (Bd. 1-3)

3. Sekundärliteratur

- "Die Deutschen in der Sowjetunion: Auf der Suche nach Zukunftschancen". *Globus* 23 (1991) Heft 3
- "Die Sowjetunion und ihre Deutschen: Bestrebungen zur Wiedererrichtung der Wolgadeutschen Republik." *Osteuropa-Archiv* 40 (1990), S. A 1-22
- "Es gibt keine ein für allemal abgeschlossene Lösung ... Mehr Realismus in der sowjetischen Nationalitätenpolitik". *Osteuropa-Archiv* 38 (1988), A140-148
- "Nationale Differenzierung, aber gleichzeitig Stärkung der Einheit: Zum gegenwärtigen Diskussionsstand der sowjetischen Nationalitätenpolitik". *Osteuropa-Archiv* 37 (1987), A 1-12
- "Neue Akzente in der Nationalitätenpolitik der KPdSU". *Osteuropa-Archiv* 36 (1986), A 445-7
- "Sowjetdeutsche: Geschichte und Gegenwart". *Novosti/Sowjetunion heute* (Hrsg.) Köln, 26.9.85
- "Sowjetunion: Über die Annäherung der Kulturen im Sozialismus". *Osteuropa-Archiv* 35 (1985), A 245-54
- Allardt, H. *Moskauer Tagebuch: Beobachtungen, Notizen, Erlebnisse*. Düsseldorf 1973

- Allardt, H. *Politik vor und hinter den Kulissen*. Düsseldorf 1979
- Aronsfeld, C.C. "German Emigration from the Soviet Union". *Research Report*. Institute of Jewish Affairs, No. 12, Sept. 1982
- Aussiedler*. Informationen zur politischen Bildung 222, München 1989, 1991
- Auswärtiges Amt (Hrsg.) *Menschenrechte in der Welt: Konventionen, Erklärungen, Perspektiven*. Bonn ⁵1983
- Auswärtiges Amt (Hrsg.) *Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: Dokumentation zum KSZE-Prozess*. Bonn ⁶1984, ⁷1990
- Baturin, Ju.M. (Hrsg.) *Glasnost': Mnenja, Poiski, Politika*. Moskva 1989
- Bayerlein, B.H., A. Vatlin "Zur aktuellen Situation der ehemaligen Parteiarchive in Russland". *Osteuropa* 42 (1992), S. 966-977
- Beckherrn, E. *Pulverfass Sowjetunion: Der Nationalitätenkonflikt und seine Ursachen*. München 1990
- Born, J., S. Dickgießer *Deutschsprachige Minderheiten: Ein Überblick über den Stand der Forschung für 27 Länder*. Mannheim: Institut für deutsche Sprache 1989
- Bosch, A. "Nemzy - die Deutschen in der Sowjetunion". *Die Deutschen in der UdSSR - einst und jetzt*. Bonn: Globus Spezial, Zeitschrift des VDA, 1989
- BPA (Hrsg.) *Die Begegnungen von Moskau und Bonn. Neue Qualität der Beziehungen*. Bonn 1989
BPA-Bulletin. Sonderausgabe vom 20.9.55 über die "Moskauer Konferenz vom 9. bis 13. September 1955"
- Brahm, H. *Gorbačevs erste Schritte*. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 31, Köln 1987
- Brahm, H., H. Höhmann "Die 19. Unionspartei konferenz der KPdSU". *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, B 35/88 vom 26.8.88, S. 3-15
- Brendel, T. "Ein neues Gesetz zur Regelung von Ausreise und Einreise für Bürger der UdSSR". *Osteuropa* 42 (1992), S. 303-309
- Bruchis, M. *One Step Back, Two Steps Forward: On the Language Policy of the Communist Party of the Soviet Union in the National Republics*. New York 1982
- Brunner, G. "Minderheiten in der Sowjetunion". *German Yearbook of International Law*. Vol. 34/1991. Berlin 1992, S. 354-412
- Brunner, G. "Vom Zwang befreit - Rückbesinnung auf die eigene Identität: Nationalstaaten und Minderheiten in Osteuropa" *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.10.91, S. 12
- Brunner, G. *Das Parteistatut der KPdSU 1903-1961*. Köln 1965
- Brunner, G. (Hrsg.) *Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa: Strategien und Optionen für die Zukunft Europas*. Gütersloh 1993
- Brunner, G., B. Meissner (Hrsg.) *Nationalitätenprobleme in der Sowjetunion und Osteuropa*. Köln 1982
- Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.) *Sowjetunion 1982/83: Ereignisse, Probleme, Perspektiven*. Köln 1983
- Bundesverband Zusammenarbeit mit Osteuropa (Hrsg.) *Die Geschichte der Deutschen in Kirgystan*. Hürth 1991
- Bundeszentrale für politische Bildung. "Aussiedler". *Informationen zur politischen Bildung*. Heft 222, Bonn 1991
- Carrère d'Encausse, H. *Risse im Roten Imperium. Das Nationalitätenproblem in der Sowjetunion*. München 1979
- CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages. *Weißbuch über die menschenrechtliche Lage in Deutschland und der Deutschen in Osteuropa*. Bonn 1977
- Colton, T.J., R. Legvold (Hrsg.) *After the Soviet Union. From Empire to Nations*. New York 1992

- Creuzberger, S., R. Veltmeijer "Forschungsarbeit in Moskauer Archiven: Ein Erfahrungsbericht". *Osteuropa* 43 (1993), S. 271-279
- Daschitschew, W. "Aus den Anfängen der Revision der sowjetischen Deutschlandpolitik". *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* B 14/94. Bonn 8.4.94, S. 36-46
- Denber, R. (Hrsg.) *The Soviet Nationality Reader: The Disintegration in Context*. Boulder 1992
- Deutsche in der Sowjetunion*. Bericht über Konferenzen am 8./9.2.82, 5.10.82, 10.4.84, 14./15.9.87. Köln: Ständiges Sekretariat für die Koordinierung der bundesgeförderten Osteuropaforschung.
- Deutsches Rotes Kreuz, *Jahresbericht 1957*. Bonn 1958
- Die Sowjetunion zwischen Systemerhaltung und Reform*. Bericht über eine deutsch-amerikanische Konferenz am 21.-23.6.83. Köln: Ständiges Sekretariat für die Koordinierung der bundesgeförderten Osteuropaforschung.
- Dietz, B. "Anders als die anderen: Zur Situation der Deutschen aus der Sowjetunion und der deutschen Aussiedler in der Bundesrepublik". *Osteuropa* 2 (1992), S. 147-59
- Dietz, B. *Deutsche Aussiedler aus der Sowjetunion: Sozialer Hintergrund und Ausreisebedingungen am Ende der achtziger Jahre*. Forschungsprojekt "Deutsche in der Sowjetunion und Aussiedler aus der UdSSR in der Bundesrepublik Deutschland", Arbeitsbericht Nr. 3. München: Osteuropa-Institut 1990
- Dietz, B. *Deutsche in der Sowjetgesellschaft. Statistische Grundlagen einer Befragungsstudie mit deutschen Spätaussiedlern aus der Sowjetunion*. Forschungsprojekt "Deutsche in der Sowjetgesellschaft", Arbeitsbericht Nr. 1. München: Osteuropa-Institut 1986
- Dietz, B. *Zwischen Anpassung und Autonomie: Russlanddeutsche in der vormaligen Sowjetunion und in der Bundesrepublik Deutschland*. Diss. Bremen 1994
- Dietz, B., P. Hilkes "Deutsche in der Sowjetunion: Zahlen, Fakten und neue Forschungsergebnisse". *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* B 50/88. Bonn 9.12.88, S. 3-13
- Dietz, B., P. Hilkes *Russlanddeutsche: Unbekannte im Osten; Geschichte, Situation, Zukunftsperspektiven*. München 1992
- Druwe, U. *Das Ende der Sowjetunion: Krise und Auflösung einer Weltmacht*. Basel 1991
- East Meets West on Human Rights in a New Climate of International Co-operation*. Proceedings of an International Conference in Sintra; Portugal, Oct. 29-Nov. 1. 1989. Sankt Augustin: FNS-Liberale Texte 1990
- Eisfeld, A. "Teilerfolge und Rückschläge für die Autonomiebewegung der Sowjetdeutschen". *Osteuropa* 40 (1990), S. 849-863
- Eisfeld, A. "Zur jüngsten Entwicklung der Autonomiebewegung der Sowjetdeutschen". *Osteuropa* 40 (1990), S. 11-32
- Eisfeld, A. "Zwischen Bleiben und Gehen: Die Deutschen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion". *Aus Politik und Zeitgeschehen*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*. B 48/93, 26.11.93
- Eisfeld, A. *Die Deutschen in Russland und der Sowjetunion*. Wien 1986
- Eisfeld, A. *Die Russlanddeutschen*. München 1992
- Engel-Braunschmidt, A. "Identitätsbildende Faktoren bei den Deutschen in der Sowjetunion seit Beginn der Perestrojka". *Osteuropa* 38 (1988), S. 916-30
- Fischer-Weltalmanach 1983-1994
- Fleischhauer, I., H. Jedig (Hrsg.) *Die Deutschen in der UdSSR in Geschichte und Gegenwart. Ein Beitrag zur deutsch-sowjetischen Verständigung*. Baden-Baden 1990
- Franke, D., R. Hofmann "Nationale Minderheiten - ein Thema für das Grundgesetz?" *EuGRZ* 19. (1992) Heft 17, 14.9.92, S. 401-9

- Glebov, O., J. Crowfoot (ed.) *The Soviet Empire: Its Nations Speak Out*. Chur: Soviet Studies Vol.1, 1989
- Gorbačev, M. *Meine Vision: Worte, die die Welt bewegen*. Rosenheim 1989
- Gorbačev, M. *Perestrojka: Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt*. München 1987
- Greßler, S. "Eine Stimme aus Alma-Ata: die 'Deutsche Allgemeine - Zeitung der Russlanddeutschen'". *Osteuropa* 42 (1992), S. 708-12
- Griffith, W.E. (ed.) *Central and Eastern Europe: The Opening Curtain?* London 1989
- Guldimann, T. *Moral und Herrschaft in der Sowjetunion: Erlebnis und Theorie*. Frankfurt 1984
- Hacker, J. "Die Ostpolitik der konservativ-liberalen Bundesregierung seit dem Regierungsantritt 1982". *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* B 14/94. Bonn 8.4.94, S. 16-26
- Halbach, U. "Nationalitätenfrage und Föderation: Die 'Explosion des Ethnischen' in der Sowjetunion". *Osteuropa* 40 (1990), S. 1011-24
- Halbach, U. *Nationale Frage, Souveränität, Föderation: Schwerpunkte der innersowjetischen Diskussion 1988-1990*. Köln 1990
- Halbach, U. *Perestrojka und Nationalitätenproblematik: Der Schock von Alma-Ata und Moskaus gespanntes Verhältnis zu Mittelasien*. Köln 1987
- Hallermann, B. "Aussiedlung in einer Einwanderungssituation". *caritas - Zeitschrift für Caritasarbeit und Caritaswissenschaft*. 6/1991, S. 251-260
- Hecker, H. *Die Deutschen im Russischen Reich, in der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten*. Köln 1994
- Heitman, S. *Soviet Emigration in 1990*. Köln: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 33, 1991
- Heitman, S. *Soviet Emigration Since Gorbachev*. Köln: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 62, 1989
- Heitman, S. *The Third Soviet Emigration: Jewish, German and Armenian Emigration from the USSR since World War II*. Köln: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 21, 1987
- Hertel, O. *Russlanddeutsche - Volk auf der Wanderschaft*. Bielefeld: Materialien für den Dienst in der ev. Kirche von Westfalen 1990
- Hilkes, P. "Die Situation der Deutschen in der Sowjetunion". *caritas - Zeitschrift für Caritasarbeit und Caritaswissenschaft*. 6/1991, S. 260-265
- Hilkes, P. "Unterricht in der Muttersprache bei den Deutschen in der Sowjetunion". *Osteuropa* 38 (1988), S. 931-949
- Hilkes, P. *Deutsche in der Sowjetunion: Zwischen Ausreise- und Autonomiebewegung*. Forschungsprojekt "Deutsche in der Sowjetgesellschaft", Arbeitsbericht Nr. 12. München: Osteuropa-Institut 1989
- IGFM (Hrsg.) *Deutsche in der Sowjetunion - Dokumentation*. Frankfurt 1982 *Vertrauen - Dowerie. Kulturpolitisches Journal für Deutsch-Sowjetische Zusammenarbeit*. Zeitschrift für die Arbeitsgemeinschaft der Gesellschaften Bundesrepublik Deutschland - UdSSR e.V. und die Partnerstädte. Heft Dez. 89/Jan. 90
- Informationen zur Politischen Bildung, Heft 222, *Aussiedler*, Bonn ³1991
- Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung - Göttinger Arbeitskreis e.V.- *Informationsdienst "Deutsche in der Sowjetunion"*. Nr. 0-6. Göttingen 1990-1991
- Itoji vyborov i sostav deputatov*, Moskva 1985
- Jahrbuch der Bundesregierung 1981*. Bonn 1982
- Jahrbuch der Bundesregierung 1983*. Bonn 1984

- Jahresbericht der Bundesregierung 1961*. Bonn 1962
- Jahresbericht der Bundesregierung 1976*. Bonn 1977
- Jahresbericht der Bundesregierung 1977*. Bonn 1978
- Kappeler, A. *Russland als Vielvölkerreich: Entstehung, Geschichte, Zerfall*. München 1992
- Knabe, B. "Zur Nationalitätenproblematik in der UdSSR". *Osteuropa* 36 (1986), S. 740-53
- Kongress der Volksdeputierten der UdSSR: Dokumente und Materialien. Moskau, Kreml 25. Mai - 9. Juni 1989*. Moskau: Novosti 1989
- Korab, A. "Nationale Probleme nach der Auflösung der Sowjetunion". *Rissener Rundbriefe* 92. (1992) Nr. 2, S. 35-40
- Kovalev, S. "Der Schutz des Einzelnen: Individualrechte als Gradmesser der Demokratie". *Glaube in der 2. Welt*. 19 (1991) Nr. 11, S. 14-16
- Kühl, J. *Die nationale Renaissance und die Autonomiediskussion bei den Deutschen in der Sowjetunion*. Forschungsprojekt "Deutsche in der Sowjetunion und Aussiedler aus der UdSSR in der Bundesrepublik Deutschland", Arbeitsbericht Nr. 2. München: Osteuropa-Institut 1990
- Kühnhardt, L. "Menschenrechte, Minderheitenschutz und der Nationalstaat im KSZE-Prozess". *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* B 47/94. Bonn, 25.11.94, S. 11-21
- Kulturrat der Deutschen aus Russland e.V. (Hrsg.) *Volk auf dem Weg: Deutsche in Russland und in der Sowjetunion 1763-1968*. Stuttgart 1986
- Kuss, K. "Ausreise und Auswanderung aus Osteuropa: Rechtgrundlagen und statistische Daten". *Osteuropa* 39 (1989), S. 218-232
- Kux, S. *Demokratisierung und Föderalisierung: Das politische System der UdSSR im Wandel*. Sankt Augustin: KAS, 1991
- Lage der deutschen Minderheiten und Pflege des deutschen kulturellen Erbes im östlichen Europa einschließlich der Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion*. Stellungnahmen der Sachverständigen zur gemeinsamen öffentlichen Anhörung des Innenausschusses und des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages. Ausschussdrucksache 12/40, Bonn 2.11.92
- Lage der deutschen Minderheiten und Pflege des deutschen kulturellen Erbes im östlichen Europa einschließlich der Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion*. Stenographisches Protokoll über die 46. Sitzung des Innenausschusses und die 51. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am Dienstag, 1.12.92: Öffentliche Anhörung von Sachverständigen. Protokoll Nr. 46, 51
- Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. *Deutsche in Russland/UdSSR*. Stuttgart 1990
- Längin, B. (Hrsg.) *Die Deutschen in der UdSSR - einst und jetzt*. Bonn: Globus Spezial 1989
- Längin, B. *Die Russlanddeutschen unter Doppeladler und Sowjetstern: Städte, Landschaften und Menschen auf alten Fotos*. München 1991
- Lewytskyj B. *Sovetskij narod. Das Sowjetvolk. Nationalitätenpolitik als Instrument des Sowjetimperialismus*. Hamburg 1983
- Luchterhandt, O. *UN-Menschenrechtskonventionen: Sowjetrecht - Sowjetwirklichkeit*. Baden-Baden 1980
- Macenov, D. "Zapadnye politologi o mežnacional'nych otnošenijach v SSSR". *Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija*. Moskau: Nauka 9/1991, S. 101-111
- Mark, R.A. *Die Völker der Sowjetunion*. Opladen 1989
- Mastny, V. *Helsinki, Human Rights, and European Security: Analysis and Documentation*. Durham, Duke Univ. Press 1986
- Mehnert, K. "Mit Bundeskanzler Schmidt in der UdSSR". *Osteuropa* 1 (1975)
- Meissner, B. "Die Beschleunigungs- und Erneuerungsstrategie Gorbačevs: Die Sowjetunion zwischen dem XXVII. Parteitag und der Siebzigjahrfeier der Oktoberrevolution". Teil 1-2. *Osteuropa* 37 (1987), S. 815-832, 904-921

- Meissner, B. "Gorbačevs Umbau des Sowjetsystems (V.). Vierter Akt - Die Konstituierung und die erste Sitzungsperiode des neuen Obersten Sowjets der UdSSR". *Osteuropa* 40 (1990), S. 68-85
- Meissner, B. "Nationale Autonomie und Minderheitenschutz in der Sowjetunion". *Neubestätigung und Weiterentwicklung von Menschenrechten und Volksgruppenrechten in Mitteleuropa*. Köln: Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht Bd. 10, 1991, S. 95-110
- Meissner, B. (Hrsg.) *Moskau-Bonn. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland 1955-1973*. Dokumentation, 2 Bde. Köln 1975
- Meissner, B. *Das Parteiprogramm der KPdSU 1903 bis 1961*. Köln 1962
- Meissner, B. *Sowjetgesellschaft am Scheideweg*. Köln 1985
- Menschenrechte in den Staaten des Warschauer Paktes: Bericht der unabhängigen Wissenschaftlerkommission*. Köln: Bundesanzeiger 1988
- Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten - Abteilung Sowjetunion - *Informationsmaterial über die Sowjetbürger deutscher Nationalität*. Berlin (Ost) 1990
- Niedhart, G., R. Albert "Neue Ostpolitik und das Bild der Sowjetunion von 1968 bis 1975". *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* B 14/94. Bonn 8.4.94, S. 27-35
- Nieter, W. "Die Russlanddeutschen - Hoffnung für eine lange geplagte Minderheit" *Europäische Sicherheit* 6 (1993)
- North Atlantic Assembly. Texts adopted and Addresses*. Twenty-Seventh Annual Session. Munic, 11th to 16th October, 1981
- Oldenburg, F. "Sowjetische Deutschland-Politik - von Brežnev zu Gorbačev". *Osteuropa* 35 (1985), S. 303-319
- Oschlies, W. "Deutsche in der Sowjetunion - Versuch einer Bestandsaufnahme". *Sowjetunion 1982/83. Ereignisse, Probleme, Perspektiven*. München 1983
- Parsons, J.W.R. "National Integration in Soviet Georgia". *Soviet Studies* 34 (1982), S. 547-569
- Pinkus, B. "Die Auswanderungsbewegung der Deutschen und Juden seit 1970: Ein Vergleich". *Die Deutschen im Russischen Reich und im Sowjetstaat*. Köln 1987, S. 151-166
- Pinkus, B., I. Fleischhauer *Die Deutschen in der Sowjetunion: Geschichte einer nationalen Minderheit im 20. Jahrhundert*. Baden-Baden ¹1987
- Pittman, A. *From Ostpolitik to Reunification: West German-Soviet Political Relations since 1974*. Cambridge 1992
- Plate, B. von *Deutsch-deutsche Beziehungen und Ost-West-Konflikt*. Ebenhausen: SWP 1984
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung *Der Vertrag vom 12. August 1970*. Bonn 1970
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung *Die Begegnungen von Moskau und Bonn: Neue Qualität der Beziehungen. Die Gemeinsame Erklärung*. Bonn 1989
- Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und die nächsten Aufgaben in der Innen- und Außenpolitik. Bericht des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, L.I. Brežnev. 23. Februar 1981*. Moskau: APN 1981
- Rees, E.A. (Hrsg.) *The Soviet Communist Party in Disarray. The XXVIII Congress of the Communist Party of the Soviet Union*. London 1992
- Ritvo, H. *The New Soviet Society*. New York 1962
- Sacharov, A.D. *Stellungnahme*. Wien 1974
- Schippan, M., S. Striegnitz *Wolgadeutsche: Geschichte und Gegenwart*. Berlin 1992
- Schlögel, A. *XX. Internationale Rotkreuzkonferenz in Wien 2.-9.10.1965*. Bonn: DRK-Schriftenreihe 1965
- Schmidt, C. "Die Entwicklung der sowjetischen Unionsverfassung". *Osteuropa Recht* Heft 37 (1991) 2-3, S. 89-104

- Schmiederer, U. *Die Außenpolitik der Sowjetunion*. Stuttgart 1980
- Schneider, E. *Moskaus Leitlinie für das Jahr 2000: Die Neufassung von Programm und Statut der KPdSU*. München 1987
- Schöpflin, G. "Nationalism and National Minorities in East and Central Europe". *Journal of International Affairs* 91 No. 1 (Summer 1991), S. 51-65
- Segbers, K. *Sowjetsystem, Perestrojka und Systemwechsel: Eine Krise und ihre Existenzformen. Die Postsowjetische Transformation in Russland*. Ebenhausen 1992
- Simon, G. "Die Nationalbewegungen und das Ende des Sowjetsystems". *Osteuropa* 41 (1991), S. 774-90
- Simon, G. "Neue Signale in der sowjetischen Nationalitätenpolitik". *Aktuelle Analysen*. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 5, 1983
- Simon, G. *Die Desintegration der Sowjetunion durch die Nationen und Republiken*. Köln: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 25, 1991
- Simon, G. *Nationalismus und die Grenzen der Sowjetunion als Weltmacht*. Köln 1988
- Simon, G. *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinischen Gesellschaft*. Baden-Baden ¹1986
- Simon, G. *Nationalitätenprobleme und die Regierbarkeit der Sowjetunion*. Köln: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 21, 1984
- Simon, G. *Regionalismus in der Sowjetunion*. Köln: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 24, 1987
- Skvorcov, V. "Völkerrechtliche Entwicklung des multilateralen Minderheitenschutz-Systems". *Auswärtiges Amt. Ausbildungsstätte Treptower Park: Jahresheft 1994*. S. 55-64
- Stalin, J.V. "Marxismus und die nationale Frage". *Werke*. Berlin (Ost) 1950-55, Bd. 2
- Ständiges Sekretariat für die Koordinierung der bundesgeförderten Osteuropaforschung. *Deutsche in der Sowjetunion: Bericht über die 3. Arbeitskonferenz am 10. April 1984 in Köln*
- Stökl, G. *Russische Geschichte*. Stuttgart ⁴1983
- Stöltzing, E. *Eine Weltmacht zerbricht: Nationalitäten und Religionen in der UdSSR*. Frankfurt/Main 1990
- Suny, R.G. *The Making of the Georgian Nation*. Stanford 1988
- Suny, R.G. *The Revenge of the Past. Nationalism, Revolution, and the Collapse of the Soviet Union*. Stanford 1993
- The New Soviet Society. Final Text of the Programm of the Communist Party of the Soviet Union*. New York 1962
- Theisen, A. "Die Vertreibung der Deutschen - Ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte". *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*. B 7-8/95, 10.2.95, S. 20-33
- Unser, G. "Die Sowjetunion und die Vereinten Nationen: Gorbačevs Konzeption einer neuen UN-Politik". *Osteuropa* 40 (1990), S. 1057-83
- Voss, E. "Wachsende Bedeutung nichtstaatlicher Organisationen: Die 'Non Governmental Organisations' (NGO's) und die KSZE-Konferenz über die 'Menschliche Dimension' in Moskau". *Glaube in der 2. Welt*. 19 (1991) Nr. 11, S. 11-14
- Waffenschmidt, H. *Info-Dienst Deutsche Aussiedler*. Nr. 39, Bonn 2/1993
- Widmer, P. "Europa auf dem Weg zu neuen Grenzen? Die KSZE im Jahr 1991: Nationale Minderheiten". *Glaube in der 2. Welt*. 19 (1991) Nr. 11, S. 22-25
- Wolf, M., A. Frank "Kasachstandeutsche ohne Zukunft?" *Außenpolitik: Zeitschrift für internationale Fragen*. 44 (1992) Nr. 2, S. 153-162
- Wormsbecher, H. "Haben die Sowjetdeutschen eine Zukunft?" *Osteuropa* 40 (1990), S. 3-10

Zaslavsky, V. *Das russische Imperium unter Gorbačev: Seine ethnische Struktur und ihre Zukunft*.
Berlin: Kleine Kulturwissenschaftliche Bibliothek Bd. 30, 1991

VIII. Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AAG	Aussiedleraufnahmegesetz
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst (DDR)
AI-Material	Informationsmaterial der DDR für die politische Öffentlichkeitsarbeit Ausland
AM	Außenminister
AP	Associated Press (USA)
APN	Agentstvo Pressy Novosti (UdSSR)
ARGE	Arbeitsgemeinschaft der Gesellschaften Bundesrepublik Deutschland-UdSSR
ASSRdW	Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Wolgadeutschen
BMF	Bundesminister der Finanzen
BMI	Bundesminister des Innern
BPA	Bundespresseamt
BVFG	Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz
dpa	Deutsche Presse Agentur
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
Drs.	(Bundestags-) Drucksache
DSF	Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft (DDR)
DW	Deutsche Welle
EKD	Evangelische Kirche Deutschlands
EP	Europäisches Parlament
ER	Europarat
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Goskonnac	Staatskomitee für Nationalitätenfragen
GS	Generalsekretär
IGFM	Internationale Gesellschaft für Menschenrechte
IPbpR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
LAG	Lastenausgleichsgesetz
LH	Lufthansa
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (DDR)
MVD	sowjetisches Innenministerium
Narkonnac	Volkskommissariat für Nationalitätenfragen
NAV	Nordatlantische Versammlung
PIPr	Plenarprotokolle des Deutschen Bundestages

PÖA	Politische Öffentlichkeitsarbeit
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (DDR)
SRK	Sowjetisches Rotes Kreuz
StM	Staatsminister
TASS	Telegrafnoe Agenstvo Sovetskogo Sojuza
UN	Vereinte Nationen
VDA	Verein für das Deutschtum im Ausland (D)
VEB	Volkseigener Betrieb (DDR)
ZK	Zentralkomitee der Kommunistischen Partei

IX. Personenregister

- Abdulatipov 342, 343, 427, 430, 448, 526, 535
 Adenauer 59, 63, 66, 76
 Adžubej 40
 Ajtmatov 240
 Akaev 242
 Aleksandrov 267
 Andropov 25, 26, 28, 53, 55, 58, 98, 104, 106, 107, 139, 453, 454
 Arzer 171
 Auman 11, 12, 14, 24, 52, 114, 219, 220, 226, 228, 270, 277, 278, 279, 280, 282, 283, 284, 321, 322, 323, 324, 348, 349, 355, 363, 364, 373, 403, 413, 417, 418, 456, 483, 502, 585, 586
 Axen 494
 Bagramov 594
 Bahr 71, 74, 75
 Bakatin 307, 308, 330, 331
 Baltiskij 106
 Baranov 234, 267
 Barkentin 43
 Bauer 423, 429, 456, 461, 468, 473, 514, 545, 550, 557, 569, 577
 Baum 85
 Belger 390, 447, 456, 461
 Berger 239, 240
 Berš 43
 Bethell 140
 Bicker 531
 Bier 448, 449, 514, 515, 545
 Birjukov 223
 Bišer 250
 Blech 366
 Böhme 509, 512
 Bokovoj 532
 Bondarčuk 371, 372, 373
 Bondarenko 100, 101, 102, 110, 126, 295
 Borneman 43
 Bosch 195, 314, 517, 605
 Bossert 235
 Bovkun 570
 Brandt 69, 70, 71, 73, 75, 76, 77, 93, 120
 Braun 165, 221, 239, 246, 250, 273, 301, 308, 606
 Brentano 59
 Brežnev 20, 21, 22, 25, 27, 43, 45, 46, 47, 49, 56, 71, 72, 73, 75, 76, 79, 82, 83, 85, 88, 89, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 109, 120, 123, 131, 148, 149, 184, 384, 609
 Broll 122
 Brug 43
 Budanov 403
 Buhlmann 308
 Bulganin 59
 Čajkovskij 514
 Capanov 27
 Carstens 96, 98
 Čebrikov 53, 54
 Černenko 26, 107, 108, 109, 110, 160
 Černyšev 219, 226, 228, 334
 Chasbulatov 427, 448, 449, 450, 551, 561
 Chilčevskij 398, 399, 413
 Chirac 193
 Chruščev 16, 17, 18, 21, 38, 40, 59, 63, 64, 146, 154, 155
 Corterier 96, 97, 126, 128, 141
 Čubar'jan 249
 Cvetkov 371, 372, 373, 410, 411, 413
 Czaja 60, 93, 103, 121, 128, 141, 142
 Dajnes 514
 Däubler-Gmelin 601
 Davydov 444, 529, 550
 Del'va 43
 Detling 194
 Diesendorf 422, 423, 426, 441, 444, 449, 470, 475, 514, 527, 545, 550, 557, 575, 577, 589, 603
 Dobrynin 198
 Dohnanyi 86
 Donhauser 403
 Drabkin 249
 Dregger 445, 448, 469
 Družinina 249
 Džanibekov 247
 Egin 456, 461, 466, 522
 Egorov 44, 45, 506

- Ehrlich 168, 229, 235, 275, 289, 311, 324, 334, 335, 358, 363, 368, 389, 402, 403, 423, 442, 516, 518, 593, 597
- Eickhoff 180
- Eirich 223, 361, 370, 390
- Eisfeld 13, 14, 35, 37, 39, 40, 42, 43, 44, 46, 47, 48, 49, 157, 217, 221, 224, 225, 229, 264, 276, 355, 356, 397, 475, 496, 599, 606
- El'cin 41, 46, 203, 249, 252, 352, 390, 409, 410, 411, 420, 443, 444, 445, 450, 451, 464, 473, 486, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 522, 523, 525, 527, 529, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 575, 577, 591, 592, 603
- Engholm 251
- Erhard 64, 67
- Ernst 171
- Falin 70, 170, 301, 307, 359, 454, 455, 456, 478, 479, 480, 491
- Falk 164, 239, 240, 250, 382, 403, 411, 429, 456, 458, 465, 468, 469, 470, 471, 473, 483, 486, 519, 521, 534, 536, 541, 550, 553, 555, 569, 570, 571, 572, 574
- Falzmann 362
- Fedotova 456
- Fischer 229, 236, 237, 334, 503, 504, 505, 507
- Gellert 164, 171, 181, 189, 221, 238, 239, 240, 260, 261, 289, 308, 325, 364
- Genscher 62, 76, 79, 81, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 96, 97, 99, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 148, 149, 150, 175, 179, 182, 183, 189, 190, 192, 194, 196, 202, 216, 297, 298, 299, 300, 305, 318, 320, 328, 335, 336, 354, 368, 391, 407, 414, 430, 444, 446, 447, 449, 450, 454, 468, 483, 494, 515, 517, 518, 519, 532, 536, 537, 547, 553, 554, 555, 558, 581
- Georgadze 53, 54
- Gerner 505
- Gertel' 43
- Girenko 247, 355, 370, 371, 373, 374, 375, 376, 377, 435, 456, 459
- Gluchov 193, 194, 295, 296
- Goebbels 199
- Gol'man 43
- Gorbačev 8, 17, 26, 27, 33, 36, 41, 46, 62, 65, 110, 115, 124, 125, 126, 130, 153, 155, 159, 160, 161, 163, 166, 168, 170, 171, 173, 176, 177, 178, 183, 186, 189, 190, 195, 196, 199, 200, 201, 203, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 215, 216, 217, 220, 221, 222, 224, 239, 243, 252, 256, 258, 259, 269, 273, 285, 296, 298, 301, 302, 304, 306, 315, 318, 320, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 343, 347, 352, 353, 354, 355, 358, 360, 362, 363, 370, 379, 381, 387, 388, 389, 390, 395, 399, 400, 401, 406, 409, 414, 415, 417, 428, 431, 432, 434, 436, 437, 440, 443, 444, 445, 446, 447, 450, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 468, 476, 477, 479, 480, 481, 483, 486, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 499, 504, 517, 519, 523, 540, 542, 547, 548, 553, 557, 567, 577, 581, 583, 585, 586, 590, 591, 592, 593, 598, 605, 607, 609, 610, 611
- Götz 171
- Gračev 44, 45
- Graf Huyn 83
- Gremickich 193
- Grigorenko 49
- Grišin 364, 514
- Griškevič 250
- Gromyko 60, 69, 70, 71, 74, 75, 76, 79, 81, 85, 86, 87, 90, 91, 92, 96, 97, 99, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 154, 160, 161, 182, 195, 201
- Grosz 214, 320
- Groth 43, 44, 46, 153, 168, 170, 218, 220, 221, 222, 225, 231, 233, 243, 244, 245, 246, 248, 250, 261, 262, 263, 264, 269, 277, 282, 291, 292, 293, 294, 303, 335, 357, 358, 360, 362, 363, 364, 366, 371, 372, 373, 374, 375, 379, 380, 382, 383, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 400, 404, 405, 406, 407, 409, 410, 411, 412, 413, 419, 420, 422, 423, 424, 425, 426, 428, 432, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 441, 442, 443, 444, 445, 448, 449, 450, 451, 455, 460, 461, 462, 464, 465, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474,

- 475, 478, 479, 482, 483, 484, 486, 488,
489, 490, 492, 509, 512, 517, 518, 521,
523, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 537,
538, 539, 541, 545, 546, 547, 548, 549,
550, 551, 552, 553, 555, 557, 558, 570,
575, 576, 577, 578, 588, 589, 591, 595,
597, 598, 604
- Gubenko 512
- Günter 498
- Gusev 12, 28, 55, 116, 268, 349, 357, 360,
362, 363, 364, 365, 366, 368, 371, 375,
376, 377, 379, 380, 383, 395, 397, 398,
402, 403, 406, 407, 408, 416, 422, 425,
428, 431, 432, 435, 436, 439, 442, 453,
454, 456, 458, 459, 461, 468, 472, 478,
480, 482, 483, 486, 488, 489, 515, 546,
547, 590, 592
- Haak 231
- Haar 116, 225, 250, 358, 361, 362, 363, 364,
382, 402, 403, 406, 411, 412, 423, 429,
432, 435, 456, 473, 486, 510, 546
- Hamm-Brücher 83, 88, 90, 92, 93, 94, 95,
121, 124, 129, 167
- Hämmerle 308
- Hammerstein 510
- Heinemann 73
- Heitman 496
- Herdt 234, 235, 303, 497
- Herrmann 236
- Heyken 575
- Hilz 403, 429
- Hinz 56
- Hofman 270
- Honecker 493, 494, 505
- Howe 130, 178
- Hupka 71, 86, 88, 92, 93, 97, 98, 109, 117,
119, 120, 128, 134, 137, 141, 142, 148,
149, 154, 184
- Ignatenko 457, 460
- Ikkert 197
- Irmer 315
- Isakov 234, 268, 406
- Ivaško 547
- Jackson-Vanick 32, 122
- Jäger 49, 96, 98, 99, 103, 109, 127, 128, 135,
136, 137, 138, 189, 190, 344, 495
- Jagodin 514
- Jakovlev 214, 231, 336, 540
- Janaev 427, 429, 430, 591
- Jandieva 403, 456, 468, 469
- Japs 164
- Jarov 391
- Jukov 192
- Kajzer 43
- Kalašnikov 39, 114, 237, 238, 240, 263, 267,
346, 458
- Kalinin 34
- Kaljaev 514
- Kalnins 197, 551
- Kampelman 129, 141
- Kapitonov 53
- Kašlev 180, 191, 295
- Kastl 123, 176, 184
- Kastrup 521
- Katunin 267
- Kel'n 43
- Kičichin 267, 268, 269, 408, 433
- Kiechle 301
- Kiselev 234, 241, 242, 244, 245, 246, 250,
252, 261, 262, 263, 264, 265, 268, 269,
271, 273, 276, 277, 278, 279, 282, 283,
284, 285, 286, 287, 288, 289, 292, 293,
331, 337, 347, 356, 362, 363, 364, 375,
381, 405, 422, 461, 486, 515, 546, 593, 595
- Klein 90, 93, 129, 130, 149, 334
- Klimakov 181
- Klinkov 514
- Kočemasov 317, 318, 319, 496, 499, 604
- Kohl 78, 88, 98, 100, 103, 104, 105, 106,
107, 117, 124, 130, 136, 182, 186, 191,
192, 198, 199, 206, 224, 296, 301, 302,
303, 304, 306, 311, 315, 317, 326, 327,
328, 353, 358, 370, 387, 399, 400, 407,
414, 415, 446, 455, 468, 477, 479, 480,
492, 493, 499, 558, 568, 569, 580, 581,
582, 591, 603
- Kolbin 161, 192, 501
- Kolesnikov 221
- Komov 514
- König 498, 499, 500
- Korjarov 514
- Korn 221, 225, 250, 272, 358, 393, 394, 395
- Kornenko 88, 93
- Kossuth 512
- Kosygin 46, 67
- Kosyrev 266

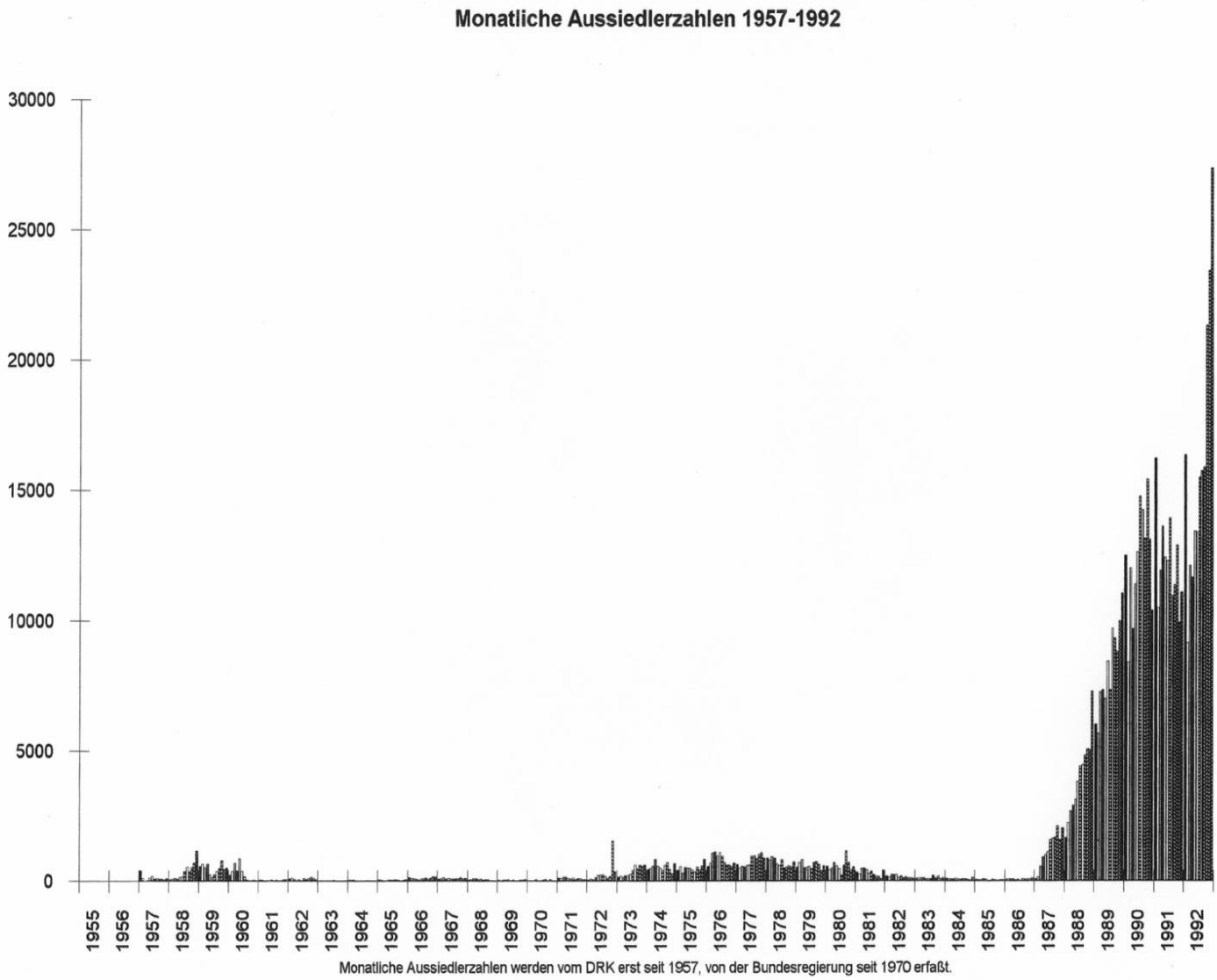
- Kovac 320
 Kovalev 95, 173, 181, 608
 Kozyrev 553, 554, 555
 Krause 171
 Krauß 239
 Kravcev 181
 Krenz 507
 Kreuzer 456, 468
 Kroneck 184
 Kronewald 43, 220, 221, 423
 Kroppenstedt 469
 Krygin 224, 225
 Krylov 218, 219, 403
 Kulov 466, 467
 Kunaev 114
 Kupcev 325, 335, 418
 Kuznecov 78
 Kvicinskij 335, 445
 Lackmann 239
 Lafontaine 313, 601
 Lahnstein 94
 Lahr 60, 63, 101
 Lamers 231
 Langemann 303
 Lechman 370, 403
 Leisler Kiep 93
 Lenin 18, 22, 26, 45, 212, 218, 233, 238, 253,
 254, 597
 Lichačev 228
 Lobov 456
 Lojko 403
 Lowack 326
 Luk 239
 Luk“janov 377, 382, 383, 395, 409, 427, 429,
 430, 591
 Luščikov 435
 Makarevič 527, 528, 562, 575
 Martens 391, 423, 474, 475, 483, 484, 518,
 521, 535, 541, 550, 557, 577
 Maslakov 385, 398
 Meckel 511, 513
 Medikov 242, 245, 246, 263, 264
 Meng 171
 Merdian 195
 Mertens 98, 99, 103, 104, 118, 119, 123, 124,
 125, 128, 137, 140
 Merz 370, 403, 423, 456
 Meyer-Landrut 309
 Michajlov 221, 222, 355, 373, 375, 392, 395,
 456
 Michel' 43
 Mikojan 38, 39, 43, 44, 46, 47, 114, 221, 390,
 458, 591
 Miller 387, 389
 Minnullin 265
 Miroljubov 40
 Mischnick 93
 Misselwitz 511, 513
 Modrow 507, 508, 511
 Moersch 71, 74, 122
 Möllemann 97, 98, 109, 118, 134, 154, 189,
 190
 Murachovskij 192
 Murenin 266, 456, 458, 461
 Nanaev 535
 Nazarbaev 55
 Nedeljaev 266
 Neff 239
 Neumann 120
 Nišanov 249, 250, 251, 252, 259, 260, 261,
 288, 289, 293, 375, 377, 378, 383, 410,
 411, 427, 429, 456, 459, 461, 481
 Nixon 122
 Nuriev 53
 Olejnik 410, 411
 Ol'fert 43
 Omerbaev 365
 Orlov 112, 364
 Pahl 239, 357
 Parfenov 424
 Partsch 144
 Pavlov 439, 458, 461, 469, 480, 481, 483,
 486, 490, 590, 604
 Pech 509, 510
 Pečnikov 186
 Petrovičev 54
 Pfeffer 100, 101, 102, 103, 110, 126
 Pfeifer 239, 240
 Plyševskij 456
 Podgornij 79
 Polechin 44, 45
 Portugalov 252
 Postler 500
 Primakov 274
 Prokop'ev 472, 475, 478, 479, 514, 515, 518,
 519, 520, 521, 522, 524, 525, 526, 528,

- 531, 532, 533, 534, 535, 536, 538, 539,
541, 543, 544, 545, 546, 548, 549, 550,
551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558,
560, 561, 562, 563, 566, 569, 571, 572,
573, 577, 604
- Rack 303, 304, 334
- Ragwitz 506
- Rainer 74
- Rau 92
- Rauschenbach 115, 116, 243, 269, 326, 362,
391, 402, 405, 421, 422, 423, 425, 428,
430, 436, 438, 444, 445, 456, 457, 459,
462, 468, 469, 470, 480, 483, 486, 515,
518, 530, 531, 533, 541, 542, 546, 551,
590, 596, 597, 598, 599, 600
- Razumovskij 373
- Reagan 130, 206
- Reiter 456, 476
- Revenko 456
- Režetov 320, 321, 336, 337
- Richter 456
- Ritter 250, 362, 370, 371, 382, 403
- Rogalev 266, 267
- Romanov 160
- Rosel' 519
- Rudenko 53
- Rudin 217, 218, 219
- Ruge 517
- Ryškov 291, 333, 352, 379, 439
- Šabunin 466, 514, 575
- Sacharov 49, 77, 149, 162, 274, 609
- Sager 94, 252
- Samoščenko 172
- Sauer 308, 309
- Sayn-Wittgenstein 106, 183
- Sazonov 221, 321, 323, 355
- Ščelokov 53, 85
- Schäfer 329, 344, 521
- Scharf 171
- Schäuble 314, 399, 400, 521, 601
- Scheel 69, 70, 71, 76, 78, 79, 82
- Scheßler 43, 46
- Schirmer 512
- Schlaga 119
- Schlamelcher 393, 413
- Schmidt 39, 76, 77, 78, 83, 85, 87, 88, 95,
120, 149, 441, 531, 550, 608, 610
- Schneider 164, 473
- Schnittke 303
- Schoch 164
- Schreiner 171
- Schultz 130, 148, 179
- Schulz 456, 468, 541, 550, 557
- Semenov 63, 98, 110, 183, 186
- Serjakov 456, 514, 545, 571, 573, 574, 575
- Ševardnadze 160, 171, 172, 178, 181, 189,
190, 196, 201, 216, 217, 295, 297, 298,
305, 318, 319, 321, 325, 327, 336, 341,
354, 414, 446, 478, 504, 581, 583
- Sieber 498
- Sielaff 123, 124, 406, 469, 550, 551
- Silaev 521, 531
- Šišov 377
- Skvorcov 44, 45
- Šnajder 43
- Sobčak 362, 391, 520
- Solomencev 98
- Sperling 334, 510
- Spranger 183
- Stalin 17, 18, 26, 36, 38, 40, 113, 204, 205,
218, 219, 222, 225, 226, 238, 240, 249,
258, 273, 292, 322, 346, 348, 388, 391,
401, 406, 419, 437, 450, 465, 475, 487,
538, 540, 558, 565, 570, 591, 593, 595, 610
- Starovojtova 473, 474, 534
- Stavenhagen 521
- Steinhofer 504
- Steuk 239, 243, 246, 357, 362
- Stoiber 445
- Stoph 494, 498
- Strauß 200
- Stukalin 106
- Stupina 239
- Sucharev 381
- Sudhoff 100
- Šumilin 147
- Sura 456
- Syrovatko 410
- Tarasevič 377
- Tarazevič 250, 286, 287, 288, 377, 422, 435
- Teltschik 213
- Terborg 308, 315
- Terebilov 85
- Terechov 447
- Tichonov 106
- Tiškov 573

- Toews 234, 303
 Tolkunov 192
 Trofimov 514
 Usmanov 375, 376, 377, 404
 Usselmann 195
 Valkov 187, 188, 189
 Vetter 92
 Vogel 324, 325
 Vogel' 43
 Voigt 308, 309, 512
 von Dohnanyi 85, 86, 93
 von Richthofen 191
 von Staden 93, 95
 von Studnitz 572, 577
 von Wistinghausen 391
 Vorob'ev 405, 591
 Voronin 291, 292, 347, 593
 Voss 220, 221, 591
 Vyšinskij 437
 Vyžutovič 265, 266, 267
 Wabro 313
 Waffenschmidt 186, 191, 244, 313, 315, 324,
 330, 331, 332, 334, 350, 447, 454, 466,
 469, 474, 476, 477, 478, 479, 480, 491,
 520, 521, 522, 524, 533, 534, 535, 536,
 537, 551, 553, 554, 557, 558, 567, 578,
 581, 610
 Wardetzy 495
 Warnke 358, 359
 Weber 231, 303, 334, 356, 370, 373
 Weinhardt 164
 Weiz 403, 531
 Weizsäcker 110, 127, 183, 194, 195, 198,
 301, 309, 567
 Werner 122
 Wideker 239, 240, 357
 Wieck 184
 Wiens 195
 Windholz 334, 403, 418, 456
 Wise 181
 Witte 334, 335, 385, 394, 395, 423
 Wolf 171
 Wolter 441, 464, 515, 557, 577, 600
 Wormsbecher 34, 35, 43, 44, 115, 217, 222,
 223, 225, 228, 229, 230, 231, 234, 235,
 236, 244, 245, 248, 250, 269, 271, 272,
 303, 334, 335, 346, 356, 358, 359, 362,
 363, 370, 371, 379, 382, 391, 393, 402,
 403, 407, 408, 411, 412, 423, 425, 429,
 431, 444, 448, 449, 450, 456, 458, 459,
 460, 465, 468, 470, 473, 476, 481, 482,
 483, 486, 507, 510, 514, 518, 530, 531,
 533, 535, 545, 571, 575, 599, 611
 Zacharov 397, 398
 Zagladin 173, 192, 231, 359
 Zielke 411, 557
 Zimjanin 53, 56, 185
 Zimmermann 102, 103, 126, 170, 188, 192,
 193, 200, 307
 Zjuzin 264, 265, 267, 562
 Zotov 514

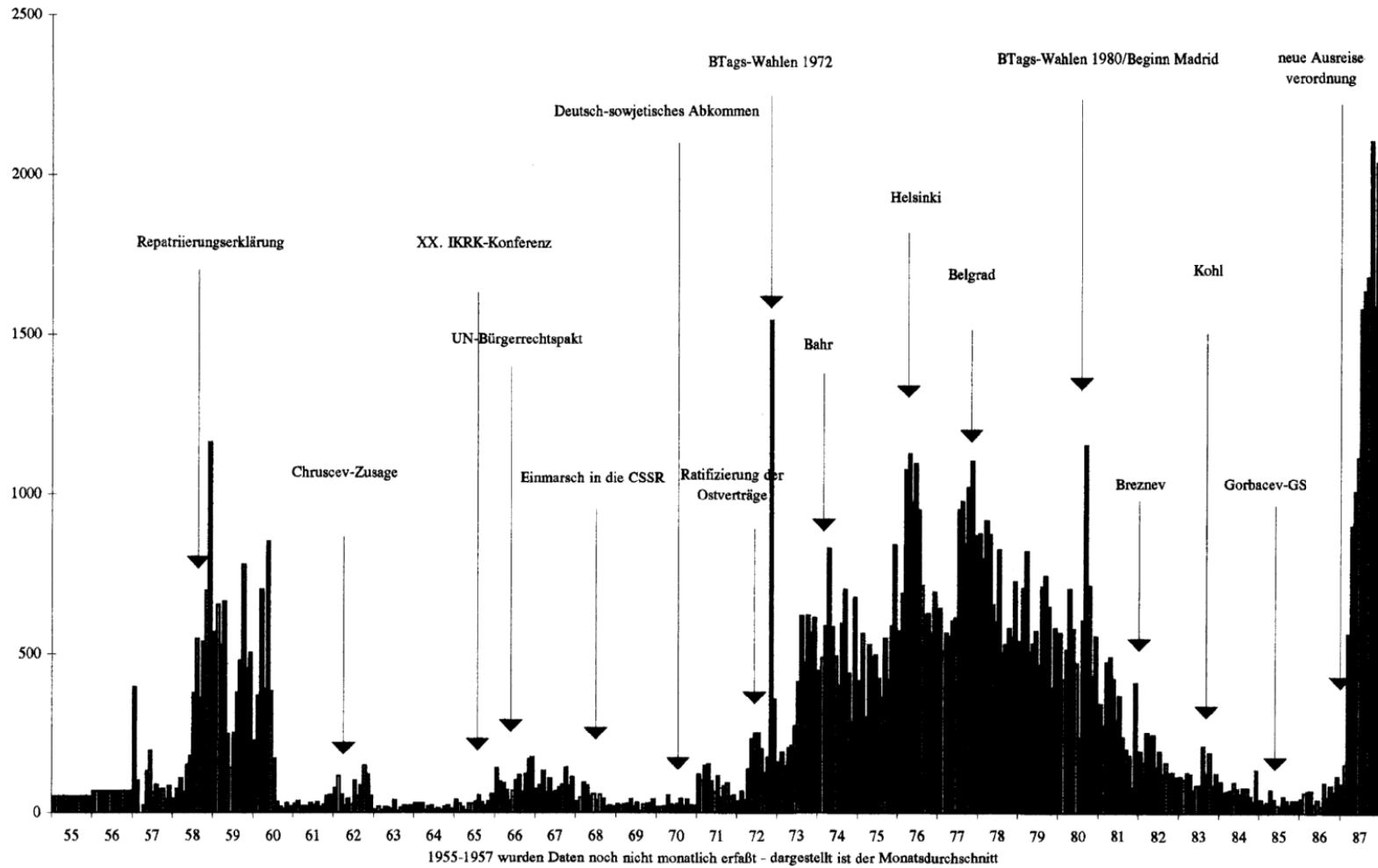
X. Tabellen und Anhänge

I. Ausreise von Deutschen 1957-1993: Graphik



Entwicklung der Aussiedlerzahlen aus der Sowjetunion von 1955-1993														Gesamtzahl des Bundes	DRK-Zahl	Monats- durchschnitt Bund
	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember				
1955	1955 und 1956 wurden die Daten noch nicht monatlich erfaßt.													608		51
1956														800		67
1957	394	100	0	24	129	195	63	87	73	74	42	84	1.221	1.264	102	
1958	42	74	108	64	150	177	375	546	360	538	696	1.162	4.681	4.292	390	
1959	567	653	527	663	247	141	251	377	478	778	453	502	5.960	5.637	497	
1960	226	369	700	387	850	381	170	33	17	10	31	19	3.460	3.193	298	
1961	27	37	20	21	21	31	24	34	17	25	53	55	451	365	38	
1962	78	116	57	22	44	26	102	53	88	150	121	52	927	909	77	
1963	9	19	8	18	15	10	40	4	14	24	21	23	242	205	20	
1964	31	31	30	7	21	23	9	13	7	19	23	12	262	226	22	
1965	41	29	18	6	29	29	35	56	34	24	37	59	365	397	30	
1966	143	99	94	71	40	70	103	119	65	123	170	170	1.245	1.237	104	
1967	76	89	133	64	109	65	68	81	91	144	87	114	1.092	1.121	91	
1968	36	49	96	88	52	60	39	58	45	20	24	21	598	588	50	
1969	27	23	27	29	43	17	32	6	26	29	31	42	316	332	26	
1970	17	17	21	55	26	23	28	43	22	42	23	23	340		28	
1971	123	104	150	155	100	66	116	46	84	94	52	55	1.145		95	
1972	36	67	41	138	235	254	253	202	124	175	1.545	356	3.426		286	
1973	158	191	147	205	212	275	412	620	472	621	567	614	4.494		374	
1974	449	489	589	831	586	493	401	597	703	440	286	677	6.541		545	
1975	415	585	301	529	490	498	423	364	550	418	589	843	5.985		499	
1976	572	690	1.079	1.129	975	1.098	952	716	624	628	564	695	9.704		809	
1977	643	510	567	556	604	615	954	978	846	1.023	1.106	872	9.274		773	
1978	878	800	919	877	657	600	828	503	530	581	554	728	8.455		705	
1979	541	708	823	506	533	572	464	712	744	649	393	581	7.226		602	
1980	566	420	514	705	578	471	237	605	1.156	715	431	556	6.954		579	
1981	343	275	473	490	421	292	370	239	201	180	80	409	3.773		315	
1982	194	158	253	241	246	143	193	122	158	125	126	112	2.071		173	
1983	113	105	127	123	70	87	87	211	122	191	87	124	1.447		121	
1984	99	64	67	71	97	76	58	79	78	52	37	135	913		76	
1985	42	27	33	73	44	23	20	53	39	26	40	40	460		38	
1986	45	64	68	70	28	42	21	96	49	88	65	117	753		63	
1987	93	154	563	902	1.011	1.117	1.583	1.640	1.683	2.109	1.592	2.041	14.488		1.207	
1988	1.655	2.253	2.691	2.909	3.141	3.829	4.428	4.483	4.835	5.088	5.041	7.305	47.718		3.977	
1989	6.023	5.680	7.287	7.353	7.009	8.454	7.345	9.731	9.352	8.836	9.993	11.071	98.134		8.178	
1990	12.507	8.416	12.028	9.707	11.427	12.646	14.795	14.284	13.175	15.434	13.133	10.398	147.950		12.329	
1991	16.232	10.514	11.933	13.636	12.436	12.313	13.950	10.972	11.390	12.906	9.943	11.095	147.320		12.277	
1992	16.379	9.155	12.120	11.662	13.458	13.423	15.523	15.760	15.917	21.360	23.443	27.376	195.576		16.298	
1993	15.772	12.423	13.974	11.481	14.170	15.842	19.044	17.202	17.699	20.654	22.272	26.099	206.632		17.219	
													953.007			
1957-69 monatl. Daten des DRK, die von offizieller Zahl der Bundesregierung abweichen, ab 1970 offizielle Daten;																
Quelle: BMI und DRK-Suchdienst Hamburg																

Sowjetdeutsche Emigration aus der UdSSR 1955-1987 (pro Monat)

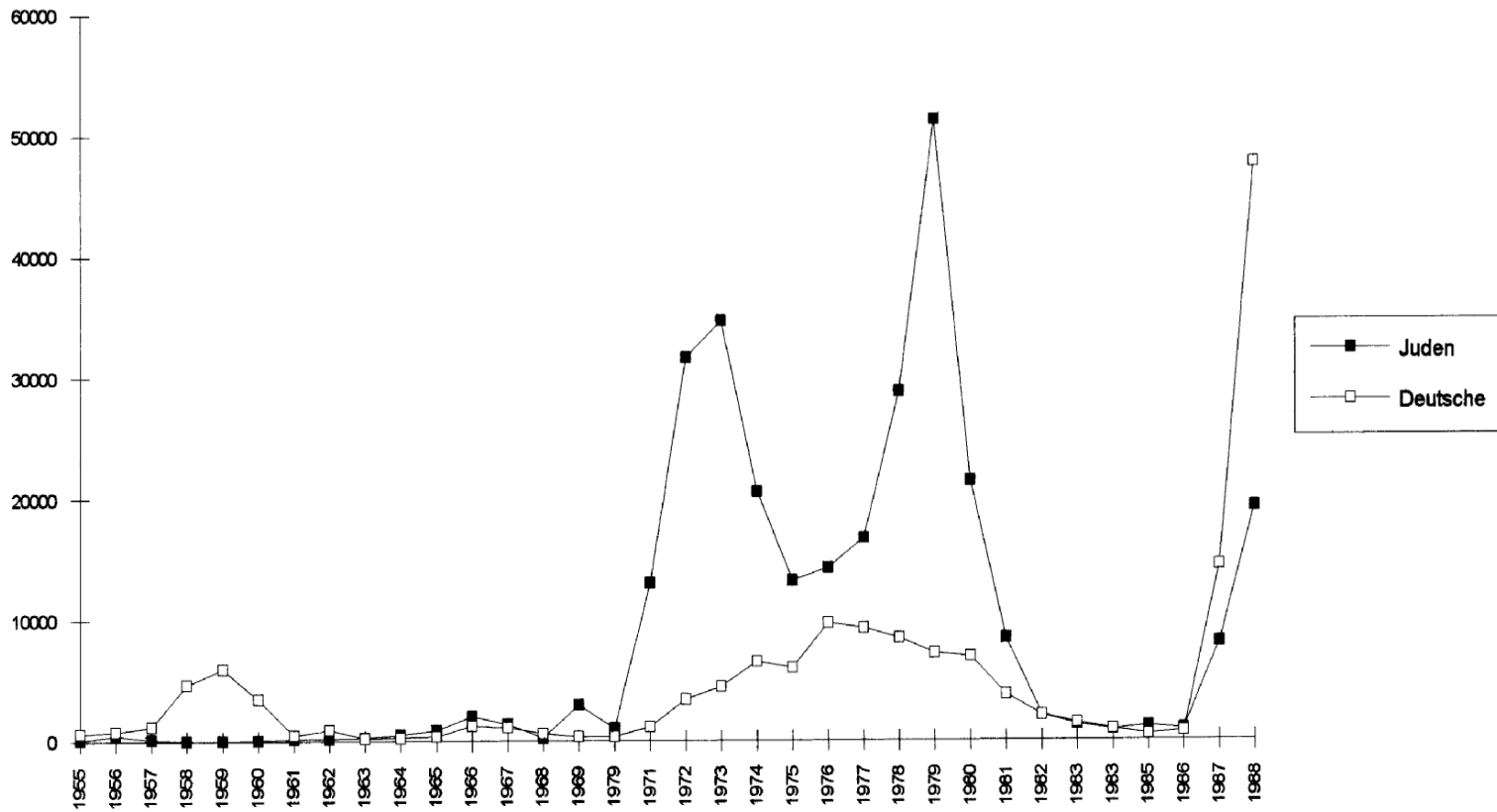


4. Aussiedler nach Kategorien: Tabelle

Aussiedler nach Kategorien														
	7-12		1-6		7-12		1-6		1-12		1-6		1-12	
	1979	1980	1980	1981	1981	1982	1982	1983	1983	1984	1985	1986	1987	1988
Reichsdeutsche	5	5	5	6	7	1	1	3	1	1	1	0	6	2
Memeldeutsche	39	55	30	21	13	5	26	1	1	4	4	8	11	25
Vertragsausiedler	10	21	9	13	0	3	5	2	9	0	3	4	3	46
Administrativausiedler	2106	1916	2281	1235	779	660	472	376	504	289	262	152	2271	25032
nichtunges. Volksdeutsche	1207	1093	1255	912	595	489	295	213	275	151	146	127	1482	21988
Nichtdeutsche	85	63	76	38	43	30	26	17	22	11	16	10	67	625

Quelle: Deutsches Rotes Kreuz
Suchdienst Hamburg,
Hilfswerke und Arbeitsdienste

Ausreise von Juden und Deutschen 1955-1988



Quelle: BMI (Deutsche), Heltman, Soviet Emigration since Gorbachev, Blos-Berichte 62-1989, S. 12

6. Ausreise Deutscher und Juden 1970-1988 im Vergleich: Tabelle

Ausreisen von Juden und Deutschen 1955-1988		
	Juden	Deutsche
1955	105	608
1956	454	800
1957	149	1.221
1958	12	4.681
1959	3	5.950
1960	60	3.460
1961	202	451
1962	184	927
1963	305	242
1964	537	262
1965	891	365
1966	2.047	1.245
1967	1.406	1.092
1968	229	598
1969	2.979	316
1970	1.027	340
1971	13.022	1.145
1972	31.681	3.426
1973	34.733	4.494
1974	20.628	6.541
1975	13.221	5.985
1976	14.261	9.704
1977	16.736	9.274
1978	28.865	8.455
1979	51.320	7.226
1980	21.471	6.954
1981	8.448	3.773
1982	2.071	2.071
1983	1.315	1.447
1984	903	913
1985	1.140	460
1986	914	753
1987	8.134	14.488
1988	19.365	47.718
Quelle: BMI (Deutsche); Heitman, Soviet Emigration since Gorbachev, Bist- Berichte 62-1989, S. 12	298.818	157.385

7. Deutsch-ungarische Vereinbarung vom 7.10.87 zur Förderung der deutschen Nationalität in der Ungarischen Volksrepublik

Erklärung

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Ungarischen Volksrepublik beabsichtigen, unter Bezugnahme auf das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über kulturelle Zusammenarbeit vom 6. Juli 1977, vorbehaltlich der jeweiligen innerstaatlich notwendigen Verfahren und Vereinbarungen zwischen beiden Seiten folgende Maßnahmen zur Förderung der deutschen Nationalität in der Ungarischen Volksrepublik bzw. Förderung der deutschen Sprache im allgemeinen über bestehende Programme im Rahmen des Kulturabkommens hinaus zu treffen.

I. Allgemeinbildende Einrichtungen (Schulen, Kindergärten)

Beide Seiten stimmen darin überein, daß die Bundesrepublik Deutschland den Bau, die Einrichtung und den Betrieb zweisprachiger (deutsch-ungarisch) Schulen der deutschen Nationalität in der Ungarischen Volksrepublik unterstützen wird.

Bestehende ungarische Mittelschulen für Schüler ungarischer oder deutscher Muttersprache, die zweisprachigen Unterricht (deutsch-ungarisch) anbieten bzw. intensiven deutschen Sprachunterricht betreiben, erhalten finanzielle und didaktische Unterstützung aus der Bundesrepublik Deutschland.

Hierzu zählen:

- die Übersendung von Lehrmitteln aus der Bundesrepublik Deutschland (z.B. Bücher für den Sprachunterricht sowie technische Hilfsmittel für den Fachunterricht);
- die Entsendung von Experten zur intensiven Lehrerfortbildung in die Ungarische Volksrepublik;
- Stipendien zur Lehrerfortbildung und für Intensivsprachkurse in der Bundesrepublik Deutschland.

II. Hochschulen und Wissenschaft

Die Germanistikinstitute der ungarischen Universitäten sind die wichtigsten Träger zur Verbreitung und Intensivierung der deutschen Sprachkenntnisse in der Ungarischen Volksrepublik. Sie erhalten finanzielle und personelle Unterstützung aus der Bundesrepublik Deutschland:

- Bücherspenden und technische Ausstattungshilfen aus der Bundesrepublik Deutschland;
- Förderung der akademischen Zusammenarbeit durch den Austausch von Kurzzeitdozenten. Aus der Bundesrepublik Deutschland werden Kurzzeitdozenten an Universitäten in der Ungarischen Volksrepublik entsandt;
- Entsendung von Lektoren für die Fachbereiche Deutsch als Fremdsprache, Literatur und Landeskunde für die vier Germanistischen Fakultäten der Ungarischen Volksrepublik oder für andere Fachbereiche;

- 3 -

- Verschiedenartige Stipendien für Studierende, Graduierte und Hochschullehrer für Aufenthalte in der Bundesrepublik Deutschland;
- Unterstützung bei der Erforschung der ungarndeutschen Mundart
- Unterstützung von Arbeitsprogrammen im Rahmen bestehender Universitatspartnerschaften.

III. Der Ausbau des deutschsprachigen Theaters in der Ungarischen Volksrepublik wird durch die Bundesrepublik Deutschland mit geeigneten Maßnahmen unterstützt.

Hierzu zählen:

- Entsendung von Gastregisseuren (nach Bedarf);
- Fortbildung in deutscher Buhnensprache für Schauspieler;
- Seminare und Fortbildungsveranstaltungen für Buhnenpersonal;
- Ausstattungshilfen für deutschsprachige Theatergruppen.

IV. Kulturelle Zentren der deutschen Minderheit in der Ungarischen Volksrepublik werden durch die Bundesrepublik Deutschland unterstützt. Beide Seiten stimmen darin überein, daß die Bundesrepublik Deutschland den Aufbau des Lenau-Hauses in Fünfkirchen finanziell unterstützen wird.

Die Regierung der Ungarischen Volksrepublik begrüßt diese neuen Projekte der Zusammenarbeit und wird ihrerseits gewährleisten, daß die vereinbarten Maßnahmen realisiert werden können. Über weitere Einzelheiten werden beide Seiten gesondert übereinkommen.

Diese Erklärung hat eine Laufzeit von fünf Jahren und verlängert sich stillschweigend, sofern sie nicht mit einer Frist von sechs Monaten schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Bonn am 7. Oktober 1987

Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland

Für die Regierung der
Ungarischen Volksrepublik

8. Liste möglicher Maßnahmen des Auswärtigen Amtes zur Förderung der Identität der Sowjetbürger deutscher Nationalität

Liste

von möglichen Maßnahmen, mit denen die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in Absprache mit der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken die Förderung der kulturellen und insbesondere sprachlichen Identität der Sowjetbürger deutscher Nationalität unterstützen könnte. Es handelt sich um eine Auswahl aus den von der Bundesregierung und den von ihr beauftragten Organisationen in vielen Ländern der *WZC* geförderten Programmtypen. Die Liste könnte bei Bedarf erweitert werden.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland geht dabei davon aus, daß es in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Institutionen gibt oder geben wird, die "Deutsch als Muttersprache" unterrichten oder pflegen (Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Sportvereine, Jugendgruppen, Kirchengemeinden u.ä.).

Schulen

- a) Bereitstellung von Lehr- und Lernmitteln (Bücher und Geräte) sowohl für deutschen als auch für deutschsprachigen Fachunterricht.
Träger: Goethe-Institut für deutsche Lehrbücher, Zentralstelle für das Auslandsschulwesen für deutschsprachigen Fachunterricht.
- b) Ausstattung von Schulbibliotheken.
Träger: Zentralstelle für das Auslandsschulwesen oder Inter Nationes.
- c) Sprachfortbildung von Kindergärtnerinnen und Lehrern (Träger sämtlich: Goethe-Institut).
- Bereitstellung von Stipendien für Deutschlehrer zum Besuch deutscher Sprachkurse in der Bundesrepublik Deutschland; Dauer: 4-8 Wochen;
 - Bereitstellung von Stipendien für Deutschlehrer für Fortbildungsseminare zur Landeskunde und zur Didaktik der Landeskunde in der Bundesrepublik Deutschland.
Dauer: 3 Wochen;
 - Stipendien für die Hospitation von ^(stipend) deutschen Lehrern bei Intensiv-Jugendkursen in der Bundesrepublik Deutschland.
Dauer: 3 Wochen;
 - Fachkurse für Fachinspektoren (Fachdidaktik, Hospitation, Schulpraxis in der Bundesrepublik Deutschland)
Dauer: 3 Wochen;
 - Jugend- und Studenten-Sprachkurse in der Bundesrepublik Deutschland.
Dauer: 3 Wochen;
 - Entsendung von Sprachdozenten in die UdSSR zur Durchführung von Intensivsprachkursen für Kindergärtnerinnen und Lehrer.
Dauer: 4 Wochen.
- d) Schüleraustauschprogramme auf schulpartnerschaftlicher Basis.
Dauer: 3 Wochen; gastgebendes Land trägt Aufenthaltskosten; entsendendes Land trägt Reisekosten;
Träger: Die Länder der Bundesrepublik Deutschland.

Ähnliche Maßnahmen wie an Schulen können auch an Institutionen der Erwachsenenbildung vermittelt werden, falls es solche für Muttersprache gibt.

Hochschulen

- a) Buchspenden an wissenschaftliche bzw. Universitätsinstitute aller Fachrichtungen, an denen auf Deutsch unterrichtet wird.
Träger: Deutsche Forschungsgemeinschaft;
- b) Buchspenden an deutsch arbeitende Wissenschaftler.
Träger: Deutsche Forschungsgemeinschaft;
- c) Gerätespenden für den Deutschunterricht an Hochschulen, an denen in der Muttersprache unterrichtet wird.
Träger: Inter Nationes;
- d) Stipendien für postgraduierte Muttersprachen-Studenten im Bereich Germanistik.
Dauer bis zu 2 Jahren; Träger: Deutscher Akademischer Austauschdienst;
- e) Semester-Stipendien für sowjetdeutsche Studenten der Germanistik, Dauer: vier Monate.
Träger: Deutscher Akademischer Austauschdienst;
- f) Stipendien für Sowjetdeutsche mit einem sowjetischer Hochschulabschluß zum Zwecke von Aufbau- oder Promotionsstudien; Dauer: zwei bis drei Jahre; Verlängerung möglich.
Träger: Deutscher Akademischer Austauschdienst;
- g) Forschungsstipendien für sowjetdeutsche Experten und Kandidaten der Germanistik; Dauer: bis zu einem Jahr.
Träger: Deutscher Akademischer Austauschdienst;
- h) Vermittlung von Lektoren, Kurz- und Langzeitdozenten an sowjetische Lehrstühle gleich welcher Fachrichtung einschließlich Germanistik, die in der Muttersprache unterrichten.
Träger: Deutscher Akademischer Austauschdienst.

Literatur

Lieferung von deutscher Literatur in deutscher Sprache in den Bereichen Unterhaltungs-, Kinder- und Sachliteratur sowohl an Institutionen (Bibliotheken) wie Einzelpersonen deutscher Natio-

-3-

nationalität entsprechend deren Wünschen.

Träger: Inter Nationes.

Filme

Zurverfügungstellung von Spielfilmen in deutschsprachiger Originalfassung an jedwede Institution sowjetischer Bürger deutscher Nationalität entsprechend deren Wünschen.

Träger: Inter Nationes.

Deutschsprachiges Theater in Temirtau

a) Je nach festzustellendem Bedarf Unterstützung durch Sachspenden (deutsche Texte, techn. Anlagen).

Träger: Inter Nationes;

b) Sprachfortbildungskurse für die Schauspieler.

Träger: Theaterakademie Ulm, Goethe-Institut.

Musik

a) Spende von Musikplatten und -kassetten, Abspielgeräten sowie Musikinstrumenten, auch Notenmaterial.

Träger: Inter Nationes;

b) Einladung von Chorleitern zu Chorleitertagungen.

Träger: Deutscher Musikrat.

Medien

Zurverfügungstellung von Materialien für deutschsprachigen Rundfunk und Fernsehen (Träger: Inter Nationes, Deutsche Welle);

Sprachfortbildung für deutschsprachige Journalisten (Träger: Goethe Institut);

Hospitation bei Medien in der Bundesrepublik Deutschland

(Träger: Redaktionen)

Sport

a) Sportgerätespenden an Vereine sowjetischer Bürger deutscher Nationalität.

Träger: Deutscher Sportbund oder Deutsche Sportjugend oder Nationales Olympisches Komitee;

b) Sportliche Begegnungen zwischen Vereinen von sowjetischen Bürgern deutscher Nationalität und Vereinen der Bundesrepublik Deutschland sowie zwischen einzelnen Sportlern beider Seiten.

Träger: Deutscher Sportbund oder Deutsche Sportjugend oder Nationales Olympisches Komitee.

Jugendbegegnungen

Einladung von sowjetischen Jugendgruppen deutscher Nationalität zur Begegnung mit Jugendgruppen in der Bundesrepublik Deutschland; Dauer: 3-4 Wochen.

Träger: Private Jugendorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland.

Religiöse Betreuung

a) Bereitstellung von Eibeln, Katechismen, *Gesangbüchern*, Predigt- und Andachtsliteratur in deutscher Sprache.

Träger: Evangelische Kirche in Deutschland oder
Katholische Bischofskonferenz.

b) Zurverfügungstellung von Studienplätzen für Theologiestudenten und Studenten an Predigerseminaren.

Träger: Evangelische und katholische Institutionen.

9. Konzeption der RSFSR zur Lösung des Problems der Sowjetdeutschen, 24.9.91

Konzeption zur Lösung des Problems der Sowjetdeutschen

In Ausführung des Gesetzes der RSFSR "Über die Rehabilitierung der repressierten Völker", gestützt auf das verfassungsmäßige Recht eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung und die Bestrebungen der Sowjetdeutschen zur Wiederherstellung ihrer Staatlichkeit, zum national-kulturellen Aufbau in ihren gegenwärtigen Wohngebieten, zur Entwicklung des Bildungssystems auf nationaler Grundlage, wird folgende Konzeption der RSFSR für Probleme der Sowjetdeutschen für erforderlich gehalten:

1. Die wichtigsten Ziele:

- a) Wiederherstellung der Staatlichkeit der Sowjetdeutschen;
- b) Wiederherstellung der nationalen Rayons und die Schaffung anderer national-territorialer Gebilde in Gegenden mit kompakter Siedlung von Sowjetdeutschen;
- c) Wiederbelebung und Entwicklung der nationalen Kultur und Sprache in der künftigen Republik und in den heutigen (gegenwärtigen) Wohnorten der Sowjetdeutschen.

2. Die wichtigsten Prinzipien für die Realisierung der Ziele (sind):

- a) Berücksichtigung der politischen und ökonomischen Situation in der UdSSR und in der RSFSR, der Bestimmungen des Unions-Wirtschafts-Vertrages und der von den Republiken geschlossenen Verträge, der

-
- Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der Union der SSR und den Republiken;
- b) bei der führenden Rolle der RSFSR in der Frage der Wiederherstellung der Staatlichkeit der Sowjetdeutschen wird das Problem der Sowjetdeutschen als republikübergreifendes Problem anerkannt;
 - c) das Programm muß etappenweise geplant werden, mit konkreten Fristen;
 - d) die Projekte des Programms müssen mit den Behörden des Territoriums angestimmt werden, in dem das künftige staatliche Gebilde (der Sowjetdeutschen) entstehen soll, mit der Russischen Föderation, mit den anderen Republiken, deren Interessen mit der Lösung der Probleme der Sowjetdeutschen verbunden sind;
 - e) bei der Realisierung dieses Programms spielt die Hauptverwaltung für die Angelegenheiten der Sowjetdeutschen beim Staatskomitee der RSFSR für Nationalitätenfragen als einziges Zentrum, das sich hauptamtlich mit diesen Fragen beschäftigt, eine koordinierende Rolle;
 - f) es ist vorgesehen, daß in den Medien, auf wissenschaftlich-praktischen Konferenzen zwischen den Sowjetdeutschen allgemein, in den gesellschaftlichen Organisationen, auf Kongressen auf Republiksebene und Unionsebene der Sowjetdeutschen die Ausarbeitung und Realisierung des Programms ausführlich diskutiert werden kann.

3. Die Hauptetappen der Wiederherstellung der Staatlichkeit für die Sowjetdeutschen

Gleichzeitig mit der etappenmäßig erfolgenden Wiederherstellung der Republik für die Sowjetdeutschen sollen auch Maßnahmen zur Wiederherstellung und (Neu-) Bildung von nationalen Rayons in Gegenden mit kompakter Besiedlung durch Sowjetdeutsche, ergriffen werden, Maßnahmen zur Wiederbelebung und Erhaltung der Kultur und Sprache, zur Schaffung eines nationalen Bildungssystems usw. Außerdem soll die Arbeit zur Gewährleistung der völligen

rechtlichen und wirtschaftlichen Rehabilitierung der Bürger deutscher Nationalität weitergeführt werden. Den Zeitplan dafür kann man sich so vorstellen:

1. Etappe (bis zum 10. Oktober 1991)

Die Kommission für die Angelegenheiten der Sowjetdeutschen beim Ministerrat der RSFSR (im weiteren "Kommission" genannt) legt die Aufgaben der einzelnen Ministerien und Behörden bei der Ausarbeitung der wirtschaftlichen Eckwerte bei der Wiederherstellung eines Staatswesens an der Wolga fest.

Die Finanzquellen (Budgets der Union, der Republiken, örtliche Budgets, Investitionen aus dem Ausland) müssen festgelegt werden.

Man muß sich ein umfassendes Bild des Gebiets der zukünftigen Republik verschaffen, was die Wirtschaft, die Bevölkerungs- und die Infrastruktur anbetrifft.

Folgende Prinzipien sollen bei der Wiederherstellung eines (sowjetdeutschen) Staatswesens die Grundlage sein:

- Die Beachtung der Rechte und Interessen aller Volksgruppen und einzelnen Bürger, die auf diesen Territorien leben; es muß geklärt werden, was die Bevölkerung von den Umwälzungen zu erwarten hat,
- die Erhöhung des wirtschaftlichen Niveaus des Gebietes,
- die Verbesserung des sozialen Netzes,
- zusätzlicher Wohnungsbau,
- die Ausweitung des Straßennetzes,
- Schaffung von Einrichtungen für Kultur und Erholung.
- Sättigung des Marktes mit Waren usw.

2. Etappe (bis zum 31. Dezember 1991)

Abstimmung des Projektes in den Behörden:

Im Obersten Sowjet der UdSSR, der RSFSR, der anderen

Republiken, in denen Sowjetdeutsche leben, in Ministerien und anderen Behörden, desgleichen mit den Räten auf Gebiets- und Rayonebene im Gebiet des zukünftigen nationalen Staatsgebildes. Parallel dazu soll eine Reihe von Rayons im Wolgagebiet festgelegt werden, in denen die Voraussetzungen am geeignetsten sind, mit der praktischen Wiederherstellung eines Staatswesens zu beginnen.

3. Etappe (1992 - 1993)

In dieser Etappe soll die freiwillige Umsiedlung von Sowjetdeutschen auf das Gebiet des zukünftigen Staatswesens erfolgen.

Dabei können die Erfahrungen, die man schon vorher im Altai-Kreis und anderen Gebieten des Landes bei der Wiederherstellung von nationalen territorialen Gebilden gesammelt hat, genutzt werden.

Auf dem Gebiet des (neu zu erstellenden) nationalen territorialen Gebildes und den Zentren der Gebiete sollte es zweckmäßigerweise eine Vertretung des Komitees für die Angelegenheiten der Sowjetdeutschen geben, damit gebiets-, behörden-, republik- und staatsübergreifende Maßnahmen koordiniert werden können.

Die Probleme, die in Zusammenhang stehen mit ausländischen Investitionen für einen Teil des Programmes - durch ein ausländisches Hilfsprogramm - sollen gemeinsam von dem Staatskomitee der RSFSR für Minderheitenfragen und der speziell geschaffenen zwischenstaatlichen Kommission für Angelegenheiten der Sowjetdeutschen gelöst werden.

4. Etappe (1993 - 1994)

Durch die Umsiedlung wird die notwendige demographische Situation gewährleistet, nämlich eine ausreichende Anzahl von Bewohnern deutscher Nationalität.

Republiken, in denen Sowjetdeutsche leben, in Ministerien und anderen Behörden, desgleichen mit den Räten auf Gebiets- und Rayonebene im Gebiet des zukünftigen nationalen Staatsgebildes. Parallel dazu soll eine Reihe von Rayons im Wolgagebiet festgelegt werden, in denen die Voraussetzungen am geeignetsten sind, mit der praktischen Wiederherstellung eines Staatswesens zu beginnen.

3. Etappe (1992 - 1993)

In dieser Etappe soll die freiwillige Umsiedlung von Sowjetdeutschen auf das Gebiet des zukünftigen Staatswesens erfolgen.

Dabei können die Erfahrungen, die man schon vorher im Altai-Kreis und anderen Gebieten des Landes bei der Wiederherstellung von nationalen territorialen Gebilden gesammelt hat, genutzt werden.

Auf dem Gebiet des (neu zu erstellenden) nationalen territorialen Gebildes und den Zentren der Gebiete sollte es zweckmäßigerweise eine Vertretung des Komitees für die Angelegenheiten der Sowjetdeutschen geben, damit gebiets-, behörden-, republik- und staatsübergreifende Maßnahmen koordiniert werden können.

Die Probleme, die in Zusammenhang stehen mit ausländischen Investitionen für einen Teil des Programmes - durch ein ausländisches Hilfsprogramm - sollen gemeinsam von dem Staatskomitee der RSFSR für Minderheitenfragen und der speziell geschaffenen zwischenstaatlichen Kommission für Angelegenheiten der Sowjetdeutschen gelöst werden.

4. Etappe (1993 - 1994)

Durch die Umsiedlung wird die notwendige demographische Situation gewährleistet, nämlich eine ausreichende Anzahl von Bewohnern deutscher Nationalität.

10. Eckpunkte der Bundesregierung für die Wiederherstellung einer deutschen Republik im Wolgagebiet, 27.9.91

Eckpunkte für die Wiederherstellung einer deutschen Republik im Wolgagebiet

I

1. Die Wiederherstellung der Republik der Deutschen im Wolgagebiet ist aus rechtlichen, politischen und moralischen Gründen geboten. Nur sie wird den in der Sowjetunion lebenden Deutschen das Überleben als Volk mit eigener Kultur, Sprache und Tradition sichern.
2. Die RSFSR ist zuständig und auch bereit, die Voraussetzungen für die Wiederherstellung dieser Republik zu schaffen. Deutschland wird auf Wunsch der RSFSR im Rahmen seiner Möglichkeiten Hilfestellung leisten. Diese Hilfen werden die Maßnahmen der RSFSR sinnvoll ergänzen. Dies gilt insbesondere für den kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Bereich.
3. Die Zeit drängt. Erforderlich sind deutliche Signale an das Volk der Deutschen in der Sowjetunion noch in diesem Jahr. Dabei muß deutlich werden, daß sich die Wolgarepublik weder gegen die Rechte noch den sonstigen Besitzstand der jetzigen Wohnbevölkerung richtet.

II

Notwendig ist zunächst eine politische Grundsatzentscheidung und/oder -erklärung über die Wiederherstellung einer eigenen deutschen Staatlichkeit an der Wolga. Sie soll unverzüglich unionsweit bekannt gemacht werden.

Diese Entscheidung/Erklärung sollte bereits das vorgesehene Gebiet umreißen und den Zeitrahmen für den Aufbau der Republik angeben.

1. Als Gebiet sollten die "traditionellen Siedlungsgebiete" der Deutschen an der Wolga genannt werden.

2. Zeitrahmen für die Errichtung der Wolgarepublik:

- 1991 - Politische Grundsatzentscheidung/erklärung; ggf. auf dem Kongress der Deutschen in der Sowjetunion vom 18. bis 20. Oktober 1991.
- Begleitende Öffentlichkeitsarbeit zur Erhöhung der Akzeptanz bei den in der Wolgaregion lebenden Menschen.
 - Vorbereitung von Sofortmaßnahmen sowie von regionalplanerischen Maßnahmen, die allen Bewohnern der Region zugutekommen werden.
 - Gemeinsame deutsch-russische Erklärung (Jelzin/Kohl) im November 1991.
 - Verabschiedung der notwendigen legislativen Maßnahmen auf der Grundlage des Gesetzes der RSFSR vom 26. April 1991 "über die Rehabilitierung der repressierten Völker".
 - Rahmenvereinbarung über die konkrete deutsch-russische Zusammenarbeit.
- 1992 - Bildung einer privatwirtschaftlich organisierten deutsch-russischen Entwicklungsgesellschaft für die Fortsetzung und Verstärkung der deutschen Investitionshilfen zur Schaffung von Wohnraum und Arbeitsplätzen sowie zur Sicherstellung der Versorgung der Region an der Wolga.
- Entwicklung erster Verwaltungsstrukturen für die Deutschen an der Wolga, ggf. bereits Bildung von nationalen Verwaltungseinheiten.

- 3 -

- Förderung von deutsch-russischen Partnerschaften auf kommunaler und staatlicher Ebene in der Wolgaregion.
- Parallel zur Entwicklung von Infrastruktur und dem Bau von Wohnungen bereits Einleitung der freiwilligen Umsiedlung von Deutschen in ihr künftiges Staatswesen, um ihnen frühzeitig die Mitwirkung am Aufbau ihrer Republik zu ermöglichen.

1992/

- 1993 - Gezielte freiwillige Umsiedlung von Deutschen auf das Territorium der Republik.

Sobald wie

- möglich - Schaffung der Republikorgane für ein funktionsfähiges Staatsgebilde der Deutschen an der Wolga unter Berücksichtigung der Interessen der Gesamtbevölkerung, die auf dem Gebiet lebt.

III

Es ist nicht zu erwarten, daß alle Deutschen, die in der Sowjetunion leben, in die neue Republik ziehen werden. Deshalb ist es notwendig - entsprechend dem Gesetz über die freie nationale Entwicklung von Völkern der Sowjetunion, die außerhalb ihrer national-territorialen Einheiten wohnen -, parallel zur Entwicklung der Wolgarepublik in anderen Gebieten mit einem hohen deutschen Bevölkerungsanteil nationale Rayons wiederherzustellen oder andere national-territoriale Gebilde zu schaffen.

Zusammen mit der neuen Republik werden sie zur Wiederbelebung und Entwicklung der nationalen Kultur und Sprache der Deutschen in der Sowjetunion beitragen.

IV

Elemente einer Grundsatzerklärung anlässlich des Kongresses der Deutschen in der Sowjetunion (18. bis 20.10.1991)

- Das Gesetz der RSFSR vom 26. April 1991 über die Rehabilitierung der repressierten Völker verlangt u.a. auch die territoriale Rehabilitierung der Betroffenen.
- Die RSFSR ist entschlossen, in Ausführung dieses Gesetzesauftrages die Republik der Deutschen in ihren traditionellen Siedlungsgebieten an der Wolga wiederherzustellen und dafür die weiteren notwendigen legislativen Grundlagen zu schaffen.
- Die territoriale Wiederherstellung der Wolgarepublik wird weder die Rechte noch den Besitzstand der jetzigen Wohnbevölkerung des Gebietes beeinträchtigen. Dagegen werden alle an dessen Entwicklung teilhaben. Damit werden von Anfang an die Voraussetzungen für ein gedeihliches Zusammenleben der verschiedenen Nationalitäten an der Wolga geschaffen.
- Verbindliche Einladung an die Deutschen, die in die Wolgarepublik ziehen möchten, damit sie ihre Lebensplanung darauf einstellen können.
- Aufforderung an alle Deutschen, sich am Aufbau der Wolgarepublik zu beteiligen, damit sie ein anerkanntes Zentrum zur Bewahrung, Pflege und Weiterentwicklung ihrer Sprache, Kultur und Traditionen wird.
- Appell an alle Gruppen der Deutschen in der Sowjetunion, zur Erreichung dieses Zieles zusammenzustehen.

- 5 -

- Ankündigung, daß RSFSR bei der Wiedererrichtung der Wolgarepublik eng mit Deutschland zusammenarbeiten wird.
- Bereits im November 1991 wird Präsident Jelzin darüber mit Bundeskanzler Kohl sprechen.

**11. Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation zur stufenweisen
Wiederherstellung der Staatlichkeit der Russlanddeutschen, 10.7.92**

Protokoll
über die Zusammenarbeit
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Russischen Föderation
zur stufenweisen Wiederherstellung der Staatlichkeit der
Rußlanddeutschen

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Russischen Föderation,

ausgehend von der Absicht der russischen Seite, die die deutsche Seite nachhaltig begrüßt, in Ausführung des Gesetzes der Russischen Föderation über die Rehabilitierung der repressierten Völker vom 26. April 1991 und des Dekrets des Präsidenten der Russischen Föderation über Sofortmaßnahmen zur Rehabilitierung der Rußlanddeutschen vom 21. Februar 1992, die Republik der Deutschen in den traditionellen Siedlungsgebieten ihrer Vorfahren an der Wolga stufenweise wiederherzustellen, ohne dabei die Belange der in dieser Region ansässigen Bevölkerung zu schmälern,

gestützt auf die Gemeinsame deutsch-russische Erklärung vom 21. November 1991, die Möglichkeiten für eine umfassende Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten eröffnet,

geleitet von dem Ziel, möglichst vielen Rußlanddeutschen und ihren Nachkommen ihre Heimat zu erhalten und ihnen - unbeschadet ihres Rechts auf Ausreise - wieder die Möglichkeit zu geben, ihre eigene nationale Identität in Kultur, Sprache und Religion in Rußland zu entfalten,

in der Überzeugung, daß die wiederbegründete Republik der Wolgadeutschen das kulturelle und geistige Zentrum für alle Deutschen, die im Hoheitsgebiet der Staaten leben, die zur ehemaligen UdSSR gehörten, darstellen und für sie der überzeugende Beweis der vollständigen politischen Rehabilitation sein wird, unabhängig davon, ob sie beschließen, in dieses Gebiet umzusiedeln, oder ob sie in ihren jetzigen Wohngebieten ansässig bleiben wollen,

in Berücksichtigung der tatsächlichen Lage, die eine Wiedererrichtung der Republik der Wolgadeutschen nur stufenweise und unter Wahrung der Belange der jetzt dort ansässigen Bevölkerung ermöglicht,

im Bewußtsein, daß die Rußlanddeutschen eine bedeutsame Funktion bei der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation erfüllen,



sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Russischen Föderation bekräftigt ihre Absicht, stufenweise die Republik der Wolgadeutschen in den traditionellen Siedlungsgebieten ihrer Vorfahren an der Wolga wiederzuerrichten, ohne daß die Belange der jetzt dort ansässigen Bevölkerung geschmälert werden.

Beide Seiten werden dies nach Kräften fördern mit dem Ziel, die Verwirklichung der nationalen und kulturellen Identität der Rußlanddeutschen zu gewährleisten.

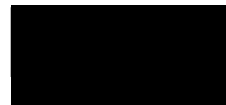
Die russische Seite wird im Rahmen der Verfassung der Russischen Föderation bereits 1992 Möglichkeiten für eine wirksame Unterstützung des Prozesses der Wiedererrichtung der Republik der Wolgadeutschen bieten und dabei die Wahrung aller Rechte der Bevölkerung garantieren, die gegenwärtig in dem Gebiet, in dem die Republik der Wolgadeutschen wiedererrichtet werden soll, ansässig ist.

Beide Seiten setzen sich zum Ziel, die Festigung des Einvernehmens zwischen den nationalen und ethnischen Gruppen in dieser Region maximal zu unterstützen.

(2) Im Einklang mit dem in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte verbürgten Recht auf Freizügigkeit steht der Zuzug in die zu schaffende Republik allen Deutschen offen, die im Hoheitsgebiet der Staaten, die zur ehemaligen UdSSR gehörten, leben oder gelebt haben.

(3) Die von der russischen Seite zu ergreifenden Maßnahmen werden unter anderem folgende Regelungen enthalten:

- den Stufenplan zur Umsetzung der beschlossenen staatlichen Akte,
- Art und Umfang einer Übergangsphase,



- 3 -

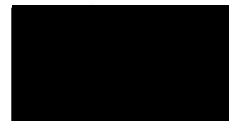
- Zugangsmodalitäten,
- Recht auf Erhalt und Erwerb von Boden,
- Festsetzung des Status und der Zuständigkeiten der autonomen Gebietskörperschaften und der künftigen Republik im Einklang mit der Verfassung und den Rechtsvorschriften der Russischen Föderation.

Artikel 2

(1) Beide Seiten stimmen darin überein, daß der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung der künftigen Republik eine überragende Bedeutung für die Schaffung einer autonomen Gebietskörperschaft zukommt, in der sowohl die Bewohner deutscher Nationalität als auch die Bewohner anderer Nationalitäten eine Heimat finden bzw. behalten können.

(2) Die deutsche Seite wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten wirtschaftliche, kulturelle und soziale Maßnahmen der russischen Seite zur Förderung dieser Entwicklung unterstützen. Dabei handelt es sich insbesondere um Maßnahmen in folgenden Bereichen:

- wirtschaftliche und finanzielle Hilfeleistung für Projekte in Gebieten, in denen die Republik der Wolgadeutschen wiedererrichtet werden soll,
- Beteiligung an der Schaffung einer Infrastruktur,
- Hilfeleistung bei der technischen Ausrüstung neuer und Umrüstung alter industrieller und landwirtschaftlicher Betriebe,
- Beteiligung von Fachleuten an der Ausarbeitung und Verwirklichung eines umfassenden Wirtschaftsprogramms und einer Bodenreform,
- Ausbildung von Fachkräften.



- 4 -

(3) Für die Lösung der genannten Probleme werden beide Seiten die Sammlung von Spenden sowohl von deutscher wie russischer und anderer Seite für die Einrichtung eines besonderen Aufbaufonds rechtlich und organisatorisch unterstützen.

Artikel 3

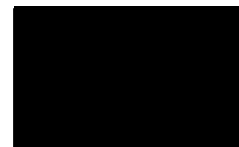
(1) Die wirtschaftliche Entwicklung in der Republik wird Gegenstand gemeinsamer Sorge der Regierungen Deutschlands und Rußlands und Angelegenheit der Privatinitiative von Personen, Unternehmen und Organisationen sein, die auf der Grundlage von Privateigentum und Marktwirtschaft Betriebe gewerblicher, bäuerlicher und industrieller Art errichten.

(2) Beide Seiten werden diese Initiativen unterstützen und die rechtlichen, organisatorischen und infrastrukturellen Voraussetzungen für eine lebensfähige - insbesondere breitgefächerte - Wirtschaftsstruktur schaffen. Hierbei soll die Zusammenarbeit zwischen kleinen und mittleren Unternehmen, im Bauwesen und im Agrarwirtschafts- und Nahrungsmittelbereich besonders gefördert werden.

Artikel 4

(1) Zur Unterstützung der deutschen Minderheit in Rußland bei der Pflege der nationalen Identität und der Wiederherstellung der Staatlichkeit der Wolgadeutschen werden beide Seiten die Gewährung der ungehinderten Möglichkeit fördern, kulturelle, soziale, gemeinschaftsfördernde und Bildungseinrichtungen zu schaffen, die das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen stärken und das Zusammenleben von Menschen deutscher und anderer Nationalität begünstigen.

(2) Die russische Seite wird die Gründung derartiger Einrichtungen legislativ und organisatorisch sicherstellen. Die deutsche Seite wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten personelle und sachliche Mittel für die Förderung und den Ausbau dieser Einrichtungen zur Verfügung stellen.



- 5 -

Artikel 5

Beide Seiten werden Partnerschaften auf allen Ebenen in geeigneter Weise unterstützen und in ihre Zusammenarbeit Wirtschaftsunternehmen und -verbände, staatliche, nichtstaatliche, religiöse und private Organisationen ihrer Länder wie auch einzelne Bürger einbeziehen.

Artikel 6

Die Durchführung dieses Protokolls sowie die Abstimmung gemeinsamer Vorhaben und Maßnahmen wird einer deutsch-russischen Regierungskommission übertragen, an der auf russischer Seite auch Vertreter der Rußlanddeutschen beteiligt sind. Die Kommission wird nach Bedarf, jedoch mindestens zweimal jährlich, abwechselnd in Deutschland und in Rußland tagen. Für einzelne Bereiche der Zusammenarbeit können Unterkommissionen gebildet werden. Die zur Durchführung dieses Protokolls vereinbarten Vorhaben und die Beschlüsse der Kommission werden in gemeinsamen, für beide Seiten verbindlichen Protokollen niedergelegt.

Die Bereitstellung der entsprechenden finanziellen Mittel bedarf der Bewilligung durch die Parlamente der beiden Seiten.

Artikel 7

Dieses Protokoll tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Mitteilungen darüber, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, ausgetauscht werden.

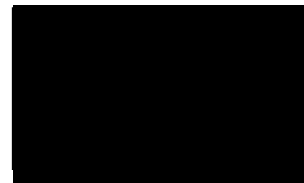
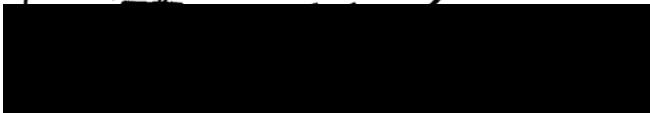
Artikel 8

Dieses Protokoll hat eine Laufzeit von 5 Jahren und verlängert sich stillschweigend um jeweils fünf Jahre, sofern es nicht von einer Seite mit einer Frist von sechs Monaten vor Ablauf des jeweiligen Zeitabschnitts schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu *Moskau, den 10. Juli* 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland

Für die Regierung der
Russischen Föderation



12. Ausreise von Deutschen 1955-1985: Graphik des Europarats



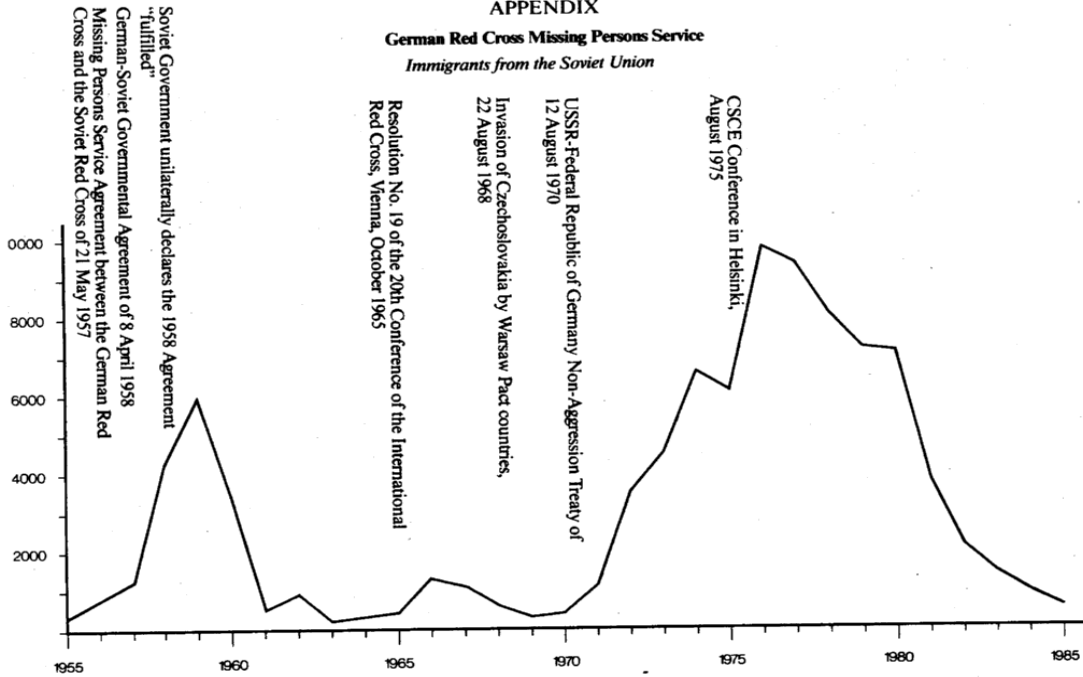
18.6.86

Doc. 5591

Situation of the German ethnic minority in the Soviet Union

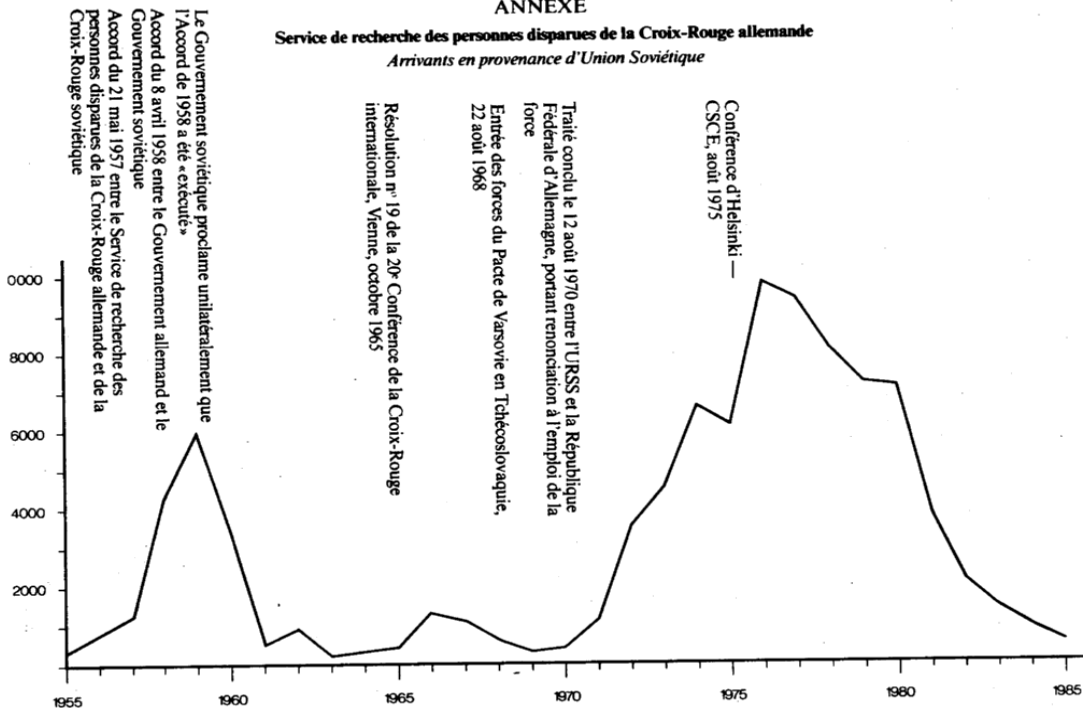
APPENDIX

German Red Cross Missing Persons Service
Immigrants from the Soviet Union



ANNEXE

Service de recherche des personnes disparues de la Croix-Rouge allemande
Arrivants en provenance d'Union Soviétique



13. Note der UdSSR vom 1.2.89

Anlage 3

Non paper
 von W. I. Kolschennikov
 im Zk übergeben

1. 2. 89

4 Bz.

Bekanntlich hält die BRD weiterhin an ihrer nationalistischen Position fest, die Interessen aller Deutschen vertreten zu wollen, wo diese auch leben und wessen Staatsbürger sie auch sein mögen. Entsprechend dieser Position ist die westdeutsche Seite bestrebt, auch die sowjetischen Bürger deutscher Nationalität in ihre politische Obhut zu nehmen und die BRD als deren geschichtliche und nationale Heimstatt, als Verfechter ihrer Rechte gegenüber den sowjetischen Behörden darzustellen. Bisher wurde vor allem versucht, unter den Sowjetdeutschen Stimmung für die Ausreise zu machen. Allerdings ist infolge der zunehmenden Schwierigkeiten mit ihrer Aufnahme in der BRD sowie mit den abnehmenden Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung für die Zugerohsten das Interesse daran spürbar zurückgegangen. In Bonn zieht man es jetzt vor, "Sorge" für die Sowjetdeutschen an den Tag zu legen, indem man die Behörden der UdSSR auffordert, die nationalen Ansprüche und Traditionen dieser Volksgruppe gebührend zu berücksichtigen, ihnen Vorzugsbedingungen für Besuche in der BRD einzuräumen und die Entwicklung der Selbstverwaltung nicht zu behindern. Die Gebiete in Kasachstan und Kirgisien, in denen Sowjetdeutsche in kompakten Gruppen leben, werden von Delegationen aus der BRD besucht, und auch Kanzler Kohl hatte während seines UdSSR-Besuchs eine Begegnung mit Sowjetbürgern deutscher Nationalität. Es kann erwartet werden, daß die westdeutsche Seite ständige Kontakte zu diesen Menschen anstrebt.

Wir sind uns über den Sinn dieser Aktivitäten der BRD im klaren und wirken ihnen im Rahmen des Möglichen entgegen. Allerdings ist es aus verständlichen Gründen nicht möglich, die Kanäle, über die die Westdeutschen auf diese Bevölkerungsgruppe einwirken, völlig zu schließen.

Wir glauben, daß die DDR sich angesichts dieser Situation in die Arbeit mit den Sowjetbürgern deutscher Nationalität einschalten könnte, indem sie diese umfassender mit den Errungenschaften des Sozialismus auf deutschem Boden, darunter auf dem Gebiet der Kultur, vertraut macht, Produktions- erfahrungen vermittelt und Unterstützung beim Erlernen der Sprache gibt. Es könnten Partnerschaftsbeziehungen auf Partei- ebene zwischen Gebieten mit kompakter deutscher Bevölkerung in der UdSSR und Bezirken der DDR hergestellt, in diesem Rahmen ein Austausch von Arbeitskollektiven, Hochschul- delegationen usw. organisiert werden, an dem auch Personen dieser Nationalität teilnehmen. Für den Anfang könnte als Partner von sowjetischer Seite das Gebiet Pawlodar vor- geschlagen werden, wo der Anteil der deutschen Bevölkerungs- gruppe bei 9,3 Prozent liegt.

Wenn die Führung der SED dem zustimmt, bitten wir um Mit- teilung, welcher Bezirk der DDR in Ergänzung zu den bereits bestehenden Partnerschaftsbeziehungen zur UdSSR die Entwicklung der Kontakte zu diesem Gebiet in Kasachstan übernehmen könnte.

Bei einer positiven Entscheidung der deutschen Freunde könnten die internationalen Abteilungen der ZK unserer Parteien beauftragt werden, die ersten Schritte zur Herstellung solcher Beziehungen einzuleiten.

14. Beschluss des Ministerrats der DDR vom 10.3.89

Anhang 15 -

Adressat	
15. März 1989	
Postfach	417

15. März 1989
159/149
15

Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik

Dienstsache

Beschluß des Ministerrates
02 - Präsidium des Ministerrates
112 / I. 16 / 89
vom 10. März 1989

Betrifft: Aufnahme von Partnerschaftsbeziehungen zwischen dem Bezirk Schwerin und dem Gebiet Pawlodar der Kasachischen SSR in der Sowjetunion

Die sich aus dem Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 28. Februar 1989 zur Aufnahme von Partnerschaftsbeziehungen zwischen dem Bezirk Schwerin und dem Gebiet Pawlodar der Kasachischen SSR in der Sowjetunion ergebenden Aufgaben für die Mitglieder des Ministerrates, Leiter anderer zentraler Staatsorgane und den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Schwerin gelten gleichzeitig als Beschluß des Präsidiums des Ministerrates. (Anlage)

gez. W. Stoph

Für die Richtigkeit:

Sekretariat des Ministerrates

Dieser Beschluß ist nach Realisierung zu vernichten;
die Archivierung erfolgt durch den Herausgeber.

Verteiler zu 02-112/I.16 /89 - Dienstsache

Minister der Finanzen
Minister für Auswärtige Angelegenheiten
Minister des Innern
Minister für Kultur
Vorsitzender des Rates des Bezirkes Schwerin
Leiter des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates
Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Fernsehen
beim Ministerrat
Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Rundfunk
beim Ministerrat
Generaldirektor des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes

AnlageBeschluß des Politbüros des ZK der SED vom 28. Februar 1989

Betrifft: Aufnahme von Partnerschaftsbeziehungen zwischen dem
----- Bezirk Schwerin und dem Gebiet Pawlodar der Kasachischen
SSR in der Sowjetunion

Beschluß

1. Der Aufnahme von Partnerschaftsbeziehungen zwischen dem Bezirk Schwerin und dem Gebiet Pawlodar der Kasachischen SSR in der Sowjetunion wird zugestimmt. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei der Arbeit mit den Sowjetbürgern deutscher Nationalität zu widmen.

2. Folgende Einzelmaßnahmen werden bestätigt:

- Die BL Schwerin der SED nimmt Partnerschaftsbeziehungen zum Gebietskomitee Pawlodar der KPdSU auf.

In die Zusammenarbeit werden der Rat des Bezirkes, der Bezirksvorstand des FDGB, die Bezirksleitung der FDJ sowie geeignete Betriebe der Industrie und Landwirtschaft u.a. Institutionen einbezogen.

- Die Partnerschaftsbeziehungen zwischen dem Bezirk Schwerin und dem Gebiet Pawlodar sind für den Austausch von Erfahrungen auf dem Gebiet der Parteiarbeit, der Tätigkeit der staatlichen Organe und der Massenorganisationen sowie in den Bereichen Wissenschaft, Technik und Produktion, Kunst und Kultur zu nutzen.

verantwortlich: 1. Sekretär der BL Schwerin
Abt. Parteiorgane des ZK der SED

3. Mit dem Ziel, die Sowjetbürger deutscher Nationalität des Gebietes Pawlodar und anderer Gebiete der Kasachischen SSR umfassender mit den Errungenschaften des Sozialismus in der DDR vertraut zu machen und sie beim Erlernen der deutschen Sprache sowie bei der Pflege und der Entwicklung ihrer Kunst und Kultur zu unterstützen, sind geeignete Maßnahmen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Medienpolitik zu realisieren (siehe Anhang).

verantwortlich: Abt. Agitation

4. Das ZK der KPdSU ist über den Beschluß des Politbüros des ZK der SED zu informieren.

verantwortlich: Abteilung Internationale Verbindungen

Anhang

Maßnahmen zur Entwicklung der Zusammenarbeit und des Austausches auf dem Gebiet der Medienpolitik mit dem Gebiet Pawlodar und anderen Gebieten der Kasachischen SSR mit einem hohen Anteil von Bürgern deutscher Nationalität

Die Medien der DDR befassen sich im Rahmen der Berichterstattung über die Sowjetunion künftig stärker mit dem Leben und den Aktivitäten der deutschsprachigen Sowjetbürger. Zugleich verstärken die Massenmedien der DDR ihre Zusammenarbeit mit den für deutschsprachige Sowjetbürger wirkenden Massenmedien in der UdSSR.

- Neues Deutschland

Mit der Zentralzeitung der Sowjetdeutschen "Neues Leben" wird ein regelmäßiger Redakteuraustausch vereinbart. Der Zeitung werden Exklusivbeiträge über Leben und Entwicklung der DDR zur Verfügung gestellt.

- ADN

Die Nachrichtenagentur KASTAG der Republik Kasachstan wird regelmäßig mit Nachrichten, Berichten, Übersichten, dokumentarischem Material und Fotos aus der DDR beliefert.

In Absprache mit TASS nimmt ADN Kontakte zur Agentur KASTAG zum Zweck der Entwicklung einer regelmäßigen Zusammenarbeit auf. Zugleich wird Unterstützung beim Aufbau eines Bildarchivs über die DDR gewährt (auf Wunsch Entsendung eines Foto-Experten von ADN zur Beratung).

- Fernsehen der DDR

Für die deutschsprachigen Sendungen des nationalen Fernsehprogramms Kasachstan stellt das Fernsehen der DDR im Rahmen

des nichtkommerziellen Programmaustausches mit dem sowjetischen Fernsehen ausgewählte Sendungen verschiedener Genres zur Verfügung. Mitarbeiter des deutschsprachigen Programms werden zur gezielten Programmauswahl zum Fernsehen der DDR eingeladen. Ferner werden ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch und auf Wunsch Ausbildungskurse organisiert.

- Rundfunk der DDR

Zur Erweiterung der bestehenden Verbindungen mit dem deutschsprachigen Programm des sowjetischen Rundfunks in Alma Ata wird die Entsendung eines Redakteurs oder Spracherziehers für jährlich 4 bis 6 Wochen nach Alma Ata vorgeschlagen. Zwei Mitarbeiter aus Alma Ata werden jährlich für jeweils 5 bis 6 Wochen zum Redaktionspraktikum zum Rundfunk der DDR eingeladen. Zur Unterstützung der Musikproduktion (Archivierung) kann zeitweilig ein Tonregisseur oder Musikredakteur nach Alma Ata entsendet werden. Es werden regelmäßig Beiträge unterschiedlichster Art dem deutschsprachigen Programm in Alma Ata angeboten.

- Schweriner Volkszeitung

Sie nimmt mit der Zeitung "Freundschaft", Organ des ZK der KP Kasachstans, in Alma Ata Beziehungen auf und bietet als erstes Material über den 40. Jahrestag der DDR an.

15. Beschluss des Ministerrats der DDR vom 13.2.90 über die Konzeption für das Vorgehen der DDR zur Unterstützung der UdSSR bei der Arbeit mit den Sowjetbürgern deutscher Nationalität

- Anlage 10 -
Beschluss

Beschluß

über die Konzeption für das Vorgehen der DDR zur Unterstützung der UdSSR bei der Arbeit mit den Sowjetbürgern deutscher Nationalität

vom 13.2.1990

1. Der Konzeption und den konkreten Vorschlägen für das Vorgehen der DDR zur Unterstützung der UdSSR bei der Arbeit mit den Sowjetbürgern deutscher Nationalität wird zugestimmt.
2. Die in der Anlage enthaltenen Vorschläge sind dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR mit der Bitte um Meinungsäußerung zu übermitteln.
Verantwortlich: Minister für Auswärtige Angelegenheiten
Termin: sofort
3. Es ist anzustreben, mit den beteiligten Staatsorganen der UdSSR konkrete Arbeitspläne zur Unterbreitung der Konzeption abzuschließen.
Verantwortlich: Leiter der Einrichtungen
4. Sollte die sowjetische Seite den Abschluß einer Grundsatzvereinbarung über die Zusammenarbeit anregen, kann dem zugestimmt werden.
5. Die Koordinierung aller wichtigen Aktivitäten der DDR gegenüber der UdSSR auf diesem Gebiet ist durch die Arbeitsgruppe beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten zu gewährleisten.
Verantwortlich: Minister für Auswärtige Angelegenheiten